

„Die Ortenau“

70. Jahresband 1990

DRUCKVERLAG

Das 100-jährige Jubiläum der Ortenau
am 11. Oktober 1990
in Köln am 10. September

6.30 Uhr
Geschichte der Ortenau und die Ortenauer
Geschichte der Ortenau und die Ortenauer

8.15 Uhr
Festzug der Ortenauer
Festzug der Ortenauer

10.00 Uhr
Festzug der Ortenauer
Festzug der Ortenauer
Festzug der Ortenauer
Festzug der Ortenauer

12.00 Uhr
Mittagessen und ein Glas Wein
Mittagessen und ein Glas Wein

14.00 Uhr
Kulturprogramm
Kulturprogramm
Kulturprogramm
Kulturprogramm
Kulturprogramm
Kulturprogramm
Kulturprogramm
Kulturprogramm

Der Vorstand
des Ortsvereins
der Ortenauer
der Ortenauer

Der Ortsverein
der Ortenauer
der Ortenauer

Einladung zur
JAHRESVERSAMMLUNG

des Historischen Vereins für Mittelbaden e.V.

am 21. Oktober 1990

in Kehl am Rhein, Stadthalle

8.30 Uhr

Geschäftliche Sitzung und Mitgliederversammlung mit Wahlen

10.15 Uhr

Empfang der Stadt Kehl

11.00 Uhr

Festsitzung mit Vortrag von Herrn J. R. Häusser,
Leiter der Münsterbauhütte Straßburg, über „Die Münsterbauhütte
Straßburg in ihrer Geschichte und heute“.

Musikalische Umrahmung:

Quartett des Einstein-Gymnasiums Kehl

12.30 Uhr

Mittagessen in den Gasthäusern der Stadt Kehl oder in Kehl-Kork

14.30 Uhr

Nachmittagsprogramm:

Besuch der Ausstellung „Wo bringt ihr uns hin“

(Deportation und Ermordung behinderter Menschen im Jahre 1940)
im Schwesternhaussaal des Epilepsiezentrum in Kehl-Kork.

Anschließend Besichtigung des „Korker Bühls“ als Beispiel herausragender Fachwerksgestaltung in der Ortenau.

Ausklang in Kehl-Kork

Der Oberbürgermeister
der Stadt Kehl

Detlev Prößdorf

Der Präsident
des Historischen Vereins
für Mittelbaden e.V.

Dr. Dieter Kaufß

Die Ortenau

Veröffentlichungen
des Historischen Vereins für Mittelbaden

70. Jahresband 1990



Redaktion
Hugo Schneider † / Karl Maier

OFFENBURG/BADEN
VERLAG DES HISTORISCHEN VEREINS FÜR MITTELBADEN

ISSN 0342-1503

Die Ortenau

Veröffentlichungen

des Historischen Vereins für Mittelbaden

68. Jahrgang 1999



Redaktion

Hans-Joachim Kehl

VERLAG HISTORISCHER VEREIN FÜR MITTELBADEN

Verlag Historischer Verein für Mittelbaden

Gesamtherstellung: Kehler Druck GmbH & Co. KG, Kehl

Nachdruck und photomechanische Wiedergabe nur mit Genehmigung
des Vereins und der Verfasser

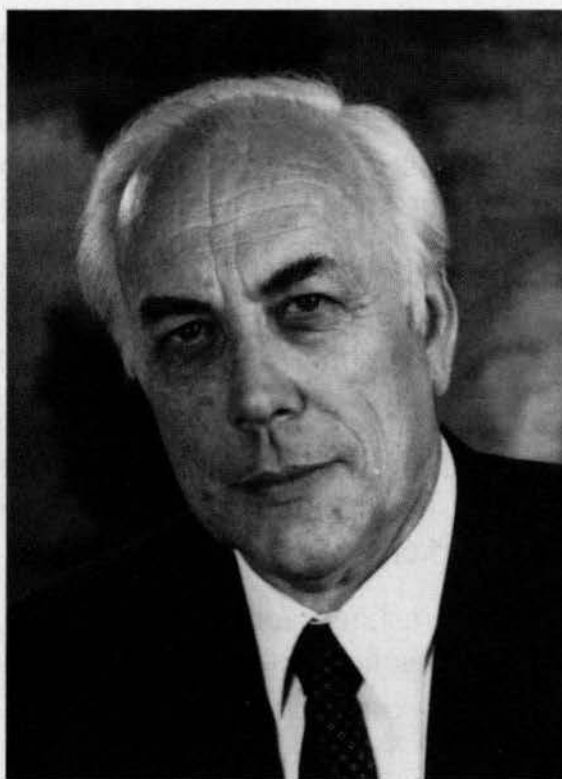
Die Politik trägt die Handlungen,
die Geschichte zeigt die Sichtbarkeiten auf,
der Sinn hat die Nachlese zu halten.

Konrad Weiß

Inhalt

Oberbürgermeister Detlev Pröbldorf, Grußwort der Stadt Kehl.....	9
Dieter Kauß, In Memoriam Hugo Schneider.....	11
Werner Kopf, Dr. Wilhelm Marx „Arzt, Mensch und Heimatforscher“.....	13
Dieter Kauß, 80 Jahre Historischer Verein für Mittelbaden.....	15
Manfred Hildenbrand, Jahresbericht 1989/90.....	17
Berichte der Mitgliedergruppen und Fachgruppen.....	20
Landrat Dr. Gerhard Gamber, Der Ortenaukreis – Rückblick 1989	54
Heiko Wagner, Kirchzarten und Ötigheim – zwei neue keltische Siedlungen am Oberrhein.....	68
Wolfgang Westermann, Die mittelalterliche Bergwerksstadt Prinzbach.....	84
Volkmar Schappacher, Schapbach – Ein Beitrag zur Diskussion über die Bedeutung des Orts- und Gewässernamens.....	94
Klaus Graf, Hohengeroldsecker Akten – Ein Beitrag zur badischen Archivgeschichte.....	101
Hugo Schneider †, Die Großweierer Mark – Ein Beitrag zu ihrer Geschichte und ihrer Bedeutung.....	128
Wolfgang Neuss, Name, Wappen und Siegel der Herren von Hornberg, ihre Bedeutung und Veränderung.....	163
Adolf Schmid, Nicht erst „newlich erfunden“: Fünf Jahrhunderte Kurbetrieb in Bad Rippoldsau.....	174
Ernst Gutmann, Grundlagen einer Geschichte Stollhofens.....	189
Herbert L. Müller, Schlößchen Wiedergrün.....	211
Thomas Kopp, Kinzigtäler Hexen.....	218
Friedrich Böninger, Die Bestellung von Kirchenrügern im Badischen Hanauerland.....	230
Kurt Schütt, Die Apotheke in Neufreistett.....	236
Josef Bayer, Eine Klage des Pfarrers Jakob Siebert in Hofweier aus dem Jahr 1796.....	243
Gerhard Finkbeiner, „Nachrichten des französischen Krieges welche das Schuttertal und das Münstertal betroffen“ (1794–1801)	246
Erwin Dittler, Karl Schulmeister (1770–1853) in der Erinnerung des Joseph Freiherrn von Hormayr zu Hortenburg.....	254
Carl Helmut Steckner, Kleindenkmäler der Napoleonszeit im Unterelsaß.....	278

Erwin Dittler, Die Sozialisten und Franz Joseph Buß (1803–1878)	289
Paul Zimmermann, Ludwig Huber und der „Badische Verein für Bienenzucht“	311
Erwin Dittler, Der „Alte Bund“ in Offenburg.....	318
Hans-Peter Mölders, Die Nebenbahnen in der nördlichen Ortenau	333
Hans-Martin Pillin, Die Drei-Königs-Kacheln der Burg Bosenstein aus dem 15. Jahrhundert.....	339
Ludwig Uibel, Der Fahنشwinger von Liechtenaw.....	347
Julius Roschach, Die Rokokokanzel in der Leutkirche „St. Martin“ zu Gengenbach.....	356
Manfred Hildenbrand, Der Maler Carl Sandhaas (1801–1859)....	362
W. E. Schäfer, Grimmelshausen in Nürnberg? Über die Verbindung zu den Freiherren von Crailsheim.....	379
Ruth I. Cape, Das Mädchen von Oberkirch – Ein früher dramati- scher Versuch Goethes zur Französischen Revolution.....	390
Reiner Haehling von Lanzenauer, Alfred Döblins Baden-Badener Jahre	403
Bernd Boll, Quellen für die badische Zeitgeschichte (1933–1949)	410
Heinz G. Huber, „Wo kein Gewissen mehr ist, hat alles keinen Wert mehr!“	438
Hans-Joachim Fliedner, Die jüdische Gemeinde in Offenburg und die jüdische Kleingemeinde in der Ortenau.....	450
Klaus Freudenberger – Walter Murr, Wo bringt ihr uns hin? Zur Deportation und Ermordung behinderter Menschen aus der Anstalt Kork im Jahre 1940.....	454
Günter Steuert, Aus dem Tagebuch des Schweighausener Dorf- pfarrers Reitinger.....	488
Ralf B. Herden, Meldungen aus dem Reich – Meldungen aus Baden	504
Johannes Schulze, Dr. Franz Burda (1903–1986) Notizen zum Portrait eines großen Ortenauers.....	528
Peter Nath, Luftkriegsoperationen gegen die Stadt Offenburg im Ersten und Zweiten Weltkrieg.....	574
Buchbesprechungen	660
Autorenverzeichnis	680
Verzeichnis der Mitgliedergruppen.....	684



Oberbürgermeister Detlev Prößdorf

Grußwort der Stadt Kehl

Im Namen des Gemeinderats und der Einwohner der Stadt Kehl begrüße ich die Teilnehmer der Jahreshauptversammlung des Historischen Vereins für Mittelbaden e. V. am 21. Oktober 1990.

Ich verbinde damit meine Glückwünsche zum 80jährigen Bestehen des Historischen Vereins für Mittelbaden e. V. und zum 70jährigen Bestehen der Mitgliedergruppe Kehl. Ich freue mich, daß in dem Jahr, in dem dieses doppelte Jubiläum gefeiert werden kann, die Stadt Kehl als Tagungsort für die Ortenauer Historiker ausgewählt wurde.

Die Geschichte des Dorfes Kehl als Siedlungsort reicht weit in die Vergangenheit zurück. Die Geschichte der Stadt Kehl ist im Vergleich hierzu wesentlich kürzer. Sie ist erst durch die großen europäischen Kriege im 17. und 18. Jahrhundert an der Stelle des alten Dorfes Kehl entstanden. Wiederholte Belagerungen, Eroberungen und Zerstörungen prägten ihr Schicksal.

In fast allen europäischen „Friedens“-Verträgen der letzten Jahrhunderte finden sich seither Bestimmungen über Kehl.

Achtmal in ihrer kurzen Geschichte mußten die Kehler ihre Stadt nach kriegerischen Zerstörungen wieder aufbauen.

Dramatisch war die Geschichte unserer Stadt nochmals am Ende des Zweiten Weltkrieges geworden. Erst das Washingtoner Abkommen vom 8. April 1949 brachte die Gewißheit, daß Kehl wieder vollständig an die deutsche Verwaltung übergeben werde. Zu Ostern 1953 war Kehl für die deutsche Bevölkerung endgültig wieder freigegeben.

Die Mitglieder des Historischen Vereins für Mittelbaden arbeiten unter großem Einsatz daran, die Geschichte unserer Heimat näher zu ergründen, zu durchleuchten und den Bürgerinnen und Bürgern näherzubringen.

Der 70. Jahresband „Die Ortenau“ leistet hierzu einen weiteren Beitrag. Dieser Jahresbericht ist nicht nur als Tätigkeitsnachweis des Vereins zu verstehen. Er ist alljährlich auch eine Fundgrube für neue heimatgeschichtliche Erkenntnisse.

Der Jahreshauptversammlung des Historischen Vereins für Mittelbaden e. V. wünsche ich einen guten Verlauf.

Detlev Prößdorf, Oberbürgermeister

In Memoriam Hugo Schneider



Am 17. Mai 1990 verstarb nach kurzer, schwerer Krankheit unser Ehrenmitglied Stud.-Dir. Hugo Schneider. Mit ihm verlor der Historische Verein für Mittelbaden e. V. seinen Redakteur für „Die Ortenau“ von 1979 bis 1990, den Vorsitzenden der Mitgliedergruppe Achern von 1966 bis 1989 sowie einen bemerkenswerten und hochgeachteten Historiker der Stadt Achern und deren näheren Umgebung, bis hinauf nach Allerheiligen.

In Achern geboren am 20. April 1907, besuchte Hugo Schneider die dortige Volks- und Realschule und legte 1926 das Abitur an der Oberrealschule in Baden-Baden ab. Danach studierte er von 1926 bis 1930 Geschichte, Deutsch und Englisch an den Universitäten Freiburg und Königsberg. 1930 legte er das 1. Staatsexamen, 1932 das Referendarexamen ab. Von 1932 bis 1935 war er beim Herder-Verlag beschäftigt und arbeitete als Redakteur am Großen Herder-Lexikon für Teilgebiete der Geschichte, Vorgeschichte und Ethnologie. Von 1935 bis 1937 war er Lehrer an einer Privatschule. Als überzeugter Gegner des Nazi-Regimes kam Hugo Schneider mit den NS-Gewaltigen in Konflikt. Ein Disziplinarverfahren wegen „Zersetzung der weltanschaulich gefestigten Schüler“ wurde gegen ihn angestrengt. Er wurde aus dem Schuldienst entlassen und bekam Unterrichtsverbot. Deshalb arbeitete er von 1937 bis 1940 wieder als Verlagsredakteur an einem deutschen Wörterbuch in Leipzig. Von 1940 bis 1945 war Hugo Schneider Soldat. 1945 bis 1947 mußte er als Knecht auf einem Bauernhof im Schwarzwald sein Brot verdienen.

Von 1947 bis 1949 unterrichtete Hugo Schneider an der Heimschule Lender in Sasbach, von 1949 bis 1972 am Schillergymnasium in Offenburg, wo er zuletzt als Studiendirektor stellvertretender Schulleiter war. In jenen Jahren war er auch als Schulbuchautor tätig und arbeitete an den vom Diesterweg-

Verlag herausgegebenen „Grundzügen der Geschichte“ mit. Auch als Kommunalpolitiker hat sich Hugo Schneider stark engagiert. Von 1962 bis 1975 war er Stadtrat in Achern. Nahezu zwanzig Jahre, von 1962 bis 1981, war er Gauobmann des Gaues Hornisgrinde im Schwarzwaldverein und erwarb sich dort große Verdienste um die Vereinsstruktur und um die Landschaft des Nördlichen Schwarzwaldes. Sowohl im Bereich Acherns, aber auch darüber hinaus engagierte sich Hugo Schneider in der Altersbetreuung und -Bildung. Als gläubiger Katholik war er auch im kirchlichen Bereich Acherns aktiv. Mit Rat und Tat stand er dem Museumsverein in Achern zur Seite und beriet diesen mit seinem historischen Wissen.

Hugo Schneider leitete von 1966 bis 1989 die Mitgliedergruppe des Historischen Vereins für Mittelbaden in Achern als deren Vorsitzender. Dabei ging es ihm darum, in den Menschen den historischen Sinn zu wecken. Dies verstand er vor allem durch seine packenden Vorträge und Studienfahrten, die zugleich lebendig und humorvoll waren. Dies durften auch andere Mitgliedergruppen erfahren, denen er gerne als Redner und Exkursionsleiter zur Verfügung stand.

Als Redakteur der Zeitschrift „Die Ortenau“ machte Hugo Schneider diese von 1979 bis 1990 mit seinen strengen und verantwortungsvollen Maßstäben zu einem angesehenen und hocheingeschätzten historischen Jahrbuch. Stets warb er dabei ermunternd um neue und junge Autoren, forderte diese aber auch zur exakten historischen Arbeit auf. Unter seiner Redaktion erschien im Jahre 1984 der vielbeachtete Sonderband „Burgen und Schlösser in Mittelbaden“.

Als forschender Historiker hat sich Hugo Schneider besonders um die Geschichte seiner Acherner Heimat verdient gemacht, was schon allein zahlreiche Aufsätze in der „Ortenau“ zeigen: „Die Nikolauskapelle in Achern“ (1974), „Achern und die Klöster Hirsau und Reichenbach im Murgtal“ (1977), „Die Geschichte des Klosters Allerheiligen“ (1978), „Die Reformation in der Landvogtei Ortenau unter besonderer Berücksichtigung von Achern“ (1980), „Die ehemalige Heil- und Pflegeanstalt Illenau“ (1981), „Kirchliche Verhältnisse in Achern“ (1983), „Erhebung Acherns zur Stadt“ (1985), „Judengeleit und Judeneid in der Landvogtei Ortenau“ (1985), „Klosterschule von Allerheiligen“ (1986), „J. J. Peter, ein Achtundvierziger aus Achern“ (1986). Wenige Tage vor seinem Tode vollendete Hugo Schneider sein letztes Manuskript über die „Großweierer Mark“, das in diesem Jahrbuch zu seinem Gedächtnis veröffentlicht wird.

Der Historische Verein für Mittelbaden verliert Vieles und Entscheidendes durch und an Hugo Schneider. Er wird ihm deswegen ein stets dankbares Gedenken bewahren.

Dieter Kauß, Präsident



Dr. Wilhelm Marx

„Arzt, Mensch und
Heimatsforscher“

Nach längerem und schweren Leiden verstarb am 10. März 1990 Herr Dr. Wilhelm Marx im Alter von 75 Jahren. Der Verstorbene hat sich seit Jahrzehnten neben seiner beruflichen Tätigkeit als Arzt in der Erforschung der Heimatgeschichte – in ganz besonderem Maße seines Heimatortes Altenheim – große Verdienste erworben.

Herr Dr. Marx entstammt einer alteingesessenen Altenheimer Familie, die über viele Generationen als „Spitalmeier“ die Güter des St. Andreas-Hospitals Offenburg in Altenheim und Rohrburg verwaltete. Nach Absolvierung des Schillergymnasiums in Offenburg studierte er Medizin in Freiburg, München, Jena und Tübingen. Zum Kriegsdienst verpflichtet, mußte Dr. Marx sehr bald als Arzt in vielen Bereichen seines Einsatzes Verantwortung beweisen. Nach dem Kriege promovierte er zum Doktor der Medizin und ließ sich 1950 in seinem Heimatort Altenheim als prakt. Arzt nieder. Neben seinem Beruf, dem er sich mit großem persönlichen Einsatz widmete, fand er bald wieder den Weg zur Erforschung der Heimatgeschichte, der er sich bereits während seiner Schulzeit verschrieben hatte. Gerade als Arzt erlebte Dr. Marx mit den Menschen seines Heimatortes eng und zutiefst alle frohen, aber auch leidvollen Tage. Der vertrauensvolle Kontakt zu Patienten und Freunden war eine unversiegbare Quelle für den Heimatsforscher. Gesehenes und Erlebtes, Gehörtes und Erfahrenes mußte gesammelt und niedergeschrieben werden. So wurde ein reicher Schatz an Heimatgeschichte für die nächsten Generationen Altenheims bewahrt.

Nachdem sich Dr. Marx aus seiner beruflichen Verantwortung zurückzog, widmete er sich dann ganz der Heimatforschung. 1977 war er Mitbegründer der Mitgliedergruppe Neuried e. V. im Historischen Verein Mittelbaden. Seine umfangreichen heimatkundlichen Sammlungen an Urkunden, Bildern und Berichten trugen wesentlich dazu bei, daß das Heimatmuseum Neuried

gegründet und reichhaltig ausgestattet werden konnte. Die Ausstellung seiner in vielen Jahrzehnten gesammelten „Göttelbriefe“ ist wohl die umfangreichste dieser Art in Süddeutschland. Mit dem Museum verband ihn immer eine ganz besondere Anhänglichkeit.

Seine Veröffentlichungen in der „Ortenau“ sind von beispielhafter und nicht alltäglicher Thematik und bringen die vielen Arbeitsbereiche in der Heimatforschung von Dr. Marx zum Ausdruck:

1983: „Abgegangene Siedlungen in der Altenheimer Gemarkung“

1985: „Die Orgeln der Altenheimer Kirche“ und „Die Ahnfrau der Freiherrn von Lotzbeck“

1986: „Die Volksmedizin in Altenheim“ und „Die Besetzung von Altenheim 1919“

1987: „Aus der Geschichte der Altenheimer Fischerzunft bis zum Jahre 1874“

1988: „Über Patenbriefe“.

Es war ihm noch vergönnt, die Fertigstellung seiner begonnenen Arbeit über die Mundart Altenheims zu erleben. Sein musikalisches Können widmete er, zusammen mit dem Altenheimer Singkreis, der Pflege des heimatischen Liedgutes.

Seit 1981 gehörte Dr. Marx dem Beirat des Vorstandes im Historischen Verein für Mittelbaden an und wurde 1988 zum Ehrenmitglied des Gesamtvereins ernannt. Anlässlich der Eröffnung des Heimatmuseums Neuried wurde ihm die Ehrenmitgliedschaft der Mitgliedergruppe Neuried verliehen.

Seine Tätigkeit in der Heimatforschung führte Dr. Marx auch in engen Kontakt mit den örtlichen Vereinen. So war er maßgebend bei der Wiedergründung des Ortsvereins des Deutschen Roten Kreuzes nach 1945 beteiligt. Die Betreuung der älteren Gemeindemitglieder in den Altnachmittagen lag ihm besonders am Herzen. Dem Turn- und Sportverein stellte er sich bei allen Veranstaltungen als Vereinsarzt zur Verfügung. Dem Männergesangsverein Altenheim verfaßte er die Chronik über 110 Jahre Vereinsgeschichte. Den genannten Vereinen gehörte er als Ehrenmitglied an.

Die Würdigung der großen Verdienste von Dr. Marx als Arzt, als Heimatforscher und Persönlichkeit seiner Heimatgemeinde war die Ehrung mit dem Bundesverdienstkreuz und die Ernennung zum Ehrenbürger der Gemeinde Neuried im Jahre 1980.

Über allen seinen Verdiensten zeichnete Dr. Marx sein immer bescheidenes Wesen aus. Den Fragen und Sorgen seiner Mitmenschen schenkte er seine wohlwollende Aufmerksamkeit. Wo immer es in seiner Möglichkeit stand, half er uneigennützig mit Rat und Tat. Helfen war Prinzip seines Schaffens.

W. Kopf

80 Jahre Historischer Verein für Mittelbaden

Dieter Kauf

Im Sommer des Jahres 1910 wurde der Historische Verein für Mittelbaden in mehreren Schritten ins Leben gerufen. Er hat in seiner Existenz beide Weltkriege und die Zeiten zweier Aufbau- und Aufbruchperioden erlebt und überdauert. Er ist dabei jung geblieben, denn die Sorgen und Anliegen, die zu seiner Gründung führten, sind heute noch und wieder nahezu dieselben: Das Bekenntnis zur Heimat und die Erforschung der Heimatgeschichte; die Sorge um die Kunst- und Kulturdenkmäler; der Schutz der heimatlichen Natur und Kultur vor übertriebener Industrialisierung – heute besonders im Ortenaukreis als gutem Standort für die Industrie im kommenden Europa nach 1992 möglich –, Verstädterung und Kommerz.

Wie bewältigt der Historische Verein für Mittelbaden diese Probleme? Er versucht seine Mitglieder und damit auch die Öffentlichkeit auf diese Fragen aufmerksam zu machen und etwaige Lösungen in Forschung und Vermittlung anzubieten. Dies geschieht vornehmlich durch die Zeitschrift des Vereins „Die Ortenau“, von der in diesem Jahr die 70. Ausgabe angeboten wird. Dies ist eine stolze Leistung, für die den bisherigen sechs Redakteuren nicht genug zu danken ist. Zwei der Zeitschriftenbände sind Sonderthemen gewidmet, wichtigen und informativen Bereichen, die bis heute gefragt und gesucht sind: Burgen und Schlösser in Mittelbaden (1934 und 1984) sowie die Klöster der Ortenau (1978). Die Benutzung der Zeitschrift bis zum Jahre 1981 wird durch ein Register (1983) erleichtert; dieses ist ungemein wertvoll.

Der Historische Verein für Mittelbaden versucht aber auch, engagierten Mitgliedern und Gästen in Fachgruppen den Zugang zu bestimmten Schwerpunkten zu eröffnen und sie zur aktiven Mitarbeit anzuregen. Die Namen dieser Fachgruppen sind zugleich deren Programme: Archäologie, Denkmalpflege, Grenzsteine, Grenzüberschreitende Zusammenarbeit mit den elsässischen Freunden, Mundart, Museen und Zeitgeschichte.

In seinen Haupt- und Mitgliederversammlungen vermittelt der Historische Verein für Mittelbaden vorort Erkenntnisse, Objekte und Probleme der Heimatforschung, Heimatpflege und Kultur. Die letzten fünf Versammlungsorte waren Schuttertal, Haslach, Rheinau, Offenburg und 1990 Kehl.

Daß das Anliegen des Historischen Vereins für Mittelbaden nicht veraltet, sondern modern ist und dieses mit Erfolg zu bewältigen versucht wird, zeigte im November 1983 die Verleihung des Heimatpreises des Ortenaukreises

durch Landrat Dr. Gerhard Gamber und die Unterstützung des Vereins durch den Ortenaukreis allgemein. Außerdem gilt es hier die Ehrenmitglieder des Vereins zu nennen, die einerseits sich um den Historischen Verein für Mittelbaden verdient gemacht haben, andererseits hervorragende fachliche und organisatorische Qualifikationen vorweisen konnten und können. Seit 1986 sind folgende Ehrenmitglieder ernannt worden: Josef Naudascher (1986), Manfred Hildenbrand (1987), Prof. Hermann Braunstein und Dr. Wilhelm Marx (1988) sowie Walter Fuchs (1989).

Insgesamt gesehen kann der Historische Verein für Mittelbaden nach 80 Jahren mit dem Vorhandenen zufrieden sein. Diese Zufriedenheit sollte nun nicht in Behäbigkeit umgemünzt werden. Vielmehr sollte diese ein Ansporn für die Zukunft sein, in der es gilt, einen lebendigen Verein für jung und alt und besonders für die Menschen im Alter dazwischen aufzubauen und weiterzuführen.

Jahresbericht des Historischen Vereins für Mittelbaden 1989 / 90

Manfred Hildenbrand

Die Jahresversammlung des Historischen Vereins für Mittelbaden fand am 15. Oktober 1989 in seinem Gründungsort Offenburg statt. Dabei gab das neugestaltete Ritterhaus einen idealen Tagungsort ab. Nach den Worten des Präsidenten des Historischen Vereins für Mittelbaden Dr. Dieter Kauß nahm die Mitgliederzahl in einem Jahr um rund hundert Personen zu und erreichte mit 3525 Mitgliedern in 34 Mitgliedergruppen im ganzen Ortenaugebiet und darüber hinaus den Höchststand in der bisherigen Geschichte des Vereins.

Zu Beginn der Geschäftlichen Sitzung gedachten die Ortenau-Historiker des Vorsitzenden der Oppenauer Mitgliedergruppe Erwin Schopferer, der kürzlich verstorben war.

Dr. Kauß ging in seinem Tätigkeitsbericht auf die zahlreichen Aktivitäten der Mitgliedergruppen und Arbeitskreise auf dem Gebiet der Lokal- und Regionalgeschichte, Archäologie und Denkmalpflege ein. Mit Horst Brombacher habe die Mitgliedergruppe Achern einen neuen Vorsitzenden bekommen. Die Inventarisierung der Kleindenkmale sei inzwischen weit fortgeschritten. Soeben sei auch die Erfassung und Dokumentation der Grenzsteine entlang des Rheins abgeschlossen worden. Sie solle in absehbarer Zeit auf die gesamte Ortenau ausgedehnt werden. Sehr intensiv gestalteten sich die Kontakte zu den elsässischen Geschichtsvereinen. Sie würden vor allem durch den Arbeitskreis Archäologie gepflegt. Mit der Wiederbelebung des Arbeitskreises Neuere Geschichte und Zeitgeschichte sei ein wesentlicher Forschungsschwerpunkt des Historischen Vereins neu aktiviert worden.

Der Kassenbericht von Geschäftsführer Theo Schaufler bewies, daß die Kassengeschäfte bei ihm in besten Händen sind. Die Kassenprüfer Professor Silberer und Dr. Ebner bescheinigten ihm eine einwandfreie Kassenführung. Ihm wurde einstimmig Entlastung erteilt.

Der Redakteur des Jahrbuchs „Die Ortenau“ Hugo Schneider stellte das neue Jahrbuch vor, das mit 559 Seiten wieder sehr umfangreich ausfiel und 35 Arbeiten aus dem gesamten Ortenaugebiet enthält. Zum Ehrenmitglied des Historischen Vereins wurde Walter Fuchs aus Kehl-Auenheim ernannt.

Beim Empfang der Stadt Offenburg begrüßte Bürgermeister Dr. Hans-Jörg Englert die Ortenauer Historiker. In der anschließenden Festsitzung hielt

der Vorsitzende der Offenburger Mitgliedergruppe Dr. Hans-Joachim Fliedner einen Lichtbildervortrag über „Die jüdische Kleingemeinde in der Ortenau“. Er ging dabei exemplarisch auf die wechselvolle Geschichte der Juden in Offenburg, Diersburg, Kippenheim, Schmieheim und Nonnenweiler bis zu ihrem tragischen Ende in den Vernichtungslagern der Nazi-Gewaltherrschaft ein.

Am Nachmittag führte Michael Friedmann vom Stadtarchiv Offenburg in die Ausstellung des Offenburger Kupferstechers Franz Gabriel Fiessinger ein, der sich im 18. Jahrhundert als Porträtstecher in Paris während der französischen Revolution einen Namen gemacht hatte. Dr. Fliedner machte die Ortenauer Geschichtsfreunde danach mit den Schätzen des Stadtarchivs Offenburg bekannt und führte sie durch das neu eingerichtete Ritterhausmuseum. Die musikalische Umrahmung des Nachmittags erfolgte durch das Cello-Ensemble der Städtischen Musikschule unter Leitung von Ludwig Kandler mit Musik der Barockzeit.

Die Frühjahrstagung des Historischen Vereins für Mittelbaden fand am 17. März 1990 in Durbach-Ebersweier statt. Zu Beginn gedachten die Delegierten der 34 Mitgliedergruppen des vor wenigen Tagen verstorbenen Ehrenmitglieds des Vereins Dr. Wilhelm Marx (Neuried-Altenheim), der sich große Verdienste um das Vereinsgeschehen sowie die Erforschung der Geschichte der Riedlandschaft erworben hatte.

In seinem Bericht ging der Präsident des Historischen Vereins Dr. Dieter Kauß auf die vielfältigen Aktivitäten des Vereins ein. Der Historische Verein für Mittelbaden sei trotz seiner acht Jahrzehnte jung geblieben, weil seine wesentlichen Anliegen gleich geblieben seien: das Bekenntnis zur Heimat, die Erforschung der Heimatgeschichte, die Sorge um die Kunst- und Kulturdenkmale, der Schutz heimatlicher Natur und Kultur vor übertriebener Industrialisierung, die Eindämmung von Verstädterung und Kommerz.

Breiten Raum nahmen die Tätigkeitsberichte der Arbeitskreise des Vereins ein. Der AK Denkmalpflege beschäftigte sich im vergangenen Jahr vor allem mit dem Verhältnis der Bundesbahn zur Denkmalpflege. Die Dokumentation des AK Grenzsteine über die Grenzsteine entlang des Rheins zwischen Grafenhausen und Rheinau ist inzwischen abgeschlossen. Unter Leitung von Dr. Gernot Kreuz wird nun die Inventarisierung und Dokumentation aller Marksteine der Ortenaulandschaft begonnen.

Auch die Dokumentation der Mundarten in der Ortenau liegt vor. Weitere Untersuchungen der mundartlich geprägten Redensarten sind vorgesehen. Mit dem Thema Medien beschäftigte sich der AK Museen. Der Schwerpunkt seiner künftigen Arbeit wird auf der Museumspädagogik liegen. Das

brisante Thema „Zwangsarbeiter im Dritten Reich“ erarbeitet der AK Zeitgeschichte. Zahlreiche Funde aus römischer Zeit machte der AK Archäologie im vergangenen Jahr in der Ortenau. Dazu kamen Untersuchungen in der ehemaligen mittelalterlichen Bergbaustadt Prinzbach sowie viele Kleinfunde im Raum Ichenheim und Hornberg.

Der stellvertretende Präsident Kurt Klein berichtete über die Zusammenarbeit von Schulen und dem Historischen Verein. Eine neue Wandkarte des Ortenaukreises sei erarbeitet worden. Zahlreiche heimatgeschichtliche Handreichungen für die Lehrkräfte seien erschienen. Enge Kontakte beständen zwischen den Schulen und den Museen des Ortenaukreises. Sehr positiv wurde die Kooperation zwischen den Volkshochschulen und dem Historischen Verein bewertet.

Berichte der Mitgliedergruppen 1989

Achern

Am 1. Mai gaben die bisherigen Vorsitzenden Hugo Schneider und Anton Wagner aus Gesundheits- und Altersgründen den Vorsitz ab. Horst Brombacher, Elmar Gschwind und Guntram Weisser übernahmen kommissarisch die Vereinsgeschäfte.

Das Kloster Allerheiligen, seine Geschichte und Bedeutung, und die gotische Wallfahrtskirche in Lautenbach waren Ziel einer Nachmittagsveranstaltung (24. 6.), auf der H. Schneider sachkundig und unterhaltsam führte. Der 30. 8. 89 brachte mit dem Besuch einer gemischten Gruppe von Mitgliedern des Museumsvereins und der Mitgliedergruppe einen Besuch der Ausstellung „Zeller Keramik“ in Zell a. H., wo Herr B. Sandfuchs sachkundig erläuterte.

Die Mitgliederversammlung am 31. 8. fand in Anwesenheit des Präsidenten Dr. D. Kauß und des Geschäftsführers T. Schaufler statt. Zentraler Punkt war die Neuwahl des Vorstandes, die Horst Brombacher als Vorsitzenden der Mitgliedergruppe bestätigte, Elmar Gschwind als 2. Vorsitzenden und Schriftführer sowie Guntram Weisser als Kassier.

„Auf den Spuren der Fernpatrouille des Grafen Zeppelin“ folgten Mitglieder und Freunde des Vereins unter Führung von Major K. Paprotka vom Wehrgeschichtlichen Museum in Rastatt. Diese ganztägige Exkursion ins Elsaß führte von Lauterbourg bis Niederbronn und ließ nachvollziehen, wie aus einem schneidigen Husarenritt ein tödliches Unternehmen wurde. Es war für alle Teilnehmer beeindruckend, an den Orten des Geschehens zu sein. Die Exkursion endete im Museum in Woerth.

Horst Brombacher

Bad Peterstal-Griesbach

Die Mitgliedergruppe Bad Peterstal-Griesbach unternahm 1989 drei Tagesfahrten und eine Siebentage-Fahrt. Ferner hatte sie drei Zusammenkünfte der Mitglieder bzw. der Fahrtteilnehmer.

Die erste Fahrt ging in den Hegau. Sie stand unter dem Motto „Auf Scheffels Spuren“ (24. April).

Das gleiche Motto galt auch einem Teil der Siebentage-Fahrt, die an den Wolfgangsee in Österreich ging (St. Wolfgang: Scheffels Bergpsalmen). Im Mittelpunkt des Aufenthaltes am See (20.–26. September) standen kunstgeschichtliche Exkursionen, aber auch das Erleben der reizvollen Landschaft. Aus Anlaß des 200. Geburtstages von Friedrich List wurde am 22. Juni Reutlingen besucht. Das Programm für diesen Tag hatte die Stadt Reutlingen vorbereitet.

Die letzte Tagesfahrt des Jahres galt am 10. Oktober dem Sundgau, den meisten Fahrtteilnehmern ein unbekanntes Elsaß, seiner Einzigartigkeit wegen aber um so mehr in bleibender Erinnerung.

Siegfried Spinner

Biberach

Im Jahr 1989 standen neben den üblichen Verpflichtungen und Tätigkeiten der Mitgliedergruppe die Vorbereitungen und die Mitgestaltung der 850-Jahr-Feier im Vordergrund. Hierbei war die Mitgliedergruppe in der Vorbereitungsphase sowohl in den örtlichen wie in den überörtlichen Kommissionen tätig und bei den Feierlichkeiten selbst mit einem Verkaufsstand sowie einer Fotoausstellung (Biberach und Prinzbach in alten Ansichten) vertreten.

Ein besonderer Beitrag zum 850. Jubiläum war eine von der Mitgliedergruppe in enger Zusammenarbeit mit der Gemeinde gestaltete Kunstausstellung. Die 50 Ölbilder und Aquarelle zeigten Motive aus Biberach und Prinzbach. Im Mittelpunkt der Ausstellung standen jedoch als Leihgabe des Kunstmuseums Bern „Die Dorfschule im Schwarzwald“ und das „Rasipor-trät“, beides Werke des bekannten Schweizer Malers Albert Anker (1831–1910), die der Künstler 1858 anlässlich eines Studienaufenthaltes in Biberach gemalt hatte. Ein Vortrag des Anker-Biographen Robert Meister aus Bremgarten (Schweiz) vermittelte einen umfassenden Eindruck über Leben und Werk des Malers. Über die Dauer der Ausstellung (29. 9. – 1. 10. 89) war auch das Biberacher Heimatmuseum „Kettererhaus“ ganztägig bei freiem Eintritt geöffnet.

In den Monaten Juli / August führte das Institut für Ur- und Frühgeschichte der Universität Freiburg in Prinzbach eine Grabung durch, die sowohl in der Vorbereitung wie in der Durchführung von Mitgliedern des historischen Vereins Biberach unterstützt wurde.

Die Jahresversammlung fand am 14. 12. 89 statt.

Wolfgang Westermann

Bühl

Im dritten Jahr der Neubelebung der Bühler Ortsgruppe zeichnete sich ein erfreuliches Bild. Es wurden erstmalig sechs Veranstaltungen durchgeführt, die alle einen guten Besuch hatten. Der Vortrag „Bühl vor dreißig Jahren“ mußte sogar wiederholt werden, da viele Interessenten den ersten Termin nicht wahrnehmen konnten.

- 18. 3. 89 Führung durch das Kloster Lichtental, Baden-Baden.
 - 14. 4. 89 Dia-Vortrag „Bühl vor 30 Jahren“ von Herrn Albrecht Kirschner.
 - 27. 5. 89 Führung durch die Klosterruine Allerheiligen mit Herrn Hugo Schneider, Achern, als Ergänzung seines Vortrages zu diesem Thema.
 - 27. 9. 89 Wiederholung des Dia-Vortrages von Herrn Kirschner „Bühl vor 30 Jahren“.
 - 21. 10. 89 Führung durch das Kloster Schwarzach durch Herrn Michael Rumpf, gleichzeitig „Die Geschichte des Klosters Schwarzach“ von Herrn Dr. Suso Gartner.
 - 27. 11. 89 Vortrag „Brauchtum zwischen Bühl und Schwarzach“ von Herrn Horst Rottmann.
- Der Mitgliederstand konnte durch die intensive Werbung durch Herrn Rüdiger Schmitt auf 85 Mitglieder erhöht werden.

Egon Schempp

Ettenheim

Im Juni 1989 stellten Karl-Heinz Debacher und eine Gruppe ehrenamtlicher Mitarbeiter im Ruster Rathaus unter dem Thema „Bilder von Alt-Rust“ insgesamt 600 Fotos aus dem Dorfleben aus, die von der Bevölkerung zur Verfügung gestellt worden waren.

Seit Mitte Oktober wird von einer neuen Arbeitsgruppe die Ausstellung „Kardinal Rohan und der Herzog von Enghien – Emigrantenschicksale in Ettenheim“ vorbereitet, die im Rahmen des Ettenheimer Bärenbrunnenfestes im September 1990 eröffnet werden soll.

Im Dezember 1989 stellte der Arbeitskreis „Stadt- und Denkmalpflege“ im Bürgersaal die Ausstellung „Ettenheims mittelalterliches Stadtbild“ mit Rekonstruktionszeichnungen von Kunstmaler Kurt Bildstein aus, die er in Zusammenarbeit mit dem Arbeitskreis entworfen hat. Der von Franz Josef Henninger zu diesem Thema in der Ortenau 1989 veröffentlichte Aufsatz wurde für die Ausstellung als Sonderdruck neu herausgegeben.

Treffen des Arbeitskreises „Stadt- und Denkmalpflege“ im Januar 1990 aus Anlaß des 60. Geburtstags von Hubert Kewitz. Der Vorsitzende würdigte die besonderen Verdienste von Herrn Kewitz um die Erforschung und Darstellung der Ettenheimer Geschichte.

Mehrere Gespräche über denkmalpflegerische Aufgaben und Probleme führten Mitglieder des Arbeitskreises mit Stadtbaumeister Eberhart; außerdem wurde eine gemeinsame Begehung des Friedhofes wegen erhaltenswerter Grabsteine durchgeführt.

Zur photographischen Dokumentation der vom Verfall bedrohten Grabdenkmäler des jüdischen Friedhofs in Schmieheim hat der Vorsitzende mit interessierten Schülern eine Arbeitsgemeinschaft gebildet und im Frühjahr 1990 die Arbeit aufgenommen. Die Dokumentation wird Aufnahmen von rund 2300 Grabsteinen enthalten. Finanzielle Unterstützung wurde vom Deutsch-Israelischen Arbeitskreis Ettenheim zugesagt. Bei der Jugendstiftung Baden-Württemberg wurde ein Antrag auf Förderung dieses Projektes gestellt.

Bernhard Uttenweiler

Haslach i. K.

Die Mitgliedergruppe Haslach i. K. zählt zur Zeit 176 Mitglieder.

Veranstaltungen:

16. 10. 1989: Lichtbildervortrag von Dr. Karl-Bernhard Knappe über „Historische Spuren der Markgrafen von Baden“.

13. 11. 1989: Lichtbildervortrag von Gerhard Finkbeiner über „Das kirchlich-bäuerliche Jahr im oberen Schuttertal“.

4. 12. 1989: Lichtbildervortrag von Ansgar Barth über „Natur und Kultur einer Landschaft im Wandel“.

22. 1. 1990: Vortrag von Dr. Dieter Kauß über „Die frühe Industrialisierung in Haslach, Hausach und Wolfach“.

5. 3. 1990: Lichtbildervortrag vom Leiter des Generallandesarchiv Karlsruhe, Professor Dr. Hans-Martin Schwarzmaier, über „Urkundenfälschung im Mittelalter – Die Ortenau-Klöster als Fälscherwerkstätten“.

2. 4. 1990: Generalversammlung der Mitgliedergruppe Haslach i. K. mit Neuwahlen des gesamten Vorstandes. Dazu Lichtbildervortrag von Alois Krafczyk über „Winter ade – ein bunter Streifzug durchs noch winterliche Brauchtum zwischen Ostern und Pfingsten“.

6. 5. 1990: Exkursion nach Straßburg.

Manfred Hildenbrand

Hausach

Das Jahr 1989 wurde wieder mit der „Neujahrs-Serenade“ der Burgwache des Historischen Vereins in ihren schmucken Landsknechtstrachten eröffnet. Begleitet wurde sie dabei von den Burgfrauen und einer Abordnung der Stadtkapelle.

Für die Senioren der Stadt hielt der Vorsitzende im Januar einen Rückblick mit dem Farbdia-Vortrag „Es war einmal – wir schauen zurück auf 30 Jahr“.

Im Frühjahr sprach Realschulkonrektor Manfred Hildenbrand aus Haslach mit Lichtbildern über das schwierige und leidige Thema „Nationalsozialistische Gewaltherrschaft im Kinzigtal“.

Wiederum wurde die Frühjahrs- und Herbstkonferenz der Hausacher Vereine durch den Vorsitzenden ausgerichtet, der dieser Vereinigung nun seit mehr als 20 Jahren vorsteht.

Eine Wanderfahrt führte im Mai „Auf die Spuren der Herren von Ramstein“ ins Bernecktal bei Schramberg.

Das „Johannisfeuer“ auf der Höhe des Naturjahres wurde von der Burgwache wiederum auf dem Schloßberg abgebrannt. Damit wurde gleichzeitig der Schlußpunkt hinter die umfassende Restauration der Burgruine durch die Stadt Hausach gesetzt. Die Burgwache nahm an den Feierlichkeiten anlässlich der 200. Wiederkehr der Französischen Revolution in der Partnerstadt Arbois im Französischen Jura teil. Der Verein half mit, daß wenigstens an zwei Stellen die sonst gänzlich verschwundene Stadtmauer von Hausach wieder sichtbar geworden ist. Eine Rekonstruktion eines kleinen Teiles der Mauer auf historischem Grund ist vorgesehen.

Das Ziel der herbstlichen Wanderfahrt war das obere Donautal mit Beuron, der Burg Wildenstein und dem Schloß Bronnen.

Nach langen Vorbereitungen konnten 70 Straßenschilder in Hausach mit historischen Erklärungen (Hinweistafeln) versehen werden.

Ende September richtete der Historische Verein das „Glockenfest“ aus, bei dem die von den Hausacher Vereinen für das prächtig restaurierte Herrenhaus gestiftete Glocke ihrer Bestimmung übergeben wurde.

Um der Stadt bei der Einrichtung und Ausgestaltung des Heimatmuseums in den neuen Räumen des Herrenhauses behilflich zu sein, wurde im Oktober der „Museumskreis des Historischen Vereins und der Stadt Hausach“ ins Leben gerufen.

Im November erfreute Ansgar Barth mit seinem Farbdiauvortrag „Künstler sehen unsere Heimat“. Anhand von einzigartigen Bilddokumenten wurden Land und Leute aus der Sicht der Maler Hasemann, Liebich, Hoffmann, Simon, Trautwein, Falk-Breitenbach, Sandhaas, Laible, Huber u. a. aufgezeigt, aber dabei auch die Frage nach der Realität und den sozialen Hintergründen beantwortet.

Auf Wunsch von Bürgermeister Kienzle hielt der Vorsitzende am Volkstrauertag die Gedenkrede beim Ehrenmal.

Kurt Klein

Hohberg

Der Historische Verein Hohberg e. V. führte in regelmäßigen Abständen Vortragsabende und Studienfahrten durch.

Februar: Vortrag v. Geistl. Rat Dr. Josef Bayer: „Das Schicksal des Diersburger Schlosses nach dem Dreißigjährigen Krieg und die Geschichte des Rittihofes“.

April: Vortrag v. Geistl. Rat i. R. Dr. Josef Bayer über „Gericht-Galgen-Hinrichtungen – die Gerichtsbarkeit im 16. und 17. Jahrhundert in der Herrschaft Binzberg.“

Mai: Viertägige Studienfahrt: „Auf den Spuren frühromanischer Kirchen und Kapellen aus der karolingischen Zeit in Graubünden und Südtirol“. Führung: Michael Bayer und Frau Theresia Spinner.

August: Wanderung auf dem Hansjakobweg von St. Roman nach Schapbach unter Führung von Michael Bayer.

September: Halbtagesfahrt zur Besichtigung von Stätten geschichtlicher Beziehungen zu Hofweier und Diersburg – Schloß Staufenberg, Burgruine Hohenrode und Schloß Rodeck unter Führung v. Geistl. Rat i. R. Dr. Josef Bayer und Abschluß mit einer Weinprobe bei der WG Kappelrodeck.

Oktober: Vortrag von Michael Bayer mit dem Thema: „Die Heimbürgerrechnungen erzählen – ein Stück Dorfgeschichte in Hofweier v. 1729 bis 1780 – aus den Heimbürgerrechnungen abgelesen.“

November: Besuch des Ritterhauses in Offenburg mit Führung durch Archiv und Museum von Herrn Dr. Fliedner.

Vortrag von Pfarrer i. R. Josef Hermann Maier: „Das Straßburger Münster – Gestalt und Aussage“.

Dezember: Vortrag von Kreisarchivdirektor Dr. Dieter Kauß über das Thema: „Hansjakob und die bäuerliche Welt Ende des 19. Jahrhunderts.“

In der Jahresversammlung am 9. 12. 1988 wurde eine eigene Satzung angenommen. Mit dem Eintrag in das Vereinsregister beim Amtsgericht Offenburg am 3. 4. 1989 ist die Mitgliedergruppe Hohberg ein rechtsfähiger Verein geworden.

Eine Dokumentation über die Flurnamen der Gemarkung Hofweier wurde erarbeitet. Zu den 81 in den amtlichen Registern verzeichneten Gewannnamen wurden weitere 110 alte, zumeist noch gebräuchliche Flurnamen erfaßt, kartiert und deren Deutung versucht.

Michael Bayer

Hornberg

Neben der Aufführung „Das Hornberger Schießen“ von Erwin Leisinger und des Märchens „Die Bremer Straßenmusikanten“ unter der Regie von Gerhard und Inge Kienzler waren die Mitglieder des Historischen Vereins mit dem Bau eines Wehrganges (1. Bauabschnitt) beschäftigt. Der Wehrgang war aus organisatorischen Gründen notwendig geworden. Bis zum Saisonbeginn mußten deshalb die Mitglieder des Vereins viel Eigenleistung erbringen.

Darüber hinaus waren die Heimatabende, durchgeführt von der Trachtengruppe des Vereins, ein Erlebnis für die Kurgäste. Wurde ihnen dabei doch durch Gesang, Tanz und Spiel das heimatliche Brauchtum vermittelt.

Der Förderverein Stadtmuseum Hornberg hat zwei Exkursionen durchgeführt. Er besichtigte eine Keltensiedlung in den Vogesen und informierte sich über die Freilegung eines ehemaligen röm. Privatbades bei Fischbach. Beides war für die Teilnehmer ein Erlebnis.

Neben der Suche nach Spuren aus vergangenen Zeiten sind die Mitglieder des Vereins damit beschäftigt Gegenstände aus den Bereichen Geschichte, Brauchtum, Handel und Gewerbe, Wald und Forstwirtschaft für die Einrichtung eines Stadtmuseums in Hornberg zu sammeln.

Eine erste Rate für den Ausbau der ehemaligen Gewerbeschule zu einem Heimatmuseum hat die Stadt im Haushalt bereitgestellt. Es ist ein Anfang. Die gesammelten Gegenstände sollen im Museum den Bürgern der Stadt Heimat vermitteln und den Besuchern Hornberg, die Stadt, Land und Leute näher bringen.

Wegen der Vielzahl der Aufgaben wurden Arbeitsgruppen gebildet.

Wolfgang Neuß

Kehl-Hanauerland

Weiterführung der Vortragsreihe: „Bedeutende Männer in der Geschichte am Oberrhein“:

19. 1. 1989: Pastor Gustav Koch (Straßburg): „Joh. Friedrich Oberlin, berühmter Pfarrer im Steintal / Elsaß“.

16. 2. 1989: Herbert Weißhuhn (Weimar): „Goethe – die Klassischen Stätten in Weimar und ihre Beziehungen zum Südwesten“.

16. 3. 1989: Markgraf von Baden (Salem): „Der Türkenlouis“.

Das Wintervortragsprogramm 1989/90 mit dem Leitthema: „Unsere Herren am Oberrhein im Verlauf der Geschichte“ wurde eingeleitet am

26. 10. 1989: Dr. François Petry (Straßburg): „Die Römer in der Gegend von Straßburg“.

9. 11. 1989: Prof. Raymond Matzen (Straßburg): „René Schickele – ein Europäer aus dem Elsaß“.

7. 12. 1989: Prof. Albert Matt (Buchweiler): „Das Wirken der Hanau-Lichtenberger – das Entstehen einer Hausmacht“.

Unser Reiseprogramm: überwiegend Kunst- und Städtefahrten.

29. 1. 1989 / 12. 2. 1989: Besuche der Thyssen-Ausstellung in der Neuen Staatsgalerie in Stuttgart.

15. / 16. 4. 1989: Besuch der Schönborn-Ausstellung in Nürnberg und Schloß Weissenstein über Pommersfelden.

28. 5. 1989: Mit Herrn Georg Klein (Straßburg) im Mittleren Elsaß.

11. 6. 1989: Besuch der Dali-Ausstellung in der Neuen Staatsgalerie in Stuttgart.

22. 7. 1989: Besuch der Ausstellung über Stephanie, ehem. Großherzogin von Baden, in Karlsruhe.
30. 9. 1989 / 1. 10. 1989: Zweitagefahrt nach Schloß Arenenberg-Chur-Vaduz / Liechtenstein.
21. 10. 1989: Besuch der „Münsterausstellung“ im Alten Zoll in Straßburg.
12. 11. 1989: Besuch der Cézanne-Ausstellung im Basler Kunstmuseum und in Alt-Basel.
3. 12. 1989: Besuch der Thoma-Ausstellung im Augustiner-Museum in Freiburg.

Dr. Friedrich Fluhr

Lahr-Friesenheim

Volkshochschule Lahr, Badische Heimat und Historischer Verein bieten in enger Zusammenarbeit ein breit gefächertes Vortrags- und Exkursionsangebot.

Höhepunkte des vergangenen Jahres waren Vorträge von unseren Mitgliedern Helmut Stingl über alte Wirtshausschilder und Klaus Kaltenbach über Burgen in Mittelbaden.

Eine Exkursion führte die Vereinsmitglieder und zahlreiche Gäste in das Schuttertal, um der Geschichte alter Bauernhöfe nachzugehen. Herrn Finkbeiner von der dortigen Ortsgruppe recht herzlichen Dank für die ausgezeichnete Führung. Einen zünftigen Abschluß des Ausfluges gab es in der aus dem 18. Jahrhundert stammenden Jägertonihof-Mühle. Im Gewölbekeller dieser Mühle endete die Erkundung mit einem kräftigen Mühlenvesper. Die Ortsgruppe Lahr-Friesenheim hat zur Zeit 98 Mitglieder.

Ekkehard Klem

Meißenheim

Januar: Herr H. Litterst, der Numismatiker unserer Mitgliedergruppe, stellte seine reichhaltigen Schätze vor. Alte Postkarten und sonstige Raritäten bereicherten seine Ausführungen.

Februar: Filmvortrag von StD. H. Imhof „Althandwerkliche Tätigkeiten – und wie lange gibt es sie noch?“

Dokumentiert wurden die Arbeit der Küfer, Schneider, Schuhmacher und Schmiede. Ferner Tätigkeiten der Menschen im landwirtschaftlichen Berufsstande: Hausschlachten, Brotbacken im Backhüsli, Sensendengeln, Herbsten, Schnapsbrennen, Krauteinschneiden, Schächtele- und Strohschuhmachen sowie Stühleflechten wurden gezeigt.

April: Exkursion ins Elsaß zur „Meißenheimer Au“, ehemals Meißenhei-

mer Grund und Boden, seit 1918 auf Grund des Versailler Vertrages in französischem Staatsbesitz.

Eugen Kurz, Straßburg, und Prof. Übel, Freiburg, konnten den zahlreichen Teilnehmern der Exkursion viel Wissenswertes vermitteln. Im Restaurant „AU TRAMWAY“, Erstein-Krafft, fand der regnerische Tag bei Flammekuchen sein Ende.

Mai: Gemeinsame Wanderung auf heimatlichen Gefilden unter sachkundiger Führung (H. Wohlschlegel). Besonderes Interesse galt der Ottenheimer Gemarkungsgrenze und der „Meißenheimer Au“ von deutscher Seite aus.

Oktober: Halbtagesfahrt nach Mahlberg:

Oberrheinisches Tabakmuseum (Führung Herr Naudascher)

Heimatismuseum im Rathaus (Führung Bürgermeister Hehr)

Schloßführung durch Frau Türckheim-Böhl

Katharinenkapelle / Oktogonkirche (Führung Pfr. Walter)

Karl Schmid

Neuried

19. 4. 89: Besichtigung der Straßburger Münsterbauhütte und Führung am Münster durch Herrn Keller, Steinmetzmeister und Leiter der Münsterbauhütte.

12. – 15. 5. 89: Im Rahmen der Feierlichkeiten zur 700-Jahrfeier des Ortsteiles Dundenheim beteiligte sich unsere Mitgliedergruppe mit der Durchführung der Ausstellung „Ländliches Handwerk“. Die Trachtengruppe unseres Vereins aus dem Ortsteil Altenheim nahm am Festzug teil.

15. 9. 89: Exkursion nach Emmendingen. Besuch des Heimatmuseums und der Bilderausstellung des Kunstmalers Fritz Boehle. Führung durch das Freiburger Münster mit Herrn Dr. Kunze: „Symbolik am Freiburger Münster und ihre Deutung“.

1. 10. 89: Der Arbeitskreis Ichenheim unserer Mitgliedergruppe hat im Oktober unter Leitung von Herrn Rudi Jäger seine Arbeit aufgenommen.

25. 11. 89: Übergabe der Dokumentation „Grenzsteine“ im Ortsteil Ichenheim an die elsässischen Freunde. Führung der Gäste durch das Heimatmuseum Neuried.

1. 12. 89: Durchführung der Sonderausstellung „Backformen“ im Boehle-Saal unseres Museums.

Im Berichtszeitraum fanden 6 Arbeitstreffen bzw. Vorstandssitzungen im Museum statt.

Das Heimatmuseum Neuried war 1989 an 42 Sonntagen geöffnet, zusätzlich mußten 34 Sonderführungen veranstaltet werden.

Maria Betz

Oberharmersbach

Im Jubiläumsjahr konzentrierte der Historische Verein Oberharmersbach seine Aktivitäten auf die Feierlichkeiten anlässlich der ersten urkundlichen Erwähnung im Jahre 1139. Mitglieder des Historischen Vereins waren im überörtlichen Festkomitee bei der Vorbereitung der gemeinsamen Veranstaltungen engagiert. Auf örtlicher Ebene beteiligte sich der Verein im Organisationskomitee an der Vorbereitung des Dorffestes, das vom 14.–17. Juli 1989 dauerte. Für das Fest hatte der Historische Verein eine Bilddokumentation „Oberharmersbach – einst und jetzt“ zusammengestellt.

Wie schon seit acht Jahren üblich, gab der Historische Verein auch für das abgelaufene Jahr wieder einen Jahresrückblick heraus, der in Bild und Text die wichtigsten Ereignisse und Veränderungen im Jahresablauf dokumentiert.

Nach mehrjähriger Vorbereitung konnte der Verein rechtzeitig zum Ausklang des Jubiläumsjahres den 1. Band der Chronik „Harmersbach – ein Tal und seine Geschichte“ der Öffentlichkeit vorstellen. Auf 356 Seiten wird die wechselvolle Geschichte des ehemaligen Reichstals von seinen Anfängen bis zur Teilung in zwei selbständige Gemeinden im Jahre 1812 anhand der umfangreichen Quellen erläutert und geschildert. Karten- und Bildmaterial lockern die Darstellung auf. Der 2. Band soll Ende 1991 erscheinen.

Nach 12 Jahren gab es in der Vorstandschaft des Vereins eine größere Umbesetzung. Aus beruflichen Gründen schied der bisherige Kassier Wolfgang Rauber aus, der 2. Vorsitzende Otto Pfundstein legte sein Amt altershalber nieder, aus gesundheitlichen Gründen stand Rolf Stadelhofer für die Wiederwahl als Beisitzer der Schule nicht mehr zur Verfügung. Im Gasthaus „Zur Stube“, wo auf den Tag genau vor 12 Jahren der Verein gegründet wurde, konnte trotz intensiver Bemühung am 10. 12. 1989 kein neuer Vorsitzender gefunden werden, da auch der Gründungsvorstand Karl-August Lehmann seinen Posten zur Verfügung stellte. Da kein Nachfolger in Sicht war, erklärte sich der bisherige Vorsitzende bereit, den Verein kommissarisch bis zur Wahl eines Nachfolgers zu führen. Die Versammlung wählte als 2. Vorsitzenden Klaus Lehmann, als Geschäftsführerin Ursula Kasper. Bürgermeister Otmar Ritter und Geistl. Rat Pfarrer Franz Bühler (Beisitzer der Gemeinde bzw. Pfarrgemeinde) wurden in ihren Ämtern bestätigt, als Beisitzerin der Schule wählte die Versammlung Ursula Remer. Für seine Verdienste wurde Otto Pfundstein zum ersten Ehrenmitglied des Vereins ernannt.

Karl-August Lehmann

Oberkirch

14. Januar: Winterfahrt durch den Schwarzwald nach Pforzheim zum Schmuckmuseum. Danach Wehrkirche in Lienzigen.
25. Januar: Nach Freiburg mit Besichtigung des Traker Silberschatzes.
8. Februar: Aschermittwoch-Nachmittagsfahrt „ins Blaue“ mit Raten, wohin es geht. Stadtkirche in Freudenstadt war es.
11. März: Lichtbildervortrag von Vajen über seine Reise durch Ungarn.
15. April: Frühlingsfahrt nach Bensheim mit Burgruine Auerbach, Neunkirchen und Fränkisch-Crumbach. Rückfahrt durch den Odenwald.
15. Mai bis 20. Mai: Sechstagesfahrt nach Holstein. 15 Besichtigungen und die Fünfseefahrt von Malente standen auf dem Programm.
21. Juni: Abends Sonnenwendfeier auf der Schauenburg mit großem Feuer und Musik durch die Jagdhornbläser des vorderen Renchtals.
19. Juli: Halbtagesfahrt nach Badenweiler, Munzingen mit Barockschloß, Pestkapelle St. Alban in Oberschaffhausen und Burgheim.
21. September: Nach Sigmaringen, Meßkirch, Beuron.
18. Oktober: Traditionelles Schlachtplattessen.
19. Oktober: Halbtagesfahrt ins Elsaß, Weinstraße nach Andlau und zur Wehrkirche nach Hunawir.
10. November: Diaschau von der Holsteinfahrt.
30. November: Diavortrag von Dr. Fettig über Südtalien.
16. Dezember: Jahresabschlußversammlung und Diaschau von den diesjährigen Studienfahrten. Der monatliche Herrenstammtisch und die monatlichen Damenkaffeestündchen werden gerne besucht.

Wilhelm Vajen

Offenburg

Am 16. 2. 1989 hielt unser Beiratsmitglied Wolfgang Bientzle einen Vortrag über die „Freiherren von Neveu und Windschlag“.

Eine Besichtigung der ehemaligen Ölmühle Henco in Offenburg erfolgte durch den Vorstand am 7. 3. 1989. Dabei zeigte sich die unbedingte Notwendigkeit, sich für die Erhaltung dieses interessanten Industriedenkmals einzusetzen.

Am 6. 4. 1989 fand ein Vortrag von Prof. Dr. Eike Wolgast von der Universität Heidelberg statt über „Der Weg zum pfälzischen Erbfolgekrieg und zur Zerstörung Offenburgs und der Ortenau“. Dieser Vortrag ist auch im Jahresband 1989 der „Ortenau“ veröffentlicht worden.

Die Jahresversammlung des Vereins wurde am 15. Oktober 1989 – nach dem 75jährigen Vereinsjubiläum 1984 – wieder in Offenburg abgehalten. Die erneute Wahl Offenburgs zum Tagungsort war begründet zum einen zur

Erinnerung an das Jahr 1689, in welchem die Stadt durch die Truppen Ludwigs XIV. völlig niedergebrannt worden war, und zum anderen durch die Neueröffnung des Ritterhauses.

Der Festvortrag wurde vom Vorsitzenden der Mitgliedergruppe, Herrn Dr. Fliedner, über das Thema „Die jüdische Kleingemeinde in der Ortenau“ gehalten.

Am Nachmittag konnten sich die Teilnehmer bei entsprechenden Führungen einen umfassenden Eindruck über das neugestaltete Museum und den Aufbau des Stadtarchivs machen.

Hans-J. Fliedner

Oppenau

Februar: Exkursion ins Elsaß:

Auf den Spuren Goethes in Sesenheim. Danach Besichtigung der alten Sternwarte und Vorstellung im Planetarium Straßburg.

März: Vater und Sohn Fettig referieren: Grimmelshausen und sein Hauptwerk „Simplicius Simplicissimus“.

April: Studienfahrt mit Besichtigung der Klöster Wittichen und Alpirsbach.

Juni: Tagesfahrt nach Mülhausen mit Führung durch das Stoffdruckmuseum und Stadtrundfahrt. Anschließend Besichtigung von Thann mit seinem Münster und Weiterfahrt über die Vogesenhochstraße. Abschluß in Burkheim am Kaiserstuhl.

Juli: Tagesfahrt zum Bodensee. Besichtigung von Schloß Sigmaringen und der romanischen Kirchen auf der Insel Reichenau.

September: Schwarzwaldrundfahrt mit Besichtigung des Deutschen Uhrenmuseums in Furtwangen.

Oktober: Besuch der Sonderausstellung im Hause Löwenberg in Gengenbach: „Hortus Deliciarum – Wonnegarten der Äbtissin Herrad“.

November: Vortrag von Präsident Dr. Kauß über „Das bäuerliche Leben im Renchtal – im Spiegel alter Hofübergabeverträge“.

Dezember: Jahreshauptversammlung und Diavortrag von R. Fettig: „Rundreise durch das klassische Griechenland“.

Rainer Fettig

Rheinau

11. 2.: Mitgliederversammlung mit Vortrag „Der alemannische Sprachraum – Sprachgrenzen und Merkmale“ (Prof. Raymond Matzen, Uni Straßburg).

Studienfahrten: Kehl „Rheinbrückenausstellung“, Willstätt „Joh. M. Mo-

scherosch“ (H. Großholz); Kaiserstuhlgebiet, Burkheim, Endingen (H. Großholz, R. Wolf); Straßburg, Stadtbesichtigung „Petite France“ (H. Schneider); Kaysersberg / Colmar „Unterlinden-Museum“ (H. Großholz, P. Hetzel); Straßburg „Ton- und Lichtschau im Münster“ (H. Großholz); Oberschwaben „Schwäbischer Barock“ (P. Hetzel); Bitsch / Homburg gem. mit dem Hist. Verein Ried-Nord (Elsaß); Straßburg, „Bauhütten der Gotik“, drei Fahrten (W. Demuth, H. Großholz).

Es fanden 9 Arbeitskreissitzungen mit Kurzvorträgen statt über die „Auswanderung aus dem Südwesten von Deutschland nach Amerika“ (P. Hetzel), über „Die Ansiedlung der Kolonisten aus Deutschland auf dem Gebiet der Stephanskronen in der Zeit von 1686 bis 1820“ (A. Bayer), über „Die französische Revolution vor 200 Jahren“ (P. Hetzel), über „Die schulischen Verhältnisse im Hanauerland im 18. und 19. Jahrhundert“ (K. Schütt), über den „Durbanhof, reichsunmittelbares Rittergut (Johannisches Gut) in Freistett“ (F. Böninger), über „Die Korker Waldgenossenschaft (Waldbrief von 1476)“ (K. Schütt), über die „Entstehung (1736) und Entwicklung der Rheinhäfen zu Freistett“ (W. Demuth), über „Das Unternehmen Kückh; eine Studie nach 240 Jahren“ (K. Schütt), über „Geschichten um den Freistetter Hafen“ (W. Demuth).

Allgemeine Vorträge: „700 Jahre St. Nikolaus-Kapelle Hausgereut (K. Schütt), „Zeitzeuge des 2. Weltkrieges“ (H. Großholz).

Aufbau einer Bibliothek mit 400 Bänden; Erstellung der Konzeption über die Darstellung der Ortsteile der Stadt Rheinau im „Heimatmuseum Rheinau“ in Freistett. Im Berichtszeitraum sind die Hefte Nr. 11 und 12 der Vereinszeitschrift „Aus der Stadt Rheinau“ erschienen.

Walter Demuth

Schapbach

Am 25. August 1989 stellte Bürgermeister Strohacker die vom Gemeinderat Bad Rippoldsau-Schapbach in Auftrag gegebene Chronik von Schapbach vor, die auch Beiträge von Mitgliedern des Historischen Vereins enthält. Ganz aktuell konnte die Verschwisterung mit La Tranche-sur-Mer noch aufgenommen werden (22. 4. 1989). Wesentlich forciert wurde die Herausgabe durch die Sammel- und Spendenaktion von Hans Schmid (sen).

In Verbindung mit dem Schwarzwaldverein Gutach beteiligte man sich am 15. 10. 89 an der von A. Barth geführten Wanderung entlang der „Linien“ zwischen Hornberg und Gutach, um örtliche Objekte besser einschätzen zu können.

Im Spätjahr wurden die Hinweistafeln am Hansjakobweg I vom SWV unter Mitarbeit des Historischen Vereins erneuert.

Laufende Arbeiten vielfältiger Art wurden weitergeführt.

Johannes Furtwängler

Schutterwald

Februar: Lichtbildervortrag v. H. Pfr. Maier, Obersasbach „Die Kathedrale von Chartres, die Krone des Abendlandes“.

April: Vortrag von Pfr. Josef Baier, Hohberg „Galgengericht und Hinrichtungen im Mittelalter im Bereich Hohberg und Schutterwald.“

Mai: 4-Tagefahrt nach Bamberg und Umgebung. Stadt- und Dombesichtigung in Bamberg, Besichtigung der Klöster Banz und Vierzehnheiligen sowie der Veste Coburg. Fahrt durch die Fränkische Schweiz nach Bayreuth und Fichtelgebirge.

September: Besuch der Friedrich-List-Ausstellung in Reutlingen (List-Jubiläum) und Führung durch die Universitätsstadt Tübingen.

November: Stadtführung in Zell a. Harmersbach und Besuch des Waldmuseums in Oberharmersbach.

Jahresabschluß: Mitgliederversammlung mit Jahresbericht des Vorsitzenden Artur Hohn, Programmdiskussion und Vorschau 1990.

Artur Hohn

Seelbach-Schuttertal

Renovierung des Schulzenhansenhofs in Dörlinbach; Kornspeichergebäude des Konradenhofs in Dörlinbach-Durenbach wurde neu gestrichen.

Renovierung der alten Hofmühle des Engelhofs in Dörlinbach-Durenbach wurde abgeschlossen.

Renovierungsarbeiten an der Kürzenhof-Mühle in Schweighausen-Loh wurde fortgesetzt.

Restaurierung der technikgeschichtlichen interessanten Glatzen-Mühle in Seelbach wurde weitergeführt.

In der Flurkapelle des Hugenhofs in Schuttertal wurde eine Glockenanlage eingebaut.

Neben diesen denkmalpflegerischen Arbeiten, für die sich die Ortsgruppe besonders einsetzt, fanden statt: Tonfilm von Herrn H. Imhof, Sulz; über „Kunst und Kultur entlang der Schutter“.

Wanderung nach Münchweier mit Besuch der Winkelbrennerei. Fahrt nach Rottweil mit Führung durch die Altstadt. Mehrere Exkursionen für Gruppen, die sich besonders für die bäuerliche Kultur (Bauernhäuser, Kornspeicher, Mühlen usw.) im Schuttertal interessierten.

Gerhard Finkbeiner

Steinach

Vorträge: „Die kirchliche Geschichte des Harmersbachtals mit Steinach und Biberach“, Ort: Steinach, Referent: Dr. Kauß.

„Bergbau im Harmersbachtal und Prinzbach“, Ort: Biberach, Referent: Prof. Dr. Metz.

Tagungen: Arbeitskreis „Museum“ in Wolfach und Steinach, Frühjahrstagung in Zell a.H.

Veranstaltungen: Im Rahmen des 850jährigen Jubiläums unseres Dorfes engagierte sich unser Verein durch Teilnahme an Umzug, Festspiel, Kloster-schenke und sonstigen, den Dorffestablauf tangierenden Bereichen sowie bei allen Veranstaltungen der Jubiläumsgemeinden Biberach, Nordrach, Oberharmersbach, Unterharmersbach und Zell a. H.

Diverse Arbeitseinsätze: Im Vordergrund standen die Arbeitseinsatzschwerpunkte:

Neues Heimat- und Kleinbrennermuseum (Beratungen, Aufbau- und Einrichtungsarbeiten);

Museumsbetreuung (Sonntag / Mittwoch);

850jähriges Jubiläum (diverse Sitzungen, Besprechungen und Termine in Bezug auf Planung, Gestaltung, Organisation und Betreuung sowie Wagenbau und sonstige Arbeiten).

Arbeitsbesuch: Das neue Heimat- und Kleinbrennermuseum betreffend wurde zwecks weiterer Gestaltung der Innenräume – speziell des Dachgeschosses – ein „Arbeitsbesuch“ im neu eingerichteten Museum in unserer Partnergemeinde Lay-St.-Christophe in Frankreich durchgeführt.

Neueröffnung: Im Frühjahr 1989 wurde das neue Steinacher „Heimat- und Kleinbrennermuseum“ im Rahmen einer festlichen Einweihung seiner Bestimmung übergeben.

Bernd Obert

Wolfach

Präsentation der städt. Postkarten-Sammlung durch Mitglied O. Schrempp sowie histor. Dokumentation zum 200jährigen Jubiläum des traditionellen Kuchenmarktes in Wolfach am 21. Dezember 1989 in der Schloßhalle unter Mitarbeit verschiedener Vereinsmitglieder.

Vorbereitung zu einer Veröffentlichung in der Ortenau 1990.

Fahrten zu historischen Stätten durch Mitglied J. Krausbeck.

Ernst Bächle

Yburg

Februar 1989: Mitgliederversammlung mit einem Vortrag von Konrad Velten über die Mühlen am Steinbach.

März: Vortrag von Adolf Hirth über die Sagen unserer Heimat.

April: Halbtagesfahrt ins Elsaß: Betschdorf, Besichtigung einer Töpferei, Besuch der Basilika in Surburg, der Burgruine Fleckenstein und Weißenburg mit seiner gotischen Pfarrkirche.

April: „Mit dem Förster durch den Wald“, eine Veranstaltung zusammen mit dem Schwarzwaldverein.

April: Besichtigung mit Führung im Schwarzacher Münster, gemeinsam mit dem Bildungswerk Rebland.

Mai und Oktober: Führungen durch Steinbach, Neuweier und Varnhalt, mit dem Bildungswerk Rebland.

Juni: Mittelalterliche Winzertage.

24. November: Übergabe unseres Heimatbuches „Das Baden-Badener Rebland unter der Yburg“ an die Öffentlichkeit.

Ursula Schäfer

Tätigkeitsberichte der Fachgruppen

Fachgruppe Archäologie

Wolfgang Peter

Veranstaltungen und Öffentlichkeitsarbeit

Die jährliche Frühjahrsexkursion führte am 7. Mai 1989 an die Obere Donau nach Oberschwaben zur Heuneburg und zum Federsee. Durch fachkundige Führer wurden eindrucksvolle Einblicke in die Siedlungsgeschichte und Lebensweise der vorgeschichtlichen Bevölkerung vermittelt.

Am 11. November 1989 fand die Jahresversammlung der Fachgruppe in Offenburg-Bohlsbach statt. Neben interessanten Dia-Vorträgen fand ein reger Informationsaustausch statt.

Im Jahre 1989 wurden wieder vielen Schulklassen, Vereinen und historisch interessierten Gruppen die römischen Ruinen von Friesenheim und Niederschopfheim unter der Führung von Josef Naudascher vorgestellt.

Durch Vermittlung von Josef Naudascher erfolgte durch den Förderverein Stadtmuseum e. V. Hornberg eine Exkursion in die lothringischen Vogesen. Die Führung erfolgte durch Eugène Kurtz.

Wie im Vorjahr wurden wieder mehrere Begehungen im Bereich Hornberg durch die Mitarbeiter Eugène Kurtz, Wolfgang Neuss, Frau Martin und Josef Naudascher durchgeführt.

Zwischenzeitlich gab es dann erste Begehungen zusammen mit Mitarbeitern des Landesdenkmalsamtes Freiburg.

Römerzeit

Innerhalb einer römischen Siedlungsstelle im Gewann Kornfeld von Neumühl (Deutsche Grundkarte 7413.7) fand der Mitarbeiter Walter Fuchs ein Bruchstück einer Skulptur aus Buntsandstein. Die Skulptur stellt den Kopf einer römischen Gottheit dar, die vermutlich zu einer Jupiter-Giganten-Säule gehört.

Mittelalter

Unter Mithilfe der Mitarbeiter Heiko Wagner und Wolfgang Westermann fanden in Prinzbach durch das Institut für Ur- und Frühgeschichte der Universität Freiburg Untersuchungen zum mittelalterlichen Bergbau und zur städtischen Baugeschichte statt.



*Kopf einer römischen Gottheit, gefunden in Neumühl bei Kehl
Aufnahme: W. Fuchs*



*Schmelzofenrest, ausgegraben durch Dipl.-Geologe Gundram Gassmann, westlich von Kippenheim. Die Verfüllung besteht aus einer Mischung von Holzkohlen- und Erzresten aus dem Eisenerzlager Ringsheim
Aufnahme: Josef Naudascher*

Auf Anregung von Josef Naudascher erfolgte durch Diplom-Geologe G. Gassmann vom Landesdenkmalsamt Freiburg eine Grabung im Gewann Untere Breite von Kippenheim (DG 7612.25).

In einer Tiefe von 40 cm konnten die Überreste eines ehemaligen Eisenschmelzofens, vermutlich aus dem Frühmittelalter ausgegraben werden. Es handelt sich hierbei um einen bisher einmaligen Fund in Baden.

Durch Lothar Hahn aus Oberweier wurde der Fund eines menschlichen Skeletts in Niederschopfheim gemeldet.

Das Skelett lag etwa 3 Meter unter Löß in West-Ostlage und war durch die Bauarbeiten bereits teilweise zerstört. Nach Wertung des Sachverhaltes durch den Grabungstechniker Klaus Hietkamp und Josef Naudascher handelt es sich um eine Bestattung des ausgehenden Frühmittelalters.



*Ein in Niederschopfheim vom Bagger angegrabenes Skelett aus dem ausgehenden Frühmittelalter
Aufnahme: Biehler-Himmelsbach*

Fachgruppe Denkmalpflege

Dieter Kauf

Für das Jahr 1989 waren wiederum vier Sitzungen der „Fachgruppe Denkmalpflege“ geplant. Leider mußte der letzte Termin am 15. November 1989 wegen zuvieler Entschuldigungen infolge gleichartiger anderer Termine ausfallen.

Eigentlich hätte die erste Sitzung der „Fachgruppe Denkmalpflege“ im Historischen Verein für Mittelbaden am 25. Januar 1989 den aktuellen Fragen der Denkmalpflege in der Ortenau im Rückblick auf 1988 und im Ausblick auf 1989 gelten sollen. Ein Mitglied legte jedoch mit Recht Wert darauf, von ihm vorgeschlagene Themen zu berücksichtigen, was mit großem Gewinn für alle Teilnehmer auch geschah. So wurde zunächst über den desolaten Zustand einiger Bahnhöfe rund um Offenburg diskutiert. Dabei war zu berücksichtigen, daß die Bundesbahn einen eigenen Baurechtsbereich bildet, der in Fragen des Denkmalschutzes nur zu einer Anhörung verpflichtet ist. Bei der Erhaltung und Pflege alter nicht mehr als solche genutzter Bahnhöfe geht es wie bei anderen Denkmälern auch um die große Frage der zukünftigen Nutzung und den Aufwand, den man dafür treiben muß. Außerdem wird man es nicht verantworten können, jeden Bahnhof als solchen unter Denkmalschutz zu stellen. Um diese und andere Fragen besser klären zu können, wird sich die Fachgruppe mit diesem Thema sicherlich nochmals beschäftigen.

Ein weiteres Thema war die Gegenüberstellung der Jahreszahlen 1689 und 1989 nicht nur in der Geschichte, in Kriegszeiten und Städtevernichtungen, sondern auch als Anlaß für einen besonderen Maßstab für die Anerkennung und Bewertung von Kulturdenkmalen gerade in der Ortenau. Das Jahr 1689 steht hier für die radikale Vernichtung unserer Städte, aber auch für die Zerstörung der Bausubstanz in den ländlichen Gebieten in jenen Kriegsjahren. Geschichtliches ist daher in der Ortenau kaum greifbar weiter zurückzuverfolgen. Und so ergibt es sich von selbst, daß etwa ein noch aus dem 17. Jahrhundert erhaltenes Haus in der Ortenau einem ganz anderen Bewertungsmaßstab unterstellt werden muß, als eines aus jener Zeit in Oberfranken etwa. In der Diskussion wurde deutlich, daß einige der betroffenen Städte in der Ortenau des Jahres 1689 gedenken wollen. In Gengenbach hat sich etwa die Kath. Pfarrgemeinde den Tag der Vernichtung am 8. September 1689 für dieses Jahr besonders vorgenommen, da die Zerstörung ausgerechnet am Patroziniumstag erfolgte. Das Jahr 1789 und die Französische Revolution sowie deren Auswirkungen rechts des Rheins werden in einigen Artikeln unserer Vereinszeitschrift „Die Ortenau“ verdeutlicht.

Am 20. April 1989 war die Fachgruppe Gast bei der Deutschen Bundesbahn in Offenburg. Dabei sprach Abteilungsleiter Dipl. Ing. Peter Ganze über das Thema „Denkmalpflegerische Aufgabenerfüllung bei der Deutschen Bundesbahn.“ Folgende Thesen erschienen bemerkenswert:

1. Denkmalpflege bei der Bundesbahn steht in der Spannung mit dem obersten Prinzip der technischen Weiterentwicklung, die absoluten Vorrang hat.
2. Bei den einzelnen Objekten ist die Bundesbahn eigene Planfeststellungsbehörde. Diese hat die Belange des Denkmalschutzes zu berücksichtigen, wobei dies nie bundeseinheitlich möglich ist, da Denkmalschutz und dessen Gesetzgebung jeweilige Landessache ist.
3. Die Deutsche Bundesbahn muß also auf den Denkmalschutz bedacht nehmen und diesen angemessen berücksichtigen. Der Bruch mit der Dampfmaschine brachte im Planen und Bauen eine radikale Wende. Der Rationalisierungsdruck brachte die Vernichtung von Dienstposten und Dienststellen.
4. Mit dem Landesdenkmalamt baut sich ein Spannungsfeld hinsichtlich der Erhaltung von einer Sachgesamtheit – Gesamtstrecke mit allen Einrichtungen und Bauten – auf. Hinsichtlich der Erhaltung eines Einzelbauwerks sind die Schwierigkeiten nicht so groß, wenn auch die Bundesbahn sehr stark mit dem Argument des Prototyps einsteigt.

Beispiel: Eine Eisenbahnbrücke der Schwarzwaldbahn soll ersetzt werden. Denkmalpflege sagt nein und will deren Erhaltung; Bundesbahn kontert: in der Pfalz gibt es dieselbe Brücke noch gut erhalten – also weg damit im Schwarzwald!

5. Auch bei der Bundesbahn stehen bei der Denkmalpflege die Probleme der Zumutbarkeit, insbesondere angesichts des Primats der modernen Technisierung, im Wege.
6. Weitere Möglichkeiten der Bundesbahn, sich denkmalpflegerisch zu betätigen:
 - durch Verkauf oder Verpachtung eine geänderte Nutzung und damit eine Erhaltung ermöglichen
 - vor Abbruch Dokumentation
 - Translozierung und andere Nutzung
 - Rettung von Bauteilen.

Für die Mitglieder der Denkmalpflege-Fachgruppe war es schockierend, daß Herr Ganze im Zusammenhang mit der Dokumentierung behaupten konnte, daß die Bundesbahn kein eigenes Geschichtsbewußtsein habe. Insbesondere daran entzündete sich eine anregende Diskussion, deren Ergebnis ein doppeltes war:

1. Man sollte bei der Bundesbahn beginnen, regional zu dokumentieren und dabei auch ein Geschichtsbewußtsein schaffen.
2. Bundesbahn und Interessenten an denkmalwürdigen Objekten der Bundesbahn sollten während der Planungsphase ein intensives Gespräch suchen.

Im Anschluß an unser Gespräch am 20. April 1989 mit Abteilungsleiter Dipl. Ing. Peter Ganze bei der Bundesbahn in Offenburg über „Denkmalpflegerische Aufgabenerfüllung bei der Bundesbahn“ war dieser bereit, uns vor Ort am 23. Juni 1989 in Schiltach über Maßnahmen der Bundesbahn zu informieren.

Treffpunkt war „Schiltach Hauptbahnhof“, wo uns Herr Ganze die allgemeine wie auch die spezielle Situation des Bahnhofs in Schiltach nahebrachte. Im Zuge des Kinzigbahn-Jubiläums wurde das Bahnhofsgebäude gefällig renoviert und Außenanlagen für Busse geschaffen. Das alte Bahnhofsgelände wurde systematisch abgebaut und an die Industrie verkauft. Neben dem Bahnhof stehen ein Personalgebäude und die alten Schuppen, deren Aussehen mit der Entfernung vom Bahnhof immer schlechter wird.

Beim anschließenden Gang vom Hauptbahnhof zur neuen Haltestelle „Schiltach Mitte“ wurden wir mit dem Problem einer eventuellen Stilllegung der Bahnlinie Schiltach – Schramberg konfrontiert. Was passiert in diesem Falle dann mit der Eisenbahnbrücke und der Tunnelanlage?

Der neue Haltepunkt „Schiltach Mitte“ ist ein „Sammelsurium“ von vorhandenen und translozierten Gebäuden. Das vorhandene Bahnwärterhaus wurde von der Stadt erworben, renoviert und behindertengerecht für dessen Bewohner ausgebaut. Die Wartehalle ist die translozierte Pförtnerloge der Fa. Junghans, restauriert, ebenfalls von der Stadt Schiltach erworben. Der ganze Haltepunkt sowie sein Betrieb wird von der Stadt Schiltach betrieben.

Hier stießen sowohl Bürgermeister Rottenburger als auch die Schiltacher Museumsleiterin Frau Dr. Felizitas Fuchs zu uns. Mit ihnen besuchten wir zunächst das Städt. Museum am Markt, ein Fachwerkhaus, das die Stadt erwarb, um es einerseits zu erhalten und zu renovieren, andererseits es als Museum zu nutzen. Frau Dr. Fuchs führte uns durch dieses von ihr neu eingerichtete Museum.

Danach ging es hinunter zum „Schleifegrün“, wo die Stadt Schiltach bei dem bisher bestehenden Flößermuseum zwei Sägen, eine Waldbau-Dokumentation und eine Rotgerberei eingerichtet hat. Hier war ebenso Frau Dr. Fuchs verantwortlich. In diesem Bereich wurden neu erstellt bzw. genutzt die Holz-Konstruktionen über den Sägen sowie zwei Firmenschuppen.

Insgesamt erwies sich diese „Vor-Ort-Aktion“ als sehr lehrreich in folgenden Punkten:

1. Die Bundesbahn tut etwas, wenn es andere bezahlen. Sie zeigt sich aber generell in Fragen der Denkmalpflege gesprächsbereit. Über die Farbgebung und Gestaltung des Haltepunktes „Schiltach Mitte“ kann man diskutieren.
2. In einer Stadt kann vieles für Denkmalpflege und museale Nutzung von Gebäuden erreicht werden, wenn deren Bürgermeister sich konsequent dafür einsetzt.

Fachgruppe Grenzsteine

Gernot Kreuz

Grenzstein-Dokumentation ein notwendiger Schritt zur Erhaltung der historischen Marksteine.

Der Bericht lehnt sich im wesentlichen an das Konzept für die Erfassung der historischen Marksteine an, das am 17. 3. 1990 auf der Arbeitstagung in Durbach-Ebersweier vorgestellt wurde.

Eine Fachgruppe Grenzstein-Dokumentation soll dazu beitragen, daß unsere kulturelle Verpflichtung, die Marksteine zu erhalten, nicht im Verborgenen bleibt. Aufgabe ist die Dokumentation in Bild und Text und die Inventarisierung dieser Kulturdenkmale, die ein Spiegelbild unserer örtlichen und regionalen Geschichte sind. Zu Kulturdenkmalen gehören nicht nur Kirchen, Burgen und andere Baudenkmale. Auch die Kleindenkmale sind historische Zeugnisse, selbst wenn sie nur eine wenig hervortretende alltägliche – eben die kleine – Ausprägung zeigen. Erst in ihrer Gesamtheit – natürlich zusammen mit anderen sozio-kulturellen Erscheinungen – können sie dazu beitragen, daß das Lebensbild der Altvorderen für uns vorstellbarer wird.

In der Satzung unseres Historischen Vereins von 1910 steht: „Der Verein hat den Zweck, die Geschichte und die Kunst- und Altertumsdenkmäler Mittelbadens zu pflegen.“ Was auch immer unter diesen Begriffen zu verstehen sein mag, diese erhalten den jeweiligen Inhalt im Laufe ihrer Anwendung. In der Satzung von 1980 taucht der heute gebräuchliche Begriff „Kulturdenkmale“ auf.

Historische Marksteine gehören zu der Gruppe der Kleindenkmale, die eine besondere Beziehung zum öffentlichen Recht hatten und auch heute noch haben. Sie sind Rechtsdenkmale, denen auch andere Kulturdenkmale wie die Steinkreuze als Sühnekreuze, alte Gerichtsstätten, Pranger u. ä. zuzuordnen sind.

Warum stellt sich nun für uns eine solche Aufgabe der Erfassung? Gerade die Klein-Denkmale sind in unserer Kulturlandschaft einer besonderen Gefährdung ausgesetzt. Gefährdung – einmal sind es die Entwendungen; dabei wären sogenannte Sicherstellungen, wenn sie sozusagen amtlich vorgenommen werden, vielleicht noch hinzunehmen. Nicht tragbar sind aber Entwendungen aufgrund privater Initiativen, die Allgemeinwohl vorschoben, aber dennoch nur sich selbst meinen, wenn mit Unverstand durch

eigenmächtiges Restaurieren nicht rückgängig zu machende Zerstörungen vorgenommen werden und die originäre Aufgabe des denkmalschützenden Konservierens von authentischen Dokumenten pervertiert wird. Dabei dürfen wir uns auch nicht von so wohlklingenden Namen wie z. B. „Gemeinschaft zur Beförderung geschichtlicher Objekte“, oder wie auch sonst solche Vereinigungen heißen mögen, täuschen lassen.

Die Erhaltung eines historischen Denkmals schließt seine Veränderung oder gar „Verschönerung“ aus. Erhaltende Maßnahmen sind erst dann in Gang zu bringen, wenn man sich mit gewissenhaften, sorgsam vorgehenden Personen beraten hat. Äußerliches Repräsentieren-Wollen kann dabei nur hinderlich sein. Wir alle – und jeder einzelne, der eine sachgerechte Beziehung dazu hat – dürfen uns nur als Sachwalter „zu treuen Händen“ und nicht als Einzel-Besitzer unserer Kulturdenkmale verstehen.

„Der Wert des Denkmals liegt in der Erhaltung und dem Schutz des Originals einschließlich der originalen Oberfläche“ – Zitat der AFO (Arb.-kreis f. Flur- u. Kleindenkmalforsch. in d. Oberpfalz). Alter und damit das Schicksal eines Denkmals sollten immer ablesbar bleiben. Weiterhin ist zu bedenken, daß der natürliche Verwitterungsprozeß umso schneller fortschreitet, wenn – wie meist unsachgemäß – Manipulationen vorgenommen werden.

Zerstören von einmaligen – es sind damit tatsächlich Unikate gemeint –, Wappensteinen durch „Nachbessern“, das heißt Verschlimm-Bessern von Verwitterungsspuren oder das Zurecht-Stutzen – oder besser gesagt Zu-Unrecht-Stutzen – von Seitenarmen eines Sühnekreuzes, von denen uns in der Ortenau nur etwa 30 erhalten sind, ist noch schwerwiegender zu beurteilen als die leider vielfach geübte Aneignung solcher Kleindenkmale für einen Vor- oder Hintergarten oder andere „Anlagen“. Leider gibt es dafür genügend Beispiele aus der Ortenau.

Denkmalschutzgesetz und Bürgerl. Gesetzbuch erlauben es in keinem Fall, Kleindenkmale als „herrenlose Sachen“ anzusehen. Man kann Kleindenkmale nicht für sich finden und sie sich auch nicht „schenken“ lassen. Die besondere Beziehung dieser Kleindenkmale zum Recht erlaubt zudem eine weitere Feststellung. Historische Marksteine, insbesondere Wappensteine wie auch Steinkreuze – diese häufig mit Zeichen versehen für Menschen, deren Tod gesühnt werden mußte – sind Archivalien, steinerne Urkunden mit Siegeln. Wer wird denn nun hergehen und alte Urkunden gerade-schneiden und ihre oft zerschlossenen Siegel in selbstherrlicher Manier auf-frischen wollen.

Das sind die Gefährdungen, denen unsere Kleindenkmal-Landschaft ausgesetzt ist. Wir brauchen dabei nicht nur auf die anderen, das heißt z. B. den

Straßen- und Leitungs-Bau oder die Flurbereinigung zu weisen. Wenn das Bewußtsein für das sachgemäße Erhalten nicht in erster Linie uns selbst, den Mitgliedern des Histor. Vereins, selbstverständlich ist, können wir wohl kaum von den sogenannten Außenstehenden etwas erwarten.

Auch Kleindenkmale gehören zu unserer Umwelt, zur Umwelt aller, zum Erscheinungsbild einer Einheit von Landschaft und Kultur. Vielleicht können wir in das heute alarmierte Verantwortungsbewußtsein für die Umwelt auch den Umweltschutz für unsere Kleindenkmal-Kultur einbringen.

Jedes entwendete, noch mehr jedes durch Verschönern ruinierte Kleindenkmal ist verloren für die Allgemeinheit, für die heimatlich kulturelle Umwelt ebenso wie für die Erforschung der regionalen Geschichte und ihrer volkstümlich-künstlerischen Ausprägung. Anders ausgedrückt: Der gewachsenen Kulturlandschaft werden heimlich und leise charakteristische Merkmale entrissen, dem Kunstliebhaber wird es verwehrt, sich an solchen kleinen Dingen zu freuen, dem geschichtlich Interessierten wird eine Erkenntnisquelle genommen.

Die Erfassung unserer historischen Marksteine soll kein Selbstzweck sein, sondern sie ist die notwendig erste Stufe, um unsere Kleindenkmal-Landschaft zu erhalten – und zwar so zu erhalten, wie sie gewachsen ist; das heißt, der angestammte Standort eines Kleindenkmals, der ja nicht zufällig ist, gehört wesentlich zum Schutz des Denkmals. Ihren ganzen Sinn erhalten unsere steinernen Urkunden, wenn sie als Ensemble dort bleiben können, wo sie auch besiegelt wurden. Das zum Sinn einer solchen Fachgruppe, die historische Grenzmarken erfaßt.

Wie kann nun die praktische Arbeit aussehen?

Für die ehemals 160 Gemeinden im Ortenaukreis werden es weit über 700 Grenzabschnitte sein, die mehrmals begangen, dabei aufgenommen und dann ausgewertet werden müssen. Dazu kommen entsprechend den angrenzenden Mitgliedergruppen weitere Grenzlinien.

Der Ortenaukreis läßt sich für die Erfassung in 5 Bereiche einteilen:

Rench / Acher: Achern – Kappelrodeck – Oberkirch – Oppenau
 – Appenweier

Mitte: Offenburg – Gengenbach – Zell a. H.

Schutter / Ettenheim: Friesenheim – Lahr – Ettenheim – Seelbach

Mittl. Kinzig / Gutach: Haslach – Hausach – Wolfach – Hornberg

Rhein: Rheinau – Kehl – Willstätt – Neuried –
 Schwanau.

Angrenzende Raumschaften lassen sich zwanglos zuordnen, so daß alle 33 Ortsgruppen einbezogen werden können.

Für jeden Bereich möge sich ein Obmann / -frau zur Verfügung stellen. Jeder dieser Obleute hätte zunächst die Aufgabe, in seinem Bereich engagierte geeignete Personen, die vielleicht auch ein Gespür für Systematik haben, ausfindig zu machen, die bei der Markstein-Aufnahme mitmachen wollen; günstig wäre es, wenn sich jeweils zwei zusammentun würden. Ohne ein systematisches genaues Abgehen der Grenzen, was natürlich zeitaufwendig ist, bliebe die Dokumentation ein Torso.

Allererste Instruktionen sollten vorab die fünf Obleute erhalten – ggf. noch einige wenige mehr, damit der engste Kreis nicht zu groß wird und vielleicht somit effektiv bleiben kann. – Diese Erläuterungen werden sich beziehen auf

1. Überlegungen zur Denkmalswürdigkeit (Stichworte: Was ist ein historischer Markstein? Was sind seine Merkmale im Detail?)
2. Festlegung von Prioritäten, wobei die Foto-Dokumentation eine große Rolle spielt
3. Fragen, die mit dem Kartenmaterial zusammenhängen
4. Praktische Hinweise für die Gelände-Begehungen einschließlich der Aufnahme vor Ort
5. Besprechung der Auswertung und Koordination.

Obleute sollen innerhalb ihres Bereichs koordinieren – auch die Grenzbegehungen zu den Nachbar-Regionen festlegen bzw. zuordnen, damit nicht ungewollte Doppelbegehungen vorkommen. Unsere Fachgruppe kann dann (entsprechend der vorgeschlagenen Einteilung) aktiv werden in fünf Bereichsgruppen, deren Obleute ihrerseits anhand der mündlichen und schriftlichen Erläuterungen bzw. Anleitungen ihre Mitarbeiter informieren. – Alle Mitarbeiter bekommen danach als Handreichung die Erläuterungen und die Anleitung zum Grenzstein-Erfassungsbogen schriftlich. Es kommt dazu noch eine systematische Übersicht über die Grenzsteinarten: Marksteine (Gemarkungs-Grenzsteine, Territorial-Steine), Gütersteine (u. a. Waldsteine), Nutzrechtssteine (z.B. Forst, Fischwasser, Bergbau), Namensteine.

Planung und Durchführung des ersten Treffens im Mai 1990 – danach ist eine baldmögliche Besprechung von ersten Ergebnissen nach anlaufender praktischer Tätigkeit vorgesehen, da viele Unklarheiten recht frühzeitig beseitigt werden sollten.

Insgesamt muß der zeitliche Rahmen weit gesteckt werden, denn er hängt ab von äußeren Gegebenheiten (Geländeformen, Ergiebigkeit, mehrmaliges Begehen) und persönlichen Umständen (freie Zeit, Gesundheit).

Zur Arbeitserleichterung sind anzustreben Erkunden und Auftun möglicher Unterstützungen beispielsweise durch kostenfreie Hilfen, Genehmigungen,

Anordnungen der Denkmalbehörden (z. B. durch das Landratsamt oder das Regierungspräsidium), Erlasse durch das Innenministerium bzw. Landesoberbehörden (Landesvermessungsamt, Landesdenkmalamt). Vorreiter mit den meisten Erfahrungen über eine Grenzstein-Dokumentation ist die Pfalz, weit vorangekommen ist man auch im Elsaß und in Hessen.

Der Leiter der Fachgruppe übernimmt die Koordination und steht für alle möglichen Rückfragen bereit. Erfahrung wird eingebracht durch praktische Arbeit in dem Gebiet östlich einer gedachten Linie von Lauf im Norden über den Offenburger Gottswald bis nach Ettenheimmünster bzw. Münchweier im Süden – ein Gebiet in der Ortenau mit 124 Gemarkungen und über fünfhundert Grenzabschnitten. – Am Beispiel der 1988 veröffentlichten weitgehend vollständigen Markstein-Foto-Dokumentation der drei bzw. vier Gemarkungen der Gemeinde Schuttertal wird darauf verwiesen, daß zwar alle Formvarianten der Lochen aufgenommen sind, aber Kartierung und vollständige Beschreibungen noch ausstehen – und so bleibt auch hier noch ein auszufüllendes Betätigungsfeld im Sinn unserer Fachgruppe übrig.

Fachgruppe Grenzüberschreitende Zusammenarbeit

Carl Helmut Steckner

Es wurden Informationen beschafft und Kontakte angebahnt (in Richtung Ortenau – Elsaß und umgekehrt) und damit die Tätigkeit anderer Gruppen ergänzt. Doch wurden die Möglichkeiten bislang nicht ausgeschöpft. Das Beispiel Kehl kann praktische Anregungen geben.

Das Hanauer Museum pflegt traditionell solche Kontakte. Leihgaben kamen schon aus dem Kunstgewerbemuseum und dem Elsässischen Museum in Straßburg wie neuerdings aus Geispolsheim. Straßburger Sammler ermöglichten eine Spielzeugausstellung, Photoarchiv und Photolabor der Straßburger Museen und des Stadtarchivs liehen oder lieferten Bilddokumente wie die Hafenverwaltung zur Ausstellung „600 Jahre Rheinbrücken Kehl – Straßburg“ und zum Buch über das gleiche Thema. Eine Fachwerk-ausstellung wurde vom Museum in Buchweiler übernommen, das sich an einer Ausstellung über das Hanauerland beiderseits des Rheins beteiligt. Ergebnisse der Ausschachtungsarbeiten auf dem Gelände des ehemaligen Hornwerks der Festung Kehl wurden Straßburger Archäologen gezeigt.

Die Mitgliedergruppe Kehl-Hanauerland lädt seit Jahren Vortragende aus Straßburg und dem Elsaß ein. Sie sprachen über die Römer am Oberrhein, Habsburger am Oberrhein, Hochstift Straßburg im Mittelalter, Straßburger Münster, Entstehung der Grafschaft Hanau-Lichtenberg, Geschichte des Hanauerlandes, die Große Landgräfin von Hessen-Darmstadt, Herrad von Landsberg, Johann Friedrich Oberlin, Friederike Brion, René Schickele; ein Vortrag über den Bauernkrieg wird folgen. Auch Führungen durch das Elsaß sind hier zu nennen. Pressehinweise auf Ausstellungen und Vorträge erschienen in Straßburg.

Einzelnen Mitgliedern konnte bei der Materialsuche geholfen werden. In Betracht kommen die Archive und Bibliotheken vor allem in Straßburg, so das Archiv der Stadt Straßburg (Archives Municipales) und des Unterelsaß (Archives de la Région Alsace et du Département du Bas-Rhin), die Städtische Bibliothek (Bibliothèque Municipale), des Priesterseminars (Grand Séminaire), die Bibliothek der Museen, weiter die Staats- und Universitätsbibliothek (Bibliothèque Nationale et Universitaire) und ihre Alsatica-Abteilung. Beide, wie die Städtische Bibliothek und die Bibliothek der Museen verfügen über umfangreiche Altbestände deutscher Literatur (auch Zeitschriften und Zeitungen). Für Bildunterlagen kommen in Betracht die Photoarchive des Stadtarchivs, der Museen, des Denkmalamtes und des Kupferstichkabinetts (Cabinet d'Estampes).

Neben der erwähnten Hilfe bei der Beschaffung von Literatur oder zum Nachweis von Quellen können auf Anfrage aktuelle Auskünfte gegeben werden über Museen und Ausstellungen und ebenfalls Führungen oder Kontaktadressen vermittelt und Informationen und Unterlagen zur Vorbereitung von Exkursionen besorgt werden.

Schließlich bestehen Kontakte zu den Museen allgemein und zur archäologischen Denkmalpflege (Direction Circonscriptions des Antiquités Historiques et Préhistoriques d'Alsace), ebenso zu Vereinen wie Freundeskreis des Museums Buchweiler (Amis du Musée, Bouxwiller), Gesellschaft Alt-Straßburg (Société des Amis du Vieux Strasbourg), Société pour la Conservation des Monuments Historiques d'Alsace, Société des Amis des Arts et des Musées de Strasbourg und zum Dachverband der historischen Vereine, Fédération des Sociétés d'Histoire et d'Archéologie d'Alsace, verbunden mit Teilnahme an ihren Veranstaltungen.

Fachgruppe Mundart

Hermann Braunstein

Die 18 Mitarbeiter der Fachgruppe „Mundart“ im Historischen Verein Mittelbaden haben die Arbeiten über den Dialekt ihrer Dörfer beendet. Je ein Exemplar dieser Arbeiten ging an die Bibliothek unseres Vereins und an die Universitäten Freiburg, Basel, Tübingen und Straßburg.

Meine Arbeit über „Redensarten von Schutterwald (Ortenaukreis)“ konnte durch die freundliche Unterstützung von Dr. Hubert Burda, Direktor Fobbe (Bezirkssparkasse Offenburg) und Herbert Uhl (Kieswerk Schutterwald) herausgebracht werden. Die Gemeinde Schutterwald stellte die Abzüge her; der Morstadt Verlag (Dr. Fritz Foshag, Kehl) besorgte den Einband.

Meine neueste Arbeit bringt einen Vergleich der Mundarten folgender Orte: Schutterwald, Elgersweier, Diersburg, Gengenbach, Hofweier, Schutterzell, Kürzell, Meißenheim, Ichenheim, Altenheim, Goldscheuer, Hohnhurst und Windschläg. Die Arbeit liegt im Manuskript vor. Eine Drucklegung war bisher aus finanziellen Gründen nicht möglich.

Die neuesten Beziehungen zu Dörfern jenseits des Rheins (Gerstheim und Plobsheim) stecken noch im Anfang.

Fachgruppe Museen

Horst Brombacher

Die Fachgruppe Museen hielt im Jahr 1989 zwei Sitzungen ab. Zur Frühjahrssitzung am 18. 3. 89 trafen sich die Teilnehmer in der Kreisbildstelle Wolfach, wo Herr Ansgar Barth als Medienfachmann über das Thema „Medien in und über Museen“ referierte. Anhand von Beispielen und mit dem Einsatz von Geräten zeigte er Möglichkeiten auf, wie Druckmedien (Plakate, Prospekte, Führer, Ansichtskarten, Repros) für das Museum nutzbar gemacht werden können. Medien zur Veranschaulichung von der Bildersammlung bis zu Videofilmen ergänzten den Querschnitt durch die musealen Möglichkeiten. Die übliche anschließende Informationsbörse gab den Teilnehmern die Möglichkeit, Fragen zum Thema zu stellen und eigene Erfahrungen einzubringen. Außerdem wurde der Austausch von Informationen zwischen den Teilnehmern ermöglicht.

Die Herbstsitzung am 7. 10. 89 fand im neueröffneten Heimat- und Kleinbrennereimuseum in Steinach statt. Der Leiter, Herr Peter Schwörer, führte die Mitglieder zunächst sachkundig durch das Museum und war anschließend der Gastgeber. Mit dem Referenten für das Thema „Vom richtigen Umgang mit Papier“ stellte sich Frank Lankoff vom Wehrgeschichtlichen Museum Rastatt als Restaurator für Papier vor. Ausgehend von der Problematik, daß saure Papiere sich selbst und ganze Bibliotheksbestände zerstören, wies er darauf hin, daß der Zerfall heute meist schneller vor sich geht, als eine Restaurierung möglich ist. Die Sicherung der Inhalte von Bibliotheken auf elektronische Speicherung ist deshalb oft unerlässlich. Dann gab der Referent Tips zum richtigen Behandeln von Büchern und Papieren, wobei er einfache Restaurierungs- und Konservierungsmöglichkeiten zeigte. Das hier begonnene Thema „Bewahren und Restaurieren“ soll für die Materialien Holz und Metalle im Rahmen einer weiteren Veranstaltung fortgeführt werden.

Leider ließ der Besuch bei beiden Veranstaltungen zu wünschen übrig, obwohl Thematik und Referenten vielversprechend waren. Mit Hilfe erweiterter Werbung wollen wir hier versuchen, einen größeren Interessentenkreis zu erreichen.

Fachgruppe Neuere und Zeitgeschichte

Karl Maier

Während des Jahres 1989 legten die Teilnehmer der Fachgruppe auf zwei Sitzungen die wesentliche Aufgabe der nächsten Jahre fest. Zusammen mit den Mitgliedergruppen des Historischen Vereins soll das Problem der Zwangsarbeit im Dritten Reich auf dem Gebiet der Ortenau erforscht und dargestellt werden. Es gilt dabei, nicht nur die entsprechenden Akten der verschiedenen Archive zu sichten, sondern auch die Erinnerungen noch lebender Zeitzeugen festzuhalten. Gerade weil das Thema psychologisch belastet ist, die Einsichtnahme in die Quellen oft durch Bestimmungen des Datenschutzes eingeschränkt wird, kann die Fachgruppe, die immer wieder methodische Fragen diskutiert und wichtige Informationen liefert, jedem, der sich der Sache widmet, wertvolle Hilfe bieten.

Veröffentlichungen zur Zeitgeschichte aus den beiden letzten Jahren:

Dittler, Erwin: Georg Monsch, Stadtrat und Ehrenbürger der Stadt Offenburg, Kehl-Goldscheuer 1990

Boll, Bernd: Quellen für regionalgeschichtliche Studien über die Jahre 1933–1944. 3 Teile in „Rundbrief des Arbeitskreises Regionalgeschichte Freiburg“ 2/1988, 3/1989, 4/1989 (Postfach: 5127 Freiburg)

Haumann, Heiko: „Schwäbisch-alemannische Demokratie“ gegen „Staufisch-schwäbischen Imperialismus“? Politische Konzeptionen in Baden und Württemberg 1945–1952, in „Allmende“ 20/1988

Weinacht, Paul Ludwig (Hrsg.): Gelb-rot-gelbe Regierungsjahre. Badische Politik nach 1945. Gedenkschrift zum 100. Geburtstag Leo Wohlebs (1889–1955), Sigmaringendorf 1988

Wolfrum, Edgar: Das französische Besatzungsarchiv in Colmar. Quelle neuer Einsichten in die deutsche Nachkriegsgeschichte 1945–1955, in GWU 40/1989

Wolfrum, Edgar: Französische und deutsche Neugliederungspläne für Südwestdeutschland 1945/46, in ZGO 137/1989

Reimling, Willi/Suhm Elisabeth: Partnerschaft hat Bestand. 30 Jahre Partnerschaft Gengenbach-Obernai, in „Gengenbacher Blätter“ 20/1988

Museumskreis am Museum Haus Löwenberg Gengenbach: Souvenir '89. Szenarien deutsch-französischer Geschichte und Gegenwart. Ausstellungskatalog 1989

Reimling, Dietlinde: Prälat Hermann Maas. Bäume des Friedens gepflanzt, in „Gengenbacher Blätter“ 20/1988

Huber, Heinz G.: Wilhelm Kasper – vergessener Widerstandskämpfer aus Nußbach, in „Acher-Rench-Zeitung“ vom 20. und 21. Juli 1989.

Huber, Heinz G.: „Er war halt au e Judd!“ Nachforschungen eines Ortschronisten oder vom Umgang mit Vorurteilen in einem Ortenauer Dorf, in „Allmende“ 24/25 (1989)

Spether, Roland: Ferdinand Maurath. Ein Widerstandskämpfer während der Nazizeit, in „Acher-Rench-Zeitung“ vom 31. Juli 1989

Bezirkssparkasse Offenburg: Festzeitung zum 150jährigen Jubiläum der Bezirkssparkasse, 1989

Volksbank-Raiffeisenbank Lahr: 125 Jahre Volksbank Lahr, 1989

Der Ortenaukreis – Rückblick 1989

Landrat Dr. Gerhard Gamber

Zahlreiche kommunalpolitische Probleme überfordern den örtlichen Bereich und die Leistungsfähigkeit der Gemeinden. Berufliche Bildung und soziale Hilfen – Krankenhäuser, Umweltschutz, Abfallbeseitigung – sind Schwerpunkte, zu deren Bewältigung dem Ortenaukreis neue und erweiterte Aufgaben erwachsen sind. Die Anforderungen an die Verwaltungs- und Finanzkraft des Landkreises sind enorm.

Mit seinen Leistungen hat der Ortenaukreis an der Förderung des wirtschaftlichen, kulturellen und sozialen Lebens sowie der Entwicklung der Infrastruktur maßgeblichen Anteil. Viele Aktivitäten berühren den Bürger unmittelbar, so daß Kreispolitik für ihn lebensnah und greifbar geworden ist. Dieser Bericht zeigt schwerpunktmäßig die Verwaltungsarbeit des vergangenen Jahres auf. Er kann kein Rückblick bis ins letzte Detail sein und muß sich auf die wichtigsten Stationen der Kreisarbeit des Jahres 1989 beschränken.

Kreispolitisch herausragendes Ereignis war die Wahl der Kreisräte am 22. Oktober 1989. Bei der Kreistagswahl hatten sich acht Parteien mit 522 Bewerbern zur Wahl gestellt.

Die Wahl der Kreisräte brachte bei einer Wahlbeteiligung von 60,99 % folgendes Ergebnis (in Klammern die Ergebnisse der Wahl im Jahr 1984):

CDU	423.882 St.	=	41,99 %	(46,41 %)	=	43 Sitze	(48 Sitze)
SPD	261.160 St.	=	25,87 %	(26,60 %)	=	25 Sitze	(25 Sitze)
FDP	67.975 St.	=	6,73 %	(6,14 %)	=	6 Sitze	(6 Sitze)
GRÜNE	69.627 St.	=	6,90 %	(7,01 %)	=	6 Sitze	(6 Sitze)
REP	16.922 St.	=	1,68 %	(-)	=	1 Sitz	(-)
FWV	163.570 St.	=	16,30 %	(12,99 %)	=	18 Sitze	(14 Sitze)
LL	1.128 St.	=	0,11 %	(-)	=	-	(-)
						<u>99 Sitze</u>	<u>(99 Sitze)</u>

Haushalt

Der Kreistag des Ortenaukreises verabschiedete den letztjährigen Haushalt mit einem Gesamtvolumen von 617 Mio. DM.

Der Kreisumlagesatz mußte 1989 um 0,5 % auf nunmehr 22,0 % erhöht werden. Dies war notwendig, obwohl die Entwicklung der Steuerkraftsum-

men der Gemeinden von 1988 auf 1989 an sich sehr günstig war. Doch der Zuschußbedarf im Sozialetat und bei den Kreiskrankenhäusern forderten diesen Tribut.

Krankenhäuser

Die Bedarfsplanung des Landes sieht für den Ortenaukreis einen Bettenabbau von rd. 200 Betten vor. Ziel der Landesplanung ist es, vor Durchführung größerer Baumaßnahmen die bedarfsplanerischen Vorgaben für das jeweils betroffene Haus festzulegen. In diesem Zusammenhang muß davon ausgegangen werden, daß in den Kreiskrankenhäusern, in denen solche Maßnahmen anstehen, eine Diskussion über die künftige Bettenzahl nicht zu umgehen ist.

Im November wurde der allgemeine Teil des Krankenhausbedarfsplanes III veröffentlicht. Es ist damit zu rechnen, daß im Jahre 1990 erste Anhörungen in den einzelnen Versorgungsgebieten stattfinden werden. Im Ortenaukreis liegen für die Kreiskrankenhäuser Achern, Oberkirch und Offenburg die Planzahlen bereits fest.

Die Diskussion um den Personalnotstand im Pflegedienst hat den Ortenaukreis veranlaßt, alle ihm gegebenen Möglichkeiten auszuschöpfen, um die Personalsituation zu verbessern.

Die Planungen für die Baumaßnahmen „Physikalische Therapie und Sanierung der Pflegebereiche im Kaufmannsbau“ im Kreiskrankenhaus Achern wurden weitergeführt.

Die Bauarbeiten zur Sanierung des OP-Bereiches und zur Erweiterung der Inneren Abteilung des Kreiskrankenhauses Kehl sind 1989 angelaufen.

Im Kreiskrankenhaus Lahr wurde die Sanierung der Funktionsbereiche mit einem Gesamtumfang von 10 Mio. DM fortgeführt. So konnte nach erfolgreichem Umbau der früheren Zentralsterilisation der Betrieb der Digitalen Subtraktionsangiographie aufgenommen werden.

1989 war die Situation im Kreiskrankenhaus Ettenheim von der öffentlichen Diskussion um den Erhalt und die Sanierung des Hauses geprägt. Der Ortenaukreis wird sich weiter für den Erhalt des Hauses einsetzen. Als erstes Ergebnis der Bemühungen konnte eine Teilsanierung erreicht werden, zu der auch das Land einen finanziellen Beitrag geleistet hat.

Am 29. 6. 1989 fand das Richtfest für den Bettenanbau des Kreiskrankenhauses Oberkirch statt. Mit diesem Bettenanbau wird Platz geschaffen, um den Pflegebereich zu sanieren und die notwendigen Sanitär- und Nebenräume einzurichten.

Die Gesamtkosten für dieses Projekt belaufen sich auf 12,5 Mio. DM. Vom Land wurde eine Festbetragsförderung in Höhe von 8 Mio. DM bewilligt.

Am 17. 8. 1989 wurde der zweite Bauabschnitt des Kreiskrankenhauses Offenburg in Anwesenheit von Frau Sozialministerin Barbara Schäfer seiner Bestimmung übergeben. Dieser Bauabschnitt umfaßt sieben aseptische OP-Säle, die operative Intensivstation mit 12 Betten, zwei Bettengeschosse mit 78 Betten sowie Arzt- und Untersuchungsbereiche. Auch die Fachabteilungen für Unfallchirurgie und Orthopädie wurden eingerichtet.

Es steht noch ein weiterer Bauabschnitt – Eingangsbereich, Strahlentherapie und Altbausanierung – bevor.

Nach der Fertigstellung dieser Vorhaben wird das Kreiskrankenhaus Offenburg mit einem Gesamtaufwand von rd. 150 Mio. DM zu einem modernen Krankenhaus der Zentralversorgung ausgebaut sein.

Kreisstraßen

Für die Unterhaltung und den Ausbau der Kreisstraßen im Ortenaukreis wurden 1989 8,1 Mio. DM verausgabt.

Folgende Straßenbaumaßnahmen wurden begonnen:

- K 5322 Erneuerung eines Wasserdurchlasses in Appenweier-Nesselried
- K 5365 Ausbau der Ortsdurchfahrt Kehl-Leutesheim
- K 5372 Beseitigung des Bahnübergangs in Sasbachried

Folgende Maßnahmen wurden begonnen und abgeschlossen:

- K 5340 Verbreiterung und Befestigung eines Radweges zwischen Lahr und Heiligenzell
- K 5361 Erneuerung einer Stützmauer bei Kirnbach und Beseitigung einer Stützmauer durch Abböschung
- K 5373 Ausbau des Knotenpunktes K 5373 / Graudenzer Straße in Kehl

Folgende Maßnahmen wurden weitergeführt und abgeschlossen:

- K 5356 Ausbau der Ortsdurchfahrt Haslach-Bollenbach
- K 5354 Sicherung des Bahnübergangs in Zell a. H.
- K 5364 } Ausbau der Ortsdurchfahrt Kehl-Zierolshofen
- K 5374 }
- K 5318 }

Folgende Maßnahme wurde weitergeführt:

- K 5354 Neubau eines Radweges zwischen Zell a. H. und Nordrach

Schulen

Aus der Verantwortung für die Zukunft der jungen Menschen räumt der Ortenaukreis als Schulträger der beruflichen Schulen dem Ausbau seiner Schulen hohe Priorität ein. Jeder vierte Schüler im Ortenaukreis wird in einer kreiseigenen Schule unterrichtet; für rd. 14.000 Schüler wurde im Bereich der beruflichen Ausbildung eine schulische Ausstattung geschaffen, wie es sie in dieser Leistungsfähigkeit und Vielfalt bisher nicht gegeben hat.

Auch künftig werden schulische Ausbaumaßnahmen auf den Landkreis zukommen. Aufgabe und Ziel für die nächsten Jahre müssen es sein, die beruflichen Schulen fachspezifisch zu differenzieren und so auszustatten, daß den Auszubildenden Theorieräume, Fachräume, Werkstätten und neue Technologien zur Verfügung stehen, damit auch weiterhin eine wettbewerbsfähige Ausbildung als Startkapital für die berufliche Zukunft gewährleistet sind.

Für die Berufsschulzentren in Achern, Gengenbach, Hausach, Kehl, Lahr, Oberkirch, Offenburg und Wolfach trägt der Landkreis schwerpunktmäßig folgende Aufwendungen:

Bau- und Unterhaltungskosten der Schulgebäude
Lehr- und Lernmittel
Ausstattungskosten für die Klassen- und Fachräume
Personalkosten für Hausmeister und Schulsekretariate.

Neben den beruflichen Schulen ist der Ortenaukreis Träger von Sonderschulen für Geistig-, Sprach- und Körperbehinderte.

Schulhausbau

Die Umbaumaßnahmen an den Kaufmännischen Schulen in Kehl, mit denen notwendige Verbesserungen der Schulraumsituation erreicht wurden, sind abgeschlossen.

Für die Kaufmännischen und Hauswirtschaftlichen Schulen in Achern wurden erste Planungen für eine Erweiterung der Schule aufgenommen. Neben fehlenden Räumen im Informations-, Lehrer- und Verwaltungsbereich war für den zusätzlichen Raumbedarf die Änderung der Verordnung über die Berufsausbildung zur Arzthelferin ausschlaggebend.

Die Kaufmännischen Schulen in Hausach konnten Räumlichkeiten des benachbarten sogenannten Herrenhauses der Stadt Hausach mitbelegen. An der Schule sind nach Auffassung der Verwaltung nunmehr ausreichend Raumkapazitäten vorhanden, um einen reibungslosen Unterricht gewährleisten zu können.

Der Neubau der Sonderschule für Körperbehinderte in Offenburg – Baukosten rd. 6 Mio. DM – kann zum Schuljahresbeginn 1990 bezogen werden. 50 Schülerinnen und Schüler, die derzeit an drei verschiedenen Schulstandorten untergebracht sind, werden dann an einem Ort zentral unterrichtet und betreut.

Bewegung zeichnet sich auch bei den Schulen für Sprachbehinderte ab. Neben den Schulstandorten Achern-Wagshurst und Friesenheim-Schuttern wird in Oberkirch eine neue, dritte Schule für Sprachbehinderte eingerichtet werden. Außerdem erhält die Schule für Sprachbehinderte in Friesenheim-Schuttern eine Außenstelle in Haslach, um den Schülern aus der Raumschaft des Oberen Kinzigtals weite Wege zum Schulstandort zu ersparen.

Kultur

Die große Spannweite des kulturellen Aufgabenbereichs sowie die Vielfalt der strukturellen und örtlichen Gegebenheiten bewirken eine breite Streuung der Tätigkeitsfelder kommunaler Kulturarbeit. Der Ortenaukreis und die kreisangehörigen Gemeinden nehmen die kulturellen Aufgaben in echter Funktionsteilung wahr, wobei dem Landkreis die Förderung überörtlich bedeutsamer Belange zukommt. Der Ortenaukreis förderte 1989 folgende kulturelle Einrichtungen:

- drei kreiseigene Volkshochschulen
- die Volkshochschulen der Städte Lahr und Offenburg
- die kreiseigene Blasmusikschule Kehl
- die städtischen Jugendmusikschulen Lahr und Offenburg
- die Sängerbünde und Volksmusikvereinigungen
- das Jahrbuch „Geroldsecker Land“.

Im Rahmen der Kultur- und Heimatpflege hat der Ortenaukreis 1989 insgesamt 4,7 Mio. DM verausgabt.

Der Heimatpreis des Ortenaukreises erhielt 1989 der „Museumsarbeitskreis“ in Gengenbach für seine beispielhaften Aktivitäten in der Heimat- und Kunstgeschichte sowie der zeitgenössischen Kunst.

Der Museumsarbeitskreis hat sich zusammengefunden, um schwerpunktmäßig Ausstellungen im Löwenberg-Museum in Gengenbach zu organisieren, die in den vergangenen Jahren in der Ortenau bekannt wurden und Gengenbach zu einem Ort der Begegnung und Auseinandersetzung mit der Heimat- und Kunstgeschichte sowie der zeitgenössischen Kunst machten.

Grundstock für alle Aktivitäten im Museumsarbeitskreis ist die ehrenamtliche Tätigkeit der Mitglieder aus der Mitte der Bürgerschaft.

Der Ortenaukreis hat anlässlich der Oberrheinmesse 1989 in Offenburg die im Jahre 1979 in zweijährigem Turnus begonnene Ausstellung von freischaffenden Künstlern aus allen Teilen der Ortenau fortgesetzt. Der Landkreis will so den Künstlern den Weg in die Öffentlichkeit ebnen und zugleich der Bevölkerung den Zugang zu den Werken heimischer Künstler öffnen.

Schwarzwälder Freilichtmuseum „Vogtsbauernhof“ in Gutach

Die Saison des Jahres 1989 dauerte vom 19. März bis 5. November. Während dieser Zeit wurden im Museum 426.771 Besucher gezählt, etwa 20.000 mehr als im Vorjahr.

Wie üblich wurden die Jubiläumsbesucher besonders begrüßt und durch das Museum geführt. Prominentester Gast war im Frühjahr – vor den Unruhen in Peking – der stellvertretende Außenminister der Volksrepublik China.

Am 2. Juli 1989 wurde das 25jährige Bestehen des Museums mit einem Festakt gefeiert. Beeindruckend war der Versuch, die Geschichte des Museums in Tracht und Dialekt darzustellen.

Bestandteil des Festprogramms war die Ausstellung „Fotos aus dem Schwarzwald“ von Alwin Tölle aus den 50er Jahren. Weitere Ausstellungen waren der 40jährigen Geschichte der Wolfacher Künstlervereinigung und dem Künstler Paul Falk gewidmet.

Über 1.480 Führungen im Museum beschließen eine positive Bilanz des Jahres 1989; mehrere dienten erneut der Information und Fortbildung von Lehrkräften.

Kreisarchiv

Am 1. Juli 1987 erließ das Land Baden-Württemberg sein erstes Archivgesetz. Landkreise, Gemeinden und Städte sind darin zur Anlegung, Ordnung und Benutzung von Archiven verpflichtet. Diesem Anliegen entsprach der Ortenaukreis durch eine Archivordnung, die als Satzung erlassen wurde.

Der Kreisarchivar ist nach diesem Archivgesetz des Landes für das Archiv des Ortenaukreises und für die Gemeindearchive – soweit von der jeweiligen Gemeinde beauftragt – verantwortlich. So wurde im Jahre 1989 das Gemeindearchiv Sasbach geordnet und verzeichnet. Beratend in Archivfragen war Kreisarchivar Dr. Kauß in Gutach, Neuried-Altenheim, Oberkirch, Willstätt, Wolfach und Zell a. H. tätig. Ortsgeschichtliche Hinweise konnte er in Gutach, Neuried-Ichenheim, Sasbachwalden, Steinach und Willstätt geben.

Denkmalpflege

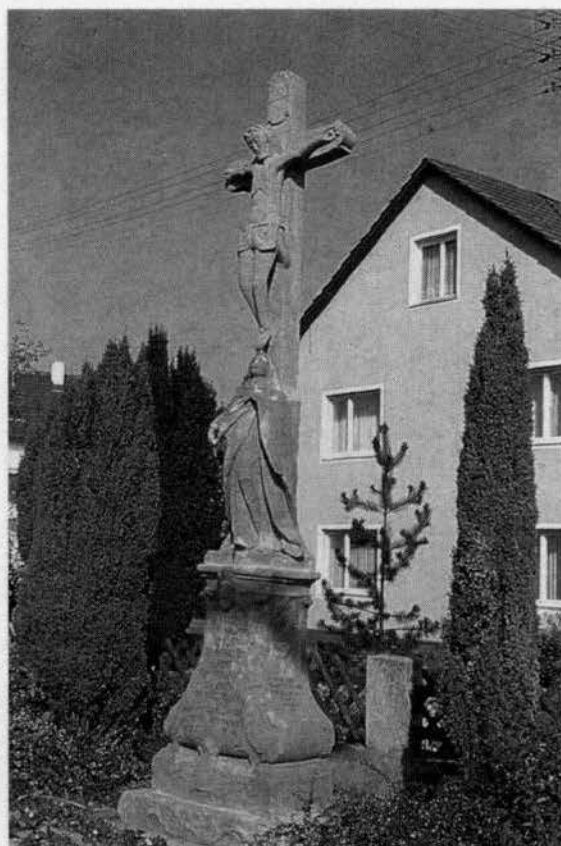
Auch im Jahre 1989 war eine große Nachfrage nach Zuschußmitteln für denkmalpflegerische Maßnahmen bei privaten Bauherren zu verzeichnen. Mehr als 50 private Anträge lagen vor, die geprüft und beurteilt werden mußten. In die engere Wahl konnten nur solche Maßnahmen kommen, für die das Landesdenkmalamt und die Gemeinde / Stadt Zuschüsse gewähren, ferner mußte das Objekt fertig renoviert sein oder vor dem baldigen Abschluß der Renovierungsarbeiten stehen.

Der Unterausschuß „Denkmalpflege“ des Kultur- und Bildungsausschusses hat bei seiner Besichtigungsfahrt am 25. 10. 1989 folgende Maßnahmen be-
sichtigt und bewertet:

- Barockes Kreuz im Renchener Wald (sog. „Weißes Kreuz“)
- Bildstock Tafler, Lahr-Reichenbach
- Wegkreuz Ketterer, Lahr-Reichenbach
- Wegkreuz in Kürzell
- Wegkreuze und Ehrenmale in Kehl-Goldscheuer
- Fachwerkhaus Schmidt, Freistett
- Fachwerkhaus Gröninger, Rheinbischofsheim
- Fachwerkhaus Fehrenbach, Kehl-Goldscheuer
- Fachwerkhaus Förster, Allmannsweier
- Barockhaus Günsch, Schuttern
- Jugendstilhaus Erb-Isele, Lahr
- Schloßanlage Dautenstein, Seelbach



*Wegkreuz Ketterer, Lahr-Reichenbach
Aufnahme: Archiv Ortenaukreis*



Wegkreuz in Kehl-Goldscheuer (Kittersburg)

Aufnahme: Archiv Ortenaukreis



Fachwerkhaus Schmidt, Rheinau-Freistett

Aufnahme: Archiv Ortenaukreis



*Fachwerkhaus Förster, Allmannsweier
Aufnahme: Archiv Ortenaukreis*



Schloßanlage Dautenstein, Seelbach Aufnahme: Archiv Ortenaukreis

Burgreste im Café Kopf, Lahr
Neoromanische Kapelle in Bermersbach
Historische Sägemühle Glatz in Seelbach
Trachtenmuseum Zitny in Seebach.

Die genannten Objekte zeigen deutlich auf, wie groß das Spektrum an förderwürdigen Maßnahmen ist. Alle Objekte wurden vorbildlich restauriert und stellen wertvolle Zeugen des baulichen Kulturgutes im Ortenaukreis dar.

Jugend- und Sozialhilfe

Auch im Jahre 1989 hat sich der Trend des Kostenanstiegs in der Sozialhilfe fortgesetzt.

1. Die Zahl der Arbeitslosen, die zusätzlich Sozialhilfe beziehen, weil die vorrangigen Leistungen von Arbeitslosenhilfe und Arbeitslosengeld nicht ausreichen, um den Lebensunterhalt für die Betroffenen zu decken, hat sich nicht geändert. Im Laufe des Jahres hat sich die Zahl der Arbeitslosen nach der offiziellen Statistik zwar vermindert, sie stieg zum Jahresende jedoch wegen der zunehmenden Zahl der arbeitslosen Aussiedler wieder an. Langzeitarbeitslosigkeit führt eindeutig zu Sozialhilfeabhängigkeit.
2. Die Zahl der pflegebedürftigen alten Menschen in Heimen und in der offenen Hilfe nimmt weiterhin zu. Auch im Jahr 1989 sind die Heimkosten gestiegen.
3. Zahlreiche Alleinerziehende und in Scheidung lebende Personen beantragen zunehmend Sozialhilfe. Hierzu gehören auch viele alleinstehende Mütter, die aus der DDR mit ihren Kindern zu uns kommen und auf Sozialhilfe angewiesen sind.
4. Beim Asylantenproblem ist noch keine Entlastung eingetreten. Im Gegenteil, die Zunahme macht sich auch in der Sozialhilfe bemerkbar. Sozialhilfe muß für Asylberechtigte und aus humanitären Gründen geduldete Asylbewerber bezahlt werden.
5. Aussiedler und Übersiedler aus der DDR, die in diesem Jahr zunehmend in den Ortenaukreis gekommen sind, stellen nach ihrer Ankunft Anträge auf Sozialhilfe.

Erfreulich ist die Entwicklung in der Jugendhilfe. Trotz zunehmender Problemlagen gelingt es den Sozialen Diensten und Psychologischen Beratungsstellen im Rahmen der offenen Hilfen, die Zahl der Fremdplazierungen auf einem niedrigen Niveau zu halten. Die Zahl der Heimunterbringungen hat erneut leicht abgenommen, dagegen nimmt die Zahl der Fremdplazierungen

in Pflegestellen wieder zu. Vermehrt gelingt es, für Kinder teilstationäre Hilfen anzubieten, um die Verbindung mit dem Elternhaus aufrechtzuerhalten.

In der offenen Psychiatriearbeit, deren Grundlage der Psychiatrieplan des Ortenaukreises ist, wurden in Zusammenarbeit mit dem Caritasverband in zwei weiteren Teilen des Kreisgebietes Sozialpsychiatrische Dienste eingerichtet, so in den Räumen Achern und Offenburg.

Der Sozialausschuß sprach sich für einen Investitionszuschuß für die Werkstätte psychisch Kranker in Offenburg aus. Somit besteht neben dem Übergangwohnheim und den Wohngemeinschaften nunmehr im Raum Offenburg eine ausreichende Werkstattkapazität für psychisch kranke Menschen.

Im Ausländerbereich wurden Maßnahmen ergriffen, um Eltern ausländischer Kinder anzuregen, ihre Kinder in die Kindergärten zu schicken, damit dort mit der sprachlichen Entwicklung begonnen werden kann.

Das Jahr 1989 stand im Zeichen der Aussiedler, die in zahlreichen Hotels, Gaststätten und Tagungsheimen im Ortenaukreis untergebracht worden sind. Die notwendige Integrationsarbeit stellt die freien Verbände, die mit der Betreuung beauftragt sind, und den Ortenaukreis, im Hinblick auf die Gestaltung der Sozial- und Jugendhilfe, vor schwierige Aufgaben.

Im Ortenaukreis beziehen insgesamt 13.059 Personen Sozialhilfeleistungen in Form von Hilfe zum Lebensunterhalt und Hilfe in besonderen Lebenslagen.

Von den Hilfeempfängern erhalten:

8.957 Personen Hilfe zum Lebensunterhalt

1.853 Personen Krankenhilfe

1.180 Personen Eingliederungshilfe für Behinderte

2.797 Personen Hilfe zur Pflege

Die Aufwendungen im Haushaltsplan des Ortenaukreises betragen im Jahre 1989

an Ausgaben 55.461.000 DM

an Einnahmen 11.646.500 DM

der Zuschußbedarf beträgt 43.814.500 DM.

Im Mittelpunkt des finanziellen Interesses steht die laufende Hilfe zum Lebensunterhalt. Die Anzahl der unterstützten Hilfeempfänger erhöhte sich um ca. 6,5 %. Hilfeleistungen erhalten in erster Linie sozial schwache Familien, die nicht in der Lage sind, ihren notwendigen Lebensunterhalt ganz oder auch zum Teil aus ihrem eigenen Einkommen und Vermögen zu bestreiten.

Ein weiterer großer Anteil der Ausgaben im Verwaltungshaushalt entfällt auf pflegebedürftige Menschen, chronisch Kranke und Nichtseßhafte. Die Alleinerziehenden mit Kindern nehmen ständig zu und bedürfen laufender finanzieller Zuwendungen.

Die Zahl der den Gemeinden im Ortenaukreis und den Großen Kreisstädten Lahr und Offenburg zugewiesenen Asylbewerber beläuft sich derzeit auf 941 Personen. Die finanzielle Absicherung obliegt im wesentlichen dem Kreissozialamt, die Betreuung den speziell eingestellten Sozialarbeitern.

Als Teil der persönlichen Hilfe wurde im Sozialamt zum 1. 5. 1988 die Schuldnerberatung eingeführt. Immer mehr Familien haben sich in den vergangenen Jahren aus verschiedensten Gründen verschuldet und anschließend Sozialhilfe beantragt, weil der Schuldner seinen Arbeitsplatz verlor. Durch Beratung und intensive Verhandlungen mit den Gläubigern konnten Schuldenregulierungen erreicht werden mit dem Ergebnis, daß beim Schuldner ein Verlust der Arbeitsstelle verhindert wurde.

Umweltschutz

Umweltfragen waren noch nie so drängend und schwierig wie heute. Gewachsen ist nicht nur die Bedrohung unserer natürlichen Lebensgrundlagen Luft, Boden, Wasser, Tier- und Pflanzenwelt. Zugenommen hat auch unser Wissen über diese Bedrohung. Deshalb hat der aktive Umweltschutz in der öffentlichen Verwaltung hohe Priorität. Dem Landratsamt obliegt die schwierige Aufgabe, die im Zuge der Umweltschutzgesetzgebung ergangenen Richtlinien in die Praxis umzusetzen. Als Verwaltungsbehörde sind ihm Aufgaben des Wasser-, Natur- und Immissionsschutzes zugewiesen. Außerdem muß der Landkreis für eine zukunftsorientierte Abfallwirtschaft sorgen.

Ziel des Grundwasserschutzes muß vor allen Dingen sein, die natürliche Grundwassergüte zu erhalten. Vordringliche Zukunftsaufgabe ist es, die Grundwasservorräte zu schützen. Dabei ist dem Prinzip der Vorsorge gegenüber „Reparaturmaßnahmen“ absolute Priorität einzuräumen.

Derzeit sind in Baden-Württemberg ca. 12,5 % der Landesfläche als Wasserschutzgebiete ausgewiesen. Für die insgesamt etwa 3.200 Wassergewinnungsanlagen sind Wasserschutzgebiete erforderlich, welche im Endzustand über 25 % der Landesfläche abdecken werden. In den nächsten Jahren ist es erforderlich, den Gefährdungen des Grundwassers mit der beschleunigten Festsetzung von Wasserschutzgebieten zu begegnen. In einem 5-Jahres-Programm sollen bis 1993 im Ortenaukreis insgesamt 70 Wasserschutzgebiete mit 61 km² Fläche erweitert bzw. neu festgesetzt werden. Im Jahre 1989 sind sechs Wasserschutzgebiete neu und fünf Wasserschutzgebiete vorläufig festgesetzt worden.

Abfallbeseitigung

Die Abfallentsorgung rückt immer mehr in den Mittelpunkt des öffentlichen Interesses. Dies wird auch an den kontrovers geführten Debatten im Kreistag deutlich. Im Vordergrund steht das jährliche Abfallaufkommen im Ortenaukreis im Vergleich zu den vorangegangenen Jahren.

Über die Sortieranlagen Appenweier und Achern werden beachtliche Abfallmengen in den Wirtschaftskreislauf zurückgeführt.

Aufgrund der getrennten Altstofferfassung mit der grünen Tonne wurden 1989 ca. 30.000 Tonnen wiederverwertbare Abfälle registriert. Das entspricht einer Quote von 83 kg pro Einwohner und Jahr.

Das Durchschnittsergebnis für Baden-Württemberg liegt bei rund 56 kg pro Einwohner und Jahr.

Das Ergebnis setzt sich im Ortenaukreis aus folgenden Altstofffraktionen zusammen:

- 52,4 % Papier
- 25,1 % Glas
- 16,1 % Metalle
- 6,3 % Kunststoffe
- 0,1 % Textilien.

Um noch mehr Abfälle dem Wirtschaftskreislauf zuzuführen, bezuschußt der Ortenaukreis den Erwerb von Kompostern mit jeweils 20 DM. Einige Gemeinden im Ortenaukreis gewähren zusätzliche Zuschüsse. Bisher wurden rd. 4 500 Komposter bezuschußt. Damit jedem Einwohner des Ortenaukreises die Kompostierung auch gelingt, führt der Ortenaukreis Vorträge in Sachen Kompost durch.

Im Herbst wurde die Erdaushubbörse eröffnet. Sie lief recht gut an. Anbieter und Nachfrager von Erdaushub melden ihre Kenndaten der Kreiskämmerei; sie vermittelt die Interessenten.

Seit Anfang November wird durch den Ortenaukreis eine getrennte Kühlschranksentsorgung durchgeführt. Dies war deshalb notwendig, da bei einer unsachgemäßen Behandlung dieser Geräte Fluorchlorkohlenwasserstoffe freigesetzt werden, welche für Schäden an dem in der Stratosphäre enthaltenen Ozonmantel verantwortlich gemacht werden. Dieser Mantel schützt das Leben auf der Erde vor der ultravioletten Strahlung der Sonne, die vieles verändern und zerstören würde.

Im Bereich des Immissionsschutzes sind deutliche Auswirkungen der gesetzlichen Änderungen und Neuerungen der letzten Jahre zu erkennen. So

ist ein Großteil der im Jahr 1989 erteilten Änderungsgenehmigungen auf die verschärfte Fassung der Technischen Anleitung zur Reinhaltung der Luft zurückzuführen.

Im Jahre 1989 konnten im Ortenaukreis zwei Landschaftsschutzgebiete ausgewiesen werden. Durch Verordnung vom 10. 8. 1989 wurde das Gebiet „Moosenmättle“ auf Gemarkung Wolfach mit 591 ha sowie am 13. 12. 1989 der Bereich der „Offenburger Vorbergzone“ auf den Gemarkungen Offenburg und Ortenberg mit 156 ha unter Landschaftsschutz gestellt. Ferner konnte das Regierungspräsidium als höhere Naturschutzbehörde nach Durchführung des entsprechenden Verfahrens durch das Landratsamt den Bereich „Roßwörth“ auf Gemarkung Kehl als Natur- bzw. Landschaftsschutzgebiet ausweisen, wobei die Größe des Naturschutzgebietes 13,5 ha, die des Landschaftsschutzgebietes 5,8 ha beträgt.

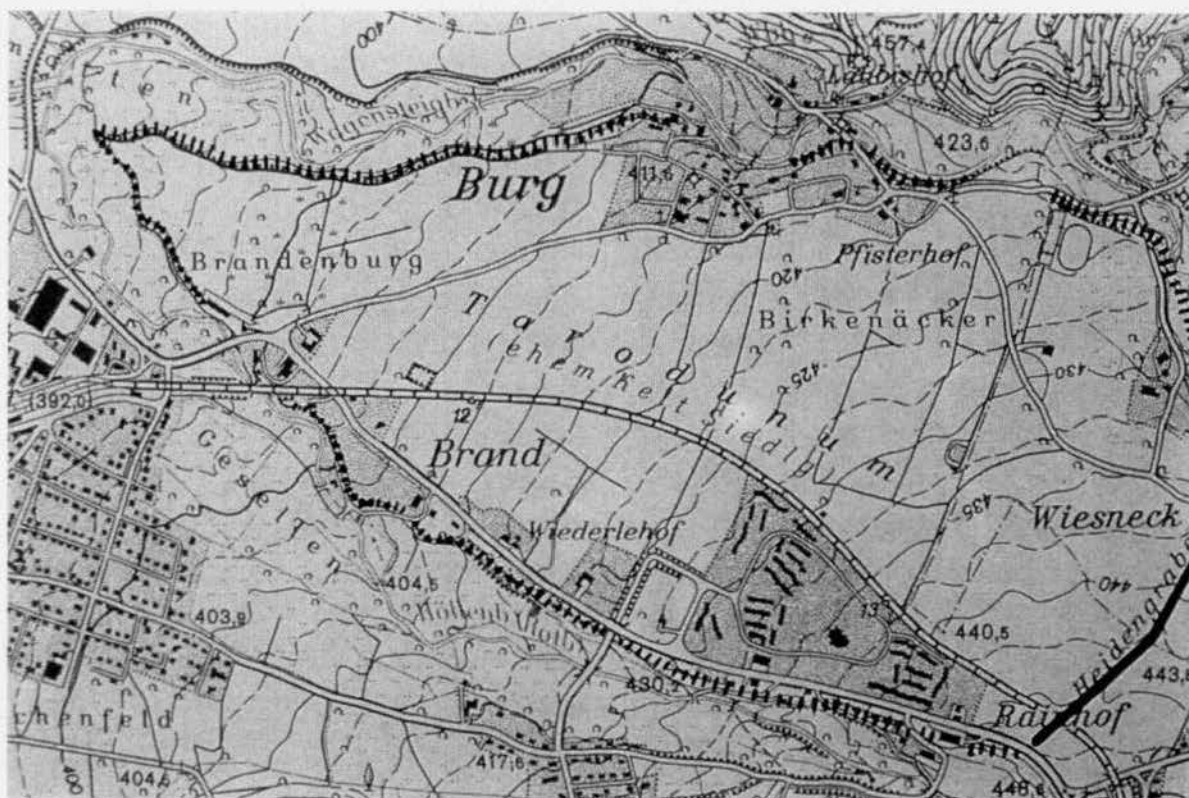
Besondere Bedeutung kommt der Umsetzung des Bundesnaturschutzrechtes und hier insbesondere des Artenschutzes zu. Etwa 100 Ordnungswidrigkeiten bzw. Strafverfahren mußten bearbeitet werden.

Kirchzarten und Ötigheim – zwei neue keltische Siedlungen am Oberrhein

Heiko Wagner

I. Tarodunum – eine spätkeltische „Stadt“ bei Kirchzarten, Landkreis Breisgau-Hochschwarzwald

Im Zartener Becken östlich von Freiburg im Breisgau waren schon seit langer Zeit die Überreste einer großen Befestigungsanlage bekannt!; sie liegt wie ein langgestrecktes Dreieck auf einer natürlichen, eiszeitlichen Schotterterrasse, die von zwei Quellbächen der Dreisam aus der Landschaft herausmodelliert wurde. Im Norden verläuft der Wagensteigbach, der sich an der westlichen Spitze der Anlage mit dem südlicheren Höllbach (Rotbach) zur Dreisam vereinigt. Beide Bäche haben sich in der Nacheiszeit zehn bis



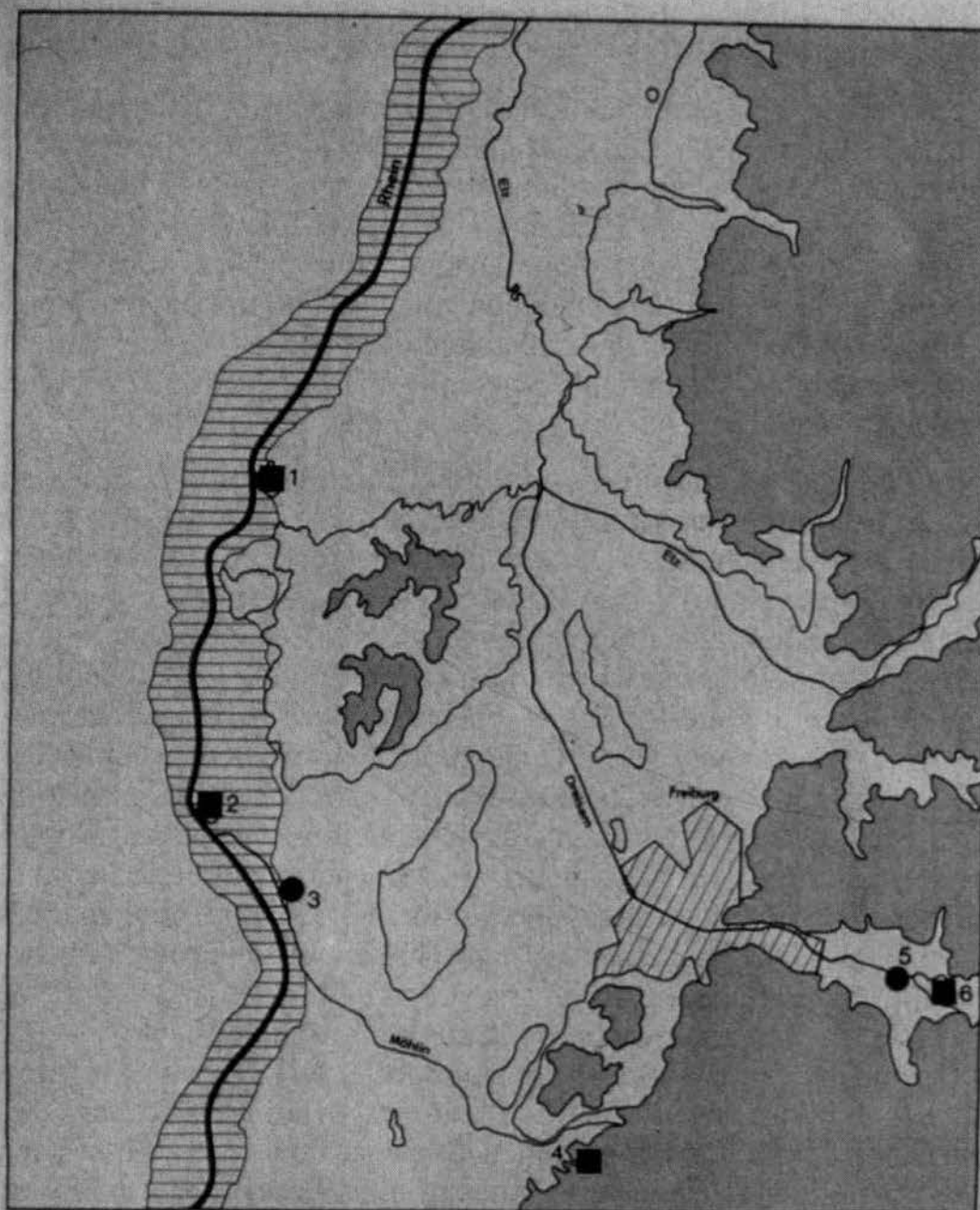
Die spätkeltische Befestigungsanlage auf Gemarkung Kirchzarten-Burg und Buchenbach. Gestrichelt sind die Steilkanten, wo die Randmauer verlief. Es fehlt noch die neugebaute Bundesstraße 31.

Aus: *Die Kelten in Baden-Württemberg*. Konrad Theiß-Verlag Stuttgart (1981), S. 488, Abb. 411, Nachdruck mit freundlicher Genehmigung des Verlages

fünfzehn Meter tief in die würmeiszeitliche Terrasse eingeschnitten; dadurch entstanden hohe, relativ steile Böschungen, die sich der Mensch zunutze machte, indem er sie für seine Befestigungsanlage quasi als natürlichen Befestigungsgraben verwendete und künstlich steiler gestaltete.

An der oberen Kante dieser Böschung führte man eine Befestigungsmauer entlang, die heute nur noch in spärlichen Resten als Wall erkennbar ist. Diese Befestigungslinie hat eine Gesamtlänge von etwa 6 km (!) und umfaßt ein riesiges Areal von fast 200 Hektar. Im östlichen Teil der Anlage fehlte ein natürlicher Schutz, da die Schotterterrasse dort flacher weiterläuft. Dort war es nötig, einen künstlichen Graben von etwa 700 m Länge in Nord-Süd-Richtung zu ziehen, hinter dem sich ebenfalls eine Mauer (als Variante der sog. Murus-Gallicus-Technik als erdgefülltes Holzkastenwerk mit einer Außenfront aus trocken gesetzten großen Steinblöcken) erhob.²

Schon 1815 hat der Naturphilosoph Lorenz Oken (geboren in Bohlsbach bei Offenburg) diese Überreste mit einem Ortsnamen identifiziert, der uns an einer Stelle in der antiken Literatur überliefert ist. Claudius Ptolemaios³, ein griechischer Gelehrter in Alexandria (Ägypten), führte in seiner „Geographie“ (eigentlich: Geographike hyphegesis = „Einführung ins Kartenzichnen“) im 2. Jh. nach Chr. eine Liste von poleis („Städten“) auf und gab ihre ungefähre Lage an. Schon lange hatte die Forschung bemerkt, daß Ptolemaios offenbar viel ältere Quellen aus der vorchristlichen Zeit (späte Römische Republik und frühe Kaiserzeit) verwendet hatte. So tauchen in seiner Liste keltische Ortsnamen auf, die sich mit sogenannten Oppida (befestigten stadtartigen Großsiedlungen) in Mitteleuropa identifizieren ließen. Derartige Oppida finden sich überall im Mittelgebirgsbereich zwischen Frankreich und Luxemburg im Westen, Hessen und Thüringen im Norden, Böhmen, Mähren und Ungarn im Osten und den Alpen und dem Schweizer Jura im Süden; sie umschreiben mit ihrer Verbreitung etwa das spätkeltische (spätlatènezeitliche) Siedlungsgebiet im 2. und 1. Jh. v. Chr. Bekannte Beispiele sind etwa Bibracte, Alesia und Gergovia in Frankreich, die auch durch Caius Julius Caesar in seinen Büchern über den Gallischen Krieg überliefert sind. In der Schweiz gab es u. a. in Basel⁴, Genf und Bern solche Großsiedlungen. Bekannte Beispiele in Deutschland sind etwa der sog. „Hunnenring“ von Otzenhausen⁵, der Dünsberg⁶ und das Heidetränk-Oppidum⁷ in Hessen, Manching⁸ und Kelheim⁹ in Bayern; in Baden-Württemberg sind die Oppida Finsterlohr¹⁰ (bei Creglingen im Taubergebiet), der Heidengraben bei Grabenstetten¹¹ (auf der Schwäbischen Alb bei Urach), Altenburg-Rheinau¹² (am Hochrhein bei Schaffhausen) und die beschriebene Anlage bei Kirchzarten¹³ zu nennen. Hinzu kommen im engeren Breisgau noch die kleineren befestigten Siedlungen auf dem Limberg bei Sasbach¹⁴ (an der nordwestlichen Ecke des Kaiserstuhls), der „Kegelriß“ bei Ehrenstetten¹⁵ (südlich von Freiburg) und der „Münsterberg“ von Breisach¹⁶.



5 SIEDLUNGEN aus spätkeltischer Zeit im Breisgau: 1 Limburg bei Sasbach, 2 Breisach-Münsterberg, 3 Breisach-Hochstetten, 4 Kegelriß bei Ehrenkirchen, 5 Kirchzarten-„Rotacker“, 6 Kirchzarten-„Tarodunum“. Punkt: offene Anlage; Quadrat: befestigte Anlage.

Siedlungen aus spätkeltischer Zeit im Breisgau.
 Veröffentlichung: *Denkmalpflege in Baden-Württemberg*, 17. Jahrgang 1988, Heft 2

Von den aufgezählten Anlagen in Baden-Württemberg kennen wir ihren antiken, keltischen Namen nicht – mit Ausnahme der Siedlung bei Kirchzarten! Ptolemaios¹⁷ nennt eine „Stadt“ mit Namen „Tarodounon“, keltisch wäre das „Tarodunum“. Oken hat 1815 diese Textstelle erstmals mit unserer Wallanlage in Verbindung gebracht; Julius Leichtlen hat 1818 gezeigt, daß sich der heutige Ortsname Zarten (etwa im Jahre 765 in einer frühmittelalterlichen Urkunde als „Zarduna“ genannt) in direkter Folge aus dem keltischen Namen „Tarodunum“ herleitet. Die Veränderung des Namens erfolgte in Stufen nach bestimmten Lautgesetzen, der sprachgeschichtliche Zusammenhang ist eindeutig.

Mit dieser Gleichsetzung war natürlich viel erreicht, doch blieben einige Rätsel. Die Befestigung war nun bekannt, doch wollte sich die zu erwartende große Siedlung mit dem zugehörigen typischen Fundmaterial nicht feststellen lassen. Einige Grabungsschnitte im Wall und zahlreiche Begehungen konnten nur Einzelfunde und einige römische und steinzeitliche Fundstellen ausmachen. Die Anlage einer neuen Wohnsiedlung, einige kleinere Baustellen, zuletzt noch die neue Trassierung der Bundesstraße 31 längs durch die gesamte Befestigungsanlage, die Verlegung der Bahnlinie usw. wurden genauestens kontrolliert und überwacht. Außer wenigen, kaum zu datierenden Scherben zeigten sich trotz dieses Schnittes durch die gesamte Anlage keine Siedlungsspuren. Begehungen des Verfassers seit 1985 unterstützten diese Ergebnisse.

Schon vorher war verschiedentlich¹⁸ spekuliert worden, die Anlage stelle nur ein Refugium, eine „Fliehbürg“ dar; die Kelten hätten nur in der Oberrheinebene gesiedelt und sich bei Gefahr in ihre Befestigung in den Talkessel zurückgezogen. Diese Theorie war aus reiner Verlegenheit und Beweisnot geboren; schon die ersten Begehungsergebnisse von 1986 erbrachten Indizien für steinzeitliche, spätkeltische und römische Fundplätze im Dreisamtal, im Winter 1986/87 verdichteten sich diese Befunde. Die Theorie, im Dreisamtal gäbe es *keine* spätkeltische Besiedlung, wurde immer fragwürdiger; im März / April 1987 wurde sie durch die Auffindung eines großen Siedlungsareals bei der Ortschaft Zarten, etwa 800 m westlich der Befestigung, endgültig widerlegt.

Die Begehungen der folgenden Jahre ergaben eine relativ dichte Fundstreuung von etwa 12 Hektar Ausdehnung, die als dichtbesiedelter Kernbereich anzusehen ist. Etliche weitere Hektar ergaben dünnere Fundstreuungen, so daß sich die Siedlung zur Befestigung hin noch weiter ausdehnte.

Die Kelten hatten für ihre Siedlung eine ähnliche, jedoch etwas zentraler gelegene (eiszeitliche) Terrassenfläche nahe der Dreisam gewählt; dort lag die Siedlung hochwassersicher im Mittelbereich des Zartener Beckens.

Unter den Keramikfunden der Siedlung fielen zunächst die stark verwitterten römischen Amphorenscherben auf; sie stammen von frühen Weinamphoren, die noch während der späten Römischen Republik (vor etwa 50 v. Chr.) in Mittelitalien hergestellt worden waren (sog. Typ „Dressel I A“). Dort wuchs auch der Wein, der in ihnen transportiert wurde; die gefüllten Amphoren hat man etwa in Neapel auf Hochseeschiffe verladen und übers Mittelmeer nach Marseille (Massalia) gebracht, wie wir aus römischen Schriftquellen wissen. In Marseille lud man sie auf Flußboote um und transportierte sie so (kostengünstiger als der Landtransport) auf der Rhone und Saône nach Norden. Etwa im Bereich des keltischen Epomanduodurum (dem heutigen Mandeure) wurden die Weinamphoren dann auf Karren geladen und durch die Burgundische Pforte an den Oberrhein gebracht, den sie bei Basel oder Breisach erreichten. Gleichartige Amphorenscherben fand man in Frankreich sehr häufig, nach Nordosten hin nimmt ihre Anzahl langsam ab. In den spätkeltischen Siedlungen von Basel (Alte Gasfabrik, auf dem heutigen Sandoz-Areal) und Breisach-Hochstetten wurden sie in großer Zahl gefunden; auch in Altenburg-Rheinau am Hochrhein kommen sie vor. Die großen Mengen von Amphorenscherben verdeutlichen die weiten Handelsbeziehungen; die Bewohner von Tarodunum haben offenbar große Mengen des mittelitalienischen Weins konsumiert. Was sie den römischen Händlern im Gegenzug zu bieten hatten, wissen wir nicht. Vielleicht handelte es sich um Erzeugnisse der Viehwirtschaft, um Felle, um eingehandelten Bernstein (?), im Einzelfall waren vielleicht auch Sklaven dabei. Genaueres wissen wir nicht. Solche „Güter“ sind durch archäologische Funde wegen ihrer schlechten Erhältbarkeit kaum nachweisbar und würden uns auch nicht zeigen, woher sie stammen und auf welchem Wege sie nach Südfrankreich oder Italien kamen. Die römischen Schriftsteller berichten uns wenig darüber, da dieser Handel alltäglich und für sie nicht mehr erwähnenswert war.

Die weiteren, einheimischen Keramikfunde von Kirchzarten sind meistens wegen des aggressiven Bodens und der intensiven Landwirtschaft klein zerscherbt und sehr stark verwittert. Es ist jedenfalls dickwandige Grobkeramik und dünne, scheibengedrehte, manchmal noch matt glänzende Feinkeramik vertreten. Die Grobkeramik ist vereinzelt mit Eindrücken oder Kammstrich verziert.

Ein weiteres Indiz für den Fernhandel der Siedlung bieten etwa 25 kleine, silbrig-graue Tonscherben. Sie stammen von der sog. „Graphittonware“; sie sind aus einer Tonmasse hergestellt, die mit Graphit vermischt ist. Diese Technik machte die Gefäße u. a. feuerfester und zum Kochen geeignet (noch heute werden manche Schmelztiegel aus Graphit hergestellt!). Das dafür benötigte Rohmaterial Graphit ist relativ selten und auf bestimmte Lagerstättenbereiche beschränkt. Sie finden sich in der Gegend von Passau

und in Mähren, wo die Kelten dieses Material gewinnen konnten. Die Verbreitung der Graphittonkeramik ist daher in Bayern am dichtesten, sie läuft u. a. entlang der Donau als Handelsweg und nimmt nach Westen hin langsam an Bedeutung ab. In Württemberg ist sie noch relativ häufig, am Oberrhein war sie bisher sehr spärlich vertreten (wenige Scherben in den Siedlungen Basel-Gasfabrik, Altenburg-Rheinau und Breisach-Hochstetten). Neu kommen nun die recht vielen Stücke von Tarodunum, eine Scherbe von einer weiteren Fundstelle bei Kirchzarten, zwei Scherben von Freiburg-Littenweiler und eine Scherbe von Ötigheim (Lkr. Rastatt, siehe unten) hinzu. Weiter westlich, in Frankreich, ist bisher nur ein Gefäß aus dieser Tonsorte bekannt.

Ein weiteres Zeugnis für den Handel der Siedlung Tarodunum fand sich in zwei kleinen, unförmigen hellen, leichten Brocken; einige Beschädigungsstellen zeigten, daß es sich um Stücke von rohem, unbearbeitetem Bernstein handelt. Er sollte vermutlich weiterverarbeitet werden. Die genaue Herkunft der Stücke muß noch durch naturwissenschaftliche Analysen bestimmt werden.

Es stellt sich natürlich hier die Frage, warum wir schon durch Oberflächenfunde so zahlreiche Zeugnisse für Handelsverbindungen nachweisen können. Möglicherweise liegt die Antwort darin, daß Kirchzarten nur *scheinbar* entlegen ist; schon seit dem letzten Jahrhundert halten sich Vermutungen und Theorien über eine römische und evtl. keltische Wegverbindung über den Südschwarzwald, ähnlich der nachgewiesenen Kinzigtalstraße. Dabei ist ein römischer Fundplatz bei Kirchzarten-Burg als Straßenstation im Gespräch.¹⁹ Man sah etwa eine Verbindung vom römischen Riegel (oder Breisach) zum Kastell Hüfingen (in der Baar, bei Donaueschingen). Diese Theorie läßt sich heute noch nicht beweisen, doch wird sie immer wahrscheinlicher. An der Stelle des Kastells Hüfingen lag zuvor offenbar ebenfalls eine spätkeltische Siedlung; auch die relativ zahlreichen Graphittonscherben von Tarodunum ließen sich durch eine direktere Verbindung nach Osten besser erklären. Unter den etwa 35 Münzen deuten sich ebenfalls solche Bezüge an; zwei kleine Kreuzmünzen könnten nach Osten weisen, wo sie in Manching (bei Ingolstadt) sehr häufig vorkommen und wohl auch hergestellt wurden. Auch in Württemberg wurden die Kreuzmünzen noch häufig gefunden; neuerdings kamen sie jedoch auch in Siedlungen des Oberrheingebiets verstärkt zutage, so daß die Frage der Verbreitung und Herstellung neu untersucht werden muß. Weitere Silbermünzen könnten eher nach Westen, nach Gallien, weisen.

Ein Dreiviertelstater, die keltische Nachahmung einer älteren Goldmünze des Makedonenkönigs Philipp II. (Vater Alexanders des Großen), stellt einen sehr seltenen Fund dar, der kaum in Siedlungen auftritt. Die eine Seite zeigt



*Kreuzmünze, Silber aus Zarten
Aufnahme: Heiko Wagner*

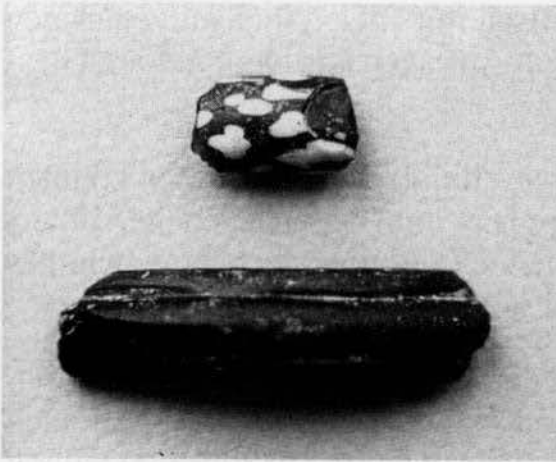


*Sequanermünze mit Tierdarstellung, aus Potin (Bronzelegierung),
Zarten
Aufnahme: Heiko Wagner*

einen stilisierten Kopf, die andere ein Pferd als stilisierten Rest eines ganzen Pferdegespannes, wie es noch auf den makedonischen Originalmünzen dargestellt war.

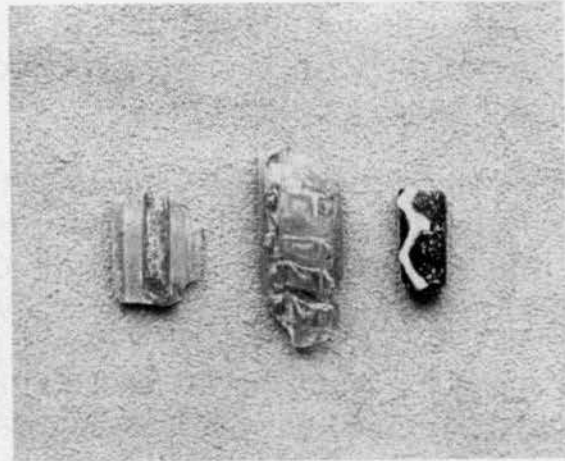
Die meisten Münzen bestehen jedoch aus Potin, d. h. einer zinn- oder bleireichen Bronzelegierung. Sie vertreten die üblichen Münztypen, vor allem die häufigen sog. Sequanermünzen. Diese Münzen sind jedoch sicher nicht einem einzigen keltischen Stamm zuzuweisen, sondern waren in größeren Wirtschaftseinheiten gültig und gängig. Die Bezeichnungen nach den Stammesnamen sind insofern etwas irreführend, doch haben sich diese Begriffe schon seit langer Zeit in der Fachliteratur eingebürgert. Sequanermünzen kennt man u. a. von Hüfingen, Breisach-Hochstetten, Basel und dem „Kegelriß“, aber auch als Einzelfund aus der Ortenau vom „Mauerfeld“ bei Lahr.

Eine wichtige Fundgattung neben den Münzen wären die Fibeln (broschenartige „Sicherheitsnadeln“ zum Zusammenhalten der Kleidung); doch können sich diese in den oberen Erdschichten aufgrund der Bodenbedingungen und der starken Düngung nicht erhalten; sie fallen daher bisher völlig aus.



Glasarmringstücke, oben: blau mit weißen Flecken, unten: violett, in drei Wülsten profiliert

Aufnahme: Heiko Wagner

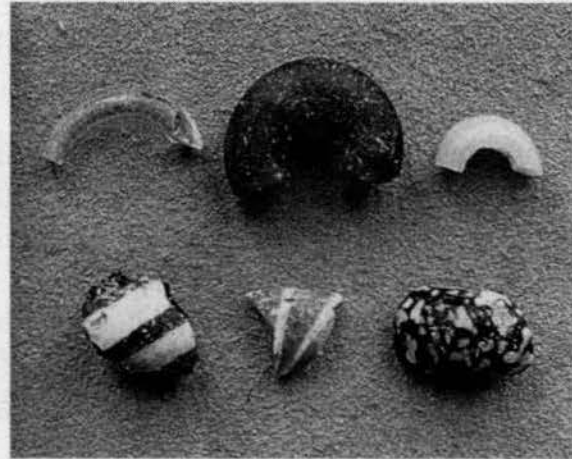


Links: zwei Glasarmringstücke aus durchsichtigem, gelb hinterlegtem Glas, plastisch verziert. Rechts: blaues Glas mit gelber zickzackförmiger Auflage

Aufnahme: Heiko Wagner

Stücke von Ringperlen aus Glas, in der Mitte oben: grün; oben rechts: gelb; unten links: blau mit weiß; unten Mitte: honigfarben mit gelben Streifen; unten rechts: blau mit weißen Flecken (Fundort aller Stücke: Zarten, Gde. Kirchzarten)

Aufnahme: Heiko Wagner



Sehr gut vertreten ist eine bedeutende Fundgattung, das *keltische Glas*. Es handelt sich *nicht* um Gefäßglas, sondern ausschließlich um Körperschmuck in Form von Armringen, Ringperlen und kleineren Glasperlen. Bisher liegen etwa 135 Glasarmring-Stücke und ca. 25 Stücke von Ringperlen vor, dazu kommen noch kleinere Glasperlen. Damit stellt Kirchzarten den größten Fundkomplex von keltischem Glas in Baden-Württemberg dar, dicht gefolgt von Breisach-Hochstetten. So ergibt sich die Möglichkeit, bei einer genaueren Untersuchung die unterschiedlichen Typen und Häufigkeiten mit denen der nur etwa 25 km entfernten Siedlung von Breisach-Hochstetten zu vergleichen. Die meisten Stücke sind unverziert (von D-förmigem oder dreieckigem Querschnitt), einfarbig blau oder violett; im Boden etwas zerkratzt und außen nachgedunkelt, erscheinen sie auf den ersten Blick oft schwärzlich. Einige Stücke zeigen andere Farben und sind da-

bei etwas breiter und profiliert (d. h. plastisch mit Riefen und warzenartigen Nuppen verziert). Vereinzelt kommen auch Auflagen aus einer gelben Glasmasse in Zickzackform vor.

Die Häufigkeit der Glasfunde und einige geschmolzene Glastropfen könnten auf eine Glasherstellung am Ort deuten. Das muß jedoch genauer untersucht werden; Grundstoffe für die Glasherstellung und -färbung sowie das benötigte Holz stünden im Schwarzwald jedenfalls zur Verfügung.

Zahlreich sind die Hinweise auf verschiedene Handwerke in der Siedlung, die damit nicht nur ein Konsumenten- und Handelszentrum, sondern auch sicher ein Produktionszentrum darstellte. Die Indizien auf Glasherstellung sind noch schwach, und auch ein keltischer Bergbau auf den nahegelegenen Erzgängen läßt sich bisher nicht nachweisen. Dennoch könnten diese Faktoren bei der Auswahl des Siedlungsplatzes eine Rolle gespielt haben. Auf der Siedlung fehlen jedoch eindeutige Bleischlacken, und in den Bergbaurevieren selbst ließen sich nur mittelalterliche und neuzeitliche Funde machen. Wir wissen zudem durch einen gestempelten Barren, daß zumindest die späten Kelten in Basel von den Römern Blei aus Spanien importierten. Das wäre wohl nicht oder kaum der Fall gewesen, wenn die Kelten selbst in größerer Menge Blei und Silber aus dem Schwarzwälder Bleiglanz gewonnen hätten.

Dennoch gibt es zahlreiche Schlacken in der Siedlung, die wohl auf Schmiedetätigkeit zurückgehen; unter anderem mußten zum Bau der beschriebenen Befestigung viele Tonnen von Eisennägeln hergestellt werden, und auch der Werkzeugbedarf einer Bevölkerung von vermutlich mehreren tausend Leuten war hoch. Gußreste belegen außerdem die Verarbeitung von Gold, Bronze und möglicherweise Silber (?). Vielleicht fielen sie bei der Herstellung von Münzen an, Gußtiegel oder Schrötlingsformen wurden noch nicht gefunden (was bei reinen Oberflächenbegehungen auch unwahrscheinlich wäre).

Es ist zu vermuten, daß auch die großen Mengen an einheimischer Keramik wohl nicht importiert, sondern am Ort hergestellt wurden; das könnte man durch naturwissenschaftliche Untersuchungen (verwendete Magerungsbestandteile usw.) noch erhärten. Einige Spinnwirtel deuten auf häusliche Wollverarbeitung. Verschiedene zerschnittene Bronzebleche könnten – falls sie wirklich keltisch sind – Altmaterial darstellen, das zum Wiedereinschmelzen aufbewahrt wurde. Die Gesamtheit der Funde zeigt, weshalb Tarodunum für einen griechisch-römischen Geographen so wichtig war, daß er es in seiner Liste der Städte aufführte – und andere Siedlungen nicht. Vermutlich verwendete Ptolemaios eine spätrepublikanische Quelle, z. B. eine Wegebeschreibung eines römischen Händlers. Bevölkerung, Größe und Wirtschaftskraft der keltischen Großsiedlungen waren jedenfalls das,

was die pragmatischen Römer zunächst an Mitteleuropa interessierte; darüber hinaus müssen wir in Tarodunum auch ein politisches Zentrum sehen, den Zentralort eines keltischen Stammes oder Teilstammes, der den Breisgau bewohnte. Nach dem bisherigen Forschungsstand war Tarodunum eine der größten Siedlungen in Südwestdeutschland.

Besonders die Münzen, die Glasfunde und die Randstücke der Amphoren (Typ „Dressel I A“) zeigen, daß die Siedlung wohl in der „späten Mittellatènezeit“ (Latène C 2, etwa 150/120 v. Chr.?) beginnen dürfte und vielleicht bis gegen 50 v. Chr. existierte. Spätere Funde (etwa bestimmte Typen von Münzen wie auf dem Münsterhügel von Basel) fehlen völlig; auch gibt es keine Amphorenscherben der frühen Römischen Kaiserzeit (der sog. Typ „Dressel I B“, etwa zur Zeit des Augustus).

Vereinzelte kleine Terra-sigillata-Scherben, einige Stücke von Melonenperlen und ein Spielstein aus dunklem Glas sind wesentlich jünger und haben keinen Zusammenhang mit der Latènesiedlung. Sie gehören in die provincialrömische Phase und zeigen wohl nur eine Begehung oder vielleicht landwirtschaftliche Nutzung des Areals an. Zu dieser Zeit lagen im Randbereich der Siedlung offenbar zwei kleinere römische Gehöfte (eines davon im heutigen Neubaugebiet des Ortes Zarten).

Einzelne Kelten mögen nach der Aufgabe der Großsiedlung weiterhin im Dreisamtal gesiedelt und die Kontinuität des Ortsnamens über die römischen Bewohner weiter ins Mittelalter überliefert haben. Für die Namenskontinuität braucht man nun nicht mehr die zerfallende Befestigung (die auf anderen Gemarkungen – Kirchzarten-Burg und Buchenbach – liegt) und die dortigen römischen Siedlungsstellen bemühen. Der Ortsname ist hingegen fast an derselben Stelle geblieben, bis auf den heutigen Tag. Dieses bemerkenswerte Beispiel einer Kontinuität ist kaum zu erklären, da bisher spätrömische oder alemannische Funde ausfallen. Dafür müssen wir wohl im wesentlichen die schlechten Erhaltungsbedingungen und die Überbauung der Ortsbereiche von Zarten und Kirchzarten in Rechnung stellen. Vielleicht hilft uns hier eines Tages noch ein glücklicher Fund weiter.

Weshalb die keltische Siedlung etwa um 60/40 v. Chr. einfach aufgegeben wurde, wäre noch zu fragen. Und was hat es nun mit der Befestigung auf sich? Im Winter 1987/1988 erbrachten die Begehungen dort eine einzelne keltische Fundstelle mit Grob- und Feinkeramikscherben und einem kleinen Glasarmringstück, vermutlich handelte es sich nur um eines der kleinen Gehöfte, wie sie inzwischen an vielen Stellen des Tales nachweisbar sind.

Nach einem 1987 von Gabriele Weber und Rolf Dehn durchgeführten Wallschnitt scheint es, daß die Befestigungsanlage überhaupt nicht fertig gebaut war. Offenbar hatten die letzten Kelten geplant, ihre große Siedlung an einen geschützteren, besser zu befestigenden Platz zu verlegen. Hierzu muß-

ten die vermutlich einige Tausend Bewohner von Tarodunum sich zu dieser Gemeinschaftsleistung besonders organisiert haben; ein solcher Aufwand ist wohl nur durch eine starke äußere Bedrohung zu erklären. Ähnliches kennen wir auch andernorts; die älteren, unbefestigten Großsiedlungen von Breisach-Hochstetten und Basel-Gasfabrik wurden aufgegeben, man suchte in der Nähe einen günstigen, steilen Berg oder Hügel auf und errichtete dort eine neue Siedlung mit einer Befestigung. In Manching bei Ingolstadt wurde eine ältere, unbefestigte Siedlung sekundär mit einer runden Mauer umzogen. In *diesen* späten Siedlungen findet man andere Funde, die älteren Münzen wurden durch neuartige verdrängt, es gab teilweise andere Fibelformen, die Tongefäße veränderten sich, und es wurde zunehmend eine andere Form von römischen Weinamphoren eingeführt. Diese jüngeren Funde (ab etwa 50 v. Chr. bis etwa zur Zeitenwende) fehlen uns jedoch in Tarodunum; sie liegen weder im Areal der Großsiedlung noch in der Befestigung. Die Begehungen im gesamten Dreisamtal haben inzwischen gezeigt, daß hier mit keiner weiteren großen Siedlung mehr zu rechnen ist.

Es war also vermutlich so, daß dieselbe äußere Bedrohung letztlich dazu führte, daß die Großsiedlung aufgegeben wurde. Ob sie planmäßig und geordnet verlassen oder aber zerstört wurde, wissen wir nicht. Ein verlockender historischer Kontext könnte sich in den Schriften Caesars, besonders im ersten Buch des „Gallischen Krieges“ andeuten. Man könnte sich etwa einen Zusammenhang mit den Kriegszügen des Ariovist (seit ca. 70 v. Chr.) im Oberrheingebiet und in Frankreich und mit der Abwanderung der Helvetier (58 v. Chr.) vorstellen, die offenbar auch unter germanischem Druck erfolgte. Die Helvetier wurden bekanntlich von Caesar geschlagen, die Überlebenden schickte er in ihre Heimatgebiete zurück, damit sie dort als Pufferzone des Imperiums gegen die Germanen dienen sollten; das schwach besiedelte Land, das sie hinterließen, hätte sonst einen Anreiz für nachrückende Germanen dargestellt.

Es ist eine in der Forschung noch diskutierte Frage, ob man die befestigten Siedlungen von Breisach (Münsterberg) und Basel (Münsterhügel) etwa diesen zurückgekehrten Helvetiern zuschreiben darf. Die Funde (Münzen, Keramik, Glas) von Zarten lassen sich gut mit dem vergleichen, was wir aus den älteren Schweizer Siedlungen kennen; jedoch ist es schwierig, aus einem gleichartigen Kulturinventar nun auf ethnische Zusammenhänge oder Stammesverwandtschaft schließen zu wollen.

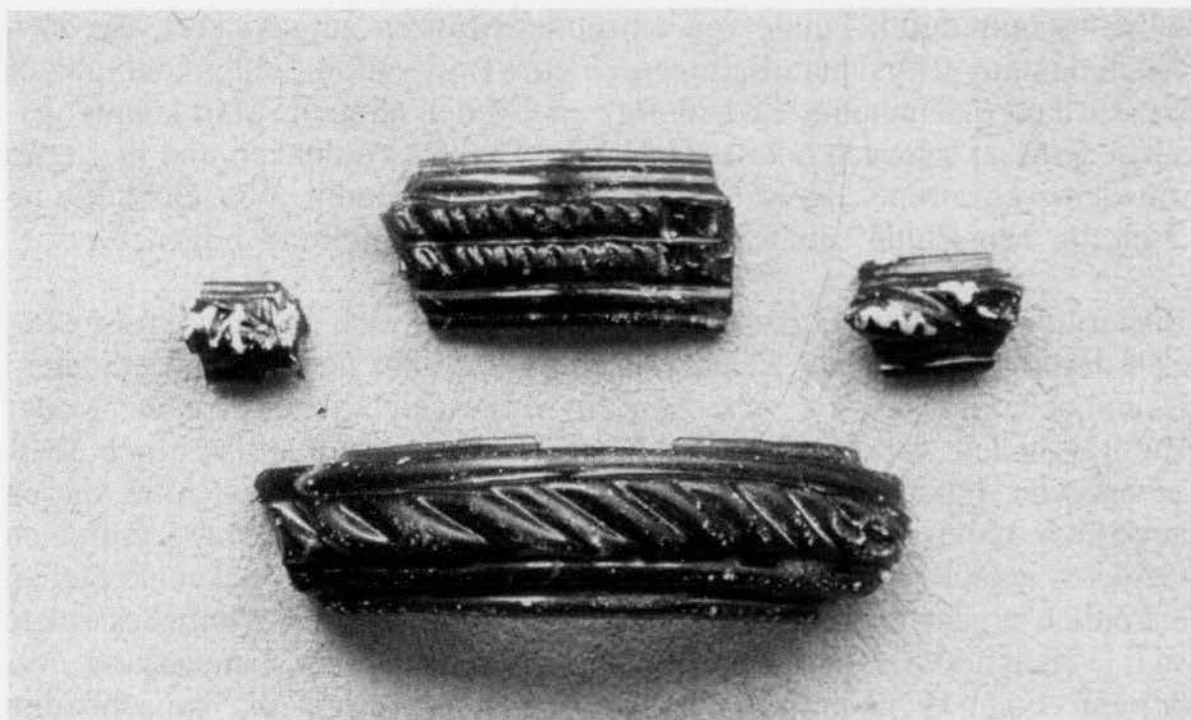
II. Eine keltische Siedlung bei Ötigheim, Landkreis Rastatt

In der Ortenau, aber auch weiter nördlich bis hin zum unteren Neckar, ist bisher eine Fundarmut, ja sogar eine weitgehende Fundleere für die Mittel- und Spätlatènezeit (etwa 2. und 1. Jh. v. Chr.) zu verzeichnen. Das Bild

wird fast nur durch Funde von einzelnen Münzen aufgelockert, die zwischen den gut erforschten Ballungsgebieten Breisgau im Süden und unteres Neckarland (Mannheim, Ladenburg) im Norden streuen. Man könnte versucht sein, an schwach oder unbesiedelte Gebiete zu denken und hier etwa die vielbeschworene „Helvetier-Einöde“ zu lokalisieren. Wie leicht dies jedoch ein Fehlschluß sein kann, mag der folgende Befund zeigen.

Bisher ging die ältere Forschung vor allem im Bereich des Landkreises Rastatt davon aus, daß die Flächen *unterhalb* des (hier deutlich ausgeprägten) Rheinhochufers, die sog. Rheinaue, in vorgeschichtlicher Zeit nicht oder kaum besiedelt war. Einige ältere Funde hat man dabei geflissentlich übersehen oder ignoriert; schon seit einigen Jahren fanden sich in diesen angeblich unbesiedelbaren, feuchten und überschwemmungsgefährdeten Gebieten jedoch einige römische Fundplätze, die einige altbekannte Stellen erfreulich ergänzten und das Siedlungsbild verdichteten. Ähnliches zeigte sich ja auch durch die Forschungen von Walter Fuchs im Hanauerland. Außerdem ergaben geomorphologische Untersuchungen im benachbarten Nordelsaß²⁰, daß der Aufbau der sog. Rheinaue stark zu differenzieren ist. Die Rheinaue gliedert sich in verschiedene Zonen (Terrassen), die sich durch Landschaftscharakteristika, Oberflächenformen, Böden, durch datierbare Baumstammfunde, auch durch die landwirtschaftliche Nutzung und Flurnamen unterscheiden lassen.

Im östlichen Teil der rechtsrheinischen Aue, nördlich der Murg und damit am Nordrand der Ortenau, liegt ein Teil der Gemarkung Ötigheim, Landkreis Rastatt. Bei einer Begehung des Tiefgestades im Frühjahr 1988 konnte der Verfasser westlich der Ortschaft, unterhalb des Hochufers, eine ausgedehnte Siedlungsstelle von etwa 1–1,5 ha Fläche lokalisieren²¹. Sie zeichnete sich auf den gepflügten Feldern als Streuung von groben, meist schlecht erhaltenen Tonscherben ab; es befanden sich darunter auch einige Randscherben, besonders von Schalen oder Schüsseln. Die meisten Scherben sind ohne Verwendung der Töpferscheibe mit der Hand geformt worden; nur einige wenige Stücke sind als scheibengedrehte Feinkeramik anzusehen. Eine kleine Graphittonscherbe wurde schon erwähnt; sie zeigt offenbar Handelsverbindungen an und stellt in dieser Region trotz ihrer Unscheinbarkeit (etwa fingernagelgroß) eine Besonderheit dar. Die interessantesten Funde waren jedoch fünf Bruchstücke von keltischen Glasarmringen, von denen vier Exemplare recht breit und sehr schön verziert sind. Bei ihrer Herstellung waren sie zunächst mittels eines Stabes aus einem heißen, zähflüssigen Klumpen Glasmasse in der Luft zu einem Ring geschleudert worden, anschließend hat man sie mit Längsriefen und weiteren Mustern verziert. Zwei der Stücke sind einfarbig blau, die anderen beiden haben auf die blaue Grundmasse noch gelbe Auflagen erhalten, die sich als Zickzacklinien abzeichnen. Die verzierten Glasarmringstücke sind aufgrund von



Vier blaue Glasarmringstücke, plastisch verziert, teilweise mit gelben, zickzackförmigen Fadenauflagen (Fundort Ötigheim, Landkreis Rastatt)

Aufnahme: Heiko Wagner

Grabfunden (besonders in der Schweiz und anderswo) eher älter zu datieren als die einfachen, unverzierten Ringe. Sie dürften daher noch in die Mittelatènezeit (ca. 2. Jh. v. Chr.) gehören.

Auf einem der angrenzenden Felder fand sich ein unscheinbarer Glassplitter (nicht abgebildet), ein Stück von einem unverzierten Armring aus bräunlichem Glas, was an sich sehr selten ist. Er ist wohl etwas jünger (Spätlatènezeit, Latène D, ab ca. 130/120 v. Chr.).

Münzen wurden keine gefunden, sie dürften zu dieser frühen Zeit auf einer kleineren Siedlung selten gewesen sein. Das Alter einiger Eisenschlacken läßt sich vorläufig nicht bestimmen; auch ist unklar, ob sie von Verhüttungs- oder Schmiedetätigkeit stammen.

An weiteren Funden ergaben sich eine Randscherbe der Urnenfelderkultur (ca. 1200–800 v. Chr.), eine römische Terra-sigillata-Scherbe (evtl. weitere römische Scherben) sowie mittelalterliche und neuzeitliche Keramik. Eine weibliche Ringperle mit blauer Zickzackverzierung könnte in die Späthallstattzeit (ca. 600–450 v. Chr.) gehören; es gibt für sie nur wenige Parallelen in Jugoslawien und der Schweiz.

Einige Indizien, etwa ein oder zwei Grubenverfärbungen und die Streuung der Funde, deuten darauf hin, daß die eigentliche Fundschicht tiefer liegt und hier noch nicht so stark beeinträchtigt ist. Daher lassen sich Größe und

Bedeutung dieses Siedlungsplatzes nur schwer einschätzen. Besonders die Hinweise auf die Urnenfelder- und Hallstattzeit haben Bedeutung für die Diskussion, ab wann die „Rheinaue“ in der Vorgeschichte besiedelt wurde; möglicherweise war das schon in der Bronzezeit der Fall, die ja insgesamt archäologisch schwer nachweisbar ist.

Die keltischen Funde an dieser so unerwarteten Stelle zeigen uns vielleicht, warum wir solche Plätze so selten finden. Wir müssen mit ihnen offenbar auch an Stellen rechnen, die zunächst unbesiedelbar und fundleer scheinen; hinzuweisen ist hier auch auf das Phänomen, daß Sumpfgelände auch erst durch menschliche Tätigkeit entstehen oder die Folge von Flußrückstau sein können. Heutige oder mittelalterliche Sumpfgelände müssen nicht *immer* in der Geschichte so ausgesehen haben. Deshalb muß auch diesen Regionen unsere Aufmerksamkeit gelten.

Die neue Fundstelle Ötigheim füllt nun etwas die klaffende Lücke zwischen dem Breisgau und dem unteren Neckarland, wo zahlreiche Siedlungsstellen bekannt sind. Als eine Prognose möchte ich wagen, daß auch die einzelnen Münzen in der Ortenau auf eine Besiedlung hindeuten. Nur die verstärkte und intensive Begehungstätigkeit und die Überwachung der zahlreichen anfallenden Baustellen kann uns vielleicht eines Tages diese Lücke schließen.

Anmerkungen

- 1 Der Aufsatz geht teilweise auf einen Vortrag zurück, den der Verf. im Nov. 1989 beim Treffen der Fachgruppe Archäologie in Bohlsbach hielt. – Ältere Literatur zu diesem Thema: Franz Fischer, Tarodunum. In: Kurt Bittel/Wolfgang Kimmig/Siegwart Schiek (Hrsg.), Die Kelten in Baden-Württemberg (1981) S. 487–489. – Franz Fischer, Beiträge zur Kenntnis von Tarodunum. Badische Fundberichte 22, 1962, S. 37 ff. – Wolfgang Kleiber, Tarodunum/Zarten. Beiträge zum Problem der Kontinuität. Alemannisches Jahrbuch 1971/72, S. 229–238. – Gerhard Fingerlin, Das keltische Oppidum von Tarodunum. Forschungsstand und Perspektiven. In: Karl Schmid (Hrsg.), Kelten und Alemannen im Dreisamtal (1983) S. 25ff.
- 2 Im Jahr 1901 wurde die Toranlage von Ernst Fabricius und Friedrich Leonhard angegraben; dabei wurden die Befunde teilweise falsch gedeutet. – Die Grabung von Gabriele Weber (Wallschnitt 1987) erschien als Vorbericht. In: Archäologische Ausgrabungen in Baden-Württemberg 1987 (1988) S. 85ff. und ist auch erwähnt von Rolf Dehn, Tarodunum und Kegelriß. Neues zur Spätlatènezeit im Breisgau. In: Denkmalpflege in Baden-Württemberg 17. Jahrg. 1988 Heft 2, S. 94f. – Gabriele Weber, Neues zur Befestigung des Oppidums Tarodunum, Gde. Kirchzarten, Kreis Breisgau-Hochschwarzwald. In: Fundberichte aus Baden-Württemberg 14, 1989, S. 273–288.
- 3 Geographike hyphegesis II 11, 15.
- 4 Siehe u. a.: Andres Furger-Gunti, Die Ausgrabungen im Basler Münster I: Die spätkeltische und augusteische Zeit (1. Jahrhundert v. Chr.), Derendingen-Solothurn (1979).

- Andres Furger-Gunti/Hans-Markus von Kaenel, Die keltischen Fundmünzen von Basel. Schweizerische Numismatische Rundschau 55, 1976, S. 35ff. – Ludwig Berger, Archäologischer Rundgang durch Basel. Archäologischer Führer der Schweiz 16 (1981).
- Andres Furger-Gunti, Das keltische Basel. Führer durch das Historische Museum Basel Heft 1 (1981). – Rolf d'Aujourd'hui, Die Entwicklung Basels vom keltischen Oppidum zur hochmittelalterlichen Stadt. Überblick über den Forschungsstand 1986 (1986) S. 6f. – Ludwig Berger/Andres Furger-Gunti, Les sites de l'„usine à gaz“ et de la „colline de la cathédrale“ à Bâle. In: O. Buchsenschutz (Hrsg.), Structures d'habitat à l'Age du Fer en Europe tempérée (1981) S. 173–186. – Thomas Maeglin, Spätkeltische Funde von der Augustinergasse in Basel (1986). – Ludwig Berger, Das spätkeltische Oppidum von Basel-Münsterhügel. Bisherige Untersuchungen und Ausblick. Archäologisches Korrespondenzblatt 2, 1972, S. 159ff.
- 5 Z. B. Reinhard Schindler, Der Ringwall von Otzenhausen. Führungsblatt 4 (1965). – Wolfgang Dehn, Der Ring von Otzenhausen. Germania 21, 1937, S. 78 und 229.
 - 6 Gerhard Jacobi, Die Metallfunde vom Dünsberg (1977). – Gerhard Jacobi, Neue Eisenfunde vom Dünsberg. Fundberichte aus Hessen 17/18, 1977/78 (1980) S. 151–155. – Dietwulf Baatz/Fritz-Rudolf Herrmann (Hrsg.), Die Römer in Hessen (1982) S. 319–321.
 - 7 Ferdinand Maier, Das Heidetränk-Oppidum. Führer zur hessischen Vor- und Frühgeschichte Bd. 4 (1985), darin ist die ältere Literatur zusammengestellt.
 - 8 Werner Krämer (Hrsg.), Die Ausgrabungen in Manching Bd. 1 (1970) bis Bd. 11, wird fortgesetzt. – Ferdinand Maier u. a., Vorbericht über die Ausgrabung 1984 in dem spätkeltischen Oppidum von Manching. Germania 63, 1985, S. 17ff. – Ferdinand Maier, Vorbericht über die Ausgrabung 1985 in dem spätkeltischen Oppidum von Manching. Germania 64, 1986, S. 1ff.
 - 9 U. a. F.-R. Herrmann, in: Ausgrabungen in Deutschland 1,1. Monographie des Römisch-Germanischen Zentralmuseums (1975). – Bernd Engelhardt, Lehrpfad „Weltenburger Enge“ bei Kelheim/Donau. Archäologie in Deutschland Heft 1, Okt. 1984, S. 28f. – Ingrid Burger, Der Michelsberg bei Kelheim. Führer zu archäologischen Denkmälern in Deutschland Bd. 6: Regensburg, Kelheim, Straubing II (1984) S. 68ff.
 - 10 Ludwig Wamser, Creglingen-Finsterlohr. In: K. Bittel/W.Kimmig/S. Schiek (Hrsg.), Die Kelten in Baden-Württemberg (1981) S. 321–323. – Hartwig Zürn, Grabungen im Oppidum von Finsterlohr. Fundberichte aus Baden-Württemberg 3, 1977, S. 231ff.
 - 11 Z. B. Franz Fischer/Dieter Müller/Heinrich Schäfer, Neue Beobachtungen am Heidengraben bei Grabenstetten, Kreis Reutlingen. Fundberichte aus Baden-Württemberg 6, 1981, S. 333ff. – Franz Fischer, Der Heidengraben bei Grabenstetten. Ein keltisches Oppidum auf der Schwäbischen Alb bei Urach. 3. Aufl. (1982).
 - 12 Die Kelten in Baden-Württemberg (1981) S. 290–296. – F. Fischer, in: Archäologische Ausgrabungen in Baden-Württemberg 1985 (1986) S. 101ff. – Franz Fischer, Südwestdeutschland im letzten Jahrhundert vor Christi Geburt. In: Dieter Planck (Hrsg.), Archäologie in Württemberg (1988) S. 235ff., bes. 241f.
 - 13 Siehe Anm. 1. – Rolf Dehn/Heiko Wagner/Gabriele Weber, Neues zu Tarodunum, Gemeinde Kirchzarten, Kreis Breisgau-Hochschwarzwald. Archäologische Ausgrabungen in Baden-Württemberg 1987 (1988) S. 85–88. – Rolf Dehn, Tarodunum und Kegelriß. Neues zur Spätlatènezeit im Breisgau. In: Denkmalpflege in Baden-Württemberg 17. Jahrg. 1988 Heft 2, S. 94–97. – Franz Fischer, Südwestdeutschland im letzten Jahrhundert vor Christi Geburt. In: Dieter Planck (Hrsg.), Archäologie in Württemberg (1988) S. 235 ff., bes. 240 f. – Gabriele Weber, Der Limberg bei Sasbach und die spätlatènezeitliche Besiedlung des Oberrheingebietes. Ungedr. Dissertation Freiburg (1990). – H. Wagner, Mag.-Arbeit (in Vorb.).
 - 14 Gerhard Fingerlin, Vor- und Frühgeschichte um den Limberg und am nördlichen Kaiserstuhl. In: Naturschutzgebiet Limberg am Kaiserstuhl. Führer durch Natur- und Landschaftsschutzgebiete Baden-Württembergs 2 (1978) S. 55–80, bes. 61; 63–68.

- Gerhard Fingerlin, Sasbach EM. Kleines Oppidum „Limberg“. In: Die Kelten in Baden-Württemberg (1981) S. 458–461. – Gerhard Fingerlin, Keltenstadt und Römerlager. Der Limberg bei Sasbach (I). Archäologische Nachrichten aus Baden 10, 1973, S. 5ff. – Gabriele Weber, Der Limberg bei Sasbach und die spätlätènezeitliche Besiedlung des Oberrheingebietes. Ungedr. Dissertation Freiburg (1990).
- 15 Rolf Dehn, Eine keltische Stadtsiedlung auf dem Kegelriß bei Ehrenstetten, Gemeinde Ehrenkirchen, Kreis Breisgau-Hochschwarzwald. Archäologische Ausgrabungen in Baden-Württemberg 1983 (1984) S. 100–101. – Rolf Dehn, Tarodunum und Kegelriß. Neues zur Spätlatènezeit im Breisgau. In: Denkmalpflege in Baden-Württemberg 17. Jahrg. 1988, Heft 2, S. 94–97, bes. 96–97. – Franz Fischer, Südwestdeutschland im letzten Jahrhundert vor Christi Geburt. In: Dieter Planck (Hrsg.), Archäologie in Württemberg (1988) S. 235ff., bes. 238; 240. – Archäologische Ausgrabungen in Baden-Württemberg 1989 (1990, in Vorbereitung).
- 16 Verena Nübling, Breisach FR. In: Die Kelten in Baden-Württemberg (1981) S. 314–317 (mit weiteren Literaturangaben). – Ingo Stork, Le site de Breisach-Hochstetten et ses relations avec le Münsterberg. In: O. Buchsenschutz (Hrsg.), Structures d'habitat à l'Age du Fer en Europe tempérée (1981). – Eine umfangreiche Monographie über den Münsterberg ist in Vorbereitung.
- 17 Geographike hyphegesis II II, 15.
- 18 Z. B. von R. Nierhaus, Römische Straßenverbindungen durch den Schwarzwald. Badische Fundberichte 23, 1967, S. 117–157. – Nachdruck: Rolf Nierhaus, Studien zur Römerzeit in Gallien, Germanien und Hispanien (1977) S. 157–193, bes. S. 174f.
- 19 Gerhard Fingerlin, Kirchzarten-Burg. In: Philipp Filtzinger/Dieter Planck/Bernhard Cämmerer (Hrsg.), Die Römer in Baden-Württemberg 3., neu bearb. Auflage (1986), S. 368f. (mit älterer Lit.).
- 20 Klaus Striedter, Naturwissenschaftl. Dissertation (Univ. Düsseldorf 1988, ungedruckt, als Mikrofilm). – Klaus Striedter, Le Rhin en Alsace du Nord au subboréal. Genèse d'une terrasse fluviatile holocène et son importance pour la mise en valeur de la vallée. In: Bulletin de l'Association Française pour l'Étude du Quaternaire 25. Jahrg. 1988, Nr. 33, S. 5–10. – Klaus Striedter, Die geologische Geschichte der Rheinaue zwischen Gamsheim und Herrlisheim seit dem Ende der letzten Eiszeit. Annuaire de la Société d'Histoire et d'Archéologie du Ried-Nord 1986, S. 117–145.
- 21 Erwähnt in Ortenau 1989, Bericht des Archäologischen Arbeitskreises. – Ein Kurzbericht wird ca. 1991 in der Fundschau der Fundberichte aus Baden-Württemberg erscheinen.

Die mittelalterliche Bergwerksstadt Prinzbach

Wolfgang Westermann

Bevor sich in dem engen Seitental der Kinzig gegenüber von Biberach die Mauern und Tortürme der mittelalterlichen Bergwerksstadt Prinzbach erhoben, gab es das Dorf Prinzbach mit seinen 20 bis 30 Bauernhöfen.¹ Mittelpunkt war die damals wesentlich kleinere Pfarrkirche, die noch heute, allerdings mehrfach erneuert und erweitert, mit ihrem wehrhaften Chorturm das Ortsbild prägt. Neben dem Dorf erbaute man zum Schutz der offenbar sehr ergiebigen Silberbergwerke die umwallte und ummauerte Stadt, von der heute soviel wie nichts mehr übriggeblieben ist. Trotzdem wird ihre Existenz durch mündliche Überlieferung, schriftliche Urkunden, Beobachtungen bei Begehungen und anfallenden Erdarbeiten und neuerdings durch die erste wissenschaftliche Grabung im Jahr 1989 eindrucksvoll belegt.



Blick auf den Hang, an welchem die mittelalterliche Bergwerksstadt Prinzbach lag

Aufnahme: Wolfgang Westermann

Aussagen der mündlichen Überlieferung

Selbst mündliche Überlieferungen und Sagen² vermitteln bereits einen Eindruck vom Umfang des Silberbergbaus im mittelalterlichen Prinzbach, von der alles vergessenlassenden Sucht nach Reichtum und Macht, vom Erfolg der Fündiggewordenen und vom Neid der Leerausgegangenen, der auch vor

Plünderung und Zerstörung nicht zurückschreckte. Bezieht man die Aussagen von Geschichtsschreibern des 19. Jahrhunderts³ mit in die Kategorie „Sagen“ ein, so muß man sogar davon ausgehen, daß hier bereits in römischer Zeit Bergbau betrieben wurde. Passend dazu bezeichnet der Volksmund die zumindest mittelalterliche Paßstraße vom Schuttetal ins Kinzigtal, die bis zur Fertigstellung der Ludwigsstraße (1827) durch das Prinzbacher Untertal führte, als „Römerstraße“. Dies und ein Terra-Sigillata-Fund⁴ sollten Anlaß genug sein, künftig auch solche Spuren ernsthaft zu verfolgen.

Aussagen der schriftlichen Urkunden

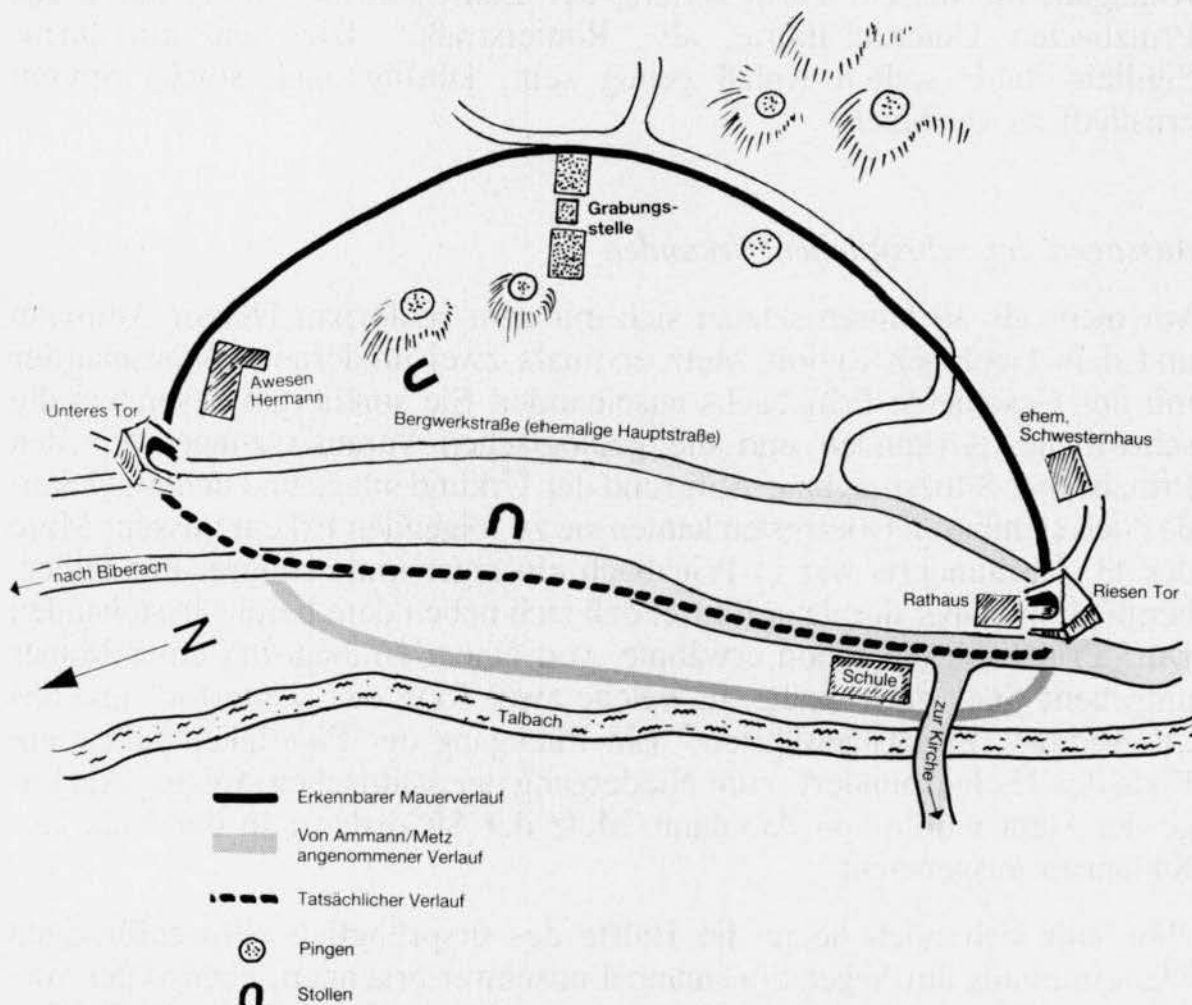
Vor mehr als 30 Jahren setzten sich mit dem Historiker Hektor Ammann und dem Geologen Rudolf Metz erstmals zwei moderne Wissenschaftler mit der Geschichte Prinzbachs auseinander. Sie sondierten besonders die schriftlichen Urkunden und die geologischen Voraussetzungen für den Prinzbacher Silberbergbau. Aufgrund der Urkundenlage und den im Gelände noch sichtbaren Überresten kamen sie zu folgenden Erkenntnissen: Mitte des 13. Jahrhunderts war in Prinzbach ein reger und ertragreicher Silberbergbau im Gang, der dazu führte, daß sich neben dem bereits bestehenden Dorf Prinzbach die schon erwähnte, von einem Graben und einer Mauer umgebene Stadt entwickelte, in welche zwei Tore, das „Untertor“ und das „Riesentor“, Einlaß gewährten.⁵ Ein Rückgang der Fündigkeit führte am Ende des 13. Jahrhunderts zum Niedergang der städtischen Anlage. Als Lage der Stadt wurde von Ammann/Metz der Südosthang in der Nähe des Rathauses ausgemacht.

Hier läßt sich noch heute die Hälfte des ursprünglich ellipsenförmigen Mauerumlaufs am Vegetationsmangel unschwer erkennen, ebenso der vorgelagerte Graben. Auch befinden sich an diesem Hang zahlreiche Halden und Hinweise auf Stollen und Schächte (siehe Plan).

Aussagen der Begehungen und der Beobachtungen bei Erdarbeiten

Die Annahme von Ammann/Metz, der talseitige, heute an der Oberfläche nicht mehr sichtbare Mauerverlauf habe sich in der Talsohle am Bach entlanggezogen, konnte durch Beobachtungen beim Verlegen von Kanalisations- und Wasserleitungen sowie beim Ausheben von Baugruben nicht bestätigt werden. Bei diesen Arbeiten wurde nahezu der gesamte Verlauf dieses Mauerabschnitts, zum größten Teil unter der heutigen Kreisstraße liegend, 30 bis 40 Meter vom Bach entfernt, sichtbar. Das bedeutet, daß das ummauerte Gebiet mit einer Fläche von rund vier Hektar etwa um ein Hektar kleiner war als von Ammann/ Metz angenommen (siehe Plan).

Die Ringmauer war an allen Stellen, an denen sie ausgemessen werden konnte, stets drei Meter stark. Bei ihrem Bau hatte man vorwiegend hier anfallendes, kaum bearbeitetes Gneisgestein verwendet, einen inneren und einen äußeren „Mantel“ jeweils sorgfältig aufgemauert und den dadurch entstandenen Hohlraum mit einem Stein-Mörtel-Gemisch ausgefüllt.



Plan der mittelalterlichen Bergwerksstadt Prinzbach

Zeichnung und Repro: Peter Kauffmann

Die Gesamtlänge der Mauer belief sich auf rund 850 Meter. Je eine mehrere Meter breite Lücke beim Anwesen Herrmann und beim Rathaus (siehe Plan) ließ den Standort der beiden bereits genannten Stadttore genau erkennen und bestätigten die von Ammann/Metz aufgrund von Grundstücksbeschreibungen erkannten Standorte. Mauerreste, die beim Ausheben einer Baugrube in der Nähe des Anwesens Herrmann durch den Bagger stark zerstört wurden, lassen den Schluß zu, daß dort in Tornähe ein Steinhaus oder ein Turm stand.

Die Beobachtungen bei Erdarbeiten gewährten auch aufschlußreiche Einblicke in die Verhältnisse innerhalb des ummauerten Geländes. So konnte

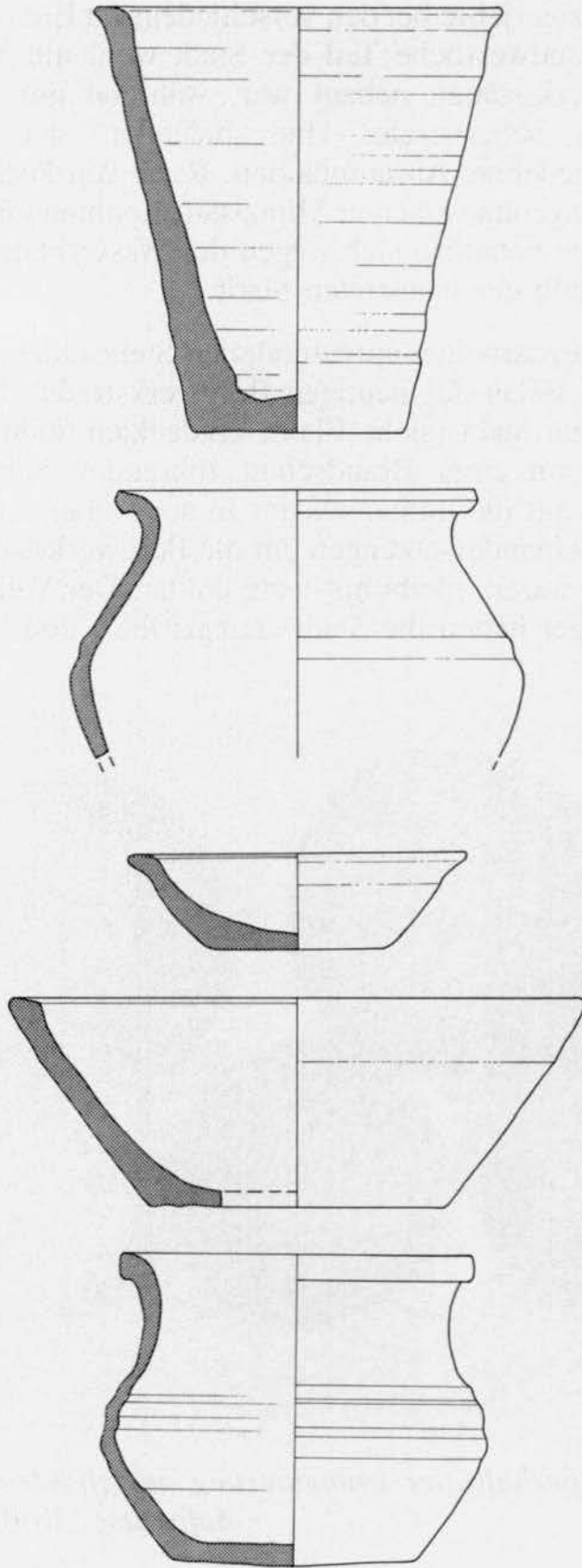
im Laufe der Siebzigerjahre bei den verschiedensten Erdarbeiten festgestellt werden, daß der südwestliche Teil der Stadt wohl mit Wohnhäusern und kleineren Handwerksstätten bebaut war, während der nordöstliche Teil Bergwerksanlagen beherbergte. Hier befanden sich Stolleneingänge, Schächte und ausgedehnte Abraumhalden. Reste von Pochen, Schmelzöfen oder gar von der sagenumwobenen Münzstätte konnten nicht gefunden werden. Diese Anlagen befanden sich wegen des Wasserbedarfs wohl in Bachnähe, also außerhalb der befestigten Stadt.

Die ebenfalls bei Erdarbeiten aufgefundenen Steinschleuderkugeln und die beiden unter dem Belag der heutigen Bergwerkstraße, der „Hauptstraße“ der mittelalterlichen Stadt (siehe Plan), entdeckten übereinanderliegenden Pflasterschichten mit einer Brandschutt führenden Schicht dazwischen, könnten Hinweise auf die immer wieder in der frühen Literatur genannten kriegerischen Auseinandersetzungen um die Bergwerkstadt Prinzbach sein. Wer die Angreifer waren, bleibt bis heute unklar. Der Volksmund behauptet zwar, die Freiburger hätten die Stadt angegriffen⁶, und bezieht sich dabei



*Innerhalb und außerhalb der Ummauerung aufgefundene Steinschleuderkugeln
Aufnahme: Wolfgang Westermann*

auf einen „Freiburger Weg“, der auf der Höhe, von Südwesten herkommend, auf die Stadt zuläuft; aber darüber hinaus gibt es nichts, was diese Annahme bestätigen würde.



Prinzbacher Haushaltskeramik aus dem 13. Jahrhundert

Zeichnungen: Institut für Ur- und Frühgeschichte, Universität Freiburg

Mit Sicherheit kann festgestellt werden, daß die Stadt trotz des tiefen Grabens und der starken Mauer nicht uneinnehmbar war, denn sie hatte an ihrem östlichen, hangseitig verlaufenden Mauerabschnitt eine äußerst empfindliche Stelle. Dort konnte jeder Angreifer ohne Aufwand an einem höhergelegenen Punkt am Hang Stellung beziehen und die Stadt über die Mauer hinweg mit Brandpfeilen, Schleuder- oder Katapultgeschossen (Steinschleuderkugeln) zerstören.

Begehungen und Erdarbeiten brachten auch datierbares Material in Form von Keramikscherben ans Tageslicht. An rund 20 Stellen wurden an der Oberfläche und bei Erdarbeiten Gefäßreste, die eine auffallende Ähnlichkeit mit der Lützelhardtkeramik aufweisen, gefunden. Der weitaus größte Teil davon stammt aus dem 13. Jahrhundert.

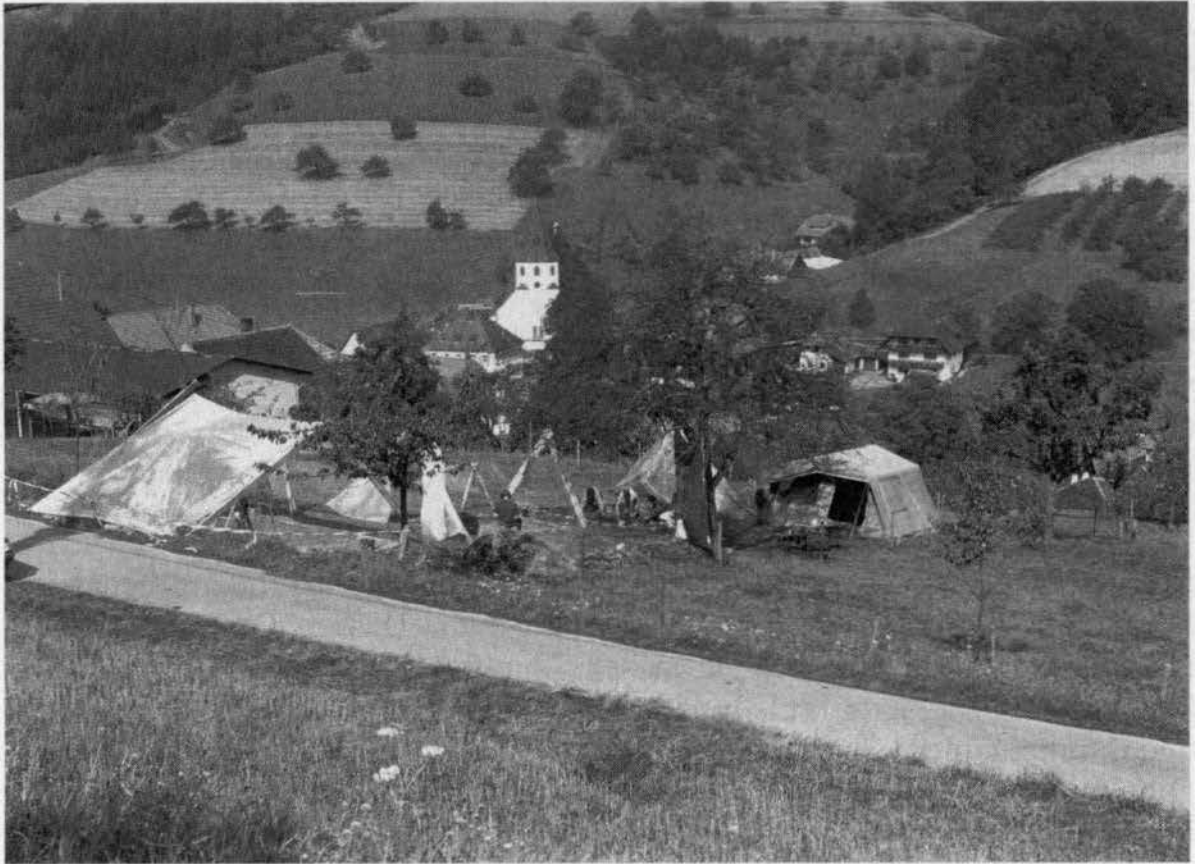
In der Nähe des Rathauses in zwei Meter Tiefe aufgefundene behauene Sandsteine vom „Riesentor“ sind als sogenannte Bossenquader gearbeitet, also Steinmetzarbeiten, wie sie in der Stauferzeit in Mode waren. Da die Stauferzeit um 1250 zu Ende ging, läßt sich annehmen, daß das „Riesentor“ und damit auch die Stadtmauer vor 1250 angelegt wurden. Zum Vergleich: Die Burg Lützelhardt wurde nachweislich vor 1250 erbaut und zwar mit Bossenquadern, die Burg Hohengeroldseck wurde erst um das Jahr 1250 fertiggestellt und zwar mit glattgearbeiteten Steinen.

Aussagen der Grabung vom Sommer 1989⁷

Im Sommer 1989 führte das Institut für Ur- und Frühgeschichte in Freiburg eine mehrwöchige Grabung im Bereich des mittelalterlichen Stadtgebiets durch.⁸ Ihr gingen Geländebegehungen voraus, bei welchen die Zahl der Keramikfundstellen an der Oberfläche auf über 70 erweitert werden konnte. Erstaunlich war dabei, daß sich die Fundstellen weit über das durch Mauer und Graben vom Dorf abgegrenzte ehemalige Stadtgebiet hinaus ausdehnten.

Die Grabung setzte am höchsten Punkt des ehemals städtischen Bereichs an (siehe Plan), wobei die drei Testschnitte der Hangneigung angepaßt und so angelegt wurden, daß Schnitt 1 die Innenseite der Mauer und die vermutete Baugrube erfassen und die Schnitte 2 und 3 Aufschluß über die Verhältnisse innerhalb der Ummauerung geben sollten.

In Schnitt 1 wurde die Innenseite der Mauer bis auf die Fundamentbasis freigelegt. Das mit 2,60 Metern verhältnismäßig tief auf den anstehenden Gneis gegründete Fundament war jedoch nicht wie vermutet von einer innenliegenden Baugrube aus hochgezogen, sondern von außen, „vom (Stadt-) Graben aus auf einen Felsabsatz und an ein dafür vorbereitetes, senkrechtes Bodenprofil gesetzt“, worden. Die Mauerstärke konnte an dieser Stelle



Die Grabung von 1989

Aufnahme: Institut für Ur- und Frühgeschichte, Universität Freiburg

nicht festgestellt werden. Sie dürfte aber hier wie an den anderen früher schon nachgemessenen Stellen 3 Meter betragen haben. Von diesen Maßen ausgehend kann die Mauer neun bis zehn Meter hoch gewesen sein.

Im Schnitt 2 konnte ein einlagiges, 0,4 Meter breites und 3,5 Meter langes Trockenmauerwerk aus wenig bearbeitetem Gneis freigelegt werden. Hierbei könnte es sich um das Fundament eines Holzhauses oder „um eine Steinsetzung mit technisch-bergbaulicher Funktion“ handeln. Genaueres kann erst nach gründlicher Auswertung aller den Fund betreffenden Faktoren ausgesagt werden.

In Schnitt 3 stieß man in 2 Meter Tiefe auf den Einstieg in einen Schacht, der „senkrecht und mit rundovalem Querschnitt in den anstehenden Solifluktionenlehm und in die Verwitterungszone des darunterliegenden Festgesteins eingetieft“ ist. Er war verfüllt und lag unter einer aus dem 13. Jahrhundert stammenden Kulturschicht. Es dürfte sich deshalb hier um den ältesten Befund der Grabung handeln.

Aus allen drei Schnitten zusammen konnten rund 3000 Keramikscherben geborgen werden, die zum weitaus größten Teil aus dem ausgehenden 12. und dem 13. Jahrhundert stammen. Dabei handelt es sich um Reste

Die Innenseite der Stadtmauer
Aufnahme: Institut für Ur- und
Frühgeschichte, Universität Frei-
burg



„von Töpfen, Schüsseln, Tüllengefäßen, Bügelkannen, Ofenkacheln“ und um zahlreiche kleine flache Schälchen, die wohl als Öllämpchen angesprochen werden können. Zwei bronzene Schnallen aus der zweiten Hälfte des 13. Jahrhunderts und ein Silberpfennig⁹ elsässischer Herkunft aus dem 13. Jahrhundert komplettieren das bislang datierte Material.

Außerhalb der Grabungsstelle wurden mehrere Bohrungen durchgeführt, um unter anderem auch die Tiefe des Stadtgrabens feststellen zu können. Dabei wurde an zwei verschiedenen Stellen je eine Schneckenbohrung bis auf 7,50 Meter niedergebracht, ohne dabei den Grund des Grabens zu erreichen. Da die Orientierung des Grabens an dieser Stelle im Bereich der Streichrichtung des Prinzbacher Gangzuges liegt, könnte es sich (bei dem Stadtgraben) also auch um einen Erztagebau, um einen Verhau, handeln, der später als Stadtgraben genutzt worden ist. Dies würde auch die eingangs schon erwähnte, fortifikatorisch äußerst ungünstige Lage der Stadt auf einem nach Osten stark ansteigenden Gelände, das auch durch eine neun bis zehn Meter hohe Mauer und einem vorgelagerten Graben nicht hinreichend geschützt war, erklären.

Bei Würdigung aller bereits ausgewerteter Befunde aus der Grabung des Instituts für Ur- und Frühgeschichte ergibt sich bis jetzt hinsichtlich der Geschichte der mittelalterlichen Stadt Prinzbach folgendes Bild:

Im ausgehenden 12. und im 13. Jahrhundert hat in Prinzbach „zumindest im Bereich der Grabung von 1989 zunächst ein intensiver Bergbau auf



Der bei der Grabung gefundene elsässische Silberpfennig, Originalgröße 1,6 cm

Aufnahme: Dr. P.-H. Martin, Badisches Landesmuseum Karlsruhe

(L 10284/41 – L 10285/52)

Blei/Silber-Erze stattgefunden, sowohl im Tage- als auch im Tiefbau. Die Abbaue wurden dann mit Bergbauschutt verfüllt, das umliegende Gelände mit Abraum aufgehöhht und die dadurch entstandene Haldenlandschaft z. T. wieder planiert und (noch im 13. Jahrhundert) als Arbeitsplattformen bzw. als Siedlungsflächen genutzt. . . . Nach einer ersten Bergbauphase (in welcher offenbar großer Wohlstand erwirtschaftet wurde) wurde (dann) im 13. Jahrhundert die Stadtmauer erbaut.“ Dabei weist alles darauf hin, daß die Blütezeit des Bergbaus mit dem 13. Jahrhundert zu Ende ging, was auch gleichzeitig den Untergang der Stadt Prinzbach bedeutete.

Weitergehende Aussagen können erst nach Auswertung aller Befunde der Grabung von 1989 gemacht werden. Aber bereits heute sind sich die Wissenschaftler vom Institut für Ur- und Frühgeschichte in Freiburg darin einig, daß die Bergbaustadt Prinzbach für die mittelalterliche Bergbaugeschichte in Zentraleuropa von großer Bedeutung und nur mit der sächsischen Bergbausiedlung auf dem Treppenhauer bei Sachsenburg vergleichbar ist.¹⁰

Anmerkungen

- 1 Vergl. Kauß, D.: „Die mittelalterliche Pfarrorganisation in der Ortenau“, Verlag Konkordia, Bühl 1970, S. 236f.
- 2 In Prinzbach sind zwei den Bergbau betreffende Sagen überliefert.
 1. Die Sage vom goldenen Ritter: Im Kachelberg (er liegt direkt oberhalb der mittelalterlichen Stadt) soll ein goldener Ritter verborgen gewesen sein, den 400 Bergleute ausgraben wollten. Jeden Abend stellten sie mit dem Betzeitläuten ihre Arbeit ein. Als

sie den Ritter endlich gefunden hatten, überhörten sie jedoch das Läuten. Der Stollen stürzte ein, und keiner überlebte das Unglück.

2. Die Sage von den silbernen Glocken: Im Prinzbacher Kirchturm sollen einst silberne Glocken gehangen haben, was den Neid der Nachbarn erregte. Diese stahlen die Glocken bei Nacht und Nebel, versanken aber mit ihrem schwerbeladenen Fuhrwerk noch vor dem Überqueren der Kinzig im sumpfigen Mündungsbereich des Prinzbaches. Vergl. hierzu auch Fußnote 6.

- 3 Kolb, J. B.: „Lexikon von dem Großherzogtum Baden“, Dritter Band, Karlsruhe 1816, S. 73 f.: „In dem Schutte dieser ehemaligen Stadt fand man eine Menge römischer Münzen von Kaiser Hadrian und seinen Nachfolgern, welche die Kinder nach Aussage alter Leute zu ihrem Spiele benutzten. (Leider sind diese Münzen heute unauffindbar.) Aller Wahrscheinlichkeit nach war die ehemalige Stadt Prinzbach römischen Ursprungs und hatte Kaiser Hadrian zum Erbauer. Einige Altertumsforscher glauben, daß diese das verlorene Hadrianotheros gewesen sei.“

Siehe auch: Hansjakob, Heinrich: „Schneeballen“, Stuttgart 1922, S. 77

- 4 Heiko Wagner fand im August 1989 auf einem Acker nordöstlich der ehemaligen Stadt eine mehrere Quadratcentimeter große Terra-Sigillata-Scherbe.

- 5 Ammann, H. / Metz, R.: „Die Bergstadt Prinzbach im Schwarzwald“, Lahr 1956, Sonderdruck, Schauenburg Verlag. In dieser Schrift führen die Autoren folgende Urkunden an: „Annales Colmarienses minores“. Hier wird für das Jahr 1257 folgendes notiert: „In Brusbach monte Brisgaudie inveniebatur argentum in Magna quantitate.“ (In Prinzbach im Breisgau fand man Silber in großen Mengen.)

UB Straßburg IV/1, Nr. 231: Hinweis auf einen „civis in Brunssebach“, (Bürger von Prinzbach) der 1262 in der Lage ist, dem Bischof von Straßburg 230 Mark (Barren) Silber zu leihen. Zum Vergleich: Der Preis eines steinernen Hauses in Köln betrug zur damaligen Zeit 30 Mark Silber.

UB Straßburg III, Nr. 170: Aus dieser Urkundenabschrift geht hervor, daß das Ehepaar „Conradus et Demuodis in Brünsebach“ seinem Sohn Eberhard 1284 erlaubt, über sein Erbe frei zu verfügen. Dabei ist erwähnt, daß an der Urschrift das „sigillum civitatis in Brünsebach“ (Siegel der Stadt Prinzbach) hing.

Einer Urkunde im GLA Karlsruhe, Berain 2861, bes. Bl. 2, 60, 7 von 1493, lassen sich folgende Grundstücksbeschreibungen entnehmen:

„..... gelegen da selbs by dem ndern dor.“ „..... stosst an das Rysen thor.“

- 6 GLA 65/239: „Geroldseckisches Chronikbuch“ des Matheus Marschalk von Piperbach und Pappenheim, 1530. Hier wird behauptet, die Freiburger hätten die Stadt Prinzbach am Karfreitag des Jahres 1008 zerstört. Diese Behauptung ist zweifellos falsch, denn zu dieser Zeit existierte die Stadt Freiburg noch nicht. Möglicherweise handelt es sich hier um eine Verschreibung, und mit der in Worten geschriebenen Jahreszahl „Dausendundacht“ war das eher passende Jahr Tausendzweihundertundacht gemeint.

- 7 Zimmermann, U., Goldenberg, G., Brunn, A.: „Bergbauarchäologische Untersuchungen in Prinzbach, Gde. Biberach, Ortenau“, in: „Archäologische Ausgrabungen in Baden-Württemberg 1989“ (im Druck). Den Autoren sei an dieser Stelle für die zuteil gewordene Unterstützung und Beratung herzlich gedankt.

- 8 Die Grabung war Teil eines von der Stiftung Volkswagenwerk im Zusammenhang mit dem neuen Schwerpunktprogramm „Archäometallurgie“ finanzierten Projektes zur Erforschung des frühen mittelalterlichen Silbererzbergbaus im Südschwarzwald und wurde vom Institut für Ur- und Frühgeschichte der Universität Freiburg i. Br. durchgeführt.

- 9 Bestimmung der Münze durch Dr. P.-H. Martin, Badisches Landesmuseum Karlsruhe.

- 10 Schwabenitzki, W.: „Die mittelalterliche Bergbausiedlung auf dem Treppenhauer bei Sachsenburg (Kr. Hainichen)“, Arbeits- und Forschungsbericht zur sächsischen Bodendenkmalpflege 32, 1988, S. 237 ff. – Zur selben Thematik siehe auch: Hucker U. B.: „Die untergegangene Bergstadt Blankenrode im Diemel-Eder-Kupfererzrevier“, in: „Montanwirtschaft Mitteleuropas vom 12. bis 17. Jahrhundert“, Bochum 1984, S. 103 ff.

Schapbach

Ein Beitrag zur Diskussion über die Bedeutung des Orts- und Gewässernamens

Volkmar Schappacher

Familienkundliche Nachforschungen über die verschiedenen Geschlechter mit Namen wie Schappach(er) und Schabbach¹ brachten neue Gesichtspunkte und Fakten zur Deutung des Orts- und Gewässernamens Schapbach ans Licht, die Grund für weitere Überlegungen zur Frage der Namensentstehung sind. Schon bisher war bekannt, daß es noch mehrere Bäche und Örtlichkeiten gibt, welche mit dem Namen Schappach belegt sind. Im Umland von dreien dieser Plätze kam es auch jeweils separat zur Bildung von Schappach-Familiennamen als Herkunftsnamen. Die Ortsnamen werden in ihrem geographischen Umfeld auf mögliche Gemeinsamkeiten hin untersucht, die bei Entstehung des Namens relevant gewesen sein könnten.

Im Schwarzwald umfaßt der Begriff des Schapbacher Tals die alte Gemarkung von Schapbach am mittleren Talabschnitt der Wolf, jetzt mit dem Nachbarort zur politischen Doppelgemeinde Bad Rippoldsau-Schapbach zusammengeschlossen. Die Wolf bringt das Wasser zahlreicher, kleiner Bachtäler zur Kinzig hin, die dann weiter dem Rhein zustrebt. Die abgechiedenen Höfe der Waldbauern vom Schapbacher Tal liegen abseits vom zentralen Kirchdorf, verstreut zwischen steilen Berghängen und hohen Forsten, dabei auch das enge Bergtal des Wildschapbach mit dem gleichnamigen Ortsteil, einer alten Bergmannssiedlung. Der Familienname ist im Schwarzwald mit Bertschelin Schappach Vater und Sohn schon 1383 im Nachbartal von Oppenau zur Zeit der Entstehung der Geschlechtsnamen überliefert. Seit dem 17. Jahrhundert ist der Name dann ständig im Renchtal und in Berghaupten bei Gengenbach vertreten.

Herkunft und Bedeutung des Ortsnamens Schapbach wurden schon verschiedentlich erörtert. Hierzu ist vor allem auf eine Arbeit von A. Sandfuchs zu verweisen.² Auch die im Jahre 1989 herausgegebene Ortschronik der Gemeinde Schapbach im Wolfstal³ greift auf die Arbeit von Sandfuchs zurück und vermag noch keine neuen Gesichtspunkte zur Frage der Genese und Deutung des Ortsnamens vorzutragen. Die Herkunft des Ortsnamens wird dort aus den zeitlich früheren Fluß- und Gewässernamen erklärt.

Die Deutung des Bachnamens Schappach – Schapbach erfolgt durch eine sprachliche Rückführung auf eine alt- bzw. mittelhochdeutsche Wortverbin-

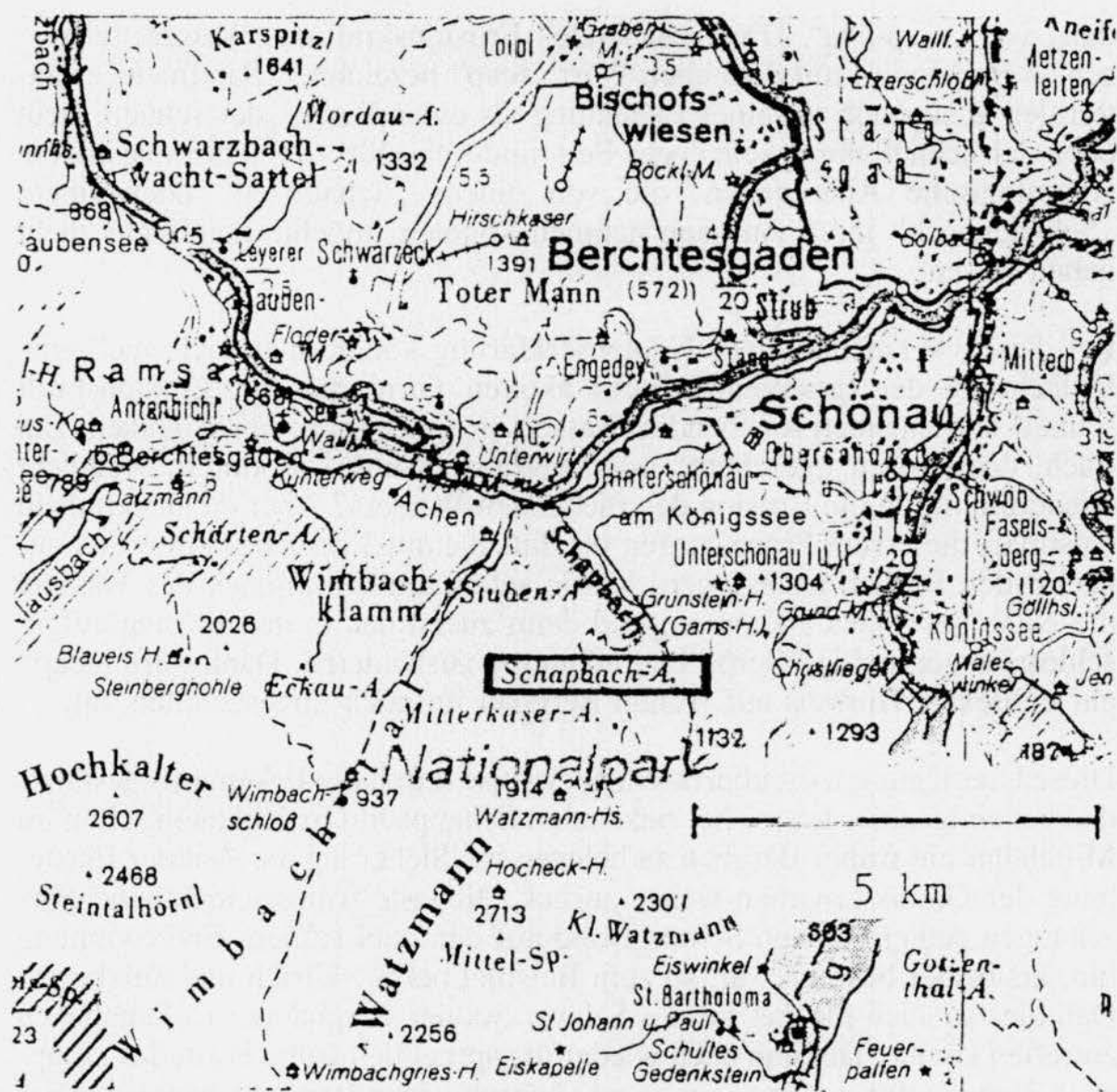
dung von „scap-aha“. Die „schabende“ Erosionskraft des Wassers (aha – ach – Bach) wird mit dem alten Wort „scap“ bezeichnet. Sandfuchs erläutert den Schapbach in seiner Bedeutung als einen Bach, „der schnell fließt oder sich schnell durch sein enges Bett hindurchstößt“. Verschiedene andere etymologische Ableitungen, die von einem „Schadbach“ oder einem „Schattenbach“ ihren Ausgang nehmen könnten, möchte Sandfuchs nicht gelten lassen.

Bei diesen Versuchen einer Namensklärung könnte man sich auch eine Umkehrung der (grammatikalisch) aktiven Form des mit Erosionskraft schnell sein Bachbett schabenden Wassers in eine passive Form denken: Ein Bach, dessen Bett „geschabt“ oder gegraben wurde! Wodurch, vielleicht wiederum durch die Erosion des fließenden Wassers? Aber da kamen doch einstmals die ersten Prospektoren ins Tal, die auf Erzsuche waren und zunächst den Bächen nachgingen, häufig schon am Geschmack des Wassers die Nähe des Erzes erkannten, und dann zuerst das in den Bächen aufgeschlossene, erzhaltige Geröll bergmännisch ausbeuteten. Dann wäre „scap“ ein indirekter Hinweis auf frühen Bergbau im noch unbesiedelten Tal.

Diese Überlegung wird überraschenderweise durch die Erkenntnis gestützt, daß bei einigen der uns bisher bekannten Schappach-Örtlichkeiten schon im Mittelalter ein früher Bergbau zu belegen ist. Sicher lag die Zeit der Entstehung der Gewässernamen weiter zurück. Neueste frühgeschichtliche Forschungen deuten für den Schwarzwald auf eine viel frühere Erzgewinnung hin, als bisher bekannt war, so zum Beispiel bei St. Ulrich und Sulzburg⁴. Daß dies so auch für das Tal des Schwarzwälder Bergbaudorfes Schapbach zutreffen könnte, läßt nun auch wieder die sprachlich frühe Form des „scap-aha“-Namens für das entlegene und abgeschiedene Bergtal vermuten. Dieser Gewässername mußte ja bereits zu einer Zeit in Gebrauch gekommen sein, als das Tal noch nicht besiedelt war, aber doch schon vom Menschen begangen und genutzt wurde. (Urkundliche Ersterwähnung als Schappach 1222, dann aber bereits 1275 als Kirchspiel).“

Auch mit der nahen Umgebung des Baches Schapbach (auch Schopbach)⁵ östlich vom Zähringer Burgberg bei Freiburg i. Br., einem Zufluß der Glotter, verbinden sich Nachrichten von mittelalterlichem Bergbau. Die in den letzten Jahren begonnene archäologische Untersuchung einer großen, früh-alamannischen Siedlung auf dem Zähringer Burgberg, die noch in spätantike Zeit zurückreicht, hat hier bereits den Nachweis für Metallverarbeitung erbracht, und die Möglichkeit römischer Abraumhalden wird neuerdings für diesen Platz diskutiert⁶.

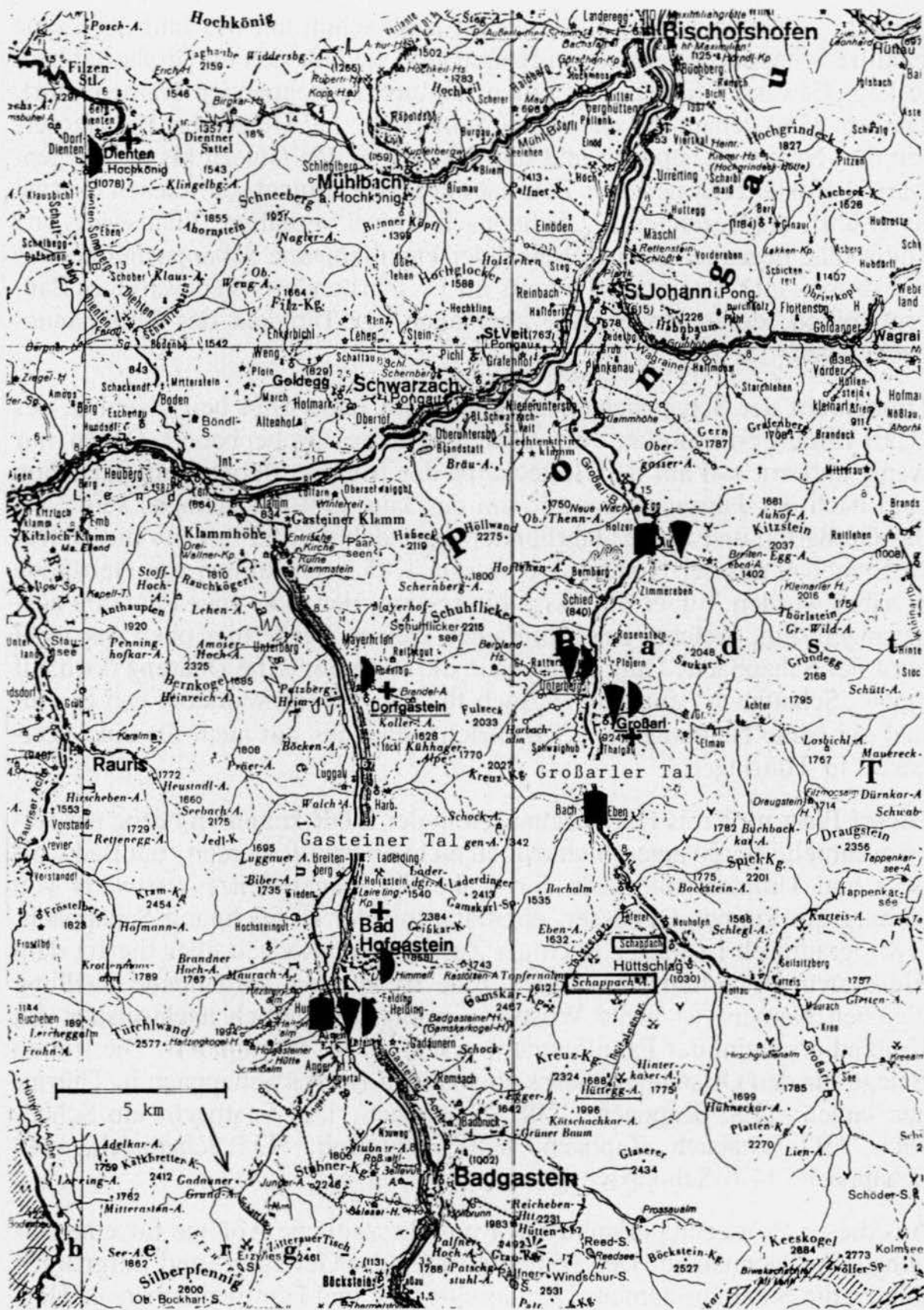
Im Schatten des Watzmann bei Berchtesgaden liegt ebenfalls eine Schappachalm bei einem Bach des gleichen Namens. Über die Salzach fließt sein



Schapbachalm und der Schapbach am Watzmann bei Berchtesgaden

Wasser zur Donau. Auch von dort gibt es Nachrichten von früherem Bergbau¹² und diesbezügliche Flurnamen.

Eine auffällige Gemeinsamkeit mit unserer Bergbaugemeinde Schapbach im Schwarzwald kann man in den einstmaligen Montanrevieren im Pongau in den Salzburger Tauern (Österreich) finden. Im hinteren Großarlthal liegt das Bergdorf Hüttschlag. Ortsname und Gemeindewappen weisen auf alten Bergbau hin. In dieser Gemeinde gibt es zwei Bauernanwesen und eine zugehörige Hochalm mit der Bezeichnung Schappach: Vorderschappach, Hinterschappach und Schappachalm. Wie in den westlich benachbarten Tauerntälern von Gastein und Rauris suchte man auch hier schon früh, aber weniger erfolgreich, nach dem Tauerngold. Noch bis zum Jahre 1863 wurde in Hüttschlag die Kupfer- und Schwefelproduktion betrieben⁷. Wenn im Gastein ein nordwärts abfließender Zufluß des Angerbachs durch seinen



Der Weiler Schappach beim frühen Bergbauort Hüttschlag und die Verbreitung des Familiennamens Schappacher im Pongau (Land Salzburg) im
 ■ 17. Jahrhundert ▼ 18. Jahrhundert ▲ 19. Jahrhundert

Namen „Schattbach“ auffällt und dort auch schon um das Jahr 1602 eine Familie Schappacher auf einem Hofgut sitzt, so läßt sich im Großarlal heute kein Gewässer finden, das einen für uns bezeichnenden Namen führt. Das um 1350 genannte Lehensgut „Schatpach“ bei Hüttschlag trug fernerhin den Namen Schappach und hat mit den beiden Gütern bis zur Gegenwart überdauert. In neuester Zeit hat ein Straßentunnel, der diesen Ortsteil unterfährt, die Bezeichnung „Schappach-Tunnel“ erhalten. Talauswärts von Hüttschlag begegnet uns in Großarl der Familienname Schappacher ebenso wie drüben im Gasteiner Tal bereits im 17. Jahrhundert. Stets waren es Bauernfamilien, deren Angehörige aber auch der Tätigkeit des Bergmannes nachgingen.

Droben auf der Schappachalm stieß man im Jahre 1734 beim Neubau des „Carl-Ehrenwerth-Stollen“ auf alte, verstürzte Grubenbaue.⁸ Davon nur wenig entfernt soll auf der Hütteckalpe der früheste Bergbau im Tal schon bald nach der Jahrtausendwende um das Jahr 1010 umgegangen sein.⁹ Da das Großarlal erst im 12. Jahrhundert besiedelt wurde,¹⁰ dürfte dieser frühe Erzabbau auf der Hütteckalpe, wovon 1785 noch Ruinen von Gebäuden erwähnt wurden,¹¹ über die Pässe hinweg von den Gasteiner Revieren ausgegangen sein. Welcher der zahlreichen kleinen Bäche hier oben war wohl einst der Schapbach? Oder müßte sich die etymologische Deutung doch auf einen „Schattbach“ einstellen? Auch für das Schwarzwalddorf gab es einmal die frühe Nennung als „Schadbach“, gleiches gilt auch für ein „Scatbach“ in Thüringen.

Dieser Platz im Kreis Hildburghausen in der DDR konnte in bezug auf seine eventuelle Bergbaugeschichte noch nicht überprüft werden. Bei Bad Colberg und Ummerstadt fließt dort nahe der Zonengrenze westwärts von Coburg ein kleines Gewässer, ebenfalls mit der Bezeichnung Schappach. Hydrographisch ist dieser Bach als Zufluß einer Rodach über die Itz dem Flußsystem des Main zugeordnet. Eine früher dort vorhandene Siedlung gleichen Namens ist heute Wüstung, jedoch urkundlich nachweisbar. Im Umland erscheint der Familienname schon im 16. Jahrhundert. Die frühen Belege für den Ortsnamen dieses ehemaligen Dorfes Schappach in Thüringen lauten: 1290 Scappach, 1291 Schachbach, 1317 Scátbach, am Schappach, 1317 Schabach, Zapbach; 1340 Schappach, 1432 Schappach, 1448 Schappach, 1476 Schoppach.¹³

Aus dieser Erörterung erkennen wir nun die zeitliche Abfolge für eine Bildung von Eigennamen: Den frühen Formen der Gewässer- und Bergnamen folgten die Siedlungsnamen. Die Geschlechts- und Familiennamen als Herkunftsnamen entstanden dann zumeist seit dem 12. Jahrhundert. Zur Entstehung von Familiennamen als Herkunftsnamen kam es im Umland von dreien der hier genannten Schapbach-Örtlichkeiten: Sowohl im Schwarzwald und in der Ortenau im Vorland des Schwarzwalddorfes Schapbach wie

auch im salzburgischen Pongau in den Tälern von Gastein und Großarl und auch in Thüringen im Kreis Hildburghausen erfolgte jeweils die Bildung von entsprechenden Familiennamen: Schappach(er) oder Schabbach. Der Schapbachbauer von der Alm am Watzmann bei Berchtesgaden jedoch scheint nur in die Literatur durch Ludwig Ganghofer Eingang gefunden zu haben, ohne daß er für uns bisher urkundlich faßbar geworden wäre.¹⁴

Erstmals wird es möglich, analoge Namensbildungen auch aus anderen Landschaften vergleichend in die Diskussion um die Entstehung des Namens Schappach – Schapbach einzuführen. Noch können wir die sonnabwendige, schattige Lage der Schapbäche als Ursache für eine Namensbildung von „Schattbach“ zu „Schapbach“ wegen vereinzelt frühen, urkundlichen Belegen für drei Vorkommen des Namens Schappach nicht vollständig ausschließen. Vielleicht müssen wir die etymologische Wurzel für die Namensentwicklung sogar lokal differenzieren. Von den Ausführungen von A. Sandfuchs ausgehend, wird der „schabende Bach“ zu einem „geschabten Bach“. Wir sehen die „scap-aha“-Bachnamen vor allem als Belege an für den frühen Bergbau an Bächen, in welchen bei der Suche nach Erzen „geschabt“ und gegraben wurde.

Anmerkungen und Literatur

- 1 Volkmar Schappacher: „Die Geschlechter Schappach(er), Herkunft und Verbreitung des Familiennamens“, Freiburg und Lörrach 1990.
- 2 A. Sandfuchs, „Woher kommt der Name Schapbach?“ in „Die Ortenau“ Band 53/1973, S. 252 ff. Dort weitere Literatur, besonders auch: A. Krieger, Topographisches Wörterbuch für das Großherzogtum Baden, I u. II, Heidelberg 1904/05.
- 3 Adolf Schmid et al., „Schapbach im Wolfstal“, Chronik einer Schwarzwaldgemeinde, Bad Rippoldsau-Schapbach und Freiburg/Br. 1989, S. 572 f.
- 4 G. Goldenberg, Dr. H. Steuer, Dr. U. Zimmermann: „Untersuchungen zur Frühgeschichte des Erzbergbaus und der Verhüttung im südlichen Schwarzwald“ in Archäologische Ausgrabungen in Baden-Württemberg 1987, S. 328 ff. sowie dies.: „Montanarchäologische Untersuchungen im südlichen Schwarzwald“ in Archäologische Ausgrabungen in Baden-Württemberg 1988, S. 194 ff.
- 5 Ob der Glotter-Zufluß Schopbach oder Schappach vielleicht ebenfalls für eine längst Wüstung gewordene, also verschwundene Siedlung namensgebend war, ist nicht bekannt. Die Schreibweise mit dem Vokal -a- gibt es hier erst spät, noch 1530 Schoppach (Mitteilung von Herrn A. Sandfuchs, Wolfach, †). – Ein Gehöft in Glottertal-Ohrensbach trägt noch heute im Volksmund den Namen „Schappacherhof“. Im Grundbuch und Liegenschaftskataster von 1896 ist dieser Hof allerdings als „Scharbachhof“ eingetragen: Der Hof war bis 1796 im Besitz einer Familie Scharbach und gelangte durch Heirat an die heutige Besitzerfamilie. Vermutlich hatte sich der Hofname im 19. Jahrhundert dem nunmehr viel bekannteren, ähnlich klingenden Namen des Baches lautmäßig angeglichen. Freundl. Mitteilung von Herrn Bürgermeister J. Herbstritt vom 22. 1. 1966 über sein Hofgut. – Siehe auch A. Sandfuchs, a. a. O. S. 256.
- 6 Dr. H. Steuer et al.: „Zu den Forschungen auf dem Zähringer Burgberg, Gem. Gundelfingen, Krs. Breisgau-Hochschwarzwald“ in Archäologische Ausgrabungen in Baden-Württemberg 1988, S. 203 ff.

- 7 Fiala, Laireiter, „Die Entwicklung des Bergbau-Ortes Hüttschlag“ in „Heimat Großarl“, 1987, S. 58: ebendort: „Der Kupfer- und Schwefelbergbau im Großarltal, S. 135 ff. – M. Martischnig, „Vom Kupferbergbau im Großarltal“ in „Arbeitswelt im Pongau“, Museumsverein Werfen 1987, S. 18 – Sebastian Hinterseer: „Bad Hofgastein und die Geschichte Gasteins“, Bad Hofgastein 1957 und Salzburg 1977; sowie „Heimatbuch Hofgastein“.
- 8 Gemeinde-Verwaltung Hüttschlag im Pongau, Land Salzburg, dort Manuskript der Bergwerks-Geschichte.
- 9 F. C. Weidmann, „Touristen-Handbuch auf Ausflügen und Wanderungen in Salzburg und den Hochtälern Pongau's, Lungau's und Pinzgau's“, Wien 1845, 1. Hauptteil, S. 283. Spätere Autoren scheinen Weidmanns Angaben hierzu in Zweifel zu ziehen: Siehe M. Martischnig, „Das Denkmalgut Köbelerhäusl im Salzburger Großarltal“, Sonderdruck aus Österreichische Zeitschrift für Volkskunde, Bd. XXXIX/78, Wien 1975, S. 15, Anm. 77.
- 10 Wie Anm. 7.
- 11 Wie Anm. 9.
- 12 Dr. H. Schneiderhöhn: Lehrbuch der Erzlagerstättenkunde, 1. Band: Die Lagerstätten der magmatischen Abfolge, Jena 1941; S. 580: „...und am Königsberg bei Berchtesgaden, ..“
- 13 Albert Schappach, „Ergebnisse der Familienforschung des Dr. iur. Albert Schappach“, Berlin 1923. Freundliche Mitteilung von Herrn Dr. Rolf Schabbach, Brey.
- 14 Ludwig Ganghofer: „Die Martinsklause“, Roman.

Hohengeroldsecker Akten

Ein Beitrag zur badischen Archivgeschichte

Klaus Graf

Vor einigen Jahren wurde im Generallandesarchiv Karlsruhe (GLA) der Bestand III „Akten Geroldseck“ neu verzeichnet, nachdem er zuvor nur durch ein vorläufiges Zettelrepertorium erschlossen war.¹ Der Bestand umfaßt 401 Faszikel aus fünf Jahrhunderten (dem Zeitraum 1449 bis 1823), die im Findbuch nach den sogenannten „Brauerschen Rubriken“ (von „Abzugsrecht“ bis „Zunftsachen“) geordnet sind.² Orts-, Personen- und Sachregister erlauben einen schnelleren Zugriff auf die Titeleinträge, die durch teilweise ausführliche Enthält- und Darin-Vermerke die Akten weit besser als bisher erschließen.

Obwohl eine vollständige Übersicht über die inhaltlichen Schwerpunkte des Aktenbestands hier nicht gegeben werden kann, seien einige Hinweise erlaubt. Die Orts- und Regionalgeschichte Mittelbadens wird manches bislang unbeachtete Stück entdecken können, doch gibt es im Bestand III auch zahlreiche Archivalien von überregionalem Interesse. Zu nennen wären etwa die Quellen zur Adelsgeschichte³ am Beispiel der Häuser Hohengeroldseck, Cronberg und von der Leyen. Hervorzuheben sind Schriftwechsel über die Beziehungen der Hohengerolds-ecker zur Kurpfalz aus dem 15. Jahrhundert. Im 16. Jahrhundert konzentriert sich das Schriftgut zur Hausgeschichte der Herren von Hohengeroldseck auf Schuld- und Heiratsachen. Aus dem Bereich der Wirtschaftsgeschichte seien nur folgende Archivalien herausgegriffen: Steuerverzeichnisse aus den Jahren 1470–1472 (III/322), die Rechnung des Amtmanns Eustachius von Pfullendorf 1496 mit Steuerverzeichnis (III/316), Handwerker-Rechnungen, Besoldungslisten und Pretiosenverzeichnisse 1588–1631 samt einer wöchentlichen Küchenrechnung anlässlich eines Badeaufenthalts 1613 (III/337).

Sehr reich ist die Überlieferung zur politischen Geschichte Baden-Durlachs im 17. und 18. Jahrhundert, da die diplomatischen Aktivitäten Baden-Durlachs, um seine Ansprüche auf die Herrschaft Hohengeroldseck durchzusetzen, ausgiebig dokumentiert sind. Die langwierigen Prozesse und Streitigkeiten wegen Hohengeroldseck sind auch für die Zusammensetzung der einzelnen Akten von Bedeutung. Diese sind häufig nicht „organisch“ bei einer Provenienzstelle erwachsen, sondern als Beilagensammlungen aus Abschriften und Ausfertigungen etwa für Prozeßzwecke zusammengestellt

worden. Teilweise dürften solche Sammel- oder Mischfaszikel auch erst im GLA hergestellt worden sein.⁴

Bei der Neuverzeichnung des Bestands wurde versucht, unter Einbeziehung auch anderer Bestände des GLA die Archivgeschichte der Hohengeroldsecker Akten zu rekonstruieren. Da keinerlei Vorarbeiten vorlagen, waren aufwendige Untersuchungen nötig, um zu den im folgenden vorgestellten Grundzügen zu gelangen. Abweichend von der m. E. unbefriedigenden Praxis in zahlreichen Findbüchern, deren Einleitungen nur Ergebnisse ohne Nachweise enthalten, wurde bei der Darstellung darauf geachtet, jede einzelne Angabe nachprüfbar zu belegen. Meine These lautet: Nur wenn möglichst viel archivgeschichtliches Erfahrungswissen allgemein zugänglich und mit den nötigen Quellennachweisen schriftlich niedergelegt wird, ist eine kontinuierliche archivgeschichtliche Forschung in sinnvoller Weise möglich.

Ist aber Archivgeschichte nicht nur ein abseitiges Spezialgebiet, dem sich allenfalls Archivare, die zu wenig zu tun haben, und allerlei Sonderlinge widmen? In einem methodisch wichtigen Beitrag hat Peter Rück auf den Nachholbedarf der Archivgeschichtsschreibung gegenüber der Bibliotheksgeschichte aufmerksam gemacht und beklagt, „daß das Forschungsinteresse der historischen Hilfswissenschaften bis vor kurzem meist dort aufhörte, wo die Archivgeschichte einsetzen müßte“.⁵ Man müsse fragen, in welcher Ordnung und Auswahl die herrschende Macht die „Gesamtheit ihrer Selbstdarstellung“ überliefert habe.⁶ Die Antwort könne bewußt machen, „auf welchen theoretischen Grundlagen die uns überlieferten Archivkörper errichtet, mit welchen technischen Mitteln sie geregelt worden sind“.⁷ Zurecht skizziert Rück die Forschungslage hinsichtlich des von ihm ins Auge gefaßten Ansatzes einer „Archivkritik“ innerhalb der Quellenkritik so: „Das Material ist zwar seit dem 14. Jahrhundert in reicher Fülle vorhanden, aber in vielen Einzelstudien und mit unterschiedlichen Kriterien ohne Blick auf das Ganze verzettelt.“⁸

Die Geschichte der „Schriftgutorganisation“ und des Geschäftsschriftguts muß als genuiner Forschungsansatz im Schnittpunkt unterschiedlicher disziplinärer Interessen begriffen werden. Neben den klassischen Hilfswissenschaften und der Verwaltungsgeschichte ist jüngst vor allem die Beschäftigung mit „Trägern, Feldern, Formen pragmatischer Schriftlichkeit“⁹ zu nennen. Auch das Verwaltungsschriftgut einer Institution ist Bestandteil ihres Selbstverständnisses, ihrer „Identität“, und noch allgemeiner gilt, was Hermann Heimpel formulierte: „Die Überlieferung selbst ist Geschichte.“¹⁰

Die Erforschung und Rekonstruktion des Überlieferungs- und Entstehungszusammenhangs dient aber auch dem Forscher und Archivbenutzer, da sie

die quellenkundlichen Voraussetzungen für die erfolgreichere Ermittlung und Auswertung von Archivalien zu schaffen vermag. Fridolin Dörrer hat jüngst zurecht bemerkt, mit der Bereitstellung von Mikrofilmen sei es nicht getan: „Zur vollen Benützbarkeit sind veröffentlichte gute Repertorien und bestände- und kanzleikundliche Untersuchungen erforderlich.“¹¹

Alle alten Bestände des GLA sind im 19. Jahrhundert durch den Wolf des Pertinenzprinzips gedreht und auf das Prokrustesbett der „Brauerschen Rubriken“ von 1801 (von „Absterben“ bis „Zwangsanstalten“) gelegt worden. Dabei wurde nicht nur der Entstehungszusammenhang des Schriftguts zerstört, sondern auch recht willkürlich verfahren, da sowohl bei der Zuordnung von Akten zu Pertinenzbeständen als auch bei der Zuordnung der Akten zu den Rubriken ständig wenig befriedigende Ermessensentscheidungen getroffen werden mußten. Als Direktor des GLA hat Manfred Krebs am Anfang der 1930er Jahre erfolglos versucht, einige Bestände probeweise wieder nach dem Provenienzprinzip umzuordnen. „Es mußte festgestellt werden, daß selbst bei genauer Prüfung der Archivsignaturen sowie der Adressen, Unterschriften und Randvermerke und durch Heranziehung der alten Repertorien und der Tausch- und Einlieferungsakten eine genaue Aussonderung der alten Provenienzen nicht in restlos befriedigender Weise erreicht werden konnte und daß bei jeder Abteilung ein nicht unbeträchtlicher ungelöster Rest übrigblieb.“¹² Für die „Absurdität der Überlieferungsbildung“¹³ im 19. Jahrhundert lassen sich auch aus der Bestandsgeschichte der „Akten Geroldseck“ genügend Beispiele beibringen. So wurde der Registraturkörper der Akten der badischen Geheimen Registratur über die Geroldsecker Sache aus dem 18. Jahrhundert durch Verteilung auf die Bestände 47 (Haus- und Staatsarchiv), 74 (Baden-Generalia) und III (Geroldseck) sinnwidrig zerrissen, ebenso die Wiener Extradition von 1829, die auf die Abteilungen 47, 72 (Lehensarchiv), 79 (Breisgau-Generalia) und III verteilt wurde.

Erschwerend kommt hinzu, daß die Archivgeschichte des GLA im 19. Jahrhundert bislang noch nicht aufgearbeitet ist.¹⁴ Am Beispiel des Bestands III kann jedoch exemplarisch verdeutlicht werden, wie die Herren von Hohengeroldseck, die Markgrafschaft Baden-Durlach, die Markgrafschaft und das Großherzogtum Baden ihre eigenen bzw. die übernommenen Akten über die Herrschaft Hohengeroldseck organisiert (bzw. vernichtet) haben und welche praktischen Auswirkungen das Pertinenzprinzip im Generallandesarchiv im 19. Jahrhundert auf die bestehenden Schriftgutkörper tatsächlich hatte. Von den archivgeschichtlichen Ermittlungen über die Hohengeroldsecker Akten fällt zugleich auch etwas Licht sowohl auf die altbadische Archivgeschichte des 17. und 18. Jahrhunderts, als auch auf die publizistische Tätigkeit des badischen Staatsmannes Johann Jakob Reinhard in Sachen Hohengeroldseck.

Als archivgeschichtliche Überblicksdarstellung, orientiert an der Geschichte eines Bestands, können die folgenden Ausführungen nicht jeder archivgeschichtlich reizvollen Einzelheit nachgehen. Lohnend wäre etwa eine weitergehende Auswertung der Akten über die Neuordnung des Hohengeroldsecker Archivs bzw. der Registratur um 1600 im Hinblick auf die impliziten und expliziten Ordnungsgrundsätze. Ausgespart bleibt auch der wichtige Bereich der Aktenkunde. Nur durch aufwendige aktenkundliche Untersuchungen kann die einzelne Akte in ihrer Zusammensetzung und in ihrem Zusammenhang mit dem Geschäftsgang und der Registraturpraxis der Behörden, die an ihrer Formierung beteiligt waren, verstanden werden. Ein nicht unbeträchtlicher Teil des Schriftguts ist nicht kontinuierlich bei einer Behörde erwachsen, sondern von Registratoren nachträglich aus Akten unterschiedlicher Herkunft zusammengestellt worden.

Die Herrschaft Hohengeroldseck

Da die Archivgeschichte ohne die Territorialgeschichte nicht verständlich gemacht werden kann, lasse ich einen kurzer Abriß der Geschichte der Herrschaft Hohengeroldseck folgen.

Die 1819 von Baden erworbene Herrschaft Hohengeroldseck bzw. „Grafschaft Geroldseck“ ist in ihrem territorialen Bestand im wesentlichen das Herrschaftsgebiet der Herren von Geroldseck zu Hohengeroldseck, wie es bis zum Tod des letzten Herrn von Hohengeroldseck 1634 bestanden hat.¹⁵ Es setzte sich zusammen vor allem aus den zum Schloß Hohengeroldseck gehörigen Vogteien Schönberg und Prinzbach, aus den Vogteien Seelbach mit Steinbach und Kuhbach, Schuttertal, aus dem halben Stab zu Reichenbach und dem Schloß Dautenstein.

1277 war der Besitz des Hauses Geroldseck in die obere (Hohengeroldseck) und die untere Herrschaft (Lahr-Mahlberg) geteilt worden. Die untere Herrschaft mit den Herrschaftsmittelpunkten in Lahr und Mahlberg blieb bis zum Aussterben der Linie Geroldseck-Lahr 1426 in deren Besitz. Über eine Erbtochter kam sie an die Grafen von Moers-Saarwerden, die jedoch die eine Hälfte 1442 an Markgraf Jakob von Baden veräußerten. Von den Moers-Saarwerden kam die verbliebene Hälfte an die Grafen von Nassau. Die Herrschaft blieb jedoch bis 1629 formal ungeteilt. Damals erhielt das katholische Haus Baden-Baden, dem bei der Teilung Badens 1535 der Anteil an der unteren Herrschaft zugefallen war, die Herrschaft Mahlberg, das protestantische Haus Nassau(-Saarbrücken) hingegen die Herrschaft Lahr. 1803 fiel auch der nassauische Teil an Baden.

Die Akten Lahr-Mahlberg in Abt. 117 des Generallandesarchivs bestehen einerseits aus dem baden-badischen, baden-durlachischen (1594 bis 1622 Inhaber des baden-badischen Anteils, 1659–1727 Inhaber des nassauischen

Anteils) und badischen Schriftgut, andererseits aus den aus Idstein extrahierten nassauischen Archivalien. Die Urkunden Lahr-Mahlberg in Abt. 27 umfassen auch die in baden-durlachischen Besitz gelangten Urkunden hohengeroldseckischer Provenienz.

Die Linie Hohengeroldseck nannte sich seit 1524 „Herren von Hohengeroldseck und Sulz“, um den Anspruch auf die Güter der um 1480 ausgestorbenen Linie Geroldseck-Sulz¹⁶ auch im Titel geltend zu machen. Das Schloß Hohengeroldseck befand sich mit den Vogteien Schönberg und Prinzbach 1486 bis 1504 in kurpfälzischer Hand. Dieser Teil der Herrschaft wurde 1526 dem Haus Österreich zu Lehen aufgetragen. Nach dem Tod Jakobs von Hohengeroldseck 1634 fiel der allodiale Teil der Herrschaft zunächst an seine Tochter Anna Maria Gräfin von Solms. Da sich Adam Philipp von Cronberg eine Anwartschaft auf die Reichs- und österreichischen Lehen der Herrschaft hatte sichern können, entzog Österreich 1635 der nunmehr verwitweten Erbtöchter die gesamte Herrschaft. Anna Marias Versuche, eine Trennung der Lehen von den Eigengütern herbeizuführen, schlugen fehl. Nach ihrem Tod 1649 verfocht ihr – seit 1644 – zweiter Gemahl und Alleinerbe Markgraf Friedrich V. von Baden-Durlach die Ansprüche auf das Hohengeroldsecker Allod weiter.

Von 1650, dem Datum seiner Mündigkeit, bis zu seinem Tod 1692, regierte Graf Kraft Adolf Otto von Cronberg über Hohengeroldseck.¹⁷ Nachdem Baden-Durlach durch weitgespannte diplomatische Aktivitäten keinen Schritt weitergekommen war und dies, obwohl die Hohengeroldsecker Sache 1648 in das Instrument des Westfälischen Friedens Eingang gefunden hatte, nahm Baden-Durlach nach dem Tod des Cronbergers 1692 die Herrschaft in Besitz. Doch bereits 1697 wurde der Markgraf auf Betreiben von Reichsfreiherr Carl Caspar von der Leyen, dessen Familie seit 1677 eine Anwartschaft auf Hohengeroldseck innehatte, mit Waffengewalt wieder vertrieben. Die Leyen erhielten aufgrund des Besitzes von Hohengeroldseck den Reichsgrafenstand und blieben bis 1813 hier souverän. 1806 bildete das Territorium aus sieben Dörfern mit kaum 4500 Einwohnern den kleinsten Mitgliedsstaat des Rheinbundes. 1815 nahm Österreich Hohengeroldseck in Besitz, 1819 wurde es von Baden erworben. Bis sie 1831 im badischen Amt Lahr aufging, blieb die Grafschaft Hohengeroldseck als „Provisorisches Amt Hohengeroldseck“ mit Seelbach als Verwaltungssitz bestehen.

Das Archiv der Herrschaft Hohengeroldseck

Über die Verwaltung der Herrschaft Hohengeroldseck im Mittelalter existieren nur wenige Nachrichten.¹⁸ In der pfälzischen Zeit ist als Amtmann Eustachius von Pfullendorf belegt, der die Rechnung von 1496 (III/316) schrieb und 1498 einen Bericht über Wildbann, Geleit und Zoll (III/267) verfaßte. Der fortgeschrittenen pfälzischen Verwaltungsschriftlichkeit wird

auch die älteste Mitteilung über das Archiv auf Burg Hohengeroldseck verdankt. Die Kurpfalz veranlaßte nämlich die Abschrift der auf der Burg bei ihrer Einnahme 1486 vorgefundenen Urkunden in einem Kopialbuch.¹⁹

Aus dem Amt des Burgvogts zu Hohengeroldseck entwickelte sich das Amt des Amtmanns, der in Zusammenarbeit mit seinen Herren die Geschäfte führte. 1556/57 heißt Michael Nieder Burgvogt (III/213), 1568 Amtmann zu Geroldseck (III/35). Von 1568 (III/231) bis 1587 (III/220) ist Johann Breitschedel als Amtmann der Herrschaft bezeugt. Er erscheint in den alten Repertorien häufig als Aussteller bzw. Empfänger von Schreiben. Ebenfalls als Amtmann ist Adam Heydt 1597 belegt (III/27). Neben dem Amtmann gab es den geroldseckischen Landschreiber, ein Amt, das Johann Zacharias Lenglin 1569/70 (III/213) und 1572 (III/7) bekleidete. Doch auch die regierenden Herren von Hohengeroldseck beteiligten sich aktiv am Kanzleigeschäft, wie aus den von ihnen eigenhändig geschriebenen Schriftstücken hervorgeht.²⁰

Über die Amtsführung eines hohengeroldseckischen Amtmanns gibt das 1633 über den schriftlichen Nachlaß des von etwa 1613 bis etwa 1626 tätigen Alexander Rollwagen verfertigte Repertorium Auskunft (III/251); den darin verzeichneten Akten aus dem Nachlaß gab man als Hilfsmittel einen Auszug aus diesem Verzeichnis bei.²¹

Daß amtliche Unterlagen bei dem Tode von Bediensteten sich in deren Privathaushalt vorfanden, war übrigens nichts Ungewöhnliches. So befanden sich hohengeroldseckische Akten im Nachlaß des langjährigen Advokaten der Herrschaft, Johann Georg Becht zu Straßburg (46/5408); das Verzeichnis der im Haus des badischen Geheimen Rats Reinhard vorgefundenen amtlichen Schriften aus dem Jahr 1772 führt u. a. fünf Faszikel Geroldseckiana auf (74/558), und die Akten leyenscher Provenienz des Bestands III kamen 1822 über den Nachlaß des Amtmanns von Schmidt in badischen Besitz (III/257).

Die Urkunden zu einer bestimmten Sache, etwa die zu einer Eheschließung gehörigen Urkunden, wurden in einer „Lade“ gesammelt. Das Verzeichnis einer solchen Lade, nämlich der Stoffelnschen, ist in Abschrift in den Akten über die Versorgung der Witwe Walthers von Hohengeroldseck, Anna geborene von Stoffeln, aus den Jahren 1563–1571 überliefert (III/33).

Als Glücksfall muß die Erhaltung einer großen Anzahl älterer Repertorien aus der Zeit um 1600 bezeichnet werden, als Jakob von Hohengeroldseck die Herrschaft innehatte. Der Registrator Jakob Zuckschwert gibt 1607 an, mit ihrer Erstellung seien die Registratoren Nielaus Haidt seelig, Caspar Kantengießer und Hieronymus Becker beschäftigt gewesen (III/233). Das Ergebnis ihrer Arbeit war die Einteilung eines Teils des Schriftguts in 42

Laden, die mit 1–42 bezeichnet waren, und in 12 „Lehen Laden“, bezeichnet mit den Buchstaben A–M. Als Gesamtübersicht diente das „Laden-Register“ (III/191).²² Die Niederschrift der Repertorien erfolgte wohl in den Jahren nach 1594; das einzige datierte Stück vom 25. März 1594 (III/190) über die Kastvogtei Ettenheimmünster ist mit seiner sonst nicht mehr aufgenommenen Mischung aus Vertragszusammenfassungen und erzählendem Aktenreferat wohl ein Vorläufer.

Die Anlage der anderen Repertorien hat anhand der Reichenbacher Lade bereits der erwähnte Registrator Zuckschwert analysiert (III/233). Innerhalb der einzelnen Laden wurden zunächst die – in Faszikel zusammengefaßten – datierten Schreiben in chronologischer Folge verzeichnet, anschließend die undatierten Schreiben und danach die „Protocolla“. Da außer Datum, Absender und Empfänger auch der Betreff angegeben ist, zum Teil auch ganz knapp der Inhalt des Schreibens, können die erhaltenen Repertorien als Einzelblattverzeichnung in den verlorenen Akten dokumentierte Vorgänge ersatzweise erschließen.

Bei den einzelnen Laden lag neben dem soeben charakterisierten „Ordinari-Register“ jeweils auch ein „Extraordinari-Register“, das jeweils nur Verweise auf den bei dem jeweiligen Betreff einschlägigen Inhalt anderer Laden bzw. ihrer Repertorien enthielt.²³

Die aus dem Laden-Register III/191 erschließbare Tektonik des Archivs vermischte Ortsbetreffte (Herrschaftsbestandteile z. B. Lade 5 „Seelbach“ und Beziehungen zu anderen Herrschaften z. B. Lade 8 „Lohr“) und Sachbetreffte (z. B. Lade 19 „Französische Kriegsbezahlung“). Die Lehenladen bezogen sich auf ein oder mehrere Aktivlehenobjekte.

Damit war aber offenbar nur ein Teil des Archivs erschlossen. Aufgrund der bereits erwähnten Denkschrift Zuckschwerts III/233, der er auch eine Zeichnung der Ladenanordnung einer Idealregistratur beigab, gab Jakob von Hohengeroldseck am 10. Oktober 1607 seine Zustimmung zur weiteren Ordnung der Registratur (III/235). Teils befand sich das Schriftgut damals noch auf Hohengeroldseck, teils schon auf dem neuerbauten Schloß Dautenstein, wie aus einem Ablieferungsverzeichnis der einzelnen Archivladen an den Rat und Registrator Zuckschwert hervorgeht (III/191). Dieser dürfte seiner Arbeit in Dautenstein nachgegangen sein. Das Ergebnis dieses zweiten Durchgangs war ein in zwei Fassungen erstelltes Repertorium, für das jedoch der Notar Ulrich Keller von Ruelesch verantwortlich zeichnet. Die Erstfassung trägt die Datierung 1609 (III/248), die vollständigere Ausfertigung ist nicht datiert, enthält aber Stücke bis 1611 (III/249, fol. 5). Auf der Erstfassung (III/248) bemerkte bereits der baden-durlachische Registrator Brodhag 1699: „N[ot]a auff dieses Repertorium ist gantz nicht zugehen“. Die Ausfertigung III/249 gestattet einen Einblick in den zugrundegegan-

nen Schatz einer reichen Amtsbücherüberlieferung. Von den zu Tomi (Bänden) vereinten Faszikeln ist jeweils die Laufzeit und die Anzahl der Stücke angegeben.

In ähnlicher Weise wurde 1633 der bereits erwähnte Nachlaß des Amtmanns Rollwagen verzeichnet (III/251) – dieses Repertorium ist durch zahlreiche Namensangaben eine wichtige personengeschichtliche Quelle. Damals könnte Johann Ulrich Vinther Registrator gewesen sein, der 1654 als gewesener geroldseckischer Registrator des Archivs wegen ausstehender Besoldung supplizierte (46/5408) und dem 1649 die in baden-durlachischen Besitz übergegangenen Herrschaftsakten anvertraut wurden (III/75).

Die Aufgeschlossenheit der „Regenten“ der Herrschaft für Kanzleiarbeiten wurde bereits angesprochen. Hierher gehört auch das eigenhändige „Tagregister“ Walthers von Hohengeroldseck für die Jahre 1546/47.²⁴ Besondere Aufmerksamkeit richteten die Hohengeroldsecker auf die Geschichte ihrer eigenen Familie. Wegen einer „vorhabenden delineation [...] Geroltzeckischer Genealogie“ richtete Jakob von Hohengeroldseck 1598 eine Anfrage an den fürstenbergischen Rat Melchior Joner zu Haslach, in der er um Mitteilung von Grabinschriften aus dem Kloster Wittichen bat. Möglicherweise ist, so Hermann Fautz, der von Erich Hocnickel bekanntgemachte Hohengeroldseckische Stammbaum in Donaueschingen, von dem Johann Jakob Reinhard 1766 eine Kopie anforderte²⁵, ein noch zu Lebzeiten Jakobs entstandenes Ergebnis seiner genealogischen Nachforschungen.

Noch weitere Zeugnisse für das rege Familienbewußtsein der Geroldsecker lassen sich anführen. Familiennotizen Diebolds I. von Hohengeroldseck aus den Jahren 1447–1459 hat jüngst Ekkehard E. Hlawitschka ediert.²⁶ Der gelehrte humanistische Sammler Matthäus von Pappenheim verfaßte eine Familienchronik²⁷, die Gangolf von Hohengeroldseck mit eigenhändigen Marginalien versah²⁸, und über die er 1538 den Freiburger Humanisten Kaspar Baldung um eine briefliche Äußerung bat.²⁹

Wieviel bei der Fluchtung der geroldseckischen Archivalien durch Anna Maria von Hohengeroldseck nach Straßburg in Dautenstein bzw. Hohengeroldseck verblieb, ist unklar. Über das Schicksal des Archivs enthalten die baugeschichtlichen Arbeiten von Hensle und Kewitz keinerlei Hinweise. Bei der Plünderung von Schloß Dautenstein 1636 seien alle Mobilien verbrannt außer einem „karch“ mit Briefen, die die Untertanen während des Brandes nach Hohengeroldseck getragen hätten – so die spätere Aussage eines Zeugen 1648, die allerdings von anderen Zeugen nicht bestätigt wird (III/80). Was bei der Zerstörung des Schlosses Hohengeroldseck im Jahre 1688 zugrundeging, läßt sich nicht abschätzen – das leyensche Archiv enthält jedenfalls keine älteren Akten hohengeroldseckischer Provenienz.

Das baden-durlachische bzw. badische Schriftgut

Zur Archivgeschichte Baden-Durlachs in der frühen Neuzeit existieren im wesentlichen nur die summarischen Ausführungen von Manfred Krebs in seiner Beständeübersicht des Generallandesarchivs³⁰ und die Mitteilungen von Paul Roth über die Archivare des 18. Jahrhunderts.

Wohl unmittelbar nach dem Tod ihres Vaters 1634 hat Anna Maria von Hohengeroldseck das Archiv der Herrschaft oder zumindest einen großen Teil davon nach Straßburg in Sicherheit bringen lassen. Sie begründete dies mit den Unsicherheiten der Kriegszeit (III/252) – die Ereignisse sollten ihr recht geben. In der rechtlichen Auseinandersetzung mit Österreich, das sie als Witwe eines protestantischen Heerführers auch der allodialen Bestandteile der Herrschaft entsetzt hatte, legte sie als Beweismittel nur beglaubigte Abschriften vor – die Dokumente blieben in Straßburg (III/252). Daß Anna Maria 1644 die vierte Gemahlin Markgraf Friedrichs V. von Baden-Durlach wurde³¹, erklärt sich wohl vor allem aus dem Bedürfnis nach einer wirksamen Vertretung ihrer Ansprüche auf Hohengeroldseck.

Als Anna Maria 1649 starb, gingen die Geroldseckischen Archivalien an ihren Alleinerben, den Markgrafen, über. Im Mai 1649 wurde das bisherige Quartier des Schriftguts, ein Raum im Rappoltsteinischen Hof, versiegelt (46/5413); im September wurden die Kisten mit den Dokumenten in die untere Erkerstube des markgräflichen Hofes zum Drachenfels in Straßburg überführt und dem bisherigen geroldseckischen Registrator Vinther anvertraut (III/75; 46/5412).

Weitere geroldseckische Archivalien, darunter zwei Laden mit „Originalien“ (Urkunden), wurden dem Markgrafen im August 1651 von den Erben des langjährigen geroldseckischen Advokaten Johann Georg Becht in Straßburg ausgehändigt, als er eine Besoldungsforderung der Erben befriedigt hatte (46/5408). Es handelte sich insbesondere um Beilagen zu der von Becht verfaßten Deduktionsschrift der Anna Maria von Hohengeroldseck: „Wolgegründete in facto et jure beständige Deduction“, datiert Straßburg 29. März 1636 (z. B. in III/3).

Als Beweismittel in den langwierigen Auseinandersetzungen Baden-Durlachs mit Cronberg um die Herrschaft Hohengeroldseck spielten die Unterlagen des Archivs naturgemäß eine besondere Rolle. Bereits 1649 befand sich ein Teil der Unterlagen in der baden-durlachischen Kanzlei, wo sie zur Verfechtung der baden-durlachischen Ansprüche benötigt wurden (46/5413). Wiederholt forderte Cronberg die Auslieferung der geroldseckischen Dokumente, die die lehenbaren Teile betrafen, doch hatte Baden-Durlach keinerlei Interesse, seine wichtigsten Beweismittel aus der Hand zu geben (z. B. III/253, 254). Ein undatiertes, bei 1676 in den Akten eingereiht-

ter Bericht des Registrators Krantz argumentierte, die von Baden-Durlach geforderte Trennung der Lehen und Allode sei die Voraussetzung für eine Extradition, außerdem würden die Dokumente doch nur zu Bedrückung der Untertanen und Prozeßzwecken begehrt (III/254). Dem Bericht war ein – leider verlorenes – Repertorium beigelegt.

Johann Caspar Krantz, 1669 als baden-durlachischer Registrator belegt³² und 1677 Verfasser eines Vorschlags für die Reform des Archivs (74/340), begegnet mit seiner markanten Handschrift auf einem großen Teil der Aktentitel jenes Aktenbestandes, der später im Geheimratsrepertorium (GR) 68/34 verzeichnet werden sollte. Einem von Krantz geschriebenen Verzeichnis der Geroldseckischen Akten, die am 16. August 1669 aus der Hofratsregistratur dem Hofrat Kieffer zugestellt wurden (III/70), ist zu entnehmen, daß die Aktenbildung durch Krantz damals schon zumindest teilweise erfolgt war.³³

Hervorzuheben sind die Darin-Vermerke der baden-durlachischen Registratoren, die sich bereits bei Krantz finden. So konnten die oben herangezogenen Akten zu den Verhandlungen mit den Bechtischen Erben (46/5408) nur aufgrund eines Verweises im Repertorium GR (68/34) ermittelt werden – bei der Verzeichnung der Abteilung 46 im letzten Jahrhundert wurde der alte Darin-Vermerk des Aktentitels ignoriert. Wie noch heute ist das in dieser Hinsicht Machbare freilich eine Funktion der verfügbaren Zeit. Dies war schon dem Registrator Brodhag um 1700 klar, als er auf der Akte III/120 notierte: „Nota dieser Fasciculus enthält noch andere als die Geroltzeckische Materie, so hier zu seiner Zeith zu annotiren und dieser Fasciculus bey ihren Materien zu allegiren. Die Zeith ist aber dermalen zu kurz“.

Inwieweit die auf der Karlsburg in Durlach aufbewahrten geroldseckischen Akten³⁴ von dem verheerenden Brand der Karlsburg in Mitleidenschaft gezogen wurden, läßt sich nicht feststellen. Im Mai und Juni 1699 widmete sich der 1697 bestellte Registrator Samuel Brodhag³⁵ in Basel, dem neuen Sitz des baden-durlachischen Archivs, der Bestandsaufnahme der geroldseckischen Archivalien. Er ging dabei von den oben erwähnten alten Repertorien aus, die er mit Revisionsvermerken versah. Eine zusammenfassende Übersicht über das Erhaltene und die Verluste hat sich zusammen mit seinem Tätigkeitsbericht vom November 1699 in der Akte 74/345 erhalten. Der Vergleich ergab, daß die Akten „ziemlich incomplet“ waren. Die Ursache der Überlieferungsverluste war ihm selbst nicht klar, wie Brodhags Bemerkung auf dem Repertorium III/249 beweist. Was bei der Revision vom 19. bis 21. Juni 1699 vorgefunden wurde, sei mit „adest“ markiert worden, alle übrigen – nach Ausweis dieser adest-Vermerke der Großteil der Akten – seiend muthmaßlich im Durlach[er] Brand verlohren gängen“.

Bei den nach den alten Repertorien gemusterten Akten handelt es sich um den später im „Repertorium Actorum“ (RA) verzeichneten Bestand. Das Gros des baden-durlachischen Schriftguts über Hohengeroldseck, das sich heute in Abt. III befindet, befand sich im 18. Jahrhundert in zwei getrennten Archiv- bzw. Registraturkörpern. Das eine Corpus, in der Hauptsache der Rest des Hohengeroldsecker Archivs mit dem cronbergischen Schriftgut, blieb relativ intakt in Basel und wurde 1772/73 von Johann Erhard Steinhäuser im Repertorium Actorum (RA = 68/160) verzeichnet. Das andere in dem mit GR abgekürzten Repertorium verzeichnete Corpus befand sich ganz oder in Teilen auf ständiger Wanderschaft zwischen Basel und Karlsruhe. Steinhäuser notiert in einer Vorbemerkung des RA vom August 1772, die in „GR Repertorio I“ befindlichen Geroldseckischen Akten seien in Karlsruhe und hätten nicht eingearbeitet werden können. Die wohl „Geheimer Rat“ (oder „Geheime Registratur“) aufzulösende Abkürzung GR für den im Repertorium 68/34 verzeichneten Bestand begegnet z. B. auch auf dem Titel von III/133: „ad GR I Geroldsegg. Vol. XI No. 5“.

Bevor auf den Altbestand RA eingegangen werden soll, ist kurz auch das Schicksal der hohengeroldseckischen Urkunden zu streifen, die sich heute zusammen mit den Urkunden von Lahr-Mahlberg in Abt. 27 befinden (dort ist vor allem die Rubrik „Hohengeroldseck“ einschlägig³⁶). Die Vermischung der Provenienzen war wohl schon 1699 angelegt, denn während in einem Verzeichnis der Rubriken des Archivs 1699 die Rubrik „Geroldseckische Sachen“ unter den Aktenrubriken für sich allein steht, findet sich unter den Rubriken der Originalien die Rubrik „Lahr und Geroldseckische Sachen“ (74/345). Allerdings gibt der Registrator Brodhag in seinen „Monita“ (ebd.) an, er habe in den von ihm revidierten geroldseckischen Akten die bei den Akten befindlichen Urkunden nicht herausgenommen. 1773 erstellte Steinhäuser das „Repertorium Originalium über die Herrschaft Hohengeroldseck“ (68/159), in das er auch die bereits in einem Vorgängerrepertorium aus der Mitte des 18. Jahrhunderts (ebd.) erfaßten Urkunden einarbeitete.

Das auf dem Titelblatt 1773 datierte Repertorium Actorum (RA) wurde von dem vormals baden-durlachischen, nunmehr badischen Registrator Steinhäuser geschrieben. Von den ehemals 870 Nummern des RA konnten in den Beständen des GLA nur 236 identifiziert werden, also etwa 27 Prozent (105 Faszikel in Abt. III, 119 in Abt. 229). Ist der alte von Steinhäuser in charakteristischer Weise beschriftete Aktentitel mit Angabe der Rubriken erhalten, so ist eine solche Identifizierung problemlos möglich. Während Abt. III für die „Generalia“ zuständig war, wurden Faszikel mit reinem Ortsbetreff im 19. Jahrhundert der Abt. 229 zugeordnet.³⁷ Mag auch in den Beständen von solchen Orten aus Abt. 229, die von mir nicht durchgesehen wurden, oder im Lehenarchiv Abt. 72 noch das eine oder andere Stück aus dem RA

versteckt sein, so läßt sich doch festhalten, daß im 19. Jahrhundert eine Kassation großen Ausmaßes stattgefunden haben muß.

Der Bestand des RA ist kein reiner Provenienzbestand, sondern eine nach Pertinenzgesichtspunkten geschaffene Einheit. Bereits unter Brodhag wurden einzelne Stücke nach Pertinenzgesichtspunkten umgruppiert, wie der Vermerk „ad acta Zell geleget“ in einem der 1699 revidierten alten Repertorien beweist (III/209 fol. 7 v). Die Erstellung des RA bedeutete eine vollständige Neu- und Umordnung des hohengeroldseckischen Schriftguts. Dies zeigt bereits ein Vergleich mit dem von Steinhäuser gefertigten Vorgänger-Repertorium, das ebenfalls Repertorium Actorum hieß (ebenfalls 68/160). Dieses war 1748 (dem Jahr des Dienstantritts Steinhäusers in Basel) oder 1749 niedergeschrieben worden, denn es war bereits am 26. Juli 1749 zusammen mit dem erwähnten Vorgänger-Repertorium des Repertorium Originalium dem Geheimen Rat übersandt worden.³⁸ Es war von Anfang an als Interimsrepertorium gedacht und hielt sich in der Anordnung im wesentlichen an gewachsene Registraturkörper.

Dagegen wurde im RA eine durchgehende Rubrikenordnung vorgenommen, d. h. es wurden auch alte Faszikel aufgelöst. Dies ergibt sich aus den durchgehenden Verweisen Steinhäusers im alten Repertorium auf die neuen Rubriken des RA. So heißt es bei einem Faszikel: „sub suis rubris passim“.

In den alten hohengeroldseckischen Repertorien und noch im Vorgängerrepertorium des RA herrschte eine Ordnung nach Ortsbetreffen vor. Für das RA wurden die alten Einheiten in Sachakten aufgelöst. Das RA kennt – anders als die spätere Brauersche Rubrikenordnung – keine Ortsrubriken, sondern nur Sachrubriken, auch wenn unter der größten Oberrubrik „Nachbarliche Spänne“ versteckt doch Ortsbetreffende gebildet wurden. Hervorzuheben sind wieder die sorgfältigen Verweise auf andere Rubriken. Jede Rubrik zerfiel in ein oder mehrere Volumina, diese wiederum in Fascicula. Auf den Akten selbst vermerkte Steinhäuser die Nummer des Faszikels; falls die Rubrik mehrere Volumina besaß, auch die Nummer des Volumens. Später hat er alle Faszikel von 1–870 durchnummeriert; die Numerierung findet sich allerdings nur im RA, nicht auf den Akten.

Das Gros des RA-Bestands bildete natürlich der Rest des Hohengeroldsecker Archivs aus der Erbschaft der Anna Maria von Hohengeroldseck. Daneben finden sich Akten genuin baden-durlachischer Provenienz, die aus der baden-durlachischen Verwaltung der Herrschaft Hohengeroldseck von 1692 bis 1697 hervorgegangen sind. Erstaunlich ist, daß auch eine ganze Anzahl Akten cronbergischer Provenienz den Weg nach Basel gefunden hat (im RA vor allem unter der Rubrik „Cronberg. Acta Privata“ verzeichnet). Am wahrscheinlichsten ist die Annahme, daß Baden-Durlach bei der Übernahme der Herrschaft cronbergische Amts- und Familienakten zur Rechts-

sicherung beschlagnahmt hat. In den Akten über die Besitzübernahme ist jedoch kein Hinweis darauf zu finden. In einem Fall scheinen hohengeroldseckische Akten unter Cronberg weitergeführt worden zu sein (Laufzeit 1634–1672), doch könnte die Zuordnung auch auf Steinhäuser zurückgehen (229/96821). Von den in Abt. 229 ermittelten Stücken aus dem RA ist auch 229/6784 cronbergischer Provenienz.

Den Rest des RA-Bestandes bildet eine Streuüberlieferung aus verschiedenen baden-durlachischen Registraturkörpern, die nach der Orts- und Sachpertinenz Hohengeroldseck dem RA zugewiesen wurden.³⁹ Unklar ist, wie behändigte Schreiben an die Herren von Rüppur und von Reischach 1603–1634 (III/283) in baden-durlachischen Besitz gekommen sind. Ein ähnliches Rätsel geben Stücke baden-badischer Provenienz auf, die bereits um 1700 zum Bestand des GR gehörten (III/40, 314).

„Hochwertiger“ als die Akten des RA ist der GR-Bestand, wenn man ihn im Hinblick auf die politische Geschichte beurteilt. Er ist so gut wie geschlossen erhalten.⁴⁰ Diese Akten des GR sind 1669 als Teil der Hofratsregistratur belegt (III/70), um 1700 wurde der Bestand in dem von Samuel Brodhag begonnenen Repertorium über die vom Durlacher Brand nach Basel geretteten Geheimen, Hof- und Kirchenratsakten verzeichnet, das später als das Repertorium des Geheimen Rats galt (GR = 68/34). Die Geroldseckischen Sachen lagerten in Kasten 10, später 10a. Das Repertorium stammt von der Hand Brodhags, der sich schon 1697 um die Akten des GR-Bestands verdient gemacht hatte (vgl. III/70). Brodhags Titel weichen von den Formulierungen der Aktentitel ab, so daß für eine exakte Identifizierung auch das 1730 erstellte Abgabeverzeichnis (III/179) heranzuziehen ist, das sich wörtlich an die Rubra auf den Akten hält. Beide Verzeichnisse ergänzen einander, da das Verzeichnis von 1730 einige Volumina nur ganz cursorisch erwähnt.

Wie RA ist auch GR in Volumina und Fascicula eingeteilt, die Volumina (I–XIV) werden mit römischen, die Faszikel mit arabischen Ziffern auf den Akten gekennzeichnet. Nur im GR, nicht auf den Akten, sind die Faszikel bzw. Repertoriumseinträge durchgezählt von 731 bis 813, vermutlich von Steinhäuser, der auch Nachträge eintrug.

Angesichts der Bedeutung der Akten für die baden-durlachischen Ansprüche erhielt der Registrator Carl Friedrich Drollinger, später ein angesehener Literat⁴¹, den Auftrag, die für die Betreibung des Prozesses in Sachen Hohengeroldseck wichtigen Akten des GR-Bestandes genau zu verzeichnen (47/77). Im Oktober 1711 hatte Drollinger diese Aufgabe beendet. Ein Exemplar dieser vorzüglichen Einzelblatterschließung – bei wichtigeren Stücken ist der Inhalt ausführlich zusammengefaßt – wurde den jeweiligen Akten beigegeben, ein anderes kam in den Faszikel 47/77. Auch einige RA-

Bestände wurden von Drollinger auf politisch Bedeutsames durchgesehen. Er zitiert sie nach der alten Ladenanordnung des Basler Archivs, die auch auf den alten Hohengeroldsecker Repertorien vermerkt ist, z. B. „Kast. LLad. 91 tom 7 fasc. 1“.

1714 wurden alle GR-Akten vom Geheimen Rat nach Karlsruhe angefordert und auch expediert (47/77; III/179, 378). Es ist müßig, den jeweiligen Aufenthaltsort der GR-Akten während des 18. Jahrhunderts feststellen zu wollen – Auskunft über die häufigen Aktenversendungen gibt die Korrespondenz mit dem Basler Archiv.⁴² Noch 1773 befand sich der GR-Bestand, der als die Geroltzeckischen Geheimen Rats Acta angesprochen wird, geschlossen beim Geheimen Rat (III/300). Erst 1784 wurden die Akten dem Archiv zurückgesandt. Damals sollten die Akten der Herrschaften Geroldseck, Lahr und Mahlberg in Ordnung gebracht werden – ein vergeblicher Wunsch, wie ein Vermerk aus dem Jahr 1800 zu der entsprechenden Anweisung berichtet (III/289). Der Geheime Rat Brauer bemerkte 1790 zur Aktenlage, daß die 1749 von dem Geheimen Rat Reinhard für den Geheimen Rat eingeforderten Akten erst bei seinem eigenen Amtsantritt zurückgesandt wurden. Sie waren in der Geheimen Registratur geblieben, „wo sie als Stiefkinder behandelt und wegen Mangel des Platzes bald hier bald dorthin gestossen wurden“ (III/175). Damals bestand der Plan, alle geroldseckischen Akten zusammenzuführen. Von den „Archivakten“ (GR oder RA?) wird bemerkt, sie würden am Ende des 17. Jahrhunderts schließen, während die Akten der (Geheimen) Registratur in den 1750er Jahren beginnen würden (ebd.)

Neben einigen Stücken der Provenienz Hohengeroldseck enthält der GR-Bestand vor allem die „politische Korrespondenz“ in der Hohengeroldsecker Sache.⁴³ Die Frage, wie die Akten III/117, die unzweifelhaft Provenienz „von Mercy“ sind, in das baden-durlachische Schriftgut gerieten, kann glücklicherweise aufgrund der Akten III/124 beantwortet werden. Sie wurden auf Befehl des Markgrafen vom 26. Juli 1694 für Baden-Durlach in Wien gekauft und nach Ausweis des Aktentitels 1701 von Durlach nach Basel übersandt.⁴⁴

Nach der Vereinigung Baden-Durlachs mit Baden-Baden wurden gelegentlich Schriftstücke aus dem baden-badischen Archiv Lahr-Mahlberg in die GR-Akten eingefügt (III/68, 101, 129, 314), 1804 auch Stücke aus Ettenheimmünster in die RA-Akten III/284 – freilich durch entsprechende Vermerke gekennzeichnet. Überhaupt kann man sich des Eindrucks nicht erwehren, daß die Archivare des 17. und 18. Jahrhunderts zuweilen bewußter Rechenschaft über ihre Arbeit abgelegt haben als ihre Kollegen in der Folgezeit.

Die Akten der sogenannten baden-durlachischen bzw. badischen „Geheimen Registratur“ über Geroldseck setzen im wesentlichen um die Mitte des 18. Jahrhunderts ein; sie sind in einem nach 1802 angelegten Repertorium

verzeichnet (68/80, zusammen mit Verzeichnissen von Aktsakten). Im 19. Jahrhundert wurde der Registraturkörper auf unsinnige Weise zerrissen.⁴⁵

Diese „jüngeren“ Akten des Geheimen Rats werfen auch einiges Licht auf das Wirken des Historiographen der Herrschaft Hohengeroldseck, des Geheimen Rats Johann Jakob Reinhard (1714–1772). Er war einer der bedeutendsten Staatsdiener Baden-Durlachs im 18. Jahrhundert und ist als aufgeklärter Reformier bekannt.⁴⁶ Seine historiographischen Bemühungen um Hohengeroldseck wurden von Magda Stemmler in ihrer leider ungedruckt gebliebenen Zulassungsarbeit eingehend analysiert und gewürdigt.⁴⁷ Auf Reinhard's Betreiben wurde 1749 die Geroldsecker Sache wieder aufgenommen (47/78; 74/696). Reinhard verfaßte etliche Gutachten in Sachen Hohengeroldseck⁴⁸ sowie auch die Texte der 1752 bzw. 1753 erschienenen Deduktions-Drucke „Kurzgefaster – Abris . . .“ und „Gründliche . . . Vorstellung“. Der „Abriß“, eine Vorpublikation zu der um etliche Beilagen erweiterten „Vorstellung“ (Erscheinungsjahr 1753), ist undatiert und wird von Holzschuher (S. 25) in das Jahr 1753 gesetzt. Aus den Akten 47/78 ergibt sich jedoch, daß der Druck bereits im September 1752 vorlag, aufgrund der von dem Wiener Agenten Fabrice nachträglich gewünschten Änderungen aber erst im Oktober 1752 übergeben werden konnte. Ein weiterer von Reinhard konzipierter Aufsatz sollte 1771 gedruckt werden, ist jedoch nie erschienen (Autograph III/300).

Auch das bekannteste Werk Reinhard's, die „Pragmatische Geschichte“ von Geroldseck aus dem Jahr 1766, ging eindeutig aus der amtlichen Beschäftigung des Geheimen Rates Reinhard mit den baden-durlachischen Ansprüchen auf Geroldseck hervor. Das autographe Konzept des Werks⁴⁹ ging aus Reinhard's schriftlichem Nachlaß in den Besitz des Geheimen Rats über (74/558). Reinhard's Rötelstift, mit dem er in diesem Konzept Notizen anbrachte, findet man auch auf etlichen Abschriften von Urkunden zur Rechtsstellung Hohengeroldsecks wieder (III/164–168; 47/197).

Reinhard war wegen der leyenschen Ansprüche auf die Reichslehen der Lahrer Linie der Herren von Geroldseck besorgt. An den nassauischen Regierungsrat von Fleckenbühl, genannt Bürgel, schrieb er am 17. Oktober 1764, er sei entschlossen „unter Verschweigung meines Namens ein historisches Werk zu schreiben, welches die Absicht nicht deutlich zu erkennen gibt, doch aber allen den Dienst leistet, den man verlangt“ (117/18). Der Druck des Werkes, das sich in der Vorrede eher unparteiisch gibt, erfolgte im Auftrag des Geheimen Rats durch den Karlsruher Hofbuchdrucker Michael Macklot. Der Verlagsort „Frankfurt und Leipzig“ ist somit fingiert. Bereits am 22. Juli 1765 legte Macklot dem Geheimen Rat einen Kostenvoranschlag wegen der Staatsschrift Reinhard's vor, dem ein gedrucktes Titelblatt mit der Druckangabe „Frankfurt und Leipzig 1766“ beigelegt war

(47/80). Im September 1765 wurden 500 Exemplare bestellt. Nach dem Tod Reinhardts bat Macklot am 29. Oktober 1772, man möge ihm erlauben, den Namen Reinhardts auf einem neuen Titelblatt zu nennen. Er habe von der auf Befehl des Markgrafen gedruckten Schrift noch eine große Anzahl unverkäuflich auf Lager liegen und Reinhard habe ihm seinerzeit versichert, es werde eine Zeit kommen, wo er sich als Autor nennen dürfte. Der Geheime Rat schlug die Eingabe des Buchdruckers ohne Begründung ab.⁵⁰

Zum Druck gebracht wurden nicht nur die beiden Deduktionsschriften Reinhardts – 1698 war bereits eine Deduktionsschrift Baden-Durlachs wegen der Vertreibung aus Hohengeroldseck gedruckt worden („Kurtze ... Deduction“) – sondern auch zwei undatierte Stammtafeln der Herren von Geroldseck. Die eine („Erläuterung ...“) betrifft die Rechte auf die Reichslehen Lahr und Mahlberg und stammt vermutlich aus dem Jahr 1768, die andere („Geschlechts-Reihe“) zur Begründung der badischen Ansprüche auf Hohengeroldseck wurde wahrscheinlich 1776 vom Geheimen Rat in Karlsruhe in Auftrag gegeben.⁵¹

Nicht unerwähnt bleiben darf das nur handschriftlich überlieferte Werk Johann Erhard Steinhäusers „Erläuterung der Hohengeroldseggischen Alloidien“ (Autograph III/303), das er als Frucht seiner „Nebenstunden“ 1772 dem Markgrafen überreichte. Das Werk des Archivars geriet zeitweise in Vergessenheit und wurde 1789 von dem Geheimen Rat Volz wiederentdeckt, der es als willkommenes Hilfsmittel für den Prozeßgebrauch benutzte (III/175). Auch heute noch besitzt es seinen Wert als wichtige Zusammenstellung zur Besitzgeschichte der Herren von Geroldseck.⁵²

Im 17. und 18. Jahrhundert beschäftigten sich somit hochqualifizierte Registratoren und Archivare mit der Ordnung und Erschließung der Akten. Vor allem der GR-Bestand mußte als unentbehrliche Arbeitsgrundlage des Geheimen Rats bei der Verfolgung der Ansprüche auf Hohengeroldseck gut erschlossen sein. Aber auch der im baden-durlachischen Archiv in Basel verwahrte RA-Bestand mit älteren Akten wurde nicht vernachlässigt, galten dem Archivar Steinhäuser 1773 die Archive doch ganz allgemein als „Zeughäuser, worin die Waffen zu Verteidigung des hochfürstlichen Hauses Baden Praerogativen und Gerechtsamen aufbehalten werden“.⁵³

Das österreichische bzw. leyensche Schriftgut

Nach dem badischen Schriftgut bilden die Archivalien österreichischer Provenienz den größten Block innerhalb des Bestands III. Sie setzen sich zusammen aus dem Schriftgut, das aus der vorderösterreichischen Registratur in Freiburg übernommen wurde und aus den 1829 aus Wien extradierten Akten von Reichsbehörden.

Die Aufteilung der vorderösterreichischen Archivalien 1806 bis 1809 unter die Nachfolgestaaten und Archivalienvernichtungen des 19. Jahrhunderts haben provenienzhistorische Ermittlungen extrem erschwert, wenn nicht gar unmöglich gemacht.⁵⁴ An die vorderösterreichische Regierung waren 1753 und 1788/89 auch die Vorderösterreich betreffenden Akten der oberösterreichischen Regierung in Innsbruck abgegeben worden.⁵⁵ Nur in einem Fall (III/162) wurde die Herkunft der Akten von den Karlsruher Beamten eindeutig vermerkt (das Stück stammt aus dem vorderösterreichischen Archiv Lupfen).⁵⁶

Über die Abgabe geroldseckischer Akten ehemals vorderösterreichischer (Freiburger und Ensisheimer) Provenienz⁵⁷, die in das Archiv der Elsässischen Intendanz in Straßburg übergegangen waren, an Österreich 1764 unrichtigen vorderösterreichische Akten.⁵⁸ Es wurde ein Übergabeverzeichnis der Akten erstellt, in dem die Zustimmung des Grafen von der Leyen festgehalten wurde, der von den Stücken Kopien anfertigen lassen durfte (III/255). Leyen hatte bereits früher mit Straßburg Kontakt aufgenommen und 1756 Kopien später ausgelieferter Stücke erhalten (III/169). Auch Nassau-Usingen war 1737 mit einer Extradition bedacht worden (79/75). In Wien interessierte man sich 1764 auch für den in Straßburger Akten dokumentierten Reichskammergerichtsprozeß Hohengeroldseck versus Nassau; Maria Theresia selbst griff in den Schriftwechsel ein. Ihr enger Vertrauter, Graf Chotek, der die Verhandlungen der Freiburger Regierung mit Frankreich von Wien aus steuerte, versuchte sogar, den namhaften Gelehrten Schöpflin vor den österreichischen Karren zu spannen (79/75). Das als „Straßburger Extradition“ zu bezeichnende Archivgut blieb in Freiburg als geschlossener Bestand erhalten.⁵⁹

Baden-Durlach bemühte sich zwar auch um die Straßburger Stücke, doch konnte es nur eine Teilabschrift des Übergabeverzeichnisses erlangen (74/696 mit III/255). Bereits 1754 hatte Baden-Durlach zur Ergänzung seiner eigenen Akten aus Innsbruck Abschriften von Geroldsecker Akten bestellt (74/696 mit Aktenverzeichnis). Natürlich bemühte Baden-Durlach sich auch in Wien um Akteneinsicht. 1770 ordnete der Geheime Rat an, daß das Archiv einen Sammelfaszikel nach den aus Wien erhaltenen Aktenverzeichnissen aus der baden-durlachischen Aktenüberlieferung herstellen sollte (III/300) – das Ergebnis sind die beiden Faszikel III/71 und III/125.

Der interessanteste Bestandteil der unter die Faszikel der Abt. III verstreuten Straßburger Extradition, die durch das französischsprachige Abgabeverzeichnis nach Einzelschriftstücken erschlossen wurde, sind die aus dem Ende des 15. und Anfang des 16. Jahrhunderts stammenden Akten kurpfälzischer Provenienz, von denen allerdings vorerst unklar ist, wie sie in französischen Besitz gekommen sind.⁶⁰

Nach Übergang Hohengeroldsecks an Baden konnten 1829 die Wiener Akten über Hohengeroldseck erfolgreich angefordert werden – Ergebnis eines Berichts des Großherzoglichen Fiskalats an das Außenministerium vom 26. November 1828, der über den Stand der Geroldsecker Sache nach der napoleonischen Neugliederung Auskunft gibt und der der Frage nachging, ob Leyen die Allode an das Großherzogliche Haus abgeben müsse (48/5616). Erst am 27. Mai 1830 erklärte das Staatsministerium endgültig, daß der Prozeß wegen Hohengeroldseck nicht fortzusetzen sei. Der genannte Bericht geht auch auf die Aktenüberlieferung ein. Außer 1. den badi-schen Akten nennt er 2. die österreichischen Akten, die bis 1757 in Innsbruck verwahrt wurden, dann nach Konstanz versendet wurden und von dort aus nach Wien in die Hände des Hofrats von Baal gelangt sind, 3. die Lehensakten im Reichsarchiv Wien und 4. die Reichshofratsakten über die Cronbergische Verlassenschaft. Die Wiener Gesandtschaft Badens wurde am 15. Dezember 1828 angewiesen, die Auslieferung der genannten Wiener Akten zu ersuchen. Am 23. März 1829 wurde ein Faszikel Geroldsecker Akten übergeben, nämlich der „Fasc. 50 Geroldsegg“, bestehend aus 113 Stücken aus den Jahren 1666–1739.⁶¹

Es bedurfte weiterer Verhandlungen, bis auch die Lehen- und Reichshofratsakten im Dezember 1829 aus Wien angeliefert werden konnten. Die von dem Wiener Registraturdirektor Niklas von Wolf unterzeichneten Übergabe-verzeichnisse mit Einzelblatterschließung sind den Akten vorgebunden.⁶² Im Österreichischen Staatsarchiv in Wien befinden sich allerdings noch heute Akten über die Herrschaft Hohengeroldseck.⁶³

Akten leyenscher Provenienz, genauer: Akten des leyenschen Oberamtes Seelbach, kamen nur über den Nachlaß des leyenschen Geheimen Rats Philipp Karl von Schmidt⁶⁴ in den Bestand III.⁶⁵ Der Lahrer Oberamtman-n Wundt berichtete am 30. August 1822 über die im Nachlaß vorgefundenen Dienstakten und sandte sie samt einem Aktenverzeichnis ein (III/257). Die übrigen leyenschen Akten über Hohengeroldseck befinden sich, soweit erhalten, im leyenschen Hausarchiv in Waal (Bayerisch-Schwaben).⁶⁶

Da keine cronbergischen Herrschaftsakten an die Leyen extradiert worden waren (so der Graf von der Leyen 1763: 79/75), waren die Leyen für die älteren Akten auf Kopien angewiesen, um die sie sich eifrig bemühten (vgl. z. B. III/5). Auch von der Kurpfalz erbaten sie 1754 bis 1757 Urkunden und Akten, wie aus der kurpfälzischen Überlieferung hervorgeht. Sie erhielten einige Stücke ausgehändigt.⁶⁷ 1777 übergab Kurpfalz dem österreichischen Bevollmächtigten von Lehrbach zwei Urkunden von 1265 und 1522 (77/323).

Bestandsgeschichte im Generallandesarchiv

Über die Bildung und Ordnung des Bestands im GLA ließen sich keine expliziten Aufzeichnungen etwa in Form von Arbeitsprotokollen der Archivare ermitteln.⁶⁸

Der Bestandsbildung lag die übliche Konzeption des GLA zugrunde, „Generalia“ und „Specialia“ (Ortsakten) zu trennen. Während die Ortsakten des RA der heutigen Abteilung 229 zugeordnet wurden, wurden die auf den Bereich der Grafschaft Geroldseck bezüglichen Akten aus den verschiedenen Provenienzen ohne eindeutigen Ortsbezug als Generalia dem Aktenbestand „Geroldseck“ zugewiesen und in die Rubrikenordnung gebracht. Beispielsweise ist das Pallium von III/164 beschriftet mit „Geroldseck Gen[eralia] Ansprüche“ (ähnlich auch III/162). Ein Recherchenbericht des GLA vom 31. Mai 1839 über das Jagdrecht läßt diese Einteilung ebenfalls erkennen. Außer in den Specialia von vier Orten wurde in den Generalia von Baden-Durlach, der Herrschaften Lahr und Hohengeroldseck und des Kinzig-Kreises unter verschiedenen Rubriken gesucht (450/422).

Die Aussonderung der Ortsakten und ihre Zusammenführung in einem einzigen Alphabet erstreckte sich über mehrere Jahrzehnte des vergangenen Jahrhunderts.⁶⁹ Die Tektonik des GLA beschreibt ein Bericht vom 6. April 1837 (233/2797). Es gab I. das Hausarchiv (aus A Urkunden und B Akten) und II. das Landesarchiv, das aus A dem Urkundenarchiv und B dem Aktenarchiv bestand. Dieses Aktenarchiv wiederum zerfiel in vier Teile: 1. Generalien, 2. Specialien, 3. Lehenakten und 4. Protokolle. Die Generalien mehrerer Landesteile waren getrennt aufgestellt: a) Großherzogtum Baden (Generalien von Baden-Durlach und der kleineren Landesteile), b) ehemalige Markgrafschaft Baden-Baden, c) ehemalige Kurpfalz, d) ehemaliges Fürstentum Bruchsal. Man habe begonnen, die Spezialakten des ganzen Landes in ein einheitliches Alphabet zu bringen.⁷⁰ Das erste Repertorium erhielten die Spezialakten jedoch erst 1871 (68/109). Der Vorbemerkung zu dieser Auflistung ist zu entnehmen, daß es drei getrennte Archivteile gab: Baden, Breisgau, Pfalz (sowie Nachträge). In Kasten 68 des Teils Baden trifft man unter „G“ sechs Aktenbünde „Geroldseck“ an, desgleichen in den Kästen 81 und 82 der Nachträge sieben Aktenbünde. Das zweite Repertorium der Spezialabteilung von 1875 (68/872) verzeichnet, ebenfalls unter „G“, 27 Konvolute der Herrschaft Geroldseck in den Schränken 82 und 83. Die Generalia Geroldseck waren also 1871 und 1875 bei den Spezialakten aufgestellt.

Wann im 19. Jahrhundert das Aktenmaterial von RA und GR mit dem Schriftgut österreichischer bzw. leyenscher Provenienz sowie versprengten Einzelstücken⁷¹ vereint wurde, läßt sich nicht ermitteln. Bei den Ordnungsarbeiten im GLA wurde teils Zusammengehöriges auseinandergerissen (so

die Beilagen zu III/158), teils Stücke unterschiedlicher Provenienz willkürlich zu einem Faszikel vereint (III/7).

Vor der Erstellung des Zettelrepertoriums existierte kein Findmittel zu den Akten Geroldseck; bei der Benutzung des Bestands konnte man sich nur an den Rubriken orientieren, die zum Teil auf den Aktentiteln mit Bleistift vermerkt sind. Das Zettelrepertorium wurde vermutlich 1959 oder kurz zuvor durch Günter Haselier erstellt. Doch erst die Neuverzeichnung 1985 konnte die wechselvolle Geschichte des Bestands III und seiner einzelnen Provenienzen in groben Zügen aufhellen.

Abkürzungen

fol.	folium / Blatt
GR	Geheimratsrepertorium 68/34 (mit lfd. Nummer)
NF	Neue Folge
RA	Repertorium Actorum 68/160 (mit lfd. Nummer)
ZGO	Zeitschrift für die Geschichte des Oberrheins

Anmerkungen

- 1 Die Verzeichnung erfolgte im Sommer 1987 unter Anleitung von Archivdirektor Dr. Hartmut Weber durch die Referendare Roland Müller, Peter Bohl und den Verfasser. Die folgenden Ausführungen sind die überarbeitete und ergänzte Fassung des Vorworts des Repertoriums, in dem ich das Ergebnis meiner archivgeschichtlichen Ermittlungen niedergelegt habe. Zu danken habe ich dem Generallandesarchiv Karlsruhe und seinem Leiter Herrn lfd. Archivdirektor Dr. H. Schwarzmaier für die großzügig gewährte Unterstützung sowie Herrn Kollegen Dr. Müller, jetzt Stuttgart, für die Zusammenarbeit und Hinweise bei der gemeinsamen Verzeichnung. – Archivalien des GLA werden lediglich mit Bestand und Nummer zitiert. Um die Zahl der Anmerkungen nicht zu vervielfachen, wurden einfache Nachweise in den Haupttext gesetzt.
- 2 Da die Zuordnungskriterien der einzelnen Akte zu den Brauerschen Rubriken von 1801 (vgl. Krebs Bd. 1, S. 16) für den heutigen Benutzer (aber auch für den klassifizierenden Archivar!) nicht ohne weiteres durchsichtig sind, war die Entscheidung für die Rubrikenordnung, Brauers „Erblast“, aus meiner heutigen Sicht nicht die beste Lösung. Akten über eine einzige „Sache“ bzw. einen einzigen Sachzusammenhang, nämlich den Streit zwischen Baden-Durlach und Österreich wegen der Ansprüche auf Hohengeroldseck,

- sind nicht nur in der großen Rubrik „Ansprüche“ zu finden, sondern auch (z. T. recht willkürlich abgespalten) in den Rubriken „Gesandtschaften“, „Kriegssache“, „Landesherrlichkeit“, „Landeshoheit“ und „Reichslehen“. Den Unterschied zwischen „Landeshoheit“ und „Landesherrlichkeit“ kann der Benutzer nur erraten. Mit einer in anderen Archiven üblichen Klassifikation, einer rein chronologischen Reihung aller Akten oder einer Anordnung nach Provenienzen wäre ihm m. E. mehr gedient.
- 3 Vgl. zuletzt die Beiträge in der ZGO 137 (1989): Südwestdeutscher Adel zwischen Reich und Territorium.
 - 4 Beispielsweise kann III/7 erst im GLA formiert worden sein, da der Faszikel sowohl Schriftgut der Herrschaft Hohengeroldseck (altbadisch) als auch Schriftgut der sog. „Straßburger Extradition“ (über Vorderösterreich erst im 19. Jh. an Baden) enthält.
 - 5 Peter Rück, Die Ordnung der herzoglich savoyischen Archive unter Amadeus VIII. (1398-1451), *Archivalische Zeitschrift* 67 (1971) S. 11-101, hier S. 92.
 - 6 Ebd. S. 12.
 - 7 Ebd. S. 101.
 - 8 Ebd. S. 12.
 - 9 Vgl. die Vorstellung des Sonderforschungsbereichs 231 in Münster: *Frühmittelalterliche Studien* 22 (1988) S. 388-409.
 - 10 Hermann Heimpel, *Die Vener von Gmünd und Straßburg 1162-1447*, Bd. 1, Göttingen 1982, S. 232. Zum überlieferungsgeschichtlichen Ertrag dieses Werkes mit weiteren Hinweisen vgl. etwa Klaus Graf, *Die Vener, ein Gmünder Stadtgeschlecht*, *Gmünder Studien* 3 (1989) S. 121-159, hier S. 125 f.
 - 11 Dörrer S. 375 Anm. 17.
 - 12 Krebs Bd. 1, S. 26. Bei einer Verzeichnung der kurpfälzischen Provenienzen des Bestandes 205 (Universität Heidelberg) im GLA konnte ich von 518 Akten 32 (also 6 Prozent) keiner Provenienz zuweisen.
 - 13 Jaroschka S. 412.
 - 14 Die Einleitung von Krebs (ohne Belege) gibt wirklich nur die Grundzüge; aus jüngster Zeit ist als Fallstudie die Arbeit von Kaller über die nellenburgischen Archive zu nennen. Kaller S. 430 betont, daß der Weg der Archivalien im 19. Jh. „durch die Aufteilung auf Behörden und das Auseinandersortieren in den Archiven“ nicht mehr rekonstruiert werden kann. Ein beliebig herausgegriffenes Beispiel: Wie das Hewener Urbar 1399 in das GLA kam, „ist dort nicht mehr bekannt“ (Rolf Köhn, in: *Engen im Hegau* Bd. 2, Sigmaringen 1990, S. 63) – vielleicht auf dem gleichen Weg wie III/162 aus dem Archiv Lupfen.
 - 15 Zum folgenden vgl. vor allem die Arbeiten von Bühler, Facius und Kohler.
 - 16 Vgl. den Bestand A 169 Herren von Geroldseck im Hauptstaatsarchiv Stuttgart.
 - 17 Bei Gensicke S. 311 Nr. 54.
 - 18 Vgl. Bühler, *Herrschaft*, S. 149-151.
 - 19 GLA 67/636; vgl. Bühler, *Herrschaft*, S. 87. Im 18. Jh. vermerkte der baden-durlachische bzw. badische Archivar Steinhäuser in diesem Band, wenn zu der jeweiligen Urkunde eine Ausfertigung im „Repertorium Originalium“ nachweisbar war.
 - 20 Als Beispiel für ein Autograph des letzten Hohengeroldseckers, Jakob, nenne ich das hübsche Gedicht an seine Frau 1606 (229/83810).
 - 21 Nachweisbar heute nur noch in III/315. Zur Herkunft Rollwagens vgl. III/347.
 - 22 Die Vergabe der Bestellnummern für die alten Repertorien III/190-232 bei der Neuordnung des Bestands in den 1950er Jahren orientierte sich an dieser alten Ladeneinstellung. Von den Repertorien der 54 Laden fehlen heute 19 Nummern: 12, 13, 16, 18, 21, 25-27, 29-32, 35, 37, 38, 40, 42, C, E.
 - 23 Aus der älteren Repertoriens-Serie ist nur III/203 als Beispiel eines solchen Verweisrepertoriens erhalten (es ergänzt das Ordinari-Repertorium III/202).
 - 24 GLA 65/242 (= RA 223); vgl. Klein S. 98.

- 25 III/171: die Kopie heute 73/113 a. Über die Provenienz einer Ahnenprobe Walthers (XVIII.) von Hohengeroldseck im gleichen Selekt 73/87 a ist nichts bekannt.
- 26 Ohne die ältere Edition von Mone aus dem Jahr 1826 zu kennen.
- 27 GLA 65/239; bei Klein S. 97 f. ist als Altsignatur die Nr. 4 im Repertorium Originalium 68/159 zu ergänzen (65/241 ist übrigens RA 617). Zur Benutzung der Chronik des M. von Pappenheim durch die Zimmerische Chronik vgl. Jenny S. 104, 231 Anm. 68f.
- 28 M. Stemmler S. 9 nach Hinweis von Otto Herding.
- 29 III/269 (spätere Abschrift); zum ganzen Zusammenhang vgl. vor allem Bühler, Beiträge; Ders., Familiengeschichte. In den größeren Zusammenhang der historiographischen Bestrebungen des Adels werden die Geroldsecker Zeugnisse gestellt von Seigel S. 108.
- 30 Leider ohne Belege; diese finden sich in seiner Materialsammlung GLA 69N Krebs/146.
- 31 Vgl. GLA 46/5406-5417; Inventare ... Bd. 2, S. 232.
- 32 III/110; Dienerakten sind nicht vorhanden.
- 33 Dies ergibt die Übereinstimmung der Rubra auf den Akten und in diesem Verzeichnis (z. B. Verzeichnis Nr. 2 = III/73; GR 781).
- 34 Hinweis auf den Lagerort 1671: III/85; vgl. auch das alte Pallium von III/367.
- 35 Zu ihm vgl. Roth S. 146.
- 36 Zur Übersicht vgl. immer noch Inventare ... Bd. 4, S. 220-224. Hingewiesen sei auf den Umstand, daß 1869 einige Urkunden zur Herrschaft Hohengeroldseck aus den Jahren 1394-1449 von Bayern ausgeliefert wurden: GLA 68/732.
- 37 Durchgesehen wurden alle Faszikel der Orte Bellenberg (Wald), Berghaupten, Dautenstein, Kuhbach, Prinzbach, Reichenbach, Schönberg, Schuttertal, Schutterwald, Schweighausen, Seelbach, Wittelbach und Zunsweier. Bis auf eine Ausnahme (229/II8563) tragen die Stücke noch alle das Steinhäusersche Deckblatt. Konkordanzen in der Reihenfolge der Nummer des RA bzw. GR mit den heutigen Signaturen des GLA wurden dem Findbuch zum Bestand III beigegeben.
- 38 III/179 mit dem Geheimratsprotokoll 61/495 Nr. 1027.
- 39 Beispielsweise lag 229/6803 laut Altsignatur „FHR Kas. XI“ zuvor bei Lahrer Akten (vgl. auch III/377; 229/17095).
- 40 Nach dem Verzeichnis von 1730 (III/179) fehlen die Faszikel mit den alten Signaturen VI 1/2 2, VI 3, VIII 2 und IX 1 b, dagegen sind 87 Faszikel erhalten. Selbst wenn die Stücke nicht mehr zu ermitteln sein sollten, ist für die Faszikel VI 3 und VIII 2 eine detaillierte Inhaltsübersicht in 47/77 überliefert.
- 41 Zu ihm als Archivar vgl. Roth. Seine Reformvorschläge mit Rubrikenverzeichnis (vgl. Krebs Bd. 1, S. 13): GLA 74/358.
- 42 III/179 (vgl. auch 74/696 und 697).
- 43 Für Ergänzungen aus baden-durlachischen Akten, die nicht im GR verzeichnet sind, vgl. Inventare ... Bd. 2 und 3, Register s. v. Geroldseck.
- 44 Vgl. auch Brodhag auf III/118.
- 45 Außer den Akten der Abt. III gehören 47/78-80, 82-85 und 74/696, 697 hierher.
- 46 Zu ihm vgl. Wolf; Zimmermann S. 47-52.
- 47 Zusammenfassung leider ohne Belege: Fischer. Zum Werk Reinhards vgl. auch Klein (Register!).
- 48 Autographe Konzepte in 47/78 und III/300.
- 49 III/172-173 (Darstellungs- und Urkundenteil sind in der jetzigen Ordnung vermischt).
- 50 GLA 47/80. An dieser Stelle sei darauf hingewiesen, daß die von Klein S. 98 als autographischer erster Entwurf Reinhards zu seiner Pragmatischen Geschichte in Anspruch genommene Handschrift 65/243 über die Geschichte des Hauses Geroldseck nebst topographischer Beschreibung der Grafschaft Hohengeroldseck in Wirklichkeit das wohl nach 1819 entstandene Werk (vgl. fol. 23, 24v: 1806 erwähnt) eines vorerst anonymen Autors enthält.

- 51 Da die „Erläuterung“ Reinhardts Geschichte zitiert, wurde sie nach deren Erscheinungsjahr 1766 publiziert. Holzschuher S. 431 gibt das Jahr 1768 und als Verfasser Reinhard an – was nicht unwahrscheinlich ist. Von der 1771 erfolgten Vereinigung Baden-Badens mit Baden-Durlach weiß die Schrift noch nichts. Ein Exemplar befindet sich bei den Akten des Geheimen Rats über die Drucklegung einer Stammtafel zur Begründung der badischen Ansprüche auf Hohengeroldseck 1776 (III/301). Es ist anzunehmen, daß sie hier versehentlich anstelle der nach 1774 gedruckten Stammtafel „Geschlechts-Reihe“ eingeordnet wurde, die sich in der Tat auf diese Ansprüche bezieht. Dann würde sich der am 1. August 1776 von dem Geheimen Referendar Seubert im Auftrag des Geheimen Rats erteilte Druckauftrag an den Hofbuchdrucker Macklot auf den Druck der „Geschlechts-Reihe“ beziehen, die von Holzschuher S. 431 ohne Beachtung des Terminus post quem 1774 „ca. 1771“ datiert und Preuschen zugewiesen wird (vgl. Badische Bibliothek Bd. I 1 S. 62: „1766“). Die Auflage wurde auf 500 Stück festgesetzt (III/301: vgl. auch 47/88, entspricht dem Protokoll des Geheimen Rats 61/1678 Nr. 3620).
- 52 Es wurde von Bühler, Herrschaft, offensichtlich übersehen.
- 53 Zitiert nach Krebs Bd. 1, S. 14.
- 54 Vgl. jetzt ausführlich Jaroschka; vgl. zuvor auch Quarthal-Wieland S. 47, 96-98; Stemmler, Archivalien, S. 64. Zur Günzburger Aktenseparation 1807 ist einschlägig der Faszikel GLA 236/7693 Auslieferung der schwäbisch-österreichischen Akten und Urkunden, Hohengeroldseck etc. betreffend 1807-1811, 1823. 1808 traf eine Kiste mit hohengeroldseckischen Akten von der Regierung in Freiburg ein, desgleichen 1823 vier alte Zins- und Gültbücher.
- 55 Jaroschka S. 396, 399.
- 56 Worauf sich die Herkunftsangabe „Aus den Fröhlichschen Separations Akten“ (III/307, 307a, 145) bezieht, ist unklar – da sich die Stücke nicht im Straßburger Abgabeverzeichnis nachweisen lassen, sicher nicht auf die Fröhlichsche Übernahme Straßburger Akten 1764 (es gab mehrere österreichische Beamten dieses Namens). – Hinzuweisen ist auch auf den zweiten Teil des Repertoriums 68/285, ein Verzeichnis der auf die Herrschaft Hohengeroldseck bezüglichen Akten in der vorderösterreichischen Lehenkanzlei (16 S., 36 Stück), auf das ich erst nach Abschluß der Verzeichnungsarbeiten gestoßen bin.
- 57 Vgl. Baier S. 61.
- 58 GLA 79/75; vgl. aber auch 47/181 gleichfalls vorderösterreichischer Provenienz.
- 59 Dies belegen Entnahmevermerke des Sekretärs Plank mit Hinweisen auf die Seiten des Übergabeverzeichnisses (III/67; III/2; III/169).
- 60 Sie müssen sich nicht notwendigerweise in österreichischem Besitz befunden haben, vgl. etwa die Verhandlungen der Kurpfalz mit Frankreich 1636 (Mannheimer Geschichtblätter 8, 1907, Sp. 219-222). Als frühe Beispiele kurpfälzischer Aktenführung (vor allem des Hofgerichts) sollten sie bei der Erforschung der Kanzleigeschichte der Kurpfalz beachtet werden. Akten bzw. Aktenteile kurpfälzischer Provenienz: III/2, 4, 7, 10, 13 (?), 14, 15, 169, 316.
- 61 Die „Consignation“ vom 5. März 1829 mit einem Einzelblattverzeichnis wird als Repertorium 68/161 verwahrt, eine beglaubigte Abschrift befindet sich in 48/5616. Der größte Teil dieser Akten konnte in Faszikeln der Abteilungen 79 (Breisgau-Generalia) und III identifiziert werden: Nr. 12-19 (79/2710), 20-27 (79/2712), 28-34, 38 (79/2713), 39-43 (79/2714), 75, 84-87 (III/296), 76-77, 83 (III/294), 81 (III/295), 82 (III/293), 88-106 (III/148), 107-III (III/149), 112 (III/154), 113 (III/147).
- 62 Beglaubigte Abschriften davon enthält 48/5616. 150 Stücke über den Reichshofratsprozeß 1692-1795 sind heute 47/72-75, 110 Stücke Reichslehenakten 1527-1767 sind heute 72 v. Geroldseck/3 und 40 Stücke Reichshofratsakten 1775-1800 sind heute 47/198-199.
- 63 Springer verzeichnet: aus dem Allgemeinen Verwaltungs-Archiv Hofkanzlei K. 175-177, aus dem Hofkammerarchiv Reichsakten passim (S. 356), zur Familie v. Leyen, Hohen-

- geroldseck betreffend, aus dem Haus-, Hof- und Staatsarchiv Kleinere Reichsstände 326 (S. 358).
- 64 Zu ihm Finkbeiner S. 133; Singler.
- 65 Nämlich III/177, 178, 180-187, 288, 308, 380-382, 385, 398.
- 66 Ein – überholtes – summarisches Verzeichnis dieser Archivalien erschien 1907 (Archivalien . . . ; zum Waaler Archiv vgl. die Aufsätze von Krämer; Minerva-Handbücher Archive Bd. 2, S. 1016f.). Archivsachen betreffen dort die Nummern 5067, 5072, 5081, 5102, 5139f., 5143 a. Dort dürfte auch das vorderösterreichische Schriftgut gelandet sein, das aus dem Grünzburger Archiv- und Registraturgut wegen der Herrschaft Hohengeroldseck an von der Leyen abgegeben worden war (6 Kisten, vgl. Jaroschka S. 404).
- 67 GLA 77 (Pfalz Generalia)/324 mit Verzeichnis der geroldseckischen Urkunden in pfälzischem Besitz (31 Stück).
- 68 Die II Schreiben der Hausakten des GLA über das Archiv der Herrschaft Hohengeroldseck 450/422 betreffen vor allem amtliche Anfragen 1828-1857.
- 69 Herrn Amtsrat Rupp danke ich für die Möglichkeit, seine Einleitung zur Neubearbeitung der Gesamtübersicht der Bestände des GLA für die Abt. 229 im Manuskript einsehen zu dürfen.
- 70 1843 wird von den nunmehr vereinigten Spezialaktenarchiven gesprochen (450/537), ebenso 1858 (233/2797).
- 71 III/289 (Hofrat Baden), III/347 (Lahr-Mahlberg), III/271 (Nassau-Saarbrücken, doch ist der Aktentitel im Idsteiner Einlieferungsverzeichnis 68/746 nicht identifizierbar), III/379 (Innenministerium – das jüngste Stück des Bestands von 1822/23).

Literaturverzeichnis

- Ammann, Hektor-Metz, Rudolf: Die Bergbaustadt Prinzbach im Schwarzwald, Alemannisches Jahrbuch 1956, S. 283-313
- Archivalien die ehemalige Grafschaft Hohengeroldseck betr. Mitgeteilt vom Fürstlich von der Leyenschen Hausarchiv in Waal, Mitteilungen der Badischen Historischen Kommission 29, Anhang zur ZGO 61 NF 22 (1907) S. m105-m111
- Badische Bibliothek, Bd. I 1, Karlsruhe 1897
- Baier, Hermann: Die Registratur des Ensisheimer Regiments und das Archiv der vorderösterreichischen Regierung, Archivalische Zeitschrift 40 (1931) S. 50-64
- Battenberg, Friedrich: Zur Territorialpolitik der Herren von Lichtenberg in Baden und im Elsaß. Ein Prozeß der Herren von Lichtenberg, Veldenz und Hohengeroldseck 1415-1418, Archiv für Hessische Geschichte NF 34 (1976) S. 9-44
- Bühler, Christoph: Beiträge zur Familiengeschichte der Herren von Geroldseck und Tiersberg, Geroldsecker Land 19 (1977) S. 25-52
- Ders.: Graf Gerold und die frühe Geschichte der Herrschaft Geroldseck, Geroldsecker Land 15 (1973) S. 81-96, 251-253
- Ders.: Die Herrschaft Geroldseck. Studien zu ihrer Entstehung, ihrer Zusammensetzung und zur Familiengeschichte der Geroldsecker im Mittelalter (= Veröffentlichungen der Kommission für geschichtliche Landeskunde in Baden-Württemberg B 96), Stuttgart 1981
- Ders.: Zur Familiengeschichte der Geroldsecker, in: Seelbach im Schuttertal, S. 10-56
- Ders.: Die Herren von Geroldseck als Vögte des Klosters Ettenheimmünster, Die Ortenau 67 (1987) S. 84-96
- Burgen und Schlösser in Mittelbaden, hrsg. von Hugo Schneider (= Die Ortenau 64), Kehl 1984

Dörrer, Fridolin: Die für Vorderösterreich zuständigen Behörden in Innsbruck und die Quellen zur Geschichte Vorderösterreichs im Tiroler Landesarchiv, in: Vorderösterreich, S. 367-393

Facius, Friedrich: Hohengeroldseck. Ein Schwarzwälder Territorium in der höheren Politik 1603 bis 1831, Geroldsecker Land 16 (1974) S. 15-37 [mit Bibliographie]

Erläuterung derer Marggrävlich Badischen Rechte auf die Lahr- und Mahlbergischen Reichslehne [...], ohne Ort und Jahr [Karlsruhe: 1768?] [Exemplar: GLA III/301]

Fautz, Hermann: Das Kloster Wittichen, eine Grablege der von Hohengeroldseck?, Die Ortenau 57 (1977) S. 147-151

Finkbeiner, Gerhard: Philipp Franz, Fürst von der Leyen – Graf zu Hohengeroldseck, in: Seelbach im Schuttertal, S. 117-135

Fischer, Magda: Zur Geschichte und Geschichtsschreibung der hohengeroldseckischen Herrschaften im 18. Jahrhundert, Geroldsecker Land 14 (1972) S. 83-89

Dies s. Stemmler

Gensicke, Hellmuth: Zur Geschichte des nassauischen Adels. Die von Kronberg, Nassauische Annalen 98 (1987) S. 297-318

Geschlechts-Reihe des Hauses Hohen-Geroldseck, so weit solche zur Erläuterung derer Markgrävlich-Badischen Ansprüche an die von diesem Hause verlassenen Allodien gehörig ist, ohne Ort und Jahr [Karlsruhe: 1776?] [Exemplar: GLA L/41]

Göller, Otto: Peinliches Gericht im Zwergstaat Hohengeroldseck, Die Ortenau 30 (1950) S. 87-96

Hensle, Willi: Von der Burg Hohengeroldseck und ihrer Baugeschichte, in: Seelbach im Schuttertal, S. 75-79

Hlawitschka, Ekkehard E.: Notizen zur Familiengeschichte der Herren von Hohengeroldseck in der Mitte des 15. Jahrhunderts, ZGO 134 (1986) S. 89-97

Holzschuher, Christoph Sigmund: Deductions-Bibliothek von Deutschland nebst dazugehörigen Nachrichten, Bd. 1, Frankfurt und Leipzig 1778

Honickel, Erich: Eine gemalte Stammtafel der Geroldsecker im Fürstl. Fürstenbergischen Archiv in Donaueschingen, Geroldsecker Land 14 (1972) S. 79-81

Inventare des Großherzoglich Badischen General-Landesarchivs, Bd. 1-4, Karlsruhe 1901-1911

Jaroschka, Walter: Das Schicksal der Archivbestände Vorderösterreichs und ihrer Überlieferung in Bayern, in: Vorderösterreich, S. 395-419

Jenny, Beat Rudolf: Graf Froben Christoph von Zimmern. Geschichtsschreiber, Erzähler, Landesherr. Ein Beitrag zur Geschichte des Humanismus in Schwaben, Lindau-Konstanz 1959

Kaller, Gerhard: Der Erwerb der nellenburgischen Archive durch Baden, in: Vorderösterreich, S. 421-430

Kewitz, Hubert: Geschichte von Schloß Dautenstein, in: Seelbach im Schuttertal, S. 89-101

Ders.: Das Schloß Dautenstein, in: Burgen und Schlösser in Mittelbaden, S. 341-344

Kindler von Knobloch, Julius: Oberbadisches Geschlechterbuch, Bd. 1, Heidelberg 1898

Klein, Michael: Die Handschriften 65/1-1200 im Generallandesarchiv Karlsruhe (= Die Handschriften der Staatsarchive in Baden-Württemberg 2), Wiesbaden 1987

Kleinschmidt, Arthur: Geschichte von Arenberg, Salm und Leyen 1789-1815, Gotha 1912

- Kohler, Oskar: Die Herrschaft Geroldseck unter den von Cronberg, von der Leyen und das Ende der Herrschaft, *Die Ortenau* 43 (1963) S. 72-97. Gekürzt wiederabgedruckt unter dem Titel: Der Übergang der Herrschaft Hohengeroldseck an das Haus Cronberg und von der Leyen, in: *Seelbach im Schuttertal*, S. 102-116
- Ders.: Die späteren Geroldsecker. Studien zu ihrer Hausgeschichte, *Die Ortenau* 39 (1959) S. 165-191; 41 (1961) S. 158-180 [II]. Teil II gekürzt wiederabgedruckt unter dem Titel: Die letzten hundert Jahre Geroldsecker Herrschaft, in: *Seelbach im Schuttertal*, S. 59-74
- Krämer, Wolfgang: Geschichte des Fürstl. v. d. Leyenschen Archives in Waal (Schwaben), *Archivalische Zeitschrift* 46 (1950) S. 125-173
- Ders.: Die Bedeutung des Fürstlich von der Leyenschen Archivs für unsere Heimat, in: *Jahrbuch zur Geschichte von Stadt und Landkreis Kaiserslautern* 5 (1967) S. 121-137
- Krebs, Manfred: Gesamtübersicht der Bestände des Generallandesarchivs Karlsruhe, Bd. 1-2, Stuttgart 1954-1957
- Krieg, Ernst Ulrich: De jure domus Durlac. in allodia ultimi dynastae Hohen-Geroldsecc. [...], Straßburg 1721, *Dissertatio XXVIII* in: Johann Reinhard Wegelin, *Thesaurus rerum Suevicarum* [...], Bd. 3, Lindau 1757, S. 629-648
- Kurtze/Doch in facto et jure Wohlgegründete Deduction; Welcher massen nach Absterben Herrn Jacoben [...] Herren zu Hohen-Geroltzeck und Sultz/desselben verlassene sammtliche Eigenthummliche Gütere [...] dessen hinderlassener Eintzigen Tochter/und Erbin [...] angefallen [...]. Mit Beylagen Num. I. usque XXXI., ohne Ort 1698
- Lehr, Ernest: La seigneurie de Hohengeroldseck et ses possesseurs successifs. Etude historique et généalogique, Strasbourg 1869
- Lersner, Heinrich Frh. von: Die Herren von Geroldseck, *Geroldsecker Land* 5 (1962/63) S. 11-20; 6 (1963/64) S. 11-19; 7 (1964/65) S. 11-19
- List, Karl: Die Burg Hohengeroldseck, in: *Burgen und Schlösser in Mittelbaden*, S. 323-335 *Minerva-Handbücher Archive*, Bd. 1-2, 2. Aufl. Berlin-New York 1974
- Mone, Franz Joseph: Hohen-Geroldseck, *Badisches Archiv*, Bd. 1, Karlsruhe 1826, S. 371-372
- Obser, Karl: Oberrheinische Miniaturbildnisse Friedrich Brentels und seiner Schule, *ZGO* 87 (1935) S. 1-25 [u. a. Bildnisse Jakobs von Hohengeroldseck, seiner 2. Frau und Tochter]
- Ompfeda, Ludwig Freiherr von: Die von Kronberg und ihr Herrensitz [...], Frankfurt a. M. 1899
- Quarthal, Franz-Wieland, Georg: Die Behördenorganisation Vorderösterreichs von 1753 bis 1805 (= Veröffentlichungen des Alemannischen Instituts 43), Bühl/Baden 1977
- [Reinhard, Johann Jakob]: Gründliche und mit Urkunden belegte Vorstellung derer hochfürstlich-marggrävlich Baden-Durlachischen Gerechtsamen auf die Allodien derer Herren zu Hohengeroldseck. Mit Beilagen A. bis Uuu., ohne Ort [Karlsruhe] 1753
- [Ders.]: Kurzgefaster – jedoch mit Urkunden belegter Abris derer hochfürstlich-marggrävlich – Baden-Durlachischen Gerechtsamen auf die Allodien derer Herren von Hohengeroldseck. Mit Beilagen A. bis V., ohne Ort und Jahr [Karlsruhe 1752]
- [Ders.]: Pragmatische Geschichte des Hauses Geroldsek wie auch derer Reichsherrschaften Hohengeroldsek, Lahr und Mahlberg in Schwaben. Mit CCXIII Urkunden einigen Kupfern und zweien Registeren, Frankfurt und Leipzig [richtig: Karlsruhe: Macklot] 1766
- Roth, Paul: Carl Friedrich Drollinger und die Baden-Durlachschen Sammlungen zu Basel, *Basler Zeitschrift für Geschichte und Altertumskunde* 57 (1958) S. 133-170
- Ruppert, Philipp: Geschichte der Mortenau. I. Teil Geschichte des Hauses und der Herrschaft Geroldseck, Achern 1882

Schwarzmaier, Hansmartin: Die Einführung des Provenienzprinzips im Generallandesarchiv Karlsruhe, *Der Archivar* 43 (1990) Sp. 347-360

Seelbach im Schuttertal. Marktflecken und Luftkurort im Geroldsecker Land 1179-1979, hrsg. von der Gemeinde Seelbach, Freiburg 1979

Seigel, Rudolf: Zur Geschichtsschreibung beim schwäbischen Adel in der Zeit des Humanismus. Aus den Vorarbeiten zur Textausgabe der Hauschronik der Grafen von Zollern. *Zeitschrift für württembergische Landesgeschichte* 40 (1981) S. 93-118

Singler, Fred: Der Geheimrat. Spukgestalt oder historische Persönlichkeit, *Geroldsecker Land* 29 (1987) S. 124-131 [Philipp Karl von Schmidt]

Springer, Elisabeth: Materialien zur Geschichte Vorderösterreichs im Österreichischen Staatsarchiv, in: *Vorderösterreich*, S. 339-366

Stemmler, Magda: Die Geschichtsschreibung der Herrschaft Hohengeroldseck. Die „Pragmatische Geschichte des Hauses Geroldsek wie auch derer Reichsherrschaften Hohengeroldsek, Lahr und Mahlberg in Schwaben“ von Johann Jakob Reinhard und ihre Quellen, maschinenschriftliche Zulassungsarbeit Freiburg 1968 [Exemplar: GLA Bibliothek]

Dies s. Fischer

Stemmler, Eugen: Vorderösterreichische Archivalien in Staatsarchiven, *Archivalische Zeitschrift* 68 (1972) S. 60-66

Vorderösterreich in der frühen Neuzeit, hrsg. von Hans Maier und Volker Press, Sigmaringen 1989

Wolf, Karl: Johann Jakob Reinhard 1714-1772, in: *Nassauische Lebensbilder* Bd. 5, Wiesbaden 1955, S. 70-83

Zimmermann, Clemens: *Reformen in der bäuerlichen Gesellschaft*, Ostfildern 1983

Die Großweierer Mark

Ein Beitrag zu ihrer Geschichte und ihrer Bedeutung

Hugo Schneider

Die Großweierer Mark ist eine der zahlreichen Marken des mittelbadischen Raumes¹ zwischen Kinzig und Oos. Sie ist benannt nach dem Ort Großweier nördlich von Achern. Dessen ehemalige Wasserburg war lange Zeit im Besitz der Herren von Großweier, die wie auch ihre Nachfolger als Burgherren das Amt eines Markherrn der Großweierer Mark ausübten. Urkundlich erstmalig bezeugt ist sie im Urbar des Straßburger Bischofs Berthold II. von Bucheck (1328 – 1352), von dem 1346 Konrad von Schauenburg „quartam partem marchie in Sahsbach“ zu Lehen hatte.² Ihr Name war zunächst einfach die Mark (auch March). Er war so geläufig, daß 1474 bei der Vernehmung einiger adliger Herren vor dem Offizial des Straßburger Bischofs in einem Rechtsstreit diese angaben, daß der Markgraf von Baden seinen Markgrafentitel von dem Besitz dieser Mark herleite.³ Der Gebrauch des Namens Großweierer Mark kam wohl erst unter den Nachfolgern der Herren von Großweier in Gebrauch, den Herren von Seldeneck. Philipp von Seldeneck, der Schwager des letzten aus der Familie der Herren von Großweier, erhielt von Markgraf Christoph 1484 die Burg von Großweier als Lehen. Als nunmehriger Burg- und Markherr „errichtete“ er 1506 den Markspruch über die Großweierer Mark, in der er seine Rechte, „so die Mark berühren“, festsetzte.⁴ Seitdem bürgerte sich der Name Großweierer Mark immer mehr ein und wurde schließlich zum eigentlichen Namen der Mark, zumal der Markspruch bis zur Auflösung der Mark 1809 in Gebrauch blieb. Wann diese Mark errichtet wurde, wer dies tat, wer ihre Grenzen bestimmte und ihre Ordnung festlegte, ist unbekannt. Man nimmt an, daß sie ursprünglich ein Teil der sogenannten Sasbacher Mark war.

Die Sasbacher Mark

Über ihre Entstehung berichten keine schriftlichen Quellen; was man von ihr weiß, ist rückblickend aus späteren Quellen erschlossen oder angenommen auf Grund allgemeiner Verhältnisse.

So glaubt man, daß sie einst das Gebiet zwischen Rhein und dem Kamm des Gebirges sowie dem Ansenbach, einem kleinen Wasserlauf zwischen Renchen und Önsbach, umfaßte. Als Verwaltungsmittelpunkt glaubt Karl Reinfried Sasbach bei Achern bestimmen zu können.⁵ Seine These gründet sich einmal auf der Tatsache, daß nachweisbar in Sasbach ein Königshof

war. Das wird allerdings erst 994 bestätigt, denn in diesem Jahr weilte Kaiser Otto III. in dem Ort.⁶ Bei der Erforschung der Anfänge der kirchlichen Organisation in unserer Gegend erinnerte sich Reinfried daran, daß auch heute noch Missionare dort die Zentren ihrer Missionstätigkeit anlegen, wo der Mittelpunkt der staatlichen Verwaltung ist. Dabei stellt er auf Grund der Kirchenpatronate fest, daß es sogenannte Urfarreien gab. Eine solche in unserer Gegend war Sasbach, deren Kirchenpatron die hl. Brigida von Kildare in Irland war bzw. ist. Ihr Kult wurde wohl von den iroschottischen Mönchen des Klosters Honau⁷ verbreitet.

So schloß er, daß Sasbach auch der Verwaltungsmittelpunkt der zugehörigen Mark war, und nannte sie darum die Sasbacher Mark.

Wie dem auch sei, der Vogt bzw. Amtmann des Sasbacher Fronhofes hat in der Verwaltung der Mark bis zu ihrer Auflösung einen mitbestimmenden Einfluß ausgeübt, obwohl er im Markspruch von 1506 nicht festgelegt war. Außerdem scheinen alle sieben Kirchspiele, die das Recht der Nutzung der Mark besaßen, aus der Pfarrei Sasbach hervorgegangen zu sein.

Man nimmt an, daß bereits in fränkischer Zeit die Sasbacher Mark aufgeteilt wurde, und zwar in die Scherzheimer Mark und in die Mark, die in späterer Zeit mit Großweierer Mark bezeichnet wurde.

Die Beschreibung der Mark

Mit Großweierer Mark bezeichnet man ein ausgedehntes, z. T. in der Rheinebene, z. T. am Westabhang des Gebirges gelegenes Gebiet, dessen wirtschaftliche Nutzung allein den Bürgern von sieben Kirchspielen zustand, nämlich von Sasbach einschließlich der Gemeinden Sasbachried, Obersasbach und Sasbachwalden, Niederachern, von Oberachern jener Teil, der zur ehemaligen Pfarrei St. Johann gehörte, Fautenbach mit Önsbach, Gamshurst mit Michelbuch, Großweier, Unzhurst mit Zell. Es war keine politische Einheit, denn Sasbach mit den Gemeinden des Sasbachtals unterstand seit dem späten Mittelalter dem Bischof von Straßburg; Achern mit Fautenbach, Önsbach und Gamshurst gehörten zur Landvogtei Ortenau; Unzhurst und Zell waren abtsstäblich, und Großweier war ein Teil der Markgrafschaft.

Die Grenzen

Die frühesten Angaben über die Grenzen der Mark enthält das Hof- und Markrecht zu Sasbach von 1432.⁸ Doch beschreibt es nicht ihren Verlauf, sondern nennt jene Punkte, bis zu denen der Schweinehirt mit seiner Herde fahren durfte. Das ist im Westen der Ansenbach zwischen Önsbach und

Renchen, im Norden die „torsuln“ von Schwarzach, „do sollen sich unsere swin jucken“, im Osten die Mitte der Bühelat (Bühlot) und im Süden die „Hagenbuch“ (die Hagenbruck am Fuße des Bosensteins östlich von Ottenhöfen). Doch sind die angeführten Orte wohl nicht als Fixpunkte zu betrachten, sondern eher als sichtbare und darum gut merkbare Zeichen. Der Ansenbach bildet die Grenze zum Maiwald, die „torsuln“ von Schwarzach bezeichnen die Grenze des Fünfheimburgerwaldes, die Bühlot die des Waldhägerich und die Hagenbruck der Schauenburgischen Waldungen.

Genauer sind die Angaben, die 1474 einige Zeugen in einer Gerichtsverhandlung vor dem Offizial des Straßburger Bischofs machten.⁹

Danach begann die Grenze beim Ansenbacher Brücklein, zog sich von dort wohl entlang dem Ansenbach und der Meerlach bis Michelbuch „uf den steg“, von dort ein Stückweit in Richtung Moos und wieder zurück nach Oberwasser und von da hinüber zum Laufbach und seinem Lauf folgend bis hinauf in das Gebirge, „wo die laufbach entspringt“.

Die Grenze war durch Lochen, meist Wackensteine gekennzeichnet, deren Vollständigkeit und Lage immer wieder von Zeit zu Zeit geprüft werden mußte, da es oft vorkam, daß einzelne Markgenossen oder Angrenzer, aber auch nutzungsberechtigte Gemeinden ihren Besitz auf Kosten der Mark vergrößerten.

Dies zeigte sich z. B. beim Grenzumfang 1765, wo verschiedene Distrikte von den angrenzenden Gemeinden streitig gemacht wurden. Als 1780 das markgräfliche Amt Bühl und der Schultheiß von Sasbach die Grenze umschritten, mußten sie feststellen, daß über 400 Lochen fehlten.¹⁰ So mußte der markgräfliche Forstrat von Gaisberg in seinem Bericht bekennen, daß die Grenze nicht mehr genau zu bestimmen sei, zumal sie schon lange nicht mehr umgangen worden ist. Er begnügte sich darum anzugeben, sie beginne bei Schwarzach, ziehe von da durch das Amt Großweier in die Landvogtei Ortenau nach Achern, das ungefähr in der Mitte liege, und von da durch das Hochstift Straßburg in das Gebirge bis hinter die Hornisgrinde zu den Schauenburgischen Waldungen.¹¹

Die Größe der Mark

Nach Meinung von Hofrat Gaisberg war die Großweierer Mark zu Ende des 18. Jahrhunderts „eine der beträchtlichsten Kommunalwaldungen in der Markgrafschaft Baden. Allerdings lasse sich ihre damalige Größe nicht genau feststellen, da die Messungen größtenteils unvollendet geblieben sind. Er schätzt den Flächeninhalt der gesamten Mark auf ungefähr 10 000 badi-sche Morgen (3 600 ha).¹²

Die Einteilung der Mark

Schon im späten Mittelalter scheint die Großweierer Mark kein zusammenhängendes Gebiet mehr gewesen zu sein, während im frühen Mittelalter die Sasbacher Mark noch vom Rhein bis zum Kamm des Gebirges, „der Schneeschleife“ sich erstreckte. Sie war eingeteilt in die untere oder niedere Mark und in die obere Mark. Diese Teilung wird 1474 bei den Verhandlungen vor dem Offizial des Straßburger Hochstiftes schon erwähnt.

Die untere oder niedere Mark

Damit bezeichnet man jenen Teil der Mark, der in der Rheinebene liegt. Nach den Messungen des Geometers Hofstätter betrug ihr Flächeninhalt im Jahre 1780 3 705,5 badische Morgen.¹³ Die Bodenverhältnisse waren nicht von einheitlicher Beschaffenheit. Es gab gute Böden, die sich für die Landwirtschaft eigneten, kaum Hauptwaldungen – nach der *brevi Descriptio* von 1559¹⁴ z. B. im Gericht Achern der Landvogtei keine, – nur Bösch (kleinere Waldungen bzw. Gehölz), Buschwerk und Gestrüpp (Hurst), vor allem Sumpf- und Bruchgebiete, kleine Seen und Heideflächen. Heute sind diese Gebiete meist trockengelegt und urbar gemacht. Doch erinnern noch viele Gewinn-Namen an die früheren Verhältnisse.

So findet man in dem ganzen Gebiet Namen wie Muhr, Muhrmatten, Muhrgraben, auch See, Seematten, Wassermatten, Hurst nicht bloß in Namensverbindungen wie Gamshurst, Unzhurst, Breithurst, Malghurst, auch Abbruch und Heide.

Ursache dieser Versumpfung war vor allem der ehemalige Kinzig-Murg-Fluß, dessen seitlichen Aufschüttungen den Durchfluß der Gebirgsbäche zum Rhein hinderten. Andererseits konnten die Wassermassen der Schneeschmelze oder von Unwettern nicht im Boden versickern, da eine blauschwarze Lettenschicht in geringer Tiefe wasserundurchlässig ist. Diese Böden waren vor ihrer Trockenlegung für eine ertragreiche Landwirtschaft wenig geeignet. Sie waren auch nachteilig für die Gesundheit der Bewohner, da das Wasser in den Tümpeln stehenblieb und zu Brutstätten von Krankheitserregern wurden. Außerdem waren die meist kellerlosen Häuser infolge des hohen Grundwasserstandes feucht.

Daß der landwirtschaftliche Nutzen der unteren Mark nicht hoch eingeschätzt wurde, beweist die Tatsache, daß im frühen Mittelalter weder das Kloster Schwarzach noch Schuttern hier Besitzungen hatten.

Die obere Mark

Die obere Mark war jener Teil der Großweierer Mark der im Gebirge lag, ein Waldgebiet mit steil abfallenden Geröllhalden, das für die landwirt-

schaftliche Nutzung ungeeignet war. Im 18. Jahrhundert gab es dort nur vier Höfe, und zwar im Busterbach (Gemeinde Seebach). Die Grenze zog vom Kroppenkopf oberhalb von Lauf zur Schwarzen Lach und über die Horngaß hinauf zur Hornisgrinde, von dort hinab zum Busterbach und Grimmswald, wieder hinauf zur Schönbüch und Brandmatt und von dort zurück zum Kroppenkopf. Sie war schätzungsweise etwa doppelt so groß wie die untere Mark, demnach etwa 7 500 Morgen.¹⁵ Da die Grenze kaum durch Grenzsteine festgelegt war, kam es immer wieder zu Streitigkeiten mit den angrenzenden nicht zur Mark gehörigen Bewohnern.

Zum Nutzen des Waldes waren alle Bürger der Großweierer Mark berechtigt. Doch machten sie wegen des langen Anfahrtsweges und des steilen Anstiegs nur selten Gebrauch von ihrem Recht.

Das Recht des Eigentums am Boden der oberen Mark beanspruchte seit dem späten Mittelalter der Markgraf von Baden, ohne jedoch dieses Recht urkundlich belegen zu können. Darum kam es im 18. Jahrhundert wiederholt zu Auseinandersetzungen mit dem bischöflichen Hochstift Straßburg, das die Landesherrschaft über das Gebiet besaß. An die ehemalige Mark erinnern noch heute Namen wie der Markwald westlich der Hornisgrinde, das Markwaldsträßchen und der Zinken Markteich der Gemeinde Seebach.

Die Entstehung der Sasbacher (Großweierer) Mark

Über die Entstehung der Sasbacher (Großweierer) Mark wissenschaftlich einwandfrei zu berichten, ist unmöglich, da bis zum Ende des 10. Jahrhunderts alle schriftlichen Quellen fehlen. Doch ist sie wohl älteren Ursprungs. So soll versucht werden, auf der Grundlage der allgemeinen geschichtlichen Entwicklung ein Bild zu entwerfen, das jedoch nur den Charakter einer Annahme beansprucht.¹⁶

Sicherlich gilt auch für dieses Gebiet, was Tacitus in der Germania beschreibt: „Das Land zeigt zwar im einzelnen bedeutende Unterschiede, doch macht es im Ganzen durch seine Wälder einen unheimlichen, durch seine Sümpfe (Gebiete) einen widerwärtigen Eindruck.“¹⁷ Nach dem Rückzug der Römer über den Rhein, kam auch das mittelbadische Gebiet in den Besitz der Alemannen. Man glaubt, daß die alemannische Herzogsfamilie hier ausgedehnte Besitzungen hatte, die sie auch behielt, als die Alemannen durch Chlodwig in der Schlacht bei Zülpich 496 besiegt wurden. Sie wurden ihr genommen, als sich die alemannischen Großen in einem Aufstand gegen Pippin und Karlmann 740 – 746 empörten und besiegt wurden. Die konfiszierten Güter gingen in den Besitz des fränkischen Staates über, wurden Fiskalgut, waren Königsgut. Solches Königsgut muß auch Sasbach und die Sasbacher Mark gewesen sein. Nach fränkischem Recht war der Wald Eigentum des Königs. Für seine Bewirtschaftung galt die Bestimmung des

Capitulare de villis (794/95), das anordnete: „Unsere Wälder und Forste sollen gut in Obacht genommen werden. Wo ein Platz zum Ausroden ist, rode man aus, und dulde nicht, daß Felder sich bewalden, und wo ein Wald sein soll, da dulde man nicht, daß er zu sehr behauen und verwüstet werde.“¹⁸ Die Aufsicht über den Wald führte der Amtmann des Königshofes, im gegebenen Fall über den der Mark der Amtmann von Sasbach. Aus dieser Grundlage mag das Aufsichtsrecht und die Aufsichtspflicht des Sasbacher Amtmannes, späteren Vogtes und Schultheißen herühren, die, obwohl in keinem Markspruch festgelegt, nie bis zur Auflösung der Mark weder von den Markgenossen noch den späteren Markherren bestritten wurde.

Unter der fränkischen Herrschaft begann die eigentliche Besiedlung des mittelbadischen Raumes, damit auch der Mark, und zwar vermutlich zuerst der Gebiete am Rande des Vorgebirges und wohl später der im Bereich des ehemaligen Kinzig-Murg-Flusses gelegenen Sumpfgebiete und Hurste. Die Schwere der Arbeit, das Land urbar zu machen, dazu die Bedrohung der Siedlungen durch die Raubtiere des Waldes zwang die Siedler, sich zusammenzuschließen, um überleben zu können.

Von lebenswichtiger Bedeutung für die Siedler war der Wald. Er lieferte ihnen das Holz zum Feuern und Bauen. Die Pfähle zum Schutz der Häuser und Felder durch Zäune, Wild zur Nahrung und Kleidung, Kräuter und Beeren zur Ernährung, aber er diente auch als Weideland für ihre Tiere, besonders der Schweine z. Z. des Eckerichts. Nun war der Wald aber Königsgut. Dennoch hatten die Siedler das Recht der Waldnutzung, und dieses Recht ist ihnen im Grunde nie abgesprochen oder verweigert, wohl aber von den Markherren eingeschränkt worden. Sie waren gezwungen, sich an die im Markspruch festgesetzten Normen zu halten. Die Wurzeln dieses Nutzungsrechtes liegen nicht bloß in der zur Norm gewordenen Gewohnheit, sondern wohl auch in dem allgemeinen Bewußtsein, daß der Wald Gemeingut ist.

Die weitere Entwicklung ist dadurch gekennzeichnet, daß die Rechte der Markherren sich vermehrten auf Kosten der Nutzungsberechtigten. Mit der Zunahme der Bevölkerung ergab sich die Notwendigkeit, mehr Getreide anzubauen, aber auch das Weideland zu vergrößern, zumal dieses nicht gedüngt und der Boden nicht bearbeitet wurde.

Daraus ergab sich die Notwendigkeit, die verschiedenen Weidegebiete gegeneinander abzugrenzen und den Nutzungsberechtigten Gemeinschaften zuzuweisen.¹⁹

Die Entwicklung der Markherrschaft seit dem späten Mittelalter

Von besonderer Bedeutung für die Markherrschaft war der Bau des Wasserschlosses von Großweier.²⁰ Wer es erbauen ließ, wann dies geschah, wer ihm seine Rechte verlieh, ist unbekannt. Da es in der Mark liegt, die doch

Reichsgut war, ist anzunehmen oder zu vermuten, daß es auf höheren Befehl hin entstand, vielleicht mit dem Auftrag, für die Aufrechterhaltung der Ordnung in der Mark zu sorgen. Zu seiner Grundausstattung gehörte das Dorf Großweier, das Gericht und der Kirchensatz, aber auch ein Teil der Mark. Wo dieser Teil lag, ist nirgends angegeben, doch scheint er gleich gewesen zu sein mit der Gemarkung des Ortes, denn in der Beschreibung der Landvogtei Ortenau von 1725²¹ tragen die Grenzsteine auf der rechten Seite die Schrift „Reich“, auf der linken „Baden und Seldeneck“, die späteren Markherren. Seit der Mitte des 14. Jahrhunderts ist ein Geschlecht der Herren von Großweier nachzuweisen, ihrer Herkunft nach Ministeriale, frei und reichsuntertänig. Sie wurden später aus unbekanntem Gründen Lehensleute der Markgrafen von Baden²²; wann, ist unbekannt. Ob diese auf Grund der Unterstellung der Herren von Großweier oder aus welchen anderen Gründen zu Herren in der Mark wurden, ist ebenfalls unbekannt. Auf jeden Fall gibt es keine Urkunde, durch die ihre Rechtsansprüche auf die Mark bestätigt werden. In der Auseinandersetzung mit der vorderösterreichischen Regierung 1775 wegen des Jagdrechts in der Mark, konnten die Vertreter des badischen Markgrafen Carl Friedrich nur erklären, daß die Mark eine uralte markgräfliche Domäne sei, auf jeden Fall älter als die Rechte, die die österreichische Regierung aus der Ablösung der Pfandschaft 1551 und 1556 auf die Landvogtei Ortenau ableitet.²³

Die erste Urkunde, durch die das Abhängigkeitsverhältnis der Herren von Großweier von den Markgrafen von Baden bestätigt wird²⁴, stammt von 1338. In diesem Jahr gelobten die männlichen Mitglieder der Großweierer Familie, daß sie nie gegen den Markgrafen Rudolf von Baden und seine Erben Dienste übernehmen, noch die Burg Großweier ohne ihre Einwilligung jemandem öffnen, noch etwas versetzen oder verkaufen werden, ohne es dem Markgrafen vorher anzubieten. 1368 erlaubt Markgraf Rudolf VI. dem Edelknecht Ludwig von Großweier, seinen Anteil an der Mark zu einem Viertel an Konrad Röder zu verkaufen und belehnte diesen damit. 1381 belehnten die Markgrafen Rudolf und Bernhard von Baden Berthold von Großweier u. a. mit dem Teil an der Burg Großweier, der Mark und dem Gericht, den sein verstorbener Vetter Ludwig besessen hatte. 1410 wird Kraft von Großweier mit einem Viertel der Mark belehnt. 1474 war ein Teil der Mark Lehen der Herren von Großweier, zwei Teile der Herren von Röder, und der vierte gehörte dem Bischof von Straßburg. Wo diese Teile lagen, kann nicht ausgemacht werden, da das Gericht Achern, dessen Gemeinden Nutzungsberechtigte der Mark waren, zur Landvogtei Ortenau gehörte. Diese aber war ungeteilter Pfandbesitz der Bischöfe von Straßburg und der Pfalzgrafen bei Rhein.

1484 verkaufte Kraft von Großweier, der letzte männliche Nachkomme der Herren von Großweier, seinen Besitz an seinen Schwager Philipp von Seldeneck, der das Ehrenamt eines Erbküchenmeisters des Hl. Römischen

Reiches bekleidete. Die Erlaubnis zum Verkauf erteilte Markgraf Christoph von Baden, der ihn auch mit dem Großweierer Lehen begabte. 1583 starben die Seldeneck im männlichen Zweig aus mit Jakob von Seldeneck. Danach zog Markgraf Philipp II. das Großweierer Lehen für sein Land ein. Damit waren die Markgrafen von Baden nicht nur Landesherrn von Großweier sondern beanspruchten auch das Recht des Markherrn für die Großweierer Mark. Die Verwaltung der Mark lag fortan in den Händen des Amtmannes des Großweierer Amtes. Dieser hatte seinen Wohnsitz zunächst im Großweierer Schloß, später in Bühl, wohin das Amt verlegt worden war.

Die Bischöfe von Straßburg und die Mark

Noch ein weiteres Stück der Großweierer Mark kam unter die Herrschaft eines Landesherrn, das Sasbachtal. 1316 übertrug König Friedrich der Schöne von Österreich, der Gegenkönig Ludwigs des Bayern, dem Straßburger Bischof Johann von Dirpheim in Anerkennung seiner Dienste für das Haus Habsburg die Gerichtshoheit über die dem Kaiser untertanen Bewohner des Sasbach-, Acher- und Renchtales, und zwar im Sasbachtal über jene, die „super ripas Sahsbach de molendino quae dicitur überslage per descensum usque Malgers (von Sasbachwalden bis Malghurst) wohnen.²⁵ Damit war dieses Gebiet in bezug auf die Gerichtshoheit nicht mehr dem Landvogt der Ortenau, der seinen Sitz auf der Burg Ortenberg hatte, unterstellt, sondern gehörte zum bischöflichen Herrschaftsgebiet mit dem Sitz auf der Ullenburg. Als Gerichtsort bestimmte man Sasbach mit seinem Fronhof. Doch bald danach wurde Oberkirch zum Verwaltungsmittelpunkt der bischöflichen Verwaltung des Renchtales erhoben. Wahrscheinlich wurde zu dieser Zeit Achern dank seiner Lage in der Mitte der Mark als Tagungsort des Markgerichts festgelegt.

Die Übertragung der Gerichtshoheit über das Sasbachtal war eine persönliche Gunsterweisung an Johann von Dirpheim. 1321 wurde sie auch auf seine Nachfolger übertragen, zunächst auf unbestimmte Zeit.²⁶ Sie betraf in keiner Weise das Nutzungsrecht der Markleute. In der Folgezeit betrachtete sich der Burgherr von Großweier und nach ihm der Markgraf von Baden als der Markherr der Großweierer Mark. Deshalb gab es im 18. Jahrhundert Auseinandersetzungen mit dem Hochstift Straßburg wegen der Besetzung des Markgerichts und der Einkünfte aus der Mark, auf die es Ansprüche dank der Stellung Sasbachs in der Verwaltung der Mark erhob.

Die Ordnung der Mark

Keine Gemeinschaft, auch nicht die der Nutzungsberechtigten der Mark, kann ohne eine Ordnung bestehen, in der die Rechte und Pflichten der Mit-

glieder festgelegt sind, die angibt, was der einzelne tun darf und was er unterlassen muß und welche Strafe ihn bei Übertretung der Bestimmungen erwartet. Eine solche für eine Mark geltende Ordnung nennt man *Markspruch*. Der Großweierer Markspruch stammt vom Jahre 1506 und wurde von den Burggrafen des Großweierer Wasserschlosses Philipp von Seldeneck als Markherr „errichtet“.²⁷ Da er bei jeder Sitzung des Markgerichtes den versammelten Markleuten verlesen wurde, war sein Inhalt allen bekannt. Er galt bis zur Auflösung der Mark. Allerdings war dieser Markspruch kein völlig neues Werk, er geht zurück auf das Weistum des Markgrafen Bernhard I. von Baden von 1410,²⁸ das wiederum auch Bestandteile aus früherer Zeit enthält. Sie finden sich ebenfalls im Sasbacher Hof- und Markrecht, das allerdings erst vom Jahre 1432 stammt.²⁹

Als 1316 der Gegenkönig Friedrich der Schöne von Österreich dem Straßburger Bischof Johann I. von Dirpheim die Reichsuntertanen des Sasbacher-, Acher- und Renchtales unterstellte, ordnete er an, daß der nunmehr bischöfliche Vogt Recht sprechen soll „iuxta eiusdem curtis consuetudines et statuta (nach den Gewohnheiten und Bestimmungen ebendieses Hofes).“³⁰ Das bezieht sich auch auf das Markrecht der Sasbacher Mark. Sie galten auch weiterhin als „gutes altes Recht“. Doch ist der Markspruch von 1506 nicht nur eine Zusammenfassung überkommener Vorschriften, er zeigt auch Ergänzungen und Erweiterungen, die im Laufe der Zeit hinzukamen, ja in ihm spiegelt sich auch der Wandel der gesellschaftlichen Verhältnisse der Zeit.

In keiner der drei Rechtssatzungen wird angegeben und wohl als selbstverständlich darum angenommen, wer Eigentümer von Grund und Boden ist, woher der Markherr seine Rechtsstellung herleitet und wer den Markleuten das Nutzungsrecht verliehen hat.

Die Personen, auf die sich die Bestimmungen beziehen, sind der Markherr, der die Oberaufsicht über die Mark führt, die Markleute (die Bezeichnung Markgenossen kommt ganz selten vor), die die Nutznießer der Mark sind, die 24 Markzwölfer, die, von ihren Gemeinden gewählt, beim Markgericht das Amt der Richter ausüben, die Bannwarte, die im Walde die Aufsicht führten. Auch Förster werden genannt, sie scheinen von den Landesherrn bestellt zu sein.

Markherren der Großweierer Mark sind nach dem Weistum von 1410 sowie nach dem Markspruch von 1506 die Herren von Großweier. Sie haben „Macht und Recht“ in der Mark übertragen bekommen von dem Markgrafen von Baden, der die Rechte an der Burg Großweier hat als „die von altem herkommen sind, und auch von ihr zu Lehen rührend“.³¹ Auch das Hof- und Markrecht zu Sasbach spricht von den Markherren, gibt allerdings nicht an, wer sie sind. Aber nach eben diesem Hof- und Markrecht hat der Amtmann von Sasbach das Recht, einem Fremden, der nach Sasbach kommt und sich dem dortigen Gericht unterstellt, diesem „armen Mann“,

wenn er es begehrt, zu erlauben, wo er will in der Mark ein Joch Feld und einen Tagwan Matten zu roden, geht er wieder fort, zieht es der Amtmann ein und fügt es den andern bischöflichen Hofgütern zu. Kehrt er zurück, erhält er es wieder. Ferner muß der Amtmann den „armen Mann“ bis zur Mitte des Rheins begleiten, wenn er über den Rhein hinüber will³² und bis „mitten uff den grinten“, wenn er über den Wald will. Beide Bestimmungen stammen wohl noch aus der Zeit, als der Amtmann von Sasbach nicht nur Gerichtsherr, sondern auch „Markherr“ war. Seine Stellung in der Mark verlor zwar im Laufe der Zeit an Geltung, aber immer noch hatte er Einfluß auf die Verwaltung. Die beiden genannten Bestimmungen wurden auch in das Weistum von 1410 und den Markspruch von 1506 aufgenommen.

Nutzungsberechtigte in der Mark, die Marglüt (Markleute)

Markgenossen waren bloß jene, die ein „husgesäß“, ein Haus mit einer Feuerstelle, in einem der sieben Kirchspiele, die in der Mark liegen, besitzen. Diese Kirchspiele sind Sasbach mit Sasbachried, Obersasbach, Sasbachwalden, (Nieder-)Achern, von Oberachern jene, die zur Johanneskirche gehören, Fautenbach mit Önsbach, Gamshurst mit Michelbuch, Unzhurst mit Zell und Großweier. Später kam noch Lauf hinzu.³³ Diese Kirchspiele gehörten vermutlich ursprünglich zur Pfarrei Sasbach, wurden aber später eigene Pfarreien. Als im Mittelalter sich die Gemeinden bildeten, traten diese an die Stelle der Kirchspiele. Jedes der „husgesäß“ mußte dem Markherrn von Großweier jährlich ein Markhuhn als Zeichen der Anerkennung seiner Stellung abliefern, die von St. Johann jedoch seit 1512 drei Pfennig entrichten.³⁴ Im Verhältnis der Markleute zum Markherrn gab es einen Wandel. Im Hofrecht und Markrecht zu Sasbach ist festgelegt, daß der Markherr nicht nach eigenem Gutdünken zur Zeit des Eckerichts den Beginn der Schweinemast anordnen kann. Er darf das nur gebieten mit „Wissen und Willen“ der Markleute. Ebenso darf er nicht, wenn er es als nötig erachtet, die Zahl der Markknechte zu erhöhen, dies von sich aus tun, sondern er ist wiederum auf das „Wissen und Willen“ der Markleute angewiesen. Und wenn die Markherren oder Förster Eicheln lesen oder Früchte von den Waldbäumen schlagen, ohne Befragen der Waldleute, dann dürfen diese es ebenfalls tun.³⁵ Daraus erkennt man, daß wohl früher die Markleute ein entscheidendes Mitbestimmungsrecht bei der Verwaltung der Mark ausübten. Von all dem ist im Markspruch von 1506 keine Rede mehr. Dort trifft der Markherr seine Anordnungen, weil er hat „Macht und Recht“ von seinem Lehensherrn verliehen bekommen.³⁶ Das Recht der Marknutzung ist nicht an eine Person gebunden, sondern an einen bestimmten Besitz. Jedoch scheinen davon die Hintersassen ausgeschlossen zu sein, denn bei der Auflösung der Mark 1809 wurden nicht nur jene nicht einbezogen, die ihr Gut bereits übergeben haben, sondern auch die Hintersassen, jene von einem Gutsherrn abhängigen Bauern.³⁷

Die Zahl der Markgenossen ist unbekannt, doch kann sie auf Grund des Großweierer Amtswalterbuches für das Jahr 1599 ermittelt werden. Sie betrug für Achern 112, für Oberachern St. Johann 50, Fautenbach 33, Önsbach 34, Gamshurst mit Michelbuch 44, Litzloch 11, Unzhurst mit Oberwasser 47, Zell 24, Großweier 30 und Lauf 108. Für die Gemeinden des Sasbachtals fehlen die Angaben.³⁸

Das Hof- und Markrecht zu Sasbach³⁹

Das Hof- und Markrecht zu Sasbach ist auf 1432 datiert. Damals war der aus Brabant stammende Wilhelm von Diest (erwählter) Bischof von Straßburg und damit Landesherr der bischöflich straßburgischen Besitzungen, auch des Sasbachtals. Durch seinen verschwenderischen Lebenswandel hoch verschuldet, durch seine unkluge Politik in viele Fehden verwickelt, scheint er sich nicht um die Verwaltung des Hochstiftes gekümmert zu haben. Nur so mag es zu erklären sein, daß das Hof- und Markrecht zu Sasbach im Gegensatz zum Weistum von 1410 nicht die bestimmende und ordnende Hand des Landesherrn zeigt.

Das Hof- und Markrecht zu Sasbach besteht aus 38 Punkten. Sie beziehen sich auf den bischöflichen Hof und das Gericht zu Sasbach sowie auf die Mark. Das Ganze ist nicht nach diesen drei Einrichtungen gegliedert. Die einzelnen Bestimmungen stehen teilweise durcheinander, sie bilden trotzdem eine Einheit.

Der bischöfliche Hof zu Sasbach kam vermutlich 1070 durch die Schenkung des fränkischen Adligen Siegfried in den Besitz der Straßburger Bischöfe. Zu ihm gehörte wahrscheinlich ein ausgedehnter Streubesitz. Der Hof war ein „friger“ (freier) Hof, der keinem andern Herrn unterstand. Er war mit Rechten ausgestattet, die noch aus vorbischöflicher Zeit stammten. So wurde der Amtmann nicht vom Bischof eingesetzt, sondern aus den „urborn“ gewählt, den Besitzern eines Herrenhofes. Als Zeichen der Anerkennung als Herrn mußten diese jährlich dem Bischof zwei Mark Silber entrichten „und nicht mehr“. Wer auf dem Hof „frevelt, der muß zur Strafe einen heibeling und drei Pfund bezahlen, die jedoch nicht abgeführt, sondern in einem Säckchen verwahrt werden, u. a. m.

In unserem Zusammenhang interessieren vor allem die Bestimmungen des Markrechts. Sie beziehen sich vor allem auf das Recht der Markleute, ihre Schweine im Markwald besonders zur Zeit des Eckerichts zu weiden sowie Holz zu ihrem Gebrauch im Markwald zu schlagen. Für die Ernährung der bäuerlichen Bevölkerung im Mittelalter war die Schweinehaltung von größter Bedeutung, da die schnellwüchsigen Tiere Fleisch und Fett lieferten. Ihre Nahrung suchten sie auf der Weide, vor allem in den Buchen- und Eichenwäldern. Das Weidegebiet der meist recht großen Herden erstreckte

sich vom Ansenbach oberhalb Önsbachs bis zur Mitte der Bühlot und von den „Torsuln“ von Schwarzach bis zur Burg Bosenstein bei Ottenhöfen. Ihren Speck setzten die Tiere vor allem im Oktober an, wenn die eiweiß- und stärkehaltigen Eicheln und die ölhaltigen Bucheckern (Büchele) von den Bäumen fielen. Die Bestimmungen des Markrechts betreffen darum vor allem die Zeit des Eckerichts. Sie sollen verhindern, daß einzelne sich unerlaubterweise Vorteile verschaffen. Den Markherren ist es allerdings gestattet, 80 Schweine in das Ecker zu schicken und den Markknechten 20, aber „nit me“. Gibt es ein gutes Jahr mit reichlich Eckericht, dann sind die Markherren gehalten, mit Wissen und Willen der Markleut Beschlag darauf zu legen. Erweist es sich als erforderlich, daß nach Meinung der Markherren und der Markleut mehr Markknechte zum Hüten des Eckers erforderlich sind, dann mögen die Markherren dies tun, aber nur mit Wissen und Willen der Markleut. Wenn diese feststellen, daß die Markherren und die Förster Eicheln lesen oder Wildobst von den Bäumen „schwingen“ (schlagen), dann darf jeder Markmann das auch tun. Auch dem Schweinehirten wird kein Vorrecht zugestanden. Er darf alle Tage Eicheln in seinen Sack lesen, aber immer nur ein „Vierling“, und zwar hinter den Tieren; ebenso darf er nicht Wildobst schütteln oder herunterschlagen.

Die Bestimmungen sind also keine allgemeingültigen Normen, sondern betreffen ganz bestimmte aus der Erfahrung gewonnene Fälle.

Von anderer Art sind die Bestimmungen, die sich auf das Holzrecht der Markleute im Markwald beziehen. Auch sie befassen sich mit konkreten Fällen. Vor allem gilt es, Holzdiebstahl zu verhindern und zu vermeiden, die festgelegte Ordnung zu hintergehen.

Jeder Markmann hat ein Recht, im Wald Holz zu schlagen, sei es zum Bau eines Hauses, einer Laube zu einem Haus oder Scheune. Zu einem Haus werden 15 „stöck“ und für eine Scheune 11 bewilligt. Er muß seinen Bedarf den Förstern melden, die die bewilligten Stämme kennzeichnen („blatten“) und mit dem Markmann den Tag vereinbaren, an dem er das Holz schlagen will. Geschieht dies jedoch an einem andern als dem festgelegten Tag und der Förster kommt hinzu, dann muß der Täter 13 Unzen Pfennige bezahlen als Strafe. Gestattet ist ihm, Hebel und Stangen zu schlagen, die er zum Laden des Fuhrwerks benötigt. Die geplante Laube muß binnen Jahr und Tag errichtet werden, andernfalls muß der Bauherr 13 Unzen Pfennige Strafe bezahlen. Wenn er das bewilligte Holz Jahr und Tag im Wald liegen läßt, dann kann es jeder Markmann sich aneignen. Wer ein Haus, Scheune oder Keller ohne Markholz errichtet, kann dies ohne Schaden tun. Ebenso ist es dem Markmann gestattet, mit der Erlaubnis des Försters Holz im Wald zu schlagen, das er benötigt, um einen Pflug oder Wagen oder sonstiges Geschirr herzustellen. Allerdings muß er sich an den mit dem Förster vereinbarten Termin halten. Ebenso darf er Gerten zum Einzäunen des Hofes oder der

Felder im Markwald holen oder auch Holz, das er zum Anfertigen einer Deichsel, einer Langwiede (Verbindungsstange zwischen Vorder- und Hinterwagenteil) oder von Rungen (senkrecht oder schräges Rundholz, das die Wagenleiter hält) benötigt. Nur muß er es auf dem Heimweg oben auf den Wagen legen und es nicht mit anderem Holz zudecken. Von einem im Wald umgefallenen oder durch Brand beschädigten Stamm darf nur jener Teil mitgenommen werden, der übrig bleibt, wenn man von der Wurzel zum Dolder 14 Schuh (4,20 m) abgemessen hat.

Streng bestraft werden jene, die an einem Sonntag oder „gebannten“ (gebotenen) Feiertag oder auch bei Nacht Holz fällen oder transportieren oder mähen. Wenn sie von einem Markknecht gestellt werden, sie „sind verfallen umb Lib und umb gut“. Die gleiche Strafe erfährt ein „ußmann“, der nicht zur Mark gehört, wenn er von einem Markknecht in der Mark beim Holzfällen oder Mähen ertappt wird. Kann der Markknecht den Übeltäter nicht festhalten, muß ihm der Markmann helfen, den er um seine Unterstützung angerufen hat. Weigert dieser sich, dann verliert er seinen Teil und sein Recht an der Mark.

Besonderen Schutz genießen die Eichen. Wer eine in der Mark am Grund abhaut, muß zwei Schilling Pfennige bezahlen, wer eine in der Mark „stimlet“, dagegen sieben Schilling Pfennige.

Die eingehenden Bestimmungen über die Waldnutzung zeigen, welche Bedeutung der Wald damals für die Markleute hatte. Die festgesetzte Strafe, durchweg 13 Unzen Pfennige (= 262 Pfennige), war hart und wurde nicht nach der Schwere der Fälle differenziert. Bestraft konnte allerdings nur werden, wer von den Markknechten bei Begehung der Tat ertappt wurde. Eine Anzeige hatte keine Wirkung. Eine soziologische Betrachtung der Bestimmungen zeigt, daß in der „guten alten Zeit“ die Menschen sich nicht wesentlich von den heutigen unterschieden.

Das Weistum der Großweierer Markgenossenschaft von 1410⁴⁰

Die älteste Aufzeichnung des in der Großweierer Mark geltenden Rechts ist das Weistum von 1410. Es verdankt seine Entstehung dem Markgrafen Bernhard I. (1364–1431), der nicht nur darauf bedacht war, sein Herrschaftsgebiet durch Kauf und Verträge zu vergrößern, sondern auch aus Gründen der Rechtssicherheit die Rechtsverhältnisse schriftlich festzulegen. Dieser Aufgabe dient das Weistum der Großweierer Mark von 1410, das in der markgräflichen Kanzlei angefertigt wurde. Die angeführten Rechte sind die, welche die Markgrafschaft an der Burg Großweier besitzt. Sie betreffen nicht nur die Burg, den Kirchensatz und das Gericht, sondern auch die Mark. Sie leiten sich her von altem Herkommen, aber auch sind „von ihr

zu Lehen rührend“. Die Burg Großweier war ein Lehen der Markgrafen, mithin sind die Rechte in diesem Lehensverhältnis gegründet.

Damit zeigen sich einige Unterschiede zwischen dem Weistum und dem Sasbacher Hof- und Markrecht. Von dem „Wissen und Willen“ der Markleute bei bestimmten Entscheidungen wird nicht mehr gesprochen, ja das Wort Markleute tritt nur noch einmal auf, wenn gesagt wird, daß sie ihre Gebrechen allein dem Markherrs von Großweier vortragen dürfen. An den Bestimmungen fällt auf, daß sie nicht die Bezogenheit auf konkrete Fälle zeigen, sondern mehr allgemeinen Charakter haben. Auch das Recht, die Schweine zur Zeit des Eckericht in den Wald zu treiben, spielt kaum mehr eine Rolle. Dafür sind mancherlei neuere Bereiche hinzugekommen, die in dem Sasbacher Hof- und Markrecht noch nicht genannt werden.

Zunächst kommen die Rechte des Markgrafen von Baden. Von jedem Haus in Großweier, Sasbach, Achern, Fautenbach, Gamshurst und Unzhurst und den Höfen und Weilern, die dazu gehören, bezieht er ein Huhn; die Hälfte davon gehört Großweier, ferner von den Rüttematten (Gelände zwischen dem Önsbacher Wald und Gamshurst) von jedem Tagwan ein Pf.; die Hälfte davon steht wieder Großweier zu. Vor allem haben die Markgrafen zu Großweier „walt, wasser und weid und auch das recht, daß niemand jagen noch voglen (Vögel fangen), noch dheinerhand wild fahen soll in den welden, die in der markh gelegen sind, noch in der weide, denn mit den von Croßwiler willen“, also das Jagdrecht.

Als Rechte der Herren von Großweier werden eigens angeführt: sie dürfen 120 Schweine zur Zeit des Eckericht in den Wald schlagen. Sie haben von der Markgrafschaft die Macht, den Bürgern der in der Mark gelegenen sieben Kirchspiele zu gebieten, in Achern zwischen Ostern und Pfingsten zur Gerichtssitzung zusammenzukommen, bei der der „elter“ (Vater) der Familie „mit des Markgrafen Willen und auf sein Geheiß“ den Vorsitz führt. Wenn ein Markmann sich über diese Rechte hinwegsetzt, dann hat er alle Rechte, die er in der Mark hat, verloren, ebenso sein Gut. Zuständig für alle „gebreste“ (Beschwerden), die die Markleute in bezug auf die Mark haben, sind die Herren von Großweier. Dann finden sich da noch eine Anzahl neuer Rechte, die diesen zustehen. So muß ihnen jährlich ein Vierling Wein von der Mühle in Unzhurst abgeliefert werden, weil das Wasser zu ihr hinabgeleitet wird, wohin es eigentlich nicht gehen soll. Nur mit ihrer Zustimmung darf ein neuer Bau errichtet werden, der an einen alten stößt, sei es ein Giebel, Schopf oder Stall, nicht einmal eine Stiege. Keiner, der in der Mark wohnt, darf einen Keller bauen, ein Keme (Kamin) auf sein Haus setzen oder ein Taubenhaus haben, es sei denn, sie gestatten es. Häfner, die in der Mark wohnen, müssen ihnen Häfen, Kacheln, Krüge, Tiegel und Deckel, die sie aus dem Grund der Mark herstellen, unentgeltlich für ihren Haushalt zur Verfügung stellen. Die Strafe für Übertretungen der Bestimmungen ist für alle Fälle gleich – 13 Unzen Pfennige, eine sehr hohe Strafe.

Schließlich sind da noch die Vergehen, bei denen das als Strafe verhängte Geld den Markherrn zugeführt werden muß. Auch sie beträgt ohne Berücksichtigung der Schwere 13 Unzen Pfennige. Es handelt sich im Grunde um jene Bestimmungen, deren Bestrafung schon im Sasbacher Hof- und Markrecht angeordnet war: unerlaubtes Holzfällen; mehr Holz fällen, als etwa zu einem Hausbau erlaubt ist; Ausfuhr von geschlagenem Holz; Fällen von Eichen und Buchen zum Verbauen; Stümmeln von Bäumen; Abhauen von Bäumen, die der Wind umgeworfen hat; Eicheln lesen oder Wildobst von den Bäumen schwingen (bengeln); das Einzäunen von Äckern und Matten auf der Mark; das Wasser der Mühlen höher stellen als erlaubt; unerlaubtes Fischen; Verbot, Schafe zu halten; u. a.

Streng sind wiederum die Strafen für den Ußmann, wenn dieser von einem Markmann dabei ertappt wird, wie er dem Wasser, dem Wald oder der Weide schadet. Wer „mutwillig“ seine Schweine im Walde weidet oder in der Mark fischt, der ist verfallen mit Leib und Gut den Markherren. Neu ist auch, daß der Kirchherr, Pfarrer und der Müller von Großweier im Wald ohne besondere Erlaubnis Bauholz und Brennholz sich besorgen dürfen.

Groß sind die Unterschiede zwischen dem Hof- und Markrecht zu Sasbach und dem Weistum von 1410. Beide gehen wohl auf eine gemeinsame Überlieferung zurück, denn im Weistum von 1410 finden sich auch jene Bestimmungen, daß der Markherr das Recht hat, einem neugekommenen Fremden in der Mark einen Tag Acker oder Wiese zum Roden zu leihen, und wenn er wieder weggeht, ihm Geleitschutz bis zur Mitte des Rheins oder zur Schneeschleif im Gebirge zu geben. Zwar jünger als das Weistum, scheint das Hof- und Markrecht doch der ursprünglichen Überlieferung näher zu stehen.

Der Markspruch über die Großweierer Mark. 1506⁴¹

Der erste eigentliche Markspruch der Großweierer Mark wurde 1506 von Philipp von Seldeneck „errichtet“. Da seine Verwandten, die Herren von Großweier, keine männlichen Nachkommen hatten, erwarb er 1484 von ihnen die Burg und die Herrschaft von Großweier, zu der auch die Mark gehörte. Lehensherr des Großweierer Schlosses war der Markgraf von Baden. 1484 belehnte ihn Markgraf Christoph damit, worauf Philipp, der das Amt des Erbküchenmeisters des Hl. Römischen Reiches bekleidete, besonders stolz war. Von seinem hohen Selbstbewußtsein zeugt auch der Markspruch von 1506. Ihm liegt das Weistum von 1410 zugrunde, dessen Bestimmungen, ja sogar ihre Reihenfolge, übernommen wurden. Trotzdem unterscheidet sich der Markspruch in einiger Hinsicht von dem Weistum.

Im Sasbacher Hof- und Markrecht war der Markherr in einigen Punkten auf das „Wissen und Willen“ der Markleute angewiesen. Im Weistum von 1410

wurde besonders das Recht des Markgrafen hervorgehoben. Im Markspruch von 1506 beansprucht Philipp von Seldeneck die Entscheidung allein, weil er „Macht und Recht“ hat, zwei Ausdrücke, die sich in fast allen Bestimmungen finden. Seine Auffassung findet er in seinem Lehensverhältnis zum Markgrafen begründet.

Der Markspruch ist in 59 Punkte unterteilt, wobei thematisch Zusammengehöriges zu Abschnitten zusammengefaßt ist.

Er beginnt mit dem seiner Bedeutung nach wohl wichtigsten Punkt, dem Markgericht, dessen Einberufung und Leitung Philipp von Seldeneck zu- steht. Zwar stammt die eigentliche Markgerichtsordnung erst von 1512, ein ältere Fassung liegt nicht vor. Doch scheinen einige Bestimmungen auf Philipp selbst zurückzugehen, so daß die Markleute „ihre Gebrechen von der Mark wegen nur dem Markherrn vortragen sollen“, daß die Heimbürgen und Markknechte durch Eid verpflichtet sind, auch Aufsicht in der Mark zu führen und ihre Beanstandungen auf der Tagung des Markgerichts vorzu- tragen. Schwierig ist auch die Stellung jener, die zu Richtern oder Mark- zwölfen gewählt worden sind. Sie sollen dem Markherrn schwören, die die Freiheiten sowie die Markgerechtigkeiten berührenden Fälle nach Inhalt des Markspruchs helfen zu handhaben. Den Markspruch hat der Markherr er- richtet. Zu den Einkünften des Markherrn gehören die Markhühner, von denen jedes Hausgesäß in den sieben Kirchspielen eines abliefern muß, fer- ner der Markzins von ein Pfennig, der von jedem „Tag“ der Rittmatten ab- geführt werden muß.

Grundlage für die folgenden Bestimmungen ist, daß der Markherr von Großweier hat „waldt, wasser und waydt samt denselben Gerechtigkeiten und Rechten in der Mark“. Daraus ergibt sich, daß nichts in der Mark ge- macht werden darf ohne die Genehmigung des Markherrn, der „Macht und Recht“ hat.

Niemand darf jagen oder Vögel fangen in der Mark, Holz hauen (die Vor- schriften ähneln denen des Weistums, aber auch des Sasbacher Hof- und Markrechts), Eichen oder Buchen verstümmeln, Eicheln oder Wildobst von den Bäumen herabschlagen. Markzwölfer, Heimbürger, Bannwarte und Markknechte sind verpflichtet, Bürger, die gegen die Waldvorschriften ver- stoßen, zu stellen. Die Strafen für Verstöße belaufen sich gleichmäßig auf 13 Unzen Pfennige. Streng bestraft wird vor allem ein Ußmann, der beim Holzfällen im Wald ertappt wird.

Weniger umfangreich sind die Bestimmungen, die sich mit dem Weiden der Schweine im Markwald zur Zeit des Eckerichts befassen. Man könnte den Schluß ziehen, daß die Schweinehaltung rückläufig war. Dem Markherrn werden 120 Schweine für die Weide zugestanden. Völlig neu sind jedoch die

Vorschriften für den Fischfang. Wer fischen darf, wird nicht angeführt. Auch der Markherr scheint hier kein Vorrecht zu haben. Die Bestimmungen betreffen vor allem den Fischfang selbst. Niemand darf fischen mit Wenden, Garnen oder Bernems (Netzen), auch nicht mit Faden oder Geren (Spießen). Nur mit den Händen ist es dem Markmann erlaubt. Die Anwendung einer Reuse ist gestattet, aber sie muß freistehen. Kein Fach darf gemacht werden. Wenn einer einen Fisch gefangen hat, muß er ihn nach Großweier bringen. Wenn der Markherr ihn nicht haben will, darf er ihn verkaufen, aber nur in der Mark. Dann muß er dem Markherrn einen Pfennig für das Stück geben.

Aufgenommen wurden auch die im Sasbacher Hof- und Markrecht schon genannten Bestimmungen, daß der Markherr einem Markmann (nicht einem Fremden!), wenn dieser roden und einen Acker oder eine Matt anlegen will, einen Tagwan Ackerland um einen Zins geben muß, ebenso das Gebot des Geleitschutzes, wenn er wieder wegzuziehen beabsichtigt.

Es folgen nun Vorschriften, die ohne inneren Zusammenhang aneinander gereiht sind.

Müllern ist es untersagt, das Wasser höher zu stauen als erlaubt. Verboten ist das Halten von Schafen, das Errichten eines Taubenhauses, einen Neubau an einen Altbau anzufügen. Häfner, die ihren Ton aus der Mark beziehen, müssen dem Markherrn die von ihm benötigten Töpferwaren umsonst liefern.

Daubholz (dürres, abgestandenes Holz) darf nicht aus der Mark ausgeführt werden. Verboten ist es, das Wasser eines Markbaches zum Wässern zu stauen, Gräben ohne Vorwissen des Markherrn auszuheben. Zum Einzäunen des Hofes dürfen nur zwei Wagen mit Gerten geholt werden. Weiden zum Garbenbinden zu schneiden ist erlaubt. Aus heutiger Sicht ist besonders beachtenswert, daß jeder Markmann alle zwei Jahre „handföllige“ Eichen setzen und sie zum Schutz gegen Wildverbiß mit Stecken und Dornen einfassen muß.

Neu ist auch die Bestimmung, daß die Bürger der Pfarrei St. Stefan in Oberachern im Fautenbacher Wald Daubholz fällen und mitnehmen dürfen, was ihnen bisher untersagt war.

Schließlich ist es den Markzwölfen untersagt, etwas in der Mark zu erlauben. Was aber rügar ist, sollen sie beim Markgericht vortragen.

Die Strafe für alle Vergehen, gleich ob schwer oder leicht, beträgt 13 Unzen Pfennige.

Der Markspruch von 1506 wurde für die Zukunft als verbindlich betrachtet und erfuhr keine wesentliche Änderungen mehr. Er wurde bei jeder Sitzung des Markgerichts vorgelesen, so daß sein Inhalt den Markleuten bekannt war.

Es ist nicht bekannt, wie die Markleute auf diese beträchtliche Einschränkung ihrer Rechte in der Mark reagierten. Auch im Renchener Vertrag von 1525⁴² finden sich keine Bestimmungen, die sich gegen den Alleinanspruch Philipps von Seldeneck wehrten.

Das Markgericht

Es genügt nicht, daß Vorschriften zur Aufrechterhaltung der Ordnung und zur Pflege des Waldes erlassen werden, es muß auch eine Einrichtung vorhanden sein, die die Durchführung der Bestimmungen überwacht und die Verstöße ahndet. Das ist die Aufgabe des Markgerichts. Wann es eingerichtet wurde, wer ihm seine Verfassung gab, ist unbekannt. Vermutlich reichen seine Anfänge in die fränkische Zeit zurück.

Das Sasbacher Hof- und Markrecht von 1432 enthält noch keine Angaben über das Markgericht. Es werden zwar strafbare Tatbestände angegeben, auch die Höhe der Strafe, aber nicht, wer sie verhängt und wer die Strafgeelder einzieht. Da das Hof- und Markrecht von 1432 und das „Weistum der Großweierer Mark“ von 1410 eine Einheit bilden, läßt sich vermuten, daß das Sasbacher Hofgericht auch für die Markangelegenheiten zuständig war, zumal der Amtmann von Sasbach bis zur Aufhebung der Mark in dieser eine angesehene Stellung innehatte.

Erstmals genannt wird das Markgericht im „Weistum der Großweierer Mark“ von 1410.⁴³ Darin wird bestimmt, daß die Herren von Großweier von der Markgrafschaft das Recht haben, den in der Mark liegenden sieben Kirchspielen zu gebieten, für einen Markgrafen unter der Noppenlinde gen Achern zwischen Ostern und Pfingsten zusammenzukommen ohne eines Markgrafen Schaden, wenn sie das gebieten, und es soll der „elter“ von Großweier das Gericht besitzen „mit eines Markgrafen Willen und vor seinem Geheiß“. Das Markgericht war demnach von den badischen Markgrafen den Herren von Großweier übertragen worden, und daraus leiteten sie ihr Recht, aber auch ihre Macht ab.

1474 erklärte der Kirchherr von Unzhurst Claus Lauweler vor dem Offizial der Straßburger Kurie, daß die Markherren ein besonderes Gericht unter der Noppenlinde zu Achern abhalten sollen alle Jahre, jedoch nicht der Eigenschaft (Eigentum) halber, sondern wegen des „Waidganges“. Und der Vogt von Achern Jörg Rodder sagt aus, daß Achern „rychslant“ sei, daß der Markgraf von Baden in Achern keine Gerechtigkeit habe. Er besitze allerdings ein Gericht unter der Noppenlinde, wann er will. Doch dies sei ein Waldgericht.⁴⁴

Die Markgerichtsordnung von 1512⁴⁵

Sie war von dem Burggrafen Philipp von Seldeneck herausgegeben worden und war keine Neuschöpfung, sondern eine schriftliche Fassung dessen, was bisher auf Grund des Herkommens ausgeübt wurde.

Vorsitzender des Gerichts war der Markherr und zwar der von Großweier. Richter waren allein die 24 Markzwölfer, die von den Markleuten der sieben Kirchspiele aus ihrer Mitte gewählt wurden.

Das Gericht tagte zweimal im Jahr und zwar im Frühjahr zwischen Ostern und Pfingsten, gewöhnlich am ersten Donnerstag nach dem 1. Mai, außerdem im Spätjahr um Michaeli (29. September).

Tagungsort war der Platz unter der Noppenlinde⁴⁶ in Achern, bei Unwetter auch die „Stube“ in der „Laube“, einem Gasthaus in der Mitte des damaligen Marktfleckens.

Wo die Linde stand, woher sie ihren Namen hat, ist nicht bekannt. Dieser ist nur im Zusammenhang mit der Gerichtssitzung überliefert. Nach einem Eintrag in den Kirchenrechnungen der Nikolauskapelle von 1776 zu schließen, stand sie auf dem Platz vor dieser. Sie lag vor dem Marktflecken, in dem das Markgericht als überörtliche Einrichtung kein Recht zu tagen hatte.

Am Verlauf der Tagung fällt der strenge Formalismus auf. Den Vorsitz führt der Markherr von Großweier. Die Sitzung beginnt, wenn morgens zwischen 7 und 8 Uhr die Markzwölfer vor dem Markstuhl unter der Noppenlinde eingetroffen sind. Dann empfängt der Markherr vom Markknecht den Gerichtsstab. Er heißt den Amtmann von Sasbach zu seiner Rechten, den Gerichtsschreiber zu seiner Linken Platz zu nehmen. Dann setzen sich auch die Markzwölfer. Anschließend frägt der Markherr jeden einzelnen Markzwölfer auf seinen Eid, ob das Gericht wie nach altem löblichen Brauch und Herkommen besetzt und ob auch die Zeit zum Anfangen sei. Wenn er ihre Zusage hat, wendet er sich an jeden einzelnen der Markknechte und befragt sie, ob sie das Gericht nach altem Herkommen verkündet haben. Wenn sie das bejahen, erklärt der Markherr, daß keiner der Markzwölfer mehr bei einer Strafe von fünf Pfennigen ohne seine Erlaubnis aufstehen darf. Niemand ist es gestattet, vor dem Gericht Klage zu erheben oder zu antworten. Ungebührliches Benehmen oder unnützes Reden sind untersagt. Alsdann verliest der Markschreiber den Markspruch. Der Markherr fordert jeden Markzwölfer, Markknecht, Heimbürger und Bannwart auf, alle Markfrevler, die sie im Großweierer Wald angetroffen haben, abzurügen und anzuzeigen. Der Markschreiber schreibt auf, was beanstandet wurde und wer die Rüge vorgebracht hat.

Nun steht der Markherr auf, denn an der folgenden Festsetzung der Strafen hat er keinen Anteil; das ist alleinige Sache der Richter, der Markzwölfer. Sobald sie ihre Entscheidung getroffen haben, darf sich der Markherr wieder setzen, denn nun verkündet der Gerichtsschreiber den Schuldigen ihre Strafen. Noch ist die Sitzung nicht beendet, denn jetzt wendet sich der Markherr an die Markleute und fragt sie dreimal hintereinander, ob nichts Weiteres vor dem Markgericht zu erledigen sei. Ist das nicht der Fall, dann dürfen die Markzwölfer aufstehen. Die Sitzung ist beendet und wird zum nächsten Termin vertagt. Was die Markzwölfer während der Sitzung verzehren, muß von ihrer Gemeinde bezahlt werden.

Doch beschränkt sich die Tätigkeit des Markgerichts nicht bloß auf die Bestrafung von Waldfreveln; man traf auch für alle Markgenossen verbindliche Anordnungen, die zur Erhaltung des Waldes und zur Förderung des Ertrages erforderlich waren. Dazu gehörte das Anlegen und Ausbessern von Entwässerungsgräben, wobei jeder Bauernschaft ein bestimmter Abschnitt eines Bachlaufes bzw. Grabens zugewiesen wurde.

Zwar sind keine Protokolle von den Sitzungen des Markgerichts erhalten, doch scheinen sie bis ins 18. Jahrhundert abgehalten worden zu sein, allerdings nicht mit der Regelmäßigkeit wie es die Markgerichtsordnung vorschreibt, sondern nur dann, wenn die Notwendigkeit es erforderte. Sitzungen wurden abgehalten 1661, 1668, 1695, 1709, 1715, 1732, die letzte 1765.⁴⁷

Die oben beschriebene Form einer Gerichtssitzung nannte man im 18. Jahrhundert eine solenne Gerichtssitzung. Wegen der damit verbundenen hohen Ausgaben für die Gemeinden kam man im 18. Jahrhundert davon ab. Als Ersatz für die Markgerichte führte man sogenannte Frevelgerichte⁴⁸ ein. Sie hatten die Aufgabe, die aufgelaufenen Waldfrevel zu bestrafen und so die Verödung des Waldes zu verhindern. Sie wurden ohne weitere Feierlichkeiten von dem Burgvogt von Großweier und dem Schultheiß von Sasbach in Gegenwart einiger Markzwölfer abgehalten.

Es ist nach heutiger Auffassung ein umständliches Verfahren, wie hier Recht gesprochen wird. Aber die häufigen Wiederholungen sollen verhindern, daß etwas übergangen und somit die vorgeschriebene Form verletzt wird. Es fällt auf, daß kein Beklagter vernommen wird und kein Zeuge gehört. Das erübrigt sich, weil nur dann ein Beklagter verurteilt werden kann, wenn er vom Markzwölfer bei der Tat ertappt wurde. Anzeigen von Dritten finden keine Beachtung. Die Stellung des Markherrn bei der Gerichtssitzung entspricht in etwa der des Vorsitzenden einer Gerichtsverhandlung im englischen Recht.

Die Markgrafen von Baden als Markherrn

Nach den Herren von Großweier waren die Herren von Seldeneck die Markherrn der Großweierer Mark. Als diese 1583 mit Jakob von Seldeneck ausstarben, zog Markgraf Philipp von Baden die Herrschaft Großweier als erledigtes Lehen ein. Außerdem erwarb er von den Erben die gesamten Allodialgüter. Der Markgraf übte demnach eine doppelte Funktion aus. Für die Herrschaft Großweier hatte er die Gerichtshoheit, ihm unterstand „das Hofgericht zu Großweier“. Als Markherr hatte er die Aufgabe, das Markgericht zusammenzuberufen und zu leiten. Ihm fielen auch die vom Gericht verhängten Strafen zu. Allerdings lange blieb der neuerworbene Besitz nicht in markgräflichen Händen, denn 1590 verkaufte ihn der verschwenderische Markgraf Eduard Fortunatus an seinen Kanzler Johannes Aschmann, allerdings unter der Bedingung der Wiedereinlösung. Sie muß noch vor 1599 erfolgt sein. Danach lag die Verwaltung der Herrschaft Großweier und der Mark in den Händen eines vom Markgrafen eingesetzten Amtmannes oder Burgvogtes, der seinen Amtssitz in der Burgvogtei im Schloß hatte.

In den folgenden Jahren gab es immer wieder Streitigkeiten mit dem Hochstift Straßburg, das die Landesherrschaft vom Dreifürstenstein bis Malg Hurst über das ganze Sasbachtal besaß und das die Markherrschaft über die obere Mark für sich beanspruchte. Durch den Dreißigjährigen Krieg und die Kriege Ludwig XIV. wurden die Auseinandersetzungen unterbrochen. Sie entbrannten erst wieder, als der vom französischen Staatsdenken beeinflusste Kardinal Armand Gaston de Rohan-Soubise Bischof von Straßburg wurde. 1727 kam es zu einem Vergleich⁴⁹ zwischen ihm und dem Markgrafen Ludwig Georg, dem Sohn des Türkenlouis. In dem Vergleich wurde der Markgraf von Baden als Obermarkherr und der Bischof von Straßburg als Mitmarkherr bestimmt. Außerdem wurde vereinbart, daß das Markgericht von zwei Kommissaren abgehalten werden soll, einem markgräflichen und einem straßburgischen. Die Markzwölfer, Markknechte und Bannwarte werden auf beide Herren vereidigt. Der Amtsschreiber wird von Baden gestellt, Straßburg ernennt dafür einen Aktuar. Alle Einkünfte der Mark werden im Verhältnis 3 : 1 geteilt, und zwar erhält Baden drei Teile, Straßburg einen Teil. Der Vertrag wurde von beiden Seiten ratifiziert.

Das Markgericht wurde in der durch die Markgerichtsordnung festgelegten Weise wie früher in Achern unter der Noppenlinde abgehalten.⁵⁰ Die Ausschreibung erfolgte durch die Markgrafschaft Baden als den Obermarkherrn, nachdem sie zuvor mit der straßburgischen Regierung korrespondiert hatte. Den Vorsitz führten die beiden Kommissare. Der badische führte das Direktorium und hatte den Vorrang vor dem bischöflichen. Gerichtsschreiber war der Amtsschreiber von Bühl, dem ein bischöflicher zur Seite trat.

Neue Spannungen entstanden zwischen der markgräflichen und der vorderösterreichischen Regierung, als 1771 nach dem Tode des letzten badenbadischen Markgrafen August Georg die Landvogtei Ortenau an Österreich zurückfiel. Zur Landvogtei gehörten Nieder- und Oberachern, Fautenbach, Önsbach, Gamshurst, aber auch Ottersweier und Lauf, die alle außer Ottersweier Nutzen an der Mark hatten. Nun beanspruchte die vorderösterreichische Regierung Anteil an der Jagdgerechtigkeit⁵¹ in der Mark, was aber die badische Regierung ablehnte. Wiederholt kam es zu Zusammenstößen zwischen den badischen Jagdaufsehern und österreichischen Jägern. Da es sich um eine grundsätzliche Frage handelte, suchten beide Parteien durch geschichtliche Argumente ihre Ansprüche zu rechtfertigen.

So behauptete die badische Regierung in Rastatt, das Jagdrecht sei ein uraltes Recht der Markgrafschaft, die seit undenklichen Zeiten Lehensherr der Burggrafen von Großweier gewesen sei. Darum stehe ihr das unbeschränkte Jagdrecht zu.

Die österreichische Regierung führte dagegen an, die Ortenau sei eine uralte kaiserliche Domäne, in der alle Hoheitsrechte, auch das Jagdrecht, als kaiserliches Regal vom Kaiser ausgeübt wurden. In dieses Recht sei nun Österreich getreten.

Um die Rechtsansprüche zu klären und damit die Zwistigkeiten zu beenden, wurde 1773 eine Konferenz⁵² abgehalten, auf der beide Parteien ihren Standpunkt darlegten. Zu einer Entscheidung kam es jedoch nicht. Die Akten wurden geschlossen und den Regierungen zur Stellungnahme vorgelegt. Damit endete der Streit.

Die Einkünfte des Markherrn

Auf Grund seiner Stellung und Aufgaben standen dem Markherrn sogenannte Utilia, Rechte und Einkünfte zu. Schon das Sasbacher Hof- und Markrecht setzte für bestimmte Vergehen in der Mark Strafgelder fest, gibt aber nicht an, wer sie einziehen darf. Anders ist es im Weistum von 1410 und vor allem im Markspruch von 1506. Darin werden dem Markherrn von Großweier gewisse Rechte in der Mark, aber auch finanzielle Einkünfte zugesprochen.

Nach Punkt 9 hat der Markherr von Großweier in der Mark „waldt, wasser und waydt“ samt denselben Rechten und Gerechtigkeiten. Er darf darum in ihr Holz schlagen zum Bau der Burg und zur Ausführung erforderlicher Reparaturen, aber auch zu Brennholz für ihre Beheizung. Diese Bestimmung gilt allerdings nicht uneingeschränkt, sondern nur für die Bauten, die 1506 vorhanden waren.

Die finanziellen Einkünfte waren verschiedener Art: Der Markherr von Großweier hatte das Recht, die vom Markgericht wie später von den Frevelgerichten verhängten Geldbußen einzuziehen. Da im 18. Jahrhundert kaum noch Wald in der Mark stand, konnten auch kein Waldfrevel oder sonstige Verstöße gegen die Markordnung begangen werden, und die Einkünfte schrumpften. Deshalb entfiel auch der Zins von drei Pfennigen, der von jedem Haushalt in Oberachern in Anerkennung ihrer Sonderrechte im Wald an den Markherrn zu entrichten war.

Nachteilig wirkten sich auch die Spannungen zwischen dem Markgrafen von Baden und dem Straßburger Hochstift aus. Die von den Richtern der einen Herrschaft verhängten Strafen wurden von den Verurteilten, wenn sie zur anderen Herrschaft gehörten, nicht bezahlt, was schließlich zu einer Demoralisierung führte.

Eine einträgliche Abgabe war das Markhuhn, das von jedem Hausgeseß der Mark zu entrichten war. Diese jährliche Abgabe konnte auch abgelöst werden durch die Zahlung von sechs Kreuzern. Wegen des Einzugs dieser sechs Kreuzer kam es, nachdem die Ortenau 1701 in den Besitz der Markgrafen von Baden gekommen war, zu Spannungen mit den Bischöflichen. Diese zogen aus ihren zur Mark gehörigen Ortschaften vier Kreuzer für jedes Markhuhn ein. Den im Badischen liegenden Ortschaften, und dazu gehörte nun auch die Ortenau, verlangten die mit dem Einsammeln beauftragten Markknechte sechs Kreuzer, wovon ihnen zwei für den Einzug zustanden. Die Ortenauischen wollten nun nach dem Beispiel der Bischöflichen nur vier Kreuzer bezahlen und diese sollten nicht von den Markknechten, sondern von den Heimbürgern der Ortschaften eingezogen werden. Da sich die Ortenauischen unnachgiebig weigerten, wandte sich die Markherrschaft an das kaiserliche Oberamt in Offenburg und befahl ihm, die sechs Kreuzer einzuziehen. Das geschah auch, und seitdem gab es keine Beanstandungen mehr. Ob die Abgabe in Geld entrichtet wurde oder durch Ablieferung eines Huhnes, verfügte der Markherr. Nur die Hausgesesse von Sasbach und Großweier mußten immer eine Henne abliefern.

1790 belief sich die Höhe der Abgabe von sämtlichen ortenauischen und badischen Gemeinden der Mark auf 98 fl und 6 Kreuzer, was einer Zahl von 980 Hausgesessen entspricht.

Zu den Einnahmen des Markherrn gehörte ferner der Mattenzins. Er wurde erhoben von den 400 Tauen (Morgen) der Ritt- oder Markmatten, einem Wiesengebiet zwischen Önsbach und Gamshurst, und betrug pro Tau ein Pfennig. Da aber nicht aufgezeichnet war, wer die einzelnen Matten besaß, konnte kein Schuldner ausfindig gemacht werden, und die Abgabe wurde aufgehoben. Nach den Großweierer Amtsrechnungen wurden in der Zeit von 1727–1736 noch 281 fl und 45 Kr. eingenommen.

Einnahmen von abgegebenem Holz aus dem Markwald

Von dem Holz, das jährlich aus den Markwaldungen an die Bürger verlost wurde, mußte jeder Markgenosse von seinem Los an die Markherrschaft sechs Kreuzer zahlen. Wie es mit dem Erlös von verkauftem Holz aus der Mark gehandhabt wurde, läßt sich nicht aus den Akten ersehen. In der Zeit von 1727–1736 wurden von abgegebenen Holz durchschnittlich pro Jahr 78 fl 56 Kr. gelöst. Im letzten Viertel des 18. Jahrhunderts wurde aus der Mark kein Holzgewinn mehr erzielt, da die Markwaldungen gänzlich ausgeholzt waren.

Einnahmen aus der Schweinemast im Wald

Die Markherrn hatten das Recht, 120 Schweine zur Zeit des Eckericht in den Wald zu schlagen. Davon entfielen auf das markgräfliche Haus 90, das bischöfliche Hochstift 30. Von den Markgenossen, die berechtigt waren, mit Erlaubnis der Markherrn ihre Schweine in den Wald zu treiben, wurden 1735 an Eckericht-Demen 35 fl entrichtet. Als aber zu Ende des Jahrhunderts kein Wald mehr vorhanden war und darum auch keine Schweine mehr hineingetrieben werden konnten, hörte diese Einnahme auf.⁵³

Der Niedergang der Mark

Eine Beschreibung der Mark für die früheren Zeiten gibt es nicht. Nach allgemeiner Auffassung war sie ein Waldgebiet. Von ihm schrieb der Hofrat Marschall in seinem Votum 1794, daß dieser große Distrikt „ehemals mit den schönsten Waldungen bedeckt war“. Doch scheint die Angabe in der *Descriptio brevis* von 1559 der Wirklichkeit näher zu kommen, denn dort heißt es, daß es im Gericht Achern der Landvogtei Ortenau keine Hauptwälder gibt, nur Bösche, kleinere Waldstücke und darum auch kein Jagen außer von Hasen und Hühnern. Diese Aussage wird vom Stockurbar von 1727⁵⁴ übernommen. Das Gericht Achern ist allerdings nur ein ansehnlicher Teil der Mark. Das Votum von 1794 fährt fort, daß dieser Distrikt heute in gänzlichen Verfall gekommen sei und dies um so trauriger sei, als er das fruchtbarste und trefflichste Erdreich enthält.

Der Niedergang der Mark führte schließlich zu ihrer Auflösung. Ihre Ursachen sind vielfältig.

Da war einmal im 18. Jahrhundert die Rivalität zwischen dem Hochstift Straßburg und der Markgrafschaft. Sie zeigte sich z. B. bei den Frevelgerichten. Bei der Ausführung der dort gefällten Urteilen unterstützte jede Herrschaft ihren Untertanen, und so unterblieb oft die Bestrafung. Ebenso

unterließ man es, die auf den Sitzungen des Markgerichts beschlossenen Maßnahmen auszuführen, wenn sie nicht den eigenen Interessen entsprachen. Die Bestrebungen des Markgrafen Georg Ludwig von Baden, im Jahre 1727 den Streit durch einen Vergleich zu bereinigen, wurde von der bischöflichen Regierung in Straßburg nicht unterstützt.

Schlimm wirkten sich auch auf die Mark die Kriege aus, besonders der Pfälzische oder Orléanische Krieg (1688–1697). Damals zerstörten die französischen Truppen nicht nur die Pfalz, sondern auch den mittelbadischen Raum. In dem Klagelibell der Markzwölfer⁵⁵ dem zur badischen Markgrafschaft gehörigen Gebiet vom 16. 8. 1725 heißt es: „Als der Krieg hier ausgebrochen war, ist alles hier verbrannt worden und die Leute in Confusion untereinander herumgelegen, der eine bald da der andere bald dort um Holz gefragt und abgehauen hat“, veranlaßt durch die Notwendigkeit, sich sein Haus wieder aufzubauen. Erst als der Friede wieder eingetreten sei, habe wieder nach Recht und Gerechtigkeit verfahren werden können. 28 Jahre war das Markeisen der Mark verloren, mit dem die zum Schlagen freigegebenen Bäume gekennzeichnet wurden.

Es gab große Verstöße gegen den Markspruch von 1506, der immer noch galt. So verkaufte der von der Verwaltung eingesetzte Förster Schimpf aus Großweier Bauholz zu seinem Vorteil. In der oberen Mark schlugen die Bauern vom Horneberg (Zinken der Gemeinde Lauf) und von Lauf ohne Erlaubnis alle Bäume und Sträucher ab, um Rütte zu brennen. Das Klagelibell stellte fest, daß durch Mißhandlung wider und entgegen dem Markspruch „der Wald in Abgang geraten ist und Ruin, daß der Wald ruiniert und sofern man ihn nicht baldigst remedieret (heilt) totaliter degradiert werde“. In den folgenden Jahren wurde der Zustand nicht besser. 1772 stellte der Oberforstrat von Gaisberg in seinem Promemoria vom 4. 7. 1772⁵⁶ fest, daß zwischen Großweier und Unzhurst auf der Großweierer Seite über zwei Stunden Wegs kein Baum noch Strauch zu sehen sei und daß das Gebiet zwischen Oberwasser und Unzhurst wenigstens eine halbe Stunde lang ein unbebauter Distrikt sei.

Diese Verschlechterung wurde nach einem Bühler Amtsbericht vom 2. 5. 1783⁵⁷ noch vermehrt, weil die der Entwässerung dienenden Gräben nicht unterhalten und dauernd gesäubert wurden. Wenigstens ein Drittel des fruchtbaren Erdreichs der unteren Mark sei in einem einzigen für Mensch und Vieh ungangbaren Sumpf verwandelt worden.

Weiterer Schaden erwuchs der Mark durch die Markgenossen selbst. Im 18. Jahrhundert nahm dank der langen Friedensjahre die Bevölkerung zu, aber die Ernährungsgrundlage blieb gleich. Nun lagen da die leeren Flächen der Mark, baumlos, versumpft, teilweise als magere Viehtrift für die Gemeinden nur noch verwendbar. So erwuchs in den Gemeinden das Ver-

langen, rücksichtslos ihr Gebiet auf Kosten der Mark zu vergrößern. Da schon seit Jahren keine Umgehung der Mark und Überprüfung der Grenzsteine mehr stattgefunden hatte, fiel es nicht auf, wenn Lochen verschwanden. Als 1780 der Amtmann von Bühl und der Schultheiß von Sasbach eine Umgehung der Mark durchführten, mußten sie feststellen, daß gegen 400 Lochen fehlten.⁵⁸ Zwar wurde immer wieder eine Neubesteinung gefordert, aber niemand führte sie durch. Auch einzelne Markgenossen, deren Äcker oder Wiesen an die Markgrenze stießen, vergrößerten ihr Land auf Kosten der Mark, ebenso die Gemeinden mit ihren Neupflanzungen von Eichen, zumal sie nicht versteint waren.

Doch sahen die verantwortlichen Stellen dieser Entwicklung nicht überall untätig zu. So wurde der Schultheiß Lichtenauer von Sasbach 1783 beauftragt, das versumpfte Gebiet zum allgemeinen Nutzen zu entsumpfen. Die Männer, die mit dieser Aufgabe beschäftigt werden sollen, wären mit Wein und Brot als besonderer Vergünstigung zu entlohnen.

Auch dem Verlangen der verschiedenen Gemeinden nach Markboden zur Nutzung kam man entgegen. So konnte die Gemeinde Fautenbach $\frac{3}{4}$ Tauen Markfeld als Hanfreeße anlegen. Gamshurst erhielt fünf weitere zugeteilt. Schließlich erhielt jede Gemeinde ein Stück Markland, um darauf Eichen für den Eigenbedarf anzupflanzen oder um darauf Äcker und Wiesen anzulegen. Aber der Neid und die Mißgunst zwischen den einzelnen Gemeinden blieb nicht aus, und als die Acherner das Gras auf den ihnen zugeteilten Wiesen mähen wollten, hatten es die Sasbachrieder bereits fortgeschafft und verkauft.

Aber der bäuerliche Landhunger begnügte sich nicht mit dem Zugeteilten; begünstigt durch die Schwäche und Machtlosigkeit der aufsichtführenden Stellen, begannen bald verschiedene Gemeinden, sich unerlaubt Markland anzueignen.⁶⁰

Bereits 1770 hatte die Gemeinde Achern Markland zur Bepflanzung mit Eichen zwischen Sasbachried und Großweier erhalten. 1783 schlug sie dieses Gebiet ihrer Allmend zu. 1793 ließ sie weitere 20 Morgen umgraben und zu Wiesen anlegen, deren Erträgnisse sie für sich allein beanspruchte. Fautenbach ließ 1801 verschiedene Distrikte im Umfang von 35 Morgen aufmachen und vergrößerte dieses Gebiet einige Jahre danach um weitere acht Morgen. Gamshurst nahm 28 Morgen in Besitz und vergrößerte ihn durch weitere drei Morgen. Der größte Teil davon wurde mit Wald bepflanzt, der Rest anderweitig genutzt. Önsbach ließ in der oberen Mark 41 $\frac{3}{4}$ Morgen zu seiner eigenen Nutzung umbrechen.

1785 eignete sich Sasbach 20 Morgen an und säte sie ein. Doch ging, wie noch zu berichten sein wird, es bei diesen Aneignungen nicht ohne Spannungen ab.⁶¹

All diese Eingriffe geschahen, obwohl die Markgenossen und die zuständigen Stellen wußten, daß die Mark Gemeineigentum war und das Erträgnis des Bodens allen zustand. Es fehlte eine starke Instanz, die diese Eingriffe abwehrte und die Einhaltung der überlieferten Ordnung verteidigte. Das Gemeinschaftsbewußtsein war geschwunden. Diese Aneignungen gingen auch noch weiter, als bereits die Verhandlungen über die Aufteilung der Mark begonnen hatten, ja es wurde die Vermutung geäußert, daß die von den ortenauischen Gemeinden Fautenbach, Gamshurst und Önsbach erfolgten Eingriffe mit Zustimmung der ortenauischen Regierung erfolgten. Die beiden ersten Gemeinden hatten eigenmächtig Grenzsteine gesetzt und eingegraben, während die letztere zum eigenen Vorteil Land in der Mark eingeebnet und eingesät hatte.

Dennoch darf nicht die Meinung aufkommen, als ob die zuständigen Verwaltungsstellen nichts zur Aufrechterhaltung der überkommenen Ordnung taten. So führten 1783 der Obermarkvogt des Amtes Bühl zusammen mit dem Mitmarkvogt Lichtenauer von Sasbach und verschiedenen Markzwölfen eine Umgehung der Markgrenze von Unzhurst bis Önsbach durch.⁶² In einem ausführlichen Protokoll berichten sie über all die Schäden, die sie festgestellt haben, so daß durch die Eingriffe der Abtsstüblichen und der Ortenauischen die Mark „beinahe ganz ruiniert und unbrauchbar gemacht wurde“, daß der dortige Markförster Beckmann viel zu nachsichtig gegen die Waldfrevler sei und nicht die Holzverwüstungen hindere, daß die Gräben in der Mark ganz ebenhämig seien, so daß alles unter Wasser gesetzt wird, daß der Acherner Eichelgarten entgegen den vorhandenen Lochen zur Acherner Allmend hinzugeschlagen wurde u. a. m. Die Kommission forderte in ihrem Bericht eine umgehende Umsteinung, die auch zugesagt wurde. Im Geiste der neuen Zeit war wohl auch die Forderung Lichtenauers, daß ein sumpfiger Teil der unteren Mark trockengelegt werden solle, wodurch der Genossenschaft ein merklicher Nutzen entstehe.⁶³

1770 wurde den genossenschaftlichen Gemeinden, je nach der Zahl ihrer Köpfe ein Distrikt zur Anpflanzung von Bäumen zugeteilt. Allerdings ließen einige die Gebiete öde liegen und bepflanzten sie nicht.

Als 1785 die Sasbacher ein Stück von 20 Morgen einebneten und mit Korn bepflanzten, unerlaubterweise, und dann gar noch hingingen und die Bodenerträge verkauften, tadelte dies das Oberamt Bühl als Verstoß gegen die Markordnung.⁶⁴

Auch Zugang zur Zahl der Markgenossen war damals noch möglich. So wurde 1787 ein Bauer aus dem Grimmswald in die Liste der Grimmswälder Obermarkgenossen eingetragen und war damit zur Nutznießung der oberen Mark berechtigt.⁶⁵

Die Aufteilung der Mark

Seit etwa der Mitte des 18. Jahrhunderts nahm in fast allen europäischen Ländern, ebenso im südwestdeutschen Raum, die Bevölkerung zu, auch begünstigt durch die Fortschritte der Medizin. Damit aber erhöhte sich der Bedarf an Lebensmitteln, der infolge der überkommenen landwirtschaftlichen Produktionsmethode nicht mehr gedeckt werden konnte, so daß Teuerungswellen eintraten. Damals entstand in Frankreich eine volkswirtschaftliche Lehre, deren Anhänger, die Physiokraten,⁶⁶ im Geiste der Aufklärung die Meinung vertraten, daß der Mensch das Recht habe, durch Befolgung des wirtschaftlichen Eigennutzes sein Leben so günstig wie möglich zu gestalten. Vor allem galt das Interesse der Physiokraten der Landwirtschaft, die sie als Quelle allen Reichtums betrachteten und die darum gefördert werden mußte. Diese Lehre fand auch in Deutschland Anhänger, so vor allem in dem Markgrafen Carl Friedrich von Baden⁶⁷ und in Kaiser Joseph II., dem Sohn der Maria Theresia. Beide bemühten sich, in ihren Staaten die neuen Ideen so weit wie möglich zu verwirklichen. Davon wurde auch die Mark betroffen, denn seit 1771 stand die Landvogtei Ortenau wieder unter österreichischer Verwaltung und das Amt Großweier infolge Aussterbens der baden-badischen Linie unter der Herrschaft Markgraf Carl Friedrichs von Baden-Durlach. Doch ihn kümmerte in seinen Bemühungen um die Hebung der Landwirtschaft dieses Gebiet weniger. Von den Reformen Josephs II.⁶⁸ wurden für die Mark von Wichtigkeit sein Bestreben, die den Gemeinden gehörigen Gebiete aufzuteilen, da der von einzelnen bewirtschaftete Besitz eine größere Rendite versprach als ein Allgemeinbesitz. Außerdem war er gegen den damals üblichen Weidebetrieb. Das Vieh wurde gleich nach der Schneeschmelze auf die Weide hinausgetrieben und blieb draußen bis zum Einbruch der Winterkälte. Die Weiden wurden selbst nie gedüngt und auch der Boden nie bearbeitet, die Herden waren viel zu groß. So war auch die Mark schließlich nichts anderes als eine elende Viehtrift und das Weidevieh in einem erbärmlichen Zustand. Diesen Mißständen abzuhelpen sahen die Herren der österreichischen Verwaltung nun als ihre Aufgabe an. Die Aufteilung der Mark war demnach nicht der Wunsch bzw. das Verlangen der Markgenossen, auch nicht die Forderung von Ober- und Mitmarkherren, sondern wurde von oben durchgeführt.

Die Verhandlungen über die Aufteilung der Großweierer Mark zogen sich über 20 Jahre hin. Man dachte anfangs, sie zugleich mit der Windecker Mark aufzuteilen. Diese war ein ausgedehntes Waldgebiet etwa zwischen Herrenwies und der Hornisgrinde, das ursprünglich den Herren von Windeck gehörte und nach ihrem Aussterben im Mannesstamm 1592 an die Markgrafen von Baden zurückfiel. An diesen Markwaldungen hatten die Kirchspiele Sasbach, Ottersweier, Kappelwindeck sowie die ursprünglich zu ihrem Kirchenverband zugehörigen Gemeinden das Nutzungsrecht.

Doch wohl wegen der andersartigen Verhältnisse wurden beide Verfahren bald getrennt durchgeführt.⁶⁹

Zu berücksichtigen waren auch die Ansprüche des Straßburger Bischofs, der Eigentumsrechte und Gerechtsame als Landesherr des Sasbachtals geltend machte. Er schlug darum vor, es sollen der kaiserliche und der bischöfliche Kommissar mit dem badischen zusammenkommen, um einen Plan vorzubereiten, womit dieser einverstanden war.⁷⁰ Wohl in Vorbereitung einer Konferenz wies der Oberamtsrat Solf von Renchen den Sasbacher Schultheißen Lichtenauer an, er solle die Gemeinden des Sasbachtals versammeln und aus ihnen Deputierte für die Teilung auswählen, um die erforderlichen Unterschriften unter die Vollmachten zu setzen. Doch dies verweigerten sie bis auf die von Obersasbach, obwohl sie mit der Teilung einverstanden waren.

Nach einer Vorbesprechung am 5. 9. trat am 3. Oktober 1791 die Versammlung in Achern⁷² zusammen; man arbeitete einen Plan aus, um durch eine Teilung die gänzlich zugrunde gerichteten Markwaldungen wieder hochzubringen. An den ausgearbeiteten acht Punkten fällt auf, daß man sich zumindest nach außen bemühte, sich nach den Normen des Markspruchs zu richten. So fordert der österreichische Vertreter Oberamtsrat von Wellenberg, da Österreich keinen Anteil an der Verwaltung der Mark hatte, im Namen der kaiserlichen und der bischöflich straßburgischen Untertanen die Teilung. Baden war vertreten durch Obermarkherr Obervogt von Krieg von Rastatt und Straßburg durch den Mitmarkherrn Oberamtsrat Solf von Renchen. Anwesend waren auch die Deputationen der Gemeinden, deren „Principale“ die unterschriebenen Vollmachten vorzeigten.

Als Modus für die Teilung wurden folgende Bestimmungen festgelegt:

1. Teilnahmeberechtigt sollen in jeder Gemeinde die darin befindlichen bürgerlichen Haushaltungen sein. Für zwei Witfrauen wird ein Bürger gerechnet. Hintersassen und Leute, die ihr Vermögen schon übergeben haben, zählen nicht.
2. Die Mark soll schon im kommenden Frühjahr von zwei Feldmessern einschließlich der Legelsau vermessen werden. Den einen benennt die badische Regierung, den andern die Mitmarkherrschaft (Straßburg) und die Genossenschaft.
3. Den Geometern werden von jeder der drei Herrschaften Urkundspersonen beigegeben, die das Gelände in drei Klassen gut, mittel und schlecht einteilen. Außerdem werden sie das noch in der Mark befindliche wenige Holz zu Geld veranschlagen. Wenn eine Gemeinde mit Genehmigung der Markherren zu ihrem eigenen Gebrauch selbst Holz angepflanzt hat, so soll ihr das ohne Anschlag überlassen werden.

4. Grenzstreitigkeiten sollen an Ort und Stelle durch die Markzwölfer und die Gemeindevorsteher bereinigt werden. Wenn unter ihnen keine Einigung erzielt wird, soll eine gemeinschaftliche Kommission den Fall erledigen.

5. Die Ober- und Mitmarkherrschaft behalten sich vor ihre iura utilia (Vorrechte) in der Mark, so die Jagd, die Fischerei; die Markzinsen sowie die Zinsen von den Hanfreeßen beziehen sie weiterhin.

6. Die Herrschaften überlassen den Gemeinden die Beförderung und die Bestrafung von Waldvergehen in dem ihnen zufallenden Los, ebenso die Ablieferung der Markhühner und der Stocklosung, den Eckerdemen (den Zehnt für die Erlaubnis, die Schweine zur Zeit des Eckericht in den Wald zu treiben). Sie verzichten auf das Recht, allein Tauben halten zu dürfen, 120 Schweine in den Eckericht zu treiben sowie das Recht, Holz zum Bauen und zum Brennen in den Markwaldungen zu schlagen. Allerdings erachten es die Herrschaften als gerecht, für den Verlust dieser Rechte eine Kompensation zu erhalten, und zwar in der Form eines billigen Äquivalents an Gelände. Der Ertrag dieser Rechte soll kapitalisiert werden und den Herren das Recht zustehen, dieses Kapital als einen sicheren Anteil an der Mark im voraus zu fordern.

7. Wenn weitere Utilia der Herren vergessen wurden, sollen sie nachgetragen werden.

8. Kostenregelung: Als Ergänzung wird nachgetragen, daß die Bürger des St. Johannes-Kirchspiels in Oberachern gleichberechtigt sind mit den andern Markgenossen, nicht aber die des Stefankirchspiels.

Der Modus wurde von den versammelten Teilnehmern der Konferenz einstimmig angenommen und unterschrieben. Nun hätten die Vorbereitungen zur Durchführung der Teilung beginnen können. Das verhinderten aber die kriegerischen Ereignisse, in die vor allem Österreich im Kampf gegen Frankreich verwickelt war, und zwar im ersten Koalitionskrieg (1792–1797) und im zweiten (1799–1801). Da die französischen Truppen über den Rhein vorstießen, wurde auch das Oberrheingebiet in die Kämpfe einbezogen. Erst 1802, als der Krieg einstweilen beendet war, erinnerte man sich wieder an den Beschluß, die Mark zu teilen. Ausgelöst wurde dies durch ein Schreiben des Oberamtes Yberg vom 23. 3. 1802⁷³ an den Markgrafen Carl Ludwig von Baden, in dem es berichtete, daß verschiedene Gemeinden der Landvogtei Ortenau wieder Gebiete des gemeinschaftlichen Besitzes der Mark in den letzten Jahren sich angeeignet haben, so Fautenbach, Gamschurst und Önsbach. Diese Eigenmächtigkeiten könnten weder vom Haus Baden noch vom Bistum Straßburg hingenommen werden. Die Tatsache wurde vom Vogt von Achern, vom Schultheiß von Sasbach und vom Amtmann von Steinbach bestätigt. Doch die Aufforderung an die österreichische Regierung, die Mißstände abzustellen, blieb ohne Wirkung. Ja, man

gewann badischerseits den Eindruck, daß die ortenauischen Gemeinden in ihren Eingriffen in die Mark auf alle Art von ihrer Obrigkeit unterstützt wurden. Diese habe die Absicht, alles zur Mark gehörige Gebiet in der Landvogtei sich als Privateigentum anzueignen.⁷⁴

Ein Vorfall zeigt die erregte Stimmung, die deswegen damals herrschte. Die Gemeinde Fautenbach hatte ein Stück Markland hergerichtet und mit Gras eingesät. Als es Zeit zum Mähen war, erschienen die Großweierer und beanspruchten es für sich. Da erschien der Vogt Faber von Achern zu Pferd an der Spitze von 120 Mann, die mit Gewehren, Prügeln, Heugabeln u. a. bewaffnet waren, und es kam zu einer „Schlacht“, bei der es Verwundete gab, 10 Mann arretiert und 10 Wagen samt den Pferden fortgeschleppt wurden.

Der Vorfall löste große Empörung und Entrüstung über das Verhalten des Vogtes aus.

Die bischöfliche Regierung in Ettenheim forderte die österreichische in Freiburg in einem Schreiben vom 17. Juli 1802⁷⁵ auf, „so bald aber nur immer nur tunlichst, die so nötige gemeinsame Markenteilung zu bewerkstelligen. Auch sind wir unseres Orts nicht abgeneigt, die von markgräflicher badischer Seite in Vorschlag gebrachte Ausführung des dortigen Teilungsgeschäftes um so lieber wieder von der Hand nehmen zu lassen, als der einzige Weg bleiben wird, die sonst fast unausbleiblichen Irrungen und nachbarlichen Mißhelligkeiten für ein und allemal beizulegen.“

Auch das Oberamt Achern forderte in seinem Schreiben vom 11. 8. 1802 die österreichische Regierung auf, es solle jemand von der badischen Regierung ernannt werden, der mit einem ortenauischen Kommissar und einem des Oberamtes Oberkirch zusammenkomme, um die durch den Krieg unterbrochenen Unterhandlungen wieder aufzunehmen.⁷⁶

Doch die Teilung geht allmählich voran. Auf Empfehlung des Majors Vierordt schlägt das Oberamt Bühl den Landkommissar Ludwig von Rastatt zum Geometer vor, und dieser erhält auch die Zustimmung der anderen beiden Ämter. Als Gehilfe wird ihm der ortenauische Geometer Walz zugeteilt.

Aber wie kann man vermessen, wenn keine Vermessungspunkte da sind? Darum mußten umgeworfene Steine wieder aufgerichtet und zerstörte erneuert werden. Am schwierigsten war die Lage in der oberen Mark, denn dort gab es keine Grenzsteine.⁷⁷

Viel Arbeit gab es zu tun. Grund und Boden mußten abgeschätzt und in Klassen eingeteilt werden. Dazu wurden fünf Abschätzer bestimmt. Die Gemeinden hatten es unterlassen, ihre Deputierten zu ernennen. Sie mußten aufgefordert werden, es endlich nachzuholen. Nicht voran gehen wollte

auch die Zusammenstellung der bürgerlichen Haushaltungen. Wiederholt wurden die Gemeinden aufgefordert, die vorbereiteten Listen auszufüllen, denn ohne ihre Angaben war eine Aufteilung der Lose nicht möglich. Nochmals wurde darauf hingewiesen, daß Hintersassen und Auszügler, Leute die ihr Vermögen übergeben haben und im Hause eines steuerbaren Aktivbürgers gemeinschaftlich wohnen, von den Losen ausgeschlossen sind und daß die Witfrauen nur mit einem halben Los anzusetzen sind. Außerdem muß die Holzkompetenz von Pfarrer und Lehrer in Anrechnung gebracht werden. Ferner müssen die mittleren Holzpreise der dortigen Gegend von der Forstbehörde bestätigt werden.

Schließlich kam auch am 21. 12. 1807 ein Vertrag zwischen der Herrschaft und den Markgenossen über die herrschaftliche Verzichtleistung auf das Eigentum an dem Walddistrikt zustande, der ihr 1565 zugesprochen worden war sowie ihrer markherrlichen Rechte. Die Markgenossen verpflichteten sich, einmalig die Summe von 35 000 fl in vier unverzinslichen Jahrestermen, vom 20. Dezember vorigen Jahres angefangen, an die Herrschaft „abzutragen“. Das Gesuch der Markgenossen für die Jaucherts Feld, die urbar gemacht worden sind, ein Zehntsurogat von 30 Kreuzer zu gestatten, wurde von oben abgelehnt.⁷⁸

Dank der gründlichen Vorbereitung durch die zur Markabteilung eingesetzte Kommission unter Franz von Lasollaye und Hinterfad konnte bereits am 6. 4. 1809 dem Amt Sasbach mitgeteilt werden, daß die Unterabteilung vorgenommen werden könne. Zur Projektierung wurden Forstmeister Großholz und Forstinspektor Hosp bestimmt. Sie hatten sich bereits an Ort und Stelle begeben, um sich mit den Instruktionen zur Teilung zu befassen. Am 6. Oktober wurde dem Gericht Sasbach vom Oberamt Achern mitgeteilt, daß die Regierung des Mittelrheinkreises das unter dem 3. August zustande gekommene Projekt der Teilung durch Erlaß vom 19. August 1809 genehmigt und den Vollzug angeordnet hat.⁷⁹

Die Aussteinerung der verschiedenen Distrikte erfolgte in einer im Schreiben vom 9. 9. festgelegten Reihenfolge.⁸⁰

Begonnen wurde mit der oberen Mark: Lauf, Sasbachwalden, Sasbachried, Obersasbach und Grimmerswald. Es folgte die untere Mark: Zell, Obersasbach, Lauf, Fünfheimburgerwald, Unzhurst, Haft und Walzfeld, Sasbach, Sasbachwalden, Gamshurst, Großweier, Stadt Achern, Kirchspiel St. Johann in Oberachern, Fautenbach und Önsbach. Da es sich in der unteren Mark um 21 Distrikte handelte, kann man erkennen, wie schwierig die Teilung war.

Die einzelnen Gemeinden hatten sich am festgesetzten Tag mit ihren Vorgesetzten und Urkundspersonen einzufinden, außerdem die erforderlichen Grenzsteine bereitzulegen, deren Form und Beschriftung genau vorge-

schrieben war. Die Stelle, wo der Lochen gesetzt werden sollte, war durch den Geometer Walz bestimmt worden, in dessen Gegenwart der Stein eingegraben wurde. Walz wurde auch im Auftrag der Regierung angewiesen, den einzelnen Gemeinden Risse ihres Distriktes anzufertigen. Die Vermessungskosten für den Geometer Ludwig und Forstmeister Großholz betrugen 767 fl.

Am 9. 9. 1809 endigt die Geschichte der Großweierer Mark. Wohl gegen 1000 Jahre mag sie bestanden haben. Trotz dieser langen Dauer und mancherlei Eingriffe blieb ihr Bestand im großen und ganzen gewahrt und das Nutzungsrecht der Bürger der sieben Kirchspiele unangefochten. Die Erinnerung an sie ist im allgemeinen Bewußtsein geschwunden. Nur die Mark, ein größeres Waldgebiet westlich von Fautenbach, erinnert an sie. Aber auch Flurnamen wie Eichholz, Eichelgarten zeugen von den Bemühungen verschiedener Gemeinden, durch Pflanzen von Eichen am Ende des 18. Jahrhunderts wieder zu eigenem Wald zu kommen. Die Gemeinde Achern erhielt als Anteil 722 Morgen. Sie wurden so aufgeteilt, daß jeder „Aktivbürger“ zwei Morgen erhielt, einen zu Wiesen, den anderen zu Ackerfeld.⁸¹

Anmerkungen

- 1 A. Feßler, Mark- und Waldgenossenschaften der Ortenau, in: Badische Heimat. Offenburg und die Ortenau, hrsg. von H. E. Busse 22/ 1935, S. 95–102.
- 2 H. M. Pillin, Die rechtsrheinischen Herrschaftsgebiete des Hochstiftes Straßburg im Spätmittelalter. Diss. Freiburg 1966, S. 2, Anmerkung 2.
- 3 Regesten der Markgrafen von Baden und Hachberg, 4. Bd. Nr. 10, 563.
- 4 GLA 66/ 3152.
- 5 K. Reinfried, Die Pfarreien zwischen Oos und Rench. FDA NF II 1910, S. 98 ff.
- 6 Mon. Germ. DO III 598 n. 157.
- 7 A. M. Burg, Kloster Honau. Ein geschichtlicher Überblick, in: Die Klöster der Ortenau, hrsg. von W. Müller. Ortenau 58/ 1978.
- 8 Hof- und Markrecht zu Sasbach. 1432. ZGO 8/ 1857, S. 147–154, 36.
- 9 Regesten, vgl. Anmerkung 3.
- 10 Votum über die vorhabende Abteilung der Großweierer Mark und zweier zur Kappler oberen Mark gehörigen Bezirke. GLA 129/ 48. Abgk. Votum.
- 11 Votum.
- 12 Votum.
- 13 Votum.
- 14 Brevis descriptio vom 12. 10. 1559. GLA 67/ 773.
- 15 Votum.

- 16 H. Büttner, Franken und Alemannen in Breisgau und Ortenau. ZGO 91/1939. S. 323–360. Ders., Geschichte des Elsaß I. Berlin 1939. D. Kauß, Die mittelalterliche Pfarrorganisation in der Ortenau. Bühl (Baden) 1970. R. Christlein, Die Alemannen. Stuttgart u. Aalen 1978.
- 17 H. Ronge, Die Germania des Tacitus und die wichtigsten antiken Schriftstellen über Deutschland. München 1944, S. 18/19.
- 18 Aus der Güterordnung Ludwigs des Frommen für Aquitanien, um 794/5, in: Quellen zur Allgemeinen Geschichte des Mittelalters, hrsg. von G. Guggenbühl u. O. Weiss, Zürich 1946, S. 54.
- 19 Abgesehen von der älteren Literatur sei hingewiesen: M. Wellmer, Zur Entwicklungsgeschichte der Markgenossenschaften. Der Vierdörferwald bei Emmendingen. Diss. Freiburg 1938. K. S. Bader, Dorfgenossenschaft und Dorfgemeinde. Weimar 1962. W. Rösener, Bauern im Mittelalter. München 1985. Fr. Wernli, Zur Frage der Markgenossenschaft. Studien zur Geschichte der mittelalterlichen Verfassungsgeschichte III. Heft, 1986.
- 20 H. Schneider, Das Wasserschloß in Großweier, in: Burgen und Schlösser in Mittelbaden (Hrsg. Hugo Schneider) Ortenau 64/1984, S. 172–173. K. Bönsch, Ortschronik von Großweier. Hrsg. Stadt Achern – Ortsverwaltung Großweier, 1986.
- 21 Grenzbeschreibung der Landvogtei Ortenau von 1725. Landgericht Achern. Stadtarchiv Offenburg.
- 22 Philipp Ruppert, Altbadischer Besitz in der Mortenau. 2. Das Amt Großweier. Konstanzer Beiträge zur badischen Geschichte Altes und Neues. Konstanz, 1888.
- 23 Schreiben an das Oberamt der Landvogtei Ortenau vom 2. Juni 1775. Gemeindearchiv Sasbach.
- 24 Eine Zusammenstellung der auf das Großweierer Burglehen sich beziehenden Urkunden enthält K. Reinfried, Burg, Mark und Amt Großweier. Acher- und Bühler Bote Nr. 62 vom 16. 3. 1902. Vgl. auch H.-P. Sattler, Die Ritterschaft der Ortenau in der spätmittelalterlichen Wirtschaftskrise. Besitzungen Großweier. Ortenau 45/1965, S. 45.
- 25 Pillin, a.a.O., S. 72/73.
- 26 Pillin a.a.O., S. 73.
- 27 Der Markspruch über die Großweierer Mark errichtet anno 1506. GLA 66/3152.
- 28 1410. Weistum der Großweierer Markgenossenschaft, hrsg. von Philipp Ruppert, vgl. Anmerkung 22, S. 64–67.
- 29 Hof- und Markrecht zu Sasbach. 1432, hrsg. von Fr. J. Mone. ZGO 8/1857, S. 147–154.
- 30 Pillin, a.a.O., S. 73.
- 31 Markspruch von 1506.
- 32 Hof- und Markrecht zu Sasbach 8–12.
- 33 Markspruch 1506, 5.
- 34 do., 7.
- 35 Hof- und Markrecht zu Sasbach 16, 17, 18.
- 36 Markspruch 1506.
- 37 Schreiben der Großherzoglichen Kommission an Obervogteiamt 1808 4.9. GA. Sasbach.
- 38 Großweierer Amtslagerbuch von 1599. GLA Berein 3159.
- 39 Vgl. Anmerkung 29.
- 40 Vgl. Anmerkung 28.
- 41 Vgl. Anmerkung 27.
- 42 Politische Korrespondenz der Stadt Straßburg. Nr. 197, Straßburg 1882. – Bawrisch Vertrag in Ortenaw A 1525. GLA Co 2222.
- 43 Vgl. Anmerkung 28.
- 44 Regesten Nr. 1474.
- 45 Ph. Ruppert, Kurze Geschichte der Stadt Achern. Urkunden – Beilagen. 1512. Die Markgerichtsordnung, S. 124–126.

- 46 Der Name Noppenlinde findet sich in den Urkunden von Achern nur im Zusammenhang mit dem Markgericht. Wer Noppo war ist unbekannt, ist auch in den Urkunden von Achern nirgends bezeugt. Vgl. Josef Börsig, Geschichte des Oppenauer Tales. Oppenau 1951. Anmerkung II, S. 114.
Die Richtigkeit der Vermutung – Nähe der Nikolauskapelle – wird bestätigt durch eine Eintragung in unserer lieben Frauen Pfarrkirchenrechnung von 1773 „aus einem Grasgarten bei der Gerichtslinde 4 b. (Depositum Achern EAFr).
- 47 Votum.
- 48 Votum – Vgl. auch K. Stiefel, Baden 1648–1952. Karlsruhe 1977. Bd. II, S. 933 ff.
- 49 Kopie eines undatierten Schreibens (vermutlich 1778), GA Sasbach.
- 50 Vgl. Anmerkung 45.
- 51 Schreiben an Oberamt der Landvogtei Ortenau v. 2. 6. 1775, GA Sasbach.
- 52 Vgl. Anmerkung 49.
- 53 Die Angaben sind entnommen dem Votum von 1794.
- 54 Ortenauer Stockurbarium de anno 1724. StA Offenburg.
- 55 Dem Markgrafen von Baden überreichtes Klage libell von den Markzwölfem der Markgrafschaft Baden vom 16. 8. 1725, GA Sasbach.
- 56 Votum.
- 57 Vgl. Anmerkung 10.
- 58 Vgl. Anmerkung 10.
- 59 Schreiben vom 4. 7. 1783, GA Sasbach.
- 60 Bericht des Oberamtes Iberg v. 23. 3. 1802, GLA 129/48.
- 61 Votum zum Iberger Amtsbericht. 26. 6. 1802, GLA 139/48.
- 62 Protokoll v. 2., 8., 10. 4. 1783, GA Sasbach.
- 63 Zeugnis v. 4. 6. 1783, GA Sasbach.
- 64 Schreiben v. 21. 7. 1785, GA Sasbach.
- 65 Schreiben v. 16. 1. 1787, GA Sasbach.
- 66 Vgl. Othmar Spann, die Haupttheorien der Volkswirtschaftslehre L 3, Leipzig 1933.
- 67 Vgl. Clemens Zimmermann, Reformen der bäuerl. Gesellschaft. Studien z. aufgeklärten Absolutismus in d. Markgrafschaft Baden 1750–90. Scripta Mercaturae Verlag St. Katharinen. 1983.
- 68 Vgl. Landwirtschaft und Grundherrschaft. Ihre Entwicklung unter Joseph II. Amt d. niederösterreichischen Landesregierung Abt. III 2. Katalog d. niederösterreichischen Landesmuseum N. F. U. G 95, Wien 1980.
- 69 Über die Windeckschen Genossenschaftswaldungen, vgl. Karl Hasch, Herrenwies und Hundsbach. Ein Beitrag z. forstl. Erschließung des nördl. Schwarzwaldes. Horb a. N. 1984, S. 20 ff.
- 70 Schreiben d. Kardinal Mans v. 1. 10. 1791, GA Sasbach.
- 71 Schreiben v. 2. 10. 1791, GA Sasbach.
- 72 Unterachern, 3. 10. 1791, GA Sasbach.
- 73 Schreiben v. 23. 3. 1802, GLA 129/48.
- 74 Schreiben d. V. A. Yberg v. 26. Juni 1802, GLA 129/48.
- 75 Votum v. 26. 6. 1802, GLA 129/48
- 76 Berichte v. 11., 12., 13., 8. 1802, GLA 129/48.
- 77 Oberforstamtsbericht v. 13. Juni 1803, GLA 139/48.
- 78 Vertrag v. 21. 12. 1807, GLA 139/48.
- 79 Schreiben v. 6. 10. 1809, GA Sasbach.
- 80 Ordnung d. Hauszeitung v. 9. 9. 1809.
- 81 Schreiben v. Oberbürgerm. Frisch v. 20. 9. 1810, GLA 129/55.

Name, Wappen und Siegel der Herren von Hornberg, ihre Bedeutung und Veränderung

Wolfgang Neuss

In der Frühzeit nennt man das Geschlecht nicht nach seinem Haus und Herrensitz; es war die Zeit der Einnamigkeit; das Geschlecht wird erst seit dem 11. Jahrhundert ein rechtlich scharf abgegrenzter agnatischer (blutsverwandter) Verband, der Träger einer an den Sitz, die Burg, gebundenen Herrschaft ist. Seitdem grenzen sich die einzelnen Adelsgeschlechter und Adelshäuser auch rechtlich gegeneinander ab.

Zur Problematik von Familie, Sippe und Geschlecht, Haus und Dynastie beim mittelalterlichen Adel schreibt Karl Schmid im 105. Bd. ZGO.:

„Mit der Nennung der Burg ist nicht nur der Name des Sitzes gemeint, sondern auch der Hauptsitz der Familie des Adligen und seiner Familie gedacht.“

Der Brauch des Adels, sich nach seinem Stammsitz zu nennen, ist ein wichtiges Kriterium für die Ausbildung seiner Herrschaft.

Diese Entwicklung ist mit der späteren Gepflogenheit der Adligen, die nunmehr mit redenden Wappen siegeln und diese im Schilde führen, in Zusammenhang zu bringen.

Nur Adelige durften im Mittelalter mit S. NOBILIUM siegeln, was bedeutete, daß sie „Nobilitas“ blutsmäßig von hoher Abstammung waren. Ihre Ehen mußten ebenbürtig sein.

Es gibt keine Herrschaft, keinen Adel, keine adelige Vollfreiheit (im Gegensatz zur ministerialischen Minderfreiheit) ohne ein Minimum an Eigen-Grundbesitz mit Herrenhaus und Eigenleuten.

An diesem Minimum, dem *praedium libertatis*, hängt, zusammen mit der kultischen und gerichtlichen Selbständigkeit, die „Freiheit“ des Adels, die die einzige Vollfreiheit des Mittelalters ist.

Es ist bekannt, daß im Mittelalter nur der Freie für ein Kloster stiften durfte.

Erbe, Besitz, Herrschaft, Adel und Freiheit gehörten untrennbar zusammen. In der aristokratischen Welt des Mittelalters waren Macht und Reichtum ein hoher Wert; sie verschafften Ehre, Ansehen, soziales und

politisches Prestige. Die Zeugenfolge bei Beurkundungen und Bezeugungen richtete sich demnach streng nach Rang und Ansehen.

Schon das erste Auftreten des Stammvaters der Hornberger „Adalbertus de Horenberc“, die sich auf ihrer Stammburg Alt-Hornberg Freiherren von Hornberg nannten, macht deutlich, daß die aufgeführten Kriterien des Mittelalters für die Hornberger Geschichte von Bedeutung sind, denn Adalbertus wird im Jahre 1093 auf der Weiheurkunde des Zähringer Hausklosters in St. Peter als Zweiter nach dem Grafen von Gammertingen genannt.

Diese hervorragende Plazierung in der Zeugenfolge wird durch die Mitteilung Sütterlins bestätigt (Geschichte Badens Bd. I. 1965), daß an der Kettenfeier in St. Peter auch der Graf von Calw und Wilhelm von Burgund, die späteren Schwiegersöhne Bertholds II., die Äbte von Hirsau, Schaffhausen, Peterhausen, Ettenheim, St. Blasien und St. Georgen teilgenommen haben.

Es kann deshalb angenommen werden, daß Adalbertus de Horenberc einem angesehenen, einflußreichen und adeligem Geschlecht angehörte. Seine Namensgebung de Horenberc bringt zum Ausdruck, daß der Aufbau der Herrschaft Hornberg 1093 abgeschlossen und Alt-Hornberg der Sitz seiner Familie war.

Es ist bekannt, daß die Hornberger schon früh über einen großen Besitz verfügten und selbst in Freiburg und Emmendingen reich begütert waren. Sütterlin nennt in seinem Buch „Die Geschichte Badens“ Bd. I. 1965 unter den auf der Reichenau auftretenden Stifterfamilien die auf der Baar und dem Schwarzwald beheimateten Freiherren von Dürnheim, von Ramstein, von Hornberg und von Wartenberg.

Auch das Ehepaar Burkarten von Hornberg, einer der drei Söhne unseres Adalbertus de Horenberc, macht den Adel der Familie deutlich. Seine Ehe mit Wilpurg, der Tochter des Grafen von Zimmern, war standesgemäß.

Die Siegelung der Nachkommen Bruno und Friedrich von Hornberg 1296 mit dem Zusatz S. NOBILIUM beweist ebenfalls, daß sie adelige Vorfahren hatten und selbst adelig waren.

Es folgt eine Aufzählung der von den Herren von Hornberg bis zu ihrem Abgang benutzten Schreibweise ihres Namens und die verschiedenen Formen von Wappen und Siegel:

Das erste redende Wappen der Hornberger finden wir auf der Handschrift 580a in der Zimmerschen Chronik, S. 75. (Fürstl. Fürstenb. Hofbibliothek Donaueschingen 4. Auflage 1578) Sie zeigt das Ehewappen des Burkarten v. Hornberg, Sohn des Adalbertus de Horenberc, der im Jahre 1109 Wilpurg, die Tochter des Grafen Albrecht von Zimmern geheiratet hat. (Abb. 1)

1121 die Grabstätte Adalbertus de Horenberc, des ersten Hornberger Freiherren im Kloster St. Georgen. (Abb. 2)

1132 Bruno et Conradus de Hornberch

1148 Brunone de Hornberg et fratibus eius Burcardo et Conrado

Zwischen 1152–1186 Wernheruf de Horinberc

1211 Wernheruf de Horinberch

1219 Bruno et Wernherus fratres de Hornberc

In der Mitte des 13. Jh. lebte der Minnesänger Bruno v. Hornberg. Sein Bildnis ist im Codex Manesse „Die Miniaturen der großen Heidelberger Liederhandschrift Insel“ auf Tafel 81 abgebildet. (Abb. 3)

1264 Friedrich von Hairenberg (Hornberg).

1268 wird in Rottweil die Dominikanerkirche (jetzt ev. Stadtkirche) gebaut. Welche Beziehung Hornberg zu dieser Zeit nach Rottweil hatte, ist nicht bekannt. (Abb. 4)

1296 siegeln die Brüder Friedrich und Bruno von Horenberch gemeinsam. Auf dem Siegel, rund, in dreieckigem, von zwei auf einem Berg knienden jugendlichen Gestalten gehaltenen Schilde zwei auf drei Bergen mit ihren Spitzen aufstehende Hörner, hinter dem Knaben rechts FRIEDRICH, hinten links BRUNO. Umschrift: S'NOBILIUM. DE. HORENBERCH. (Abb. 5)

1297 Frideriche und Brunen von Horenberg

1306 Brunen von Horenberg als Zeuge. Siegel rund, Schild: zwei mit Mundloch auf Dreiberg gestützte Jagdhörner, Umschrift: BRUNONIS. DE. HORNBERG. (Abb. 6)

1314 Friedrich von Hornberg, Siegelung: Schild über Dreiberg zwei gestützte Jagdhörner. Umschrift: S. FRIDERICI. DE. HORNBERG. (Abb. 7)
Friedrich und Bruno siegeln einzeln.

1344 Friedrich von Hornberg, Ritter. Siegelung: im stark herausgearbeiteten Schilde zwei Hörner auf dreigipfeligem Berge; S. FRIDERICI. DE. HORNBERG. FUB V Nr. 474.

1360 Heinrich von Horenberg und Brunlin. Siegelung: Siegel sehr beschädigt, mit drei Bergen, wovon der mittlere der höhere, auf demselben zwei Hörner, die mit ihren Spitzen auf dem Berge aufgesetzt sind, zwischen diesen, über den Bergen schwebend, scheint noch etwas zu sein, was aber nicht mehr zu erkennen ist.

Umschrift: (S) hENRI . . . TIS. DE. hORNBERG.

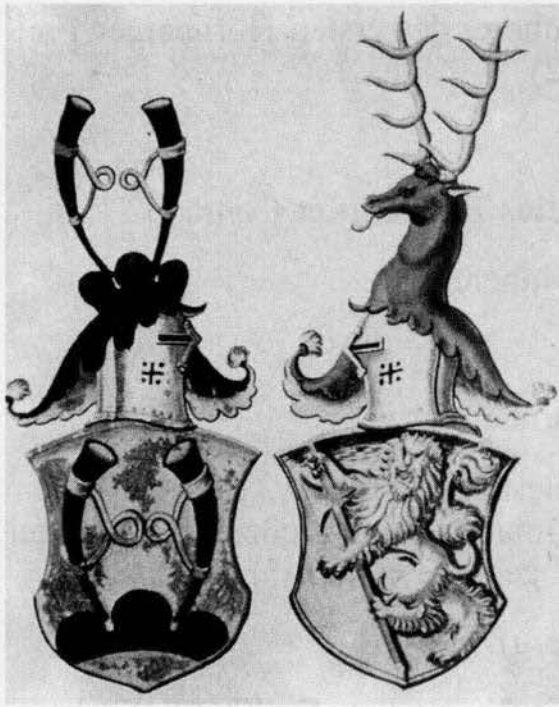


Abb. 1
 Auf dem Schild drei schwarze Berge, darauf zwei schwarze aufstehende Füllhörner mit Goldbesatz gegeneinander geneigt. Auf der Helmzier darüber ebenso
 Repro: Georg Goerlipp, Donaueschingen

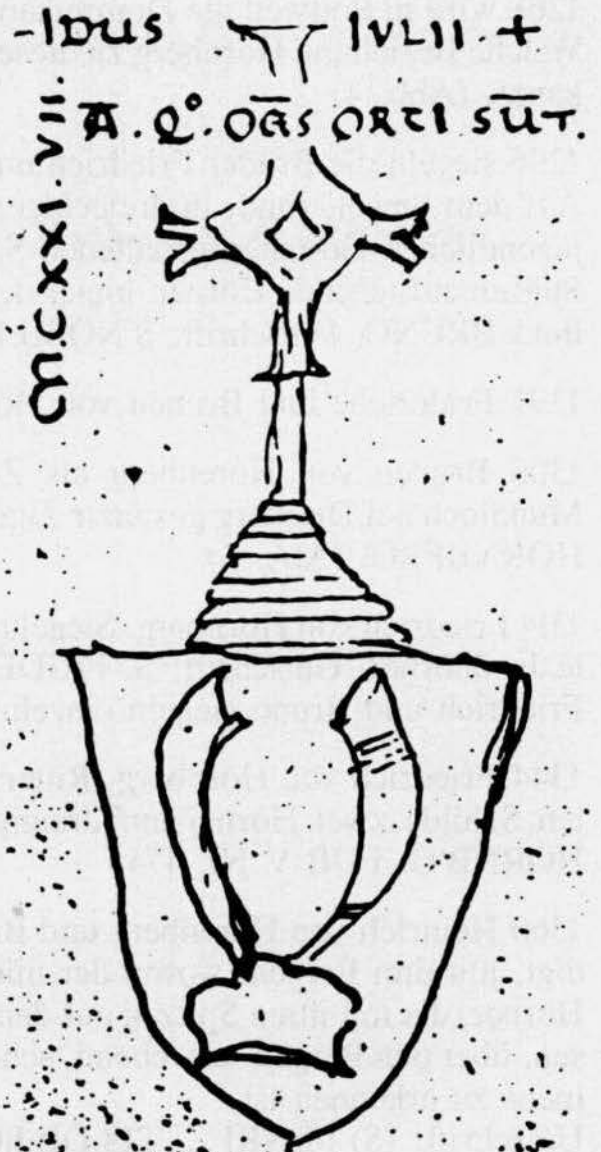


Abb. 2
 Auf der Grabplatte der Herren von Hornberg, wie bereits schon beschrieben, der hornbergische Schild über den drei Bergen mit dem aufgesetzten Stabkreuz

Abb. 3
 Das Hornberger Wappen in Gold
 und rot umrandet, Hörner schwarz
 mit roter Zier, Berge schwarz, da-
 neben goldene Hörner mit goldener
 Gesichtsmaske



Abb. 4
 Auf dem Schlußstein des Gewölbes
 in der Sakristei der ev. Rottweiler
 Stadtkirche ist das Wappen der
 Hornberger zu sehen
 Repro: Stadtarchiv Rottweil



Abb. 5
 Wappen von 1296
 Repro: Freiburger Urkundenbuch,
 Bd. II. Siegeltafel 13, Schrifttafel
 15, Bild 74



Abb. 6
 Siegel von 1306
 Freiburger Urkundenbuch Bd. II
 Siegeltafel 9, Bild 76



Abb. 7
 Siegel von 1314
 Freiburger Urkundenbuch Bd. II
 Siegeltafel 9, Bild 77

Mit demselben Bilde, ohne daß sich etwas zwischen den Hörnern befindet.
 S. BRVNO. MILITIS. D' hORNBERG.

1361 Hainrich von Hornberg, Herrn Friederich sel. Sohn, Ritter. Siegel:
 zwischen den Hörnern inmitten des Schildes eine runde Erhöhung. FUB II
 Nr. 354.

1361 zeigt das Wappen eines S. Cunradi. DCI. HORNBERG (Gauchgeselle).
 Bei seinem Wappen sind die zwei bekannten Hörner über den drei Bergen
 gekreuzt (Gauch: Narr). (Abb. 8)

1368 Hamann v. Hornberg, ein Edelknecht. Siegelung: im stichförmig ge-
 gitterten Siegelfeld das hornbergische Wappen, S. HAMANI. DE.
 HOR. BERG. FUB II Nr. 412.

1369 „uf die von Horemberg“

1404 verschreibt Brun v. Hornberg den Grafen von Württemberg seinen An-
 teil an Burg und Stadt Hornberg. Das Siegel des Ausstellers: Schild ohne
 Helm, darin auf dreigipfeligem Berg zwei gestürzte Hörner. (Abb. 9)

Das Wappen des Heinrich v. Hornberg, Probst von Herzogenbuchsee im
 Canton Bern. (Abb. 10)

Abb. 8
 Wappen von 1361
 Aus der Wappenkartei der Stadt
 Freiburg

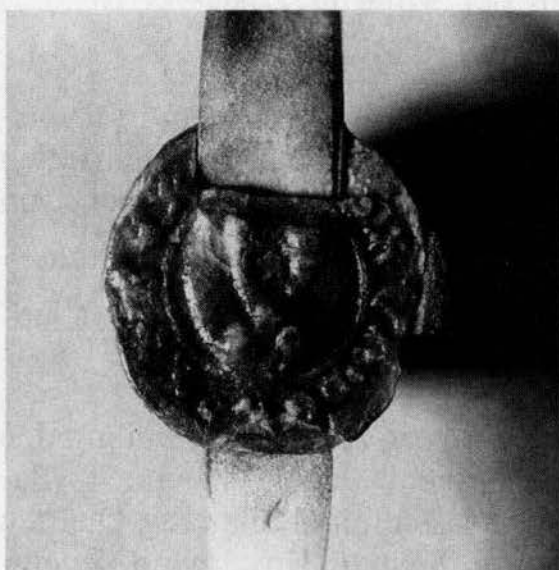
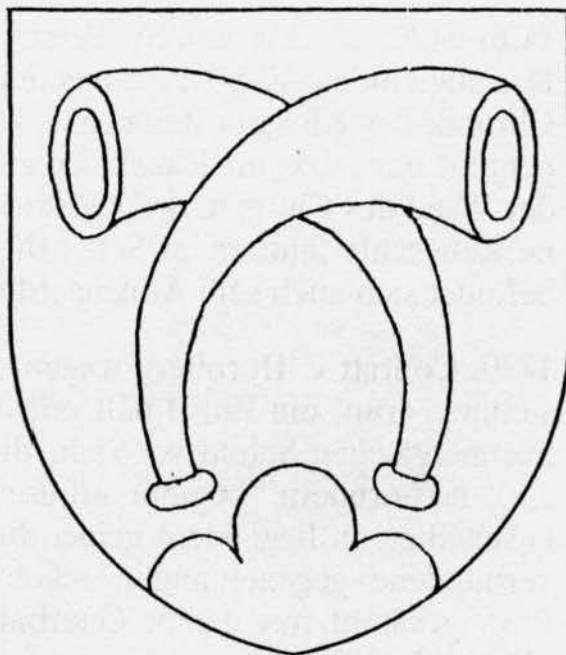


Abb. 9
 Wappen von 1404
 BRVN.DE.HORNBERG FUB III
 Nr. 14
 Repro: Georg Goerlipp, Donau-
 eschingen

Heinrich von
 Hornberg 1404
 Lij.



Abb. 10
 Das Wappen des Heinrich von
 Hornberg
 Repro: Wolfgang Neuss, Hornberg

1416–1427; 28. Abt von St. Peter; 52. Abt. auf der Insel Reichenau, 1427. Das abgebildete Wappen ist aus dem Klosterarchiv von St. Paul in Kärnten, Chronik des Klosters Reichenau 716/2680. Sein Wappen ist auch im Wappenbild der Äbte im Hauskloster St. Peter abgebildet. Sein Bildnis ist an der Wand des Chors in der Klosterkirche auf der Reichenau aufgemalt. Seine Ruhestätte fand er im Seitenflügel des Kirchenraumes. In seinem Grab befindet sich auch sein Amtsnachfolger Heinrich von Wartenberg. (Abb. 11)

1439, Conratt v. Hornberg wegen seiner Schuldbriefe. Die Siegel des Ausstellers: grün, ein Engel hält mit beiden Händen den halbrechts gelehnten hornbergischen Schild vor sich, die vom Schild unterbrochene Umschrift: „... de hornberg“ beginnt auf der rechten Seite mit seiner Gemahlin; sehr beschädigt; in liegendem geigenförmigen Rahmen zwei durch eine Schnur verbundene gegeneinander gekehrte Schilde, rechts der hornbergische, links gesäumt mit einem Querbalken in der Mitte (... na. vo. ro ...). (Abb. 12 + 13)

Dies war das Wappen des Conrad v. Hornberg, der 1442 in einem Freiheitsbrief den Bürgern der Stadt Hornberg beachtliche Rechte, wie den freien Ab- und Zugang für jedermann, gewährt hat. Ab 1423 wird Hornberg von einem württembergischen Obervogt verwaltet (Aubrecht v. Neueneck).

Im Oberbadischen Geschlechterbuch Bd. II 1905, S. 113, beschreibt J. Kindler von Knobloch das Wappen der Hornberger wie folgt:

Das redende Wappen der Edelherrn von Hornberg zeigt in G. zwei mit den Mundlöchern auf einem # Dreiberge gestürzte # Jagdhörner mit g. Beschlag an Mund und Schalloch; H.: auf # Kissen mit dergleichen Quasten an g. Knöpfen ruhend ein solches Horn mit g. Schnur; Hd.: # g. (Neuerer Miltenberger Wappencodex, fol. 161); der Schild und Hd. wie vor, aber die Hörner ganz #; H.: auf # Kissen mit r. Quasten an g. Knöpfen liegend ein g. Horn mit zwei s. Querstreifen und g. Schnur (S. Bueheler, fol. 97a); wie zuletzt beschrieben, jedoch die Schallöcher s. gerandet und der Berg grün; H.: (ohne Kissen) ein liegendes s. Jagdhorn mit r. Schnur; Hd.: rot (Älterer Donaueschinger Codex, fol. 133); in S. auf gr. Dreiberge die Jagdhörner # mit r. Schnüren; auf r. Topfhelme ruhend ein im Schalloch mit einem Pfauenfederbusche bestecktes g. Jagdhorn mit r. Schnur (Züricher Wappenrolle, Nr.: 93).

Bei den folgenden Darstellungen erscheint der Dreiberge freischwebend und zwar in G. # mit # Hörnern; H.: auf g. Kissen mit # Quasten ein liegendes # Jagdhorn mit g. Schnur; Hd.: # g. (Wappenbuch des G. von Stadion, pag. 166); bez. H.: auf # Kissen mit # Quasten an g. Knöpfen ein # Horn mit g. Beschlage am Schallocke und g. Schnur; Hd.: golden (Älterer Donaueschinger Codex, fol. 133a); die # Hörner mit je zwei g. Ring-

Abb. 11
Bildnis aus der Klosterkirche Reichenau
Repro: Wolfgang Neuss, Hornberg



Abb. 12
Siegel von 1439, Nov. 1 (Sign. Ab-
tlg. Selecta, Vol VII/20)
Repro:
G. Goerlipp, Donaueschingen



Abb. 13
Wappen des Conratt v. Hornberg.
Repro:
G. Goerlipp, Donaueschingen

beschlägen; H. auf # Kissen mit g. Quasten ein g. Horn mit # Schnur (Wappencodex Reiber, fol. 159a und Wappencodex des Vereins Herold, pag. 317); die Hörner # auf s. Dreiberge; H.: ein # Jagdhorn mit g.

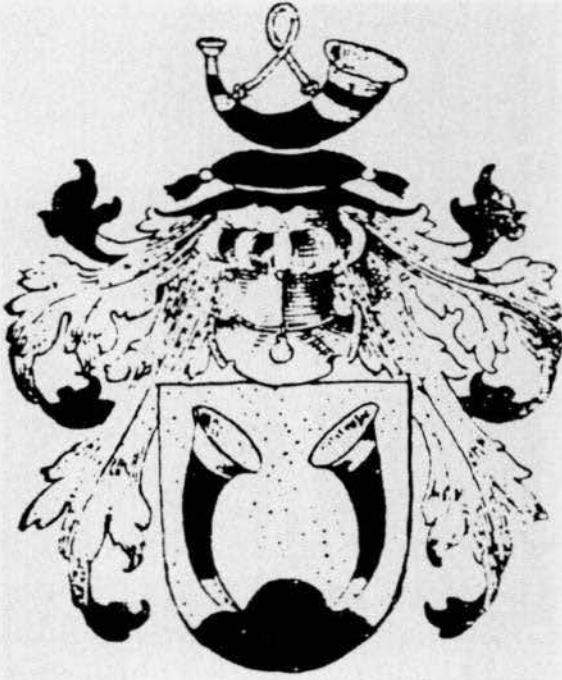


Abb. 14
Das im Oberbadischen Geschlechterbuch abgebildete Wappen
Repro: Wolfgang Neuss, Hornberg



Abb. 15
Das heutige Wappen der Stadt Hornberg
Repro: Wolfgang Neuss, Hornberg

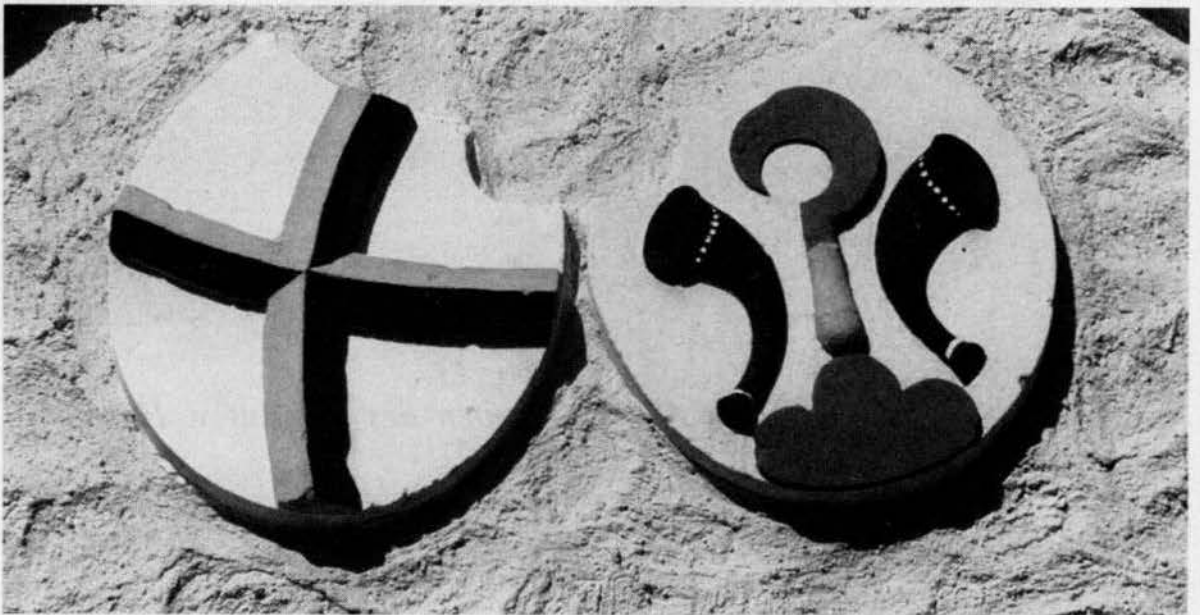


Abb. 16
Das heutige Siegel und Wappen der Gemeinde Ebringen
Repro: Wolfgang Neuss, Hornberg

Schnur; Hd.: # g. (S. Bueheler, fol. 98). Über schwebendem # Dreiberge schwebend in Gold zwei # Hörner mit r. Schnur und Schalloch und dergleichen g. Hörner auf dem Helme aufstehend gibt die Heidelberger Liederhandschrift XL, 1 als das Wappen des Minnesängers Bruno von Hornberg.

Die zahlreichen erhaltenen Siegel des Geschlechtes zeigen den Dreiberg mal wachsend, bald schwebend, die Jagdhörner meistens aufstehend, seltener schwebend; auf dem Helme das liegende Jagdhorn teils mit, teils ohne Schnur und Kissen. (Abb. 14)

Zeichenerklärung: g.= golden oder gelb; s.= silbern; w.= weiß; r.= rot; b.= blau; gr.= grün; # = schwarz; H.= Helm; Hd.= Helmdecken.

Auf den aufgezeigten Wappenbildern und Siegeln ist zu sehen, daß die sich über den drei Bergen befindenden Jagdhörner 1093–1439 stets aufstehend und gegeneinander geneigt sind, also vom Anbeginn der Herrschaft der Hornberger Herren bis zum Abgang der Burg und Stadt an die Württemberger (so auch in der Züricher Wappenrolle).

Schon mit den ältesten Siegeln haben die Herren von Hornberg rechtsverbindlich für Stadt, Burg, Land und Leute von Hornberg beurkundet. Sie sind deshalb auch für die Stadt die ältesten Siegel.

Die späteren Siegel, wie das heutige Stadtsiegel (Abb. 15), zeigen die Hörner über den drei Bergen abgehend, jedoch nicht mehr aufstehend, was nur damit zu erklären ist, daß die Herrschaft Hornberg nach ihrem Niedergang an die Württemberger abgegangen war, also abgehend wurde.

Bei der Entstehung der Stadt, etwa um 1200, waren die Hörner auf jeden Fall aufstehend.

Auch das Wappen der Gemeinde Ebringen, wo Friedrich von Hornberg um 1300 auf dem Schneeberg eine Burg baute, zeigt die beiden Hörner über den drei Bergen abgehend. Nur ein zwischen die Hörner gesetztes Rebmesser zeigt den Unterschied zwischen Ebringen und Hornberg. (Abb. 16)

Während der Zeit der Hornberger als Besitzer der Schneeberg und Stadt Ebringen hatten diese stets Anteile an Burg, Stadt, Land und Leuten von Hornberg. Erst beim Abgang Hornbergs verkauften sie ihre Anteile an die Württemberger.

Nicht erst „newlich erfunden“: Fünf Jahrhunderte Kurbetrieb in Bad Rippoldsau

Adolf Schmid

Das Kur- und Heilbad Rippoldsau hat einen guten Namen. Viele Patienten erwarten dort jahraus und jahrein Heilung bei Herz- und Gefäßerkrankungen, bei Rheuma und Stoffwechselproblemen, bei Krankheiten der Atmungsorgane. Die Lage am Südhang des 1000 m hohen Kniebis, die Verkehrsrue abseits der großen Verkehrswege, das milde Reizklima, die staub- und nebelfreie Tallandschaft und andere Faktoren schaffen eine gelungene Harmonie. Aber von großer Bedeutung sind natürlich die Kurmittel¹: Natrium-Calcium-Sulfat-Hydrogencarbonat Säuerlinge für die Bade- und Trinkkuren, Moorbäder und Moorpackungen, Inhalationen, Kneippsche Anwendungen, Lymphdrainage, alle möglichen Diätformen u. a. Die Kureinrichtungen sind auf modernstem Stand: das Kurmittelhaus mit dem Mineralbewegungsbad, gespeist aus der Leopolds- und der Fürstenquelle; die Trinkhalle, wo sich jeder mit dem Heilwasser der Josefs-, der Wenzels- und der Theresienquelle laben kann, u. a. Und alles als Voraussetzung für eine Vierjahreszeitenkur seit den 20er Jahren unseres Jahrhunderts. Jeder kann feststellen: Tradition und Fortschritt gehen hier gut zusammen, gut auf der Höhe der Zeit, weg von der Bäderromantik, offen für eine moderne Kur- und Rehabilitationsmedizin. Nach wie vor ist Rippoldsau kein Massenkurort, genug ist hier besser als zuviel; dieses Kurtal hat auch für die Zukunft noch viele unverbrauchte Naturreserve.

Die besondere Gunst der Natur zeigt sich vor allem in der Qualität des heilenden Wassers: Über einem älteren Grundgebirgssockel von Gneis und Granit, in den sich die Wolf vom Kniebismassiv herab in Jahrtausenden ihr Tal gegraben hat, finden wir als jüngeres Deckgebirge der Höhenrücken den Buntsandstein, den rot getönten Verwitterungsschutt der Triaszeit. Nicht alles Regenwasser – und es kann ungeheure Massen herunterregnen, wie die Katastrophen vom 3. August 1951 oder vom 15. Februar 1990 es demonstrierten – fließt gleich wieder der Kinzig, dem Rhein zu. Und was an den Südhängen des Kniebis in die Tiefen sickert, erfährt dort eine wesentliche Veränderung, löst Mineralien aus den verschiedenen Gesteinsarten und wird so auf langen Wegen und in langer Zeit angereichert zu „heilendem Wasser“. Wir kommen auf diese Frage zurück.

Seit wann die Benediktinermönche des Klosters St. Nikolaus, das in der Mitte des 12. Jahrhunderts in „Rippoldesowe“ gegründet wurde², auch die Heilkraft des Rippoldsauer Wassers entdeckt, seit wann sie es genutzt und

auch kommerziell verwertet haben, wissen wir nicht genau, ganz gewiß aber seit dem Ende des 15. Jahrhunderts, sicher seit 1490. Im großen Weltgetriebe war dies wohl nur ein ganz kleines Steinchen, aber vor 500 Jahren begann im Rippoldsauer Tal der lange Weg zum prädikatisierten Heilbad.

1490: Erste Urkunde über das „badhuß“

1490: Im Benediktinerkloster St. Nikolaus in Rippoldsau amtierte seit sechs Jahren Eberhard Bletz zu Rodenstein als Prior; wir wissen nicht, wie viele Mitbrüder er zu betreuen hatte, sicher keine große Schar. Die Wirtschaft ließ er umtreiben mit Knechten und Tagelöhnern, die die Benediktiner rings um das Kloster angesiedelt hatten; als Harzer, Köhler, Holzhauer und Flößer taten die Klosterleute ihren alltäglichen, schweren Dienst. Natürlich war auch Wald für Wiesengelände gerodet worden; jeder Tagelöhner sollte doch wenigstens eine Ziege halten können, sich das zum Leben Notwendige selbst erarbeiten. Gerodet wurde vor allem talaufwärts – zwischen dem Klosterkomplex mit den dazu gehörigen Ökonomiegebäuden und einer ganz anderen klösterlichen Anlage, für die die Kulturpioniere des hl. Benedikt ihr frühes Interesse entdeckt hatten, einer Badeanstalt, etwa 1 km nordwärts, eine kleine Viertelstunde nur dem Kniebis zu. Der Besitz des Klosters St. Nikolaus, einer Filiale des großen Schwarzwaldklosters St. Georgen, war eine Enklave im üppigen Territorium der Fürstenberger, die auch „Kastvögte“ waren für diesen geistlichen Distrikt: Sie übernahmen alle Rechtsgeschäfte, eine wirksame Rechtsvertretung für das Kloster, und sie zeigten sich überwiegend großzügig und hilfreich gegenüber der geistlichen Kolonie, z. B. wenn es um Tauschgeschäfte ging, um den Besitz zu „arrondieren“. Meistens wurde dabei verhandelt um Waldbestände. Im Jahre 1500 ging es in der Auseinandersetzung zwischen Prior Eberhard Bletz und dem Grafen zu Fürstenberg konkret um einen Geländetausch, wonach der Graf dem Kloster das „gütli zunechst underm badhuß“ überließ und dafür jährlichen Zins „von des Klosters gut zunechst ob dem bad“ erhalten wollte.³

Aber gehen wir noch einmal zehn Jahre zurück: 1490 hatte Prior Eberhard Bletz dem Fürstenberger Landesherrn in einer ganz ungewöhnlichen Angelegenheit geschrieben, ein Schreiben an den zuständigen Jagdherrn. Er ließ nämlich den Grafen wissen, daß „zu Rypeltzow in der Wolfach ob dem badhuß 5 schwin, 1 grosser hower (Hauer, Eber), 1 lien (Mutterschwein) und 3 frischling by an ander sind“. Der Prior ließ dem Grafen die Bitte übermitteln, er solle „die jager und die hund heruff“ schicken. Und der Prior versicherte pflichtschuldigst: „So wollen wir all zu loffen und darzu helfen, daz sy nider ligen, wann sy mugen uff die berg schnews halb nit kummen, und ligen hie in dem tal by den brunnen.“⁴

Natürlich ist es hier zunächst noch einmal wichtig festzustellen, wem das Herrenrecht der Jagd zustand, den Fürstenbergern nämlich. Bisweilen scheinen sie freilich auf dieses Recht verzichtet zu haben. So lesen wir z. B. bei Wolfarth:⁵ „... anfangs des 16. Jahrhunderts wurden im Kinzigtal von den Bauern die Wildschäden durch Sauen beklagt, was den Fürsten veranlaßte, zur Beruhigung der Bauern auf Widerruf auf sein Jagdregal zu verzichten – ein für die damalige Zeit noch einmaliger Vorgang.“ Es ist leider nicht mehr auszumachen, wie der Graf von Fürstenberg, der übrigens gerade kurz zuvor (13. Februar 1490) von Gangolf von Geroldseck mit der Herrschaft Romberg noch den entscheidenden Rest des mittleren Wolfstals bekommen hatte, auf den Hilferuf des Rippoldsauer Priors reagiert hat. Aber Wildschweine hin oder her – sie waren nun einmal gesichtet worden in der Nähe eines „badhuß“, für das sich der Herr von St. Nikolaus zuständig fühlte, das eindeutig im Besitz der Benediktiner war und dessen Entwicklung und Sicherheit dem Prior offensichtlich am Herzen lagen (Eberhard Bletz blieb übrigens bis 1505 im „monasteriolum“ von „Rippoldesowe“, dann wurde er – wie etliche seiner Vorgänger und viele seiner Nachfolger – zum Abt des Mutterklosters St. Georgen gewählt⁶).

„Gute Schnabelweide“

Wildschweine also verhelfen uns zu dieser ersten Spur der Geschichte des Kurbades Rippoldsau. Es gibt sie immer noch, solche Wildschweine im Schwarzwald, während andere Großtiere, wie Auerochs und Wisent und auch der Bär und der Wolf (die Wappentiere der alten Wolfstalgemeinden Rippoldsau und Schapbach!) aus unseren Wäldern längst verschwunden sind. Den Rippoldsauer Badegästen vor 500 Jahren waren die Borstentiere in der sumpfigen Umgebung des Badhauses offenbar sehr lästig.

Leider haben wir keine Listen, aus denen zu ersehen wäre, welche Gäste damals von Prior Eberhard bzw. durch den Rippoldsauer „Bader“ begrüßt werden konnten. Sicher haben die Mönche selbst diese Gunst der Natur genutzt, und sie haben wohl gerne auch ihre Mitbrüder aus den zahlreichen Niederlassungen der reichen Abtei St. Georgen im Kniebisbad als Gäste willkommen geheißen. Und auch andere Ordensklöster schätzten offensichtlich die Rippoldsauer Kur; so wissen wir z. B. vom Schwarzwaldkloster St. Peter aus den Jahren, als Georg Gaisser⁷ Prior in St. Nikolaus war, daß ständig Zimmer reserviert waren im Klosterbad Rippoldsau. Als Besucher sind natürlich auch die Fürstenberger und ihre Amtsleute zu nennen; Rippoldsau war ja das einzige Bad in ihrem weiten Territorium. Aber es kamen sicher auch ganz „normale“ Bürgersleute aus der Nachbarschaft. Daß die Versorgung gut organisiert war, ist mit Sicherheit anzunehmen. Die „gute Schnabelweide“, die z. B. Tabernaemontanus, der berühmte Hydro-

Badeszene-Holzschnitt aus dem Universitätslehrbuch „Margarita philosophica“ von Gregor Reisch, Kartäuserprior in Freiburg, 1503



graph und Balneologe, 1584 rühmte in seinem „Newer Wasserschatz“, war leicht zu garantieren durch vielerlei Wildbret, auch Wildschweinfleisch ist ein Leckerbissen, durch den Fischreichtum der Schwarzwaldtäler, durch Geflügel. Und Getränke lieferte z. B. die Brauerei gleich neben dem Kloster; sicher haben aber auch die zehntpflichtigen Winzer von Hecklingen im Breisgau, wo auch heute noch ein vortrefflicher Wein zum Markte gebracht wird, den Herren im Rippoldsauer Klosterbad nicht den schlechtesten Tropfen geliefert.

Es steht fest, daß z. B. die Harznutzung im Kniebisgebiet und die Vermarktung der Tannen auf dem Wasserweg damals von viel größerer Bedeutung waren für die Bevölkerung als alles, was mit „Kurbetrieb“ zusammenhing. Interessant ist freilich: Käufer der Harztransporte und der Holzflöße⁸ waren überwiegend die Straßburger. In den Archiven von Straßburg⁹ lagern viele Dokumente, die u. a. diese wirtschaftlichen Beziehungen belegen, durch die das Wolfstal und die „Heilige Römische Reichs Freystatt Straßburg“ durch Jahrhunderte hindurch verbunden waren.

War es da verwunderlich, daß sich auch auf dem neuen Sektor Badewesen / Kurbetrieb mit der reichen elsässischen Stadt bald ganz neue Entwicklungen ergaben?

Das Interesse Straßburgs – Dr. Ulrich Geiger

Tatsache ist, daß von Straßburg aus das neue und bald sehr rasch steigende Interesse am Heilklima des jungen Kurorts im Wolfstal beobachtet wird, und dies brachte medizinisch und kommerziell gar bald vieles auf den Weg. So

stammen z. B. weitaus die meisten Gutachten über das Schwarzwaldbad, medizinische Dissertationen und viele Werbeschriften bis 1918 eben aus Straßburg.¹⁰ Dem Pionier dieser guten und weitreichenden Kontakte, Dr. Ulrich Geiger¹¹ (ca. 1535 geboren in Straßburg, dort 1602 gestorben), gebührt schon lange ein Denkmal in Bad Rippoldsau, denn von ihm als erstem kennen wir die Analyse des Rippoldsauer Heilwassers aus dem Jahre 1577, und er ist der Autor der ersten Monographie über Bad Rippoldsau, 1591 geschrieben: „Kurtzes Bedenken von dem Rippoldsauer Saurbrunnen Ihm Kintziger Thal ob Wolffach gelegen: Was sein natur, khrafft, unnd würrkung, auch wie derselbig zu gebrauchen. Gestellt durch Ulricum Gigen, der Artzney Doctorn unndt Stadtartzet zur Straßburg.“¹²

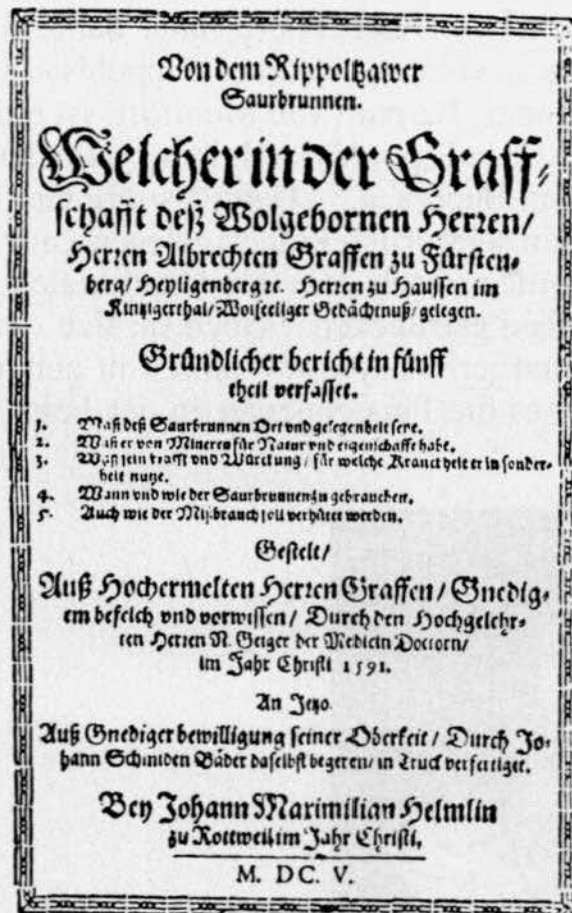
Kurtzes Bedenken
von dem

Rippoldshauer Saurbrunnen Ihm
Kintziger Thal ob Wolffach gelegen:
was sein natur, khrafft, unnd
würrkung, auch wie
derselbig zu gebrauchen

Ge. Halli Dreyß

Ulricum Gigen, der Artzney Doctorn
unndt Stadtartzet zur
Straßburg.

Das Interesse an dieser Analyse von Dr. Geiger war verständlicherweise groß. Über medizinische Fragen hinaus fand man in diesem Gutachten auch Detailinformationen über den „gleichwol rauwen / aber doch lustigen Ort“. Man „hat ein zimliche weitte Sommerszeit / schön außsehens / gute Gelegenheit der Herberg / und Narung halb / dann das Würtzhauß / daselbst / von zweyen gebeuwen und gemachen“. Die Bedeutung des Ortes strich Dr. Geiger sehr deutlich heraus: Dieser Brunnen sei „nicht newlich erfunden, sonder von Menschen gedencken gewesen“. Für viele Krankheiten pries der Straßburger Arzt das Rippoldsauer Wasser an, denn es führe „in seiner Vermischung mit sich / die Geistlichen Subtiliteten deß Alauns / Eisens / Vitriols und Schwebels“. Geiger gab auch sinnvolle Verhaltensregeln für die Kurtage: „Man sol auch alle / bewegungen / deß Gemüts / als zorn / traurigkeit / un schwernuß meiden / wo müglich allzeit ein still rüwig und frewlich Gemüth haben.“



Tabernaemontanus, Dr. Johann Theodor aus Bergzabern, hat in seinem „Newer Wasserschatz“ 1584 auch ein lobendes Kapitel „Von dem Ribelßawer Sauerbrunnen und von seiner krafft und wirckung“ geschrieben und in Frankfurt a. M. drucken lassen. Aber dort waren Rippoldsau im 79. Kapitel eines dicken Buches gerade vier Seiten gewidmet. Die Schrift von Dr. Geiger war ausschließlich Rippoldsau gewidmet, und das Interesse daran war verständlicherweise so groß, daß eine Drucklegung gefordert wurde. Das kleine Buch erschien 1605 bei Johann Maximilian Helmlin¹³ in Rottweil und konnte nun eingesetzt werden als optimales Werbemittel für Rippoldsau. Mit diesem Helmlin-Druck von 1605 dürfte übrigens überhaupt einer der ersten Werbeprospekte (12 Seiten stark) für einen Schwarzwälder Kurort erschienen sein.

Die Analysen von Dr. Geiger, die erstmals 1577 durchgeführt wurden, dürften entscheidend dafür gewesen sein, daß sich das Interesse der fürstenbergischen Landesherrn an dieser Quelle rasch entwickelte und zu einer ersten Badeordnung für das Benediktinerbad führte. Der „Kastvogt“ kümmerte sich intensiv um das klostereigene Bad, huldvoll und mit polizeilichen Vorschriften. Rippoldsau wurde am 28. Mai 1579 zum „gefreyten Bad“ erklärt, genoß so steuerliche Vorteile, wurde in besonderen Frieden und privilegier-ten Schutz genommen, aber auch mit reglementierender Ordnung be-

dacht.¹⁴ Graf Albrecht von Fürstenberg hatte dabei durchaus auch ganz persönliche, familiäre Interessen, wenn er Rippoldsau in vielerlei Hinsicht favorisierte: Seine Mutter, Barbara von Montfort, ist eine der ersten prominenten Patientinnen, die in Rippoldsau Heilung gefunden haben. Dr. Geiger schrieb dazu in seinem Buch u. a.: „Dann als ihre Gn. vor zwey Jahren zu Wolffach am Grimmen schwerlich krank gelegen / auch letztlich erlahmet und sehr schwach worden / nach dem ihre Gnaden sich zu diesem Brunnen verfügt / und den selben getruncken / haben sie sich / von Tag zu Tag / wider erholet / und seind jetzo bey zwey Jahren in gutter gesundheit.“¹⁵ An Unterstützung ließen es die Fürstenberger in der Folge nicht mehr fehlen.



*Graf Albrecht zu Fürstenberg
(1557–1591)*

Rippoldsau wird fürstenbergisches Bad

Das „tolle Leben“ in den Kniebisbädern, wo sich „französische Lebensart“ seit Anfang des 17. Jahrhunderts immer mehr breitmachte, ist vielfach beschrieben worden. Wohl die bekannteste und vielleicht bedeutendste Persönlichkeit, die im Kloster St. Nikolaus in Rippoldsau gelebt und einige Zeit als Prior (in den Jahren 1626–1627) dessen Geschicke bestimmt hat, war Georg Gaisser (1595–1655), der spätere Abt von St. Georgen.¹⁶ Schon in seiner Jugend muß er häufig krank gewesen sein, und so kam der 26jährige erstmals 1621 zu einem längeren Kuraufenthalt ins Klosterbad Rippoldsau, für ihn ein „vallis curans“, ein Kurtal. Seine Tagebücher dürf-

ten zu den wichtigsten Quellen gehören, wenn wir die Ereignisse des Großen Krieges im deutschen Südwesten studieren wollen. Am 11. Juni 1643 schrieb Gaisser auch den schicksalschweren Satz: „In Rippoldsau ist das Bad niedergebrannt worden.“¹⁷ Es war sicher nicht so lustig und fidel, wie es J. V. von Scheffel in seiner Ballade „Die Schweden in Rippoldsau“¹⁸ illustriert hat.

Nach dem Dreißigjährigen Krieg war das Bad Rippoldsau wieder am Nullpunkt, der Eigentümer ohne Rat und ohne Geld. Am 14. April 1649 können wir aus Notizen in Gaisers Tagebuch entnehmen, daß der Verkauf des „Badhaüßes in Rippoltzauw“ an den Grafen Friedrich von Fürstenberg abgeschlossen sei.¹⁹ Weder aus den sonst so reichen Archivalien noch aus der doch so vielfältigen Literatur über Rippoldsau lassen sich genauere Daten und Fakten finden. Gaisser kam auch weiterhin in „sein“ Bad, ein letztes Mal 1654, ein Jahr vor seinem Tode.

Als ca. 200 Jahre später der Badbesitz wieder wechseln sollte, schrieb ein fürstenbergischer Kameralbeamter in einer Vorlage für die Verhandlungen²⁰: „Damahls war Landgraf Friedrich Rudolph von Fürstenberg im Be-



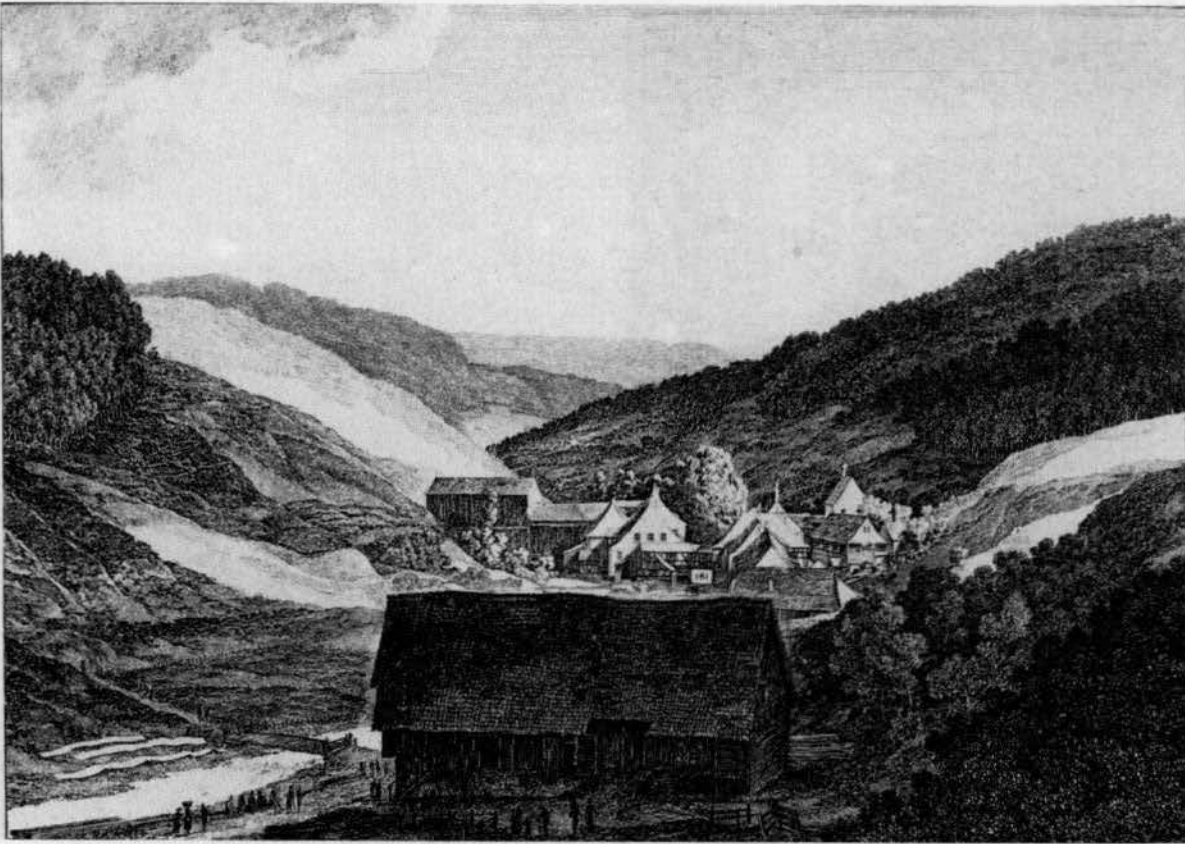
Aus: *Gardnerscher Atlas zum Kniebisgebiet, 1593–96* (Hauptstaatsarchiv Stuttgart)

sitze des Rippolzaus, der im Verhältnis der Lage, des Bedürfnisses, und seiner Kräfte, nach und nach die Gebäulichkeiten in den nächstfolgenden Jahren zum Theile wieder emporhob.“ Die Baugeschichte jener Jahre nach dem Besitzerwechsel ist für uns nicht ganz leicht zu durchschauen. Aber als 1658 ein „Neuer und kurtzer bericht von dem edlen und vortrefflichen Ruppeltzawer oder Rüppliesawer Sauerbrunnen“²¹ erschien, war er voll des Lobes; eine neue „Baad- und TaxOrdnung“²² hatte 1657 den neuen Verhältnissen Rechnung getragen, 1660 wurde die Renaissance des „Rüppliesawer Sauerbrunnens“ in einer Schrift bei Theodor Meyer in Freiburg verkündet²³, bald auch bei Georg Andreas Dolhoppf in Straßburg.²⁴ Die Fürstenberger mußten sich nur – und das fiel ihnen schwer – entscheiden, ob sie neben den Heilquellen auch die Erträge des Bergbaus direkt aus dem Kurbezirk beanspruchen wollten.²⁵ 14 Jahre lang versiegten die Quellen, einer faßte die Misere in einen Reim: „Die edle Nymphe Ripoldsau liegt nun entsaftet in der Au.“²⁶ Am meisten scheinen die Renchtalbäder sich über diese Misere zu Beginn des 18. Jahrhunderts gefreut zu haben, sicher haben sie davon profitiert. Es war schließlich Fürst Joseph W. Ernst (1699–1762), der ganz persönlich und mit großem finanziellem Aufwand sich für sein Bad einsetzte, für den „Rippoltzauer Gesundheitsbrunnen“. 1758 erschien ein prächtiges Buch: „Fons aquae salientis in vitam oder der so vortrefflich als heilsame Rippoltzauer Gesundheitsbrunnen“²⁷ (von Dr. Leonhard Edel). Das Haus Fürstenberg lud die medizinischen Kapazitäten der Universitäten Straßburg, Freiburg und Konstanz ein, das Lob Ripoldsaus war vielstimmig und einhellig. Im Badeort wurde die größte Quelle devot, aber doch mit vollem Recht „Josephs-Quelle“ benannt, die nächste gleich nach dem fürstenbergischen Erbprinzen „Wenzels-Quelle“; so heißen sie noch heute.

Bad Rippoldsau – eineinhalb Jahrhunderte „Goeringer-Bad“

Natürlich haben die Fürstenberger ihr Bad nicht persönlich umgetrieben, sie haben es immer wieder neu verpachtet und zumeist damit Glück gehabt, am wenigsten vielleicht mit Monsieur Wengler aus Straßburg, für den 1777 Ersatz gesucht wurde. Am 23. August 1777 ging Fürst Wenzel in Donaueschingen das Bewerbungsschreiben des Franz Xaver Anton Goeringer²⁸, geboren am 6. Februar 1749 in Bühl / Bd., zu; er wurde ein zuverlässiger und erfolgreicher Verwalter des FF-Badbesitzes, das Bad florierte trotz der politischen Turbulenzen am Ende des Jahrhunderts.

Es war nur konsequent, daß Goeringer den Ertrag seiner Mühen und Tatkraft seiner Familie, seinem Sohn erhalten wollte. Als er 1818 starb, war garantiert, daß die Pacht in der Familie bleiben konnte, zunächst für sechs



„Aufsicht von der Mitternachtseite des Ripolzauer-Sauerbrunnens“

Radierung von Marquardt Woher / Basel: 1793

Jahre hatte Xaver Goeringer junior eine Perspektive. Aber immer deutlicher wurde den Fürstenbergern die Alternative: entweder modernisieren – oder verkaufen. 1821 ereilte Xaver Goeringer ein früher Tod, sein jüngster Bruder Balthasar trat die Nachfolge an. Er wußte, was er wollte, die Zeit war ihm günstig: Im Jahre 1824 verkaufte Fürst Carl Egon von Fürstenberg den alten Badbesitz an den Pächter Balthasar Goeringer (1795–1865). Was er und seine Erben in einem Jahrhundert erarbeitet und wie sie den Badeort Rippoldsau gestaltet und zu einem exemplarischen Fremdenverkehrsort gemacht haben, gehört zu den außergewöhnlichen Unternehmerleistungen im Schwarzwald. Gäste aus aller Welt kamen auch zu Fritz Goeringer (bis 1872) und erst recht zu dessen Sohn Otto Goeringer (1853–1920) in ihr „Fürstenbad“, in dem sich freilich auch Normalbürger, Gelehrte, Künstler wie Brahms, Groszheim, Rilke, auch Hansjakob und Scheffel wohlfühlten. Otto Goeringer war für alle ein vorbildlicher Gastgeber, aber mit seinem Tod bahnte sich auch das Ende der Familientradition an. Die Unerfahrenheit der jungen Witwe führte im Chaos der Inflation der Nachkriegszeit zur Katastrophe; der Familie blieb das Wohnrecht auf zehn Jahre und eine Geldsumme, die in jenen Monaten bald kaum mehr ein Butterbrot wert war. Ein Verkauf zum total falschen Zeitpunkt führte Rippoldsau zur „Bad AG“.



Otto Goeringer (1853–1920)

„Bad-AG“ – „Kurklinik und Sanatorien Bad Rippoldsau“

Die Aktionäre führten den Kurbetrieb weiter, sie engagierten sich tüchtige Direktoren, wie z. B. Ferdiand Huse²⁹ und H. Erichsen. Sie setzten seit Ende der zwanziger Jahre eine Novität durch – den ganzjährigen Kurbetrieb. Es wurde immer zeitgemäß vergrößert, technisch verbessert, die Gäste wurden immer zahlreicher: 1938 waren es z. B. 43 831, darunter viele Ausländer, vor allem aus Großbritannien. Aber dann kam im Krieg 1941 der Kurbetrieb zum Erliegen, das Hallenbad wurde wegen Kohlenmangels geschlossen.

In dieser fast heillosen Situation erwarb der katholische Pfälzische Schulfonds das gesamte Bad-Objekt, und Rippoldsau wurde zum Sitz einer „Lehrerbildungsanstalt“ (bis 1946). Der Mineralwasserbetrieb wurde abgetrennt und an die Firma „Rippoldsauer Mineralquellen“ verkauft. 1945 weckte die Not viele Kräfte, aber für das „fürstliche“ Bad schien es wirklich keine Zukunft mehr zu geben. Ins alte Bad kamen Flüchtlinge, im stolzen Hotel „Sommerberg“ wurden Lungenkranke untergebracht, im „Fürstenbau“ erholten sich Kinder der Besatzungsmacht.

1948 kam auch hier wieder eine „Wende“: Die „Schwestern der Liebe vom kostbaren Blut“, eine holländische Ordensgemeinschaft, übernahmen im Auftrag des Deutschen Caritas-Verbandes die maroden Gebäude; bald schied die Caritas wieder aus als Pächterin. Die Schwestern wollten resigniert schon wieder aufgeben, wären sie nicht vom Ortspfarrer Bernhard



*Bad Rippoldsau, Kuranlagen. Ansicht aus „Alt-Rippoldsau“.
Aufnahme: Metz, Ansichtskarten*



*Bad Rippoldsau, Mineral- und Moorbad. Ansicht aus „Alt-Rippoldsau“
(1936)*

Aufnahme: Metz, Ansichtskarten

Zink (1901 in Obersasbach geboren, 1963 in Bad Rippoldsau verstorben, dort Ehrenbürger) veranlaßt worden, durchzuhalten und den ganzen Komplex in eigene Regie zu übernehmen. Bernhard Zink führte selbst Regie bei diesem Wiederaufbau, 1956 wurde das ganze Unternehmen dem Pfälzischen Schulfonds abgekauft; Rippoldsau war wieder zum „Klosterbad“ geworden.

Aber die Ansprüche an moderne Kuren wurden rasch höher und drängten zur Frage: Reparatur als Dauerbeschäftigung oder radikaler Neuansatz? 1974 wurden die Weichen gestellt, es wurde eine „Kurklinik- und Sanatorien Bad Rippoldsau GmbH & Co KG“ gegründet. Ausgangspunkt: Eine Renovierung war nicht mehr vertretbar. Der Ordensgemeinschaft blieb eine beachtliche Minderheitsbeteiligung.

So sieht nun also Bad Rippoldsau seit 1979 recht verändert aus, rationalisiert und betoniert zu einem großen Teil, aber auch mit einer hervorragenden Infrastruktur und immer noch umgeben und privilegiert durch eine glückliche Vielfalt bioklimatischer Faktoren.

„Natürliches Mineralwasser“

„Das Glückliche sind aber alle die lauterer Quellen“, schrieb Rainer M. Rilke³⁰ am 10. September 1909 an Anton Kippenberg, den Inhaber des Insel-Verlags, aus dem Schwarzwälder Badeort nach Leipzig. Natürlich ist es eine Freude zu sehen, wieviele Quellen der Wolf zueilen auf ihrem Drang vom Kniebis südwärts. Kaum ein Tal entspricht so klar der Beschreibung, die Sebastian Münster in seiner „Cosmographie“ (1544) gegeben hat: „Das Gebirg im Schwartzwald gibt wunderbarlich viel Gewässer / kalt und warm.“ Was die Kurpatienten von Rippoldsau zu schätzen wissen, ist aber nicht das Wasser, was z. B. aus dem Grafenbach daherplätschert, kein Oberflächenwasser, auch kein Grundwasser. Erst wenn Wasser in tiefere Gesteinsschichten gelangt, kann es zu Mineralwasser werden. Es legt einen langen Weg zurück und filtert dabei alles aus, was der Regen aus der Luft an unreinen Elementen ins Erdreich gebracht hat.

Dieses „natürliche Mineralwasser“ von ursprünglicher Reinheit zu gewinnen und nutzbar zu machen im Kurbetrieb, ist das Anliegen der Unternehmen und der Ärzte, die die wichtigen ernährungsphysiologischen Wirkungen dieser Mineralstoffe und Spurenelemente in langer Erfahrung studiert haben und nun im Interesse der Gesundheit nutzen. Mehr als 200 Untersuchungen mit dem Nachweis, daß wichtige Substanzen wirklich vorhanden sind, daß andererseits auch unerwünschte Materie ausgeschlossen werden kann, müssen heute durchgeführt werden, um die Anerkennung als „natürliches Mineralwasser“ zu bekommen. Daß dieses Wasser grundsätzlich im-

mer am Quellort abgefüllt werden muß, normalerweise in eine Mehrweg-Glasflasche, gibt dem Verbraucher, sofern er nicht an der Quelle selbst trinken kann, eine feste Garantie. Auf der Flasche der Rippoldsauer „Leopolds-Quelle“ (benannt nach dem badischen Großherzog Leopold, häufiger Gast im Badeort) gibt ein Auszug aus den Analysen dem Kenner Aufschluß über den Inhalt an 24 Mineralstoffen und Spurenelementen.

Die Analyse des Herrn Dr. Geiger aus Straßburg aus dem 16. Jahrhundert ist dagegen in der Tat etwas einfacher ausgefallen bez. der „Mineren / davon diß Wasser sein Natur unnd Aygenschafft / belanget“. Seine Ausführungen über Alaun, Eisen, Vitriol und Schwefel³¹ sind dennoch respektabel. Auch was die Heilkraft des Brunnens betrifft, „waß sein krafft und würckung / für welche Kranckheit er insonderheit nutze“, hat Geiger die moderne Indikation des Heilwassers der „Leopolds-Quelle“ im Prinzip vorweggenommen: Chronische Verstopfung, chronische Entzündung der Harnwege, Neigung zur Harnsäure-Stein-Bildung, Beschwerden bei unzureichender Magensaftsekretion u. a. Etwas überrascht wären vielleicht die heutigen Kurgäste aber doch, wenn ihnen ihr Badearzt wie Dr. Ulrich Geiger verordnen würde: „Der Trunck soll sein ein gutter weisser oder Roter Wein / zum halben / dritten oder vierten theil mit Saurbrunnen vermischt“.

Anmerkungen

- 1 Vgl. zur aktuellen Situation u. a.: Deutscher Bäderkalender. 1989. Hrsg.: Deutscher Bäderverband Bonn. S. 424 ff. – Oder: Heilbad und Kurort. Zeitschrift für das gesamte Bäderwesen. Heft 5 / 1987.
- 2 Vgl. A. Schmid, Kloster und Pfarrei Bad Rippoldsau. Wolfach 1965.
- 3 Fürstenbergisches Urkundenbuch (FUB) IV, 146 und FF-Archiv Donaueschingen (FFA): Ecclesiastica / Rippoldsau IX, Vol. IX.
- 4 FUB IV, 101.
- 5 Vgl. Erich Wohlfarth, Geschichte der Fürstlich-Fürstenbergischen Forstwirtschaft. Schriftenreihe der Landesforstverwaltung Baden-Württemberg. Band 59, 1983. S. 39.
- 6 Eberhard Bletz blieb Abt von St. Georgen bis zu seinem Tode 1517. Vgl. FUB IV, 296. – Erich Stockburger, St. Georgen. Chronik des Klosters und der Stadt. Bearbeitet von J. Fuchs. Verlag Schauenburg. 1972.
- 7 Vgl. Die Tagebücher von Gaisser, in: Mone, Quellensammlung der Badischen Landesgeschichte (S. 159 ff).
- 8 Vgl. A. Schmid, 1887 – vor 100 Jahren ging im Wolfstal die Flößerzeit zu Ende. In: Badische Heimat, 1987, Heft 2.
- 9 Vgl. Archives de la ville de Strasbourg. Impôts et comptabilités – achats de bois faits pour le compte de la ville de Strasbourg dans la forêt de Rippoldsau. 1551–1591.

- 10 Vgl. A. Schmid, Bad Rippoldsau, Geschichte eines Schwarzwälder Kurtales. Herausgegeben von der Gemeinde Bad Rippoldsau-Schapbach. 1979. – Dort ist eine Bibliographie zur Rippoldsauer Badgeschichte zusammengestellt.
- 11 Vgl.: Nouveau dictionnaire de biographie alsacienne (Fédération des sociétés d'histoire et d'archéologie d'Alsace). 1985. Dort das Stichwort: Chelius-Geiger.
- 12 Handschriftliches Original im FF-Archiv Donaueschingen: Rippoldsau / Badakten.
- 13 Vgl. W. Hecht: Das Druckereiwesen in der Reichsstadt Rottweil bis zum Ende des 17. Jahrhunderts. In: Gutenberg-Jahrbuch 1974. – Derselbe: Ergänzungen zur Rottweiler Druckereigeschichte im 17. Jahrhundert. In: Rottweiler Heimatblätter, 36. Jahrgang 1975, Nr. 4. – Dieses Buch, das die FF-Hofbibliothek in Donaueschingen im Original besitzt (Sign.: I UB 2), gilt als ältester erhaltener Druck aus der für die Geschichte des Druckereiwesens sehr bedeutenden Stadt Rottweil, auf deren Traditionen z. B. Verlagsunternehmen wie Herder / Freiburg aufgebaut wurden.
- 14 Vgl. Anm. 10, S. 10 ff.
- 15 Vgl. Anm. 13 und den Helmlin-Druck von 1605, S. 5.
- 16 Vgl. A. Schmid, Georg Gaisser (1595–1655), Prior von St. Nikolaus und Herr im Klosterbad Rippoldsau. In: Ortenau 1981.
- 17 Vgl. das Faksimile des Gaisser-Manuskripts in: A. Schmid – wie Anm. 10, S. 22.
- 18 Vgl. A. Schmid, Wie einstmals ...? J. V. Scheffel in Bad Rippoldsau. Schillinger Freiburg, 1988. – Dort ist Scheffels Ballade nachgedruckt (S. 74–83) und von Benedikt Schaufelberger illustriert.
- 19 Vgl. Anm. 7.
- 20 FFA Donaueschingen: Rippoldsau-Badakten.
- 21 FFA Donaueschingen: Rippoldsau-Badakten.
- 22 FFA Donaueschingen: Rippoldsau-Badakten.
- 23 Vgl. das Original in der FF-Hofbibliothek Donaueschingen.
- 24 Vgl. das Original in der FF-Hofbibliothek Donaueschingen.
- 25 Vgl. A. Schmid, 1700 – Bergbau oder Badbetrieb? In: Bad Rippoldsau. Geschichte eines Schwarzwälder Kurtales. 1979. S. 26. – Eine umfassende Darstellung der Rippoldsauer Bergbaugeschichte bei W. Rehmann, Rippoldsau und seine Heilquellen. Donaueschingen 1830. S. 31 ff.
- 26 FFA Donaueschingen: Rippoldsau-Badakten.
- 27 Vgl. Das Original in der FF-Hofbibliothek Donaueschingen.
- 28 Zur Familie Goeringer vgl. Anm. 10, S. 35–116. – Original des Bewerbungsschreibens im FF-Archiv Donaueschingen.
- 29 Vgl. A. Schmid, Ferdinand Huse. Ein Leben zwischen Schwarzwald und Ägypten. In: Ortenau 1987.
- 30 Vgl. A. Schmid, Rilke in Rippoldsau. Schillinger Freiburg, 1984. Derselbe: Rilkes Aufenthalte in Rippoldsau 1909 und 1913. In: Ortenau 1988.
- 31 Vgl. Anm. 13 und den Helmlin-Druck von 1605, S. 2 ff.

Grundlagen einer Geschichte Stollhofens

Ernst Gutmann

1. Stollhofen als mittelalterliche Stadt

Wird Stollhofen im Jahre 1280¹ noch als Dorf bezeichnet, so erscheint der Ort als Lehen der Ritter von Windeck im Jahre 1302² erstmalig als Stadt.

Da eine Stadtrechtverleihung bisher in keinem Archiv aufzufinden war, kann heute nicht mehr ermittelt werden, wer der Verleiher dieses Rechtes war, wessen Stadtrecht galt (Steinbach z. B. hatte Freiburger Recht), und wie weit dieses Recht reichte.

Stollhofen war ein Geroldsecker Lehen in den Händen der Herren von Windeck. War es auch eine Geroldsecker Stadtgründung?³

Stollhofen war die einzige Stadt der Windecker, um so schmerzlicher muß es für diese gewesen sein, den Besitz am 30. Januar 1309⁴ an den Markgrafen von Baden verkaufen zu müssen. Geldnot drückte die Windecker; aus dem Verkauf erlösten sie eine Summe von 1 350 Mark Silber Straßburger Geldes.

Dieser Betrag war anscheinend so gewaltig, daß selbst der immer mächtiger werdende Markgraf ihn nur in mehreren Raten abbezahlen konnte. Bemerkenswert sind auch die beim Verkauf genannten 17 adligen Bürgen, alles sehr bekannte und wichtige Persönlichkeiten dieser Zeit.

In den Verkaufsurkunden der Stadt von den Jahren 1309/10/11,^{4/5/6} werden neben der Stadt auch das Dorf, die Veste, Leute, Zins, Gericht, Vogtei, Wälder, Wasser, Weiden und Mühlen erwähnt.

Ein weiterer Grund dieses Verkaufes könnte auch die Machtausdehnung der Lichtenberger gewesen sein. Lichtenau, nur 6 km entfernt, wurde um 1300 gegründet, somit könnte der Kauf einer Grenzfestung für die Markgrafen gegen die Lichtenberger sogar der ausschlaggebende Grund gewesen sein. Denn schon 6 Jahre später, während der Fehden zwischen den Reichsstädten und den Fürsten, wobei der badische Markgraf mit seinen Vasallen gegen die Reichsstadt Straßburg Krieg führte, wurde Stollhofen angegriffen. Diesen Angriff am 2. Juni 1315⁷ konnte das befestigte Stollhofen erfolgreich abwehren.



Jacob v. Heyden, *Rheinstrom* 1621. Aus: „Die Oberrheinlande in alten Landkarten“, S. 34 AB. 1 Ausschnitt, Bad. Landesb. Karlsruhe

Im Jahre 1330 eroberte Straßburg das ganze markgräfliche Land,⁸ mit Ausnahme der Stadt Stollhofen und der badischen Residenz Baden-Baden.

Siegel und Wappen der Stadt

Das älteste Siegel der Stadt Stollhofen befindet sich an der Urkunde aus dem Jahre 1345 vom 1. Dezember. Diese Urkunde wurde vom Markgrafen Rudolf von Baden „under der Louben“ der Markgrafen in der Stadt Stollhofen bei einem von ihm abgehaltenen Gerichtstag mit dem Siegel der Stadt Stollhofen gesiegelt. Zugegen waren Konrad Geyer, Hug Buttell, Johannes Rorer, alle drei Richter und Schöffen zu Stollhofen.

Hier wird das erste Mal ein badisches Gericht erwähnt, außer in der Urkunde des Verkaufs der Jahre 1309/10/11.

Ebenso erscheint hier zum ersten Male eine Gerichtslaube oder -haus.⁹

Weitere Urkunden von 1481 zeigen den Siegelabdruck mit der Umschrift SIGILLVM CIVIVM OPPIDI ET PAROCHIE DE STALHAVEN – Siegel der Bürger und der Stadt und der Pfarrei von Stollhofen.

Das Siegel zeigt einen gespaltenen Wappenschild, in dessen vorderen Feld sich ein Schrägbalken findet, der durch seine Schraffur als „badischer Balken“ gekennzeichnet ist. Der Schlüssel im hinteren Feld scheint dem Schwarzacher Klosterwappen entnommen zu sein. Schon früh wurde Stollhofen „Schlüssel zur Markgrafschaft“ genannt, da es badische Grenzstadt war.¹⁰

Nach dem Verfall der Stadtrechte nach 1790 verwendete die Gemeinde ein einfacheres Prägesiegel, dessen Schild nur einen pfahlweise gestellten Schlüssel enthielt. 1895 wurde der Gemeinde über das Generallandesarchiv das alte Siegel als Gemeindesiegel wieder zugestanden.¹¹



In gespaltenem Schild vorne in Gold ein roter Schrägbalken, hinten in Blau ein pfahlweisgestellter silberner Schlüssel (Bart links)



Siegel von Stollhofen an einer Urkunde von 1530

GLA – 37/250

Marktrecht

Die Ursprünge des Marktes zu Stollhofen könnten in der fränkischen Landnahmezeit zu finden sein.¹²

Die Erstwähnung des Ortsnamen „Stadelhova“, könnte auf einen fränkischen Stapelplatz, vielleicht eines Königshofes, hindeuten, da die Urkunde von 1154, „der Königshof zu Stollhofen mit Basilica“ lautet („curia dominicalis zu Stadelhova cum basilica“).¹³

Auf der elsässischen Seite endet gegenüber von Stollhofen eine uralte Salzhandelsstraße. Der keltische Salzhändlerweg zog der Moder entlang über Hagenau, Niederbronn und Bitsch zu den Salzbergwerken auf der lothringischen Hochebene.¹⁴

So scheint im „Stadelhof“ das Salz umgeschlagen und auf den hier kreuzenden Wasser- und Landstraßen weiterbefördert worden zu sein. (Stadelhoven: Stapel- oder Stadelhof)¹⁵

Der Bach, der am „Stadelhof“ vorbei dem Rhein zufließt, heißt heute noch Sulzbach (Sulz-Salz). Ein Stollhofener Salzhandel läßt sich allerdings für das Mittelalter nicht nachweisen. Der einzige Beleg für diesen Wirtschaftszweig stammt aus dem Jahre 1651.

Damals errichtete die benachbarte Abtei Schwarzach trotz des anfänglichen Widerspruchs der badischen Regierung den Salzhandel als herrschaftliches Monopol für die Schwarzacher Untertanen; am 2. März 1652 gab Markgraf Wilhelm dazu seine Einwilligung unter der Bedingung, daß das Salz nicht wohlfeiler verkauft werde als zu Bühl und Stollhofen; auch soll es den markgräflichen Leibeigenen in den beiden Abtsstäben unverwehrt sein, wo sie ihren Salzbedarf kaufen wollen.¹⁶

Klösterlicher Markt zu Feldern

Kaiser Otto III. befand sich im Jahre 994 auf dem Weg von Ingelheim nach Hohentwiel. In Baden-Baden machte er Station. Dort wurde von ihm dem Kloster Schwarzach in der „Villa Vallator“ (Feldern, abgegangener Ort zwischen Lichtenau und Stollhofen) ein Markt gestattet sowie das Recht, eigene Münzen zu schlagen, Zoll zu erheben und Geleitrecht auszuüben.¹⁷

Im Jahre 1275 am 12. Dezember folgte von König Rudolf eine Bestätigung dieser Privilegien.

Vallator-Feldern kam nie über eine Hofsiedlung hinaus. So scheint er diese Privilegien auf den klösterlichen Freihof zu Stollhofen übertragen zu haben, wo er nach ältesten klösterlichen Weistümern das Recht hatte, auf dem „Freyhof“ eigene Münzen zu schlagen. . . „ob er das silber dazu hat“.¹⁸

Nun haben einige Geschichtsschreiber dieses Weistum in das Jahr 994 zurückverlegt. Ich habe, um sicher zu gehen, eine Abschrift dieser Urkunde von 994 eingesehen. Doch leider heißt es hier nur:

„... in monsterio sancti Petri ad Svarza constituuntur, in villa vallator nominata et in comitatu cuononis comitis constrendum et situm mercatum cum omnibus appendiciis que ad hoc pertinent, it est moneta. . .“

Also nur das Markt- und Münzrecht des Klosters auf seinem Hof zu Feldern. Von Stollhofen oder Stadelhova ist hier leider nichts erwähnt.¹⁹

Wochen- und Jahrmarkt im badischen Städtchen

Erstmalig im badisch gewordenen Stollhofen erscheint eine „Louben“ in einer Gerichtsurkunde von 1345.²⁰

In einer Polizeiordnung von 1538 wird eine „Metzig“ erwähnt.²¹

Erst 1616 findet sich eine Urkunde im GLA, die auf zwei Jahrmärkte und einen Wochenmarkt hindeutet. Sie beinhaltet einen länger andauernden Schriftwechsel (bis 1623), der von der Stadtverwaltung („Schultheiß, Bürgermeister und Rath“) mit der Durlacher Kanzlei (Karlsburg) wegen dem „in der Zerfall gekommene Markt zue Stolhoffen“ geführt wurde.

Dem Schriftwechsel ist zu entnehmen, daß die Durlacher Regierung dem baden-badischen Städtchen anscheinend nicht sehr gewogen war. Die „Handelsmarktleuthen wie Huetmacher, Sattler, Gerber und dergleichen seyen angemeldet“, und die Bevölkerung mußte nach „Buhel und Rastatt laufen“.

Nachdem die Stadt auf die Einnahmen wie „Zoll, Standgeld mit zümplicher einträchtiger Künften“ hingewiesen hatte, kam dann aus der Kanzlei die Nachricht, „daß der Markt gestattet sei, wie er landauf und landab gehalten werde“.

Der Jahrmarkt wurde einmal im Frühjahr, am Montag nach Quasimodo (eine Woche nach Ostern), und im Spätjahr, am Donnerstag auf Mathei (Ende September), abgehalten.

Ebenso wurde die Ladgerechtigkeit erwähnt, womit aber auch die Ladstelle von Hügelsheim gemeint sein kann. Hier hatte der Zollschreiber Ägidius Stemmler von Hügelsheim unterzeichnet, der zugleich Untervogt zu Stollhofen war.²² Allerdings wird schon 1511 in dem Berainen der „werb gen Rin“ erwähnt, der Anlegestelle oder Damm bedeutet.²³

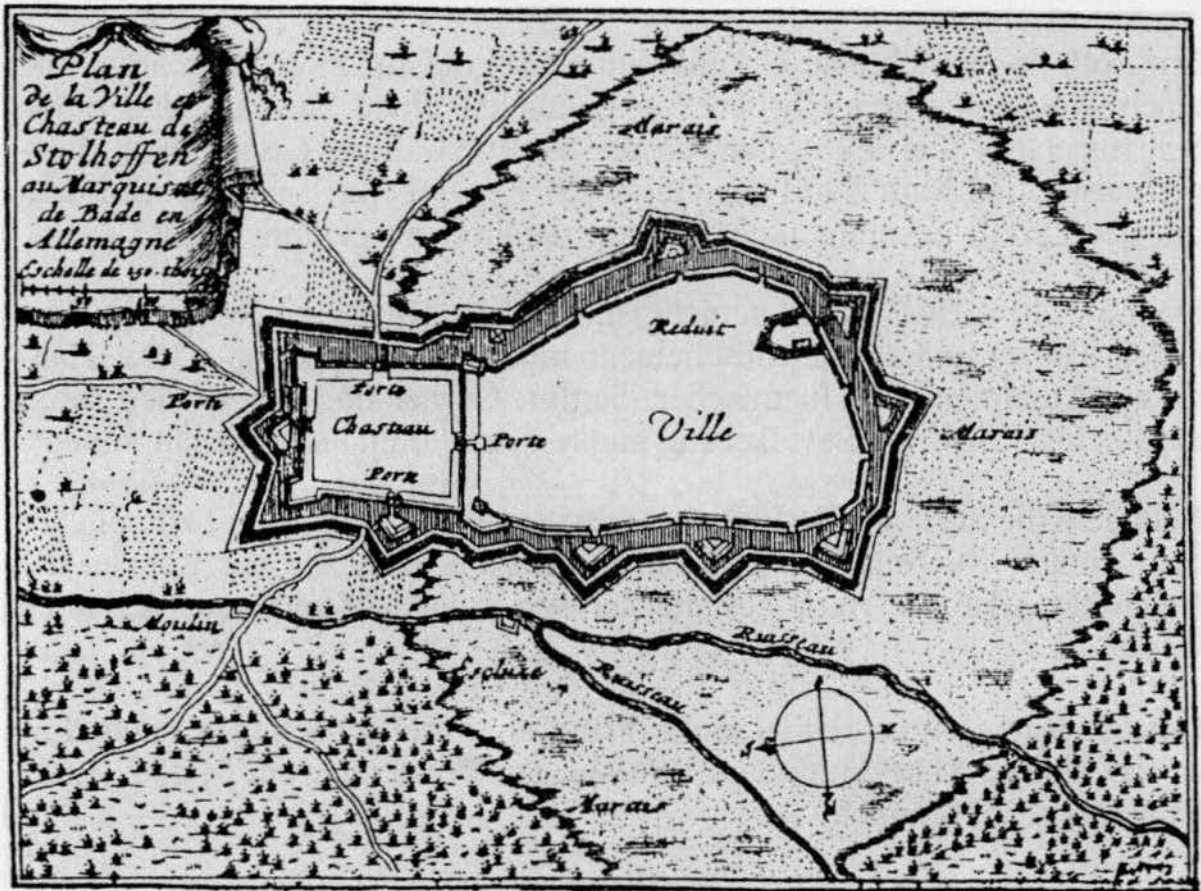
Turm, Tore, Graben und Mauer

Eine Reihe verschiedener Schriftstücke weisen auf Verteidigungsanlagen hin. Im Jahre 1424, während die Grafen und Fürsten gegen die Städtebünde Krieg führten, schickten die Straßburger Spione nach Stollhofen, um die Beschaffenheit des Grabens und der Befestigung (21. 3.) herauszufinden.²⁴

Im Juli desselben Jahres wurden Belagerungsschäden ausgebessert.²⁵ In der Urkunde der 1448 erfolgten Frühmeßstiftung der Edelfrau Elsa von Rust wird ausdrücklich die Kapelle „innerhalb der Stadt“ erwähnt (Capella S. Erhardi in Oppidi de Stolhova).²⁶

1588 erfolgte ein schriftlicher Befehl an den Schultheiß, gute Aufsicht auf die Gebäude, den Stadtgraben und den Zoll zu haben.²⁷ 1557 und 1590 wurden die Turmwache und ihre Besoldung neu geregelt.²⁸

Auf dem Plan von 1640 sind mehrere Tore und Türme zu erkennen.²⁹

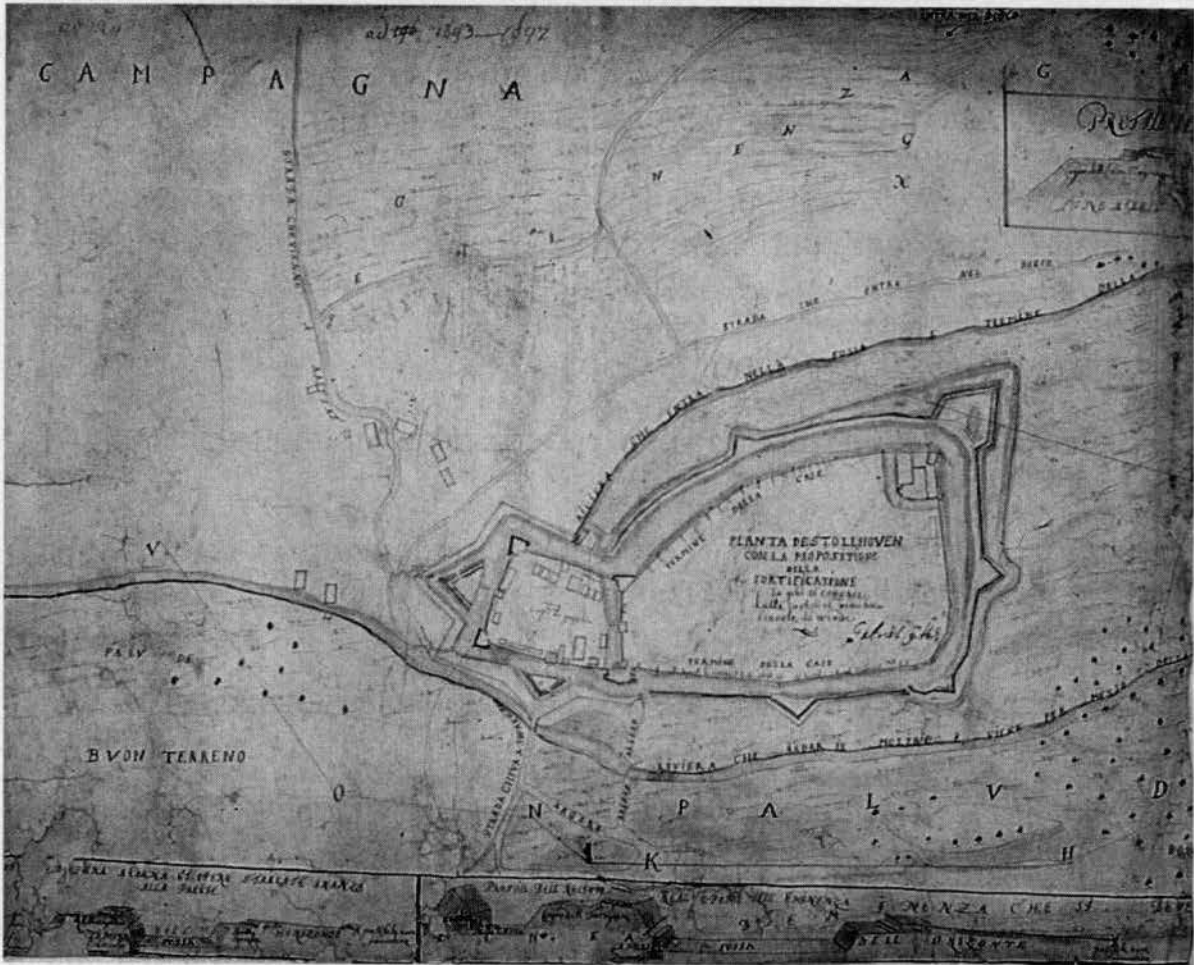
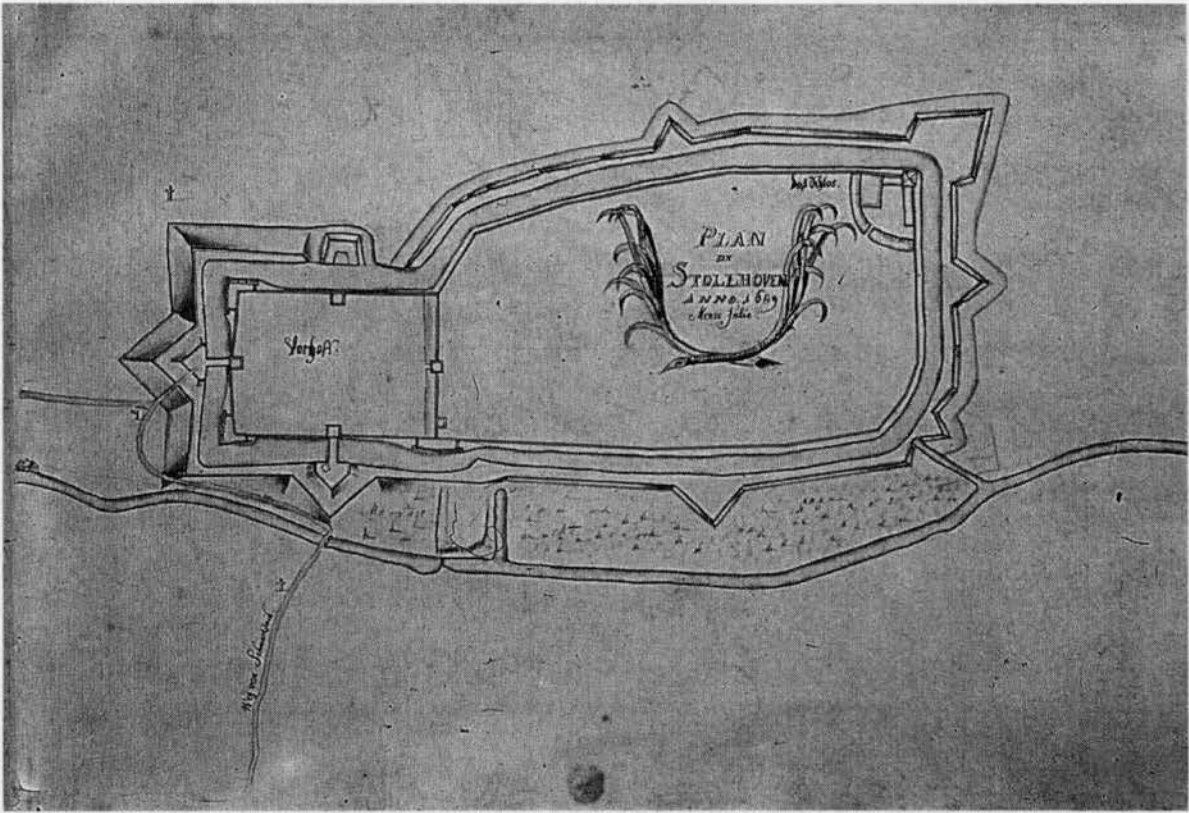


Plan von Stollhofen lt. GLA ca. 1640. Keine genaue Zeitbestimmung aber bestimmt vor dem Dreißigjährigen Krieg

Schultheiß / Stadtverwaltung

Das Schultheißamt hatte ursprünglich die Adelsfamilie „von Stadelhoven“ inne, die Vasallen der Grafen von Eberstein waren.

Durch den Vergleich im Jahre 1212 verzichtete Heinrich von Stadelhoven zugunsten der Abtei Schwarzach auf das Amt.³⁰ So erscheint dann im Jahre 1224 ein „Rudolf der Schultheiß“ als klösterlicher Verwalter.³¹ Auch in der Verkaufsurkunde des Klosters von 1345, 25. Mai, wird auf einen klösterlichen Schultheißen hingewiesen.³² Am 1. Dezember desselben Jahres verweist Markgraf Rudolf von Baden auf seine Gerichtslaube („in des Markgrafen Stadt Stollhofen under dem Louben Recht gesucht und genommen werden“) zu Stollhofen.³³



Stollhofen 1689 und 1697 (s. Anm. 79 u. 80)

In den Urkunden des Jahr- und Wochenmarktes von 1616–1623 erscheinen die Bezeichnungen, „Schultheiß, Bürgermeister und Rat der Stadt“. ³⁴

Das badische Amt Stollhofen

Unter den badischen Dienstleuten, Vögten und Schultheißen, welche unter König Wenzel am 5. Mai 1389 den zu Eger beschlossenen Landfrieden beschworen hatten, war unter anderen auch ein Hans Zoller, Vogt zu Stollhofen. ³⁵ Sein Amt umfaßte die Stadt Stollhofen, die Dörfer Söllingen, Hügelsheim, Iffezheim, Sandweier, Wintersdorf, Ottersdorf, Plittersdorf, die beiden später untergegangenen Dörfer Muffenheim und Dunhausen, das heute überrheinische Dalhunden und die Hügelsheimer Ausbausiedlung Neuhäusel (heute im Elsaß), zeitweise wurde das kleine badische Amt Beinheim vom Amt Stollhofen mitverwaltet. ³⁶

Die Leitung dieses Amtes lag in der Hand eines von der markgräflichen Regierung bestimmten Amtmannes oder Vogtes. Er war zugleich auch der Kommandant der in Stollhofen stehenden Truppen.

1595 wird ein „Karl von Schornstadt, Hauptmann und Amtmann zu Stollhofen und Beinheim, Hauptmann des Kriegsvolkes zu Stollhofen“, genannt. Dem Vogt war ein Untervogt zugeteilt; so heißt es in einer anderen Aufstellung Jacob Datt v. Tiefenau, markgräflicher Rat und Obervogt, neben ihm Christoph Bademer, Untervogt (1622). Der Sitz des Amtes war das Schloß, später (1698) wurde dann ein Amtshaus erbaut ³⁷, doch schon 1790 wurde die Behörde mit dem Amt Yberg (später Rastatt) zusammengelegt.

Das klösterliche Gericht zu Stollhofen

Im Gegensatz zu dem badischen Gericht gab es zu Stollhofen auch ein klösterliches Gericht.

So gehörten Stollhofen, Söllingen und Hügelsheim zum Dorfgericht, dem ein Schultheiß vorstand, der vom Abt „Mit Stab und Siegel“ belehnt war. Es verfügte über die niedere Gerichtsbarkeit.

Der Gerichtstag, der alle 14 Tage stattfand, wurde am Sonntag zuvor in der Kirche verkündet.

Im Salbuch des Klosters Schwarzach sind die Dorfgerichte des Abtes wie folgt aufgezeigt:

„Item so hat das Kloster hie dessyt Ryns viere eigen gericht und in jedem gericht einen schultheißen mit 12 riechtern: item das erste ist der schultheiß und die 12e zu Stollhofen. . .“

„Item und dieselben Richter in den egenannten vier gerichtten wird gezogen und gesetzt usser den dreir herren lueten, die in den gerichtten sitzent der merrenteyle, das ist uß myns gnedigen herren des markgrafen lueten, uß des closters lueten und der von Wyndeck lueten“ (1460).³⁸

In einer anderen Beschreibung heißt es über die Schultheißen und die Zwölfer zu Stollhofen:

„Das gericht zu Stollhofen ist eyns appts zu Swartsach, der nympt die freveln, on das der herschaft von Baden umb lybe und gut an die hant herteilt wirt, daz ist ir“ (1492).³⁹

Wer mit dem Urteil des Schultheißengerichts nicht einverstanden war, konnte sich an das Salgericht, das klösterliche Obergericht, wenden, dem 14 Schöffen angehörten. Nach altem Brauch wurde an Lichtmeß und Peter und Paul Salgericht gehalten. Sieben (!) Schöffen gehörten von Stollhofen dem Gericht an, drei aus Ulm, zwei aus Schwarzach und zwei aus Vimbuch. Der Richterspruch war endgültig.⁴⁰

Im Jahre 1493 ging das Stollhofener Gericht durch Kauf an den Markgrafen von Baden über. Die Rüge- oder Dinggerichte wurden dann alljährlich am St. Adolfstag (17. 6.) abgehalten. Dieses Gericht wurde bis 1493 „unter der Tanne“ vom Abt, dann vom Amtmann (badisches Amt Stollhofen) abgehalten. Weisungen wurden auf der „mächtigen Stadtbruck“ verlesen.⁴¹

2. Handel und Gewerbe im mittelalterlichen Stollhofen

Die Mühlen (Mahlmühlen)

Schon im Jahre 1302 werden in den Urkunden zwei Mühlen genannt. Es heißt hier „die ober Mulin“, so muß es wohl auch eine untere Mühle gegeben haben.⁴² Die obere scheint die heutige Stadtmühle gewesen zu sein, sie erscheint später auch als innere Mühle.

Diese Mühlen wurden im Jahre 1309 mit der Stadt an den Markgrafen verkauft und waren somit badische Lehen. Am 22. September 1445 verleiht Markgraf Jacob eine Mühle an seine Amtsleute Müller zu Beinheim mit der Auflage, sie neu zu erbauen. Der Lehenzins betrug 61 Malter Korn jährlich. Die Zustimmung möchte er zwischen Michaeli und Martini erhalten gegen entweder drei Mastschweine oder drei Gulden. Das Bauholz wird kostenlos aus herrschaftlichen Wäldern gestellt.⁴³

Da im Jahre 1511 ein Peter Müller auf der Hecken-Mühle saß, könnte die Urkunde ebenfalls auf diese Mühle bezogen werden.⁴⁴

Von der Stadtmühle sind Kaufbriefe aus den Jahren 1557, 1563 und 1583 erhalten. Beide Mühlen, die Stadt- und die Heckenmühle, bestehen heute noch.⁴⁵

Hanfplauel

Der Hanfanbau und dessen Verarbeitung war im mittelalterlichen Stollhofen ein wichtiger Erwerbszweig. So waren am Sulzbach im Jahre 1511 drei Plaueln vorhanden. Eine Plauel war unter der Heckenmühle im Besitz des Peter Müller. Eine weitere unter der oberen Mahlmühle (Stadtmühle) im Besitz des Hansen Hanß und eine dritte Plauel an der breiten Furt unter der Au-
brücke im gemeinsamen Besitz der drei Bürger Michael Ölmann, Caspar Becker und Job Metzger.⁴⁶

Eine Hanfwaage wird noch im Jahre 1700 erwähnt, die Plauelmühlen⁴⁷ erscheinen zum letzten Male 1778, der Gemarkungsplan von 1870 enthält noch eine Hanffreeze (Hanfteich).⁴⁸

Gerbermühle

Die Großviehhaltung war früher viel wichtiger als heute, so sind auf der ältesten Gemarkungskarte von 1784 noch große Teile des Bannes als Viehweide markiert. Auch die Lederverarbeitung war ein wichtiger Erwerbszweig, schon 1448 taucht in den Urkunden eine Gerbmühle als Beweis für dieses Handwerk auf.⁴⁹

Noch 1618 wird diese Gerbmühle außerhalb der Stadt erwähnt, der Dreißigjährige Krieg vernichtete auch diese Mühle.⁵⁰

Ölmühle

Spät, erst 1625, erscheint auch eine Ölmühle, die sich in der Heckenmühle befunden hat, deren Besitzer damals Johann Georg Heier war.⁵¹

Wollwaage

Für einen Umschlagplatz von Schafen oder deren Wolle zeugt die Wollwaage, die 1539 in den Urkunden genannt wird.⁵²

Fischer

Einer der wichtigsten Berufe war sicher die Fischerei. Der älteste Gemarkungsplan von 1784 zeigt ein Gewirr von Rheinarmen und Inseln, die ca. 1/3 der Gemarkung von Stollhofen ausmachen.⁵³

Auf diesen Erwerbszweig weist schon das Wappen der „Herren von Stadelhoven“ hin. Ihr älteres Wappenschild zeigt zwei gekreuzte Angelhaken, später einen Angelhaken in Rot, in einem gerandeten silbernen Schild.⁵⁴

In einem alten Berain von 1472 heißt es „Item ein Vischwasser, gat by Veltor by Sant Jorgen herabe gein Stollhofen in den Bach, darin han die Bürger auch recht zu vischen. . .“⁵⁵

In der Polizeiordnung von 1538 wird dann auch ein Fischmeister erwähnt⁵⁶, 1526 wird ein Fischwasser verkauft.⁵⁷

Zünfte

Zunftordnungen für Huf- und Waffenschmiede und Wagner wurden 1715 erneuert, für Mauerer, Steinhauer, Zimmerleute 1727, Schneider 1730 und Schuhmacher 1753.⁵⁸ Frühere Ordnungen sind nicht mehr erhalten, dabei waren sicher die Zünfte für Huf- und Waffenschmiede, Wagner, Zimmerleute usw. in einer Garnison und Festung sehr bedeutend.

Die Gasthäuser

Eine Stadt, gelegen an einer wichtigen Handelsstraße, der Messestraße nach Frankfurt, brauchte auch Gasthäuser. Der erste Wirt erscheint schon im Jahre 1578 am 9. November in den Urkunden. Es war der Bürger Ulrich Etzel mit seiner ehelichen Hausfrau Barbell. Leider ist dabei kein Gasthausname vermerkt.⁵⁹

Das Taufbuch der Stadt nennt unter der Jahreszahl 1641 einen Ochsenwirt Weber. Als Taufpaten seines Sohnes sind dabei die Gattin des Festungskommandanten, Obristwachtmeister Wirtz von Rudenz, und der kaiserliche Hauptmann Oswald von Glaubitz vermerkt.⁶⁰ 1699 gab es den Lammwirt (Lambwürth) Wöber.⁶¹ Die Jahreszahl 1714 ist heute noch an der „Krone-Post“ zu sehen⁶², während der „Schwarze Adler“ 1681–1748 die Thurn- und-Taxis-Poststation beherbergte.⁶³

Nennungen aus der Zeit vor 1600 sind nicht erhalten. 1745/57 werden in einer Schatzung 5 Gasthäuser mit Schildgerechtigkeit aufgeführt: Krone, Schwarzer Adler, Lamm, Pflug, Schwan.⁶⁴

Schule

Die Schule, die in der Vorstadt bei der Pfarrkirche stand, wird erstmalig 1588⁶⁵ erwähnt, wobei aus dem Jahre 1539⁶⁶ die Neuregelung der Schulmeister- und Mesnerbesoldung als Urkunde erhalten ist. Weitere Schulnennungen aus den Jahren 1590 und 1597.⁶⁷

Im Kirchenbuch erscheint 1630 ein Schulmeister Hagenauer.

Vieh- und Kleinhandel der Juden

Der erste Hinweis auf eine jüdische Gemeinde zu Stollhofen erfolgte im Jahre 1582,⁶⁸ tatsächlich berichtet der Volksmund im Ort von einer Synagoge (Haus Sikinger). Die Höchstzahl jüdischer Bewohner wurde im Jahre 1847 mit 41 erreicht. Nach dem Dreißigjährigen Krieg kehrten auch die Juden zurück, um ihre Geschäfte aufzunehmen; so erscheinen 1684 in Stollhofen ein Jud Borich der Junge und ein Jud Aaron.⁶⁹ Der Begräbnisort für die Stollhofener Juden war Kuppenheim.

Goldwäscherei

Seit dem 14. Jahrhundert besteht zusammen mit dem Nachbardorf Dalhunden eine Goldwäscherzunft.⁷² 1717 erscheint eine Goldweide in den Urkunden.⁷²

1345 behält sich der Abt von Schwarzach in einer Verkaufsurkunde u. a. die Goldgrien (Recht, Gold zu waschen, auch die dazugehörenden Lose) vor, die im Bann der Stadt Stollhofen lagen.⁷³

3. Der Niedergang der Stadt

Schon im Dreißigjährigen Krieg mußte Stollhofen als Festung sehr hohe Verluste hinnehmen. So verlor unser Städtchen seine Pfarrkirche, das Schloß, einen Teil der Mühlen und wurde mehrere Male von Truppen erobert und verheert.⁷⁴ Allein die Geschichte der Stadt im Dreißigjährigen Krieg würde ein Buch füllen. 1645–1652 war es sogar eine von französischen Truppen besetzte Grenzstadt.⁷⁵ Dem Dreißigjährigen Krieg folgte dann 1672–79 der Holländische Krieg. In den Akten des Amtes Stollhofen befindet sich eine Schatzung, die die Verluste aus dem Amtsgebiet auführt.⁷⁶

Die Gegenfestung Fort Louis

Nach der Wegnahme von Straßburg durch Frankreich verstärken die Franzosen ihre Macht am Oberrhein durch die Errichtung der Festung Fort Louis auf einer Rheininsel im Rücken von Stollhofen.⁷⁷

Neben dieser Festung entstand eine Stadt mit allen Privilegien. Die hier stationierten Soldaten, die bis zu 3000 Mann zählten, hatten hier ihre Familien untergebracht.

So war Stollhofen auch eine wirtschaftliche Konkurrenz entstanden (rund 3 km entfernt), mit der es unser Städtchen nicht aufnehmen konnte. Denn hinter Fort Louis stand ein mächtiges Frankreich, bei uns nur ein schwaches kleines Fürstentum. Denn der deutsche Kaiser und das Reich waren weit und fern, wenn französische Heere den Rhein überschritten.⁷⁸

So folgte dann der Pfälzer Erbfolgekrieg 1688–97, während dem die französischen Truppen besonders schrecklich hausten.

Kurz zuvor waren zwar die Festungsanlagen von Stollhofen erneuert worden, doch am 22. August 1689 zogen die Franzosen durch die ganze Markgrafschaft und ließen keinen Stein auf dem andern.⁷⁹

Dem Pfälzer- folgte dann 1701–1714 der Spanische Erbfolgekrieg, in der zwar die Stollhofener Festungslinie errichtet wurde, aber das Städtchen kaum Zeit fand, seine Häuser aufzurichten.⁸⁰

Nur langsam gelang nach diesem Krieg ein Aufbau auf Ruinen, erst 1722⁸¹ wurde die Kirche notdürftig hergerichtet. Mauern und Türme waren spätestens 1707 auf Befehl der Franzosen abgerissen worden. So lag nun die Stadt im Vorfeld der Festung Fort Louis vollkommen ungeschützt da. Jahrzehntelang streiften französische Truppen ungehindert durch die Markgrafschaft und plünderten das Land aus.

Dazu kam noch, daß der Markgraf im letzten Jahrzehnt des 18. Jahrhunderts begann, Rastatt als Residenz auszubauen, und es manchen Bürger in die neue Stadt an der Murg zog, dessen besondere Freiheiten ein starker Magnet war.

In den nächsten Kriegen gegen Frankreich 1733–35 hatte unser Ort zwar als Festung ausgedient, aber 50000 Soldaten lagerten wochenlang in der näheren Umgebung, die die Bevölkerung auf das Äußerste ausraubten. 1735 standen sich dann 110000 Mann kaiserliche und französische Soldaten gegenüber. Auch während des Österreichischen Erbfolgekrieges (1740–1748) war hier Aufmarschgebiet verschiedener Truppen.

Erst nach 1748 trat eine längere Friedenszeit ein.⁸²

4. Auflösung des Amtes Stollhofen, Verlust der Stadtrechte

Nach dem Erlöschen der baden-badischen Markgrafenlinie 1771 wurde das Land von dem Durlacher Fürstenhaus übernommen. Um die Verwaltung zu vereinfachen, wurden nun die kleinen Amtsgebiete zusammengefaßt und zu größeren Einheiten zusammengelegt. Im Zuge dieser Reform wurde am 17. Juli 1790 das 400jährige badische Amt Stollhofen aufgelöst, und der Ort verlor damit auch das fast 500jährige Stadtrecht.⁸³

Noch an der Urkunde von 1767, die den Kirchenneubau betrifft, wurde das alte Stadtsiegel von 1622 verwendet. Auch auf dem im Jahr 1784 erstellten Gemarkungsplan wird der Ort noch als Stadt bezeichnet.⁸⁴

Hier heißt es noch „Topographischer Plan über den zu dem Stollhofer Amt gehörigen Bann der Stadt Stollhofen“.

Nur sind die Mauern und Tore schon längst gefallen. Die Bewohnerzahl durch die ständigen Grenzkriege geringer als 100 Jahre früher. 1660 waren es 87 Bürger, 1682 67 Bürger mit 10 Witwen und 1778 nur 77 Bürger. Im Jahre 1813 zählte der Ort 443 Einwohner, 1825 folgte eine Erholung auf 879 Einwohner, 1827 stimmten beim Schulhausbau 97 Bürger ab.⁸⁵ Die Bewohnerzahl pendelte sich nach 1835 auf etwa 950 ein, wobei zwischen 1835–55 rund 450 Auswanderungen nach Amerika gemeldet wurden. Erst nach 1870 erreichte der Ort die 1000 und liegt heute bei rund 1100 deutschen Einwohnern.⁸⁶

5. Auswertung der Kirchenbücher der Pfarrei Stollhofen von 1629–1720

Betreff Handel, Gewerbe und Verwaltung

Metzger 1647–1672, 6 × erwähnt; Sattler 1670, 1 ×; Weber 1643 bis 1654 (Leinenweber) Textor, 7 × (!); Barbieri 1651/1669 u. 1718/Barbiertonsor, 3 ×; Wagner 1647 u. 1651, 2 ×; Schneider/Sartor 1639–54, 2 ×; Salzhändler 1653, 1 ×; Schmidt 1651, 3 ×; Zoller 1647–49, 2 ×; Scharfrichter 1646–54, 2 ×; Bäcker/Beck/Pister 1634–1699, 5 ×; Meyer (Beruf auf dem Hartunger Hofgut) 1639–71, 4 ×; Stadtschreiber 1647–54, 4 ×; Chirurgus 1641, 1 × (Stollhofen war Garnison); Gasthäuser Krone ab 1660 (Cronenwürth), Pflug ab 1654, Rappen ab 1650, Ochsen ab 1641, Schw. Adler ab 1663; Schulmeister/Ludimagister/Rector/Ludimator 1630–1718, 12 × (!).

Die Anzahl der Berufe (z. B. $\times 5$) bezieht sich auf jeweils andere Personen. Doppelnennungen kommen nicht vor. So übten z. B. im Zeitraum 1651–1718 3 verschiedene Barbieri gleichzeitig oder auch nacheinander den Beruf aus. Der Kirchenbuchsreiber hatte neben dem Familiennamen in den wenigsten Fällen die Berufsbezeichnung vermerkt, so daß diese Aufstellung nicht alle Berufe dieser Zeit enthalten kann. Bauern und Tagelöhner (*mercenarius*) habe ich nicht notiert, da diese mit Handel und Gewerbe in der Regel nichts zu tun haben. Auffallend ist die Häufigkeit der Soldaten (*miles*), hier stand ständig von 1629–1707 eine Garnison. Von 1645–53 erscheinen im Kirchenbuch französische Soldatennamen, da Frankreich zu dieser Zeit die Stadt mit Truppen belegt hatte.

6. Verlauf der mittelalterlichen Stadtmauer

Der Verlauf der älteren Stadtmauer entspricht im großen und ganzen der späteren Festungsmauer (Plan 1640 und 1689). Doch einige Mauerreste, die bei Bauarbeiten unter verschiedenen Bürgerhäusern gefunden wurden, lassen eine Erweiterung in der Festungszeit (1583/1632/1689) als möglich erscheinen.

Dazu der Katasterplan Nr. 1:

Punkt 1:

Das Bürgerhaus steht genau auf der äußeren Wehranlage, der Garten und der Hofbereich war früher der innere Stadtgraben. Bei dem Neubau, der vor einigen Jahren von dem Bürger vorgenommen wurde, dabei wurde das Haus im Hofbereich erweitert, mußten die Kellermauern wegen dem schlechten Untergrund wesentlich verstärkt werden.

Die Grundstücksgrenze zum Kirchplatz hingegen ist sogleich der Verlauf der alten Stadtmauer, die nun in den nächsten Monaten, bei der erfolgten Ortskernsanierung auf 1,80 Meter aufgemauert werden soll, um diesen Platz in einen historischen Zustand zurückzuführen. Die Dorfkirche, die in den Jahren 1767–69 erbaut worden war, war der Nachfolgebau von der im Jahre 1448 erstmalig faßbaren St.-Erhards-Kapelle.

Punkt 2:

Gartenstraße, Ecke Erhardusstraße; hier wurde vor rund 20 Jahren der neue Kindergarten genau in den ehemaligen Graben gebaut. Wochenlang mußte bei den Kellerarbeiten Druckwasser ausgepumpt werden. Der Neubau dauerte dadurch viel länger und kostete entsprechend mehr. Im heutigen Garten stand früher ein Bauernhaus (Fachwerk) genau auf der Festungsmauer. Das Häuschen hatte dadurch keinen richtigen Keller. Die Gartenstraße überquert hier die alte Stadtmauer. Bei Kanalarbeiten wurden hier Mauern von bis zu vier Meter Breite durchbrochen. Hier könnte früher auch ein Tor gestanden haben, dessen Beweis heute natürlich kaum mehr zu erbringen ist, denn bei den Kanalarbeiten wurde keine Rücksicht auf mögliche Grundmauern genommen.

Punkt 3:

Durch Geländeunebenheiten, Grundstücksgrenzen und vermehrte Steinreste in den Gärten hinter den Häusern angedeuteten weiteren Verlauf der Mauer.

Punkt 4:

Einzig sichtbare Mauerreste mit eingemauerten Wappen, hier die Rückmauer der Vorburg (1689 als Schloß bezeichnet). Deutliche Geländeabsenkungen sind hier zu erkennen. Der Weg, der den Ort halbringförmig im Osten umschließt, heißt heute Burgweg. Er verläuft auf der äußeren Schanze der Festungsanlage (1689) mit einer nach Osten ausgerichteten Bastion, auf dem heute ein einzelner Hof steht (Grundstücksgrenzen beachten). In der Vorburg stand, ebenso nach Osten ausgerichtet, ein Wachturm (Plan 1689), der den Übergang (eine Brücke) zur Bastion überwachte.

Grundstücksgrenzen von Punkt 3 zu Punkt 4. Durch eine Quermauer durch den Burggraben verbunden war die Vorburg mit der Stadtmauer. Diese Verbindungsmauer könnte durch den Festungsausbau erst eingefügt worden sein. Denn noch auf der Gemarkungskarte von 1784 erscheint die ehemalige Vorburg von der nächsten Bebauung sehr weit entfernt. So ist hier vermutlich die ältere Stadtmauer in Nord-Süd-Richtung verlaufen, (gedachte Linie zwischen 3 und 6) und der Vorhof oder die Vorburg schiebt sich vor die älteren Stadtmauern. Damit könnte auch das abrupte Ende der Marktstraße im Osten zu erklären sein (Herrenstraße).

Punkt 5:

Durch deutliche Geländeunebenheiten, Grundstücksgrenzen und Gartenzäune angedeuteten weiteren Verlauf der Wehranlagen, der aber mit ziemlicher Sicherheit aus der späteren Festungszeit herrührt.

Punkt 6:

Haus mit einer laut Besitzer unter dem Stall verlaufenden Mauer, die aber in Nord-Süd-Richtung verläuft und auf die alte Ostmauer (gedachte Linie zwischen 3 und 6) hindeuten könnte.

Punkt 7:

Linker Pfeil, unter diesem Anwesen (Anbau) könnten die Grundmauern des Wehrturmes liegen, der den Stadteingang aus der späteren Festungszeit überwachte (S. Plan 2 und Festungspläne). Mittlerer Pfeil, Anbau heute verschwunden, im Plan noch erhalten, lt. Volksmund war hier das jüdische Bethaus (Synagoge) untergebracht.

Rechter Pfeil, Wohnhaus Sikinger, steht mit einer Hälfte anscheinend auf festem Untergrund (älterer Stadteingang), und mit der anderen Hälfte im älteren Stadtgraben. Zu sehen sind sehr deutliche Setzrisse im Mauerwerk und mit dem bloßen Auge erkennbares Absinken der Haushälfte.

Punkt 8:

Linker Pfeil, Neubau einer Bankfiliale vor einigen Jahren, hier stand früher ein kleines Fachwerkhaus, vermutlicher Standort eines Tores, bei Kellerarbeiten wurde hier sehr starkes Mauerwerk angeschnitten. Nur mit Mühe konnte die Ausschachtung des Kellers vorgenommen werden.

Mittlerer Pfeil, nordwestliche Ecke der älteren Mauer. Deutliche Geländeabsenkungen im Garten erkennbar, auch hier ist der Verlauf durch Grundstücksgrenzen und Gartenmauern zu erkennen. Rechter Pfeil, Anbau der Scheuer des Hauses gegenüber der Kirche vor rund 20 Jahren, dabei wurde lt. Hausbesitzer die hier verlaufende Mauer angeschnitten.

Punkt 9:

Verlauf der ehem. Mauer unter den hier in einer Reihe stehende Bauernhäusern, teilweise wurde die Grundmauer als Basis für die Grundmauern der Scheunen benützt. In einem dieser Häuser wurde (lt. Aussage des Besitzers) bei einem Umbau im Stallbereich eine Mauer in Nord-Süd-Richtung angeschnitten, die so stark war, daß sie nicht zu einem normalen Haus gehören kann. Gab es eine noch ältere Stadterweiterung in Richtung Westen?



Verlauf der mittelalterlichen Festungsmauer, vor dem Festungsausbau

Punkt 10:

Hier endet eine Stichstraße in Richtung Süden an der ehem. Mauer. War hier ein Tor mit einem Übergang über den Sulzbach? (Verlängerung der Gartenstraße aus Richtung Norden).

Punkt 11:

Ehemalige Marktstraße, heutige Herrenstraße, im angenommenen Stadtbereich war die Straße 240 Meter lang und bis zu 15 Meter breit. Alle anderen Straßen waren nur kleine, enge Gäßchen, die von der Marktstraße abzweigten.

Hier stand bis 1774 das Rathaus, das nach einer Bürgerabstimmung an die „Landstraße“ verlegt wurde.

Punkt 12:

Uralter Bauernhof, von 1681–1748 Thurn-und-Taxis-Poststation, Gasthaus Schwarzer Adler, später Kolonialwarengeschäft. Der Hausbesitzer wollte das Haus umbauen, es wurde aber

nicht in der Form gestattet, wie er es wollte. Laut Hausbesitzer kam vom Denkmalamt der Hinweis, dieses Haus gehörte früher zum Kloster Schwarzach (ehemaliger klösterlicher Kellerhof? Das Kellerfeld beginnt gleich hinterm Haus und reicht bis fast nach Söllingen; war das die Urzelle des 1154 erwähnten klösterlichen Ortes curia dominicalis?).

Nach den von mir eingesehenen Quellen kann ich dies leider nicht bestätigen, es könnte aber denkbar sein.

Dieses Haus mit den Nachbarhäusern Lamm und Schule (1539) stand in der 1588 erstmalig so genannten Vorstadt bei der Pfarrkirche (in diesem Fall die St.-Cyriaks-Kirche).

Punkt 13:

Gasthaus Lamm, auf dem Plan von 1697 zusammen mit dem Schwarzen Adler erkennbar. 1699 bittet der „Lambwürth Wöber“ um einen Bauplatz für seinen Stall. Dieses Gasthaus in der heutigen Lammgasse lag an der hier durchziehenden Landstraße. Nach der Festungszeit wurde die Straße begradigt.

Punkt 14:

Vermutlicher Standort der St.-Cyriaks-Basilica, im Dreißigjährigen Krieg auf Befehl der schwedischen Besatzung (1632) von der Bevölkerung niedergerissen. Diese Kirche wurde nicht mehr aufgebaut, so erscheint dann die in der Stadtmitte liegende Erhards-Kapelle als Pfarrkirche. Im Plan angedeutet der Steilabfall zum Bachgrund, so alte Kirchen wurden gerne auf höhergelegenen Orten gebaut. Da sie eine sog. Wehrkirche war, kann dieser Standort am Steilabfall besonders in Frage kommen. Da heute auch hier keinerlei Reste zu sehen sind, kann nur durch einen Zufallsfund der Standort und auch die Größe der Kirche ermittelt werden.

Punkt 15:

Stadtmühle: Die im Jahre 1302 erwähnte „ober Mulin“ könnte die Stadtmühle gewesen sein, da die untere Mühle die heutige Heckenmühle war. Später wurde auch die Obermühle als Innere Mühle bezeichnet.

Punkt 16:

Innenbereich der Wasserburg. Hier steht ein Wohnhaus, das auf dem Keller eines Vorgängerbauwerks errichtet wurde. Von diesem Keller aus zweigt ein unterirdischer Gang ab (heute zugemauert), der sich nach Aussage der Bewohner in Richtung Osten verliert und angeblich in der Vorburg enden soll. In diesem Gang sollen früher auch Skelette und Wappen gefunden worden sein. Kurz nach dem Krieg, um 1950, brach ein Teil der hier unter der Herrenstraße verlaufenden Gewölbe ein. Ein Loch entstand in der Straße, das dann zugeschüttet worden ist.

Punkt 17:

Dieses Haus wurde im Jahre 1752 erwähnt, hier beklagte sich ein Michael Gäbler, sein Bauplatz am Schloßgatter wäre ein „elend Wasserloch“. Tatsächlich ist im Keller dieses Hauses ein Torbogen zu erkennen, der unter der heutigen Straße weiterverläuft. Dieses Haus steht auf einer früheren Bastion, die den Zugang zum Schloß sicherte. Der Durchgang könnte früher ein Ausgang zum Schloßgraben (Schloßgatter) gewesen sein.

Punkt 18:

Rückmauer der Wasserburg, teilweise als Grundmauer für Stall- oder Wohnhäuser verwendet. Bei dem hier stehenden Haus endet das Grundstück unbebaut an einer Gartenmauer. Unter dieser Gartenmauer befindet sich die Grundmauer des Schlosses. Geländeunterschied: ein Meter zum Nachbargrundstück abfallend. Das Haus hat keinen Keller. In 1,40 m Tiefe beginnt schon das Grundwasser (in einem Schacht). Laut Bewohner könnte der Schacht früher ein Brunnen gewesen sein. Oder sitzt das Haus auf dem alten Schloßkeller, dem alten Gewölbe, das heute von Grundwasser geflutet ist?

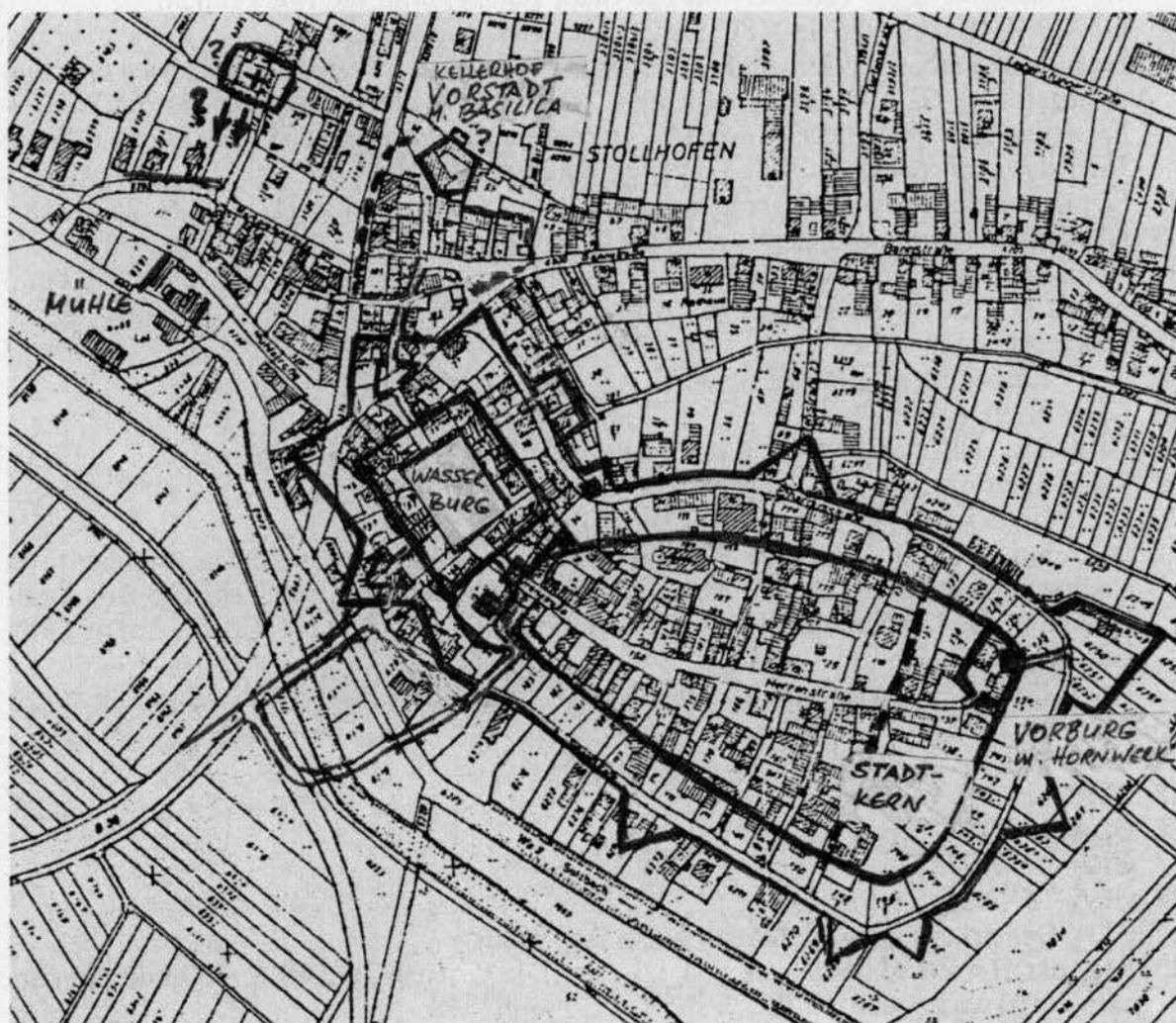
Punkt 19:

Heutiges Haus Stolz, früher von 1748 an Thurn-und-Taxis-Poststation, erbaut vom Postmeister Karl Kramer 1748, der diesen Platz unentgeltlich erhalten hatte, mit der Auflage, die „fortifikation“ einzuebnen. (s. unter 80)

Katasterplan Nr. 2:

Eingezeichnete innerer Verlauf der Stadtmauer aus der späteren Festungszeit. Vermutlicher Verlauf der älteren Stadtmauer im östlichen Teil des Stadtkernes mit einer durchbrochenen Linie angedeutet. Ausbau der Festung um 1583 (?), bestimmt aber um 1689 lt. Schmalkalder. Siedlungsbereich der Vorstadt ebenso mit durchbrochenen Linien angedeutet. Stadteingänge nachgezeichnet.

Äußere Wehranlage aus den Plänen 1640–1689/97 übertragen. Gesamtlänge der inneren Stadtmauer ca. 850 m, die Wasserburg ca. 100 × 100 Meter, äußere Wehranlage rund 1600 Meter lang.



Stadtmauer 1640–1689

Anmerkungen

- 1 Im Jahre 1280 erscheint der Ort noch als Dorf – Stotzinger Othmar, Stammtafel der Röder, Heidelberg 1914. S. 8.
- 2 Ebner, v. Gaylingische Archiv, Mitteilung der Bad. Hist. Kommission Nr. 38 m 77.-Stalhoven die stat, die Ober-Mulen, –.
- 3 An der Urkunde von 1302 befindet sich das Siegel des Walters v. Geroldseck, unter dem Datum 24. April 1356 erklärt Heinrich von Geroldseck, daß er den Verkauf von Burg und Stadt Stollhofen mit den Dörfern Söllingen und Hügelsheim anerkenne. Dieser Besitz war als Lehen an die Windecker von ihm verliehen worden und dann durch den Verkauf an die Markgrafen v. Baden gekommen. – Somit war der Ort oder die Stadt Stollhofen möglicherweise eine Geroldsecker Gründung.
- 4 RMB I. Nr. 682 von 1309, Jan. 30.
- 5 HZB Schöpflin cod. dipl. Nr. 204 von 1310, Juni 22.
- 6 RMB I. Nr. 683 von 1311, Jan. 7, s. a. Die Ortenau 49/1969 Reg. der Herren von Windeck S. 308/309.
- 7 RMB I. 724 von 1315 und GLA. 67/1315 249/252.
- 8 RMB I. 860 von 1330 und GLA. 67/1315 303/305 – weitere Fehden in den Jahren 1388 (RMB I. 1462) 1429 (RMB I. 3657 und 3725).
- 9 Regesten der Fleckensteiner / Bull-Reichenmüller S. 158 Nr. 13 vom 1. Dez. 1345. Diese Urkunde ist in den markgräflichen Regesten nicht erhalten, die Fleckensteiner waren Gebietsnachbarn bis zum Verkauf der Stadt Beinheim an die Markgrafen.
- 10 GLA 37/248 vom Juni 1. 1481, Siegelkartei und Wappenakte.
- 11 Im Juli 1895 erbat die Gemeinde über das Bezirksamt den Entwurf eines neuen Gemeindegiesels. Das GLA erwiderte dem Bezirksamt, für Stollhofen komme nur die Wiederherstellung des alten Giesels in Frage. An der Gemarkungskarte von 1866 ist das einfache Dorfsiegel mit dem pfahlweis gestellten Schlüssel zu sehen.
- 12 S. „Die mittelalterliche Pfarrorganisation in der Ortenau“ von D. Kauß S. 257–258.
- 13 GLA 3. 33 (curia dominicalis zu Stadelhova cum Basilica).
- 14 Keltischer Salzhändlerweg, s. Elsässer Monatsschrift Jahrgang IV. Heft 2 und die Ortenau 31/1951 S. 158 A. Harbrecht.
- 15 Namensdeutung s. bei 12.
- 16 s. A. Harbrecht in „Bühler Blaue Hefte“ 5/6/7 1960 S. 67.
- 17 GLA A. 91 (von 994).
- 18 GLA Sel. d. K. u. K. Nr. 92 s. a. Die Ortenau 9/1922 S. 66/67.
- 19 Siehe unter 12.
- 20 s. Urkunde von 1345 unter 9 (Fleckensteiner).
- 21 Polizeiordnung von 1538, erstellt vom badischen Amtmann zu Stollhofen, Bernhard von Endingen, zusammen mit dem Abt Gutbrot von Schwarzach für das badische Amt Stollhofen und das Klosteramt Schwarzach. Schwarzacher Urkunde Nr. 148. S. a. Die Ortenau 32/1952 S. 11.
- 22 GLA 229/102562 Verschiedene Schriften von 1616–1623.
- 23 GLA Berain 8384, 3r(1511).
- 24 RMB I. 3657.
- 25 RMB I. 3725.
- 26 GLA 47/250.
- 27 GLA 229/102393.
- 28 GLA 229/102425.
- 29 GLA Gemarkungsplan Stollhofen Nr. 5 (ca. 1640).
- 30 Reg. der Herren von Windeck von 1212 in „Die Ortenau 49/1969 S. 300 und Schwarzacher Urkundenbuch Nr. 19.
- 31 GLA Kopialbuch 1316f. 48f. s. a. Die Ortenau 49/1969 S. 301–302 – Reg. der Herren von Windeck.

- 32 Schwarzacher Urkundenbuch Nr. 65 (1345). Verkauf eines Teils der Langenau (Rheininsel unterhalb von Stollhofen) an die Dorfleute zu Roppenheim vom Kloster Schwarzach. Die genannte Insel gehört zur Pfarrei Stollhofen, Bessering und Frevel dem Schultheiß zu Stollhofen.
- 33 Reg. der Fleckensteiner s. auch unter 9.
- 34 s. unter 21 u. 22.
- 35 Deutsche Reichsakte II. 190 und „Die Ortenau „53/1973 S. 134.
- 36 Krieger II. S. 1100 von 1472. Das Amt Beinheim umfaßte die Stadt Beinheim und das Dorf Leutesheim im Elsaß.
- 37 Fester, Markgraf Bernhard I. von Baden S. 126 und Kindler von Knobloch, Oberbadi-sches Geschlechterbuch, s. Bühler Blaue Hefte 5/6/7 von 1960 S. 92 Nachdruck von Karl Reinfried. In diesem Heft werden die Amtmänner des badischen Amtes Stollhofen aufgeführt.
- 38 Salbuch des Klosters Schwarzach Nr. 1 Pag. 405.
- 39 GLA K. Berain 8383 Stollhofen v. 1492.
- 40 GLA 105/954; 67/1314, 5–7, 67/1318, 130 s. a. Die Klöster der Ortenau „Schwarzach S. 303).
- 41 GLA 37/249.
- 42 s. unter 2 „ober-Mulen“.
- 43 RMB III. 6422 v. 22. Sept. 1445.
- 44 GLA Beraine 8384 3r. 1511.
- 45 GLA 229 102535 (1557) 102536 (1563–96) 102537 (1583).
- 46 s. unter 44.
- 47 GLA 229/102470 (1700).
- 48 Gemarkungsplan im Rathaus.
- 49 GLA 37/250 Gerbmühle 1448.
- 50 GLA Beraine 8390, S. 1 von 1618.
- 51 GLA Beraine 8392, 38 r von 1625.
- 52 GLA 229/102469 Wollwaage v. 1539.
- 53 Gemarkungsplan von 1784 im Rathaus.
- 54 s. unter 37.
- 55 GLA Beraine 8383 Stollhofen von 1472.
- 56 s. unter 20 Polizeiordnung von 1538.
- 57 GLA 229/102407 Herrschaftliches Fischwasser v. 1526.
- 58 GLA 229/102621 (1715) Zünfte – GLA 182/185 (1727) 182/186 (1730) 182/187 (1753).
- 59 GLA 33/1355.
- 60 Das Taufbuch oder Kirchenbuch beginnt schon im Jahre 1629, es befindet sich im Pfarr-haus zu Stollhofen.
- 61 GLA 229/102457.
- 62 Am Eingang zur Gastwirtschaft befindet sich eine Tafel aus Holz, wo die Jahreszahl 1714 eingeschnitten ist. Es handelt sich hier um ein Fachwerkhaus (verputzt).
- 63 lt. Hausbesitzer.
- 64 GLA 182/177.
- 65 GLA 229/102497 Brand im Schul- und Mesnerhaus in der Vorstadt bei der Pfarrkirche. 1588.
- 66 GLA 229/102565 Schul- und Mesnerdienst – Neuregelung der Besoldung 1539.
- 67 GLA 229/102511.
- 68 s. Joachim Hahn, Theiss Verlag Stuttgart-Aalen. 1988.
- 69 Durlacher Prozeßschrift Beil. 42/43.
- 70 Kuppenheim war der Begräbnisort aller Juden aus unserem Raum.
- 71 A. Harbrecht in Bühler Blaue Hefte 9/1961 S. 45.
- 72 GLA 229/102444/5.
- 73 s. unter 32, in der Urkunde ist auch eine Goldgrien erwähnt.

- 74 Dreißigjähriger Krieg in „Die Ortenau“ 50/1960 S. 192–196 ebenso 56/1976 S. 280 ebenso Klöster der Ortenau, weitere Zusammenstellungen aus 41/1961 und 23/1936 und A. Hasel Geschichtsbild.
- 75 Vertrag v. Stollhofen, Haus- und Staatsarchiv des Markgrafen Wilhelm.
- 76 GLA 182/144 und 150 Schätzungen des Amtes Stollhofen.
- 77 Plan der Festung Fort Louis in Societe D’Histoire 1987.
- 78 Elsaßland 1935 Nr. 8 Fort Louis betreffend.
- 79 Samson Schmalkalder Festungspläne vom Juli 1689 Feldlager bei Stollhofen und Schwarzach gegen Fort Louis im GLA Hfk. XIX. 18/XXCII. 15, /XIX.23, /XIX. 20.
- 80 Stadtplan von 1697/GLA H. D. Nr. 4. Von ursprünglich 90 Häusern (Schätzung von 1682) sind auf dem Plan nur 30 zu erkennen. Schloßanlage schon teilweise überbaut. Mehrere Kaufbriefe von Bürgern, die die ehemalige Schloßstätte betreffen unter GLA 229/102457 von 1702. Ebenso 1696 Reparatur des Kirchendaches GLA 229/102498 und Neubau des Amtshauses und der Schule bezeugen den Aufbauwillen der Bewohner.
- 81 1722 Um- und Ausbau der Kirche im FDA Finanzakten Nr. 27886.
- 82 Weitere Zusammenfassungen s. unter 74.
- 83 GLA 229/102388 Auflösung des Amtes am 17. Juni 1790.
- 84 Neubau der Pfarrkirche 1767–69 Akten FDA Nr. 27886 ebenso Erzb. Finanzkammerarchiv. 27884.
- 85 Einwohnerzahlen aus Gemeindeakten und die Schätzung von 1682 s. unter 76.
- 86 Schul- und Rathausbau 1774 GLA 182/144.
- 87 GLA 229/102425 und 102520 ebenso GLA L Nr. 261/1884 Markgraf Philipp II. von Baden gab 1583 den Befehl, die Schloßanlage neu zu errichten. Bauzeit 1583 bis ca. 1589.

Schlößchen Wiedergrün

Gemeinde Durbach, Ortsteil Wiedergrün.

(Schreibweisen: Widirgrin, Widergrin, Widergrien, Wyddergryn)

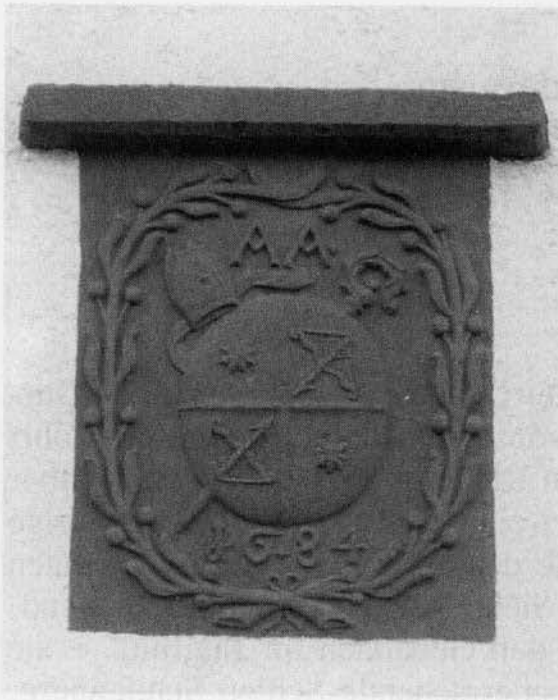
Herbert L. Müller

Recht versteckt in einem Seitentale auf der Gemarkung der Gemeinde Durbach liegt das Schlößchen Wiedergrün. Von Durbach über Ebersweier führt ein Sträßchen (K 5305) den Kundigen in Richtung Nesselried. Auf halber Strecke zwischen den Ortschaften kreuzt ein befestigter Weg – ihm folge man in östlicher Richtung, dem Verlaufe des nach Wiedergrün benannten Tales. Schon bald kommt ein Weiler in Sicht, wenige Gehöfte umfassend. Doch meist streifen die Blicke weg von den Gebäuden im Talgrund – sie suchen hoch oben das die Landschaft beherrschende Schloß Staufenberg. Leider wird darob ein Gebäude übersehen, dessen Geschichte sehr eng mit der des wehrhaften Baues in der Höhe verbunden ist.



Schlößchen Wiedergrün in heutiger Gestalt: Westansicht

Aufnahme: H. L. Müller



*Wappen des Abtes Anastasius
Schlecht von Allerheiligen in der
Nordwand*

Aufnahme: H. L. Müller

Dem aufmerksamen Beobachter fällt auf, daß ein Gebäude sich in seinem Erscheinungsbild sehr von den Höfen in der Nachbarschaft unterscheidet. Es handelt sich um ein eingeschossiges, rechts am Wege liegendes Haus mit mächtigem Walmdach. Zur Talseite hin führt ein Tor mit Rundbogengewände – das seine Entstehung in jüngerer Zeit nicht verhehlen kann – in die Kellerräume. Links darüber, im Zentrum des Gemäuers, findet sich unübersehbar das Wappen des Klosters Allerheiligen. Der Eingang zu den Wohnräumen liegt heute sowohl auf der Ost- wie auf der Südseite, der eine ein großes Tor mit Rundbogen, der andere eine großzügig dimensionierte Pforte. Die heutige Form verdankt es offenbar einem der vormaligen Besitzer, dem Kloster Allerheiligen, das es 1684 – nach Ausweis der auf dem oben erwähnten Wappen erhaltenen Jahreszahl – auf den Grundmauern des ursprünglichen Gebäudes, traurigen Resten aus den Zeiten des Dreißigjährigen Krieges, wiedererrichten ließ. Vom Vorgänger blieb immerhin eine recht anschauliche Beschreibung aus einem Kopiar, *dato* 1348 (Abschrift aus dem 17. Jahrhundert). Objekt eines Kaufvertrages „ist auch der *byhel*, gelegen in dem *wyger* (oder *wiger*, *wîwaere*, *wîher*, von lat. *vivarium*: Weiher) zue *Widergrien*, und daß *hauß*, das darauf stah.“ Die Zuverlässigkeit der Quelle¹ vorausgesetzt, haben wir es mit einem *Wasserhaus* zu tun, einem festen, quasi natürlich geschützten Gebäude, eine Form der Anlage, wie wir sie noch im benachbarten Bottenau – der *Kolbenstein* der Familie Kolb von Staufenberg – und im Durbachtal vermuten dürfen. Mit letzterer ist „*daz hüs*, *daz da heißet der Grol*“ – so die Beschreibung im Lehnbuch der Markgrafen von Baden von 1381², fol. 6^r – der Zorn von Bulach gemeint. Wer um das Gebäude geht, gewahrt den südöstlich vom Eingang gelegenen

Weiher. Im Laufe der Jahrhunderte war er regelrecht kultiviert, vom Hause abgedrängt und zum Fischteich umgewandelt worden, so daß nichts mehr an seine einstige fortifikatorische Verwendung gemahnt.

Über Entstehungszeit, Bauherren und genaueres Erscheinungsbild dieser ursprünglichen Baulichkeiten ist uns nichts weiter überliefert. Staufenberg, Wiedergrün, Kolbenstein, nicht zu vergessen die ebenfalls abgegangene Burg Stollenberg, unweit nordöstlich der ersteren gelegen, bildeten die Zentren der sogenannten Herrschaft Staufenberg.

Zur Geschichte des Geschlechtes und des Anwesens

Die Familie der Wiedergrün ist sicher nicht die älteste der sich die Herrschaft Staufenberg teilenden Familien. Mitglieder der Sippe, die sich nach dem Sitz auf dem gleichnamigen Berg nannte, tauchen schon früher in den Annalen auf; sie rechnet man zur *führende(n) und besitzreichste(n) der Ortenau* an der Wende zum 12. Jahrhundert. Doch die Besitz- und Abhängigkeitsverhältnisse wechseln. Die Staufenberger dienten sicherlich den Zähringern. Nach deren Aussterben wird die Herrschaft offenbar als Reichslehen 1218 eingezogen. Es folgen die Grafen von Freiburg als Lehnsherren, denen die Ebersteiner. Schließlich, 1366, gelangt der Besitz an die Markgrafen von Baden aus der Zähringer Linie. Diesen dienen auf dem Staufenberg nun mehrere Familien. „*Zur mannschaft in der Mortenauwe, die unser vater selige* (i. e. Rudolf VI., gest. 1372) *umb grave Egen von Friburg verphante*“ (d. h., sich durch Pfand sicherte) gehörten nebst den Stauffenberg, den Kolb, den Stoll, Hummel (u. a.) auch die Wiedergrün. Gemein ist ihnen allen, daß sie sich in einer Nutzungs- und Erbgemeinschaft organisierten, die als *Ganerbiat* bezeichnet wird. Darüber hinaus finden wir die sich selbst als *Gemeiner* vom Staufenberg bezeichnenden Lehnsleute in einer weiteren Vertragsgemeinschaft, 1474 geschlossen, einerseits, um der Gefährdung durch den burgundischen Landvogt Peter von Hagenbach am Oberrhein, andererseits, um dem wachsenden Druck fortschreitender Territorialbildung, sprich den Begehrlichkeiten der geistlichen und weltlichen Herrschaften begegnen zu können. Es sollten die Anfänge der *Ortenauer Reichsritterschaft* sein.

Stammsitz der Wiedergrün ist die Burg Wiedergrün, die sie zusammen mit den Staufenberg besitzt. Erste Hinweise auf Träger dieses Namens stammen aus der zweiten Hälfte des 13. Jahrhunderts, allerdings ohne das *cognomen* von *Staufenberg*. Manche Anzeichen sprechen dafür, daß die Wiedergrün ihre Wurzeln jenseits des Rheines, in Straßburg haben. Etliche derer von Wiedergrün standen im Dienste dieser Stadt; zwei gar werden als Schultheißen bezeichnet. Der uns interessierende Zweig des Geschlechtes wird 1303 mit Heinrich urkundlich faßbar, hatte demnach erst im 14. Jahr-

hundert Anteile auf der Staufenberg erworben. Es besaß Bauerngüter, Rebberge, Äcker, Wiesen, Gärten, Anteile an Wald- und Gerichtsherrschaft in der näheren Umgebung, in Durbach, Oberkirch, Appenweier, Oppenau, um nur einige zu erwähnen. Dazu gehörte auch die heute noch existierende und dem Laufe der Zeit entsprechend veränderte *Weilmühle* zu Durbach, deren erster nachzuweisender Besitzer in einer Urkunde von 1328 als Jörg von Wiedergrün genannt wird. Besitzungen sind aber auch für Altenheim, Weier und, eingedenk der möglichen Herkunft, in Straßburg belegt. In einer Phase wirtschaftlicher Schwierigkeiten, zwischen 1340 und 1350, veräußerte die Familie Teile ihres Besitzes. Dabei war auch, entsprechend dem schon oben erwähnten Dokument, zumindest die Hälfte des *byhel* und des darauf stehenden Baues. Wie *Sattler* nachweist, haben die Wiedergrün die Krise recht schnell überwinden können.

Die Männer aus der Familie, die wir meist als Edelknechte – selten Ritter – bezeichnet finden, stellen auch in Klöstern der Region den einen oder anderen Würdenträger: Von 1305 bis 1334 waltet Konrad Wiedergrün als Abt von Kloster Murbach; 1390 bis 1414 hat das Kloster Schuttern Friedrich aus demselben Hause zum Abt. Auch eine der Damen kommt zu kirchlichen Würden: *fro Dylige von Widergrin* ist 1355/56 Priorin der Klause Oberdorf bei Oberkirch. Mitte des 16. Jahrhunderts ist Melchior von Wiedergrün im Besitz sämtlicher Staufenberger Lehen. Wie *Eugen Weiß* berichtet, hat Melchior auch kurzfristig versucht, ein Bergwerk zur Gewinnung von Brauneisenstein zu betreiben. Eine Reminiszenz an diese Phase ist noch heute im Ritterhausmuseum zu Offenburg zu betrachten, in Gestalt einer Ofenplatte. Die Platte zeigt neben einer Szene aus der römischen Legende noch Jahreszahl (1377), Wappen und Namen des Herstellers. Dabei scheint dieser frühe Unternehmer, um Holz für den Stollenbau zu erhalten, nicht besonders pfleglich mit den Waldbeständen umgegangen zu sein, zum Ärger der Ödsbacher Waldgenossen, die deswegen – und mit Erfolg – den Bischof von Straßburg um Hilfe angingen³. Dies ist gleichsam der Höhepunkt und die Peripetie der Geschichte des Geschlechtes gewesen, das mit Philipp Wiedergrün, der 1604 noch einmal genannt wird, erlischt.

Der protestantische Markgraf Ernst Friedrich von Baden-Durlach zog nun das erledigte Lehen an sich. Damit kündigten sich auch für das Amt Staufenberg Veränderungen auf konfessionellem Gebiete an. Noch wagte dieser Markgraf nicht, wider seinen Verpflichtungen beim Kaiser den bei der Bevölkerung offenbar bevorzugten protestantischen Kultus einzuführen. Dies blieb seinem Nachfolger Georg Friedrich vorbehalten, der 1613 u. a. auch das Amt Staufenberg mit einem Seelsorger seiner Konfession versah. Als angemessene Wohnung wurde dem Pfarrer das Schlößchen im Wiedergrün zugewiesen. Doch die Zeit einer protestantischen Gemeinde auf der Gemarkung Durbach blieb nur Episode.

Noch während den Stürmen des Dreißigjährigen Krieges suchte der Markgraf Wilhelm von Baden-Baden den Katholizismus zu restituieren. Hierbei diente ihm zunächst der Baron Karl Heinrich von Orscelar, Freiherr von Oudenguth, der, um seiner in unsicheren Zeiten erwiesenen Treue willen 1632 das Staufenberger Lehen, damit auch Wiedergrün, erhielt. Die Schweden beeilten sich, dem neuen Herrn die Freude an seinem Besitz zu vergällen: Es gab offenbar nichts, was der noch im demselben Jahr wiederholt erfolgenden Brandschatzung hätte entgehen können, so daß nach dem Kriege auch im Tal nur noch die Kellergewölbe des Schließchens standen. Wilhelm Hermann von Orscelar, der das Lehen seines Vaters übernahm, sorgte sich, wohl entsprechend den Weisungen des Markgrafen, der das in den Friedensverhandlungen zur Fixierung der konfessionellen Grenzen ausgehandelte Normaljahr 1624 zu akzeptieren nicht bereit war, um den „rechten Glauben“ der im Amt wohnenden Seelen: 1655 wurde die katholische Pfarrei Durbach eingerichtet. Lokalhistoriker haben, aus welchen Gründen auch immer, vergessen, die dabei von den Protestanten geleistete Vorarbeit entsprechend zu würdigen, die dem Werk Orscelars in Gestalt der seit 1620 bestehenden evangelischen Kirche zugute kam: Das Gebäude bildete die Basis des weitergeführten, aber bis auf den heutigen Tag an derselben Stelle stehenden Kirchenbaus.



Älteste Ansicht des Anwesens (undatiert)
Aufnahme dank freundlicher Unterstützung der Herren W. Heffner und J. Rohrer verfügbar

Ganz deutlich wird dies, wenn wir nach Wiedergrün blicken. Die Ruine dort war in einer Zeit wirtschaftlicher Not offenbar nicht ohne weiteres in frischen Flor zu setzen. Auch nachfolgende Besitzer, die im Jahre 1677 kamen, vermochten in dieser Hinsicht nichts zu bewirken. Der Lehnherr veräußerte das Gut an die Erben seines Leibmedicus Kieffer in Straßburg; zwei Jahre später konnte es dann das Kloster Allerheiligen samt zugehörigen Höfen erwerben. Erst jetzt sollte das Gebäude im Wiedergrün in neuem Glanz erstehen, Erholungsort für die Conventualen des Klosters werden, denen zur frommen Pflichterfüllung des Fastens der wiederhergestellte Weiher, aber auch die Trauben der Rebhöfe dienten.

Schließlich, mit der Säkularisation kam das Anwesen wieder in den Besitz des Hauses Baden; Verhandlungen wegen Rückerwerb waren vorher an der Haltung des Klosters gescheitert, das auch mit einer Erstattung des Kaufpreises *cum meliorationibus* nicht zu gewinnen war. Entsprechend der Gesetzeslage verblieb der größte Teil des Grundbesitzes beim Staat; das Schloßchen aber wechselte 1833 erneut den Besitzer. Seit dieser Zeit hat es verschiedene Herren gesehen, die das ihnen anvertraute Zeugnis der lokalen Geschichte nicht immer zu würdigen wußten. Dies hat sich in jüngster Zeit augenscheinlich und in dankenswerter Weise geändert.

Anmerkungen

- 1 Hinweise und Zitat bei Krieger, A., Topographisches Wörterbuch des Großherzogtums Baden, Bd. 2, S. 1438. Regest und genaue Quellenangabe bei Ruppert, Ph., Regesten des mortenauer Adels, I. Neuenstein, in: ZfGO 37 (1884), S. 385–411, bes. S. 400–1: GLA Staufenberg Copialb. 44 und Allerheiligen Copialb. II 463. Weitere Hinweise ebenfalls bei Ruppert, Ph., Regesten des mortenauer Adels, I. Neuenstein (Schluß), in: ZfGO 38 (1885), S. 130–56, bes. S. 132. Hier ist vom Burgstadel zu Widergrün die Rede. Das Objekt ist nach Ausweis dieser Quelle (Dat. Baden 1405, GLA Saalbuch des Markgrafen Bernhard von 1410) weder eine in Ruinen liegende, noch gänzlich abgegangene, sondern eine kleinere, auf Verteidigung eingerichtete Burg.
- 2 Theil, B., Das älteste Lehnbuch der Markgrafen von Baden (1381), Edition und Untersuchungen, Ein Beitrag zur Geschichte des Lehnswesens im Spätmittelalter, Diss. phil. Freiburg i. Br. 1972 (Veröff. d. Kommission f. gesch. Landesk. i. Bd.-Wttbg., R. A, 25).
- 3 Zit. nach Weiß, E., Der badische Reborn Durbach in seiner wirtschaftlichen Entwicklung, Karlsruhe i. B. 1911 (Heidelberger Volkswirtschaftliche Abhandlungen, Bd. 1, H. 5). Weiß stützt sich auf eine Relation des Frhr. Carl v. Wöllrath v. J. 1791 an die fürstl. Regierung (Staufenberger Herrschaftsakten); s. S. 29–30, bes. Anm. 30 mit weiteren Verweisen.

Abkürzungen

ZfGO Zeitschrift für die Geschichte des Oberrheins

Literatur

- Badische Historische Kommission (Hg.), Regesten der Markgrafen von Baden und Hachberg, 1050–1515, Bd. 1–4, Innsbruck 1900–1912
- Batzer, Ernst; Städele, Alfons (Hg.), Burgen und Schlösser Mittelbadens, Offenburg i. B. 1934. Die Ortenau 21/1934
- Hessel, Alfred; Krebs, Manfred, Regesten der Bischöfe von Straßburg, Bd. 2, 1202–1305, Innsbruck 1928
- Kähni, Otto, Die Weilmühle in Durbach, in: Die Ortenau 42/1962, S. 168–77
- Knappe, Karl-Bernhard, Das Schloß Staufenberg, in: Schneider, Hugo (Hg.), Burgen und Schlösser in Mittelbaden. Die Ortenau 64/1984, Kehl 1984
- Krebs, Manfred, Politische und kirchliche Geschichte der Ortenau, in: Die Ortenau 40/1960, S. 133–246
- Krieger, Albert, Topographisches Wörterbuch des Großherzogtums Baden, 2., durchges. u. stark verm. Aufl. Heidelberg 1904–1905
- Müller, Wolfgang (Hg.), Die Klöster der Ortenau, Kehl 1978. Die Ortenau 58/1978
- Naeher, J., Die Ortenau, insbesondere deren Burgen, Schlösser, Klöster, Festungen und bedeutende Baudenkmäler, Ein Beitrag zur Kenntnis des badischen Landes. Lahr 1888
- Sattler, Hans-Peter, Die Ritterschaft der Ortenau in der spätmittelalterlichen Wirtschaftskrise, Diss. phil. Heidelberg 1962; ersch. in: Die Ortenau 1962, 1964, 1966
- Schmid, Hermann, Die Säkularisation der Klöster in Baden 1802–1811, Überlingen 1980 (Diss. phil. Freiburg i. Br. 1977)
- Sütterlin, Berthold, Geschichte Badens, Bd. 1, Frühzeit und Mittelalter, 2., verb. Aufl. Karlsruhe 1968
- Theil, Bernhard, Das älteste Lehnbuch der Markgrafen von Baden (1381), Edition und Untersuchungen, Ein Beitrag zur Geschichte des Lehnswesens im Spätmittelalter. Diss. phil. Freiburg i. Br. 1972 (Veröffentlichungen der Kommission f. geschichtliche Landeskunde in Bd.-Wttbg., R. A, 25)
- Weiß, Eugen, Der badische Rebot Durbach in seiner wirtschaftlichen Entwicklung. Karlsruhe 1911

Kinzigtäler Hexen

Thomas Kopp

Vom Hexenunwesen fruhereer Jahrhunderte wurde auch das Kinzigtal heim-
gesucht, wie folgende – zwar nicht lückenlose – Beispiele bezeugen.

Durch die Arbeiten von Franz Disch¹ und Rudolf Hahn² ist besonders Zell
am Harmersbach gut durchforscht. Der erste Hexenproe fand in der
Reichsstadt Zell 1598 statt. Disch führt für die Zeit von 1598 bis 1680
36 Fälle an, Hahn über 100, u.a.:

1650 Simon Isenmann, Beck zu Zell, des Hausfrau Maria zu Zell wegen
Hexerey hingerichtet

1650 Bu Hansens Witwe Lucia in der Nordrach zu Zell wegen Hexerei
hingerichtet

1653 Bu Simon, Biberach wegen Zauberei hingerichtet

1680 Conrad Feger, der Sackpfeifer, wegen Zauberei enthauptet

1680 Kolerin Susanna, Hebamme aus Entersbach, hingerichtet



Flugblatt über eine Hexenverbrennung in Derneburg am Harz, 1555

Eine der tragischsten Gestalten war sicherlich die Oberentersbacher Bäuerin Eva Horbachin. Im 6. Verhör schien es, als ob die Achtzigjährige über sich hinauswüchse und die „Stimme einer Zeitenwende“ spräche: „Sie bitte ihre Herrn umb hundert Gottswillen, man solle sich an ihre nicht versündigen . . . Die Obrigkeit versündige sich an den Leüthen, die so redlich seyen als wie sy, seye alß ein Kindt, das erst lernt schwetzen . . . Sy habe Bedauern mit der Obrigkeit, daß sie sich ihre also versündigen . . .“ Die Greisin war dann das letzte Opfer des Hexenwahns in Zell.¹⁺¹²

Oberharmersbach

K.-A. Lehmann berichtet in der Oberharmersbacher Ortschronik³ im Abschnitt „Die Hexenprozesse“ für die Zeit von 1610 bis 1625 und 1640 bis 1657 von 82 Hinrichtungen (darunter 11 Männer), dazu weitere neun Fälle „von nicht näher beschriebenen Personen“. Die erste Hexenhinrichtung im Reichstal fand 1573 statt, die letzte 1660 (Hans Damm).

Kinzigtäler Hexen

In der Chronik von Steinach⁴ spricht Peter Fischer – mangels häufiger Quellen – nur verhältnismäßig kurz über Kinzigtäler Hexen.

Interessant sind die vom Verfasser herausgestellten Beziehungen zwischen den Krisenzeiten des 16. und 17. Jahrhunderts und dem Aufkommen des Hexenglaubens, den Fischer „Krisenindikator“ und „kompliziertere Angelegenheit selbst als der Bauernkrieg“ nennt. Darüber zitiert er: „Die beiden größten Verfolgungswellen 1560–1586, 1626–1631 korrespondieren mit zwei der schlimmsten Agrarkrisenperioden . . . Ihre Beziehungen zum Hexenthema haben die Agrarkrisen einerseits durch die sie auslösenden Mißernten; die Witterungsunbilden (Hagel, Sturm, Reif, Frost, Dauerregen, Dürre) wurden von Teilen der bäuerlichen Bevölkerung dem Wetterzauber der Hexen angelastet. Andererseits führten auch die Folgen der Mißernten, unnatürliche Kindersterblichkeit und Krankheitsanfälligkeit bei Mensch und Tier zu einem Anstieg der Schadenauberklagen, die für den Beginn von Hexenprozessen typisch waren . . .“

Als Hexentanzplätze des Kinzigtals nennt Fischer „Gieseneck, Kohlebene (heute Kornebene genannt), Brandeck, Flacken, Buchen, Pfaffenbacher Eck, Mühlstein, nach Nordrach den Kegelplatz unter den Linden und nach Biberach hinter der Kürchen.“

Steinach

Als aktenkundliche „Steinacher Hexe“ wird aus einem Schreiben von 1598 des Fürstenberger Grafen Friederich eine Agathe Ridingerin aus Steinach angeführt, die zuvor in Haslach ausgebrochen war. Der Graf war wegen des Umtreibens der zauberischen Weiber besorgt. Es kann mit Sicherheit – nach Fischer – angenommen werden, daß die Ridingerin nach den Weihnachtstagen 1598 durch das Schwert „vom Leben abgesondert“ wurde.



Teufel und Hexe Holzschnitt, 1490

Einige Monate zuvor saß schon eine andere Steinacherin, die Strel Elß, im Haslacher Gefängnis. Sie habe in einer zweiten Tortur die ihr zur Last gelegten Taten widerrufen. Über ihr weiteres Schicksal ist nichts bekannt. Hildenbrand⁴ gibt für Haslach und die Jahre 1630 / 31 zwölf Fälle von Hexen und Hexenmeistern an, Mildelfort⁴ für 1615 zehn. Bei grimmiger Kälte wurde eine Verdächtige in der Tortur „sieben mal aufgezogen.“

Hausach

Ein vielsagender Bericht liegt aus Hausach⁴ vor (1599): „Das Weib des Hausacher Schneiders Martin Densel, das lange Kätherlin, bekennt auf güthliches und peinliches Erforschen: „Vor vier Jahren verleugnete sie auf Verlangen eines schwarz gekleideten Mannes, der sich Dantzlin nannte und in Gestalt ihres Mannes abends zu ihr kam, Gott und alle Heiligen . . .“ Am

Rande des Aktenstückes wird vermerkt, daß die Malefikantin mit Schwert und Feuer hingerichtet wurde. (Viele der Verurteilten wurden zuerst enthauptet und dann verbrannt!)

Wolfach

In seiner Wolfacher Chronik⁵ bringt Franz Disch im Abschnitt „Die Hexenprozesse“ für die Jahre 1564–1672 zahlreiche Beispiele.



*Hexen „machen“ schlechtes Wetter
Holzschnitt aus Augsburg, 1508*

Natürlich hauste die Hexen-Seuche auch kinzigtalabwärts. Für Gengenbach gibt Fischer⁶ von 1627–1631 70 Fälle an und für Offenburg 32 Fälle im Jahre 1629.

Besonders ausführlich schildert Franz Volk die Verhältnisse in seinem Werk „Hexen in der Landvogtei Ortenau“⁶.

Eine Hexenhinrichtung war ein Geschäft

Nach einem alten Gesetz, besonders auch in den „Fallerbüchern“ des Klosters Gengenbach überliefert, mußten beim Tode eines Menschen „dessen

bestes Stück“ oder eine Geldsumme an die Behörde, deren Untertan der Verstorbene war, abgegeben werden (= „Leibfall“). Das galt auch für die zum Tode Verurteilten, also u. a. für die Hexen. Auf diese Art waren die Hinterbliebenen durch den Tod des Angehörigen auch finanziell belastet – also mit einer Art „Erbchaftssteuer“. Für die Behörden aber bedeuteten die „Fallergebühren“, der „Leibfall“, ein oft beträchtliches Einkommen!

In unseren Hexen-Protokollen finden sich viele diesbezüglichen Hinweise:

1617 Sebastians Breigens Frau zu Burach (Birach) hingerichtet; Leibfall 12 Gulden

1650 Hans Bruder im Reerspach (Riersbach) liefert wegen seiner frowen Anna, so justifiziert worden, ein Leibfall, so ein Rockh

1625 Georg Hünen Wittib, Spitzmühlen, justifiziert. Für den Leibfall ist ein Großmutterpferd an das Gotteshaus Gengenbach geliefert worden.

1625 Georg Kempffens Fraw im Harmerspach; Leibfall von 15 Gulden hat Ehemann erlegt.

1629 Für Anna Sohler, welche durch Schwert und Feuer hingerichtet, wird eine schwarze Kuh für Fall entrichtet.

1650 Nachdem Conrad Öhler aus der Nordrach justifiziert worden ist, von seinen Gütern ein Kälblein des Falles wegen angeschlagen worden. „Durch Fürbitt der Herren von Zell und wegen der Kinder sind von der Wittib 9 Gulden“ bezahlt worden.

Die „Zeller Hexe“ Jacobäa Schülin und ihr Mann, der „Hexenmeister“ Mathias Tinctorius

Eine weitere tragische Gestalt unter den „Kinzigtäler Hexen“ – sogar literarisch bekannt geworden⁷ – ist Jacobäa Schülin (Schihlin in den Zeller Akten schon 1520 erwähnt). Sechs Geschwister von Jacobäa waren als „Hexen“ verschrien, ebenso sie selbst. Jacobäa blieb bei der Folterung standhaft und mußte von der Behörde wieder freigegeben werden.

In jenen Tagen wurde der am kaiserlichen Hof als öffentlicher Notar tätige Mathias Tinctorius in „Sachen Hexenwesen“ nach der Reichsstadt Zell am Harmersbach gesandt. Tinctorius (latinisiert „Färber“) stammte aus Kitzingen.

Nach den Unterlagen im Fürstenbergischen Archiv zu Donaueschingen ergibt sich: Tinctorius „kommt im Alter von 16 Jahren nach Ansbach . . . in die markgräfliche brandenburgische Kanzlei, geht dann nach Speyer und arbeitet dort drei Jahre . . . in der Kammergerichtsschreiberei, wird Notar im

geistlichen Gericht zu Mainz und dort auch katholisch. Er praktiziert 13 Jahre am kaiserlichen Hof als notarius publicus.“

In Zell lernte er Jacobäa Schülin kennen. Vielleicht war es Mitleid mit der Gefolterten, vielleicht ihre Jugend und Schönheit: es begann das alte Spiel der Liebe, 1603 heirateten Jacobäa Schülin und Tinctorius.

Aber die Zeller Hexenbeschuldigung war an der jungen Frau nicht spurlos vorüber gegangen. Es stellten sich Krankheiten an Seele und Körper ein. Die Akten schreiben von „lepros“. Die Tinctorius machten eine Wallfahrt nach Loretto und später nach Rom. Als dann die alte Not wieder über Jacobäa kam, beschloß ihr Mann eine neue Wallfahrt, diesmal nach Santiago im Land Spanien. Da man sich der Strapazen bei der Romfahrt erinnerte, pilgerte der Gatte allein.

Die Akten geben keine Auskunft, warum Tinctorius nach seiner Rückkehr nicht wieder in seiner alten Berufswelt arbeitete. Er übernahm im Winter 1614 droben auf der Baar im Dorfe Aasen eine Schule. Aber schon im Frühjahr 1615 ließ er sich beim Fürstenbergischen Rentmeister in Donaueschingen als Gehilfe anstellen. 1618 wurde er unter dem Grafen Wratislaus I. Registrator und 1622 Notar in Hüfingen.

Das Ehepaar ahnte nicht, daß damit für die einst freigesprochene „Zeller Hexe“ und den Mann, der das Hexenwesen in der Reichsstadt untersuchen mußte, das Schicksal begann, das für sie als „Hexe“ und ihn als „Hexenmeister“ mit der Todesstrafe endete.

Tinctorius war ein tüchtiger, fleißiger, treuer Beamter. Mit seinen ersten Handlungen trat er Mißbräuchen im Dienst entgegen. Er wandte sich gegen Meister Hans, den Scharfrichter, dem er für dessen blutige Arbeit manches bisher übliche Sümmchen strich. Dem Gefällerheber Ribola, der beim Eintreiben der Steuern für Verstorbene kurzerhand mit Pfändung arbeitete, sah er ebenfalls genau auf die Finger. Derart schuf sich Tinctorius in den beiden mit ihren Verwandt- und Freundschaften eine gefährliche Meute, die sprungbereit aufs Zuschlagen lauerte.

Ins Ränkespiel gegen den Notar wurde natürlich dessen Frau, die einstige „Zeller Hexe“, mit einbezogen. Fromme Wallfahrer, die zur Mutter Gottes nach dem ja nicht allzu fernen Zell pilgerten, brachten bezüglich der Jacobäa Schülin allerhand in Erfahrung, was für die Genossen mit Anhang ein „gefundenes Fressen“ bedeutete.

Der „Hüfingener Kleinkrieg gegen die Tinctorius“ – in Einzelzügen klingt's übrigens ganz modern – begann am 5. Juli 1631 – im 14. Jahr des Dreißigjährigen Krieges. Am hellen Tag rannte der Welschhans in einem „Tobsuchtsanfall“ als Hemdglunker mit einem Stecken durch die Straßen und

bedrohte die Leute. Er wurde überwältigt. Seine Frau schrie umher, ihr Mann sei von den Tinctorius durch einen Trunk vergiftet worden. Die Zusammengelassenen stürmten ins Haus des Notars und drohten mit Prügel und Tod. Daß ausgerechnet zu dieser Stunde der Rat der Stadt tagte und die Fürstenberger in Amtsgeschäften in Hüfingen weilten, läßt das ganze Getue in eigenartigem Lichte erscheinen. Die Volksmenge forderte vom Rat, an die Fürstenberger eine Abordnung zu schicken. Diese erreichte dann auch eine Untersuchung. Unter dem Druck der „Öffentlichen Meinung“ wurde eine Gemeindeversammlung anberaumt. So konnten nun die wackeren Hüfinger alles vorbringen, was sie gegen das böse Weib aus Zell auf Lager hatten. Nur schon, daß Jacobäa „Ausländerin“ war und mit ihrem „Zeller Dütsch“ ganz anders sprach als die Einheimischen, fiel schwer ins Gewicht. Der Kaufmann Goß berichtete, wie er die Jacobäa einige Male auf seiner Kellertreppe angetroffen hätte, so als ob sie beten wollte. Der Scharfrichter warf der Frau vor, sie habe ihn „Meister Hämmerli“ genannt, das sei gleichbedeutend mit „Teufel“, worauf die Tinctorius erwiderte, es wäre in ihrer Zeller Heimat der Ausdruck für „Scharfrichter“. Der aber sagte, so lange sie ihn „Meister Hämmerli“ nenne, sähe er die Frau als „Hexe“ und den Ehemann als „Hexenmeister“ an.

Und der Trunk, den die Notarin dem Welschhans gereicht! Der Kerl stand im Verdacht, dem Kaufmann Goß Waren entwendet zu haben, und sollte deshalb eingesperrt werden. Er war mit dem Stabhalter Ribola befreundet, so daß er als dessen Schützling nicht in Haft genommen, sondern nur im Rathaus festgehalten wurde. Weil er dann nachts sogar ausging und Fluchtgefahr bestand, ordnete Tinctorius an, den Dieb im Schloß von zwei Wächtern zu behüten.

Frau Tinctorius – vielleicht im Erinnern an ihre Zeller Haftzeiten – bekam Mitleid mit dem Strolch und ließ ihm einen Stärkungswein zukommen. Der Welschhans und die Wächter tranken tüchtig. Hernach klagte der Dieb, der Wein habe ihm die Eingeweide „umgedreht“ und sei schuld an seinem Tobsuchtsanfall gewesen.

In den Kampf gegen Jacobäa wurde eine alte, als Hexe verschriene Bettlerin, die Anna Beck, eingeplant. Man befragte diese zuerst gütlich und dann peinlich und erfuhr dabei alles, was man brauchte, v. a. wer bei den Hexentänzen mitmache, natürlich auch das Ehepaar Tinctorius.

Nach weiteren Hexenbefragungen kam Jacobäa selbst an die Reihe. Wie sie als Folge des Zeller Prozesses und der jetzigen Qualen innerlich und äußerlich geschwächt war, bezeugt die unglaubliche Tatsache, daß sie im zweiten Verhör gegen ihren eigenen Mann aussagte.

Das Protokoll meldet:

„... Frau Jacobäa Tinctorius ... ist durch den Scharfrichter von Villingen an die Tortur geschlagen und examiniert worden. Die hat bekannt wie folgt:

Erstlich als sie von Donaueschingen allhero nach Hüfingen gezogen, sei der böse Geist in Gestalt als hätte er Zottelkleider an zu ihr kommen, sie um Beschlafung angedet, mit Versprechung, er ihr Geld genug geben wolle. Habe ihm eingewilligt, die Vermischung mit ihm verbracht, auch hernach von ihm, als sie vermeint, Geld empfangen, es wären aber nur Hafenscherben gewesen. Mit Vermeldung, er über drei Tage wieder zu ihr kommen wolle, mußte allsdann Gott und alle Heiligen verleugnen und sein werden, welches sie ihm versagt, dahero übel von ihm geschlagen worden. Danach sei selbiger böse Geist . . . kommen, ihren zugemuthet, Gott und alle Heilige zu verleugnen . . ., der Verleugnung sich aber geweigert und die Mutter Gottes angerufen, darum sie abermal übel von dem bösen Geist geschlagen wordem. Dieß habe er solang mit ihnen getrieben, bis sie endlich Gott und alle Heiligen verleugnet. Hernach hab er ihr viel unterschiedliche mal zugemuthet, die Früchte, Vieh und Anderes zu verderben.

Item es wäre vier Jahre, habe der böse Geist . . . sie zu einem Tanze auf einer Katze geführt.

Item bald danach sei sie mit ihren der Gefangenen Gespielschaft nachts in die alte Ludergasse zu einem Tanz gefahren . . .“

Der Herausgeber des Protokolls bemerkt: „Wahrscheinlich hatte man die Delinquentin . . . auf der Folter dermaßen zugerichtet, daß man ihr einen Tag Erholung gönnen mußte, dafür ‚arbeitete‘ man dann am Sonntag.“

Über dieses zweite Verhör meldet das Protokoll:

„Bekannt die Notarissin, daß ihr Mann mit ihren Allzeit allerorten, allda sie gewesen zu den Hexentänzen gefahren, vermeint, auf einem Geißbock gesessen sei, und er, ihr Mann, das Hexenwerk vor ihr konnte haben, sie es aber lange nicht gewußt . . .“

Der Herausgeber des „Hexenprozesses“ schrieb 250 Jahre später, gleichsam zur Erklärung jenes einst wütenden Wahnes: „Die Geständnisse sind ein Gemisch von unmöglich Geschehenem oder selbst nur Gewolltem, von schmutzigen Phantasien oder längst begangenen Ruchlosigkeiten, wie sie in allen Hexenprotokollen vorkommen.“

Besonders tragisch ist der Fall der „Zeller Hexe“, weil sie ihren Mann, mit dem sie drei Jahrzehnte in Freud und Not zusammengelebt hatte, als „Hexenmeister“ angab, und damit dessen Verurteilung und Hinrichtung verursachte.

Die Niederschrift der Aussagen von Frau Tinctorius wurde zusammen mit denen der sechs anderen „Hexen“ unmittelbar an den zuständigen Syndikus nach Rottweil gesandt. Der Beamte gab schon zwei Tage später sein Gutachten ab, demzufolge die sieben Hexen mit dem Schwert zu richten und dann die Leichen zu verbrennen seien.

Die also Verurteilten wurden verwarnet, ihre Seelen nicht nachträglich noch mit falschen Angaben zu belasten.

„Alle erklärten, sie blieben bei dem Gesagten, hätten darauf hin schon gebeichtet und kommuniziert und wollten nun darauf sterben . . . Die Notarin habe eine halbe Stunde lang gebeichtet und sei so christlich gestorben, daß wenig gefehlt, sie den Priestern zugesprochen hätte.“

Die Hinrichtung der sieben Frauen (also einschließlich der Notarin) fand am 23. Juli 1631 „mit Schwert und nachheriger Verbrennung“ statt.

Und den ehemaligen Fürstenberger Registrator, Obervogteiverweser, kaiserlichen öffentlichen Notar hat seine Frau bei ihrem zweiten Verhör als „Hexenmeister“ angegeben!

Tinctorius zog sich nach der Verhaftung seiner Frau ins Grafenschloß zurück. Nach der Hinrichtung meldete ihm der Blutrichter den Vollzug und teilte zugleich mit, daß seine Ehefrau den Notar als „Hexenmeister“ (!) bezeichnet habe.

Über die weiteren Vorgänge meldet der Tinctorius-Hexenprozeß-Bericht:
„Als Vorbereitung war ein Extrakt der gegen ihn von den sieben Weibspersonen abgelegten Geständnisse gemacht worden, und als er darauf nicht bekennen wollte, beschäftigte man sich an jenem Morgen, ihn sieben mal an der Streckfolter aufzuziehen . . . Tinctorius bekannte trotzdem Nichts, so oft er auch bat, ihn herab zu lassen, um sich zu besinnen, denn Jedesmal sagte er dann, daß er vor Schmerzen weder Anfang, Mitte noch End wüßte. Das Siebentemal bat er um Ruhe bis Nachmittag, um sich besser zu erinnern, was ihm . . . zugelassen wurde.“

Am Nachmittag bekennt der Notar dann im wesentlichen Folgendes:
Anno 1617, als er zu Astheim die Schule versah, sei ihm auf dem Heimweg vom Jahrmarkt zu Villingen, wo er mit Wein ziemlich angefüllt, ein junges Mensch in Gestalt einer schönen Jungfrau begegnet und habe ihn zu Buhlschaft eingeladen, er hab dem entsprochen . . . Dort sei ihm dasselbe Mädchen wieder erschienen, habe sich ihm als Teufel zu erkennen gegeben . . . und gedroht, ihm den Hals umzudrehen, wenn er nicht Gott abschwöre, nachher aber vielmals auf Hexentänzen erschien.

Nachdem dem Notar an diesem Samstag Zeit zur Sammlung bis Montag bewilligt worden ist, bekennt er an diesem 25. August weiter.

Vom 31. August 1631 bis 10. Mai 1632 lebte Tinctorius fortan noch „unter dem Schwert des Gesetzes in steter Todesangst“. In dieser Zeit entwarf der frühere Beamte einen sorgfältig zusammengestellten Widerruf mit einer Verneinung des früher Gesagten und die Erklärung, er wolle sich damit der Lügen auf seinem Gewissen entledigen, bevor er beichte und kommuniziere:

„Hab ich das Leben verwirkt, begehrt ich nicht länger zu leben, will gern sterben (ohnangesehen, daß ich dem Landgräfl. Hauß um tausend Gulden hätte noch Nutz sein können). Scheue weder die weltliche Schande, noch den Tod, weil ich verhoffe, der Seelen Seligkeit zu erlangen.“

Der Herausgeber der „Hexenprozesse“ versuchte schon vor 240 Jahren eine Motivation des Widerrufs, „da sie über das Ganze ein schreckliches Licht verbreitet, welches selbst in das Dunkel der Bekenntnisse der dem Notar voran in den Tod gegangenen Weiber (und damit auch der Jacobäa)

hinabblicken läßt . . . Dem Juristen war es dadurch noch ermöglicht auszusprechen, was Tausende, die nach den Acten stumpf und stumm in den Tod gingen, nun nicht zu unserem Gehör bringen konnten . . .“

In der Seelennot widerrief Tinctorius seinen Widerruf und schrieb auf das Titelblatt desselben:

„. . . Daß ich zu Erlangung länger Lebens in dieser aus sonder Ängsten und des Fleisches Verführung geschriebener Recovation die Unwahrheit geschrieben, bezeug' ich mit dieser meiner eigenen Hand, umb Gottes unendlicher Barmherzigkeit willen um gnädige Verzeihung und Gnade bittend . . .“

Mathias Tinctorius wurde am 10. Mai 1632 zum Tode verurteilt: auf dem Gnadenweg nur „Enthauptung und nachträgliche Verbrennung“.

(Es wirkt symbolisch zu erfahren, wie das historische Schicksal als ausgleichende Gerechtigkeit für das an den „Hexen“ begangene Unrecht noch im Todesjahr von Tinctorius durch die Soldaten des Dreißigjährigen Krieges in Hüfingen ein „fürchterliches Blutbad“ anrichten läßt.)

Der in Tinctorius' Testament ausgesprochene Wunsch, jemand möge nach seinem Tode für ihn eine Wallfahrt nach Santiago in Spanien unternehmen, ging in Erfüllung: In der Heimat der Frau Jacobäa, in Zell, lebte ein junger Verwandter, der sich zur Pilgerfahrt bereit erklärte. Er schloß sich einem Zuge an, der durchs Kinzigtal kam. In der Stadt des Heiligen Jakobus betete und sang er fürs Seelenheil von Base und Vetter.

Hexen-Sagen aus der Ortenau

Daß eine so tief ins Volksleben eingreifende Erscheinung wie das Hexenwesen in der Bevölkerung – u. a. in der Ortenau – ihre Spuren, besonders auch in den Sagen, hinterließ, ist verständlich.

Im Harmersbach-Tal erzählt man sich noch heute:

1643 – also im Dreißigjährigen Krieg – wurde auch der Lacheburehof auf Roth (Unterharmersbach) heimgesucht. Außer dem Essen für die Soldaten mußte für die Pferde das Futter beschafft werden. Man nahm Weizen vom Speicher und fütterte damit die Gäule. Vergeblich versuchte die Lachebüri den fremden Soldaten zu erklären, daß für die Pferde Hafer gut sei, der Weizen aber tödlich wirke. Keiner verstand die Frau. Am andern Morgen waren die Tiere tot. Die Bäuerin wurde als Hexe verschrien und auf einem Scheiterhaufen verbrannt. Zum Gedächtnis hat man an der Brandstelle „s Lachebure Källi“ erbaut.⁸

In Oberkirch-Hesselbach kam die Bäuerin in den Stall. Sie nahm aus einem Loch in der Wand eine Salbe, schmierte damit die Futtergabel, setzte sich



Kapelle bei 's Lachebure

Aufnahme: Gustav Schätzle

wie ein Reiter auf den Stiel und sprach: „Über Stauden und Stecken!“ Und schnell wie der Wind fuhr die Hexe dahin.⁹

D'Biiri het zu de Tochter gsait: „I gong furt, aber i kumm bal wider, do un do kriegt aine e Kind, un des will i.“ Später kummt die Biiri durch's Kami ra mit dem ungedaifte Kind. Der Knächt rief: „Jesus, Maria un Josef!“ No het sie des Kind miesse falle losse un hett kei Gwalt meh über's ghet.¹⁰

Am Sohlberg (Renchtal) wartet eine Hexe auf Leute, die über die Höhe kommen und führt diese in die Irre, bis sich diese „zum ersten Hahnenkraht“ an einem völlig fremden Ort wiederfinden.¹¹

Literatur

- 1 Franz Disch, Chronik der Stadt Zell am Harmersbach. Lahr, 1937.
- 2 Rudolf Hahn, Aktenauszüge aus dem Städtischen Archiv Zell am Harmersbach, Band 17.
- 3 Karl-August Lehmann, Harmersbach, Die Geschichte eines Tales, Band I, Zell a.H., 1989.
- 4 Peter Fischer, Steinach 1139–1989. Freiburg, 1989.

- 5 Franz Disch, Chronik der Stadt Wolfach. Karlsruhe, 1920.
- 6 Franz Volk, Hexen in der Landvogtei Ortenau. Lahr 1882. Neudruck Offenburg 1978.
- 7 Franck, Archivrat, Der Hexenprozeß gegen den Fürstenbergischen Registrator, Obervogteiverweser und Notar Mathias Tinctorius und Consorten zu Hüfingen, in: Zeitschrift der Gesellschaft für Beförderung der Geschichts-, Alterthums- und Volkskunde. 2. Band, Freiburg, 1870–72.
Die zitierten Stellen unserer Arbeit sind – soweit sie Jacobäa und Mathias Tinctorius betreffen – dem Franckschen Band entnommen.
- 8 Schwarzwälder Post, Hexen. Zell a.H., 29. 12. 1989.
- 9 Hans-Martin Pillin, Oberkirch, Stadt Oberkirch, 1975.
- 10 Hedwig Buß-Schlecht, hat viel volkskundliches Material – darunter auch Hexen-Sagen in Mundart gesammelt.
- 11 Hans Heid, Land um die Moos. Offenburg, 1956.
- 12 Thomas Kopp, Entersbach, Stadt Zell a.H., 1988. Das Heimatbuch schildert im Abschnitt „Hexenprozesse“ – wie Disch 1 – das Schicksal der Horbachin.

Die Bestellung von Kirchenrügern im Badischen Hanauerland

Friedrich Böniger

Die neue Presbyterial-Instruction für die evang. Kirchengemeinden und die Bestellung von Kirchenrügern im Bad. Hanauerland ab 1736 durch die Landgrafen von Hessen-Darmstadt.

Am 28. März 1736 verstarb Johann Reinhard III., Graf von Hanau-Lichtenberg ohne männliche Nachkommen. Die einzige Tochter des Grafen, Charlotte Christina, war mit dem Erbprinzen von Hessen-Darmstadt verheiratet. Lt. Erbvertrag gingen daher die hanau-lichtenbergischen Lande (diesseits und jenseits des Rheins) an die Landgrafen von Hessen-Darmstadt.

Da insbesondere das rechtsrheinische Hanauerland durch die Erbfolgekriege von 1670–1735 furchtbar heimgesucht worden war und eine unbeschreibliche Armut in den Dörfern herrschte, erregten die Neuerungen der hessen-darmstädtischen Regierung, insbesondere die „Neue Presbyterial-Instruction“ und die Einsetzung von Kirchenrügern den Unwillen der Bevölkerung.

Die Instruction für die Kirchenrüger hat folgenden Wortlaut:

Gleichwie das Amt des Kirchenrügers eigentlich und hauptsächlich auf die Kirchendisziplin abzwecket ist und selbige dazu bestellt werden um auf dasjenige was gegen christl. Zucht, Ehrbarkeit und Ordnung lautet, ein wirksames Auge haben sollen also sollen dieselben

erstens:

an vorderst selbstens eines christlichen und untadeligen Wandel sich befleissigen und die Ih- rigen sowohl zu gleichmässiger Aufführung mit aller Sorgfalt anweisen und gebührend in Schranken halten, so dann werden dieselben

zweitens:

soviel ihr Amt betrifft und nicht nur überhaupt dahingehend angewiesen, alle diejenigen welche gegen christl. Zucht, Ehrbarkeit und Ordnung sich vergehen, bei den bestellten Presbyterias zu ihrer Correction (Zurechtweisung) und Bestrafung zur Besserung ohne eigenes Ansehen der Person anzuzeigen und

drittens:

die Rüger dahingehend instruieret, dass obschon ihre Bestellung dahin gehet, alles was gegen die Anno 1737 emancierte (veröffentlichte) Sabbath-Ordnung gehandelt wird und der Kirchendisziplin entgegen laufet in genaue Beachtung zu nehmen und daher auch dieselben auf solche (Verordnungen) und was zu deren Erläuterungen ergangen ist wie nicht weniger die Presbyterial- und Kirchenordnung ingleichen die hier mit ergebende weitere Presbyterial-Instruction gewiesen werden, jedoch noch

viertens:

die in denselben und sonstens ausgenommenen und vor die Presbyteria nicht gehörigen Fälle nicht dahingehend zu verstehen sind, dass die bestellten Kirchenrüger sie gänzlich ausser Acht lassen und gar nicht darauf invigilieren (achten) sollen, sondern die Meinung dahin gehet, dass sie nicht minder ihre Achtung auch darauf in Specialitas auf das Nachtschwärmen, Hochzeit- und Neujahrsschießen und das nächtliche Einsteigen zu den Weibsleut richten sollen, in solchen von der Presbyterial-Correction ausgenommenen Fällen aber sich

fünftens:

so zu verhalten, dass diejenigen, wo eine geschwinde Remedur (Abhilfe) von nöthen, also beim Aufspielen fremder Spielleute, und Aufstellen deren Marionetten und Gauckler, Spieler wie auch Marktschreier sie die alsbaldige Anzeige bei dem Vorgesetzten des Ortes tun sollen, damit dieser durch Pfändung der Instrumente oder einiger Effecten (Teile beweglicher Habe) bis zur Erlegung einer verwürgten (verschuldet) herrschaftlichen Strafe fürgehen können aber nicht destoweniger sie

sechstens:

in anderen Fällen die Sache vor das Presbyteria bringen, dieses aber nach Art. II der neuerer Presbyterial-Ordnung sich ferner achten solle (Abgabe des Verfahrens von Amtswegen), weil auch

siebtens:

ein Kirchenrüger nicht eben präzise an seinen Ort und die Gemeinde zu welcher er bestellt worden gebunden ist, so lieget denselben gleichfalls ob, dass wann sie von einer anderen Gemein oder Kirchspiel was Ungebührliches und Strafbares vernehmen, sie solches bey dem Presbyterio ihrer Ortes eben so wenig als die Unfugen ihrer Kirchspiels Verwandte ohnangezeigt zu lassen, und dass

achtens:

bei halsstarrigen und widersinnigen (widerspenstigen) Gemütern es dahin gekommen, dass dieselbigen dejenigen so zu dergleichen Aufsicht geordnet und bestellet sind, allerhand Hindernis in Weg legen, sogar Hass und Feindschaft auf dieselben fassen und Rache an ihnen auszuüben suchen, so werden die Kirchenrüger insgesamt und jeder insbesondere gleich den Presbyteriats-Personen zur Verschwiegenheit angewiesen, und vor einseitiger Ausschweigung was bei den Presbyterias gehandelt wurde oder Offenbarung was dieser oder jeniger angezeigt hat und bey Vermeidung willkürlich scharfen Ahndung verwarnet aber

neuntens:

dahin gesichert, dass sie wider alle diejenigen welche ihrem Ambte hinderlich fallen oder durch Zufügung Schadens und Ungemachs sich zu ergeben erfrechen werden, mit nachdrücklicher obrigkeitlicher Assistenz (Unterstützung) geschützt werden sollen wobei aber

zehntens:

auch die Kirchenrüger auf das schärfste und bei Erneuerung ihrer geleisteten Pflichten ihr Ambt treulich, emsig und fleissig ohne menschliche Affecte (Gefühle) und Privatabsichten zu verwalten mit dem Anhang eingebunden werden, dass sofern einer nachlässig erfunden werde oder etwa so Erfahrens verschweige oder aus Privat-Affecte unrichtig gegen jemand etwas angezeigt habe, solle derselbe gleichmässige nachdrückliche Strafe werde zu erwarten haben damit auch

elftens:

die Kirchenrüger mit so meherem Fleiss und füglicher zu verrichten imstande sein mögen, so sollen dieselben nicht nur an dem Orte, wo es bisher üblich gewesen, dass sie in der Kinderlehre die Jugend ihre Lectionen recitieren (vorlesen) lassen von deren Besuch jedoch, wo an einem Orte zwey seyen solchergestell befreiet seyen, dass sie sich wechselseitig je einer um den andren sich derer befinden, die anderen aber ausser der Kirche auf die vorgehenden

Excesse (strafwürdigen Handlungen) invigilieren und zur Recitierung der Kinderlehr-Leciones die Schulmeister und Kirchen-Eltesten gebraucht werden sollen, sondern auch zwölfstens:

ihnen zugestanden und aufgegeben sey, die Häuser wegen des Backens und Waschens während den Feyer- und Bettagspredigen, desgleichen die Wirts- und andere Häuser sowohl unter der Kirch als auch des Nachts vor und nach Sonntagen wegen des Nachtsaufens, Spielens und anderer Ausgelassenheiten zu visitieren, so vielnächst denen

dreizehntens:

ihre Belohnung belanget, sollen dieselben nicht nur insgesamt die von Gnädigster Herrschaft vergönnte Natural-Frohn und Wachfreiheit von ihrer Person und falls einer ein Fuhrmann auch noch von einem Pferd gleich anderen Personalgefreiten, so dann der Freiheit von allen gemeinen Frohnden und Wachen zu genießen, sondern auch ein jeder von der bei der Presbyterias durch seine Rüge dictierte Strafe den 3. Theil nach Maßgabe der Art. 20 der neuen Presbyterial-Instruction zu beziehen habe,

von denjenigen aber die zur Bestrafung entweder gar nicht oder nach geschehener Correction (Verweis) nicht mehr vor das Presbyteria gehören, sie schon deselben als Denunziatores (Zeuge) nicht bei Amte vorzustehen, sondern der Juridictivrat (rechtsprechende Rat) die eigentliche Einklagung durch die Ambsfiscale (Amtskasse) zu verfügen hat, ihnen von ihrer Rüge die Hälfte von demjenigen Strafantheil so die herrschaftlichen Fiscale beziehen zu teil werde.

Strassburg im Dezember 1744

Der Erlaß über die Einsetzung von Kirchenrügern im Bad. Hanauerland stand nicht nur auf dem Papier, sondern er wurde bis zum Beginn des 19. Jahrhunderts in der Praxis angewandt. Dies machen einige Auszüge aus dem Protokollbuch der evang. Kirchengemeinde Freistett deutlich:

1745

Mittwoch, den 10. Febr. wurde extraordinär (außer der Reihe) das Presbyterium zusammengerufen und davor citiert (befohlen):

Hans Michael H., der ledige, weyland Michael H. gewesener Bürger allhie nachgelassener ehel. Sohn und Maria Magdalena S., David S. gewesener Bürger allhie nachgebliebene ehel. Tochter, welche sich von dem ersten hat in Unzucht schwängern lassen, wird deswegen cenzuriret (geprüft) und nachdem sie Besserung versprochen absolviret (losgesprochen).

Dienstag, den 9. Martis wurde auf Zuschreiben des Herrn Specials Gerhardy ausserordentliches Presbyterium gehalten.

Davor citiert erschienen:

Hans Adam K., der Wirt und Bürger zu Memprechtshofen. Diesen klagt Jörg Kaufmann der Kirchenrüger an, dass er am Sonntag Septuagesima nach 10.00 h nachts im Hause des Wirtes einen großen Tumult mit Schießen gehört habe, er sei hinein gegangen und habe die Wirtstube voller Gäst angetroffen zu denen er gesagt habe, es habe 10.00 h geschlagen, deswegen sie ein End mit dem Trinken und Ludern machen sollen; es habe aber der Wirt ihn einen groben Flegel genannt, item ihn am Hals gegriffen und dabei gesagt, er habe ein Lumpenamt. Der Wirt bestreitet, dass er ihn am Hals

gegriffen habe, er habe auch nicht gesagt, er habe ein Lumpenamt, aber einen groben Flegel habe er ihn genannt.

Der Kirchenrüger besteht darauf, dass er die Wahrheit gesprochen. Weiter habe K. gesprochen, wenn er ein Batzen wert wäre, hätte er dieses Lumpenamt nicht angenommen.

1748

Montag, den 24. Aug. wurde etraordinär das Presbyterium zusammen gerufen und davor citiert:

Hans Peter G., der ledige aus Renchenloch, diesen klagt Maria K. von Memprechtshofen an, dass am 8. Sonntag nach Trinitatis als sie aus der Katechismuslehre nach Hause gehen wollte, habe er sie mit Grundschollen geworfen. Der Citatus erschien, konnte es nicht leugnen, sagte aber, dass er es nicht gern getan habe. Im ward ferner vorgehalten, dass er sie mit einem Messer verwundet habe, welches er auch nicht leugnen konnte, nämlich als sie ihn auf den Boden geworfen: Im ward zugered und er versprach Besserung. (Renchenloch: im 18. Jahrhundert abgegangener Ort bei Memprechtshofen.)

1748

4. Sept. an einem Betttag wurde Presbyterium gehalten und davor citiert: Hans Jörg K., Christian Z., Anna Maria Kl., Magdalena H., Christian R. und Maria Eva Sch., alle ledig, zu Memprechtshofen, sind angegeben, dass sie am 10. Sonntag nach Trinitatis zu Gamshurst gewesen und haben auf dem Meßtag getanzt. Sie waren geständig, dass sie an einem solchen Tag hinüber gegangen seien, sie aber nicht getanzt hätten.

1751

den 8. Juni an einem verordneten Betttag wurde Presbyterium gehalten und davor citiert erschien:

David L. der Löwenwirt allhie ist angegeben, dass er die Gäst in seinem Wirtshaus über die gesetzte Zeit aufgehalten, insonderheit bei der Hochzeit vor 8 Tagen viel Ausgelassenheiten zugelassen habe, dass über die Zeit die Gäste verblieben sind.

Hat sich entschuldigt.

Katharina G. und Salomea B. beide ledig von hier sind angeklaget, dass sie bei der Hochzeit vor 8 Tagen bis nachts 10.00 h mit Diersheimer Buben im Wirtshaus herum getollt sind. Sie wollten sich zwar entschuldigen, dass sie eher nach Haus gegangen seien. Sie wurden überzeugt, dass sie über die Zeit verblieben sind.

Ein jeder wurden 2 Schillinge Strafe angesetzt.

2. Nov. an einem Betttag wurde Presbyterium gehalten und davor gefordert: Katharina Kl. die ledige von hier, diese gehet schwanger mit einem ausser der Ehe gezeugten Kinde. Als Vatter gibt sie Hans Jakob S., der ledige von Memprechtshofen an. Der will nicht gestehen, dass er sie in der Grün-

donnerstag- und Karfreitagnacht in Unehre besucht und zweimal fleischlich erkannt habe.

Diese Sach soll einem höchlöblichen Censistorium berichtet werden.

1752

4. Juli an einem Betttag wurde Presbyterium gehalten und davor citirt: Eva Katharina W. ist angeklaget, dass sie mit einem unehelichen Kinde schwanger gehe. Konnte es nicht leugnen, gibt zum Vatter des Kindes an Jörg Sch. aus Bischofsheim, der Tambour bei den Grenadiers á Cheval, welcher sie nach ihrem Vorgeben in der St. Johannisnacht in Unehre besucht und fleischlich erkannt habe, soll auch vor dieser Zeit sie zweimal fleischlich erkannt haben.

Dienstag, den 7. Nov. wurde Presbyterium gehalten und davor citirt: Hans Martin S., der Ledige, Hans Jörg S., des Gerichtsschöffen ehel. Sohn und Maria Elisabeth, Hans Jörg G. des hiesigen Bürgers und Schneiders eheliche ledige Tochter, welche von jenem geschwängert, darauf wurden beide der Kirchencensur subjicirt (unterworfen).

1756

den 7. Sept. an einem Betttag wurde Presbyterium gehalten und davor citirt: R. ein hiesiger Bürger, welcher angeklaget, dass er den Sonntag mit Lerchen fangen entheiligt; er leugnet es nicht; wurde ihm deswegen sein Verbrechen verwiesen, zur besseren Feierung des Sonntags und anderer Feiertage ermuntert und angemahnet alle fernere Entheiligung des Sabbaths, sie geschehe auf diese oder eine andere Weise, bei Vermeidung herrschaftl. Strafe untersagt und verboten, welchem nachzukommen er auch treulich versprochen.

den 2. Oktobris also an einem Betttag wurde Presbyterium gehalten und davor citirt:

Jakob und Katharina Gr. beide ledig von hier, so durch unehelichen Beischlaf ein Kind gezeuget und die daher nöthige Kirchenbuße um wiederum der göttlichen Gnade theilhaftig zu werden, zu tun begehren. Der eine Teil aber, nämlich Jakob M. aus der Ursach zur Versöhnung zu bringen war, sein Gegenteil nämlich Katharina Gr. sollte zu vorderstens vor den Richter erweisen, dass sie niemahlen mit jemanden anders ausser allein mit ihm in Unehre zusammen gekommen sei, so wurden beide Theile zu dieser Christlichen Schuldigkeit nämlich zur Versöhnung angemahnt, das übrige aber vor gehörigem Richter auszumachen überlassen.

(Die Protokolle sind unterschiedlich vom Schultheiß und einem oder zwei Gerichtsschöffen oder einem bzw. zwei Gerichtsschöffen unterzeichnet).

1763

Am Feste Maria Verkündigung erschien vor dem hiesigen Presbyterium Eva Rosina H. Jakob H. sel. ledige Tochter allhie und zeigte an, dass sie sich

aus Trieb des leidigen Satans in Unehre und Unzucht hat schwängern lassen mit dem Vorgeben, dass Benjamin L. Georg L. des hiesigen Bürgers und Gastwirts zum Salmen lediger Sohn der Vater des Kindlein, das sie unter dem Herzen trage, sei. Es wurde deswegen gemeldeter Benjamin L. vorgefordert und befragt, ob solches Vorgeben in der Wahrheit gegründet sei. Er zugegen bekennt, dass er mit derselben Unzucht getrieben habe aber keineswegs der Vatter sei und beruft sich auf die Zeit, da er diese Schandtät verübt hat, welche er auf den 23. Sept. ansetzt und auch von der Dirne bestätigt wird.

In Sachen wurde beschlossen:

beiden Personen den Bann aufzuerlegen und sie als untauglich Glieder der christlichen Kirche von dem Altar und den Genuß des heiligen Abendmahles auszuschließen welches sogleich geschehen und die Sach selbst dem hochlößlichen Amt zu weiterer Untersuchung übergeben wird.

Schulmeister, Pfarrer

Mathias Hauß, Schultheiß

Hans Jörg Siehl, Gerichtsschöffe

Hans Martin Durban, Gerichtsschöffe

Hans Michael Hauß, Gerichtsschöffe

Quellennachweis

Protokollbuch der evang. Kirchengemeinde, Bd. 1 von 1736–1786.

Chronik der Stadt Rheinau, S. 79–95.

Die Apotheke in Neufreistett

Kurt Schütt

Nachdem der Straßburger Bankier Georg Daniel Kückh am 14. Mai 1745 von Landgraf Ludwig VIII. von Hessen-Darmstadt, dem Landesherrn seit 1736, das Privileg erhalten hatte, eine neue Stadt Neufreistett zu gründen, etablierte sich in der heutigen Hauptstraße Nr. 10 (Erwin Unger †) auch eine Apotheke.

Am 10. Januar 1746 gab Kückh bekannt, daß „Wilhelm Heinrich (manchmal auch Henrich) Reuter, der Apotheker von Usingen, der schon seit zwölf Jahren eine Apotheke in Brumath im Elsaß betrieb, um die Erlaubniß eingab, in Neufreistett eine Apotheke errichten zu dürfen.“ Reuter, 1708 geboren, stammte aus einer angesehenen Familie, sein Vater war nassauisch-usingischer Regierungs- und Konsistorialrat, der eine seiner Brüder preußischer Kriegskommissar in Breslau, der andere Amtmann in Wiesbaden, sein Schwager Viselius Hofrat und Leibmedicus am Hofe in Braunfels.

Am 10. Februar 1734 hatte er das Privileg für die linksrheinische hanauische Stadt Brumath erhalten. Der Ruf Kückhs in die neugegründete Stadt, die mit fürstlichen Privilegien ausgestattet war, umzuziehen und sich dort niederzulassen, lockte Reuter, seine Apotheke in Brumath aufzugeben und in Neufreistett neu anzufangen.

Aber das war offensichtlich ein Fehlschlag, denn in Neufreistett betrieb der Stadtschultheiß Hanhardt, der zugleich Barbierchirurg war, einen schwunghaften Handel mit Arzneimitteln, wohl ungesetzlich, aber erfolgreich.

Nachdem Reuter unter diesen mißlichen Umständen 5 Jahre durchgehalten hatte, beschwerte er sich im Oktober 1751 über diese ungesetzlich betriebene Konkurrenz. Er bat die Stadt, Verordnungen zu erlassen, die im ganzen Reich, also auch hier gelten müßten und die „... absonderlich aber denen Apothekern laborationem et dispensationem medicamentorum, denen Barbieren aber die Chirurgia oder externa ...“ zuweise.

Die Einwohner gingen aber nach wie vor zu Barbier Hanhardt und nicht in die Apotheke Reuters.

Auf seinen Hilferuf versprach ihm die Regierung, sobald seine Apotheke in ordentlichem Stand sei, ihm zu helfen. Reuter bat darum, die Visitation um 3 Wochen zu verschieben, er müsse erst alles ordnen, er habe seit 5 Jahren nichts verkauft! –

Im Februar 1752 erfolgte dann die Visitation durch Dr. Casselmann von Lichtenau. Der Raum und die Ware blieben ohne Beanstandung. Dr. Casselmann erklärte Reuter, wenn er nur wöchentlich ein Rezept bekäme, würde er eine Apotheke einrichten, wie sonst nirgends eine sei. Leider haben wir keine Unterlagen über das Sortiment einer Landapotheke des 18. Jahrhunderts, aber viel kann Reuter nicht gehabt haben, denn nach seinem Bericht hatte er während 4–5 Wochen nicht ein einziges Arzneimittel verkauft. Casselmann bestätigte in seinem Visitationsbericht, daß dem Apotheker Reuter durch den Stadtschultheißen und „Chirurgus Hanhardt“ . . . viel Abtrag geschehe, weil der viel mit Arzneien aus dem Arsenico behandle. . .“

Er bat darum, zu helfen, daß “. . . der arme Mann durch seinen großen Verlust sein Stückchen Brot wieder erwerben möchte. . .“

Gegen diesen Visitationsbericht erhob im Februar 1752 der Landphysikus Dr. Weyland in Buchweiler Einspruch, Apothekenvisitationen ständen nur ihm zu. Doch als er, von der Regierung beauftragt, Ende Juli 1752 nach Neufreistett kam, fand er die Apotheke verschlossen vor.

Nach Auskunft von Landschreiber Schulmeister, sei nach der Scheidung von seiner Frau, Maria Magdalena, geb. Veith, das ganze Vermögen Reuters versteigert worden und dieser habe Neufreistett schon vor 5 bis 6 Wochen mit unkanntem Ziel verlassen. Diese seine erste Frau starb am 24. August 1778.

Wir finden im Kirchenbuch von Freistett folgenden Eintrag:

„. . . . Den 24. Aug. starb in hiesiger Gemeind Maria Magdalena Veith, weyland Wilh. Heinrich Reuters des gewesenen Apothekers in Neufreystett hinterlassene Witwe und wurde den 26. darauf christlößlich zur Erden bestattet, ihres Alters 67 Jahr, 1 Monath und 2 Tag.
Joh. G. Schulmeister, Pfarrer
Benj. Lasch Gerichtsschöff als Tochtermann
Johann Dusch als Geschwohrener
Daniel Kautz als Zeig“

Sie hatte ihn um 8 Jahre überlebt.

Schon am 27. Mai 1752 bat Reuter um die Erlaubnis, seine Apotheke verkaufen zu dürfen, damit er seine Schulden tilgen könne. Vermutlich ist seine erste Ehe an seiner mißlichen wirtschaftlichen Lage gescheitert.

Neufreistett hatte nach dem Wegzug Reuters 3 Jahre lang keine Apotheke. Erst im März 1755 wurde nach Buchweiler gemeldet, daß Apotheker Michael Charré aus Neuchâtel „. . . sine permissione sich niedergelaßen habe und wirklich Medicamenta interna ohne praescription verkaufe. . .“ Ohne Erlaubnis! Charré wurde aufgefordert, um die Erlaubnis, eine Apotheke führen zu dürfen, nachzusuchen. Man verlange von ihm den Nachweis seines Apothekerexamens, das seinerzeit Reuter erlassen worden war, weil er in Brumath schon eine Apotheke geführt hatte.

Er muß diesen Nachweis auch erbracht haben, denn er führte die Apotheke 3 Jahre lang bis zu seinem plötzlichen, etwas rätselhaften Tod.

Wir lesen im Kirchenbuch von Freistett:

„... Am 6. Martii 1758 ist früh morgens Herr Johann Michael Scharré der Apotheker in Neufreystett, der alleyn in seinem Haus gewesen (seine Frau Maria Salome war, 64jährig, am 9. Sept. 1757 gestorben), plötzlich verstorben und darinn auff seinem angesicht liegend angetroffen, den 9. visitiert und am 20. begraben worden ist, seines Alters etliche 50 Jahr.
Aug. Kilian Rösch, Stabhalter als Zeug
Joh. Christoph Kreckler als Zeug
Joh. Conradt Meckle als Zeug ...“

Man hatte den Leichnam 14 Tage lang nicht beigesetzt, bis man festgestellt hatte, daß kein Verbrechen vorlag, sondern vermutlich Herzversagen die Todesursache war.

Wieder hatte Neufreistett keinen Apotheker; doch schon im Juni 1758, am 27., wurde die Apotheke abermals versteigert, und nun geschah ein Kuriosum, der Steigerer war niemand anders, als der frühere Apotheker Wilhelm Heinrich Reuter, den es wiederum nach Freistett zog.

Er hatte inzwischen sich mit einer sehr begüterten „Wittwe“ in Altfreistett angefreundet, die er 1760 auch heiratete. Wir lesen im Freistetter Kirchenbuch:

„... Am 29. Januar 1760 wurden copulirt Herr Heinrich Wilhelm Reuter, der Apotheker in Neu-Freystett und Maria Magdalena weyland Jörg Hetzen deß Bürgers allhie nachgelaßene wittib.
Wilhel Heinrich Reuter, Maria Magdalena, Johannes Dusch als deß Hoch Zeiter Beystand, Michael – MU – Übels der Braut Beystands Zeychen

Am 19. Dezember 1758 bittet er die fürstliche „Rentcamer in Buchsweyler“, ihm das 1734 für Brumath ausgestellte Privileg für Neu-Freystett auszustellen:

Die Privilegurkunde lautet:

“... Nach ersehung derer von dem Supplicanten producirten beglaubten Attestaten seines ehrlichen Herkommens, wie auch bisherigen geführten rühmlichen Lebenswandels, und besonderer Erfahrungheit in der Apotheker-Kunst, wird demselben auf eingeholte Herrschaftl. gnädigste Specialen Erlaubnüß hierdurch in gnaden vergönnt, sich unter genießung derer jenen privilegien, so denen in der Grafschaft Hanau-Lichtenberg angesessenen Apothekern bereits ertheilet, dergestalt in Brumath haußhablich nieder zu laßen und eine Apotheck alda anzurichten, daß er sich biß auf anderwärtige Herrschaftl. gnädigste verordnung nur mit denen gemeinsten Compositis und anderen Sachen, deren Natur und eigenschaft ihme genugsam bekandt zu versehen, weniger nicht sich von allen gefährlichen Curen gänzlich zu enthalten. Sodann von dem Gewürtz und andern Dingen, so derselben außer der Artzeney debitiren und verkaufen wird, den gewöhnlichen accis zur dortigen Amtsschaffeneu quartaliter abzurichten und zu bezahlen haben solle, wornach sich zu achten.

Buchsweyler, den 10. Februar 1734.
Hochgräfl. Hanau Lichtenberg,
Cammer alda

Doch viel scheint sich nach seinem ersten Auftritt in Neu-Freystett nicht geändert zu haben, denn schon 1760 klagt er, bei einer Visitation durch den Landesphysikus Weyland, über die „Stimplerey Medicamentorum“, den ungesetzlichen Arzneimittelverkauf. Wirtschaftlich scheint es ihm aber, nach seiner 2. Verheiratung mit einer „begüterten Frau“ nicht schlecht gegangen zu sein; aber nun plagten ihn andere Sorgen.

Davon zeugt ein Schreiben Reuters an die Renthcamer von Buchsweyler, das unterm 19. August 1762 wie folgt lautete:

„... Hochwohlgebohrner Freyherr, wie auch Wohlgebohrne, HochEdelgebohrne Hoch-EdelGestreng und Hochgelährte, Gnädiger-auch Hochgebiethend-Hochgeneigt-und Hochgeehrte Herren!

Da mir durch die gnädige Providens des allein gütigen u. allmächtigen Himlischen Vatters, zwei Häußer, eines in dem Neuen Etablißement (Neufreistett), das andere im Dorff Freystett nebst Äcker und Matten, nach Vielen außgestandenen Creutz, Trück und Verfolgung aus Gnaden wiederum bescherret worden, mir und meiner Frauen aber bey herannahenden Alter (er war inzwischen 54!) es Zubeschwerlich fallen will, beyde Häußer und Güter in gehörigem stande Zuerhalten, Zumahlen da wir nur eine einzige Tochter haben, die in das 18. Jahr gehet, und dießelbe sowohl alß wir Eltern unßre Äcker und Matten im Freystetter Bann liegend haben, mithin Zu weith in Neu-Freystett von denenselben wohnen, und eine große Beschwerlichkeit und Hinterniß ist, denenselben gehörig abzuwartten und gleichwohl die Dorff Gemeindte Manual Frohnen cum anexis oneriby- Versehen sollen und müßen, welches mir als eine von Hochfürstl. Durchlaucht und Hochderselben Verordneten Hohen Regierung, unterm 30. Januar 1759 confirmirter privilegirter person confideratione izt gedachter privilegii und meiner lieben Frau Eltern und annoch Gebruder Geschwister und Familie besonders beschwerlich fällt, gestalten“

Nun führt er seine vornehme Abstammung und Verwandtschaft an und fährt dann fort:

„... ich aber als der jüngste und unglückseligste meiner gantzen Familie habe seith meiner 2. Verheurathung mit des Stabhalters in Freystett Peter Kiefer, ehelicher Tochter und verburgerter Georg Hetzen hinterlaßene Wittib, biß auf gegenwärtige Stunde alle Zugemuthete und aufgebürte Frohn Dienste in der Dorff Gemeindte gehorsam und geduldig verlohnet, auch über alles dießes habe mich Hochfürstl. Hoher Verordnung gemäß der visitativ meine Corporis pharcentici ad 1760 auß eigene große Kösten unterthänigst Submittiret aber auch Zugleich währender Visitation Ihro Excellenz Herr Hoffrath und Physico Dr. Weyland, alle meine Gravamina, daß nehmlich wieder der Buchstäbl. inhalt, meines unter oben gedachtem Dato gnädigste confirmaten privilegii 100 Copia beyliegt Täglich und stündlich gekräncket und in meiner profeßions-Nahrung geschwächet werde, wegen ohnerlaubter und unordentl. durchgängiger Stemplerey Medica mentorum, aus dem Grunde malisiret und biß auf gegenwärtige Stunde, auf gerechte und gnädige Justiz unterthänigst gehofft, aber noch nicht erhalten“

Er führt weiter aus, er wolle doch nur die „annoch wenige Tage unßers Lebens“ in Frieden und Einigkeit mit jedem beschließen. Auch liege es ihm fern, einen Prozeß um seine Rechte zu führen. Er schließt:

„Excellenz auch Excellenzen und HochEdelgebohren, wollen unterthänigst imploriren, mir und denen meinigen Clementißime Zuerlauben Unßer im Dorff eigenthümblich Hauß unßer Kurzer Lebens Tage in Ruhe und Friede cum privilegii Confortiby meis froligl. beschließen, und unßern Von Gott anvertrauten Pfundte biß dahin alß getreuer Schaffner Vorstehen zu dörffen, Zu mahl da ich gleich anfangs meines Herzuges von Brumath über 1½ Jahr in H. Schultheißen Matthias Haußen in Altfreystett Behaußung gewohnet.

Vor welch Hohe Gnädige Willfahung unter devoster Submissio Zeit Lebens Zubeharren die Ehre habe

Euer Hochfreyherrl. Excellenz auch Excellenzen und HochEdelgebohrne unterthänigster Knecht

Wilhelm Heinrich Reuter

Apotheker in Neufreystädt . . .“

1762 bittet Reuter, seine Apotheke von Neufreystett nach Altfreystett, wo er wohne, verlegen zu dürfen. Aber dieses Gesuch wird zunächst abgelehnt, doch er läßt nicht locker. In einem 2. Gesuch 1763, schreibt er:

„ . . . Da mir vergangenen Sommer mein unterthänigstes petitum, daß nemlich mein Domicilium sambt meiner Apotheke cum privilegio und Burger in das Dorf Freystädt in mein eigenthümbliches Hauße ziehen dörfte, von Ew. Freyherrl. Excellenz wie auch Excellenzen, und HochEdelgebohrenen in gnaden abgeschlagen worden, so werden Hochdieselben nicht ungnädig nehmen, wenn nur etl. überzeugende Hauptmotiven hier anführe, die mich und die meinige genöthigt haben, um gnädigste erlaubniß obiger Veränderung unterThänigst zu bitten.

Ich habe vor das ist in meiner 2 te Ehe schöne Feldgüter erheuratet (erheiratet) vor welche es schade wäre, wenn dieselbe nicht in gehörigem Bau, Beßerung, und stande erhalten würden, wozu ich aber in der Neustadt, nicht die geringste gelegenheit habe, einen S:v. Viehestall zu bauen, um die Acker nach äußerste noth beßern zu Können, per Saldo habe ich, und meinigen in unßerm Leben, auf Keine Vergrößerung der Neuen Stadt mithin auch auf Keinen beßeren Abgang meiner Arzneyen zu hoffen, sondern ich spüre die würckung, des von allen Schultheißen publicirten Hohen Befehls der Lichtenauer Apothek betreffend allzusehr, da die meinige in dem Hohen befehl gar nicht gedacht und in Keine Confiration gezogen worden. So fallet mir pro 3 tio bey meinem Alter (55 Jahre !) alzuschweer alle Taage, wenigstens 2 mahl ins Dorf und Neue Stadt, aus und ein zu gehen, Gestalten meine Frau und Tochter, wegen unßerm Viehe, Früchten, güther und Gärten in dem Dorf wohnen müßen, ich aber der Apotheke in der Neustadt abwarten soll, mithin eine doppelte und darzu beschwerliche Haußhaltung und Ehe zu führen gezwungen werde.

Es gelanget demnach mein und meiner Frauen unterthänigstes Bitten und Flehen nochmahlen, mir aus oberwähnten Hauptgrund gründen in gnaden gnädigst zu erlauben, meine Apotheke in das Dorf cum privilegio Collegorum meorum transportiren zu dörfen, so lange alß ich noch zu leben habe, und mein annoch Kurzes Leben, mit einiger Bequemlichkeit, und friedl. Ehe zu beschließen in gnaden zu gönnen. Vor welche Hohe Gnade Zeitlebens mit allem unterthänigst unvergeßlichen Danck, und Respect beharre.

Euer Hochfreyherrl. Excellenz wie auch Excellenzen und HochEdelgebohrne, unterthänigster Knecht

Wilhelm Heinrich Reuter

Apotheker in Neu-Freystädt“

Dieses 2. Gesuch wird nun in einem Schreiben vom 17. Mai 1763 durch Hochfürstl. Hessen-Hanau-Lichtenbergische Regierungsprotokoll genehmigt. Es hat folgenden Wortlaut:

„ . . . Fürstl. Renthcamer will wegen Wilhelm Reuters des Apothekers zu Neufreystett, welcher nochmalen um die Erlaubnuß sein Domicilium nebst seiner Apotheke und zwar diese cum Privilegio nach Altfreystett transportiren zu dörfen per Memoriale Supplicando eingekommen, mit diesem Collegio communiciren, und gibt anbey zu erkennen, wasmaßen man ihres orts bey denen angegebenen Motiven in seinem Begehren willfahret werden könte. wird bewandten Umständen nach, dem Supplicirenden Reuter erlaubt seine Apotheke aus Neufreystett nach Altfreystett zu transferiren, und das darauf habende Privilegium jedennoch le-

digl. vor seine Person ad dies vita daselbst zu genießen, wovon sowohl Fürstl. Renthcamer als Amtsschafner Stroehlin und zwar diesem zur Bedeutung p. Itz. N. Nachricht ertheilt wird.

Fürstliche Regierungs Cantzley alda“

Das Jahr darauf, am 6. Juni 1764 heiratete Reuters Tochter aus 2. Ehe den Johann Benjamin Lasch, Sohn des gewesenen Salmenwirts Hannß Georg Lasch, „Maria Salome weyland Hannß Georg Hetzen des hiesigen Burgers hinterlaßene ehel. ledige Tochter“

Unterschrieben haben:

„. . . . Johann Benjamin Lasch, als Hochzeiter

Maria Salome Hetzin

Matthis Lint

Wilh. Heinrich Reuter, Pfleg Vater

Johannes Dusch“

Acht Jahre lang war die Apotheke in Altfreistett, in welchem Haus konnte bis heute nicht ermittelt werden.

Am 26. September 1771 starb, nach dem Kirchenbuch:

„. . . . Wilhelm Hennrich Reuter der gewesene Apotheker von Usingen gebürtig und wurde den 28. darauf christlößlich zur Erden bestattet, seines Alters 62 Jahr, 10 Monath 2 Wochen und 3 Tag.

J. G. Schulmeister

Benj. Lasch als Tochtermann

Johannes Dusch als Zeug

Johann Philipp Lasch als Zeyen“

Nach dem Tode Reuters wurde die Apotheke, die wohl immer nur ein kümmerliches Leben geführt hatte, nicht mehr weiter betrieben, denn aus Akten von 1806 geht hervor, daß zwischen Kork und Schwarzach 4 Apotheken waren, nämlich in Kork, Bischofsheim, Lichtenau und Schwarzach.

1795 bat Apotheker Beutel um ein Privileg in Bischofsheim oder Freistett und erhielt schließlich die Erlaubnis in Bischofsheim eine Apotheke zu eröffnen. Freistett aber blieb fast 200 Jahre ohne eigene Apotheke.

Erst 1970 eröffnete Apotheker Klaus Peter Riedel, 1940 in Berlin geboren, der in Karlsruhe studierte, zusammen mit seiner Frau Annick, geb. Mauger, ebenfalls Apothekerin, Studium in Straßburg, in der Hauptstraße 9, neben dem Gasthaus zum Lamm (früher Bäckerei Anthonj, „Schuebäcke“) eine Apotheke. 1977 kam die Rheinapotheke in Auenheim dazu, die von Frau Riedel geführt wird.

1980 kaufte das Ehepaar Riedel die ehemalige Villa Grindler (Zigarrenfabrikant) in der Hauptstraße 44, wo die Familie mit ihren 3 Kindern wohnt und im Erdgeschoß die Apotheke betreibt.

Während 1806, wie aufgeführt, in unserem Raum nur 4 Apotheken etabliert waren, sind es heute, von Lichtenau bis Kehl, insgesamt 14, allein 7 davon in Kehl.

Die Apotheken im einzelnen:

Stadtapotheke Lichtenau,

Paracelsusapothek in Freistett,

Apothek Rheinbischofsheim,

Rheinapothek Auenheim,

Hanauerapothek Kork,

Irisapothek Marlen,

Hanauerland-, Hirsch-, Europa-, Anker-, Post-, Stadt- und Vogesenapothek in Kehl,

Rosenapothek in Bodersweier.

Auch das Sortiment an Arzneimitteln hat sich wesentlich erhöht; so hat heute eine Apothek ca. 4 – 5000 Medikamente ständig auf Lager und kann, durch den Apotheken-Schnelldienst in Karlsruhe, Baden-Baden und Offenburg, innerhalb von 3 Stunden jedes verordnete Arzneimittel beschaffen.

Quellenmaterial

Alfred Leitz, Geschichte der Gemeinden Freistett und Neufreistett, 1890.

GLA 229/29687 a.

229/29687.

229/688 a.

Eine Klage des Pfarrers Jakob Siebert in Hofweier aus dem Jahr 1796

Josef Bayer

Im Franckensteinischen Archiv zu Offenburg (Fasz. 856) befindet sich eine merkwürdige Klageschrift des Hofweierer Pfarrers Jakob Siebert.

Drüben in Frankreich war ja 1789 die große Revolution ausgebrochen, deren Gedankengut auch in den rechtsrheinischen Gegenden auf Sympathien gestoßen waren. „Wenn drüben der Dritte Stand die vollständige bürgerliche Gleichheit, die Abschaffung des verhaßten Zehnten und die Aufhebung der drückenden Feudalrechte forderte, so weckte das auch hier bei der bauerlichen Bevölkerung nicht nur Sympathien, sondern auch alte Leidenschaften, die nach der blutig niedergeschlagenen Bauernrevolution noch lange nicht zur Ruhe gekommen waren. Herrschaftliche Vorrechte, Ausbeutung, Bedrückung, Willkür, Bevormundung und Launen waren in unterschiedlicher Intensität in zahlreichen Territorien geblieben. Zündstoff hatte sich vielerorts genügend angesammelt, wobei nicht nur Umfang und Höhe der grundherrlichen Belastung Anlaß zum Klagen gaben, sondern auch die damit verbundenen möglichen Schikanen.“¹

Diese Situation wird man sich vor Augen halten müssen, wenn man einen eigenartigen Vorfall in Hofweier im Jahre 1796 erklären will. In diesem Jahr waren die französischen Revolutionstruppen wieder einmal über den Rhein gekommen und in der ganzen Ortenau gelegen. Es ist verständlich, daß die Franzosen die Bauern zum Ungehorsam gegen die weltliche und geistliche Obrigkeit aufgestachelt haben; auch dazu, sich zu holen, was die Herren „ungerechterweise“ von den Untertanen erhoben haben. Das geht deutlich aus der Klageschrift des Pfarrers Siebert hervor und aus der „Rechtfertigung“ der Übeltäter: sie hätten für das Geholte dem Offizier bezahlt! Der Pfarrer scheint vor den Franzosen geflüchtet zu sein, jedenfalls stand das Pfarrhaus verwaist da. Der Pfarrhof wurde – ob von den Franzosen oder auf Anstiftung der Franzosen von den Bauern, das läßt sich nicht erheben – gewaltsam aufgebrochen und total ausgeraubt. Nachdem die Franzosen wieder abgerückt waren und der Pfarrer wieder zurückgekehrt war, richtete er die folgende Klageschrift an das Erthal'sche Amt in Offenburg (Freiherr Erthal war dazumals Grund- und Ortsherr in Hofweier):

„Hochlöbl. Amt wird von unterschreibenden Pfarrey ersuchet und gebethen folgende Bürger dahier zu vernehmen, was sie aus dem Pfarrhof fortgetragen.

1. Jakob Bauert und Andreas Öhler beyläufig 5 Frtl Früchte, Brandwein und noch mehrere Sachen von Mobilien.

2. Johannes Rottenecker und seine Söhne samt dessen Tochtermann Mathis Lehmann und Franz Wegmann bey 8 Frtl in zerschiedenen Sorten Früchten, Hanf, Beth mit Anzug rot und blau gewürfelt, großer eiserner Kunsthafen nebst anderen Dingen.
3. Joseph Stutz 1 Frtl Maaß Früchte, Wein, einen jungen Eber.
4. Lang Joseph Früchte, Weizen, Gries, Rächen, Schürengeschirr, Dungharken, Wein.
5. Gallus Hogenmüller Pfannen, Kuchelgeschirr, Deller etc.
6. Michel Fridrich Wein und Früchte in größerer Menge samt anderem Mobilar.
7. Joseph Vetter Haus-Mobilien, Wein, Früchte, so er aufgebracht und dessen fortgetragen in großer Menge.
8. Fuchs Antoni Wein, Früchte, Hanf, großen eisernen Hafen nebst anderen Sachen.
9. Jakob Ehret Sattler d.j. Wein, Früchte, Mauchenhaut, böhmische Gläser und mehrere Hausgerätschaften.
10. Barthel Pfaf Wein, Frucht, Strohsäck, Dischzeug, Messer, Gabeln.
11. Philipp Rubi, Kiefer, Wein etlich 20 Ohmen (!) etc.
12. Jakob Geck 12er soll wissen von 4 eisernen Reifen von einem 80 Ohmen Faß.

Am 12. 9. 1796 fand nun das Verhör statt. Geladen waren folgende (mit ihren Aussagen):

Anton Fuchs gesteht 3 Sester Gerste, bez. bei Thomas Risch, 1 Wisch Schleifhanf – will ihn zurückgeben; 3–4 Kübel Wein, in das Haus des Thomas Risch getragen, wo er „versoffen“ wurde.

Der französische Offizier habe den Leuten erlaubt, im Pfarrhaus eine Mühlfuhr Frucht zu holen, die übrige Frucht sollen sie liegen lassen.

Bartholomäus Pfaf habe Wein, Frucht, Strohsäcke, Tischzeug, Messer und Gablen entwendet.

Jakob Bauert und Andreas Öhler – er sei ein Mal im Pfarrhof gewesen, er sei aber schon total ausgeraubt gewesen; er habe ca. 3 Sester Gerst im Kasten zusammengefeigt und mitgenommen, sonst keine Frucht mehr „auf dem Kasten“ gewesen. Seine Töchter hätten noch 3 Frtl Wein nach Hause gebracht. „Die Hölle soll sich aufthun und ihne jählings verschlingen“, wenn er mehr! Setzt hinzu: Tochtermann Andreas Öhler, bei ihm wohnhaft, sei krank gewesen und habe nichts geholt, aber dessen Frau – seine Tochter – hat Wein gebracht.

Jakob Ehret Sattler der jung habe in zweimalen 10–12 Sester Früchte, habe aber dem Offizier bezahlt 1 fl 12 Kr; 6–12 Maaß Wein, aber gleich getrunken. Von Böhmischen Gläsern und anderem Hausrat nichts bekannt. Mauchenhaut ja, die wolle er abarbeiten, sei schlecht abgezogen und sehr durchlöchert gewesen.

Johann Rottenecker der mittlere bekennt sich zu 2 Sester Weizen, 1 Sester Welschkorn, 3 Maaß Wein. Habe für Frucht dem Offizier 6 Batzen bezahlt;

1 Bündel zum Hecheln gerichteter Hanf (wieder zurückgebracht), 1 große Pfanne, 2 Zinnteller, 1 Schoppenglas, 4 große porzellanene Platten, blau gewürfeltes Zeuch. Was seine Söhne geholt hätten, wisse er nicht. Herr Pfarrer bestätige, daß er die oben genannten Waren **WIEDER ERHALTEN HABE!** Ebenso daß Mathias Lehmann 1 Bett zurückgebracht habe.

Mathias Lehmann habe im Pfarrhaus Wein getrunken, es seien alle Türen offen gestanden, jeder habe ohne Scheu getrunken und Wein nach Hause getragen. So er: 4 Sester Halbweizen (6 Batzen dafür bezahlt). Was er Weiteres gehabt habe, habe er zurückgebracht: barchetes Bett, 1 Tischtuch voll geriebenen Hanf, 4 porzellanene Suppenteller. Pfarrer bejaht diese.

Franz Wegmann: seine Kinder hätten 3½ Sester Weizen, 1 Kübel voll Wein, von allem habe er nichts gewußt; er hätte seinen Kindern versprochen ins Pfarrhaus zu gehen. Habe dann dem Offizier im Rößle 48 Kr. bezahlt.

„Hierauf hat der Hr Pfarrer declarieret, daß er wohl sehe, daß nicht viel herauskomme und keiner den anderen verrathen wolle. Er von seiner Klag gänzlichen hiemit abstehe wolle, worauf man von amtswegen die Sach auf sich beruhen lasse.“

Das Erstaunliche ist, daß ausgerechnet Pfr. Siebert, ein gebürtiger Offenburger, solches von seinen Pfarrkindern erfahren mußte, der wirklich ein liebenswerter und gütiger Hirte seiner Gemeinde war. Selbst Vitus Burg, bischöflicher Kommissar der ehemaligen 3 diesseitigen sträßburgischen Dekanate, der im Auftrag von Wessenberg diese 3 Dekanate 1806 visitierte, mußte Siebert das Zeugnis ausstellen: „Hat im ganzen Land den Ruhm eines lieben, guten und braven Mannes . . . Die Gemeinde ist so wie das ganze Land mit ihrem Pfarrer vollkommen zufrieden, liebt und schätzt ihn ungemein“.² Das war von Burg allerdings geringschätzig gemeint, wie er überhaupt an den Geistlichen der Straßburger Diözese keinen guten Faden ließ. Die Güte Sieberts offenbart sich auch in der Schlußbemerkung der Untersuchung: er verzichtet auf eine weitere Verfolgung des Vorfalles. Er hat es auch seinen Pfarrkindern in keiner Weise nachgetragen: in seinem Testament 1812 zeigte er sich als der große Wohltäter seiner Gemeinde.

Der Vorfall zeigt jedenfalls: auch bei uns war die Unzufriedenheit groß, es bedurfte nur eines kleinen Funkens, um das Faß zur Explosion zu bringen – und dieser Funke war hier die Anstiftung von seiten der Besatzungstruppen.

Anmerkungen

1 E. Dittler, Die Bauernunruhen in der Ortenau, Ortenau 69 (1989), S. 54.

2 W. Bartelt, Heimatbuch von Niederschopfheim, 1964, S. 216.

„Nachrichten des französischen Krieges welche das Schuttertal und das Münstertal betroffen“ (1794–1801)

Gerhard Finkbeiner

Literatur über zurückliegende Kriege, über deren Ursachen, Verlauf und Folgen, helden- und mythenhaft nuancierte Biographien über ehemals führende Persönlichkeiten des Militärs, kluge Analysen militärischer Entscheidungen, verklärende Schilderungen über eingesetzte Waffengattungen füllen nicht nur Bibliotheken, sondern sind auch nahezu repräsentativ für stattgefundenes Kriegsgeschehen.

Wer spricht im Geschichtsunterricht von dem Schicksal jener, die das Kriegshandwerk ausüben mußten, oder von den Frauen, Kindern und Greisen, über die die not-, leid- und todbringende Kriegsmaschinerie hinweggerollt ist? Beinhaltet das Wort „Krieg“ nicht gerade und vor allem die Schicksale dieser scheinbar Zahl- und Namenslosen? Ist dieses „Geschehen“ im Kriegszustand vielleicht zu selbstverständlich, als daß es einer Notiz bedürfte, zu gering, um in die Geschichte aufgenommen zu werden, einfach zu wenig geschichtsträchtig oder gar zu abschreckend, um daraus lernen zu können?



Dorfmitte der Gemeinde Schuttertal um 1930 Foto-Archiv: G. Finkbeiner

Nur selten besteht die Möglichkeit für uns zu erfahren, wie sich zurückliegende Kriege auf die Menschen, auf unsere engere Heimat im einzelnen ausgewirkt haben. Vereinzelt gewähren uns Tagebuchaufzeichnungen und Kirchenbucheinträge, sofern nachfolgende Kriege nicht wieder alles hinter sich ausgelöscht haben, unmittelbaren Einblick in lokales Kriegsgeschehen. Solche das hintere Schuttertal betreffenden Augenzeugenberichte über die Auswirkungen der auf die Französische Revolution folgenden Koalitionskriege verdanken wir dem Pater Bernardus Stoeber (1757–1817)¹, vom Kloster Ettenheimmünster und dem damals in Schuttertal ansässigen Pfarrer Franz Joachim Bouffleur.² In geradezu dramatischer Weise schildert Bernardus Stoeber das Entsetzen, die panische Angst, die sich der Bevölkerung bemächtigt, als sie erfährt, daß in der Nacht vom 23. auf den 24. Juni 1796 180 000 Franzosen unter General Moreau bei Kehl den Rhein überschritten haben.

„Der 24. Heumonath war der unglückliche Tag für unser Vaterland, an welchem die Franzosen mit großer Macht über den Rhein setzten und immer mehr durch das Land heraufzogen. Je näher die Franzosen anrückten, desto quälender waren die Umstände! Die Straße, die nach Schweighausen in das Tal führt, war immer mit Menschen und Vieh, mit älteren und kleineren Kindern, mit Greisen und jungen Leuten angefüllt, die vor den ankommenden Franzosen von dem Lande her flohen. Unter diesen schrien, jammerten und seufzten welche, andere verfluchten und verwünschten die Franzosen. Dort bereiteten andere, sich dem Feinde zu widersetzen, da kamen andere voll der Besorgnis, wie es zu Hause werde aussehen, aus der Flucht wieder zurück. Andere brachten fröhliche, doch verlogene Botschaften von zurückgeschlagenem Feinde, andere erzählten ebenso verlogene die schrecklichen Greuelthaten, welche die Franzosen, wo sie hinkommen, ausübten. Andere, hier durchziehende ermunterten die Leute auch zur Flucht auf, andere mißbrieten ihnen dieselbe, und rieten ihnen zu Hause zu bleiben. Alle Arbeiten blieben indessen liegen, alle Geschäfte stockten, alle gingen vor Furcht und Angst ganz niedergedrückt wie die Schatten an der Wand, ohne Leben ohne Mut, ganz erblaßt herum . . .“

Die Franzosen marschierten „unter schrecklichem Gelärme und Schießen“ in Ettenheimmünster ein. Nach Bezahlung von 5000 Gulden ließen sie das Kloster jedoch unversehrt. Aus Tagebuchnotizen des Pfarrers Bouffleur entnehmen wir:

„Nachdem bereits 1794 40 Mann Chevaliers de la Couronne hier über Winter einquartiert waren, sind 1796 ebenso viele Koudrische Edelleute 14 Tage lang hier im Quartier gelegen. An Peter und Paul haben 60 Mann Koudrer mit Patrioten vermischt auf Seelbach, Wittelbach und Schuttertal zum Rauben einrücken wollen, welche aber von hießigen Einwohnern glücklich abgetrieben worden sind. Von welcher Zeit an sind alltäglich in der Frühe um 6 Uhr 50 bis 60 Mann Patrioten eingerückt. Eine Stunde war ihnen erlaubt zu rauben. Auf den Trommelschlag aber zogen sie sich zusammen und gingen wieder ganz friedlich ab. Am 9. Juli marschierten 3000 Patrioten hier durch, die in der Eile Eßwaren und Kleiderstücke geraubt haben.“

„Die Franzosen“, so schreibt Pater Stoeber, „wurden im Herbstmonat von dem Prinzen Karl geschlagen. Noch im Weinmonat zogen hier mehrere Tausend Mann kaiserliche Truppen durch, mit welchen Prinz Karl die Fran-

zosen vollends zu Altbreisach über den Rhein jagte. Es fing alsdann die harte Belagerung von Kehl an, welches er endlich im Januar 1797 eroberte. Während der Zeit, als die Franzosen dieses Land in Besitz hatten, wurden die hiesigen und alle Untertanen des Landes zu sehr vielen und kostspieligen Frondiensten zur Befestigung von Kehl angehalten.“ „Vom 9. Juli 1796 bis zum 15. Januar 1797 war hier alles ruhig, außer dem Schanzen und der Lieferungen“, weiß Bouffleur zu berichten. „Am 15. Januar erhielten wir 80 Grenzhusaren unter dem K. K. Kommando des Hochwohlgeb. Oberlieutnants von Bosamecz, welcher drei Monate lang im Pfarrhof in Kost und Quartier war.“ „Am 20. April in der Osterwoche sind die Franzosen“, so Stoeber, „abermals über den Rhein, schlugen die kaiserliche Armee in die Flucht, rückten mit starken Märschen wieder das Land herauf und waren schon über Mahlberg gegen Altdorf vorgerückt, als ein Kurier den zwischen dem Kaiser und den Franzosen geschlossenen Waffenstillstand verkündigte. So wurde diesmal das hiesige Kloster, der hiesige Ort und die übrigen Ortschaften vor den Franzosen glücklich bewahrt bis auf Wittelbach, welches Örtlein noch in der französischen Linie lag und das schrecklich zu leiden hatte.“

„Von ungefähr kam ich (Bouffleur) auf Schweighausen und traf alldorten den K. K. Hochwohlgeb. Oberlieutenant von Othilienfeld im Pfarrhof an. Dieser hatte eine Liste all jener Ortschaften, die die Franzosen noch nicht besetzt haben sollen. Schutterthal war jedoch nicht aufgeführt, worauf ich ihm sagte, daß Schutterthal wirklich noch von Franzosen frei und unbesetzt sei. Dies zeigte er seinem Hochwohlgeb. Rittmeister Grafen von Schwerin auf mein Anraten schleunigst an.

Kaum war ich einige Stunden zu Hause, kamen fünf Mann Dragoner Walcher Regiments hier beim Gasthaus zum Adler an und besetzten die hiesigen Grenzen. Den andern Tag kam schon ein französischer Quartiermeister und wollte einquartieren. Sobald er aber die Kaiserlichen Reiter sah, zog er wieder ab, und wir blieben also durch wenige Mann Dragoner fünf Monate lang von den Franzosen geschützt. Gedachter Hochwohlgeb. Oberlieutenant nannte mich in einem mir zugeschickten Brief Retter des Schutterthals. Dies sind seine Worte: Schutterthal hat es niemand zu verdanken als ihrem Hochwürdigem Pfarrer, der war ihr Erretter! Auf seinen Befehl hin waren 42 Mann Reiter der Petervardein-Infanterie unter dem Kommando des K. K. Hochwohlgeb. Lieutnants von Ruminia, welcher 19 Tage im Pfarrhof wohnte und hier auch verköstigt wurde, gefolgt. Diese wurden wieder von 82 Mann Wallachen-Infanterie unter dem Kommando des K. K. Hw. Lieutnants Voresewicz und 12 Husaren und einen Korporal des Erzherzogs Ferdinand abgelöst. 20 Tage später folgten 42 Mann Slavonier-Infanterie unter dem Kommando des Hw. Oberlieutnants Schlabowicz. Sie blieben sechs Tage hier und wurden am 5. Oktober unvermutet abgerufen. Zehn Tage blieben nun die Grenzen unbesetzt, worauf sich die Franzosen wieder ernstlich verlauten ließen.

Als die Franzosen mit 200 Mann und sieben Offizieren Schutterthal besetzen wollten, gab Herr Obristwachtmeister von Ringelsheim aus Kenzingen schleunigst Order nach Ettenheim, daß der K. K. Hw. Lieutenant Paukert eilends mit 32 Mann Petervardeiner sich nach Schutterthal begeben solle, um die Grenzen wieder zu besetzen, damit die Franzosen die Kaiserlichen Linien nicht übergehen mögen. 24 Tage später, am 8. Dezember, wurden die Truppen eben zu der Zeit abgerufen, als der Kaiserlich Königlich Hw. Hauptmann Feder samt seinem Oberlieutenant Philippowitsch im Pfarrhof speiste.



Der Pfarrhof Schuttertal war in den Jahren 1796 bis 1801 abwechselnd Offiziersquartier der kaiserlichen und der französischen Truppen

Foto-Archiv: Gerhard Finkbeiner

Laut abgelegter Landesrechnung ist hiesiges Land (Herrschaft Geroldseck) 41 000 Gulden schuldig geworden. An dem auf 800 Gulden veranschlagten französischen Tafelgeld haben die Schuttertähler freiwillig Anteil genommen, aber an der in 25 000 Livres bestandenen Seelbachtischen französischen Contribution haben wir nichts zu leiden gehabt. Also ist die Landes-Kriegsrechnung friedlich unterschrieben worden. An obigen 41 000 Gulden aber hat das ganze Land für Lieferungen 20 000 Gulden abzurechnen, für welche Kaiserliche Scheine vorhanden sind.“

Im Frieden von Campo Formio in Venetien im Oktober 1797 hatte sich auch Österreich, nachdem bereits Preußen 1795 mit Frankreich einen Sonderfrieden geschlossen hatte, mit der Abtretung des linken Rheinufers einverstanden erklärt; über eine Entschädigung der Fürsten, die dort Land verloren, sollte ein Kongreß in Rastatt entscheiden. Jedoch 1799 brach der Zweite Koalitionskrieg gegen Frankreich aus. General Jourdan überschritt im März 1799 den Rhein und rückte durch das Kinzigtal und obere Rheintal nach Württemberg. Erzherzog Karl führte den Krieg in Oberschwaben mit Geschick und zwang den französischen General Jourdan zum Rückzug.

„Auf ihrer Flucht“, schreibt Pater Stoeber, „kamen in der Nacht einige Franzosen auf Schweighausen in das Pfarrhaus, behandelten den Pfarrer und zwei bei ihm wohnende Reli-

giose sehr übel, indem sie von dem Pfarrer 70 Louisdor auspressen wollten, diese aber nicht erhielten. Sie nahmen endlich, da sich der Pfarrer vor ihnen verborgen, den zwei Religiösen ihre silberne Sackuhren und zogen ab.“

Pfarrer Bouffleur notierte:

„Am 5. April sind hier morgens um 7 Uhr auf dem Rückmarsch 600 Mann französische Kavallerie und Infanterie hier durchgezogen. Während hiesiger Ort schier gar nicht gelitten hat, haben sie den Tretenbach rein ausgeplündert. Am 20. April führten die Kaiserlichen gefangene Franzosen auf Schweighausen. Am 28. war der Erzherzog Ferdinand in Schweighausen, visitierte die Vorposten und betrachtete auf dem Kapellenberg unser Schutterthal.“

In den folgenden Monaten erlebten die Schuttertäler wechselnde Durchmärsche und Einquartierungen von „Rothmäntlern“ und „Ulanen“; die Offiziere bezogen wie die Jahre zuvor Quartier im Pfarrhof.³

„Am 26. September forderte schließlich Hw. Graf Hardeneck von Blankenstein im Namen des Prinzen Karl die Bürger auf, sich zum Landsturm aufzustellen lassen und im Falle der Not, Vaterland und Religion verteidigen zu helfen. Des Landsturms Kriegsfahnen wurden am 15. Dezember nach abgehaltener Rede von mir auf das Feierlichste in der Pfarrkirche zu Seelbach geweiht“, berichtet Pfarrer Bouffleur.

„Der Landsturm rückte am 30. Mai 1800 auf oberamtlichen Befehl aus. Am 11. Hornung 1800 haben die Schuttertäler sieben Mann zur Reichsarmee stellen müssen, welche nach Ulm beordert waren. Im ganzen hat die Herrschaft Geroldseck 24 Mann fortschicken müssen.“

General Moreau überschreitet im Frühjahr 1800 wieder den Rhein und zieht durch das Kinzigtal gegen Oberschwaben, besiegt die Österreicher in verschiedenen Gefechten und dringt bis Bayern vor. Während der Zeit des französischen Vormarsches haben die Schuttertäler gewaltige Contributionen zu leisten.

„Am 8. Juli sind 300 Pfund Fleisch 100 Laib Brot und 18 Ohmen Bier nach Elkersweier den Franzosen geliefert worden. Item vier Wagen Haber und vier Wagen Heu nach Friesenheim geliefert worden. Item ist dem Schwäbischen Kreis – Baden und Württemberg ausgenommen – eine Geld-Contribution von 600 000 Franken, wovon den hiesigen Stand 13 907 Livres betraf und ich auf oberamtliches Ansuchen 120 Gulden beitrug, bezahlt worden. Item sind 100 000 Paar Schuh und Naturalien aller Art in außerordentlicher Quantität angekündigt worden.

Von kurzfristigen Einquartierungen abgesehen, ist hiesiges Land seit dem 24. Oktober von Franzosen freigeblieben. Es wurden auch keine Fuhren abverlangt wie in unseren Nachbarschaften. Dennoch aber mußten Weizen, Korn, Haber und Fleisch, welches aber zu Geld angeschlagen wurde, nach Augsburg – samt dem Geld für Kapitrocken – geschickt werden.“

Den entscheidenden Sieg erringt schließlich General Moreau bei Hohenlinden, östlich von München.

Am 9. Februar 1801 wird zwischen Frankreich und Österreich der Friede von Lunéville geschlossen. Die durch den Verlust des linken Rheinufer geschädigten deutschen Reichsstände erhielten für die verlorenen Gebiete Ersatz zuerkannt. Die Markgrafschaft Baden erweiterte ihr Gebiet erheblich,

indem sie die Grafschaft Hanau-Lichtenberg, die straßburgischen Ämter Oberkirch und Ettenheim, die Abteien Allerheiligen, Ettenheimmünster, Gengenbach und Schwarzach, die Reichsstädte Offenburg, Gengenbach und Zell sowie das freie Reichstal Harmersbach erhielt. Graf Philipp Franz von der Leyen von Hohengeroldseck, der ebenfalls alle Besitzungen auf dem linken Rheinufer verlor, konnte dagegen keinen rechtsrheinischen Landgewinn verzeichnen.

Während des Rückzugs der siegreichen französischen Truppen hat Schutterthal noch einmal Heereslieferungen zu leisten und Einquartierungen zu verzeichnen:

„Am 25. März 1801 hat Schutterthal 600 Ztr. Haber, 70 Ztr. Korn, 300 Bund Heu und 300 Bund Stroh den rückziehenden Franzosen nach Offenburg liefern müssen. Am 3. April sind hier 60 Mann und 86 Pferde französischer Kanonier des Bataillons unter dem Kapitain Moreel und Boisignion fünf Tage lang einquartiert gewesen. Drei Offiziere haben im Pfarrhof logiert samt einem Bedienten. Am 8. sind das Artillerie-Depot mit 26 Pferden und 15 Mann angekommen und hier einlogiert worden. Am 9. abends sind wieder 40 Mann vom 12. Bataillon zurückgekommen und haben ihr altes Logis bezogen. Am 12. sind obiges Bataillon und Artillerie-Depot nach Straßburg abgezogen.

Nach abgehaltener Landesrechnung ist die Herrschaft Geroldseck wieder 15 000 Gulden schuldig geworden.

Am 17. Mai sind die kaiserlichen Gefangenen aus Frankreich 1300 Mann stark im hiesigen Land angekommen. Hier sind 400 Mann einquartiert worden, nach 14 Tagen sind von hier 30 Mann auf Wittelbach verlegt worden. Etliche Wochen zuvor hat das Land auf badische Requisition 6000 Gulden Contribution bezahlen müssen. Am 10. September 1801 sind alle aus dem Geroldseck nach Hause marschiert.“ (Bouffleur).

Im Herbst 1805 eröffnete Österreich mit dem verbündeten Rußland den dritten Koalitionskrieg. Napoleon, dem sich Baden, Württemberg und Bayern anschließen mußten, besiegte bei Ulm und in der Dreikaiserschlacht zu Austerlitz das österreichische und das verbündete russische Heer. Die bedeutsamsten Folgen dieses Krieges war die Gründung des Rheinbundes am 12. Juli 1806, und die diesem folgende endgültige Auflösung des Römischen Reiches Deutscher Nation.

Durch Einquartierungen, Schanzarbeit, Militärdienst und Heereslieferungen hatten die Talbewohner unmittelbar unter den Auswirkungen des Krieges zu leiden. Von der ehemaligen französischen Europapolitik fühlten sie sich gewiß weniger betroffen, war es für sie doch unbedeutend, welcher Machtkonstellation sie gerade angehörten. Das Leid war unter jeder Fahne dasselbe. Sie alle hatten unter den Kriegen Napoleons zu leiden. Handel und Wandel lagen darnieder. Viele Bürger und Bauern wurden mit der Zeit arm wie Kirchenmäuse. Dazu verhungerten, verbluteten und erfroren die besten Söhne des Tales im Winterfeldzug 1812 gegen Rußland oder im Guerilla-Krieg in Spanien.

Im Jahre 1843 erschien in Karlsruhe eine „Veteranen-Chronik der Krieger Badens“. Dieses Buch enthält ein alphabetisches Verzeichnis derjenigen

Personen, welche in badischen Diensten die Feldzüge von 1792–1815 mitmachten, und die als Zeichen der Anerkennung die von Großherzog Leopold gestiftete „Felddienst-Auszeichnung“ erhielten. Das Werk enthält leider nicht die Namen derer, die in jenen Kämpfen gefallen sind – zumeist im Dienste Napoleons.

Kriegsveteranen 1792–1815 aus dem oberen Schuttertal:

Schuttertal: Franz Anton Beil, Bernhard Gerstner, Karl Reif (Kaufmann)
Schweighausen: Roman Eble, Josef Kury, Josef Singler, Andreas Zähnle (Schneider), Franz Anton Zehnle

Dörlnbach: Martin Nadel, Martin Sichler, Bernhardt Singler, Kaspar Striegel, Anton Singler,

Auf dem Engelhof im Durenbach ist von Anton Singler noch eine Entlassungsurkunde aus dem „Großherzoglich Badisches Infanterie-Regiment“ erhalten geblieben. Laut dieser am 22. November 1814 ausgestellten Urkunde war Anton Singler „28 Jahre alt, 5 Schuh 4 Zoll 3 Strich rheinländisches Maas gros . . .“ hat beim Infanterie-Regiment von Heuenstein Nr. 4 und bei der „8. Füüßelier-Compagnie seit dem 1. Oktober 1806 als Soldat gedient . . .“ Anton Singler, nachmaliger Engelhofbauer, soll nach der Überlieferung in der Familie in Spanien in Kriegseinsatz gewesen sein. Von dort kehrte er zu Fuß nach Dörlnbach zurück.

Quellen

- 1 Bernardus Stoeber, Chronik der Pfarrei Ettenheimmünster; Pfarrarchiv Ettenheimmünster.
- 2 Franz Joachim Bouffleur (1747–1831) war von 1794 bis 1808 Pfarrer von Schuttertal. Enthalten sind die Aufzeichnungen im Ehebuch der betr. Jahre; Pfarrarchiv Schuttertal.
- 3 Bei der Neuordnung des Pfarrarchivs Schuttertal wurde 1989 ein Wappenbrief mit kaiserlichem Wachssiegel von 1665 aufgefunden. Möglicherweise wurde das Adelsdiplom von einem österreichisch-ungarischen Offizier mitgeführt und bei der Auflösung des Quartiers im Pfarrhof liegengelassen.

Eine Untersuchung des Wappenbriefs durch Herrn Hubert Kewitz, Ringsheim, ergab folgendes Ergebnis:

Wappenbrief für Mathias Peklanszky und Andreas Benedek

1665 September 8, Wien.

Kaiser Leopold I. (1658–1705) erhebt Mathias Peklanszky und dessen Verwandten Andreas Benedek „für treue Dienste, die er zuerst der ungarischen Krone, dann Unserer Majestät oft erwiesen hat“ „aus dem einfachen Stand“ in den der ungarischen erblichen Adligen. Das in der beigegefügteten farbigen Wappenminiatur dargestellte, in der Urkunde genau beschriebene Wappen (erhobener gewappneter Arm mit Schwert im blauen Schild über Dreieck) wird ihm verliehen. Der Kaiser siegelt mit dem „Geheimen Siegel, das Wir als König von Ungarn benutzen“.

Original. Perg. 53 x 72 cm. Farbige Wappenminiatur, reiche Ausstattung (Heraushebungen in Goldschrift). Sekretsiegel in Wachseinbettung an blauweißrotgelber Schnur. Eigenhändige Unterschrift Leopolds links unter der Plica. Notiz vom 27. Januar 1666 auf der Plica.

(Die Namen fehlen in den großen Wappenbüchern. Eine andere Linie Benedek gehört zum siebenbürg. Adel und wurde ebenfalls 1665 von lokalem Fürst geadelt. – Ludwig Ritter von Benedek, 1804–81, österr. Feldmarschall-Leutnant, zeichnete sich bei Solferino aus, verlor die Schlacht bei Königgrätz.)

Obwohl im Pfarrhof in Schuttertal aufgefunden, hat der Wappenbrief für den Ort selbst an sich keine Bedeutung.

Jedoch es ist nicht uninteressant zu wissen, daß es Kaiser Leopold I. war, der den Reichsfreiherrn Carl Caspar IV. von der Leyen (1655–1739) mit der Herrschaft Hohengeroldseck belehnt hat.

Von 1697 bis 1819 waren dann die Herren von der Leyen Lehensinhaber der Herrschaft Hohengeroldseck.

Karl Schulmeister (1770–1853) in der Erinnerung des Joseph Freiherrn von Hormayr zu Hortenburg

Erwin Dittler

Am 1. März 1799 schlägt in Kehl der Generalmarsch

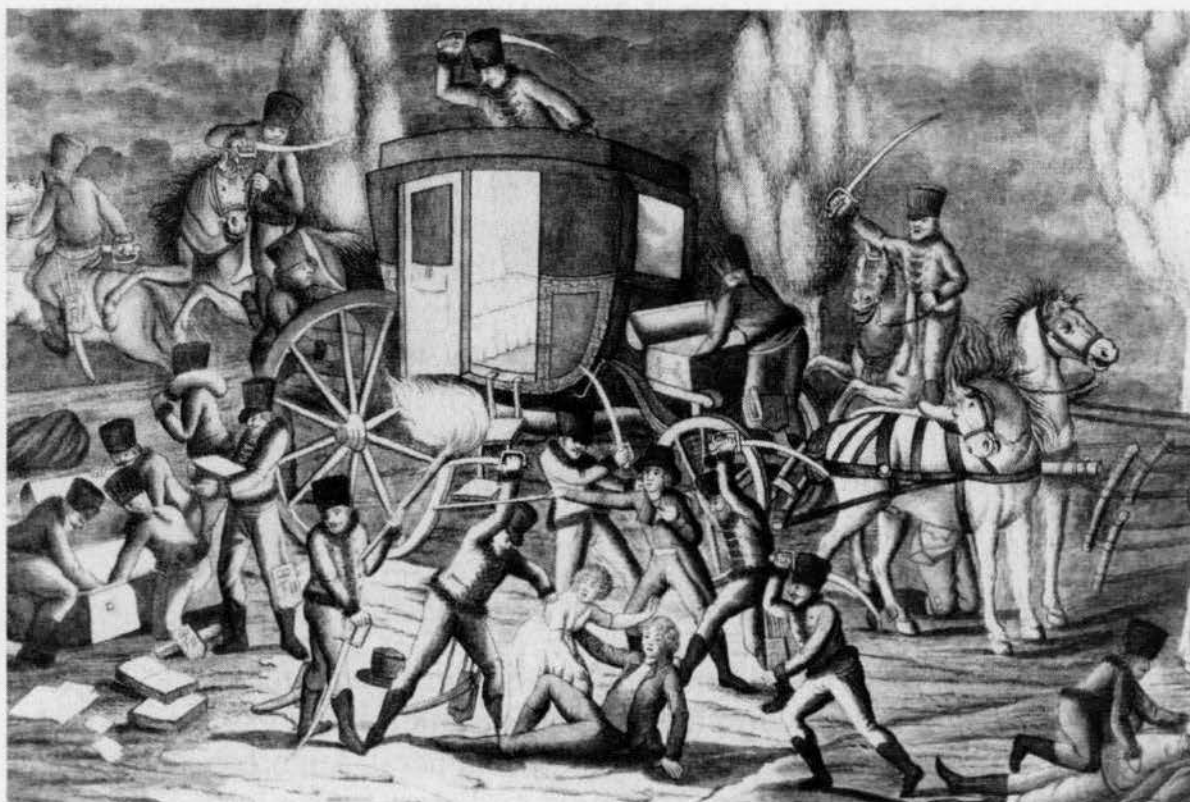
Der im Dezember 1797 in Rastatt zusammengetretene Reichsfriedenskongreß sollte ein unfriedliches Ende nehmen. Am 13. Februar 1799 notierte der Korker Schultheiß Johann Georg Zuflucht in seinem Tagebuch: „Heute kam die Nachricht, daß die französischen Truppen wieder bei Kehl über den Rhein wollen, weil russische Truppen anmarschieren sollen; dieses setzte alle hiesige Leute in Angst und Schrecken . . .“¹ Der Krieg stand also vor der Tür; Zar Paul I. stellte für den 2. Koalitionskrieg drei Armeen zur Verfügung. Um die Jahreswende 1798/99 setzten russische Truppen zum Marsch nach Süddeutschland an. Als Österreich auf ein bis zum 15. 2. befristetes Ultimatum wegen des russischen Truppenaufmarsches keine befriedigende Erklärung abgab, war es soweit: am 1. März schlug um 2 Uhr nachts in Kehl der Generalmarsch. Französische Truppen unter dem Befehl von General Jourdan rückten hier und mit dem rechten Flügel bei Basel über den Rhein, eine Armee unter Bernadotte zog vor Mannheim. Nach der am 25. März verlorenen Schlacht bei Stockach ziehen sich die Franzosen durch das Kinzigtal zurück, am 6. 4. stehen sie in Offenburg. Tags darauf erklärt der kaiserliche Plenipotentiär Graf von Metternich den Abbruch der Verhandlungen und die Auflösung des Kongresses, doch das Direktorium wünschte eine Fortsetzung und wies die Bevollmächtigten in Rastatt an, dort zu bleiben und eher alle Gewalttätigkeiten gegen ihre Person zu ertragen als abzureisen.² Daß die befürchteten Gewalttätigkeiten so brutal ausfallen würden, hatte man sich in Paris wohl kaum vorgestellt.

Der Rastatter Gesandtenmord

Was in Rastatt passierte, beschrieb Arthur Kleinschmidt:³

„Österreichische Plänkler streiften bis Rastatt, der Commandant der Vorposten, Oberst Barbaczy, erklärte, da Rastatt nicht mehr Congreßort sei, könne er für die Sicherheit des diplomatischen Corps nicht einstehen. Die französischen Gesandten machten sich reisefertig; Edelsheim begleitete sie mit anderen Diplomaten bis zum Wagen am Abend des 28. April; die Gemahlin des Ministers Jan Debry händigte ihm hundert Dukaten für die Rastatter Armen ein; nochmals bat der Freiherr den Rittmeister der Szekler Husaren, welche die Tore von Rastatt besetzt hatten, Burkard, um eine Escorte für die französischen Gesandten, wieder schlug Burkard sie ab. Kaum waren dann die Gesandten draußen vor der Stadt, als Szekler Husaren über sie herfielen und Bonnier und Roberjot ermordeten, Debry als tot liegen ließen.“

Nur mit Mühe habe man die Erlaubnis erhalten, daß einige Husaren und mehrere badische Soldaten unter Major von Harrant an die Mordstätte eilten, um weitere Plünderung durch die Szeidler zu verhindern. Burkard verweigerte auch die Herausgabe der geraubten Papiere, die in jeder Hinsicht begehrenswert zu sein schienen, nicht nur wegen der vermuteten Gesandtschaftsakten über revolutionäre Pläne zur Errichtung einer süddeutschen Republik mit französischer Unterstützung, sondern vielleicht auch als „Belege gegen Preußen, als besonders gegen Max Joseph von Bayern.“⁴



Rastatter Gesandtenmord am 28. April 1799. Anonyme aquarellierte Zeichnung aus der Zeit. Mit freundlicher Genehmigung des Wehrgeschichtlichen Museums Rastatt

Obristlieutenant Barbaczy beklagte den „in seiner Vorpostenlinie“ geschehenen Unfall, „verneinte in seiner Antwort an die Congreßgesandten aus seinem Standquartier Gernsheim keineswegs, daß die Untat von seinen Szeidler Husaren verübt worden“, bedauerte die Wehen des Krieges und daß die Gesandten nicht am Tag abgereist seien. Hormayr fügte dem noch hinzu, daß Erzherzog Carl am 2. Mai dem frz. Obergeneral Masséna ein „kurzes, simples Desaveu“ geschrieben habe, „worin mit einer wahrhaftig nicht glücklichen Wendung diese (noch dazu völlig manquirte) Untat, „au désordre inséparable des événements militaires,“ beigemessen wird.“

Das Verbrechen erregte überall Abscheu; der Phantasie und Demagogie waren keine Grenzen gesetzt und die Hypothesen über die Schuldigen schossen üppig ins Kraut. Haß oder politische Berechnung gebar auch die Behauptung in einer anonymen Schrift, daß das französische Direktorium den Mord auf dem Gewissen habe, eine Vermutung, die beispielsweise Fersen in seinem Bericht über den Gesandtenmord nicht einmal für so unwahrscheinlich hielt, so absurd sie auch scheinen möge, da man seine Handlungsweise und die von ihm angewandten Mittel kenne.⁵

Dem überlebenden Jean-Antoine Debry, Mitglied des Rates der Fünfhundert, kreidete die erwähnte, von Johann Benedikt von Scherer verfaßten Schrift an⁶, daß er Agent des Insurrektionsdepartements für Süddeutschland gewesen sei und im Zusammenhang mit den Revolutionsplänen auch den Herausgeber der Neuesten Weltkunde, den Durlacher Journalisten Ernst Ludwig Posselt, besoldet habe. Die Attacke gegen Debry (de Bry) war zu diesem Zeitpunkt ohnehin nicht gerechtfertigt, denn die Revolutionierung war für Paris kein aktuelles und ernsthaftes Thema, und die bevollmächtigten Minister in Rastatt waren weisungsgebunden. Frankreich war an einem Arrangement mit den einzelnen Fürsten interessiert. Die süddeutschen Jakobiner hatten das schon 1796 erfahren müssen: als im Juni 1796 der Rheinübergang der frz. Truppen unter General Moreau erfolgt war, rückte Frankreich kaltblütig von dem vereinbarten Aufstandsplan ab.

1798: Schulmeister als revolutionärer Propagandist

1798 erlebten die revolutionären Demokraten eine Neuauflage: die für den Januar 1798 beabsichtigte Sprengung des Rastatter Kongresses kam nicht zustande, weil der Initiator des Aufstandes, General Augereau, für seinen Teil schon vor dem festgesetzten Zeitpunkt und ohne Informierung der deutschen Aufstandsführung von seinem Plan abgerückt war.

An jener Vorbereitung des Aufstandes war auch der Straßburger „Club des citoyens actifs“ beteiligt; an dem rechtsrheinischen Propagandaeinsatz sollen mehrere Dutzend Emissäre mitgewirkt haben. Der badische Husaren-Rittmeister Medicus berichtete am 6. Januar 1798 aus Kehl, daß diese an jedem Ort die Beschwerden der Einwohner zu erforschen hatten, um diese dann sofort auf Flugblättern zu verbreiten. Zu diesem Zweck seien über 36 Zentner Drucker-Pressen in Begleitung von 12 Drucker-Gesellen transportiert worden.⁷ Das war nicht ungewöhnlich, führte doch auch Erzherzog Karl eine Felddruckerei mit sich, die Aufstandsproklamationen an die Bevölkerung gegen die Franzosen herstellte. Auf den Flugblättern wurden mit den Beschwerden auch ein Aufruf zur Freiheits-Revolution abgedruckt. An dieser Aktion war auch Karl Schulmeister beteiligt, der 1797 nach Straßburg übergesiedelt war.

Freiherr von Hormayr: Schulmeister Mitwisser des Mordes

Im Oktober 1929 publizierte die „Revue rhénane“ die Übersetzung eines Aufsatzes von Dr. Fritz Heymann über Schulmeister, den Spion Napoleons, der ihn in Verbindung mit dem Gesandtenmord brachte. Es sei unbekannt, schrieb Heymann, zu welchem Zeitpunkt Schulmeister politische Missionen übernommen habe, aber alles lasse vermuten, daß sein erster Versuch zur Zeit des Rastatter Mordes stattgefunden habe. Wer den Befehl zu dem Massaker gegeben habe, wisse man nicht.

Der Aufsatz von Heymann führt keine Belege an, aber er geht zweifellos auf eine Darstellung in dem 1844 erschienenen Buch des Freiherrn von Hormayr zu Hortenburg (1782–1848) zurück, welche einen historischen Sachverhalt unterstellt:

„Niemand erwartet wohl, daß jener famöse Bonapartische Spion und Polizeimann, Carl Schulmeister, der den armen kopfscheuen Mack durch geheime Aufschlüsse über die stündlich zu erwartende Conterrevolution zum Festsitzen in Ulm verblendete und darauf in Wien unter Clarke (13. Nov. 1805 – 8. Jänner 1806) Verwaltung und Polizei führte, ein Mitwisser und Augenzeuge des Rastädter Gesandtenmordes gewesen sei? und doch ist es so. Carl Schulmeister war unter den zweischneidigen Werkzeugen und vor nichts erschreckenden Doppelspionen, deren Lehrbach sich so gern bediente, obwohl er sie unvorsichtigerweise schuldig bezahlte und unartig behandelte; denn die Brutalität und der Schmutz gehörten zu seinen ersten Lebensgenüssen. –

Schulmeister wurde seit dem Baseler Frieden am ganzen Oberrhein und in der nördlichen Schweiz viel gebraucht, namentlich auch in den Klinglin-, Poterat-, Peltence-, Fouché-, Borel'schen Intrigen in den Hauptquartieren Pichegrus und Moreaus.“

Verweilen wir zunächst einmal bei der Frage, ob Schulmeister wirklich bei jenen Intrigen „viel gebraucht“ wurde.

Offenburg: Nachrichtenzentrale der Baronin von Reich

Von den Genannten sind besonders die beiden Generäle Pichegru und Moreau bekannt, die allerdings nicht nur als Heerführer in die Geschichte eingingen.

Auf Pichegru hatte vor allem Prinz Condé, im Juli 1789 ein Vorreiter der Emigration und ein militanter Vorkämpfer der Restauration, seine Hoffnungen gesetzt. Der Gedanke an eine Allianz mit Pichegru war ihm auf Grund einer Information des Abbé Zaepfel in Offenburg vom 3. Mai 1795 gekommen, daß der General auf einer Inspektionsreise im Elsaß die Städte sehr schlecht mit Munition und Proviant ausgestattet vorgefunden habe. Am gleichen Tag berichtete ihm Zaepfel von der Ankunft des Barons Klinglin in Rastatt, wo ihn seine Nichte, die Baronin von Reich, erwartet.

Johann Jakob Joseph von Klinglin war seit 1785 Königsleutnant in Straßburg, also Stellvertreter des Festungsgouverneurs, wurde dann am 15. Juli 1791 abgesetzt, da er verdächtigt worden war, die Flucht des Königs Ludwig XVI. begünstigt zu haben. Klinglin emigrierte und trat 1793 in die österreichische Armee ein, wobei er auf Grund seiner früheren Dienststellung und Beziehungen dem Herzog Albert zu Sachsen-Teschen wertvolle Kundschafterdienste leisten konnte. Nach der 1795 erfolgten Befehlsübernahme durch Clerfayt wurde er Joseph Alvinczy, dem Feldzeugmeister der österreichischen Armee, zugewiesen und am 15. 1. 1796 der Division des Feldmarschall-Lieutenants Jordis zugeteilt.⁸

Da Condé auch von anderen zu einer Kontaktaufnahme und zu Unterhandlungen mit Pichegru ermutigt wurde, ließ er sich einerseits von Wickham, dem englischen Geschäftsträger in der Schweiz, ab 12. 7. bevollmächtigter Minister, und andererseits vom französischen Kronprätendenten dazu autorisieren und schickte am 26. Juli 1795 die Agenten Fauche-Borel und Courant in das Elsaß zu Pichegru. Bei der sich entwickelnden Verschwörung wurden zahlreiche Agenten eingesetzt, die hier natürlich nicht alle namentlich aufgeführt werden können, zumal die Unteragenten auch nicht bekannt sind. In Straßburg standen unter anderem die Agenten Mandel und Commart im Dienste von Condé, während für den General Klinglin dort hauptsächlich der Advokat Demougé tätig war. Eine Hauptrolle spielte auch der sogenannte Graf Montgaillard, der dann Anfang 1798 seine Kenntnisse preisgab und eine genaue Geschichte der Verschwörung lieferte, die Napoleon 1804 unter dem Titel „Mémoire concernant la trahison de Pichegru“ veröffentlichen ließ. In einem Beschluß vom 4 floréal VI (April 1799) entschied das Direktorium, daß u. a. mehrere Schiffer oder Spione der Frau von Reich und von Klinglin unverzüglich vor den Kriegsrat der 5. Division zu bringen seien, um wegen des Deliktes der Spionage verurteilt zu werden. Doch die Beweise reichten für eine Verurteilung nicht aus, so daß die Angeklagten wieder freigelassen wurden.⁹

Stießen wir bis jetzt nicht auf den Namen von Schulmeister, so auch nicht an seinem Geburtsort Freistett. Allerdings wohnte er damals im Schlößchen Aubach bei Lauf, das er 1793 erworben hatte; dort wurde am 28. 5. 1795 sein Sohn Karl-Ludwig-Isidor geboren.

Korrespondenzen über den Rhein, wobei häufig die Anlege- oder Ablegeplätze bei Helmlingen, Freistett, Altenheim, Ichenheim, Gambsheim, Eschau, Plobsheim genannt werden, liefen über die in Offenburg lebende Baronin von Reich zu Platz. Sie hatte 1791 um die Erlaubnis zur Niederlassung und um Schutz ersucht.¹⁰ General Klinglin, sorgte dafür, daß die Baronin die Hilfe österreichischer Offiziere in Anspruch nehmen konnte, während linksrheinisch französische Gendarmen die Überfahrt sicherten. Da die Baronin die gesamte, durch ihre Hände laufende Agentenpost für ih-

ren Onkel abschreiben ließ und die für Straßburg bestimmten Geld-, Brief- und Flugschriftensendungen manchmal an jedem zweiten Tag in der Woche über den Rhein gingen, kann man sich vorstellen, welcher Betrieb in ihrem Hause herrschte. Auf den Übergangsstellen lief 4 oder 5mal wöchentlich reichlich Post, oft in ganzen Paketen mit Broschüren, Karten, Plänen wieder zurück! Sie kümmerte sich auch in Zusammenarbeit mit den Agenten um die Schiffsleute und Fischer, die ja sorgfältig ausgesucht, aber wie alle Agenten und Helfer auch bezahlt werden mußten. In ihrem praktischen Verständnis bewilligte sie auch solche notwendigen Dinge, wie den Bau kleiner Boote für die Überfahrt über den „Kleinen Rhein“. Und „Diogenes“, wie ihr Deckname lautete, besorgte auch den Transport der Pakete mit Broschüren, Pamphleten, Liedern nach Basel zu Wittersbach (Baron von Thor), dem österreichischen Korrespondenten und elsässischen Emigranten, zur Einschleusung bei den französischen Truppen.

Als Sekretär und Kopist war zuerst ein Curé tätig, im Frühjahr 1796 etablierte sich dann ein förmliches Büro Reich, in welchem die Agenten Montgaillard, Fauche-Borel, Courant und Ollery arbeiteten.

Baronin Reich: Präsidentin des Offenburger Klubs „Les fédérés“

Wahrscheinlich bildeten Büromannschaft und auch Priester, wie beispielsweise der Abbé Zaepfel, und andere Emigranten sowie die Baronin von Ried, ebenfalls eine Nichte von Klinglin, den Klub „Les fédérés“, den die tüchtige und wohl auch ehrgeizige Baronin Reich gebildet hatte und dem sie zunächst auch präsierte. Möglicherweise war auch die Familie von Serpes de La Fage in diesen Kreis einbezogen, wie sich auch Klinglin seines Großneffens und Neffens der Baronin Reich, Auguste de Serpes, cadet, als Sekretär bediente. 1815 erinnerte man sich auch wieder des Straßburger Abbés Jäggle, der 1804 mit anderen Emigranten verhaftet und wieder freigelassen wurde. Nun bat der Präbendar am 6. April um Gestattung des zeitweiligen Aufenthaltes: „Als einem Mann, 'von dem keine Gefährde zu befürchten', möge ihm ausnahmsweise der zeitliche Aufenthalt in Offenburg gestattet werden, er wolle sich durch seine Entfernung aus Straßburg den Ausfällen eines zügellosen Pöbels entziehen.“ Kreisdirektor Freiherr von Sensburg teilte diese Befürwortung nicht, denn am 7. April schrieb er privat an den Herrn Staatsrat:

„Hier ist der Sammelplatz aller Emigranten und wenn man anfängt, einen zu dulden, so kann man es mit Konsequenzen den anderen etc. etc. Diese Leute besetzen die besten Quartiere, wie bringt man die zu erwartenden Truppen unter?“

Dem Stadt- und Landamt Offenburg wird mit Bezug auf das Ministerialreskript vom 25. März 1815 eröffnet, daß die Ausweisung Jäggles schon beschlossene Sache ist. Jenes unterscheide nicht zwischen gezwungener und freiwilliger Emigration, es habe zu Anfang der Revolution nur freiwillige Emigranten gegeben.

Was wir von dem Präbender Jaeckle noch besonders in Erfahrung gebracht haben, ist, daß er mit der berüchtigten Frau von Reich in Verbindung stand, daß Korrespondenzen zum Vorschein kamen, vorin diese als Dido und er als Petit Jacque vorkamen, kurz, daß er sich früher gar nicht so betragen, um ihn jetzt als bloßen ruhigen Zuschauer betrachten zu können.“

Und weiter berichtet „D'r alt Offenburger“ vom 20. April 1919 dazu:

„So befahl das Ministerium am 8. April 1815, daß die Herren ohne weiteres nach Straßburg zurückkehren, und ließ dem Herrn Jäggle am 12. April durch das Kinzigkreis-Direktorium eröffnen:

... auf besondere Vorsprache wolle man gestatten, daß Präbendar Jegle unter der ausdrücklichen und unabwendbaren Bedingung nicht über den Rhein zurückgewiesen werde, wenn er binnen 24 Stunden Offenburg verläßt, und sich alsdann sogleich aus den großherzoglichen Landen, als etwa in die Schweiz begibt, welches demselben ernstlich zu bedeuten ist“.

Der Offenburger „Wahrheitsfreund“

Ansonsten war Offenburg auch eine Propagandazentrale des emigrierten Klerus; dort erschien der von Abbé Beck geleitete „Wahrheits-Freund“, dort wurden die Schriften des Kardinals Rohan gedruckt, von dort wurden sie in das Elsaß geschmuggelt.

Mit der von dem Straßburger Le Roux angekündigten Zeitung „Katholischer Wahrheitsfreund“, „zu welcher die hiesigen Herren praebendarii den Anlaß geboten und allen Vorschub leisten würden“, hatte sich der Stadtrat in seiner Sitzung vom 11. 2. 1791 befaßt und zunächst die gedruckte Ankündigung gestattet. Aus einem wohl stillschweigend geduldeten Provisorium erwachsen der Stadt anscheinend bald Unannehmlichkeiten, so daß auf der Sitzung vom 22. Dezember in genaue Erwägung gezogen wurde, „welche nachteiligen Folgen von Seite des benachbarten Frankreichs wegen der dahier ohne besondere magistratliche Bewilligung geduldeten Rouxschen Buchdruckerei und der von dem Kusterer herauszugebenden hiesigen Zeitung zu erwarten sein dürfte und wie die von den Franzosen schon mehrfach angedrohten Überfälle über hiesige Reichsstadt realisiert werden könnten.“ Man faßte den Beschluß, dem Buchdrucker Levraut (Le Roux) und dem Zeitungsschreiber Kusterer die Beendigung ihrer Arbeiten per decretum als zu befehlen, „daß beide mit Schluß dieses Jahres das eint- und andere einstellen sollen“.

Acht Tage später, am 30. 12., trug der Reichsschultheiß vor: „Gegen das Resolutum wegen Aufhebung der hiesigen Druckerei hätten insbesondere Herr Promotor Zäpfel und Herr Abbé Beck dringendste Vorstellungen und um Beilassung derselben angelegenst angesucht, da der Endzweck einzig zu Beschützung der in Frankreich so gedrückten katholischen Religion gehe.“ Daß sich Abbé Zäpfel, der Agent Condés, für die Erhaltung der Druckerei einsetzte, kann nur bestätigen, daß es sich bei den Druckerzeugnissen keinesfalls um rein religiöse Anliegen handelte.

Der Einspruch der Geistlichkeit war zunächst von Erfolg, denn am 17. 2. 1792 wurde beschlossen, dem Buchdrucker Le Roux aufzutragen, „daß er um so gewisser nichts mehr ohne vorherige obrigkeitliche Zensur und Erlaubnis drucken solle, als im Entstehungsfalle ohne weiteres die Druckerei aufzuhören hätte“. 11

Für die behauptete Agententätigkeit von Schulmeister bieten weder die fast vierhundert, teilweise chiffrierten, in einer Equipage des Generals Klinglin am 21. April 1797 in Offenburg von Moreau erbeuteten Briefe seiner geheimen Korrespondenz, die 1798 in Paris veröffentlicht wurde, noch einschlägige Arbeiten irgendwelche Anhaltspunkte. Das schließt natürlich nicht aus, daß er in dem großen Agentennetz nicht an irgendeiner Stelle mitmischte, was aber zu beweisen wäre.

W a h r h e i t s - F r e u n d ,

N. IV.

Mit Hochfürstlich = Bischöflich = Strasburgischen gnädigsten Privilegii.

Donnerstags den 12ten Mai 1791.



Fortsetzung.

Nicht die mit tödendem Erze schwer beladene Flotten, nicht die zum Streit ausziehende Heere will ich nun sehen, auch will ich nicht die fiedlichen Orangenwälder belauschen, durch die der strahlende Leopold zum weisen Viktor Amadeus hinwandelt, zu sprechen vom Glücke der Völker; auch nicht die Lorbeergebüsche, die seinen Scheitel beschatten; will ich besuchen; und den Anblick von Frankreichs öden und verlassenen Tempeln, und das Heer frommer vertriebener Priester kann ich nun gar nicht vertragen.

Hingelehnt auf diesen von Eichen beschatteten Hügel will ich nur dich sehen, geliebtes Vaterland! nur bey deiner Länder Fürsten Glücke und Macht, auch bey deinem Getränken will ich nun verweilen.

Oestreich du mächtiges und glückliches Land mit Ueberfluß an allem, was Menschen beglückt, bist du gesegnet; deine meist stöhlichen Bewohner gleichen der heiteren Luft die dich umweht. Durch Gewerbsamkeit und starke Bevölkerung eine der glücklichsten und mächtigsten deutschen Provinzen, durch Friede und Leopolds weiser Regierung bey dem kriegerischen Muth unüberwindlich, und auf den höchsten Gipfel des Glückes gebracht.

Auszug aus dem Wahrheits-Freund, 1791. (GLA 74/6281)

Die nützlichen Dienste des Generalkommissars der Polizei in Wien

Der österreichische Historiker Joseph Frh. v. Hormayr leitete seit 1803 das Wiener Staatsarchiv. Die persönliche Bekanntschaft des damals „größenteils mit dem deutschen Referat in der Staatskanzlei beauftragten und in Wien zurückgebliebenen Freiherrn von Hormayr“ mit Schulmeister ergab sich anfangs Dezember 1805 aus einem dienstlichen Auftrag, für den er einen Paß benötigte, um die französischen Posten passieren zu können. Um diesen Paß hatte er sich an einem ganzen Vormittag vergeblich bemüht. Als er nachmittags seinen alten Freund, den Baron Wunsch, besuchte, fand er dort zu seinem größten Erstaunen Schulmeister vor: „Die neue Bekanntschaft galt (und zwar bereits mit Erfolg) dringenden Taxischen Interessen . . .“

Daß Schulmeister überhaupt nach Wien kommen konnte, verdankte er einem der mannigfachen glücklichen Umstände, die seinen Weg markierten. In dem Feldzug von 1805 während des 3. Koalitionskrieges war er dem um vier Jahre jüngeren General Savary unterstellt worden, dem die Polizei und der Nachrichtendienst unterstanden. Nach der Kapitulation der Festung Ulm vom 20. Oktober, zu der er auf Grund einer raffinierten Nachrichtenpolitik maßgeblich beigetragen hatte, teilte er in einem Rapport vom 21. 10. 1805 Savary mit, daß er sich zur russischen Armee und von dort nach Wien begeben werde. Weitere Berichte blieben aus. Schulmeister war mit seinem Begleiter Rippmann verhaftet worden; auf dem Weg in ein mährisches Gefängnis entledigte sich ihrer das Begleitkommando, nachdem sie ausgeplündert und halbtot geschlagen worden waren. Schulmeister konnte sich nach Wien durchschlagen.

War Karl Schulmeister Charles Schulmeister?

Über die Identität des Verhafteten machte sich die Wiener Polizei noch drei Jahre später Gedanken:

„In einem Schreiben des Polizeivizepräsidenten an die Staatskanzlei vom 22. August 1808 wird ein französischer Spion Karl Schulmeister erwähnt, der 1805 verhaftet worden war, jedoch entkommen konnte. Da Schulmeister den Taufnamen Karl hat, so dürfte man zu der Vermutung versucht werden, daß er mit dem bekannten französischen Polizeiagenten Charles, einem Elsässer, der bei Ankunft der Franzosen zu Wien mit selben sich hier befand, eine und dieselbe Person wäre; allein die Vermutung zerfällt, wenn man bedenkt, daß Charles gleich bei dem ersten frz. Einrücken nach Wien mitgekommen ist, während Schulmeister damals gerade in österreichischer Gefangenschaft sich befunden hat, und daß er nur zweimal von hier zur Armee nach Brünn und dies nur auf etwa zwei Tage sich entfernt habe“.¹²

Schulmeister war also gerade noch rechtzeitig nach Wien gekommen, um mit dem Einmarsch der französischen Truppen als Generalkommissar der Polizei eingesetzt werden zu können. Der Polizeikommissar als Gast bei



Karl Schulmeister

Aus: „*La Revue Rhénane*“, 1929

Baron Wunsch im Fürstlich-Öttingischen Haus mag für Hormayr schon eine Überraschung gewesen zu sein, schließlich dann insofern eine willkommene, als ihm dieser auch behilflich war. Allerdings mußte er dabei hinnehmen, daß ihn Schulmeister in eine längere Unterhaltung verstrickte:

Schulmeister fiel, wie ein Falke, mit dem liebenswürdigsten Interesse und anscheinender Zutraulichkeit auf Hormayr, fragte über hundert und hundert Personalien und Lokalitäten, nahm ihn mit sich in seine Wohnung im Contrinischen Haus am Graben, gab ihm sogleich einen vorrätigen Paß des Major-Generals Berthier und offene Order an die auf allen Posten aufgestellte Gendarmerie, ihn zur nächsten Station sicher zu begleiten und in Engerau zu wachen, daß er trotz des stark beginnenden Treibeises möglichst gut über die Donau komme.

Der beste Spion Lehrbachs?

Nun ging Schulmeister in ein zweistündiges Ausfragen und Salbadern über, wobei er mit unbändigem Lachen erzählte:

„er sei einst der beste Spion Lehrbachs gewesen, habe ihm und dem Prinzen Condé oft Wichtiges erkundigt, sie aber auch wiederum andere Male tüchtig angeschmiert. So habe er Lehrbach in Rastatt darin bestärkt, was für ein Fang bei den Gesandten zu machen sei, die Gesandten aber habe er avisieren lassen, alles Wichtige im größten Geheim zu verbrennen. Das Direktorium habe sich über das Attentat dreifach gefreut, einmal weil es die bereits ermüdete, schlaffe Nation und Armee wieder etwas fanatisiert, weil selbes Haß und Abscheu

gegen Österreich erregte und noch obendrein dem letzteren gar nichts genützt habe, da kein Blättchen von dem aufgefunden worden sei, was man so eifrig gesucht!“

Kumpanei mit Johann Michael Armbruster

Im weiteren Gespräch beklagte sich Schulmeister,

„zwei alte Rastädter Bekannte, wie er sagte, 'gar lustige Brüder', nicht finden zu können, die Polizeikommissäre Bannwarth (er war tot) und Armbruster (dieser war mit dem Staatsrat Stahl nach Brünn und Troppau gewichen). Mit Armbruster, einem guten Bekannten Lavaters, sei er auch viel beim Landeschef Sumerau, dann in Konstanz, in Eglisau und Zürich gewesen und hätte ihn gar zu gerne wieder getroffen, den ehrlichen herzensguten Bruder Lüderlich und Faulpelz!“

Nach dieser Darstellung wäre Schulmeister also offenbar in geheimdienstlicher Mission in Rastatt gewesen und hätte dort entsprechenden engen Kontakt mit dem österreichischen Diplomaten Ludwig Konrad Graf Lehrbach, der als Botschafter für vorländische Angelegenheiten in Rastatt weilte, und auch mit dessen Mitarbeitern gehabt.

Bemerkenswert ist die Formulierung, daß Schulmeister den Grafen Lehrbach darin „bestärkt“ habe, was für ein Fang bei den Gesandten zu machen sei. Nimmt man das wörtlich, dann besagt dies nichts anderes, als daß Lehrbach der Initiator gewesen sei!

Was nun die guten Beziehungen zu österreichischen Offizieren und Agenten betrifft, muß man sich vor Augen halten, daß es sich dabei wohl meist um Vorderösterreicher aus dem Breisgau handelt; das war auch bei Armbruster der Fall, dem in den Jahren der revolutionären Unruhen eine besondere Rolle zugewiesen worden war, auf die Otto Heintz hinwies.¹³

Der seit 1791 amtierende vorderösterreichische Regierungspräsident Joseph Thaddä Freiherr von Sumeraw trat der revolutionären Propaganda mit gleichen Mitteln gegenüber:

„Zu diesem Zwecke trat der Präsident mit Journalisten und Schriftstellern in und außerhalb Vorderösterreichs in Verbindung und spornte sie durch Aufträge, Anleitung und geldliche Beihilfe zu reger antirevolutionärer Tätigkeit an. So gewann er den geschickten, volkstümlichen Publizisten Johann Michael Armbruster, der in Konstanz ein Blatt ‚Der redliche und aufrichtige Schwabenbote‘ herausgab, womit er sowohl auf die breitere Menge einwirken als auch der Schweizer Presse begegnen wollte. Sumeraw stützte das Unternehmen, indem er Armbruster eine Stelle im Polizeidienst und durch wiederholte Empfehlung bei dem Polizeiminister von Pergen namhafte Geldzuwendungen verschaffte“.

In dem Grafen Johann Anton von Pergen, auf dessen Initiative die Schaffung der 1793 errichteten berüchtigten Polizeihofstelle zurückgeht, hatte Armbruster auch einen warmen Fürsprecher beim Kaiser. Im übrigen sorgte Sumeraw besonders im Jahre 1799 dafür, daß Propagandaschriften für fran-

zösische Soldaten ins Elsaß geschafft wurden, wozu auch der Oberamtsrat von Offenburg mit dem Schmuggel des „Aufrufes an die französischen Armeen“ erfolgreich beitrug.

Mitte Oktober 1792 war das gesamte Personal der v. ö. Regierung und Kammer von dem durch den Krieg gefährdeten Freiburg nach Konstanz umgesiedelt und schließlich im Frühjahr 1799 nach Günzburg verlegt worden. Dort war Armbruster seit dem 17. Januar 1800 als provisorischer Polizeikommissar mit der Leitung der Günzburger Zweigstelle betraut und vom v. ö. Polizeidirektor Schmidlin beauftragt worden, nach revolutionären Schriften zu fahnden und verstärkt die deutschen Jakobiner zu beobachten.

Conrad Ludwig Graf von Lehrbach: Organisator der Geheimpolizei

Zur Charakterisierung von Armbruster und seines Broterwerbs, aber auch der Beziehungen Schulmeisters zu ihm, mögen die Erinnerungen des Pfarrers Johann Gottfried Pahls in seinen „Denkwürdigkeiten“ dienen:¹⁴

„Ich war seit einiger Zeit in Verbindung mit Michael Armbruster gekommen, der, nachdem er früher zu Konstanz die Schriftstellerei als kümmerlichen Broterwerb getrieben hatte, seit der Eröffnung des Feldzuges von 1799 in Günzburg saß und daselbst, im Solde des österreichischen Ministers Grafen von Lehrbach, den ‚Redlichen Boten aus Schwaben‘ herausgab, ein mit Treuherzigkeit, Laune und Kraft geschriebenes Tageblatt, darauf berechnet, die öffentliche Meinung in Süddeutschland für die Sache der Koalition zu stimmen und insbesondere den Eifer für die damals beabsichtigte allgemeine Volksbewaffnung in den Kreisen des Bürgers und Landmanns anzuflammen. Schwerlich geschieht Armbruster ein Unrecht durch die Voraussetzung, daß er sich, seines unsteten, für ihn und seine Familie oft die peinlichsten Verlegenheiten herbeiführenden Lebens müde, nicht in Übereinstimmung mit seiner Überzeugung in diese Lohnarbeit ergeben habe, um durch sie endlich zu einer fixen Anstellung zu gelangen, was ihm denn auch gelungen ist. Wie dem aber auch sei, er vergaß nicht, was er einem Freunde schuldig war. Durch den freien Zutritt in die Kanzlei des vorderösterreichischen Landeschefs, Freiherrn von Summerau, von den Planen und Operationen der von dem zum obersten Direktor aller Zivil-, Verpflegs- und politischen Angelegenheiten bei der Armee in Teutschland ernannten Grafen von Lehrbach organisierten geheimen Polizei unterrichtet, ließ er mich im Frühling des Jahres 1800 durch meinen Freund, den trefflichen Dichter Magenau, der damals als Pfarrer in Niederstotzingen in der Nähe von Günzburg lebte, unter dem Siegel des tiefsten Geheimnisses wissen, es bestehe eine zahlreiche Liste teutscher Männer, namentlich aus dem Stande der Gelehrten und der Schriftsteller, die im Hauptquartiere als Anhänger der Franzosen und als Förderer ihrer Sache denunziert und demnächst in Gefahr seien, in Untersuchung gezogen zu werden; in dieser Liste stehe ich auf erster Linie; die Anonymität schütze mich nicht, indem das Geheimnis bei meinen meisten Schriften enthüllt sei; ich möge mit Vorsicht die Maßregeln nehmen, die ich für meine Sicherheit für zuträglich halte; vor allem möchte ich diejenigen meiner Papiere beiseite räumen, durch die ich oder meine Freunde kompromittiert werden könnten“.

Kurzum: „Wes Brot ich ess, des Lied ich sing“: Damit stand Armbruster zweifellos nicht allein; dieses Lied wird stets aktuell bleiben. Heinrich Scheel hatte da eher die Opfer im Auge, wenn er kommentierte: „Es ist als ein seltener Rückfall dieses verkommenen Renegaten zu werten, wenn er

dem ihm persönlich bekannten Johann Gottfried Pahl, der als Franzosenfreund denunziert wurde, eine Warnung zukommen ließ“.¹⁵

Die Beziehung von Schulmeister zu Armbruster wird man also nicht nur im Sinne des „Doppelagenten“ sehen müssen, obwohl dies nun keinesfalls unehrenhaft zu sein braucht, da es schließlich zum perfekten Handwerk gehört, Nachrichtenquellen optimal auszuschöpfen. Wenn Armbruster seine Tätigkeit „nicht in Übereinstimmung mit seiner Überzeugung“ ausübte, wie Pahl vermerkte, dann konnte er als Informant für Schulmeister besonders nützlich sein.

Schulmeister war am 15. November zum Generalkommissar der Polizei ernannt worden, aber „im eigentlichen Polizeidienst in Wien nur für die Sicherheit des Kaisers und der französischen Besatzungstruppen Sorge getragen zu haben“.¹⁶ An diesem Tage, so schreibt Thiard, sollte er dem in Schönbrunn weilenden Kaiser über die öffentliche Meinung in Wien berichten. Der Kaiser hielt darauf, daß die Hofzeitung (*gazette de la Cour*) weiterhin erschien. Sie wurde damals von Armbruster geleitet, den Thiard Napoleon gegenüber als einen Mann bezeichnete, „über den er verfügen könne, und tatsächlich fuhr er fort, seine Zeitung in dem Sinn zu redigieren, die ihm angezeigt wurde“,¹⁷ was das Urteil von Pahl bestätigen würde.

Über das Ende von Armbruster wird in den „Lebensbildern“ vermerkt:

„Armbruster hatte viel Verdienst um das Losschnüren der greulichen Censurszwangsjacke, 1804 / 1808, um die Gründung des ersten ehrenwerten Journals in Österreich, der ‚vaterländischen Blätter‘, um die Bearbeitung des Volksgeistes, aber die von Schulmeister so sehr gerühmte Freudigkeit hatte auch die Schattenseite, daß er Weibern und Creditorem keine Ruhe ließ und Weiber ihm hinwieder keine Ruhe gaben, bis dieser angesehene Polizeibeamte sich 1814 ein wenig heißes Blei durch den Kopf jagte ...“

Hormayr kämpfte für die Befreiung Tirols

Hormayr sollte sich auf den Weg nach Nikolsburg und tags darauf nach Preßburg begeben, um dem Fürsten Johann Lichtenstein bei den Friedensunterhandlungen mit notwendigen Unterlagen zu versorgen. Er selbst, der am 20. 1. 1782 in Innsbruck geboren wurde, war an einem Thema besonders interessiert, das er beim Gespräch mit Schulmeister auch zur Sprache brachte: er suchte diesem klarzumachen, daß es „ein großer Mißgriff wäre, wenn Napoleon Österreich das treue Tirol entrisse, das sich leicht der Schweiz in die Arme werfen und eine schlimme Vendée bilden könne“. Schulmeister entgegnete, daß dies zwar für jetzt beschlossene Sache sei, aber Österreich werde sich wieder erheben, Talleyrand sei ihm im Grunde geneigt. In dem am 26. 12. 1805 in Preßburg unterzeichneten Frieden mußte Österreich die gefürstete Grafschaft Tirol und Vorarlberg an Bayern abtreten. Daß sich Österreich tatsächlich wieder erhob, dafür sorgte auch Hor-

mayr, dessen bedeutsame Rolle nach dem Ende des alten Reiches Max Braubach verdeutlichte:¹⁸

„Während der nach Austerlitz nach Böhmen ausgewichene Gentz von Teplitz und Prag aus die Erhebung um der Befreiung Europas willen predigte, fanden in Wien deutsche und österreichische Tradition und Hoffnung (. . .) ihren literarischen und politischen Ausdruck in der Geschichtsschreibung des Tirolers Hormayr und in den Dichtungen und Liedern Heinrich Collins. Der Weckung des vaterländischen Bewußtseins und Willens dienten neben Historie, Poesie und Theater Flugschriften und Zeitungen; der Publistik Hormayrs und den ‚Vaterländischen Blättern für den österreichischen Kaiserstaat‘ unter der Leitung des aus dem Breisgau stammenden Armbrusters folgte hier seit Juni 1809 die von Friedrich Schlegel redigierte ‚Österreichische Zeitung‘.“

Es war Hormayr, der den Tiroler Aufstand von 1809 vorbereitete, dessen Leitung er als Hofkommissar neben Andreas Hofer übernahm, und der 1812 mit Erzherzog Johann von Österreich, dem Reichsritter Hans von Gagern u. a. auch die Vorbereitungen zu einer neuen Erhebung traf.

Schulmeister ein „Salbaderer“?

Da drängt sich doch die Frage auf, ob er Schulmeister gegenüber die historische Objektivität bewahren konnte. Eine weitere Frage: warum sollte ein so intelligenter Mann wie Schulmeister, der sich nach dem Urteil von Paul Muller politischen und rechtlichen Nachforschungen mit ebensoviel Scharfsinn widmete wie den militärischen Beobachtungen und der auf dem Gebiet der Nachrichtenbeschaffung als ein Genie galt, sich in einer so brisanten Affäre selbst belasten? Er war ja keinesfalls ein geschwätziger Salbaderer, als den ihn Hormayr hinstellen möchte. Ernest d’Hauterive beurteilt ihn in seinem Buch „Mouchards et policiers“ (1936):

„Er hat sich eines außerordentlichen Ansehens erfreut, sowohl in Frankreich als auch in Österreich; später, weit davon entfernt, sich zu brüsten, zog er es vor, diese Seite seiner Existenz im Dunkeln zu lassen, und wenn man vor ihm seine Vergangenheit in Erinnerung rief, sagte er bescheiden, ein militärischer Beobachter oder ein Generalkommissar der Armeen gewesen zu sein. Unter seinen beschönigenden Ausdrücken verbarg sich seine Agentenqualität von höchstem Rang“.

Aber vielleicht hatte Hormayr 1809 Schwierigkeiten bekommen, hinter denen er Schulmeister vermutete. Möglicherweise nicht zu Unrecht, denn Muller berichtet,¹⁹ daß am 3. November der Standortkommandant von Wien, l’adjutant général Dentzel, an Berthier Aufzeichnungen von Schulmeister schickte:

„Die Hauptstadt ist den Intrigen der Vertrauten der Hofburg ausgeliefert; die Geheimagenten des englisch-österreichischen Komitees geben Feste und auserlesene Essen, wo man besonders Mme de Staël-Holstein, den Grafen Stadion, Hormayr, Schlegel, Rechberg, Jacobi sen. ehrte“. Er wolle weiter nichts dazu sagen, da der Gouverneur Andreossy die Einzelheiten der Machenschaften kenne und die man nochmals leicht vereiteln könne, falls man zur rechten Zeit daran denke.“

Ein Zeuge des Gesprächs: Savary

Nach den Aufzeichnungen Hormayrs gibt es aber auch einen Zeugen des Gesprächs:

„Die Unterredung war im mehr als Halbdunkel, denn die Lichter standen im Nebenzimmer. Ein ziemlich langer, hagerer und totenblasser Offizier trat herein und mischte sich lebhaft in das Ausfragen und Repliciren, nachdem er Schulmeistern etwas in's Ohr geflüstert hatte. Dieser nahm in unterwürfiger Schnelligkeit Hut und Mantel, blieb aber bei offener Türe stehen, bis etwa nach zehn Minuten das Stampfen zweier Gewehre sich von unter vernehmen ließ, worauf beide die Treppe hinunterflogen. Jener sei Savary (raunte Schulmeister) und der Kaiser sei eben von Schönbrunn herein und unten. Er mache, wie jeden Abend, mit ihm und Savary seinen Spaziergang, immer durch einen anderen Stadtteil, nur von ferne geleitet von französischen und einheimischen Mouchards, die der Polizeidirektor, Hofrat Ley, habe aussuchen und dafür mit seinem Kopf einstehen müssen“.

Sollte sich Schulmeister vor seinem Vorgesetzten, der alles im Zimmer oder im Nebenzimmer verfolgte, sich selbst am Gespräch beteiligte, der direkten oder indirekten Mittäterschaft am Gesandtenmord bezichtigt haben?

Hormayr hat seine eingangs gestellte Frage in bezug auf die Mitwisserschaft mit dem absolut sicheren „und doch ist es so“ beantwortet, wobei er ja auch noch behauptet hat, daß Schulmeister Augenzeuge des Mordes gewesen sei. Doch eine ebenso spektakuläre Behauptung bildete jene seiner angeblichen Auskundschaftung in Ettenheim im Jahre 1804, die sich lediglich auf einen einzigen Buchstaben eines Berichtes stützte.²⁰

Aber gerade diese Behauptung ist leicht zu widerlegen, da der Auftrag zur Erkundung in Ettenheim dem Wachtmeister der Gendarmerie Karl Friedrich Pfersdorff erteilt wurde, der ihn auch gewissenhaft durchführte.²¹ Paul Muller hielt Dieffenbach überzeugend entgegen, daß Schulmeister perfekt französisch sprach und infolgedessen in der Aussprache Dumouriez und Thumery nicht verwechselt hätte, was ja zu dem Ettenheimer Drama führte; außerdem sei Schulmeister zu jener Zeit aus dem Département Bas-Rhin ausgewiesen gewesen.

Baron Auerweck ein Mitwisser?

Es muß nicht immer Schulmeister gewesen sein. In einem ernsthaften Verdacht einer Verwicklung in den Gesandtenmord geriet der Baron Aloys Auerweck v. Steilenfels,²² der nach eigenem Eingeständnis von 1793 bis 1799 als Agent im Dienst der Bourbonen stand, die wiederum auf englische Subventionen angewiesen waren. „Seine Abneigung gegen bezahlte Agenten“, wie er zu seiner Verteidigung schrieb, wird man in Paris nicht einmal als Scherz abgenommen haben.

Auerweck führte von England aus Aufträge in Frankreich durch, wurde dann nach Hamburg und schließlich nach Rastatt geschickt, wobei er den Umweg über Wien nahm. In Baden-Baden lernte er Franziska von Gelb kennen, die Tochter eines im Sommer 1792 emigrierten Generals, der am Feldzug von 1793 im Rang eines Colonel im Korps Condé teilgenommen hatte und bei den wechselvollen Kämpfen im Berstheim im Elsaß gefallen war. Berstheim war wegen starken Beschusses am 8. 12. 1793 geräumt worden; beim Gegenangriff fand Gelb den Tod, der Ort mußte am nächsten Tag wieder aufgegeben werden.²³ Seine Witwe, die in Rheinfels geborene Sophia Passauer von Frankenfels,²⁴ lebte nun von einer englischen Pension. Nach den bei Wiucha aufgeführten Verdachtsgründen hatten sich bei einem verhafteten englischen Agenten Briefreste gefunden, die auf einen „Louis“ im Zusammenhang mit einem Mord hinwiesen, und Auerweck unterschrieb im Französischen tatsächlich so.

Seine Verhaftung in seinem Haus in Elgersweier erfolgte auf Grund einer Aufforderung von Fouché an Massias in Karlsruhe vom 17. Juli 1807, also zehn Tage vor der Rückkehr Napoleons von Tilsit nach Paris. Das Bulletin des Polizeiministers Fouché vom 1. August 1807 vermerkte, daß die Verhaftung von Auerweck, genannt Louis, bei seiner Schwiegermutter stattgefunden habe.²⁵ Der Rapport des frz. Geschäftsträgers Massias in Karlsruhe, der mit Catharina Böcklin von Böcklinsau verheiratet war, lobte die guten Dienste des Ministers Baron von Gemmingen. Das Bulletin wies darauf hin, daß Auerweck 1791 mit Pelletier verbunden und in die Intrigen von „Dutheil, Brotier, La Ville-Heurnois“ verwickelt gewesen sei. Bei Dutheil dürfte es sich um Duverne de Presle handeln, der im Januar 1797 zusammen mit dem Abbé Brottier und Le Villernois in einer royalistischen Verschwörung den Obersten Malo, Kommandeur des 21. Dragonerregiments im Lager von Grenelle zum Sturz des Direktoriums gewinnen wollte. Die Verschwörer wurden „mit viel Milde“ behandelt,²⁶ Brottier und Duverne de Presle nur zu zehn Jahren und Le Villeurnois zu einem Jahr Gefängnis verurteilt, die übrigen Angeklagten, zu denen anscheinend auch Auerweck gehörte, freigesprochen.²⁷

Das Bulletin führt u. a. noch an, daß die Besprechungen Auerwecks mit Danican, einem Emigranten und Publizisten, der übrigens „erstaunliche Detailkenntnisse über die revolutionäre Bestrebungen verrät“, den Mord von Rastatt herbeigeführt hätte.²⁸ Zu diesem „wohl schwerwiegendsten Verdacht“ der möglichen Beteiligung am Gesandtenmord kam der weitere, 1804 (1805?) hinter französischen Truppen herreisend, Informationen für den Feind gesammelt zu haben. Ein förmlicher Prozeß fand nicht statt, aber das war auch unter Napoleon nicht ungewöhnlich: „Zu Tausenden werden die Menschen eingesperrt, nicht verhört, nicht ihrem Richter überstellt“.²⁹ Auerweck wurde trotz etlicher Fürsprachen erst am 31. März 1814 beim Einmarsch der Verbündeten aus seiner Gefangenschaft in Vincennes befreit.

Napoleon las täglich die Polizeirapporte

Der von Wiucha aufgegriffene und geschilderte Fall ist auch insofern bemerkenswert, als Minister Fouché, auf dessen Antrag Auerweck verhaftet worden war, diesen im März 1808 zur Entlassung vorschlug – also zu einem Zeitpunkt, da er nach Madelin auf dem Höhepunkt seiner Macht stand –,³⁰ der Kaiser, welcher sich aber „bei Vorwürfen dieser Art“ die Entscheidung vorbehielt und selbst nach Interventionen der Gesandten Badens und Bayerns im Jahre 1810 darauf nicht positiv reagierte! Dabei ist bekannt, daß Napoleon Polizeianglegenheiten „keinen einzigen Tag liegen ließ“:

„Von 1804 bis 1814 wurde jeden Abend aus dem Ministerium das ‚Bulletin de police‘ an den Kaiser gesandt, wo er sich auch aufhielt. In Valladolid oder Dresden, in Mailand oder Smolensk las Napoleon den Rapport von Fouché.“³¹

Diese tägliche Lektüre war allerdings nicht nur Napoleon eigen. Beispielsweise mußte auch der Präsident der Wiener Polizeihofstelle täglich dem Kaiser Franz I. Rapport erstatten und die Kopien heimlich geöffneter Schriftstücke in die Kabinettskanzlei abliefern.³²

Die Ersetzung von Fouché als Polizeiminister am 3. 6. 1810 durch den General Savary vermochte nichts am Schicksal Auerwecks zu ändern. Niemand öffnete die Pforte von Vincennes vor dem Eintreffen der Alliierten am 31. 3. 1814; Fouché, der bisherige Generalgouverneur von Illyrien, traf erst am 8. 4. wieder in Paris ein.

Schulmeister hält in Wien badische Diplomatenpost zurück

Nachdem Murat am 13. 11. 1805 Wien besetzt hatte, war auch der Geh. Referendär Oehl als badischer Oberlandeskommissär beim frz. Hauptquartier am 14. 11. in Wien eingetroffen, wartete aber 14 Tage vergeblich auf Nachrichten aus Karlsruhe. Schließlich unterrichtete er am 29. 11. Kurfürst Karl Friedrich von der Zurückbehaltung und Öffnung sämtlicher Depeschen in Wien.³³ In einem Memoire, das er am gleichen Tag dem General Savary, dem Divisionsgeneral Clarke, Generalgouverneur von Österreich, und dem Stadtkommandanten General Hulin zukommen ließ, wies er darauf hin, daß er vom Kurfürsten am 25. September beauftragt worden sei, sich in das Kriegsquartier der großen französischen Armee nach deren Übergang über den Rhein zu begeben. Seit seiner Ankunft mit dem Generalquartier in Wien, wo er auf weitere Anweisungen gewartet habe, sei bis zum gegenwärtigen Augenblick überhaupt nichts eingetroffen. Auf Grund seiner Nachforschungen habe er in Erfahrung gebracht, daß alle Briefe an seine Adresse und die für ihn bestimmten Depeschen erbrochen und nach Brünn verbracht worden seien. Oehl, dem natürlich bekannt war, daß Postkontrolle in allen

Varianten nicht nur von den Franzosen, sondern beispielsweise auch von den Österreichern wie auch in dem von ihm vertretenen Kurfürstentum praktiziert wurde, beschwerte sich über den Vorgang, verlangte Aufklärung über die Gründe für das unverdiente Mißtrauen und erbat eine prompte Antwort, um seinen Hof informieren zu können. Daraufhin wurde er von dem durch diesen Schritt überraschten Schulmeister aufgesucht, der ihn um alles in der Welt bat, so jedenfalls nach den Worten von Oehl, sein Vertrauen nicht zu mißbrauchen, da er sonst auf der Stelle füsiliert werde. Er zeigte Oehl auch für den württembergischen Gesandten von Gravenreuth und für Geismar bestimmte Briefe, die gleichermaßen geöffnet worden waren, und auch den Befehl, wonach er alle unterschiedslos zu öffnen habe.

Schließlich erbot sich Schulmeister, ihm alle zurückbehaltenen Schreiben auszuhändigen, und übergab ihm als Beweis seines guten Willens auf der Stelle ein Schreiben des Markgrafen Ludwig vom 10. November, das nicht geöffnet worden war. Auf die Frage, was die abgefangenen Briefe und Depeschen enthielten, antwortete Schulmeister, es handele sich um eine Denkschrift gegen die Rekrutierung in Philippsburg, eine andere gegen die Einrichtung eines Hospitals in Bruchsal und gegen die immer noch erzwungenen Ablieferungen. Schulmeister beschwor Oehl, nicht die geringste Indiskretion zu begehen, da er seinerseits in Bezug auf Neuigkeiten und Korrespondenzen wesentliche Dienste leisten könne. Dabei drängte er auf eine entsprechende ehrenwörtliche Versicherung Oehls, wobei er besonders darauf verwies, daß er der Bruder von Friedericke Macklot in Karlsruhe sei, die am 4. September 1797 den Hofbuchhändler Karl Friedrich Macklot geheiratet hatte,³⁴ und ihm infolgedessen Baden am Herzen liege. Oehl wollte sich nicht darauf einlassen, bevor er nicht alle unterschlagenen Briefe in der Hand habe. Außerdem bestand er darauf, daß Schulmeister ihm künftig die Briefe ungeöffnet selbst übergebe und seine gegenzeichne, damit sie unterwegs nicht geöffnet würden. Schulmeister hielt seine Zusage: am 14. 12. berichtete Oehl dem Kurfürsten, daß er nach seiner Rückkehr von Schönbrunn von Schulmeister alle Depeschen und Briefe ungeöffnet erhalten habe. Und am 24. 12. 1805 konnte er ihm mitteilen, daß der Polizeipräsident Charles Schulmeister tags zuvor die Beförderung seiner Depesche Nr. 35 an ihn ermöglicht habe,³⁵ in der Folge wurden tatsächlich eine Reihe von Berichten sicher nach Karlsruhe befördert, doch blieb Oehl allerdings mißtrauisch und ergriff entsprechende Vorsichtsmaßregeln.

Als er aber dem württembergischen Minister Normann nach Austerlitz folgen wollte, hatte er, wie er am 8. 12. dem Kurfürsten schrieb, aus Karlsruhe noch keinerlei Weisungen. Das lag nun allerdings nicht an der Postbeförderung, sondern an der fast unbegreiflichen Nachlässigkeit, wie man dort im Gegensatz zu Württemberg und Bayern die Wahrung badischer Interessen betrieb.

Einmischung in die ungarische Politik?

Nach einem in Preßburg von Graf Palffy für den Erzherzog Palatin und den Vortruppen des frz. Generals Vial unterzeichneten Neutralitätserklärung Ungarns habe sich Schulmeister, wie bei Hormayr berichtet wird, auch in die ungarische Politik eingemischt:

„Schon damals beglückte Carl Schulmeister, den wir vom Rastadter Gesandtenmord her kennen, Chef der geheimen Polizei, die erstaunte Welt mit einem quasi Armeebulletin, worin den Ungarn angedeutet ward: Napoleon habe nichts dagegen, wenn sie etwa an dem Fürsten Niclas Esterhazy als ‚König‘ Gefallen trügen! –“³⁶

Wie Hormayr bei seinem Beisammensein mit Schulmeister feststellen konnten, genoß dieser das Vertrauen Napoleons, den er, zusammen mit Savary, auf seinen abendlichen Spaziergängen in Wien begleiten durfte. Daß aber Schulmeister aus eigener Initiative einen solchen Schritt getan haben sollte, erscheint ausgeschlossen.

1809: Kein Rückzug ins Privatleben - Kundschafter in Hannover

Nach der Wiederaufnahme des Krieges gegen Österreich im April 1809 traf Napoleon am 15. 4. in Straßburg ein, wo sich bereits Schulmeister und Savary befanden. Schulmeister erhielt den Titel „Commissaire général des armées“, zuständig für die Polizei der Armee, den Informationsdienst und den Befehl über die Gendarmerie. Nach der Besetzung von Wien am 13. Mai (12. Mai Kapitulation) wurde er „Commissaire général de la police“ der Hauptstadt und übte diese Funktion zur Zufriedenheit bis zum Abzug der frz. Armee am 20. November aus. Das Museum der Kunst in Straßburg bewahrt ein Kaffeeservice aus der Wiener Porzellanmanufaktur als „Geschenk der Wiener für ihren Wohltäter.“³⁷

„Nach dem Feldzug von 1809 zog sich Schulmeister in das wohlverdiente Privatleben zurück“, schrieb der Verfasser 1980 in der „Ortenau“, aber dem war nicht so, wenn auch die „Bruchstücke aus dem Leben des Charles Schulmeister“ das so darstellten:

„Nach Beendigung des Krieges von 1809 zog sich Schulmeister gänzlich in den Kreis seiner Familie und auf seine Besitzungen zurück und nahm von dieser Zeit an nicht den mindesten Anteil mehr an den allgemeinen politischen Angelegenheiten“.³⁸ Und so bemerkte auch Dr. L. Ehrhard 1898 im Jahresbericht des Bischöflichen Gymnasiums an St. Stephan zu Straßburg:

„Als der Feldzug von 1809 beendet war, kehrte der Wiener General-Polizeikommissär in das Elsaß zurück, um bei den Seinigen, seinem Sohn, seiner Tochter, seinem Schwiegervater – die Schwiegermutter war während des Feldzuges, am 12. Mai 1809 gestorben – und den zwei Waisen, die er an Kindesstatt angenommen, fern von der Politik, das Glück zu genießen, womit Napoleon in den letzten Jahren seine nicht zu verkennenden Dienste belohnt hat“.³⁹

Schließlich vermerkt auch Harsany, daß Schulmeister nach dem Abzug der letzten Einheiten der französischen Garnison am 20. November nach Straßburg zurückgekehrt sei: „Damit scheint die Karriere des Spions und neuen Schloßherrns auf dem ‚Gut Meinau‘ zu enden“.

Mit dem Privatleben mußte er sich noch etwas Zeit lassen, denn zunächst wurde er beauftragt, den Gerüchten über einen in Hannover geplanten Aufstand nachzugehen; das Kurfürstentum war in Personalunion mit Großbritannien verbunden und stand unter französisch-westfälischer Herrschaft. Die Unruhen waren im Juli 1809 entstanden; sie wurden sowohl vom französischen Gouvernement wie in Paris aufmerksam verfolgt. Wie Friedrich Thimme berichtet, sandten sowohl Jérôme als auch Napoleon Agenten dorthin, um den Nachrichten auf den Grund zu gehen. Jérôme schickte den Generalsekretär der hohen Polizei v. Schalch mit mehreren Agenten nach Hannover, Napoleon Karl Schulmeister, der von Hannover aus auch mit der westfälischen Polizei Kontakt hielt. Über ihre Recherchen mokierte sich Thimme:

„Sollte man es glauben, daß selbst die vereinigten Nachforschungen dieser beiden Koryphäen der geheimen Polizei fast gänzlich vergeblich blieben, obwohl es gerade im Sommer 1809 im Hannoverschen um ein Haar zu einem Aufstand gekommen wäre, obwohl die Verbindung mit England und die Werbung für die Deutsche Legion fast offen betrieben wurde und die Patrioten kaum ein Hehl aus ihren Gesinnungen machten?“⁴⁰

Dieser erste Mißerfolg der französisch-westfälischen Polizei im Hannoverschen sei größtenteils dem Polizeidirektor Meyer aus Bedenbostel zu verdanken, der seit Februar 1809 in Hannover amtierte und der Charles Schulmeister, welcher unter seinem richtigen Namen das Land bereiste, als Agenten erkannt habe:

„Meyer ließ ihn zu sich kommen und sagte ihm gerade heraus, daß er ihn für einen geheimen Agenten halte. Der kaiserliche Spion gab denn auch ohne weiteres zu, ‚daß er wirklich der sei, für den ihn Meyer halte, und daß er geschickt worden, die Gesinnungen, Tendenzen, Verbindungen und Intriguen der ersten Familien zu erforschen, von welchen der Kaiser einen sehr schlechten Begriff habe‘. Der Polizeidirektor machte dem Agenten kein Hehl daraus, daß die öffentliche Meinung in Hannover den Franzosen nicht günstig sei, suchte ihn aber zu überzeugen, daß ‚weder bedenkliche Verbindungen noch Intriguen zu fürchten wären, noch jemals existieren würden.‘ Meyers Argumenten ward bloß die Verbindung mit England und ‚eine fleißige englische Korrespondenz‘ entgegengehalten. Der Polizeidirektor sprach dieser Korrespondenz aber ‚wegen gänzlichen Mangels eines nationalen und politischen Zusammenhanges‘ jede Bedeutung ab und wollte in ihr nur eine ‚Familienkorrespondenz von Militärs, die um ihrer Existenz willen hinübergegangen‘ sehen. Der Agent, der einmal entlarvt, von seiner Mission weiter keinen Erfolg erwarten konnte, gab sich den Anschein, als ob er durch Meyer von der Harmlosigkeit der Hannoveraner überzeugt sei, und reiste aus Hannover ab, ohne wieder zurückzukehren.“⁴¹

Die Apostrophierung Schulmeisters als „kaiserlicher Spion“ ist als diskriminierendes Klischee, das selbst Harsany noch gebrauchte, nicht auszurotten. Jeder Historiker weiß, daß Meinungsforschung auch damals eine

alltägliche Sache war, die nicht nur von Napoleon betrieben wurde. So war auch die österreichische geheime Polizei durch Instruktionen Kaiser Josefs II. angewiesen, „alle bei dem Volk einschleichende Unzufriedenheit, üble Gesinnung oder wohl gar aufkommende Meuterei zu entdecken“, auch nachzuforschen, „was das Publikum über den Monarchen und seine Regierung spreche“. Aber bis heute reicht noch die Skala der Bezeichnungen dieses Mannes, der seinen wahren Charakter nicht zuletzt bei der Vernehmung des Attentäters auf Napoleon, Friedrich Staps, am 13. und 14. Oktober 1809 unter Beweis stellte,⁴² von der „skupellosen Persönlichkeit“ in einem Zeitungsartikel vom 4./5. Okt. 1980 (Kurt Scheid: Schulmeister war Napoleons Meisterspion“) bis zum „berüchtigten Spion Napoleons“ bei Ludwig Lauppe, Stadt und Gericht Lichtenau (1984).

Baden wichtige Dienste geleistet

In seinem Nachlaß erwähnte Schulmeister eine Reise von Wien nach Mähren:

„Ich verließ Wien nur für zwei Reisen nach Mähren, wohin der Kaiser mich hauptsächlich deshalb rufen ließ, um aufgefangene Briefe zu lesen. Diese Briefe waren von verschiedenen Höfen an Botschafter, die bei Napoleon beglaubigt waren, gerichtet.

Bei dieser Gelegenheit war ich imstande, mehreren deutschen fürstlichen Familien wichtige Dienste zu erweisen, indem ich in meinen Übersetzungen Ausdrücke abschwächte, welche ihnen das Unglück ihres Landes und ihrer Untertanen eingegeben hatte. Freilich muß man sagen, daß mehrere von diesen Staaten ihre Finanzen in der schlimmsten Lage und ihre Länder infolge der Kriegslasten am Rande des Verderbens sahen.

In einem Briefe der badischen Regierung an ihren Botschafter, den Freiherrn von Reitzenstein, war von der Absicht die Rede, das große Spital des französischen Heeres in Bruchsal zu errichten, und zu Philippsburg das neue Regiment Neu-Ysenburg auf Kosten Badens zu bilden.

Die Ausdrücke, mit welchen der badische Botschafter sich beschweren sollte, waren so wenig gemäßigt, daß der Kaiser, der schon erzürnt war, nicht verfehlt hätte, das Herzogtum Baden von der Karte zu streichen und einem anderen Herzogtum einzuverleiben.

In meiner Übersetzung milderte ich die Ausdrücke, und nachdem ich das Original vernichtet hatte, verfaßte ich einen Bericht an den Kaiser, worin ich ihm freimütig sagte, daß das badische Land außerstand sei, neue Lasten zu tragen. Ich schlug ihm vor, das große Spital in Landau zu errichten, und das Regiment Neu-Ysenburg zu Lauterburg, im Unterrhein, zu bilden, was vom Kaiser genehmigt und beschlossen wurde.

Der Markgraf von Baden erfuhr später den ausgezeichneten Dienst, den ich ihm geleistet hatte, und war mir immer dafür dankbar. Ich hatte später, bei der Belagerung von Danzig, Gelgenheit, einen noch ausgezeichneteren seinem Sohne zu leisten, der unter dem Namen Großherzog Leopold regiert hat. Dieser hat mir seither die glänzendsten Anerbieten gemacht und nannte mich: mein lieber Kamerad.“⁴³

Im Hinblick auf die gegenseitigen Vorwürfe wegen der Nichteinhaltung des badisch-französischen Allianzvertrages vom 5. September 1805 sind die

Ausführungen von Schulmeister durchaus überzeugend. Beim Übergang des französischen Heeres am 25. und 26. September 1805 über den Rhein stellte Baden nur schleppend die ausbedungenen 3000 Mann; dem hochverschuldeten Land fehlte es an Geld. Es konnte zunächst nur 1200 schlecht ausgerüstete Mann in Marsch setzen, schließlich aber nur auf 2650 Mann aufstocken; als das Corps sich am 25. Oktober in Marsch setzte, hatte Ulm schon am 20. kapituliert, aber es nahm auch nicht an der Schlacht von Austerlitz teil. Die Badener wiederum beschwerten sich über die französischen Requisitionen und die Errichtung eines Lazaretts bei Bruchsal.⁴⁴ Die badischen Klagen werden von Brauer in einer Note formuliert: „Sie wird von Groos ins Französische übertragen, wobei dann freilich die Schärpen des Brauer’schen Entwurfs erheblich gemildert werden“.⁴⁵

Obser rät nun allerdings, den Aufzeichnungen Schulmeisters größte Vorsicht entgegenzubringen:

„Was z. B. S. 25/26. über die Dienste gesagt wird, die Sch. angeblich im Jahre 1805 Baden erwiesen, sowie über seine Beziehungen zu Großherzog Leopold, verrät sichtlich tendenziöse Färbung und wimmelt von Unrichtigkeiten: das Regiment, das in Philippsburg errichtet werden sollte, hieß Latour d’Auvergne, nicht Neu-Ysenburg; die Beschwerdennote stammt nicht von Reitzenstein, sondern von Oehl, sie ist nicht aufgefangen, sondern von letzterem dem Staatsrat Petiert übergeben worden, der sie auch beantwortete; Großherzog Leopold befand sich 1807 nicht vor Danzig; nicht ihm, sondern höchstens dem Erbgroßherzog Karl könnte Sch. dort wichtige Dienste geleistet haben usw.“⁴⁶

An dieser Kritik fällt aber auf, daß die Irrtümer nur Namen, aber nicht die Sache an sich betreffen; so ist z. B. der Name des Regiments unerheblich. Zutreffend ist der Hinweis, daß die Beschwerdennote von Oehl dem Staatsrat Petiert übergeben wurde; das war am 10. 11. geschehen, aber noch am 14. 12. bemerkte Oehl in einem Brief an Karl Friedrich, daß Petiet ihm grolle. Doch allem Anschein nach war Schulmeister auch hier nur eine Verwechslung mit jenem Brief des Markgrafen Ludwig vom 10. 11. unterlaufen, von dem Oehl dem Kurfürsten berichtet hatte.

Anmerkungen

- 1 Wilhelm Gräblin, Johann Georg Zuflucht, der letzte Schultheiß von Kork. Auszüge aus seinem Tagebuch. In: Die Ortenau 1972, S. 167.
- 2 Heinrich Scheel, Süddeutsche Jakobiner, 1980, S. 519.
- 3 Arthur Kleinschmidt, Karl Friedrich von Baden, 1878, S. 142 f.
- 4 Joseph Freiherr von Hormayr zu Hortenburg, Lebensbilder aus dem Befreiungskriege. Dritte Abt. (Zusätze und Berichtigungen), Jena 1844, S. 134.
- 5 Politische Correspondenz Karl Friedrichs von Baden 1783–1806, Band VI, Nr. 164, Graf Axel Fersen an König Gustav Adolf IV. von Schweden, Dresden, 10. 5. 1799, S. 151.
- 6 Uwe Jens Wandel, Das Hochschulwesen Württembergs 1789–1816. In: Baden und Württemberg im Zeitalter Napoleons, Bd. 2, 1987, S. 366; Erwin Dittler, Ernst Ludwig Poselt (1763–1804) im Umbruch der Zeit. In: Badische Heimat 3 / 1989, 439 f.

- 7 Hessisches Staatsarchiv Darmstadt. Frdl. Hinweis von H. Scheel.
- 8 Heinrich R. v. Zeissberg, Pichegru und Condé in den Jahren 1795 und 1796. Zur Ergänzung der Correspondenz Klinglin's. Wien 1898, S. 9.
- 9 G. Gaudrillier, La trahison de Pichegru et les intrigues royalistes dans l'est, Paris 1908, S. 378.
- 10 Stadtarchiv Offenburg, Ratsprot. 1791, Nr. 138, 198, 306 (Franz Conrad Frh. Reich von Platz), S. 375.
- 11 D'r alt Offeburger, 8. 7. 1900.
- 12 Österreichisches Staatsarchiv Abt. Haus-, Hof- und Staatsarchiv, Wien, 15. 5. 1981.
- 13 Otto Heinel, Heereswesen und Volksbewaffnung in Vorderösterreich im Zeitalter Josefs II. und der Revolutionskriege, Freiburg i. Br. 1941, S. 38 f.
- 14 Hellmut G. Haasis, Gebt der Freiheit Flügel, I, 1988, S. 352 f.
- 15 Scheel, a.a.O., S. 533 Anm. 42.
- 16 Alexander Elmer, Napoleons Leibspion Karl Ludwig Schulmeister, 1931, S. 80.
- 17 General Thiard, Souvenirs diplomatiques et militaires, Paris o.J., S. 192.
- 18 Max Braubach, Von der Französischen Revolution bis zum Wiener Kongreß. Gebhardt, Handbuch der deutschen Geschichte, Bd. 14, S. 104 f.
- 19 Paul Muller, L'espionage militaire, 1896, S. 164.
- 20 Paul Muller, a.a.O., S. 34, 36.
- 21 Pfersdorff, Der Herzog v. Enghien. In: Pfälzische Geschichtsblätter 1912; Schmitt, Revue d'Alsace 1895, S. 151, 157.
- 22 Lothar Wiucha, Baron Auerweck v. Steilenfels (1766–1830). In: Die Ortenau 1981.
- 23 Theodore Muret, Histoire de l'armée de Condé, Paris 1844, S. 208.
- 24 Polit.Corr. V, S. 47, Anm. 4.
- 25 Ernest d'Hauterive, La police secrète du Premier Empire, Tome III, Paris 1922, Nr. 822.
- 26 François Auguste Mignet, Geschichte der Französischen Revolution von 1789 bis 1814, Frankfurt 1975, S. 425.
- 27 François Furet - Denis Richet, Die Französische Revolution, Frankfurt 1968, S. 443.
- 28 Scheel, a.a.O., 400 f., Anm. 191.
- 29 Jacques Presser, Napoleon, 1979, S. 262.
- 30 Louis Madelin, Fouché, 1978, 154.
- 31 Presser, a.a.O., S. 253.
- 32 August Fournier, Historische Studien und Skizzen III (o. J.), S. 224.
- 33 Polit. Corr. V, Nr. 394, S. 386 ff.
- 34 Evang. Kirchengemeinde Karlsruhe, Traubuch 1797, S. 389. Nach seinem Ableben am 13. April 1812 heiratete sie am 6. Juli 1815 in 2. Ehe den Großh. Finanzrat Karl Friedrich Christian Oelenheinz ein (Traubuch 1815, S. 118). Sie starb am 7. April 1823 im Alter von 53 Jahren.
- 35 Generallandesarchiv Karlsruhe 48/4132.
- 36 Im fürstlichen Esterházy'schen Familienarchiv finden sich in den Aktenverzeichnissen bzw. Repertoiren kein Hinweis auf Schulmeister (frdl. Mitt. des Ungarischen Staatsarchivs v. 21. 1. 1988).
- 37 Zoltan-Etienne Harsany, Charles Louis Schulmeister, Citoyen de Strasbourg et espion de Napoléon I. In: Saisons d'Alsace, Nr. 51, trimestre 1974, S. 88.
- 38 Bruchstücke aus dem Leben des Charles Schulmeister von Meinau, als angeklagter Hauptspion des Napoleon, Leipzig 1817, S. 66 f.
- 39 L. Ehrhard, Charles Schulmeister, Generalkommissär der kaiserlichen Heere unter dem ersten Kaiserreich. In: Bischöfliches Gymnasium an St. Stephan zu Straßburg i. Els., 1898, S. 37.
- 40 Friedrich Thimme, Neue Mitteilungen zur Geschichte der hohen oder geheimen Polizei des Königreichs Westfalen. In: Zeitschrift des historischen Vereins für Niedersachsen, Hannover 1898, S. 106.

- 41 Friedrich Thimme, Die inneren Zustände des Kurfürstentums Hannover unter der Französisch-Westfälischen Herrschaft 1806–1813, I. 1893, S. 381. - Nach frdl. Mitt. des Niedersächsischen Hauptstaatsarchivs in Hannover v. 16. 2. 1981 finden sich in den einschlägigen Polizeiakten keine Hinweise auf Schulmeister, leider auch nicht die Aufzeichnungen des Polizeidirektors Meyer, die Thimme seinerzeit bei Meyers Tochter, Frau Major von der Decken, eingesehen hat (Dr. v. Boetticher). Auch in den Beständen des Nordrhein-Westfälischen Hauptstaatsarchivs in Düsseldorf konnte nach frdl. Mitt. v. 17. 2. 1981 nichts über Schulmeister ermittelt werden. Nach einem Hinweis von Hellmut Haasis v. 1. 6. 1981 befindet er sich dort nur auf einer Liste verdächtiger Leute, die der preußische Staats- und Polizeiminister in Berlin am 7. 3. 1815 dem Generalgouvernement Nieder- und Mittelrhein verschickt hatte: „Charles Schulmeister aus Strasburg und dasselbst ansässig. Ein berüchtigter chef d'espionage. Er durchstreifte die Länder in verschiedenen Gestalten, bald als Weinhändler, bald als Schweizer Kattunfabrikant. 1805 und 1809 war er Polizeipräfekt in Wien. Er ist besonders schlaue. Gefährlich.“ (HStA Düsseldorf, Generalgouvernement Nieder- und Mittelrhein Nr. 130, 1. Bd.).
- 42 Edouard Gachot, Un régicide allemand Frédéric Staps. In: *Revue des études napoléoniennes*, Bd. 18.
- 43 Ehrhard, a.a.O., S. 25 f.
- 44 Anneliese Waller, Baden und Frankreich in der Rheinbundzeit 1805–1813, Diss. Freiburg i. Br. 1935, S. 31 ff.
- 45 Polit. Corr. V, S. 356, Anm. 2.
- 46 Zeitschrift für die Geschichte des Oberrheins NF Bd. XIV, 1899, S. 138 f.

Kleindenkmäler der Napoleonszeit im Unterelsaß

Carl Helmut Steckner

Eine Vielzahl kleiner Denkmäler aus jener Epoche ist im Unterelsaß erhalten. Unter ihnen fallen die Napoleonsbänke durch ihre Häufigkeit auf. Diese Ruhebänke aus Buntsandstein stehen an den Landstraßen im Baum-schatten. Autos fahren an ihnen vorbei, niemand kommt mehr zu Fuß daher, sich auszuruhen und seine Lasten abzusetzen. Ein menschlicher Zug spricht den heutigen Betrachter an. Zwei Kaiserinnen haben Anlaß gegeben, solche Bänke aufzustellen: Kaiserin Marie Louise zuerst, später Kaiserin Eugénie. Nach 1853 wurden die meisten Bänke angefertigt, die heute den Gesamteindruck bestimmen. Seltener sind die Bänke aus dem 1. Kaiserreich und ganz wenige sind noch älter. Ausgehend vom Louis-XVI-Stil haben sich ihre Formen mit dem Zeitgeschmack entwickelt mit verschiedenen Varianten noch im 1. und dann vereinheitlicht im 2. Kaiserreich.

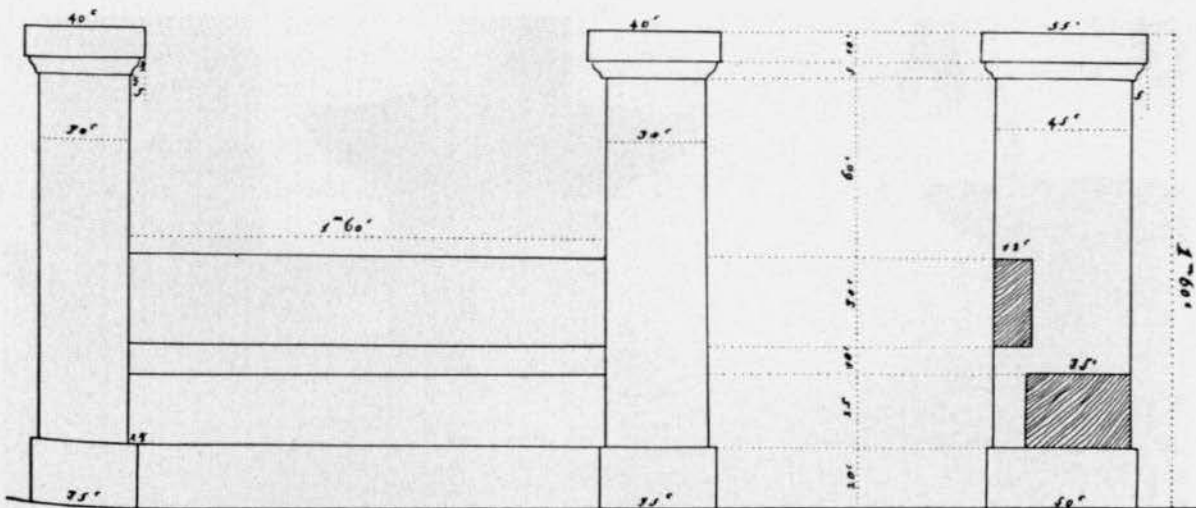
Die Aufstellung aller dieser Bänke sollte die beiden Kaiserinnen ehren, vor allem aber den Sohn Marie Louises und Napoleons I., den künftigen Kaiser Napoleon II. und König von Rom. Unmittelbar aber wollte man mit den Bänken den Alltag der Landbevölkerung erleichtern, der Frauen und der Schwangeren besonders. Sie waren es, die Lasten über weite Strecken auf dem Kopf trugen. Untergelegt war zum Schutz als Polster ein meist bestickter Stoffring, genannt Wisch (auch Bauschde in Hunspach). Auf dem hochliegenden Steinbalken über der Sitzbank konnten die Frauen ihre Last abstellen.

Die Napoleonsbänke gehören heute in die Zuständigkeit der Straßenbauverwaltungen (Equipement), Pflege und Erhaltung obliegt der Denkmalpflege, soweit sie diese Bänke unter Schutz gestellt hat. Um die Inventarisierung aller Bänke hat sich die 1982 in Paris gegründete Association pour la conservation des monuments Napoléoniens bemüht und zwar der Zweigverein Association d'Alsace pour la conservation des monuments Napoléoniens. Die Ergebnisse für das Elsaß wurden 1982¹ und 1983² veröffentlicht, ein summarischer Überblick für Straßburg 1988.³ Ein Rundweg zu den Denkmälern im Nordelsaß wurde 1986–1988 angelegt.⁴

Die Bänke des 1. Kaiserreichs

Die Nachricht von der Geburt des Sohnes Napoleons am 20. März 1811 erreichte Straßburg über den 1798 eingerichteten Chappe-Telegraphen auf op-

tischem Weg am selben Tag. Für den 9. Juni wurde die Taufe angesetzt. Vor den Feierlichkeiten teilte der Präfekt den Bürgermeistern unter dem 22. April seinen Wunsch mit, daß die Gemeinden, wenn ihre Finanzmittel es erlaubten, an den Straßen Ruhebänke errichteten. Alle zwei Kilometer sollten sie stehen (ca. 1 1/2 Meilen) und schattenspendende Bäume dahinter gepflanzt werden. Auch an Brunnen und Tränken war gedacht. Als Ergebnis dieser ersten Aktion standen am 30. Januar 1812 im Arrondissement Straßburg 125 Bänke. Eine weitere Aktion wurde am 31. Dezember 1812 eingeleitet mit einem Erlaß, der Bauzeichnungen, Maß- und Kostenangaben enthielt. Danach war die Bank mit einfachem Profil 1,60 m hoch und 2,40 m lang, in reicherer Ausführung 1,60 m hoch und 3,35 m lang, mit je zwei Prellsteinen, Kosten 110 F bzw. 139 F.



Entwurfszeichnung für eine Ruhebank des 1. Kaiserreichs, veröffentlicht im Präfekturalerlaß vom 31. 12. 1812

Die Bänke bestehen aus zwei senkrechten an den Kanten abgefasten Pfosten mit Kapitell und verbreiteter Basis, Sitzbank, Lehne und einem oberen Balken. Angebracht ist der Name der Gemeinde in einer Kartusche und die Jahreszahl. Dem Runderlaß waren auch Risse und Maße beigegeben für Ruhebänke als Wegweiser, für Wegweisersäulen und für Grenzsteine mit dem Namen der Gemeinde. Solche Ruhebänke findet man auch in Rheinland-Pfalz, Kreis Südliche Weinstraße. Dieses Gebiet wie auch Kehl gehörte bis 1814 zum Departement Bas-Rhin. Die Form einer 2,80 m hohen Ruhebank in Pirmasens entspricht in allen Teilen den Napoleonsbänken. Sie dürfte älter sein und könnte als Prototyp gelten für das spätere 1,60 m hohe Modell, das menschlichem Maß besser entspricht.

Der Sohn Napoleons, dem die Ehrung galt, wurde am 9. Juni 1811 getauft auf den Namen François Charles Joseph Napoleon Bonaparte und erhielt

die Würde des Königs von Rom. Taufpate war Kaiser Franz II., vertreten durch seinen Bruder Ferdinand. Das Glück, das Napoleon für seinen Nachfolger erhoffte, trat nicht ein. Man kann sagen, daß die nach dem König von Rom benannten bescheidenen Ruhebänke im Elsaß zu den größten Ehrungen gehören, die ihm bei Lebzeiten in Frankreich zu Teil wurden. Denn schon ein Jahr nach der Geburt des Nachfolgers begann Napoleons Stern zu sinken. Der russische Feldzug endete in einer Katastrophe, von den Alliierten wurde er 1813 geschlagen, 1814 dankte er zum ersten Mal ab, und während er auf Elba gefangen saß, kehrte Marie Louise mit dem Sohn nach Österreich zurück. Am Ende der 100 Tage trat Napoleon 1815 zugunsten des künftigen Napoleon II. endgültig zurück, um sein Leben auf Sankt Helena zu beenden.



Napoleonsbank von 1811, Schweighofen

Aufnahme: C. H. Steckner

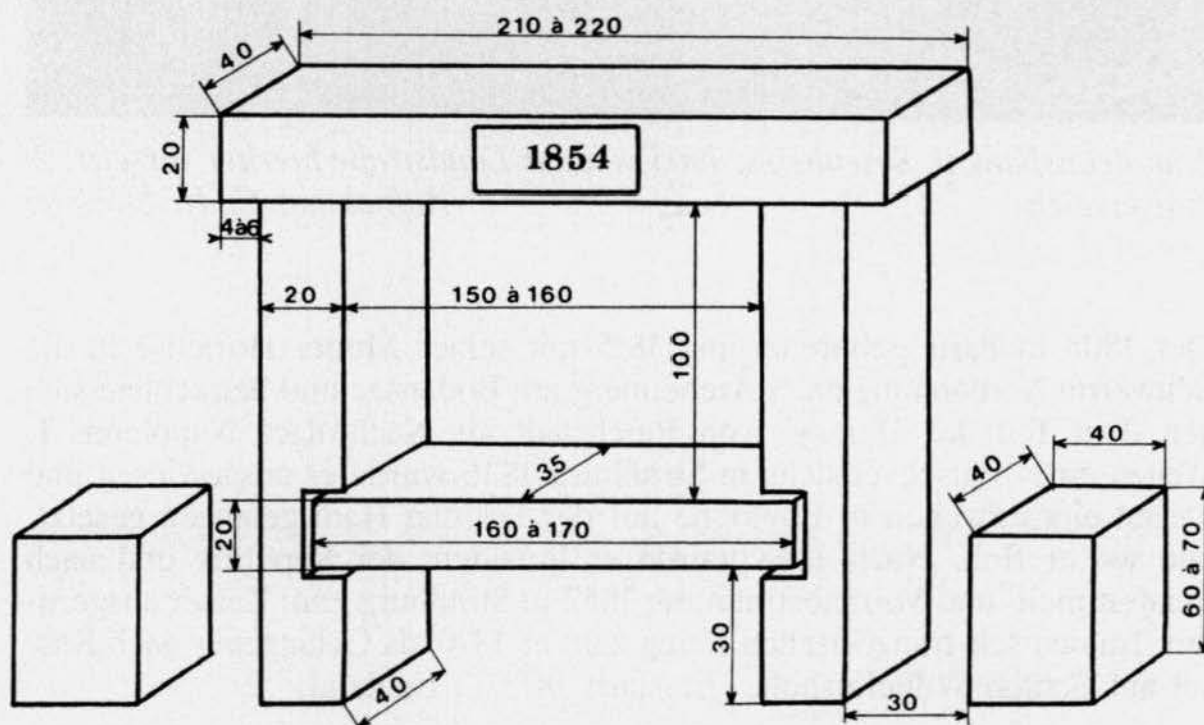
Der Sohn, nun am Wiener Hof, erhielt den Titel „Herzog von Reichstadt“ (Name einer belanglosen Stadt in Böhmen). Seine Erziehung sollte jede Erinnerung an seinen Vater verdrängen. Nach Erkrankung an Tuberkulose starb er am 22. Juni 1832. Seine Asche wurde 1940 an Frankreich zurückgegeben und in der Nähe des Porphysarges seines Vaters im Invalidendom beigesetzt.

Die Bänke des 2. Kaiserreichs

1853 nahm der Präfekt des Unterelsaß César West den Gedanken seines Vorgängers auf und ließ aus Anlaß der Vermählung Kaiser Napoleons III. mit Eugénie de Montejo (30. 1. 1853) neue Napoleonsbänke aufstellen nach Anweisungen an die Bürgermeister des Departements vom 21. 12. 1853.

Jetzt, nach der Revolution von 1848, war nicht mehr mit der gleichen Begeisterung wie für Napoleon I. zu rechnen. Daher übernahm das Departement die Kosten für Steinmaterial und -bearbeitung und für die Anpflanzungen. Vorgesehen war, die Bänke in 2 km Abständen an den Kommunalstraßen aufzustellen, ergänzt um zwei Blöcke als Aufsteigehilfe für Reiter.

Die neuen Bänke in einfachsten Formen bestanden aus zwei senkrechten Stützen, Deckplatte und Sitz (ohne Lehne), 1,70 m hoch, 2,15 m lang mit Angabe der Jahreszahl. Im ersten Jahr wurden 448 Ruhebänke aufgestellt, davon gab es 1983 noch 127 im Originalzustand.



Typ der Ruhebank des 2. Kaiserreichs

Napoleon I. ist mehrfach in Straßburg gewesen, zudem hatte der Präfekt Lezay-Marnésia die künftige Kaiserin 1810 auf ihrem Weg von Wien nach Paris in Kehl begrüßt und die Empfangszeremonie in Straßburg im Auftrag Napoleons vorbereitet. Dagegen entstanden die Beziehungen Napoleons III. zum Elsaß unter ganz anderen Umständen.



*Napoleonsbank in Sesenheim, 1965 von der Landstraße hierher versetzt, 2. Kaiserreich
Aufnahme: C. H. Steckner*

Der 1808 in Paris geborene ging 1815 mit seiner Mutter Hortense in die Schweizer Verbannung nach Arenenberg am Bodensee und betrachtete sich seit dem Tod des Herzogs von Reichstadt als Nachfolger Napoleons I. Wegen eines Putschversuchs in Straßburg 1836 wurde er ausgewiesen und wegen eines zweiten in Boulogne auf der Festung Ham gefangen gesetzt, von wo er floh. Nach 1848 wurde er Präsident der Republik und nach Staatsstreich- und Volksabstimmung 1852 in Straßburg zum Kaiser ausgerufen. Im deutsch-französischen Krieg kam er 1870 als Gefangener nach Kassel auf Schloß Wilhelmshöhe. Er starb 1873 in England.

Sein Sohn Eugène Louis Napoléon wurde 1856 geboren. Er kam bei Kämpfen in Afrika im Alter von 23 Jahren ums Leben.

Zwei Präfekten als Denkmalstifter

Der 1769 im französischen Jura geborene Paul Adrien François Lezay-Marnésia war von 1810 bis 1814 Präfekt des Departements Bas-Rhin. Er hatte in Braunschweig die Schule besucht, Schillers *Don Carlos* übersetzt und

seine Laufbahn in Koblenz begonnen. Im Unterelsaß hat er für die Zweisprachigkeit auch in der Verwaltung gesorgt. Vor allem förderte er in der Landwirtschaft den Anbau von Zuckerrüben, Hopfen, Tabak und Obst durch Veranstaltung von Wettbewerben und Ausstellungen. Er unterstützte die pädagogischen Bemühungen Pastor Oberlins im Steintal und verbesserte die Lehrerausbildung durch Gründung der ersten Ecole Normale Supérieure in Straßburg 1810. Im Kampf gegen Korruption hat er manchen Bürgermeister abgesetzt (so den Maire von Straßburg). Als Präfekt ordnete er das Straßenwesen neu und erlitt tragischerweise einen Unfall auf schlechter Straße bei Hagenau, an dessen Folgen er am 9. Oktober 1814 starb. An ihn erinnert das Denkmal von Philippe Grass von 1857 neben der Präfektur.



Denkmal für den Präfekten Lezay-Marnésia von Philippe Grass, 1857, Straßburg

Aufnahme: C. H. Steckner

Seit 1850 war der 1810 im Oberelsaß geborene Auguste César West Präfekt in Straßburg. Er erlebte hier den Staatsstreich Napoleons am 2. Dezember 1851 und seine Ausrufung zum Kaiser 1852. Dies erklärt seine Verbundenheit mit Napoleon III. Mit der Erneuerung der Idee, Napoleonsbänke aufzustellen, folgte er seinem Vorgänger Lezay-Marnésia und regte die Errichtung seines Denkmals an. Schon 1855 wurde er nach Toulouse versetzt im Zusammenhang mit einer geplanten Übernahme des unter der Revolution nicht konfiszierten Besitzes von Sankt Thomas durch die Stadt, was Napoleon III. nicht billigte.

Andere Kleindenkmäler der Napoleonszeit

Die Napoleonsbänke fallen durch ihre Zahl ins Auge. Seltener sind andere Kleindenkmäler, teilweise mit besonderer Bedeutung. Zu Ehren des Sohnes Napoleons wurden Brunnen errichtet wie von der deutschen Grenzgemeinde Schweigen zwischen Weißenburg und Bad Bergzabern. In zwei monolithische Brunnenröge fließt das Wasser von der Brunnensäule in der Mitte aus zwei menschlichen Masken durch verzierte Laufrohre. Die Säule mit profilierter Basis trägt als Bekrönung eine Deckplatte mit einem sich verjüngenden Aufsatz und einer Kugel. Im Krieg 1939–1945 wurde der Brunnen von einem Panzerfahrzeug beschädigt. Den Rest bewahrte der Wirt des Weintorrestaurants in Schweigen in seinem Garten. Der wiederhergestellte Brunnen erhielt 1986 einen neuen Standort vor der Schweigener Kirche. Der alte Sockel trägt die Inschrift „Erigé par la Commune de Schweigen 1811“.⁵



Napoleonsbrunnen von 1811, Schweigen, restauriert 1986

Aufnahme: C. H. Steckner

Unbeschädigt hat ein Laufbrunnen der gleichen Art die Zeiten in Obersteinbach in den Nordvogesen überstanden. Er wurde 1978 wieder in Betrieb genommen und gehört zu einem Dutzend Brunnen in der Hauptstraße, die das

Ortsbild beleben. Ein ähnlicher Brunnen von 1841 steht im unterelsässischen Mülhausen.

Obelisken

Zur Geburt des Königs von Rom wurde in Weißenburg ein Obelisk errichtet mit der Inschrift „Erigé par la Ville de Wissembourg 1811“, wohl der einzige aus diesem Anlaß. Die Widmung lautet „Exigum monumentum/spes magna/magnus amor“ – „Kleines Denkmal/Große Hoffnung/Große Liebe“. Als Grenzzeichen ließ Lezay-Marnésia 1811 an der im 18. Jahrhundert erbauten Straße über die Zaberner Steige nach Lothringen einen weiteren fast 6,5 m hohen Obelisk mit einem Brunnen errichten als Nachfolger eines kleinen Brunnens aus dem 18. Jahrhundert. Eine Inschrift zum Gedenken an den Tod des Präfekten wurde 1814 zugefügt sowie der Name des Elsaß. Zuerst lautete er ALSATIA (1818), danach ELSASS (nach 1870) und zuletzt ALSACE (1919). Einen Obelisk als Wegweiser mit Entfernungsangaben hat dieser Präfekt an der Straße von Straßburg nach Landau bei Vendenheim errichtet.

Für seinen eigenen Bedarf ließ Karl Ludwig Schulmeister einen Wegweiser nach seinem 1806 von Weinbrenner erbauten Landhaus in der Meinau aufstellen. Um den Obelisk windet sich eine Schlange, und weitere Symbole sollen auf die Qualitäten des wendigen Spions aus Freistett hinweisen. Andere Obelisken wurden zu wissenschaftlichen Zwecken errichtet. Sie stehen zwischen Colmar und Mülhausen im Oberelsaß und sind Resultate geographischer Forschungsarbeiten des Vermessungsdienstes der französischen Armee im Jahre 1811. Sie markieren die Endpunkte einer nord-südlich verlaufenden Meßstrecke von 19.045 m Länge zwischen Oberhergheim im Norden und Sausheim im Süden. Unter den aus acht bzw. sechs Blöcken bestehenden Obelisken liegen Bronzeplatten mit den Meßdaten. Die Inschrift besagt, daß die 1804 durchgeführten Vermessungen zur Herstellung einer Karte der Schweiz und zur Bestimmung des Umfangs und der Gestalt der Erde dienten, woran französische und schweizerische Vermessungsingenieure beteiligt waren.

Ein weiterer Obelisk mit der Inschrift „Newiller au Roi de Rome An 1811“ sollte inmitten des achtseitigen Brunnenbeckens im Hof der ehemaligen Abtei Neuweiler errichtet werden an der Stelle, wo die Nikolauskapelle, Grablage der Grafen von Lichtenberg, gestanden hatte. Doch dieses Projekt wurde nicht ausgeführt.

Säulen

Am Rande des Sternenplatzes südlich der Straßburger Altstadt in Richtung Kehl wurde 1812 eine toskanische Säule mit Entfernungsangaben als Weg-

weiser aufgestellt. Von hier aus führt die Straße nach Wien. In ovalen Kartuschen weisen Pfeile nach Kehl und nach Illkirch-Graffenstaden mit den Entfernungen 4 km bzw. 3,36 km. Der glatte, etwa 5 m hohe monolithische Schaft trägt auf der Deckplatte eine Kugel mit aufgesetztem kleinen Kreuz. Diese Säule wurde beim Umbau des Platzes 1989 vorübergehend entfernt. Ähnliche Säulen stehen in Illkirch, bei Dorlisheim, in Eckartswiller, im Krontal, bei Wolschheim, Obersoultzbach und Steinbourg und als Grenzzeichen zwischen zwei Departements (Bas-Rhin und Moselle) nördlich von Bad Niederbronn in Richtung Bitsch.

Ein Teil der Säulen stammt aus dem 1779 abgebrannten Zaberner Rohanschloß. Es sind aus einem Block gefertigte toskanische Säulen von dem nach Plänen von de Cotte nach 1709 erbauten ersten Rohanschloß. Sie wurden 1812 zu den vorgesehenen Gemeinden transportiert und dort aufgestellt. Ergänzt wurden sie durch aus Säulentrommeln zusammengesetzte Exemplare zur Markierung des von Lezay-Marnésia neu ausgebauten Straßennetzen im Unterelsaß seit 1812.

Napoleonsadler aus Kehl

Einige Kleindenkmäler aus napoleonischen Zeiten haben später in der Geschichte der Nachbarstädte Straßburg und Kehl erneut eine Rolle gespielt. Von der Festung Kehl, deren Wiederaufbau nach den Zerstörungen der Koalitionskriege 1805 und 1808 von Napoleon betrieben worden war, stammen zwei Adler. Sie wurden bei der Räumung der Festung 1815 von französischen Pioniereinheiten sichergestellt und in Straßburg aufbewahrt, bis sie sich der Präfekt Migneret (1855–1865) vom Kriegsministerium zurückgeben ließ. Offenbar waren sie in schlechtem Zustand, denn er ließ für 1 000 F Kopien herstellen. Der Bildhauer Eugène Dock hat nach ihrem Modell zwei Adler aus Buntsandstein angefertigt, die seit 1861 im Hof der Präfektur ihren Platz haben als Krönungen zweier Pfeiler des inneren Hofgitters. Sie sind mit ausgebreiteten Flügeln, die den Boden berühren, hockend dargestellt, die Köpfe einander zugewandt.

Da man sie leicht auch als preußische Adler deuten konnte, hat man sie nach 1870 dort stehen lassen wie auch während des Zweiten Weltkriegs, sie wären aber gerade deshalb 1918 beinahe beseitigt worden.

Ein dritter Adler aus der Zeit Napoleons III. in Metallguß war auf der Straßburger Seite der neuen Eisenbahnbrücke 1861 montiert worden und hat sich dort nur bis 1870 gehalten. Heute befindet er sich im Innenhof des französischen Eisenbahnverwaltungsgebäudes am Boulevard Wilson in Straßburg.

Ensembles von Kleindenkmälern

Der elsässische Verein zur Erhaltung der Napoleonsdenkmäler hat 1986 bis 1988 drei Rundwege zu solchen Denkmälern ausgearbeitet und gekennzeichnet. Der erste umfaßt Bad Niederbronn, Reichshoffen und Froeschwiller. Die Hinweise gelten in Bad Niederbronn der Allée du Roi de Rome von 1811, dem 1805 von General Kellermann (1735–1820) in der Gießerei von de Dietrich in Gang gesetzten ersten Hochofen, den Grabmälern von de Dietrich und de Turckheim auf dem Friedhof sowie Grabmälern von Gefallenen des Kriegs 1870/71 (darunter ist das Grab des Wachtmeisters Pagnier, sein Gegner war Graf Zeppelin), und zwei restaurierten Napoleonsbänken. Im benachbarten Reichshoffen führt der Weg zu Kriegsgräbern von 1870 und in Richtung Froeschwiller zu einer Napoleonsbank und zur Stellung des Revolutionsgenerals Lazare Hoche, der 1793 im ersten Koalitionskrieg hier die österreichischen Stellungen bis Landau durchbrach. Für diesen Weg wurde in Zusammenarbeit mit dem Fremdenverkehrsamt des Unterelsaß ein Übersichtsplan herausgegeben, der auch Gedenkstätten des 1870er Krieges und Werke der Maginotlinie mit einbezieht.⁶ Er erläutert auch den zweiten Rundweg zu Gräbern von Generalen der Napoleonszeit auf dem Friedhof in Neuwiller, zu Napoleonsbänken und -säulen zwischen Brumath und Sarre-Union. Ein drittes Programm wurde 1988 für Straßburg ausgearbeitet das historische Informationen bietet über Bauten, Denkmäler, Friedhöfe, Gedenktafeln, Ruhebänke, Säulen und Obelisken.⁷



*Standort des Generals Hoche am
22. 12. 1793. Errichtet 1986–88
Aufnahme: C. H. Steckner*

Kleine Denkmäler – große Denkmäler

Die Kleindenkmäler der behandelten Epoche sind im Elsaß besonders häufig. Auffallend ist, daß es unter großen Denkmälern hier keine Entsprechungen gibt, wenn man einmal absieht vom Desaix-Denkmal Friedrich Weinbrenners und dem Josephine-Pavillon von Boudhors im Orangeriepark. Doch es hat sie gegeben, die Riesentriumphbögen, keine Steinbauten wie in Rom, Orange, Paris, Potsdam oder München, sondern aus vergänglichem Material hergestellt, aus Holz und Leinwand, mit Grisaille-Malerei und Trompe l'oeil-Effekten. Schon Marie-Antoinette war mit einem solchen Triumphbogen gefeiert worden, in Freiburg wie in Straßburg. Diese Stadt errichtete 1805 vor und 1806 nach Austerlitz dem französischen Kaiser Triumphbögen. Auf seinem Weg war er durch ähnliche in Göppingen und Stuttgart gezogen. Der letzte Triumphbogen galt der künftigen Kaiserin Marie Louise, zu ihrer Begrüßung errichtet 1810 am linken Rheinufer bei der Napoleonsbrücke zwischen Straßburg und Kehl.

Anmerkungen

- 1 Yves Bonnel, *Les petits monuments napoléoniens en Alsace, 1ère Partie, Les bancs-reposoirs*, Strasbourg 1982.
- 2 Yves Bonnel, *Les petits monuments napoléoniens en Alsace, Deuxième Partie, Les bancs-reposoirs*, Strasbourg 1983.
- 3 Yves Bonnel, Gerard Ulrich, *Napoleonische Denkmäler und Gedenkstätten, Strasbourg und Umgebung*, Strasbourg 1988.
- 4 s. Anm. 6.
- 5 Der Bildhauer Pierre Nuss aus Cronembourg und W. Fischer vom Zollamt Schweigen (Rheinland-Pfalz) haben mit dem zuständigen Denkmalamt und der Schweigener Gemeinderätin Hedwig Wegmann den Brunnen wiederherstellen lassen.
- 6 *Denkmäler und Landschaften Napoleons. Decouvrez les monuments et sites napoléoniens d'Alsace*. Office départemental du tourisme du Bas-Rhin, Strasbourg.
- 7 s. Anm. 3.

Die Sozialisten und Franz Joseph Buß (1803–1878)

Erwin Dittler

In seinem Buch „Franz Joseph Buß und die katholische Bewegung in Baden“ (1979) bemerkt Julius Dorneich:

„Die soziale Seite hat Buß sogar eine Anerkennung von sozialdemokratischer Seite gebracht, obwohl Buß sie zeitlebens bekämpft hatte. Der badische sozialdemokratische Politiker Geck hat einen Neudruck seiner ersten sozialpolitischen Programmrede von 1837 herausgegeben. Geck gab dabei auch ein kleines Lebensbild von Buß, das aber außer einigen verzeichneten psychologischen Strichen nichts Neues bietet.“

Nun lag es gewiß nicht in der Absicht Gecks, etwas Neues zu bieten, aber sein Verdienst bestand doch offensichtlich darin, daß er als erster Verleger die sogenannte „Fabrikrede“ unter dem Titel „Zur Geschichte der deutschen Fabrikgesetzgebung, erste sozialpolitische Rede in einem deutschen Parlament im Jahre 1837 von Franz Josef Ritter von Buß, badischer Landtagsabgeordneter“, neu herausbrachte. Damit machte er dessen Ausführungen nicht nur der Öffentlichkeit zugänglich, sondern lenkte auch vor allem wieder die Aufmerksamkeit in seinem Leserkreis und Wirkungsbereich auf den so talentierten Landsmann. Die Geck'sche Ausgabe wurde dann auch zur Quelle fast aller Arbeiten über Buß und schließlich 1927 von Anton Retzbach in seine Schrift über „Franz Josef Ritter von Buß. Zu seinem 50. Todestage“ (31. Mai 1928) aufgenommen.

Angefangen hatte es mit einem Gedenkartikel im „D'r alt Offeburger“ vom 19. Juni 1904, der dem am 23. März 1803 in Zell a. H. geborenen Ritter Franz Joseph von Buß gewidmet war. Offenbar war Geck auf Buß gestoßen, als er für seine Zeitung einen Aufsatz über „Appenweier oder Offenburg? (Der Streit um die Nebenbahn nach Kehl)“ anhand der Verhandlungen in der 2. Kammer anfertigte, der ebenfalls in der Ausgabe vom 19. 6. 1904 begann und wie der Artikel über Buß am 3. Juli fortgeführt wurde. Buß hatte sich in der Kammerdebatte von 1837, die im folgenden Jahr weitergeführt wurde, für die Verbindung Appenweier – Urloffen – Kehl und damit gegen das Projekt Offenburg – Kehl ausgesprochen.

Geck: „Aus dem liberalen Paulus wurde ein schwarzer Saulus“

Nach einem kurzen Überblick am 19. 6. über die parlamentarische und wissenschaftliche Laufbahn von Buß brachte Geck am 3. 7. eine Übersicht über die bis 1863 erschienenen Publikationen, um dann die Leser mit der Persönlichkeit des „Ritters aus der Ortenau“ vertraut zu machen:

„Franz Joseph Buß, dieser humorvolle angenehme Gesellschafter, war als junger Gelehrter ein sehr freiheitlich und liberal denkender, sogar ein recht radikaler politischer Kopf. Wenn Buß in Volksversammlungen auftrat, gewann sein Vortrag die Herzen der Hörer; ganz besonders verehrten ihn die Schwarzwälder.“

Zur Geschichte der deutschen Fabrikgesetzgebung.

Erste sozialpolitische Rede
in einem deutschen Parlament im Jahre 1837

von

Franz Josef Ritter v. Buß

badischer Landtagsabgeordneter.

*Dem Kaiserin. Edelmann
zur Erinnerung an den 3. Aug
1919
in Kopie*

von Adolf

Offenburg,

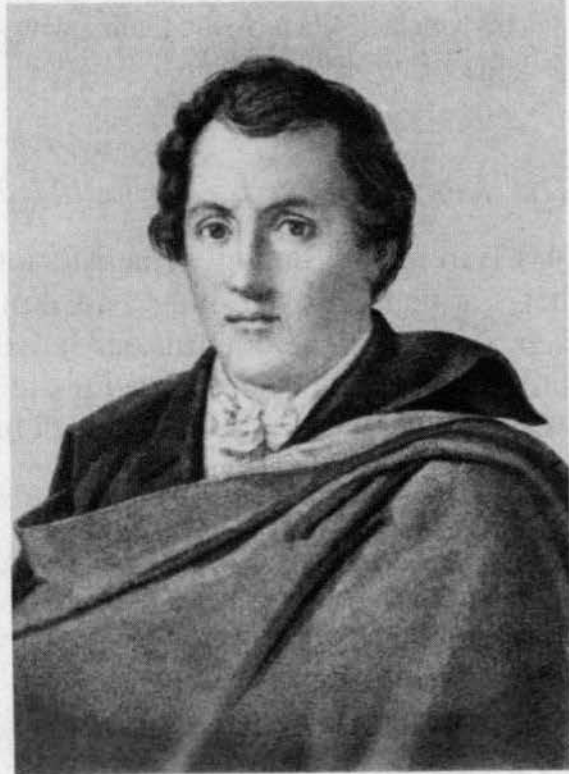
5. August 1919

Druck und Verlag von Adolf Geck.

1904.

Titelblatt der sogenannten „Fabrikrede“ von Franz Joseph Ritter v. Buß
aus dem Verlag von Adolf Geck

Aus dem liberalen Paulus sei allerdings mit der Zuwendung zur aufkeimenden ultramontanen Richtung ein schwarzer Saulus geworden, was wohl nicht mit der Feststellung Hansjakobs übereinstimmen könne, daß Buß erfüllt gewesen sei von Idealen, „von denen er wenige in seinem Leben erfüllt sah, für welche er aber im Greisenalter noch ebenso begeistert war, wie als Jüngling.“



Franz Joseph Buß

Jungfernrede: ein großer Wurf

Mit der Fortsetzung der beiden Aufsätze ließ sich Geck Zeit bis zum 6. 11. 1904, wo nun eine Serie unter der Überschrift „Eine 'Jungfernrede'“ begann, die er den Offenburgern gegenüber auch damit begründete, daß ihr Gymnasium den Grund zur umfassenden Gelehrtheit des späteren 'Ritters' und Magisters, des Doktors der Juristerei, Kirchenlehrers und Politikers legte:

„Den Politiker herauszugreifen aus dem Genie des Zeller Gelehrten, ist der Zweck, dem wir mit der Veröffentlichung einer Buß'schen Rede dienen. Wiederholt wiesen wir darauf hin, daß Buß im 34. Lebensjahr als Volksmann in das badische Ständehaus geschickt wurde für den Kreis Oberkirch-Gengenbach, daß er dort als ein sehr radikaler Kopf einzog, dann der Vertreter des neuen Ultramontanismus wurde, um zuletzt als politischer Antipode seines Selbst aus der frischen Lebenszeit die politische Entwicklung abzuschließen. Sein erstes Auftreten in der II. badischen Kammer erregte damals berechtigte Sensation und, so möchten wir behaupten, die Rede erhält heute einen besonderen kulturhistorischen Wert, weil sie einen Ritt in ein dem parlamentarischen Leben neues Gebiet bedeutet.“

Geck, der sie an einer Stelle als „eine rhetorische Glanzleistung des ortenausischen ersten Sozialpolitikers“ bezeichnete, führte im Vorwort dazu aus:

„Der maiden-speech des Landtagsabgeordneten Buß, seine am 25. April 1837 in der 16. öffentlichen Sitzung der II. bad. Kammer gehaltene Jungferrede, gewährt uns einen Einblick in die Vorstellungen dieses eigenartigen Gelehrten auf wirtschaftlichem Gebiet, der von der Lösung sozialer Probleme zuerst mächtig angeregt worden ist. Seine Begeisterung für den Zollverein, die Erwartungen, welche Buß von der volkswirtschaftlichen Bedeutung des neuen Verkehrsmittels hegte, der Blick auf die Fortschritte der badischen Industrie veranlaßte den parlamentarischen Neuling, mit einem großen Wurf, durch eine fein ausgeklügelte Kanzelrede, vor die politische Welt zu treten.“

Der Fabrikarbeiter ist der Leibeigene seines Brotherrn

Als Buß in der Sitzung seine Motion begründete, in der er den Großherzog bat, „einen Entwurf einer Fabrikpolizeiordnung gnädigst vorlegen zu lassen, durch welche den mit der fabrikmäßigen Industrie verbundenen Nachteilen für die Fabrikarbeiter, für die Fabrikherren und für den Staat möglich vorgebeugt wird“, gab er sich mehr als bescheiden:

„Indem ich heute das erstemal die Rednerbühne dieses Hauses betrete, steigert sich die mir ohnehin eigene Schüchternheit in doppelter Hinsicht, einmal wenn ich auf den Gegenstand, sodann wenn ich auf den Umfang meines Vortrages blicke. Meine Verlegenheit steigt aber noch durch den Umfang meines Vortrages. Ich werde lang, vielleicht zu lange, im Verhältnisse zu meinem Gegenstand aber, der sich eher zu einem Buch, als einer Kammerrede eignet, offenbar zu kurz sprechen.“

Seine angebliche Schüchternheit hielt ihn aber beispielsweise nicht von einer Bemerkung über die soziale Stellung der Fabrikarbeiter zurück, die auch Hugo Ott in seiner Rede vom 25. 2. 1978 in Zell zitierte und die später radikaler auch nicht von Sozialisten ausgesprochen werden konnte: „Das Fabrikwesen erzeugt eine Hörigkeit neuer Art. Der Fabrikarbeiter ist der Leibeigene eines Brotherrn, der ihn als nutzbringendes Werkzeug verbraucht und abgenützt wegwirft.“¹

Buß: „Geldreichtum gestaltet sich zur wahren politischen Macht“

Buß schreibt den Unternehmern auch sonstige unangenehme Dinge ins Stammbuch: ihre den Lohn schmälernde „oft geizige Behandlung“ pflanze in die Seele des Arbeiters das Gefühl des bitteren Hasses, und oft sehe man Fabrikherren, die sich „zum Zweck gemeinsamer Herabdrückung des Lohnes“ verbündeten. Er legte weiterhin dar, daß die übermäßige Fabrikation eine Oligarchie des Geldreichtums schaffe, da der Gewinn der Fabrikindustrie vorzugsweise nur den Unternehmern und Kapitalisten zuflöe: „Nun liegt aber die politische Heilsamkeit des Geldreichtums nur in seiner Verteilung durch sein Zurückströmen unter alle Klassen der bürgerlichen Gesell-

schaft. Häuft er sich in den Händen Weniger an, so entsteht dadurch eine schädliche Abhängigkeit der anderen Klassen.“ Und er sah auch die Gefahr für den Staat voraus: „Endlich gestaltet sich der Geldreichtum, zumal durch die Bildung von Associationen, zu einer wahren politischen Macht, welche sich frech neben die Staatsgewalt setzt und bei der Neigung der Zeit zur Schwächung der Regierung diese mit Lähmung bedroht.“

Einer möglichen Kritik nahm er den Wind aus den Segeln:

„Meine Herren, ich habe Ihnen bisher ein Gemälde eines Fabrikstaates entworfen, welches düster, aber nach der Wirklichkeit gezeichnet ist. Zum Glück, meine Herren, ist dieses für uns ein fremdes Bild, es soll und wird uns auch fernerhin ein fremdes bleiben, und ich habe gewiß nicht nötig, in Beziehung auf unser Vaterland das Amt einer klagenden Cassandra zu übernehmen. Unser Vaterland hat mir die Farben zu diesem Gemälde nicht geliehen; denn bis jetzt hat es eine die Besorgnisse der geschilderten Gefahren noch nicht erregende Fabrikindustrie entwickelt. Unsere erleuchtete Regierung hat dem Entstehen mehrere der dargestellten Nachteile durch weise Maßnahmen vorgebeugt; im Augenblick beschäftigt sie sich mit einem hier gehörigen Teile der Unterrichtspolizei. Auch der Charakter der inländischen Fabrikherren, von welchen ich mehrere als Mitglieder dieser hohen Versammlung verehere, gewährt durch die von ihnen bisher in der Leitung ihres Geschäftes bewährte Humanität eine tröstende Beruhigung für die Zukunft.“

Aber die sofortige Abschwächung konnte nicht überhört werden:

„Gleichwohl sind mit einer übermäßigen Fabrikation manche Gebrechen so wesentlich verknüpft, daß die menschenfreundlichste Sorge der Regierung und der Fabrikherren sie nicht zu beseitigen vermag und so sind selbst bei dem in unserem Lande bisher so mäßigen Fabrikbetriebe einzelne Übelstände hervorgetreten, wie ich aus eigener Erfahrung weiß.“

Das Interesse der Zuhörer in der 2. Kammer mag nicht sonderlich groß gewesen sein, als Buß auf die unsichere wirtschaftliche Stellung des Arbeiters „durch seine Verkettung mit dem Schicksal seines Herrn“ hinwies: „Scheitern die Unternehmungen dieses letzteren, so wird er von dem unglücklichen Lose desselben mitgetroffen, ohne in einem früher zurückgelegten Gewinne, wie dieser, Hilfe für die Not des Augenblickes zu besitzen.“

Der Umfang der Industrie hielt sich noch in bescheidenen Grenzen, aber mit dem Beitritt Badens am 12. 5. 1835 zum preußisch-deutschen Zollverein, dem Ausbau des Eisenbahnnetzes und der 1840 erfolgten Einweihung des neuen Hafens in Mannheim wurden Weichen für eine schnellere industrielle Entwicklung und die Gründung industrieller Großbetriebe gestellt.

Gründung und Krise dreier Großbetriebe

Das Karlsruher Bankhaus S. Haber & Söhne rief bald nach dem Beitritt zum Zollverein am 1. Mai 1836 „zur Gründung einer großen Baumwollspinnerei und mechanischen Weberei im Albtal bei Ettlingen“ auf. Die ins Leben gerufene älteste Aktiengesellschaft der deutschen Baumwollindustrie

schuf im Juni die Ettlinger Spinnerei und Weberei, der 5 Wochen später die „Badische Gesellschaft für Zuckerfabrikation“ in Waghäusel folgte. Und schließlich ermöglichte Haber den Ausbau der Werkstätten von Keßler und Martiensen, das als erstes süddeutsches Industrieunternehmen für Lokomotivbau 1841 ihre erste Lokomotive fertigstellen konnte.² Als 1847 alle drei „anonyme Gesellschaften“ in die schwerste Krise gerieten, die Spinnerei illiquid wurde, wurden Regierung und Kammer unvermittelt mit dem von Buß aufgeworfenen, wenn auch keineswegs neuen Problem der „Abhängigkeit des Arbeiters vom Schicksal seines Herrn“ konfrontiert: Infolge des Zusammenbruchs des Bankhauses Haber drohte Tausenden Entlassung und Arbeitslosigkeit.

Die Maschinenfabrik Keßler beschäftigte im Karlsruher Betrieb 880 Arbeiter, die Zuckerfabrik in Waghäusel im Sommer 303, im Winter weitere 700, und die Spinnerei 1893 Arbeitskräfte. In Ettlingen und Waghäusel wurde bei geringeren Löhnen größtenteils mit Kindern und Jugendlichen gearbeitet, wobei der Anteil der in der Fabrik beschäftigten unter 14 Jahren rd. 78 % betrug!

Bassermann: Regierung huldigt kommunistischen Theorien

Zur Debatte, über die der „Badische Landtagsbote“ ausführlich berichtete, gab es befürwortende und ablehnende Petitionen; in der Kammer wandte sich in der Sitzung vom 27. 1. 1848 der Abgeordnete Bassermann entschieden gegen eine staatliche Unterstützung, die in eine Staatsindustrie münde:

„Und dann möchte ich die Regierung fragen, ob sie nicht ahnt, daß sie hier kommunistischen Theorien huldigt? Ich möchte warnen vor diesen Theorien des Staates im Interesse des Staates. Selfgovernment ist in England der oberste Grundsatz; bei uns dagegen soll die Regierung alles verwalten, sogar die Industrie. Ich verwahre mich gegen solche kommunistische Theorien. Sollte die Arbeit wirklich eingestellt werden, dann wollen wir helfen; aber lassen Sie sich nicht durch die erste Furcht vor einer industriellen Krisis in gefährliche Bahnen schleudern!“

Willi Rinne: die staatssozialistische Auffassung des Prof. Dr. Buß

Da Buß zur Verhütung der aus der Großfabrikation entstehenden Übelstände eine Reihe staatlicher Maßnahmen vorgeschlagen hatte, geriet er noch hundert Jahre später in den Ruf, ein Staatssozialist zu sein. In seinem Buch „Eisenkraftfeld Ruhr“ (1949) setzt Willi Rinne dem Standpunkt der wirtschaftlich Starken, „Herr in seinem Hause zu sein“, die Forderungen von Buß entgegen:

„Und die staatssozialistische Auffassung, die der Freiburger Professor Dr. J. F. Buß in seiner denkwürdigen Rede vom 25. April 1837 in der badischen Zweiten Kammer vertrat und die

dann später in der Deutschen Sozialgesetzgebung ihre gesetzgeberische Form fand, die Auffassung, daß der Staat die Besitzenden zwingen könne, zugunsten der Arbeiter Opfer zu bringen, daß er Hort und Beschützer der wirtschaftlich Schwachen zu sein habe, vermochte sich nur langsam unter Kämpfen durchzusetzen.“

Nun hat ihn Rinne zweifellos in die Kategorie der konservativen Staatssozialisten eingereiht, aber im Hinblick auf den Katalog seiner Forderungen im Parlament und der grundsätzlichen, wenn auch kritischen Bejahung der kapitalistischen Wirtschaftsordnung wäre wohl die Charakterisierung als Sozialreformer angemessener.

Kapp: Staatsdiener in den Direktionen der drei Gesellschaften!

Der Offenburger Abgeordnete Kapp befürwortete die Unterstützung; in Deutschland sei der Schutz der Industrie eine Notwendigkeit. Die Arbeiterzahl der drei Fabriken betrage nahezu die Hälfte aller badischen Fabrikarbeiter. Für die Schwierigkeiten machte Kapp die Wechselreiterei und teure Wechsel verantwortlich; Hecker verwies darauf, daß 1836 das mächtigste Jahr des Aktienschwindels in Europa gewesen sei. Man habe sich davon hinreißen lassen und drei Aktiengesellschaften gegründet. In der sehr bemerkenswerten Diskussion machte der Oberforstmeister v. Kettner in der Sitzung vom 5. 2. 48 darauf aufmerksam, daß seit dem Bestehen der Fabriken in Ettlingen und Waghäusel eine Anzahl von Staatsdienern Mitglieder der Direktionen der betreffenden Gesellschaften gewesen seien und so einen bedeutenden Einfluß auf die Leitung gehabt hätten. In seiner Kritik wies er auch darauf hin, daß diese bei kollidierenden Interessen in eine schwierige und unangenehme Lage geraten könnten. Er wünschte deshalb, daß bei der künftig eintretenden Staatskontrolle der Wirkungskreis der Staatsdiener möglichst beschränkt werde.

Prälat Hüffelt: Übermäßige Anforderungen an Kinder in der Spinnerei

Hüffelt, der erstaunt feststellte, daß er sich von einer Industrie keine Vorstellung machen könne, die noch auf zwei Jahre hinaus mit Bestellungen versehen sei und dennoch die Hilfe des Staates anrufe! Er könne sich nicht erklären, warum man diesen reichen und großen Unternehmen helfend unter die Arme greifen solle, während man hundert andere kleine, die der Hilfe mehr bedürften, denen mit wenigen Tausenden geholfen wäre, zugrunde gehen ließe. Hüffelt legte den Finger auf einen wunden Punkt: die in der Ettlinger Fabrik beschäftigten 200 Kinder würden mit Arbeit übermäßig belastet und im Unterricht so sehr vernachlässigt, daß sie zum Zeitpunkt der Konfirmation oft noch nicht lesen und schreiben könnten. Verständlich, daß sich da der Hofmarschall von Göler als Präsident der Direktion der Spinnerei zur Wehr setzte!

Der Regierungsvorschlag, der eine Zinsgarantie für ca. 5 Mill. fl. auf 15 Jahre vorsah, wurde mit 35 gegen 20 Stimmen angenommen.

Roegele: ein „Gedankenexperiment“

Der sozialpolitische Vorstoß von Buß im Parlament gab Otto B. Roegele Anlaß zu einem „Gedankenexperiment“, mit dem er 1978 einen Aufsatz über Buß einleitete:³

„Nehmen wir an, ein deutscher Hochschullehrer, Mediziner, Jurist, Politiker frühsozialistischer Richtung, etwa aus der Schule der Saint-Simon. Fourier, Owen, hätte, elf Jahre vor dem 'Kommunistischen Manifest' und neun Jahre vor Friedrich Engels' Buch über die Lage der Arbeiter in England, in einem deutschen Parlament die soziale Frage in ihrer ganzen Breite zur Sprache gebracht, – als erster deutscher Politiker das gewaltfreie Mittel der Massenpetitionen in großem Stil eingesetzt, um ‚Bürgerinitiativen‘ zum Erfolg zu führen, – als einer der Vorkämpfer des demokratischen Gedankens den organisatorischen Zusammenschluß eines großen Volksteils bewirkt, es gäbe wohl keine Stadt in Deutschland ohne einen Platz oder eine Straße mit seinem Namen; seine Lebensgeschichte wäre in Schulbüchern zu lesen; mindestens eine politische Partei des linken Spektrums reklamierte ihn als ihren Ahnherrn.“

Sicherlich gehörte Buß nicht zu den Frühsozialisten, aber seine Sozialkritik hatte er unter ihrem Eindruck entwickelt, verquickt „mit konservativ-ständischen Ideen“.⁴ Er wurde zwar von den Sozialdemokraten nicht als sozialpolitischer Ahnherr reklamiert, wenn auch nach den Worten des Sozialdemokraten Rolf Gustav Haebler die „Fabrikrede“ mit ihren für jene Zeit unerhörten Forderungen in die Geschichte der Arbeiterbewegung eingegangen ist, aber immerhin war es doch ein sozialdemokratischer Reichstagsabgeordneter, welcher überdies als Mitglied der Kontrollkommission einem der höchsten Parteigremien angehörte, und der Führer der Sozialdemokraten August Bebel, die seinen Vorstoß im Parlament würdigten.

Jürgen Kuczynski: „erstaunliche Erkenntnis in dieser Zeit!“

Schließlich hält in unserer Zeit ein so bedeutender sozialistischer Gesellschaftswissenschaftler wie Jürgen Kuczynski die Rede von Buß so bemerkenswert, daß er sie 1960 (Vorwort vom 9. 1. 1959) in einem längeren Auszug mit dem Vorwort von Geck und dem Geleitwort Bebels in den Band 9 seiner Geschichte der Lage der Arbeiter aufnimmt (S. 237–253) und sie dann wieder in dem 1981 erschienenen Band 3 (1810–1870) seiner „Geschichte des Alltags des deutschen Volkes“ ausführlicher zitiert. In diesem Band (335 f.) würdigt er die von Buß angeführten Gründe für die Existenzunsicherheit des Fabrikarbeiters:

„Mit Recht wird die Unsicherheit der Lebensexistenz des Arbeiters so in den Vordergrund gerückt. Arbeitslosigkeit hatte es für den Bauern niemals gegeben. Der heimindustrielle Ar-

beiter hatte zumeist ein Stück Land, um ihm über die schlimmste Zeit irgendwie hinwegzuhelfen. Arbeitslosigkeit im Handwerk spielte keine große Rolle. Es war die Fabrik, die Arbeitslosigkeit, also nicht Not und Elend bei Arbeit, sondern Not und Elend ohne Arbeit als Massenphänomen brachte. Und zwar nach Buß, der 1837 noch nicht die Bedeutung der zyklischen Krisen für Deutschland erkennen konnte, Arbeitslosigkeit durch technischen Fortschritt. Einmal durch die Maschine, die Arbeiter freisetzt, sodann – erstaunliche Erkenntnis in dieser Zeit! – durch die Wissenschaft als Produktivkraft, durch das Eindringen von Wissenschaft und Technik in die Industrie, und schließlich Arbeitslosigkeit durch Bankrott von Fabrikunternehmen. In der Tat kann man die Unsicherheit der Arbeit als wichtigen Faktor im Alltag in der hier betrachteten Zeit als Massenerscheinung und darum als neuen Faktor im Leben einer schnell wachsenden Schicht von Werktätigen gar nicht hoch genug einschätzen.“

An anderer Stelle (339 f.) geht Kuczynski auf die Ausführung von Buß über die gesundheitlichen Auswirkungen der Fabrikarbeit ein:

„Manches würden wir anders formulieren, manches noch hinzufügen. Aber die Grundfaktoren sind richtig wiedergegeben. Sehr gut gleich am Anfang die Herstellung der Verbindung der 'folternden Angst der Seele' infolge der ständigen Unsicherheit des Arbeitsplatzes mit dem Gesundheitszustand. Sehr richtig auch, daß, selbst wenn bisweilen, ja gar nicht selten, die gesundheitlichen Verhältnisse im 'handwerklichen Betrieb' (gemeint ist damit auch die Heimindustrie) die gleich gesundheitsschädlich sind, der Handwerker oder Heimarbeiter 'doch auf Momente der schädlichen Einwirkung ausweichen' kann; er braucht nur 5 Minuten in die frische Luft zu treten. Dem Fabrikarbeiter aber ist das verboten.“

„Sehr richtig ist auch die Beobachtung, daß die erwachsenen Fabrikarbeiter schon deswegen so oft in einem schlechten Gesundheitszustand sind, weil sie bereits als Kinder in Fabriken gearbeitet haben.“

„Wie realistisch ist das Gemälde“

Auch was Buß über die Auswirkungen der Fabrikarbeit auf die Familie sagt, findet die Zustimmung Kuczynskis (342): „Diese Sprache ist nicht unsere Sprache – und doch wie realistisch ist das Gemälde der völlig zerstörten Familie – mit eine der Ursachen für die 'Narkose des Branntweins'.“ Seine Anerkennung erstreckt sich noch auf weitere Passagen in der Rede von Buß:

„Gut und richtig ist auch der Hinweis von Buß auf die Hoffnungslosigkeit im Leben der Fabrikarbeiter. Als wir von der Konstituierung der Fabrikarbeiter zur Klasse handelten, sprachen wir auch vom erblichen Proletariat, das sich allmählich herausbildete . . . Erbliches Proletariat aber bedeutet in der Frühzeit des Kapitalismus und auch später für die politisch noch nicht aufgeklärten Arbeiter – und das war bis 1870 die überwältigende Mehrheit der Fabrikarbeiter, wie Buß so richtig beobachtet: Hoffnungslosigkeit für die Zukunft. Das heißt, zu der ständigen Angst vor der Arbeitslosigkeit kommt am Alltag die Hoffnungslosigkeit, die mindestens ebenso drückend und den Alltag verdüsternd ist. Schließlich beunruhigt Buß in diesem Zusammenhang 'die Selbstaufreißung in den Freuden zügelloser Geschlechtslust' – eine durchaus berechtigte Beunruhigung, nur hätte er nicht nach Lyon zu weisen brauchen, er hätte ebenso gut deutsche Fabriken und Fabrikstädte als Beispiel geben können.“

Auch was Buß über die neue Leibeigenschaft ausführte, fand bei Kuczynski volle Anerkennung: „Wiederum überrascht die Einsicht in die Stellung des

Fabrikarbeiters, die seinen Alltag bestimmt: die Lohnsklaverei, die durch die Maschine bedingte Leibeigenschaft, die politische Unfreiheit.“ (343 f.)

Mit seiner Würdigung hat der sozialistische Gesellschaftswissenschaftler, dessen Bibliographie übrigens annähernd 3000 Veröffentlichungen aufweist, darunter „etwa 100 Bücher oder stärkere Broschüren“, Franz Joseph Buß ein beachtliches Denkmal gesetzt.

Friedrich Engels war zur Zeit der „Fabrikrede“ 16 Jahre

Beiläufig sei aber zu dem „Gedankenexperiment“ noch vermerkt, daß Buß seine Rede nur deshalb schon 9 Jahre vor dem Erscheinen der Publikation von Friedrich Engels halten konnte, weil dieser zu jenem Zeitpunkt erst 16 Jahre alt und noch Schüler des Elberfelder Gymnasiums war. Und was gar die Benennung von Straßen oder Plätzen nach Engels oder auch Marx anbelangt, so würde in der Bundesrepublik das Ergebnis einer Aufzählung wohl sehr mager ausfallen.

Auch Karl Marx hatte übrigens erst im September 1835 das Abitur in Trier bestanden, wo er 1818 geboren wurde, während Buß bereits im September 1820 die Erlaubnis zum Studium in Freiburg erhalten hatte. Da dieser auf Grund seiner ausgezeichneten Sprachkenntnisse – er hatte schon als Abiturient in Latein mit „vorzüglich gut“ und in Griechisch und Französisch mit „sehr gut“ abgeschnitten – die Verhältnisse in Frankreich und England kannte, wußte er selbst wohl am besten, daß es in England bereits 1802 ein erstes Arbeiterschutzgesetz gab, 1819 ein Gesetz über die Kinderarbeit in den Baumwollspinnereien folgte, 1815 die erste parlamentarische Untersuchung über die Lage der Arbeiter stattfand und 1832–33 die Berichte der parlamentarischen Kommissionen über die Lage der Fabrikarbeiter und die Kinderarbeit vorgelegt wurden.

Buß hat sich nicht als erster mit den Problemen der Fabrikarbeit befaßt

Die Bedeutung des parlamentarischen Vorstoßes wird selbstverständlich keinesfalls dadurch beeinträchtigt, daß Buß nicht der erste Autor war, „der sich mit den Problemen der Fabrikarbeit und der Industrialisierung“ befaßte. Franz von Baader, der als Bergbau-Ingenieur mit den harten Tatsachen wohlvertraut war, schrieb schon zwei Jahre zuvor (1835) „über das dermalige Mißverhältniß der Vermögenslosen oder Prolétaires zu den Vermögen besitzenden Klassen in Betreff ihres Auskommens, sowohl in materieller als in intellektueller Hinsicht“. Gleichzeitig erschien aus der Feder des liberalen Staatsrechtslehrers Robert von Mohl eine Abhandlung „über die Nachteile des fabrikmäßigen Betriebes der Industrie“. Beiden Werken, vor allem

den Gedanken Mohls, war die „Fabrikrede“ des Abgeordneten in vieler Hinsicht „verpflichtet“. Noch deutlicher als es hier Roegele sagt, hoben neuerdings in der Ortenau Adalbert Ehrenfried 1977 und Hugo Ott in seiner Zeller Rede vom 25. 2. 1978 hervor, daß die „Fabrikrede“ jedoch „gerade in den Teilen der Analyse der Lage der Fabrikarbeiterschaft sehr weit, fast wörtlich abhängt von der 1835 veröffentlichten Studie Robert Mohls...“

Spreng: sozialreformerisches Gedankensystem von Buß ohne Originalität

Es kann und braucht auch hier nicht auf Einzelheiten eingegangen werden; es genügt die Feststellung von Spreng, der in seiner Dissertation Buß als einen „der führenden Politiker und Sozialreformer des deutschen Katholizismus gegen die Mitte des vorigen Jahrhunderts“ bezeichnet⁵:

„Aus den obigen Ausführungen hat sich nun aber ergeben, daß Buß sich nicht nur in Anlage und Gliederung seiner Rede, sondern auch inhaltlich in sehr weitgehendem Maße an den Aufsatz Rudolf Mohls angeschlossen hat. Die auch in Einzelfällen vielfach zu beobachtende Übereinstimmung schließt dabei die Annahme, es handle sich um lediglich sinnverwandte und zeitbedingte Gedankengänge, aus. Es darf daher mit gutem Grunde behauptet werden, daß Buß in erster Linie auf dem Mohlschen Aufsätze aufgebaut hat“ (61). Spreng betont aber: „Durch diese Feststellung wird in keiner Weise das wesentliche und bleibende Verdienst Buß‘, auf Grund tiefen sozialen Empfindens als Erster in einem deutschen Parlament Staatshilfe gegen die soziale Not verlangt zu haben, geschmälert. Zwar hat schon Staatsrat Freiherr von Gagern im Jahre 1833 in der 1. Kammer der Hessischen Landstände die soziale Frage insofern gestreift, als er gelegentlich der Behandlung eines Tierschutzantrags auf die Gefahren der übersteigerten Kinderarbeit hinwies. Diese beiläufige Äußerung Gagerns kann jedoch nicht als sozialpolitische programmatische Erklärung im eigentlichen Sinne, wie sie die Rede Buß‘, darstellt, bezeichnet werden. Es bleibt eine historische Tat Buß‘, als Erster die soziale Frage in ihrem ganzen Ausmaße in einem deutschen Parlament aufgerollt zu haben“ (103).

In seiner Würdigung der sozialpolitischen Vorschläge von Buß faßt Spreng zusammen:

„Die Darstellung der sozialpolitischen Ideen Buß‘ hat ergeben, daß sein sozialreformerisches Gedankensystem Anspruch auf Originalität nicht machen kann, die ‚eigene Denkarbeit‘, die Schwer rühmend hervorgehoben hat (Der soziale Gedanke in der katholischen Seelsorge, S. 49), nicht sehr tiefgehend gewesen ist.“

Hauptbedeutung von Buß: Einwirkung auf die katholisch-soziale Bewegung

„Franz hat bereits gelegentlich von dem ‚problematischen Lebenswerk‘ (Der soziale Katholizismus 65) Buß‘ gesprochen, ihm jedoch in mancher Beziehung, so insbesondere der französischen Sozialbewegung gegenüber, ein größeres Maß von Selbständigkeit und schöpferischer Gedankenkraft zuerkennen wollen. Unsere Untersuchung hat demgegenüber gezeigt, daß die eigene Gedankenarbeit Buß‘ auf sozialem Gebiet nicht sehr bedeutend war, daß sie sich insbesondere auch nicht als logische Abfolge seiner philosophischen Ansichten darstellt.“

Und weiter unten:

„Die sozialpolitische Rede hat sich uns vielmehr entscheidend von R. Mohl beeinflusst gezeigt. Buß hat in erster Linie, teilweise in fast wörtlicher Übereinstimmung, auf diesem Schriftsteller aufgebaut und die Mohlschen Gedankengänge in den wesentlichsten Punkten übernommen“ (115).

Spreng stellt auch in bezug auf spätere sozialpolitische Reformvorschläge ähnliche Abhängigkeiten von Alletz fest: „Das Maß von Originalität und Selbständigkeit, das Buß, der kein geistiger Führer und Gelehrter größeren Formats war, für sich in Anspruch nehmen kann, ist sonach nicht sehr groß“ (116). Spreng schließt mit der Bemerkung, daß Buß zwar nicht der erste deutsche Sozialpolitiker, auch nicht der erste katholische Sozialpolitiker gewesen sei, wie man ihn schon bezeichnet habe, wohl aber eben der Erste, der in einem deutschen Parlament sozialpolitische Forderungen erhoben habe:

„Darüber hinaus liegt seine Hauptbedeutung in seiner Einwirkung auf die katholisch-soziale Bewegung Deutschlands, die er recht eigentlich eingeleitet und bestimmt hat. Es führt, wie Bachem gemeint hat, von seiner Rede ein ununterbrochener Faden zu dem Auftreten Kettlers und der sozialen Aktion der Katholiken seit 1848, zu dem Antrage des Grafen Galen im Reichstag 1877 und der ganzen Sozialpolitik des Zentrums.“

Buß' Programm: ungenügende Vorschläge

30 Jahre später hat Angermann in seinem Werk über Mohl diese Forschungsergebnisse übernommen: „Karl Spreng hat in seiner Dissertation in vielen Einzelheiten wie auch an Hand einer ganzen Reihe der leitenden Ideen die ans Plagiat grenzende und bis in die Wortwahl zu verfolgende Abhängigkeit dieser Rede von Mohls Aufsatz nachgewiesen, so daß dieser Nachweis im einzelnen hier unterbleiben kann (312).⁶

Natürlich mag es heute irritieren, daß Buß im Parlament nicht auf seine geistige Quelle hingewiesen hat, aber dessen ungeachtet hatte die Rede aus der Sicht Angermanns einen positiven Aspekt: an ihr ließe sich mit Sicherheit der Einfluß Mohls mit dessen erstem Aufsatz zur Arbeiterfrage aus dem Jahr 1835 feststellen. „Buß' Abhängigkeit von Mohl, die schon aus dem Titel der Motion hervorgeht, erstreckt sich besonders auf die Analyse der Lage der Arbeiter, die Kritik der bisherigen Vorschläge zur Abhilfe und die bei Buß sonst nicht in diesem Maße zu findende Forderung nach einer Hilfe des Staates“. Angermann weist aber dann auf die unverkennbaren Unterschiede der beiden Programme hin, auf die wir hier nicht eingehen können; es mag bei seiner Feststellung bleiben: „Mohl hätte Buß' Programm mit Recht unter die ‚ungenügenden‘ Vorschläge eingereiht, da es im großen und ganzen eben doch bei den landläufigen Forderungen stehenblieb.“ Immerhin sei aber die Übernahme zahlreicher Gedanken durch Buß von einer ge-

wissen Bedeutung für die weiteren sozialpolitischen Ideen geworden, und paradoxerweise gehe also die katholische Sozialbewegung des 19. Jahrhunderts zumindest in gewissen Bestandteilen nicht auf den katholischen Sozialphilosophen Franz Baader, sondern über Buß auf Anregungen des altliberalen Sozialpolitikers Robert Mohl zurück (314 f.).

Was nun die Bemerkung bei Deuchert betrifft, daß die Rede von Buß „auf-rüttelnd, ja revolutionär“ gewirkt habe, so bedürfte dies doch nach dem Gesagten einer näheren Erläuterung, denn zunächst konnte davon keine Rede sein: der Kommissionsbericht der 2. Kammer über die Motion des Abgeordneten Buß, der im Juli 1837 vom Abgeordneten Stößer erstattet wurde, schließt mit dem Satz: „Unter Anerkennung der Verdienste des Redners Buß schlägt die Kommission die Überweisung zur Kenntnisnahme vor.“ Immerhin: „Auf die Regierung scheint die Buß'sche Rede einen anregenden Eindruck gemacht zu haben; dem Landtag 1840 legte Baden das erste Aktenstück einer sozialen Gesetzgebung vor“, schrieb Geck im Vorwort. Jedoch die „Aufrüttelung“ ließ auf sich warten:

„Seinen zwei großen Sozialreden war ja nun freilich auch der praktische Erfolg versagt geblieben. Das schmälert aber nicht ihr Verdienst. Sie wiesen prophetisch in die Zukunft, und was Buß vom Staat gefordert, ist ja auch später anerkannt worden. Die Entwicklung hat jenes Recht geschaffen, das seine nicht so weit blickenden Zeitgenossen versagten.“⁷

Die Sympathiebekundung in der Paulskirche für die Arbeiter

Die eigentlich dazu berufenen Zeitgenossen versagten schon in der Paulskirche, als am 8. und 9. Februar 1849 über das „Recht auf Arbeit“ debattiert wurde, den Arbeitslosen ihre Unterstützung. Der Antrag: „Jeder Deutsche hat ein Recht auf Unterhalt. Dem unfreiwilligen Arbeitslosen, welchem keine verwandtschaftliche oder genossenschaftliche Hilfe wird, muß die Gemeinde oder der Staat Unterhalt gewähren, und zwar, soweit möglich, durch Anweisung von Arbeit“, wurde mit 317 gegen 114 Stimmen abgelehnt. Eugen Barthelmess führt zu der ergebnislosen Debatte zur Arbeiterfrage die platonische Sympathieerklärung des Märzministers Friedrich Römer an: „Meine Herren, Sie teilen gewiß alle die Sympathie für diese Leute und ich bitte, durch Aufstehen den Beweis zu geben. Und sie standen alle auf.“⁸

Geck: Buß so berühmt wie Hecker

Als Geck 1904 mit seiner Artikelreihe begann, war die Frage nach den geistigen Vätern von Buß noch nicht aktuell. Von seinen Quellen erwähnte er die „Badische Landtagsgeschichte bis 1840“ von Leonhard Müller, ohne übrigens dessen Beurteilung von Buß zu übernehmen, daß dieser „arrogant

und demagogisch“ gewesen sei. Geck erwähnt im Gegenteil, man habe seinen noblen Charakter gerühmt, auch sein „gesellschaftliches Talent, gewinnend auch für den Gegner“, wie auch seinen unerschöpflichen Humor. Als Heimathistoriker legte er vor allem Wert darauf, eine so markante Persönlichkeit aus der Ortenau herauszustellen, dessen Name „am Schluß der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts so berühmt war wie derjenige seines landsmännischen Gegenfüßlers Hecker“. Unter diesem Aspekt brachte er am 23. April 1905 in seinem Blatt ein Jugendbildnis von Buß mit der Bemerkung:

„Gewiß werden alle, die an der trefflichen Rhetorik des ortenauischen Landsmannes, an seinen scharfsinnigen Betrachtungen über die sozialen Einflüsse der sich so rasch entwickelnden maschinellen Großindustrie und über den zu beobachtenden Arbeiterschutz einen Wohlgefallen fanden im Zeitalter der deutschen Arbeiterfürsorge, eben so sehr erbaut sein von der hübschen, anziehenden Gestalt des so berühmt gewordenen Landsmannes Dr. Franz Josef Ritter v. Buß...“

Kautsky: „Die Rede verdient es, der Vergangenheit entrissen zu werden“

Beim Druck der Aufsätze hatte Geck angesichts der Bedeutung des Themas auch die Herausgabe als Broschüre ins Auge gefaßt und war natürlich daran interessiert, einen sachkundigen prominenten Parteifreund für ein Nachwort zu gewinnen. Er dachte dabei an Karl Kautsky, der „Die neue Zeit“, das führende theoretische Organ der deutschen Sozialdemokratie, herausgab und redigierte, ihm aber am 7. 12. 1904 eine Absage erteilen mußte:⁹

„Lieber Genosse Geck, die Arbeit über die Republik absorbierte mich so sehr, daß ich erst heute dazu kam, die mir gesandten Abzüge zu lesen. Buss ist sicher ein interessanter Kerl und seine Rede verdient es, der Vergangenheit entrissen zu werden. Aber ich finde, was Sie als Vorwort dazu geschrieben haben, genügt vollständig. Mir selbst fehlt auf jeden Fall die Zeit, Ihnen das gewünschte Nachwort liefern zu können, ich bin scheußlich mit Arbeit überbürdet und kann nichts mehr übernehmen, so lange ich nicht die beiden noch fehlenden Bände aus dem Marxschen Nachlaß herausgegeben habe. Also bitte, entschuldigen Sie meine Ablehnung – sie erfolgt gleichzeitig mit einem halben Dutzend anderer Ablehnungen. Wir beide grüßen Sie und Ihre Familie aufs herzlichste
Ihr ergebener K. Kautsky“

In dem erwähnten und vom November 1904 datierten Vorwort geht Geck auch auf den politischen Wandel von Buß ein, der nach den Worten von Franz Huber „in seinen jungen Jahren von dem in Offenburg herrschenden Geist stark beeinflußt gewesen ist“:

„Wenn es zur Zeit unserer Großeltern schon ‚psychologische Rätsel‘ gab, war Buß ein solches. Der Dreißigjährige feiert die Ketzer Huß und Hieronymus als Helden im Kampfe für die religiöse Freiheit und ladet zur Beisteuer für ein in Konstanz zu errichtendes Denkmal mit dem Motto ein: ‚Die Flammen des Ketzergerichts haben zwar den Leib dieser Märtyrer zerstört, nicht aber ihren Geist‘. Fünf Jahre später trägt Buß das Banner der *ecclesia militans* an der Spitze der jungen ultramontanen Bewegung, als deren rastloser Schriftsteller er als-

bald den Ronge'schen Deutschkatholizismus bekämpft und die Einführung religiöser Orden gegen den Ketzergeist fordert. Sein Radikalismus war – wie Pfarrer H. Hansjakob schrieb – ‚der Verehrung positiver Freiheit gewichen‘“

Im Eisenbahnbau auf der Seite der Fortschrittler

Dann erwähnt er lobend die fortschrittliche Haltung von Buß in der Frage des Eisenbahnbaus:

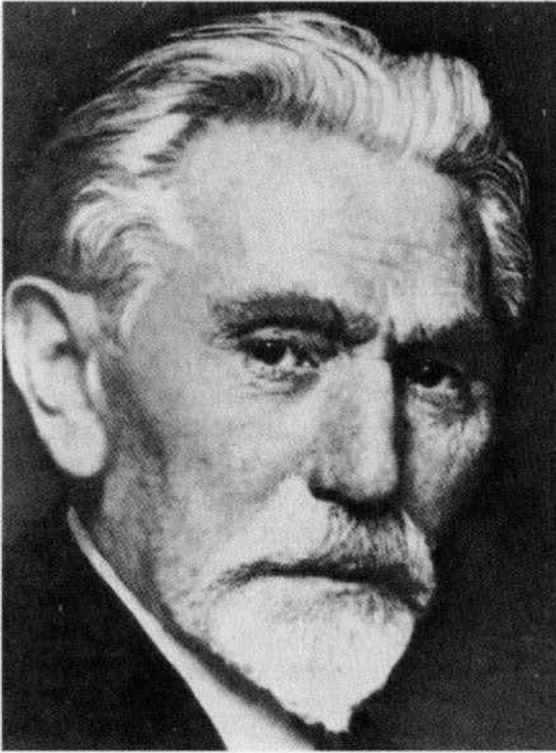
„Noch auf dem außerordentlichen Landtage 1838, der sich mit der Erbauung einer Eisenbahn im Land Baden befaßte, trat der Abgeordnete Buß im Einklang mit seiner Vergangenheit auf die Seite der Fortschrittler Rotteck und Welker, welche gegenüber den Reaktionären in der Erbauung von Eisenbahnen eine Frage der Kultur und Civilisation erkannten. Buß, vom Geiste der Internationalität gehoben, schilderte in einer Art Prophetie die internationale Entwicklung der eisernen Wege, führte den badischen Schienenstrang in der Phantasie nach Süden weiter über den Schwarzwald und die Alpen bis ans mittelländische Meer – und ernstete dafür den Spott jener nie aussterbenden Beschränktheit der Altklugen, die heute mit ihrem Hohn über den Zukunftsstaat den Entwicklungsgang der menschlichen Gesellschaft aufhalten zu können glauben.“

Geck schließt die Kurzbiographie mit der Hinführung zur „Fabrikrede“ ab, die einen Einblick in die Vorstellungen dieses eigenartigen Gelehrten auf wirtschaftlichem Gebiet gewähre, der von der Lösung sozialer Probleme zuerst mächtig angeregt worden sei.

„Seine Begeisterung für den Zollverein, die Erwartungen, welche Buß von der volkswirtschaftlichen Bedeutung des neuen Verkehrsmittels hegte, der Blick auf die Fortschritte der badischen Industrie veranlaßte den parlamentarischen Neuling, mit einem großen Wurf, durch eine fein ausgeklügelte Kathederrede, vor die politische Welt zu treten.“

Sehr fraglich ist, ob Geck, der ja zeitlebens die 48er-Tradition pflegte und in seinem Vorwort erwähnte, daß Buß zur Vorbereitung gegen den revolutionären Ansturm 1846 hundert katholische Vereine gegründet habe, auch von dessen gegenrevolutionärer Aktivität Kenntnis hatte, die in der Verschickung eines Flugblatts gipfelte, zu dem Dorneich bemerkt: „Dieser Aufruf ist sicher das Ungeschickteste, was Buß je geschrieben hat.“

Im übrigen trafen sich die Professoren Buß und Robert von Mohl in der deutschen Nationalversammlung in Frankfurt. Der berühmte Staatsrechtler Mohl gehörte als Justizminister dem ersten Reichsministerium an; Buß, der erst Anfang Dezember 1848 in das Parlament eintrat und den der Abgeordnete Wilhelm Zimmermann zu den „stämmigen, urkräftigen Söhnen des Schwarzwaldes“ rechnet,¹⁰ steht mit an der Spitze des Großdeutschen Vereins, der Anfang Mai 1849 gegründet wurde.¹¹ In seiner großdeutschen Konzeption vertritt er die Auffassung, daß Deutschlands Zukunft im Südosten liege: „Unsere Sendung ist, mit dem germanischen Prinzip die übrigen Stämme zu veredeln . . .“¹²



August Bebel (1840–1913)

Bebel: „Menschenfreundlicher Abgeordneter ruft nach Sozialreformen“

Nach der Absage von Kautsky wandte sich Geck an seinen Freund August Bebel, der seiner Bitte entsprach und ihm am 7. April 1905 das Nachwort schickte.¹³

„Lieber Adolf. Anbei das Gewünschte. Da Du ein Vorwort schon geschrieben hast, wußte ich nicht recht, wie ich mein Elaborat betiteln sollte. Ich überlasse es Deinem Scharfsinn, hier eine passende Überschrift zu finden.“

In dem „Geleitwort“, wie es Geck schlicht nennt, weist Bebel eingangs darauf hin, daß es im gelobten „Zeitalter der Sozialreform“ in der Ordnung und verdienstlich sei, „den Spuren nachzugehen, die uns die Vorkämpfer sozialreformerischer Maßregeln kennen lernen.“ In seinen Darlegungen geht Bebel auf die Ursache der Sozialreform und insbesondere auf die Schwierigkeiten ein, sozialreformerische Maßregeln durchzusetzen. Einmal sei der Staat an der fortschrittlichen Produktionsweise interessiert, die er nicht sofort durch staatliche Maßregeln eindämmen wolle. Zum andern stemme sich die neu aufkommende Gesellschaftsschicht der Unternehmer dagegen, da sie diese als Hemmnisse und Hindernisse ihrer Interessen betrachte. Auch sei es als sehr widerspruchsvoll erschienen, einerseits für Gewerbefreiheit, Freizügigkeit, Zoll- und Handelsfreiheit und ähnliches zu kämpfen, andererseits die „Freiheit der Arbeit“ einzuschränken:

„Es verdienen daher die Männer alle Anerkennung, die es wagten, den maßgebenden Interessen und herrschenden Vorurteilen entgegenzutreten und im Namen der Menschlichkeit und

des Gemeinwohls zunächst den Schutz der Schwächsten unter den Schwachen, der Kinder und Frauen, dann aber auch der erwachsenen männlichen Arbeiter zu fördern.

Wenn nun im südwestlichen Deutschland, im badischen Parlament, zuerst der Ruf nach sozialreformerischen Maßregeln seitens eines menschenfreundlichen Abgeordneten wie Buß erhoben wurde, so war hierfür ein ausreichender Grund vorhanden. Baden gehört zu den Ländern Deutschlands, in denen sich das parlamentarische Leben zuerst entwickelte. Ehe überhaupt ein norddeutscher Staat ein Parlament besaß – Preußen, der größte, erhielt es erst infolge der Revolution von 1848 – war Baden im Besitz eines solchen. Und Baden besaß auch damals die Männer, die in einer für das übrige Deutschland nachahmenswerten Weise die bürgerlichen Rechte und Freiheiten verteidigten und geltend machten.“

Hatte Sachsen auch ein Parlament, so doch keinen Buß

„In der ökonomischen Entwicklung waren das preußische Rheinland, Teile von Westfalen und die Provinz Schlesien Baden weit überlegen. Das gleiche war mit dem Königreich Sachsen der Fall. Und wenn Sachsen seit 1830 auch ein Parlament besaß, so besaß es keinen Buß, der gegen die unmenschliche Ausbeutung der Arbeitskraft auftrat und die Gefahren dieser Ausbeutung zu schildern verstand. Man muß Buß zugestehen, er hat in einer für seine Zeit und in Anbetracht der Verhältnisse seines Landes tiefgründigen Weise das Wesen der Fabrikarbeit mit ihren bösen Folgen gekennzeichnet und richtig formuliert.“

Druck der Rede eine vollberechtigte Anerkennung für Buß

„Es ist deshalb eine vollberechtigte Anerkennung für Buß, daß die erste sozialpolitische Rede, die in einem deutschen Parlament gehalten wurde, der Öffentlichkeit übergeben wird. Wie der Inhalt seiner Rede zeigt, sind es nicht nur die Erscheinungen, die das Fabrikssystem in seinem Heimatlande zeitigte, was ihn zu seinem Vorgehen antrieb, sondern auch was darüber aus Frankreich und vor allem aus England in die Öffentlichkeit gedrungen war.“

Seltsamerweise sei es aber nicht England, sondern Österreich gewesen, das bereits 1786 Vorschriften für die Fabrikarbeit erlassen habe. Nach einem Überblick über die weitere Entwicklung der Sozialgesetzgebung schloß Bebel sein Geleitwort:

„Hatte also Buß auch nicht erreicht, was er wollte, – ein Schicksal, das er mit allen Neuern teilt – so verbleibt ihm doch der Ruhm, der erste parlamentarische Vertreter des Arbeiterschutzes gewesen zu sein.“

Während Roegele in seinem erwähnten Aufsatz oder Ehrenfried in seinem Buch, das 1977 zum 100. Todestag von Buß herauskam, Bebels Anerkennung für Buß kurz würdigen, vermißt man dies aber bei dem Buß-Forscher Julius Dorneich in seinem 1979 erschienenen Werk. Roegele schätzt zwar, daß kein Geringerer als August Bebel „das Pionierhafte der ‚Fabrikrede‘ von 1937“ anerkannte, übt aber, wie andere auch, dem Verleger gegenüber eine bemerkenswerte Zurückhaltung, obwohl man an der unterschiedlichen Datierung von Vor- und Geleitwort erkennen kann, daß die Initiative von Geck ausgegangen war. Offensichtlich war und ist es allen Autoren auch unbekannt, daß Geck schon im November 1904 mit dem Abdruck der „Jung-

fernrede“ in seiner Zeitung begann, die in der Ausgabe vom 29. 1. 1905 abgeschlossen wurde.

Die von Dorneich übergangene Laudatio Bebels vermochte es aber auch nicht, Buß Eingang in alle Fachbücher zu verschaffen. So findet sich beispielsweise in den 20er Jahren in dem bei den Studenten beliebten und von Professoren für das Studium empfohlenen „Abriß der Sozialpolitik“ (5. Aufl. 1928) von Ludwig Heyde nicht einmal die Erwähnung seines Namens.

1837: Forderung im rheinischen Provinziallandtag nach Kinderschutzgesetz

Dafür ist aber bei Heyde nachzulesen, daß 1837 auch in einem anderen Landtag ein Schutzgesetz für die Fabrikarbeit der Kinder verlangt wurde:

„Der menschenfreundliche Fabrikant Schuchard aus Barmen forderte im rheinischen Provinziallandtag und in der Presse ein Kinderschutzgesetz, und er fand beim Oberpräsidenten v. Bodelschwingh, dem Kultusminister und dem neuen Innenminister v. Rochow volle Zustimmung.“ Daraufhin wurde 1839 das erste sozialpolitische Gesetz in Preußen erlassen, daß die Arbeitszeit der Kinder und Jugendlichen regelte. Kinder unter 9 Jahren durften nicht mehr in Bergwerken, Fabriken, Poch- und Hüttenwerken arbeiten. Allerdings mußten dann erst besondere Kommissionen zur Überwachung eingesetzt werden, damit die Vorschriften auch tatsächlich befolgt wurden. In Baden kam erst am 4. März 1841 eine Verordnung zum Schutz der Arbeit der Kinder heraus, die nach Bebel „hinter den Vorschriften von Preußen und Bayern zurückblieb.“

Der preußischen Gesetzgebung war eine Initiative des preußischen Kultusministers von Altenstein im Jahre 1818 vorangegangen, der im Einvernehmen mit dem Handelsminister einige Regierungspräsidenten zur Berichterstattung über die Situation der rheinischen Fabrikkinder aufforderte. Wie Ludwig Heyde berichtet, bestätigten ihre Rapporte die von Altenstein beobachteten Zustände. Unter den Vorschlägen zur Abhilfe wurde schon damals die Errichtung einer staatlichen Gewerbeaufsicht genannt. Entscheidende Unterstützung erhielt v. Altenstein seitens des Militärs, da die Kinderarbeit den Erfolg der Aushebungen in manchen Industriebezirken stark beeinträchtigte. Friedrich Wilhelm III. forderte daraufhin am 12. 5. 1828 zur Vorlegung von Vorschlägen geeigneter Maßregeln zur Abstellung der Mißstände auf, was aber die Bürokratie für viele Jahre hinauszögern konnte.

Franz Huber: Hätte Buß nicht so vieles angepackt ...

Buß, der in den Hungerjahren 1846/47 umfangreiche Spenden- und Hilfsaktionen organisierte,¹⁴ hatte 1846 im Rahmen einer Landtagsdebatte zum

Zolltarif einen neuen sozialpolitischen Vorstoß unternommen; er verlangte Schutz der Handwerker gegenüber den Fabrikanten und eine höhere Besteuerung „der so geschätzten Fabriken“. Vor allem verlangte er aber

„einen Schutz desjenigen Teils unserer Bevölkerung, welche an die Geschicke der Industrie gefesselt ist. Ich verlange ihn, damit nicht auch bei uns jene neue Leibeigenschaft der Fabrikation entstehe, welche uns in Ländern hochentwickelter Industrien mit Trauer und Schrecken erfüllt. Ich fordere Schutz für die Fabrikarbeiter in ihren wirtschaftlichen Verhältnissen, damit sie nicht bei den sich folgenden industriellen Krisen auf das Pflaster gesetzt werden; ich fordere Schutz gegen die Gefahren der Gesundheit dieser Menschen. Ich fordere Schutz in den rechtlichen Verhältnissen der Fabrikarbeiter gegen den Fabrikherrn.“

Franz Huber, der in seinem Aufsatz über Buß auch Passagen aus dem Nachwort Bebels zitierte, schrieb dazu:

„Nicht ein sozialistischer Arbeitervertreter, nein, ein Universitätsprofessor hat so gesprochen und sich zum freiwilligen Anwalt der Armen gemacht. Wenn Buß nicht so vieles angepackt und unternommen haben würde, wenn er die soziale Frage zu seiner Sonderaufgabe gemacht hätte, und er hätte nach Wissen und Temperament das Zeug dazu gehabt, er wäre nicht so vergessen worden.“

Und sicherlich hat es Buß auch nicht verdient, daß er in der „Chronik der Stadt Zell am Harmersbach“ (1937) von Franz Disch keine Würdigung erfuhr.

Rolf Gustav Haebler: „In der Sache sieht Buß richtig“

Zu den zahlreichen sozialen Forderungen von Buß, zu denen auch besondere Bildungseinrichtungen für die Arbeiterschaft: gewerbliche und technische Fachschulen, der Bau gesunder Arbeiterwohnungen gehörten, vermerkte der Sozialdemokrat Haebler in einem Zeitungsartikel über den „großen Sozialpolitiker aus Zell a. H.“:

„Dagegen liegt Buß der gewerkschaftliche Gedanke noch fern, aber in der Sache sieht er richtig: ‚Nur wenn der Arbeiter wirtschaftlich unabhängig ist, kann er seine Freiheit richtig gebrauchen‘, erklärte der Abgeordnete. Der Staat müsse, das war der Kern seiner Rede, alles tun, um ‚die neue Leibeigenschaft, die Leibeigenschaft der Fabriken‘ zu verhindern. Die sozialpolitischen Ideen von Buß eilten freilich ihrer Zeit weit voraus; die Geschichte der Arbeiterbewegung sollte in vielen Kämpfen erst verwirklichen, was dem jungen badischen Abgeordneten damals vorschwebte.“

Noch 1951 konnte Franz Huber resigniert feststellen:

„Wenngleich die Arbeiten von Franz Dor und Dr. Anton Retzbach dazu bestimmt waren, daß die Persönlichkeit von F. J. Buß mindestens im katholischen Teil des badischen Volkes mehr bekannt und in der Erinnerung gehalten würde, und wenn der Sozialdemokrat Adolf Geck im Jahre 1904 bezweckte, daß seine Lebensskizze wie auch das von August Bebel geschriebene Geleitwort in die Arbeitermassen dringe, so muß man doch feststellen, daß alle diese Bemühungen ohne den gewünschten Erfolg geblieben sind...“

Und doch hatte nach dem 2. Weltkrieg der damalige stv. Ministerpräsident Heinrich Köhler auf der Eröffnungssitzung der Vorläufigen Volksregierung für Baden-Württemberg am 16. Januar 1946 in Stuttgart ganz offiziell die Erinnerung an Buß wachgerufen, als er von der großen Zeit der badischen Landstände im 19. Jahrhundert sprach, „wo die badischen Abgeordneten – ein Rotteck, ein Liebenstein oder ein Ritter von Buß – alle Fragen der Freiheit und Sicherheit mit Sachkunde und Gründlichkeit erörtert und die wichtigsten Bürgerrechte dem widerstrebenden Absolutismus abgerungen haben.“¹⁵

In seinem 1948 erschienenen Buch „Soziale und Politische Geschichte der Revolution von 1848“ geht dann Rudolf Stadelmann auf die führende Rolle von Buß zur Formierung des politischen Katholizismus ein:

„Buß, der selbst aus dem Volk stammte und mit seinen Schwarzwaldbauern zu reden verstand, hat schon vor 1848 auf Grund seiner badischen Erfahrungen einen bis ins einzelne gehenden Plan aufgestellt, wie man durch Gründung von kleinen Lokalblättern und Ortsvereinen, durch Dachorganisation und zentrale Presselenkung, durch zugkräftige Volksredner und politisch-religiöse Aufklärungsarbeit einen Propagandafeldzug aufziehen müsse, um sich eine Millionenanhängerschaft zu erziehen.“ Den Weg freigekämpft haben allerdings die revolutionären Kräfte, die sich an der Pariser Februarrevolution entzündeten: „Aber erst die Märzereignisse mit ihrer Errungenschaft der Vereinsfreiheit und der neuen Pressegesetze haben die Bewegung für ganz Deutschland ins Rollen gebracht und den aufsprießenden katholischen Vereinen in der Wahlkampagne für Reichs- und Landesversammlungen einen würdigen Gegenstand ihres Eifers zugeworfen.“

Ein Höhepunkt Buß'scher Aktivität:

„Ein imponierender Aufmarsch des katholischen Volkes wurde auf dem ersten Katholikentag in Mainz im Oktober 1848 inszeniert, wo unter dem Vorsitz des ruhelosen Wanderpredigers Franz Joseph Buß sich die Vertreter aller Piusvereine zusammenfanden, um den Widerhall der kirchlichen Freiheitsidee in den breiten Massen zu demonstrieren. Der bei diesem Anlaß gegründete ‚Katholische Verein Deutschlands‘ nahm unter seine Hauptaufgaben die Bekämpfung der sozialen Mißstände auf, und Buß, Ketteler, auch August Reichensperger schlugen Töne an, die ein folgenreiches Bündnis mit der Arbeiterbewegung erwarten ließen. Man forderte energisch einen wirksamen Auswandererschutz, Reform des Fabrikwesens, Beschäftigung der Erwerblosen, Sparkassen, Fürsorgeinstitut, Volksbibliotheken, ja sogar Aktienanteil der Arbeiter und hielt doch zugleich an dem sittlichen Postulat der Rückkehr zu einem patriarchalischen Arbeitsverhältnis fest. Ketteler suchte bewußt den Staat auszuschalten aus diesen sozialen Aufgaben und sie ganz einer neuen christlichen Liebestätigkeit, einer religiösen Verpflichtung des Besitzes und einer geistlich geleiteten Volksbewegung zu überweisen. Wenn auch vor allem bei Buß die ausländischen Lehrmeister deutlich zu spüren waren und entscheidende Anregungen von Owen, Saint-Simon und Fourier, von Blanqui, Buchez und Montalembert ausgingen, so waren doch in Kolping und Ketteler Männer entstanden, die den Stundenschlag der Weltgeschichte erkannt hatten, aus der deutschen Erfahrung der Handwerkerkrise schöpften und für ihre praktische Sozialarbeit die weitgehende Unterstützung des kirchlichen Apparates fanden.“

Buß' Rede: Auftakt der Sozialpolitik des Zentrums

1954 würdigt dann Emil Ritter in seinem Buch „Die katholisch-soziale Bewegung Deutschlands im 19. Jahrhundert und der Volksverein“ Buß als den

Initiator katholischer Sozialpolitik: „Bis ins neue Jahrhundert ruhte das weitgespannte Programm in den parlamentarischen Protokollen, dann wurde es von katholischer Seite als Auftakt der Sozialpolitik des Zentrums gefeiert und von der Sozialdemokratie dem Bürgertum anklagend vorgehalten.“ Muteten auch manche Forderungen allzu bescheiden an, so sei in Anbetracht der damaligen Verhältnisse die fortschrittliche Kühnheit nicht zu bezweifeln: „Abgesehen von einigen zeitbedingten Fehlgriffen wie Kinderarbeit und Koalitionsverbot, stimmt die ‚Fabrik-Rede‘ von 1837 so weitgehend mit der katholischen Sozialpolitik überein, daß ihre lange Verschollenheit verwunderlich ist“; und so darf man hier wiederum nachfassen, daß sie dann erst wieder von dem Sozialdemokraten Geck ausgegraben wurde.

„Welcher Auftrieb wäre es gewesen . . .“

Verwunderlich mutet es aber auch an, daß Buß nach der „fortschrittlichen Kühnheit seines Vorstoßes“ sozialpolitisch kaum noch aktiv wurde. Mit der zweiten Rede von 1846, die nach Retzbach in der Kammer einen gewaltigen Eindruck hinterlassen habe, „und von welcher der Minister erklärte, sie sei die beste gewesen, die je in der badischen Zweiten Kammer gehalten wurde“, schloß Buß seinen Appell an die soziale Gesetzgebung für immer.

Nach Auffassung von Ritter hinterließ Buß gewissermaßen ein Stückwerk:

„Welcher Auftrieb und welche Wegweisung wäre es für die katholisch-soziale Bewegung gewesen, wenn ihr in der Geburtsstunde der Buß von 1837 und 1841 ein Aktionsprogramm zum Taufgeschenk gemacht hätte!

Der Präsident der Mainzer Generalversammlung des katholischen Vereins befürwortete nur ‚freie Gewerkvereine, veredelte Zünfte‘ mit dem Zweck, verarmten Handwerksgenossen zu helfen und die Lehrlingsausbildung zu organisieren; von Arbeitsschutz und Sozialpolitik sprach er nicht.“

Was Buß nicht leisten konnte oder wollte, vollbrachte ein anderer: „Im ganzen wurde der soziale Katholizismus durch das Auftreten Lassalles und seine Erfolge dicht an die Arbeiterbewegung herangeführt.“ Lassalle hat mit Stolz und Genugtuung auf seiner Ronsdorfer Rede am 22. Mai 1864 anläßlich des Stiftungsfestes des Allgemeinen Deutschen Arbeitervereins darauf verwiesen: „Vor kurzem hat sich niemand anders als ein Fürst der Kirche, der Bischof von Mainz, Freiherr v. Ketteler, in seinem Gewissen gedrungen gesehen, seinerseits das Wort in der Arbeiterfrage zu ergreifen . . . Er hat ein Buch veröffentlicht, unter dem Titel: ‚Die Arbeiterfrage und das Christentum‘, und hier hat er sich Punkt für Punkt für alle meine ökonomischen Sätze und Thesen den Fortschrittlern gegenüber ausgesprochen!“¹⁶

Seit dem Erscheinen des Buches von Ritter ist das Interesse an Buß in recht bemerkenswerter Weise gewachsen, und Franz X. Vollmer hat es unternommen, anhand von Auszügen aus seinen Kammerreden in seinem Buch „Vor-

märz und Revolution 1848/49 in Baden“ (1979) auch die jüngeren Generationen an den Schulen mit ihm vertraut zu machen.

Anmerkungen

- 1 Hugo Ott, Franz Joseph Ritter von Buß, seine Persönlichkeit und seine Bedeutung für die Gegenwart. In: Die Ortenau 59 (1979), S. 60.
- 2 Hans Th. Bauer, Karlsruhe. Wirtschaftszentrum am Oberrhein (Hrsg. Industrie- und Handelskammer Karlsruhe). 1953, S. 47.
- 3 Otto B. Roegele, Franz Joseph Buss (1803–1878). Kirchenfreiheit, soziale Frage und demokratische Bewegung. In: Internat. kath. Zeitschrift „Communio“. 1978.
- 4 Norbert Deuchert, Vom Hambacher Fest zur badischen Revolution. 1983, S. 198.
- 5 Karl Spreng, Studien zur Entstehung sozialpolitischer Ideen in Deutschland auf Grund der Schriften Franz von Baader's und Franz Josef von Buß. Diss. Gießen.
- 6 Erich Angermann, Robert von Mohl. 1799–1875. Leben und Werk eines altliberalen Staatsgelehrten. 1962.
- 7 Franz Huber, Franz Josef Buss. Der erste deutsche Sozialpionier. In: Offenburg. Offenburger Köpfe – Offenburger Gestalten. 1951, S. 131.
- 8 Eugen Barthelmess, Sozialpolitisches im Revolutionsjahr. In: Wilhelm Keil (Hrsg.), Deutschland 1848–1948. 1948, S. 118.
- 9 GLA Karlsruhe 69 N-1 Fasz. 967.
- 10 Wilhelm Blos, Die Deutsche Revolution. Geschichte der Deutschen Bewegung von 1848 und 1849. 1893, S. 293.
- 11 Veit Valentin, Geschichte der deutschen Revolution II. 1970, S. 467.
- 12 Günter Wollstein, Das „Großdeutschland“ der Paulskirche. 1977, S. 304.
- 13 GLA 69 N-1 Fasz. 2683.
- 14 Wolfgang Hug, Das Erzbistum Freiburg von der Gründung bis zur Zeit nach dem Zweiten Weltkrieg. In: Sproll / Thierfelder, Die Religionsgemeinschaften in Baden-Württemberg. 1984, S. 65.
- 15 Heinrich Köhler, Lebenserinnerungen des Politikers und Staatsmannes 1878–1949. 1964, S. 358.
- 16 Hans Jürgen Friederici (Hrsg.), Ferdinand Lassalle, Reden und Schriften. 1987, S. 369 f.

Ludwig Huber und der „Badische Verein für Bienenzucht“

Paul Zimmermann

Am 2. Februar 1814 wurde Ludwig Huber als Sohn des Lehrers Gerhard Huber in Kippenheimweiler geboren. Bereits in früher Kindheit verlor er seine Eltern, der Vater starb 1816, die Mutter erkrankte an Lungentuberkulose und starb 1829. An Vermögen wurde ihm so gut wie nichts hinterlassen. Sein Vormund hatte für ihn den Beruf des Schuhmachers bestimmt. Trotz vieler Schicksalsschläge gelang es ihm jedoch, sich so weit fortzubilden, daß er von 1830 bis 1832 das Lehrerseminar in Rastatt besuchen konnte. Mit eiserner Energie gelang es ihm, alle Schwierigkeiten zu überwinden, auch den Widerstand seines Vormundes. Einige Unterstützung ließ ihm der damalige Ortslehrer angedeihen, der seine Begabung sehr früh erkannt hatte.



Ludwig Huber

Nach erfolgreichem Abschluß am Seminar in Rastatt erfüllte sich sein Wunsch, als Lehrer zu wirken. Er bekam zunächst eine Stelle als Unterlehrer in Friesenheim. Zwar konnte ihm dieses Dörfchen als Wohn- und Schlafstelle nur die winzige Schulstube zuweisen, sein Jahresverdienst belief sich auf 25 Gulden, das waren gleich 41 Mark. Die Rede vom armen

Dorfschulmeisterlein hatte in jenen Jahren schon ihre Berechtigung. Aber der junge Ludwig schaute dennoch optimistisch in die Zukunft, war doch der erste, schwerste Schritt auf einem in der Folge segensreichen Lebensweg getan. Seine Weiterversetzung als Unterlehrer nach Oberschopfheim änderte an den kärglichen Verhältnissen zunächst noch nichts. Wie alle Lehrer in dieser Zeit schaute er sich nach einem Nebenverdienst um. Es war damals durchaus üblich, daß die Lehrer Tanzmusik machten, um sich etwas Zusätzliches zu verdienen. Das wollte der junge Huber auch tun, und so begann er auf verschiedenen Instrumenten unverdrossen zu üben. Doch just in diesem Moment wurde das öffentliche Musizieren der Lehrer von Amts wegen verboten. Eine kleine Besserung in seinen wirtschaftlichen Verhältnissen trat 1838 ein, als er nach Niederschopfheim versetzt und zum Hauptlehrer ernannt wurde.

In dieser Zeit geriet ihm das Büchlein des badischen Pfarrers Johann Baptist Vogelbacher (1785–1850) in die Hand. Vogelbacher war zu seiner Zeit ein verdienstvoller Förderer der Imkerei und Bienenschriftsteller. Sein Bändchen „Kurze Anleitung zur nützlichen Bienenzucht für den Landmann und die Schulen“ wurde von der badischen Regierung kostenlos an die Lehrer verteilt.

Huber beschloß jetzt, den darin aufgezeigten Weg zum ersehnten Nebenverdienst zu gehen und Imker zu werden. Ein Plätzchen für einen Bienenstand in der Nähe des Schulhauses gab es allerdings nicht. Doch der Zufall half weiter. Huber ersteigerte zusammen mit dem Adlerwirt Ehret auf dem Ottersweirer Hof zwei besetzte Bienenkörbe, die sie gemeinsam bewirtschafteten. Nach fünf Jahren waren aus den zwei Völkern 17 geworden, und als Huber in Schulnähe nun doch einen eigenen Bienenstand errichten konnte, wurden die Völker aufgeteilt. Huber bekam acht Völker.

Huber hatte die Lehrzeit am Strohkorb nicht ungenutzt verstreichen lassen. Wie schon angedeutet, stand die Imkerei mitten in einer Krise, die schließlich in einen beispiellosen Aufschwung mündete. Neu entstehende Zeitschriften und Lehrbücher regten die imkerliche Entwicklung an.

Huber interessierte sich besonders für die Schriften von Dzierzon, v. Berlepsch, Kleine, Vogel, Dathe u. a. Fleißig las er auch die „Nördlinger Bienenzeitung“, das damalige Hauptblatt, in dem die Bienenwissenschaftler wichtige Fragen diskutierten.

Auf einer seiner vielen ausgedehnten Reisen lernte er den Dzierzonstock mit den beweglichen Rähmchen kennen, den er als erster in Baden einführte.

Das volkstümliche Wort „bald arm, bald reich“ das damals auf die Imker gemünzt war, galt auch für ihn. 1851 war ein Mißjahr. Infolge der Fehlernte

mußte er seine 53 Völker auf 30 vereinigen. Im folgenden Winter verlor er von diesen weitere 19. Der Rest winterte schwach und kümmerlich aus, ausgenommen drei Völker in Dzierzon-Beuten mit isolierten Doppelwänden, welche sich prächtig gehalten hatten.

Das gab bei Huber den letzten Ausschlag, sich ganz der Partei der Dzierzon-Anhänger anzuschließen. Trotz nicht gerade üppiger Trachtgehend ging es mit seiner Imkerei von dieser Zeit an mit großen Schritten aufwärts. Geistig rege, wie er war, hatte er nun auch die großen Zusammenhänge der Imkerei erkannt, und so konnte er vom bescheidenen imkerlichen Nebenverdiener zum großen Anreger im badischen Lande werden, nicht zuletzt auch deshalb, weil er am eigenen Leibe die Schwierigkeiten erfahren hatte, die ein Bienenzüchter überwinden muß, als er sich ohne wesentliche Anleitung in die Imkerei einarbeitete. So begann er sein schriftstellerisches Wirken und seine Arbeit für den „Bienenverein“. Auch ein Nebenziel konnte er im wesentlichen erreichen: Infolge ihrer trostlosen wirtschaftlichen Lage verbrachten viele Lehrer damals ihre freien Stunden bei Trunk und Kartenspiel im Wirtshaus, sich selbst zum Schaden und der Jugend nicht zum Vorbild. An diese wandte er sich in Wort und Schrift unermüdlich: „Ein Lehrer kann, ja muß in seinen dienstfreien Stunden noch eine Nebenbeschäftigung treiben, theils des Erwerbes wegen, hauptsächlich aber um seiner Gesundheit, seiner Erholung und auch seiner Ehre willen.“ – „Die Menschen sehen einen auch außer seinen Schulstunden beschäftigten Lehrer mit ganz anderen Augen an, als einen müßigen Spaziergänger.“ – „Ein Gelderwerber ist achtbarer, als ein bloßer Geldverbraucher.“ „Ich spreche zum gewissenhaften, pflichtgetreuen Lehrer; ein Gewissenloser ist überhaupt kein Bienenzüchter.“ – „Die Bienen . . . geben dem Lehrer so manche schöne Anhaltspunkte für die Schule.“ – „Diese Beschäftigung wäre wahrlich tausendmal besser als Kartenspiel und Wirtshausbesuch. Für manchen Lehrer würde die Bienenzucht eine gute Altersversorgung sein . . .“

Hubers unermüdliches Trommelfeuer in dieser Richtung wurde schließlich von Erfolg gekrönt: ein Kollege nach dem andern schlug sich auf seine Seite. In der Folge entstanden unzählige Musterbienenstände, die die Lehrer neben den Schulen einrichteten. Sie waren schließlich eine der Ursachen dafür, daß die neue Art der Imkerei einen so schnellen und gründlichen Um- und Aufschwung nahm.

Um die Kastenimkerei mit Rähmchen (nach Dzierzon und von Berlepsch) durchzusetzen, bildeten sich in Deutschland und in den angrenzenden Staaten zahlreiche Vereine. Am 29. Juni 1857 hatte sich in Bodman am Bodensee ein solcher konstituiert. Diese Gründung gab den endgültigen Anstoß zu einem langgehegten Wunsch Hubers, einen Verband für das gesamte badische Land zu schaffen. Da am 22. Juli 1857 eine landwirtschaftliche Aus-

stellung in Karlsruhe stattfinden sollte, die Huber mit neuen Beuten, Geräten und einem besetzten Beobachtungsstock beschickte, war die Gelegenheit günstig: er lud zahlreiche Imker brieflich dazu ein und veröffentlichte außerdem am 10. Juli 1857 einen Aufruf in der Badischen Landeszeitung:

Aufruf

die Gründung eines Bienenvereins betr.

Nach dem Beispiel anderer Staaten wünschte der Schreiber dieses Aufrufes schon längst auch einen Bienenverein für unser gesegnetes Baden, dessen Zweck es wäre, der Bienenzucht und besonders der Dzierzon-Bienenzucht besser aufzuhelfen. Nach der Bad. Landeszeitung Nr. 154 wurde auch am Bodensee ein solcher Verein gegründet. Es wäre aber zu wünschen, daß der Zentralverein mehr im Herzen des Landes seinen Sitz hätte. Bei der landwirtschaftlichen Geräteausstellung zu Karlsruhe vom 22. bis 24. d. M. sind auch Dzierzon-Musterbeuten und Geräte dazu aufgestellt. Ich lade daher alle Bienenfreunde ein, sich zum Zwecke der Gründung eines Bienenvereins am 22. d. M. in Karlsruhe einzufinden. Die vorläufige Zusammenkunft ist mittags 2 Uhr auf dem Ausstellungsplatz für Bienenzucht.

Niederschopfheim, den 7. Juli 1857

gez. Hauptlehrer Huber

Im „Südwestdeutschen Imker“ 2/1964 berichtet Herr W. Glaser über die Vorgänge um die Gründung:

„In der Ausstellung herrschte am 22. 7. ein solches Gedränge, daß sich die Imker nicht zusammenfinden konnten. Es wurde deshalb ein Treffen für den folgenden Abend in der Cleverschen Bierhalle vereinbart. Dafür zeichneten neben Huber die Herren v. Langsdorf, Professor und Anwalt Franz Bühler aus Offenburg verantwortlich. Huber sollte jeden Imkerfreund, den er auf der Ausstellung treffe, auf diesen Abend einladen. Bühler tat dabei den Ausspruch: ‚Ich gehe nicht von Karlsruhe fort, bis wir einen Badischen Verein für Bienenzucht haben.‘

Es fanden sich am Abend des folgenden Tages – es war der 23. 7. 1857 – in der Cleverschen Bierhalle in Karlsruhe 11 Imker ein, die sich alle für die Gründung eines Vereins aussprachen. Huber hatte bereits Statuten vorbereitet, die an diesem Abend beraten, angenommen und von allen Anwesenden unterschrieben wurden. Diese elf waren also die Gründer des Vereins und die ersten Mitglieder. 1. Vorstand wurde, da Huber dieses Amt nicht angenommen hat, Dekan Weingärtner von Oberkirch. Er war zwar nicht in der Gründungsversammlung, nahm aber das Amt auf Veranlassung Hubers an und führte in der nächsten Versammlung am 19. 10. 1857 den Vorsitz, den er bis zu seinem Tod im Jahre 1867 innehatte.“

Weingärtner ist in Appenweier beerdigt. Sein Grab ist heute noch erhalten. In seinen Grabstein ist eine Biene eingemeißelt.

Der Aufschwung, den der Verein nahm, läßt sich am besten an den stetig steigenden Mitgliederzahlen erkennen: 1857: 11; 1858: 208; 1874: 1339; 1894: 3500; 1906: 9000; 1964: 14 875; 1987: 8 253. Zur Zeit (1987) werden von den Vereinsangehörigen 107 289 Bienenvölker betreut. Daß die badische Bienenzucht in Methode und Ertrag eine führende Rolle in der deutschen Imkerei erringen konnte, beruht zu einem sehr großen Teil auf dem segensreichen Wirken dieses Vereins.

Noch einige Worte zum Wirken des Vereines als Bildungs- und Förderungsfaktor: Noch 1857 wurde ein einheitliches Wabenmaß und ein sog. „badi-

scher Vereinsstock“ geschaffen. Damit verhinderte man in Baden den drohenden Beutenwirrwarr auf Jahrzehnte hinaus. Man darf diese Maßnahme als einen der ersten Versuche zu einer Normung in der Imkerei werten. An der Konstruktion war Huber maßgeblich beteiligt, wobei er in etlichen Punkten auf das bewährte Vorbild des Bienenbarons v. Berlepsch zurückgriff. Die badische Beute ihrerseits wurde später zum Vorbild der Konstruktion Gerstungs (1860–1925), der die rationelle Imkerei in Thüringen maßgeblich förderte. Er sagte damals von dieser Beutenart: „Den Bienen genehm, dem Imker bequem.“

Mit der Mitgliederzahl des Vereins wuchsen die Aufgaben. Um ihnen besser gerecht werden zu können, führte man ab 1864 Bezirksverbände und Wanderlehrer ein. Damit war ein intensiveres Arbeiten und eine bessere Breitenwirkung gegeben. Huber selbst war neun Jahre lang als Vereinskassierer, Korrespondent und Wanderlehrer tätig. Als solcher war er nicht nur um Belehrung bemüht, sondern auch um Werbung für den jungen Verein. So veranstaltete er häufig auf den Dörfern Verlosungen von Beuten, Geräten und Königinnen. Die Generalversammlungen des Vereins waren stets mit werbenden Ausstellungen und Veranstaltungen verbunden, für die er verantwortlich zeichnete. Sein Beruf als Lehrer, sein imkerliches Wirken und all die geschilderten Aufgaben, verbunden mit einer umfangreichen schriftstellerischen Tätigkeit, auf die nachher noch eingegangen werden soll, brachten es mit sich, daß er als einziger Wanderlehrer für Baden die Arbeit allein nicht mehr tun konnte. So stellte man ihm in der Folge noch weitere acht Wanderlehrer zur Seite, unter ihnen den unvergessenen J. M. Roth, der später die erste badische Imkerschule (1890 in Eberbach am Neckar) gründete. Die damaligen Wanderlehrer hatten ein umfangreiches Aufgabengebiet zu erledigen. Sie mußten das Land bereisen und Vorträge über rationelle Bienenzucht halten, Wanderversammlungen in verschiedenen Landesteilen veranstalten und dabei Musterbeuten vorführen, selbst einen Musterbienenstand unterhalten und auf ihm praktisch-theoretische Lehrkurse veranstalten. Doch es hatte sich bald gezeigt, daß das Wort zur Verbreitung der neuen Betriebsweise nicht mehr genügte; die Schrift mußte hinzukommen.

„Am 10. 12. 1857 wurde die Herausgabe einer eigenen lokalen Bienenzeitung angeregt. Man begnügte sich aber zunächst damit, bienenwirtschaftliche Mitteilungen in Sonderabzügen den Mitgliedern zu liefern. Außerdem hatte die landwirtschaftliche Zentralstelle ihr Organ dem Bienenverein zur Benutzung freigegeben. Doch das genügte den Männern damals nicht. Sie wollten nichts Halbes. Schon am 30. 10. 1864 faßte der Vorstand den Beschluß – es war in Achern – das Monatsblatt „Die Biene und ihre Zucht“ herauszugeben. Herr von Langsdorf war hier die treibende Kraft; er hatte kurz zuvor am 4. 7. 1864 auf der Generalversammlung in Pforzheim zu diesem Schritt dringend geraten. Der Umfang der Zeitung war zunächst bescheiden. Mit der Zeit wuchs sie jedoch zu respektablem Umfang und zu einer Verbreitung weit über unsere Landesgrenzen hinaus. Ihr erster Schriftleiter war wieder der unermüdliche Ludwig Huber . . .“ (Wendelin Glaser)

Diese Imkerzeitung wurde ab 1933 vom Burda Verlag in Offenburg gedruckt und vertrieben. Um größere Auflagen zu bekommen, wurden nach dem Krieg auch andere Landesverbände damit versorgt und als „Südwestdeutscher Imker“ herausgegeben. Die Auflage pro Monat betrug 30 000.

Huber betätigte sich im Laufe seines arbeitsreichen Lebens auch sehr rege als Fachschriftsteller, und dies nicht allein im Verbandsorgan. Er veröffentlichte auch zahlreiche bedeutsame Arbeiten über theoretische und praktische Probleme in zahlreichen anderen Imkerzeitungen, besonders aber in der damaligen Nördlinger „Bienenzeitung“ des Beck'schen Verlages, in der die namhaften Imkergrößen aller Welt im fruchtbaren Meinungsaustausch neue Erkenntnisse gewannen. Seine Arbeiten sind für den einschlägig Interessierten noch heute eine wahre Fundgrube. Er war korrespondierendes und Ehrenmitglied von zehn bienenwirtschaftlichen Vereinen und Zeitungen.

Der Landwirtschaftliche Zentralverein Badens gab im vorigen Jahrhundert eine Reihe von „Landwirtschaftlichen Bilderbogen“ heraus, um das fachliche Niveau der Bauernschaft zu heben. Auf Anregung von Professor von Langsdorf erarbeitete Huber bereits in den fünfziger Jahren den Bilderbogen Nr. 7 über Bienenzucht. Dieser war rasch vergriffen. 1857 ließ er daher eine kleine Broschüre folgen, betitelt: „Die neue, nützlichste Bienenzucht oder der Dzierzonstock“. Sie umfaßte in der 1. Auflage nur 54 kleine Seiten und behandelte fast ausschließlich das Durchwinterungsproblem. In der Folge ließ ihn diese Arbeit nicht mehr los, das Büchlein wurde ständig erweitert und verbessert. Noch vor seinem Tode war die 10. Auflage des mittlerweile stattlichen Werkes erschienen und das 30 000. Exemplar verkauft. Das Buch wurde in die englische und schwedische Sprache übersetzt und verbreitete sich über die ganze Welt. Noch zu Hubers Lebzeiten wurde es u. a. in Österreich, in der Schweiz, in Spanien, Palästina, Brasilien, Südafrika und Australien gelesen. Nach seinem Tode führten tüchtige Männer die Arbeit an diesem Werk fort, zunächst sein Sohn Ludwig (1847–1909), dann der Enkel Friedrich (1880–1931) und schließlich Gewerbelehrer Hugo Bansbach in Radolfzell (1880–1954). Das Buch erlebte, seit eh und je vorbildlich betreut vom Verlag Schauenburg in Lahr, 19 Auflagen. Es gab wohl keinen badischen Imker, der dieses Buch nicht besaß.

Man feierte Huber auf nahezu allen bienenwirtschaftlichen Ausstellungen seiner Zeit, an denen er sich grundsätzlich als Aussteller und Diskussionsredner beteiligte, als großen Könner und Meister. Über fünfzig Ehrendiplome und silberne Medaillen, die ihm zuerkannt wurden, bezeugten seine Leistungen. Der Großherzog von Baden verlieh ihm zwei silberne und die große goldene Medaille für Verdienste um Förderung von Landwirtschaft, Gewerbe und Handel.

An dieser Stelle soll auch ein Brief den Ludwig Huber am 19. Oktober 1882 an den Großherzog geschrieben hat, nicht unerwähnt bleiben. Das Original ist im Generallandesarchiv in Karlsruhe erhalten. Eine Kopie war durch die Initiative von Familie Dr. Kaiser in Niederschopfheim zu bekommen. Die Kopie ist in einer Glasvitrine in der Ludwig-Huber-Stube des Bienenmuseums im Diersburger Rathaus zu sehen:

Huber dankte seinem Landesherrn im damals üblichen Stil:

Königliche Hoheit!
Allergnädigster Großherzog!
Gnädigster Fürst und Herr!

Als Eure Königliche Hoheit die hohe Gnade hatten den unterthänigst Unterzeichneten bei Gelegenheit der 25jährigen Feier des von ihm gegründeten Badischen Bienenzuchtvereins die goldene Verdienstmedaille für Landwirtschaft, Gewerbe und Handel gnädigst zu verleihen, war es mein erster Gedanke, gehorsamst um eine Audienz zu bitten, um meinen tiefgefühlten Dank Eurer Königlichen Hoheit darzubringen. Allein bei der Verzögerung der Audienztage bis in die Winterszeit, bei meinem Alter und meinem Unwohlsein bitte ich Eure Königliche Hoheit gehorsamst zu entschuldigen, daß ich diesen innigsten Dank nun schriftlich darbringe.

„Nun danket alle Gott! Es schalle
durchs ganze Land der Freude Ton,
und aus vieltausend Herzen walle
ein fromm Gebet zum Himmelsthron!“

In dieses fromme Gebet in der Badischen Landeszeitung Nr. 245 II stimme auch ich ein von ganzem treuen Herzen.

Und es wird ein ähnliches Gebet stammeln für Eurer Königlichen Hoheit Gesundheit so lange er athmet.

Eurer Königlichen Hoheit
unterthänigster, gehorsamster
dankbarer Diener
Ludwig Huber
I. Hauptlehrer

Nierschopfheim, 19. Oktober 1882

Ludwig Huber starb, von seiner Familie und von einer großen Imkergemeinde in Baden und in aller Welt tief betrauert, am 10. Oktober 1887. Wir gedenken seiner, weil wir ernten dürfen, was er einst säte. Wo stünde die badische Imkerei heute, hätte es einen Ludwig Huber nicht gegeben.

Literatur

„Deutscher Imkerführer“ 1934, 1935, 1937 und 1938.

„Die Biene und ihre Zucht“ 1931 und 1932.

Gravenhorst, „Imkeralbum“, Braunschweig, 1889.

Hubers eigene Arbeiten in Buchform und verstreut in diversen Zeitschriften des vorigen Jahrhunderts.

Koch, „Die Großmeister und Schöpfer der deutschen Bienenzucht“, Berlin, o. J.

„Südwestdeutscher Imker“ 1955, 1957, 1964.

GLA Karlsruhe 60/112 I.

Der „Alte Bund“ in Offenburg

Erwin Dittler

Der „Alte Bund“ bildete zunächst einen besonderen Freundschaftsbund innerhalb des am 3. Dezember 1861 gegründeten Männergesangsvereins „Concordia“ und wurde dann am 7. November 1869 sozusagen offiziell im sogenannten Cubiculum der Brauerei J. Schuemacher in der Langestraße aus der Taufe gehoben. Es war eine „Vereinigung lustiger Gesellen, wahrer Freunde, die aber mit freiem Mut die Gleichberechtigung aller in jenem Verein anstrebten und auch vertraten“. Nach dem Statut des Bundes, an dessen Spitze ein Altvater, ein Schriftführer und ein Säckelmeister standen, diente er der „Erhaltung und Hebung der Fidelität unter Junggesellen“. Sitzungsgemäß durften nur ledige Concordianer aufgenommen werden. Unter der Führung von Alexander Kiefer, dem späteren Stadtbaumeister in Ettlingen, zählten Hermann Oesterlein, Wehe, Alexander und Hermann Zeis, Blust, Zettwoch, v. Zinke und Karl Kahn zu den Gründern. Dieser Kreis erweiterte sich rasch durch den Beitritt von Dillinger, Pezold, G. Monsch, K. Kuhn, F. Pfeiffer, H. Vogel, J. Beiser, Th. Plank, H. Geck, A. Stöhr, Bramm und O. Hoffmann. Wer in den „Alten Bund“ eintrat, erhielt den Namen eines der „ehrwürdigen Väter Israels“. Wie ernst man das Band der Freundschaft nahm, geht aus dem Passus der Satzung hervor: „Jede Beleidigung gegen den einzelnen als Bündler ist Sache des Ganzen und wird als solche ausgewetzt“.

Nach dem Kriegsausbruch im Juli 1870 wurden fast alle Junggesellen eingezogen, so daß nur noch Werrlein, Kuhn und Eberlin die Stellung in der Langestraße bei den Herbergsleuten Kohler hielten. Nach der glücklichen Rückkehr aller „Väter“ entstand im Cubiculum neues Leben unter den Fahnen des neuen Reiches: „Und gerührt war man über die Zeichen der treuen, liebevollen Anhänglichkeit, welche die Bündler im Dienste des Mars dem alten Heim bewiesen. Es seien die Gedichte und Federzeichnungen erwähnt, die Hermann Götz, der spätere Direktor der Kunstgewerbeschule dem Bundestempel gewidmet hatte“.¹

In der Nachkriegszeit wurde aber zum Leidwesen des „in Herzensangelegenheiten allezeit unerbittlichen und widerstandsfähigen Vater Lazarus“ (Hoffmann) das Gebot des Zölibates rasch ausgehöhlt: im November 1872 kapitulierte Zettwoch, dann der Gründer des Bundes und der „allezeit kritische Vater Ezechiel (H. Geck). Verheiratete sich ein Bündler, mußte er eine Heiratskandidatensteuer von 5 Mark in die Bundeskasse entrichten.

Warum es aber zur Trennung von der „Concordia“ gekommen war, überlieferte uns Hermann Hambrecht (Hagai) in seinem 1880 zum 12. Stiftungsfest

herausgebrachten Liederbüchlein: „In Folge von Differenzen mit dem musikalischen Leiter der ‚Concordia‘, der anlässlich der Beerdigung eines unserer Kameraden in anstößiger Weise die Pflichten der Pietät verletzte, sonderte sich der ‚alte Bund‘ von dem Mutterverein ab; sich fester aneinander schließend, hielt er unentwegt die Fahne des freien Gedankens und des freien Wortes, trotz aller Anfeindungen, hoch, und verdanken die hier gesammelten Gedichte etc. ihre Entstehung größtenteils diesem Grundgedanken.“²

Als Manuscript gedruckt.

UNSERE LIEDER



Lieder, Gedichte, Knittel- und andere Verse

aus dem

ALTEN BUND.



Gesammelt und zum 12. Stiftungsfeste dargebracht

von

H A G A I.



Offenburg 1880.

Verlag der Gesellschaft „Alter Bund“.

Vater Absalon eröffnet im Dezember 1876 das „Hotel Monsch“

Als sich Georg Monsch am 29. 11. 1877 mit Berta Metzger verheiratete, erhielt das Brautpaar von den Bündlern eine heute noch vorhandene Standuhr, „ein Meisterstück der Bildhauerkunst, auf dem Zifferblatt als Inschrift die Widmungsworte der Vaterschaft“. Von nun an hielt der „Alte Bund“ seine Kneipe natürlich im „Hotel Absalon“ ab, doch mit der Fidelität der Väter sollte es nicht allzulange währen. Als der Hotelier eines Abends von einigen Bundesbrüdern in der leeren Gaststube schlafend auf einem Stuhl angetroffen wurde, hielten sie das trauliche Bild einer Zeichnung für die Schnitzelbank der Fastnacht würdig, wofür Kunstmaler Hugo Huber zuständig war.

Dazu der entsprechende Reim:

Ist das nicht ein Hotelofen,
Wo der Wirt tut selig schlofen?

Umzug in den „Zähringer Hof“

Dem Absalon mißfiel dieser „geschäftsschädigende Scherz“ so gründlich, daß er Ende März 1879 erzürnt aus dem Kreise ausschied, der im November 1879 als neue Stammkneipe die berühmte alte Kegelbahn des „Zähringer Hofes“ bezog, wo Ezechiel (Hermann Geck) wirtete. Dessen Bruder Adolf (Asser) war zu Beginn jenes Jahres neben H. Hoffmann aus Greiz (Barnabas) und H. Grafmüller (Abimelech) in den Kreis der Sänger aufgenommen worden, der nicht nur fröhliche Geselligkeit, sondern auch demokratische Gesinnung pflegte. Und selbstverständlich bekannten sich die Sänger beim Einzug in das neue Lokal in einem eigens für diesen Tag verfaßten Text von Barnabas zu ihrem Ideal:

Blühen soll der Bund noch lange,
Zeigen noch in spät'ster Zeit,
Daß sich freie, deutsche Männer
Um sein Banner einst gereiht.

Wachsen soll der Bund auf's Neue,
Trotzen in des Sturmes Nacht,
Wie die alte, deutsche Eiche,
Bis der Freiheit Morgen lacht.

Daniel Krebs und die Bündler

An der Spitze aller Lieder, die nach den Worten Hagais absolut keinen Anspruch weder auf hohen Gedankenflug noch feine Stilisierung machten, stand der dem „Alten Bund“ zum zehnjährigen Stiftungsfest gewidmete Text, der mit dem Vers schloß:

Geduld, es reift heran die Frucht,
Es schlägt der Ernte Stunde;
Dann, wenn das Recht der Willkür flucht,
Die Freiheit treue Kämpen sucht,
Sie find' im „alten Bunde“.

Er stammte von „Papa Krebs“, und Hagai nahm ausdrücklich die „so herrlichen Lieder unseres lieben Papa Krebs“ von den anderen Gelegenheitsdichtungen aus. Wer war Krebs und was hatte er mit Offenburg zu tun?

Durch Regierungsbeschluß vom 26. Juni 1849 war Daniel Krebs von Mannheim zum Zivilkommissar des Bezirkes Offenburg bestellt worden. Nach Niederschlagung der Revolution wurde der Student Krebs mit dem Studenten Hexamer aus Heidelberg wegen „Kassenraubs und Erpressungen“ steckbrieflich verfolgt. Während Krebs sich unter dem Namen Ludwig

Amann in einem Dorf bei Genf aufhielt, verurteilte ihn das Hofgericht in Bruchsal am 25. 3. 1850 zu einer gemeinen Zuchthausstrafe von 2 Jahren oder einem Jahr und 4 Monate Einzelhaft; das Urteil wurde am 22. 11. 1850 vom Oberhofgericht bestätigt. Adolf Geck erinnerte noch am 24. 6. 1899 seine Leser an ihn: „Herr Krebs, der als Professor und Inhaber eines Knabenbildungsinstituts in Mannheim bzw. in Freiburg im badischen Lande sich einen guten Namen als Pädagoge erwarb, genießt seine alten Tage in stiller Häuslichkeit in Mannheim. Er erinnert sich noch mit Vergnügen der Bekanntmachung der reaktionären Gewalt, welche zu seiner Festnahme auf-forderte unter der Angabe, daß er eine Kasse vor den anrückenden Preußen in Sicherheit brachte“.

Der ehemalige Freischärler von 1848/49, den Josef Victor von Scheffel in seiner bekannten farbigen Schilderung der Landesvolksversammlung vom 13. Mai 1849 in Offenburg als den wenigen Tage zuvor von den Freiburger Geschworenen als Hochverräter freigesprochenen Studenten der Mathematik namentlich erwähnte, war nun nach einer für Hansjakob bestimmten Angabe von Adolf Geck der Mann, der ihn als Delegierten der Deutschen Volkspartei zu der im Oktober 1879 in Coburg stattfindenden Tagung schickte. Auf Veranlassung von Otto Hörth aus Achern, Redakteur der „Frankfurter Zeitung“, zog Adolf Geck als Sekretär der Volkspartei und Redakteur der „Demokratischen Korrespondenz“ nach Frankfurt.

Die Jungen vom „Alten Bund“ verliehen dem demokratischen Verein Energie

Die Offenburger Demokraten hatten sich schon seit einigen Jahren neu formiert, denn wie Geck einmal schrieb, sandte die „wiedererwachende Demokratie Offenburgs“ zur Beisetzung für den am 18. März 1876 verschieden Dichter Ferdinand Freiligrath eine Delegation: „Sie kehrte heim zur Erfüllung des Gelübdes, eine Kampforganisation der revolutionären Demokratie zu gründen für die deutsche Republik . . . Ein demokratischer Verein entstand, die Jungen vom ‚Alten Bund‘ verliehen ihm Energie“.

Zu den führenden Köpfen unter den Demokraten außerhalb des „Alten Bundes“ zählte neben Oskar Muser, J. Autenrieth u. a. Adolf Gecks Bruder Carl, der zu Beginn des Jahres 1877 sechs Exemplare des in Kehl erscheinenden Wochenblattes „Der Rheinbote“ abonnierte. Dieses parteilose Wochenblatt wollte sich von jetzt an „ganz entschieden den Tendenzen der Fortschrittspartei anschließen und dieselben nach jeder Richtung hin vertreten“, wie der Herausgeber Benno Ginzler versicherte. Daneben bezog er drei Exemplare des unter der Redaktion von August Dreesbach herauskommen- den „Pfälzisch-Badischen Volksblattes“ und las auch den „Vorwärts“.

Als Hörth 1878 bei den Reichstagswahlen von der Volkspartei im 7. badischen Kreis als Zählkandidat gegen den Liberalen Karl Bär und den Grafen von Kageneck vom Zentrum antrat, konnte er selbstverständlich mit der Sympathie des „Alten Bundes“ rechnen. Nach einer Wahlversammlung am 24. Januar 1880 in Kehl, wo Hörth als Redner zwar angekündigt, aber nicht erschienen war, kam es zu einem Zwischenfall und anschließend zu einer öffentlichen Auseinandersetzung zwischen A. Durain, dem Vertreter der Volkspartei im Hanauerland, und dem liberalen Rechtsanwalt Bumiller, Offenburg; danach sang man im „Alten Bund“ das Lied von der „Kehler Volksversammlung“.

Die 1. Strophe lautete:

Es hielten die Demokraten
Versammlung zu Kehl im Schwert,
Dazu war ein jeder geladen,
Vorab die Getreuen des Hörth.
Man sprach da vom Volkswohle,
Vom Kulturkampf und Militär,
Und daß ihn nimmer soll wählen,
Den Abgeordneten Bär.

Offensichtlich vergriff man sich auch schon damals an den Wahlplakaten der Gegner. Eine solche Begebenheit in Offenburg wurde von Asser (Adolf Geck) in Versen festgehalten, die Hambrecht unter dem Titel „Schauderhaft“ in seine Sammlung aufnahm.

Der „Alte Bund“ engagierte sich also ganz für die demokratische Volkspartei, zu deren führenden Köpfen Krebs zählte. Dieser stand offensichtlich in einem sehr freundschaftlichen Verhältnis zu den Bündlern, die er in ihrem Bestreben mit seinen Versen ermutigte:

Darum, Freunde, bleibt die Alten,
Braust der Sturm auch auf uns ein;
Nur die Fahne fest gehalten:
Sieger wird die Freiheit sein!
Was der Morgen mag auch bringen,
Ob's uns günstig oder schlecht;
Laßt uns fort und immer singen:
Hoch die Freiheit, hoch das Recht!

Und so zwitscherten auch die Jungen; die erste Strophe in dem Gedicht von Amos (Karl Eichin) aus dem Jahre 1880 lautet:

Hoch! der „alte Bund“!

Wem bring' ich wohl das erste Glas?
Wer lehrt mich Das?
Das erste Glas dem „alten Bund“,
Der sturmerprobten Tafelrund,
Der heil'gen Freiheit Hort und Wacht, –
Dir sei das erste Glas gebracht!

Freiheitlichen Gedanken huldigte man nicht nur im Gesang. Im April 1881 übernahmen die Väter Asser (A. Geck) und Hagai (H. Hambrecht) den Verlag des demokratischen „Rheinboten“, richteten in der Ritterstraße ihre Druckerei ein und gaben am 14. 4. als neue Zeitung den „Volksfreund“ heraus. Und als am 27. 10. 1881 ein neuer Reichstag gewählt und im 7. bad. Reichstagswahlkreis wieder Otto Hörth aufgestellt wurde, da gehörten auch Buchhändler Hermann Hambrecht und Josef Beiser vom „Alten Bund“ zu den Unterzeichnern des Wahlaufufes der Deutschen Volkspartei.³

Wie sehr man schließlich den Bündlern mißtraute, schilderte Adolf Geck am 30. 10. 1910:

„Die Zwölfer – Freundschaft der Väter des ‚Alten Bundes‘ war lauter wie Gold, als der Druck der politischen Inquisition auf dem Dutzend fideler Kumpane ruhte, die sich bei Sang und Krug allwöchentlich vereinigten. In der ersten Hälfte der achtziger Jahre stand der Verein ‚Alter Bund‘ auf dem Index des Bezirksamtes. Echte Offenburger Patrioten fürchteten sich, so oft sie eine Ahnung dessen belästigte, was in dem Zirkel der alttestamentarischen Namensträger für ein anarchistischer Streich ausgeheckt sein mochte, wenn die offenen und geheimen Agenten auf den Beinen waren und vom ‚Umsturz‘ flüsteren. Der Amos und der Ezechiel, der Lazarus und der Asser, der Jeremias und der Moses, wie sie auch alle heißen mochten, standen bald in dem Geruch der Teilnahme an einer gefährlichen Verschwörergesellschaft. Wer zu dem geheimen Aktenbündel, das diese urwüchsigen Lebensfrohnen, zumeist Offenburger Geblütes, den wachsamen Augen des Gesetzes charakterisieren mußte, einen Beitrag kriminellen Inhaltes lieferte, erntete den stillen Dank der herrschenden Ordnungshut. Zumal dereinst, als der Konvent dieser Zwölfer etwas vom alltäglichen Getriebe abseits in seinem versteckten Stammsitz hinter dem Zähringerhof nächtete.“

Aus den Geheimnissen des „Alten Bundes“

Wenn auch die Bündler demokratisch gesinnt waren, so war der Bund selbst in keinem Falle die „Zentrale für die Verteilung verbotener Schriften in ganz Deutschland“, wie der Offenburger Schriftsteller Anton Fendrich zu wissen glaubte.⁴ Offenburg war zwar ein bedeutender Umschlagplatz für die „Rote Feldpost“, aber die absolut notwendige Geheimhaltung verbot

selbstverständlich die Einweihung eines so großen Kreises. Als Fendrich sein Manuskript verfaßte, mußte er wissen, daß nur ganz wenige vom „Alten Bund“ Kenntnis von der verbotenen Verbreitung sozialistischer Literatur haben konnten, denn Adolf Geck enthüllte 1910, was sich da tatsächlich Mysteriöses im Pavillon, dem Überrest der alten Kegelbahn, dem „bacchantischen Heiligtum“ der Bündler, hin und wieder zugetragen hatte. Nur etliche schienen Mitwisser eines geheimnisvollen Vorgangs zu sein:

„Die Polizei roch nichts davon; das war die Hauptsache. Heute soll sie in das Geheimnis eingeweiht werden. Ein Mädchen aus der Fremde betrat in jener Zeit öfters die heilige Halle. Man wußte nicht, woher es kam. Und seine Spur war schnell verloren, sobald die Arbeit vollendet war, die im Herstellen, Verschnüren und Versiegeln zahlreicher Pakete bestand. Sie enthielten Broschüren und Flugschriften. Das Mädchen kleidete sich sonderbar, trug sein Haupt ver mummt, wie ein wandelndes Geheimnis, wie ein Weib, das einen Zahnschmerz durch Fernhalten der Zugluft lindern oder verhüten will. Der Name jenes Weibes war damals weltbekannt, ein Preis war auf das Haupt gesetzt, das etwas männliche Gesichtszüge aufzuweisen hatte.“

Anlaß für seine Enthüllung war eine Meldung in der Presse. Wir lesen in einem Berliner Blatt die Mitteilung aus Petersburg von der bedenklichen Erkrankung der Wera Sassulitsch. Um keine andere als um diese russische Revolutionärin handelt es sich bei dem Mysterium aus dem Klublokal des „Alten Bundes“:

Adolf Geck: Wera Sassulitsch – eine Frau ohne Furcht und Tadel

Wer war Wera Sassulitsch?

Um mit Zeitgenossen zu reden: eine „moderne Charlotte Corday“; wenn auch nicht mit dem Dolch im Gewande, mit welchem die Enkelin eines Ministers und Tochter eines Senators einen Stadthauptmann lebensgefährlich verletzt habe, wie Paul Sethe schrieb.⁵ Wera S. schoß mit einem Revolver, um die einem ihr unbekanntem Studenten widerfahrene Mißhandlung zu rächen. Als General Fjodor Trepow, Regierungsstatthalter von Petersburg und Polizeikommandant, bei einer Inspektion des Untersuchungsgefängnisses am 13. Juli 1877 von dem im Hof an ihm vorbeigehenden Sträfling Bogoljubow (A. S. Jemeljanow) nicht begrüßt wurde, ließ er ihn auspeitschen. Der Vorgang löste in der Öffentlichkeit starke Empörung aus, und Wera griff am 24. 1. 1878 bei einer Audienz zur Waffe: der verhaßte General wurde schwer verwundet, doch Wera S. wurde von einem Schwurgericht am 31. 3. 1878 überraschend freigesprochen! Eine tausendköpfige Menge schützte sie beim Verlassen des Gerichtsgebäudes vor einer widerrechtlichen Verhaftung. Der unerwartete Freispruch löste in ganz Europa Befriedigung aus; der Schuß

„fand deshalb ein so lautes Echo in der Gesellschaft und hatte darum so durchschlagenden Erfolg, weil er als Protest der Menschenwürde gegen Brutalitäten und Bedrückungen galt“.⁶ Wera S. konnte wenige Wochen darauf in die Schweiz flüchten, kehrte später wieder zurück, um Anfang 1880, zu gleicher Zeit wie Georgi Plechanow und Lew Deutsch, erneut zu emigrieren.



*Wera Iwanowa Sassulitsch
(Institut für Marxismus-Leninismus
beim ZK der KPdSU)*

Die historische Bedeutung dieser Frau gründet sich nicht auf das populäre Attentat, sondern darauf, daß sie die erste russische Marxistin wurde.⁷ Unter der Leitung von Georgi Plechanow bildete sich im Herbst 1883 die erste marxistische Gruppe der russischen revolutionären Bewegung, der P. B. Axelrod, Wera Iwanowa Sassulitsch (1849–1919), L. G. Deutsch und W. N. Ignatow angehörten. Die Organisation nannte sich „Befreiung der Arbeit“ mit dem späteren Zusatz „Sozialdemokratische Gruppe“ und setzte sich u. a. das Ziel, die in das Russische übersetzten wichtigsten Werke von Marx und Engels sowie eigene Schriften in Rußland zu verbreiten, aber „es war schwer, Literatur nach Rußland zu schaffen. Manchmal gelang das mit Hilfe russischer Studenten, wenn sie zu den Ferien aus der Schweiz nach Hause fuhren. Sie nahmen Publikationen der Gruppe mit, die man sorgfältig in Bucheinbände, Albumdeckel und Schachtelwände eingeklebt hatte“.⁸

Doch mit dem gleichen Problem, verbotenes Schrifttum über die Grenze zu schmuggeln, mußten sich auch die deutschen Sozialdemokraten herumschlagen: „Die schweizerische Volksbuchhandlung in Zürich (Hottingen) hatte damals einen großen Schriftenvertrieb in alle Länder, besonders waren es Volksausgaben der nationalökonomischen Werke sozialistischer Autoren (Marx, Engels, Lassalle etc.), die zeitgemäß in verschiedenen Sprachen herausgegeben wurden. Neben Deutschland war damals Rußland ein gutes Absatzgebiet. Unser Landsmann Josef Belli, der vor drei Jahren auf seinem Alterssitz zu Gengenbach starb, war Agent jener Züricher Volksbuchhandlung. Er vollzog den oft verhängnisvollen Versand über die Grenze nach dem ‚Lande der Dichter und Denker‘ . . .“ Adolf Geck, der am 7. 6. 1930 daran erinnerte, war enger Mitarbeiter Bellis in der „Roten Feldpost“ gewesen, und die Interessen der deutschen Sozialdemokraten trafen sich in bezug auf die Verbreitung marxistischen Schrifttums mit der russischen Gruppe „Befreiung der Arbeit“. Es war also nicht so, daß sich Wera S., wie Fendrich schreibt, „in den Dienst der deutschen Sozialdemokratischen Partei geflüchtet“ hatte, sondern die russischen Emigranten nahmen bei ihrem schwierigen Unternehmen gerne die Hilfe deutscher Genossen in Anspruch. Josef Belli widmete in seinem Buch „Die rote Feldpost unterm Sozialistengesetz“ der Zusammenarbeit den Abschnitt: „Vom Konspirieren“ und führt dazu aus: „Neben unserer Feldpost mußten wir in dieser Zeit den russischen und polnischen Genossen oft Unterstützungsarbeit leisten. In Genf und Paris wurden ihre Propagandaschriften gedruckt, die über die deutsche und russische Grenze zu schwärzen waren. Im Ausland war es den Leuten schwer, Verbindungen zu finden. Wir griffen gern tätig mit ein und erlebten dabei manchmal komische Augenblicke; denn diesen gewiegten Konspiratoren, so nannten sie sich gewöhnlich selbst, waren überzeugt, uns unbeholfenen Deutschen eine Ehre zu erweisen, indem sie unsere Hilfe in Anspruch nahmen. Bei solchen Expeditionen zeigten ihre Frauen Energie und Ausdauer. Im Frühjahr 1882 brachte eine russische Genossin eine schwere Ladung mit aus Genf. Damit suchte sie bei uns Rat und Hilfe. Der Postmeister verwies sie an unseren Posten in Basel.“ Belli schilderte die unermüdliche Arbeit der Russin beim Einpacken der Ware in Hüningen, wohin man nachts um 1 Uhr alles hingeschafft hatte. Morgens um 5 Uhr fuhr Belli mit der Russin über Straßburg nach Offenburg: „Bei Ankunft der gemeldeten Familie ‚Biedermann‘ in Offenburg stand wie immer der Toni mit ‚Kommerzienrats‘ Fuhrwerk an der Güterhalle. Wir packten um und schickten die Sachen weiter. Kommerzienrats altes Mütterlein bereitete uns ein kräftiges Mahl, das wir im Nebenzimmer des ‚Zähringerhofes‘ zu uns nahmen. Niemand sonst durfte herein“. Belli nennt keinen Namen, aber es dürfte sich auch in diesem Falle um Wera Sassulitsch gehandelt haben.

Leider hat Adolf Geck über seine Beziehungen zu den revolutionären russischen Emigranten nichts Näheres berichtet und auch keinen Zeitpunkt ge-

nannt, an dem sich Wera Sassulitsch in Offenburg aufhielt. Er schrieb am 30. 10. 1910 lediglich:

„Wera wagte sich aus der Schweiz, wo sie Asylrecht genoß, zuweilen in das badische Nachbarland, um die revolutionäre Literatur zu versenden. Zu Offenburg in dem Bundeslokal der alttestamentarischen Väter fand sie eines ihrer geheimen Kabinette, als ihr Freund Buligin (Leo Deutsch) in einem Gasthof zu Freiburg ausgehoben und mit badischer Schergenhilfe nach der Petersburger Schlüsselburg und dann nach Sibirien geschleppt worden war. Wera Sassulitsch war eine Frau ohne Furcht und Tadel. Das Bollwerk des Barbarenreiches ist durch ihre geistigen Geschosse in's Wanken geraten.“

Lew Grigorjewitsch Deutsch (1855–1941), Mitbegründer der Gruppe „Befreiung der Arbeit“, war Anfang März 1884 von Zürich nach Freiburg gereist, um „eine Partie russischer sozialistischer Schriften, die in der Schweiz gedruckt waren, über die Grenze zu schmuggeln, um sie dann auf geheimen Wegen nach Rußland, wo sie natürlich verboten waren, gelangen zu lassen“.⁸

Nach den Worten Gecks könnte also Wera S. bis zu diesem Zeitpunkt sporadisch oder auch öfters, wie Geck einmal geschrieben hat, in Offenburg gewesen sein und ihn auch dort von der Verhaftung ihres Freundes unterrichtet haben, denn in einem Brief vom Oktober 1884 an Friedrich Engels entschuldigte sie sich für die späte Beantwortung seines Schreibens vom 6. März mit dem Hinweis, daß sie es fast gleichzeitig mit der Unglücksnachricht von Deutschs Verhaftung erhalten und daraufhin Genf für mehrere Monate verlassen habe.⁹

Geck glaubte, wie er Hansjakob erzählte, „man könnte Deutsch von seinem Fenster aus befreien und riet den russischen Freunden, die nach Freiburg gekommen waren, es nicht durch Bestechung zu versuchen. Er vermittelte durch eine Offenburgerin, die dem Gefängnis gegenüber eine Wirtschaft ‚Zur Reichspost‘ betrieb, den Russen nächtlicherweise den Verkehr mit Deutsch durch transparente Plakate in russischer Schrift. Doch ehe der Fluchtplan zur Ausführung kam, wurde Deutsch, der sich durch einen gefälschten Paß für einen Russen Buligin ausgegeben hatte, in eine Zelle auf der Rückseite des Gefängnisses verbracht, wodurch die Flucht unmöglich wurde.“¹⁰ Deutsch wurde rechtswidrig an Rußland ausgeliefert und zu Zwangsarbeit verurteilt. Erst nach 16 Jahren gelang ihm die Flucht aus Sibirien; am 5. 11. 1901 traf er wieder in Zürich ein.¹¹

Als Ludwig Frank 1904 am Kongreß der II. Internationale in Amsterdam teilnahm, berichtete er am 14. 8. in der von Adolf Geck im gleichen Jahr herausgebrachten Broschüre „Briefe aus Amsterdam“ auch über die dort anwesenden russischen Delegierten, unter ihnen Wera Sassulitsch: „Eine

alte Frau. Fast weiß ist das Haar, das sie in den Nacken zurückstreicht, gelb ist das schönlinige Gesicht, die Augen sind ohne Glanz, und sie hüllt sich fröstelnd in ein großes kariertes Wollentuch, – sie erinnert mich an meine Großmutter und ich möchte ihr gern die tapferen Hände küssen.“ Vom menschewistischen Flügel war auch Lew Deutsch vertreten, der mit seinen 49 Jahren unter den erlittenen Entbehrungen ebenfalls frühzeitig gealtert war: „Er schaut meist, wie teilnahmslos, vor sich hin und streicht seinen rötlichen, von weißen Fäden durchzogenen Vollbart, – er denkt wohl an seine verlorene Jugend. Er freute sich aber sichtlich, als ich ihm Grüße von Freund Adolf Geck bestellte, der ihn im Bunde mit dem Berner Karl Moor aus dem Freiburger Untersuchungsgefängnis hatte befreien wollen.“

Nach seiner Enthüllung im Jahre 1910 über die Tätigkeit Weras in Offenburg kam Geck nach vielen Jahren in einem Artikel vom 30. 6. 1928 wieder auf Wera Sassulitsch unter der Überschrift „Zur Geschichte des Umsturzespiels in Offenburg“ zurück: „Der Verlockung soll heute nicht nachgegeben werden, den Pavillon der Kegelbahn als Tempel des ‚Alten Bundes‘ in die geschichtliche Beleuchtung zu rücken. Es ist eine dankbare Aufgabe, die Erlebnisse aus der Umsturzeit der achtziger Jahre zu schildern, als drinnen die biblischen Väter vom ‚Alten Bund‘ ihre Freiheitslieder sangen, die echte Wera Sassulitsch ihren Literaturversandt verpackt und der Bürger ‚Spitzkopf‘ als nachtwandelnder Tenorist gastlichen Unterschlupf im Packstrohlager aufsuchte.“

Die Erinnerung daran wäre für die meisten der biblischen Väter ohnehin zu spät gekommen. Als die Bündler am 2. November 1912 in ihrem letzten Bundesquartier, dem „Zähringer Hof“, zusammenkamen, konnte Adolf Geck noch vermelden: „Erschienen waren der Altvater Moses (Architekt Kiefer) aus der Gründungszeit, während die gleichaltrigen Patriarchen Samuel (Alex. Zeis) und Lazarus (Otto Hoffmann) wegen Unpäßlichkeit sich entschuldigen ließen. Neben Moses waren zugegen Hiob (Alois Stöhr), Absalon (Gg. Monsch), Sebulon (C. Adam), Nabuchodonosor (Alex. Plank), Malachi (Alex. Huber), Hagai (H. Hambrecht), Kaifas (Hans Drinneberg), Barnabas (Hch. Hoffmann) und Asser (A. Geck).“

In den Jahren des 1. Weltkrieges fand man sich nicht mehr zusammen. Es blieb Adolf Geck vorbehalten, sporadisch der alten Freunde zu gedenken, deren Zahl nach seiner Bemerkung vom 2. 9. 1917 kaum noch ein Dutzend erreichen mochte. Während es Theodor Plank in Brüssel bei Kriegsausbruch nicht eben rosig ergangen war, konnte Geck am 19. 8. 1917 berichten, daß der Verlagsbuchhändler Hermann Hambrecht (Hagai), seit mehr als 30 Jahren Leiter des zentralen Verlagssortiments des Vereins der schweizerischen Buchhändler, am 12. 8. zum Statthalter Oltens gewählt wurde.

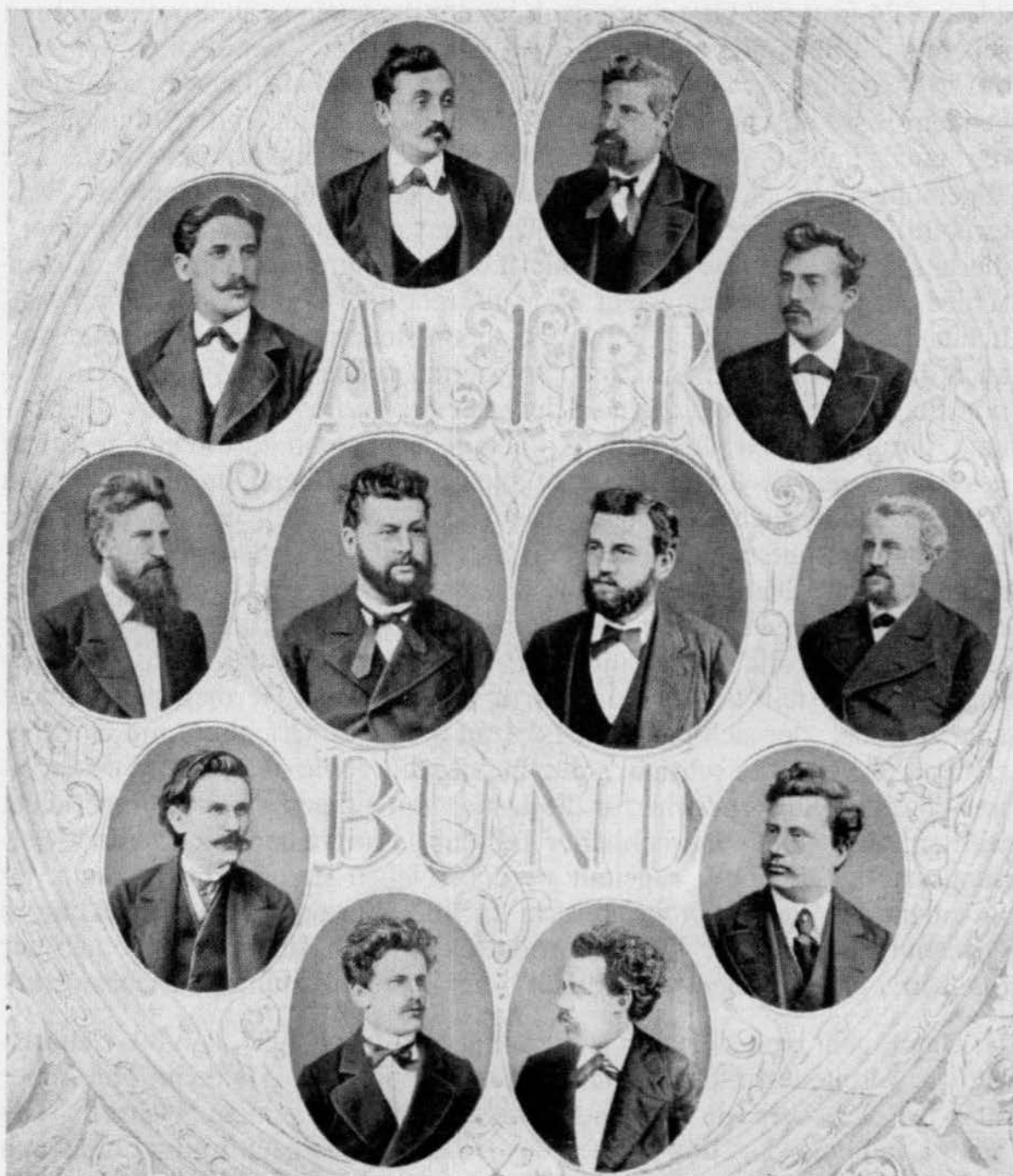
Bündler Hagai setzte sich 1924 für Schweizer Hilfswerk in Offenburg ein

Olten? Der erinnernden Dankbarkeit wert. Die Reichsregierung hatte zur Beendigung der Inflation die neue Währung der Rentenmark am 15. 11. 1923 in Kraft gesetzt, wobei ihr Wert auf 1 Million Papiermark festgelegt wurde, aber das alte Geld galt auch weiterhin als Zahlungsmittel. Zwar machte sich wirtschaftliche Besserung bemerkbar, aber „D'r alt Offeburger“ stellte am 24. 2. 1924 fest, daß Offenburg noch immer die teuerste Stadt weit und breit sei. In der Praxis blieb Schmalhans Küchenmeister: „Jetzt haben wir auch das Einheitsbrot, es fehlt nur noch das Geld, um das tägliche Brot in genügendem Bisse anschaffen zu können.“ Die Auswirkungen der Inflation waren noch immer katastrophal und heute kaum mehr vorstellbar. Der allgemeinen Not suchte man mit Sammel- und Spendenaktionen der „Winternothilfe“ zu steuern; als nachahmenswert empfahl „D'r alt Offeburger“ die tatkräftige Nothilfe einer Reihe jüdischer Familien, „die ohne Unterschied der Konfession ungefähr 30 Mitbürger oder deren Kinder ihren gastlichen Tisch an einem Tag der Woche bereitstellen“. Hochwillkommen war auch die Hilfe aus dem Ausland. So sorgten neben der Schweizer Hilfsaktion für deutsche Not einzelne Schweizer Städte für Patenorte in Deutschland, darunter Olten für Freiburg, doch gedachte man dort in einem Aufruf des Hilfskomitees für eine Sammlung in der Amtei Olten-Gösigen vom 20. Dezember auch der Stadt Offenburg: „Sollte es das Ergebnis der Sammlung gestatten, würde die Hilfsaktion auf die Stadt Offenburg ausgedehnt werden. Damit die Sammlung zweckentsprechend verwendet wird, erfolgt die Zuwendung der Gaben in Freiburg bzw. Offenburg unter der amtlichen Kontrolle eines neutralen Patronatskomitees, das in unserem Einvernehmen bestellt wird.“ Der Aufruf war auch von Hermann Hambrecht unterzeichnet, der sich persönlich darum bemühte, Offenburg mit einzubeziehen. Wie er Geck schrieb, sollte in Offenburg wie in anderen Städten eine Schweizer Suppenküche für die Dauer von einigen Wochen eingerichtet werden; auch solle ein erheblicher Teil der gesammelten Wäsche und Kleidungsstücke Offenburg zugeteilt werden. Neben Hambrecht trat auch der Präsident des Zentralkomitees warm für Offenburg ein. Die am 5. März in Offenburg eintreffende Delegation der Schweizer Hilfsaktion übergab der Stadt in „phrasenloser Schlichtheit“ das hochwillkommene Liebeswerk.

H. Hambrecht hielt sich zum letzten Mal im August 1927 zum 80. Geburtstag des Altbundesbruders Monsch in Offenburg auf. Als er im November 1930 im 79. Lebensjahr starb, schrieb Adolf Geck in seinem Nachruf: „Die Stadt Offenburg darf den Namen des Oltener Sozialisten in ihr Ehrenbuch eintragen, da er unserer Gemeinde in der schrecklichen Entbehrungszeit die Oltener Spende aus alter Heimatliebe zukommen ließ.“

Als Geck am 7. 2. 1931 in einem Beitrag zur Vereinsgeschichte Alt Offenburgs ein Gruppenbild aus der Zeit vor etwa einem halben Jahrhundert

brachte, konnte er berichten, daß von den Urvätern der Gründerzeit der 82jährige Alois Stöhr, ehemaliger Lokomotivführer, der Kaufmann Alexander Plank, Altstadtrat Monsch und von der jüngeren Hebräerschaft in Karlsruhe Hans Drinneberg, in Offenburg Kaufmann Heinrich Grafmüller und schließlich er selbst noch am Leben seien.



Das Gruppenbild beschrieb er am 7. 3. 1931 wie folgt:

„Der Herbergsvater Hermann Geck schaut oben (rechts) seinem Schul- und Kriegskameraden Alois Stöhr in's Gesicht; es folgen darunter der im vori-

gen Jahr in Olten verstorbene Buchhändler Hermann Hambrecht (links) und unser vor drei Wochen dahier entschlafener Bürger Alexander Huber. In der Mittelreihe Karl Adam („Hasennest“), dann die Altväter Karl Eichin, Kaufmann (gest. in Chicago), nebst Hermann Oesterlein, Bahnbeamter (Vater unseres Mitbürgers), und der blonde Küfermeister Josef Beiser vom einstigen ‚Wettiplatz‘. Durch das Wort Bund ‚Bund‘ getrennt, links der ewige Junggeselle Ernst Dillinger, im Volksmunde ‚Spitzkopf‘ genannt, ein Buchbinder, und der rote Architekt Otto Hoffmann, der sich in Freiburg niederließ und das große musikalische Talent des ‚Bundes‘ war. Das unten abschließende Väterpaar bildet den noch mobilen Bestand in der Gegenwart: der Blättschreiber Adolf Geck und der Glasmaler Hans Drinneberg in Karlsruhe.“

Doch schon am 15. August bringt der „Alte“ die Trauernachricht, daß der Glasmaler Hans Drinneberg, „dessen Werke den Schüler Hans Thoma’s unsterblich machen“ und der auf der Weltausstellung in Chicago den großen Preis erhalten hatte, am 8. 8. verstarb: „Im ‚Alten Bund‘, in dessen Zwölfer-rat er 1875 aufgenommen wurde, war Johann’s Talent sehr geschätzt. Als Glasmaler wurde er in der Kunstanstalt Geck und Vittali dahier ausgebildet; das eigene Geschäft in Karlsruhe entstand 1877.“

Drei Jahre später, am 23. 2. 1934, starb Monsch (Absalon), eine der bemerkenswertesten Persönlichkeiten Offenburgs. Hans Drinneberg hatte ihm schon 1902 die „Unsterblichkeit“ prophezeit, da einst eine Marmortafel mit seinem Relief an der Stadtmauer der Zwingeranlagen sein verdienstvolles Wirken der Nachwelt überliefern werde. Monsch wurde 1928 aus Anlaß seiner 40jährigen produktiven Tätigkeit als Stadtrat nicht nur die Würde eines Ehrenbürgers verliehen, sondern mit den dankbaren Namensgebungen „Georg-Monsch-Anlage“, „Georg-Monsch-Kanzel“, „Georg-Monsch-Schule“ (mit der „Georg-Monsch-Brezel“ und „Georg-Monsch-Uhr“) und „Georg-Monsch-Turnhalle“ vor dem Vergessen bewahrt. Daß schließlich der nationalsozialistische Oberbürgermeister Dr. Rombach in seiner Grabrede betonte: „Wenn das Institut des Ehrenbürgers noch nicht geschaffen gewesen wäre, hätte es für Georg Monsch geschaffen werden müssen“,¹² mag das Ansehen dieses Bündlers unterstreichen, der während der ganzen Dauer der Weimarer Republik seine „Gedanken über eine sozialistisch-kommunistische Staatseinrichtung“ mit dem Endziel einer entsprechenden sozialen Weltordnung propagierte!

Am 13. 4. 1942 starb mit seinem Freund Adolf Geck (Asser) der letzte Vater des „Alten Bundes“.

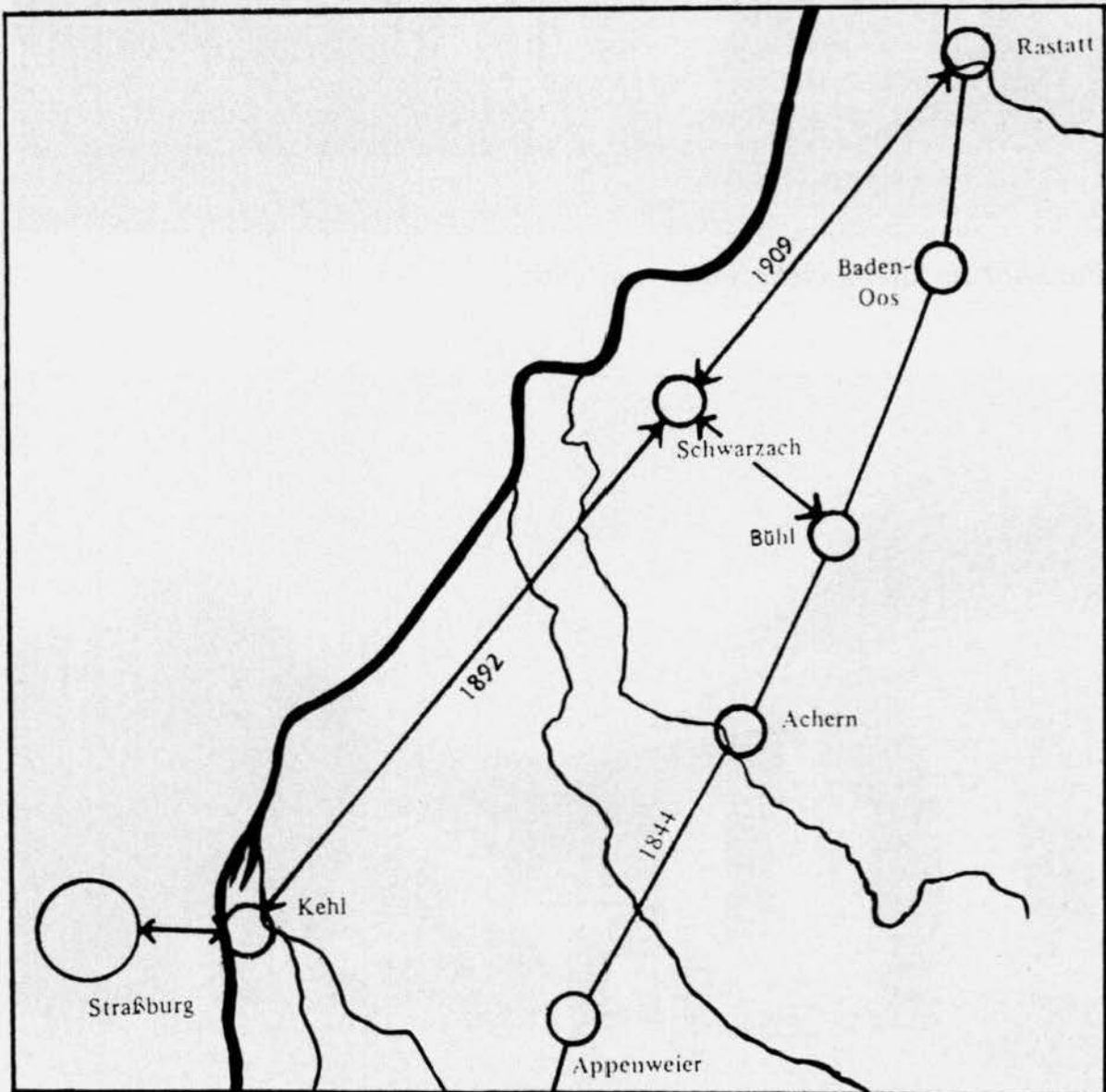
Anmerkungen

- 1 D'r alt Offeburger, 2. 2. 1902. H. D. (Hans Drinneberg) schilderte die Geschichte des „Alten Bundes“ in einer Reihe von Aufsätzen, die sich von der Nr. 138 bis 151 erstrecken.
- 2 Unsere Lieder. Gedichte, Knittel- und andere Verse aus dem ALTEN BUND. Gesammelt und zum 12. Stiftungsfest dargebracht von Hagai. Offenburg 1880. Verlag der Gesellschaft „Alter Bund“. Als Manuskript gedruckt.— Im Vorwort schrieb der Herausgeber: „Zum 11jährigen Stiftungsfeste“.
- 3 Erwin Dittler, Erinnerungen von und an Otto Hörth (1842–1935), in: Die Ortenau 65 / 1985, S. 233.
- 4 Anton Fendrich, Hundert Jahre Tränen. 1953, S. 34.
- 5 Paul Sethe, Kleine Geschichte Rußlands. 1953, S. 115.
- 6 Alphons Thun, Geschichte der revolutionären Bewegungen in Rußland. Leipzig 1883 (Nachdruck 1964, S. 159). Dazu auch Valentin Gitermann, Geschichte Rußlands III, 1965, S. 237 ff.; S. 609 ff.
- 7 W. Sassulitsch übersetzte Arbeiten von Karl Marx und Friedrich Engels, schrieb u. a. über Jean-Jacques Rousseau (1898), Beiträge für den lit.-polit. Sammelband „Sozial-Demokrat“, veröffentlichte 1898 den „Abriß der Geschichte der Internationalen Arbeiterassoziation“, wurde bekannt durch die Antwort von Karl Marx vom 8. 3. 1881 auf ihre Frage in bezug auf die Bedeutung der russ. Dorfgemeinde; sie gehörte mit Plechanow, Lenin u. a. der Redaktion der „Iskra“ an, verkehrte in London im Hause von Friedrich Engels und nahm an zahlreichen internat. Kongressen teil. Ihre Lebenserinnerungen erschienen 1931 in Moskau.
- 8 Geschichte der Kommunistischen Partei der Sowjetunion, I (1883–1903). S. 188 f.
- 9 Michail Jowtschuk/Irina Kurbatowa, Georgi Plechanow. Berlin 1983, S. 87.
- 10 Heinrich Hansjakob, Allerlei Leute und allerlei Gedanken. 1913, S. 336.
- 11 Dazu: Leo Deutsch, Sechzehn Jahre in Sibirien, 1903.
- 12 Ortenauer Rundschau, 3. 3. 1934.

Die Nebenbahnen in der nördlichen Ortenau

Hans-Peter Mölders

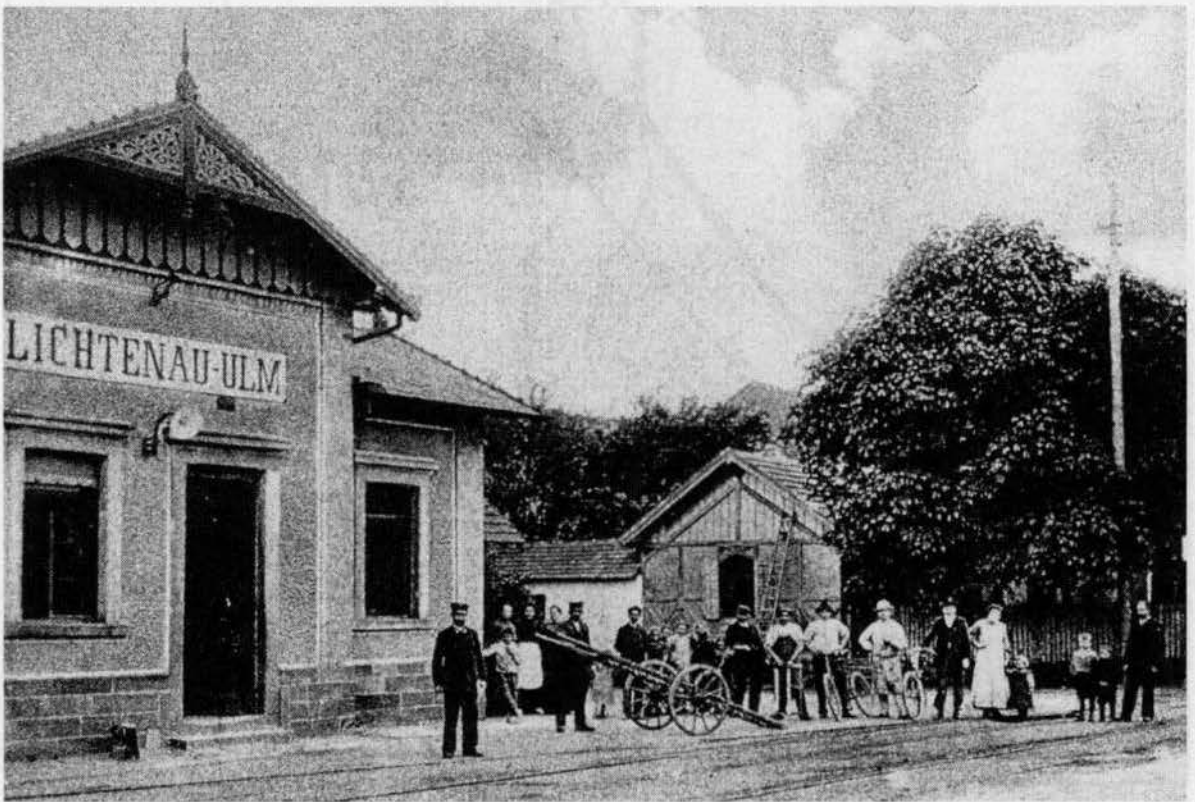
Mit diesem Beitrag wird die in den letzten Jahren in der „Ortenau“ begonnene Reihe der Seiten- und Nebenbahnen fortgeführt. Die nachfolgende Zusammenstellung soll vor allem die Verwendung der verschiedenen Bahnpoststempel auf den Strecken zwischen Straßburg / Kehl und Bühl zum einen und zwischen Rastatt und Schwarzach zum anderen darlegen.



Die Nebenbahnen in der nördlichen Ortenau



Bahnhof in Rheinbischofsheim um 1905



Bahnhof in Lichtenau-Ulm um 1910

Die Nebenbahn zwischen Straßburg / Kehl und Bühl

In dem Beitrag von Paul Hetzel über die Geschichte der Mittelbadischen Eisenbahngesellschaft in der Ortenau 1988 wurde zur Entstehung alles Bedeutende dieser Nebenbahnen gesagt.¹ Zum besseren Verständnis werden aber nochmals die wesentlichen Punkte aufgeführt.

Nachdem die „Rheintallinie“ entlang am Gebirgsrand, um die größeren Städte und Gemeinden zu erreichen, seit Jahrzehnten in Betrieb war, klang trotzdem die Diskussion über eine Bahnlinie von Rastatt nach Kehl nie ab. Von einem Anschluß erhoffte man sich in den Gemeinden nördlich von Kehl Teilnahme am industriellen Fortschritt und kürzere und schnellere Transportwege für landwirtschaftliche Güter nach Kehl und Straßburg. Die Konzession zum Bau der schmalspurigen Strecke (1000 mm) wurde durch Gesetz vom 30. 4. 1890 an die Straßburger Straßenbahngesellschaft erteilt.² Die Betriebseröffnung der 39,08 km langen Strecke erfolgte am 11. 1. 1892. Zwischen 1966 und 1971 erfolgte stufenweise die Einstellung des Güter- und Personenverkehrs und der Abbau der Gleisanlagen.

Nach der Inbetriebnahme im Jahre 1892 wurde der Bahnpostbetrieb aufgenommen, der im Wechsel den Postämtern in Bühl und Kehl unterstand. Mit den Zügen fuhr ein Postschaffner mit, der den Bahnpostbetrieb im Zuge zu besorgen hatte. Zur Entwertung der abgegebenen Poststücke wurden in der Folge sechs verschiedene Bahnpoststempel verwendet. Nachdem 1883 durch die Generalverfügung des Reichspostamtes vom 18. 5. 1883 erstmalig genormte Bahnpoststempel eingeführt worden waren, kamen zunächst die sogenannten Kleinovalstempel zur Verwendung.³ Der erste Stempel war der Kleinovalstempel „*Kehl – Bühl (Baden)*“.



Dieser Stempel war bis Mitte der dreißiger Jahre des 20. Jahrhunderts in Gebrauch.

Kurz vor der Jahrhundertwende war der Kleinovalstempel „*Bühl (Baden) – Straßburg (Els.)*“ in Gebrauch.



Dieser Stempel konnte bislang nur im September 1898 nachgewiesen werden; jedoch ist von einer Verwendung schon früher, aber kaum danach, auszugehen.

Um die Jahrhundertwende kam dann ein neuer Kleinovalstempel in den Verkehr. Dieser Stempel „Bühl (Baden) – Kehl – Straßburg“ wurde um den Zusatz „Kehl“ gegenüber dem vorigen Stempel erweitert.



Nachdem nach dem verlorenen Ersten Weltkrieg das Elsaß an Frankreich abgetreten wurde und die Bahn nunmehr Kehl und nicht mehr Straßburg als Ausgangspunkt hatte, mußte man diesen Tatsachen auch bezüglich der Stempel Rechnung tragen. Der letzterwähnte Stempel blieb in aptierter, d. h. in geänderter Form ab 1919 noch einige Zeit in Gebrauch. Man entfernte einfach „Straßburg“ und schon war man den neuen Gegebenheiten gerecht geworden. Da die Bahn nunmehr nur noch zwischen Kehl und Bühl verkehrte, kam somit also der aptierte Kleinovalstempel „Bühl (Baden) – Kehl“ zur Verwendung.



In der Zeit kurz vor dem Ersten Weltkrieg wurde dann der Ablöser des Kleinovalstempels, der sogenannte Großovalstempel, eingeführt. Auf der

Strecke zwischen Kehl und Bühl kam dieser neue Großovalstempel „Kehl – Bühl (Baden)“ etwa Anfang 1913 zur Verwendung.



Nach dem Zweiten Weltkrieg kam der zweite Großovalstempel „Bühl / Baden – Kehl“ zur Verwendung.⁴



Anfang der 50er Jahre wurde der Bahnpostdienst auf der gesamten Strecke eingestellt; ein genaues Datum konnte bislang nicht festgestellt werden.⁵

Die Nebenbahn zwischen Rastatt und Schwarzach

Durch Gesetz vom 23. 3. 1907 wurde die Konzession an die Straßburger Straßenbahn-Gesellschaft zum Bau der Nebenbahn zwischen Rastatt und Schwarzach erteilt.⁶ Durch diese Nebenlinie war von Rastatt aus eine Verbindung nach Bühl und nach Straßburg hergestellt, und die Bewohner des Landstriches hatten nun Jahrzehnte später ihre Bahnverbindung zwischen Rastatt und Kehl, für die sie früher so erfolglos gekämpft hatten. Die Betriebseröffnung der 20,3 km langen Schmalspurstrecke (1000 mm) erfolgte am 2. 5. 1909. Die Stilllegung des Güter- und Personenverkehrs erfolgte ab 1970 stufenweise. Zur gleichen Zeit wurde ein Teil der Schmalspurstrecke (1000 mm) zwischen Bühl – Schwarzach und zwischen Stollhofen und der Firma DDW, Greffern, regelspurig (1435 mm) ausgebaut.

Gleichzeitig mit der Inbetriebnahme 1909 wurden auch Bahnposten eingerichtet, die dem Postamt Rastatt unterstanden. Es kam der zu die-

ser Zeit übliche Kleinovalstempel „Rastatt – Schwarzach“ zur Verwendung.



Zu Beginn des Ersten Weltkrieges löste der neue Großovalstempel „Rastatt – Schwarzach (Amt Bühl)“ den o. g. Kleinovalstempel ab.



Dieser Stempel war bis zur Einstellung des Bahnpostdienstes um das Jahr 1950 in Verwendung.⁷ Die neu geschaffene regelspurige Strecke diente nur noch für Gütertransporte, und es wurde kein Bahnposten mehr eingerichtet.

Dieser Beitrag wird mit weiteren Nebenbahnen der nördlichen Ortenau fortgesetzt.

Die Abbildungen stammen aus der Sammlung des Verfassers.

Anmerkungen

- 1 Die Geschichte der Mittelbadischen Eisenbahngesellschaft (MEG) in: Die Ortenau, 68. 1988, S. 265 ff.
- 2 Badischer Staatsanzeiger, Jahrgang 1890, Nr. XV, S. 143.
- 3 Generalverfügung des Reichspostamtes die Einführung neuer Stempel betreffend, in: Amtsblatt der Reichspost-Verwaltung vom 18. Mai 1883, S. 164 f.
- 4 Peter Wallmann, Bahnpost in Südbaden, Selbstverlag. Viernheim 1982.
- 5 Hermann Amann, Bahnposten in Südbaden. Eine Betrachtung anhand der verwendeten Streckenstempel, in: Postgeschichtliche Blätter für Südbaden, Heft 1. 1969, S. 14.
- 6 Badischer Staatsanzeiger, Jahrgang 1907, Nr. X, S. 113.
- 7 Hermann Amann, Bahnposten in Südbaden, a. a. O., S. 14.

Die Drei-Königs-Kacheln der Burg Bosenstein aus dem 15. Jahrhundert

Hans-Martin Pillin

In den Jahren 1986 und 1987 gelang es mir, aus den Geröllhalden des Burg-
hügels der im Dreißigjährigen Krieg zerstörten Burg Bosenstein¹ (Ottenhö-
fen/Achertal) eine größere Anzahl von Kachelfragmenten zu bergen, die von
mehr als 70 verschiedenen Kacheln ehemaliger Kachelöfen der Burg Bosen-
stein stammen. Der Restaurator Wolfgang Bolg aus Baden-Baden konnte 42
dieser Ofenkacheln vollständig restaurieren. Von drei weiteren Kacheln wis-
sen wir, wie sie ursprünglich ausgesehen haben, denn zu den diesbezüg-
lichen Fragmenten, die aufgrund ihrer geringen Zahl eine Restaurierung
nicht zulassen, gibt es in namhaften Museen ganz erhaltene Kacheln, die
aus denselben Modellen gepreßt wurden wie die drei besagten Bosensteiner
Ofenkacheln.

Die bosensteinischen Ofenkacheln, die hauptsächlich im 15. und frühen
16. Jahrhundert entstanden, sind eindrucksvolle Kunstwerke der Gotik und
Frührenaissance am Oberrhein und als Träger von großartigen Bildbot-
schaften religiösen und weltlichen Gehaltes Kulturgüter hohen Ranges.

Im Frühjahr dieses Jahres brachte der Morstadt-Verlag in Kehl einen von
mir erstellten Bild-Textband mit dem Titel heraus: „*Kleinode der Gotik und
Renaissance am Oberrhein – Die neuentdeckten Ofenkacheln der Burg Bo-
senstein aus dem 13. bis 16. Jahrhundert*“. Aus diesem mit 50 Farbabbildun-
gen ausgestatteten Buch, das bisher großen Anklang gefunden hat,
veröffentlichen wir im folgenden vier Abbildungen mit dem dazugehörigen
Text. Es handelt sich bei den vier Abbildungen um Bildwerke, auf denen
die Porträts der Heiligen Drei Könige in Reliefform dargestellt sind.

In der bildenden Kunst gehörte bis Rubens und Rembrandt die Anbetung
der Drei Könige zu den beliebtesten Motiven. Die Dreikönigsverehrung er-
reichte ihre Blütezeit im mittelalterlichen Deutschland nicht zuletzt deshalb,
weil Rainald von Dassel, der Kanzler Kaiser Friedrich Barbarossas, im Jah-
re 1164 für den Kölner Dom Gebeine von Heiligen aus Mailand mitbrachte,
die dort als die Gebeine der Heiligen Drei Könige verehrt werden.

Das Matthäus-Evangelium (2,1–12) berichtet, Magier oder Weise seien,
von einem Stern geleitet, aus dem Osten zur Anbetung des Jesuskindes ge-
kommen. Seit dem 3. Jahrhundert stellte man sich die Weisen aufgrund der
Dreizahl der Gaben in der Dreizahl und als Könige vor. Die Legende gab
ihnen etwa seit dem 9. Jahrhundert die Namen Caspar, Melchior und Bal-

thasar. Für die christliche Kirche gilt die Anbetung der Weisen aus dem Morgenland als die erste Christusverehrung aus der Welt der „Heiden“.

Kachel mit dem Bildwerk des Königs Caspar

Die Anschauung, daß einer der Drei Könige ein Mohr sei, verbreitete sich erst seit dem 14. Jahrhundert, d. h. ein Jahrhundert vor der Entstehung der hochrechteckigen bosensteinischen Ofenkachel (17 cm x 26 cm), die das Bildwerk dieses Königs in Reliefform enthält und die – wie auch die anderen Drei-Königs-Kacheln – auf der Rückseite den Abdruck eines groben Leinentuchs zeigt. Meistens wird dieser König mit dem Namen Caspar bedacht, der die Jugend und die afrikanischen Völker verkörpern soll.



Caspar steht in starrer Haltung mit gespreizten Beinen inmitten einer Nische unter einem Baldachin, einem Traghimmel, der auf schmalen Trägern ruht. Mit seiner schlanken Taille und den überlangen Proportionen repräsentiert er das höfische Schönheitsideal des Spätmittelalters. Er trägt keine orientalische Kleidung, sondern Kleidungsstücke, die adlige Personen des Abendlandes im Spätmittelalter bevorzugten. Das auffallendste von ihnen ist ein hauteng geschnittenes, kurzes und bis zum Gesäß reichendes Oberkleid (= Schecke) mit flügelartig geweiteten Ärmeln. Das stark gekürzte Oberkleid läßt die strumpfartigen Beinlinge des Königs in ihrer ganzen Länge er-

kennen. Er trägt außerdem die für das Spätmittelalter typischen Schnabelschuhe.

Seinen runden, negroiden Kopf, von dem sich beidseitig schulterlanges, gewelltes Haar zur Unterstreichung der Königswürde abhebt, ziert eine prächtige Königskrone. Sein jugendliches Gesicht weist stereotype Züge auf, so daß individuelle Merkmale kaum zum Vorschein kommen. Die großen, mandelförmigen, von starken Lidern umrandeten Augen mit ihren scharf ausgerichteten Pupillen bilden ein besonders auffälliges Charakteristikum dieses Königs, dessen Gesicht durch diese Augen einen überaus strengen Ausdruck verliehen bekommt.

Auf seiner Brust trägt er – was als Anachronismus angesehen werden muß – ein Kreuz, das an einer langen Halskette hängt.

An seiner Hüfte ist an einem Gürtel ein wuchtiges Schwert befestigt, das parallel zum linken Bein fast bis zu den Füßen reicht.

In seiner linken Hand hält er in Brusthöhe ein Trinkhorn, in dem sich höchstwahrscheinlich Myrrhe als Gabe für das Jesuskind befindet.

Würdevoll erhebt er seine überdimensionierte, angewinkelte Rechte, wohl um das Jesuskind zu grüßen oder um dem Neugeborenen seine Treue und Ergebenheit zu bekunden.

Auf dem Wappenschild, der zur Rechten des jugendlichen Königs Platz gefunden hat, erkennt man einen Bannerträger, dessen Aufgabe es ist, die Ankunft des hohen Gastes anzukündigen.

Außerhalb des Baldachins hat der Künstler, der die eindrucksvolle, grün glasierte Kachel entworfen bzw. angefertigt hat, in den beiden Zwickeln des Bogenfeldes je einen Menschenkopf plaziert. Beide Gesichter, die sich dem Betrachter frontal kundtun, unterscheiden sich deutlich von dem vornehmen und edlen Gesicht des Königs; sie sind ausgesprochen derb und trivial. Das Erscheinungsbild der beiden Köpfe wirkt auch deshalb ungepflegt, weil auf ihnen langes, von einem Stirnband bzw. Turban zusammengehaltenes Haar ungeordnet wallt. Was der Künstler mit diesen zwei grotesken Köpfen zum Ausdruck bringen wollte, ist nicht nachweisbar. Vielleicht sollen sie das einfache, niedere Volk versinnbildlichen und im Gegensatz zu der erhabenen Gestalt des Königs stehen.

Kachel mit dem Bildwerk des Königs Balthasar

Unter den Kacheln des gotischen Bosensteiner Kachelofens mit seinen vielfältigen Bildträgern, die in den Wohnraum einbezogen wurden, war auch die grün glasierte, hochrechteckige Kachel (Größe 16 cm x 25 cm) mit dem

Bildnis des Königs Balthasar. Wie die zwei anderen „Heiligen Könige“ steht er in einer Nische unter einem Baldachin, womit eine gewisse Raumbezogenheit der Figur hergestellt wird. Die beiden Zwickel über dem Baldachin belebt ein schlichtes Blumenornament.

Als Zeichen seiner königlichen Würde trägt Balthasar auf seinem von schulterlangem Haar umrahmten Haupt eine Königskrone.



Bemerkenswert ist ferner sein bis zu den Knöcheln reichender, in Falten gelegter Überrock mit breitem Überschlagkragen und umfangreichen Ärmeln. Aus diesem mantelartigen Überrock, einer sogenannten Schaubе, schaut nur ein Teil der schlanken Beine des Königs hervor. Die Füße stecken entsprechend der gotischen Schuhmode in Schnabelschuhen. Sein linkes Bein, das nach vorn gestellt ist, steht als Standbein auf dem Boden, während das rechte Bein, das Spielbein, eine leichte Drehung vollzieht, das linke kreuzt und nur mit den Fußspitzen den Boden berührt.

Im Gegensatz zum König Caspar nimmt Balthasar also keine starre Haltung ein, sondern in seiner Gestalt, die sich leicht nach rechts neigt, liegt Bewegung. Man möchte meinen, als ob er in leicht tänzelnder Pose dem Jesuskind das in seinen Händen befindliche Kästchen mit Gold überreichen wolle. Sein ernstes, nicht mehr von der Jugend geprägtes, ovales und bartloses Gesicht, das überdies durch ein übergroßes Kinn gekennzeichnet ist, ist individuell

beseelt und steht in einem reizvollen Kontrast zu der jugendlichen Körperhaltung, die höfische Anmut ausstrahlt.

Wie König Caspar hält er den angewinkelten rechten Arm sowie die rechte Hand in die Höhe, um damit dem Jesuskind seine Reverenz zu erweisen. Das Bruchstück mit der rechten Hand, das bedauerlicherweise nicht im Original zur Verfügung steht, zeigt ohne jeglichen Zweifel eine offene und damit friedliche Absichten dokumentierende Hand, die nach oben weist.

Auf der rechten Seite seines rechten Beines bzw. Fußes steht ein leerer Wappenschild. Daß er dies auch ursprünglich war, ist sehr wahrscheinlich, leider aber nicht ganz eindeutig belegbar, denn das kleine Fragment mit dem mittleren Teil des Wappenschildes war nicht auffindbar.

Kachel mit dem Bildwerk des Königs Melchior

Auf der dritten der „Drei-Königs-Kacheln“, die den gotischen Kachelofen der ehemaligen Burg Bosenstein zierten, ist der König dargestellt, dem man den Namen Melchior gegeben hat. Die hochrechteckige Kachel mit diesem Königsporträt ist grün glasiert und hat die Größe von 16 cm x 25 cm. Melchior repräsentiert das reife Mannesalter und ist derjenige, der dem Jesuskind im Stall von Bethlehem in einem Kelch bzw. Pokal den Weihrauch überbringt.



Der Kunsthafner hat auch diesen König unter einen von schlanken Säulen getragenen Baldachin gestellt und damit eine gewisse Räumlichkeit angedeutet. Im Gegensatz zu seinen beiden Begleitern steht er vor einem textilen Vorhang, der auf Schulterhöhe des Königs an einer waagrechten Stange befestigt ist.

Bekleidet ist König Melchior mit einem langen, wallenden und faltenreichen Prunkgewand mit breitem Schulterkragen. Es umhüllt seinen Körper fast bis zu den Knöcheln, öffnet sich am Standbein bis übers Knie und gibt den Blick frei auf die Füße und einen Teil der Beine.

Insignien seiner königlichen Macht sind einmal das Zepter, das er in seiner linken Hand hält, zum andern die Krone auf seinem Haupt.

Das kleine Fragment mit dem Gesicht des Königs konnte trotz intensiver Bemühungen leider nicht gefunden werden. Der Restaurator mußte deshalb dessen Gesicht nachempfinden. Dabei diente ihm das in derselben Kunstepoche entstandene Porträt dieses Königs in der Lautenbacher Marienkirche (Renchtal) als Vorlage, denn das Lautenbacher Altarbild verkörpert besonders gut den ikonographischen Typus dieses streng blickenden Königs mit dem gepflegten Backen-, Schnauz- und Kinnbart.

Bei der Übergabe seines Geschenkes, das er mit seiner rechten Hand hochhebt, nimmt König Melchior eine majestätische und Selbstbewußtsein ausstrahlende Körperhaltung ein. Dies erreicht der Kunsthafner nicht zuletzt dadurch, daß er den König betont aufrecht und mit geschwellter Brust in Szene setzt.

Die Bein- und Fußhaltung des Königs gleicht vollständig derjenigen des Königs Balthasar, d. h. auch er tritt mit gekreuzter Beinstellung (Stand- und Spielbein) vor das Jesuskind.

Schließlich sei noch vermerkt, daß der Schöpfer dieser künstlerisch wertvollen Kachel neben den König einen leeren Wappenschild gestellt und die beiden oberen Zwickel der Kachel mit üppigen Blumenornamenten ausgeschmückt hat.

Eine zweite Kachel mit dem Bildwerk des Königs Balthasar

Eine zweite an den Abhängen des Burghügels der ehemaligen Burg Bosenstein aufgefundene Kachel mit dem Porträt des Königs Balthasar stammt nicht aus der Kachel-Reihe, aus der die drei oben beschriebenen Kacheln mit den Porträts des Caspar, Melchior und Balthasar herrühren. Dies ist schon an der unterschiedlichen Größe der Kacheln zu erkennen. Die zweite gotische Balthasar-Kachel, die es im folgenden zu beschreiben gilt, ist klei-



ner als die drei anderen „Drei-Königs-Kacheln“. Sie ist hochrechteckig, hat die Größe von 16 cm x 22 cm und ist grün glasiert.

Balthasar steht ebenfalls unter einem Baldachin in einer Räumlichkeit andeutenden Nische, diesmal aber unmittelbar vor einem textilen Vorhang. Der Meister, der dieses Kunstwerk schuf, legte in die Gestalt eine ergebene, demütige Haltung, aber auch eine ausdrucksstarke Bewegung hinein. Letzteres wird insofern ermöglicht, als der König sein linkes Bein, das sogenannte Standbein, elegant nach vorn stellt, während das rechte Bein als das sogenannte Spielbein in leicht gedrehter Form aus dem Hintergrund heraus in Erscheinung tritt.² Im Gegensatz zum Fuß des Standbeins im Vordergrund berührt der Fuß des Spielbeins, der wie der andere Fuß mit einem gotischen Schnabelschuh bekleidet ist, den Boden nur mit den Zehenspitzen und verleiht dadurch der Gestalt eine tänzelnde und beschwingte Pose.

Das runde Gesicht des Königs mit den ruhig blickenden, schwarz umrandeten Augen gibt das Individuelle nur gebrochen wieder. Lange, kugelartige Locken zieren sein Haupt, und ein großer Turban dient ihm als Kopfbedeckung. König Balthasar trägt einen knielangen Mantel mit breitem Schulterkragen und einer auffallenden Bordüre am Mantelende. Eleganz und Anmut gehen außerdem von den weit geöffneten Ärmeln des Mantels aus.

In seiner rechten Hand hält er ein Schatzkästchen in Brusthöhe, das er mit der linken Hand noch etwas abstützt.

Rechts von seinen Füßen und Beinen hat der Künstler, der den Model für diese Kachel entworfen hat, einen Wappenschild mit einem gekrönten Löwen angebracht, der die Königsgewalt symbolisieren soll.

Mit dämonischen Blicken schauen aus den oberen beiden Zwickeln zwei gehörnte Gesichter den Beschauer an. Was die beiden Fratzenköpfe konkret bedeuten, entzieht sich unserer Kenntnis. Möglicherweise verkörpern sie das Böse, von dem der König jedoch durch den Baldachin abgeschirmt wird.

Aufnahmen: Foto-Studio R. Käshammer, Kappelrodeck

Anmerkungen

- 1 Zur Geschichte dieser Burg: H.-M. Pillin, Geschichte Ottenhöfens Band I, 1986, S. 13 ff.
- 2 Das Spielbein hat der Restaurator, der Gesamtkonzeption der Kachel entsprechend, nachempfunden, da das Originalfragment mit dem Spielbein nicht auffindbar war.

Der Fahenschwinger von Liechtenau

Ludwig Uibel

Im Jahresband 1987 der „Ortenau“ veröffentlichte Thomas Kopp eine Abhandlung, die sich mit der Identifizierung des Fahenschwingers von „Oberzell“ beschäftigt, aber auch die Fahenschwingerbilder von Offenburg und Gengenbach zur Darstellung bringt.¹ Die angeführten Holzschnitte entstammen einer Sammlung von 144 entsprechenden Schnitten, die der Frankfurter Drucker Cyriacus Jacob² im Jahre 1545 herausgab. Sie erschien unter einem sehr langen Titel³, der in der zweiten Auflage (1579) zu „Wappenbuch des heiligen römischen Reiches deutscher Nation“ verkürzt wurde. Der „Fahenschwinger von Liechtenau“, der dieser Arbeit zugrundeliegt, ist eine Kopie aus einer Auswahl von 12 Holzschnitten des Wappenbuchs, die die Bielefeldsche Hofbuchhandlung, Karlsruhe, im Jahre 1882 unter dem Titel „Badisch Schwäbische und Pfälzische Landsknecht“ neu auflegte (Vgl. Anmerkung 22).

Da Lichtenau (Baden) die einzige Stadt dieses Namens in Südwestdeutschland ist, wäre es naheliegend, den „Fahenschwinger von Liechtenau“ ihr zuzuordnen. Aber die Entscheidungen einer Buchhandlung haben keine historische Beweiskraft. Eine weitere Schwierigkeit besteht in der Nichtübereinstimmung des heutigen Lichtenauer Stadtwappens (Stadttor mit der



*Der Gemarkungsgrenzstein aus dem Jahre 1792 zeigt das Wappen (ein Bischofskreuz), heute unter dem Namen „Tor“ bekannt
Aufnahme: Friedrich Stengel*

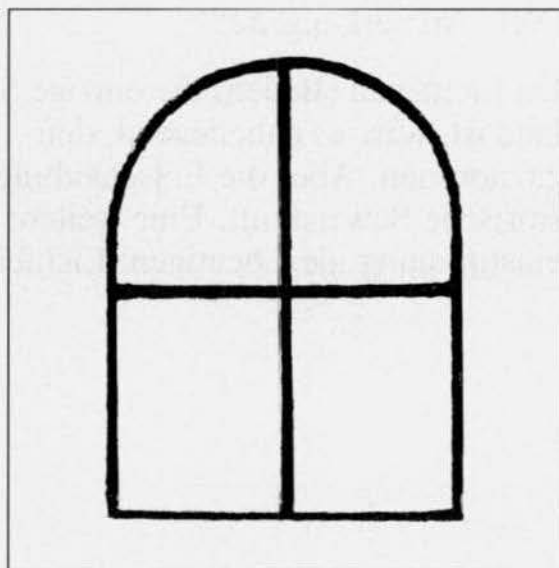
Lichtenbergischen Helmzier auf den Zinnen) mit dem Kreuz auf der Fahne. Doch dieses Hindernis läßt sich beseitigen, denn noch vor 200 Jahren führte Lichtenau (Baden) ein Bischofskreuz im Wappen. Der Beweis ergibt sich aus 2 Tatsachen:

- a) Das Wappen auf den Gemarkungsgrenzsteinen, gesetzt anlässlich der Allmendteilung 1771–1773.⁴
- b) Das Zeugnis von Pfarrer Johann Jakob Schoch (1753–1833) vom Jahre 1812. Es lautet:
 „Mehrere der Herren von Lichtenau waren vorzeiten Bischöffe von Straßburg, unter welchen besonders Konrad III. berühmt ist, weil er nicht nur den Münsterthurm zu bauen angefangen, sondern auch Lichtenau zu einer Stadt und Veste vergrößert hat, weswegen auch der hiesige Ort ein Bischofskreuz in seinem Wappen führt.“⁵

Das heutige gültige Wappen von Lichtenau (Baden) ist eigentlich das Stadtsiegel, das in den Jahren 1407–1659 benutzt wurde.⁶



*Das heute gültige Wappen von Lichtenau in Baden. Es stellt eigentlich sein Siegel dar
 (GLA 644/12)*



Das eigentliche Wappen von Lichtenau (ein Bischofskreuz) dokumentiert auf den Gemarkungsgrenzsteinen der Allmendteilung

Nun gibt es aber in Deutschland viele Orte, die den Namen Lichtenau tragen, darunter neben Lichtenau (Baden) noch 2 weitere Städte dieses Namens mit alten Stadtrechten: Hessisch Lichtenau und Lichtenau in Westfalen. Hessisch Lichtenau kann mit dem „Liechtenaw“ des Holzschnitzers nicht gemeint sein, denn es führt seit alters her einen aufsteigenden Löwen mit einer Laterne in seinem Wappen.⁷

Bei Lichtenau in Westfalen liegen die Dinge jedoch anders. Für diese Stadt ist auch ein Kreuz als Wappen nachgewiesen (1780), wenn sie auch seit der Gemeindereform (1975) ein Lilienwappen angenommen hat. Bei der Stadtgründung allerdings erhielt die Stadt als Wappen das Bild der Mutter Gottes mit Kind verliehen.⁸

Liechtenaw.



Kopie des „Fahnschwingers von Liechtenaw“ aus der Sammlung „Badisch Pfälzische und Schwäbische Landsknecht“ der Bielefeldschen Hofbuchhandlung, Karlsruhe 1882

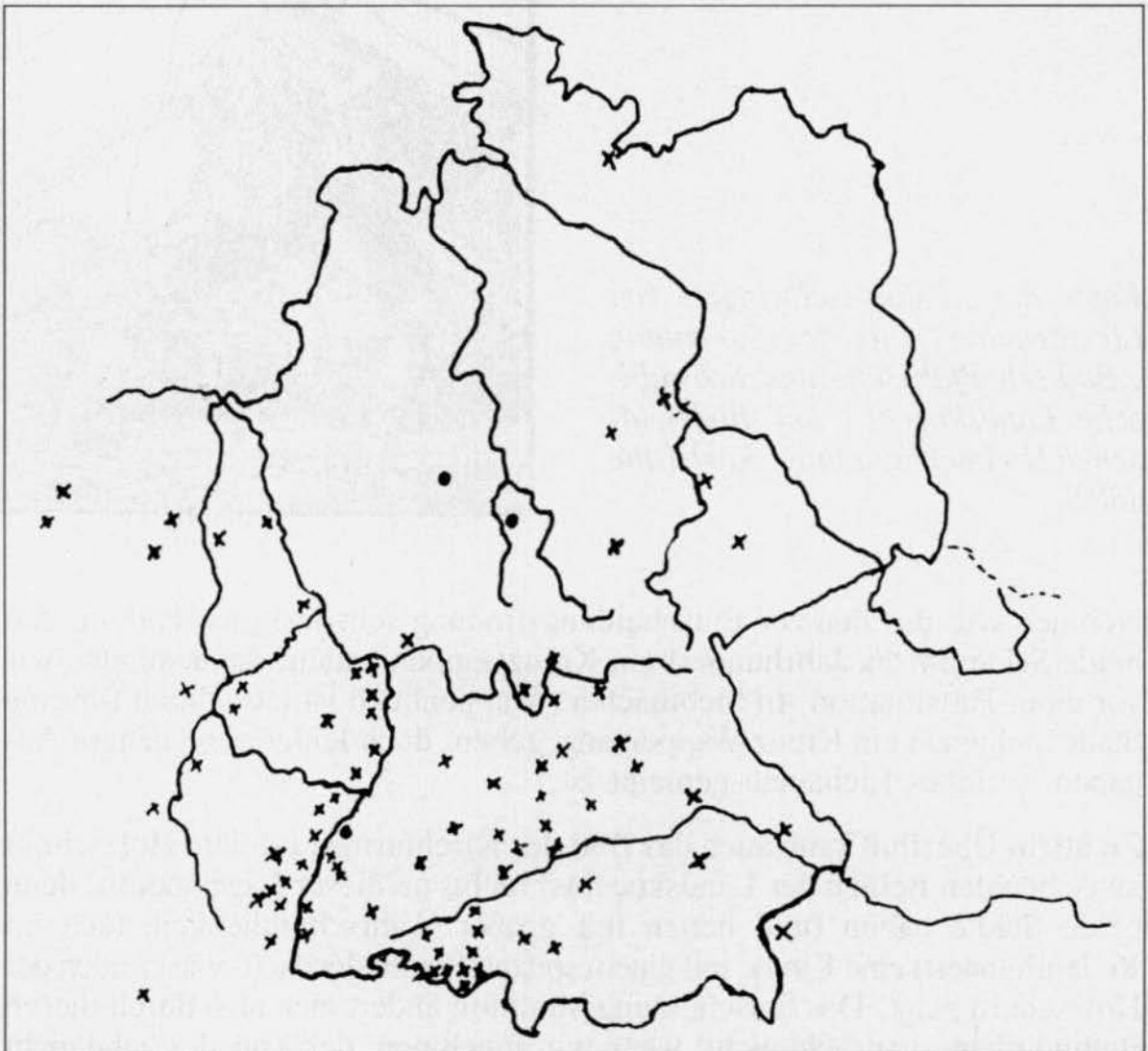
Nehmen wir also den zur Entscheidungsfindung schwierigsten Fall an, daß beide Städte im 16. Jahrhundert ein Kreuzwappen hatten, dann stünden wir vor einer Pattsituation. In Siebmachers Wappenbuch ist tatsächlich für eine Stadt Lichtenau ein Kreuz-Wappen angegeben, doch leider ohne nähere Angaben, welches Lichtenau gemeint ist.⁹

Zu allem Überfluß kann auch das Bild des Kirchturms (auf dem Holzschnitt zwischen den Beinen des Landsknechts) nichts an dieser Lage ändern, denn beide Städte haben (und hatten mit großer Wahrscheinlichkeit auch im 16. Jahrhundert) eine Kirche mit einem spitzen Pyramidendach, wie es auch der Holzschnitt zeigt. Die Entscheidungssituation ändert sich also durch diesen Befund nicht, erst recht nicht, wenn wir annehmen, der Künstler habe nicht die Absicht gehabt, ein naturgetreues Abbild der Landschaft wiederzugeben, worauf Th. Kopp bei den Ortenauer Fahnschwingern hinweist.¹⁰

Als letzte Möglichkeit bleibt nur noch der Versuch, die geographischen Besonderheiten des Wappenbuchs auszuwerten. Die Entscheidung über die Identität könnte sofort zweifelsfrei getroffen werden, wenn die Anordnung der 83 Städtewappen in historischen Landschaften erfolgt wäre, wie das Matthäus Merian in seiner *Topographia Germaniae* getan hat. Leider ist aber bei der Anordnung im Original keinerlei geographisches Prinzip zu erkennen. Um zu sehen, ob die Geographie nicht doch irgendwelche brauchbare Hinweise geben könnte, ist es zweckmäßig, die Orte von 80 Städten in eine Deutschlandkarte einzutragen (Kreuz!).

Das Ergebnis läßt sich in zwei Feststellungen zusammenfassen:

- a) Die Wappenstädte häufen sich in bestimmten Landschaften (Oberrheinland, Schwaben, Franken).
- b) Der Raum zwischen Main, Mittel- (Nieder-)rhein und Obersachsen-Thüringen ist leer. Hessen nördlich des Mains, Westfalen und Niedersachsen sind bei den Wappenstädten nicht vertreten.



Die Orte von 80 Wappenstädten in eine Deutschlandkarte eingetragen (Kreuz!). Die 3 Städte „Lichtenau“ sind mit einem Punkt angedeutet

80 Städtenamen des Wappenbuchs geordnet nach historischen Landschaften

<i>Westl. Oberrheinland</i>	<i>Burgund</i>	<i>Mittelfranken</i>
Mülhausen	Bysantz	Nerlingen
Colmar	Jenff (Genf)	Dinckelspühel
Türkheim		Rottenburg a. d.
Keisersberg	<i>Niederlande</i>	Thauber
Schletstat	Lüttich	Windsheim
Benfelt	Löuen	Weisenburg
Ros(en)heim	Mechel(n)	Nürnberg
Straszburg	Mastricht	Altdorff
Hagnaw	Ole(n)	
Weissenburg		<i>Altbayern</i>
Keiserslautern		Lantzhut
Landaw	<i>Oberschwaben</i>	Deckendorff
Speir	Costnitz	
Wurmbs	Überlingen	<i>Nachbarn Bayerns</i>
Oppenheim	Buchhorn	Regensburg
Ingelnheim	Lindaw	Saltzburg
Mentz	Isnach	
	Raffensburg	<i>Mainstädte</i>
<i>Östl. Oberrheinland</i>	Pfullendorf	Franckfurt
Newenburg	Villingen	Wirtzburg
Breisach	Ritlingen	Kitzingen
Offenburg	Biberach	Schweinfurt
Gengenbach	Ulm	Bamberg
Oberzell	Lagingen	
Liechtenaw	Memingen	<i>Sachsen-Thüringen</i>
	Gengen	Halle in Sachssen
<i>Mittelrhein</i>	Kauffbeüren	Aldenburg
Cobelentz	Augsburg	Erdfurt
Cöln		Halberstat
Ach (Achen)	<i>Schwäbisches</i>	Meydenburg
	<i>Unterland</i>	
<i>Mosel</i>	Rottenburg	<i>Hansestadt</i>
Trier	am Neckar	Lübeck
Sarburg	Eszlingen	
Lützelburg	Schwebisch Gemind	
Metz	Wimpfen	
Toll (Toul)	Halle in Schwaben	

Die Feststellung b) erlaubt uns nun aber, die Entscheidung über die Identität der Stadt „Liechtenaw“ des Fahnenschwingers zu Gunsten von Lichtenau in Baden zu treffen. Es wäre schon merkwürdig, wenn in dem großen leeren

Raum zwischen Rhein, Main und Thüringen-Obersachsen als einzige Stadt Lichtenau in Westfalen erschiene. Als Orientierungshilfe ist in der Kartenskizze an den Orten der 3 Städte Lichtenau je ein Punkt eingetragen (zwischen Werra und Fulda für Hessisch Lichtenau, nordwestlich davon für Lichtenau in Westfalen, 25 km nordöstlich von Straßburg für Lichtenau in Baden).

Zur Festigung dieser These läßt sich noch ein weiteres geographisches Argument vorbringen. Wenn wir mit Heinrich Röttinger¹¹ annehmen, daß der Künstler in Straßburg gearbeitet hat, dann wäre die große Häufung der Wappen der Städte im Oberrheinland, besonders im Elsaß und um Straßburg zu erklären. Dabei wäre auch zu vermerken, daß Lichtenau in Baden durch seine geographische Nähe, seine Landesherrn (die Lichtenberger waren die Obervögte der Stadt Straßburg) und auch die wirtschaftliche Orientierung des rechtsrheinischen Hanauerlandes¹² den Straßburger Bürgern und damit wohl auch dem Zeichner I. K. gut bekannt war.

Offenbar hat bei der Wahl der Wappenstädte der Straßburger Zeichner den Ausschlag gegeben, indem er diejenigen auswählte, die ihm bekannt waren, oder die er sich leicht beschaffen konnte. Wenn Cyriac Jacob bei der Auswahl auch nur teilweise die Initiative gehabt hätte, würde er nicht versäumt haben, Städte im Norden und Osten von Frankfurt zu berücksichtigen. Statt dessen beginnt dort bereits die große Leere.

Die Zuordnung des Fahnschwingers von „Liechtenaw“ wird auf Grund der Besonderheit der Beweislage nicht mit letzter Sicherheit erfolgen können. Doch spricht alles dafür, daß die Entscheidung zu Gunsten von Lichtenau in Baden zu treffen ist.

Exkurs zur Frage der Autorschaft des Wappenbuchs bzw. des Künstlers I. K.

Nachdem sich die Wichtigkeit des I. K.-Wappenbuchs für den oberrheinischen Raum auch bei dieser Arbeit erneut gezeigt hat, ist es zweckmäßig, ja unumgänglich, ihr einen Abriß der Geschichte dieses Wappenbuchs anzuschließen. Die folgende Darstellung dieser Geschichte versucht, den Ergebnissen der Forschung zu mehr Anerkennung zu verhelfen, an der es, wie Beispiele zeigen, immer noch mangelt.

Diesem Zwecke diene zuerst ein Zitat aus der Schrift „Der Meister mit dem Monogramm I. K.“ von Sotzmann vom Jahre 1859¹³:

„Das Buch, welches diese Holzschnitte enthält, ist von Cyriacus Jacob nicht bloß gedruckt, sondern auch selbst veranstaltet . . . (als Herausgeber sagt er) er habe . . . die Wappen der Fürsten, Stände und Städte zusammengesucht . . . und ihnen einen Auszug aus weiland Jacob Köbels, Stadtschreibers

von Oppenheim, Schrift von der Kaiserwahl und den deutschen Reichsständen („Glaubliche Offenbarungen“) vordrucken lassen . . . darauf folgen die 144 Fahnenträger . . . mit den zugehörigen Landes- oder Ortsnamen darüber . . . und zwar nach den ersten 37 für die Fürsten und Herren . . . 83 für die Städte und endlich 24 mit leeren Fahnen . . . An diesen Figuren (auf den Fahnen) ist alles bewundernswürdig, sowohl die kecke und sichere Zeichnung . . . der Ausdruck der Köpfe, die Mannigfaltigkeit der Stellung, Bewegung und selbst die Bekleidung. Letztere ist zwar im Allgemeinen die des deutschen Landsknechts der ersten Hälfte des XVI. Jahrhunderts, aber die gewähltere jener Doppelsöldner und Vorkämpfer, die sich in Gestalt und Tracht schon äußerlich vor dem großen Haufen auszeichneten . . . kurz wir haben hier einen vollendeten Meister vor uns, auf der Höhe der Kunst, wo er selbst die Vergleichung mit Holbein in dessen großen Kostümfiguren nicht zu scheuen hat.“

Nach dem Tode von Cyriacus Jacob (1550) brachte der Frankfurter Buchhändler Sigismund Feyerabend die Holzstöcke an sich und ließ 1579 eine zweite Auflage drucken. In einer Vorrede schreibt er: „ . . . Köbel . . . habe auch einen feinen Schatz des röm. Reiches Wappen zusammengetragen . . . welches Wappenbuch er jetzt erneut herausgebe.“¹⁴ Diesem Irrtum Feyerabends wird später noch ein weiterer hinzugefügt, daß nämlich Köbel auch der Formschneider der Holzschnitte gewesen sei¹⁵, offenbar verführt durch die Übereinstimmung der Initialen Köbels mit denen des Monogrammisten I. K.

Ich habe dem Autor Sotzmann deshalb im Vorangehenden das Wort gegeben, weil er als erster (1859) diesen Irrtum aufgeklärt hat. Seinem Urteil hat sich bald darauf (1863) auch Nagler angeschlossen.¹⁶ Die später erschienenen Nachschlagewerke (Allgemeine Deutsche Biographie und Thieme-Beckers Lexikon der bildenden Künste¹⁸, haben diese Meinung übernommen.

Wie verhält es sich nun mit der Identität des Monogrammisten I. K.? Sotzmann kommt aufgrund von Cyriacus Jacobs Angaben und eigener kunstkritischer Beurteilung zu dem Ergebnis, daß zwar 3 Formschneider tätig waren, daß aber ein Zeichner alle Holzplatten selbst vorgerissen haben muß, die nachher an die Formschneider verschickt wurden.¹⁹ Für diejenigen, die den Sohn Jacob Köbels für den Zeichner halten, hat Sotzmann nur eine ironische Bemerkung übrig.²⁰ Auch Nagler ist gegen diese rein spekulative Lösung²¹.

Hundert Jahre später werden diese Auffassungen noch voll akzeptiert. Da eines der fünf noch existierenden Wappenbücher von 1545 in Mainz aufbewahrt wird (Stadtbibliothek)²², war es naheliegend, daß sich Josef Benzing, der ehemalige Direktor der Universitätsbibliothek Mainz der Probleme um Jacob Köbel²³ und Cyriacus Jacob²⁴ annahm. Über den Meister I. K.

schreibt Benzing: „Bemerkenswert ist ein Teil seines Buchschmucks, so in erster Linie die Holzschnitte des Wappenbuchs, die mit zu den besten Holzschnitten des 16. Jahrhunderts gehören . . . Trotz aller Versuche ist es nicht gelungen hinter die Person dieses Künstlers zu kommen. Heinrich Röttinger vermutet in ihm einen Weiditzschüler, der in Straßburg gearbeitet hat. Er ist sicherlich nicht in Frankfurt gewesen, sondern Jacob hat die Schnitte bei ihm in Straßburg bestellt.“²⁵

Siehe auch die Anmerkungen 26–29!

Anmerkungen

- 1 Thomas Kopp, Ortenauer Fahnen Schwinger „Oberzell in Harmersbach“, „Ortenau“, Jahresband 1987, S. 124–129.
- 2 Josef Benzing, Der Drucker Cyriacus Jacob zu Frankfurt am Main. Archiv für Geschichte des Buchwesens, Band IV 1963. Buchhändlervereinigung Frankfurt am Main, S. 3 und 12.
- 3 Thomas Kopp, a.a.O., S. 124.
- 4 Photographie des Gemarkungsgrenzsteins Nr. II von 1792, GLA 229/92533 (Akten über die Allmendteilung).
- 5 Vaterländische Blätter, herausgegeben von Aloys Schreiber, Heidelberg 1812, S. 4, Stadtarchiv Freiburg i. Brg.
Die Arbeit J. J. Schochs trägt die Überschrift: „Notizen über die Grafschaft Hanau-Lichtenberg und das Städtchen Lichtenau.“ Seine Eltern waren beide Lichtenauer. Er selbst war dort geboren und aufgewachsen und war von 1806 bis zu seinem Tode (1833) daselbst Pfarrer. Er hatte noch das Wissen des 18. Jahrhunderts aus der Tradition des alten Reiches. Im Laufe des 19. Jahrhunderts ging dieses Wissen verloren. Das Bischofskreuz wurde zum „Tor“ säkularisiert. Gleichzeitig übernahm das Siegel die Funktion des Wappens. In „Ludwig Lauppe, Burg, Stadt und Gericht Lichtenau. Herausgegeben von L. und W. Lauppe, Weinheim 1984, findet sich eine Kurzbiographie von J. J. Schoch, S. 470 und 475.
- 6 GLA 644/12.
- 7 Johann Siebmachers Wappenbuch 1701/05 bei Rudolf Helmers in Nürnberg. Wappenbuchs, erster Teil Anno 1703.
Faksimile-Nachdruck vom Battenberg-Verlag München 1975, Tafel 223.
- 8 Klemens Stadler, Wappenbuch, Angelsachsenverlag Bremen 1964, Bd. 7, S. 65.
- 9 Siebmachers Wappenbuch a.a.O. Tafel 221.
- 10 Th. Kopp a. a. O. S. 125.
- 11 Heinrich Röttinger, a) Gutenbergjahrbuch 1936, S. 129, b) Der Frankfurter Buchholzschnitt 1530–1550, Straßburg 1933, S. 118 ff.
- 12 Eberhard Gothein, Wirtschaftsgeschichte des Schwarzwaldes und der angrenzenden Gebiete. Straßburg 1892, S. 787.
- 13 J. D. F. Sotzmann, Der Meister mit dem Monogramm I. K. Archiv für zeichnende Künste. 6. Jahrgang, Leipzig 1859, S. 155–167.
- 14 J. D. F. Sotzmann, a. a. O. S. 158.
- 15 Thieme-Becker, Lexikon der bildenden Künstler, Band 21, S. 102.
- 16 Nagler, Monogrammist III (1863), S. 1021–1024.
- 17 Allgemeine Deutsche Biographie, Band 16 (1882) Berlin 1969, S. 345–349, vgl. auch Anmerkung 15.
- 18 Vgl. Anmerkung 15.
- 19 J. D. F. Sotzmann, a.a.O. S. 159.

- 20 Ebd. S. 166.
- 21 Nagler, a.a.O. S. 1022.
- 22 J. Benzing, Jacob Köbel zu Oppenheim. Wiesbaden 1962, S. 83 und 84. Die 4 andern Bände der ersten Auflage werden aufbewahrt in der Staatsbibliothek Bamberg, im Britischen Museum, im Vatikan zu Rom und in der Library of Congress zu Washington. Von der 2. Auflage (1579) liegt noch je ein Band in der Stadt- und Universitätsbibliothek Frankfurt/Main und in der Bibliothèque Nationale zu Paris.
Eine Mappe mit den Kopien der 12 ausgewählten Holzschnitte der Bielefeldschen Hofbuchhandlung, Karlsruhe, befindet sich in der badischen Landesbibliothek, Karlsruhe.
- 23 Ebd.
- 24 Vgl. Anmerkung 2.
- 25 Ebd.
- 26 Besten Dank den Bürgermeisterämtern der genannten Gemeinden Lichtenau für die Erteilung der gewünschten Auskünfte.
- 27 Besonderen Dank an Frau B. Heinz von der Stadtbibliothek Mainz, die mir die Reihenfolge der Landes- und Städtenamen nach dem dortigen Original des Wappenbuchs zukommen ließ.
- 28 Die Städtenamen Strundeck und Herzenthal konnten nicht identifiziert werden. Ole ist mehrdeutig (Niederlande, Schlesien, Aalen). Genf fehlt auf der Deutschlandskizze. Siehe auch historisch-geographisches Wörterbuch des deutschen Mittelalters. Hermann Oesterley 1883. Zum Städtenamen „Rosenheim“ ist zu bemerken, daß es sich dabei nicht um das bayrische Rosenheim handelt, sondern um Rosheim bei Straßburg. Siehe hierzu die Abhandlung „Les armes de la Ville de Rosheim“ von Christine Muller in „Annuaire 1977, Société d'Histoire et d'Archéologie de Molsheim et environs“, S. 61–64.
- 29 M. Merian hat im 17. Jahrhundert als einziges Lichtenau das damals Nürnbergische Lichtenau in Mittelfranken in seine Topographia Germaniae aufgenommen. Wie das in Merians Bild mitaufgenommene Wappen zeigt, – das Nürnberger Wappen mit den daruntergesetzten Streifen der Herren von Heideck – scheidet es als Konkurrent für unseren Fahنشwinger aus. Zudem besaß der Ort nie Stadtrechte.

Die Rokokokanzel in der Leutkirche „St. Martin“ zu Gengenbach

Julius Roschach

Vorwort

Dem Verfasser oblag die Aufgabe, über die frühere und jetzige Kanzel der Stadtkirche „St. Martin“ in Gengenbach zu berichten.

Dabei handelt es sich einmal um die Kanzel aus der Barockzeit, die vom bekannten Barockbildhauer Philipp Winterhalter um das Jahr 1715 mit sechs Figuralplastiken am Kanzelkorb und der Statue des 12jährigen Jesusknaben als Krönung geschaffen wurde und im Zuge der umfassenden Restaurierung der Stadtkirche Ende der 90iger Jahre des vergangenen Jahrhunderts, da „stilwidrig“ rigoros entfernt wurde. Zum anderen galt es, die an Stelle der Barockkanzel errichtete, im Bezug auf die neoromanische Ausgestaltung des Kircheninneren nicht weniger stilwidrige neue Kanzel im neogotischen Stil aus Terrakotta, ein Geschenk der Keramikfabrik Roth in Baden-Baden an die Kath. Pfarrei, zu beschreiben.

Bei der Sichtung der diesbezüglichen spärlichen Literatur fanden sich auch u. a. Hinweise auf die weiteren historischen Kanzeln in der Heimatstadt Gengenbach: Die barocke Außenkanzel aus dem Jahre 1747 an der Wallfahrtskapelle „St. Jakob“ auf dem Bergle und die Rokokokanzel in der Leutkirche „St. Martin“. Bei näherer Betrachtung steigerte sich der Eindruck, daß es sich bei letzterer um ein wertvolles Kunstwerk aus der 2. Hälfte des 18. Jahrhunderts handelt.

Also Anlaß genug, dieser Kanzel eine ausführliche Beschreibung zu widmen, zumal, soweit bekannt, derartiges bislang nicht vorliegt.

Kurzer Abriß der Geschichte der Leutkirche „St. Martin“

Die Leutkirche „St. Martin“ war im erstbesiedelten Gebiet (erste Rodungsstufe) um das Benediktinerkloster in Gengenbach die erste Pfarrkirche in der Klosterherrschaft und wurde dem fränkischen Nationalheiligen „Martin“ geweiht. Ihr Ursprung ist im 9. Jahrhundert zu suchen, als das Kloster aus seinen Grundherrschaften Siedler der altbesiedelten Gebiete im Elsaß (Dangolsheim, Westhausen, Batzendorf, Hoffrankenheim, Durningen und Behlenheim) und im Neckartal (Römlingsdorf, Fluorn, Stetten, Beffendorf,

Irslingen und Villingendorf) kommen ließ, deren Heimstätten zur Bildung des Dorfes Gengenbach führten. Zur Gewährleistung der Seelsorge dieser Siedler mußte eigens eine Kirche außerhalb des Klosterbezirkes errichtet werden.

Am Ende der frühen Siedlungsperiode besteht bereits ein klösterlicher Dinghof, der sich „Vor Lüttkirch“ nannte; also muß diese Kirche zum Zeitraum der ersten Rodungsstufe gezählt werden. Es gibt keine Kunde davon, wie die ursprüngliche Kirche ausgesehen haben mag.

Im Laufe der Jahrhunderte, wiederholt zerstört, wurde sie immer wieder am gleichen Platz aufgebaut. Sicher ist, daß auf den Grundmauern dieser ersten Kirche im Jahre 1452 der gotische Um- bzw. Neubau erfolgt ist in der heute noch erhaltenen äußeren Gestaltung. 1643 stürzte der Chorturm ein, und in Folge weiterer Zerstörung im Dreißigjährigen Krieg wurde das Innere der Kirche weitgehend vernichtet. Beim Wiederaufbau wurde der Turm neben dem Kirchenschiff an der Stelle der zerstörten Sakristei errichtet. Die Instandsetzung dauerte bis 1687. Nur ganze zwei Jahre vergingen, bis 1689 während des großen Stadtbrandes auch die Leutkirche völlig ausbrannte. Eine Lageplanskizze aus dem Jahre 1690 bezeichnet die Martinskirche als „abgebrannt Kirch“. Kriegsläufe und der Wiederaufbau der Stadt verzögerten die Restaurierung dieser Kirche. 67 Jahre sollte es dauern, bis das Gotteshaus in neuem Glanz erstrahlte. Namhafte Künstler wie Philipp Winterhalter, Zimmermeister Hans Kleber, die Stukkateure Josef und Bartolomä Maier sowie Johann Binz sind mit der Restaurierung der Kirche verbunden; mit Errichtung der Kanzel wurde 1762 der Wiederaufbau beendet. Nachdem 1806 die Klosterkirche nach Aufhebung der Abtei Stadtkirche wurde, erfuhr St. Martin eine stiefmütterliche Behandlung. Zuerst Magazin, überlegte man sich in der Folgezeit, sie abzurechen oder aus ihr eine Leichenhalle zu machen. Daß letzteres nicht geschah, war nur dem Umstand zu verdanken, daß die christliche Bevölkerung darauf bestand, ihre Toten bis zur Beerdigung zu Hause zu behalten.

Das Innere der Kirche war im Laufe der Zeit ziemlich heruntergekommen, als 1916 inmitten des ersten Weltkrieges auf Veranlassung des damaligen Stadtpfarrers Geistl. Rat Ignaz Blöder dasselbe einer gründlichen Restaurierung unterzogen wurde.

Kirchenmaler Rieger aus Lautenbach ließ Altäre, Orgel und Kanzel in alter Pracht des 18. Jahrhunderts neu erstehen.

Nach 50 Jahren, als das Anwachsen der kath. Bevölkerung in Gengenbach die Einbeziehung von St. Martin in den öffentlichen Gottesdienst an Sonn- und Feiertagen notwendig machte, erfuhr das Kircheninnere eine erneute grundlegende Restaurierung einschließlich Heizungseinbau, Dachum-

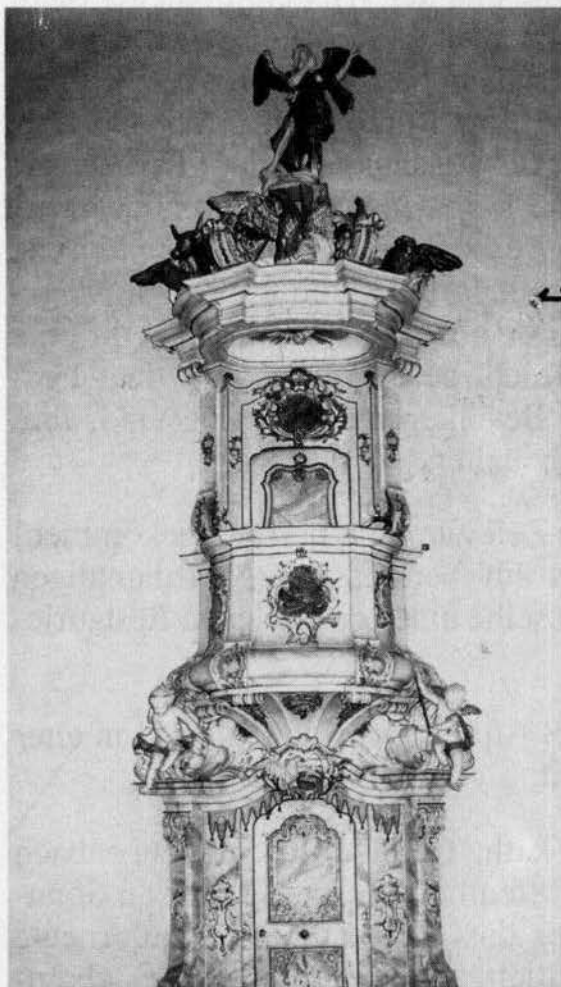
deckung und Auffrischung des Außenputzes. In den folgenden 20 Jahren kam die Restaurierung der beiden Seitenaltäre und der Orgel mit ihrem seltenen Doppelprospekt hinzu.

Die Kanzel in „St. Martin“

Der Platz der Kanzel im Kirchenraum dürfte wohl durch den kleinen Turm an der nördlichen Außenwand bestimmt worden sein, dessen Wendeltreppe primär zur Empore des querschiffartigen Anbaues an der Nordseite mit dem St. Anna-Chor (vulgo Annen-Chörle) führt und somit auch den Zugang zur Kanzel ermöglicht. An gleicher Stelle stand auch die barocke Vorgängerin der Rokokokanzel.

1762 bis 1766 wurde die neue Kanzel im Rokokostil geschaffen. Der Entwurf hierzu geht auf die Klostertischler Jakob Eigler (Eigel) und Michael Bender zurück.

Die Bildhauerarbeiten sind Werke von Peter Schwab, der aus Dettingen bei Horb kommend, manches Kunstwerk in der Stadt geschaffen hat. Maler Jo-



Die Rokokokanzel in St. Martin

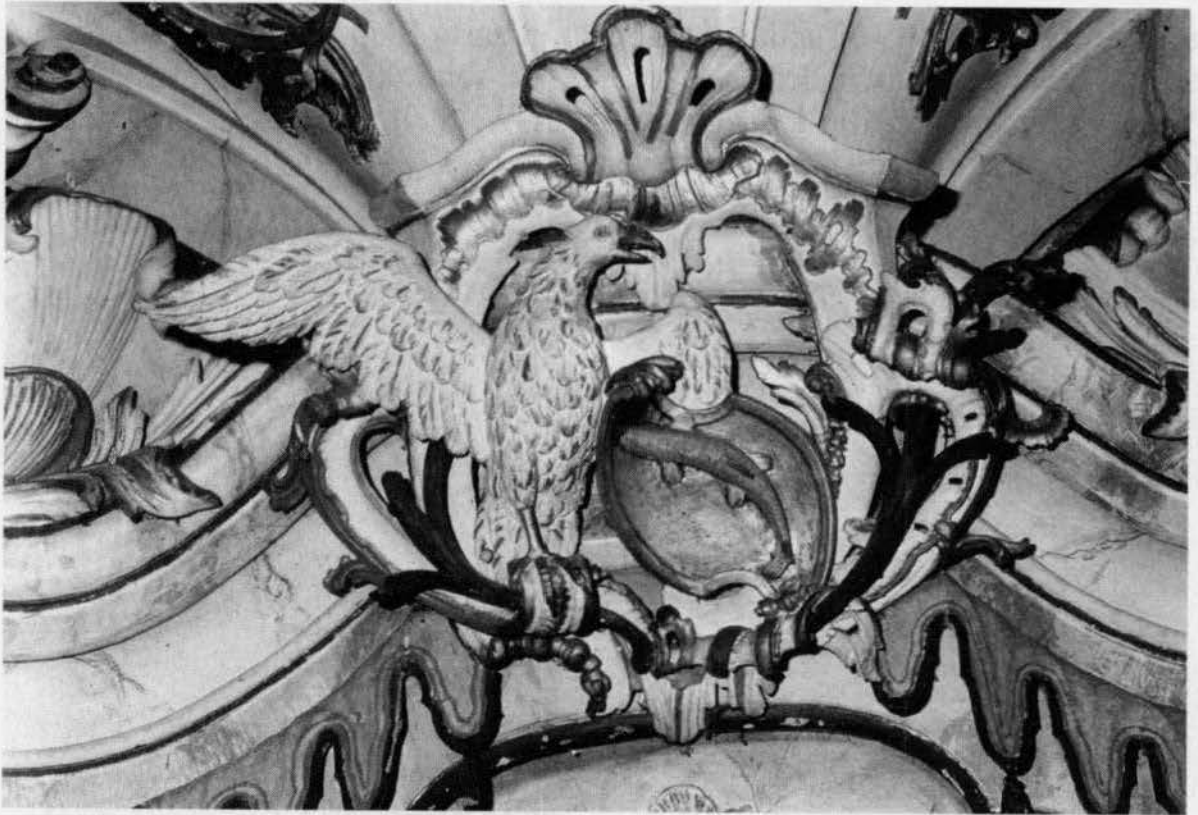
sef Lampp aus Rottweil faßte die Kanzel in zarte Blau-Weiß-Gold-Töne. Im selben Stil wurde unter dem Kanzelfuß, der ohne Stütze als Konsole in der Wand verankert ist, die Eingangstür zum Wendeltreppenturm geschaffen, eine Kombination von Seltenheitswert.



Die Eingangstür zum Wendeltreppenturm

Je ein Volutenpilaster begrenzt beidseitig den Eingangsbereich. Die Türe ist durch zwei Rahmenformen gegliedert. Das zur Kanzel abschließende Gesims ist mit einem querlaufenden Abschluß mit Quasten (sogenannten Lambrequins) und zwei Putten geschmückt.

Der Kanzelfuß endet in einem Ornament mit dem Wappen der Reichsstadt Gengenbach. Peter Schwab hat hier eine ihm eigentümliche Gestaltung des Stadtwappens gewählt, wie sie auch auf dem Giebel des Mittelrisaliten des Rathauses zu sehen ist. Der Reichsadler, den Kopf, vom Beschauer aus betrachtet, nach rechts gerichtet, hält mit einer Krallen das seitlich angeordnete Wappenbild mit dem springenden Salm. Zwischen den Volutenpilastern des Kanzelfußes sind kleinere Rocailleornamente angeordnet. Der polygonale Kanzelkorb wird von vier aus dem Kanzelfuß aufsteigenden Volutenpilastern getragen, die mittels Spange über den Wulst hinaus als sogenannte Vorlagen bis zum oberen Kanzelbrüstungsgesims geführt werden. Die Brüstungsfelder sind mit Rocaillekartuschen verziert. Die Kanzelrückwand ist in die Gesamtkonzeption der Kanzel miteinbezogen. Sie wird von zwei Volutenpilastern begrenzt, dazwischen die Tür zur Kanzel mit zwei Rahmen-



Das Wappen der Reichsstadt Gengenbach am Ende des Kanzelfußes



Kanzelkorb und Schalldeckel der Kanzel

formen, darüber eine Rocaillekartusche. Die Rückwand verbindet Kanzelkorb mit Kanzelschalldach. Das Kanzelschalldach (Schalldeckel), optisch von der Rückwand getragen und auf die Korbgliederung bezugnehmend, ist von einem reich gegliederten Gesims umrandet. Die vier mit Blattrankenwerk geschmückten Schalldachvoluten streben konvex-konkav betont nach oben.

Die Zwischenräume werden von den Symbolen (Attributen) der Evangelisten ausgefüllt. Lukas (Stier), Johannes (Adler), Markus (Löwe). Das Attribut des Evangelisten Matthäus, ein aufgeschlagenes Buch ist zu Füßen des Engels zu finden, der zum selben Symbol dieses Evangelisten gehört, aber auch gleichzeitig die Rolle der Kanzelkrönung übernimmt, eine Darstellung die man selten antrifft. Beim flüchtigen Betrachten des Engels könnte man meinen, daß dieser ursprünglich eine Posaune in den Händen gehalten hat.

Die Haltung des Kopfes, der Arme und der Hände lassen beim näheren Zusehen erkennen, daß dies nicht der Fall sein kann. Üblicherweise umschließt eine Hand die Posaune und dies fast durchweg einhändig. Im vorliegenden Fall sind aber beide Hände nach oben geöffnet, gen Himmel gerichtet. An der Schalldachunterseite schwebt in einer ellipsenförmigen Vertiefung unter einem Strahlenkranz die Hl.-Geist-Taube mit der Bedeutung, daß das Unterpfeil der Weisheit sich also über den Prediger senkt, der den Hl. Geist um die Gedanken bitten muß, von denen dieser weiß, daß sie das Herz der Zuhörer zu packen vermögen.

Insgesamt gesehen haben wir es im vorliegenden Fall mit einem Kanzeltyp zu tun, der als „rokokohaftzierlich“ bezeichnet werden kann mit reichen Rocailleornamenten und im Gegensatz zur Barockkanzel ohne Figuralplastik am Kanzelkorb.

Abschließend sei gesagt, ein Kunstwerk des Rokoko in erlesenstem Zusammenklang von weiß-blaß-blau mit etwas Gold, das den Altären und der Orgel in der St. Martinskirche nicht nachsteht.

Aufnahmen: H. Hugelmann / R. Marzluf

Literatur

Gengenbach, in: Die KdM des Kreises Offenburg bearbeitet von Max Wingenroth. Tübingen 1908. – A. M. Renner, Kirchen und Kapellen in Gengenbach. Schnell, Kunstführer Nr. 909 (1969).

Der Maler Carl Sandhaas (1801–1859) Sein Leben enthält zahlreiche offene Fragen

Manfred Hildenbrand

„Carl Sandhaas war ein genialer Mensch, aber die Erde ist für geniale Menschen oft nur die Schädelstätte, auf der sie gekreuzigt werden, weil man sie nicht versteht.“

Heinrich Hansjakob

Am 24. Februar 1801 wurde Carl Sandhaas geboren, der zu den bedeutendsten badischen Malern der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts zählt. Seine Bilder befinden sich in den Sammlungen und Galerien in Düsseldorf, Darmstadt, Frankfurt, Mannheim, Karlsruhe, Stuttgart, Basel, Donaueschingen, Freiburg, Offenburg, Straßburg und Wolfach. Die mit Abstand größte Sammlung von Sandhaas-Bildern besitzt jedoch seine Heimatstadt Haslach i. K.: weit über 500 Zeichnungen, Aquarelle, Ölbilder und Lithographien, die zum größten Teil seit 1984 in der ständigen Carl-Sandhaas-Ausstellung im „Freihof“, dem Alterssitz von Heinrich Hansjakob, ausgestellt werden.

Johann Baptist Seele, der Vater von Carl Sandhaas?

Das tragische Leben des „nährischen Malers“, wie ihn sein Biograph, der Volksschriftsteller und Pfarrer Heinrich Hansjakob, in seinem Buch „Wilde Kirschen“¹ genannt hat, birgt zahlreiche Fragezeichen. Als Geburtsort von Carl Sandhaas vermutete man bisher Hüfingen, was vor allem auf die Angaben von Hansjakob zurückgeht². Neuere Forschungen, die auf der Auswertung der Akten der ehemaligen Heil- und Pflegeanstalt Illenau bei Achern basieren, belegen eindeutig, daß Carl Sandhaas in Stuttgart geboren wurde³.

Auch wußte man bisher nichts Genaues über seinen Vater. Hansjakob hat mit aller Bestimmtheit die Vaterschaft dem fürstenbergischen Rentenmeister Johann Baptist Wölfle (1751–1821) zugeschrieben⁴. Bereits Franz Schmider hat jedoch überzeugend nachgewiesen, daß Wölfle mit hoher Wahrscheinlichkeit nicht der Vater von Carl Sandhaas gewesen sein kann⁵. Nach der Schilderung Hansjakobs folgte die aus Haslach stammende Mut-



*Der siebzehnjährige Carl Sandhaas
in Darmstadt, Selbstporträt
Federzeichnung 1818*

ter von Carl Sandhaas, Margarete Sandhaas (1771–1830), in den neunziger Jahren des 18. Jahrhunderts dem Junggesellen Wölfle als Haushälterin, als dieser 1793 von Wolfach nach Stühlingen versetzt wurde.

Wie kam Margarete Sandhaas aber nach Stuttgart, wo sie nach dem Eintrag im Taufbuch der evangelischen Stiftskirche am 24. Februar 1801 ihren Sohn Carl Friedrich geboren hatte⁶? Die Vermutung liegt nahe, daß sie dem Neffen des Rentenmeisters Wölfle, dem sehr begabten Maler und späteren Stuttgarter Galeriedirektor Johann Baptist Seele⁷ (1774–1814), als Haushälterin oder Geliebte gefolgt war. Seit 1778 hielt sich Seele in der württembergischen Residenzstadt auf. Im Stuttgarter Adreßbuch von 1800 ist er als Donaueschinger Hofmaler zu finden⁸. Seit 1801 wußte sich Johann Baptist Seele eine Position im Stuttgarter Kunstleben zu erwerben. Mit seinem Onkel Johann Baptist Wölfle hatte Seele stets gute Kontakte. 1812 verfaßte Wölfle sogar eine Biographie seines 1814 früh verstorbenen Neffen⁹. Seele kann Margarete Sandhaas im Hause seines Onkels in Stühlingen kennengelernt haben, zumal er von 1796 bis 1797 in der Bleulerwerkstatt im nahen Schaffhausen (Schweiz) gearbeitet hatte. Johann Heinrich Bleuler war Maler, Lithograph und Verleger und hatte seit 1796 mehrere Radierungen Seeles herausgegeben. Noch 1801 hatte Seele Beziehungen zur Bleulerwerkstatt¹⁰.

Carl Sandhaas wurde am 28. Februar 1801 in der evangelischen Stiftskirche in Stuttgart getauft. Der Name des Vaters wurde im Taufregister nicht angegeben, was bei unehelichen Geburten damals üblich war. Margarete Sandhaas gab bei der Taufe ihres Sohnes als ihren Herkunftsort „aus

Stühlingen“ an¹¹, also den Ort, wo sie vermutlich als Haushaltshilfe bei Johann Baptist Wölfle gearbeitet hatte. Dieser war dort von 1793 bis 1806 Obervogteiamtssekretär. Erst 1806 wurde er nach Hüfingen versetzt und tat nach der Mediatisierung Dienst als Großherzoglich Badischer Gefällverwalter¹².

Als Taufzeugen werden im Taufbuch der Stuttgarter Stiftskirche genannt Christian Friedrich Ströhlin (Ströhler), Sohn des Expeditionsrats Carl Anton Ströhlin, Nanette Bleilin (Bleuler) aus der Schweiz und Louisa Hausin (Hauser), Kaufmanns-Tochter aus Mannheim. Johann Baptist Seele wohnte in den Jahren von 1800 bis 1803 in der Römischen Königsgasse 978, der heutigen Holzstraße 23¹³, wenn er nicht auf Reisen in Donaueschingen oder Karlsruhe war. Der Expeditionsrat Ströhlin lebte mit seiner Familie im Nebenhaus Römische Königsgasse 927, der heutigen Holzstraße 21¹⁴. Mit dem Ehepaar Ströhlin war Seele offensichtlich gut befreundet; denn an vier Taufen der späteren Kinder Seeles aus seiner Ehe mit der Reichsfrau Friederika Christiana von Landsee war das Ehepaar Taufpaten¹⁵. Vermutlich war Margarete Sandhaas im Februar 1801 bei der Familie Ströhlin untergebracht und hat dort wohl auch ihren Sohn Carl Friedrich zur Welt gebracht. Urkundlich läßt sich allerdings nicht feststellen, bei wem sie gewohnt hat, weil in den Wegweisern (= Adreßbüchern) von 1800–1804 ledige Personen in der Regel nicht aufgeführt wurden. Leider blieb das Seelenregister für die mutmaßliche Unterkunft in der heutigen Holzstraße für die Jahre 1800 und 1801 nicht erhalten. Margarete Sandhaas versuchte wohl, nach Stühlingen (nicht nach Hüfingen) zurückzukehren. Die „Rücksichtslosigkeit“



*Johann Baptist Seele, der mutmaßliche Vater von Carl Sandhaas
Selbstporträt des Künstlers um 1810*

Wölfles, die Hansjakob schildert, veranlaßte sie wahrscheinlich, mit ihrem Kind notgedrungen in ihre Geburtsstadt Haslach zu gehen, wo sie mit zwei ledigen Schwestern in einem Häuschen im Inneren Graben wohnte^{15a}.

Die zweite Taufpatin von Carl Sandhaas, Nannette Bleuler, war die Tochter des Verlegers Bleuler in Schaffhausen, bei dem Seele 1796 / 1797 gearbeitet hatte. Er hatte sie offenbar um diesen Dienst gebeten, da er sie von seinem Wirken bei ihrem Vater gut gekannt haben mußte. Nach all diesen Recherchen dürfte mit großer Wahrscheinlichkeit feststehen, daß Johann Baptist Seele der Vater von Carl Sandhaas gewesen war.

Jugend- und Lehrjahre

Sehr lebendig und erschütternd ist das Lebensbild, das Heinrich Hansjakob in seiner Erzählung „Der närrische Maler“ gezeichnet hat. Hansjakobs Darstellung fußt auf dem Werk „Poetische Bilder aus dem Leben des Malers Carl Sandhaas“, das Julius Allgeyer¹⁶ 1854 verfaßt hat. Allgeyer, selbst ein begabter Maler und Kupferstecher und Sohn der Stadt Haslach, hat Sandhaas noch persönlich gekannt. Seine Schilderung des Lebens von Sandhaas ist in Versen abgefaßt und wurde erst 1959 als Buch veröffentlicht¹⁷.

Der junge Sandhaas wuchs in Haslach in kümmerlichen Verhältnissen auf. Der Makel der unehelichen Geburt überschattete seine Kindheit. Schon früh fiel seine große zeichnerische Begabung auf. Nach der Schulentlassung



*Der Großherzoglich-badische Oberbaudirektor Friedrich Weinbrenner
Radierung von Carl Sandhaas, 1822*

schickte ihn seine Mutter nach Darmstadt zu ihrem jüngeren Bruder Joseph Sandhaas (1784–1827)¹⁸, der am Darmstädter Hoftheater als Theatermaler eine Anstellung gefunden hatte. Er bildete seinen Neffen zum Maler aus. Joseph Sandhaas gehörte zum Freundeskreis des berühmten Karlsruher Oberbaudirektors Friedrich Weinbrenner. Für ihn fertigte er zahlreiche Arbeiten. So übertrug ihm Weinbrenner 1806/07 die Ausmalung des Gartensaals im Schloß Bauschlott bei Pforzheim. 1812/13 malte er für Weinbrenner die Kuppel der damals neu erbauten katholischen Stadtkirche St. Stephan in Karlsruhe und schuf auch die Wandbemalung in dieser Kirche. Im Auftrag von Weinbrenner fertigte er die Deckenmalereien im Markgräflichen Palais in Karlsruhe. 1816 brachte Joseph Sandhaas die Marmorierung an die Wände der evangelischen Stadtkirche in Karlsruhe an. Dabei hat ihm sein damals fünfzehnjähriger Neffe geholfen. 1822 fertigte Carl Sandhaas ein Porträt von Friedrich Weinbrenner.

In Darmstadt und später am Städelschen Kunstinstitut in Frankfurt erhielt Carl Sandhaas eine umfassende malerische Ausbildung. Aus jener Zeit haben wir die ersten beiden Selbstporträts des jungen Künstlers, die ihn als Siebzehn- und Neunzehnjährigen zeigen. In Darmstadt war Carl Sandhaas von zahlreichen Freunden und Künstlern umgeben, was auf den Bildern aus jener Zeit zu ersehen ist. Zu seinem Freundeskreis gehörte damals auch der später bedeutende Literaturhistoriker, Politiker und Professor in Heidelberg und Göttingen, Georg Gottfried Gervinus. Die Bilder von Sandhaas trugen in jener Zeit typisch romantische Züge. Das Darmstädter Landesmuseum besitzt einige Arbeiten von Sandhaas, die einen Einblick geben in die seelische Verfassung des jungen Malers, die seine phantastische Seite hervorheben, die aber auch ahnen lassen, wieviel Schwermut ihm damals schon im Gemüte lag. Immer wieder tauchen Fratzen und Teufelsgestalten in diesen Bildern auf.



*Georg Gottfried Gervinus
Bleistiftzeichnung von Carl Sandhaas um 1820*

Zu den interessantesten Bildern aus jener Periode gehört eine Feder-Tusche-Zeichnung aus den frühen zwanziger Jahren des 19. Jahrhunderts, die eine Teufelssitzung zeigt. Der Teufel liest dabei von einem erhöhten Katheder, umgeben von zahlreichen jungen Leuten, offensichtlich Vertreter der Burschenschaftsbewegung, weswegen die Interpretation wahrscheinlich erscheint: „Der Teufel verführt deutsche Jünglinge zur nationalen Politik“¹⁹. Bekanntlich hatte Carl Sandhaas Verbindung zu jungen Darmstädter Künstlern und zu den sogenannten „Darmstädter Schwarzen“, die eine radikale Demokratisierung der politischen Verhältnisse nach den Befreiungskriegen anstrebten²⁰. Rechts im Bild erkennen wir die damaligen Idole der Burschenschaftsbewegung Ernst Moritz Arndt und Turnvater Friedrich Ludwig Jahn. Links im Bild hat sich Sandhaas selbst porträtiert.



*Der Teufel verführt deutsche Jünglinge zur nationalen Politik
Feder-Tusche-Zeichnung von Carl Sandhaas um 1820*

1825 ging Carl Sandhaas nach München, um bei Peter von Cornelius zu studieren. Er war ein bedeutender Maler der deutschen Romantik und Professor sowie Direktor der Münchner Akademie. Von München aus unternahm Sandhaas eine Studienreise nach Italien. Als am 25. Februar 1830 seine Mutter starb, kehrte Sandhaas nach Haslach zurück. Seitdem hatte er, von seiner Umwelt unverstanden, mit kurzen Unterbrechungen den Rest seines Lebens in seiner Heimatstadt zugebracht.

Der Porträt- und Landschaftsmaler

Die Jahre nach 1830 sind ausgefüllt mit der Anfertigung von Bildnissen in den Bürger- und Handwerkerfamilien seiner Heimatstadt und der näheren und weiteren Umgebung. Sandhaas hat es dabei in einer Mischung von Zeichen- und Aquarelltechnik zu einer großen Vollendung der Porträtkunst gebracht. Er hat die erstaunliche Fähigkeit gehabt, das Wesen und den Charakter der Menschen aus ihrem Gesicht herauszulesen und dies im Porträt festzuhalten. Seine Bildnisse geben aber auch Aufschluß über die werktägliche und sonntägliche Tracht der Kinzigtäler Bevölkerung in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts.

Sandhaas hat eine Fülle von Porträts bis zu seinem Lebensende geschaffen. Sie befinden sich heute noch im Besitz vieler Familien im Kinzigtal. Hansjakob hat Sandhaas wohl deshalb so sehr geschätzt, weil er die Menschen, die er in seinen Bildnissen darstellte, die gleichen waren, die Hansjakob in seinen Büchern verewigte. Einige seien hier genannt: Hansjakobs Vater Philipp Hansjakob; Franz Xaver Kaltenbach, der „Wälder-Xaveri“, Hansjakobs Großvater mütterlicherseits; dessen Ehefrau Luitgard, geborene Heim; Johann Valentin Buß, „Valentin der Nagler“; der Haslacher Bürgermeister Anton Burger, der „Burger-Toni“; Isidor Schweiß, der „Postpascha“ von Stöcken; der „Sepple“, Hausknecht im Gasthaus „Engel“ in Haslach.

Besonders beeindruckend sind die Krankenbildnisse, die Sandhaas für das medizinische Werk des Professors Dr. Karl Heinrich Baumgärtner in Freiburg mit dem Titel „Krankenphysiognomik“ schuf²¹. Es enthält 72 Porträts von Kranken, von denen 67 Sandhaas gefertigt hat. Der Kunden-



Porträt eines Kranken, das Carl Sandhaas für das medizinische Werk von Professor Baumgärtner (1839) malte



*Johann Baptist Geck, Zähringer Hof-Wirt in Offenburg, Vater des sozialdemokratischen Reichstagsabgeordneten Adolf Geck
Aquarell von Carl Sandhaas, 1833*

kreis des Künstlers erstreckte sich von Offenburg bis Freiburg. In Offenburg malte er den Wirt des Gasthauses „Zähringer Hof“, Johann Baptist Geck, und dessen Ehefrau Euphrosina, geborene Huck, die Eltern des sozialdemokratischen Landtags- und Reichstagsabgeordneten Adolf Geck. In Gengenbach porträtierte er den Aktuar Carl Lauterwald in seiner schmucken Bürgerwehruniform, er war von 1835–1840 Kommandant der Gengenbacher Bürgerwehr. In Freiburg fertigte Sandhaas einige Porträts, die Herren der Freiburger Oberschicht darstellen. Leider konnten sie bisher nicht identifiziert werden.

Trotz der vielen Porträts, die Sandhaas malte, vernachlässigte er die übrige Malkunst nicht. Er schuf eine Fülle von Naturstudien, Wirtshausszenen, Innenmotive, Landschafts-, Stadt- und Dorfansichten. Zu den bekanntesten dieser Bilder zählen Ansichten von Haslach, Steinach, Mühlenbach, Hausach, Gengenbach, Zell a. H., Wolfach, Offenburg, Waldkirch, Freiburg, Rippoldsau und Triberg.

Daß das Oeuvre von Carl Sandhaas größtenteils noch vorhanden ist und ein beträchtlicher Teil seiner Bilder in Haslach in einer ständigen Ausstellung gezeigt werden kann, verdanken wir den Sammlern von Sandhaas-Bildern, die das Schaffen des Künstlers sein ganzes Leben lang verfolgt haben. Einer der eifrigsten Sammler von Sandhaas-Bildern war Fritz Max Heßemer, der mit Carl Sandhaas eng befreundet war. Heßemer war von Beruf Architekt und sammelte etwa zweihundert Bilder, die seine Frau in einem großformatigen Buch, der sogenannten Darmstädter Mappe, eingeklebt hatte. Sie



Brautkauf

Aquarell von Carl Sandhaas um 1835



Das Haslacher Kapuzinerkloster und die Gutleutbrücke

Aquarell von Carl Sandhaas um 1835

wurde vom Sohn Paul Heßemer Heinrich Hansjakob zum Geschenk gemacht. Dieser hat sie dann später der Stadt Haslach vermacht. Die zweite große Sandhaas-Sammlung, etwa dreihundert Bilder, stammt von den beiden Haslacher Bürgermeistern Josef Fackler sen. (1815–1871) und Josef Fackler jun. (1855–1934). Auch sie vermachten ihre Bilder der Stadt Haslach. Beide Sammlungen bilden den Fundus der ständigen Carl-Sandhaas-Ausstellung im „Freihof“.

Eine weitere Sammlung von Sandhaas-Bildern wurde neuerdings im Nachlaß des Straßburger Generalvikars und elsässischen Heimathistorikers Alexander Straub (1825–1891) entdeckt. Sie umfaßt 49 Bilder und wird in der Bibliothek des Grand Séminaire in Straßburg aufbewahrt.

Die große Liebe von Carl Sandhaas

Anfang der dreißiger Jahre des 19. Jahrhunderts traf Carl Sandhaas nach der Schilderung Hansjakobs im Haslacher Klostergarten seine große Liebe, des fürstenbergischen Jägers Tochter Mine. Nach Allgeyer heißt sie allerdings Marianne und ist eines Gärtners Tochter²². Sandhaas hatte dieses Mädchen in unzähligen Zeichnungen und Bildern festgehalten. An eine Heirat war nicht zu denken, zu stark waren die Widerstände, die der Vater des Mädchens gegen den armen Künstler hegte. Auch Mine/Marianne umgibt ein Geheimnis. Wir wissen nicht ihren Familiennamen, ihr Geburts- und Sterbedatum sind ebenfalls nicht feststellbar²³. Weder Hansjakob noch Allgeyer nennen ihren Familiennamen oder gehen näher auf ihre Familienverhältnisse ein.



Mine/Marianne, die Geliebte des Künstlers

Bleistiftzeichnung um 1835

Als Sandhaas vom Haslacher Gemeinderat den Auftrag bekommen habe, so berichtet Hansjakob²⁴, für den Muttergottesaltar der Stadtkirche in Haslach ein Maria-Himmelfahrt-Bild zu malen, habe er der Maria das Gesicht seiner Geliebten und unter die Apostel, welche der auffahrenden Himmelskönigin nachschauten, habe er sich selber gemalt. Voll Entrüstung hätten die Haslacher darin eine Blasphemie gesehen und das Bild zurückgewiesen. Franz Schmider hat nachgewiesen²⁵, daß dieser Auftrag vom Haslacher Gemeinderat so nicht gegeben wurde, sondern daß eher der Version Allgeyers geglaubt werden müsse, wonach Sandhaas ein Altarbild, das die Geburt Christi darstellte, malen sollte.²⁶ Da er der Maria das Gesicht der Mine/Marianne gab, wurde das Bild vom Gemeinderat Haslach abgelehnt.

Der plötzliche Tod seiner Geliebten (wahrscheinlich 1837) scheint Sandhaas in eine tiefe Schwermut gestürzt zu haben. Er flüchtete sich in die Einsamkeit der Natur. Oben im Urenwald bei Haslach baute er sich auf einem Felsen eine primitive Laubhütte und lebte dort als Einsiedler, wie dies ein von ihm selbst gemaltes Bild zeigt. 1843 brannte seine Hütte vollständig ab. Ein Sturmwind hatte ein dort angemachtes Feuer entfacht und die Hütte vernichtet. Sandhaas wurde als Brandstifter gesucht, schließlich von den Haslacher Bürgern im Wald eingefangen, gefesselt und als „Wahnsinniger“ im „Narrenhütle“ in Haslach eingesperrt. Man brachte ihn in die „Irrenanstalt“ Illenau bei Achern, wo er zwei Jahre behandelt wurde und sein angeblicher Wahnsinn sich in eine ungefährliche Schwermut verwandelte.



Selbstporträt von Carl Sandhaas in der Heil- und Pflegeanstalt Illenau. Im Hintergrund sieht man das Briegittenschloß

Aquarell 1844

Der „nährische“ Maler

Nach Haslach 1845 zurückgekehrt, verbrachte Sandhaas den Rest seines Lebens als Ortsarmer im städtischen Spital. Dabei war er nicht untätig, sondern schuf viele Arbeiten. Sein Zeichenstift und sein Pinsel hielten alles fest, was ihm in die Augen kam: Menschen, Tiere, Pflanzen, Landschaften, humoristische Szenen, dämonische Gestalten. Immer wieder hat sich Carl Sandhaas jedoch selbst gemalt. Es gibt wohl wenige Maler, die so viele Selbstporträts gemalt haben – sicherlich auch ein Zeichen dafür, daß er sich stets narzißhaft mit sich selbst und seinen Problemen beschäftigte und mit ihnen nicht zurechtkam. Seine Haslacher Mitbürger haben Sandhaas, so gut sie konnten, gemieden. Für sie war er der „nährische“ Maler.

Immer wieder beklagte sich Sandhaas in seinen Aufzeichnungen, den sogenannten „Spitalblättern“, daß ihm zum Arbeiten das notwendige Zeichenpapier, die Farben und Stifte fehlten. Auch wollte offenbar niemand ein richtiges Honorar für seine Malkunst bezahlen. So schreibt er in seinen „Spitalblättern“: „Die Herren und Bürger bezahlen nichts, und wer nichts bezahlt, der kriegt nichts. Die Leute glauben, ich soll ihnen für ein Maß Bier ein Porträt malen.“



Carl Sandhaas in seiner Laubhütte im Urenwald bei Haslach

Aquarell um 1850

Julius Allgeyer hat Carl Sandhaas 1853 im Haslacher Spital besucht. Dieser Besuch, der auch Anlaß zur Abfassung seiner „Poetischen Bilder aus dem Leben des Malers Carl Sandhaas“ gewesen sein dürfte, hat Allgeyer ausführlich beschrieben²⁷. Eines geht aus seiner Niederschrift deutlich hervor: Sandhaas war trotz seiner Armut, seines kärglichen Lebens und seiner zeitweisen seelischen Verwirrung ein geistvoller Mensch geblieben, der sich seines inneren Reichtums bewußt war, dessen einziges Unglück war, von seiner Umwelt verkannt zu werden, der aber seine Vereinsamung mit Stolz und Würde getragen hat. Allgeyer fand es beschämend, wie die Haslacher Bürger Sandhaas behandelten. Er bezweifelte, ob der begabte Maler wirklich „närrisch“ und verrückt sei, wie ihn seine Umwelt einschätzte. Er zitierte in seinen Aufzeichnungen Sandhaas mit folgenden bezeichnenden Worten: „Nicht ich, sondern die Haslacher sind jetzt Narren geworden; meine Narrheit liegt gegenwärtig lediglich in den zerrütteten Zuständen meines Geldbeutels, sonst würde ich dem Neste einen Namen verschaffen und es der Vergessenheit entreißen. . .“²⁸ Er sei, so schreibt Allgeyer, wehmütig von dem unglücklichen Maler geschieden und habe die deutliche Erkenntnis gewonnen, daß Sandhaas „eine grenzenlos vereinsamte, aber durchaus vornehme Künstlernatur“ sei, die „ein Bild und Beispiel echter moderner Tragik“ darstelle. Zum Schutz vor den lästigen, weil im Grunde doch immer teilnahmslosen Zudringlichkeit der Welt habe sich Sandhaas in völlige Stummheit gehüllt. Es sei am Unverständnis seiner Umwelt, an den allgemeinen Zuständen seiner Zeit als Künstler zugrunde gegangen²⁹. Solche Beobachtungen offenbaren ein tiefes psychologisches Einfühlungsvermögen und soziales Verständnis in die ausweglose Lage des verfolgten Künstlers – Erkenntnisse, die durch die moderne Sandhaas-Forschung bestätigt werden³⁰.

Reflexionen in den „Spitalblättern“

Im Haslacher Spital schrieb Carl Sandhaas eine Art Autobiographie, die er selbst „Spitalblätter“³¹ nannte und die aus etwa hundert Blättern besteht. In diesen Aufzeichnungen hat er sich mit seinem Leben und seiner Umwelt, vor allem mit dem Unverständnis der Haslacher Bürger für ihn als Künstler, auseinandergesetzt. So lesen wir in den „Spitalblättern“: „Ich habe gelesen in einem Zeitungsartikel, in dem ein preußischer Staatsmann sagt: Man muß alles Gute, was uns die Zeit darbietet, zu benutzen suchen; denn sonst straft die Zeit; jetzt seid Ihr gestraft wegen Unrechts, so ihr mir getan; und weil Ihr das nicht gewollt, was Ihr hättet haben können, so müßt Ihr gar nichts haben!“

Carl Sandhaas zeigt in seinen „Spitalblättern“ die bemerkenswerte Gabe der Selbstreflexion über sein schweres Schicksal, das er von seinen Mitbür-



Fratzen auf einem Skizzenblatt von Carl Sandhaas um 1855

gern mitverschuldet sieht. Er versichert immer wieder, daß er bereit sei, als Künstler zu arbeiten, wenn die Stadtverwaltung seine Lebensumstände verbessern werde. In diesem Sinne schreibt er: „Ich habe nun vor, mich von neuem der Kunst zu befleißigen und fordere deshalb das Amt und die Obrigkeit, das Recht und die Gerechtigkeit auf, mir behilflich zu sein und mir das zu geben, was ein Zeichner und Maler braucht, um seiner Kunst obliegen zu können und was überhaupt die Gesetze der Humanität und der Menschlichkeit erfordern . . .“

An einer anderen Stelle in der Zeit der Revolution von 1848/49 lesen wir in den „Spitalblättern“: „Der Exiquent³² hatte mich einen Esel geheißen. Sie sind ein Narr! Ins Tollhaus! hatte der Kreuzwirt (senior) mir auf offener Straße zugerufen. So ebenfalls, er ist ein Demagog! hatte der Schwörer³³ einmal zu Freiburg mich auf der Straße gerufen . . . Sie sind ein Faxenmacher, sagte eine Kellnerin zu Gengenbach über mich. Oder Sie sind der ärgste Freischärler, sagte einmal der Gendarm Riedel über mich, indem er sich neben mich setzte und den Säbel halb aus der Scheide zog . . . Ein Narr! sagte wieder ein Mädchen, als ich an einem Garten vorbeigehe, damit ich es hören soll, oder ein Faulenzer! sagte ein anderer von dem Feld aus. Daß



*Eines der letzten Selbstporträts des Künstlers, welches von Sandhaas durchgestrichen wurde. Mit eigener Hand schrieb er darunter:
„Finet“ = Es wird enden
Bleistiftzeichnung um 1859*

mich der Exiquent einen Esel geheißten, damit bin ich zufrieden, es ist das beste Urteil, das bisher über mich gefällt worden ist. Ich bin wirklich ein Esel und ein Narr dazu, daß ich mich so mißhandeln lasse und das alles so geduldig annehme, indessen werde ich jetzt einmal anpochen an der Pforte der Gerechtigkeit und Genugtuung verlangen . . . Man hat mich von der ersten Stunde an, wo ich hierher gekommen bin, unernst und ungerecht behandelt, besonders, wenn vom Arbeiten die Rede sein soll. Ja, so geht das nicht, so behandelt man keinen Maler, wenn er arbeiten, zeichnen und malen soll . . .“

Seine Lebensumstände wurden gegen Ende seines Lebens immer unerträglicher. Im Haslacher Spital bekam er kaum etwas zu essen. So schreibt er: „Ich habe oft zur Armensuppe mittags nichts als ein Plättle voll Kraut, des Abends nichts als eine Wecksuppe. Ich bekomme manchmal in fünf Tagen kein Stück Fleisch zu essen, höchstens ein Stückchen Gäter (Sehnen) oder ein Löffele voll Sulz oder ein Stückchen Speckschwarte.“

Anerkennung nach seinem Tode

Am 12. April 1859 ist Carl Sandhaas gestorben. Sein Grab befindet sich auf dem Haslacher Friedhof und wird von der Stadtverwaltung Haslach

unterhalten. Erst nach seinem Tode merkten die Haslacher, was für ein bedeutender Künstler der „nährische“ Maler gewesen war. 1899 fand die erste und bisher größte Sandhaas-Ausstellung in Haslach statt. 600 Werke des Künstlers wurden im „Fürstenberger Hof“ in Haslach ausgestellt. 1903 haben die Haslacher Carl Sandhaas am Eingang der Seilerbahn ein Denkmal gesetzt. Es besteht aus einem großen Findlingsfelsen aus dem von Sandhaas so geliebten Urenwald. In den Stein wurde ein aus Erz gegossenes Medailon des Künstlers eingelassen, das vom Haslacher Bildhauer Hubert Stelker (1857–1935) gefertigt wurde.

1959 wurde anlässlich seines 100. Todestages im Haslacher Kloster eine große Gedächtnisausstellung veranstaltet, die Leihgaben aus sämtlichen Sammlungen zeigte, die Sandhaas-Bilder besitzen. Im Herbst 1984 hat die Stadt Haslach ihrem großen Sohn in der ständigen Carl-Sandhaas-Ausstellung im „Freihof“ eine bleibende Gedächtnisstätte eingerichtet.

Die Aufnahmen stammen alle aus dem Hansjakob-Archiv in Haslach

Anmerkungen

- 1 16. Aufl. Haslach 1983, vgl. darin die Erzählung „Der nährische Maler“, S. 181–243. Über Heinrich Hansjakob vgl. Manfred Hildenbrand u. Werner Scheurer (Hrsg.), Heinrich Hansjakob 1837–1916, Festschrift zum 150. Geburtstag, Haslach 1987. Hier alle weitere Hansjakob-Literatur.
- 2 Ebenda, S. 184.
- 3 Vgl. Martin Ruch, Der Haslacher Maler Carl Sandhaas in der Heil- und Pflegeanstalt Illenau 1843–45, Die Ortenau 1988, S. 499.
- 4 Hansjakob, Wilde Kirschen, a. a. O., S. 184, 187.
- 5 Franz Schmider, Maler Carl Sandhaas, Haslach 1959, S. 6/7.
- 6 Taufbuch der Stiftskirche Stuttgart für das Jahr 1801, Evangelisches Kirchenregisteramt Stuttgart. Herrn Hermann Ziegler, Stuttgart, sei herzlich gedankt für die Hilfe beim Auswerten der Stuttgarter Archivalien.
- 7 Über Seele vgl. Hermann Mildenerger, Der Maler Johann Baptist Seele, Tübingen 1984; ders., Johann Baptist Seele und die Stuttgarter Malerei um 1800, in: Baden und Württemberg im Zeitalter Napoleons, Bd. 2, Stuttgart 1987, S. 529–560.
- 8 Adreßbuch Stuttgart 1800, S. 102, Stadtarchiv Stuttgart.
- 9 Mildenerger, Seele 1984, a. a. O., S. 1 ff.
- 10 Ebenda, S. 12, 27 ff., 73 f.
- 11 Taufbuch der Stiftskirche Stuttgart, a. a. O.
- 12 Schmider, a. a. O., S. 7; August Vetter, Hüfingen, Hüfingen 1984, S. 641.
- 13 Seelenregister der Stadt Stuttgart 1797–1803, Stadtarchiv Stuttgart.
- 14 Ebenda.
- 15 Taufbuch der Stiftskirche Stuttgart, a. a. O.
- 15a Hansjakob, Wilde Kirschen, a. a. O., S. 187; Schmider, a. a. O., S. 8 ff.

- 16 Über Allgeyer vgl. Manfred Hildenbrand, Julius Allgeyer (1829–1900), Kupferstecher, Pionier der Fotografie und Biograph Anselm Feuerbachs, Badische Heimat 1, 1989, S. 75–92.
- 17 Julius Allgeyer, Poetische Bilder aus dem Leben des Malers Carl Sandhaas, Verlag Wilhelm Engelberg, Haslach 1959.
- 18 Vgl. Manfred Hildenbrand, Joseph Sandhaas, ein Großer der Haslacher Sandhaas-Familie, Schwarzwälder Bote v. 2. 12. 1987.
- 19 Thomas Nipperdy, Jede Epoche ist doch gleich nah zu Gott, Die Welt v. 28. 2. 1987.
- 20 Der Name „Schwarze“ rührt von ihrer altdeutschen Tracht her, durch die sie die Verachtung jedes bunten Kleidungsstückes und anderen „welschen Tand“ zum Ausdruck bringen wollten. Vgl. Walter Grab, Dr. Wilhelm Schulz aus Darmstadt. Weggefährte von Georg Büchner und Inspirator von Karl Marx, Frankfurt/Wien 1987, S. 27, 39.
- 21 Erschienen 1839 im Verlag von L. F. Rieger u. Comp., Stuttgart u. Leipzig.
- 22 Allgeyer, Poetische Bilder, a. a. O., S. 31, 37.
- 23 Im Sterberegister der Haslacher Kirchenbücher ist in den Jahren 1830 bis 1840 kein Mädchen verzeichnet, das mit dem Namen Mine oder Marianne in Verbindung gebracht werden könnte.
- 24 Hansjakob, Wilde Kirschen, a. a. O., S. 198 f.
- 25 Schmider, a. a. O., S. 26/27.
- 26 Allgeyer, Poetische Bilder, a. a. O., S. 31.
- 27 Hansjakob, Wilde Kirschen, a. a. O., S. 229 ff.
- 28 Zit. n. Hansjakob, Wilde Kirschen, a. a. O., S. 232.
- 29 Ebenda.
- 30 Vgl. Ruch, a. a. O., S. 495/496.
- 31 Die „Spitalblätter“ befinden sich in der ständigen Carl-Sandhaas-Ausstellung im „Freihof“ in Haslach.
- 32 Exiquent = Gerichtsvollzieher.
- 33 Dr. Ignaz Schwörer war Professor der Medizin in Freiburg. Er war ein eifriger Förderer von Carl Sandhaas. Bei ihm wohnte Sandhaas, wenn er bisweilen in Freiburg arbeitete. Vgl. auch Hansjakob, Wilde Kirschen, a. a. O., S. 229.

Grimmelshausen in Nürnberg?

Über die Verbindung zu den Freiherren von Crailsheim

W. E. Schäfer

Der Literat Grimmelshausen wird wohl immer eine ungewöhnliche Erscheinung unter seinen schreibenden Zeitgenossen bleiben, in vielem rätselhaft, in manchen Zügen nur annähernd zu erklären. Darüber können die Fortschritte, welche die intensiv betriebene Forschung in Hinsicht auf seine literarischen Vorlagen, die Techniken der Verarbeitung seiner Vorlagen, die Erfassung seiner Absichten und seiner uns hie und da fremd anmutenden Darstellungsformen in den letzten Jahrzehnten erbracht hat, nicht hinwegtäuschen. Wie konnte der Vater einer elfköpfigen Familie, der Wirt einer Dorfwirtschaft (ab 1665), der Schultheiß einer Ackerbürgerstadt (ab 1667), der für das Steueraufkommen, für die Finanzen überhaupt, für die öffentliche Ordnung, die „Policey“, für die niedere Gerichtsbarkeit und für die Gewerbeaufsicht verantwortlich war, wie konnte er in der Zeitspanne eines Jahrzehnts bis zu seinem Tode 1676 diese Fülle von Erzählungen, Abhandlungen, Kalendern hervorbringen, die nun in der von Rolf Tarot betreuten Gesamtausgabe vorliegen?¹ Wie brachte er es fertig, diese Fülle von Büchern der verschiedensten Art zu überblicken und im rechten Augenblick zur Hand zu haben, die er ganz offensichtlich gekannt und über diesen Zeitraum ausgewertet hat?

Ihm fehlte doch – auch wenn wir ihn gewiß nicht als „Bauernpoeten“ (den es im 17. Jahrhundert ohnehin noch nicht gab) ansehen wollen – ihm fehlte doch akademische Bildung, wie sie die bekannteren Autoren drüben in Straßburg, Johann Michael Moscherosch, Johann Matthias Schneuber, wie sie selbst Quirin Moscherosch, der Dorfpfarrer von Bodersweier, erworben hatte. Die Lateinschule in Gelnhausen, die er – wahrscheinlich – durchlaufen hatte, gab ja erst die Voraussetzungen für den Beginn eines akademischen Bildungsgangs.² Er war nicht eingebunden in den lebhaften Austausch und Verkehr zwischen den Gebildeten in Briefen, gegenseitigen Empfehlungen, besonders bei Verlegern, Gratulations- und Widmungsgedichten, Geschenken, wie er unter den Zugehörigen der *res publica litteraria* üblich war, geschweige daß er Mitglied eines gelehrten oder literarischen Zirkels, der Anregungen und freundschaftliche Kritik bot, gewesen wäre. Die Geleitgedichte von anderer Hand, die seinen Schriften beigegeben sind, stammen, falls er sie nicht gar selbst verfaßt hat, von Adligen der Ortenauer Reichsritterschaft, denen er – trotz des Adelsanspruchs seiner Vorfahren – nicht ebenbürtig war.³ So kann man Grimmelshausen als „Mann zwischen den Ständen“ bezeichnen, eine Umschreibung seiner so-

zialen Position, die sich in jüngster Zeit eingebürgert hat. Wie konnte er Kontakte zu Verlegern finden, sich Bücher beschaffen, ja sogar, wie Günther Weydt versichert, eine dauernd präsente umfängliche Bibliothek benutzen?⁴

Man hat Hypothesen erstellt. Die Bibliothek, die ihm zur Verfügung stand, könnte jene nachweislich reichhaltige des Klosters Allerheiligen gewesen sein, deren Katalog aus dem 18. Jahrhundert sich erhalten hat.⁵ Doch konnte er, bei seiner sonstigen Beanspruchung, mehrere Male in der Woche zwischen Renchen und Allerheiligen hin und herreiten? Man hat an die nähere Ullenburg des gewiß literarisch interessierten Dr. Küffer gedacht. Doch die Ullenburg bietet nur beschränkten Raum, und Küffer dürfte den wertvolleren Teil seines Besitzes in einer Stadtwohnung in Straßburg gehabt haben. Man hat an die Schauenburg gedacht, die wohl den nötigen Raum geboten hätte, und doch ist von einer Bibliothek der Freiherren von Schauenburg wenig bekannt. Daß er selbst eine solche Bibliothek besessen haben könnte, diese Möglichkeit scheidet bei seinen bescheidenen Einkünften als Schaffner, dann als Schultheiß aus. Man hat die Rechnung aufgemacht, daß der Wert der Bücher, die er nachweislich benützte, im heutigen Gegenwert mehr als 230 000 DM betrüge.⁶ Es gibt also keine Antwort.

Was seine Beziehung zu dem Nürnberger Verleger Wolf Eberhard Felsecker betrifft, der seine wichtigsten, zumindest seine erfolgreichsten Schriften herausbrachte, so wurde früh schon die Vermutung vorgetragen, daß Grimmelshausen zu Beginn seiner literarischen Tätigkeit selbst eine Reise nach Nürnberg unternommen haben müßte.⁷ Dafür gibt es – schwache, wie ich finde – Indizien. So jener launige Bericht, indem sich der Schreiber selbst ironisiert, über den Besuch bei einem Buchdrucker in einer „wohlbekannten, und weit berühmten Stadt in Deutschland“ – das müßte wohl Nürnberg sein –, der in der ersten Continuatio zum „Europäischen Wundergeschichten-Calender“ enthalten ist.⁸ Die Details dieser Schilderung, die hastige Suche eines Brotliteraten nach verwertbarem Kalendermaterial in dieser Buchhandlung, seine Ungeschicklichkeit beim Stöbern in den unordentlichen Buchstapeln, waren zu einprägsam, zu genau, als daß nicht ein eigenes Erlebnis Grimmelshausens dahinter zu stehen schien. Auch zeigte die Druckgeschichte der ersten Schrift, des „Satyrischen Pilgram“ in diese Richtung. Sie war in den Meßkatalogen des Herbstes 1665 von dem unbedeutenden Straßburger Drucker Nagel angezeigt worden. – Grimmelshausen muß es also zunächst im nahen Straßburg versucht haben – wurde dann aber in Leipzig gedruckt. Schon früh aber hatte der Nürnberger Verleger Felsecker seine Hand im Spiel, auf dessen Betreiben Grimmelshausen wohl den zweiten Teil des „Satyrischen Pilgram“ schrieb und der zweiten Auflage von 1667 beifügte.⁹ Kurz, Arthur Bechtold, Jan Hendrik Scholte und in jüngerer Zeit Manfred Koschlig gelangten zur An-

nahme, Grimmelshausen habe vor der Drucklegung dieser ersten Schrift, nämlich im Sommer oder schon im Frühjahr des Jahres 1666, eine Reise nach Nürnberg unternommen. In jüngsten Jahren bekam diese Annahme neues Gewicht dadurch, daß Günther Weydt den adligen Herrn Krafft von Crailsheim (1631–1705), dem Grimmelshausens Abhandlung ‚Ratio Status‘, Nürnberg 1670, gewidmet ist, in das Interesse der Forschung rückte.¹⁰ Es wurde zurecht die Frage aufgeworfen, wie und wo Grimmelshausen die Bekanntschaft dieses Angehörigen einer weit verzweigten Familie der Freien Reichsritterschaft im Fränkischen machen konnte, der zum Zeitpunkt der Widmung Oberamtmann des Markgrafen Christian Ernst von Bayreuth in Feuchtswangen war und zumeist auf Schloß Neuhaus bei Höchstadt an der Aisch, zwischen Bamberg und Nürnberg, residierte.

Aus der Widmungszuschrift Grimmelshausens geht nur so viel hervor, daß Herr von Crailsheim literarisch interessiert war und schon den ‚Keuschen Joseph‘ Grimmelshausens, 1667 erschienen, gelesen hatte:

„Die Jenige aber / so indessen allerhandt Bücher lesen / halte ich / thun am allerweißlichsten. Weilen mir dann wohlbekannt / daß E. G. solche letztgemelte allerlößlichste Gewonheit an sich haben / mich darneben auch / als ich dieser Tagen under des Samuel Greifnson vom Hirschfeld [ein Anagramm von Grimmelshausens Namen, W.E.Sch.] hinterlassenen Schrifften gegenwertigen zweyköpffigen Ratio Status gefunden / noch wol erinnert / daß dieselbe ehemalen dieses Autorn keuschen Joseph zu lesen und zu loben beliebt.“¹¹

Auch kannte Grimmelshausen Lebensgewohnheiten des Herrn von Crailsheim, so dessen Neigung, leiblichen Genüssen zuzusprechen und dessen robusten Magen:

„Als habe mich erkühnet / diesen seltzamen zweygestalltigen Kerl heraus zu geben / und denselben E.G. zu Bezeugung deren zu Ihro tragenden Affection gehorsamlich verehren wollen; Ist er gleich seiner geringen Grösse halber bey nahe einer Scartecken ähnlich / so ist er doch verhoffentlich so beschaffen / daß er dem / der ihn lisset und betrachtet / etwan ein Stündlein / beydes zum Lust und zum Nutz vertreiben kan / es wäre dann Sach / daß einer einen solchen vergifften oder verderbten Magen hätte / daß ihm alle Speisen bitter schmeckten / von welcher Kranckheit aber E.G. befreyet zu sein ich wol versichert bin ...“

Das alles setzt doch wohl eine persönliche Begegnung zwischen beiden, womöglich über der Tafel, voraus. Als sich nun noch herausstellte, daß Herr Krafft von Crailsheim schon 1658 eine adlige Dame aus der Ortenauer Reichsritterschaft, Magdalena Sophia von Hüffel – ihr Vater Philipp Jakob von Hüffel stand als Amtmann im Dienst der Gräfin Anna Magdalena von Hanau-Lichtenberg – geheiratet hatte, wurde der Empfänger dieser heiteren Widmung doppelt bedeutsam.¹² Er muß mit den Landadligen der Ortenau, über die von Hüffel hinaus mit den verschwägerten von Schauenburg, von Fleckenstein usw. bekannt gewesen sein. Andererseits lagen sein Amtsbezirk und seine Familiengüter auf der geographischen Linie von Renchen nach Nürnberg und zwar auf halber Strecke. Die Möglichkeit dämmerte auf, daß Krafft von Crailsheim Grimmelshausens Verbindungsmann

nach Nürnberg gewesen sein und daß Grimmelshausen bei einer oder mehreren Reisen nach Nürnberg bei Herrn von Crailsheim Station gemacht haben könnte. Im Folgenden soll diese Annahme einerseits verstärkt – was die Verbindungen der Herren von Crailsheim nach Nürnberg betrifft –, andererseits abgeschwächt – was eine Reise Grimmelshausens dorthin betrifft – werden.

Doch zunächst zu der kleinen Schrift, der „Scharteke“, wie sie Grimmelshausen mit dem Blick auf ihren geringen Umfang bezeichnet, selbst. Sie zeigt den Renchener Schultheiß als Vertreter einer zu dieser Zeit noch jungen Disziplin, der Politikwissenschaft. Er stellt nämlich, in erzählender Weise, die politischen und militärischen Handlungen des Königs Saul auf der einen, des Königs David auf der anderen Seite dar, indem er in großen Zügen den historischen Berichten des Alten Testaments, im wesentlichen 1. Samuel 8–31 und 2. Samuel 3–24, folgt und sie durch einige andere Quellen wie die ‚Jüdischen Altertümer‘ des Flavius Josephus ergänzt.¹³ Die Gesinnungen und Aktionen Davids sollen ein Beispiel für verantwortliche, ethisch gebundene Politik, sozusagen einen Fürstenspiegel, die Sauls für verwerfliche Politik vorzeigen. Es tut dem Ingenium Grimmelshausens keinen Abbruch, wenn man darauf hinweist, daß die Idee, politisches Handeln am Beispiel biblischer Helden zu demonstrieren, kein origineller Einfall war. In der Mitte des 17. Jahrhunderts wurde die Krise der politischen Theorie, wie sie von Aristoteles und seinen späthumanistischen Nachfolgern gelehrt wurde, auch in Kreisen außerhalb der Fachgelehrten der Universitäten voll bewußt. Der ‚Teutsche Friedensraht‘, um 1640 von Claus von Schauenburg im Manuskript niedergeschrieben, den Grimmelshausen 1670 im Auftrag Philipp Hannibals von Schauenburg überarbeitete und mit einem Vorwort seiner Hand versehen zum Druck gab, baute noch weitgehend auf der Grundlage dieser Regimentslehre, der ‚älteren Polizeiliteratur‘, auf.¹⁴ Inzwischen war Grimmelshausen, der das Feld politischer Theorien von eigenen Erfahrungen getragen aufmerksam beobachtete, bewußt geworden, daß sich die politischen Köpfe seiner Zeit von dieser Politikauffassung lösten. Sie standen unter dem Eindruck der schon am Ende des vorausgegangenen Jahrhunderts aufgekommenen Lehre von der Staatsräson – daher der Titel bei Grimmelshausen: ‚Ratio Status‘ – wie sie Giovanni Botero (1533–1617) am wirkungsvollsten formuliert hatte, im Bann des politischen Zweckerationalismus, den schon Niccolò Machiavelli mit seiner Schrift ‚Il principe‘ (1513) auf die Bahn gebracht hatte, und der zwischen Ethik und politischem Pragmatismus vermittelnden Position von Justus Lipsius (1547–1606) und seiner Auffassung von der ‚prudencia mixta‘. Die Auseinandersetzung mit diesen Richtungen und Schulen politischer Theorie sind in Grimmelshausens kleiner Schrift spürbar. Er reihte sich ein in die Front derer, die aus Sorge wegen der Entbindung politischen Handelns aus religiöser Verantwortung und ethischer Rücksichtnahme – darauf

schiene alle die genannten Richtungen hinauszulaufen – nach überzeugenden Beispielen suchten, an denen die Einheit von Glauben und politischer Klugheit, von ethischer Bindung und effizienter Staatsführung demonstriert werden konnte und diese Beispiele in einigen Königsfiguren der biblischen Chroniken fanden. So hatte schon vor ihm Johann Balthasar Schupp, auch er einer der großen Moralisten und Satiriker des Jahrhunderts, in seinem ‚Salomo Oder Regenten-Spiegel vorgestellt aus denen eilff ersten Capituln des ersten Buchs der Königen: Andern Gottsfürchtigen und Sinnreichen Politicis außzuführen und genawer zuelaboriren überlassen‘ (1653) einen ähnlichen Versuch unternommen.¹⁵

Es waren beileibe keine akademischen Fragen, die da verhandelt wurden. Die Theoretiker, Machiavelli, Botero, Lipsius, man könnte auch Jean Bodin mit ‚De la République‘ (1576, in deutscher Übersetzung 1611) und andere hinzufügen, zogen die Konsequenzen aus bitteren historischen Erfahrungen, aus dem Chaos der Bürgerkriege im Italien des ausgehenden Mittelalters, in Frankreich in der zweiten Hälfte des 16. Jahrhunderts, in den Niederlanden ab 1568. Die radikale Schärfe des Parteienstreits war gerade dadurch entstanden, daß absolut gesetzte religiöse Ansprüche in politische und militärische Aktionen umgesetzt werden sollten. Die neuen Theorien bereiteten dem Absolutismus die Bahn, der sich zwar auch noch durch das Gottesgnadentum des Herrschers legitimierte, aber Konfessionen und religiöse Überzeugungen der Untertanen als eine Angelegenheit außerhalb der Sphäre des Politischen ‚als privatum‘ ansah.

Die Widmung Grimmelshausens an einen Angehörigen des ritterschaftlichen Landadels gewinnt unter diesem Gesichtspunkt ihren Sinn. Die Familie von Crailsheim spürte nicht anders als die Ortenauer Geschlechter der Reichsritterschaft den gewaltigen Sog, der von der absolutistischen Staatsform ausging, wie sie mustergültig im Frankreich Ludwigs XIII. und XIV. zutage trat. Sie ahnte, daß ihre Herrschaft ein Opfer der Nivellierungstendenz der absolutistischen Mächte werden könnte. So hatten einige der Herren von Crailsheim schon zu Beginn des Jahrhunderts religiöse Richtungen innerhalb des Luthertums unterstützt, welche die Machtansprüche der Landesfürsten einzuschränken suchten und zwar auf dem Gebiet des Landeskirchenregiments. Einige der Herren von Crailsheim waren Flacianer, nach Matthias Flacius Illyricus (1520–1575) benannt, oder sogenannte Gnesio-lutheraner. Sie hatten Pfarrer dieser streng lutherischen, sich von dem Humanismus Melanchthons abgrenzenden Richtung in Pfarreien ihrer Herrschaft eingesetzt.¹⁶ Wie weit das auch für Krafft von Crailsheim gilt, muß noch geklärt werden.

Die Herren von Crailsheim und die Ortenau

Klar ist jetzt schon, daß Grimmelshausen nicht unbedingt nach Crailsheim oder nach Feuchtwangen, dem Amtssitz Kraffts von Crailsheim, reisen

mußte, um diesen kennenzulernen. Dessen Vorfahren und Verwandte hatten schon in Ortenauer Rittergeschlechter eingeheiratet, mußten die Ortenau kennen und waren hier bekannt. So hatte Wolfgang (Wolf) von Crailsheim (1623–1701), ein Vetter von Krafft, schon 1647 Anna Petronella Zorn von Plobsheim geheiratet, deren Familie im Amt Oberkirch begütert war, bevor er selbst 1658 mit Magdalena Sophia von Hüffel vermählt wurde. Diese Heirat war durchaus ebenbürtig. Zwar war das Geschlecht derer von Hüffel erst zu Beginn des Jahrhunderts bei der Reichsritterschaft der Ortenau immatrikuliert worden, doch war es vermögend, besaß einen freiadligen Sitz in der Ortenau, das sogenannte Johannische Rittergut in Freistett und Güter in der Umgebung von Bühl. Verschiedene Glieder der Familie standen seit Generationen als Amtmänner in Diensten der Grafen von Hanau-Lichtenberg.

Ein einzelnes Ereignis herauszugreifen: am 10. August 1670 fand in der Kirche in Freistett eine Taufe statt. Ein Sohn von Johann Christoph von Hüffel wurde getauft.¹⁷ Als Paten und Taufzeugen wurden illustre Personen wie die Landesherrin, Anna Magdalena, geborene Pfalzgräfin bei Rhein, und ihr Bruder, Christian II., Pfalzgraf bei Rhein, aber auch Sophia Magdalena von Crailsheim, die Gattin Kraffts von Crailsheim, eingetragen. Man darf doch wohl annehmen, daß die nun im Fränkischen wohnende Familienangehörige derer von Hüffel bei dieser Gelegenheit die Heimat besuchte und daß ihr Gatte sie begleitete. Wenn dem so ist, dann läßt sich das Datum der Widmung des ‚Ratio Status‘ leicht erklären: „Datum Rheinneck [das ist Renchen, W. E. Schäfer] den 26. Julii, Anno 1670“, also nur vierzehn Tage früher als der Taufeintrag von Freistett. Nimmt man hinzu, daß die von Philipp Hannibal von Schauenburg unterschriebene, wahrscheinlich von Grimmelshausen verfaßte Widmungsvorrede zum ‚Teutschen Friedensraht‘ mit „Oberkirch / den 20. Julij deß 1670. Jahrs“ datiert ist, dann muß man, wie schon Manfred Koschlig vermutete, damit rechnen, daß ‚Friedensraht‘ und ‚Ratio Status‘ aus einem gemeinsamen Interesse heraus entstanden sind, und damit, daß die Anwesenheit des Krafft von Crailsheim dazu ermuntert hat.¹⁸ Die Formulierung in der Widmungsvorrede zum ‚Friedensraht‘: „Nunmehr aber Auff Ansinnen guter Leuthe in Truck gegeben durch Herrn Philipp Hannibalen von und zu Schauenburg“ ist dann nicht nur der gnädige Bescheidenheitstopos sondern verweist auf einen realen Hintergrund der Entstehung beider Schriften.

Die Herren von Crailsheim und Nürnberg

Daß Krafft von Crailsheim als Schirmherr von Grimmelshausens Schrift und womöglich schon früher als Vermittler zu Nürnberger Verlegern von Bedeutung gewesen sein könnte, ergibt sich nicht allein aus seinen und den

womöglich noch ausgeprägteren literarischen Neigungen seiner Gattin Sophia Magdalena von Hüffel, auch nicht allein aus der Nähe seines Wohnsitzes Neuhaus zu Nürnberg, es ergibt sich vor allem aus den Beziehungen mehrerer Angehöriger der Gesamtfamilie von Crailsheim zu Sigmund von Birken (1626–1681) in Nürnberg. Dieser konnte durch seine Beziehungen zum kaiserlichen Hof in Wien, zu den Herzögen von Braunschweig-Wolfenbüttel, zum Hof der Markgrafen von Brandenburg-Bayreuth, durch das ihm verliehene Pfalzgrafenamt, das ihm die Befugnis gab, uneheliche Kinder zu legitimieren und den Dichterlorbeer zu verleihen, durch seine Eigenschaft als Vorsitzender der Nürnberger Poetengesellschaft, der Pegnitzschäfer, durch seine Freundschaft und Bekanntschaft mit wichtigen Verlegern Nürnbergs und andernorts wie kein anderer Einfluß in gelehrten und literarischen Angelegenheiten nehmen. Die veröffentlichten Tagebücher von Birkens verzeichnen schon für das Jahr 1655 mehrfach Einnahmen, die ihm von einem Herren von Crailsheim zuzingen, ohne daß man den Vornamen seines Schuldners und den Anlaß der Verschuldung erführe.¹⁹ Einen Hinweis darauf erhält man durch einen Brief im Archiv des Pegnitzordens, mit dem sich wieder ein Herr von Crailsheim mit Datum vom 8. September 1659 an Sigmund von Birken in einer außerordentlich delikaten Angelegenheit wandte.²⁰ Das herzogliche Haus Württemberg, so teilte der Schreiber mit, habe einen plötzlichen und schmerzlichen Trauerfall zu beklagen. Der Sohn und Erbprinz des regierenden Herzogs Eberhard III. sei auf der Reise, auf seiner Kavalierstour, in England verstorben.²¹ Er, der Schreiber, sei diesem Prinzen in besonderer Weise verpflichtet: „und hatt mich dieses Printzen Seel. versicherte gnadt, dahin gewiesen, gleich wie ich sie vor allen andern Cavalliers in seinem Leben würcklich empfangen, auch Ursach vor andern diesen großen Verlust zu beklagen . . .“. Er habe aus Stuttgart ein Schriftstück von der Hand der ältesten Schwester des Verunglückten erhalten – es muß sich dem Folgenden nach um ein Trauergedicht handeln – das er ihm, Sigmund von Birken, unter dem Siegel unbedingten Stillschweigens anvertraute: „mitkommendes ist mihr in höchster geheimnuß Von Stuggart Comunicirt worden . . . So die Elteste als Freylein Schwester Von dem Seel. Verstorbenen Printzen, soll gemacht haben“.²² Der Schreiber bittet nun, daß von Birken „seiner bekandten Dexterität nach“ eine Replik in Versen auf das Gedicht der Prinzessin verfassen und eine dafür geeignete Melodie komponieren lasse: „derentwegen denselben freundlich ersuchent, die mühe zu nehmen, und eines gleich einer andwort uff dieses, seiner bekandten Dexteritet nach zu Verfertigen . . . dabey ersuchent, die melodei dazu eigen machen zu lassen, doch das sie gar traurig gehe“.

Nun waren Aufträge für Gelegenheitsgedichte, zu Trauer- und Hochzeitsfällen oder Geburten für Sigmund von Birken nichts Ungewöhnliches. In den Tagebüchern verzeichnet er immer wieder namentlich Besteller, die aus al-

len sozialen Schichten, aus dem Nürnberger Bürgertum nicht weniger als aus dem Hochadel kamen, und vermerkt die Einnahmen, die er zum Entgelt bekommt. Daß er um eine poetische Replik auf das Gedicht einer Prinzessin gebeten wurde und daß man ihm nun im Detail nahelegte, wie im folgenden Brieftext, in welchen Worten und Wendungen er den Schmerz der württembergischen Prinzessin ausmalen, aber auch ihr poetisches Geschick loben sollte, dürfte doch eher ein Ausnahmefall sein, der immerhin erweist, welche Bedeutung repräsentative Traueroden und der Beifall eines anerkannten Poeten für manche Fürstenhäuser haben konnten.

Die Herausgeber der frühen Tagebücher von Birkens vermuten sicher zu Recht, daß es sich bei dem Mittler zwischen dem Hof in Stuttgart und dem Nürnberger Auftragspoeten um jenen Christian Friedrich von Crailsheim handeln muß, der im Bericht über eine Gesandtschaftsreise im Jahr 1661 genannt wird.²³ Denn Christian Friedrich von Crailsheim, ein weiterer Vetter des Krafft von Crailsheim, hatte nachweislich gute Beziehungen zum Hof Eberhards III. Er hatte 1649 eine Kammerjungfrau aus dem Hofstaat von Sophia Luise, eben jener Prinzessin von Württemberg geheiratet.²⁴ Ehrgeizig, wie er seinem gesamten Lebenslauf nach gewesen sein muß, suchte er offenbar den Wünschen der Gebieterin seiner Ehegattin nachzukommen. Auch dieses darf man als Hinweis nehmen, daß er im Jahr zuvor, 1658, ein Haus in Ansbach kaufte, das zum Besitz eines württembergischen Prinzen gehört hatte.²⁵

Das Gedicht der siebzehnjährigen württembergischen Prinzessin Sophia Dorothea war bisher nicht aufzufinden. Zwar hat sich die Leichenpredigt auf ihren verunglückten Bruder Johann Friedrich erhalten, doch das einzige bisher nachweisbare Exemplar enthält nur die Leichenpredigt selbst, kein Gedicht.²⁶ Doch konnte ich das in Auftrag gegebene Gedicht Sigmunds von Birkens finden.²⁷ Von Birken hat die von ihm für Gelegenheitsgedichte allgemein bevorzugte Form des Hirtengesprächs gewählt, des Dialogs in Versen zwischen zwei Schäfern, Damon und Möris. Sie bringen den Schmerz der Schwester des Prinzen zum Ausdruck und preisen in rhetorischen, der Bibel entlehnten Tönen die junge Dichterin in Stuttgart:

„Aber ach ein Schwester-Schmerz / ob dem Bruder wird vernommen
Zehnde Musa / Andre Saffo! süssers hat kein Ohr gehört /
Schöners hat kein Mund gesungen / höher ward kein Prinz geehrt /
So ein Lied / kond eure Lieb und sein Lob unsterblich machen /
Zwar schon lang pflegt euer Hauß (diß sind ihm gemeine Sachen
Kunst-Göttinnen zu gebähren . . .)“²⁷

Man darf annehmen, daß Christian Friedrich von Crailsheim und der Hof in Stuttgart mit dem Nürnberger Dichter zufrieden waren.

Übrigens ist das nicht der einzige Fall, in dem sich Herren von Crailsheim an Sigmund von Birken mit der Bitte um poetischen Beistand gewandt haben. Schon 1860 gab Hoffmann von Fallersleben in seiner Sammlung ‚Findlinge‘ einen Brief von Birkens vom 6. Februar 1670 an Johann Gabriel Maier wieder, in dem er davon berichtet, daß „Mr. von Crailsheim eine Liebes-Poesy zu färtigen angetragen“ habe:

„Weil aber mein ietzt-reiferes Alter mit dergleichen Arbeit, wie vordessen in der Jugend, sich nicht mehr beschlagen lasset: als habe ich . . . den wehrtisten Palämon hierzu vorgeschlagen, der ihme solches wol gefallen lassen, aber mich anbey ersuchet, demselben zu dergleichen Poesy einige instruction zu geben. Es sind zwey Lieder, das eine einer Dame, das andere eines Cavalliers. Die Materie ist entworfen. Die Arie oder Singweise kommet mit . . .“²⁸

Palämon, der hier einsprang, das ist eben der Gesellschaftsname von Johann Gabriel Maier (1639–1699), eines Gesellschafters im Orden der Pegnitzschäfer und Adressat des Briefes. Solche Vorgänge machen klar, daß von Birken in seinem Alter über Zuarbeiter in seiner Nürnberger Gesellschaft verfügte, die Aufträge für Gelegenheitsgedichte übernahmen. Und er fügte – bei solchen dem Publikum eher zu verbergenden Umständen bezeichnenderweise ins Latein fallend – hinzu:

„Nec impune auseret hic Nobilis: er wird ein paar Gulden dafür zahlen müssen, aufs wenigste.“

Es muß offen bleiben, ob es sich bei dem Herrn, der hier ein Gedicht bestellte, wieder um Christian Friedrich von Crailsheim handelte. Er war nun, 1670, immerhin rund zweiundfünfzig Jahre alt und wird wohl selbst wenig Anlaß gehabt haben, sich als Galan zu versuchen. Doch könnte er wieder nur als Vermittler aufgetreten sein. Die weitere Erfassung des Nachlasses von Birkens, die im Gange ist, wird hierüber mehr Aufschluß geben. Nicht ausgeschlossen, daß auch Krafft von Crailsheim, der Gönner Grimmelshausens, in unmittelbarem Kontakt zu dem Nürnberger Literaturagenten von Birken stand. Beim jetzigen Erkenntnisstand ist gewiß, daß ein oder mehrere nahe Verwandte des Krafft von Crailsheim Beziehungen zu Sigmund von Birken hatten und in der Lage waren, über ihn an Nürnberger Verleger heranzutreten. Nimmt man hinzu, daß Quirin Moscherosch, der „Nachbar“ Grimmelshausens in Bodersweier sich um 1646 schon längere Zeit in Nürnberg aufgehalten und dort seine Ehefrau gefunden hatte, dann ist es gewiß, daß die in der Ortenau an Literatur Interessierten über die Verlagsverhältnisse in Nürnberg Bescheid wußten.

Anmerkungen

- 1 Grimmelshausen: Gesammelte Werke in Einzelausgaben. Unter Mitarbeit von Wolfgang Bender und Franz Günter Sieveke hrsg. v. Rolf Tarot. Tübingen 1967 ff.
- 2 Die Diskussion um den Bildungsstand Grimmelshausens zieht sich durch die Forschungsliteratur. Wichtig sind die Darstellungen Jan Hendrik Scholtes in ‚Der Simplicissimus und sein Dichter‘, Tübingen 1950, S. 129–160, und Günther Weydts: Nachahmung und

- Schöpfung im Barock. Studien um Grimmelshausen. Bern und München 1968 (Versuch über den Bildungsstand). Hier auch die Schulordnung der Gelnhauser Stadtschule.
- 3 Es handelt sich um die mit den Pseudonymen „Sylvander“ und „Pericles“ unterzeichneten Geleitgedichte zu ‚Dietwald und Amelinde‘ (1670) und ‚Proximus und Lympida‘. Die jüngste Diskussion um die Verfasser dieser Gedichte bei Günther Weydt: Nochmals zum Schreibort Grimmelshausens – das dreifache Publikum. In: *Simpliciana X* (1988), S. 331–348.
 - 4 Günther Weydt a.a.O. (Anm. 3), S. 344: „Es bleibt also nichts anderes übrig, als für Grimmelshausen die unmittelbare und andauernde Benutzung einer nächstgelegenen und wohlgesicherten Adelsbibliothek – es kommt vor allem die der Schauenburger in Frage – anzunehmen.“
 - 5 S. Günther Weydt: Neues zu Grimmelshausen. In: *Simpliciana VI/VII* (1985), S. 18.
 - 6 Nach einer Berechnung von Erich Graf, mitgeteilt von G. Weydt in *Simpliciana X* (1988), S. 340.
 - 7 Jan Hendrik Scholte a.a.O. (Anm. 2), S. 163: Grimmelshausens Reise nach Nürnberg; Günther Weydt a.a.O. (Anm. 5), S. 23ff: Reisen nach Nürnberg und Wien.
 - 8 Der ‚Anhang und erste Continuatio, des abenteuerlichen und wunderseltsamen Simplicii Simplicissimi‘ ist in der Ausgabe von Tarot (Anm. 1) noch nicht erschienen. Er ist zugänglich in der Ausgabe von Hans Heinrich Borchardt: Grimmelshausens Werke, vierter Teil, Kleine Schriften, Stuttgart o.J., S. 120 ff.
 - 9 Ich folge der Darstellung der Textgeschichte bei Günther Weydt: Hans Jakob Christoffel von Grimmelshausen, 2. Aufl. Stuttgart 1979, S. 30.
 - 10 Günther Weydt a.a.O. (Anm. 5), S. 20 ff.
 - 11 Grimmelshausen: *Simplicianischer Zweyköpffiger Ratio Status* hrsg. v. Rolf Tarot, Tübingen 1968, S. 5.
 - 12 Die familiengeschichtliche Literatur zu den Herren von Crailsheim: Julius Meyer: Beiträge zur Geschichte des reichsfreiherrlich von Crailsheim'schen Hauses. Ansbach 1889; ders.: Matrikel der Freiherrlich von Crailsheim'schen Gesamt-Familie nach dem Stande am 1. August 1888, 2. Aufl. Ansbach 1888; Sigmund Freiherr von Crailsheim: Die Reichsfreiherrn von Crailsheim, München 1905; Friedrich von Gaisberg-Schöckingen (Hg.): Das Königshaus und der Adel von Württemberg Bd. I, Stuttgart 1908, S. 376–378. Die Literatur zur Familie von Hüffel ist spärlich: J. Kindler von Knobloch: Oberbadi-sches Geschlechterbuch II, Heidelberg 1905, S. 145–149; Alfred Leitz: Geschichte der Gemeinden Freistett und Neufreistett bis zum Übergang an das Großherzogtum Baden. Kehl 1890, S. 119–120, 123; Walter E. Schäfer: Quirin Moscherosch als Poet am Hof in Rheinbischofsheim. In: *Die Ortenau 75* (1985), S. 134–146.
 - 13 Die Literatur zu ‚Ratio Status‘ bei G. Weydt (Anm. 9), S. 117.
 - 14 Manfred Koschlig kam durch stilistische Indizien zu dem Schluß, das Werk sei „um 1638“ von Claus von Schauenburg niedergeschrieben worden, die „Vorrede“ und der Text des Titelblattes stammten von Grimmelshausen selbst. Auch verweist er auf einzelne Textstellen der Schrift, die Grimmelshausen überarbeitet habe. M. Koschlig: *Das Ingenium Grimmelshausens und das „Kollektiv“*. Studien zur Entstehungs- und zur Wirkungsgeschichte des Werkes. München 1977, S. 135–139. Weitere Untersuchungen zu dieser Schrift bei: Jan Hendrik Scholte a.a.O. (Anm. 2), S. 113–114; Gustav Könnecke: *Quellen und Forschungen zur Lebensgeschichte Grimmelshausens*. Bd. I, Leipzig 1926, S. 245, Bd. II, Leipzig 1928, Beilage Nr. 15; Dieter Breuer: Grimmelshausens politische Argumentation. Sein Verhältnis zur absolutistischen Staatsauffassung. In: *Daphnis 5* (1976), S. 303–332; Günther Weydt a.a.O. (Anm. 9), S. 35–36; Peter Heßelmann: Grimmelshausens Stoltzer Melcher und Wassenbergs Frantzösische Gold-Grube. In: *Simplicia 9* (1987), S. 79–100; W. E. Schäfer: Grimmelshausen und der oberrheinische Landadel in den Jahren vor Beginn der Eroberungskriege Ludwigs XIV. In: *Die Ortenau 69* (1989) S. 130–145.
 - 15 S. Carl Vogt: Johann Balthasar Schupp. Neue Beiträge zu seiner Würdigung. In: *Euphorion 16* (1909), hier S. 294. Diese Gegenbewegung innerhalb der Politikwissenschaft

- wird von Horst Dreitzel: *Protestantischer Aristotelismus und absoluter Staat. Die ‚Politica‘ des Henning Arnisaeus (ca. 1575–1636)*, Wiesbaden 1970 (= Veröffentlichungen des Instituts für Europäische Geschichte, Mainz, Bd. 55, S. 162–169) und Gotthard Frühsorge: *Der politische Körper. Zum Begriff des Politischen im 17. Jahrhundert und in den Romanen Christian Weises*. Stuttgart 1974, S. 60–63.
- 16 Vgl. G. Bossert: *Wolfhart S. Spangenberg*, ADB 35 (1893), S. 47; Fritz Behrend: *Die Spangenberg*. In: *Zeitschrift für Kirchengeschichte* N. F. 56 (1937) S. 114–123.
 - 17 Friedrich Böninger hat in ‚Die Ortenau‘ 69 (1989), S. 167 den Taufeintrag veröffentlicht. Ich bin ihm für zusätzliche Hinweise auf den Güterstand der Familie von Hüffel verpflichtet. Bei J. Kindler von Knobloch: *Oberbadisches Geschlechterbuch Bd. 2*, Heidelberg 1905, S. 149 findet sich dieser Johann Christoph von Hüffel jedoch nicht.
 - 18 Manfred Koschlig a.a.O. (Anm. 14) S. 136–137.
 - 19 Sigmund von Birken: *Prosapia / Biographia* hrsg. v. Dietrich Jöns und Hartmut Laufhütte (S. v. Birken: *Werke und Korrespondenz* Bd. 14), Tübingen 1988, S. 52 „Die 20. Creilsheim 1 Decatum“, S. 53: „Die 21. Oktober Crailsheim 2. Ducatos.“ S. 54: „Die 6. Decembris Crailsheim 2. Ducatos.“
 - 20 PBLO Nürnberg C. 43, 1. In seiner Studie: *Sigmund von Birken. Zum Phänomen einer literarischen Existenz zwischen Hof und Stadt*. In: Horst Brunner (Hg.): *Literatur in der Stadt. Bedingungen und Beispiele städtischer Literatur des 15. bis 17. Jahrhunderts*. Göttingen 1982 (Göttinger Arbeiten zur Germanistik Nr. 343), S. 179 hat Dietrich Jöns zuerst auf diesen Brief hingewiesen.
 - 21 Es ist Johann Friedrich von Württemberg (1637–1659), der am 2. August 1659 in London starb. Vgl. *Zedler* Bd. 59. Sp. 1054; Michel Huberty u.a.: *L’Allemagne Dynastique* Bd. II, o.O. 1979, S. 413.
 - 22 Diese Prinzessin ist Sophia Luise, geboren 1642, zu dieser Zeit also siebzehn Jahre alt, die spätere Gemahlin des Markgrafen Christian Ernst von Bayreuth, den sie 1671 ehelichte. Vgl. Joachim Kröll (Hg.): *Die Tagebücher des Sigmund von Birken* Bd. II, Würzburg 1971 (Veröffentlichungen der Gesellschaft für Fränkische Geschichte VIII. Reihe Bd. 5), S. 31, 47, 77, 119, 171.
 - 23 Sigmund von Birken: *Prosapia / Biographia* a.a.O. (Anm. 19), S. 108.
 - 24 Die Familienchronik des Sigmund von Crailsheim (Anm. 12) verzeichnet für das Jahr 1649 die Heirat Christian Friedrichs von Crailsheim mit Lucia von Bernfels, Kammerjungfrau der Markgräfin Henriette Luise, geborene Herzogin von Württemberg. Da ich keine württembergische Prinzessin des Namens Henriette Luise zu dieser Zeit ausfindig machen kann, gehe ich davon aus, daß es sich um Sophia Luise handelt, die durch die Heirat 1671 zur Markgräfin von Bayreuth wurde.
 - 25 Ebd. (Anm. 12), S. 242.
 - 26 Nach freundlicher Auskunft der Forschungsstelle für Personalschriften in Marburg bewahrt die Universitätsbibliothek Gießen zwar ein Exemplar der Leichenpredigt für Johann Friedrich, doch ohne Gedichte.
 - 27 LB Stuttgart, Leichenpred. fol. 474.: ‚Hirten-Gespräche / Betitelt Amyntas. Über deß Durchleuchtigen / Hochgebohrnen Fürsten und Herrn / Herrn Johann-Friedrichs / Herzogen zu Württemberg. . . Höchst-schmerzbaeren Todes-Hintritt.‘ Ulm 1659. Den Ausführungen von Dietrich Jöns (a.a.O. Anm. 20) nach handelt es sich um das gleiche Gedicht, das als Manuskript im Archiv des Pegnitzordens liegt. Dietrich Jöns bezweifelt aber, daß es sich um das von Herrn Crailsheim bestellte Gedicht handelt, weil es in einigen Punkten von den Anweisungen abweicht, die dieser in seinem Brief gab und weil dieser wohl ein Gedicht bestellte, das er in seinem, von Crailsheim Namen, veröffentlichen wollte. Mir erscheinen diese Zweifel vorerst nicht angebracht, da die Anweisungen flexibel gefaßt sind: „gleichwie nuhn dieses weiters nichts, als ein entwurff meines Verlangens hingegen mirh seine Dexteritet genugsam bekandt, hoffe ich doch, hiedurch mein begehren zu ersehen, und durch seine Vermögenheit zu verbessern. . .“ Auch spricht sich von Crailsheim nirgends dahingehend aus, daß er das gewünscht Gedicht unter seinem Namen drucken lassen wolle. Vgl. G. Dünnhaupt: *Bibliographisches Handbuch der Barock-Literatur*, Bd. I, S. 340.
 - 28 August Heinrich von Hoffmann von Fallersleben: *Findlingen* Bd. I, Leipzig 1860, S. 146.

Das Mädchen von Oberkirch

Ein früher dramatischer Versuch Goethes zur Französischen Revolution

Ruth I. Cape, University of California, Los Angeles

„Das Mädchen von Oberkirch“ ist ein wenig bekanntes dramatisches Prosafragment Goethes zur Französischen Revolution, das wahrscheinlich in den Jahren 1795/96 entstand, aber erst 1895 in der Weimarer Ausgabe bekanntgemacht wurde.¹ Daß dieses Bruchstück noch in neuester Zeit als „wenig aufschlußreich“² abgetan wurde, ist verwunderlich, da bereits im Jahre 1895 Gustav Roethe, der erste Herausgeber des Fragments, seine Bedeutung beachtlich gut zum Ausdruck zu bringen verstand.

Wie im folgenden zu zeigen sein wird, nimmt „Das Mädchen von Oberkirch“ eine besondere Stellung unter Goethes Werken zur Französischen Revolution ein, da Goethe darin den Stoff der Französischen Revolution erstmals in der Form eines Trauerspiels zu verarbeiten suchte. Als Bindeglied zwischen Goethes frühen, meist lustspielhaften und seinen späteren, ernsthaften dichterischen Auseinandersetzungen mit den französischen Ereignissen trägt es entscheidend zum Verständnis der Entwicklung von Goethes dichterischem Schaffen nach Ausbruch der Französischen Revolution bei. Bevor auf den Inhalt des Dramenfragments und seine Stellung innerhalb Goethes Werken zur Französischen Revolution eingegangen wird, seien kurz das historische Umfeld und Goethes Haltung zu dem revolutionären Geschehen in Frankreich während der neunziger Jahre betrachtet.

Goethes Haltung zur Französischen Revolution

Arbeiten über Goethes Verhältnis zu den revolutionären Vorgängen in Frankreich sind in der Forschung zahlreich. Dabei herrscht die Ansicht vor, Goethe habe, zumindest nach der Hinrichtung des französischen Königs (1793), wie die meisten deutschen Schriftsteller eine deutlich ablehnende Grundhaltung eingenommen.³ Wie ein historischer Rückblick auf die Sekundärliteratur seit Friedrich Gundolf (Goethe, 1920) zeigt, wurde Goethes Auseinandersetzung mit der Französischen Revolution oft als Ablehnung oder Unverständnis interpretiert.⁴

Goethe war von den Vorgängen in Frankreich tief betroffen. In einem Brief vom 3. März 1790 schreibt er an Friedrich Heinrich Jacobi: „Daß die Französische Revolution auch für mich eine Revolution war, kannst du denken.“⁵ Goethe rang um ein Verständnis der Vorgänge in Frankreich. Wie er

selbst äußerte, bemühte er sich grenzenlos, „dieses schrecklichste alle Ereignisse in seinen Ursachen und Folgen dichterisch zu bewältigen.“⁶

Goethe verstand sich nicht als politischer Schriftsteller, sondern als Dichter. Von diesem aber verlangte er, unpolitisch zu sein, denn: „Sowie ein Dichter politisch wirken will, muß er sich einer Partei hingeben, und sowie er das tut, ist er als Poet verloren.“⁷ Goethe sah einen wesentlichen Unterschied zwischen dem Dichter und Historiker. Zu Eckermann meinte er einmal: „Und wozu wären denn die Poeten, wenn sie bloß die Geschichte eines Historikers wiederholen wollten! Der Dichter muß weiter gehen und uns womöglich etwas Höheres und Besseres geben.“⁸ Aus diesen Bemerkungen läßt sich folgern, daß Goethes dichterisches Werk einigen Aufschluß über seine politische Haltung in sich birgt, wir diese aber zwischen den Zeilen zu suchen haben.

Goethes poetische Schaffenskraft war durch den Ausbruch der Französischen Revolution schwer erschüttert. Aus „Italien, dem formreichen“ war er kurz zuvor in das „gestaltlose Deutschland“ zurückgekehrt, „heiteren Himmel mit einem düsteren zu vertauschen.“⁹ Er fühlte sich von seinen Freunden entfremdet und unverstanden. Daher zog er sich auf das Studium der Naturwissenschaften zurück und war verwundert, daß überhaupt noch „ein Wölkchen Poesie“ über seinem Scheitel schweben blieb.¹⁰ Zeitungen empfand Goethe in jener Zeit als seine „gefährlichsten Feinde.“¹¹ Doch verteidigt er seine Erschrockenheit über die Ereignisse in Frankreich und seine Befürchtungen im Hinblick auf Deutschland:

Einem tätigen, produktiven Geiste, einem wahrhaft vaterländisch gesinnten, und einheimische Literatur befördernden Manne wird man es zugute halten, wenn ihn der Umsturz alles Vorhandenen schreckt, ohne daß die mindeste Ahnung zu ihm spräche, was denn Besseres, ja nur anderes daraus erfolgen solle. Man wird ihm beistimmen, wenn es ihn verdrießt, daß dergleichen Influenzen sich nach Deutschland erstrecken, und verrückte, ja unwürdige Personen das Heft ergreifen.¹²

Wiewohl Goethe weitreichende Veränderungen im gesellschaftlichen und politischen Bereich in Frankreich für nötig hielt, fürchtete er sich vor einem Übergreifen der Revolution auf das deutsche Nachbarland. Dies ist auch aus einer Äußerung in den „Tag- und Jahresheften“ für 1795 ersichtlich:

Ich aber, die greulichen unaufhaltsamen Folgen solcher gewalttätig aufgelösten Zustände mit Augen schauend und zugleich ein ähnliches Geheimtreiben im Vaterlande durch und durchblickend, hielt ein für allemal am Bestehenden fest; an dessen Verbesserung, Belebung und Richtung zum Sinnigen, Verständigen, ich mein Leben lang bewußt und unbewußt gewirkt hatte,...¹³

Goethes politische Haltung sollte als grundsätzlich konservativ, doch auch als reformorientiert bezeichnet werden. In einem Gespräch mit Eckermann vom 4. Januar 1824 gibt Goethe zu, daß er „die Revolutionen haßte“. Zur gleichen Zeit wendet er sich aber dagegen, als „Freund des Bestehenden“ bezeichnet zu werden, da dies „oft nicht viel weniger als ein Freund des Veralteten und Schlechten“ bedeute. In dem gleichen Gespräch läßt sich Goethe darüber aus, welchen Stellenwert Revolutionen im allgemeinen bei ihm einnehmen. An einer großen Revolution trage nie das Volk Schuld, sondern die Regierung. Revolutionen seien „ganz unmöglich“, wenn Regierungen „gerecht“ und „wach“ wären und durch „zeitgemäße Verbesserungen“ einer Revolution entgegenwirkten.¹⁴ Damit gehört Goethe, obgleich kein Anhänger von revolutionärem Radikalismus, dennoch zu denjenigen deutschen Beobachtern, die die Notwendigkeit einer tiefgreifenden sozialen und politischen Reform in Frankreich erkannten.

Goethes frühe Revolutionsstücke

„Das Mädchen von Oberkirch“ zählt zu den frühen Revolutionsstücken Goethes, denen außerdem „Der Groß-Cophta“ (1791), „Die Aufgeregten“ (1791 / 92) und „Der Bürgergeneral“ (1793) angehören. Man hat diese kleineren Dramen zum Thema Französische Revolution in der Goethe-Forschung bis heute fast ohne Ausnahme abschätzig bewertet.¹⁵ Goethe sah in ihnen „Nachbildungen des Zeitsinns,“ die für ihn „eine Art von gemütlich tröstendem Geschäft“ und „Bekennnisse“ waren.¹⁶

„Das Mädchen von Oberkirch“ nimmt unter den frühen Revolutionsdramen eine Sonderstellung ein, weil Goethe damit den Stoff der Französischen Revolution erstmals in der Form eines Trauerspiels zu gestalten versuchte. In den anderen Stücken herrschten lustspielhafte Züge vor. Im „Groß-Cophta“ stellt Goethe ein vorrevolutionäres, aber auf die Französische Revolution vorausweisendes Ereignis, die berühmte Halsbandaffäre, in der Form eines Lustspiels dar und schildert darin sarkastisch die vorrevolutionäre Gesellschaft des Frankreich im 18. Jahrhundert. In den „Aufgeregten“ und im „Bürgergeneral“ begab sich Goethe auf den Boden der Revolution selbst. Die Stücke erhalten ihre Komik vorwiegend daraus, daß in ihnen die Ideen der Französischen Revolution weitgehend unverstanden bleiben und daher zu lächerlichem Verhalten führen. So mögen wir Goethes Dramenversuch „Das Mädchen von Oberkirch“ zu Recht als Ausdruck dafür sehen, daß er dem Thema der Revolution durch Komödien nicht mehr gerecht werden zu können glaubte.¹⁷ Ferner dürfen wir es als bedeutendes Bindeglied zwischen Goethes frühen Revolutionsdramen und seinen späteren, ernsthaften dichterischen Auseinandersetzungen mit der Französischen Revolution betrachten. In diesem Zusammenhang sei nur auf sein thematisch verwandtes Trauerspiel „Die natürliche Tochter“ (1803) verwiesen, zu

dem er sich in seinen „Tag- und Jahreshften“ für 1799 folgendermaßen äußerte:

In dem Plane bereitete ich mir ein Gefäß, worin ich alles, was ich so manches Jahr über die Französische Revolution und deren Folgen geschrieben und gedacht, mit geziemendem Ernste niederzulegen hoffte.¹⁸

Goethes dichterische Auseinandersetzung mit der Französischen Revolution mußte fast zwangsläufig ernsten Charakter annehmen, da die Ereignisse ihn zutiefst bewegten. Damit aber käme dem „Mädchen von Oberkirch“ als erstem Versuch, die französischen Ereignisse in der Form einer Tragödie zu verarbeiten, eine besondere Bedeutung zu.

Das Mädchen von Oberkirch: Der ausgearbeitete Teil

Goethes „Das Mädchen von Oberkirch“ ist eines der wenigen Werke, bei denen er sich auf den Boden der Revolution selbst traute. Erhalten ist uns nur der Anfang des ersten Aufzugs, der im zweiten Auftritt mitten im Satz abbricht, und ein Szenenschema.¹⁹

Die Handlung spielt zur Zeit der Umwandlung des Straßburger Münsters in einen Tempel der Vernunft (1793). Im Mittelpunkt steht eine Adelsfamilie, deren Haupt die Gräfin ist. Während ihre Söhne und Töchter nach Deutschland emigrierten, blieb sie in Straßburg zurück. Bei ihr ist ihr Nefte, der Baron. Er hatte anfangs Erwartungen in die Revolution gesetzt, „in jener Zeit, da wir alle hofften.“²⁰ Jetzt aber erscheint ihm die wachsende Herrschaft des Pöbels gefährlich:

Die Masse des Volks, nicht des Volks, des Pöbels, gewinnt das Übergewicht. Jeder geht verloren, der sich ihm nicht gleichstellt. Von Paris haben wir die schrecklichsten, die sonderbarsten Nachrichten.²¹

Auch der der Familie nahestehende Geistliche, Manner, äußert wenig später seine Bedenken gegenüber dem Verhalten des Pöbels: „Glauben Sie, daß der ungeheure Tyrann, der Pöbel, oder vielmehr dieser und jener Tyrann, der das Ungeheuer führt und leitet, irgendeine Rücksicht nehmen werde?“²² Es fällt auf, daß hier von zwei Tyrannen die Rede ist, dem eigentlichen Tyrannen und der Masse, die metaphorisch als Gesamtheit in das Bild des Tyrannen gefaßt ist. Goethe unterscheidet klar zwischen dem Volk und der Masse. Das Volk sieht er durch die Masse bedroht, da die Masse wie ein Tyrann walten kann, unaufhaltsam und willkürlich. Dieser Differenzierung entsprechen die folgenden Zeilen aus Goethes „Venezianischem Epigramm“, Nr. 53:

Frankreich's traurig Geschick, die Großen mögens bedenken;
Aber bedenken fürwahr sollen es Kleine noch mehr.
Große gingen zugrunde: doch wer beschützte die Menge
Gegen die Menge? Da war die Menge der Menge Tyrann.²³

Die politischen Ereignisse der Französischen Revolution stellt Goethe dagegen in der Metapher des Ungeheuers dar, die ebenfalls Unberechenbarkeit und Gefahr ausdrückt. Wie aus seinen Briefen und Werken ersichtlich ist, zeigte Goethe außerdem eine Vorliebe, die Französische Revolution im Bild einer hereinbrechenden Naturgewalt wie Gewitter, Sturm oder Erdbeben zusammenzuziehen.²⁴ All diese bildlichen Darstellungsweisen spiegeln ein Gefühl menschlicher Ohnmacht und damit Goethes tiefe Betroffenheit durch die französischen Ereignisse wider. Ferner scheint dem Gebrauch von Naturbildern ein zyklisches Geschichtsbild zugrundezuliegen.

Im Mittelpunkt des Gesprächs zwischen der Gräfin, dem Baron und Manner steht die Titelheldin Marie, um deren Hand der Baron bei der Gräfin anhält. Marie ist die „Aufwärterin“ der Gräfin.²⁵ Durch die Revolution scheint dem Baron die Ungleichheit der Stände aufgehoben, und er lebt in der Vorstellung, daß eine Ehe mit Marie jetzt eine Verbindung zum Volk schaffen und er so den Seinen Vorteil und Schutz bringen könnte:

Wird sie nicht von allen geachtet, die ihres Standes sind, und darf ich nicht hoffen, indem ich ihr meine Hand biete, mich mit dem Volke, das jetzt die Gewalt in Händen hat, zu verschwägern und für mich und die Meinigen den schönsten Vorteil aus dieser Verbindung zu ziehen?²⁶

Mit vereinten Kräften versuchen die Gräfin und Manner, ihm diese Selbsttäuschung zu nehmen, und tatsächlich gelingt es ihnen, den Baron, der sich noch nicht einmal der Neigung Maries versichert hat, in seinen Plänen wankend zu machen.

Der Baron preist die Einzigartigkeit Maries. Zur Gräfin meint er, sie ist „das Schönste, was Ihnen die Natur überlieferte, das Beste, was Ihrer Erziehung geraten ist.“²⁷ Weiter schwärmt er:

Unter allen weiblichen Geschöpfen, welche die Natur unsrer Familie geschenkt, welche die Gesellschaft zu uns gebracht, war Marie immer und immer die Schönste und die Beste.²⁸

Als Begründung hören wir:

Weil sie alle Tugenden besitzt, die uns andern ... eine Revolution wünschen ließen. Sie war schön ohne Anmaßung, liebenswürdig ohne Sucht zu gefallen, Dienerin ohne Niedrigkeit, Gesellschafterin ohne vorlaut zu sein.²⁹

Marie wird uns als vollkommene Frau dargestellt. Mit ihren Tugenden werden uns aber zugleich die Gefahren genannt, die die jeweiligen Tugenden in sich bergen können. Obgleich Marie in jeder Hinsicht das richtige Maß besitzt, halten die Gräfin und der Geistliche, Manner, der Marie selbst zu lieben scheint,³⁰ die Pläne des Barons angesichts der historischen Lage für bedenklich, da sie „gegen den Sinn des Ganzen“ seien.³¹

Manner warnt den Baron:

Sie wollen erhalten, und die Massen wollen zerstören. Setzen Sie nicht zu schwache Mittel der entgegenströmenden Gewalt entgegen! Verwickeln sie nicht eine unschuldige Person mit in das Schicksal, das Ihnen bevorsteht!³²

Bevor es zu einer Einwilligung der Gräfin kommen kann, bricht das Drama ab. Außer dem geringen ausgearbeiteten Teil können wir im Hinblick auf die geplante Fortsetzung nur noch Vermutungen auf Grund von Goethes, an wichtigen Stellen recht undeutlich geschriebenem Schema anstellen.

„Das Mädchen von Oberkirch“: Das Szenenschema

Das Schema lautet:³³

1.		
Baroness	M	Baron
—	Baron	
—	—	Manner
—	—	Sansk.
2.		
Baroness.	Marie.	
—	—	Manner

Municipalität		

3.		
Baroness	Baron	
—	Marie.	
Marie		
—	Manner.	
Marie.		

4.

Marie. mit dem Blat.
Die Municipalität.

Das Münster.
Menge.
Zug.

Anb. Anrede als Vernunft (?)

Anbetung.
Angeboten (?) Gemahl.
Umwendung.

Gefangennehmung

5.

Maire Bar. Männer
 Berathschl sie zu retten
Sanc. dazu.

Gustav Roethe hat in seinem Artikel „Das Mädchen von Oberkirch“ (1895) den Versuch unternommen, diesen geringen Resten soviel abzugewinnen, wie ihm methodisch möglich erschien, doch soll dieser nicht im einzelnen wiedergegeben werden, da es ein recht gewagtes Unternehmen ist, aus den wenigen zuverlässigen Anhaltspunkten, die uns zur Verfügung stehen, das ganze Drama exakt rekonstruieren zu wollen.³⁴ Stattdessen sei an dieser Stelle ein etwas allgemeinerer Rekonstruktionsversuch auf der Grundlage der Goethe-Jubiläumsausgabe angestellt.³⁵

Wir befinden uns in Straßburg im November 1793. Das Straßburger Revolutionskomitee hatte beschlossen, nach dem Vorbild der Pariser Feier zu Ehren der Vernunft ein ähnliches Fest zu gestalten. Wenige Tage darauf wurde das Straßburger Münster in einen Tempel der Vernunft umgewandelt. Mit diesen Ereignissen wird das Schicksal einer adligen Familie in Verbindung gebracht. Im Mittelpunkt steht Marie, ein der adligen Familie innerlich nahestehendes bürgerliches Mädchen, das gut und schön ist und von zwei Männern geliebt wird. Von den Gewalthabern der Stadt wird sie auserwählt, bei der Einführung des Vernunftkultes im Münster die Göttin der Vernunft zu spielen. Vielleicht weil sie glaubt, die von den Jakobinern bedrohte adli-

ge Familie so retten zu können, erklärt sie sich zu dieser ihr widerwärtigen Rolle bereit. Bei der Feier empört sie sich wohl gegen die von ihr verlangte Gotteslästerung, wodurch sie sich ins Verderben stürzt. Ob sie und auch die adlige Familie sich retten können, bleibt offen.

„Das Mädchen von Oberkirch“: Entstehung und Quellen

Unmittelbare Äußerungen Goethes zu seinem Revolutionsstück liegen uns nicht vor.³⁶ Vergeblich sucht man danach in seinen Briefen und Tagebüchern. Nur zwei Einträge in den Tagebüchern, einer vom 24. Februar 1806 und der andere vom 6. Januar 1808, lassen sich auf „Das Mädchen von Oberkirch“ beziehen. In beiden Fällen ist von einem „Revolutionsstück“ die Rede.³⁷ Die Notizen geben aber keinerlei Aufschluß über die Entstehung des Fragments. Roethe kommt zu dem Schluß, daß Goethe den Stoff nicht aus einer namhaften gedruckten Quelle, sondern höchstens aus Zeitungsangaben, Almanachanedoten oder mündlichen Berichten geschöpft haben kann.³⁸ Die Jubiläumsausgabe erwähnt einen interessanten Eintrag im Revolutionsalmanach vom Jahre 1795, den Goethe gekannt haben mag: Einem Zeitungsgerücht nach sei ein schönes Bauernmädchen, das so viel deutsche Vernunft besaß, sich zu weigern, die französische zu spielen, auf Befehl der Nationalkommissarien St. Just und Le Bar guillotiniert worden. Vermutlich habe man hierauf davon abgesehen, die Göttin der Vernunft in biblischer Gestalt auftreten zu lassen.³⁹ In jener Zeit mag Goethe außerdem durch eine Weimarer Hofdame, Adelaide von Walden, von deren Cousine, einer Frau von Oberkirch, und ihrer Tochter Marie gehört haben, die im Elsaß lebten und in den Revolutionstagen der Jahre 1789/90 viel Leid erfuhren. Ferner soll im Oktober des Jahres 1793 eine Familie Oberkirch aus Straßburg verbannt worden sein.⁴⁰ Diese Angaben führten Annemarie Noelle dazu, das Schicksal des verurteilten Bauernmädchens und die Erlebnisse der Aristokratenfamilie im revolutionären Frankreich als die beiden von Goethe verknüpften Handlungsfäden des Dramas zu bezeichnen.⁴¹

Es bleibt offen, ob das Stück seinen Namen von dem gleichnamigen elsässischen Hof, dem badischen Ort Oberkirch oder von der Baronin von Oberkirch empfangen hat. Aus dieser nicht eindeutig beantwortbaren Frage ergibt sich für uns die Ambivalenz des von Goethe geplanten Titels „Das Mädchen von Oberkirch.“ Der unvoreingenommene Leser hätte wohl ein Drama erwartet, in dessen Mittelpunkt ein Mädchen aus der badischen Stadt Oberkirch steht.⁴² Angenommen, es wäre nicht der badische Ort gemeint, so hätte Goethe in seinem Stück einer offensichtlich bürgerlichen Figur - Marie ist „Aufwärterin“ - einen adligen Titel „von Oberkirch“ gegeben, den wir allenfalls als Ausdruck von Mariens innerem Adel deuten könnten. Aufgrund mangelnder Quellenlage muß dieser Problemkreis aber weiterhin im Raum stehen bleiben.

„Das Mädchen von Oberkirch“:

Seine Bedeutung innerhalb Goethes Werken zur Französischen Revolution

Wie auch in seinen anderen frühen, teilweise fragmentarischen Dramen, die auf dem Boden der Revolution spielen, scheint Goethe im „Mädchen von Oberkirch“ noch um die richtige dichterische Gestaltung des Phänomens Revolution zu ringen. Aufschlußreich für dieses Bemühen ist die folgende Bemerkung in einem Brief Goethes an Schiller vom 9. Dezember 1797:

Ich kenne mich zwar nicht selbst genug, um zu wissen, ob ich eine wahre Tragödie schreiben könnte, ich erschrecke aber bloß vor dem Unternehmen und bin beinahe überzeugt, daß ich mich durch den bloßen Versuch zerstören könnte.⁴³

Wie das Schema von „Das Mädchen von Oberkirch“ andeutet, hätte das Trauerspiel, wäre es von Goethe ausgeführt worden, in hohem Maße tragisch sein müssen. Goethe mag es nicht verwirklicht haben, da er um sein seelisches Gleichgewicht fürchtete. Noch Jahrzehnte später gesteht er in einem Brief an Karl Friedrich Zelter vom 31. Oktober 1831: „Ich bin nicht zum tragischen Dichter geboren, da meine Natur konzilient ist.“⁴⁴ Schließlich soll eine weitere Äußerung Goethes gegenüber Schiller in einem Brief vom 6. Januar 1798 zu erklären helfen, warum Goethes frühe Auseinandersetzungen mit der Französischen Revolution meist Fragmente blieben: „... und es ist mir aus manchen Fällen und Umständen recht wohl bekannt: daß Eindrücke bei mir sehr lange im stillen wirken müssen, bis sie zum poetischen Gebrauche sich willig finden lassen.“⁴⁵ Bei dem „Mädchen von Oberkirch“ dürfen wir annehmen, daß es Goethe zur dichterischen Ausarbeitung nicht geeignet erschien. Vielleicht hilft ein Blick auf seine ernsteren Revolutionsdichtungen, sich den genaueren Gründen dafür zu nähern. Herangezogen seien dabei der Erzählzyklus „Die Unterhaltungen deutscher Ausgewanderten“ (1794/95), Goethes Epos „Hermann und Dorothea“ und sein Drama „Die natürliche Tochter“ (1803).

„Das Mädchen von Oberkirch“ ist nicht nur als erster Versuch Goethes, die Ereignisse der Französischen Revolution in Form einer Tragödie zu gestalten, von Bedeutung, sondern liefert uns auch in der Figurengestaltung wichtige Parallelen zu anderen Werken Goethes.⁴⁶ Einige davon seien im folgenden angedeutet. Außer dem „Mädchen von Oberkirch“ ist sein Zyklus „Unterhaltungen deutscher Ausgewanderten“ (1794/95) als Zeichen dafür zu verstehen, daß Goethe glaubte, dem Thema der Revolution durch Komödien nicht mehr gerecht werden zu können. Die Rahmenhandlung der „Unterhaltungen“ spielt um 1793, als „eine edle Familie“⁴⁷ aus dem linksrheinischen Gebiet, das von der Revolutionsarmee besetzt wurde, flüchtet. Wie im „Mädchen von Oberkirch“ gibt es die Gestalt Karls, des Neffen der

Gräfin. Er verteidigt die Revolutionäre heftig, indem er Verständnis für ihr Aufbegehren zeigt:

Freilich haben sie nicht die wenigen wohnbaren Zimmer des alten Gebäudes besessen und sich darinne gepflegt; vielmehr haben sie die Unbequemlichkeit der vernachlässigten Teile eures Staatspalastes mehr empfunden, weil sie selbst ihre Tage kümmerlich und gedrückt darin zubringen mußten.⁴⁸

In den „Unterhaltungen“ ist die Gestalt Karls klar als begeisterter Revolutionsanhänger gezeichnet, während im „Mädchen von Oberkirch“ der Enthusiasmus des Barons sehr leicht ins Wanken zu bringen ist.

Auch Ähnlichkeiten zwischen der Figur der Baroness in den „Unterhaltungen“ und der Gräfin im „Mädchen von Oberkirch“ lassen sich in den beiden Dichtungen finden. Sie bestehen in der Bereitschaft, Verständnis für die revolutionären Vorgänge aufzubringen, und dem Bemühen, ausgleichend zu wirken. In den „Aufgeregten“, einem Dramenfragment, das Goethe als ein „politisches Drama“⁴⁹ und sein „politisches Glaubensbekenntnis jener Zeit“⁵⁰ ansah, finden wir ebenfalls eine Gräfin. Goethe macht aus ihr eine demokratische Aristokratin, die Augenzeugin der Pariser Ereignisse war. Ihr Verhältnis zu den Vorgängen in Frankreich ist ambivalent: „Ich habe wunderbare Begebenheiten gesehen, aber wenig Erfreuliches.“⁵¹ Die Gräfin hat aus ihren Beobachtungen gelernt, wie aus ihrer Unterhaltung mit dem Hofrat (III,1) deutlich wird:

So habe ich mir fest vorgenommen, jede einzelne Handlung, die mir unbillig scheint, selbst streng zu vermeiden und unter den Meinigen, in Gesellschaft, bei Hof, in der Stadt über solche Handlungen meine Meinung laut zu sagen. Zu keiner Ungerechtigkeit will ich mehr schweigen, keine Kleinheit unter einem großen Scheine ertragen, und wenn ich auch unter dem verhaßten Namen einer Demokratin verschrien werden sollte.⁵²

Wie aus dem Gespräch mit Eckermann vom 4. Januar 1824 hervorgeht, beabsichtigte Goethe sehr wohl, die von der Gräfin dargelegte Gesinnung als „respektabel“ darzustellen, denn, so meint er: „Sie war damals die meine und ist es noch jetzt.“⁵³

Schauen wir auf die Figur Maries. Obgleich sie selbst in dem ausgearbeiteten Teil des Dramas nicht auftritt, erfahren wir einiges über ihre menschlichen Qualitäten. Marie tritt Goethes Dorothea in seinem Epos „Hermann und Dorothea“ an die Seite. Dorothea, eine Emigrantin aus dem linksrheinischen Gebiet, wird uns als vollkommene, tugendhafte Frau vorgestellt, der durch ihre Ehe mit Hermann ein neuer Anfang ermöglicht wird.⁵⁴ Wie später Eugenie am Anfang der „Natürlichen Tochter“, besitzt Marie alle

Tugenden im rechten Maß. Allerdings ist Marie im „Mädchen von Oberkirch“ ein bürgerliches Mädchen, während Eugenie eine Aristokratin ist, die Tochter eines Herzogs und einer Dame aus der hohen französischen Aristokratie, die nach dem Tod der Mutter vom Vater und dem König ihren legitimen Status erhalten soll. Die Ungeduld Eugénies, ihren fürstlichen Rang offen zu dokumentieren, stürzt sie ins Unglück, und nur durch ihre Entsagung am Ende bleibt ihr die Hoffnung zu überleben. Goethes Drama „Die natürliche Tochter“ ist losgelöst von Raum und Zeit. In der Gestalt Eugénies bringt Goethe zum Ausdruck, daß er einen Ausgleich der gesellschaftlichen Spannungen nur durch wechselseitiges Entgegenkommen von Bürgertum und Adel für möglich hält, ohne daß Standesgrenzen abgeschafft werden.

Goethe vertiefte in der Gestalt Eugénies Eigenschaften, die sich bereits bei Marie finden lassen. Dazu war aber ein im Vergleich zu seinen früheren Revolutionsstücken höherer dichterischer Abstraktionsgrad, wie z.B. die Herauslösung des Geschehens aus Raum und Zeit, erforderlich, weil Goethe nur so seiner Haltung zu den Ereignissen in Frankreich in objektiver Form Ausdruck verleihen konnte. Goethe arbeitete an seinem „Mädchen von Oberkirch“ zu einer Zeit, als in Frankreich die Revolutionswirren anhielten. Damit war ihm aber eine objektive Beurteilung der Französischen Revolution erschwert. Erst aus einer gewissen zeitlichen Distanz heraus war Goethe fähig, die Geschehnisse in Frankreich, „dieses schrecklichste aller Ereignisse in seinen Ursachen und Folgen dichterisch zu bewältigen.“ Wir gehen wohl nicht zu weit, wenn wir das Fragment „Das Mädchen von Oberkirch“ als mithin wichtigsten frühen dramatischen Versuch Goethes, dieses Anliegen „mit geziemendem Ernste“ in die Tat umzusetzen, ansehen.

Anmerkungen

- 1 Vgl. zur Frage des Entstehungsdatums Goethes Sämtliche Werke, Dramatische Fragmente und Übersetzungen. Jubiläumsausgabe Band 15. Stuttgart und Berlin: J. G. Cotta'sche Buchhandlung Nachfolge, 362–63. Gustav Roethe, Goethe. Gesammelte Vorträge und Aufsätze. Berlin: Ebering, 1932, 142–43. Roethe legt die Entstehungszeit in die Jahre 1794–1806. Davor wollte Berthold Päsche „Das Mädchen von Oberkirch“ vor den Beginn des Briefwechsels mit Schiller (1794) ansetzen; vgl. „Goethes Trauerspielfragment 'Das Mädchen von Oberkirch' im Rahmen der politischen Anschauungen des Dichters“, in: Pädagogische Warte XX, Heft 19, 1913; 1043–1052; 1052.
- 2 Vgl. Leo Kreuzer, Die kleineren Dramen zum Thema Französische Revolution, „Der Groß-Cophta“, „Der Bürgergeneral“, „Die Aufgeregten“, „Das Mädchen von Oberkirch“, in: Goethes Dramen. Neue Interpretationen, hrsg. von Walter Hinderer. Stuttgart: Reclam, 1980; 197–209: 204.
- 3 Vgl. Walter Müller-Seidel, „Deutsche Klassik und Französische Revolution“, in: Deutsche Literatur und Französische Revolution, hrsg. von Richard Brinkmann u.a. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 1974, 39–62. Laut Müller-Seidel läßt sich das Verhältnis der Schriftsteller der deutschen Klassik seit 1793 verallgemeinern. Seit der Hinrichtung des französischen Königs sei man enttäuscht, ernüchert und desillusioniert gewesen (43).

- 4 Friedrich Gundolf, Goethe. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft, 1963; unveränderter Nachdruck der Auflage von 1920; 407 schrieb: „Goethe war von der Geschichte als Ganzem abgestoßen.“ George Peabody Gooch, *Germany and the French Revolution*. London: Longmans, Green, and Co., 1920, 205 schreibt: „He disliked the Revolution from the first, and feared its impact.“ Zur weiteren Forschung siehe Alfred Stern, *Der Einfluß der Französischen Revolution auf das deutsche Geistesleben*. Stuttgart und Berlin: J. G. Cotta'sche Buchhandlung Nachfolger, 1928; Hermann August Korff, *Geist der Goethezeit: Versuch einer ideellen Entwicklung der klassisch-romantischen Literaturgeschichte*, Bd. 2. Leipzig: J. J. Weber, 1930; Georg Lukács, *Goethe und seine Zeit*. Bern: Francke, 1947; Wilhelm Mommsen, *Die politischen Anschauungen Goethes*. Stuttgart: Deutsche Verlags-Anstalt, 1948; Reinhold Grimm und Jost Hermand, *Die Klassik-Legende*. Frankfurt: Athenäum, 1971; Claude David, „Goethe und die Französische Revolution“, in: *Deutsche Literatur und Französische Revolution*, hrsg. von Richard Brinkmann. Göttingen: Vandenhoeck & Ruprecht, 1974. 63–86. Siehe auch die Literaturangaben bei Ian F. Roe, „Ästhetik und Politik: Goethe und die Französische Revolution“, in: *Goethe Jahrbuch* 104, 1987. 31–32, Anm. 4.
- 5 Johann Wolfgang von Goethe. *Gedenkausgabe der Werke, Brief und Gespräche*. (Erstdruck) Hrsg. von Ernst Beutler. Zürich: Artemis, 1948f. Zitiert als GA; GA 19: 159.
- 6 GA 16: 881.
- 7 Bemerkung zu Eckermann ein paar Tage nach dem 11. März 1832. GA 24: 509.
- 8 Gespräch mit Eckermann vom 31. Januar 1827, GA 24: 230.
- 9 *Naturwissenschaftliche Schriften II*, GA 17: 84.
- 10 Brief an Knebel vom 9. Juli 1790, GA 19: 168.
- 11 Brief an Friedrich Heinrich Jacobi vom 18. August 1792, GA 19: 194.
- 12 GA 11: 631.
- 13 GA 11: 647–48.
- 14 GA 24: 550.
- 15 Hans Mayer, *Goethe. Ein Versuch über den Erfolg*. Frankfurt: Suhrkamp, 1973, 113 bezeichnete sie als „unzulängliche, vor allem durchaus geschichtsfremde Versuche, das Revolutionsgeschehen für sich zu deuten“. Fritz Martini, „Goethes ‚verfehlt‘ Lustspiele: ‚Die Mitschuldigen‘ und der ‚Groß-Coptha‘“, in: *Lustspiele – und das Lustspiel*. Stuttgart: Klett, 1974, 140 suchte sie „im Vorhof seiner Kunst“. Leo Kreuzer, *Goethes Dramen. Neue Interpretationen*, 199 sprach von einem „Häuflein“, das für ein Goethe-museum „gewiß eine klägliche Abteilung“ wäre.
- 16 GA 12 : 421.
- 17 Siehe Ehrhard Bahr, „Goethes ‚Natürliche Tochter‘. Weimarer Hofklassik und Französische Revolution“, in: *Deutsche Literatur zur Zeit der Klassik*, hrsg. von Karl Otto Conrady. Stuttgart: Reclam, 1977, 226–42; 229.
- 18 GA 11: 672–73.
- 19 Zugrundegelegt wird hier der Text der Gedenkausgabe, Bd. 6, 759–68.
- 20 GA 6: 764.
- 21 GA 6: 762.
- 22 GA 6: 766.
- 23 GA 1: 233.
- 24 Einige Beispiele dazu wären: „Der Bürgergeneral“, GA 6: 707. Goethe faßt an dieser Stelle die Ereignisse der Französischen Revolution in die Metapher des „unglücklichen Gewitters“, das er unmittelbar dem „heiteren Himmel“ einer friedlichen Zeit gegenüberstellt. In den „Unterhaltungen deutscher Ausgewanderten“ meint die Gräfin tadelnd: „Müssen denn eure Gemüter nur so blind und unaufhaltsam wirken und dreinschlagen, wie die Weltbegebenheiten, ein Gewitter oder ein ander Naturphänomen?“ (GA 9: 290). In „Hermann und Dorothea“ heißt es vom Volk der Franzosen, daß es „wie ein Gewitter daherzieht“ (IV, 83). Goethes Naturkatastrophen-Bilder zur sprachlichen Aktualisierung der Französischen Revolution sieht Hans-Wolf Jäger zu Recht als Ausdruck dafür,

- daß die Volksmassen ins Feld historischen Handelns eintreten. Siehe Politische Metaphorik im Jakobinismus und im Vormärz. Stuttgart: Metzler, 1971, 83.
- 25 Bereits zur Zeit des Ancien Régime suchte der Baron, allerdings ohne Erfolg, Marie „unter Bedingungen“ zu der Seinigen zu machen; GA 6: 765.
 - 26 GA 6: 766.
 - 27 GA 6: 763.
 - 28 GA 6: 765.
 - 29 GA 6: 765.
 - 30 Vergleiche hierzu Manners Reaktion auf die Werbungsabsichten des Barons: „Marien. Ich Unglücklicher!“ (GA 6: 765).
 - 31 GA 6: 766.
 - 32 GA 6: 767.
 - 33 Siehe Goethes Werke, Hrsg. im Auftrag der Großherzogin Sophie von Sachsen. München: Deutscher Taschenbuch Verlag, 1987; urspr. Weimar: Hermann Böhlaus Nachfolger, 1887-1919, I.18, 412.
 - 34 Zur Erörterung der Fortsetzung des Dramas siehe Roethe 139–40 und 159–161; außerdem Erich Schmidt, „Das Mädchen von Oberkirch“ in: Charakteristiken. Zweite Reihe. Berlin: Weidmannsche Buchhandlung, 1901, 167–176.
 - 35 Siehe hierzu Goethes Sämtliche Werke. Jubiläumsausgabe in 40 Bänden. Hrsg. von E.v.d. Hellen, Bd. 15. Stuttgart und Berlin: Cotta, 1902–1912, 362–65.
 - 36 Vergleiche dazu Hans Gerhard Gräf, Goethe über seine Dichtungen. Versuch einer Sammlung aller Äußerungen des Dichters über seine poetischen Werke II.3. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft, 1968; 341–42.
 - 37 Siehe Goethes Werke, Hrsg. im Auftrag der Großherzogin Sophie von Sachsen. München: Deutscher Taschenbuch Verlag, 1987; urspr. Weimar: Hermann Böhlaus Nachfolger, 1887–1919, III.3, 119 und III.3, 313.
 - 38 Roethe 153–54.
 - 39 Siehe hierzu Goethes Sämtliche Werke, Jubiläumsausgabe Bd. 15, 363.
 - 40 Diese Angaben sind Roethe 155–56 entnommen. Roethe weist darauf hin, daß es zu seiner Zeit im Elsaß nur einen einzelnen Hof Oberkirch bei Oberehnheim gebe, der offenbar identisch mit der alten Heimat der gleichnamigen Familie sei.
 - 41 Annemarie Noelle, Goethe. Poetische Werke. Dramatische Dichtungen II, Bd. 6. Berlin: Aufbauverlag, 1964, 733.
 - 42 Oberkirch gehörte bis 1803 zum Hochstift Straßburg. Zur Geschichte der Stadt Oberkirch siehe Hans-Martin Pillin, Oberkirch. Die Geschichte der Stadt von den Anfängen bis zum Jahre 1803. Lahr: Ernst Kaufmann, o.J.
 - 43 GA 20: 464.
 - 44 GA 21: 1016.
 - 45 GA 20: 487.
 - 46 Siehe hierzu auch Roethe 152–53.
 - 47 GA 9: 279.
 - 48 GA 9: 287. Es fällt auf, daß sich Karl an dieser Stelle der für die Revolution typischen Gebäudemetaphorik, die sich hier auf das Ancien Régime bezieht, bedient.
 - 49 GA 6: 709.
 - 50 GA 24: 548.
 - 51 GA 6: 733.
 - 52 GA 6: 737.
 - 53 GA 24: 549.
 - 54 Goethes Epos „Hermann und Dorothea“ liegt offensichtlich die Erzählung einer Begebenheit von aus Salzburg ihres Glaubens wegen vertriebenen Lutheranern zugrunde. Sie wurde 1732 im Druck als Flugschrift mit dem Titel „Das liebthätige Gera und die Salzburgerischen Emigranten“ veröffentlicht und ist eine Anekdote aus Gerhard Günther Göcking, Vollkommene Emigrationsgeschichte von den aus dem Erzbistum Salzburg vertriebenen ... Lutheranern. Frankfurt und Leipzig, 1734.

Alfred Döblins Baden-Badener Jahre

Reiner Haehling von Lanzenauer

Der berühmte Schriftsteller Alfred Döblin hat, was nur wenige wissen, einen bedeutsamen Lebensabschnitt in Baden-Baden verbracht. Er war 1878 in Stettin geboren, in Berlin aufgewachsen, studierte Medizin, ließ sich im Berliner Osten als Nervenarzt nieder. Ab 1906 veröffentlichte er eine Reihe von Prosawerken wie „Die Ermordung der Butterblume“ (1913), „Die drei Sprünge des Wang Lu“ (1915), „Berge, Meere und Giganten“ (1924) und den Roman „Berlin Alexanderplatz“ (1929), in dem er die kriminelle Karriere des Franz Bieberkopf milieugetreu schilderte. Dies war das wirkungsvollste und auflagenstärkste Buch Alfred Döblins. Nach Hitlers Machtergreifung mußte die jüdische Familie ihre Heimat verlassen. Über die Schweiz führte der Weg nach Paris, wo Döblin, seine Frau und seine Söhne die französische Staatsbürgerschaft erlangten. Beim Einmarsch deutscher Truppen in Frankreich fand der Sohn Wolfgang als französischer Soldat den Tod, das Ehepaar und ein Sohn konnten sich per Schiff in die Vereinigten Staaten retten. Nach Kriegsende reiste Döblin in die Seine-metropole zurück. Während seine Frau dort wohnen blieb, fuhr er am 9. November 1945 allein mit dem Zug über Straßburg in das französisch besetzte Baden-Baden. Er kehrte zurück in das Land, das er vor zwölf Jahren verlassen mußte: „... Nun große Häuser, die ersten Menschengruppen, ein Trupp Soldaten, die Trikolore weht. Ich lese ‚Steinbach/Baden‘, ‚Sinzheim‘, ‚Baden-Oos‘. Der Bahnhof ist fürchterlich zugerichtet, viele steigen um. Baden-Baden. Ich bin am Ziel. Am Ziel, an welchem Ziel?“¹ Noch am Tage der Ankunft schrieb er seiner Frau: „Es regnete. Niemand erwartete mich am Bahnhof, also marschierte ich zum Hotel Stefanie, das man mir als Sitz der ‚Education‘ bezeichnet hatte; 20 Minuten Fußweg. In der Stadt – wenig Menschen, 90 % der Läden geschlossen, es gibt keine Eleganz mehr in Baden-Baden...“²

Die einstige Sommerhauptstadt, am 12. April 1945 von der französischen Armee eingenommen, dient seither als Hauptquartier der Militärverwaltung. Döblin tritt in die Direction de l'Education Publique ein. Sie ist die Schaltstelle der französischen Kulturpolitik für die Zone, geleitet von dem Germanisten Raymond Schmittlein. Die Behörde untergliedert sich in fünf Abteilungen: Hochschulwesen, Schulen, Jugend/Sport, Ausarbeitungen/Dokumentation/Zensur sowie Kunst. Deren Unterabteilung bildet das Bureau des Lettres, das Döblin übertragen wird. Er umschreibt seine Tätigkeit als Lektor für neue Werke der deutschen Belletristik, Lyrik, Epik und Dramatik. In gewissem Rahmen hat er dabei fraglos Zensur ausgeübt, denn die

Direction entschied über die Zuteilung des begehrten Druckpapiers und damit über das Schicksal jeder geplanten Veröffentlichung. Es ist sicher, daß Döblin in der ehrlichen Absicht zurückgekommen ist, Beistand zu leisten beim Aufbau eines demokratischen Literaturbetriebes: „Es hieß kulturell auf die Deutschen einwirken, zunächst natürlich sie aufzuklären über ihre Situation, da sie sich über ein Jahrzehnt von der übrigen Welt abgesperrt hatten. Sie mußten erfassen, in welchem Zustand moralischer und geistiger Art sie sich befanden, welches unsichtbare Trümmerfeld sie umgab. Ich wollte aktiv sein, wollte helfen. Aber mir kam schon im Beginn vor, es war ein ungeheuerliches Unterfangen“.³ Und in jenen Tagen eine heikle Aufgabe für einen, der zur Besatzungsmacht gehörte. Falsch ist allerdings die verbreitete Darstellung, Döblin sei französischer Offizier gewesen. Er war Angestellter der Militärverwaltung mit dem Titel eines Chargé de Mission. Diese „Administrateurs“ trugen damals Uniformen mit eigens geschaffenen Schulterabzeichen in Rosettenform, ließen sich allerdings gerne mit rangähnlichen militärischen Dienstgraden anreden. Zwecks Unterscheidung von den deutschen Besetzten waren selbst die Stenotypistinnen uniformiert: die des Truppengefolges in Khaki, die zivilen Hilfskräfte der Militärverwaltung in Dunkelblau.⁴



Alfred Döblin um 1945 in französischer Uniform

Nahezu jedes Hotel, jedes Restaurant, jedes größere Geschäft in Baden-Baden ist für die Besatzer und ihren umfänglichen Familienanhang requiriert, beherbergt nun Verwaltungsstellen, Popôtes, Unterkünfte, Econo-

mat-Läden. In den Wohnungen leben Franzosen mit Deutschen auf engem Raum zusammen – der einstige Kurort zählt in diesen ersten Nachkriegsmonaten mehr französische als einheimische Bewohner.⁵ Döblin findet eine vorläufige Bleibe in der Pension Bischoff am Römerplatz 2, gegenüber den Bädern: „Ich hause im Zentrum der Stadt, in einem kleinen Zimmer, in einer nicht gerade erstklassigen Familienpension. Eine kleine Lampe glüht an der Decke, eine Tischlampe gibt es nicht, aber man leiht sie mir aus der Stadt. Das große Friedrichsbad in der Nähe gehört zu den wenigen Bequemlichkeiten, die mir wenigstens im Beginn der Ort gewährt. Es gibt hier heiße Quellen, und das Bad ist nicht zerstört“.⁶ Schon 1945 führen die Eheleute Edgar Epple und Elsa, geb. Bischoff die kleine Pension.



*Der Römerplatz in Baden-Baden
um 1950
Helles Haus rechts: Pension Bischoff*

Herr Epple erinnert sich noch heute an den älteren Bewohner, der in jener bewegten Besatzungszeit „immer ruhig und ordentlich“ auftrat. Der Hauswirt erzählt, daß Döblin lange Monate oben unter dem Dache das Zimmer 17 bewohnte. Man habe es damals sehr begrüßt, bei all der französischen Einquartierung im Hause wenigstens mit einer Person in deutscher Sprache reden zu können.⁷

Im Juni 1946 folgt Erna Döblin nach. Die Eheleute beziehen jetzt zwei Zimmer im Erdgeschoß des Anwesens Schwarzwaldstraße 6. Daß man dem Administrateur nicht eine der Villen im Stadtteil Paradies, sondern eine bescheidene Wohnung in einem der Gagfah-Siedlungshäuschen draußen in der Weststadt zugeteilt hat, bezeugt seine untergeordnete Stellung in der Besatzungshierarchie. Täglich überquert Döblin nun unmittelbar vor dem Hause den Übergang der Stichbahn Baden-Baden / Baden-Oos, um in der

nahen Rheinstraße die überfüllte Straßenbahn zu besteigen. Sie bringt ihn in die Innenstadt, zu seinem Büro in Brenners Stephanie-Hotel an der Lichtentaler Allee. Häufig kann man Döblin bei französischen, zuweilen auch bei deutschen Vorstellungen im Kleinen Theater antreffen. Der gedrungene Mann mit der starken Brille, stets in Uniform gekleidet, sitzt dann vorne in der ersten Reihe oder in der Proszeniumsloge. Nur selten begleitet ihn seine Frau, der die Leute nachsagen, sie könne die Deutschen nicht aushalten.

Von Anbeginn seiner Tätigkeit sucht Döblin den Kontakt zu deutschen Schriftstellern. In Baden-Baden trifft er sich häufig mit dem Stadtchronisten Heinrich Berl. Er bewundert dessen Frau, die alle Krankheiten mit selbst gesammelten Waldkräutern kuriert, dazu das reinste Badisch beherrscht, das dem ehemaligen Berliner je zu Ohren gekommen ist.⁸ Wiederholt begegnet Döblin dem ebenfalls am Orte wohnenden Schriftsteller Otto Flake. Der wiederum hat Döblin als einen Großstadtmenschen bezeichnet, der kein Verhältnis zu den süddeutschen Dingen haben könne, weder zur Landschaft noch zur Gemütslage der Menschen. Den Schriftstellerkollegen trete er in der Uniform des Okkupanten gegenüber, gebe sich jedoch jede Mühe, gerecht und wohlwollend zu sein.⁹ Zu dem aus Baden-Baden stammenden, jetzt in Freiburg lebenden Dichter Reinhold Schneider, dem mutigen Mahner aus Zeiten der Bedrängnis, unterhält Döblin über Jahre vertraute Beziehungen. Im November 1947 besucht er Schneider in dessen Freiburger Wohnung, dann gehen Briefe hin und her. Als Reinhold Schneider zu Beginn der fünfziger Jahre wegen seiner Parteinahme gegen eine deutsche Wiederbewaffnung öffentlich angefeindet wird, bekennt sich Döblin zu dem Friedensstreiter.¹⁰

Döblin geht es darum, jetzt, wo der Druck der Nazidiktatur gewichen ist, hier im südwestdeutschen Raum eine freiheitliche Entwicklung des literarischen Lebens in Gang zu bringen. Zu diesem Zweck nimmt er mit zahlreichen Schriftstellern zunächst brieflich Verbindung auf, erneuert alte Bekanntschaften, schließt neue. Alfred Döblin möchte den deutschen Autoren eine gemeinsame Gesprächsebene eröffnen, zugleich ausländische Dichter vorstellen, weshalb er ab Oktober 1946 die Kulturzeitschrift „Das Goldene Tor“ herausbringt. Sie soll ein Gegenstück bilden zu den aufkommenden Literaturmagazinen der benachbarten amerikanischen Besatzungszone. Daß man da die neue Reihe ausgerechnet nach dem Golden Gate von San Francisco benennt, ist wohl keine sonderlich konsequente Namenswahl. Jedenfalls hat die Zeitschrift in den fünf Jahren ihres Bestehens beträchtliches Ansehen erlangt. Viele bekannte Schriftsteller sind dort zu Wort gekommen wie Bertolt Brecht, Otto Flake, Wilhelm Hausenstein, Annette Kolb, Ilse Langner, Rudolf Leonhard, Reinhold Schneider, Leopold Zahn und – zurückhaltend – der Herausgeber Döblin selbst. Im Novem-

ber 1947 gründet Alfred Döblin in Lahr den Verband südwestdeutscher Autoren, einen Zusammenschluß für das französische Besatzungsgebiet. Flake wird der erste Präsident. Neben all diesen Aktivitäten spricht Döblin zwei- bis dreimal monatlich im Südwestfunk, der in Baden-Baden seinen Sitz hat. In der Sendereihe „Kritik der Zeit“ äußert sich der Dichter in dem ihm eigenen Stegreifstil zu politischen und kulturellen Fragen, nimmt zu Tagesereignissen Stellung.

Alfred Döblins Mühen findet bei seinem 70. Geburtstage verdiente Anerkennung. Zu seinen Ehren veranstalten der Verband südwestdeutscher Autoren, der Paul-Keppler-Verlag, die Direction de l'Education Publique, die Bäder- und Kurverwaltung, der örtliche Kulturrat und die katholische Arbeitsgemeinschaft Baden-Baden am 30. August 1948 im Kleinen Theater eine Feierstunde. In seinen Begrüßungsworten zitiert der Verleger Keppler ein Sonett Reinhold Schneiders, der den Jubilar als „Arzt im Glauben an den Arzt der Welt“ charakterisiert hatte. Directeur Schmittlein verliest eine Glückwunschartikel des französischen Oberkommandierenden, General Koenig, sodann zeichnet Pater Gorski S. J. in seiner Festansprache den Lebensweg Döblins, der sich in der bitteren Prüfung des Exils vom Marxisten zum gläubigen Christen wandelte. Zum Schluß ergreift der Dichter das Wort. Er erzählt von seiner Wiederbegegnung mit Deutschland im Jahre 1945. Er sei hergekommen, weil er das Gefühl gehabt habe, in seiner Heimat helfen zu können: „Ich sehe in allen Ländern nur den Menschen. Und eines Tages – das ist mein innigster Wunsch – werden wir alle Europäer sein“.¹¹

Am 9. Juli 1949 gründet der Dichter gemeinsam mit einem Kreis deutscher Schriftsteller in Worms die Mainzer Akademie der Wissenschaften und der Literatur. Alfred Döblin wird zum Vizepräsidenten und zugleich zum Vorsitzenden der Klasse Literatur gewählt, was seine häufige Anwesenheit in Mainz erfordert.¹² So übersiedelt das Ehepaar bereits im Oktober 1949 nach Mainz. Im Frühjahr 1953 verlassen die Döblins dann Deutschland, um eine in Paris erworbene Wohnung zu beziehen. Der Gesundheitszustand des Schriftstellers hat sich nun rapide verschlechtert: Staroperation, Herzinfarkt und ein von Parkinsonismus geprägtes neurologisches Krankheitsbild.¹³ Der Patient muß immer wieder stationäre Behandlung aufsuchen, im Frühjahr und März 1954 befindet er sich in der Universitätsklinik von Freiburg im Breisgau.

Ein Erholungsaufenthalt im vertrauten Baden-Baden schließt sich an. Die Zeit vom 1. bis 27. April 1954 verbringt der Dichter in dem renommierten Sanatorium Quisisana in der Bismarckstraße. Sein erster Ausflug in das Städtlein führt ihn hinunter an die Oos. Still sitzt er auf einer Bank in der Sonne, als ein Journalist ihn entdeckt. Im Zwiegespräch erweist sich Döblin ganz der alte: voll innerer Spannkraft, gelassen, schalkhaft, mit präzisiertem

Gedächtnis.¹⁴ Im Hause Quisisana wird der illustre Patient von den Ärzten Dr. Johannes Junkersdorf und Dr. Max Hedinger betreut. Letzteren kennt Döblin von zahlreichen Baden-Badener Zusammenkünften der Nachkriegszeit her. Von der Baden-Badener Kur muß Döblin zurück in die Freiburger Klinik gebracht werden. Der Leidensweg führt von jetzt an über häufig wechselnde Aufenthalte in Krankenhäusern, Erholungsstätten bis in das Landeskrankenhaus Emmendingen bei Freiburg. Der Baden-Badener Arzt Dr. Junkersdorf ist dem sterbenskranken Dichter begegnet: „Müde, erschlagen, entkräftet und abgemagert, sah ich Döblin einige Wochen vor seinem Tode. Keineswegs unversöhnt, wie man sich oftmals über ihn mokiert, oder gar mit seinem Schicksal grollend, war er heimgekehrt vom ‚Sturm‘ zum ‚goldenen Tor‘. Voller Mut und mit großem metaphysischem Drang war er um ein ‚Neues‘ bemüht. Fast glaubte man als Arzt und auch als Kollege und Freund, daß er jeglichen Sinn für Krankheit und Tod noch nicht wahrhaben wollte“.¹⁵ Am 26. Juni 1957 um 12 Uhr mittags verstirbt Alfred Döblin in Emmendingen. Zweieinhalb Monate später sucht seine Witwe Erna in Paris den Freitod. Auf dem kleinen Dorffriedhof von Housseras in den Vogesen haben die Eheleute ihre letzte Ruhestätte gefunden, neben dem Grab ihres Sohnes Wolfgang.

Die ruhelose, die glücklose Schicksalsreise war zu Ende. Sosehr Döblin dem deutschen Kulturleben der Nachkriegsjahre Impulse zu geben vermochte, sowenig hat er mit eigenem literarischem Schaffen wieder Fuß fassen können. Die nach 1945 in begrenzter Auflage herausgebrachten Bücher fanden statt Resonanz bloß höfliche Aufmerksamkeit. Sein letzter Roman „Hamlet oder Die lange Nacht nimmt ein Ende“ konnte zu Lebzeiten des Autors nur in der DDR veröffentlicht werden, erst nach Döblins Tod kam es in der Bundesrepublik wenigstens zu einer Lizenzausgabe. Alfred Döblin hatte denn auch bereits im September 1953 nach seinem Umzug in die französische Hauptstadt dem befreundeten Ehepaar Hedinger in Baden-Baden geklagt: „... und meine Produktion: Herder läßt ‚Nov. 18‘ verramschen, Neues von mir wird refüsiert, auch m. ‚Hamlet‘ – so bin ich am Ende wieder Emigrant“.¹⁶ Die Zeit war an dem heimkehrenden alten Manne vorbeigegangen, seine Stimme fand kein Gehör mehr ...

Anmerkungen

- 1 Schicksalsreise, 1949, S. 400.
- 2 Brief v. 9. II. 1945 in: Alfred Döblin 1878–1957, Ausstellungskatalog Deutsches Literaturarchiv im Schiller-Nationalmuseum Marbach, 2. Aufl. 1978, S. 427.
- 3 Döblin, Autobiographische Schriften und letzte Aufzeichnungen, 1980, 2.490.
- 4 Zur Funktion Döblins vgl. Birkert in: Frankreichs Kulturpolitik in Deutschland, 1945–1950, 1987, S. 181.

- 5 Hillel, *L'occupation française en Allemagne, 1945–1948*, 1983, S. 181 ff.
- 6 *Schicksalsreise*, a.a.O. (Anm. 1), S. 401; *Autobiographische Schriften*, a.a.O. (Anm. 3), S. 491.
- 7 Mitteilung von Herrn Edgar Epple, Hotel Bischoff in Baden-Baden, vom 22. 3. 1990. Die ehemalige Pension ist zwischenzeitlich umgebaut und modernisiert, das von Döblin einst bewohnte Zimmer existiert nicht mehr.
- 8 *Autobiographische Schriften*, a.a.O. (Anm. 3), S. 497 f.
- 9 Flake, *Es wird Abend*, 1960, S. 552, 560, 567; vgl. a. Fischer, *Baden-Baden erzählt*, 1985, S. 194–201.
- 10 Bad. Landesbibliothek Karlsruhe, Reinhold-Schneider-Archiv, K 2875/Döblin; Alfred Döblin, *Briefe*, 1970, S. 393, 424, 425.
- 11 *Badener Tagblatt Baden-Baden* Nr. 72 v. 31. 8. 1948.
- 12 Prangel, *Alfred Döblin*, 2. Aufl. 1987, S. 107.
- 13 Neumann, *Alfred Döblin, Leben und Werk, Krankheit und Tod*, 2. Aufl. 1987, S. 75.
- 14 *Badisches Tagblatt Baden-Baden* vom 7. 4. 1954.
- 15 Junkersdorf, *AQUAE* 87, Arbeitskreis für Stadtgeschichte Baden-Baden, 1987, S. 60.
- 16 Brief vom 6. 9. 1953 an Dr. Max und Annie Hedinger in: *Briefe*, a.a.O. (Anm. 9), S. 465.

Quellen für die badische Zeitgeschichte (1933–1949)

Ein Überblick

Bernd Boll

Die Bestände kommunaler Archive sind meistens der Ausgangspunkt für Arbeiten zur Regionalgeschichte. Wer einmal in einem Stadt- oder Gemeindearchiv recherchiert hat, der hat wahrscheinlich die Erfahrung gemacht, daß sein Thema zwar umfangreich mit Aktenvorgängen belegt ist, die häufig aber nur einen beschränkten Ausschnitt des Problems erhellen, wenn auch sehr detailliert. Gerade die Fragen, die man an das Thema stellt, beantworten die kommunalen Verwaltungsakten häufig nicht oder jedenfalls nur sehr unvollständig. Das Aktenstudium wirft dann neue Fragen auf, die wiederum beantwortet sein wollen. Vielleicht wurde der Vorgang, den man erhellen will, letztlich nicht von der Stadtverwaltung, sondern von einer staatlichen Behörde entschieden. Nun beginnt die Suche erneut: In welchem Archiv werden die Akten dieser Behörde aufbewahrt? Waren noch weitere Behörden eingeschaltet? Wo finden sich deren Akten? Bald hat man viele Gespräche geführt, viele Enttäuschungen erlebt und vor allem viel Zeit vertan. Zeitraubende Umwege bei der historischen Recherche lassen sich vermeiden, wenn von Beginn an klar ist, welche Akten für das vorgegebene Thema in Frage kommen und wo sie zu finden sind. Nun sind die Zuständigkeiten der verschiedenen Archive zwar genau geregelt; aber äußere Faktoren wie Verwaltungsreformen, Kriege und Änderungen der Territorialgrenzen haben dafür gesorgt, daß die Suche nach geeigneten Quellen nicht eben leicht ist.

Besonders unübersichtlich ist die Quellenlage für den Faschismus und die Nachkriegszeit. Die Geschichten der Akten von Behörden, Verbänden und Parteien zwischen 1933 und 1949 fügen sich gleich Fußnoten nahtlos ein in die große Geschichte, aus deren Schoß sie hervorgingen. Verfolgung, Krieg, Untergang des Naziregimes, Besatzung und kalter Krieg haben ihre Spuren auch dem Material aufgeprägt, das uns als Quellenmaterial für diese Zeit zur Verfügung steht. Der vorliegende Aufsatz möchte auf die wichtigsten Pfade durch das Dickicht des vorhandenen Aktenmaterials für Studien zur regionalen Zeitgeschichte hinweisen. Eine vollständige Karte zu zeichnen ist hier nicht möglich, wohl aber können die allgemeinen Hauptrichtungen angezeigt werden. Von ihnen ausgehend lassen sich die Nebenpfade und Querverbindungen leichter ausfindig machen, die zu den Details führen, die konkrete Themen und Fragestellungen verlangen. Der Aufsatz ist in drei Teile gegliedert: der erste geht der Frage nach, welche Akten überhaupt überliefert sind; der zweite macht auf ihren heutigen Aufbewahrungsort auf-

merksam; und der dritte befaßt sich abschließend mit ihrer Zugänglichkeit unter dem derzeit geltenden Archivrecht.

1. Zerstört, verheizt, beschlagnahmt – zur Geschichte des Schriftguts aus den Jahren 1933 bis 1949

Schriftgut aus der NS-Zeit

Zum Zeitpunkt der Befreiung im Mai 1945 war der überwiegende Teil des Behördenschriftguts aus der NS-Zeit noch nicht von Archiven aufgenommen worden, weil die vom Archivrecht vorgesehene Aufbewahrungsfrist für Altregistraturen noch nicht verstrichen war. Eine Ausnahme waren die Akten von Landesbehörden, die im Zuge der Gleichschaltung 1933/34 aufgehoben worden waren – sie gelangten unmittelbar in die zuständigen Staatsarchive –, und die Kriegstagebücher der selbständigen Heeresverbände sowie die Verfahrensakten der Feld- und Kriegsgerichte, die laufend an das Heeresarchiv Potsdam abgeliefert werden mußten.¹

Die bei den einzelnen Behörden und Dienststellen verbliebenen Registraturen waren beim Einmarsch der Alliierten allerdings nicht mehr vollständig vorhanden. Bereits im Frühjahr 1941 hatten das Reichskriegsgericht und die Waffen-SS ihre Archive in das Schloß Zasmuky in Böhmen ausgelagert; ein Teil der Bestände der Waffen-SS gelangte später in den Westen. Nachdem Ende 1943 bei Luftangriffen auf Berlin die Reichsministerien schwer getroffen und dabei viele ihrer Akten, teilweise die Bestände ganzer Abteilungen, vernichtet worden waren, wurden die Fachabteilungen der Ministerien samt ihren Aktenresten und Altregistraturen ausgelagert; nur die Ministerbüros mit ihren wichtigsten Referaten blieben in Berlin. Die Akten des Reichserziehungministeriums beispielsweise waren auf Berlin und 17 weitere Orte verteilt. Große Teile der Kriegstagebücher des Heeres gelangten über Liegnitz nach Blankenburg, während die entsprechenden Akten der kriegswissenschaftlichen Abteilung der Marine und das ältere Marinearchiv auf Schloß Tambach bei Coburg gelagert wurden.² Durch Bombenschäden wurden ganze Aktenbestände vernichtet, so die Akten der Prozesse gegen die Angeklagten des 20. Juli 1944 und die Unterlagen der zentralen Dienststelle der NSDAP in München.³

Zahlreiche Unterlagen, die heute für Historiker von unschätzbarem Wert wären, wurden allerdings von den Behörden selbst vernichtet – gemäß einem Erlaß des Reichsministers des Inneren, in dem es hieß: „Die Behördenleiter sind dafür verantwortlich, daß bei drohendem Feindeinbruch alle wichtigen Akten, insbesondere solche geheimer und politischer Art und solche, die für den Feind von Bedeutung für seine Kriegsführung sein könn-

ten, vernichtet werden.“⁴ Auch nach dem Einmarsch der Alliierten verbrannten deutsche Beamte fleißig weitere Akten: nun allerdings in erster Linie, um mögliches Belastungsmaterial über ihre eigene Rolle im faschistischen System aus dem Weg zu räumen. Andere Überlieferungslücken gehen dagegen auf Zerstörungen durch ehemalige Zwangsarbeiter zurück, die sich nach ihrer Befreiung auf diese Weise an ihren früheren Peinigern zu rächen meinten. Mangel an herkömmlichen Brennstoffen im Winter 1945/46 führte schließlich dazu, daß viele weitere Akten ohne politischen Hintergrund, aus blanker Not, verheizt wurden.⁵

Nun erfaßte die Besatzungspolitik der Siegermächte die Hinterlassenschaften der deutschen Ämter und Dienststellen und ordnete sie ihren Zwecken unter. Das Interesse der Alliierten an Akten aus der NS-Zeit richtete sich neben deren militärwissenschaftlichen Aspekten vor allem auf ihre Verwertbarkeit in den geplanten Kriegsverbrecherprozessen. Deshalb wurden in erster Linie die Unterlagen der obersten Reichsbehörden, aller Zweige der Polizei, der Wehrmacht, der NSDAP sowie Materialien zur wirtschaftlichen Entwicklung im öffentlichen und privaten Bereich beschlagnahmt.⁶ Das Gesetz Nr. 2 des Alliierten Kontrollrats vom 10. Oktober 1945 regelte die Beschlagnahmung der kompletten Archive und Akten von 52 namentlich im Anhang genannten Naziorganisationen, die gleichzeitig aufgelöst wurden. Aus dem staatlichen Bereich fielen folgende Einrichtungen unter dieses Gesetz: die Reichskulturkammer, der Deutsche Gemeindetag, die Geheime Staatspolizei, der Reichsausschuß zum Schutz des deutschen Blutes, gemeinsame Dienststellen der SS und der Polizei, die Technische Nothilfe und die Organisation Todt.⁷ Dagegen konnten Staats- und Stadtarchive in der Regel ihre Bestände erhalten, abgesehen von den Archivalien des Reichs- und Preußischen Geheimen Staatsarchivs, die die Rote Armee als ihre rechtmäßige Beute betrachtete. Auf Akten noch bestehender Länderministerien, der preußischen Oberpräsidien, der Bezirksregierungen, Landratsämter und Kommunalbehörden erstreckte sich das Gesetz Nr. 2 nicht, sofern sie nicht Angelegenheiten der Zivilverteidigung, der NSDAP, der Polizei und der Wehrmacht betrafen.⁸

Für die Nürnberger Kriegsverbrecherprozesse wurden die beschlagnahmten Akten aus ihrem ursprünglichen Zusammenhang genommen und nach Sachgesichtspunkten zu Beweis- und Entlastungsmitteln zusammengestellt. Die Originale befinden sich heute im Internationalen Gerichtshof in Den Haag. Die Unterlagen der zwölf amerikanischen Prozesse werden in den National Archives in Washington, D. C., aufbewahrt. Die Originale der Nazi-Industry-Serie wurden zurückgegeben und den zuständigen deutschen Archiven zugewiesen. Dokumente, die für Verfahren außerhalb der Nürnberger Prozesse verwendet wurden, blieben in den Archiven der Länder, die sie durchführten.⁹

Mit Aktenmaterial, das zwar beschlagnahmt, aber nicht in einem Prozeß verwendet wurde, verfahren die einzelnen Besatzungsmächte unterschiedlich. Die Sowjetunion gab zwischen 1948 und 1950 Archivalien an die zuständigen Archive ihrer Besatzungszone bzw. ab 1949 der DDR zurück. Akten von Reichsbehörden, die bis 1945 noch nicht an das Reichsarchiv abgegeben worden waren, führte sie zwischen 1953 und 1958 zurück. Nach Aussagen von Vertretern des Deutschen Bundestags sollen sich aber weiterhin Akten von Wehrmachts- und Zivildienststellen in den okkupierten Gebieten der Sowjetunion in Moskau befinden, außerdem Akten von Zentralbehörden, die sich auf die Besetzung beziehen, wie etwa solche des Reichswirtschaftsministeriums und des Hauptamts Ordnungspolizei.¹⁰

Was die französische Besatzungsarmee betrifft, so sollen in ihre Hände nur relativ wenige Bestände aus deutschen Dienststellen gefallen sein. Unter anderem sind dies Teile der Akten des Militärbefehlshabers Frankreich und von Kultur- und Propagandadienststellen, die heute im Pariser Nationalarchiv aufbewahrt werden. Dort befinden sich heute auch Akten des Volksgeschichtshofs aus Verfahren gegen französische Bürger, die ursprünglich von den Amerikanern beschlagnahmt worden waren. Einige Departementalarhive sind im Besitz von Beständen regionaler Dienststellen. Mit Informationen über den Verbleib beschlagnahmter deutscher Akten hält die französische Regierung ähnlich hinter den Berg wie die der Sowjetunion. Heinz Boberach, ein hoher Beamter des Bundesarchivs Koblenz, berichtet über seine eigenen Nachforschungen unter anderem: „Ob die französischen Truppen, die südwestdeutsche Gebiete eroberten, und die Behörden in der französischen Zone nach deren Räumung durch die US-Truppen noch deutsches Schriftgut beschlagnahmt haben und wo dieses geblieben ist, war nicht zu ermitteln; immerhin gibt es z.B. mehrere Zeugen, die Akten der Koblenzer Gestapo nach Kriegsende beim französischen Geheimdienst gesehen haben wollen.“¹¹

Briten und Amerikaner hatten bereits 1943 die gemeinsame Military Intelligence Record Section (MIRS) gebildet, deren Aufgabe es war, feindliche Akten auszuwerten, die ihnen in die Hände gefallen waren. Nach Kriegsende wurde das gesamte beschlagnahmte Material im Ministerial Collecting Center bei Kassel und in Document Centers bei Darmstadt gesammelt und ausgewertet. Bestände, die für die Besatzungsbehörden uninteressant waren, gaben sie an die zuständigen deutschen Behörden bzw. an das 1952 eröffnete Bundesarchiv zurück. Das zentrale NSDAP-Schriftgut, vorwiegend Mitgliederkarteien, wurde im Berlin Document Center (BDC) eingelagert.¹²

Die Entstehung des BDC ist eine kennzeichnende Episode aus den letzten Tagen der Nazierrschaft. Als sich die US-Army im April 1945 auf München zubewegte, ging die SS hastig daran, Parteiunterlagen aus der Reichs-

leitung im Braunen Haus fortzuschaffen und zu vernichten. Beim Besitzer einer Papiermühle in der Nähe der bayrischen Hauptstadt fuhr in jenen Tagen ein Lastwagenkonvoi vor, SS-Leute begannen Kisten und Kartons abzuladen. Ein Offizier beauftragte den Müller mit der Vernichtung der geheimen Akten. Der aber ließ die Sache auf sich beruhen und übergab die Unterlagen kurz darauf den Amerikanern, die bald erkannten, daß ihnen wertvolle Beute in die Hände gefallen war. Die Kisten enthielten den Großteil, rund neunzig Prozent, der Mitgliederkartei der NSDAP. In den folgenden Monaten tauchten in Eisenbahnwaggons, Bergwerken, Schloßkellern und anderen Verstecken noch weitere Unterlagen auf, die der Vernichtung entgangen waren. Das gesamte Material wurde nach Berlin geschafft und dem dortigen 7771 Document Center OMGUS übergeben, einer Behörde der US-Militärregierung. Dort sammelten sich in kurzer Zeit wertvolle Unterlagen an, so auch das Archiv des Auswärtigen Amtes und das nicht personenbezogene Archiv der SS. Ersteres befindet sich seit langem wieder beim Bonner Außenministerium, während das letztere in den sechziger Jahren dem Bundesarchiv übergeben wurde. Zunächst wurden mit Hilfe der Unterlagen des BDC Deutsche überprüft, die bei den Alliierten arbeiten wollten, später dann auch die neuen Stellenbewerber bei deutschen Behörden. Die Entnazifizierungsspruchkammern besorgten sich hier ebenso Material wie die Ankläger der Nürnberger Prozesse. Jahre später bedienten sich seiner auch deutsche Staatsanwälte aus allen Bundesländern und die Ludwigsburger Zentralstelle der Landesjustizverwaltungen für anstehende NS-Verfahren. Diese Art der Benutzung – personenbezogene Überprüfungen – veranlaßte die amerikanischen Behörden, das Archiv personenbezogen in alphabetischer Reihenfolge zu ordnen. Zu diesem Zweck wurden viele Aktenbestände aus ihrem ursprünglichen Zusammenhang gerissen, was heute die Benutzung vor allem für die regionale Zeitgeschichtsforschung umständlich und zeitraubend macht. Denn jeder Parteigenosse hatte seinerzeit zwei Karteikarten, von denen eine alphabetisch nach dem Namen, die andere aber regional nach Gauen, Kreisen und Ortgruppen abgelegt wurde. Diese regionale Ordnung wurde bedauerlicherweise vollkommen aufgelöst. Die insgesamt rund 30 Millionen Akten des BDC sollten ursprünglich nach Abschluß der Entnazifizierung vernichtet werden. Nachdem die US-Behörden aber erkannt hatten, „daß es“, so der Direktor des Document Center, Daniel Simon, „einmalige historische Dokumente sind“, die sie da hüteten, beschäftigten sie 350 Angestellte 15 Jahre lang damit, diese Dokumente zu sortieren und zu verzeichnen.¹³

Anderes Schriftgut, das die US-Army beschlagnahmt hatte – Akten des Heeres, des Oberkommandos der Wehrmacht, der Luftwaffe und große Mengen von Einzelakten unterschiedlicher Herkunft –, wurden ab 1950 bei der Departmental Record Branch in Alexandria, Virginia, gelagert und später von den National Archives als World War II Records Division in ihre

Bestände eingegliedert.¹⁴ Mit der Rückführung dieser Bestände an das Bundesarchiv wurde 1958 begonnen; 1968 war die Rückgabe des zivilen Schriftguts nahezu abgeschlossen, während vom militärischen noch 15 bis 20 Prozent fehlten.¹⁵

Die britische Militärregierung schaffte nach dem Krieg Unterlagen der Kriegsmarine, der Reichskanzlei und des Auswärtigen Amtes nach Whaddon Hall in England, gab sie aber seit 1959 bis auf geringe Reste an das Bundesarchiv zurück.¹⁶ Britische wie amerikanische Bestände wurden vor der Rückgabe mikroverfilmt, gleichzeitig erschienen Kataloge mit Inhaltsangaben der verfilmten Akten. Mit ihrer Hilfe kann jeder Interessent gezielt Filmkopien zu Festpreisen erwerben.¹⁷

Zurückgegeben wurden aber nur Akten aus den staatlichen Archiven der Besatzungsmächte. Daneben existieren, über die ganze Erde verstreut, große Mengen weiterer amtlicher und NS-Akten, bei denen mit einer Rückführung nicht zu rechnen ist, weil sie nicht offiziell beschlagnahmt wurden: Besatzungssoldaten hatten sie als Souvenir mitgenommen, und schließlich landeten sie auf Umwegen als Geschenke in Institutionen, Universitäten und Bibliotheken.¹⁸ Solche Bestände lagern beispielsweise bei der Library of Congress in Washington, D. C., der Hoover Institution in Stanford, California, dem Yivo-Institute for Jewish Research in New York, der Alderman Library der University of Virginia, der Wiener Library in London, im Centre de Documentation in Paris, im Amsterdamer Rijksinstitut voor Orloogs-dokumentatie und im Yad Washem in Jerusalem.¹⁹ Unterlagen über die Häftlinge der Konzentrationslager, deportierte Juden und ausländische Zwangsarbeiter erhielt der Internationale Suchdienst des Roten Kreuzes in Arolsen / Waldeck.²⁰

Schriftgut der Besatzungsmächte

Aktenmaterial, das nach dem Krieg bei den alliierten Besatzungsbehörden entstand, ist der historischen Forschung teils mehr, teils weniger zugänglich – entsprechend den Vereinbarungen, die mit den Regierungen dieser Staaten bisher getroffen, oder nicht getroffen, werden konnten. Am umfassendsten sind bislang die Unterlagen der amerikanischen Militärregierung – Office of Military Government for Germany, United States, kurz OMGUS genannt – zugänglich gemacht worden. Wolfgang Mommsen nahm während seiner Amtszeit als Präsident des Bundesarchivs 1967 bis 1972 Kontakte zu den National Archives in Washington auf, um bei den dortigen Behörden Verständnis für das Interesse der westdeutschen Geschichtswissenschaft an diesem Material zu wecken. 1970 bewegte er den Bundesinnenminister zu einer verbindlichen Aussage über die besondere kulturpolitische Bedeutung einer Erschließung und Verfilmung der OMGUS-Akten. Außer-

dem gelang es ihm, für das Projekt finanzielle Mittel der Stiftung Volkswagenwerk zu sichern. Nach zweijährigen Verhandlungen einigten sich die National Archives der USA auf der einen, das Bundesarchiv und das Münchner Institut für Zeitgeschichte auf der anderen Seite auf das „German-American Joint Program to Describe and Reproduce OMGUS-Records“.²¹ An der Erschließung des Materials waren neben den genannten deutschen Institutionen auch die Landesarchivverwaltungen der einzelnen Bundesländer, das Zentralinstitut für sozialwissenschaftliche Forschung der Freien Universität Berlin und der Arbeitskreis Nachkriegsgeschichte Ruhr beteiligt. Das Programm war auf vier bis fünf Jahre angelegt und lieferte insgesamt mehr als sechs Millionen Einzelnegative auf 16mm-Film.²² Von sämtlichen vorhandenen Akten wurden Beschreibungen angefertigt, sogenannte data sheets, die Verfilmung jedoch erfolgte selektiv, nach Maßgabe der Archivwürdigkeit.²³

Die verfilmten Teile der zentralen OMGUS-Verwaltung werden im Bundesarchiv und im Institut für Zeitgeschichte gelagert, die Filme von den Akten der Militärregierungen der Länder in den zuständigen Staatsarchiven. Materialien, die für die Geschichte einzelner Städte interessant sind, wurden, wie in Bremerhaven, auch von Stadtarchiven in Kopie übernommen. Kopien relevanter Teile wurden außerdem vom Berliner Zentralinstitut für sozialwissenschaftliche Forschung und von der Stiftung Westfälisches Wirtschaftsarchiv erworben.²⁴

Das OMGUS-Programm schloß eine empfindliche Lücke in der Quellenlage für die deutsche Nachkriegsgeschichte auf gesamtstaatlicher wie auf regionaler Ebene. Denn die bis zu seinem Abschluß allein zugänglichen Akten der deutschen Behörden, deren Kompetenzen während der Besatzungszeit sehr eingeschränkt waren, konnten für sich genommen die Jahre 1945 bis 1949 nur unvollständig dokumentieren. Soviel zum immateriellen Gegenwert der mehr als zwei Millionen Dollars, die in das Projekt investiert wurden.²⁵ Das britische Gegenstück zu den OMGUS-Dokumenten, die Akten der Control Commission for Germany, British Element, sind inzwischen ebenfalls freigegeben worden und stehen damit der Forschung zur Verfügung. Dagegen hält die Sowjetunion die Unterlagen aus ihrer früheren Besatzungszone nach wie vor unter Verschuß.²⁶

Für Südbaden besonders wichtig sind natürlich die Akten der französischen Militärregierung, die ihren Sitz in Baden-Baden hatte. Nach Ablauf der im französischen Archivgesetz vom 3. Januar 1979 verankerten dreißigjährigen Sperrfrist sind sie für die Forschung frei zugänglich, wie die französische Botschaft dem Bonner Auswärtigen Amt mit Note vom 15. November 1982 mitteilte. Die Unterlagen befinden sich inzwischen im Archives de l'Occupation in Colmar und können dort im Benutzersaal eingesehen werden.²⁷ In Colmar befinden sich auch die Akten der französischen Sektion der Alli-

ierten Hohen Kommission für Deutschland, die allerdings entgegen dem Wortlaut des Archivgesetzes nicht zugänglich sind – überhaupt soll der Umgang französischer Archive mit Sperrfristen sehr undurchsichtig sein, wie der Freiburger Historiker Elmar Krautkrämer berichtet.²⁸

Außer den Akten der französischen Besatzungsbehörden enthält das Archives de l'Occupation auch die Unterlagen von Prozessen wegen Kriegsverbrechen, die auf deutschem Boden gegen französische Staatsangehörige begangen wurden. Dazu gehören die Prozeßakten des Tribunal General du Gouvernement Militaire in Rastatt, der für die einzelnen Regionen zuständigen Tribunaux intermédiaires du Gouvernement Militaire und der lokalen Tribunaux sommaires du Gouvernement Militaire.²⁹

Kriegsverbrechen, die auf französischem Territorium einschließlich Elsaß und Lothringen begangen wurden, wurden dagegen vor französischen Militärgerichten verhandelt. Deren Unterlagen erhielt das Dépôt Central d'Archives de la Justice Militaire in Le Blanc (Indre).³⁰ Dort werden auch die Aktenbestände der Militärgefängnisse in der französischen Besatzungszone gelagert, außerdem die Verwaltungsakten der zentralen Dienststellen der Militärjustizverwaltung, in der Hauptsache Gnadengesuche und sonstige Eingaben.

Das Archives de service de recherches des crimes de guerre, das die Unterlagen über die Ermittlungen zur Aufklärung von Kriegsverbrechen im besetzten Frankreich enthält, wird ebenfalls im Depot Central aufbewahrt. Im Gegensatz zum Archives de l'Occupation unterliegen die Bestände des Dépôt Central, sofern sie Kriegsverbrechen betreffen, einer Sperrfrist, die erst Mitte des 21. Jahrhunderts abläuft. Die übrigen Unterlagen sind für die Dauer von 50 Jahren nach Schließung des Dossiers gesperrt.³¹ Zwar besteht eine Ausnahmeregelung, die in bestimmten Fällen eine frühere Öffnung ermöglicht, doch lagen Erfahrungen deutscher Historiker mit dieser Regelung zumindest bis 1984 noch nicht vor.³²

2. Archive und Archivalien für die badische Zeitgeschichte

Aus Akten werden Archivalien – Sammlungs- und Ordnungsprinzipien im Archivwesen

Nicht alle Akten, die eine Behörde ausscheidet, werden vom zuständigen Archiv aufgenommen – das Fassungsvermögen der Archive würde dazu nicht ausreichen. Vor der endgültigen Archivierung werden Registraturen deshalb auf ihre Archivwürdigkeit hin überprüft, was diese Prüfung nicht besteht wird vernichtet. Die Archivsprache bezeichnet diesen Vorgang als

Kassation. Maßgebend für die Beurteilung der Archivwürdigkeit ist die historische Bedeutung eines Gegenstands bzw. bei geringerer Bedeutung die Frage, ob er für die Zeit seiner Entstehung repräsentativ ist. Die Problematik der Kassation ist nicht zu übersehen. Sie ist, wie der Mannheimer Stadtarchivar Jörg Schadt es formuliert, „ein schicksalhafter Eingriff, der darüber entscheidet, was spätere Generationen von unserer Zeit wissen werden.“³³

Hat das Dokumentationsgut die Hürde der Kassation genommen, wird es einem Aktenbestand angegliedert. Die Bestandsbildung erfolgt nach einem festen Schema, das sich im Lauf der Geschichte des Archivwesens herausgebildet hat: nach dem Provenienzprinzip. Das bedeutet, daß Akten, die bei einer bestimmten Behörde, Einrichtung oder Einzelperson entstanden sind, zu einem Bestand zusammengefaßt werden, der nur diesem Registraturbildner vorbehalten ist.³⁴ Bis ins 19. Jahrhundert war neben dem Provenienzprinzip ein weiteres Ordnungsschema gebräuchlich: das Pertinenzprinzip. Hierbei werden Archivalien nicht nach ihrer Herkunft, sondern nach ihrem Sachinhalt geordnet. Dieses Verfahren wenden etwa Museen an, die zu vorgegebenen Themen Material unterschiedlicher Herkunft sammeln. Im Archivbereich geriet das Pertinenzprinzip außer Gebrauch, weil es „zwar für sachthematische Fragestellungen reizvoll erschien, (...) aber mit seinen schwer übersehbaren Sachgruppen zumeist kaum überwindliche Probleme bot.“³⁵

Das Provenienzprinzip setzte sich schließlich wegen seiner größeren Zweckmäßigkeit durch. „Der entscheidende Vorteil der Bestandsbildung auf der Grundlage des Provenienzgedankens ist die Gewinnung relativ klar abgegrenzter, in sich abgeschlossener Einheiten, in denen das ins Archiv gelangte Schrift- und Dokumentationsgut unter weitgehender Wahrung des ursprünglichen Organisations- und Registraturzusammenhangs von der Kompetenz der jeweiligen Stelle her erschlossen werden kann.“³⁶ Das reine Provenienzprinzip kann allerdings auch gelegentlich durchbrochen werden: wenn beispielsweise zur Zeit der Entstehung eines Archivs Sachgruppen einer Behördenregistratur durch Bestände anderer Behörden ergänzt wurden. In diesem Fall spricht man von einem Mischbestand.³⁷

Die nach Maßgabe der Provenienz geordneten Bestände werden nach der historischen Chronologie zu Bestandsgruppen oder Abteilungen zusammengefaßt und erhalten fortlaufende Signaturen. Für die chronologische Ordnung der Abteilungen sind geschichtliche Ereignisse und Epocheneinteilungen allerdings nur insofern von Bedeutung, als sie gleichzeitig „Einschnitte in die Territorialentwicklung oder in der Verwaltungs- und Registraturorganisation markieren.“³⁸

In der Regel ist der Zuständigkeitsbereich eines Archivs klar abgegrenzt: er bezieht sich einerseits auf historische Territorialgrenzen und zum andern

auf moderne Verwaltungsbezirke. Bei der Suche nach Quellen sollte deshalb zuerst die genaue Herkunft – Behörde, Institution, Person, Zeit – des Materials bestimmt werden, das benötigt wird. Aus dieser Bestimmung ergibt sich zwangsläufig das Archiv, in dem es aufbewahrt wird. Für das weitere Vorgehen – vom Archiv zur Abteilung, von der Abteilung zum Bestand, vom Bestand zur gesuchten Einzelakte – verfügen die meisten Archive über Hilfsmittel wie Kataloge, Findbücher, Bestandsübersichten und Archivführer, mit deren Hilfe sich die gesuchten Unterlagen auffinden lassen.

Kommunalarchive

Ursprünglich hatten kommunale Archive lediglich die Aufgabe, abgeschlossene Akten der Stadt- und Gemeindeverwaltung aufzubewahren und sie ihr bei Bedarf wieder zugänglich zu machen.³⁹ Vor etwa 150 Jahren begannen dann Historiker in zunehmendem Maß, diese Bestände für die Geschichtsschreibung auszuwerten. Seither hat sich die Tätigkeit der Kommunalarchive erheblich erweitert: sie archivieren inzwischen zusätzliche Materialien, die die Entwicklung der Gemeinde dokumentieren, wie etwa Lokalzeitungen, Fotografien, Tonträger, Nachlässe, Flugschriften, Plakate und dergleichen.⁴⁰

Akten von staatlichen Behörden, die eine Gemeinde betreffen, finden sich in deren Archiv nicht – dafür sind die staatlichen Archive zuständig. Für die Jahre des NS-Regimes wirkt sich diese Einseitigkeit besonders gravierend aus: der Einfluß von NSDAP, Wehrmacht und Wirtschaft schlug sich in den Kommunalarchiven nicht oder höchstens indirekt nieder, etwa in Schriftwechseln mit den jeweiligen Stellen.

Zusätzlich erschwert wird die Quellenlage für die Lokalgeschichte durch Kompetenzverlagerungen während des 2. Weltkriegs. Auf der 5. Landesfachbesprechung über Fragen des Archivwesens ging der Bochumer Stadtarchivdirektor Dr. Croon auf dieses Problem ein: „(. . .) die kommunalen Akten lassen das Wirken der NSDAP nur zum Teil erkennen. Für viele Aufgabenbereiche, wie politische Polizei oder Maßnahmen gegen die Juden, waren die Städte und Kreise nicht zuständig. Andererseits waren in den letzten Kriegsjahren Feuerwehr und städtische Polizei dem Reichsführer SS unterstellt. Diese Akten enthalten somit viele interessante Einzelheiten. In Sachakten der allgemeinen Verwaltung finden sich zwar auch zahlreiche Angaben. Es ist aber nicht leicht, sie in Hinsicht auf das Wirken der Partei zu erschließen und sie bei ihrer Lückenhaftigkeit auszuwerten.“⁴¹ Er empfahl bei Fehlen anderer Quellen das Studium der Lokalpresse als „wichtigste Quelle für die NS-Zeit (. . .) im kommunalen Sektor.“⁴²

Ähnliches wie für die NSDAP gilt für die Kriegswirtschaft, die sich ebenfalls nur fragmentarisch aus den kommunalen Akten rekonstruieren läßt, wenn man von den Gesetzen, Verordnungen und Erlassen absieht, die zusammen mit dem laufenden Schriftwechsel zu den Akten genommen wurden. Da Firmen und Wirtschaftsverbände über die Gemeindeverwaltungen hinweg eng mit staatlichen und Parteistellen kooperierten, können Kommunalarchive auch hier nur sehr eingeschränkt zur Aufklärung beitragen.

Wenn die Überlieferung eines Kommunalarchivs sehr lückenhaft ist, kann eine Ersatz- oder Ergänzungsdokumentation erstellt werden. Dazu werden Kopien von Betreffen zur Stadtgeschichte aus anderen Archiven zusammengetragen, beispielsweise staatliche Gegenakten. „Diese Tätigkeit, ursprünglich als Ergänzungsdokumentation gedacht, wird dort sogar zwingend, wo städtisches Schriftgut verlorengegangen ist. Derartige Verluste sind während des Zweiten Weltkriegs in vielen Städten eingetreten.“⁴³

Wegen der eingeschränkten Kompetenz der deutschen Behörden während der Besatzungszeit ist das Dokumentationsgut der kommunalen Archive auch für die Jahre 1945 bis 1949 sehr lückenhaft. Für Ergänzungsdokumentationen kommen hier in erster Linie die Akten der Alliierten in Frage. Eine weitere Möglichkeit, Überlieferungslücken zu schließen, sind die Erinnerungen von Zeitzeugen: sie schreiben sie entweder selbst nieder, oder der Archivar führt mit ihnen Gespräche, die auf Tonband festgehalten werden.⁴⁴

Staatsarchiv Freiburg

Das Freiburger Staatsarchiv ging aus dem 1947 für das Land (Süd)Baden gegründeten Landesarchivamt hervor und war von 1952 bis 1975 Außenstelle des Generallandesarchivs Karlsruhe. Seine Zuständigkeit erstreckte sich zunächst auf das Land (Süd)Baden, seit 1952 auf den Regierungsbezirk Südbaden bzw. Freiburg einschließlich der hier gelegenen unteren und mittleren Bundesbehörden. Zum 1. Januar 1975 wurde die Archivverwaltung in Baden-Württemberg neu gegliedert, gleichzeitig erhielt die bisherige Außenstelle Freiburg den Status als selbständiges Staatsarchiv für den Regierungsbezirk Freiburg „einschließlich der Zuständigkeit für die Landes- und Kreisbeschreibung.“⁴⁵

Zu seinen wichtigsten Beständen gehören die Akten des Landtags und der Zentralbehörden von (Südbaden) zwischen 1945 und 1952, der Bezirks- bzw. seit 1939 Landratsämter, der Amtsgerichte und Landgerichte, des Entschädigungsgerichts Freiburg und des Staatssekretariats für politische Säuberung.⁴⁶ Ein kleiner, knapp 70 Faszikel umfassender Bestand enthält Akten aus den Jahren 1934 bis 1945, die von den Amerikanern beschlag-

nahmt worden waren und später aus Alexandria wieder an die Bundesrepublik zurückgegeben wurden. Insgesamt mißt der Gesamtbestand des Staatsarchivs stattliche 10,3 Kilometer, die Jahr für Jahr um weitere 300 Meter anwachsen.⁴⁷

Generallandesarchiv Karlsruhe

Das Generallandesarchiv (GLA) ist Nachfolger des ehemaligen Staatsarchivs des Großherzogtums Baden und seit Gründung des Landes Baden-Württemberg Staatsarchiv für den Regierungsbezirk Karlsruhe. In seinen Zuständigkeitsbereich fällt die Landes- und Kreisbeschreibung für diesen Regierungsbezirk. Was die Restaurierung und Verfilmung von Akten sowie die Beratung der Kreise und Gemeinden in Fragen der kommunalen Heraldik angeht, ist das GLA aber auch für den Regierungsbezirk Freiburg zuständig.⁴⁸

Für die Zeitgeschichte besonders interessant sind die Akten der badischen Ministerien, der badischen Ober-, Mittel- und Unterbehörden und der badischen Gerichte, vor allem des Sondergerichts Mannheim.⁴⁹ Außerdem werden im GLA aus Alexandria zurückgegebene Bestände aufbewahrt. Sie enthalten unter anderem Lageberichte der Kreisleitungen und der Gauleitung über die Stimmung unter der Bevölkerung, über die Aktivität der Kirchen, über die Lage in der Landwirtschaft und über das Verhalten der Zwangsarbeiter, sowie Akten zahlreicher NS-Organisationen und Unterlagen der Gauwirtschaftskammer.⁵⁰

Bundesarchiv / Militärarchiv

Am 24. März 1950 beschloß die Bundesregierung die Errichtung eines Bundesarchivs, das dann zwei Jahre später, am 3. Juni 1952, seine Arbeit aufnahm.⁵¹ Es sollte die Akten der Bundesregierung, die Bestände des ehemaligen Reichsarchivs, der ehemaligen Reichsbehörden, der Wehrmacht, der Besatzungsbehörden und von den Alliierten zurückgegebene Akten aufnehmen. Auch für Archivalien von bundesweitem Interesse, die private Institutionen, Verbände und Privatpersonen, die für das öffentliche Leben bestimmend sind, freiwillig zur Verfügung stellen, ist das Bundesarchiv zuständig.⁵²

Seine Bestände können hier nur gestreift werden: allein der gedruckte Archivführer umfaßt mehr als tausend Seiten,⁵³ und die Findbücher füllen bereits mehrere Meter Regale. Eine Broschüre des Bundesarchivs gibt einen Überblick über die wichtigsten Dokumente aus der Zeit der Nazi-herrschaft: „Neben den (. . .) vollständigen Akten der Reichskanzlei, die zumindest für

die Frühzeit eine ebenso umfassende wie zuverlässige Quelle für die Geschehnisse jener Zeit darstellen, und den Akten des Reichsfinanzministeriums, die für den Zeitraum 1933–1945 fast 25000 Bände umfassen, sind hier vor allem zu nennen die Generalakten des Reichsjustizministeriums ab 1934 oder aus dem Geschäftsbereich des Reichsführers SS und Chefs der Deutschen Polizei Heinrich Himmler die Akten insbesondere seines Persönlichen Stabes, des Hauptamtes Ordnungspolizei und des Reichssicherheitshauptamtes, darunter Quellen zur Geschichte des Widerstandes gegen das nationalsozialistische Regime. Aus dem Bereich der Wirtschaft ist auf bedeutsame Akten von nachgeordneten Stellen des Reichswirtschaftsministeriums hinzuweisen, außerdem auf Schriftgut des Reichsministeriums für Rüstung und Kriegsproduktion, das als aussagekräftigsten Teil die Korrespondenzreihen aus dem Büro des Ministers Speer enthält. In diesem Zusammenhang ist auch das Schriftgut der NSDAP, der staatstragenden Partei des Dritten Reiches, unentbehrlich, ebenso wie das militärische Schriftgut.“⁵⁴

Das militärische Schriftgut wurde von 1968 an, „bis zur kleinsten Einheit,“⁵⁵ vom Militärarchiv in Freiburg übernommen, das den größten Teil der erhaltenen Dokumente der Wehrmacht enthält, „darunter Akten des Oberkommandos der Wehrmacht mit Führungsstab und Wehrwirtschaft- und Rüstungsamt, des Oberkommandos des Heeres mit Generalstab und Chef der Heeresarchive, Kriegstagebücher der Heeresgruppen, Armeen, Korps und Divisionen, der schwimmenden Einheiten der Kriegsmarine, schließlich auch Schriftgut aus dem Reichsluftfahrtministerium und von Verbänden der Waffen-SS.“⁵⁶ Auf regionale Betreffe stößt man überall, für Baden besonders herauszuheben sind die Kriegstagebücher und Einzelakten der Rüstungskommandos und Rüstungsinspektionen, die mit der Koordination der Kriegs- und Rüstungswirtschaft auf Wehrkreisebene beauftragt waren,⁵⁷ und Unterlagen zu Kriegsgefangenenlagern.⁵⁸

Aus der Nachkriegszeit besitzt das Bundesarchiv die OMGUS-Dokumente, außerdem Akten des Länderrats des vereinigten Wirtschaftsgebiets, der Büros der Ministerpräsidenten des amerikanischen, britischen und französischen Besatzungsgebiets und Bestände einzelner Fachverwaltungen aus den Jahren 1945 bis 1949.⁵⁹

Deutsches Zentralarchiv

Dem Bundesarchiv als Sammelstelle für Schriftgut der oberen staatlichen Behörden entspricht in der DDR das Deutsche Zentralarchiv in Potsdam. Es enthält den größten Teil der Registraturen der Reichsministerien des Innern, für Wirtschaft, Ernährung und Landwirtschaft, Arbeit, kirchliche Angelegenheiten, Verkehr, Wissenschaft, sowie Erziehung und Volksbildung, sofern sie nicht bis Kriegsende zerstört oder vernichtet wurden.⁶⁰

Für die Zeit seit 1945 ist das Deutsche Zentralarchiv „zuständig für das Archivgut der nach der Zerschlagung des faschistischen Staatsapparates seit 1945 auf dem Gebiet der DDR gebildeten zentralen Organe und Einrichtungen des Staatsapparates sowie der wirtschaftslenkenden Organe.“ Eine weitere Abteilung enthält das Archivgut der obersten Behörden des ehemaligen preußischen Staates.⁶¹

Deutsches Militärarchiv

1945 von der Sowjetunion beschlagnahmte Bestände der Heeresarchive Potsdam und Dresden wurden 1954 / 1955 an die DDR zurückgegeben und lagern heute im Deutschen Militärarchiv in Potsdam, das 1964 gegründet wurde.⁶² Rudolf Studanski, ein leitender Archivar der DDR, schrieb 1966 über den Zustand dieser Überlieferungen: „Das Material des Heeresarchivs Dresden ist fast vollständig erhalten geblieben, wenn man von vereinzelt Verlusten absieht, die durch Kriegseinwirkungen entstanden sind. Die Verluste des Heeresarchivs Potsdam liegen bedeutend höher. Große Teile des preußischen Bestandes, der Reichswehr und Wehrmacht gingen beim amerikanischen Terrorangriff auf Potsdam verloren. Nach Westdeutschland ausgelagerte Teile, vor allem Materialien der Wehrmacht, wurden am Ende des Krieges von amerikanischen Behörden beschlagnahmt.“⁶³

Insgesamt sind die Bestände des Deutschen Militärarchivs für die Zeit von 1933 bis 1945 nicht sehr umfangreich – der überwiegende Teil des erhalten gebliebenen Materials gelangte ins Militärarchiv in Freiburg.⁶⁴ Zu den entsprechenden Beständen des Deutschen Militärarchivs in Potsdam schreibt Studanski: „Dessen ungeachtet befinden sich bedeutende Bestände im DMA. Dazu gehört auch eine Kartensammlung von ca. 3500 Karten der beiden Weltkriege. Außerdem gehören zum Bestand vor 1945 noch Originale und Fotokopien vom Schriftgut der Wehrmacht, die von privater Seite an das DMA übergeben wurden sowie eine Reihe von Nachlässen.“⁶⁵

Zentrale Stelle der Landesjustizverwaltungen

Einer der wichtigsten Quellenfundorte für die NS-Zeit ist kein Archiv, sondern eine Einrichtung der Länderjustizverwaltungen: die Zentrale Stelle der Landesjustizverwaltungen in Ludwigsburg. Sie wurde 1958 von den Justizministern und Justizsenatoren der Bundesländer gegründet, um zur Aufklärung von NS-Verbrechen beizutragen. Zunächst richteten sich die Ermittlungen nur auf Verbrechen, die außerhalb des heutigen Bundesgebietes begangen wurden, vor allem im Osten. Erst Mitte der sechziger Jahre gingen die Justizminister der Länder dazu über, die Zentralstelle auch mit der Ermittlung gegen Täter zu beauftragen, die ihre Verbrechen auf dem Territorium der heutigen Bundesrepublik begangen hatten.

Dabei kommt der Zentralstelle die Aufgabe zu, Vorermittlungen zu führen, um Tatverdächtigen auf die Spur zu kommen. Ist dabei gerichtsrelevantes Material zum Vorschein gekommen, werden die zuständigen Staatsanwaltschaften mit der Anklageerhebung beauftragt. Auf diese Weise hat die Ludwigsburger Behörde maßgeblich an der Vorbereitung großer Verfahren wie etwa des Majdanek- und des Auschwitzprozesses mitgewirkt. In den ersten dreißig Jahren ihres Bestehens wurden rund 5400 Verfahren an die zuständigen Staatsanwaltschaften weitergeleitet, darunter viele Sammelfälle, die dann in insgesamt 13000 Verfahren aufgelöst wurden. Verurteilt wurden auf Grund dieser Vorermittlungen aber insgesamt nur rund 800 Personen.⁶⁶

Der lasche Umgang der deutschen Justiz mit NS-Verbrechern war immer wieder Anlaß für Kritik aus dem In- und Ausland, zuletzt bei einem internationalen Symposium anläßlich des dreißigjährigen Bestehens der Zentralstelle im September 1988, wo Historiker und Juristen aus den USA ebenso wie aus Polen und der Tschechoslowakei unter anderem die restriktiven deutschen Archivgesetze dafür verantwortlich machten, daß vielfach Mörder ungeschoren davorkamen.⁶⁷

Oder war auch der erste der obersten Ludwigsburger NS-Fahnder daran beteiligt, Ermittlungen niederzuschlagen? Mitte der sechziger Jahre enthüllten Journalisten aus der DDR, daß Oberstaatsanwalt Erwin Schüle, der erste Leiter der Zentralstelle, selbst Mitglied der NSDAP und der SA gewesen war. Da er die Vorwürfe nicht entkräften konnte, trat er 1966 von seinem Amt zurück. Heute wird die Behörde von drei Oberstaatsanwälten geleitet, amtierender Leiter ist Alfred Streim.⁶⁸

Wenn man sich die Fülle der durchgeführten Ermittlungsverfahren vergegenwärtigt, dann erhält man einen Begriff davon, welch umfangreiches Material die Zeitgeschichtsforschung in Ludwigsburg erwartet. In den letzten Jahren ist es noch weiter angewachsen. 1986 überließ die UNO-Kommission für Massenverbrechen während des Zweiten Weltkriegs der Zentralstelle Karteien mit den Namen von zehntausenden Verdächtigen und Zeugen. Auch wenn die Zeit inzwischen für die Täter gearbeitet hat – drei Viertel der Fälle mußten wegen Todesfall oder anderweitiger Prozesse zu den Akten gelegt werden –, so kommt hier auf die Historiker eine neue Überlieferung zu, die noch der Auswertung harret.⁶⁹

Berlin Document Center

In Berlin-Zehlendorf, Wasserkäfersteig 1, ist in einem Gebäude der Deutschen Bundespost das BDC untergebracht. Bis 1945 war das Haus Eigentum der Reichspost, hier hörte die Gestapo Fern- und Auslandsgespräche ab. Im Document Center lagern in einem Kellergeschoß von 90 auf 45 Meter insge-

samt etwa 30 Millionen Akten, rund 400 Tonnen Papier. Das Parteiarchiv der NSDAP ist zu 90 Prozent vorhanden, es umfaßt 10,7 Millionen alphabetisch geordnete Karteikarten. Außerdem befinden sich hier 60 Prozent der Personalakten der SS, rund 600000 Einzelakten. Dazu kommen: eine halbe Million Akten aus dem Rasse- und Siedlungs-Hauptamt; 1,5 Millionen Parteikorrespondenzen; je einige hunderttausend Personalakten der SA, des NS-Lehrerbundes, des NS-Bundes Deutscher Techniker und anderer NS-Organisationen; Angaben über etwa zweieinhalb Millionen „volksdeutsche“ Einwanderer; sowie Akten der Reichskulturkammer, des Volksgerichtshofs und verschiedener Gestapo-Dienststellen.

Das BDC untersteht dem Washingtoner State Department und wird von der US-Mission in Westberlin verwaltet. Zur Zeit arbeiten unter seinem amerikanischen Direktor Daniel Simon 39 deutsche Angestellte. Bestrebungen, das BDC in deutsche Verwaltung zu übergeben, sind seit 1967 in Gang, blieben jedoch aus wechselnden Gründen ohne Erfolg. Ungelöste Fragen des uneingeschränkten Zugangs für amerikanische Behörden und Wissenschaftler, des Persönlichkeitsschutzes für kleine Nazis, der Benutzerordnung und eines neuen Berlin-Abkommens der vier Besatzungsmächte mußten bereits als Vorwände für eine Aufschiebung der Übergabe dienen, inzwischen sind neue hinzugekommen.

Eine der Bedingungen der USA für eine Übergabe des Document Center an die Bundesregierung war die Verfilmung der Bestände auf deutsche Kosten. Als die Übergabeverhandlungen nicht vom Fleck kamen, wurde 1974 die Verfilmung auf halbem Weg eingestellt. 1980 sagte die Regierung Schmidt den USA dann doch einen vollständigen Satz Mikrofilme zu. Die Regierung Kohl stellte im Bundeshaushalt seit 1985 insgesamt drei Millionen Mark für die Übernahme des BDC bereit, hielt diese Mittel aber gesperrt, weil nicht eindeutig geklärt war, ob die USA das Archiv nach Abschluß der Verfilmung tatsächlich übergeben würden. Das ist inzwischen verbindlich zugesagt, aber nun gibt es neue Verzögerungen: zuerst wollen die USA die Briten und Franzosen konsultieren und das Eigentumsrecht an den Dokumenten prüfen. Die Übergabe des Document Center dürfte also zur Erleichterung vieler ehemaliger Parteigenossen noch einige Jahre auf sich warten lassen.

Inzwischen haben aber auch ganz andere Kreise die Schätze dieses Archivs zu würdigen gelernt. Bei über zwanzig Razzien im gesamten Bundesgebiet stellten Staatsanwälte mittlerweile 1500 Originale aus dem BDC sicher, die über eine undichte Stelle in der Behörde ihren Weg zu Militaria-Händlern und in Auktionshäuser bis nach London und New York genommen hatten. Die Dunkelziffer beläuft sich auf ein Vielfaches: manche Schätzungen gehen von 80000 verschwundenen und verschacherten Dokumenten aus. Der Deal mit gestohlenen Nazi-Akten ist einträglich: das Soldbuch eines SS-

Rottenführers wechselt für 450, ein Brief von Bormann immerhin für 800 Mark den Besitzer, während eine handschriftliche Aktennotiz von Himmler schon 1500 Mark einbrachte. So ist es nicht verwunderlich, daß Konrad Kujau, der bekannte Ghostwriter von Hitlers Tagebüchern, den ‚Stern‘ nicht allein durch Flunkereien, sondern auch mit Originalunterlagen aus dem Berliner Document Center aufs Kreuz legen konnte.⁷⁰

Sonstige Archive

Es ist hier noch auf einige nichtstaatliche Institutionen hinzuweisen, die Dokumente aufbewahren, die für die regionale Zeitgeschichtsschreibung von Interesse sind: Archive von Parteien, Firmen und Kirchen.

In der DDR wurden Unterlagen, die die Geschichte der deutschen Arbeiterbewegung im 19. und 20. Jahrhundert dokumentieren, nicht in das Deutsche Zentralarchiv aufgenommen. Diese, darunter zahlreiche Dokumente auch zum regionalen Widerstand wie etwa Akten der Gestapo und des Volksgerichtshofs, wurden an das Institut für Marxismus-Leninismus beim ZK der SED abgegeben.⁷¹ Ihr künftiger Verbleib ist bislang noch ungeklärt.

Die erhaltenen Unterlagen der Sozialdemokratie liegen im Parteiarchiv der SPD, dem Archiv der sozialen Demokratie der Friedrich-Ebert-Stiftung in Bonn. Seine Bestände sind allerdings sehr lückenhaft. Beschlagnahmungen durch die Faschisten dezimierten 1933 das damalige Parteiarchiv, die restlichen Bestände aus der Zeit vor 1933 verkaufte die Sopade 1938 an das Internationale Archiv für Sozialgeschichte in Amsterdam.⁷² Die illegale Arbeit während des Faschismus machte eine Archivierung von Parteiunterlagen unmöglich, so daß aus dieser Zeit nicht viel Material vorhanden ist. Eine wichtige Quelle sind allerdings die „Deutschland-Berichte der Sopade“, eine knapp 9000 Druckseiten umfassende Sammlung von Stimmungsberichten illegaler SPD-Kuriere, die ins Ausland geschmuggelt, dort monatlich in einer Auflage von 450 Exemplaren gedruckt und an ausländische Politiker und Institutionen verteilt wurden.⁷³ Trotz mancher Fehleinschätzungen der politischen Lage in Deutschland sind diese Berichte, die inzwischen veröffentlicht wurden, die wohl umfassendste Quellengruppe des antifaschistischen Widerstands.⁷⁴

Auch für die Nachkriegszeit sind die Bestände des Archivs der sozialen Demokratie schmal. Zwar sind die Unterlagen des SPD-Landesverbands Baden-Württemberg aufgenommen und verzeichnet worden, doch ist die Aktenüberlieferung für die einzelnen Ortsvereine sehr lückenhaft. Wo solche Unterlagen fehlen, ist es empfehlenswert, ehemalige Mandatsträger persönlich darauf anzusprechen, ob sie bereit sind, Unterlagen aus ihrem Privatbesitz zur Verfügung zu stellen.⁷⁵

Natürlich wären auch die Unterlagen von Firmen für die Zeitgeschichte wichtig, aber zu Firmenarchiven Zugang zu erhalten ist sehr schwierig. Anfragen nach Firmenunterlagen aus der Zeit des Faschismus werden meist überhaupt nicht beantwortet, oder man erhält allenfalls abschlägige Bescheide mit der Auskunft, solche Unterlagen seien im Firmenarchiv nicht vorhanden. Zwar gibt es dort tatsächlich häufig Lücken, zum einen aus ähnlichen Gründen wie in anderen Archiven, zum anderen durch Zwangsliquidationen von Altgesellschaften und Entflechtungs- und Demontageprozesse in der Nachkriegszeit.⁷⁶ In der Regel wird man aber davon ausgehen können, daß den meisten Unternehmen nicht daran gelegen ist, ihre Rolle im 3. Reich publik werden zu lassen.

Hier können regionale Wirtschaftsarchive wenigstens teilweise einen Ersatz bieten. Am 1. Oktober 1984 nahm das Wirtschaftsarchiv Baden-Württemberg in Stuttgart seine Tätigkeit auf, das nach dem Vorbild des Westfälischen Wirtschaftsarchivs in Dortmund konzipiert ist. Hier werden Archive von Firmen sowie von Industrie- und Handelskammern des badisch-schwäbischen Raums gesammelt.⁷⁷

Wichtige Einblicke in das Alltagsleben, in das Verhältnis zwischen Staat und Kirche und in innerkirchliche Konflikte während des 3. Reichs geben die Kirchenarchive, sowohl die der einzelnen Pfarreien als auch die Diözesan- und Landeskirchenarchive. Für die Akten des Erzbistums Freiburg ist das Erzbischöfliche Archiv Freiburg in der Herrenstraße zuständig, dessen Bestände aneinandergereiht eine Länge von sieben Kilometern haben.⁷⁸

3. „... auf Dauer zu sichern, nutzbar zu machen und wissenschaftlich zu verwerten.“ – Ein Überblick über das bundesdeutsche Archivrecht

Angesichts der Fülle des archivierten Aktenmaterials zur badischen Zeitgeschichte stellt sich die Frage, inwieweit es für die interessierte Öffentlichkeit zugänglich ist. Nicht selten haben in den letzten Jahren Gemeindearchive Schülern, die im Rahmen des Heinemann-Wettbewerbs oder eines Unterrichtsprojekts einschlägige Quellen zur Lokalgeschichte suchten, die Einsicht in ihre Bestände verweigert. Aber auch Historiker, deren Qualifikation akademisch ausgewiesen ist, haben mitunter Schwierigkeiten mit der Akteneinsicht, wie sich anlässlich der Vortragsreihe zur Geschichte der Universität Freiburg 1933–1945 im Wintersemester 1988/89 gezeigt hat: verschiedene Professoren warfen im Nachhinein der Archivarin des Universitätsarchivs vor, sie habe ihnen eigenmächtig Akten vorenthalten, die sie zur Vorbereitung ihrer Vorträge einsehen wollten – unter Berufung auf Datenschutzbestimmungen.⁷⁹

Hinter den Datenschutzgesetzen verstecken sich Archivare gern, wenn es um die Aufdeckung von Vorgängen während des Faschismus geht. Inwieweit sie sich dabei in Übereinstimmung mit geltendem Recht befinden, läßt sich nur beurteilen, wenn man die Gesetze kennt, welche die Arbeit der kommunalen und staatlichen Archive regeln. Ich werde im folgenden die wichtigsten Züge der Archivgesetze in der Bundesrepublik skizzieren, soweit sie Quellen zur badischen Zeitgeschichte betreffen. Das sind zum einen das baden-württembergische Landesarchivgesetz von 1987 und zum andern das Bundesarchivgesetz von 1988. An diese Gesetze werden die folgenden Fragen gestellt: Welche Archivalien sind zugänglich? Welchem Personenkreis sind Archivalien zugänglich? Mit welchen Einschränkungen hat man zu rechnen?

Die Organisation des Archivwesens auf Landes- und Bundesebene

Am 27. Juli 1987 verabschiedete die Regierung des Landes Baden-Württemberg das Gesetz über die Pflege und Nutzung von Archivgut, das die bisherige gesetzliche Regelung ersetzte, die eher provisorischen Charakter hatte.⁸⁰ Es war wohl kein Zufall, daß die Bundesregierung fünf Monate später, am 6. Januar 1988, ein Bundesarchivgesetz verkündete, das die Archivierung von Schriftgut des Bundes in ähnlicher Weise vorschreibt wie das Landesarchivgesetz.⁸¹ Beide Gesetze sind bis in die Formulierungen hinein eng aufeinander bezogen und stehen im Zusammenhang einer Angleichung der Ländergesetzgebung an die des Bundes.

Baden-Württemberg

Das Landesarchivgesetz schreibt den Aufbau der Landesarchivverwaltung fest, sein Geltungsbereich erstreckt sich auf staatliches, kommunales und sonstiges öffentliches Schriftgut. Die Archivverwaltung gliedert sich zum einen in die Landesarchivdirektion, eine Landesoberbehörde mit Sitz in Stuttgart, und zum andern in die Staatsarchive Karlsruhe, Freiburg, Sigmaringen, Ludwigsburg mit dem Hohenlohe-Zentralarchiv Neuenstein als Außenstelle, Wertheim sowie das Hauptstaatsarchiv Stuttgart.⁸²

Aufgabe der Landesarchivdirektion ist es, über Grundsatzfragen des Archivwesens, über die Landes- und Kreisbeschreibung und über die Ausbildung zum Archivdienst zu entscheiden, während die Staatsarchive „alle anderen Aufgaben der Archivverwaltung“ wahrnehmen, worunter die Verwahrung, Erhaltung und Erschließung des Archivguts verstanden wird.

Welche Behörde muß nun welche Unterlagen wohin abliefern? Beginnen wir auf der untersten Ebene, bei den Akten der Gemeindeverwaltungen und Gemeindearchive. Das Gesetz weist die Gemeinden an, „Unterlagen von

bleibendem Wert“, die sie für ihre Amtsgeschäfte nicht mehr benötigen, zusammen mit den entsprechenden Amtsdruksachen in eigenen Archiven zu verwahren, zu erhalten und zu erschließen. Der bleibende Wert der Unterlagen muß von den Gemeinden überprüft werden, nicht archivierungswürdige Unterlagen haben sie zu vernichten. Diese Regelung gilt für die Unterlagen der Kreisverwaltungen gleichermaßen, die in die Kreisarchive abgegeben werden müssen; ebenso für Gemeindeverwaltungsverbände, Zweckverbände, Nachbarschaftsverbände und kommunale Stiftungen. Das Archivgut soll, wie das Gesetz ausdrücklich formuliert, nutzbar gemacht werden.

Den Staatsarchiven kommt die Aufgabe zu, „alle Unterlagen, die von den Behörden, Gerichten und sonstigen Stellen des Landes, deren Funktionsvorgängern oder von Rechtsvorgängern des Landes übernommen worden sind und die bleibenden Wert haben“ zu verwahren, zu erhalten und zu erschließen. Die Erfassung der ausgeschiedenen Behördenakten erfolgt durch das Staatsarchiv. Außerdem müssen unter Landesaufsicht stehende Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts nicht mehr benötigte Unterlagen dem Staatsarchiv anbieten, es sei denn, sie verwahren sie in einem Gemeinschaftsarchiv oder bieten sie einem anderen Archiv an. Dabei haben die Staatsarchive zu überprüfen, ob diese „archivfachlichen Ansprüchen genügen.“

Ausgenommen vom Geltungsbereich des Landesarchivgesetzes sind öffentlich-rechtliche Rundfunkanstalten und öffentlich-rechtliche Unternehmen, „die am Wettbewerb teilnehmen.“ Soweit daran ein öffentliches Interesse besteht, haben Staatsarchive die Möglichkeit, mit deren Einverständnis auch das Archivgut anderer Stellen und von Privatpersonen zu übernehmen.⁸³

Akten sind spätestens 30 Jahre nach ihrer Entstehung dem Staatsarchiv anzubieten, es sei denn, es seien ohnehin längere Aufbewahrungsfristen vorgesehen. Die Entscheidung über den historischen Wert trifft das Staatsarchiv im Benehmen mit der anbietenden Behörde, alle nicht übernommenen Akten müssen vernichtet werden, „wenn kein Grund zu der Annahme besteht, daß durch die Vernichtung schutzwürdige Belange des Betroffenen beeinträchtigt werden.“⁸⁴

Bund

Ähnliches gilt für die Akten von Bundesbehörden, für die das Bundesarchivgesetz bestimmt: „Das Archivgut des Bundes ist durch das Bundesarchiv auf Dauer zu sichern, nutzbar zu machen und wissenschaftlich zu verwerten.“⁸⁵ Während also die Staatsarchive, zumindest in Baden-Württemberg, lediglich angehalten sind, das Archivgut „allgemein nutzbar“⁸⁶ zu machen, ist das Bundesarchiv durch Gesetz verpflichtet, an der wissen-

schaftlichen Erschließung selbst mitzuwirken. Die Bundesregierung kann dem Bundesarchiv zusätzlich Aufgaben übertragen, „die in sachlichem Zusammenhang mit dem Archivwesen des Bundes oder der Erforschung der deutschen Geschichte stehen.“⁸⁷

Ihre nicht mehr benötigten Unterlagen an das Bundesarchiv abgeben müssen Verfassungsorgane, Behörden und Gerichte des Bundes, bundesunmittelbare Körperschaften, Anstalten und Stiftungen des öffentlichen Rechts sowie die sonstigen Bundesstellen. Die Anbietungspflicht des Bundesarchivgesetzes kennt eine Reihe von Ausnahmen: so müssen Unterlagen, „deren Offenbarung gegen das Brief-, Post- oder Fernmeldegeheimnis verstoßen würde“, nicht angeboten werden. Ebenso haben die ablieferungspflichtigen Stellen die Möglichkeit, Unterlagen „von offensichtlich geringer Bedeutung“ nicht anbieten zu müssen.⁸⁸ Sowohl Länderparlamente wie Bundesparlament können selbst entscheiden, ob sie ihre Unterlagen übergeben oder nicht.⁸⁹ Und endlich können nachgeordnete Bundesstellen, „deren Zuständigkeit sich nicht auf den gesamten Geltungsbereich dieses Gesetzes erstreckt“, mit Zustimmung ihrer vorgesetzten Behörde ihre Unterlagen auch dem zuständigen Staatsarchiv anbieten.⁹⁰

Die Benutzung von Archivalien

Was sind nun „Unterlagen“ im Sinne der Archivgesetze? Das Landesarchivgesetz von Baden-Württemberg gibt folgende Definition: „Unterlagen im Sinne von Absatz 2 sind insbesondere Schriftstücke, Akten, Karteien, Karten, Pläne, Bild-, Film- und Tonmaterialien sowie sonstige Informationsträger und maschinenlesbar auf diesen gespeicherte Informationen und Programme.“⁹¹ Ähnlich lautet auch die Definition des Bundesarchivgesetzes.⁹² Wie man sieht, sind die neuesten Entwicklungen der elektronischen Datenverarbeitung in die Gesetze eingegangen, wobei das Bundesgesetz zusätzlich Sicherungen gegen einen schleichenden Informationsverlust durch technische Innovationen enthält: „Bei maschinell lesbaren Datenträgern ist zusätzlich die Form der Übermittlung von Daten zu vereinbaren; sie hat den allgemein anerkannten Regeln der Technik zu entsprechen.“⁹³

Benutzerkreis

Wer ist berechtigt, diese „Unterlagen von bleibendem historischen Wert“ einzusehen und zu benutzen? Nur Historiker? „Es geht natürlich nicht“, äußert sich zu dieser Frage Joachim Fischer, der Leiter des Staatsarchivs Freiburg, „daß jemand nur eine warme Stube herausschinden will, aber wer begründetes Interesse hat, kann die Bestände, soweit sie zugänglich sind, kostenlos benutzen.“⁹⁴ Damit hat Fischer die geltende Rechtslage ebenso

salopp wie treffend umrissen. Das Landesarchivgesetz sagt über die Nutzung des Archivguts: „Jedermann, der ein berechtigtes Interesse glaubhaft macht, hat nach Maßgabe der Benutzungsordnung das Recht, das Archivgut nach Ablauf der Sperrfristen zu nutzen, soweit sich aus Rechtsvorschriften oder Vereinbarungen mit derzeitigen oder früheren Eigentümern des Archivguts nichts anderes ergibt.“⁹⁵ Entsprechend gesteht auch das Bundesarchivgesetz jedermann die Benutzung von Archivgut aus einer mehr als 30 Jahre zurückliegenden Zeit zu, soweit dies durch Rechtsvorschrift nicht anders geregelt ist.⁹⁶

Nun berufen sich aber Archivare auf eben dieses Recht, wenn sie Unterlagen zurückhalten. Tatsächlich sehen beide Archivgesetze eine Reihe von Gründen vor, die den Zugang zu den benötigten Unterlagen erschweren oder unmöglich machen. Es sind dies Sperrfristen, Datenschutzvorschriften und die Sicherheitsinteressen des Staates.

Sperrfristen

Üblicherweise bleiben Akten oder sonstige Unterlagen, die von Archiven übernommen werden, eine Reihe von Jahren gesperrt, bevor sie öffentlich zugänglich gemacht werden. Das Landesarchivgesetz sieht für Archivgut eine Sperrfrist von dreißig Jahren vor. Wenn das Archivgut ursprünglich Rechtsvorschriften über Geheimhaltung unterlag, erhöht sich diese Frist auf 60 Jahre.⁹⁷ Geheime Unterlagen des Bundesarchivs dagegen unterliegen einer Sperrfrist von 80 Jahren.⁹⁸

Nun beziehen sich viele Akten, Personalakten etwa, auf natürliche Personen, deren Schutz sich der Gesetzgeber angelegen sein läßt. Solche personenbezogenen Unterlagen sind in Baden-Württemberg bis 10 Jahre nach dem Tod dieser Person geschützt. Für den Fall, daß ihr Todesdatum nicht oder nur schwer zu ermitteln ist, endet die Sperrfrist 90 Jahre nach der Geburt.⁹⁹ Die Sperrfristen für personenbezogenes Archivgut des Bundes sind noch länger: es darf erst 30 Jahre nach dem Tod der Person von Dritten benutzt werden, während bei nicht feststellbarem Todesdatum die Schutzfrist 110 Jahre nach der Geburt endet.¹⁰⁰

Diese Fristen sind allerdings nicht unveränderlich. Zum einen gelten sie dann nicht, wenn Unterlagen bereits bei der Entstehung öffentlich zugänglich bzw. zur Veröffentlichung bestimmt waren.¹⁰¹ Andererseits können Sperrfristen verlängert oder verkürzt werden. Die Gemeinden und Landkreise entscheiden über die Verlängerung und Verkürzung von Sperrfristen ihres Archivguts selbst. Die Landesarchivdirektion kann Sperrfristen für Archivalien der Staatsarchive um höchstens zwanzig Jahre verlängern, wenn öffentliche Interessen oder schutzwürdige Belange des Betroffenen dies erfordern. Sie kann andererseits Fristen auch verkürzen, aber nur,

wenn der Betroffene oder dessen Erben einwilligen oder wenn diese Verkürzung im öffentlichen Interesse liegt – ich erspare uns die vollständige juristische Kasuistik, die in die Formulierung des § 6, 4 des Landesarchivgesetzes gepackt ist.¹⁰² Das Bundesarchivgesetz sieht eine Verlängerung der Sperrfristen nicht vor, wohl aber eine Verkürzung, deren Voraussetzungen etwa der des Landesarchivgesetzes entsprechen.¹⁰³

Nach diesen Maßgaben könnten Archivare natürlich jederzeit empfindliche Unterlagen sperren. Allerdings sehen beide Gesetze vor, daß Fristen zum Zweck von Forschungsvorhaben auch verkürzt werden können. Es müßten dann geeignete Maßnahmen ergriffen werden, um schutzwürdige Belange zu berücksichtigen, wie etwa die „Vorlage anonymisierter Reproduktionen“.¹⁰⁴ Das Landesarchivgesetz ist in dieser Hinsicht liberaler. Unter Umständen, nämlich „wenn das wissenschaftliche Interesse an der Offenbarung wegen der Bedeutung des Forschungsvorhabens die schutzwürdigen Belange der Betroffenen erheblich überwiegt und das Forschungsvorhaben sonst nicht durchgeführt werden könnte“,¹⁰⁵ kann die Landesarchivdirektion auf eine Anonymisierung verzichten. Diese Formulierung deutet an, daß Barfußhistoriker wohl kaum unter diese Ausnahmeregelung fallen werden – aber immerhin, das Bundesarchivgesetz verzichtet ganz auf sie.

Staatsinteressen

Die bisherigen Einschränkungen der Benutzungserlaubnis betrafen die üblichen Sperrfristen und den personenbezogenen Datenschutz. Daneben kann die Einsicht aber auch verweigert werden, wenn die Interessen des Staates dies verlangen. Die betreffende Passage beider Gesetze ist im Wortlaut identisch. „Die Benutzung ist nicht zulässig, soweit . . . Grund zu der Annahme besteht, daß das Wohl der Bundesrepublik Deutschland oder eines ihrer Länder gefährdet würde . . .“¹⁰⁶

Als weitere Versagungsgründe führen beide Gesetze gleichlautend noch die schutzwürdigen Belange Dritter, den Erhaltungszustand des Archivguts und einen nicht vertretbaren Verwaltungsaufwand an – das Landesgesetz außerdem noch „Vereinbarungen mit derzeitigen oder früheren Eigentümern“ und nicht näher genannte „andere wichtige Gründe“,¹⁰⁷ während das Bundesgesetz zusätzlich „die Geheimhaltungspflicht nach § 203 Abs. 1 bis 3 des Strafgesetzbuches oder andere Rechtsvorschriften des Bundes über Geheimhaltung“ berücksichtigt.¹⁰⁸ In dieser Hinsicht, noch mehr als bei den übrigen Bestimmungen, die bereits sehr weitgehend einander angeglichen sind, fällt die Gleichschaltung beider Gesetze ins Auge, die die Vereinheitlichung des Archivwesens in der BRD dokumentiert.

Archivordnungen

Das Landesarchivgesetz und das Bundesarchivgesetz sind Rahmengesetze, deren Bestimmungen durch Benutzungsordnungen für die einzelnen Archive konkretisiert werden. Das Landesarchivgesetz weist die Gemeinden und Landkreise an, „eine Archivordnung als Satzung“ für ihre Archive zu erlassen; die Einzelheiten der Nutzung des Archivguts der Staatsarchive „regelt die Landesregierung durch Rechtsverordnung (Benutzungsordnung)“.¹⁰⁹ Die Archivordnung des Bundesarchivs erläßt der Bundesinnenminister durch Rechtsverordnung, für die eine Zustimmung des Bundesrats nicht erforderlich ist.¹¹⁰

Für die Gemeinden hat der Deutsche Städtetag eine Musterarchivordnung entworfen, die Ort und Zeit der Benutzung, Gebühren, das Verhalten im Besucherraum, die Vorlage von Archivgut, die Haftung, die Auswertung des Archivguts, die Überlassung von Belegexemplaren und die Fertigung von Reproduktionen und Editionen regelt, um nur die wichtigsten Punkte zu nennen.

Private Archive und Archive nichtstaatlicher Institutionen, also etwa Partei-, Kirchen- oder Wirtschaftsarchive, unterliegen nicht den staatlichen Archivgesetzen und erlassen eigene Benutzungsordnungen.

Zusammenfassung

Ich denke gezeigt zu haben, daß das Archivwesen in der Bundesrepublik in den letzten Jahren zunehmend vereinheitlicht und die Aufbewahrung des Archivguts, von den Gemeinden bis zur Ebene des Bundesarchivs, durch lückenlos ineinandergreifende Gesetze geregelt wurde. In diese Gesetze sind Sicherungen eingebaut, um die Herausgabe empfindlichen Materials, vor allem über die NS-Zeit, zu blockieren. Zu diesem Zweck wird ein eng verstandener Datenschutz bemüht. Wo es dagegen um den Schutz der Bevölkerung vor dem Zugriff des Staatsapparates geht, wird dieser großzügiger ausgelegt und angewendet. Letztlich haben Landesarchivdirektionen und Bundesarchiv bzw. deren vorgesetzte Ministerien die Möglichkeit zu entscheiden, ob die Einsicht in bestimmte Archivalien das „Wohl der Bundesrepublik oder eines ihrer Länder“ gefährdet und – damit die Geschichtswissenschaft mattzusetzen.

Trotzdem wird man davon ausgehen können, daß Archivgut, vor allem wenn es nicht personenbezogen ist, in der Regel anstandslos vorgelegt wird. Die Archivgesetze berücksichtigen die Interessen der Benutzer insofern, als der zugelassene Personenkreis keinen Einschränkungen unterworfen ist. Die Rechtsvorschrift ist eindeutig: Jedermann darf die Archivalien benut-

zen, sei er Schüler, Student, Professor, Journalist, Verfasser einer Familienchronik oder ehemaliger Wehrmichtsangehöriger, der für den Rentenantrag eine Bescheinigung der Ausfallzeiten benötigt. Die pauschale Weigerung, etwa Schülern die Einsicht in öffentlich zugängliche Akten zu gewähren, stellt einen Verstoß gegen geltendes Recht dar, denn das „berechtigste Interesse“ wird ihnen mit Sicherheit nicht abzusprechen sein. Und nötigenfalls besteht immer noch die Möglichkeit, ihnen anonymisierte Kopien vorzulegen.

Anmerkungen

- 1 Heinz Boberach, Das Schriftgut der staatlichen Verwaltung, der Wehrmacht und der NSDAP in der Zeit von 1933–1945. Versuch einer Bilanz, in: *Der Archivar* 2 (1969), Sp. 137–152, hier Sp. 137.
- 2 Boberach (1969), Sp. 138.
- 3 Boberach (1969), Sp. 139.
- 4 Zitiert bei Boberach (1969), Sp. 138.
- 5 Boberach (1969), Sp. 139.
- 6 Boberach (1969), Sp. 138.
- 7 Boberach (1969), Sp. 138 / 39.
- 8 Boberach (1969), Sp. 139.
- 9 Boberach (1969), Sp. 140.
- 10 Boberach (1969), Sp. 141.
- 11 Boberach (1969), Sp. 141 / 42.
- 12 Boberach (1969), Sp. 142 / 43.
- 13 Karl-Heinz Janßen / Thomas Kleine-Brockhoff / Michael Sontheimer, Nazis for sale. Seit Jahren verschwinden NS-Akten aus dem Document Center, *Die Zeit*, 1. 4. 1988.
- 14 Boberach (1969), Sp. 143.
- 15 Boberach (1969), Sp. 144.
- 16 Boberach (1969), Sp. 143.
- 17 Boberach (1969), Sp. 144. Für Einzelheiten siehe Wilhelm Rohr, Mikroverfilmung und Verzeichnung deutscher Akten in Alexandria, USA, in: *Der Archivar* 3 (1966), Sp. 251–260. Eine ausführliche Darstellung der Odyssee der von Engländern und Amerikanern beschlagnahmten Unterlagen mit bibliographischen Hinweisen zu den genannten Katalogen für die mikroverfilmten Bestände findet sich in dem Tagungsbericht von Robert Wolfe (Hg.), *Captured German and Related Records. A National Archives Conference*, Athens, Ohio 1974.
- 18 Boberach (1969), Sp. 147.
- 19 Boberach (1969), Sp. 147 / 48.
- 20 Boberach (1969), Sp. 142 / 43.
- 21 Klaus Oldenhage, Die Akten des Office of Military Government for Germany US (OMGUS) – Ersatz-, Ergänzungs- oder Doppelüberlieferung?, in: *Der Archivar* 1 (1979), Sp. 39 / 40; außerdem Josef Henke, Das amerikanisch-deutsche OMGUS-Projekt. Erschließung und Verfilmung der Akten der amerikanischen Militärregierung in Deutschland 1945–1949, in: *Der Archivar* 2 (1982), Sp. 149–158, hier Sp. 151.
- 22 Der Wortlaut des Abkommens ist zitiert bei Henke (1982), Sp. 151–153.
- 23 Henke (1982), Sp. 152.
- 24 Henke (1982), Sp. 155.
- 25 Henke (1982), Sp. 150 und 154.

- 26 Henke (1982), Sp. 154 und 158.
- 27 Bis vor wenigen Jahren konnte man dieses Material nur im Archiv des französischen Außenministeriums in Paris einsehen: Klaus Oldenhage, Akten der französischen Militärregierung (1945–1949) in Paris benutzbar, in: *Der Archivar* 1 (1983), Sp. 93.
- 28 Elmar Krautkrämer, Vichy, de Gaulle – und die Archive, in: *Badische Zeitung* (BZ), 4. 12. 1989.
- 29 Josef Henke, Das Zentralarchiv der französischen Militärjustiz in Le Blanc (Indre), in: *Der Archivar* 4 (1984), Sp. 509–516, hier Sp. 514.
- 30 Henke (1984), Sp. 512.
- 31 Henke (1984), Sp. 515.
- 32 Henke (1984), Sp. 516.
- 33 Jörg Schadt, Wie arbeitet ein Stadtarchiv?, in: *Arbeitsgemeinschaft hauptamtlicher Archivare innerhalb des Städtetags Baden-Württemberg* (Hg.), *Archive der Städte und Gemeinden in Baden-Württemberg. Angebot und Aufgaben*, o.O. 1979, S. 36–39, hier S. 37.
- 34 Eckhart G. Franz, *Einführung in die Archivkunde*, Darmstadt 1974, S. 39.
- 35 Franz (1974), S. 40.
- 36 Franz (1974), S. 40.
- 37 Franz (1974), S. 40.
- 38 Franz (1974), S. 40.
- 39 Franz Laubenberger, Wem dient ein Stadtarchiv?, in: *Arbeitsgemeinschaft hauptamtlicher Archivare . . .* (1979), S. 31–34, hier S. 31.
- 40 Laubenberger (1979), S. 32.
- 41 Zusammenfassung des Vortrags von Stadtarchivdirektor Dr. Croon, Bochum, in: Manfred Wolf/Hans Schmitz, *Quellen zur Geschichte der Jahre 1930 bis 1950 in den Archiven. Archivgut – Überlieferungslücken – Ergänzungsmöglichkeiten. Bericht über die 5. Landesfachbesprechung über Fragen des Archivwesens in Nordrhein-Westfalen*, in: *Der Archivar* 2 (1969), Sp. 129–136, hier Sp. 133.
- 42 Wolf/Schmitz (1969), Sp. 133.
- 43 Schadt (1979), S. 36.
- 44 Schadt (1979), S. 36. Zur Vorbereitung, Durchführung und Auswertung von Zeitzeugenbefragungen siehe Lutz Niethammer (Hg.), *Lebenserfahrung und kollektives Gedächtnis. Die Praxis der „Oral History“*, Frankfurt/M. 1985.
- 45 Landesarchivdirektion Baden-Württemberg (Hg.), *Das staatliche Archivwesen in Baden-Württemberg, Aufgaben – Organisation – Archive*, Stuttgart 1981, S. 55.
- 46 Landesarchivdirektion Baden-Württemberg (1981), S. 56.
- 47 Bettina Mumm, *Archive in Freiburg*, 1. Folge – Jedes Jahr wächst der Aktenberg des Staatsarchivs um 300 Meter. In der Colombistraße werden Akten der staatlichen Behörden, Familienarchive und Nachlässe für die Nachwelt erhalten, verwaltet und erforscht, *BZ* 5. 4. 1989.
- 48 Landesarchivdirektion Baden-Württemberg (1981), S. 50.
- 49 Landesarchivdirektion Baden-Württemberg (1981), S. 52.
- 50 Bestand GLA 465 – d.
- 51 *Das Bundesarchiv. Geschichte – Aufgaben – Probleme*, Koblenz 1977, S. 5/6.
- 52 *Das Bundesarchiv* (1977), S. 6.
- 53 Friedrich Facius/Hans Booms/Heinz Boberach, *Das Bundesarchiv und seine Bestände*, 3., ergänzte und bearbeitete Auflage von Gerhard Granier, Josef Henke und Klaus Oldenhage, Boppard 1977.
- 54 *Das Bundesarchiv* (1977), S. 13.
- 55 *Das Bundesarchiv* (1977), S. 24. Vgl. Hans Booms, Zusammenfassung des militärischen Archivgutes im Bundesarchiv, in: *Der Archivar* 3 (1968), Sp. 237–240.
- 56 Boberach (1969), Sp. 149.
- 57 Facius/Booms/Boberach (1977), S. 169ff.
- 58 Bestände BA/MA RH 49 und BA/MA RH 53 – 5/31.

- 59 Das Bundesarchiv (1977), S. 15.
- 60 Boberach (1969), Sp. 148/49.
- 61 Staatliche Archivverwaltung des Ministeriums des Innern der DDR (Hg.), Taschenbuch Archivwesen der DDR, Berlin/DDR 1971, S. 154; die Abkürzungen im Text habe ich der besseren Lesbarkeit wegen aufgelöst. Diese Anmerkungen zum Archivwesen in der DDR sind auf dem Weg, in absehbarer Zeit obsolet zu werden. Man wird sehen müssen, wie das gesamtdeutsche Archivwesen nach der Einverleibung der DDR in die BRD künftig umgestaltet werden wird.
- 62 Rudolf Studanski, Das Deutsche Militärarchiv der Deutschen Demokratischen Republik, in: Der Archivar 3 (1966), Sp. 293–295, hier Sp. 293–94.
- 63 Studanski (1966), Sp. 294.
- 64 Boberach (1969), Sp. 149.
- 65 Studanski (1966), Sp. 294.
- 66 Heidrun Holzbach-Linsenmaier, 13000 Verfahren, nur 800 Verurteilungen. 30 Jahre Zentralstelle zur Aufklärung von NS-Verbrechen, in: BZ 10. / II. 9. 1988.
- 67 Experten in Ludwigsburg: „NS-Forschung erschwert“, in: BZ 12. 9. 1988; Kritische Worte an die deutsche Justiz. Polen und Tschechoslowakei halten Verfolgung von NS-Straftätern für lasch, in: Oberbadisches Volksblatt 10. / II. 9. 1988.
- 68 Holzbach-Linsenmaier (1988).
- 69 Heiner Lichtenstein, Neue Aufgaben für die Ludwigsburger Zentralstelle, in: 1999 2 (1987), S. 177/78; Holzbach-Linsenmaier (1988).
- 70 Janßen / Kleine-Brockhoff / Sontheimer (1988). Zum BDC außerdem Birgit Loff, „Völlige Verlüderung der Bestände.“ – Das Berliner Document Center hat als Archiv einen schlechten Ruf, BZ 3. 3. 1989.
- 71 Boberach (1969), Sp. 141/42.
- 72 Paul Mayer / Wilhelm Peters, Die Archive der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, in: Der Archivar 4 (1967), Sp. 375–382, hier Sp. 375ff.
- 73 Deutschlandberichte der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands (Sopade) 1934 bis 1940, Salzhausen und Frankfurt/M. 1980, Neuauflage 1990.
- 74 Manchmal mutlos. Die geheimen „Deutschland-Berichte“ der Exil-SPD werden jetzt zum erstenmal veröffentlicht, in: Der Spiegel 33 (1980), S. 72–76.
- 75 Diese Auskünfte erhielt ich bei einem Telefonat mit dem Archiv der sozialen Demokratie am 8. 7. 1986.
- 76 Zusammenfassung eines Vortrags von Frau Dr. van Eyll, Rheinisch-Westfälisches Wirtschaftsarchiv Köln, in: Wolf / Schmitz (1969), Sp. 134/35.
- 77 Gert Kollmer, Stiftung baden-württembergisches Wirtschaftsarchiv, in: Der Archivar 1 (1981), Sp. 132–134; Jutta Hanitsch, Zwischen Wissenschaft und Quellensicherung. Das Wirtschaftsarchiv Baden-Württemberg zieht Bilanz, in: Der Archivar 4 (1984), Sp. 487–492.
- 78 Bettina Mumm, Archive in Freiburg, 2. Folge – Nur wenige Priester gehören zur Klientel der Ausleiher. Im Diözesanarchiv türmen sich Aktenberge aus dem Erzbistum – Hauptbenutzer sind Leute, die mehr über ihre Vorfahren wissen wollen, BZ 6. 4. 1989.
- 79 Bettina Mumm, Archive in Freiburg, 5. Folge – „Das Ganze ist filmreif“ – Im Universitätsarchiv lagern nicht nur Senatsprotokolle, in: BZ 28. 4. 1989.
- 80 Gesetz über die Pflege und Nutzung von Archivgut (Landesarchivgesetz – LArchG) vom 27. 7. 1987: Gesetzblatt Baden-Württemberg (GBl Ba-Wü.) 1987, Nr. 10, S. 230 – 233. Bis zum Inkrafttreten des LArchG hatten das Gesetz über die Gliederung der Archivverwaltung vom 19. 11. 1974 und die Verordnung des Innenministeriums über die Verwaltung der Akten der Gemeinden und der Gemeindearchive (Akten- und Archivordnung) vom 29. 6. 1964 den gesetzlichen Rahmen für das Archivwesen auf Landes-, Kreis- und Kommunalebene gebildet.
- 81 Gesetz über die Sicherung und Nutzung von Archivgut des Bundes (Bundesarchivgesetz – BArchG) vom 6. Januar 1988, Bundesgesetzblatt (BGBl) 1988, Teil I, Nr. 2, S. 62–64.

Gleichzeitig beschloß der Bundestag, im Bundesarchiv ein zentrales Lastenausgleichsarchiv einzurichten, in das Länder, Gemeinden und Gemeindeverbände ihre Unterlagen aus dem Bereich des Lastenausgleichs zu übergeben haben: Gesetz über die zentrale Archivierung von Unterlagen aus dem Bereich des Kriegsfolgenrechts vom 6. Januar 1988, BGBl 1988, Teil I, Nr. 2, S. 65.

82 Ministerium für Wissenschaft und Kunst Baden-Württemberg (Hg.), Sammeln und Erhalten, Erschließen und Bereitstellen. Staatliche Archive und wissenschaftliche Bibliotheken, Band 10 der Schriftenreihe aus der Welt von Wissenschaft und Kunst, Karlsruhe 1987.

83 LArchG, a.a.O.

84 LArchG, a.a.O.

85 BArchG, a.a.O.

86 LArchG, a.a.O.

87 BArchG, a.a.O.

88 BArchG, a.a.O.

89 LArchG, a.a.O., BArchG, a.a.O.

90 BArchG, a.a.O.

91 LArchG, a.a.O.

92 BArchG, a.a.O.

93 BArchG, a.a.O.

94 Bettina Mumm, Archive in Freiburg, 1. Folge (5. 4. 1989).

95 LArchG, a.a.O.

96 BArchG, a.a.O.

97 LArchG, a.a.O.

98 BArchG, a.a.O.

99 LArchG, a.a.O.

100 BArchG, a.a.O.

101 LArchG, a.a.O., BArchG, a.a.O.

102 LArchG, a.a.O.

103 BArchG, a.a.O.

104 BArchG, a.a.O.

105 LArchG, a.a.O.

106 LArchG, a.a.O., BArchG, a.a.O.

107 LArchG, a.a.O.

108 BArchG, a.a.O.

109 LArchG, a.a.O.

110 BArchG, a.a.O.

„Wo kein Gewissen mehr ist, hat alles keinen Wert mehr!“

Wilhelm Kasper aus Nußbach, ein fast vergessener Widerstandskämpfer, wurde vor 100 Jahren geboren

Heinz G. Huber

*Wohl dem Mann, der nicht dem Rat der Frevler folgt,
nicht auf dem Weg der Sünder geht,
nicht im Kreis der Spötter sitzt.*

Ps. 1,1

Bei einer Gedenkfeier des Kreisjugendrings in Kippenheim anlässlich des 50. Jahrestages der Reichspogromnacht vom 9. November hatten Jugendliche die Möglichkeit, Zeitzeugen von damals zu befragen. Nichtjüdische Augenzeugen wurden immer wieder mit den Fragen konfrontiert: Habt ihr nicht gesehen, welche ungeheuerlichen Dinge um euch herum passiert sind? Warum habt ihr nichts unternommen, als sie eure jüdischen Nachbarn abholten? Warum habt ihr ihnen nicht geholfen, als die braunen Horden ihre Wohnungen und Geschäfte verwüsteten? Die Antwort war einleuchtend: Wäre nicht jeder, der eingegriffen hätte, selbst Opfer geworden? Aber was wäre geschehen, wenn viele den Mut gehabt hätten? In allen Antworten schwang ein Stück Scham mit über die eigene Ohnmacht, ein vages Gefühl, auch durch Nichthandeln schuldig geworden zu sein.

In Nonnenweier wurden am 22. 10. 1940 die verbliebenen Juden des Dorfes auf Leiterwagen verfrachtet, um nach Gurs deportiert zu werden. Kinder auf dem Heimweg vom Kindergarten wurden Augenzeugen des gewaltsamen Abtransports und rannten weinend nach Hause, um ihre Eltern zu Hilfe zu holen. Die Eltern machten betretene Gesichter und gaben zur Antwort: „Wir können nichts tun!“¹ Niemand wird ihnen deswegen heute einen Vorwurf machen. Aber Menschen mit skrupulösem Gewissen wie der Schriftsteller Reinhold Schneider haben ihre eigene Ohnmacht stets als Versagen empfunden: „Am Tag des Synagogensturms hätte die Kirche schwesterlich neben der Synagoge erscheinen müssen. Es ist aber entscheidend, daß das nicht geschah. Aber was tat ich selbst? Als ich von den Bränden, Plünderungen, Greueln hörte, verschloß ich mich in meinem Arbeitszimmer, zu feige, um mich den Geschehnissen zu stellen und etwas zu sagen.“²

In einer Zeit des Terrors und der Barbarei, der Perversion aller Werte gab es freilich auch jene Gerechten, deren Gewissen nicht verstummte. Im

März 1938, als die Hetzpropaganda des „Stürmer“ das Klima für die Judenverfolgung und -vernichtung vorbereitete, schrieb ein 48jähriger lediger Landwirt aus Nußbach einen Brief an Julius Streicher, in welchem er satirisch-kritisch sich mit dem wüsten Antisemitismus von dessen Hetzblatt auseinandersetzt. Drei Monate, nach dem der Brief in Nürnberg zugestellt worden war, holte der Gestapowagen den Briefschreiber ab: Wilhelm Kasper, Bruder des NS-Bürgermeisters Franz Kasper, wird zum Verhör gebracht. Er äußert darin u. a. folgende Sätze: „Ich nehme die Juden in ihrer Eigenschaft als deutsche Staatsbürger gegen ungesetzliche und unmoralische Handlungen oder Worte in Schutz. Vom rein rechtlichen Standpunkt aus, soweit ein rechtlicher Mensch verpflichtet ist, seinen Nebenmenschen zu achten und zu ehren, muß ich auch die Juden, weil sie Menschen sind, in Schutz nehmen. Vom religiösen Standpunkt, nach dem jeder Mensch ein Geschöpf Gottes ist und nach seinem Bild und Gleichnis erschaffen ist, muß ich auch den Juden als Geschöpf Gottes achten und ehren.“³ Wer war dieser bemerkenswerte Mann?⁴

Kindheit, Jugend, dörfliches Milieu

Wilhelm Kasper wurde am 14. 10. 1890 in Nußbach (Bezirksamt Oberkirch) geboren. Sein Elternhaus stand in der Kirchstraße (heute: Zusenhofer Straße). Die Eltern Josef Kasper und Franziska, geb. Vogt stammten aus Giedensbach (heute Ortsteil von Ödsbach). Der Vater starb schon im Jahr 1900 an einer Rippenfellentzündung. Wilhelm Kasper wuchs zusammen mit sechs Geschwistern, drei Brüdern und drei Schwestern, auf.⁵

Nußbach, am Rand des Renchtrichters gelegen, war fast ausschließlich landwirtschaftlich geprägt. Es gab fast nur Bauern mit kleinem Besitztum, die ihre gesamte Landwirtschaft mit eigenen Leuten bewirtschafteten.⁶ Es war üblich, daß jüngere Geschwister ledig blieben, ein Wohnrecht im Elternhaus erhielten und dafür bei der Bewirtschaftung des Hofes mithalfen. So ist es auch zu erklären, daß Wilhelm Kasper im Haus seines Bruders wohnte und unverehelicht blieb. Die Nußbacher Kleinbauern lebten überwiegend vom Wein- und Obstbau, in geringerem Umfang von der Viehzucht.⁷ Die Kirschen bildeten die erste und wichtigste Einnahme des Jahres, in Nußbach wurden 1893 insgesamt 2375 Doppelsester Kirschen zu je 45 Mark an württembergische und elsässische Händler verkauft. Der Eigenbedarf an Fleisch, Getreide und Kartoffeln wurde in der Regel aus eigener Erzeugung gedeckt. Fielen jedoch Weinherbst und Obsternten schlecht aus, führte dies sofort zu „Geldnot“⁸, die Abgaben konnten nicht mehr bezahlt und die notwendigen Anschaffungen nicht mehr getätigt werden. So ist es nur zu verständlich, daß die Lebenshaltung in Nußbach als „sehr einfach“⁹ geschildert wurde. Die wenigen Dorfhandwerker konnten nur durch landwirtschaftlichen Nebenerwerb überleben. An gewerblichen Arbeits-



Das Geburts- und Elternhaus von Wilhelm Kasper in der Nußbacher Kirchstraße, heute: Zusenhofener Straße

Aufnahme: Heinz G. Huber



Nußbacher Hauptstraße vom östlichen Ortseingang gesehen. Das Bild stammt aus der Zeit um 1900

Repro: Heinz G. Huber

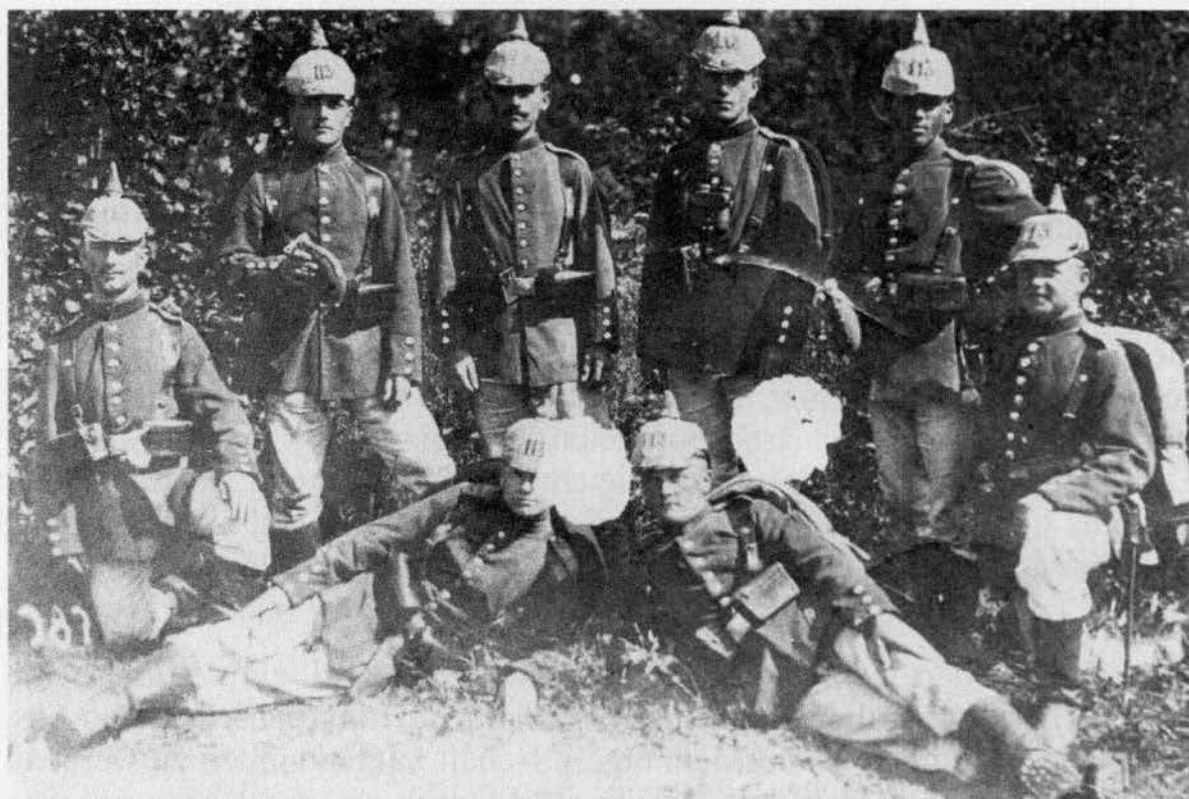
plätzen herrschte Mangel, nur zwei Kunstmühlen und eine Borstenfabrik in Müllen boten einigen Männern Beschäftigung.¹⁰

Wilhelm Kasper besuchte bis zum 8. Schuljahr die Nußbacher Volksschule, danach noch zwei Jahre die Fortbildungsschule. Er war ein überdurchschnittlich guter Schüler. Nußbach war Hauptort des Kirchspiels, zu dem damals noch Zusenhofen, die selbständige Gemeinde Herztal-Meisenbühl sowie Diebersbach und Schlatten gehörten. Nußbach votierte traditionell für das Zentrum und galt als Bastion der „Ultramontanen“.¹¹ Mit der Wahl von Josef Engelhard, einer überragenden Persönlichkeit, zum Bürgermeister 1909 und zum Landtagsabgeordneten 1913 (bis 1933) verstärkte sich der Einfluß der Zentrumspartei noch. Die christliche Erziehung, aber auch das Erlebnis der „Widerstandssituation“, in der sich die Katholiken seit dem Kulturkampf befanden, haben Wilhelm Kaspers Denken entscheidend geprägt.

Mit seinen Altersgenossen muß Wilhelm Kasper 1911 zum Militär einrücken. Der Militärdienst galt als notwendiger „Initiationsritus“, um als vollwertiges Mitglied in die Männergesellschaft aufgenommen zu werden. „Wer nicht beim Militär war, wurde als Mensch zweiter Klasse angesehen.“¹² Der Militarismus war darüber hinaus Begleiterscheinung des europäischen Imperialismus. Kasper leistete seine Dienstzeit beim Infanterieregiment Nr. 113 in Freiburg ab.

Vom dekorierten Weltkriegskämpfer zum Pazifisten

Bei Kriegsausbruch im August 1914 kam Kasper mit dem Infanterieregiment 170, das in Offenburg stationiert war, ins Oberelsaß, dann nach Lothringen und nach Nordfrankreich. Auch die Nußbacher Soldaten zogen singend und jubelnd in den Krieg, weil sie glaubten, das Vaterland verteidigen zu müssen. Auch Wilhelm Kasper dürfte da zunächst keine Ausnahme gemacht haben. Nach den ersten Schlachten an der Westfront wird Kasper mit dem Infanterieregiment 250 nach Rußland verlegt, wird aber nach einer Magenkrankung im Mai 1915 wieder an die Westfront beordert. Kasper scheint von keinem der Schrecken des Krieges verschont worden zu sein, er wird mit dem EK II und der Badischen Verdienstmedaille ausgezeichnet.¹³ Kasper ergibt sich jedoch nicht wie viele seiner Frontkameraden fatalistisch dem Schicksal, sondern beginnt die gemachten Erfahrungen kritisch zu verarbeiten. Glaubte er früher, sich für das Vaterland opfern zu müssen, so mußte er erkennen, daß auf dem Altar eines blinden Nationalismus täglich Tausende von Menschen sinnlos dahingeschlachtet wurden. Lange, bevor die Matrosen in Kiel meutern, macht Kasper seine „private Revolution“: Er kehrt im Frühjahr 1918 von einem Genesungsurlaub nicht mehr zu seinem Regiment nach Mannheim zurück. Er wird in Nußbach von den Feld-



Wilhelm Kasper als Soldat im Ersten Weltkrieg (vorne links)

Repro: Heinz G. Huber

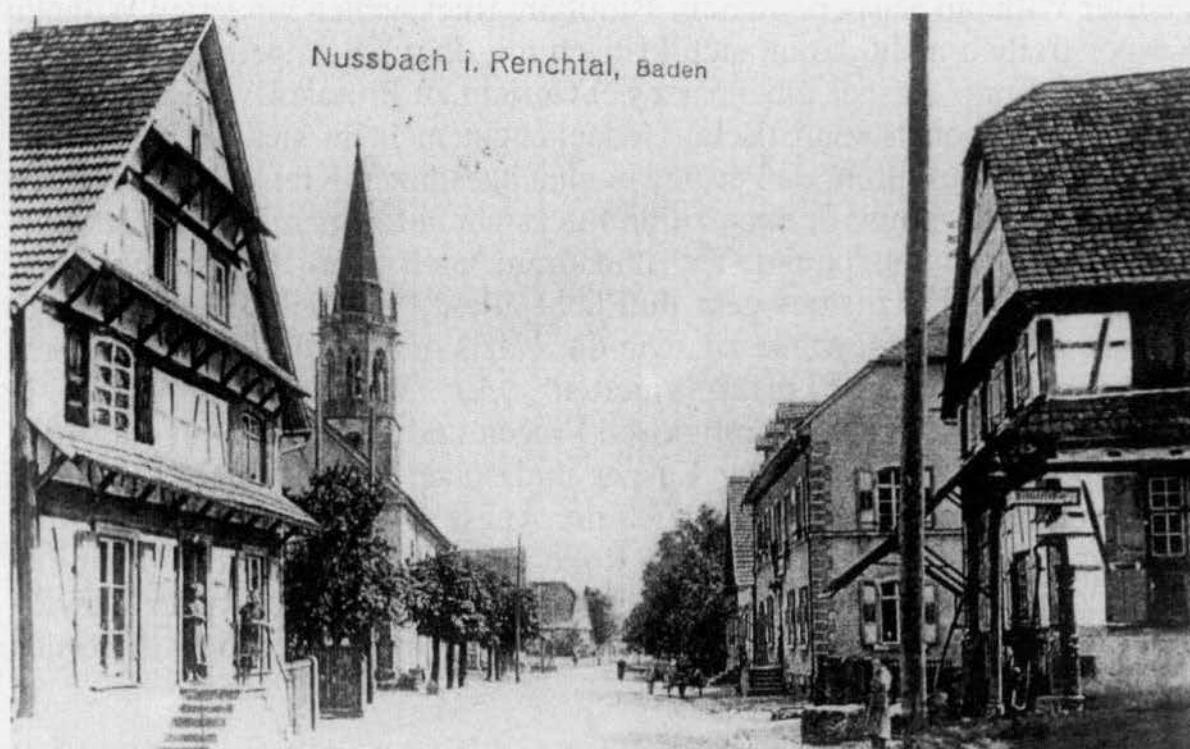


„Schwerter zu Pflugscharen“. Wilhelm Kasper, in Uniform hinter dem Pflug stehend, auf Heimaturlaub während des Ersten Weltkrieges

Repro: Heinz G. Huber

jägern abgeholt und zu vier Wochen strengem Arrest verurteilt. Nach Verbüßung der Strafe soll Kasper an die Front, er desertiert erneut und hält sich bis Kriegsende in Nußbach in Heuschobern, auf Feldern und im Wald versteckt.

Nach dem Tod der Mutter 1920 bekam Kasper sein Erbteil, 1 ha Feld und Wiese im Gesamtwert von 5000 Mark. Einen Teil verpachtete er, den Rest bewirtschaftete er selbst. Als einer der ersten baut Wilhelm Kasper in Nußbach Pfirsiche und Beerenobst an, die er auf dem Wochenmarkt in Oberkirch verkaufte. In seinem Elternhaus erhielt er ein Wohnrecht zugesprochen.



*Nußbacher Hauptstraße, vom westlichen Ortseingang gesehen (um 1920)
Repro: Heinz G. Huber*

Autodidakt, Sonderling, Nazigegner

Kasper lebte sehr zurückgezogen, er las religiöse Abhandlungen und religiöse Bücher, die er günstig in Antiquariaten erwarb. Das politische Tagesgeschehen verfolgte er an Hand mehrerer Zeitungen mit.¹⁴ Weil Wilhelm Kasper nicht in die Gasthäuser ging, in keinem Verein war und regelmäßig alle Gottesdienste besuchte, war er bald als „Sonderling“ verschrien. Der langsam aufkommenden Nazibewegung stand Kasper äußerst kritisch gegenüber. Seine Nichte erinnert sich: „Er sagte zu uns: ‚Wenn die Uniformen der Polizei wechseln und die Frauen anfangen, Hosen zu tragen, bricht das Zeitalter des Antichristen an. Ein Mann kommt ans Ruder, der bringt

Deutschland hoch, aber so hoch er es bringt, so tief wird es zerschmettert werden. Dieser Mann ist Hitler!‘ Und er beschwor meine Mutter, Hitler, diesen Antichristen, nicht zu wählen.“¹⁵

Indes mußte Wilhelm Kasper miterleben, wie sein Bruder Franz sich der NSDAP anschloß und 1933 nach der Absetzung des Zentrumsbürgermeisters Josef Engelhard Gemeindeoberhaupt wurde (der andere, noch lebende Bruder Josef hatte sich in den 20er Jahren den Kommunisten angeschlossen). Wilhelm Kasper kam mit der nationalsozialistischen Propaganda hautnah in Berührung: Der spätere Kreisbauernführer Gmeiner aus Bottenau hielt, auf einem Pritschenwagen stehend, im Hof gewissermaßen unter dem Fenster Wilhelm Kaspers, Reden. Familiäre Rücksichten hinderten Wilhelm Kasper freilich nicht daran, sich kritisch mit dem NS-System auseinanderzusetzen. Franz Kasper gibt später bei Gericht zu Protokoll: „Daß er (Wilhelm) das nationalsozialistische Gedankengut nicht in sich aufnehme, sei darauf zurückzuführen, daß er nur in gleichgesinnten Kreisen zu verkehren pflege . . . Hier nimmt er auch keine Rücksicht auf seinen Bruder, der Bürgermeister und Stützpunktleiter, obendrein noch altes Parteimitglied ist. Sein religiöser Fanatismus geht ihm über alles.“¹⁶ Wilhelm Kaspers Engagement nahm in dem Maße zu, wie die Nazis die katholische Kirche verfolgten und die Juden diskriminierten: „Er (Wilhelm) befaßt sich in ungewöhnlichem Maße mit religiösen Fragen und schreibt bis in die Nacht Briefe an Zeitungen.“¹⁷ Franz Kasper und seine Frau beginnen, Wilhelm die Briefe wegzunehmen. Mag auch die Angst des NS-Bürgermeisters um das eigene Image in der Partei eine Rolle gespielt haben, so kann man ihm sicher zugute halten, daß er die Gefahr erkannte, in der sein Bruder schwebte. Aber ein Brief passiert die „familiäre Zensur“ und erreicht 1936 den „Führer-Verlag“ in Karlsruhe.

Die Signatur des Schlachtochsen

Der Inhalt des Briefes hat die Verhaftung Kaspers und eine Gerichtsverhandlung zur Folge. Kasper schreibt u. a.: „Sie haben vielleicht auch den Ausspruch des berühmten schwedischen Kanzlers Oxenstierna gehört, daß es einmal ein großes Staunen geben wird, wenn am Jüngsten Tag offenbar wird, mit wieviel Dummheit die Völker regiert werden. Der Dreißigjährige Krieg war nichts anderes als ein großer Blödsinn. Aber es lebten halt damals lauter Ochsen, Stiere und anderes Schlachtvieh. Der Mastochse und der Stier drängt zum Schlachthof, heute wie Jahrtausende vor und nach Christus. Auch Sie und Ihre Bewegung machen keine Ausnahme. Ja, mir scheint gerade, Ihre Bewegung hat als erhabenstes Prinzip die Signatur des Schlachtochsen auf ihre Stirne geprägt. Die Juden- und Schwarzenverfolgungen sind ein Beweis, der nie trügt.“¹⁸

Erstaunlich ist Kaspers Belesenheit, en passant Schillers „Geschichte des Dreißigjährigen Krieges“ zu zitieren, brillant sein satirisch-literarisches Wortspiel. Die drei Wurzeln seines Engagements, sein Eintreten für die Kirche, für die Juden und für den Pazifismus werden sichtbar. Kasper gibt bei der Vernehmung zu Protokoll, er habe sich als Katholik durch Artikel im „Führer“ und im „Stürmer“ verletzt gefühlt. Er habe mit diesem Brief aufklärend wirken wollen, damit die Menschheit vom Krieg ablasse. Die Befürchtungen Kaspers waren durchaus begründet: 1935 war die allgemeine Wehrpflicht eingeführt worden, 1936 wurde die bislang entmilitarisierte Zone besetzt, im Widerspruch zu den Bestimmungen des Versailler Vertrages lief die Kriegsproduktion an. Andererseits markierten die Nürnberger Gesetze von 1935 die juristische Grundlage für die Entrechtung und damit Verfolgung der Juden. Die kirchenfeindliche Seite wurde in einer Kampagne gegen religiöse Orden wegen angeblicher Devisenvergehen und Sittlichkeitsdelikte manifest. Vor Ort in Nußbach erlebte Kasper die Einschränkung der katholischen Jugendarbeit und das DJK-Verbot 1935 mit.¹⁹

Das Sondergericht Mannheim verurteilte Kasper unter dem Vorsitz eines Dr. Seitz zu einer sechsmonatigen Gefängnisstrafe wegen Verstoßes gegen das „Heimtückegesetz“. Die juristische Begründung dafür ist mehr als windig: „Der Angeklagte mußte damit rechnen, daß sein Brief vom „Führer“ veröffentlicht werde, wozu er anscheinend sogar bestimmt war, daß jedenfalls eine weitere Öffentlichkeit von diesem Brief Kenntnis erhalten werde.“ Falsch ist hier nicht nur die deutsche Grammatik. Als ob Nazi-Blätter jemals kritische Leserbriefe veröffentlicht hätten!

Ein Brief an den „Stürmer“

Am 20. März 1938 schreibt Wilhelm Kasper erneut – diesmal an Julius Streicher, den Schriftleiter des wüsten antisemitischen Hetzblattes „Der Stürmer“. Zu Beginn seines Briefes greift er die Propagandaslogans Streichers auf, die lauten: „Die Juden sind schlimmer als die Teufel“, „sie sind die Verderber der Menschheit“ und „Alles Böse kommt von den Juden“. In Form eines Traumes versucht Kasper, das Stereotyp von der angeblichen Judengefahr lächerlich zu machen, aber auch auf die Auswirkungen der Judenhetze für Deutschland hinzuweisen. Am Ende steht eine Art jüngstes Gericht, das unter der Führung von Leo Blum (französischer Ministerpräsident und elsässischer Jude) gegen Streicher und seinesgleichen veranstaltet wird: „Als die Franzosen über die Grenze rückten, gab er (Blum) ihnen den strengen Befehl wie einst David: „Erhaltet mir meinen Sohn Absalom“. Erhaltet mir den Schriftleiter des „Stürmer“. Als die einstigen Rothosen in Nürnberg ankamen, war es höchste Zeit. Eine Rotte krummnasiger Juden hatte ihn schon in ihrer Mitte und bearbeitete ihn dermaßen, daß er nicht

mehr lange gelebt hätte. Sie entrissen ihn ihren Händen und brachten ihn sorgsam in Verwahrung. Nach zwei Tagen kam der Judengewaltige von Frankreich selbst in Nürnberg an. Die roten Juden und Judengenossen veranstalteten ihm zu Ehren einen triumphalen Umzug. Nationalsozialistische Hoheitszeichen, Fahnen und angesehene Gefangene (bekannte Judenfresser) wurden dabei als Siegestrophäen mitgeschleppt. Die Hauptattraktion war Julius Streicher in einem Käfig mit Eisenstäben, das vor kurzem noch ein wildes Tier beherbergt haben mochte.“ Blum stellt dann die Frage, ob man Streicher nach seinem eigenen Dogma („Der Jude ist schlimmer als der Teufel“) behandeln solle oder Lügen strafen solle. Streicher wird als „zitternde und lebende Jammergestalt, halb irrsinnig vor Schrecken“, beschrieben. Kasper läßt offen, was schließlich mit Streicher passiert.²⁰

Wilhelm Kasper macht nicht nur die antisemitischen Parolen lächerlich und betreibt satirische Autoritätsvernichtung, sondern möchte auch warnen. Die satirischen Passagen kippen manchmal um ins geradezu Visionäre – wer fühlt sich heute nicht an den Nürnberger Prozeß 1945/46 erinnert?

Warum hat Kasper noch einmal geschrieben? Er verfolgte im „Stürmer“, wie den Juden ihre menschliche Identität abgesprochen wurde, wie sie als Ungeziefer apostrophiert wurden und damit ihre Vernichtung propagandistisch vorbereitet wurde. Besonders schmerzhaft muß es Kasper berührt haben, daß die Nazi-propaganda auch in Nußbach ihre Wirkungen gezeigt hatte. Drei Wochen zuvor hatten Nußbacher Nationalsozialisten bei der Dorffastnacht den „Auszug der Juden“ gespielt und auf bedrückende Weise die jüdischen Mitbürger verspottet: „Dann kamen originelle Radfahrer und die Juden, die mit Sack und Pack auf der Ausreise nach Jerusalem waren. Viel Humor hat diese Gruppe ausgelöst. Kuh und Ziege führten die Nußbacher Nationalsozialisten mit. Ungeheuerer Nasen und Plattfüße konnte man sehen. Auf dem Rathausplatz endete der Zug. Dort fand ein Narrenspiel statt: Die Juden versteigerten ihre Ziege, ihre Kuh und sonstige Habseligkeiten. Der Volkshumor kam hier so recht zur Geltung.“²¹ Kasper bekennt sich bei seiner Vernehmung dazu, die menschliche Identität der Juden zu verteidigen (siehe die eingangs zitierten Äußerungen). Er handelt aber auch als Patriot und Staatsbürger: „Soweit es in meiner Macht steht und gesetzlich erlaubt ist, möchte ich mein Gewissen vor der Gegenwart und der Nachwelt auf diese Art entlasten . . . Es soll ein Appell an das innerste Gewissen sein. Ich bin der Ansicht, wo kein Gewissen mehr ist, alles keinen Wert hat . . . Ich vergleiche mich mit jenem Hund, von dem im Schullesebuch ein schönes Geschichtchen steht. Ein Herr ritt in Begleitung seines Hundes über Land. Da fiel ihm der Geldbeutel aus der Tasche. Ohne es zu bemerken, ritt er weiter. Sein treuer Hund bemerkte es sofort und machte durch Bellen seinen Herrn aufmerksam. Der Herr begriff das aber nicht und ritt sorglos weiter. Da bellte der Hund immer ärger und stellte sich zu-

letzt dem Pferd in den Weg und biß ihm in die Beine. Da glaubte dieser Herr, der Hund sei tollwütig geworden und schoß ihn nieder. Mit der letzten Kraft lief der verwundete Hund zum Geldbeutel zurück und legte sich dabei nieder. Plötzlich dachte der Herr an den Geldbeutel, er schaute nach und bemerkte, daß er ihn verloren hatte. Sofort kehrte er um und fand den toten Hund beim Geldbeutel. Mit diesem Hund möchte ich mich vergleichen . . . Ich bin mir auch der Gefahr bewußt, daß mein Los eines schönen Tages das des Hundes sein kann.“²²

Kasper sollte auch, was sein persönliches Schicksal betraf, recht behalten. 1940 schreibt er zum dritten Mal einen Brief – an Adolf Hitler selbst. Nachdem das Verfahren 1938 glimpflich geendet hatte – Kasper brauchte die sechsmonatige Gefängnisstrafe wegen der Österreich-Amnestie nicht zu verbüßen – kommt Kasper sofort in das KZ Schirmeck und bald darauf nach Dachau. Was in dem Brief an Hitler stand, ist nicht genau bekannt, da die Akten darüber nicht auffindbar sind. Nach Zeitzeugenangaben beschuldigte Kasper den „Führer“, Deutschland in den Krieg und ins Verderben getrieben zu haben. Ein SS-Mann bringt ihm anfänglich Lebensmittelpakete und beruhigt die Angehörigen: „Er müsse in Dachau nur Kasernen auskehren.“ Niemand hat das geglaubt. Die Wirklichkeit sah anders aus: ständige Lebensbedrohung, Hunger, Krankheiten, Mißhandlungen, Entwürdigungen.²³ Es gibt heute noch keine Vorstellung davon, was Kasper wohl in seiner fünfjährigen Leidenszeit durchgemacht hat. Ironie des Schicksals war, daß er durch den Beschuß seiner Befreier, der Amerikaner umkam, als er 1945 bei Schanzarbeiten um Heilbronn eingesetzt wurde.

Der Bruder Franz hatte vor, Wilhelm vor Kriegsende aus dem KZ zu holen. Als die Vorbereitungen zur Abfahrt schon getroffen waren, kam die Nachricht, daß die Amerikaner schon das Gebiet besetzt hatten. Mit viel Zivilcourage versteckte Franz Kasper, der nicht zuletzt wegen des Schicksals seines Bruders immer mehr Abstand zum NS-Regime nahm, einen französischen Kriegsgefangenen in seinem Haus. Die SS suchte ihn im Dorf, sie hätte Franz Kasper erschossen, wenn sie ihn bei ihm gefunden hätte.

In Nußbach wurde bislang kaum Wilhelm Kaspers gedacht. Die Nichte hat einen Grabgedenkstein in ihrem Garten aufgestellt, der die Inschrift trägt: „Er starb als Märtyrer in Dachau.“ Vielfach wurde Kasper als Narr oder Fanatiker bezeichnet. Wie kann man an Hitler einen Brief schreiben? Ein Mann wie Kasper könnte in vieler Hinsicht Vorbild sein. Vorbild für eine staatsbürgerliche Haltung, die das, was politisch entschieden wird, auch als in der Verantwortung eines jeden einzelnen stehend, betrachtet. Oder wie es Kurt Huber, Mentor der „Weißen Rose“, vor seiner Hinrichtung in den Worten Fichtes formulierte:



*Gedenkstein an Wilhelm Kasper
Aufnahme: Heinz G. Huber*

„Und handeln sollst du so, als hinge /
Von dir und deinem Tun allein /
Das Schicksal ab der deutschen Dinge, /
Und die Verantwortung wär dein.“²⁴

Wilhelm Kasper ist auch Vorbild für jene urdemokratische Haltung, sich der Macht der Mächtigen nicht zu beugen. Er ist ein Beispiel für die Notwendigkeit des Außenseitertums, auch wenn darüber von geistig unbedarften Leuten an den Stammtischen gelacht und gelästert wird. Und Wilhelm Kasper gehört immer zu jenen zehn Gerechten, um derentwillen die Welt nicht untergehen wird.

Anmerkungen

- 1 Hildegard Kattermann, Das Ende einer jüdischen Landgemeinde – Nonnenweier in Baden 1933–1945. Freiburg 1984, S. 45.
- 2 Reinhold Schneider, Verhüllter Tag. Freiburg 1959, S. 127.
- 3 Verhörprotokoll der Geheimen Staatspolizei Außenstelle Offenburg, GLAK 507 / 7934.
- 4 Als erster hat auf Kasper der Nußbacher Ortschronist Carl Benz hingewiesen: Carl Benz erzählt, Südwestfunk Prisma, 2. Programm, 14. Mai 1979 / Irene Hübner, Unser Widerstand, Interview mit Carl Benz. Frankfurt 1982, S. 28 / Hans-Martin Pillin, Oberkirch Band III (1919–1976), S. 128 / Die Auffindung der Gerichtsakten im Generallandesarchiv ermöglichte erstmals eine profunde Darstellung: Heinz G. Huber, ARZ 20. 7. und 21. 7. 1989 / Heinz G. Huber, Nachforschungen eines Ortschronisten, in Allmende. (Elster, Baden-Baden) 24 / 25.

- 5 GLAK 507/7934.
- 6 Ortsbereisung Nußbach 1890, GLAK 367/1931 – 3 – 369.
- 7 Ortsbereisung Nußbach 1890, wie Anm. 6.
- 8 Ortsbereisung Nußbach 1890.
- 9 Ortsbereisung Nußbach 1898, wie Anm. 6.
- 10 Ortsbereisung Nußbach 1898.
- 11 Ortsbereisung Nußbach 1898.
- 12 H. G. Huber, Ortenauer Lebensläufe. Eggingen 1989, S. 14.
- 13 GLAK 507/2074.
- 14 Interview mit Frau Siebert-Plön.
- 15 Ebenda.
- 16 GLAK 507/2073.
- 17 GLAK 507/2073.
- 18 GLAK 507/2074.
- 19 Vgl. Huber, Ortenauer Lebensläufe (wie Anm. 12), S. 126 / Hübner (wie Anm. 4), S. 26.
- 20 GLAK 507/7934.
- 21 Renchtäler Zeitung, 3. März 1938.
- 22 GLAK 507/2934.
- 23 Vgl. Huber, Ortenauer Lebensläufe, Bericht des Acherner Kaplans Maurath, S. 99 ff. / Interview mit Pfarrer Habich, vgl. H. G. Huber, „Wir sind heute eine schlafende Kirche“, Mittelbadische Presse 28./29. 7. 1990 / Josef Joos, Leben auf Widerruf, Trier 1948 / Emil Thoma / E. Weiler, Die Geistlichen in Dachau. Mödling (Österreich) o. J.
- 24 Zitiert nach Hübner, a.a O., S. III.

Die jüdische Gemeinde in Offenburg und die jüdische Kleingemeinde in der Ortenau

Festvortrag auf der Jahresversammlung des
Historischen Vereins für Mittelbaden 1989 in Offenburg

Hans-Joachim Fliedner

Der Vortrag war als Lichtbildvortrag konzipiert, der das Schauen wesentlich einbezog. Der Referent plant, sobald ihm seine Arbeit in der Kulturverwaltung der Stadt Offenburg Zeit dazu läßt, seine Forschungsergebnisse gemeinsam mit dem Fotografen Rochus Basler als Buch herauszugeben. Da die Lichtbilder nicht zu dem gesprochenen Text veröffentlicht werden können, begnügen wir uns damit, eine geraffte Inhaltsangabe des Vortrags niederzulegen.

Die Juden waren nördlich der Alpen seit römischer Zeit ansässig. Sie trafen im Rheingebiet als Heereslieferanten ein. Frühe schriftliche Zeugnisse belegen im 12. Jahrhundert in Straßburg und verschiedenen Orten des Elsaß ihre Anwesenheit. In Offenburg rechnen wir spätestens mit dem Jahre 1241 (Befestigung der Stadt auf Veranlassung des Reichsschultheißen Wölflin von Hagenau) mit ihrer Anwesenheit.

Aus staufischer Zeit sind uns wesentliche jüdische Denkmale im Ober- rheingebiet überliefert. Das bedeutendste ist wohl am Südportal des Straßburger Münsters erhalten. Dort stehen die Figuren von Ecclesia und Synagoge. Kunstinterpreten sind sich einig, daß die Sympathie des Bildhauers auf seiten der Synagoge stand.

Aus dem Ende des 13. Jahrhunderts/Anfang des 14. Jahrhunderts haben wir in Offenburg ein einzigartiges Baudenkmal, das jüdische Ritualbad. Es liegt an der Glaserstraße/Ecke Bäcker-gasse. Dieses Bad zeigt, daß es im Mittelalter eine bedeutende jüdische Gemeinde in Offenburg gab. (Zum Ritualbad siehe die Ausführungen bei Otto Kähni, ORTENAU 49. Jahresband 1969).

Dieses jüdische Ritualbad war bis 1349 in Gebrauch. In diesem Jahre, dem Jahre der Pest, fanden im Oberrheingebiet große Judenverfolgungen statt. Die Offenburger Judenvertreibung ist uns aus einem Bericht, den der Rat der Stadt Offenburg nach Straßburg richtete, erhalten. Auch heute noch kann man nicht ohne Ergriffenheit die Vorgänge zur Kenntnis nehmen: Die Juden sollten zunächst aus der Stadt vertrieben werden. Sie weigerten sich aber offensichtlich die Stadt zu verlassen und versammelten sich in ihrem Bethaus, welches ihnen die Christen über dem Kopf anzündeten.

Nach der Vertreibung des Jahres 1349 waren wahrscheinlich über fast 300 Jahre keine Juden in Offenburg anwesend. Erst im Zuge des 30jährigen Krieges (1618–1648) wurden einzelne, gegen Zahlung hoher Schutz- und Schirmgelder, wieder aufgenommen. Von da an rechnen wir mit einer Siedlungskontinuität bis zur Vernichtung der jüdischen Gemeinde durch die Nationalsozialisten im Oktober 1940.

Aus der Zeit nach dem Dreißigjährigen Krieg rühren auch die Schriftzeugnisse von den jüdischen Kleingemeinden.

Der Begriff „Kleingemeinde“ bezeichnet ländliche jüdische Gemeinschaften, die über das badische Land verstreut waren und die sich häufig keinen eigenen Rabbiner leisten konnten. Insbesondere im ausgehenden 19. Jahrhundert waren sie durch Abwanderung in die Großstädte in ihrer Existenz bedroht. Der Oberrat der Israeliten Badens in Karlsruhe wünschte diese Kleingemeinden jedoch zu erhalten, weil in ihnen eine tiefere Beziehung zur jüdischen Religion üblich war, als in den sich rasch assimilierenden Stadtgemeinden, in denen, begünstigt durch die Zivilehe, über die Hälfte der geschlossenen Ehen konfessionelle Mischehen waren. Eine Eheschließung außerhalb der jüdischen Religion führte jedoch in der überwiegenden Zahl der Fälle dazu, daß die Kinder aus einer solchen Verbindung nicht mehr der jüdischen Religionsgemeinschaft angehörten.

Abwanderung und „Mischehen“ bewirkten also, daß die jüdische Kleingemeinde in ihrem Bestand gefährdet war. Als bestes Beispiel aus der Ortenau mag hierfür die Gemeinde Durbach gelten, an die heute nur noch der Friedhof erinnert; ihre Synagoge wurde zu Beginn dieses Jahrhunderts gemäß Kaufurkunde vom 11. Januar 1900 durch die Offenburger Jüdische Gemeinde verkauft. Es waren alle Juden von Durbach fortgezogen, und die Offenburger Gemeinde betrachtete sich als Rechtsnachfolger. Nur wenige Menschen wissen heute noch, daß das Haus Talstraße 7 einstmals eine Synagoge war.

Eine Kleingemeinde besonderer Art war die jüdische Gemeinde Diersburg. Im Jahre 1766 ist dort ein jüdischer Lehrer nachgewiesen. Die jüdische Gemeinde erwarb 1791 die Strittmatt. Das Offenburger Stadtratsprotokoll vermerkt am 9. Februar 1774, daß die Diersburger eine eigene Grabstatt haben. (Zum Friedhof vergleiche ORTENAU 65, 1985.) Ferner sind heute noch das Schulhaus und das Ritualbad (Mikwe) gut sichtbar. Zeitzeugen berichten, daß in Diersburg das Verhältnis der Konfessionen ganz besonders gut war. Dies rührte daher, daß die Röder von Diersburg als Patronatsherren sowohl die katholische als auch die evangelische und israelitische Religion tolerierten und gleich behandelten. Im Jahre 1825 zählte der Ort 354 Katholiken (37%), 397 evangelische (43%) und 190 israelitische (20%) Bürger. Die Denkmäler des Friedhofs und des Ritualbades sind besondere steinerne

Zeugen dieser lebendigen jüdischen Vergangenheit. Der Mikwestein enthält übersetzt folgende Inschrift:

Und will reines Wasser über euch sprengen, daß ihr rein werdet und von allen euren Götzen will ich euch reinigen.

Ein Weib, das den Herrn fürchtet, soll man loben!

Die beiden ersten Zeilen stammen aus Hesekiel 36, 25; die letzte Zeile ist ein Zitat aus Sprüche 31, 30. Datiert wurde der Stein von dem Tübinger Gelehrten Reinhold Mayer, der die Quersumme des hebräischen Wortes Furcht zum Zahlenwert 611 datiert. Dies heißt, daß das Jahr 5611 nach der Schöpfung der Welt, gemäß der jüdischen Zählung, gemeint ist. Dies entspricht dem Jahr 1850/51 unserer christlichen Zeitrechnung.

Der Ort Schmieheim beherbergte 1875 45 % Juden! Seit 1777 war er Sitz eines Rabbinats. Dieser wurde entsprechend den wirtschaftlichen Gegebenheiten erst Ende des 19. Jahrhunderts nach Offenburg verlegt. Der Schmieheimer Friedhof ist der größte in Südwestdeutschland. Eine genaue Datierung steht aus und ist dringend erforderlich. Die früheren Datierungen, das hat die Untersuchung des Diersburger Friedhofs ergeben, können nur mit großer Vorsicht übernommen werden. Nach diesen stammt der älteste Grabstein aus dem Jahre 1703.

Die Kleingemeinde Kippenheim wird, durch ihre im Stil der Kopistenzeit in den Jahren 1850/51 erbaute Synagoge, auch für künftige Geschlechter von der Präsenz der Juden in der Ortenau zeugen. Diese Synagoge verwüsteten in der Pogromnacht vom 9. auf den 10. November 1938 die Nationalsozialisten. Das Gebäude wurde im Zweiten Weltkrieg als Gefangenenlager genutzt und nach verschiedenen Zwischennutzungen im Jahre 1956 von der Raiffeisengenossenschaft als Verkaufsraum für Agrarprodukte verwendet. Zahlreichen Interventionen, vor allem junger Christen, gelang es schließlich unter der Führung des Deutsch-Israelischen Arbeitskreises, das Gebäude aus seiner unwürdigen Nutzung zu nehmen und als Kulturdenkmal einstufen zu lassen. Seit dem Jahre 1988 ist die Restauration im wesentlichen abgeschlossen. Heute wird die Synagoge als Restaurationswerkstatt betrieben.

Die Kippenheimer Synagoge ist Beispiel dafür, wie schwer sich die Nachkriegsgenerationen mit der Annahme des jüdischen Erbes taten.

In Nonnenweier ließ sich der erste nachgewiesene Jude wahrscheinlich im Jahre 1707 nieder. Die Landgemeinde zählte im Jahre 1855 244 Mitglieder, die bis 1933 auf 65 zurückgingen.

Bemerkenswert ist der Friedhof der Gemeinde Nonnenweier: Er steht als Beispiel für die Emanzipation der Juden. Diese konnten nur unter schwieri-

gen Bedingungen Land erwerben. So war es stets etwas Besonderes, wenn sie ein Erbbegräbnis ihr eigen nannten. Der Verbandsfriedhof Schmieheim legt dafür Zeugnis ab: viele Gemeinden teilten sich diese Grablege. Nachdem im Großherzogtum Baden durch das liberale Ministerium Stabel/Lamey die volle Emanzipation und Gleichberechtigung erworben worden war, legten auch kleinere Gemeinden eigene Friedhöfe an. So auch die Gemeinde Nonnenweier, die ihren Friedhof im Jahre 1880 erwarb. Hier finden wir auch das Grab der Familie Frank, deren berühmtester Sproß, der Reichstagsabgeordnete Ludwig Frank, am 3. September 1940 als Kriegsfreiwilliger bei Luneville fiel. Er ist dort in einem Massengrab bestattet. —

Eine umfassende Geschichte der jüdischen Kleingemeinde in der Ortenau müßte weitere Gemeinden mit ihren Zeugnissen umfassen (z. B. Freistett, Bodersweier etc.). Der angekündigten Publikation bleibt es vorbehalten, auf das Gesamtproblem im Stile einer wissenschaftlichen Abhandlung einzugehen.

Wo bringt ihr uns hin?

Zur Deportation und Ermordung behinderter Menschen aus der Anstalt Kork im Jahre 1940

Klaus Freudenberger, Walter Murr

Die Entwicklung der rassenhygienischen Denkrichtung¹

Die Begriffe und Grundlagen der Rassenhygiene, die während des Dritten Reiches in die Alltagssprache und ins Alltagswissen Eingang gefunden haben (z. B. Rasse, Rassenhygiene, Eugenik, lebensunwert, minderwertig, usw.), sind keine Neuschöpfungen der Nationalsozialisten. Sie entstanden bereits im letzten Drittel des 19. und im ersten Drittel des 20. Jahrhunderts. Die Nationalsozialisten nahmen Grundgedanken aus der sozialdarwinistischen, rassenhygienischen Denkrichtung auf und setzten sie in Politik um. Das Neue war nicht die Denkart, sondern daß es nun eine Regierung gab, die aufgrund dieser Gedankenwelt praktische Politik prägte und betrieb.

Der Begriff Eugenik wurde von Francis Galton, einem Vetter von Charles Darwin, eingeführt. Galton dehnte die Vererbungshypothese Darwins auf die geistigen und charakterlichen Eigenschaften des Menschen aus. 1883 führte er den Begriff „Eugenik“ ein als Terminus für die Verbesserung der menschlichen Rasse, an der ihm sehr gelegen war.²

Der Mediziner Alfred Ploetz beschäftigte sich schon in seiner Jugend mit Rassengedanken und hatte den Traum, in Amerika eine „pangermanische“ Kolonie zu gründen³, eine Überlegung, die in abgewandelter Form in den nationalsozialistischen Plänen der Ostsiedlung wieder auftaucht („Muster-gau Wartheland“). 1895 führte er den Begriff „Rassenhygiene“ in die Wissenschaft ein, als er im ersten Band seines Werkes „Die Tüchtigkeit unserer Rasse und der Schutz des Schwachen“ die „Grundlinien der Rassenhygiene“ skizzierte.⁴

Um die Institutionalisierung der Rassenhygiene als wissenschaftliches Fach voranzutreiben, gründete Ploetz 1904 die Zeitschrift „Archiv für Rassen- und Gesellschaftsbiologie“ und 1905 zusammen mit dem Ethnologen Richard Thurnwald die „Gesellschaft für Rassenhygiene“ in Berlin. 1910 hatte die Gesellschaft in Freiburg (Eugen Fischer, Fritz Lenz), Stuttgart und München je eine Ortsgruppe.⁵

Die Mitgliedschaft in diesem Verein machte es zur Pflicht, die rassenhygienischen Ziele bei sich selbst anzuwenden, das heißt, sich erbbiologisch untersuchen und registrieren zu lassen.

1910 öffnete sich dieser elitäre rassenhygienische Zirkel und strebte an, die rassenhygienischen Gedanken und Ziele einer breiteren Öffentlichkeit bekannt zu machen. Vor allem Ärzte wurden von den Rassenhygienikern angesprochen und traten der Gesellschaft bei.⁶ Auf der internationalen Hygieneausstellung 1911 in Dresden betrieben einige Rassenhygieniker aus Privatinitiative einen Stand. Kernpunkte und Zielrichtung der Rassenhygiene wurden wie folgt zusammengefaßt⁷:

„Alle Kulturvölker sind von Degeneration bedroht, und alle müssen eine außerordentlich große Zahl von Minderwertigen, Schwächlichen, Kränklichen und Krüppeln mit sich schleppen.“⁸

Sie forderten vom Staat rassenhygienische Erhebungen, damit die damalige Situation des Volkes genau erkannt wurde.

Das Erlöschen der familiären Fortpflanzungsfähigkeit und der daraus resultierende Geburtenrückgang wurden angeprangert. Als eine der wichtigsten Maßnahmen wurde die Selektion der sich fortpflanzenden Eltern gefordert, ebenso die Überwachung der Fortpflanzung unter dem Gesichtspunkt der Vererbung, der Degeneration und des Geschlechts. Wichtig war für diese Denkrichtung auch die Pflege der Heranwachsenden, besonders hinsichtlich der Wahrung der Fortpflanzungskräfte. Vor allem in der Überwachung und in der Kontrolle sahen diese Rassenhygieniker unter Berufung auf Ploetz die Aufgabe der Rassenhygiene.

Dieser leistungszentrierte Blickwinkel der Rassenhygiene entspringt einer Leistungsgesellschaft, die die Vorherrschaft des Deutschen Reiches über den Weg der künstlichen Zuchtwahl und Ausrottung von Minderwertigem garantieren wollte.⁹ Es verwundert daher nicht, daß auch der rechtskonservative Alldeutsche-Verband, der für eine rigorose Großmachtpolitik eintrat, Platz für die rassenhygienischen Gedanken fand.¹⁰

Die Gedankenwelt der Rassenhygiene hatte schon im Kaiserreich in den Köpfen der Bildungsbürger Platz gefunden. Auch nach dem Ersten Weltkrieg war dieses Gedankengebäude in dem überwiegend demokratiefeindlichen Bürgertum beheimatet, dies vielleicht gerade im Gegensatz zu der sozialen Gesetzgebung der Weimarer Republik.¹¹ 1920 veröffentlichten der Jurist Prof. Karl Binding (Leipzig) und der Mediziner Prof. Alfred E. Hoche (Freiburg) das Buch „Die Freigabe der Vernichtung lebensunwerten Lebens“.¹² Hier versuchten sie sowohl eine rechtliche als auch eine medizinische Grundlage für die Vernichtung folgender Personengruppen zu konstruieren:

1. infolge Krankheit oder Verletzung unrettbar Verlorene,¹³
2. unheilbar Blödsinnige,¹⁴
3. zwar geistig Intakte, die aber durch „tödliche Verwundungen in namenlosem Elend leben würden“.¹⁵

Eine zweite Denkrichtung, die in der NSDAP Einfluß gewann, war die „Rassenanthropologie“, die eine Arisierung forderte. Der französische Graf Joseph Arthur Gobineau stellte 1855 den Arier einer degenerierten semitischen Rasse gegenüber. Den wertvollsten Kern der Arier sah er in den Germanen. Nach Gobineau hat die ständige Rassenmischung der Arier dazu geführt, daß sie vom Aussterben bedroht seien. Über den Kreis um Richard Wagner und Houston Stewart Chamberlain erfuhr dieses Gedankengut im Bürgertum des ausgehenden 19. Jahrhunderts eine starke Aufnahme. Auch hier nahm der Alldeutsche-Verband eine zentrale Rolle ein.¹⁶

Dieses Gedankengut der Sozialdarwinisten, Rassenhygieniker und Rassenanthropologen, das in weiten Kreisen des Bildungsbürgertums und der Ärzte Fuß gefaßt hatte,¹⁷ griffen Hitler und die nationalsozialistische Bewegung auf und machten es zum zentralen Punkt ihres Parteiprogramms.¹⁸

Die Ermordung kranker, behinderter, schwacher und alter Menschen steht nicht isoliert, sondern ist im Zusammenhang mit dem Rassegedanken zu sehen, in dessen Folge auch Juden, Zigeuner, Polen, Slawen, Homosexuelle und andere mehr vernichtet wurden. Ziel des Nationalsozialismus war die Vorherrschaft des rasserein gewordenen und rasserein gehaltenen arischen Menschentyps unter deutscher Führung.¹⁹

Wie sollte das Bürgertum Widerstand leisten, nachdem seine eigenen Gedanken nun weitestgehend in praktische Politik umgemünzt wurden? Erst als es seine eigenen Ziele weit radikaler verfolgt sah und die Ermordung als eine Folge dieser Entwicklung sichtbar wurde, regten sich Unmut, Protest und Widerstand gegen das menschenverachtende System, das der Masse die Rasse und das Beste gegenüberstellte.

Die Rassenhygiene setzt sich durch

Die Forderung nach Sterilisierung seit 1900

Schon seit dem Beginn des Jahrhunderts forderten Rassenhygieniker eine gesetzlich abgesicherte Sterilisation. So verlangte Ernst Rüdin, später Leiter der Deutschen Forschungsanstalt für Psychiatrie, 1903 die Sterilisierung von unheilbaren Trinkern.²⁰ Über die bereits erwähnte „Gesellschaft für Rassenhygiene“, der von Anfang an Fritz Lenz und Ernst Rüdin angehörten, wurden rassehygienische Forderungen in die Öffentlichkeit getragen. Einen ersten sichtbaren Erfolg zeigte die Kampagne darin, daß der damalige Reichskanzler Bethmann-Hollweg dem Reichstag am 4. Juli 1914 einen Gesetzentwurf zur „Unfruchtbarmachung und Schwangerschaftsunterbrechung“ vorlegte.

Das Vorhaben wurde jedoch durch die Juli-Krise 1914 vereitelt, die dem Ersten Weltkrieg vorausging.²¹ Die Diskussion über die gesetzliche Regelung der Sterilisierung wurde weiterhin fortgesetzt.

Gegen Ende der zwanziger Jahre flammte die Diskussion wieder verstärkt auf, als die Auswirkungen der Weltwirtschaftskrise die Aufwendungen für die Fürsorge behinderter Menschen in einem neuen Licht erscheinen ließen. Viele Rassenhygieniker und Ärzte nahmen in dieser Zeit mit Aufsätzen an der Sterilisierungsdebatte teil.²²

Stellung der Inneren Mission zur Sterilisierung

Auch die kirchlichen Fürsorgeverbände der Evangelischen Kirchen bezogen am Anfang der dreißiger Jahre Position. Dr. Hans Harmsen, Geschäftsführer des „Gesamtverbandes der deutschen evangelischen Kranken- und Pflegeanstalten e. V.“, rief in der von ihm herausgegebenen evangelischen Fachzeitschrift „Gesundheitsfürsorge“ zu einer bevölkerungspolitischen und eugenetischen Neuorientierung der evangelischen Wohlfahrtspflege auf.²³ Er forderte 1931: „Außer der Asylierung wird es aber notwendig sein, die Frage der freiwilligen oder auch zwangsmäßigen operativen Unfruchtbarmachung mit allem Ernst zu bedenken.“²⁴ Mit seinen eugenetischen, rassenhygienischen Überlegungen stand Harmsen nicht allein in der evangelischen Kirche. In dem evangelischen Fachlexikon „Die Religion in Geschichte und Gegenwart“ wird 1928 in dem Artikel „Eugenik“ ausgeführt²⁵: „Eine zielbewußte und planmäßige Ausmerzungen der degenerierten Volksteile bedarf der Hilfe des Staates. Dauerverwahrung der unheilbaren Schwachsinnigen, Geisteskranken und Antisozialen und zwangsweise Unfruchtbarmachung sind wichtige Maßnahmen, in deren Anwendung Amerika mutig vorangeht.“

Der „Central-Ausschuß“ der Inneren Mission bildete auf Anregung von Dr. Harmsen eine „Evangelische Fachkonferenz für Eugenik“. Die Fachkonferenz, die Dr. Harmsen leitete, stellte künftig das Gremium der Inneren Mission dar, das sich mit Fragen der Eugenik und Wohlfahrtspflege beschäftigte.²⁶ Vom 18. Mai bis 20. Mai 1931 hielt die Fachkonferenz ihre erste Tagung in Treysa bei Kassel ab. Sie legte in wichtigen Punkten die Position der Inneren Mission zu erbbiologischen Forderungen und Forschungen fest. Es sollten erhebliche Aufwendungen nur noch für solche Fürsorgebedürftigen getätigt werden, bei denen die Wiederherstellung ihrer Leistungsfähigkeit in Aussicht stand. Eine „Vernichtung lebensunwerten Lebens“, wie sie von Binding und Hoche angeregt worden war, sowie die Schwangerschaftsunterbrechung wurden von der Fachkonferenz kategorisch abgelehnt. In der Frage der Sterilisierung erblich Schwerbelasteter forderte die Konferenz vom Gesetzgeber eine Zulassung freiwilliger Sterilisation, neben der zu bevorzugenden Asylierung von erblich Belasteten. Die freiwil-

lige Sterilisierung – keine Zwangssterilisation – sei auch vom sittlich-religiösen Standpunkt her in gewissen Fällen berechtigt.²⁷ In anderen evangelischen Verbänden wurde diese Stellung zur Sterilisierung rasch aufgegriffen. Ein Jahr später, vom 24. bis 25. Mai 1932, wurde die Sterilisierung auch auf der „Konferenz der Vorsteher evangelischer Anstalten für Geisteschwache und Epileptiker“ thematisiert. In einem Vortrag wurde die folgende These aufgestellt: „Wer als Schwachsinniger interniert ist, ist so gut wie sterilisiert. (. . .) Eine restlose Sterilisierung aller Anstaltsinsassen ist überflüssig, jedoch bei Entlassung wie auch bei Abgabe in Familienpflege mußte jeder Fall geprüft werden, ob Sterilisation aus erbbiologischen Gründen erforderlich ist.“²⁸

Sterilisierungsprozeß in Offenburg

1931/32 richteten sowohl Harmsen²⁹ als auch manch ein Rassenhygieniker³⁰ ihre Augenmerke auf die Vorgänge am Landgericht Offenburg. Die Staatsanwaltschaft recherchierte wegen Sterilisierungen und Schwangerschaftsabbrüchen gegen den ehemaligen Chefarzt Dr. Merk und zwei weiteren Ärzten des Kehler Kreiskrankenhauses. Die Frage war: Verurteilt ein Gericht Ärzte auf Grund von Sterilisierungen, die mit Einwilligung beider Ehepartner durchgeführt wurden, wie das Gesetz es vorsah wegen schwerer Körperverletzung? Das Offenburger Gericht hielt die Sterilisation für rechtens, falls die Einwilligung beider Ehegatten vorläge und die Operation nicht gegen die guten Sitten verstieße. Das Gericht ließ medizinische und soziale Indikation in Mischform zu und verneinte nicht einmal rein soziale Indikationen. Es verurteilte Dr. Merk zu einem Jahr Gefängnis. Die Zuchthausstrafe schloß es dadurch aus, da die Sterilisation auf Grund der gewählten Operationsmethode nicht eine dauernde, sondern nur zeitweilige Zeugungsunfähigkeit herbeiführe.³¹

Der Entwurf eines Sterilisierungsgesetzes

Nach einer Tagung des preußischen Landesgesundheitsrates vom 2. Juli 1932 wurde nach mehreren Konferenzen dem preußischen Minister für Volkswohlfahrt ein Entwurf eines Sterilisierungsgesetzes vorgelegt.³² Die „Fachkonferenz für Eugenik“, die in der Zwischenzeit zu einem ständigen Ausschuß für Eugenik umgestaltet wurde, beriet den Entwurf am 24. November in Berlin.³³ Bei dem Gesetzentwurf beanstandete der Ausschuß die Eingrenzung auf eine chirurgische Sterilisation. Er regte eine Erweiterung auf Kastration und Röntgenbestrahlung an. Der Kreis der betroffenen Personen erschien ihm für zu weit gefaßt, und man strebte eine Eingrenzung an. Außerdem schlug der Ausschuß die Einrichtung einer Berufungsinstanz

vor.³⁴ Diese Anregungen blieben nicht unberücksichtigt, sondern fanden in das Gesetz der Nationalsozialisten Eingang.

Zwangssterilisierung im Nationalsozialismus

Das „Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“

Als die NSDAP durch das Ermächtigungsgesetz die politische Macht erhalten hatte, bedeutete dies, daß nun Gesetzesvorhaben für rassenhygienische Maßnahmen eingeleitet wurden. Mit der Strafrechtsnovelle vom 26. Mai 1933 wurde die eugenische, freiwillige Sterilisation erlaubt,³⁵ sofern sie nicht gegen die guten Sitten verstoße. Alle anderen Sterilisierungen, mit Ausnahme der medizinischen Indikation, blieben auch weiterhin unter Strafe gestellt. Aufgrund dieses Sachverhaltes war für die Zeitgenossen klar, daß es nur um die Zwangssterilisierung gehen könne, wenn ein neues Sterilisierungsgesetz erlassen wurde.³⁶ Einige Rassenhygieniker, darunter auch Lenz, lehnten Zwangsmaßnahmen ab, da sie dadurch eine negative Einstellung in der Bevölkerung befürchteten. Die Möglichkeiten, indirekten Druck auf die betreffenden Personen auszuüben, reichten ihnen noch vollkommen aus.³⁷

Dennoch wurde am 14. Juli 1933 von der Reichsregierung das „Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“ beschlossen. Dieses Gesetz sah bei acht Krankheitsbildern die Zwangssterilisierung vor. Auf Anregung von Pappens, der sich als einziger gegen eine Sterilisation aus eugenischen Gründen aussprach, verschob man die Verkündung des Gesetzes auf einen Zeitpunkt nach den Konkordatsverhandlungen mit der Katholischen Kirche. Diese sollten am 20. Juli 1933 zu Ende gehen. Die Katholische Kirche hatte sich grundsätzlich gegen die Sterilisierung ausgesprochen.³⁸ So wurde das Gesetz erst im Reichsgesetzblatt vom 25. Juli 1933 verkündet und trat zum 1. Januar 1934 in Kraft.³⁹

Die Reaktionen der Inneren Mission auf das Gesetz

Obwohl das Gesetz Zwangssterilisierungen vorsah, die bislang von der Fachkonferenz für Eugenik abgelehnt wurden, hinderte dies Dr. Harmsen, den Leiter der Fachkonferenz, nicht daran, das Gesetz zu begrüßen: „Das tatkräftige Handeln der neuen Regierung auf dem Gebiet praktischer Bevölkerungspolitik, (. . .) erfüllt uns mit Dankbarkeit und Freude, um so mehr, als die vom Ausschuß seinerzeit vorgebrachten Abänderungsvorschläge zu dem Entwurf über ein Sterilisierungsgesetz im endgültigen Wortlaut voll berücksichtigt worden sind.“⁴⁰

Reichsgesetzblatt

Teil I

1933	Ausgegeben zu Berlin, den 25. Juli 1933	Nr. 86
Inhalt:		
	Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses. Vom 14. Juli 1933	§. 529
	Fünfte Verordnung zur Durchführung der Verordnung über die Devisenbewirtschaftung. Vom 20. Juli 1933	§. 531
	Verordnung über die Errichtung einer vorläufigen Filmkammer. Vom 22. Juli 1933	§. 531
	Verordnung über Zolländerungen und Ausfuhrscheine. Vom 24. Juli 1933	§. 533
	Verordnung zur Durchführung des Gesetzes über die Aufhebung der im Kampf für die nationale Erhebung erlittenen Dienststrafen und sonstigen Maßregelungen. Vom 25. Juli 1933	§. 535

Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses. Vom 14. Juli 1933.

Die Reichsregierung hat das folgende Gesetz beschlossen, das hiermit verkündet wird:

§ 1

(1) Wer erbkrank ist, kann durch chirurgischen Eingriff unfruchtbar gemacht (sterilisiert) werden, wenn nach den Erfahrungen der ärztlichen Wissenschaft mit großer Wahrscheinlichkeit zu erwarten ist, daß seine Nachkommen an schweren körperlichen oder geistigen Erbschäden leiden werden.

(2) Erbkrank im Sinne dieses Gesetzes ist, wer an einer der folgenden Krankheiten leidet:

1. angeborenem Schwachsinn,
2. Schizophrenie,
3. zirkulärem (manisch-depressivem) Irresein,
4. erblicher Fallsucht,
5. erblichem Weitzstanz (Huntingtonsche Chorea),
6. erblicher Blindheit,
7. erblicher Taubheit,
8. schwerer erblicher körperlicher Mißbildung.

(3) Ferner kann unfruchtbar gemacht werden, wer an schwerem Alkoholismus leidet.

§ 2

(1) Antragsberechtigt ist derjenige, der unfruchtbar gemacht werden soll. Ist dieser geschäftsunfähig oder wegen Geisteschwäche entmündigt oder hat er das achtzehnte Lebensjahr noch nicht vollendet, so ist der gesetzliche Vertreter antragsberechtigt; er bedarf dazu der Genehmigung des Vormundschaftsgerichts. In den übrigen Fällen beschränkter Geschäftsfähigkeit bedarf der Antrag der Zustimmung des gesetzlichen Vertreters. Hat ein Volljähriger einen Pfleger für seine Person erhalten, so ist dessen Zustimmung erforderlich.

(2) Dem Antrag ist eine Bescheinigung eines für das Deutsche Reich approbierten Arztes beizufügen, daß der Unfruchtbarzumachende über das Wesen und die Folgen der Unfruchtbarmachung aufgeklärt worden ist.

(3) Der Antrag kann zurückgenommen werden.

§ 3

Die Unfruchtbarmachung können auch beantragen

1. der beamtete Arzt,
2. für die Inassen einer Kranken-, Heil- oder Pflegeanstalt oder einer Strafanstalt der Anstaltsleiter.

§ 4

Der Antrag ist schriftlich oder zur Niederschrift der Geschäftsstelle des Erbgesundheitsgerichts zu stellen. Die dem Antrag zu Grunde liegenden Tatsachen sind durch ein ärztliches Gutachten oder auf andere Weise glaubhaft zu machen. Die Geschäftsstelle hat dem beamteten Arzt von dem Antrag Kenntnis zu geben.

§ 5

Zuständig für die Entscheidung ist das Erbgesundheitsgericht, in dessen Bezirk der Unfruchtbarzumachende seinen allgemeinen Gerichtsstand hat.

§ 6

(1) Das Erbgesundheitsgericht ist einem Amtsgericht anzugliedern. Es besteht aus einem Amtsrichter als Vorsitzenden, einem beamteten Arzt und einem weiteren für das Deutsche Reich approbierten Arzt, der mit der Erbgesundheitslehre besonders vertraut ist. Für jedes Mitglied ist ein Vertreter zu bestellen.

(2) Als Vorsitzender ist ausgeschlossen, wer über einen Antrag auf vormundschaftsgerichtliche Genehmigung nach § 2 Abs. 1 entschieden hat. Hat ein beamteter Arzt den Antrag gestellt, so kann er bei der Entscheidung nicht mitwirken.

Nur erbgesunder Nachwuchs sichert den Bestand des Volkes

Wie stehen nicht allein

In diesen Ländern
bestehen ähnliche
Gesetze



USA 1919

DÄNEMARK 1929

NORWEGEN 1934

SCHWEDEN 1935

FINNLAND 1935

JAPAN

LETTLAND

folgende Länder
erwägen ähnlichen
Schutz

UNGARN

ENGLAND

SCHWEIZ

POLEN

LITAUEN

**Gesetz
zur Verhütung
erbkranken
Nachwuchses
vom
14. 7. 33.**

Es ist ein Irrtum anzunehmen, Deutschland habe mit dem Erlass des Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses etwas Absonderliches und Ausgefallenes geschaffen. Nein, Deutschland hat nur die Schäden am klarsten erkannt, die aus einer ungehemmten Fortpflanzung der Erbkranken für Staat und Volk entstehen, und hat den Mut gehabt, die logische Folgerung aus seiner Erkenntnis zu ziehen.

In zahlreichen Ländern hat man sich ebenfalls — teils lange vor uns, teils im Anschluß an unsere Maßnahmen — mit gleichen Gedankengängen beschäftigt. Wir stehen also nicht allein, wenn auch die gesetzliche Regelung im Auslande noch nicht so fortgeschritten ist.

Aus: Neues Volk 4. 1936, Heft 1, S. 37

Den Zwang verwarf Harmsen nicht, sondern er war nur bemüht, ihn auf einen engeren Personenkreis eingeschränkt zu wissen. Der „Central-Ausschuß“ lehnte die zwangsweise Sterilisierung nicht ab, jedoch forderte er die evangelischen Krankenhäuser auf, solche Sterilisierungen nicht durchzuführen.⁴¹ Als ab 25. Juni 1935 die Schwangerschaftsunterbrechung aus eugenischer Indikation ermöglicht wurde, wies der „Central-Ausschuß“ gleichfalls die Krankenhäuser an, diese nicht vorzunehmen. Zusätzlich wandte er sich an das Reichsinnenministerium und ließ dort die schwierige Situation, in die die Innere Mission durch dieses Gesetz komme, darstellen. Ansonsten kam jedoch kein Protest.⁴²

Der Kirchenhistoriker Nowack zog aus dieser Haltung den Schluß: „Indem sie (die Innere Mission, d. Vf.) das Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses durch ihre sonstige Mitarbeit legitimierte, rechtfertigte sie in der praktischen Konsequenz auch die zwangsweise Unfruchtbarmachung.“⁴³ Daß die Innere Mission überhaupt bei der Durchführung mitmachte, sah er „in ihrer Verbundenheit mit den eugenischen Reformbestrebungen der zwanziger Jahre“ begründet. „Im NS-Eugenik-Programm glaubte sie die Ideen in die Tat umgesetzt, als deren Vorkämpferin sie sich empfunden hatte.“⁴⁴

Die Durchführung des Gesetzes

Der unter das Gesetz fallende Personenkreis reichte sehr weit. So verwundert es nicht, daß sich unter der betroffenen Bevölkerung Widerstand regte, so daß neue Zwangsbestimmungen notwendig wurden.⁴⁵ Selbst innerhalb der NSDAP kam Widerstand gegen das Gesetz auf. Zum einen, weil selbst Parteiangehörigkeit nicht vor der Anwendung des Gesetzes schützte, und zum anderen, weil sich die Partei weitestgehend von der Mitgestaltung und Anwendung des Gesetzes ausgeschlossen sah.⁴⁶ Die eigentliche Ausführung und Veränderung des Gesetzes oblag der Staatsverwaltung. Laut den Angaben des Bundesministeriums der Justiz wurden zwischen 1933 und 1945 etwa 350 000 Menschen zwangssterilisiert.⁴⁷

Dem Gesetz wurden immer wieder Neuerungen einverleibt. So war ab dem 25. Juni 1935 mit Einwilligung der Betroffenen eine Verbindung von Sterilisation und Schwangerschaftsabbruch möglich.⁴⁸ 1936 ermöglichte ein zweites Änderungsgesetz die Zwangssterilisation durch Röntgen- oder Radiumstrahlung durchzuführen.⁴⁹ Mit der Durchführungsverordnung vom 31. August 1939 begrenzte der Gesetzgeber die Zwangssterilisation auf Personen, bei denen besonders große Fortpflanzungsgefahr bestand. Dies schränkte die Praxis der Zwangsmaßnahmen zwar stark ein, doch wurden sie bis 1945 durchgeführt.⁵⁰

Die Ausführung des Gesetzes in der Anstalt Kork

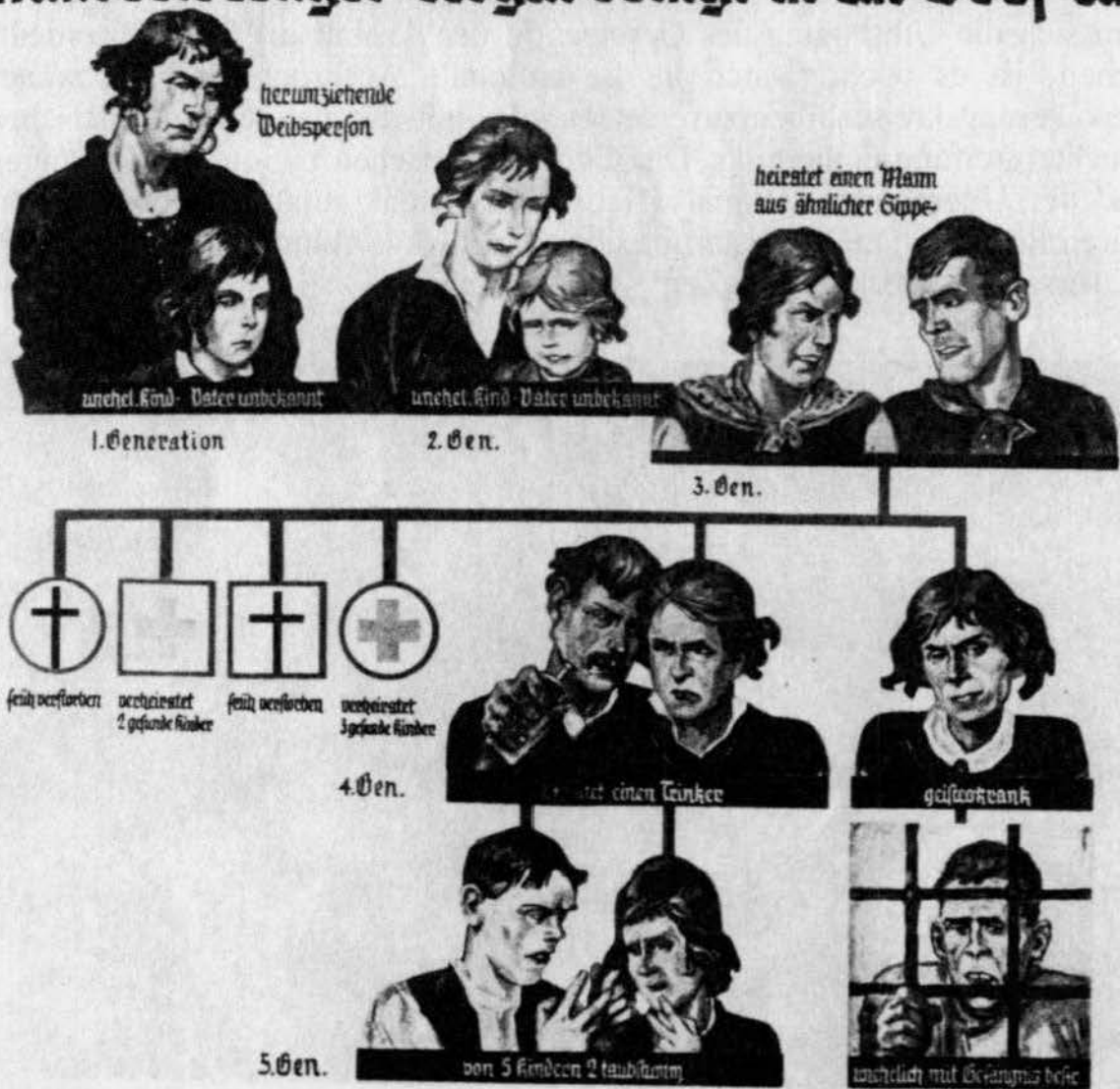
Um sich die Umsetzung des Gesetzes in der Anstalt in Kork zu verdeutlichen, ist es wichtig, sich in die nationale Aufbruchstimmung weiter Bevölkerungskreise hineinzusetzen, die mit der nationalsozialistischen Machtergreifung einherging. Die Grenzen zwischen nationaler Gesinnung und der Übernahme nationalsozialistischer Denk- und Handlungsmuster waren fließend. Die Begeisterung über die Rückgewinnung nationaler Stärke verschaffte der „neuen Zeit“ viele Anhänger.



*Heil- und Pflegeanstalt für Epileptische mit Dorf Kork, 1934
Aufnahme: Luftverkehr Strähle, Schorndorf*

Dies vorzuschicken erscheint wichtig, will man verstehen, daß bereits beim Jahresfest 1933 in Kork neben den Kirchenfahnen auch die Badische Fahne, die Fahne des Reiches und das Hakenkreuzbanner im Wind flatterten.⁵¹ Mitarbeiter und Heimbewohner lauschten wichtigen Reden Hitlers am Volksempfänger.⁵² Zug um Zug war auch die Anstalt in den nationalsozialistischen Alltag eingebunden. Der 1. Mai – seit 1933 gesetzlicher Feiertag – wurde auch hier als Tag der Arbeit begangen; die Mitarbeiter waren Mitglieder der „Deutschen Arbeitsfront“ und legten ab 1937 auch den Treueeid auf den Führer ab.⁵³ Beim jährlichen Leistungswettkampf der deutschen Betriebe war auch die Anstalt in Kork mit vertreten.⁵⁴

Minderwertiges Erbgut dringt in ein Dorf ein



Ausstellungsbild des Reichsnährstandes

Aus: Volk und Rasse II. 1936, Heft 8, S. 337

So fand – für unseren Zusammenhang von Bedeutung – die rassenhgienische Ausrichtung der NSDAP in der Politik und das entsprechende politische Handeln die Zustimmung sowohl bei der Inneren Mission als auch bei der Korker Anstaltsleitung. Für sie zeichneten in den dreißiger Jahren Direktor Missionar Stolz, der stellvertretende Direktor Pfarrer Dr. Ziegler und der Anstaltsarzt Dr. Wiederkehr verantwortlich. Schon vor der Verkündung des „Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“ schrieb Dr. Wiederkehr in seinem Jahresbericht 1932/33 über Patienten, die ungebessert entlassen werden müssen: „Was in der Zwischenzeit zu Hause an Schäden sozialer oder eugenischer Art durch diese Kranken in einzelnen Fällen auftritt, muß uns bei der fortschreitenden biologischen Degeneration

Hier trägst Du mit

Ein Erbkrankes kostet bis zur Erreichung des
60. Lebensjahres im
Durchschnitt 50.000 RM.



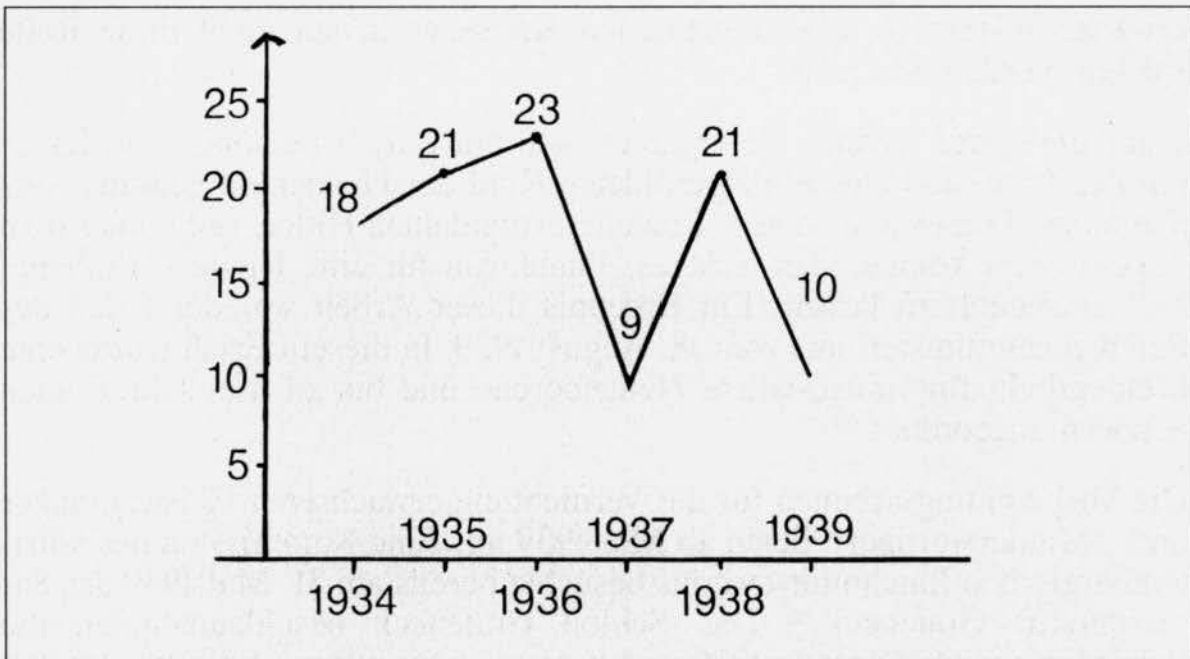
Ausstellungsbild des Reichsnährstandes

Aus: Volk und Rasse II. 1936, Heft 8, S. 335

unseres Volkes mehr denn je dazu veranlassen, die Zahl solcher als ungebessert Entlassenen noch geringer zu gestalten.“⁵⁵ Von dieser Grundeinstellung ausgehend, war es kein großer Schritt, das Zwangssterilisierungsgesetz zu befürworten. So schreibt er im Jahresbericht 1933 / 34: „Das Gesetz gibt die Möglichkeit, die Zahl der Erbkranken herabzusetzen, dadurch viel Leid und Elend zu verhüten und in absehbarer Zeit die großen Kosten für die Allgemeinheit etwas herabzusetzen. Die Sterilisierung ist keine Strafe für den davon Betroffenen, sondern eine Tat der Nächstenliebe und Vorsorge für die kommende Generation. Der Kampf unseres Führers für Deutschlands Reinerhaltung und Aufartung muß auch unser Kampf sein.“⁵⁶ Auch der stellvertretende Direktor, Wilhelm Ziegler, begrüßte das Gesetz warm, wie er in einem Presseartikel über das 43. Jahresfest 1936 schrieb.⁵⁷ Noch 1938 konnte er formulieren, daß er das Gesetz in vollem Umfange bejahe (– trotz des möglichen Schwangerschaftsabbruchs, der 1935 eingeführt wurde, d. Vf.). Zwei Drittel der an Epilepsie leidenden Menschen sah Dr. Ziegler als erbkrank an;⁵⁸ der Anstaltsarzt Dr. Wiederkehr ging sogar von 80 % aus.⁵⁹ Insgesamt ist zu erkennen, daß die Zwangssterilisierung in Kork kein kontroverses Thema war.

Der „Central-Ausschuß“ der Inneren Mission legte den Leitern evangelischer Einrichtungen nahe, nicht selbst Sterilisierungsanträge zu stellen, sondern die ausgefüllten Papiere an den Amtsarzt weiterzuleiten.⁶⁰ Dieser Empfehlung entsprach die Korker Leitung jedoch nicht. Von den 102 Zwangssterilisierungen zwischen 1934 und 1939 erfolgten 87 auf Antrag der Anstalt, zwei beantragte der Amtsarzt, elf stellten selbst ihre Anträge, und zwei weitere Anträge wurden von anderen Institutionen gestellt.⁶¹ Der operative Eingriff erfolgte in der Regel im Krankenhaus in Kehl. Die Frauen, Mädchen, Männer und Jungen wurden für kurze Zeit stationär im Krankenhaus aufgenommen.

Nach dem Wortlaut des Gesetzes mußten nur Menschen sterilisiert werden, die nicht in geschlossenen Einrichtungen lebten oder von dort entlassen oder beurlaubt werden wollten. Kork war eine geschlossene Anstalt im Sinne des Gesetzes. Etwas überraschend erscheint daher der hohe Anteil von langjährigen Bewohnern der Einrichtung an den Sterilisierten. 52 Menschen, die noch bis 1940 und darüber hinaus in der Anstalt in Kork lebten, wurden zwangssterilisiert. Die Anstalt Kork erfüllte also nicht nur die gesetzlichen Bestimmungen, sondern setzte eigene Gewichtungen. Um den Anstaltsarzt bei dem erhöhten Arbeitsaufkommen in Zusammenhang mit den Sterilisierungen zu entlasten, stellte sie zum 1. Juni 1936 einen Assistenzarzt ein.⁶² Nach Aktenlage scheint Dr. Wiederkehr 1938 zum Beisitzer im Offenburger Erbgesundheitsgericht berufen worden zu sein.⁶³ Die Beisitzertätigkeit war nicht freiwillig, sondern wie ein Schöffendienst Bürgerpflicht. Der Gesetzgeber verlangte jedoch von den vorgeschlagenen Ärzten, daß sie in der Erbbiologie kundig waren.



Sterilisierungen an Korker Bewohnern 1934–1939

Es ist zu erkennen, daß auch die Verantwortlichen in Kork der Machtergreifung aus einer deutschnationalen Grundhaltung heraus zustimmten. Sie standen voll hinter dem „Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“, aufgrund dessen im Reich die Zwangssterilisierungen durchgeführt wurden. Dieses Gesetz leitete die verblendete Rassenpolitik ein, an deren Ende die „Euthanasie-Aktion“ und die Vernichtung von Juden, Homosexuellen, Sinti und Roma und anderen stand. Diese Entwicklung zu erkennen war für den Zeitgenossen schwer möglich. Für viele wurden die Zusammenhänge erst nach 1945 offenbar.

Die „Euthanasie-Aktion T4“

Vorgeschichte und Vorüberlegungen

An eine Ausmerze der behinderten, „lebensunwerten“ Menschen dachte Hitler schon lange Zeit vor der konkret einsetzenden Planung des Jahres 1939.

Laut der Aussage des Angeklagten Prof. Dr. Karl Brandt, dem Begleitarzt Hitlers, vor dem amerikanischen Militärtribunal in Nürnberg 1946/47, äußerte Hitler bereits 1935 gegenüber dem damaligen Reichsärztführer der NSDAP, Dr. Wagner, „daß, wenn ein Krieg sein soll, er (Hitler, d. Vf.) diese Euthanasiefrage aufgreifen und durchführen werde“. Der Führer war der Meinung, „daß ein solches Problem im Kriege zunächst glatter und leichter durchzuführen ist, daß offenbare Widerstände, die von kirchlicher Seite zu

erwarten wären, in dem allgemeinen Kriegsgeschehen nicht diese Rolle spielen würden wie sonst . . .“⁶⁴

Ende 1938 oder Anfang 1939 wandte sich ein Bürger persönlich an Hitler mit der Bitte, daß einem mißgebildeten Kind der Gnadentod gewährt werden möge. Dieses und weitere Ersuchen veranlaßten Hitler, wohl unter dem Aspekt eines kommenden Krieges, Planungen für eine Kinder-„Euthanasie“ erarbeiten zu lassen. Ein Ergebnis dieser Arbeit war der Erlaß des Reichsinnenministeriums vom 18. August 1939. In diesem Erlaß wurde eine Meldepflicht für mißgestaltete Neugeborene und bis zu drei Jahren alten Kindern angeordnet.⁶⁵

Die Vorbereitungsarbeiten für die Vernichtung erwachsener Geisteskranker und „Minderwertiger“ liefen ab Mai 1939 an. Eine Kommission des württembergischen Innenministeriums besuchte bereits am 31. Mai 1939 das Samariterstift Grafeneck.⁶⁶ Das Schloß Grafeneck beschlagnahmten die Behörden am 14. Oktober 1939 und bauten es zur ersten Vergasungsanstalt im Reich um. In Grafeneck begann im Januar 1940 die systematische Vernichtung von behinderten Menschen.⁶⁷ Bereits Ende Juli 1939 luden Philipp Bouhler, Leiter der Kanzlei des Führers, und Karl Brandt Ärzte nach Berlin ein, um ihnen das „Euthanasie-Programm“ vorzustellen. Schon jetzt zeichnete sich ab, daß Hitler aus außenpolitischen Gründen ein gesetzlich geregeltes „Euthanasie-Verfahren“ ablehnte und sich alles in einer Grauzone bewegen sollte. Den Beteiligten wurde Straffreiheit zugesichert.⁶⁸ Gleichfalls im Vorfeld beschäftigten sich die Planer mit möglichen Tötungsarten und entschieden sich für das Kohlenmonoxyd-Gas.⁶⁹

Mit dem Kriegsbeginn gegen Polen war auch die Situation da, unter der die „Euthanasie-Aktion“ in die Tat umgesetzt werden konnte. So forderte das Reichsinnenministerium am 21. September 1939 die zuständigen Landesbehörden auf, alle in ihrem Gebiet befindlichen Heil- und Pflegeanstalten mit genauer Postanschrift, Name des Trägers und Anzahl der Betten bis zum 15. Oktober 1939 zu melden.⁷⁰

Während im Reichsgebiet erst Planungen stattfanden, ermordete man im besetzten Polen bereits seit dem 29. September 1939 psychisch kranke Menschen.⁷¹

Die Ermordung von Anstaltsbewohnern im Reichsgebiet begann im Oktober 1939. Die Bewohner Pommerscher Anstalten wurden mit Zügen ins westpreußische Neustadt transportiert und dort in einem nahegelegenen Wald erschossen.⁷² Bei diesen Maßnahmen handelte es sich noch nicht um reichsweit koordinierte Aktionen, sondern es waren noch Einzelercheinungen.

Im Reichsgebiet begann im Oktober die planmäßige Erfassung aller in Heil- und Pflegeanstalten lebenden Menschen. Das Reichsinnenministerium

sandte nach einem Runderlaß vom 9. Oktober 1939 zuerst an die süddeutschen Einrichtungen Meldebogen, die innerhalb einer knapp bemessenen Frist zurückgeschickt werden sollten. Jeder einzelne Bewohner mußte mit einem Bogen erfaßt werden.⁷³ Gefragt wurde nach der ärztlichen Diagnose, der Arbeitsfähigkeit, dem Eintrittsdatum des Patienten, nach Angehörigen und wie häufig der Patient Besuch bekomme.⁷⁴

Ende Oktober verfaßte Hitler eine Ermächtigung – kein Gesetz oder Befehl – auf seinem privaten Briefpapier, die Brandt und Bouhler Handlungsfreiheit für die Gewährung des Gnadentodes zugestand. Hitler datierte dieses Schreiben auf den 1. September 1939 zurück, wohl in der Absicht, die mit diesem Datum gekoppelte Schicksalswende für das deutsche Volk noch zu überhöhen.⁷⁵

„Reichsleiter Bouhler und Dr. med. Brandt sind unter Verantwortung beauftragt, die Befugnisse namentlich zu bestimmender Ärzte so zu erweitern, daß nach menschlichem Ermessen unheilbar Kranken bei kritischster Beurteilung ihres Krankheitszustandes der Gnadentod gewährt werden kann.“ (Adolf Hitler)

„Aktion T4“ – die Organisation der Vernichtung

Das „Euthanasie-Programm“ erhielt den Decknamen „Aktion T4“. Das Kürzel „T4“ stand für Tiergartenstraße 4, wo sich der Sitz der Tötungsorganisation in Berlin befand.⁷⁷

Die Zentraldienststelle T4 war in vier Institutionen untergliedert, die nacheinander entstanden und die Vorgänge zerstückeln und verschleiern sollten:

1. Reichsarbeitsgemeinschaft Heil- und Pflegeanstalten (RAG). Sie war für den Briefverkehr nach außen verantwortlich.
2. Gemeinnützige Stiftung für Anstaltspflege. Sie stellte die Arbeitsverträge für die Mitarbeiter aus und trat auch bei Kauf- und Pachtverträgen auf.
3. Gemeinnützige Kranken-Transport-GmbH (GEKRAT). Am 18. November 1939 gegründet, bestand ihre Aufgabe darin, die Verlegung der Anstaltsbewohner in die Vernichtungsanstalten mit den berüchtigten „Grauen Bussen“ durchzuführen.
4. Zentralverrechnungsstelle Heil- und Pflegeanstalten (ZVST). Sie erledigte die Abwicklung aller Kosten- und Finanzangelegenheiten und die Abrechnung mit den Fürsorgeverbänden und Krankenkassen der Ermordeten.⁷⁸

Die Kontrolle über die „T4-Zentrale“ hatte die Kanzlei des Führers unter der Führung von Bouhler und dessen Vertreter Victor Brack. Das Reichsinnenministerium war nur Hilfsbehörde und durch Leonardo Conti, Staats-

sekretär der Abteilung IV „Gesundheitswesen und Volkspflege“ und ab 1939 Reichsärztführer der NSDAP, sowie Herbert Linden, vom Ministerium für den Sonderauftrag an die Kanzlei des Führers freigestellt, vertreten. Der Jurist Bohne war Leiter der „RAG“. Als medizinischer Leiter und Stellvertreter von Brandt wurde der Arzt Werner Heyde eingestellt.⁷⁹

Dreißig Ärzte begutachteten die zurückgesandten Meldebogen. Jeweils drei prüften denselben Bogen; sie entschieden über Leben und Tod aufgrund der wenigen in den Meldebogen enthaltenen Daten.⁸⁰

Gleich zu Beginn der Meldebogenaktion legte die Organisation eine Richtzahl vor. Sie strebte an, etwa 20 % der Anstaltsinsassen zu vernichten; das waren ungefähr 70 000 Menschen. Nachdem dieses Plansoll im August 1941 erreicht war, hielt die Vernichtungsmaschinerie kurze Zeit inne, um sich neu zu organisieren.⁸¹

Der inzwischen sehr deutlich ausgesprochene Protest einiger weniger Vertreter der evangelischen Kirche und der katholischen Kirche gegen die Vernichtungsaktion hat die Neuorientierung sicherlich mit bewirkt.⁸²

Mitte 1940 gab es auch einen Versuch des Reichsjustizministers Gürtner, die „Euthanasie“ gesetzlich abzusichern. Eine Kommission erstellte einen Entwurf. Dieser blieb jedoch unverwirklicht, weil außenpolitische Gründe und kirchliche Widerstände dagegen standen.⁸³

Die „Euthanasie“ dehnte sich ab April 1941 unter dem Decknamen „Aktion 14 f 13“ auf Konzentrationslager aus. Ihr fielen vor allem arbeitsunfähige, unbequeme oder erschöpfte Häftlinge zum Opfer.⁸⁴ Personell besteht eine enge Verbindung zwischen der „T4-Zentrale“ und Konzentrationslagern, denn viele Mitarbeiter der T4 wurden als Vernichtungsexperten ab Januar 1942 bei der sogenannten „Endlösung der Judenfrage“ eingesetzt.⁸⁵

Mit dem vorgegebenen Stop der „Euthanasie-Aktion“ war die Vernichtung behinderter Menschen nicht beendet. Sie wurde dezentral in einigen Anstalten durch Verhungernlassen oder Spritzen von Medikamenten weitergeführt.⁸⁶

Die „Euthanasie“ in der Filmpropaganda

Entsprechend der Propagierung des „Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“ durch Ausstellungen und Filme sollte auch die „Euthanasie“ nach und nach im Denken der Bevölkerung verankert werden. Wie der Zuschauer zuvor durch die Propagandafilme von der Richtigkeit und Notwendigkeit auszuführender Sterilisationen überzeugt werden sollte, so war 1939/40 daran gedacht, Filmdokumente über die „Aktion T4“ herzustellen. Dabei sollte der Ablauf vom Ausfüllen des Meldebogens über die Begutachtung bis hin zur Vernichtung filmisch dargestellt werden.⁸⁷



Inmitten dieser Schar befinden sich drei Idioten, alle drei erblich belastet, die bereits 11, 16 und 29 Jahre in Anstaltsverwahrung sind. Sie haben dem Staat bisher Kosten von 12100, 17600 und 31900 RM verursacht und haben noch ein langes ziel- und zweckloses Leben, keinem zu Nutze, vor sich

Sterilisation: Nicht Strafe - sondern Befreiung

Reichsgesetzblatt

Welche Eltern möchten ihren Kindern ein so entsetzliches Los wünschen?

Wer wollte hieran schuldig sein?

Links oben und rechts: Schaubilder, die überall auf den Betrachter tiefe Wirkung ausüben

Schaubilder . . .

Aus: Neues Volk 4. 1936, Heft 1, S. 13

Die Dokumentation der „Vernichtung lebensunwerten Lebens“ wurde jedoch für die Verwendung in der Filmpropaganda nicht weiterverfolgt, als

im Umfeld von Grafeneck und anderen Vernichtungsstätten die Vorgänge bekannt wurden und die Tötungen in der Bevölkerung auf große Mißbilligung und Ablehnung stießen. Mit der Zunahme des Protestes aus Kirchen- und Parteikreisen im Verlauf des Juli 1940 zeichnete sich die Tendenz ab, mit einem geeigneten Film vor allem die christliche Denkweise zu unterlaufen und damit dem Protest die Spitze zu nehmen. Die Verantwortlichen bevorzugten ab Mitte 1940 eine Spielfilmlösung. Zeitgleich liefen die bereits erwähnten Beratungen für ein Euthanasie-Gesetz auf dessen Billigung durch die Bevölkerung eine unverdächtige Spielfilmhandlung einstimmen sollte.⁸⁸

Die Drehbuchautoren arbeiteten zunächst an einer Neudefinition der Rolle des Arztes bei der „Sterbehilfe“: Der Arzt als schmerzlindernder Wohltäter wird gegenüber unheilbar Kranken zum Vernichter, der die Erlösung bringt. Der Verlauf der Bearbeitung des Stoffes für den Film „Ich klage an“ ließ eine zunehmende Konzentration auf das Problem der Euthanasie bei gleichzeitiger Rücknahme allzu offener verbaler Äußerungen erkennen.⁸⁹

In dem Spielfilm „Ich klage an“ wird die Tötung einer an Multipler Sklerose erkrankten Frau als erlösende ärztliche Hilfe inszeniert und eine gesetzliche Regelung für die Euthanasie gefordert. In einer Nebenhandlung wird die Frage der Vernichtung „unwerten Lebens“ aufgebaut und im Ansatz ebenso als erlösende Maßnahme dargestellt.

Die Transporte in die Gaskammern

Die Evakuierung der Korker Anstalt nach Stetten

Die Korker Anstalten wurden bereits unmittelbar nach dem Beginn des Zweiten Weltkriegs in der Nacht vom 3./4. September 1939 nach Stetten im Remstal evakuiert. Zu den etwa 750 Bewohnern in Stetten kamen buchstäblich über Nacht mehr als 300 Personen hinzu.

In den Räumen der Korker Anstalten waren in der Folgezeit deutsche Truppen einquartiert.

Während der Zeit in Stetten wurde die Anstalt in Kork vom ersten tödlichen Schlag gegen kranke und behinderte Menschen getroffen. Die Geheimhaltung der geplanten Tötungen war bis zum Frühsommer 1940 weitestgehend erfolgreich geblieben. Die Korker Anstaltsleitung hatte außer vager mündlicher Gerüchte über Versuche an Patienten in einer württembergischen Anstalt nichts gehört, was Argwohn gegen die geplante Verlegung hervorgerufen hätte.⁹⁰

Die Vorboten für den ersten Transport

Die Durchführung der Aktion begann im Reich mit der Versendung von Meldebogen am 9. Oktober 1939 durch das Reichsministerium des Inneren. Die Meldebogen trafen in Stetten am 16. Oktober ein. Die Leitung der Korker Anstalt informierte tags darauf den Anstaltsarzt Dr. Heinrich Wiederkehr mit der Bitte, die Bogen auszufüllen.⁹¹ Für diesen Zweck wurde ein zeitlich befristeter Antrag auf Befreiung vom Militärdienst gestellt und auch genehmigt. Da die Meldebogen „im Zusammenhang planwirtschaftlicher Erfassung der Heil- und Pflegeanstalten“ angekündigt wurden, ging Dr. Wiederkehr davon aus, daß mit der Erfassung arbeitsfähiger Personen deren Einsatz in der Landwirtschaft oder im Rüstungssektor vorbereitet werden sollte. Erfassungen dieser Art waren in einer Planwirtschaft Alltag. Um so mehr Verständnis konnte in der Bevölkerung während der ersten Zeit im Krieg erwartet werden. Die Meldebogen wurden nach Berlin zurückgeschickt. Die Durchschriften von 243 Meldebogen⁹² sind noch in Kork erhalten.

Schon wenige Wochen später – Ende November 1939 – wurde unter Hinweis auf die „gegenwärtige Lage“ die Verlegung einer größeren Anzahl Kranker aus Heil- und Pflegeanstalten sowie aus Anstalten ähnlicher Art als „notwendige“ Maßnahme angekündigt.⁹³ In dem selben Schreiben wurde das Verfahren der „Verlegung“ dargelegt. Das geheime Schreiben vom 28. November 1939 weckte keinen Verdacht in irgendeine Richtung. Aus der nüchtern formulierten Ankündigung eines Verwaltungsaktes konnten die Verantwortlichen kaum auf die dahinterstehende Organisation des Mordens schließen.

Der Korker Direktor Pfarrer Adolf Meerwein – seit 1. Januar 1940 Anstaltsleiter – antwortete auf die Ankündigung aus Karlsruhe mit der Bitte, keine Verlegung vorzunehmen, da man die Art der Unterbringung in Stetten für sehr geeignet hielt. Durch Entlassung oder Tod hatte sich die Zahl der Heimbewohner seit der Ankunft in Stetten um etwa 30 Personen verringert. Gegenüber dem Innenministerium suchte der Direktor um eine Erhöhung der Belegung auf den vollen Stand nach.⁹⁴ Intern bestand jedoch auch die Tendenz, während der Zeit der Evakuierung keine neuen Heimbewohner aufzunehmen.⁹⁵

Die gesonderte Erfassung von jüdischen Heimbewohnern wurde per Erlaß durch das badische Innenministerium am 23. April 1940 gefordert. In Kork lebten damals zwei Frauen sowie ein 35jähriger Mann jüdischen Glaubens.⁹⁶

Eine weitere Verschärfung der Situation ist in dem Runderlaß zu sehen, der am 4. April 1940 in Stetten eintraf. Dr. Sprauer, der höchste Medizinalbeamte Badens, ordnete eine sofortige Aktualisierung der bestehenden Listen

durch die Meldung der bisherigen und zukünftigen Todesfälle sowie durch Verlegungen in andere Anstalten an.⁹⁷ Erneut wurde diesem bürokratischen Vorgehen offensichtlich keine Bedeutung beigemessen.

Die Ankündigung des ersten Transports

Der geheime Erlaß vom 22. Mai 1940 verfügte dann eine Verlegung von 75 weiblichen Patienten am 28. Mai 1940.⁹⁸ Alphabetisch aufgelistet waren jedoch 91 Frauen. Die über die geforderten 75 Personen hinausreichende Zahl an Frauen und Mädchen war als Ersatz für inzwischen verstorbene oder verletzte Patientinnen gedacht. Es ist davon auszugehen, daß die „Kapazität“ in Grafeneck bei 70 bis 75 Menschen lag⁹⁹, so daß durch die Reserven auf der Liste die „Auslastung“ der Tötungsmaschinerie gesichert sein sollte.

In seinem Antwortschreiben an das badische Innenministerium suchte Pfarrer Meerwein ausschließlich mit wirtschaftlichen Argumenten zu überzeugen. Durch die Wegnahme der Pfleglinge bestehe die Gefahr des wirtschaftlichen Ruins. Dieser könne nicht aufgefangen werden. Zudem wäre die weitere Besoldung der Angestellten nicht mehr möglich.¹⁰⁰ Pfarrer Meerwein fuhr zum Badischen Ministerium des Inneren nach Karlsruhe und trug mit seinem Schreiben sein Anliegen persönlich dem Ministerialrat Dr. Sprauer vor. Über die Argumentation in finanzieller Hinsicht führte der Anstaltsleiter zusätzlich die Arbeitskraft zahlreicher auf der Liste genannten Pfleglinge an. Auf diese sei man nach der Rückkehr nach Kork wegen der dortigen Landwirtschaft angewiesen. Dr. Sprauer sicherte Meerwein bei diesem Gespräch beste Versorgung und ausreichend Pflegepersonal für die Pfleglinge zu. Ferner genehmigte Sprauer den Ersatz von arbeitsfähigen Personen auf der Liste durch nicht arbeitende Personen. Diesen Vorschlag lehnte Pfarrer Meerwein jedoch ab.¹⁰¹

In Stetten wurden unterdessen – ausgehend von einer regulär durchzuführenden Verlegung – Kleiderlisten geführt, Taschengeldlisten erstellt, sonstiger Besitz registriert.¹⁰² In ihrer Ahnungslosigkeit bekleideten sich die Heimbewohnerinnen auch zu dieser Reise mit ihrem „Sonntagsstaat“.¹⁰³

Die „Grauen Busse“ kommen nach Stetten

Am 28. Mai 1940 kamen dann die „Grauen Busse“ nach Stetten. Sie holten 70 Mädchen und Frauen nach Grafeneck, wo sie ausnahmslos ermordet wurden. Die Krankenakten mußten beim Transport mitgegeben werden. Über die aufnehmende Anstalt hüllten sich die Transportleiter in Schweigen. Die Benachrichtigung der Angehörigen über die Verlegung sollte durch die Aufnahmeanstalt erfolgen. Der Korker Leitung oblag es lediglich, die Kostenträger über die Verlegung zu informieren.



„Wo die hinkommen, brauchen sie kein Vesper mehr.“



Die „Grauen Busse“ vor der Anstalt Stetten im Remstal

Einer der Busse hatte eine Panne, die von K. M., einem Heimbewohner, behoben wurde. Während der Reparatur kam er mit dem Begleitpersonal ins Gespräch. Auf seine Frage, wohin denn die Frauen und Mädchen gebracht würden, antwortete das Begleitpersonal, ob er das nicht wisse, die würden doch vergast.¹⁰⁴

Der stellvertretende Leiter in Stetten, Rupp, hatte von einer Stettener Mitarbeiterin mitgeteilt bekommen, daß das Transportpersonal geäußert habe: „Wo die hinkommen, brauchen sie kein Vesper mehr.“ Noch am Abend trafen sich Rupp und Pfarrer Meerwein zu einer Besprechung, bei der Rupp am Ende zugeben mußte, „daß unsere (die Stettener, d. Vf.) Pfleglinge in starker Gefahr waren“. Rupp entschloß sich zu Gegenmaßnahmen und wandte sich als langjähriges Parteimitglied an den Stellvertreter des Führers, Rudolf Hess, zu dem er Vertrauen hatte. Auf sein Schreiben erhielt Rupp ein Antwortschreiben vom Büro Hess, daß sein Brief an Himmler weitergeleitet worden sei.¹⁰⁵

Wie die anderen nach Grafeneck verbrachten Kranken und Behinderten wurden vermutlich auch die Frauen aus Kork unmittelbar nach der Ankunft entkleidet und in einem ca. 48 m² großen Raum zusammengedrängt und vergast.¹⁰⁶

Gewißheit über den Tod der 70 Frauen erhielt die Anstaltsleitung nach und nach über Briefe von Angehörigen. Sie zeigten sich in ihren Briefen überrascht darüber, daß die Pfleglinge sich nicht mehr in der Korker Anstalt befanden. Häufig konnten sie auch den plötzlichen Tod nicht verstehen, da sie zuletzt ihre Angehörigen bei gutem Gesundheitszustand gesehen hatten.

Die Trostbriefe aus Kork teilten die Trauer und beschränkten sich in ihrer Aussage meist auf den Trost für die Trauernden. Protest gegen die Maßnahmen regte sich insgesamt bei den Angehörigen selten. Überwiegend wurde der überraschende Tod hingenommen.¹⁰⁷

Der Protest gegen die Ermordung

Offener Protest gegen die Ermordung ist in einem Fall nach dem Tod einer Korker Heimbewohnerin in Grafeneck dokumentiert. Deren Schwager, Pfarrer Gilbert aus Steinen (Lörrach), schreibt bereits am 7. Juni 1940 an die Direktion nach Kork und äußert sein Unverständnis darüber, daß man in Kork die Aufnahmeanstalt nicht kenne, und er fragt konkret: „Wenn die Aufnahmeanstalt Ihnen unbekannt bleiben muß, darf ich wissen, daß Sie Weisung haben, es nicht wissen zu dürfen, obwohl Sie vielleicht die Aufnahmeanstalt doch wissen.“¹⁰⁸

Am 14. Juni informiert Pfarrer Gilbert den Evangelischen Oberkirchenrat in Karlsruhe: „Es hat den Anschein, als ob Kork verschwinden solle.“¹⁰⁹ Vier Tage später gibt er die Todesmitteilung aus Grafeneck: „am 15. 6. 1940 ist Lydia P. infolge Atemlähmung im epileptischen Anfall verstorben“ nach Kork weiter und kommentiert: „Atemnot hatte doch Lydia nie gehabt!“¹¹⁰

Bereits am 23. Juni schreibt die Schwester des Opfers an die badische Kirchenleitung, daß weitere sechs Frauen aus Kork „verstorben“ seien, und fordert die Kirchenleitung auf, sich an zuständiger Stelle Klarheit zu verschaffen.¹¹¹ Sie schreibt am 25. Juni auch direkt nach Grafeneck und fragt: „Was hat man an diesen Menschen vorgenommen?“ Grafeneck antwortet auf diesen Brief mit der Aufforderung, die Verdächtigungen zurückzunehmen und mit der Androhung von Ermittlungen durch die Gestapo.¹¹² Nachdem sich am 18. Juni die badische Kirchenleitung mit dem Thema befaßt hatte, suchte Pfarrer Meerwein am nächsten Tag Dr. Sprauer auf, in dessen Händen die „Aktion T 4“ in Baden lag. Pfarrer Meerwein erklärte Dr. Sprauer, er wisse nun, „was los wäre und was mit den abtransportierten Patienten geschehen wäre“. Daraufhin unterbrach ihn Dr. Sprauer und drohte ihm mit Verhaftung, falls Meerwein weitersprechen würde.¹¹³ Noch am selben Tag ging Pfarrer Meerwein zu Landesbischof Dr. Kühlewein. Unter demselben Datum vom 19. Juni 1940 wandte sich daraufhin die badische Kirchenleitung gegen die Praxis der Verlegung von Heimbewohnern und Patienten in Pflegeanstalten.¹¹⁴ Doch die Euthanasiemaßnahmen bleiben in diesem Schreiben unerwähnt. Sie drängte bei den Verantwortlichen im badischen Innenministerium nicht einmal auf Beantwortung dieser Eingabe. Als einen Monat später der württembergische Landesbischof Theophil Wurm ein Schreiben an Reichsminister des Inneren Frick schreibt, nimmt die badische Kirchenleitung dieses Schreiben lediglich zur Kenntnis.¹¹⁵ Eine Unterstützung Wurms oder ein eigenständiger Vorstoß der badischen Kirchenleitung erfolgten in diesem Zusammenhang nicht.

Gleichwohl ist während des ganzen Jahres 1940 mit zunehmender Tendenz Empörung und Protest in Kirchenkreisen zu erkennen. Bereits im Februar wußte man bei der württembergischen Inneren Mission um die Vernichtungspraxis in Grafeneck. Pfarrer Alfons Schlosser vom Landesverband der Inneren Mission in Württemberg übersandte am 30. März einen Bericht über Grafeneck an den „Central-Ausschuß der Inneren Mission“ in Berlin. Ein weiteres Beispiel ist Pastor Paul Braune, der bereits im Mai 1940 die Herausgabe von 25 Mädchen verweigert und eine Denkschrift erarbeitet hatte, die er als Vizepräsident des „Central-Ausschusses der Inneren Mission“ am 16. Juli an den Kirchenminister und an die Reichskanzlei in Berlin richtete.¹¹⁶ Bereits im Vorfeld informierte er führende politische Kreise über die Vorgänge in den Vernichtungsanstalten. Am 19. Juli protestierte Landesbischof Wurm beim Reichsminister des Inneren, Wilhelm Frick, gegen die Tötung behinderter Menschen.¹¹⁷

Das Leben normalisiert sich

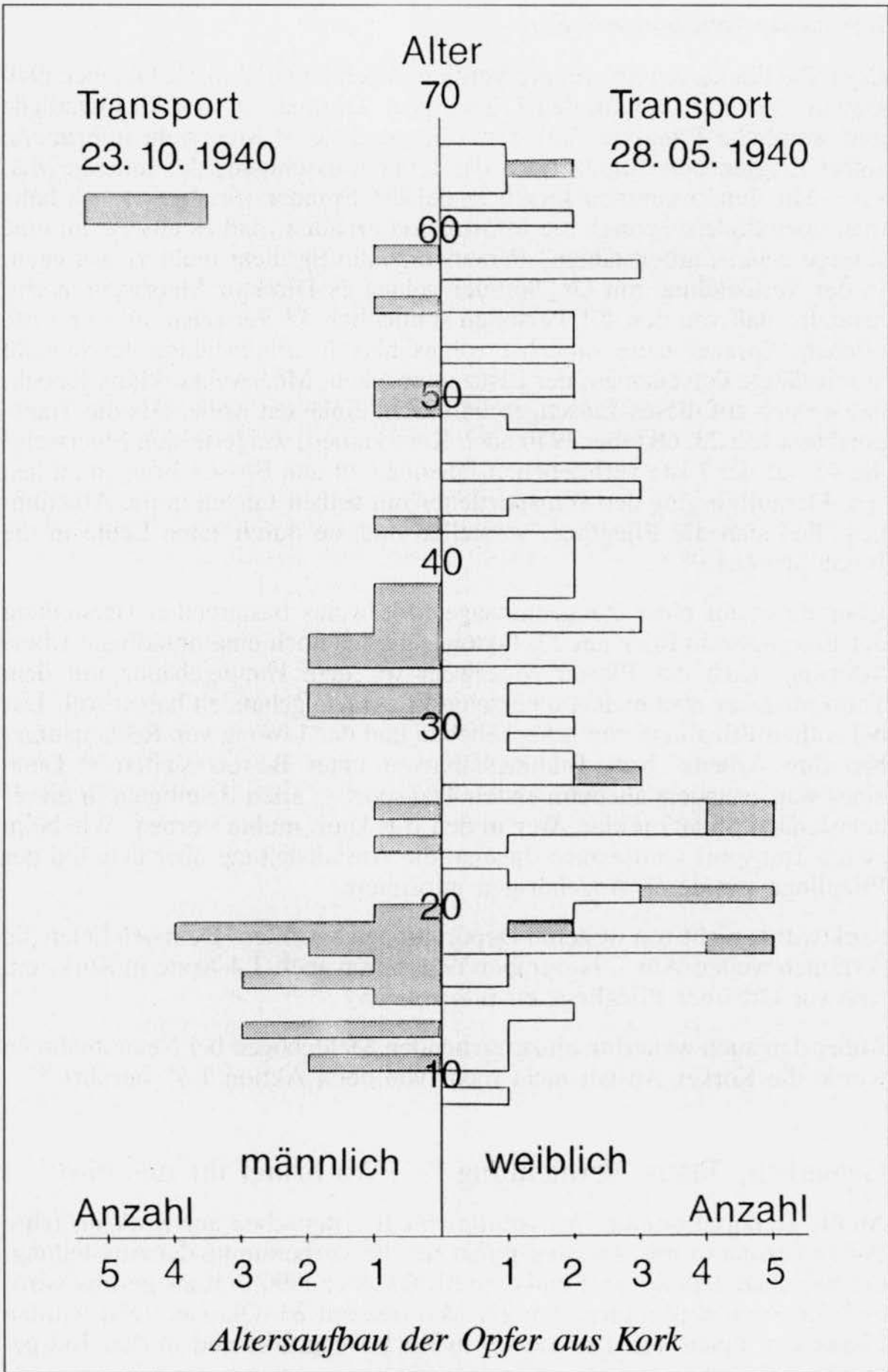
Nachdem Zug um Zug das tödliche Schicksal der 70 Frauen bekannt wurde, kehrte im Frühsommer 1940 wieder etwas Normalität in den Korker Alltag ein. Nach Abschluß des Westfeldzuges zeichnete sich im Juni ab, daß die nach Stetten evakuierten Bewohner und Mitarbeiter der Heil- und Pflegeanstalt Kork wieder in die eigenen Räume zurückkehren konnten. Mit Bus und Bahn wurden die knapp 250 Pfleglinge, Altersheimbewohner und Mitarbeiter wieder nach Kork gebracht. Am 31. Juli war der Umzug abgeschlossen.¹¹⁸

Trotz äußerlich geordneter Rahmenbedingungen lief die Tötungsaktion in Grafeneck weiter. Neben dem Protest aus der Bevölkerung und von Kirchenvertretern wurde auch die Forderung nach einer gesetzlichen Regelung der bis dahin allein auf einer Ermächtigung Hitlers basierenden „wilden Euthanasie“ verstärkt laut. Schon im August 1939 wurde in der Strafrechtskommission ein Gesetzentwurf diskutiert, der die Tötung auf Verlangen unheilbar Kranker an eine Legalisierung der Vernichtung lebensunwerten Lebens koppelte. Diese Verknüpfung war auch handlungsleitend in dem Film „Ich klage an“. Der Gesetzentwurf wurde von Hitler im Oktober abgelehnt.¹¹⁹

Der Verwaltungsratsvorsitzende Steinmann hatte offensichtlich von diesen Gesetzesüberlegungen gehört, und er informierte die Anstaltsleitung in Kork am 4. Oktober 1940 darüber, daß künftig nur noch solche Kranke weggenommen werden sollen, bei denen „jedes geistige Leben erloschen ist und die zu keiner Gemeinschaft mehr fähig sind.“ Diese Information führte zu einer weiteren kurzfristigen Entspannung der Lage.¹²⁰

Die Bemühungen, die Zahl möglicher Opfer zu begrenzen, liefen auch an anderer Stelle weiter. Zum einen lud Direktor Meerwein nach einem weiteren Gespräch mit Dr. Sprauer die Angehörigen der Pfleglinge ein, um sie über die mögliche Verlegung der Pfleglinge in andere Anstalten zu informieren. Etwa 2/3 der Angehörigen folgten dieser Einladung. Doch zum Befremden Meerweins zeigten sich 60 % (!) der Anwesenden mit der Verlegung, d. h. Vernichtung, einverstanden.¹²¹

Ein anderer Versuch war die Veränderung von Angaben auf Meldebogen durch Dr. Wiederkehr. Dieser hatte Ende September 1940 bei der Reichsarbeitsgemeinschaft 50 Meldebogen angefordert, da „bei einer Anzahl von Pfleglingen eine wesentliche Besserung ihres Zustandes und ihrer Arbeitsfähigkeit eingetreten ist.“¹²² Die Reichsarbeitsgemeinschaft entsprach dieser Bitte nicht, zumal die Zeit bis zum 2. Transport am 23. Oktober 1940 ohnehin nicht ausgereicht hätte. Die handschriftlichen „Nachbesserungen“, die – vielleicht als Entwurf – auf der Durchschrift der Meldebogen verzeichnet sind, beziehen sich fast durchgängig auf eine „Nachbesserung“ hinsichtlich der vorhandenen Bildungs- oder Arbeitsfähigkeit.¹²³



Der zweite Transport aus Kork

Doch die Planungen für weitere Vernichtungen liefen. Am 14. Oktober 1940 kam die Ankündigung für den 2. Transport. Diesmal standen 101 männliche und weibliche Pfleglinge auf der Transportliste.¹²⁴ Meerwein informierte sofort Ziegler, den Vorsitzenden des Landesausschusses der Inneren Mission. Mit ihm zusammen sprach er bei Dr. Sprauer vor. Inzwischen hatte man über Bodelschwingh die Information erhalten, daß es aus Berlin eine Zusage gebe, „arbeitsfähige“ Personen zukünftig nicht mehr zu verlegen. In der Verhandlung mit Dr. Sprauer gelang es Direktor Meerwein auszuhandeln, daß von den 101 Personen schließlich 43 Personen auf der Liste blieben. Sprauer hatte zunächst vorgeschlagen, arbeitsfähige durch nicht arbeitsfähige Personen auf der Liste zu ersetzen. Meerwein erklärte jedoch, daß er sich auf dieses Tauschgeschäft nicht einlassen wolle. Als die Transportbusse am 23. Oktober 1940 nach Kork kamen, weigerte sich Meerwein, die 43 auf der Liste verbliebenen Personen zu den Bussen bringen zu lassen. Daraufhin ging der Transportleiter mit seinen Leuten in die Abteilungen, ließ sich die Pfleglinge vorstellen und sie durch seine Leute in die Busse bringen.¹²⁵

Über diese auf einer Zeugenaussage Meerweins basierenden Darstellung der Ereignisse in Kork am 23. Oktober gibt es noch eine mündliche Überlieferung, nach der Pfarrer Meerwein vor dem Hauptgebäude mit dem Transportleiter nochmals um einzelne Pfleglinge gehandelt haben soll. Dabei sollten Pfleglinge durch Sackheben und der Lösung von Rechenaufgaben ihre Arbeits- bzw. Bildungsfähigkeit unter Beweis stellen.¹²⁶ Denn eines war – anders als beim ersten Transport – allen Beteiligten in dieser belastenden Situation klar: Wer in den Bus kam, mußte sterben. Wie beim ersten Transport wurde auch diesmal die Anstaltsleitung über den Tod der Pfleglinge von deren Angehörigen informiert.

Kork wurde nicht von weiteren Deportationen betroffen. Dennoch liefen die Aktionen weiter. Am 7. November 1941 waren auch T4-Ärzte in Kork, um sich vor Ort über Pfleglinge zu informieren.

Außer den auch weiterhin einzureichenden Meldebogen bei Neuaufnahmen wurde die Korker Anstalt nicht mehr von der „Aktion T4“ berührt.¹²⁷

Gedanken, Taten, Vernichtung – „Wo bringt ihr uns hin?“

An die Deportation und Ermordung von 113 Menschen aus Kork im Jahre 1940 zu erinnern war Ausgangspunkt für die Vorbereitung der Ausstellung, die zwischen dem 20. Mai und dem 31. Oktober 1990 in Kork gezeigt wird, und der Begleitbroschüre. Am 28. Mai und am 23. Oktober 1940 wurden Menschen mitten aus dem Leben in Kork weggeholt und in den Tod gebracht.

Bei der Beschäftigung mit dem Thema trat bald deutlich zutage, daß die Ereignisse 1940 und in den folgenden Jahren nicht isoliert betrachtet werden dürfen. Die Tötung kranker und behinderter Menschen brach nicht aus heiterem Himmel über Deutschland herein. Sie hatte eine Vorgeschichte und – wie wir erkennen mußten – eine Nachgeschichte, die sich im Gewand des medizinischen Fortschrittes und in gesellschaftlichen Grundhaltungen gegenüber behinderten Menschen heute abzeichnet. Wir sahen, daß die Verfechter des Rassegedankens und der Eugenik zu Beginn dieses Jahrhunderts zunächst im wissenschaftlichen Rahmen ihre Positionen vortrugen. Allmählich fanden diese Annahme in der Gesellschaft und in der Politik. Aus den wissenschaftlichen Überlegungen entwickelten sich unter dem Gesichtspunkt der Machbarkeit und des Möglichen Umwertungen in der Bevölkerung und Einstellungsänderungen. In der Alltagssprache gibt es von nun an „Minderwertige“ und „Höherwertige“, und es gibt die Tendenz in der Gesellschaft, das als minderwertig ausgemachte Leben „auszumerzen“. Alles sollte dem großen Ziel dienen, ein rassereines Volk zu entwickeln.

Durch die Zulassung der Sterilisierung wurde ein erster Schritt in dieser Richtung getan. Bis 1930 noch deutlich als freiwilliger Schritt und mit individueller Entscheidungsmöglichkeit für den Betroffenen. Nach der Machtergreifung wurde in Deutschland auf der Grundlage des „Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“ zwangssterilisiert. Die Sterilisierung wurde – auch wenn der Zwangscharakter gegeben war – an Reichsbürgern in einem scheinbar legalen Verfahren durchgeführt. Mit der intensiven Propagierung des Rassegedankens, vor allem gegen Juden, und durch den stärker werdenden Einfluß der Partei auf den Staat wird auch in diesem Teil individuelles Recht den angeblichen Interessen des Volkes untergeordnet. Der behinderte Mensch wird zur „Ballastexistenz“. Er wird unter den Kosten, die er für die Gesellschaft verursacht, bewertet. Und er wird ab 1940 als „lebensunwert“ vernichtet.

War bei der Sterilisierung noch eine Rechtsgrundlage vorhanden, so reichte im entwickelten totalitären Staat des Jahres 1939 ein formloses Ermächtigungsschreiben Hitlers, um eine Tötungsmaschinerie in Gang zu setzen. Es wird deutlich: Das gesetzte Ziel des rassenhygienisch sauberen Volkes wird Anfang des Jahrhunderts entwickelt und Schritt um Schritt umgesetzt, wenn es die politische Situation zuläßt. Die Machtergreifung ermöglicht die Einführung der zwangsweisen Sterilisierung. Unter den Rahmenbedingungen des Kriegsbeginns und des absoluten Einflusses der Partei wird ohne Rechtsgrundlage behindertes Leben zigtausendfach getötet. Und die Vernichtung von Menschen zur Erzielung einer reinen arischen Rasse setzt mit der „Endlösung der Judenfrage“ ein, als Amerika in den Krieg eingetreten war. Die Juden waren nun nicht mehr als Faustpfand einzusetzen.

Es bleibt als Aufgabe stehen, sich gedanklich in die Wertvorstellungen der damals verantwortlichen Mediziner, Juristen, Philosophen und Theologen einzufühlen, um deren Handeln nachvollziehen zu können. Welche Werte bestimmten diese Menschen und die gesamte Gesellschaft in ihrer Einstellung gegenüber behinderten Menschen? An welchen Werten gemessen war das Leben anderer „höherwertig“, „minderwertig“ oder als „lebensunwert“ auszumerzen?

Es bestätigte sich bei der Arbeit an dem Thema, was bereits in anderem Zusammenhang erarbeitet wurde. Die evangelische Kirche – speziell die Innere Mission – hat sich bei der Entwicklung rassenhygienischer Überlegungen und deren Vollzug in Form der Sterilisierung stärker auf die Seite der politisch Verantwortlichen gestellt als die katholische Kirche. Die Zustimmung zu nationalsozialistischen Positionen ist wohl nur zu verstehen, wenn es gelingt nachzuvollziehen, welchen Bedeutungsgehalt „positives Christentum“ und der NS-Spruch „Gemeinnutz geht vor Eigennutz“ für Christen – insbesondere für evangelische – in der damaligen Zeit hatten. Welche biblisch-christlichen Wertvorstellungen konnten mit diesen Positionen verknüpft werden? Welche Werte konnten zu christlich motiviertem Protest führen?

Fest steht, daß kirchlicher Widerstand einsetzte, als einzelne Persönlichkeiten in Rückbesinnung auf andere Werte Position gegen den tausendfachen Mord bezogen. Fest steht auch, daß diese Gegenposition ausreichte, die Verantwortlichen der „Aktion T4“ zu verunsichern.

Doch die Frage „Wo bringt ihr uns hin?“ ist auch eine Frage, die wir heute stellen müssen – an verantwortliche Mediziner, Politiker, Juristen, Theologen. Wohin werden die erwähnten medizinischen Forschungen führen? Wird sich die Eugenik, durch gentechnologische „Fortschritte“ eingeführt, überhaupt begrenzen lassen? Wie weit wird die vorgeburtliche Untersuchung und die Abtreibung bei eugenischer Indikation getrieben werden?

Über allem steht auch heute die Frage: Von welchen Werten lassen wir uns, läßt sich unsere Gesellschaft im Verhältnis zu kranken und behinderten Menschen leiten?

Anmerkungen

- 1 Der folgende Aufsatz entstand im Zuge einer Ausstellung zur „Euthanasie-Aktion“ 1940/41. Bei dieser Aktion wurden 113 Menschen aus der Anstalt Kork in Grafeneck ermordet. Eine kürzere Fassung des Aufsatzes erschien als Begleitbroschüre zur Ausstellung.
- 2 Baader, Gerhard; Rassenhygiene und Eugenik. Vorbedingungen für die Vernichtungsstrategien gegen sogenannte „Minderwertige“ im Nationalsozialismus. – In: Bleker, Johanna; Jachertz, Norbert; Medizin im Dritten Reich, Köln 1988, S. 189.

- 3 Weingart, Peter; Kroll, Jürgen; Bayertz, Kurt; Rasse, Blut und Gene. Geschichte der Eugenik und Rassenhygiene in Deutschland, Frankfurt a. M. 1988, S. 189.
- 4 vgl. ebd., S. 197.
- 5 vgl. ebd., S. 199–202.
- 6 vgl. ebd., S. 205–206.
- 7 vgl. Baader, S. 26–28.
- 8 Zitat nach Baader, S. 27.
- 9 vgl. ebd., S. 27.
- 10 vgl. ebd., S. 25.
- 11 vgl. ebd., S. 27–28.
- 12 Binding, Karl; Hoche, Alfred; Die Freigabe der Vernichtung lebensunwerten Lebens. Ihr Maß und ihre Form, Leipzig 1920.
- 13 vgl. ebd., S. 29–31.
- 14 vgl. ebd., S. 31–32.
- 15 vgl. ebd., S. 33–34.
- 16 Rost, Klaus Ludwig; Sterilisation und Euthanasie im Film des „Dritten Reiches“. Nationalsozialistische Propaganda in ihrer Beziehung zu rassenhygienischen Maßnahmen des NS-Staates, Husum 1987, S. 15.
- 17 vgl. Baader, S. 27–28.
- 18 Lenz, Fritz; Die Stellung des Nationalsozialismus zur Rassenhygiene. – In: Archiv für Rassen- und Gesellschaftsbiologie, 25. 1931, Heft 3, S. 300:
„Die Nationalsozialistische Deutsche Arbeiterpartei (N.S.D.A.P.) ist die erste politische Partei, nicht nur in Deutschland, sondern überhaupt, welche Rassenhygiene als eine zentrale Forderung ihres Programms vertritt.“
- 19 Hitler, Adolf; Mein Kampf, München 1940⁶, Band 2, S. 331: „Ein Staat, der im Zeitalter der Rassenvergiftung sich der Pflege seiner besten rassischen Elemente widmet, muß eines Tages zum Herren der Erde werden.“
- 20 Gansmüller, Christian; Die Erbgesundheitspolitik des Dritten Reiches. Planung, Durchführung und Durchsetzung, Köln, Wien 1987, S. 13.
- 21 vgl. ebd., S. 13–14.
- 22 vgl. ebd., S. 14–15 und Rost, S. 16–17.
- 23 Harmsen, Hans; Bevölkerungspolitische Neuorientierung unserer Gesundheitsfürsorge. – In: Gesundheitsfürsorge, Zeitschrift für evangelische Kranken- und Pflegeanstalten, 5. 1931, S. 1–5. ders.; Eugenetische Neuorientierung unserer Wohlfahrtspflege – In: Gesundheitsfürsorge, 5. 1931, Heft 5, S. 127–131.
- 24 Gesundheitsfürsorge, 5. 1931, Heft 5, S. 131.
- 25 Gaupp, Robert; Eugenik. – In: Die Religion in Geschichte und Gegenwart, Band 2, 1928, 2. Aufl., Sp. 407.
- 26 Nowak, Kurt; „Euthanasie“ und Sterilisation im „Dritten Reich“. Die Konfrontation der evangelischen und katholischen Kirche mit dem „Gesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses“ und der „Euthanasie“-Aktion, Göttingen 1978, S. 91–92.
- 27 Harmsen, Hans; Gegenwartsfragen der Eugenik. – In: Die Innere Mission, 26. 1931, Heft 11, S. 336–339. In diesem Artikel faßte er die Ergebnisse der „1. Fachkonferenz für Eugenik“ in Treysa zusammen.
- 28 Konferenz der Vorsteher evangelischer Anstalten für Geistesschwache und Epileptiker in Wittekinds – Hof vom 24. bis 26. Mai 1932. – In: Gesundheitsfürsorge, 7. 1933, S. 54. Auf dieser Konferenz war auch Direktor Stolz, Heil- und Pflegeanstalt Kork anwesend.
- 29 Harmsen, Hans; Die Unfruchtbarmachung Minderwertiger. – In: Gesundheitsfürsorge, 5. 1931, Heft 7, S. 174: „Der vor dem Schöffengericht in Offenburg laufende Prozeß gegen den Leiter des städtischen Krankenhauses in Kehl wird hierzu weiteres Material ergeben.“

- 30 Lenz, Fritz; Ist Sterilisierung strafbar? – In: Archiv für Rassen- und Gesellschaftsbiologie, 25. 1931, Heft 2, S. 232: „Im Deutschen Reich ist die Frage der Strafbarkeit der Sterilisierung durch eine Strafanzeige akut geworden, die von der Staatsanwaltschaft in Offenburg gegen drei dortige Ärzte erstattet worden ist, die eine Anzahl Frauen aus ‚sozialer‘ Indikation sterilisiert haben. Der Prozeß sollte Anfang Juni beginnen, und man wird auf seinen Ausgang um so mehr gespannt sein dürfen, als er auch für die Frage der rassenhygienischen Sterilisierung von Bedeutung sein wird.“
- 31 „D'r alt Offenburger“ vom Sa. 17. Juni 1932, Urteil Dr. Merk 1 Jahr Gefängnis und Offenburger Tageblatt vom 4. Mai 1932 und ab 18. Mai 1932.
- 32 Entwurf eines Sterilisierungsgesetzes. – In: Archiv für Bevölkerungspolitik, Sexualethik und Familienkunde, 3. 1933, S. 68.
- 33 Harmsen, Hans; Zum Entwurf eines Sterilisierungsgesetzes. – In: Gesundheitsfürsorge, 7. 1933, Heft 1, S. 2.
- 34 vgl. ebd., S. 6–7.
- 35 Bock, Gisela; Zwangssterilisation im Nationalsozialismus. Studien zur Rassenpolitik und Frauenpolitik, Opladen 1986, S. 83.
- 36 vgl. ebd., S. 83.
- 37 z. B. Luxenburger, Hans; Zur Frage der Zwangssterilisierung unter Berücksichtigung der psychiatrisch-eugenischen Indikation. – In: Eugenik, Erbpflege, Erblehre, 3. 1933, Heft 4, S. 77: „Ganz abgesehen von allen Bedenken bevölkerungs-psychologischer, ethischer und weltanschaulicher Natur muß ich die Zwangssterilisierung schon deshalb grundsätzlich ablehnen, weil sie mir praktisch als nicht notwendig erscheint. Man kann das gleiche Maß an Ausmerze entarteter Anlagen auch bei Aufrechterhaltung des Grundsatzes der Freiwilligkeit erreichen ...“
- 38 vgl. Bock, S. 86–87.
- 39 Reichsgesetzblatt 1933, Teil I, Nr. 86, S. 529–531.
- 40 Harmsen, Hans; Das Reichsgesetz zur Verhütung erbkranken Nachwuchses. – In: Gesundheitsfürsorge, 7. 1933, Heft 8, S. 184.
- 41 vgl. Nowak, S. 96.
- 42 vgl. ebd., S. 103.
- 43 vgl. ebd., S. 105.
- 44 vgl. ebd., S. 105–106.
- 45 vgl. Rost, S. 27.
- 46 vgl. Gansmüller, S. 95–115.
- 47 vgl. ebd., S. 45.
- 48 Reichsgesetzblatt 1935, Teil I, Nr. 65, S. 773.
- 49 Reichsgesetzblatt 1936, Teil I, S. 122.
- 50 vgl. Rost, S. 28.
- 51 Zeitungsbericht des stellvertretenden Direktors Wilhelm Ziegler über das Jahresfest vom 17. Mai 1936. Der Artikel ist abgedruckt auf S. 1–2 des 44. Jahresberichts 1936/37, Heil- und Pflegeanstalt für Epileptische in Kork.
- 52 Anstaltsdirektor Stolz berichtet im 42. Jahresbericht 1934/35 auf Seite 5: „Seit einem Jahr haben wir auch Radio, und Gesunde und Kranke können die Reden unseres Führers und anderer großer Männer mitanhören. (...) Mit welcher innerer Teilnahme und Freude haben wir doch die Saarkundgebung miterlebt und am Abend uns gefreut über den Fackelzug unserer Gemeinde Kork, ...“
- 53 Staatsarchiv Freiburg, Landratsamt Kehl, XVIII Medizinalwesen, 6. Irrenfürsorge, Anstalt Kork.
Bericht über die Aufsichtsratssitzung vom 23. Mai 1934: „Im Laufe des Jahres sind unsere Mitarbeiter und Mitarbeiterinnen in die deutsche Arbeitsfront eingetreten und die Schwestern (40) in die Reichsfachschaft deutscher Schwestern und Pflegerinnen aufgenommen worden. (...) K. Stolz.“

Der Treueeid ist in der Akte A VI b 4a auf den Blättern 23–25 dokumentiert. Archiv Epilepsiezentrum Kork.

- 54 in : A VI b 4a, Bl. 40–45, Archiv Epilepsiezentrum Kork.
- 55 Anstaltsarzt Wiederkehr, Ärztlicher Bericht. – In: 40. Jahresbericht 1932/33, S. 12.
- 56 Wiederkehr, Heinrich; Ärztlicher Bericht. – In: 41. Jahresbericht, S. 15–16.
- 57 Ziegler, Wilhelm; Das 43. Jahresfest der Korker Anstalt. – In: 44. Jahresbericht, S. 1–2.
- 58 in: A VI b 3a, Bl. 24, Archiv Epilepsiezentrum Kork. Regierungsrat Dr. Kersten fragte am 15. Februar 1938 bei Pfarrer Ziegler an, ob er für sein geplantes Buch „Behördliche Jugendpflege“ stichwortartig über den inneren Ablauf der Anstalt berichten könne. Eine Detailfrage richtete sich auf die Sterilisierung in der Anstalt. Ziegler lieferte den gewünschten Entwurf. Kersten konnte sein Buch jedoch nicht vollenden. Im § 9 ging Ziegler auf die Sterilisierung ein.
- 59 Wiederkehr, Heinrich; Ärztlicher Bericht. – In: 41. Jahresbericht 1933/34, S. 15.
- 60 Richtlinien zur Durchführung des Gesetzes zur Verhütung erbkranken Nachwuchses in den evangelischen Anstalten. – In: Gesundheitsfürsorge, 8. 1938, Heft 8, S. 175–176.
- 61 in: B IV 5, Bl. 94–95, Archiv Epilepsiezentrum Kork. Liste der Sterilisierten.
- 62 Ziegler, Wilhelm; Das 43. Jahresfest der Korker Anstalt. – In: 44. Jahresbericht, S. 2.
- 63 in: B IV 5, Bl. 53–55, Archiv Epilepsiezentrum Kork.
- 64 Mitscherlich, Alexander; Mielke, Fred (Hrg.); Medizin ohne Menschlichkeit. Dokumente des Nürnberger Ärzteprozesses, Frankfurt a. M. 1960, 2. Aufl., S. 183.
- 65 vgl. ebd., S. 183–184.
- 66 Klee, Ernst; Euthanasie im NS-Staat. Die Vernichtung „lebensunwerten Lebens“, Frankfurt a. M. 1983, S. 82–83.
- 67 vgl. Morlok, Karl; Wo bringt ihr uns hin? „Geheime Reichssache“ Grafeneck, Stuttgart 1985, S. 8–16 und 34.
- 68 vgl. Klee, S. 83.
- 69 vgl. ebd., S. 84–85.
- 70 vgl. ebd., S. 87–88.
- 71 Dörner, Klaus; Die Morde im Fort VII. Warum die Verdrängung dieser Schuld am längsten währt. – In: Die Zeit, Nr. 36, 1. 9. 1989, S. 65: „Das Datum des 1. Septembers 1939 markiert den Beginn des globalen industriellen Vernichtungskrieges nach außen und innen.“ Für Dörner ist die Tötung von polnischen psychisch kranken Menschen der Anfang des industrialisierten Tötens.
- 72 vgl. Klee, S. 95–98.
- 73 vgl. ebd., S. 98–99.
- 74 Rückleben, Hermann; Deportation und Tötung von Geisteskranken aus den badischen Anstalten der Inneren Mission Kork und Mosbach, Karlsruhe 1981, S. 84.
- 75 Hartog, L.J.; Als Hitler den Massenmord prophezeite. Zur Rede vom 30. Januar 1939. – In: Die Zeit, Nr. 5, 27. 1. 1989, S. 41–42.
- Den umgekehrten Vorgang der Zeitverschiebung hat der holländische Historiker Hartog für die Ankündigung des Holocausts herausgearbeitet. In der Reichstagsrede vom 31. Jan. 1939 drohte Hitler dem Finanzjudentum die Vernichtung der jüdischen Rasse in Europa an, wenn es ihm nochmals gelänge die Welt in einen Weltkrieg zu treiben. In Reden der Jahre 1941 und 1942 verlegte Hitler den Termin dieser Warnung auf den 1. September 1939. Auch hier die Hinwendung zum Kriegsbeginn, um die Schicksalswende, die dieses Datum für ihn darstellte, noch deutlicher zu machen.
- 76 vgl. Aly, Götz (Hrg.); Aktion – T 4, 1939–1945. Die „Euthanasie“-Zentrale in der Tiergartenstraße 4, Berlin 1987, S. 14.
- 77 vgl. ebd., S. 11.
- 78 vgl. ebd., S. 12.
- 79 vgl. Klee, S. 79, 102–103.
- 80 vgl. Aly, S. 11.

- 81 vgl. Klee, S. 102.
- 82 vgl. ebd., S. 334–340.
- 83 vgl. Aly, S. 16.
- 84 vgl. ebd., S. 11.
- 85 vgl. ebd., S. 12.
- 86 vgl. Klee, S. 425–439.
- 87 vgl. Rost, S. 125.
- 88 vgl. ebd., S. 155.
- 89 vgl. ebd., S. 177.
- 90 vgl. Zeugenaussage Direktor Adolf Meerweins vor dem Landgericht Freiburg im Verfahren gegen Dr. Schreck am 24. September 1947, (AZ: 1 Ks 5/48 StA).
- 91 Brief an Dr. Wiederkehr vom 17. Oktober 1939, in: A VI b 3b, Bl. 499, Archiv Epilepsiezentrum Kork.
- 92 Rückleben, S. 22 übernimmt fälschlich die lückenhafte Numerierung, derzufolge 241 Meldebogen gezählt wurden.
- 93 Brief des badischen Innenministeriums vom 28. November 1939, in: A VI b 3b, Bl. 511, Archiv Epilepsiezentrum Kork.
- 94 Antwortschreiben Direktor Meerweins vom 2. Dezember 1939 an das badische Innenministerium, in: A VI b 3b, Bl. 512, Archiv Epilepsiezentrum Kork.
- 95 Protokollbuch der Anstaltsleitersitzungen, Anstalt Stetten, Eintrag vom 10. Mai 1940, S. 277, Archiv Stetten.
- 96 Brief des badischen Innenministeriums vom 23. April 1940, in: A VI b 3a, Bl. 43, Archiv Epilepsiezentrum Kork.
- 97 Brief des badischen Innenministeriums vom 2. April 1940, in: A VI b 3b, Bl. 503, Archiv Epilepsiezentrum Kork.
- 98 Brief des badischen Innenministeriums vom 22. Mai 1940, in: A VI b 3b, Bl. 513, Archiv Epilepsiezentrum Kork.
- 99 vgl. Morlok, S. 27 und Klee, S. 147.
- 100 Antwortbrief Meerweins an das badische Innenministerium vom 24. Mai 1940, in: A VI b 3b, Bl. 523, Archiv Epilepsiezentrum Kork.
- 101 Zeugenaussage Meerwein, 24. September 1947.
- 102 Kleider- und Taschengeldlisten, in: A VI b 3b, Bl. 525, 529–533 und 535–538, Archiv Epilepsiezentrum Kork.
- 103 lt. Aussage eines noch lebenden Heimbewohners in Kork, der die Deportation als 13jähriger miterlebte (Gespräch vom 27. April 1990).
- 104 Aussage einer Tochter Pfarrer Meerweins, die die Ereignisse als 14jährige miterlebte (Telefongespräch vom 23. April 1990).
- 105 Aussage des stellvertretenden Direktors Rupp vom 3. Dezember 1947 vor dem Amtsgericht Münsingen (AZ: Ks 6/49 StA Tübingen).
- 106 vgl. Morlok, S. 27.
- 107 Briefe der Angehörigen und der Anstaltsleitung sind in sogenannten „Notakten von Pflinglingen, 28. 5. 1940 und 23. 10. 1940“ im Archiv des Epilepsiezentrums erhalten. Die Notakten wurden über die Deportierten angelegt, da die regulären Krankenakten beim Transport mitgegeben werden mußten.
- 108 siehe Klee, S. 196.
- 109 siehe Rückleben, S. 78.
- 110 siehe Klee, S. 198.
- 111 vgl. ebd., S. 199.
- 112 vgl. ebd., S. 199.
- 113 Zeugenaussage Meerwein, 24. September 1947.
- 114 vgl. Rückleben, S. 82.
- 115 vgl. Morlok, S. 68.
- 116 vgl. Klee, S. 205 und 212.

- 117 vgl. ebd., S. 213.
- 118 vgl. Rückleben, S. 28.
- 119 vgl. Rost, S. 105.
- 120 Brief Steinmanns vom 4. Oktober 1940 an Meerwein, in: A VI a 1, Bl. 58. Archiv Epilepsiezentrum Kork. Siehe auch Hase, Hans Christoph von; Sozialpolitik und Diakonie unter der nationalsozialistischen Gewaltherrschaft 1933–1945. – In: Jahrbuch des Diakonischen Werkes der EKD, Stuttgart 1989, S. 112. Nach Hase erhielt der „Geistliche Vertrauensrat“ am 9. Oktober 1940 eine Antwort aus dem Reichsinnenministerium, „... daß die Maßnahmen einer Rechtsgrundlage nicht entbehren“, und auf Kranke beschränkt werden sollen, „bei denen jedes geistige Leben erloschen sei.“
- 121 Zeugenaussage Meerwein, 24. September 1947.
- 122 Brief Dr. Wiederkehers vom 24. September 1940, in: A VI b 3b, Bl. 555.
- 123 Anhand der Meldebogen ist bei 26 männlichen und bei 12 weiblichen Personen eine Änderung der Bewertung ersichtlich. Ausgangsbewertung war überwiegend „leichte mechanische Arbeiten“ oder Hilfsdienste, bzw. „leichte (mechanische) Hausarbeiten“ bei Frauen. Diese Eintragungen wurden in „volle Arbeitsfähigkeit“ oder eine vergleichbare Einstufung verändert. Bei vier Pflinglingen wurde „völlig arbeitsunfähig“ in „leichte Garten- und Feldarbeit“ bzw. „geistig völlig intakt“ verändert.
- 124 Brief des badischen Innenministeriums vom 14. Oktober 1940, in: A VI b 3b, Bl. 563, Archiv Epilepsiezentrum Kork.
- 125 Zeugenaussage Meerwein, 24. September 1947.
- 126 Unter Umständen liegt hier eine Verknüpfung zweier Ereignisse in der Überlieferung vor. Nach einer Marginalie auf einem Schreiben der Reichsarbeitsgemeinschaft Heil- und Pflegeanstalten vom 10. Oktober 1941 (in: A VI b 3b, Bl. 619, Archiv Epilepsiezentrum Kork) waren am 7. November 1941 „T 4“-Ärzte in Kork, um Pflinglinge zu begutachten. Dies wurde auch durch einen damals 13jährigen Zeitzeugen bestätigt. Er erinnerte sich daran, daß die Ärzte mit Fragen den Geisteszustand der Bewohner testeten (Gespräch am 27. April 1990).
- 127 siehe Anm. 126.

Aus dem Tagebuch des Schweighausener Dorfpfarrers Reitinger

Günter Steuert

Die Geschichte des Ortes Schweighausen, in der südlichen Ortenau gelegen, ist aufs engste mit dem Kloster Ettenheimmünster verknüpft. Bis zum Jahre 1803 gehörte die Pfarrei zur Herrschaft des Klosters, danach war der Großherzog von Baden Patronatsherr, und seit dem 11. April 1827 ist sie dem Erzbistum Freiburg mit unterstellt. Die Zugehörigkeit zum Kloster hat auch bewirkt, daß uns die Marksteine der Pfarrgeschichte in verschiedenen Urkunden und Archiven erhalten geblieben sind. Interessante Einblicke in das dörfliche Leben erhalten wir von Pater Bernardus Stoeber, der als Pfarrer in Schweighausen eine dreibändige Chronik über seine Zeit von 1775 bis 1794 schuf. Eine Fortsetzung erfuhr dieses Werk durch das Tagebuch des Pfarrers Erich Reitinger, beginnend im Juni 1938 und endend am 30. 11. 1948.

Worin liegt der besondere Wert dieses Tagebuches, wodurch läßt sich eine intensive Beschäftigung mit ihm überhaupt rechtfertigen? Lassen wir hierzu erst Pfarrer Reitinger zu Wort kommen, der die Chronik mit folgenden Worten beschließt: „Meine Nachfolger im Pfarramt mögen vielleicht ab und zu in diesen Blättern lesen, bald zum Trost bei eigenen Schwierigkeiten, bald zum Vergleich mit ihrer seelsorgerlichen Situation.“ Aber darüber hinaus hat dieses Buch einen allgemeingültigen Wert. Interessant erscheint die Chronik vor allem deshalb, weil sie in einer Zeit geschrieben wurde, die von großen politischen und sozialen Umbrüchen gekennzeichnet war. Wie wirken sich diese grundlegenden Veränderungen auf ein Dorf aus? In Pfarrer Reitinger lernen wir einen Beobachter kennen, der Zustände und Entwicklungen genau zu analysieren und zu beschreiben weiß. Gleichsam unter der Lupe sehen wir, wie sich große politische und soziale Veränderungen im kleinen auswirken. „Aufgabe des Chronisten“, so schreibt Reitinger, „ist es, die Geschehnisse aufzuzeichnen, die sich in einer Gemeinde zuge tragen, oft vielleicht unbedeutende und unwesentliche Dinge, manchmal auch Ereignisse, die den Geist der Zeit erkennen lassen.“ (S. 23). Gewiß gewinnen wir über die Beschäftigung mit dieser Chronik auch Einblick in die Persönlichkeit eines Kirchenmannes, lernen wir seine Gedankenwelt, seine Handlungsweise kennen und vielleicht verstehen.

Reitingers Pfarrchronik ist keine willkürliche Anhäufung bestimmter Ereignisse. In der Beschreibung der jeweiligen Jahresabläufe hält sich der Geist-

liche an eine bestimmte gedankliche Ordnung. Ausführlich berichtet er über die vielfältigen Feste und Ereignisse des Kirchenjahres und versieht sie mit entsprechenden Wertungen. Ein Beispiel: „Gründonnerstag und Karfreitag würdig und schön. Den Tag hindurch an beiden Tagen Betstunden, die immer gut besucht waren. Beten können die Schweighauser schon noch.“ (S. 43).

Im Mai 1946 vermerkt er: „Die Flurprozession der Bittwoche konnten wir bei günstigem Wetter halten. Am Montag rieselte es zwar zu Beginn ein wenig, aber dann hielt es doch; sie haben ihre eigene Schönheit, diese Bittgänge in den jungen Morgen hinein. Meine Schwester, die neue Lehrerin, übernimmt die Aufsicht bei den Schulkindern, so klappt es da vorn jetzt auch besser mit dem Beten und Singen. Und wenn dann die Schule an diesen Tagen eine Viertelstunde später beginnt, ist das auch kein ‚Verbrechen‘ mehr, was es bei den Nazis gewesen wäre.“ (S. 255). Außerdem notiert er jeden Sterbefall in seiner Gemeinde und bewertet dabei das christliche Verhalten des Verstorbenen: „Im Krankenhaus zu Lahr starb an den Folgen einer Geburt Frau S. Eine brave Mutter von 5 unmündigen Kindern ist vom unerbittlichen Tod mitten aus der Gemeinschaft ihrer Lieben abberufen worden. Die Anteilnahme der ganzen Gemeinde an diesem schmerzlichen Verlust ist groß und ehrlich.“ (S. 75). Oder an anderer Stelle: „Am 30. November stirbt plötzlich und unversehen B. K., einer von den ganz Verstockten. Kein Sonntag, keine Osterkommunion. Gebetet hat er immer für sich. Auf alle Vorhaltungen und Ermahnungen die stereotype Antwort: er werde das schon mit dem Chef ausmachen. Man fand ihn am Morgen tot bei K., wo er die letzten Jahre meistens war. Wir haben ihn kirchlich beerdigt, der Allwissende hat ihn gerichtet.“ (S. 227). Ausführlich beschreibt Reitinger das Wetter in den verschiedenen Monaten und bei verschiedenen Anlässen, gibt Auskunft über die landwirtschaftlichen Arbeiten und Erträge.

Im Oktober 1944 schreibt er: „Ein Wort zum Wetter und zur Ernte dieses Sommers: vom Regenwetter während des Heuens habe ich schon berichtet; dann setzte aber eine Trockenperiode ein, die sich über zwei Monate erstreckte. So gab es trotz der anfänglichen Befürchtungen eine ausgezeichnete, ganz selten gute Getreideernte; Obst in Hülle und Fülle, so daß viele Bäume gestützt werden mußten und manche trotz aller Vorsorge – vor allem die Wagenstädter Pflaumen – brachen. Das Oehmd war sehr kurz geblieben; es kam aber ausgezeichnet heim. Und mit den Kartoffeln haperte es; die Ernte fiel sehr schlecht aus. Aber alles in allem: die Lebensmittelversorgung ist wohl für ein weiteres Jahr gesichert.“ (S. 120).

Zum Jahresschluß wird Bilanz gezogen: Geburten und Todesfälle, Trauungen, Kommunionen, Zahl der Kirchenbesucher. Ungewöhnliche Entwicklungen versieht Reitinger mit besonderen Anmerkungen. So kommentiert er die außerordentlich niedrige Zahl von 20 Geburten im Jahr 1942 wie folgt: „Es ist das ungefähr die Hälfte der sonst gewohnten Zahl, wohl eine Kriegs-

erscheinung. Viele der verheirateten Männer waren über ein Jahr, ja fast bis zu zwei Jahren nicht mehr im Urlaub gewesen. Daß unter den Geburten keine uneheliche ist, ist sicher überraschend, aber sicher nicht ein Zeichen sich hebender Moral; die Burschen scheinen so langsam beim Militär zu lernen, wie man es machen muß. Das wird wohl auch ein Problem für den Frieden werden. Prämien allein und Geldbeihilfen halten in einem Volke den Willen zum Kinde nicht lebendig.“ (S. 99).

Reitinger beginnt sein Tagebuch mit den Worten: „Am 8. Juni bin ich, Erich Reitinger, gebürtig von Mannheim, ordiniert am 10. März 1929, hier als Vikar von Karlsruhe St. Bonifaz kommend, hier aufgezogen.“ (S. 1). Zu diesem Zeitpunkt liegt sein Vorgänger, Pfarrer Halter, schwerkrank im Loretto-Krankenhaus in Freiburg, auch Vikar Schlegel ist krank geworden. Nach dem Tod des Pfarrers wird Reitinger die Pfarrei Schweighausen als Pfarrverweser übertragen.

Mit Eifer und großer Tatkraft begibt sich der Pfarrer an seine neue Aufgabe. Er schreibt: „Die Gemeinde ist ihrem Kerne nach gut und willig. Die eifrige seelsorgerische Tätigkeit des verstorbenen Vorgängers trägt ihre Früchte. Der Besuch des Gottesdienstes ist gut, vor allem wenn die weiten Wege berücksichtigt werden. Auch im Empfang der hl. Sakramente zeigt sich ein löblicher Eifer. Tage wie Allerheiligen und Allerseelen waren wahre Gebets-tage und sicher auch Gnadentage.“ (S. 9).

Vielfältig sind seine Aktivitäten: Er hält liturgische Einführungsvorträge, mit den Kindern übt er ein Krippenspiel ein, andere kirchliche Ereignisse finden in der Gemeinde ihren Niederschlag: die Papstwahl Pius XII., die Primizfeier von Vikar Kürz, eines Sohnes der Gemeinde. Er gründet Kirchenchor und Flötengruppe; zahlreich sind seine Vorträge, in denen er die Gemeinde schulen will. Doch meint er bereits Tendenzen zu erkennen, die das öffentliche Leben entkonfessionalisieren. Nach seinem Verständnis wächst die Zahl der Gleichgültigen und Lauen. Dieser Entwicklung sucht er entgegenzutreten. Öffentlich prangert er Jugendliche an, die den Besuch der Christenlehre versäumt haben. (S. 11). Mädchen mit Männerbekannt-schaften schließt er aus dem Marienbund aus. (S. 29). Außerdem vermerkt er: „In Zell mußte sich eine Trägerin des Muttergottesbildes trauen lassen, die nicht mehr als Jungfrau an den Traualtar treten konnte.“ (S. 38). Auch den Kirchenchor kritisiert er in der Neujahrsansprache: „Ich spreche und zwar in diesem Jahr nicht nur Worte des Lobes; es war nicht viel geleistet worden, die jüngeren Mitglieder waren reichlich leichtsinnig, der Heimweg war manchen das Angenehmste an den Proben usf. Aber die Reaktion! Der Haß auf den Pfarrer und die Gekränktheit der Mitglieder. Es brauchte einen Monat, bis alles wieder einigermaßen eingerenkt war.“ (S. 39). Auch die Aufnahme der Mädchen in den Marienbund läßt er im Januar 41 verstreichen, weil diese bis 2.00 Uhr nachts in einem Wirtshaus gefeiert hätten.

Den Urheber dieser Entwicklung sieht Reitinger im Staat, der diese Entfremdung von der Kirche bewußt voranzutreiben sucht: „Man sieht die jungen Menschen vor sich, man hat sie geführt durch die Jahre ihrer Schulzeit, man spürt, wie langsam ein neuer Geist der Ablehnung des Christentums ihnen eingepflanzt wird; manche widerstehen, aber auf mehr als einen oder eine haben diese Gedanken doch ihren verführerischen Reiz.“ (S. 26).

Diesen Geist bekommt Reitinger auf vielerlei Weise zu spüren: Die Gestapo kommt ins Pfarrhaus, weil er 7 Ferienkinder aufgenommen und damit gegen das sogenannte „Sammlungsgesetz“ verstoßen hat. Er wird vom Sicherheitsdienst vernommen, weil er Kritik an einem HJ-Führer geübt hat wegen seines lauen Gottesdienstbesuchs. In seiner kirchlichen Tätigkeit fühlt er sich, auch mitbedingt durch den Krieg, zunehmend eingeeengt: Der Religionsunterricht wird verkürzt von 3 auf 2 Stunden. Die kirchlichen Bibliotheken des Borromäusvereins werden zensiert, die Gottesdienstzeiten werden reglementiert, z. B. bei Fliegeralarm nach Mitternacht dürfen die Kirchen am nächsten Morgen erst um 10.00 Uhr geöffnet werden. Auch an Allerheiligen darf nur noch im Rahmen des werktäglichen Gottesdienst gehalten werden. Reitinger meint hierzu: „Ob es aber von der Staatsführung klug ist, das Volk immer wieder in seinem religiösen Empfinden und in seine religiösen Gewohnheiten einzugreifen, wird vielleicht die Zukunft zeigen. . .“ (S. 53).

Von April 40 an beginnt der Krieg stärker in die bisher so friedliche Gegend hineinzuwirken: „Ende April bekommen wir Einquartierung! Eine Baukompanie wird zu uns gelegt; ihr Auftrag ist, die Straße von Steinach über Geisberg-Schweighausen-Streitberg nach Bleichheim so herzurichten, daß sie für militärische Zwecke brauchbar wird. . . Das Kommen der Soldaten war ein Zeichen dafür, daß nunmehr auch im Westen der Krieg in ein entscheidendes Stadium eintritt. . . Jede Nacht fahren Munitionskolonnen, auf dem Streitberg entsteht ein riesiges Munitionslager. Für einige Tage haben wir über 1000 Mann Einquartierung im Ort, alle Kammern und Stuben liegen voll; die Scheunen der Bauern sind überfüllt.“ (S. 29).

Auch die Zahl der Erholungssuchenden wächst in dieser Zeit stark an. Schweighausen wird langsam Kurort, und nicht alle Besucher finden vor den Augen des Pfarrers Gnade; vor allem den Preußen ist er nicht wohlgesonnen: „Und so kommen sie, die edeln Volksgenossen aus Berlin, Leipzig, Dresden, zum Fressen und Hamstern. Mit Kisten, Kasten und Koffern, Paketen reisen sie wieder ab. Wenn es nach mir ginge, dürfte kein Preuße die Mainlinie überschreiten. Daß sie verständnislos und mit preußischer Arroganz dem Beten unserer Leute gegenüberstehen, versteht sich bei ihnen von selbst; sonst wären sie ja nicht, was sie sind – Saupreußen.“ (S. 54).

Aber nicht nur Urlauber beherbergt Schweighausen; außerdem halten sich im Ort kriegsgefangene Franzosen, zivilverpflichtete Polen, zurückgeführte

Slowenen und Russen auf, die als Hilfsarbeiter nach Deutschland gekommen sind. Außerdem sind noch deutsche Soldaten als Erntehelfer eingesetzt.

Wohlwollend vermerkt der Geistliche Anfang November die Einrichtung des NSV-Kindergartens: „Die Mütter können ihre Kinder von 2–6 Jahren für den Morgen und Nachmittag hinbringen, sie sind versorgt und aufgehoben und lernen etwas . . . Nur eines bedauern die Mütter: beten lernen die Kinder dort nicht.“ (S. 55).

Zunehmend breiteren Raum in den Jahreschroniken nehmen nun die Nachrufe für gefallene Soldaten ein. Jedem einzelnen Schicksal widmet er sich ausführlich, zeigt, welche schmerzliche Lücke sein Tod bei seinen Angehörigen hinterläßt. Das ungeheure Leid wird so in vielen Einzelschicksalen deutlich:

- „der erste Verheiratete, der dem Krieg zum Opfer fiel, ein ruhiger, ordentlicher Mensch . . .“ (S. 57).
- „Peter S. ebenfalls verheiratet, hinterläßt Frau und ein Kind. Er sollte als Schwiegersohn einmal den Hof übernehmen . . .“ (S. 57).

Das Jahr 1942 beginnt mit einem extrem harten und strengen Winter. Die Holzvorräte schmelzen zusammen, die Wellen gehen aus. Die Gedanken der Menschen sind bei „unseren Soldaten im Osten“. (S. 60). Fast aus jedem Haus ist einer fort. „Bei einer Kälte, mit der gemessen die unsrige noch erträglich ist, im Kampf mit einem verbissenen, oft unmenschlichen Gegner, vielfach mit ungenügender Ausrüstung.“ (S. 60).

Besondere Sorgen bereitet Reitinger der Zustand der Schule. Fast den ganzen Winter über ist sie wegen Holz- und Kohlemangels geschlossen. Häufiger Lehrerwechsel verhindert eine kontinuierliche Arbeit. Die Leistung der Schüler wird als verheerend bezeichnet. Erstmals wird am 22. 3. die Schulentlassung als weltliche Feier begangen. Träger der Veranstaltung war die Partei. Für Reitinger ein weiteres Indiz dafür, daß sie alle Lebensbereiche beeinflussen will: „. . . die Tendenz aber und die Absicht ist eindeutig.“ (S. 61).

In der Karwoche werden 2 Kirchenglocken zu kriegswirtschaftlichen Zwecken beschlagnahmt und eingezogen. Reitinger bewegen dunkle Vorahnungen, wenn er Vergleiche zum 1. Weltkrieg zieht: „Schon einmal, im Jahre 1917, wurden allenthalben im Lande die Glocken geholt; man wußte damals, was die Stunde geschlagen hatte.“ (S. 62).

Auch der Dichter und Historiker Reinhold Schneider weilte zur Erholung im Pfarrhaus in Schweighausen. Über seinen Gedankenaustausch mit dem Pfarrherrn erfahren wir nichts. Seine Verbundenheit mit Schweighausen machte der Dichter mit zwei Sonetten deutlich, die in Schweighausen entstanden sind und die er ins Gästebuch eingetragen hat. Interessant in diesem

Neben vielen befreundeten Geistlichen aus Freiburg, die während den Kriegsjahren im Pfarrhof Schweighausen zur Erholung weilten, war auch Reinhold Schneider 1945 zu Gast bei Pfarrer Reitinger.

Bildarchiv: G. Finkbeiner



Zusammenhang ist, daß Reitinger regen Kontakt mit vielen geistlichen Mitbrüdern hielt, sie zu sich nach Schweighausen einlud oder sie – vor allem in Freiburg – besuchte.

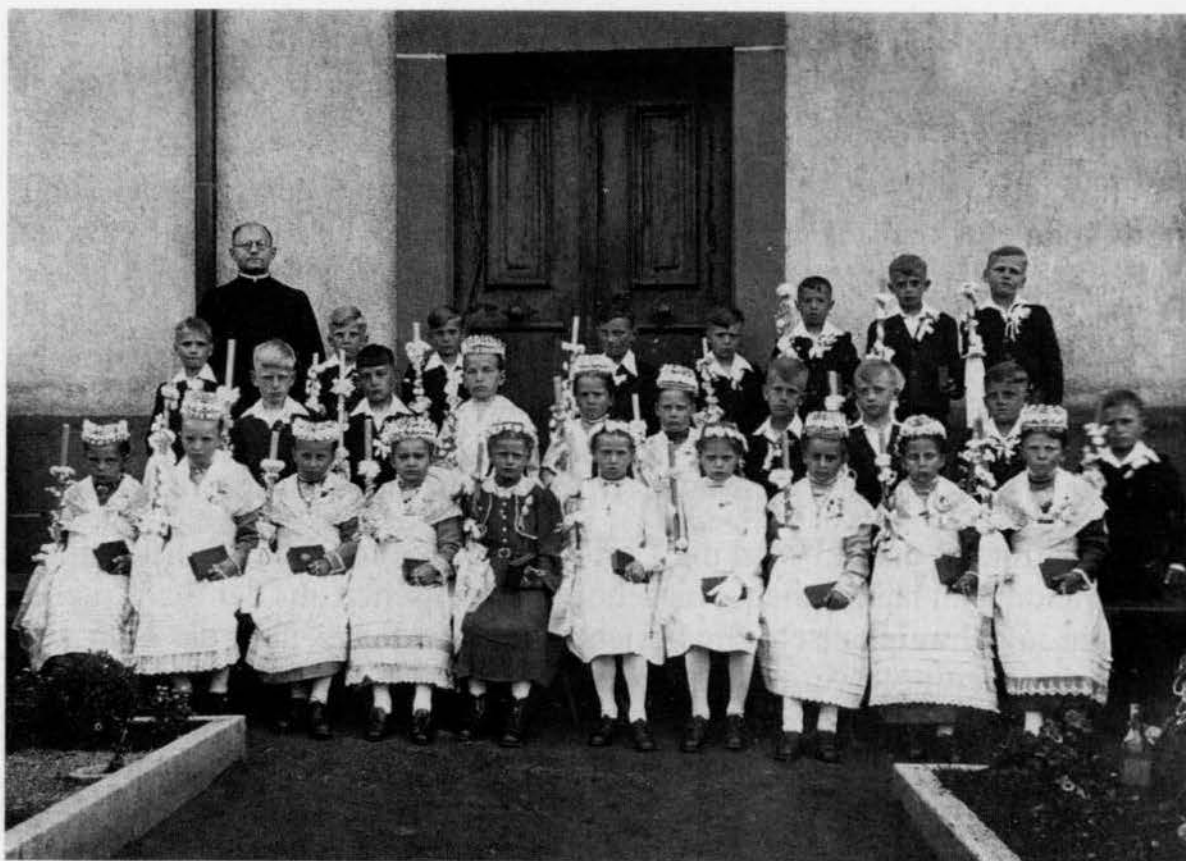
Im Laufe des Jahres 1942 wird Reitingers Haltung zum herrschenden Regime zunehmend kritischer. Nicht nur, daß das kirchliche Leben auf vielerlei Weise eingeengt wird, auch eine Todesanzeige des Donaueschinger Pfarrers Dr. Feuerstein zeigt, daß er über die Praktiken der Diktatur Bescheid weiß. Dr. Feuerstein war wegen einer Predigt verhaftet und ins Konzentrationslager Dachau eingeliefert worden, wo er verstarb. Die Todesursache blieb geheim, auch sein Leichnam durfte nicht ausgeliefert werden. Mit Dr. Feuerstein befanden sich noch 11 Geistliche der Diözese in Dachau.

In den Jahren 42 und 43 wird die Last des Krieges zunehmend drückender. Todesmeldungen häufen sich. Ausgebombte Menschen aus der Stadt suchen Zuflucht in Schweighausen. Sie berichten Schreckliches über das Schicksal der Städte. Reitinger vermerkt: „Wohl sagt man in Reden und Aufsätzen, daß all dies nur noch härter und siegessicherer mache. Aber das Volk ist müde vom Krieg und fragt nach seinem Sinn; und steht ungewiß und ratlos angesichts aller Zerstörung und aller Not.“ (S. 86).

Nicht immer gestaltet sich das Zusammenleben zwischen Einheimischen und Flüchtlingen, die ein anderes soziales Umfeld gewohnt sind, harmonisch: „Mehreren Familien wurden z. T. Kinder, z. T. Erwachsene zuge-

teilt; im Pfarrheim bekamen wir 2 alte Leute, ein Ehepaar, er 75, sie 70 Jahre alt. Wir nahmen sie guten Willens auf; daß es auf die Dauer nicht ging, war nicht unsere Schuld. Sie kamen aus einer Baracke in Dortmund, wo sie ein armseliges Kleinrentner- und Invalidenleben geführt hatten; ihre Umgangsformen waren von einer erschreckenden Primitivität. Z. B. aßen sie alles mit Löffel und den Händen; das Fleisch nahmen sie mit der Hand aus dem Teller und führten es so zum Mund. Ihr Tagwerk war ausgefüllt mit gegenseitigen Streitereien; man kann schon sagen, sie lebten wie Hund und Katze. Ihr 2. Wort war: ich lasse mich scheiden – nach fast 50jähriger Ehe! Schließlich war nichts mehr recht: die Gegend war zu bergig, man könne sich hier nicht amüsieren, die Kost sei ungenügend; man gäbe ihnen nicht, was ihnen auf ihre Karten zustehen würde.“ (S. 116).

Nicht nur vom Hörensagen lernt man jetzt den Krieg kennen. Bombergeschwader überfliegen das Schuttetal auf ihrer tödlichen Reise zu den Städten; Luftkämpfe sind zu beobachten. Bomber stürzen auf dem Weißen Moos, im Litschental und in Ettenheimmünster ab. Dem Pfarrer kommt nun in verstärktem Maße die Aufgabe zu, zu trösten, zu ermutigen, Richtung zu weisen. Er kümmert sich um die Angehörigen der Kriegsoffer.



Pfarrer Erich Reitinger mit Schweighausener Erstkommunionkindern im Jahre 1940 Bildarchiv: G. Finkbeiner

Einem besonderen Mißstand sucht er in dieser Zeit zu Leibe zu rücken: In einem Vortrag ermahnt er die Mütter, ihren Kindern das Mosttrinken zu untersagen. „Der Erfolg“, so schreibt er, „war freilich niederschmetternd: Die Kinder kamen nach Hause und setzten sich hinter den Mostkrug, so stellte ich im Laufe der Woche in der Schule fest.“ (S. 124). Dieses Beharren auf Gewohnheiten, das Festhalten an Traditionen, sowohl guten als auch schlechten, kommt in Reitingers Chronik immer wieder zum Ausdruck. Was Reitinger einerseits Ärger und Verdruß verursacht, nämlich die scheinbar vergebliche Überzeugungsarbeit, hat andererseits auch seine guten Seiten.

Denn es gelingt Partei und Staat nicht, religiöses Brauchtum zu beseitigen und durch NS-Rituale und -Symbolik zu ersetzen: Obwohl verschiedene Feiertage wie Christi Himmelfahrt, Fronleichnam und Allerheiligen nun als Werktage gelten und Gottesdienste nur abends gehalten werden können bzw. verboten sind, werden die kirchlichen Feiern nachgeholt unter großer Beteiligung der Gemeinde. Andererseits finden staatliche Neuerungen, z. B. die Feier des 1. Mai als nationaler Feiertag, wenig Gegenliebe. Eine kleine Notiz Reitingers mag die Haltung der Bevölkerung verdeutlichen: „An diesem Tage traf unser Ortsgruppenleiter und Bauernführer eine Frau an, die Wäsche hielt – eine Mutter von 5 Kindern, deren Mann im Krieg gefallen ist; er stellte sie zur Rede, daß sie an diesem höchsten Feiertag des deutschen Volkes arbeite. Ihre Antwort: ‚Weischt, Sepp, ich will dir was sage: des isch für mich e rechter Vagabundefiertig; für mich isch Fiertig, wenn der Pfarrer Frühmess und Amt verkündt.‘“ (S. 136).

Während sich die Todesnachrichten häufen, die Arbeitsbelastung der Zivilbevölkerung schier unerträglich wird, die 14–17jährigen Jungen zu Schanzarbeiten ins Elsaß müssen und die Aussichten auf ein siegreiches Ende des Krieges in weite Ferne schwinden, erscheint am 6. Mai 1944 die Parole des Gauleiters von Elsaß-Baden, Robert Wagner, in allen Zeitungen: „Tapfer bleiben und stur geradeaus gehen.“ Reitingers Kommentar: „Stur – das war im bisherigen deutschen Sprachgebrauch ein Mensch, der nichts denkt, der borniert auf irgendetwas losgeht. Und diese Parole für das Volk der Dichter und Denker! Es bleibt wohl doch bei dem, was ein weiser Mann als die Signatur unserer Zeit bezeichnet: Gleichschaltung der Beine – Ausschaltung der Gehirne.“ (S. 137).

Und zur Ankündigung des totalen Krieges durch Propagandaminister Goebbels bemerkt Reitinger: „Er (der Krieg) wird für uns weitere Einberufungen UK-Gestellter bringen, ferner den Zwang zur erhöhten Ablieferung und unerbittliches Vorgehen gegen jede Art von Kritik, Kriegsmüdigkeit und ähnlicher Stimmung; ein Volk soll durch Terror regiert werden.“ (S. 142).

In das Szenario dieser Endzeitstimmung passen viele Dinge: die schon erwähnten Schanzarbeiten der Jugendlichen im Elsaß; die Bauern haben bei

Feldarbeiten Angst vor Flugzeugen, die vermehrt Schweighausen überfliegen und auch die Zivilbevölkerung beschießen. Schritt für Schritt kommt der Krieg mit seinen unmittelbaren Auswirkungen näher. Immer wieder ziehen geschlagene Truppen durchs Dorf. „Die Orte im Ried sollen geräumt werden; Nonnenweier soll nach Dörflinbach kommen, bei uns wird Quartier gemacht für Allmannsweier.“ (S. 164). Am 8. Januar 1945 beginnen auf der Gemarkung Schweighausen die Schanzarbeiten, zu denen jedes Haus eine Person stellen muß. Auch das Pfarrhaus ist zu dieser Zeit voll belegt. Im Februar 1945 beispielsweise sind 16 Personen einquartiert, meist stammen sie aus befreundeten Familien. Häufig machen auch militärische Einheiten, die auf dem Durchzug ins Kinzigtal sind, Halt in Schweighausen; die Offiziere schlagen ihr Quartier im Pfarrhaus auf.

Am 1. März 1945 geht der Eblehof im Prinschbach in Flammen auf; vorbeiziehende Flieger hatten eine Bombe abgeworfen. „Der Krieg ist uns nahe, und eine Sicherheit vor ihm gibt es nirgendwo, wir alle sind gefährdet.“ (S. 176). Am 12. März gehen auf den Hallen mehrere Bomben nieder und decken ein Haus zur Hälfte ab. In den letzten Tagen des Tausendjährigen Reiches überstürzen sich die Ereignisse: Aufrufe fordern die Bevölkerung zur Verteidigung mit allen Mitteln auf. Das Dorf ist mittlerweile voll von evakuierten Familien aus Allmannsweier. Auch Militär ist hier und vor allem auf dem Geisberg einquartiert. „Die Soldaten lungern herum, tun keinen Dienst und wissen anscheinend selbst nicht, was sie tun wollten oder sollten; eines gaben sie uns: ein erschreckendes Bild von dem Zerfall mancher Teile des deutschen Heeres – verallgemeinern wird man auch dies nicht dürfen...“ (S. 182). Zur gleichen Zeit werden die letzten noch wehrfähigen Männer zum Volkssturm einberufen: „Männer im Alter von 50–60 Jahren müssen am Mittwoch in der Osterwoche fort, zusammengeschiedene Bauern, z. T. noch Invaliden des letzten Krieges, im bittersten Sinne ‚das letzte Aufgebot‘. Auch ganz Junge werden geholt: der Jahrgang 1928, dazu einige von 1929. Von den eben erst Schulentlassenen, Jahrgang 1930 und 1931 müssen eine ganze Anzahl nach Oberschopfheim zum Schanzen; ob man nicht auch sie noch dem unersättlichen Moloch Krieg opfern wird, ist nicht sicher. Einige von den Alten kommen nach ein paar Tagen wieder zurück; man hat anscheinend doch eingesehen, daß man mit ihnen keinen Krieg führen kann. Auch die Jüngsten kommen wieder: als sie zum 2. Mal fort sollen, gehen sie nicht mehr. Aber neue Sorge lastet auf denen, die nun den Gatten, Vater oder Sohn haben hergeben müssen, dazu die Ungewißheit, wer in diesem Jahre die landwirtschaftliche Arbeit erledigen soll.“ (S. 183).

Am 18. April ist Lahr besetzt, die Franzosen dringen langsam ins Schuttertal vor. Deutsche Batterien, die in der Steig stationiert sind, schießen bei der Abwehr französischer Panzer den Fixenhof in Brand. Fixenbauer Matthias Wangler wird auf der Flucht von der Besatzung eines französischen Panzerspähwagens erschossen.

Am 20. April rückt die französische Hauptmacht in Schweighausen ein. Reitinger berichtet:

„Lastwagen auf Lastwagen rollte heran, besetzt mit Infanterie, dann brummt Panzer heran. Ein eindrucksvolles Bild militärischer Macht, verglichen vor allem mit dem kläglichen Bild, das die deutsche Wehrmacht wenige Stunden zuvor noch geboten hatte. Dagegen war auch mit den in der Propaganda so viel gepriesenen und oft versprochenen deutschen Wunderwaffen nicht anzukommen . . . Unser Ort wimmelt von französischen Soldaten, jedes Haus ist belegt. Gleich geht auch ein riesiges Geschöße los, aber nicht auf Menschen, sondern auf Hühner; wir im Pfarrhof haben 8 Hennen und 1 Hahn eingebüßt. In unserem Haus waren in diesen Tagen etwa 35 Mann; sie beschränkten sich auf die Räume im 1. Stock; in der Küche wurde gekocht, gebacken und gebraten; sie brachten ihre gestohlenen Hühner, Eier, die sie organisiert hatten, Butter, den sie „gefunden“ hatten; und dabei hatten sie eine Verpflegung aus amerikanischen Beständen – es war überhaupt alles amerikanisch, was die Franzosen hatten, vom Hemd angefangen bis zu den Panzern –, die leicht hätte unseren Neid erregen können.“ (S. 189).

Nun bekommt also die Bevölkerung die Willkür der Besatzungsmacht zu spüren. Der Colonel, mit dem sich Reitinger in Verbindung setzt, ist korrekt, aber distanziert. Für ihn sind das alles „sales boches“: Er verspricht, die Durchführung der Gottesdienste nicht zu behindern. Ansonsten jedoch schalten und walten die Besatzer nach Belieben: „An diesem Mittag hält ein Lastwagen vor der Krone, ein paar Franzosen steigen aus; sie nehmen das Radio mit. In der Fabrik holen sie Cigarren, aus der Halle ein Schwein. Und so geht es eigentlich Tag für Tag. Immer wieder erscheint ein LKW oder PKW und nimmt mit, was den Siegern gefällt.“ (S. 193).

Am 21. April geschieht auch die erste Vergewaltigung: „Eine Evakuierte – Mutter von 2 Kindern – die schon vorher durch ihr saloppes Verhalten unangenehm aufgefallen war, produzierte sich etwas provozierend – in Männerhosen und mit betonter Figur – vor französischen Soldaten; sie schnappten die Frau und 5 sollen sie mißbraucht haben. Man hat sonst noch von gelegentlichen Versuchen ähnlicher Art in den ersten Tagen gehört, aber die Eltern konnten es immer noch abwehren und ihre Mädchen in Sicherheit bringen.“ (S. 189).

Auch eine ganze Anzahl deutscher Gefangener haben die Franzosen nach Schweighausen gebracht. „Unter ihnen war auch unser Ortsgruppenleiter J. Z., der sich im Loh mit einigen Gesinnungsgenossen zur Wehr gesetzt hatte in einem Bunker; am Samstag wurde er wieder entlassen; sein Weg durch den Ort das Loh hinauf war ein richtiges Spießrutenlaufen, die Bevölkerung entlud ihren Groll in schweren Schimpfereien und Verwünschungen.“ (S. 189).

Rückblickend meint Reitinger: „Es ist Unrecht geschehen in diesen Tagen und neues Leid über manche Familien gekommen . . . , aber wir werden wohl versuchen müssen, es im Geiste der Sühne zu tragen.“ (S. 191).

Am Montag, dem 7. Mai, erfährt Reitinger über Rundfunk von der bedingungslosen Kapitulation der Wehrmacht und bemerkt hierzu: „Nun ist es so weit: das Blutvergießen, das schon seit langem sinnlos geworden war, hört auf, aber der Weg, der nun vor dem deutschen Volke liegt, wird ein schwerer und dornenvoller, ein wahrer Kreuzweg sein. Die Herrschaft der Nazis sind wir los, aber der Preis, den das deutsche Volk dafür zahlen mußte, ist ein wahrhaft furchtbarer.“ (S. 197).

In Reinhold Schneiders Sonett vom 27. November 1945, das Reitinger in seine Chronik eingefügt hat, kommt diese furchtbare Last und Verpflichtung zum Ausdruck:

Stimme der Toten

Ihr haltet Friede! Sprecht ein heilig Wort
Durch Euer Leben aus! Verlorne Schlacht
ist nur ein Anfang. Lebet nun die Macht
der Kinder Gottes an des Frevels Ort!

In den Geschlagnen grünt das Leben fort.
Wir sind das Ende, Haß und Todesnacht
Durchbricht die Schuld nur, die als Schuld erwacht:
So wurde euer schuldig Herz zum Hort.

Doch haltet's stille! Geht am Straßensaume
Der Beter Pfad und grüßt den Staub, da wir
grablos vergehn wie der befleckte Ruhm.

Von innen baut an weitgewölbtem Raume,
daß wir geborgen sind! So seid es ihr.

Bergt uns und Eures Lebens Heiligtum! (S. 226).

In der Folgezeit versucht man, gute Kontakte mit den französischen Besatzern zu pflegen, um so halbwegs erträgliche Verhältnisse zu erreichen. Auch im kirchlichen Bereich sind die Franzosen freizügig: Durchführung der Prozessionen, freie Entfaltung des religiösen Lebens, Durchführung des Religionsunterrichts – es soll alles sein, wie es vor 1933 gewesen ist. Trotzdem: Immer wieder kommt es zu Übergriffen, gibt es Plünderungen und weitere Vergewaltigungen. Überzeugte Nationalsozialisten werden verhaftet und nach Lahr überführt. Manche Forderungen der Besatzer sind schwer und unerfüllbar: „ . . . jede Haushaltung und jede einzelstehende männliche Person muß für die zwangsverschleppten Ausländer im ganzen besetzten Gebiet abgeben: Ein Herrenanzug, bestehend aus Rock, Weste und Hose, 1 Mantel, 1 Hut, 1 Hemd mit Kragen, 1 Paar Socken und 2 Taschentücher. Vielen

wird die Ablieferung dieser Dinge einfach unmöglich sein; da hört die Caritas auf, und es beginnt der Zwang und Terror.“ (S. 204).

Die Ernährungslage verschlechtert sich nach dem Krieg zusehends. Im Juli 1945 notiert Reitinger: „Für die erwachsene Person beträgt die Zuteilung pro Woche 1000 g Brot, 100 g Fleisch, in manchen Wochen auch 200 g, dazu für 4 Wochen 250 g Butter und gelegentlich eine Zuteilung an Nahrungsmitteln. Die Städte hungern, bei uns auf dem Land wirkt sich das nicht ganz so aus.“ (S. 208). Ein Jahr später veröffentlichen Zeitungen eine Tabelle, in der die Lebensmittelrationen in der französischen Besatzungszone mit folgenden Werten angegeben werden:

Kinder von 0– 2 Jahren	1126 Kal.	
Kinder von 3– 6 Jahren	1272 Kal.	
Kinder von 6– 9 Jahren	1299 Kal.	
Jugend von 10–17 Jahren	1418 Kal.	
18 Jahre und darüber	1280 Kal.	(S. 277).

Hinzugefügt werden muß, daß seit Kriegsende keine Unterstützungen mehr bezahlt werden. „Kinderbeihilfen sind weggefallen – ein sehr großer Ausfall für unsere kinderreiche Gemeinde; die Frauen, deren Männer in Gefangenschaft sind, erhalten nichts mehr, nur Invalidenrenten und Renten für die Gefallenen werden nach einiger Pause wieder ausgezahlt. Die Fabrik ist immer noch geschlossen; ein Teil der bisherigen Arbeiterinnen arbeitet bei den Bauern, das ist im Winter aber weithin unmöglich; ein anderer Teil hat Stellen in der Stadt Lahr und der Umgebung angenommen.“ (S. 232).

Die materielle Not wird durch die Forderungen der französischen Besatzungsmacht noch drückender. Manche Maßnahme bringt die Volksseele zum Kochen und wird als reine Schikane empfunden: „Der Schuloffizier des GM in Lahr, Cpt. Crushel, erscheint bei Lehrer Kopf und verlangt, daß die Schweighauser Schulkinder für ihn in diesem Jahre 2 Doppelzentner Heidelbeeren sammeln; ein 2. Offizier hat bereits ebenfalls ein größeres Quantum verlangt. Das sind die Herren Sieger; sie reden von Freundschaft und Verständigung und kennen dabei nichts als ihren dreckigen Egoismus.“ (S. 342).

Zu der materiellen Not, zu der hohen Arbeitsbelastung und den Einschränkungen durch die französischen Behörden kommt die Sorge und Ungewißheit um die Angehörigen draußen im Felde. „Eingezogen waren im Verlauf des Krieges 253 Mann. Davon sind gefallen: 48 (vorläufig, die Zahl ist noch nicht endgültig). Gefangen: 27, die Nachricht geben können. Amtlich vermißt: 20 Mann. Ohne Nachricht sind wir von 60 Soldaten, von denen die meisten wohl in Gefangenschaft leben. Heimgekehrt sind 98 Mann, davon eine ganze Anzahl als Krüppel.“ (S. 222). Wen wundert es, daß manche Menschen in ihrer seelischen Not sich der ungewöhnlichsten Mittel bedie-

nen, um Gewißheit zu erhalten? Der Aberglaube blüht, besonders in zwei Formen: Kartenlegen und Pendeln:

„Frauen und Mütter, die in ihrer Sorge und Ungewißheit waren über das Schicksal ihrer Soldaten, gingen zu Kartenlegerinnen nach Lahr oder Haslach, um sich gegen Hergabe von Butter, Eier oder Speck von diesen abgefeimten Schwindlerinnen etwas vormachen zu lassen. Die anderen – und es waren sehr viele – versuchten es mit dem Pendeln. Und zwar auf folgende Weise: Ein Schlüssel – am besten ein alter, dessen Bart ein Kreuz war – wurde in das Magnifikat, das Diözesangesangbuch – gebunden. Das Ganze wurde mit einer Schnur festgebunden; wenn sich dann das Buch drehte, sollte man erfahren, wie lange es noch dauere, bis der Soldat, an den man während der ganzen Prozedur dachte, zurückkommen würde; auch bei Gefallenen hat man es versucht, und dabei haben sie herausbekommen, daß der oder jener noch lebe und in Bälde zurückkehre.“ (S. 210).

In dieser Zeit bemüht sich der Geistliche auf vielfältige Weise, soziale Not zu lindern: Er initiiert Lebensmittelsammlungen, in Schweighausen werden Kinder aus Freiburg und Lahr zur Erholung aufgenommen, auch bemüht er sich mehrmals bei der französischen Kommandantur um einsitzende Parteimitglieder.

Sorgen bereitet Reitinger der Zustand der Schule. Vom 24. August 44 an war bis zum 29. 4. 45 kaum Unterricht gehalten worden; meist können die Schüler in der Folgezeit nur von 2 Lehrkräften unterrichtet werden, auch die Versorgung mit Schulräumen ist völlig unzureichend. Erst im August 48 bessern sich die Verhältnisse, 4 Lehrer unterrichten nun an der Schule.

Rigoros geißelt Reitinger das Treiben der Jugendlichen: „Und daß unsere Jugendlichen, trotz staatlichen Verbots, dem Vergnügen des Tanzes huldigen, rundet das Bild der Verwahrlosung ab. Daß das Wirtshaus auf dem Streitberg dabei eine besondere Rolle spielt, überrascht den Kenner der Verhältnisse nicht.“ (S. 237). Aber auch sonst sieht Reitinger Anzeichen einer sittlichen Verwilderung: Einbrüche und Diebstähle kommen gehäuft vor, bei den aus dem Krieg Heimgekehrten vermißt er die Bindung zur Kirche. Anläßlich eines Jugendamtes bemerkt er: „Fast ganz fehlten die aus dem Kriege Heimgekehrten, obwohl ich das Amt für die gefallenen und noch nicht heimgekehrten Jugendlichen der Pfarrei verkündet hatte. Die gleiche Erfahrung machten auch die Pfarreien der Umgebung; die ehemaligen Soldaten sind religiös verwahrlost und sittlich verwildert.“ (S. 259).

Im Sommer 1946 beschäftigt man sich mit der Gründung einer badischen, christlich sozialen Volkspartei, der BCSV, die später der Christlich Demokratischen Union, der CDU, angegliedert wurde. Auch der Pfarrer ist neben Bürgermeister Geiger, Ratschreiber Allgeier, Gemeinderechner Offenbur-

ger und Schuhmacher Weber bei der Gründungsbesprechung am 12. August dabei. Rechtzeitig zu den Gemeinderatswahlen am 15. September stellt man eine Kandidatenliste mit 6 Personen auf. Diese Liste, die als einzige eingereicht wird, erhält auch am Wahltag eindeutig den Vorzug. Von den 447 abgegebenen Stimmzetteln entfallen allein 336 auf die neugegründete Partei. Wie rege sich Reitinger um die politische Entwicklung im Lande gekümmert hat, zeigen die eingefügten Wahlergebnisse aus den einzelnen Wahlkreisen. Interessant für ihn ist die große Zahl neutraler und parteiloser Listen auch in geschlossen katholischen Ortschaften. Man scheut sich noch, sich wieder zu einer Partei zu bekennen, erst langsam beginnt man sich wieder zu organisieren. Hier sieht Reitinger noch allerhand Reserven für die neue Partei bei den kommenden Wahlen. Daß er von einer wie auch immer gearteten Opposition nichts hält, läßt sich aus verschiedenen Bemerkungen herauslesen. Die Wahlversammlungen der Demokratischen Partei, vermerkt er mit Genugtuung, sind stets schlecht besucht, nur einige wenige „Stänkerer“, wie er sich ausdrückt, finden sich hier zusammen. Überhaupt weiß der Pfarrer über seine Kritiker gut Bescheid, und auch über die Beziehung des Kommunistenblattes „Unser Tag“ ist er informiert.

Am 18. Mai 47 finden die Wahlen zum badischen Landtag statt, verbunden mit dem Volksentscheid über die neue badische Verfassung. Reitinger hat in der Kirche einen Aufruf des Erzbischofs verlesen, in dem er zur Wahlbeteiligung auffordert und die Gläubigen darum bittet, der BCSV die Stimme zu geben. In einer späteren Korrektur fehlt dieser Wahlaufruf zugunsten der BCSV. Für Reitinger ist klar: „Für das Land war das Schreiben in der ersten Form richtig; in den Städten sind die Leute zu differenziert und kritisch, als daß sie sich noch vom Bischof eine Partei quasi vorschreiben ließen.“ (S. 302).

Im Sommer 1947 ist die Ernährungslage katastrophal geworden. Die Brotration ist ab 1. Juni auf 125 g pro Tag festgesetzt worden. „... . Kartoffeln haben die Leute auch keine mehr, Butter oder Fett wird kaum zugeteilt; es ist nichts mehr da. Auch unsere Bauern haben fast nichts mehr, einzelne haben selber keine Kartoffeln mehr. Wie wir die nächsten Wochen bis zur neuen Ernte überstehen sollen, weiß kein Mensch.“ (S. 307). Die Hauptschuld an dieser Misere sieht Reitinger in den Ablieferungsforderungen der französischen Besatzungsmacht: „Sie holen das beste Vieh aus den Ställen, sie nehmen die Milch und die Butter, sie prassen auf unsere Kosten.“ (S. 307). Ein weiteres Problem der Zeit greift Reitinger am 7. März 48 auf: „... . es häufen sich bei uns die Fälle von Frühgeburten. Das geschieht sicher in vielen Fällen ohne Schuld der Frauen. Die Überanstrengung während des Krieges, seelische Einwirkungen und Nervosität, z. T. auch unzureichende Ernährung sind oft schuld daran. Es bleibt aber ein Rest, wo entweder mangelnde Vorsicht und manchmal auch böse Absicht dazu führt. Wenn z. B.

eine Mutter, bei deren Tochter Störungen auftreten, den Doktor um eine Spritze angeht, so ist das nicht mehr Unwissenheit, sondern eher böser Wille. Und wenn eine Frau einer anderen Mittelchen angibt, wie man sich da helfen könne, gehört das auch in dieses Kapitel. Die vielgepriesene Moral und Christlichkeit des Landes ist brüchiger, als sie auch Naive meinen möchten. Und der Krieg hat zu weiterer Zersetzung sehr viel beigetragen.“ (S. 331).

Am 4. April 48 feiert die Gemeinde Weißen Sonntag. Interessant ist die Beschreibung der besonderen Umstände, unter denen die Feier stattfand: „Alle Kinder hatten zum Weißen Sonntag ein Paar Schuhe erhalten, auch verpflegungsmäßig war ihnen eine Sonderzuteilung gegeben worden: 2 Liter Wein, 12 Eier und sonst noch einige Kleinigkeiten. Schade, daß die Tracht der Erstkommunionmädchen immer mehr verschwindet; wohl aus zeitbedingten Gründen. Wir hatten nur noch 10 Trachtenmädchen, 3 in einfachen blauen Kleidern und 8 in weißen Fähnchen, wenn das nur zu keiner Dauereinrichtung wird. . . Die Bilanz der Trauer: 7 Kinder haben ihren Vater verloren, davon 6 durch den Krieg, eines hat die Mutter verloren.“ (S. 335).

Langsam regt sich im Dorf auch die Bautätigkeit wieder. „Es baut aber nur die Firma BMW – d. h. Bäcker, Metzger, Wirte. Der Kronenwirt . . . hat sein Haus sehr nobel herrichten lassen: Gasthaus und Pension zur Krone prangt an 2 Fronten. Die Sonne will umbauen. Der Metzger Hämmerle vergrößert sein Anwesen. Auch der Bäcker Hämmerle hat Baupläne. Der arme Normalverbraucher sitzt auf seinem Gelde und kann nichts damit anfangen; wie nötig wäre die Innenrenovation der Pfarrkirche, der Annakapelle und der Außenputz des Pfarrhauses; es scheitert an der Materialbeschaffung.“ (S. 340).

Am Montag, dem 25. Oktober 48 erhält Reitinger die Nachricht von seiner Versetzung als Pfarrverweser nach Freiburg-St. Georgen. Schon mehrere Male hatte die Kirchenbehörde einen Wechsel gewünscht und war von ihm stets abgelehnt worden. Zum 1. Dezember wird er die Pfarrei verlassen. Er schreibt: „. . . bei den meisten löst dies – ich darf dies ohne Überheblichkeit sagen – ehrliches Bedauern aus. Und auch mir fällt der Abschied nicht leicht. Wir sind in diesen 10 Jahren doch recht zusammengewachsen und haben uns im großen Ganzen gut verstanden.“ (S. 365).

Zum Schluß drängt sich dem Leser wohl unwillkürlich die Frage auf nach dem Persönlichkeitsbild, das uns durch die Zeilen dieser Chronik vermittelt wird. Welches Denken und Fühlen, welche inneren Einstellungen und Überzeugungen bestimmten das Handeln von Pfarrer Reitinger? Diese Frage ist nicht einfach zu beantworten, da doch sehr widersprüchliche Eindrücke haften bleiben. Da sehen wir einerseits einen Mann, der mit

analytischem Verstand schon recht früh erkennt, in welche Katastrophe das NS-Regime zwangsläufig führen muß; ein Mann, der intellektuell über den Tellerrand seiner Gemeinde hinausblickt und sich der Malerei, Musik und Literatur verbunden weiß. Ein Pfarrer, der im religiösen Leben seiner Pfarrei viele Initiativen ergreift und caritativ tätig ist. Dieses Bild wäre jedoch unvollständig, würden wir nicht berücksichtigen, mit welcher rigorosen Strenge Reitinger versucht hat, katholische Moralvorstellungen in der Gemeinde durchzusetzen. Hier zeigt sich eine Persönlichkeit, die großen Wert auf die Einhaltung bestimmter Normen legt und bei deren Wahrung und Durchsetzung nicht zimperlich ist. Toleranz und Takt, so scheint aus den Zeilen dieser Chronik hervorzugehen, ist nicht immer die Stärke des Pfarrers Reitinger gewesen. Seiner Gemeinde hat er ein bleibendes Geschenk hinterlassen: ein einmaliges ortsgeschichtliches Dokument, das es verdient, der Öffentlichkeit vorgestellt zu werden. Reitinger verstarb am 9. März 1990, zwei Tage vor seinem 85. Geburtstag, in Freiburg.

Meldungen aus dem Reich – Meldungen aus Baden

Ralf B. Herden

Nachdem SS, Gestapo und Reichssicherheitshauptamt die perfekte Unterdrückung jeder offenen, geschweige denn kritischen Meinungsäußerung systematisch unterbunden hatten, und jeder, der auch nur in dem Ruf stand, ein politischer Gegner zu sein, bereits mit einem Fuß nicht nur im Konzentrationslager, sondern bereits im Grab stand, gab es im „1000jährigen Reich“ nur noch die gleichgeschaltete Parteimeinung der NSDAP. Die Presse war ohnehin schon seit langem „gleichgeschaltet“ und damit als Faktor der Meinungsbildung und Stimmungsbild gänzlich ausgeschieden. Trotzdem wollten sich die führenden Diktatoren darüber informieren, wie das Volk über einzelne Vorgänge und die Gesamtsituation dachte. Dazu bediente man sich der „Geheimen Lageberichte“^{*1}, die dem Empfänger nur persönlich zugänglich gemacht werden sollten. Diese Berichte wurden vom SD erstellt, der über ein ausgeklügeltes Spitzel- und Überwachungssystem verfügte, so daß ihm nichts entgehen konnte. Ferner benutzte der SD die von ihm erstellten Lageberichte auch dazu, entsprechend eigenen Interessen die Nachrichten einzufärben, um so auf die politischen Entscheidungen Einfluß zu nehmen.

Zur Gruppe der Spitzel und Informanten gehörten Angehörige aller Berufsgruppen, die teils freiwillig, teils durch offene Erpressung zur Mitarbeit gezwungen worden waren^{*2}: Landräte und Rechtsanwälte, Lehrer und Ärzte, Verwaltungsbeamte und Geistliche, Journalisten und Künstler, Wissenschaftler und Unternehmer. Aus einer kleinen, anfangs aus rund 30 Personen bestehenden Gruppe war der SD, der als parteiinterner Nachrichtendienst der NSDAP entstanden war, zu einer machtvollen Organisation mit über 30000 Angehörigen angewachsen. Das Netz, das die Nazi-Spitzel über Deutschland zogen, war straff organisiert. Wenn der SD (hier ist ausschließlich vom Nachrichtendienst die Rede, nicht von den SS-SD-Sondertruppen, die die „Einsatzgruppen“ bildeten und die Verantwortung für Hunderttausende von Morden trugen) selbst als Abteilung III des Reichssicherheitshauptamtes auch keine Vollzugsvollmachten besaß, so waren seine Ermittlungen doch auch Grundlage für die Verhaftung und Ermordung politischer Gegner. So harmlos, wie einige Zeugen im Nürnberger Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher den SD (III) als „objektiven Beobachter“ schilderten, war die Spitzelorganisation nicht. Er stand nicht nur mit den anderen Nachrichtendiensten des Nazi-Regimes in Konkurrenz, sondern

beeinflusst die Entscheidungsprozesse erheblich. Andererseits muß auch festgehalten werden, daß Berichte, insbesondere in der Endphase des Krieges, geschönt worden waren. Ziel dieses Beitrages ist es, ohne Anspruch auf Vollständigkeit einen Überblick über die Spitzeltätigkeit des SD im badischen Raum, aber auch seinen Nachbarregionen, zu geben. Dabei wurde versucht, diesen Ausschnitt möglichst repräsentativ darzustellen, weshalb in einzelnen Fällen (z. B. „Vergeltungswitze“) auch auf Meldungen außerhalb unserer Region zurückgegriffen wurde. Der Autor hofft, mit diesem Aufsatz einen Beitrag dazu geleistet zu haben, ein weithin unbekanntes oder verdrängtes Element der Gewaltherrschaft etwas aufzuhellen.

Das Jahr des Kriegsausbruches (1939)

Das Jahr 1939 begann mit den offiziellen Feiern zu Hitlers 50. Geburtstag, die Juden wurden zwangsweise in der „Reichsvereinigung der Juden in Deutschland“ zusammengefaßt. Am 1. September greifen deutsche Truppen Polen an, England und Frankreich erklären Deutschland den Krieg.

Am 11. Oktober meldet der Bericht zur innenpolitischen Lage, daß im „Gau Baden“ 118433 Personen kriegsbedingt evakuiert worden seien.¹ Ungefähr zur selben Zeit wurden über dem Mittelschwarzwald Flugblätter abgeworfen, die einen Aufruf des ehemaligen Danziger Senatspräsidenten Hermann Rauschning „An alle Deutschen“ enthielten.² In Süddeutschland stieg die Nachfrage nach der noch erhältlichen „Neuen Baseler Zeitung“ enorm an, die vorhandenen Exemplare wurden von Hand zu Hand weitergegeben³, ein Zeichen dafür, daß der „gleichgeschalteten“ deutschen Presse kein großes Vertrauen mehr entgegengebracht wurde. Bei Lörrach und Schopfheim wurden unbemannte Ballons aufgefunden, die zum Abwurf von Flugblättern verwendet worden waren.⁴ Am 17. Oktober 1939 herrschte den ganzen Tag über rege Flugtätigkeit am Oberrhein. Bei Breisach und Lahr wurden französische Aufklärungsflugzeuge von deutscher Flak unter Feuer genommen, Abschüsse erfolgten jedoch nicht.⁵ Um Jugendlichen, die „im Rahmen der Verdunkelung Unfug treiben“, entgegenzutreten, wurde in Karlsruhe eine „Betreuungsstätte“ eingerichtet, in die bis zum 16. Oktober 1939 bereits 159 Jugendliche eingeliefert worden waren.⁶ Während im August 1939 in Heidelberg täglich rund 270 Exemplare der „Neuen Baseler Zeitung“ verkauft worden waren, waren es im Oktober über tausend.⁷ In weiten Teilen Deutschlands kommt es zu einem Mangel an Kupfermünzen, da aus Angst vor dem Geldwertverfall Kupfer gehortet wird.⁸ Während in der Mosel Flaschenposten mit „hetzerischen Flugschriften“ auftauchen, wurden über Sinsheim rund 1000 Flugblätter abgeworfen: „Hat man in Deutschland die englische Antwort auf die Rede Hitlers veröffentlicht? Verlangt von Hitler die Veröffentlichung des vollen englischen Textes!“⁹

Kritisch wurde vermerkt, daß z. B. in Karlsruhe die Kirchen versuchen, für seelsorgliche Zwecke die Adressen der Frontsoldaten zu erfassen.¹⁰ Anfang November wurden im Raum Freiburg erneut Flugzettel mit dem Aufruf Rauschnings abgeworfen, die „auf die Bevölkerung keine propagandistische Auswirkung hatten“. Die Zettel waren vorschriftsgemäß den Behörden abgeliefert worden.¹¹ Um das Vordringen von Zivilisten an den „Westwall“ zu verhindern, wurden in Mittelbaden Polizeiposten auf den entsprechenden Straßen eingesetzt.¹² Klage wird darüber geführt, daß in Offenburg die Verwendung von Goldpreisklauseln durch auswärtige Firmen bei der Bevölkerung Unruhe gestiftet habe.¹³ In den von den Franzosen geräumten Stellungen an der Westfront waren Flugblätter zurückgelassen worden¹⁴: „Hast Du eine Gasmasken, Volksgenosse? Eine Gasmasken für Dich, Deine Frau und Deine Kinder? Nicht eine Volksgasmasken, die schon nach wenigen Wochen unbrauchbar ist. . . , sondern eine richtige Gasmasken mit guten Filtern? In London und Paris hat jeder vom Staat eine gute Gasmasken bekommen. Natürlich gratis.“

In der öffentlichen Verwaltung führt die Einberufung der Ratschreiber zu Engpässen.¹⁵ Im Kreis Lahr hörte man im November 1939 erstmals Geschützfeuer von der nahen Front. Die Franzosen beschossen deutsche Flieger, die an der Grenze entlang flogen.¹⁶ Über Wolfach warfen Flugzeuge Flugblätter ab: „Also sprach Adolf Hitler“. Die Schulklassen wurden zum Einsammeln verpflichtet.¹⁷ Mißstimmung bereitete bei den badischen Junglehrern die wiederholte Führung des „Arier-Nachweises“.¹⁸

In Offenburg und Karlsruhe kursieren Gerüchte über mögliche Evakuierungen dieser Städte.¹⁹ Die im November 1939 in ganz Deutschland durchgeführten HJ-Filmstunden stießen auf Ablehnung, wurde doch den 12- bis 14-jährigen „Pimpfen“ zum Teil der Film „Andalusische Nächte“ dargeboten.²⁰

Erstmals taucht der „Wolkige Beobachter – Nr. 1“ auf, eine Flugschrift, die von Flugzeugen oder Ballons abgeworfen wurde und die Nazi-Methoden geißelte.²¹ In Karlsruhe wurde eine Jüdin verhaftet, weil sie Goebbels beleidigte.²² Ende November wird Klage darüber geführt, daß in Gaststätten und Verkehrsmitteln zu offen über wahrgenommene Truppenbewegungen gesprochen werde.²³

In Karlsruhe wurde auf die Lebensmittelkarten ein Ei aufgerufen – 124 Verkaufsstellen konnten nichts ausliefern, da ihre Zuteilungen unzureichend waren.²⁴ DNB (Deutsches Nachrichten Büro)-Meldungen dürfen zukünftig nur noch in geschlossenen Umschlägen versandt werden, um zu verhindern, daß außer den „Schriftleitern“ andere Personen von deren Inhalt Kenntnis erlangen.²⁵ In Müllheim wurden drei Mädchen mit je fünf Tagen Haft bestraft – sie hatten in einer Gaststätte mit Polen getanzt.²⁶

Im Dezember 1939 veröffentlichte in Karlsruhe das „Schwarzwälder Tageblatt“ befehlsgemäß einen Artikel über die „Rekordkartoffelernte“. Leider war dabei vergessen worden, daß in der Karlsruher Gegend die Kartoffelernte entgegen der allgemeinen Entwicklung außerordentlich schlecht ausgefallen war.²⁷ Ein süddeutscher Kreisleiter schlägt vor, nur noch den „Volksgenossen“ Bezugsscheine (auch für Lebensmittel) auszustellen, die „ausreichend“ für das „Winterhilfswerk“ spenden.²⁸ Zur Bekämpfung der Jugendkriminalität und Unterstützung der Polizei werden HJ-Streifen eingeführt.²⁹

In Baden taucht der „Wolkige Beobachter Nr. 2“ auf: „Bravo! Danke! Wenn sie jetzt des Nachts in riesigen Höhen ab und zu im deutschen Raum spazierenfliegen um ihre lächerlichen Propagandazettel abzuwerfen, so habe ich eigentlich nichts dagegen (Hermann Göring). Bravo! Immer lachen lassen! Aber warum bestraft man dann die Leute, die die Zettel aufheben?“³⁰

In Fettdruck meldet „Der Führer“ (Erscheinungsort Karlsruhe): „Zwei Kreisleiter Badens zum Heeresdienst einberufen“.³¹

Auf illegalen Flugblättern wird der Begriff der NSDAP verdeutlicht: „Nutznießer, Schmarotzer, Devisenschieber, Angeber, Polizeispitzel = NSDAP“.³² Dem Freiburger Erzbischof Dr. Gröber wird vorgeworfen, im Münster vor 5000 „Zuschauern“ gegen den Krieg gepredigt zu haben.³³

Aus Offenburg wurde bekannt, daß verstärkt Fehlgeburten auftreten würden.³⁴ Diese werden einerseits auf die hohe körperliche Belastung der Frauen zurückgeführt, andererseits auch auf Selbstabtreibungen. In ganz Deutschland treten verstärkt „Lebensmittelfälschungen“ auf.³⁵ Zu Weihnachten denkt der badische Gauleiter Wagner an die aus den Grenzgebieten evakuierten „Volksgenossen“: Er beglückt sie mit einem persönlichen Brief und einem Geldgeschenk von RM 10,-.³⁶ Auf Mißtrauen der Staatsspitzen stößt die Tatsache, daß Ende 1939 ein großer Bedarf an Fachbüchern über Chiffrieren, also Geheimschriften, auftritt.³⁷ Es wird deshalb empfohlen, Schriften dieser Art aus den Bibliotheken und Buchhandlungen zu verbannen.

Kohlenmangel, Nahrungsmittelmangel ... (1940)

1940 erfolgt der deutsche Angriff auf Dänemark, Norwegen, Belgien, die Niederlande und Luxemburg. Es erfolgen erste Luftangriffe auf das Ruhrgebiet, General de Gaulle gründet die „Forces Francaises Libres“, nachdem Marschall Pétain Deutschland einen Waffenstillstand angeboten hat. Im Warschauer Getto werden 350000 Juden erschossen.

Im Januar werden über dem Landkreis Wolfach Flugschriften mit der in Deutschland dem Druckverbot unterliegenden Enzyklika des Papstes Pius XII. abgeworfen.³⁸ Die Art der Verbreitung läßt wiederum auf Ballons schließen.

Zwecks gemeinsamer Erledigung größerer Aufträge werden im Kreis Offenburg Arbeitsgemeinschaften kleinerer Betriebe gebildet.³⁹ Mitte Januar 1940 müssen in Karlsruhe die Schulen wegen Kohlenmangel geschlossen werden.⁴⁰ Dagegen wird bei den städtischen Sammlungen Freiburg eine Kunstausstellung „Landschaft am Oberrhein“ vorbereitet.⁴¹ Zu schwerer Verärgerung führt die faktische Uneinlösbarkeit der Nahrungsmittelkarte: Große Teile der badischen Bevölkerung sind verärgert, daß keine Nudeln, die man traditionell gewohnt ist, erhältlich sind, hingegen Graupen auf Lager liegen würden.⁴² Auf allgemeine Zustimmung der Bevölkerung stößt hingegen die drakonische Bestrafung von Plünderern, die die Evakuierungen in den Dörfern im Westen ausnützen wollten.⁴³ Auf Empörung der NS-Führung stößt die im „Osservatore Romano“ bekanntgegebene Anordnung des Papstes an die Bischöfe und Geistlichen, sich des Loses aller Kriegsgefangenen anzunehmen.⁴⁴

Im Februar 1940 wird von der badischen Landbevölkerung eine erneute Evakuierung befürchtet.⁴⁵ Aus Karlsruhe wurde gemeldet, daß der Propagandafilm „Der Weg des Führers“ in der Bevölkerung positiv aufgenommen worden sei.⁴⁶ Kritisiert wurde lediglich die Bezeichnung des „Führers“ als „Heiland“.

Erneut wurden über Südwestdeutschland Flugblätter abgeworfen.⁴⁷ Sie trugen diesmal den Titel „Fliegende Blätter“ (in Anlehnung an eine vordem beliebte Satire-Zeitschrift) und wurden von Ballons aus abgeworfen, die rund einen Meter Durchmesser aufwiesen. Aus den „Fliegenden Blättern“: „Sie fragen, was man bei den jetzt bestehenden Verkehrsschwierigkeiten, dem unregelmäßigen Fahrplan der Eisenbahn machen kann. Erstens können Sie zu Fuß gehen. Und zweitens: Wozu wollen Sie eigentlich fahren? Lebensmittelkarte bleibt Lebensmittelkarte!“

In Karlsruhe wird die Frage aufgeworfen, ob das Verbot, nach Besuch einer Klasse die Schulbücher an nachfolgende Schüler zu verkaufen, nicht abgeschafft werden solle, um dem Mangel an Schulbüchern zu begegnen.⁴⁸ In verschiedenen Orten Badens tauchen mit der Post versandte, in Wien aufgebene Flugschriften auf, die sich unter dem Titel „Hakenkreuz und Seelenheil“ insbesondere an Katholiken richten und diese zum Widerstand aufrufen.⁴⁹

Im Februar mußte in Haslach eine aus Handwerksbetrieben gebildete Arbeitsgemeinschaft aufgelöst werden, nachdem statt Auftragseingängen die Hälfte der Belegschaft für die Industrie abzugeben war.⁵⁰

In Baden tauchen Flugblätter auf⁵¹: „Bald werdet Ihr Haus und Hof auf Nimmerwiedersehen verlassen müssen, um im polnischen Osten angesiedelt zu werden. Das nennt man ‚Festigung deutschen Volkstums‘.“

Im April 1940 wird insbesondere auch aus Karlsruhe ein erhebliches Absinken der Leistungen in den Schulen gemeldet, das auf die kriegsbedingten Einschränkungen im Schulbetrieb zurückgeführt wird.⁵² Im badischen Mosbach wird ein katholischer Geistlicher ermittelt, der entgegen der Befehle des Oberkommandos der Wehrmacht mit polnischen Kriegsgefangenen Kontakt aufnahm und diesen Rosenkränze schenkte.⁵² Im Kreis Offenburg waren von 217 verfügbaren Schulräumen 84 beschlagnahmt.⁵⁴ In Karlsruhe empören sich Eltern darüber, daß in den Kinos Mickey-Mouse-Filme mit englischen Liedern und Texten gezeigt wurden.⁵⁵ Über Südwestdeutschland wurden rund 20000 Taschenkalender abgeworfen, die den Nationalsozialismus anprangern mit Bemerkungen wie „30. Januar: Hitler Reichskanzler – Abschaffung des Rechtsstaates in Deutschland“.⁵⁶

Von der Universität Freiburg wird eine erhebliche Einschränkung der Forschungstätigkeit gemeldet.⁵⁷ Besonders häufig wird in katholischen Kirchen über das Bibelwort „Liebet eure Feinde“ gepredigt, verbunden mit „defaitistischen Äußerungen“.⁵⁸ Bei Offenburg tauchen Flugblätter auf, die sich insbesondere an Soldaten wenden und zum Widerstand aufrufen.⁵⁹ Ein Hirtenbrief des Erzbischofs von Freiburg zum „Kindersonntag“ findet bei den Eltern positive, bei der Nazi-Partei negative Aufnahme.⁶⁰ Urlauber aus Polen berichten im Mai erstmals über Massenerschießungen.⁶¹ Französische Truppen schießen mit Leuchtkugeln erstaunlicherweise englandfeindliche Flugblätter über den Rhein, die in alemannischem Dialekt gehalten sind. Sie machen Chamberlain für den Ausbruch des Krieges verantwortlich.⁶² Die medizinische Versorgung der Westwall-Arbeiter ist katastrophal, teilweise hat ein Arzt 17 Arbeiterlager zu betreuen.⁶³ Der Wegfall des Religionsunterrichts in den Klassen 5 bis 8 der höheren Schulen führt zu regen Aktivitäten der Kirchen.⁶⁴ In Freiburg wird Fliegeralarm erst mehrere Minuten nach dem erfolgten Angriff ausgelöst.⁶⁵

Es tauchen Gerüchte auf, die Schweiz habe die Hauptmasse ihrer Truppen an die französische Grenze verlegt, da man mit einem Angriff der Franzosen auf Süddeutschland rechne, der durch die Schweiz hindurch geführt werden solle.⁶⁶

Im Juni wird gemeldet, daß der Erzbischof von Freiburg als einziger der Bischöfe für den Fronleichnamstag (der als staatlicher Feiertag aufgehoben war) Gottesdienste wie an Werktagen angeordnet habe.⁶⁷ Kritisiert wird, daß an einer Abendfeier in der Mannheimer Jesuiten-Kirche fast 7000 Jugendliche teilgenommen hätten, unter ihnen Angehörige der HJ und des BDM.⁶⁸ Gerüchteweise verlautet, die Postämter würden Todesmeldungen

Gefallener zurückhalten.⁶⁹ Im Raum Karlsruhe wird gemeldet, daß Wochenschau-Bilder farbiger französischer Truppen mit Worten wie „Solche Tiere lassen die Franzosen und Engländer auf uns los, pfui Teufel“ kommentiert wurden.⁷⁰

Im Juni tauchen Gerüchte auf, daß große Truppenverschiebungen eine baldige deutsche Invasion in die Schweiz vorbereiten würden.⁷¹ In der Schweiz würde man bereits die Flugplätze „umpflügen“, um ein Landen deutscher Flieger zu unterbinden. In Karlsruhe tauchen Aufkleber auf: „Nieder mit dem Räuber und Massenmörder Hitler & Co.“⁷²

Heftiger Artilleriebeschuß führt in den Riedgemeinden zu beträchtlichen Schäden.⁷³ In der Bevölkerung wird darüber gesprochen, daß die deutschen fremdsprachigen Radiosendungen mehr Informationen enthalten als die deutschsprachigen Sendungen.⁷⁴ Für den bevorstehenden Angriff auf England wird über „Wunderwaffen“ wie „Elektronenstaub“ und „Todesstrahlen“ diskutiert.⁷⁵ Kritisch aufgenommen wird, daß die deutsche Bevölkerung den Elsässern und Deutsch-Lothringern mißtrauisch gegenüberstehe.⁷⁶

Im Juli wird das NS-Organ „Der Führer“ kritisiert, weil es Meldungen über Auszeichnungen von Frontkämpfern in unwürdiger Form veröffentlicht habe. Diese hätten neben der Meldung „Sonderzuteilung Käse“ gestanden. Als Beispiel für positive Veröffentlichungen wird das „Offenburger Tageblatt“ angeführt.⁷⁷

Im Juli wird die gesamte Bevölkerung dazu aufgerufen, sich an der Bekämpfung der Kartoffelkäfer zu beteiligen.⁷⁸ In Baden wird die HJ zum Ernteeinsatz in Lagern zusammengefaßt.⁷⁹ Das starke Auftreten von Kartoffelkäfern wird darauf zurückgeführt, daß solche möglicherweise von feindlichen Flugzeugen aus abgeworfen worden sein könnten.⁸⁰ Im Elsaß und in Lothringen soll die Propagandatätigkeit verstärkt werden.⁸¹ Zum Neuaufbau des Schulwesens plant man, elsässische Lehrer zur Umschulung ins Reichsgebiet zu schicken und badische Kollegen im Elsaß einzusetzen, damit will man die psychologischen Fehler, die nach 1870 gemacht wurden, vermeiden.⁸² In Karlsruhe tauchen verstärkt Gerüchte auf, daß die deutschen Presseorgane nicht immer vollständig berichten würden.⁸³

Im August werfen Flugzeuge in ganz Deutschland vereinzelt selbstentzündliche Brandplättchen ab, vorwiegend in ländlichen Gebieten mit Getreideanbau und Wäldern.⁸⁴ Neben diesen Phosphor-Brandplättchen tauchen teilweise auch in Papier gepackte Arsenkügelchen auf.⁸⁵ Mit Meldungen, daß die Engländer das Gartenhäuschen Goethes und das Mausoleum Bismarcks bombardiert hätten, soll der Haß in der Bevölkerung angestachelt

werden.⁸⁶ Ein Kettenbrief der „Alemannischen Autonomen Bewegung“ ruft die Bevölkerung zum Widerstand auf.⁸⁷

Große Empörung rufen im September die Nachrichten hervor, daß die Engländer die Stadt Heidelberg sowie die Betheler Anstalten bombardiert haben.⁸⁸ Rundfunkmeldungen, die die Preiserhöhungen in England und Deutschland vergleichen, stoßen in der Bevölkerung auf starke Ablehnung.⁸⁹

Die Berichte fordern ein strenges Vorgehen gegen Inserenten, die in Zeitungen z. B. mit folgenden Texten werben: „Mein Kampf ... gegen Blähungen“.⁹⁰

Auf Kritik stieß die Tatsache, daß in Teilen Badens der Bevölkerung eine Sonderzuteilung von 75 Gramm Kaffee gewährt wurde, während dies in anderen Gebieten nicht geschah.⁹¹

Im Oktober bereitet den Wirtschaftsämtern der Mangel an Autoreifen Probleme.⁹² Für Stadt- und Landkreis Freiburg sind lediglich 28 Reifen vorgesehen, während der Bedarf über 85 beträgt. Auf Kritik stößt der schlechte Radioempfang des Deutschlandfunkes sowie des „Reichssenders Straßburg“.⁹³ Erneut tauchen Kettenbriefe der „Alemannischen Autonomistischen Bewegung“ auf.⁹⁴ Im Elsaß beteiligen sich lediglich 1/3 der Jugendlichen am HJ-Dienst, was auch darauf zurückgeführt wird, daß nicht genügend HJ-Heime vorhanden seien.⁹⁵ Fortschritte mache die Ausbildung elsässischer HJ-Führer.

Im November führt in Straßburg das Gerücht, das Münster solle der evangelischen Kirche übergeben werden, zu Unruhe in der Bevölkerung.⁹⁶ Es tauchen Inschriften auf „Nieder mit Hitler“ sowie „Elsässer, die Befreiung naht“. Im Elsaß sollen die Kinos, die zu zwei Drittel geschlossen sind, schnellstmöglich eröffnet werden.⁹⁶ Die Umschulung elsässischer Lehrer wird um „lagermäßige Kurse“ erweitert.⁹⁷ Auf Widerstand stößt die Einführung der Schulgeldpflicht im Elsaß.⁹⁸ Unruhe bereitet den Nazis die verstärkte Werbung der Kirche für den Religionsunterricht.⁹⁹

Im Dezember erregen sich auch in badischen Gemeinden die Lehrer darüber, daß die Haushaltsmittel für Lehrgegenstände drastisch gekürzt wurden.¹⁰⁰ Im Elsaß wird damit begonnen, die noch immer kursierende französische Währung aus dem Verkehr zu ziehen.¹⁰¹ Seitens „gottgläubiger“ NSDAP-Mitglieder wird heftig kritisiert, daß es keine „Weihnachtsartikel ohne christliche Bezüge“ geben würde.¹⁰²

Flugblätter (1941)

1941 fallen deutsche Truppen ohne Kriegserklärung in Jugoslawien und Griechenland ein. Rudolf Heß, „Stellvertreter des Führers“, fliegt nach England und springt dort mit einem Fallschirm ab, angeblich um Friedens-

verhandlungen zu führen. Im Juni überfallen deutsche Truppen die UdSSR. Ihnen folgen Mordkommandos des SD. Kriegserklärung Hitlers an die USA.

Im Januar werden im Raum Karlsruhe Flugblätter aufgefunden¹⁰³: – „Gutschein! Berechtigt zur einmaligen Fahrt nach England. Nur Hinfahrt! Keine Rückfahrt! Die Angehörigen des deutschen Heeres, der Kriegsmarine und der Luftwaffe werden hiermit höflichst eingeladen, von diesem Gutschein Gebrauch zu machen. Für herzlichsten Empfang und gute Unterhaltungsmusik ist gesorgt. Großes Feuerwerk, freies Schwimmbad, auch Dampfbäder sowie zahlreiche andere neuartige Veranstaltungen stehen dem verehrten Publikum zur Verfügung. Infolge der äußerst freundlichen Aufnahme dürften nur sehr wenige von den verehrten Gästen wieder heimkehren. Gültig nur für den nächsten Sommer.“

In einem Hirtenbrief hatte der Freiburger Erzbischof Dr. Gröber sich dagegen gewandt, Weihnachten seinen christlichen Sinngehalt zu entziehen.¹⁰⁴ Deutschfreundliche Elsässer fordern den „Umtausch“ ihrer französischen Frontkämpferzeichen und Verwundetenabzeichen.¹⁰⁵ Unter den Elsässern kursiert das Gerücht, sie würden zur Hälfte nach Polen umgesiedelt.¹⁰⁶

Im Februar tauchen neue Flugblätter auf, überschrieben „Kleiner Invasionsdolmetscher“¹⁰⁷:

I. Vor der Invasion

1. Ob wir wohl in England ankommen werden?
2. Warum fährt der Führer nicht mit?
3. Können Sie mir einen Rettungsring leihen?
4. Wieviele Invasionsfahrten brauch ich für das EK I?

II. Während der Invasion

1. Wir sind seekrank. Wo ist der Kübel?
2. Unsere Gruppe/ unser Zug/ unsere Kompanie/ unser Bataillon/ unser Regiment geht unter!
3. Der Karl/ Willi/ Fritz ist verkohlt/ ertrunken/ von den Schiffsschrauben zerfleischt.

III. Nach der Invasion

1. Wo haben Sie sich die Lungenentzündung/ den Hexenschuß/ den Nervenschock geholt?
2. Mehr ist von uns nicht übriggeblieben!
3. Wann findet die nächste Invasion statt?

Im Februar beträgt die Fleischration für einen Normalverbraucher 500 Gramm Fleisch, 222 Gramm Butter und Margarine, 37 Gramm Schmalz und 260 Gramm Fett pro Woche.¹⁰⁸ Im elsässischen Schlettstadt entsteht

Unruhe, weil Kurzarbeit angeordnet wurde, jedoch keine Kurzarbeitergelder ausbezahlt werden.¹⁰⁹ In Erstein wurde das HJ-Heim aufgebrochen und beschädigt, in Oberenheim die HJ mit Pfui-Rufen bedacht.¹¹⁰ In Lothringen nimmt das Tragen des Lothringer Kreuzes als Symbol des Widerstandes zu.¹¹¹ Beklagt wird, daß auf Märkten neben religiösen Bildern auch „künstlerisch wertlose Führer-Darstellungen“ angeboten werden.¹¹² Im März tauchen in ganz Deutschland verstärkt Kettenbriefe mit „religiösen Prophezeiungen“ auf.¹¹³ Der Straftatbestand des „Unberechtigten Zurückhaltens von Geldzeichen“ führt in ganz Deutschland zu drastischen Strafen.¹¹⁴

Im März tauchen bei Straßburg erstmals Flugblätter der „Forces Francaises Libres“ auf, die zum Widerstand aufrufen.¹¹⁵

Im April findet im Elsaß erstmals folgendes Gedicht Verbreitung¹¹⁶:

„Die Preise hoch, die Schnauze fest geschlossen,
Hunger marschiert mit ruhig-festem Schritt,
Hitler und Goebbels, unsere beiden Volksgenossen,
die hungern nur im Geiste mit.
Im Arbeitsamt wird SOS geblasen,
Zum Stempeln stehen wir alle Mann bereit,
statt Brot und Arbeit gibt der Führer uns nur Phrasen,
und wer was sagt, lebt nur noch kurze Zeit.
Die Straße stinkt von braunen Bataillonen,
Ein Pöstchen winkt dem Sturmabteilungsmann,
Vielleicht verdient als Boy er morgen schon Millionen,
bloß geht das uns n'en braunen Scheißdreck an!“

Allgemein finden die deutschen Luftangriffe auf britische Städte in der Bevölkerung „positive Aufnahme“.¹¹⁷ Von besorgten Zeitgenossen wird jedoch befürchtet, daß es zu Vergeltungsangriffen auf deutsche Städte kommen werde. Aus Karlsruhe wird gemeldet, daß der Kriegsarbeitseinsatz der Frauen zu wünschen übrig lasse, nachdem sich herumgesprachen habe, daß ein gesetzlicher Zwang nicht ausgeübt werden könne und auch die Familienunterstützung nicht entzogen werden kann.¹¹⁸ In amerikanischen Flugblättern taucht erstmals die Darstellung eines Hakenkreuzes am Galgen auf.¹¹⁹ Die von der NSDAP in einzelnen Gauen veranstalteten „Lebenswende- oder Jugendweihefeiern“ als Ersatz für die Konfirmation finden in „gottgläubigen“ Kreisen positive Aufnahme.¹²⁰ Am 24. April meldet die Presse vom griechischen Kriegsschauplatz die Festnahme von 12 000 Gefangenen durch zwei Offiziere und drei Mann einer Radfahrer-Schwadron.¹²¹ Ein Klempner, der anlässlich Hitlers Geburtstag ein Führerbild im Schaukasten ausstellte und als Stütze zwei WC-Schüsseln verwendete, wird mit „staatspolizeilichen Maßnahmen“ verfolgt.¹²²

Auf Verärgerung der NS-Herrscher stößt die Tatsache, daß in Baden die Kirchenkollekten ansteigen und dabei die Kriegswinterhilfswerksammlungen um ein Vielfaches übersteigen.¹²³

Im Mai erregt man sich über ein Hirtenwort des Freiburger Erzbischofs Dr. Gröber, vor allem folgende Stelle erregt Anstoß¹²⁴: „... Gottes Kinder sollt Ihr sein und nicht etwa Kinder der Welt, die zwar tausenderlei verspricht, aber wenig oder gar nichts hält, die nur entzweit oder zusammenreißt, um ... auf ... rauchenden Trümmern ein blendendes Menschenwerk zu bauen.“

Die Verpflichtung der Elsässer zur Ablieferung der französischen Währung führt im Elsaß zu einer verstärkten Nachfrage nach Gold- und Silberwaren.¹²⁵ Verkürzungen der Fleischrationen führen zu dem Gerücht, daß demnächst auch Pferdefleisch und Kartoffeln rationiert werden sollen.¹²⁶

Als „lächerlich“ wird der am 24. Mai 1941 im „Völkischen Beobachter“ veröffentlichte Artikel „Gänseblümchen als Brotbelag“ bezeichnet, der darüber hinaus starken Unwillen auslöste.¹²⁷ Für die Bevölkerung wird es immer schwieriger, sich – insbesondere für Kranke und Kinder – ein Stück Seife zu kaufen.¹²⁸

Auf größten Unwillen stößt die Verknappung und auch qualitative Verschlechterung des Bieres.¹²⁹ Die vom statistischen Reichsamt im Juni vertraulich mitgeteilten Erhöhungen der Sterberaten werden mit auf die Einführung der 60-Stunden-Woche sowie die geringen Lebensmittelzuteilungen zurückgeführt.¹³⁰ Der frühe Sendeschluß des „Reichssenders Stuttgart“ führt dazu, daß in einzelnen Schwarzwaldtälern ab 21.15 Uhr keinerlei Radioprogramm mehr empfangen werden kann.¹³¹ Die Versorgung mit Kartoffeln und Gemüse wird auch in Baden als unzureichend empfunden.¹³²

Der im Juni gestartete Angriff auf die UdSSR führt zu einer starken Nachfrage nach russischen Landkarten.¹³³ Ein Karlsruher Verlag konnte in kürzester Zeit 8000 Exemplare absetzen. Im Juni tauchen in Bischheim-Hoenheim im Elsaß deutschfeindliche Flugblätter auf.¹³⁴ Im unterelsässischen Börsch taucht folgendes Spottlied auf¹³⁵:

„Am Golf von Biskaya Adolf Hitler stand...
sein Freund Mussolini reicht ihm die Hand...
sie sprachen vom Schicksal, ihm fällt es so schwer...
wir haben kein U-Boot, keine Messerschmitt mehr...
Fahren wir mit den Stukas nach Addis Abeba,
Dort wo die Neger waschen die Füße mit Ata...
Wir gehören zusammen, wir zwei Mörder der Welt.
Wir haben kein Fressen, wir haben kein Geld.“

Im Juni führt die 50 %-Anrechnung von Pferdefleisch auf die Fleischmarken zu einem erheblichen Nachfragerückgang.¹³⁶ Im folgenden Monat wird das „Schwarzwälder Tageblatt“ kritisiert, weil es neben zwei Spalten Todesanzeigen eine Anzeige des Wirtes zum Ratskeller veröffentlichte, der zu den Darbietungen einer Damenkapelle einlud.¹³⁷ Parteimitglieder der NSDAP werden gerügt, weil sie beim Verlesen des Hirtenbriefes des deutschen Episkopates, der als „zersetzend“ bezeichnet wird, nicht demonstrativ die katholischen Kirchen verließen.¹³⁸ Kritisch aufgenommen wird, daß der Schwarzsender „Gustav Siegfried I“ nicht nachhaltig gestört werde.¹³⁹ Er setze sich „in gehässiger Weise“ mit führenden Persönlichkeiten auseinander. Auch die Lahrer Johannesdruckerei gerät mit ihrer Schrift „Im Schützengraben“ in die Fänge der SS, weil darin folgender Passus enthalten ist¹⁴⁰: „Wenn man (der Soldat) es (Kriegseinsatz) nicht für die zu Hause täte, und vor allem die Bibel nicht bei sich hätte, man bestimmt davonlaufen würde. – Richtung Heimat, nichts wie Richtung Heimat“. Kommentar: Staatspolizeiliche Maßnahmen gegen Schriften, Verfasser und Verlage sind bereits eingeleitet. Aus dem Elsaß wird gemeldet, daß in evangelischen Gemeinden die Jugend fast zu 100 % von der HJ erfaßt worden sei.¹⁴¹ In katholischen Gemeinden setze dem insbesondere die Geistlichkeit harten Widerstand entgegen.

Die Warenlenkung führt z. B. im August 41 dazu, daß eine Freiburger Firma den Auftrag erhielt, aus ihren Kühlhausbeständen in Mannheim einen Waggon Zwiebeln nach Stuttgart zu liefern.¹⁴² Gleichzeitig meldete ihr ein Lieferant, daß ein Waggon Zwiebeln von Stuttgart nach Karlsruhe auf den Weg geschickt worden sei. In Konstanz führen die „Deutschen Christen“ eigene „Gottesfeiern“ durch¹⁴³: „Wir als deutsche Christen fühlen uns berufen, die endgültige Volksgemeinschaft zu schaffen“.

Um die Zahl der Todesanzeigen Gefallener einzudämmen, die sich „negativ auf die Stimmungslage auswirke“, wird den Zeitungen befohlen, nur noch eine Todesanzeige seitens der Familie zuzulassen.¹⁴⁴

Im August tauchen in Altkirch und Mülhausen im Elsaß deutschfeindliche Parolen auf.¹⁴⁵ Im oberelsässischen Kirchberg erhält der NSDAP-Ortsgruppenleiter folgenden anonymen Brief:

„Nur schnell ein paar Worte. Ich möchte Euch bitten, so langsam das Testament zu machen, denn Ihr habt bald Eure Rolle ausgespielt, für Euch hat bald die Stunde geschlagen. Wir sind auch nur Menschen, nicht Vieh, aber Ihr behandelt die Leute wie Vieh. Das Blatt dreht sich wieder, aber dann wird abgerechnet. Auch ein Arbeiter.“

Störsender versuchen mit ihren Programmen auf der Frequenz des „Deutschlandsenders“ antifaschistische Parolen zu verbreiten.¹⁴⁶

Die Anfang September mit der Überschrift „Fanal des Unterganges“ im „Schwarzwälder Tageblatt“ gemeldeten Erfolge in Rußland werden als „übertrieben“ bezeichnet.¹⁴⁷ Im Oktober stößt die Werbung für Eier-einlegemittel anlässlich des Eiermangels genauso auf Ablehnung wie die Werbung für „Eierersatzmittel“.¹⁴⁸ Die schlechte Versorgung mit Tabakwaren führt zur Forderung nach der Schaffung einer „Reichsraucherkarte“.¹⁴⁹

Im badischen Oberland finden in katholischen Kreisen geweihte „Todesgefahr-Medaillons“ starken Absatz.¹⁵⁰ In Karlsruhe wird darüber geklagt, daß selbst für Betriebe der Ernährungsbranche kaum Maschinenersatzteile erhältlich seien.¹⁵¹

Im November wird gemeldet, daß der tragische Fliegertod des Generalobersten Udet in der Bevölkerung Bestürzung hervorgerufen habe.¹⁵² Verschwiegen wird allerdings, daß Udet nicht bei der Erprobung eines neuen Flugzeugtyps umgekommen ist, sondern sich nach einem Besuch im „Sonderzug Asien“ des „Reichsmarschalls“ im Reichsluftfahrtministerium erschossen hat.¹⁵³ Diese Stelle beweist, daß selbst die „Geheimen Lageberichte“ so frisiert wurden, daß sie dem offiziellen „Glauben“ entsprachen.

Im Rahmen einer Aktion gegen das Abhören feindlicher Sender versehen die Blockleiter die Empfangsgeräte der ihnen anvertrauten „Volksgenossen“ mit folgendem Anhänger¹⁵⁴: „Das Abhören ausländischer Sender ist ein Verbrechen gegen die nationale Sicherheit unseres Volkes. Es wird auf Befehl des Führers mit schweren Zuchthausstrafen geahndet.“

Insbesondere in den Schwarzwaldtälern macht sich bei den Einödbauern Angst vor entflohenen, russischen Kriegsgefangenen breit¹⁵⁵, eine Folge entsprechender Propaganda. Im Hinblick auf Flaschensauger für Neugeborene herrscht im ganzen Reichsgebiet ein nicht stillbarer Mangel.¹⁵⁶ Der Schweizer Radiosender Beromünster liegt in seiner Frequenz sehr nahe neben deutschen Sendern¹⁵⁷, so daß hierdurch oft der „unerwünschte“ Sender mitgehört werde. Die steigende Geldentwertung führt insbesondere auch in Nordbaden zum Versuch, in Sachwerte zu fliehen.¹⁵⁸ Zum Jahresende beklagen die SS-Spitzel die Einnahmen der katholischen Kirche durch Trauer- und Bittmessen, die immer mehr ansteigen würden.¹⁵⁹

Zerbröckelnde Hoffnungen (1942)

Im Jahre 1942 verunglückt der „Reichsminister für Bewaffnung und Munition“, Fritz Todt, tödlich. Sein Nachfolger wird „des Führers Leibarchitekt“ Albert Speer. In Prag wird auf den „Stellvertretenden Reichsprotector für Böhmen und Mähren und Chef des Reichssicherheitshauptamtes“ Heydrich, ein Attentat verübt, dem dieser am 4. Juni erliegt. Furchtbare Rache-

maßnahmen sind die Folge. Die Sowjets schließen die 6. Armee bei Stalin-grad ein, die aus rund 250000 Mann deutscher und rumänischer Verbände besteht. Den Soldaten wird „Durchhalten bis zum letzten Mann“ befohlen.

Den Unwillen des SD erregt im Januar eine Anzeige in einer schwäbischen Zeitung¹⁶⁰: „Fetter Hund, zum Schlachten bestimmt, zu verkaufen. . .“

Bei den Kirchen stößt die Zwangsablieferung der Kirchenglocken teilweise auf offenen Widerstand.¹⁶¹ Im Februar '42 wird gemeldet, daß die seit 1. September '41 bestehende „Kennzeichnungspflicht für Juden“ im „gesamten Reichsgebiet zustimmende Aufnahme gefunden hat“.¹⁶² Kritisiert wird die steigende Nachfrage nach Bibeln.¹⁶³ Insgesamt wird die starke Nachfrage nach Büchern auf die „Flucht in die Sachwerte“ zurückgeführt. Die Arbeitsleistungen der französischen Kriegsgefangenen, teilt Karlsruhe mit, sei um rund 50 % gesunken.¹⁶⁴ Immer mehr französische Kriegsgefangene versuchen zu entfliehen, aus einem Kriegsgefangenenlager bei Schopfheim flohen in einer Nacht 50 % der Inhaftierten.¹⁶⁵ Die hohe Zahl von Einberufungen auch aus Kreisen der Landwirte führt bei der Lebensmittel-erzeugung zu Engpässen.¹⁶⁶ Aus vielen Städten, darunter auch aus Karlsruhe, wird über die großen Schwierigkeiten geklagt, unter denen berufstätige Frauen zu leiden hätten; lange Anmarschwege, überhöhte Arbeitszeiten, unzureichende Verkehrsmittel nähmen den werktätigen Frauen nicht nur die Zeit, ihre Kinder zu versorgen, sondern auch viele Gelegenheiten, ordentlich einzukaufen, so würden z. B. Strümpfe nur in Stunden angeboten, während denen die Frauen arbeiten müßten.¹⁶⁷

Auch die Kriegslage hält die Nazis nicht davon ab, sich über die schlechte Archivlage, z. B. im elsässischen Zabern, Gedanken zu machen.¹⁶⁸

Auf Unverständnis stößt bei der Freiburger Bevölkerung der erneute Aufruf zu einer Buchspende, die den Namen eines der führenden Ideologen des Nazi-Regimes, Alfred Rosenberg, trägt. Grund für die Verärgerung ist nicht nur, daß die Bevölkerung Bücher spenden soll (die fast nicht mehr zu erhalten sind), sondern auch, daß die eigentlich für Frontsoldaten gedachten Bücher monatelang gelagert werden.¹⁶⁹ Die Buchspende hatte auch den Zweck, unerwünschte Literatur aus dem Verkehr zu ziehen.

Im März findet wiederum der Freiburger Erzbischof Dr. Gröber Erwähnung, weil er sich in einem Hirtenbrief, der auch im erzbischöflichen Amtsblatt veröffentlicht worden ist, deutlich gegen die Beschlagnahme der Kirchenglocken gewandt hat.¹⁷⁰ Großen Unwillen erregt bei den Nazis auch folgender Satz des Oberhirten der Oberrheinischen Kirchenprovinz¹⁷¹: „Nicht am Christentum gingen und gehen die Menschen und Völker zu Grunde, sondern am Gegenteil davon. Möge sich das nicht in unserem Volk schrecklich erproben.“

Aus Karlsruhe wird gemeldet, daß die Versorgung der Bevölkerung mit Kartoffeln, Gemüse und Nahrungsmitteln anhaltend schlecht sei.¹⁷² Die große Zahl von Todesanzeigen Gefallener, verbunden mit der Tatsache, daß seitens des Oberkommandos der Wehrmacht keine Verlustmeldungen bekanntgegeben werden, führt zu dem Gerücht über hohe Verluste.¹⁷³ Kritisiert wird, daß Betriebe die „Unabkömmlichkeitsstellung“ ihrer Mitarbeiter dazu ausnutzen, ihnen mit der Einziehung zur Wehrmacht zu drohen.¹⁷⁴

Im Stadt- und Landkreis Freiburg sowie im Landkreis Emmendingen ruft die hohe Zahl der Einberufung von „landwirtschaftlichen Betriebsführern“ in der bäuerlichen Bevölkerung große Unruhe hervor, da nunmehr eine geordnete Bewirtschaftung der Höfe gefährdet sei.¹⁷⁵

Trotz entsprechender Appelle nahm der Osterverkehr bei der Reichsbahn erneut um 1 % zu. Reisende mußten durch die Fenster ein- und aussteigen.¹⁷⁶

Der Mangel an Tabakwaren führt im April dazu, daß in Karlsruhe angeordnet wird, Tabakkarten von Raucherinnen gar nicht mehr oder nur noch einmal wöchentlich zu beliefern.¹⁷⁷

In der Auseinandersetzung um den Tod des Oberst Mölders wirft die NSDAP der katholischen Kirche Fälschungen vor, die unternommen worden seien, um Mölders als katholischen Christen darzustellen. Wieder ist es der Freiburger Erzbischof Dr. Gröber, der hier engagiert die Position der Kirche vertritt.¹⁷⁸

Im gesamten Reichsgebiet kursieren Gerüchte, wonach die Angehörigen des weiblichen Arbeitsdienstes in ihren Lagern dazu aufgefordert würden, „dem Führer ein Kind zu schenken“. Zu diesem Zweck würden SS-Männer zugewise den Lagern zugeführt.¹⁷⁹ Wenn auch in etwas anderer Form, erweist sich diese als „Lebensborn“ genannte Aktion später in gewisser Weise als wahr.

Am „Heldengedenktag“, der aus propagandistischen Gründen (Erwachen der Natur) im Frühling begangen wurde, nimmt wieder der Freiburger Erzbischof Dr. Gröber deutlich Stellung¹⁸⁰: „Über zwei Jahre wütet nun schon das blutige Völkerringen, und kein Sterblicher weiß, wieviel . . . Männer und Söhne . . . ihm unentrinnbar zur Beute werden. . . . Man hat in letzter Zeit zur Beruhigung der Bevölkerung davon gesprochen, daß durch den Geburtenüberschuß bereits ein Ersatz für die toten Helden geschaffen worden sei. . . .“

Unzufriedenheit löst im Kreis Mannheim die Pferdemusterung aus¹⁸¹: Die Kleinbauern müßten oft ihr letztes Pferd abliefern, während es seitens von Großbauern verstanden werde, durch Atteste die „Untauglichkeit ihrer Pferde“ herbeizuführen.

Unter der Hand taucht in verschiedenen Städten Deutschlands das Gerücht auf, an der Ostfront gäbe es geheimnisvolle Munitionskisten mit der Aufschrift „Nur auf Befehl des Führers öffnen“.¹⁸²

Sorge bereitete den NS-Machthabern die schlechte Qualität von Kinderschuhen.¹⁸³ Jedoch nicht aus Mitleid mit den an Fußschäden leidenden Kindern, sondern weil befürchtet wurde, daß hierdurch spätere „Infanterieuntauglichkeit“ eintreten könne.

Die Beschränkung des Gewichts von Feldpostpäckchen auf 100 Gramm führt dazu, daß sich das Versandaufkommen – da keine Höchstzahl festgesetzt ist – erheblich erhöht.¹⁸⁴ Professor Porsche, eigentlich bekannter als Konstrukteur von noblen PKW's, versucht sich nunmehr auch als Panzer-Konstrukteur.¹⁸⁵ An der Universität Freiburg sind, wie überall, die Medizin-Studenten zu „Mediziner-Kompanien“ zusammengefaßt.¹⁸⁶ Durch ihr anmaßendes Verhalten stoßen sie in der Bevölkerung jedoch auf Ablehnung. Der Propagandafilm „Schwarzwaldzauber“ stößt bei den Betroffenen, die ihr Brauchtum falsch dargestellt finden, nicht auf Gegenliebe.¹⁸⁷

Erregung ruft in Pforzheim die Tatsache hervor, daß auf dem Bahnhof zwei Waggons mit verfaulem, ungenießbarem Spinat entladen wurden, während es der Bevölkerung kaum möglich ist, auch nur ein Pfund Gemüse zu erhalten.¹⁸⁸

Im Gebiet des „Protektorats“ berichten die Zeitungen ausführlich über die „Strafmaßnahmen“ gegen das Dorf Libitsch (Lidiçe), die als „Vergeltung“ gegen den tödlichen Anschlag auf Heydrich mit großer Grausamkeit vorgenommen wurden. Im übrigen von den Nazis beherrschten Gebiet darf hierüber jedoch nicht berichtet werden.¹⁸⁹

Im Juli wird gemeldet, daß sich die Gemüseversorgung in den großen Städten Badens dermaßen verschlechtert habe, daß es in den Schlangen der vor den Geschäften Wartenden zu Schlägereien gekommen sei.¹⁹⁰ Die durch den Hunger verursachten Gewichtsverluste führen zu einem Absinken der Leistungsfähigkeit.¹⁹¹

Zwischenzeitlich wird auch die Erzeugung von Lebensmitteln durch Kleingärtner ernährungsamtlich erfaßt.¹⁹² Allgemein nehmen die Feld- und Flurdiebstähle zu.¹⁹³

Zur Monatsration eines „Normalverbrauchers“ gehören in jenen Tagen 187,5 Gramm Käse, 125 Gramm Quark, 700 Gramm „Brotaufstrichmittel“, 200 Gramm Teigwaren, 1200 Gramm Fleisch und 10 kg Kartoffeln sowie 4800 Gramm Weizenmehl und 1200 Gramm Roggenmehl.¹⁹⁴ Hinzu kommen fünf Eier pro Monat – falls man welche ergattern kann.

Auch der Freiburger Verlag Herder gerät wieder in die Fänge der Spitzel¹⁹⁵: Seine Hausbibel für Kinder, bearbeitet von Pater Beron,

O. S. B., ist den Machthabern ein Dorn im Auge, weil das Christentum „zu positiv-nordisch“ dargestellt wird.

Weil der evangelische Landesbischof von Württemberg, D. Theophil Wurm, in einer Predigt deutlich „vom Leide des Krieges“ spricht, zieht er sich den Unwillen der Machthaber zu.¹⁹⁶

Im November erregt die Firma Braun & Co., ein Kunstverlag im elsässischen Mülhausen, den Unwillen des SD¹⁹⁷: Die Firma vertreibe an „reichsdeutsche“ Kunsthändler Reproduktionen moderner französischer Kunst, was dem amtlichen Kunststempfinden der „Blut- und Bodenkunstwächter“ widerspricht.

Wieder ist es der Freiburger Erzbischof Dr. Gröber, der sich mit einer seiner Predigten, die sich gegen den Begriff der „Gottgläubigkeit“ wendet, bei den Machthabern unbeliebt macht:¹⁹⁸ „Die Behauptung der Gottgläubigen ‚Ich glaube an Gott‘, fordert auch das zweite Wort ‚Ich höre auf Gott‘. . .“

Durch die Meldungen vom Einsatz eines neuen Flammenwerferpanzers und eines neuen Maschinengewehres mit 3000 Schuß pro Minute versuchen die offiziellen Propagandisten die Befürchtung des Einschlusses deutscher Truppen bei Stalingrad zu zerstreuen.¹⁹⁹ Die Wochenschau berichtet vom Einsatz der „Werkflak“ in Rüstungsbetrieben, wobei insbesondere der „Einsatz“ eines mit dem Eisernen Kreuz ausgezeichneten 16jährigen Richtkanoniers gewürdigt wird.²⁰⁰

In Karlsruhe stößt die Tatsache auf Unverständnis, daß in Rüstungsbetrieben dringend benötigte ältere Facharbeiter bei der Wehrmacht als Gärtner oder Offiziersburschen eingesetzt sind.²⁰¹

Im Dezember gelangen erstmals Feldpostbriefe in die Heimat, in denen Soldaten über die in der Öffentlichkeit verschwiegene Tatsache des Einschlusses bei Stalingrad berichten.²⁰² Der in der „Badischen Presse“ erschienene Artikel „Kriegsweihnacht“, der die „Beschaulichkeit der Bunker-Weihnacht“ glorifiziert, wurde in der Bevölkerung stimmungsmäßig schlecht aufgenommen.²⁰³ Auf größte Skepsis stößt der in den „Straßburger Neuesten Nachrichten“ veröffentlichte Aufsatz „Schwerste Sowjet-Verluste“.²⁰⁴

Um in politischer Hinsicht Einfluß auf die in Lagern zusammengefaßten „Ostarbeiter“ zu gewinnen, werden Lagerzeitungen in deren Heimatsprachen herausgegeben.²⁰⁵

Kriegswende (1943)

Am 31. Januar 1943 kapituliert die 6. Armee bei Stalingrad, nachdem Hitler am gleichen Tag General Paulus zum Generalfeldmarschall befördert hat.

In Katyn werden Massengräber der 1940 von der Roten Armee ermordeten polnischen Offiziere entdeckt. Mindestens 56000 Menschen werden bei der „Räumung“ des Warschauer Gettos durch SS-Verbände unter SS-Gruppenführer Stroop ermordet. Die deutsche Heeresgruppe Afrika kapituliert, in Italien wird Mussolini gestürzt. Die „Teheraner Konferenz“ berät über die Teilung Deutschlands nach dem Krieg.

Gleich im Januar erntet die „Badische Presse“ aufmunterndes Lob der Machthaber ob ihrer geglückten Durchhalte-Appelle. Die „Kinzig-Wacht“ wird hingegen kritisiert, weil sie „noch harte und schwere Kämpfe in Aussicht stellt“.²⁰⁶ Trotz der angespannten Kriegslage wird im Hochschwarzwald darüber nachgedacht, wie dem Mangel abgeholfen werden kann, daß nur drei von 59 Gemeinden geeignete Räume für die „NS-Lebensfeiern“ besitzen.²⁰⁷ Kritik erntet der Schauenburg-Verlag in Lahr, der Verlag der „Lahrer Zeitung“²⁰⁸: Angesichts der Kriegslage sei es kaum vertretbar, mit einer neuen Auflage des „Allgemeinen Deutschen Kommersbuchs“ an die Öffentlichkeit zu treten. Dieses Papier hätte für „sinnvollere Schriften“ verwendet werden können.

Obwohl Holz, vor allem auch für holzvergaserbetriebene Fahrzeuge, Mangelware ist, werden aus Offenburg und Wolfach größere Holzvorräte gemeldet, die jedoch nicht abtransportiert werden.²⁰⁹ Bei den Wirtschaftsämtern Lörrach und Rastatt häufen sich die Anträge auf Möbel-Zuteilungen, die jedoch nicht befriedigt werden können.²¹⁰ Den Unwillen der Machthaber erregen die letzten Feldpostbriefe aus Stalingrad, die zu offen über die tatsächliche Lage berichten.²¹¹ Auch in Karlsruhe wird nunmehr geprüft, wie man verstärkt Geistliche zum Kriegseinsatz heranziehen kann.²¹² Große Erwartungen setzt die Bevölkerung in die ausgestreuten Gerüchte über neue Wunderwaffen.²¹³ Bedenklich wird im März in der Bevölkerung das Gerücht diskutiert, bei einer neuen Offensive käme Giftgas zur Anwendung.²¹⁴ Man befürchtet gleichartige Vergeltungsmaßnahmen. Die Propaganda versucht immer mehr, auch die letzten Reserven für den „Kriegseinsatz“ zu motivieren.²¹⁵

Verärgerung ruft bei den Nazis das Verhalten der elsässischen Lehrer vor, die sowohl beim Einsatz im Elsaß als auch in den „reichsdeutschen Gauen“ nicht die nötige Gesinnung an den Tag legen und teilweise sogar versteckt regimekritische Äußerungen verbreiten.²¹⁶ Die steigende Geldentwertung macht sich auch beim Kunsthandel bemerkbar. Das Werk „Lorbeertälchen am Gardasee“ des Malers Hans Thoma wird statt für 25000 RM für 52000 RM versteigert.²¹⁷ Lob ernten die „Straßburger Neuesten Nachrichten“ für einen „positiven“ Bericht über den U-Boot-Einsatz, der angeblich die Heeresgruppe Afrika entlasten soll.²¹⁸

In Karlsruhe und Lörrach führt die Einberufung von Bauern zu einer Reduzierung des Milchvieh-Bestandes.²¹⁹

Unwillig aufgenommen wird, daß auch die badische evangelische Landeskirche statt dem offiziell gestrichenen Religionsunterricht entsprechende freiwillige Arbeitsgemeinschaften anbietet.²²⁰ Kritik erntet wegen der Herabwürdigung völkischer Begriffe der „Mülhäuser Anzeiger“, der folgende Anzeige veröffentlicht hatte:²²¹ „Hund gesucht. Prima Ahnentafel“. Eine mögliche Zusammenlegung von Landkreisen wird in Baden wegen der ohnehin großen Kreise als unpraktikabel abgelehnt.²²²

Die von der Caritas-Lichtspielgesellschaft Freiburg gebotenen Filme stoßen wegen ihres religiösen Inhaltes auf Ablehnung der Machthaber.²²³

Die Zahl der Kirchnaustritte in Baden stagniert.²²⁴ Die NS-Spitzen beklaugen, daß viele Kirchnaustritte nur deshalb vorgenommen würden, um sich Beförderungen zu sichern.²²⁵ Leider sei es so, daß nach dem offiziellen Kirchnaustritt viele Personen der Kirche wieder beitreten.²²⁶ Darüber habe man jedoch leider keine Kontrolle. Das „Schwarzwälder Tageblatt“ wird gerügt, weil es die Wendung erwähnt, die Heeresgruppe Afrika sei „praktisch schon abgeschrieben“.²²⁷ Vom Ruhrgebiet aus verbreitet sich folgendes Gedicht:²²⁸

„Lieber Tommy fliege weiter,
wir sind alle Bergarbeiter.
Fliege weiter nach Berlin,
die haben alle „ja“ geschrien.“

Die Führung stößt sich daran, daß der sog. „Deutsche Gruß“ immer weniger zur Anwendung kommt, und viele Menschen sich schlicht „Guten Tag“ wünschen.²²⁹

Neue Gerüchte über „Wunderwaffen“ tauchen im Juli 1943 auf²³⁰: So werden Ferngeschütze mit 600 km Reichweite, Stratosphärengeschütze, Raketen sowie „Bomben, die auf dem Prinzip der Atomzertrümmerung basieren“, genannt.

Folgende Witze tauchen auf²³¹: „Es gibt bald mehr Butter, weil die Führerbilder entrahmt werden“ – „Zarah Leander ist ins Führer-Hauptquartier befohlen worden, um Adolf Hitler vorzusingen: Ich weiß, es wird einmal ein Wunder geschehen...“ – „Der Führer hat sich zurückgezogen. Er schreibt an seinem neuen Buch: – ‚Mein Irrtum‘“.²³²

In der Bevölkerung weicht Zuversicht der Angst. Einzelne Soldaten schreiben ihren Frauen, sie sollen die SA-Uniformen verbrennen. „Wer der Partei fünf neue Mitglieder wirbt, darf austreten. Wer 10 neue Mitglieder bringt, kriegt eine Bescheinigung, daß er nie in der Partei war.“ – „Tausche goldenes Ehrenzeichen gegen Siebenmeilenstiefel“²³³ verdeutlichen, wie auch immer offener auftauchende Kritik an den Nazi-Bonzen, daß sich die Partei

Hitlers auf dem absteigenden Ast befindet und nur durch Druck und Terror an der Macht halten kann. Folgende Parolen tauchen auf: „Wir werden weiter marschieren, bis alles in Scherben fällt“ – „Münchner bleibt ruhig in Euren Betten, wir suchen nur den Gefreiten (Hitler), den Hinkenden (Goebbels) und den Fetten (Göring)“.²³⁴ Die Presselenkung funktioniert im Oktober 1943 etwas zu gut: Der Jugendappell, der auf die Zeit von 7.15 bis 7.45 Uhr angesetzt war und dazu diente, die Rede des Ministers Speer zu hören, wurde in den Morgenausgaben(!) des gleichen Tages von „Straßburger Neuesten Nachrichten“ und „Der Führer“ bereits mit ausführlicher Berichterstattung bedacht.²³⁵ Mit einem „Westfalenheim“ versucht der HJ-Bann Konstanz stimmungsmäßig auf die nach Konstanz evakuierten Jugendlichen einzuwirken.²³⁶ Im November 1943 gehen in Karlsruhe Gerüchte über die Geldentwertung um, die nicht nur zu einem Nachlassen der Spar-tätigkeit führen. Der Tauschhandel nimmt immer mehr zu.²³⁷ Verstärkt wird Silbergeld gehortet, wobei alte Münzsorten bevorzugt werden, da man ihnen einen höheren Silbergehalt unterstellt.²³⁸ Gelobt wird wiederum ein Pressebericht im „Alemannen“, der mit der Überschrift „Unabhängig vom Raumbesitz entscheiden die Abnutzungsfaktoren“ Stimmung zu machen versucht.²³⁹ Gerüchteweise wird über eine Zwangsreduzierung der Spars-einlagen diskutiert, was zu einer Flucht in die Sachwerte führt.²⁴⁰

Mit zwei Jahren Gefängnis wegen Vergehens gegen das Heimtücke-gesetz wird folgendes Gedicht bestraft:²⁴¹

„Der nach russischer Art regiert,
sein Haar nach französischer Mode frisiert,
sein Schnurrbart nach englischer Art geschoren,
und selbst in Deutschland geboren,
der uns den römischen Gruß gelehrt,
von unseren Frauen viel Kinder begehrt,
und selbst keine erzeugen kann,
das ist in Deutschland der führende Mann.“

Im Herbst 1943 nahm das Auftreten des Kartoffelkäfers in Baden besorgnis-erregenden Umfang an.²⁴² Bei Riegel wurden innerhalb zwei Wochen über 210 000 Kartoffelkäfer gesammelt, bei Wyhl im gleichen Zeitraum 260 000, in Malsch bei Karlsruhe über 760 000 Larven.

Daß niemand mehr an die angekündigten Vergeltungsschläge glaubt, zeigt sich in folgenden sog. „Vergeltungs-Witzen“:²⁴³

„Die Vergeltung kommt, wenn an den Altersheimen steht: Wegen Einberu-fung geschlossen.“ – „1950. Besprechung im Führer-Hauptquartier über den Termin der Vergeltung. Sie wird nochmals vertagt, weil man sich nicht einigen kann, ob die beiden Flugzeuge neben- oder hintereinander fliegen

sollen.“ – „An der deutschen Uhrzeit fehlt eine Stunde: Die Stunde der Vergeltung.“ – „Beim letzten Angriff auf Berlin haben die Engländer Heu für die Esel abgeworfen, die noch an die Vergeltung glauben.“ – „Goebbels wurde in Berlin ausgebombt. Er rettet zwei Koffer auf die Straße, geht aber nochmals ins Haus, um andere Sachen zu retten. Als er zurückkommt, sind beide Koffer gestohlen. Goebbels ist deshalb sehr unglücklich, weint und klagt. Als ihn der Luftschutzwart fragt, was denn so Wertvolles in den Koffern gewesen sei, antwortet er: In dem einen war die Vergeltung, in dem anderen der Endsieg.“

Noch im November 1943 beginnt der „Reichsnährstand“ mit Strafverfahren gegen Kleintierhalter, die mit einem Dutzend Stallhasen oder Hühnern die Zwangsbewirtschaftungsvorschriften umgingen.²⁴⁴ Bei den bei Lörrach ansässigen Schweizern, „die Angehörige bei der Wehrmacht oder Waffen-SS stehen haben“, erregt man sich darüber, daß man als Ausländer nicht von der Weihnachts-Sonderzuteilung erfaßt werde.²⁴⁵

Der Zusammenbruch (1944/45)

1944 bringt im Juni den Beginn der Landung der Alliierten in der Normandie. Als Repressalie gegen Partisanen vernichten SS-Truppen das französische Dorf Oradur-sur-Glane. Die Widerstandskämpfer des 20. Juli, die dem NS-System ein Ende bereiten wollten, werden sofort nach dem Scheitern des Attentats ermordet. Um einer Anklage vor dem sog. „Volksgerichtshof“ wegen Mitwisserschaft zu entgehen, begeht der „Wüstenfuchs“, Generalfeldmarschall Rommel, Selbstmord. Nach anfänglichen Erfolgen scheitert die letzte deutsche Offensive in den Ardennen (Unternehmen „Wacht am Rhein“).

Im März 1944 wird aus Freiburg, Karlsruhe und Gaggenau über die indischen Kriegsgefangenen geklagt, die sich ständig auf die Genfer Konvention berufen, nach der sie nicht zu arbeiten brauchen, und durch ihre religiösen Gewohnheiten Vorrechte für sich in Anspruch nehmen würden.²⁴⁶ Leider begegne die Bevölkerung den britischen Indern viel zu freundlich.

Aus dem gesamten badischen Raum kommen Klagen der Landwirte, die selbst den notwendigsten Bedarf an landwirtschaftlichen Kleingeräten für die tägliche Arbeit nicht mehr decken können.²⁴⁷ Es taucht das Gerücht auf, daß feindliche Flieger Mittel versprühen würden, die die zu erwartenden Ernten vernichten sollen²⁴⁸, andere Zeitgenossen bringen dies im Raum Friedrichshafen mit der Vernebelung der Stadt in Verbindung. . . Die schlechte Qualität minderwertiger Ersatzbrennstoffe führt dazu, daß zur Erreichung der gleichen Energieleistung erhebliche Zusatzmengen an Transportkapazitäten benötigt werden.²⁴⁸ In Kreisen des „Reichsnährstandes“

wird behauptet, daß es den Bauern weiter zuzumuten sei, ihre Milchablieferungen zu steigern.²⁴⁹ Das Kriegsverdienstkreuz, das in großer Zahl verbreitet wurde, wird bei der Bevölkerung mit folgenden Bezeichnungen gewürdigt²⁵⁰:

„Gaststättenorden“, „Schmeichlerorden“, „Kriegsverdiener-Kreuz“, „Bäckerorden“, „EK III mit Trauerflor“, „Bel-Ami-Orden“ („Bist kein Held, doch ein Mann, der gefällt...“).

Hinzu kommt folgende Scherzfrage: „Was ist der Unterschied zwischen dem Kriegsverdienstkreuz und feindlichen Fliegerbomben? – Keiner, beide fallen hinter der Front und treffen Unschuldige.“ Allgemein wird gemeldet, daß das Ansehen der „politischen Leiter“ in der Bevölkerung immer mehr sinke.²⁵¹ Sie würden nicht nur als „Goldfasanen“, sondern auch als „Totenvögel“ bezeichnet (sie brachten die Todesnachrichten Gefallener).

Die Geheimen Lageberichte, die zu Anfang sehr ausführlich und detailliert waren, werden mit der Verschlechterung der militärischen Lage immer dürftiger. Während 1939–1941 viele Einzelheiten enthalten waren, fehlen diese später. Auffallend ist jedoch, daß selbst dem innersten Kreis, dem ausschließlich die Berichte zugänglich waren (sie waren „als ‚Geheim – nur persönlich‘ eingestuft“), nicht immer die Wahrheit mitgeteilt wurde. Dies zeigt sich insbesondere beim Tod des Generalobersten Udet. (Er steht hier nur als Beispiel für zahlreiche andere Offiziere, die angeblich gefallen sind, in Wirklichkeit aber Selbstmord begangen haben oder im Fall Rommel sogar dazu gezwungen wurden.)

Die „Meldungen“ schließen mit einem letzten Bericht an die selbsternannte „Geschäftsführende Reichsregierung Dönitz“ im März 1945. Darin heißt es: „Niemand will den Krieg verlieren... Aber keiner glaubt mehr, daß wir ihn gewinnen.“

Anmerkungen

- *1 Grundlage dieser Arbeit waren die „Meldungen aus dem Reich“, herausgegeben von Heinz Boberach, erschienen 1984 im Verlag Manfred Pawlak in Herrsching (Taschenbuchausgabe). Die Ausgabe entspricht den im Bundesarchiv verwahrten Materialien. Sofern keine anderen Vermerke vorhanden sind, beziehen sich die Fußnoten auf diese Ausgabe, zitiert nach Band und Seite (Seitenzahlen des Gesamtwerkes, das durchlaufend paginiert ist).
- *2 Vgl. Boberach, Einführung, Bd. 1 S. 17. Zur weiteren Vertiefung über den SD (III) empfiehlt der Verfasser die Vernehmungsprotokolle des Nürnberger Prozesses gegen die Hauptkriegsverbrecher. „Der Prozeß gegen die Hauptkriegsverbrecher vor dem internationalen Militärgerichtshof in Nürnberg“, veröffentlicht 1949 in Nürnberg gemäß den Weisungen des Internationalen Militärgerichtshofes vom Sekretariat des Gerichtshofes unter der Autorität des Obersten Kontrollrates für Deutschland, photomechanischer Nachdruck Delphin-Verlag in München und Zürich 1984 (Taschenbuchausgabe). Beispielhaft seien (ohne Anspruch auf Vollständigkeit) folgende Stellen genannt: XX, 209 f. und 262 f., XXX, 691 f. und XXII, 25.

1	2,344	53	4,968	103	6,1926
2	2,348	54	4,969	104	6,1930
3	2,350	55	4,971	105	6,1950
4	2,356	56	4,1006	106	6,1980
5	2,365	57	4,1023	107	6,2004 (Meldung be- zieht sich auf Nord- deutschland)
6	2,367	58	4,1036	108	6,2043
7	2,383	59	4,1046	109	6,2051
8	2,407	60	4,1048	110	6,2052
9	2,407	61	4,1074	111	6,2064
10	2,408	62	4,1088	112	6,2095
11	2,421	63	4,1094	113	6,2117 f.
12	2,421	64	4,1133	114	6,2133
13	2,429	65	4,1140	115	6,2165
14	2,430	66	4,1176	116	6,2199
15	2,445	67	4,1214	117	7,2217
16	3,449	68	4,1217	118	7,2237
17	3,456	69	4,1218	119	7,2240 (bezieht sich auf Norddeutsch- land)
18	3,457	70	4,1222	120	7,2243
19	3,466	71	4,1235	121	7,2263
20	3,478	72	4,1258	122	7,2263
21	3,482 (bezieht sich hier nicht auf Baden)	73	4,1263	123	7,2277
22	3,482	74	4,1280	124	7,2319
23	3,500	75	4,1293	125	7,2329
24	3,503	76	4,1313	126	7,2338
25	3,508	77	4,1326	127	7,2379
26	3,514	78	5,1361	128	7,2391
27	3,517	79	5,1392	129	7,2391
28	3,519	80	5,1398	130	7,2468
29	3,530	81	5,1419	131	7,2472
30	3,535	82	5,1436 f.	132	7,2487
31	3,540	83	5,1453	133	7,2490
32	3,546	84	5,1470	134	7,2495
33	3,550	85	5,1481	135	7,2496
34	3,570	86	5,1506	136	7,2500
35	3,578	87	5,1548 (Meldung aus Stuttgart)	137	7,2547
36	3,595	88	5,1596	138	7,2549
37	3,630	89	5,1624	139	7,2563
38	3,665	90	5,1625	140	7,2577
39	3,677	91	5,1632	141	7,2582
40	3,689	92	5,1643	142	7,2616
41	3,690	93	5,1667	143	7,2633
42	3,694	94	5,1677 (diese Mel- dung bezieht sich auf Baden)	144	7,2646
43	3,698	95	6,1971	145	8,2677
44	3,708	96	6,1801	146	8,2688
45	3,739	97	6,1803	147	8,2762
46	3,741	98	6,1805	148	8,2829
47	3,775	99	6,1814	149	8,2882
48	3,799	100	6,1827	150	8,2909
49	3,809	101	6,1875	151	8,2925
50	3,814	102	6,1879		
51	4,809				
52	4,958				

152	8,3006	181	10,3728	217	13,5014
153	vgl. statt anderer Eitel Lange „Der Reichs- marschall im Kriege“, Stuttgart 1950, S. 117 ff. „Udets Tod“ (Lange als Photo- graph zu Göring kom- mandiert)	182	10,3731	218	13,5034
154	8,3020	183	10,3750	219	13,5047
155	8,3033	184	10,3783	220	13,5056
156	8,3037	185	10,3791	221	13,5066
157	8,3078	186	10,3794	222	13,5071
158	8,3097	187	10,3813	223	13,5086
159	9,3107	188	10,3819	224	13,5177
160	9,3223	189	10,3840	225	13,5181
161	9,3238	190	10,3919	226	13,5183
162	9,3245	191	10,3923	227	13,5204
163	9,3278	192	10,3950	228	13,5217
164	9,3325	193	10,3964	229	14,5356
165	9,3329	194	10,3966	230	14,5414
166	9,3380	195	10,3971	231	14,5546
167	9,3382 ff.	196	11,4128	232	14,5561
168	9,3428	197	12,4431	233	14,5621
169	9,3442	198	12,4480	234	15,5874
170	9,3454	199	12,4504	235	15,5907
171	9,3459	200	12,4527	236	15,5913
172	9,3471	201	12,4554	237	15,5954
173	9,3488	202	12,4587	238	15,5955
174	9,3500	203	12,4599	239	15,5957
175	9,3532	204	12,4601	240	15,6043
176	10,3624	205	12,4606	241	16,6098
177	10,3637	206	12,4619	242	15,6165
178	10,3645	207	12,4644	243	15,6187
179	10,3646	208	12,4655	244	16,6198
180	10,3649	209	12,4667	245	16,6425
		210	12,4690	246	16,6425
		211	12,4792	247	16,6531
		212	12,4792	248	17,6610
		213	12,4821	249	17,6622
		214	13,4887	250	17,6658
		215	13,4934	251	17,6689
		216	13,5005		

Franz Burda (1903–1986)

Notizen zum Portrait eines großen Ortenauers

Johannes Schulze

Am 30. September 1984 enthüllte Dr. Franz Burda den von Sandro Chia geschaffenen Bronze-Dionysos am vorläufigen Standort an der Offenburger Stadtmauer. Warum er seinen Mitbürgern diese außergewöhnliche Skulptur stiftete, sagte er gleich am Anfang seiner Rede:

„Mancher wird sich fragen, warum ich meiner Heimatstadt Offenburg ein solch besonderes Geschenk mache. Es geschieht aus Dankbarkeit. In dieser Stadt habe ich die Entwicklung vom einstmals armen Schlucker bis zum Chef eines Unternehmens der heutigen Größe erlebt. Ich werde nie vergessen, was ich der Stadt und ihren Bürgern, ihren Bürgermeistern und Gemeinderäten zu verdanken habe.“¹

Als Dr. Franz Burda auf den Tag zwei Jahre nach jener Feier starb, sagte einer der wichtigsten Konkurrenten über fast 40 Jahre Zeitschriftenmachens, Ex-Stern-Chef Henri Nannen, in einem Nachruf:

„Franz Burda oder der Senator, wie wir ihn nannten, war für mich eine der großen Verlegerpersönlichkeiten der letzten Jahrzehnte. Er war nicht nur ein großer Verleger, er war auch ein großer Journalist. Seine Mitarbeiter liebten ihn alle, er war wie ein Vater zu ihnen. Unternehmer und Verleger wie ihn hat es wenige gegeben und gibt es leider immer weniger.“²

Vom „einstmals armen Schlucker“ zu „einer der großen Verlegerpersönlichkeiten der letzten Jahrzehnte“ – wer war dieser Mann, der, weil es „der Zufall wollte“³, im badischen Philippsburg auf die Welt kam und von der Provinz in Offenburg aus die (von Hamburg und München beherrschte) „Medienlandschaft in der Bundesrepublik entscheidend mitgeprägt hat“?⁴

„Dieser Franz Burda war ein wahrhaftes Unikum, als Mensch wie als Verleger“, versuchen Hans-Jürgen Jakobs und Uwe Müller⁵ eine Erklärung: „Exzentrische Züge können auch seinen norddeutschen Kollegen John Jahr, Gerd Bucerus und Rudolf Augstein nicht abgesprochen werden. Doch gegenüber dem süddeutschen Paradiesvogel erscheinen sie geradezu wie farblose Gestalten.“ Die alten Topoi des intellektuellen Nord-Süd-Konflikts? Klangfarbenes Mozart-Herz gegen fugenstrengen Bach-Verstand? Barock-katholische Pracht gegen backsteingotisch-norddeutsche Kühle? BUNTE gegen Stern? Oder ist es so einfach: „Der Senator war eben der Senator“?⁶

Franz Burda kam am 24. Februar 1903, einem Fastnachtsdienstag, in Philippsburg auf die Welt. Sein Vater war der Offenburger Franz Burda (geboren 1873 in der Goldgasse⁷), seine Mutter Josefine geb. Mauck verw. Pröttel (1868–1909). Franz Burda war das erste von zwei Kindern aus der 1902 auf Helgoland⁸ geschlossenen Ehe seines Vaters mit Josefine, die aus ihrer ersten Ehe mit Otto Pröttel (gestorben 1901) bereits vier Söhne hatte.



Der junge Franz Burda mit seinem Vater an ihrer Schnellpresse

Der Vater, Franz Burda, war der erste in der Familie, der mit Druck und Verlag zu tun hatte. Nach der Volksschule, mit 14, hatte er eine Lehre als Drucker und Setzer bei dem Offenburger Buchdrucker Franz Zeiser begonnen, der sein Geschäft am Lindenplatz im Haus Plank betrieb⁹, also nur ein paar Schritte von der Burda-Wohnung in der Goldgasse entfernt. Vielleicht war die nachbarschaftliche Bekanntschaft mit dem Lehrherrn der Grund dafür, daß sich der erste Burda der „schwarzen Kunst“ zuwandte, die die Basis für einen weltweit agierenden Medienkonzern werden sollte.

Danach sah es allerdings vor rund hundert Jahren nicht aus. Schon ein Jahr nach Franz Burdas Eintritt als Lehrling starb der Meister. Zeiser-Witwe Georgine übergab die Druckerei an den Buchdrucker Josef Huggle. Huggle gründete 1890 das Zentrumsblatt „Offenburger Zeitung“¹⁰, möglicherweise von Philippsburg aus, wo er ebenfalls „Zeitungsbesitzer“¹¹ war.

Huggle verkaufte die „Offenburger Zeitung“ und die Druckerei an Hugo Zuschneid. Der junge Burda, kaum erwachsen, hatte nun schon den dritten Arbeitgeber, was ihn nicht sehr belastete. Er war wegen seines Humors überall beliebt, ob im Gesellenverein oder bei der „Concordia“ und der „Stadtkapelle“.¹²

Trotzdem, 1898 verließ Franz Burda seine Heimatstadt und zog nach Philippsburg, wo er Arbeit in der kleinen Druckerei seines ehemaligen Lehrherrn Huggle fand. Sie ging später an Otto Pröttel über.

Otto Pröttel wohnte mit Frau und vier Kindern in der Salmstraße im Obergeschoß. Der stets fröhliche Offenburger Geselle wurde in den Familienkreis aufgenommen. Unten war die Druckerei, in der zweimal wöchentlich der „Bruhreiner Bote“ erschien, eine kleine vierseitige Zeitung, die Franz Burda bald selbst schrieb, setzte und druckte. Wie sich die Bilder gleichen: ähnlich wird sein Sohn 1927 die „Sürag“ herstellen.

Otto Pröttel starb 1901. Die 33jährige Witwe, nicht nur Herz der Familie, sondern auch Motor des Betriebs – auch im Wortsinn: sie drehte das Schwungrad der noch nicht elektrisch betriebenen kleinen Druckmaschine, und Franz Burda heirateten 1902. Am 24. Februar 1903 kam der kleine Sohn Franz zur Welt, 1905 dessen Bruder Erwin.

Philippsburg war kein Pflaster, auf dem man reich werden konnte. Die Geschäfte liefen mehr schlecht als recht. 1907 ging die Druckerei pleite. Franz Burda hoffte, in Offenburg eher den Lebensunterhalt für seine achtköpfige Familie bestreiten zu können. Er kehrte zunächst allein nach Offenburg zurück und verdingte sich kurzzeitig als Schweizerdegen (Schriftsetzer und Drucker) bei dem Drucker Reiff, bis er Raum fände für eine eigene Druckerei.

Dieser Raum (ganze vier mal acht Meter groß) fand sich 1908: hinter einem Lattentor im Rückgebäude des Hauses Gerberstraße 16 (Ecke Kesselstraße). Als Startkapital besaß Franz Burda seine zwei Maschinen in Philippsburg, einen Tiegel und die 1897 gekaufte „Schnellpresse“ von Koenig & Bauer. Sie bekam jetzt in Offenburg, weil es hier bereits Strom gab, endlich einen Motor.¹³

Franz Burda I. hatte mittlerweile auch eine kleine Wohnung gefunden, im Haus vom Metzger Adler, Ecke Metzger- und Langestraße. Sie reichte allerdings nicht aus, die ganze Familie aufzunehmen. Außerdem kränkelte die Mutter seit der Geburt von Erwin. Als sie nach Offenburg kam, war sie bereits vom Tod gezeichnet. Sie starb 1909 an Brustkrebs.

So kam es, daß nach der Aufgabe des Philippsburger Hauses nur die vier „großen“ Kinder aus erster Ehe mit nach Offenburg geholt werden konnten. Erwin wurde bei der Schwester des Vaters, Amalie, in Freiburg untergebracht, der fünfjährige Franz bei den Bauersleuten Franz Anton und Karoline Herr in Philippsburg.¹⁴

Am 26. April 1910 heiratete der Witwer und sechsfache Vater noch einmal. Mit seiner Frau Karoline, genannt Lina, Schmitt aus Renchen (1876–1964) hatte er weitere drei Kinder.

1911 konnte sich die Familie eine größere Wohnung leisten, in der Friedrichstraße 25 gegenüber der 1908 konsekrierten Dreifaltigkeitskirche. Jetzt wurden auch Franz und Erwin zurückgeholt. Franz Burda hatte in Philippsburg die ersten beiden Volksschulklassen absolviert, jetzt besuchte er die dritte und vierte Klasse in Offenburg und wechselte dann, 1912, über auf die damalige Oberrealschule¹⁵, das spätere Schillergymnasium.

Es ist nach wie vor verwunderlich, daß Franz Burda auf die höhere Schule gehen durfte. Die Druckerei warf nur wenig ab.¹⁶ Dann der Erste Weltkrieg. Keine goldenen Zeiten für eine Druckerei, auch wenn sie arbeiten konnte.¹⁷

Mittlerweile war die vielköpfige Familie ein paar Blocks um die Ecke in die Friedenstraße 28 gezogen. Schmalhans war dort Küchenmeister. Doch das Wort vom „armen Schlucker“ war das äußerste, was Dr. Franz Burda später im Rückblick über jene Zeit der Not und der Sorgen geäußert hat. In Gesprächen berichtete er immer von einer relativ unbeschwerten Jugend.

Der SDR-Reporter Dr. Kurt Stenzel fragte Dr. Franz Burda anlässlich eines Fernsehinterviews¹⁸, wie er den Ersten Weltkrieg erlebt habe.

Franz Burda verbrachte die großen Ferien 1914 (wie meist) in Philippsburg bei der Familie Herr. Er erzählt:

„Die Soldaten sind bei uns in Philippsburg rüber nach Germersheim auf die andere Seite des Rheins und dann ins Feld gezogen. Wir Kinder haben den Soldaten Obst gebracht, oder ein Stück Speck oder irgendetwas zum Essen, und vor allem Blumen... Ich sehe sie jetzt noch am Bahnhof in Philippsburg, wie sie da vorbeigefahren sind... Unvergeßlich die Begeisterung, die damals drin war, die dann so schnöde ins Gegenteil umfiel.“

Und zum Ende des Kriegs:

„Ich war ein Lausbub, 15 Jahre alt. Und da sind wir zu den Soldaten, die zurückkamen von Frankreich, die alles verklopften, was zu verklopfen war... Und wer da die schönsten Dinge auftreiben konnte, der war der Held von uns. Ich möchte sagen, die Erinnerungen, die ich an 1918/19 habe, sind eigentlich für uns Lausbuben hervorragend gewesen. Leider hat sich dann alles anders entwickelt, als wir's als Kinder gesehen haben.“

Wenn der Senator seine Jugendzeit als relativ unbeschwert empfand, so war das wesentlich ein Verdienst seines ewig optimistischen Vaters. Der „Burda-Franzl“, als Buckdruckereibesitzer weniger bekannt denn als Humorist¹⁹, war „sozusagen der Liebling der Offenburger. Er pflegte seinen Humor nicht nur im kleinen Kreis bei nahen Bekannten, sondern er pflegte ihn in aller Öffentlichkeit auf der Straße²⁰ und in geschlossenen Veranstaltungen. Und er hatte einen Mutterwitz, der nur ganz wenigen unter der Sonne beschieden ist. Er hatte aber auch die große Gabe, daß er allen Menschen, ob sie arm oder reich waren, geradezu ein Stück Sonne in ihr Dasein hinein schenken konnte. Wo er hinkam, da hörte plötzlich das Alltägliche, Monotone auf, man hörte Lachen und konnte die Freude an jedem Gesicht ablesen, weil eben dieser Spaßvogel seinen goldenen Humor unter die Menschen streute.“²¹

Franz Burda hat seinen Vater zeitlebens hoch verehrt. Zu seinem 60. Geburtstag wurde der Senator mit der Ehrenbürgerwürde seiner Heimatstadt ausgezeichnet. In seiner Dankesrede sagte er: „In dieser Stunde, in der mir die höchste Ehre zuteil wird, die meine Heimatstadt Offenburg zu vergeben hat, möchte ich einen Immortellenkranz auf das Grab meines Vaters legen. Von ihm habe ich den Optimismus und die Fröhlichkeit geerbt. Er wäre jetzt gerade 90 Jahre alt. Wie glücklich wäre ich, wenn er diesen Tag erleben könnte!“²²

Glücklich war der Vater auch, als der Sohn im März 1921 das Abitur bestand. Warum Franz Burda zunächst aber nicht in die Fußstapfen des Vaters trat, obwohl er schon als Kind seine „Passion am Setzen, Drucken und Gedruckten“ gespürt habe, „das weiß ich selbst nicht mehr“.²³

Möglicherweise wollte der Vater, daß der Sohn sich später ums ‚Kaufmännische‘ kümmert, was dem Vater offenbar gar nicht lag.²⁴ Es war gerade



Die erste Druckerei im Hinterhaus der Metzgerei Burg mit Erweiterungen

ein knappes Jahr her, seit die 1916 ins Hinterhaus der Metzgerei Burg umgezogene Druckerei offenbar ein ziemliches Debakel erlebt hatte.²⁵

Franz Burda begann die kaufmännische Lehre bei dem „Süddeutschen Handels-, Kommissions- und Agenturengeschäft“ von Karl Kormann in Offenburg, kurz „Freihandel“ genannt. Zwar bestand die Lehre zunächst im Säckeschleppen – aus dem Keller der Hauptstraße 7 hievte der Abiturient die Düngemittelsäcke auf die Fuhrwerke der Bauern. Doch Kormann nahm den Stift auch mit zu den Produktenbörsen nach Freiburg, Karlsruhe und Mannheim. Dort lernte Franz Burda die Mechanismen der Spekulation mit Getreide und Mehl beherrschen. Wenige Jahre später wird er seine Dissertation zum Thema „Die Entwicklung der badischen Produkten-Börsen“ schreiben.²⁶

Bald wurde Franz Burda an die Freiburger Freihandel-Filiale versetzt. Soweit es seine Zeit erlaubte, hörte er an der Universität Vorlesungen in Volkswirtschaft. Insofern war sein Weg vorgezeichnet, als die Firma Freihandel aufgrund des allgemeinen wirtschaftlichen Desasters Mitte der 20er Jahre und einer Fehlspekulation des Inhabers Konkurs anmelden mußte. Franz Burda beschloß, Volkswirtschaft zu studieren, obwohl er von zuhause nach wie vor keine Unterstützung erwarten konnte. „Der Vater sagte zu mir: ‚Franz, Geld hab’ ich keins, du weisch’s. Jetz’ schau mol, wie du durchkummsch.‘“²⁷

Für Franz Burda ging es zunächst darum, möglichst ‚billig‘ zu studieren.

Besonders günstig sollte ein Studium in Wien sein. Franz Burda quartierte sich im Deutschen Studentenheim im 9. Bezirk ein. Doch zum Studium wurde er, weil er „nur“ den Abschluß Oberrealschule hatte, nicht zugelassen.

Einen Ausweg bot München, zumal dort der Bruder Erwin als Angestellter einer Papiergroßhandlung lebte. Die beiden Brüder fanden eine Einfachstunterkunft in einem Zweibettzimmer, das ein Kofferträger an sie vermietete.

Der Trubel der Großstadt und das ewig knappe Geld veranlaßten den Studenten, sich eine andere Universität zu suchen, in der er ohne Ablenkung in kürzester Zeit sein Diplom als Volkswirt ablegen könnte. Franz Burda wählte Erlangen und schloß seine Studien 1926 als Dipl.-Volkswirt und 1928 als Dr. rer. pol. ab.²⁸

Franz Burda entschloß sich bereits während des Studiums, in die Druckerei des Vaters einzusteigen und damit den Weg einzuschlagen, auf dem er später so großen Erfolg hatte.

Am 9. März 1929, neun Monate nach der Promotion, hatte er „eine 4 Jahre dauernde Lehrzeit als Buchdrucker“ hinter sich und legte vor der Handwerkskammer Freiburg die Gesellenprüfung ab.²⁹

Franz Burda wurde bald der eigentliche Kopf der Drei-Mann-Druckerei, deren Führung ihm auch von Amts wegen erlaubt war, nachdem er die Meisterprüfung als Buchdrucker abgelegt hatte.³⁰

Die 20er Jahre zeigen besser als andere Spannen im Leben des Senators, wozu er in seiner rastlosen Energie fähig war.

Die äußeren Verhältnisse waren enervierend: Wirtschaftliche Depression in der Folge des Versailler Vertrags, die politische Unsicherheit während der Weimarer Republik, die Ruhrkämpfe, die Besetzung Offenburgs durch die Franzosen (1923/24).

In diesem Jahrzehnt legte Franz Burda 1921 sein Abitur ab, begann eine kaufmännische Lehre, baute 1926 seinen Dipl.-Volkswirt, wurde 1928 zum Dr. rer. pol. promoviert, legte 1929 seine Gesellenprüfung und 1930 seine Meisterprüfung ab.

Noch erstaunlicher mutet die Leistung an, wenn man sich das private Umfeld anschaut. Die Druckerei war ein „kränkendes Kind“³¹. Von den kümmerlichen Erträgen mußten Vater, Mutter, die drei Stiefgeschwister Herta, Friedlinde und Friedhold und Franz Burda selbst leben.

Der Vater war krank. Spätestens ab 1926 machte ihm ein Leberleiden immer mehr zu schaffen.³² Er starb 1929, ein Jahr nach seiner Mutter, die 87 Jahre alt geworden war, 56jährig an Leberkrebs.

Franz Burda arbeitete nach dem Staatsexamen täglich in der Druckerei. Die Dissertation schrieb er nachts und an Wochenenden.

Als Thema hatte sich der junge Doktorand, fasziniert vom neuen Medium des Rundfunks³³, ursprünglich das internationale Funkrecht ausgewählt. Aber dazu hätte er „überall an die ausländischen Stationen fahren müssen“. Das konnte er sich nicht leisten.³⁴

Es ist bezeichnend, daß er von diesem Thema auch nicht abließ, als er bereits an seiner Arbeit über die Produktenbörsen schrieb. Noch ehe die Doktorarbeit abgeschlossen war, gründete Franz Burda die „Sürag“, die zunächst als kleines, achtseitiges Blättchen erschien und redaktionell nur das Programm veröffentlichte.³⁵

So klein und bescheiden die Anfänge waren: Noch ehe der junge Volkswirt Druckergeselle und Doktor war, war er Verleger und Journalist. Daß hier seine eigentliche Leidenschaft lag, zeigte sich spätestens nach dem Zweiten Weltkrieg. Noch als 77jähriger gründete er, der bereits mit so vielen Blättern Erfolg hatte, eine neue Zeitschrift: PAN.

Wie wichtig es Franz Burda schon in seinen jungen Jahren war, Verleger zu sein, illustriert der Standesbuchauszug vom Juni 1931.³⁶ Unter dem Datum des 9. lesen wir unter „Hochzeiten“: „Dr. Franz Burda, Verleger hier, und Anna Magdalena Lemminger hier.“

Die Angestellte des Offenburger E-Werks hätte es sich an jenem Sommertag nicht in den kühnsten Träumen ausdenken können, selbst einmal Verlegerin zu werden. Und der Standesbeamte hätte es sich genausowenig vorstellen können wie der Bräutigam, daß die hübsche Braut in Weiß mit dem Rosenbukett, die an jenem 9. Juni zum erstenmal den Namen Burda schrieb, diesen Namen ein halbes Jahrhundert später in der ganzen Welt bekannt gemacht haben würde.

Doch zurück in den Hinterhof der Metzgerei Burg. Dort war zwar 1930, dank des Sürag-Erfolges, die Druckerei ausgedehnt worden, noch aber dominierten die „üblichen Druckereiaufträge für Behörden und Private.“³⁷

Doch die „Sürag“ wuchs und wuchs. 1932³⁸ hatte sie ihre Startauflage verzwanzigfacht. Dr. Franz Burda stand vor einer der wichtigsten Entscheidungen für das Unternehmen – und damit auch für die Ortenau.

Er mußte sich entscheiden, Verleger oder Drucker, oder aber beides zu sein.



Anna Magdalena Lemminger und Dr. Franz Burda heirateten am 9. Juni 1931

Er hätte Verleger bleiben und den Druckauftrag für die „Sürag“ hinausgeben können in eine größere Druckerei. Seine eigene Druckerei hätte er verkaufen oder schlecht und recht nebenher betreiben können. Oder er mußte das gewaltige Risiko eingehen, selbst größere Maschinen anzuschaffen und die bisherige Firmenpolitik völlig umzustellen.

Die „Sürag“ war auch gegründet worden, um für die Druckmaschinen eine Grundaustattung zu haben. Der Senator hat später mehr als einmal bekannt, wie satt er es hatte, wegen jedes Kleinauftrags Klinken putzen zu müssen.

Jetzt müßte der Weg diametral in die andere Richtung führen. Jetzt würde die „Sürag“ und damit der Verlag die Größe der Maschinen und damit der Druckerei bestimmen. Da eine aktuelle Zeitschrift nicht sieben Tage lang gedruckt werden kann, sondern möglichst kurzfristig vor dem Erscheinungstag, müßten die Maschinen sehr groß sein. Das bedeutet die Restwoche über leere Kapazitäten, die zu teuer sind, falls nicht andere Großaufträge als Futter für die Maschinen beschafft werden können.

Dr. Franz Burda entschied sich dafür, Verleger und Drucker zu sein. Ein im Rückblick für Offenburg und die Ortenau entscheidender Entschluß. Mit den beiden Standbeinen Druckerei und Verlag war das Unternehmen in der Lage, über Jahrzehnte hinweg Tausende sicherer Arbeitsplätze zu schaffen.

Die „große Lösung“ paßt nach dem bisherigen Lebenslauf in das Bild, das wir uns von dem jungen Franz Burda machen können. Zur Entscheidung dürfte aber auch die politische Entwicklung beigetragen haben.

Franz und Aenne Burda hatten Adolf Hitler bei seiner Rede am 8. November 1930 in der Landwirtschaftlichen Halle erlebt. „Wir dachten beide: ‚Gnad‘ uns der Himmel, wenn dieser Mann je in Deutschland an die Macht kommt.“³⁹ Das unpolitische Drucken erschien ihm möglicherweise sicherer als das Verlegen von – nie unpolitischen – Zeitungen oder Zeitschriften.⁴⁰

Dr. Burda entschloß sich, nicht nur neue Maschinen anzuschaffen, sondern auch zu bauen. „Richtfest einer Großdruckerei“, schreibt Franz Huber damals (1935)⁴¹, „ist in Offenburg schon ein seltenes Ereignis. Die Buchdruckerei Franz Burda errichtet an der Unionbrücke ein großes, modernes Druckerei- und Verlagsgebäude mit einer Länge von 40 Metern und einer Tiefe von 15 Metern... Die Entwicklung der Buchdruckerei Franz Burda vom Kleinbetrieb zum Großunternehmen in so kurzer Zeit steht einzig da in der Geschichte der südwestdeutschen und wohl auch der deutschen Druckereien.“

Franz Huber, Journalisten- und Druckerkollege und zeitlebens ein guter Freund von Dr. Burda, hat damals die Entscheidung weg vom Klein- hin zum Großunternehmen richtig gewertet. Unterschätzt hat er eine andere Entscheidung. Nur am Rande erwähnt Huber: „In dem neuen Gebäude wird eine moderne Tiefdruckanlage aufgestellt werden, so daß die Illustrationen der ‚Sürag‘ auf das modernste und feinste ausgestaltet werden.“

18 Jahre später war es Franz Huber klar geworden, welche Tragweite die Entscheidung für den Tiefdruck hatte. In seiner Laudatio zum 50. Geburtstag des Senators⁴² schildert er das Ereignis 1935 so: „Ein eigenes Druckereigebäude wurde errichtet, und der Tiefdruck hielt in Offenburg seinen Einzug. Jetzt traten die üblichen Druckereiaufträge für Behörden und Private zurück, es kamen die ersten Großaufträge der Markenartikelfirmen, der großen Versandhäuser⁴³ und anderer Unternehmungen mit Massenbedarf. Denn Tiefdruckereien mit Qualitätsleistungen hat es damals in Deutschland noch nicht viele gegeben. Hier war das große Auftragsfeld. Das erkannte Herr Dr. Franz Burda rechtzeitig.“

Hätte Huber seinen Artikel von 1953 einige Monate später geschrieben, hätte er vielleicht noch eine andere Passage von 1935 („Illustrationen ... auf das ... feinste ausgestaltet“) nicht nur mit dem Begriff „Qualitätsleistungen“ gestreift.

Denn der Tiefdruck erlaubte Dr. Burda 1953 eine äußerst erfolgreiche Innovation. Das Ereignis des Jahres war die Krönung Elizabeths II. Dr. Burda entschloß sich, darüber im „Ufer“ einen großen Farbbericht zu veröffentlichen, eine Sensation in einer Zeit, da aktuell nur mit Schwarz-weiß-Fotos informiert werden konnte und es noch keine Farbfernseher gab. Ein Jahr später wurde das „Ufer“ dann auch in „BUNTE Illustrierte“ umgetauft.⁴⁴

Zwei Jahre nach dem Einzug in die Hauptstraße 13 war der Betrieb schon wieder zu klein. 1937 arbeiteten 130 Menschen in Druckerei und Verlag, die Sürag hatte eine Auflage von 113.000 erreicht. Das ungemein rasche Tempo der Entwicklung der letzten zehn Jahre, aber auch die äußeren Umstände zwangen eigentlich zur Konsolidierung. Doch Dr. Burda setzte – bisweilen nolens volens – weiter auf Expansion.

Er gründete einen Buchverlag. Geplant war eine Fachbuchreihe für Handwerker. Doch nur der erste Band konnte erscheinen. Er wurde allerdings gleich ein Bestseller mit mehreren Auflagen: Dr. Alfred Sprauls „Vom Lehrling zum Meister“. Weitere Bände verhinderte der Krieg.

Wie so oft im Leben des Dr. Franz Burda bleiben Erfahrungen, die er einmal gemacht hat, auch im Fall „Buchverlag“ nicht ungenutzt. Nach dem Krieg überlebte die Druckerei durch die Herstellung von Schulbüchern.⁴⁵ In den 50er und 60er-Jahren erscheinen eine ganze Reihe von erfolgreichen Bildbänden.⁴⁶

Das Jahr 1937 war aus zwei weiteren Gründen ein Meilenstein in der Geschichte des Unternehmens.

Dr. Burda gründete – als erste soziale Großtat – für seine Mitarbeiter ein Ferienheim im Harmersbachtal. „Die Firmen Burda und Sürag-Verlag ha-



Sürag-Ferienheim Haus Talblick in Oberharmersbach 1937

ben hier für ihre zahlreichen Gefolgschaftsangehörigen in Offenburg ein gediegenes Haus geschaffen, das durch seine herrliche Lage wie durch die zweckmäßige Ausstattung beste Ausspannungsmöglichkeiten von der rastlosen Arbeit eines Zeitungs- und Großbuchdruckbetriebs gestattet. Gefolgschaftsangehörige und deren Familienmitglieder benützen in dankbarster Gesinnung diese Einrichtung ihres auch in sozialer Hinsicht mustergültig gewordenen umfangreichen Betriebs.“⁴⁷

Der Betrieb sollte noch umfangreicher werden. Dr. Burda wurde aufgefordert, die Mannheimer Tiefdruckerei der Gebrüder Bauer zu übernehmen.⁴⁸ Dr. Burda scheute zurück. Er habe „dazu nicht die Gelder und sei auch nicht geneigt, einen fremden Betrieb zu kaufen“. Doch konnte sich Dr. Burda dem Zwang der Entwicklung nicht entziehen, besonders da die

Brüder Reiss, denen die Druckerei damals gehörte, den Offenburger Verleger zum Kauf drängten.⁴⁹

Dr. Hans Reiss, der Sohn eines der früheren Inhaber, erinnert sich später: „Der Vater kam eines Mittags heim und sagte, daß er den Betrieb arisieren, d. h. verkaufen müsse... Dieser Tag war einer der schwersten, den mein Vater durchzumachen hatte. Er sagte damals, er kenne nur einen Mann, dem er unter diesem Zwang sein Werk verkaufen könne: Dr. Burda in Offenburg... Im September 1938 war es dann soweit, daß der neue Besitzer im Betrieb einzog und bis zum Ausbruch des Krieges im Büro meines Vaters zusammen mit ihm am gleichen Schreibtisch sehr freundschaftlich und herzlich zusammenarbeitete.“⁵⁰

In Mannheim und Offenburg zusammen hatte Dr. Burda jetzt 600 Mitarbeiter. Der große Betrieb in Mannheim erforderte alle Kraft.⁵¹ Wer weiß, wo das Stammhaus Burda heute wäre, hätten ihn nicht die Kriegseinwirkungen gezwungen, die Druckerei zu verlegen. Da in Offenburg nicht genügend Platz war, wurden Maschinen auch nach Lahr-Dinglingen ausgelagert. Dort, in Lahr, gründete Aenne Burda 1949 auch ihren Modenverlag. Auch Lahr hätte das neue Burda-Stammhaus werden können...⁵²

Der Krieg machte alle Planungen zunichte. Die „Sürag“ wurde 1941 eingestellt, kein Papier, keine Farbe, keine Leute.⁵³ Viele waren im Feld. „Dr. Burda fühlt sich wie ein Körper ohne Arme und Beine. Doch sein Hirn arbeitet fieberhaft, sucht nach Neuem.“⁵⁴

Er kam auf die Idee, Landkarten zu drucken. Zwei Dinge waren dazu nötig: ein Auftrag aus Berlin und die technischen Voraussetzungen. Dr. Burda fuhr zur Heeresplankammer im Oberkommando des Heeres, bekam einen Probeauftrag. Die Karte des Gebietes Marsa Matruk in Afrika wurde so gut, daß Berlin der Offenburger Druckerei den Auftrag zur Herstellung weiterer Karten gab.

Die technischen Voraussetzungen schuf Dr. Burda mit der Angliederung einer Offset-Abteilung⁵⁵ und der Umschulung der Mitarbeiter, die organisatorischen durch die Gründung der „Kartographischen Anstalt Dr. Franz Burda“.⁵⁶

Die Herstellung von Generalstabskarten für das Heer wurde Ende 1943 um einen ganz neuen Auftrag erweitert. Er kam von der Luftwaffe. Sie wollte ihre Aufklärerfotos umgewandelt haben in Landkarten, die weder vom Horizont noch von der Erdkrümmung verzerrt waren. Dr. Burda versuchte es. Der erste Luftbildplan dieser Art⁵⁷ erregte viel Aufsehen. Die Entscheidung, ob nur Generalstabskarten oder nur noch Luftbildpläne produziert werden sollten, wurde schließlich in Berlin zwischen Heer und Luftwaffe getroffen: In Offenburg wird beides gedruckt.

Die nüchternen Tatsachen verbergen, unter welchen Schwierigkeiten die Druckerei überhaupt produzierte. Genauso dringend wie Papier und Farbe wurde Nahrung für die Mitarbeiter benötigt. Dr. Burda, selbst der „Auftragsbearbeiter“ für die Karten, war ständig zur Abstimmung unterwegs. In Berlin, Paris, in Neapel.⁵⁸ Die Großstadt Mannheim war hochgefährdet, sollten Luftangriffe geflogen werden. Dr. Burda mußte die Druckerei verlegen – nach Offenburg und Lahr-Dinglingen. Aber auch die Offenburger Druckerei, nur einen Steinwurf vom Bahnhof entfernt, läge bei Luftangriffen in der unmittelbaren Gefahrenzone. So entschloß sich Dr. Burda, einen Teil der Druckerei nach Zell-Weierbach in Sicherheit zu bringen – in den Winzerkeller!⁵⁹

Den Einmarsch der Franzosen am 14. April 1945 erlebte Dr. Burda zusammen mit einigen Mitarbeitern im Keller des Hauses Hauptstraße 13, des Vorderhauses der Druckerei. Am nächsten Tag war sein Betrieb beschlagnahmt. Was nun?

Knapp 18 Jahre später, am 23. Februar 1963, überreichte der damalige Offenburger Oberbürgermeister Karl Heitz Dr. Burda die Ehrenbürgerurkunde seiner Vaterstadt. Der Gemeinderat hatte sie verliehen „dem wagemutigen Schöpfer und zielbewußten Leiter ihres größten Betriebes – einem der bedeutendsten und modernsten Tiefdruckunternehmen Europas – dem fürsorgenden Freund seiner Werksfamilie, dem hilfsbereiten Förderer ihres kulturellen, sozialen und wirtschaftlichen Lebens“.⁶⁰

Und Professor Ludwig Erhard schrieb in seinem Glückwunschtelegramm: „Sie gehören zu jenen dynamischen Unternehmerpersönlichkeiten in Deutschland, die Wesentliches zum Wiederaufbau unseres Landes beitrugen.“⁶¹

Wirtschaftswunder. Es war wirklich ein Wunder, wenn man Geschichte nicht mit der Erfahrung des Wissenden kommentiert, sondern sich in jene Stunde des 16. April 1945 versetzt, als ein Colonel Récordon, der sich als Chef des „Service géographique“ der französischen Armee vorstellte, schnarrte: „Cette imprimerie est confisquée.“

Alles aus? Zwei Dinge nur hätten ihn damals bewegt, sagte Dr. Burda später⁶²: „Wie kann ich meine Familie, und wie kann ich meine Mitarbeiter und deren Familien über Wasser halten?“

Es war nicht die Zeit für kühn erdachte Strategien. Es ging darum, die Chancen zu nützen, die einem Glück, Erfahrung oder beides boten. Vielleicht liegt hierin der Grund, daß Dr. Franz Burda Begriffe wie Unternehmensstrategie oder Verlagspolitik zeitlebens fremd blieben, dafür Begriffe wie Weitblick und Handeln nach der eigenen Nase umso verwandter waren. Aenne Burda hat es einmal⁶³ so formuliert: „Er tut immer, was er tun will

und nach seiner Meinung tun muß. Nichts und niemand hält ihn davon ab. Meist sind die Handlungen ausgeführt, bevor ein unerwünschter Einfluß ihn davon abhalten kann. Die Konsequenzen trägt er, ohne ein Wort darüber zu verlieren.“

Er begriff Récordon sofort als Chance und nutzte die Tatsache, daß die Franzosen sehr genau über die Arbeit der „Kartographischen Anstalt Dr. Franz Burda“ informiert waren. Aus deutschen 1:25.000-Karten machte er für die Franzosen 1:50.000-Blätter, die sich nahtlos an die französischen Blätter anschlossen.

Die Zusammenarbeit funktionierte. „Burda ist froh darüber, denn so hat er für seine Leute sofort wieder Arbeit.“⁶⁴ Wieder einmal hatte es sich erwiesen, daß Erfahrung nie nutzlos ist, und wieder blieb ihm das Glück treu. Und wieder packte er es beim Schopf. Dank einer ganz anderen Erfahrung von früher konnte er es.

Zentralfigur der Jahre des Wiederaufbaus aber wurde General Raymond Schmittlein⁶⁵. „1945 war Deutschland zunächst ein Land ohne Schulbücher und Lehrmittel, da die Lehrer nach den geltenden Gesetzen Lehrbücher aus der Nazizeit nicht mehr verwenden durften.“⁶⁶ Daher ging Schmittlein daran, die deutschen Schulen unter französischer Kontrolle mit Unterrichtsmaterial zu versorgen.

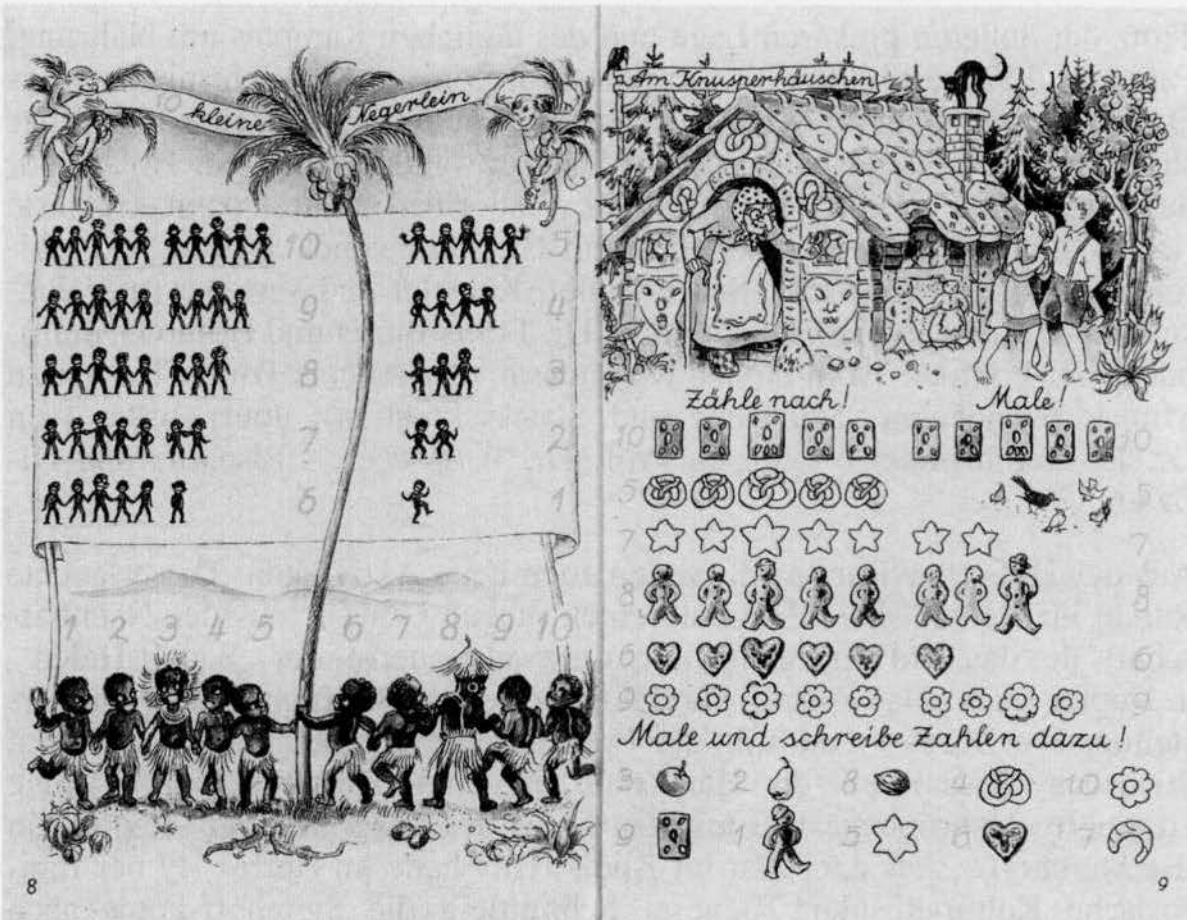
Mit dem „Lehrmittelverlag Offenburg“ schuf er sich „erst einmal die Organisation und das Instrument, das zur Bewältigung einer solchen Aufgabe nötig war.“⁶⁷ Man hat Schmittlein die strikte Methode später vorgeworfen, mit der er die Deutschen habe umerziehen wollen. Elisabeth Steil-Beuerle hat das zurecht zurückgewiesen.⁶⁸ Mit ihr ist Manns der Meinung⁶⁹, „daß der General in jenen schweren Jahren des Anfangs seine Konzeption nur zu realisieren vermochte, weil er in Dr. Franz Burda einen durchaus kongenialen Verleger und Drucker gefunden hatte, der in der ihm eigenen Dynamik trotz der unerläßlichen Starthilfe erst die ‚Konzeption‘ verwirklichte... In diesem Sinn ist der Name ‚Burda‘ unlöslich mit der Realisierung jenes Bildungsprogramms verbunden, von dem ich als Zeitgenosse und Historiker meine, daß es endlich seine volle Würdigung finden sollte.“

Es war eine riesige Zahl von Büchern, die damals im „Lehrmittel-Verlag“ erschienen und bei Burda gedruckt wurden. Praktisch alle Bücher, die im Unterricht in Volks- und höheren Schulen verwendet wurden, wurden in den drei Jahren von 1945 bis 1948 verlegt und gedruckt – von der „Kinderfibel“ bis zu Fichtes „Zurückforderung der Denkfreiheit“, von „Wir lernen rechnen“ bis zu Marchands „Lehrbuch der französischen Sprache“, von Goethes „Iphigenie“ bis Jellineks „Verwaltungsrecht“.⁷⁰

Ein Beispiel für die vielen Schul-
 bücher des Lehrmittel-Verlages



Ein Beispiel für die vielen Schul-
 bücher des Lehrmittel-Verlages



Der verlegerische Einfluß Dr. Franz Burdas auf das Programm ist im einzelnen nicht mehr festzustellen. Teilweise wurden Bücher aus der neutralen Schweiz nachgedruckt, die der Schweizer Verleger Bruno Grimm zur Verfügung gestellt hatte.⁷¹ Deutlicher wird der Einfluß Dr. Burdas in der Zusammenarbeit mit dem Verlag Quelle & Meyer, mit der er „eine seiner alten Lieblingsideen in die Tat umgesetzt“⁷² hat: die Herausgabe der berühmten Schmeilschen Werke zur Tier- und Pflanzenkunde.

Daß Dr. Burda auch die Erfahrungen seiner Kartographischen Anstalt nutzte, nimmt nicht wunder. Wohl aber der Erfolg. Burdas „Geografischer Weltatlas“, der erste, der in Deutschland nach dem Krieg herauskam, erreichte auf Anhieb eine Auflage von 500.000 Exemplaren.⁷³

Beim genaueren Hinsehen auf die Liste der in diesen drei Jahren erschienenen Bücher läßt sich aber absehen, wie sehr Dr. Burda auch als Verleger Einfluß genommen hat. So tauchen unter den Autoren und Herausgebern nicht nur ein gewisser Leo Wohleb auf, später südbadischer Staatspräsident (mit einer Bearbeitung der Latein-Grammatik von Schmalz/Wagner), sondern auch der spätere Rektor der Georg-Monsch-Schule Straub (Lebensvolles Rechnen – Rechenbücher für das 4. bis 6. Schuljahr) und der erste Autor des früheren Buchverlags, Dr. Alfred Spraul, der für den Lehrmittel-Verlag zwei Bände „Deutsche Stenografie“ verfaßte.

Trotz der äußeren prekären Lage und des täglichen Kampfes um Nahrung, Papier und Farbe⁷⁴ bildete sich um die Protagonisten des Lehrmittelverlags Dr. Burda und General Schmittlein herum ein kulturpolitischer Kreis, der sich öfter im Generalshüsle, einem Schwarzwaldhäuschen bei Hofstetten, das der General gekauft hatte, traf. Mit von der Partie waren dann „Gelehrte (ich [Manns. D. Autor] erinnere mich an Th. Steinbüchel, J. Lortz und zahlreiche andere Professoren), Schriftsteller, Künstler und Verleger (hier denke ich vor allem an die 'Hausfreunde' Dr. Franz Burda und Bruno Grimm), oder aber Politiker (vom Hohen Kommissar A. François-Poncet bis hin zu Ministerpräsidenten, Ministern und Staatssekretären), Journalisten (von Dr. E. Dombrowski bis hin zu Prof. Dr. B. Roegele), Bischöfe und Offiziere“.⁷⁵

Aus der Hofstetter Runde entstanden auch neue Aktivitäten: Die erlauchte Runde im Generalshüsle⁷⁶ kannte einen jungen Graveur aus der Nachbarschaft, der das Bild einer jungen Schwarzwaldbäuerin, der „Bächli-Helen“, in Kupfer stach. Das Porträt zierte eine Serie von Briefmarken, deren Herstellung Dr. Burda im Auftrag der Franzosen übernommen hatte. Mit dem Stich des Graveurs aus der Hansjakob-Gemeinde Hofstetten gab es keine Urheberrechtsprobleme wie mit den Fotos der „Zeit im Bild“-Reporterin Ilse Steinhoff. „Aus dem Zeit-im-Bild-Archiv hatte im Herbst '47 der französische Kultur-Resident General Schmittlein die Steinhoff-Fotos nach

Baden-Baden holen lassen. Sein Hobby war die Erneuerung von Briefmarken. Die Druckmaschinen seines Freundes Dr. Josef Burda in Offenburgs Hauptstraße liefen damals auf Touren. Südbaden, Südwürttemberg und Rheinland-Pfalz mußten gegen Druckkostenersatz bunt-schöne-Länderbriefmarken einführen, und auch das Saargebiet sollte kurz vor der Begründung seiner Eigenstaatlichkeit und vor der Einführung der Frankenwährung noch an die Reihe kommen.“⁷⁷

Zu den Briefmarken und den Schulbüchern kam noch die „Revue d'Information“, eine Zeitschrift für die Militärangehörigen in der französischen Zone. Die Maschinen in der Druckerei in der Hauptstraße liefen Tag und Nacht. Welche Bedeutung das in jener armen Zeit für die Stadt und ihre Umgebung hatte, ist kaum mehr abzuschätzen. Schon 1948 gab Burda 500 Menschen Arbeit und Brot. Er war damit bereits wieder der größte Arbeit-

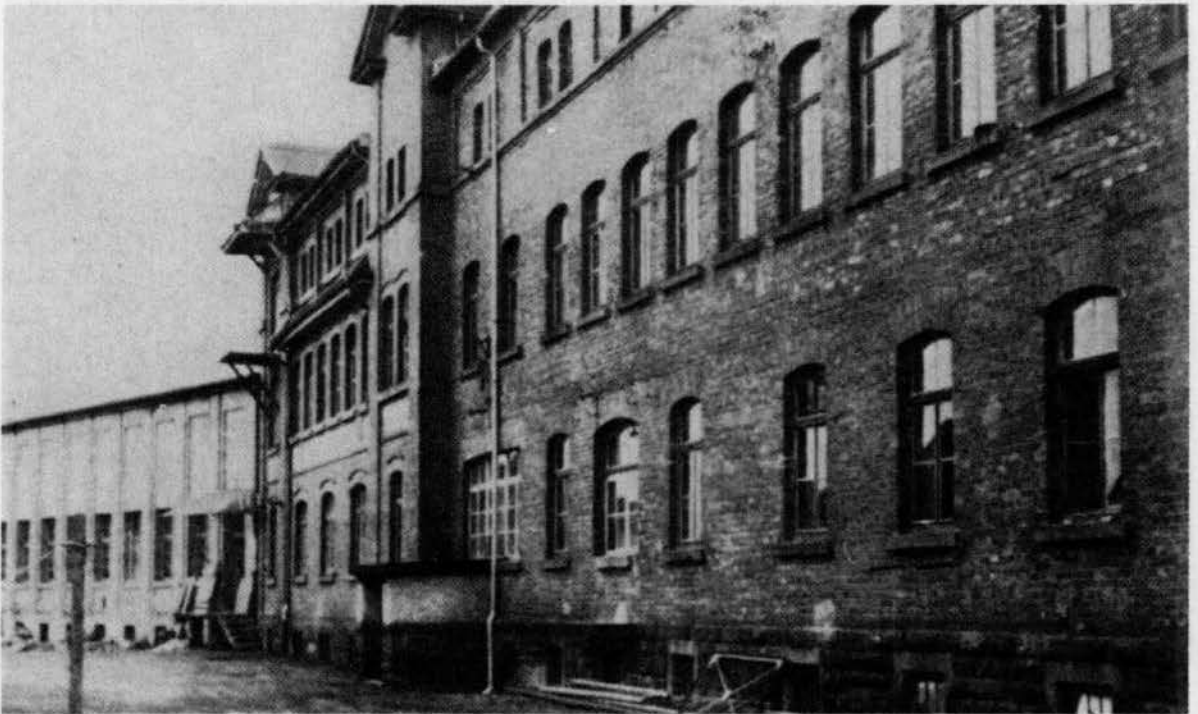


Zusammenarbeit mit der französischen Besatzungsmacht sichert Arbeitsplätze. Dr. Franz Burda mit dem Chefredakteur der Zeitung der 1. Französi-schen Armee

geber in Offenburg. Viele Mitarbeiter kamen aus artfremden Berufen, hauptsächlich aus der Landwirtschaft.⁷⁸

FB, das Kennzeichen der französischen Besatzungszone, das auch auf dem Brezelscheiben-VW-Käfer von Franz Burda stand (FB 09-3435), mag symbolisch stehen für die drei Jahre nach dem Krieg im Leben und Werk des Dr. Franz Burda. Die Franzosen waren die Besatzungsmacht, aber sie ermöglichten ihm auch, die Basis zu legen für ein Unternehmen mit Weltgeltung. Dr. Burda hat das nie vergessen. „Überlegen Sie einmal,“ sagte er fast 40 Jahre später einem Interviewer, „wir haben zwei Weltkriege verloren, wir feiern ein Fest nach dem anderen, ich greif mir manchmal an den Kopf und sag’ mir: ‚Nicht recht‘ . . . Verdient haben wir das bestimmt nicht. Ich war vor kurzem in Straßburg drüben, da hat mir eine Wirtin gesagt: ‚M’sieur, Ihr hän dr Krieg g’wunne.‘ S’ist etwas Wahres dran. Die geschickte Politik, die von der deutschen Regierung der verschiedensten Parteien gemacht worden ist, und der Respekt vor unserem Fleiß und Können, das gehört auch dazu, sind letztendlich schuld, daß wir so gut weggekommen sind . . .“⁷⁹

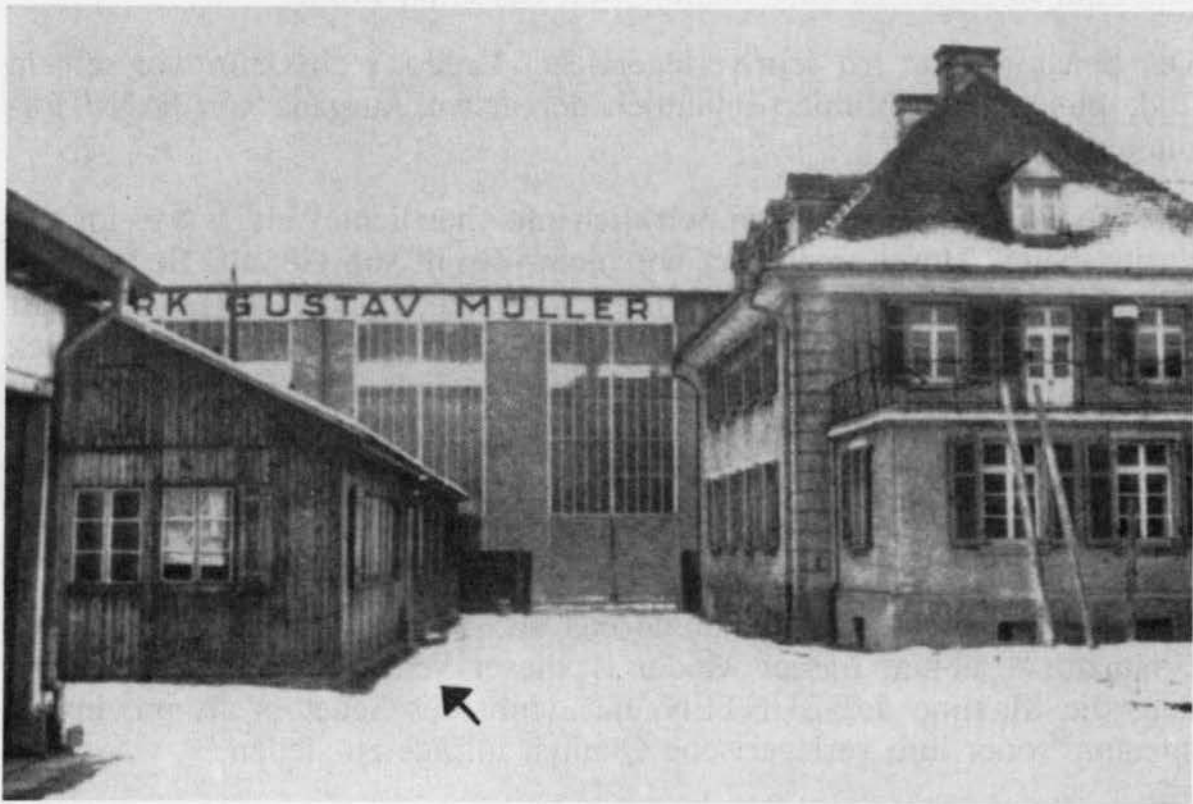
Am 17. März 1948, wenige Wochen vor der Währungsreform, setzte General Laffon seine Unterschrift unter ein Dokument, das für Franz Burda vielleicht das wichtigste in seiner Zusammenarbeit mit den Franzosen war. Auf Antrag von General Schmittlein wurde unter der Nr. 3934 die Lizenz für die Zeitschrift „Das Ufer“ erteilt.



*Nach dem Krieg muß die Arbeit auf verschiedene Orte verteilt werden:
Druckerei in der Tabakfabrik Beyer*



Buchbinderei im Saalbau und Gasthaus Michelhalle, Offenburg



Zeitschriftenversand in Baracken an der Offenburger Haselwanderstraße

„Das Ufer“ war nicht die erste Zeitschrift, die Dr. Burda ins Leben rief, aber als „BUNTE“ wurde es die wichtigste seines Verlags, nicht nur die erfolgreichste. Die nüchternen Fakten sind schnell berichtet. Gegründet als monatliche Regional-Illustrierte mit 35.000 Exemplaren Auflage und einem pädagogischen Anstrich im Sinn der „Education publique“⁸⁰ wurde die BUNTE eine der wichtigsten aktuellen Zeitschriften der Bundesrepublik mit einer Auflage von heute rund einer Million Exemplaren.⁸¹

Der Aufstieg der BUNTEN markiert auch die Wegstrecke des Aufbaus des Druck- und Verlagshauses. „Unser Erfolgsrezept heißt: nicht Wachstum um jeden Preis und keine waghalsigen Experimente, sondern Kontinuität, solide Leistung und marktgerechtes Verhalten“, hat es Dr. Franz Burda einmal formuliert.⁸²

Offizielle Statements dieser Art zeigen allerdings nicht, wie sehr Dr. Franz Burda mit „seiner“ BUNTEN, wie er gern mit einem gewissen Stolz sagte, verbunden war. Sie war ein wesentliches Stück seiner Lebensphilosophie und der seines gesamten Werkes. Henri Nannen, der Antipode im Norden, hat das erkannt: „Wir waren Konkurrenten, wenn man so will, aber wir hatten eine ganz verschiedene Ausgangsposition. Der STERN war ein kritisches Blatt, das sich mit den Unebenheiten und Ungelegenheiten dieser Welt beschäftigt, die BUNTE ILLUSTRIERTE, Franz Burdas erstes großes und erfolgreiches Blatt, war eher ein Blatt, das die Menschen zur Freude und zum Ja-Sagen zu einer heilen Welt bekehren wollte.“⁸³

Der Senator selbst hat sein verlegerisches Credo, sechs Jahre vor seinem Tod, gleichsam sublimiert anlässlich der ersten Ausgabe von PAN⁸⁴ formuliert:

„Ist die Welt, in der wir leben, wirklich eine ‚herrliche Welt‘, wie es im Untertitel heißt? Hören und lesen wir nicht überall von Gewalt, Bedrohung, Not und Tod, Angst und Ängsten, Nichtverstehen und Haß? Doch das ist zum Glück nur eine Seite unserer Welt. Wir dürfen darüber nicht den Blick für die andere Seite verlieren. Denn eine herrliche Welt voller Schönheit und Wunder kann man dennoch überall finden. Man muß nur richtig hinschauen! . . . Je verlorener und bedrängter sich der Mensch heute in seiner rauen Umwelt fühlt, desto größer seine Sehnsucht nach den edlen, schönen Dingen des Lebens und Erlebens, nach Wärme und Freude.“

Nur wer ihn nicht kannte, konnte das als Ausflüsse einer „Offenburger Frohnatur“⁸⁵ abtun. Immer wieder ist dieser Versuch unternommen worden, die Maxime der BUNTEN und damit des Senators als provinziell abzutun⁸⁶ oder ihre verlegerische Qualität infrage zu stellen.⁸⁷

Die Antwort darauf gab Deutschlands ‚teuerster Bleistift‘, der Essener Professor Willy Fleckhaus, auf dem Berliner Kommunikationstag 1979⁸⁸:

*Arbeitsformen der vierziger und
fünfziger Jahre*



„Wenn es um seine Blätter geht, kennt er weder Freund noch Feind. Er geht seiner Nase nach, braucht seinen Verstand und arbeitet aus dem Bauch. Er macht seine Blätter, er macht sie für sich. Er sagt in Offenburg: ‚Überall ist Offenburg‘ . . . In der Tat: die Wirkungen Burdas und Nannens sind phänomenal. Sie entsprachen den Bedürfnissen der Zeit. Sie haben eines gemeinsam: Sie sind organisch gewachsen. Wie Dörfer, aus denen Großstädte wurden. Die Städtegründer Burda und Nannen haben sich nie entfernt aus ihrer Bilderstadt. Sie haben in den Jahren erweitert, angebaut, abgerissen;



Dr. Burda mit seiner Belegschaft (1953)



Verleihung der Ehrenbürgerwürde der Stadt Offenburg zum 60. Geburtstag 1963. Trachtenmädchen tragen ein Gedicht vor

modernisiert, mit wechselnden Bautrupps, Dekorateuren, Innenausstattem, Handlangern. Das ist ihre Überlegenheit heute, daß sie alles so gewollt haben, wie es heute ist und aussieht. Sie können sich nur selber Vorwürfe machen und sich selber auf die Schulter klopfen.“

In der Sprache Dr. Burdas heißt das etwa so:

„Ich gehe unverdrossen und fröhlich meinen Weg, mache meine Arbeit recht und schön und weiß genau, daß der Erfolg nicht ausbleiben wird. Meine Gedanken gehen dahin, das Publikum so gut wie möglich zu unterhalten und das zu bieten, was man auch als kulturelle Aufgabe betrachtet.“⁸⁹

Daß das leichter gesagt als getan war, mußte auch der Senator erleben. Etwa als sich die Redaktion des „Ufers“ sträubte, der Krönung Elizabeths II. im Mai 1953 den entsprechenden redaktionellen Umfang zu geben. Der Verleger machte selbst ein Sonderheft und ging das Risiko einer Auflagenerrhöhung um 100.000 Exemplare ein – und gewann.⁹⁰

Zu Recht hat Henri Nannen⁹¹ darauf besonders hingewiesen, daß Franz Burda „nicht nur ein großer Verleger (war), er war auch ein großer Journalist“. Nannen wußte, wovon er sprach. Die BUNTE aus dem kleinen Offenburg hatte seinem STERN aus der beherrschenden Medienstadt Hamburg so manchen Scoop weggeschnappt. Nur zwei seien erwähnt: Mit der Exklusivverpflichtung von Wernher von Braun beherrschte die BUNTE das Thema Raumfahrt⁹² am authentischsten in den deutschen Medien. Als einzige Zeitschrift am Ball war die BUNTE auch mit Fotos von der ersten Herzverpflanzung durch Professor Barnard⁹³. Das Thema „Umweltschutz“ tauchte ebenfalls erstmals in der BUNTE auf. Sie veranstaltete sogar die ersten beiden Fachsymposien zu diesem Thema.⁹⁴

So sehr dem Verleger die BUNTE am Herzen lag⁹⁵, so klar war ihm, daß eine Monokultur keinen Erfolg verspräche. Bereits 1949 brachte er die „Südrag“ wieder auf den Markt, und im Herbst desselben Jahres – noch von den Franzosen initiiert – die in der Aufbauphase nach dem Krieg so erfolgversprechende Zeitschrift „Das Haus“. Aenne Burda begann in diesen Tagen die Arbeit an „Favorit“⁹⁶, die bereits am 1. Januar 1950 in „Burda Moden“ umbenannt wurde und ihren Siegeszug um die Welt begann.⁹⁷ Durch Kauf wurden zwischen 1958 und 1962 die „Deutsche Illustrierte“ (Stuttgart), die Münchner Illustrierte und die Frankfurter Illustrierte übernommen und in die BUNTE Illustrierte eingegliedert. 1963 wagte Dr. Burda nach Kauf und Integration der „Österreich Illustrierten“ den Weg ins östliche Nachbarland. Die „Freundin“ wurde 1963 gekauft, „Meine Familie und ich“ 1974 übernommen. Im Juni 1970 startete die „Freizeit und Rätsel Revue“⁹⁸, im Februar 1972 brachte Dr. Burda „Mein schöner Garten“



Beginn des Modeverlages „Aenne Burda“ im Bädle und...



... im „Lotzbeckhof“ in Lahr

auf den Markt und am 30. April 1980 „PAN“ als seine letzte Neugründung⁹⁹. Der Verleger war mittlerweile 77 Jahre alt.

Der Aufbau des Verlags nach dem Krieg erforderte den ganzen Mann, sollte man denken. Doch seit seiner inneren Entscheidung für Verlag und Druck hat Dr. Burda die duale Erfolgsschiene nie verlassen. Die Bauten in Offenburg sprechen davon beredt.

Bereits vor der dadurch für jeden sichtbaren Expansion der Druckerei erhielt Dr. Franz Burda am 26. Oktober 1950 jenen Titel, der sein Markenzeichen werden sollte: Senator. Dazu ernannte ihn die damalige Technische Hochschule Karlsruhe, „nicht, weil Herr Dr. Franz Burda mit seinen Ideen geschäftlichen Erfolg hatte . . . , sondern weil er neue Ideen hatte, nach neuen Ideen strebte und sann und diese in seinem Betrieb verwirklichte“.¹⁰⁰

Die Qualität des Burda-Tiefdrucks war bald sprichwörtlich. Sie war der Grund dafür, daß Dr. Burda bereits im Jahr 1962 von der sowjetischen Regierung aufgefordert wurde, ein Gutachten für ein geplantes Druckzentrum in Moskau zu erstellen¹⁰¹, und daß im Februar 1969 Ted Meredith, der Präsident des amerikanischen Kommunikationsmultis aus Des Moines, Iowa, nach Offenburg kam, um Dr. Burda die Schaffung eines gemeinsamen Tiefdruckunternehmens vorzuschlagen. Es wurde bereits am 2. Juli gegründet.¹⁰²

Dr. Franz Burda war stolz darauf, daß er – trotz aller internationalen Erfolge auch im Druck¹⁰³ – auch und gerade in seiner Heimat als Prophet etwas galt. Noch einmal der Freund und Weggefährte Franz Huber¹⁰⁴: „In etwas über einem Vierteljahrhundert ist der Burdabetrieb zu seiner heutigen überragenden Mächtigkeit emporgestiegen . . . Wenn unsereins das sagt und schreibt, so hat das vielleicht seinen besonderen kleinen Wert. Wir sind ja in unmittelbarer Nachbarschaft, haben die Entwicklung mit beobachtet, und die Offenburger Drucker alle insgesamt kennen und müssen feststellen, daß Herr Dr. Burda in seinem großen Unternehmen genauso Kollege geblieben ist, wie sein Vater in seiner kleinen Druckerei mit einer Schnellpresse und einem Tiegel . . . es schon gewesen ist. Offenburg ist durch den Burdabetrieb Druckerstadt ‚kat-exochen‘, wie die alten Griechen sagten, oder wie wir heute sagen, ersten Ranges geworden.“

In Zahlen bedeutete dies, daß etwa im Dezember 1952 allein Burda ein Fünftel des Gesamtumsatzes aller 130 Offenburger Betriebe mit mehr als zehn Mitarbeitern erwirtschaftete.¹⁰⁵ Das war sieben Jahre nach Kriegsende und in dem Jahr, in dem Dr. Burda den Neubau draußen vor der Stadt bezogen hatte.¹⁰⁶

Es war ein mutiger und riskanter Schritt, auf die Kronenwiese zu gehen und so groß zu bauen.¹⁰⁷ Aber Dr. Burda hoffte genauso wie sein Freund, der

damalige Oberbürgermeister Karl Heitz, daß sich Stadt und Burda noch gewaltig weiterentwickeln würden. In der Tat: es gibt viele Parallelen und Bedingtheiten zwischen dem Aufschwung der Stadt und ihrem größten Unternehmen.

So wagte zeitgleich mit dem Schritt Dr. Burdas vor die Stadt die Stadt selbst den Schritt über die Kinzig. Albersbösch entstand.¹⁰⁸ Acht Jahre später, als Offenburg ans Autobahnnetz angeschlossen wurde, fiel der Entschluß zum Bau von Druckerei und Hochhaus auf dem Gelände der landwirtschaftlichen Hallen und gleichzeitig die Entscheidung der Stadt, mit dem Bau der heutigen ‚Oberrheinhalle‘ außer der Messe- auch Kongreßstadt zu werden.¹⁰⁹



Die Offenburger Landwirtschaftliche Halle, die dem Burda-Komplex weichen mußte

Es hieße „Eulen nach Athen, Bier nach München oder ‚Bunte Illustrierte‘ an das Kinzigufer zu tragen, wollte man den Offenburgern erzählen, wer der Mann ist, der heute als ihr Ehrenbürger seinen 65. Geburtstag feiert“ schrieb Nis Heinrich Lindschau in einer Laudatio.¹¹⁰ Trotzdem sei hier kurz versucht, noch zwei Schlaglichter auf das Bild jenes Mannes zu werfen, der zusammen mit seiner Frau und den drei Söhnen Franz, Frieder und Hubert nicht nur die Entwicklung Offenburgs und der Ortenau maßgeblich geprägt, sondern aus der badischen Randlage heraus einen Weltkonzern aufgebaut hat. Es können nur Schlaglichter sein.



Ein Foto, das 1987 um die Welt ging: Aenne Burda und Raissa Gorbatschow



Dr. Franz Burda vor dem Andy-Warhol-Portrait (1973) seiner Söhne Hubert, Franz und Frieder

Dr. Franz Burda und die künstlerische Fantasie. Mit 77 hat er sich einen Traum erfüllt und eine Kunstzeitschrift gegründet, auf deren Titel er eine Reproduktion ‚seines‘ „Blauen Aktes“ von Ernst Ludwig Kirchner setzte. Er liebte die Bilder von Marc Chagall, den er kannte und oft in seinem Haus in Antibes begrüßte. Miró und Picasso schätzte er, Warhol, der ihn porträtierte, blieb ihm fremd.¹¹¹ Plastische Kunst mochte er besonders – vor allem die Werke lebender Künstler. Nicht, weil sie leichter faßbar sind, sondern weil er ihnen eine Bedeutung geben konnte, weil er als Auftraggeber ein neues, möglichst wahres „Bild“ entwerfen konnte, so wie er als Chefredakteur seiner Zeitschrift Ereignisse neu (aber wahr) beleuchten und entwerfen konnte und mußte, auch wenn sich die Fernsehzuschauer aktuell längst ein Bild davon gemacht hatten.

So wurde am Johannistag 1956 als erste Statue auf dem Betriebsgelände ein Gutenberg aufgestellt, der entgegen allen älteren Darstellungen aus Straßburg und Mainz keinen Bart trägt, sondern das „Gesicht eines ewig grübelnden Asketen und Erfinders, der nicht ruhte, bevor er seine Erfindung technisch und ästhetisch vollendet hatte“.¹¹²

Die Statue der hl. Ursula, der Offenburger Stadtpatronin, die Dr. Franz Burda 1961 seiner Heimatstadt stiftete, nimmt den alten Gedanken auf: „Dieses Vermögen der Kunst, dem Zeitgeist Ausdruck zu geben, ehe er sich in Sternstunden oder Katastrophen manifestiert, ehe ihn also der einzelne am eigenen Leib verspürt, gibt ihr prophetischen Charakter und macht sie zum Gewissen der Zeit.“¹¹³ Deshalb legte der Stifter auch Wert darauf, daß die heilige Ursula nicht so dargestellt wurde wie üblich¹¹⁴, sondern journalistisch kommentierend und wahr, also nicht als Märtyrerin, sondern als die Gekrönte, die Offenburg im Dreißigjährigen Krieg gerettet hat und jetzt hoch über der Stadt und ihren Bürgern steht und noch „über viele Jahrhunderte hinweg ihre Hand schützend und segnend über unsere Heimatstadt halten möge. Symbolisch soll sie die Menschen . . . vor allen Schrecknissen, die der Krieg oder die modernen atomaren Forschungen und ihre furchtbaren Auswirkungen mit sich bringen, beschützen.“¹¹⁵

Kunst-Stiftung, Wahrheit und Friedensmahnung: Wir begegnen ihr auch bei der Stiftung der Grimmelshausenstatue in Renchen. Die Plastik schuf der berühmte Giacomo Manzù, der es zunächst abgelehnt hatte, „für einen ‚Kriegshelden‘ den Meißel in die Hand zu nehmen“, den Kopf gestaltete Manzù nach einem Titelkupfer, das „nach neuesten Erkenntnissen der Literaturforschung als das bisher vermißte authentische Konterfei des Romaniers“¹¹⁶ anzusehen ist.

Mit dem anderen großen Italiener, Sandro Chia, hatte Dr. Hubert Burda seinen Vater bekannt gemacht. 1984 stiftete der Senator die beiden Bronzeplastiken des Dionysos und des Bacchus für die Weinstadt Offenburg. Wieder

war ihm Kunst als Zeichen wichtig: „Wir sind eine richtige Weinbaumetropole geworden. . . Ihr wißt alle, daß ich ein begeisterter Winzer bin.“ Was tiefer liegt als das vordergründige Symbol, nannte Dr. Hubert Burda bei der Einweihung: „Immer mehr Menschen wird heute bewußt, was wir in den rhythmisch gegliederten Betonstädten, hinter kalt konstruierten und mit Lamellen versehenen Großstadtfassaden verloren haben. . . In der Wucht und Schwere der Figur spürt man etwas von der Kraftanstrengung“, die Chia habe aufwenden müssen, „um sich gegen alle bis dahin gültigen Tendenzen durchzusetzen.“ L'art pour l'art war des Senators Sache nicht. Deswegen ergänzte er die Gedanken zum Schluß seiner Bacchus-Rede mit dem Zitat aus Mozarts „Entführung“: „Vivat Bacchus, Bacchus lebe!/Bacchus, der den Wein erfand.“ Und mit Tränen in der Stimme fügte er einen eigenen Vers hinzu: „Herr, beschütze unser Land,/unsre Laub- und Tannenbäume,/Menschen, Wald und Lebensräume,/alles liegt in Deiner Hand!“¹¹⁷

*

Dr. Franz Burda und die soziale Fantasie. Dr. Franz Burda war kein Freund kalter, nüchterner Zweckarchitektur. Der zum Burda-Turm verkleidete Schornstein, das machtvolle und doch grazil wirkende Hochhaus¹¹⁸ setzten ebenso wie der Eiermann-Bau oder das Sechseck¹¹⁹ des Verlags Aenne Burda städtebauliche Akzente. Das war gewollt – Bauen als soziale Verpflichtung, bei aller Zweckmäßigkeit das Stadtbild fördern. Es ist bezeichnend, daß der Senator nach dem Krieg nur ein einziges Mal daran dachte, Teile des Betriebs aus Offenburg zu verlegen – als ihm vorgeworfen wurde, die Brücke über die Hauptstraße passe nicht ins Stadtbild.¹²⁰

Wo auch immer gebaut wurde, für den Senator gehörte das Richtfest dazu. Jedes Richtfest war für ihn ein Zeichen, daß es weiter vorwärts geht. Das Richtfest strahlte positiv aus: auf die Öffentlichkeit und auf die Mitarbeiter.

Der Senator, der immer von sich gesagt hat, er sei kein politischer Mensch¹²¹, verstand sich dennoch als „Zoon politikon“, als Mensch in der Gesellschaft, mit tausendfältigen Bezügen innerhalb der Gesellschaft, und der Gesellschaft verpflichtet. Das Wort ‚sozial‘ verstand er wörtlich, nicht in der Einschränkung auf die Hilfe für Schwächere oder Bedürftige, obwohl gerade seine Leistungen auf diesem Gebiet Legion sind. Die erste der langen Reihe der „Bedürftigen-Weihnachtsfeiern“ etwa fand bereits 1950 statt. Viele dieser sozialen Leistungen fielen oder fallen ins Auge, von der Unterkunft, die er 1953 für einen städtischen Kindergarten zur Verfügung stellte, bis hin zu seiner Stiftung für die Kindertagesstätte Stegermatt 1980. Von einer ungleich größeren Zahl der unmittelbaren Hilfe wissen meist nur die Betroffenen.



Weihnachtsbescherung für Bedürftige, Januar 1959; Dr. Burda zwischen OB Heitz und Stadtpfarrer Hugle



Die Gäste

Bei der Feier zu seinem 50. Geburtstag hat er die Basis für seine gesellschaftspolitische Auffassung einmal formuliert. Es sei an der Zeit, „daß endlich ‚soziale Erfinder‘ auf den Plan träten, die den Menschen das gäben, was sie bräuchten. Erfinder der Technik gäbe es genug...“¹²²



Der baden-württembergische Ministerpräsident Kiesinger, Bundeskanzler Erhard und der CDU-Abgeordnete Furler als Gäste Dr. Burdas vor seinem Hochhaus

Den Menschen das geben, was sie brauchen – so entstehen erfolgreiche Zeitschriften. So entstehen aber auch Mäzenatentum, freiwillige betriebliche Altersversorgung für die Mitarbeiter (seit 1953!) – oder, mag es auch paradox klingen, Feste, über die alle Welt sprach, wie die Bambi-Feiern oder der Bal paré. So kommt es zu stundenlangen Diskussionen zwischen dem Unternehmer und dem ehemaligen IG-Metall-Chef Eugen Loderer, der oft in Offenburg war, oder zum Holdereck, jener wohl nur im Geist des „sozialen Erfindens“ möglichen Form, einen Arbeits-„Kampf“ auszutragen. Ende April 1976 standen in ganz Deutschland die Druckmaschinen. Die Umstellung auf neue Satztechniken machte den Beruf des alten Bleisetzers obsolet. Die Gewerkschaft wollte Arbeitsplatzgarantien tarifvertraglich festschreiben, die Unternehmer keine „Heizer auf der E-Lok“. In einer der härtesten Auseinandersetzungen der Druck-Tarifgeschichte wurde gestreikt und ausgesperrt. Obwohl in Offenburg nicht gestreikt wurde, ließ der Senator die Produktion ruhen, um nicht zu Lasten bestreikter Konkurrenten Wettbewerbsvorteile zu erzielen. Statt dessen feierte er mit fast 3.000 Mitarbeitern auf dem Holdereck die „ungewöhnlichste Maifeier, die es je gab“.¹²³

So kommt es zu Sonntag-Morgen-Matineen mit Sängern wie René Kollo oder Fritz Wunderlich, die Glanzpunkte der Offenburger Kultur waren, aber auch zur Bereitschaft, für die Interessen der Mitbürger zu kämpfen, wenn es notwendig war.

Dr. Franz Burda hatte sich vor der Baden-Abstimmung am 7. Juni 1970 für ein vereintes Baden-Württemberg engagiert. Die Regierung in Stuttgart bevorzugte danach allerdings nach Meinung vieler Ortenauer die Freiburger Region zu Lasten Mittelbadens. Da schrieb der Senator einen offenen Brief an den Ministerpräsidenten Hans Filbinger: „Mit zunehmender Sorge beobachte ich die Diskussion über die künftige Entwicklung meiner engeren Heimat... Selbst in der Ortenau, dem ‚altbadischen Urkanton‘, hat man sich mit überraschender Mehrheit für Baden-Württemberg eingesetzt, hat auf uns beide letztlich gehört...“ Jetzt sei „man bitter enttäuscht, daß der erklärte Wille der mittelbadischen Bevölkerung in Stuttgart nicht so gewertet wird, wie man erwarten darf... Ich appelliere daher als Mitstreiter für ein gemeinsames Baden-Württemberg, als Ehrenpräsident der Industrie- und Handelskammer Mittelbaden, als Ehrenbürger meiner Heimatstadt Offenburg, nicht zuletzt als ein Unternehmer, der Verantwortung für Tausende von Mitarbeitern trägt, an Sie, diesem mittelbadischen Raum jene Eigenständigkeit zu geben, die es ihm ermöglicht..., daß er die ihm nach seinen natürlichen Voraussetzungen und dem Potential seiner ständig wachsenden Bevölkerung gestellten Aufgaben in der Zukunft zu erfüllen vermag.“¹²⁴

1970 hatte das Unternehmen Burda Produktionsstätten in Offenburg und Darmstadt, einen Verlag in München¹²⁵ und schickte sich an, in den USA



Der Senator kämpft für den Südweststaat

eine Druckerei zu bauen. Die Gesamtauflage aller Zeitschriften lag bei über 17 Millionen Exemplaren, 4769 Mitarbeiter arbeiteten bei Burda. Doch der nationale und internationale geschäftliche Erfolg lösten, wie das Beispiel Baden-Abstimmung als eines von Tausenden zeigt, Dr. Burda nie von seiner Heimat. Im Gegenteil. Der Mann, den man mittlerweile als den Senator in der ganzen Medienwelt kannte, stieg am 22. Juli auf die Kanzel der Pfarrkirche in Durbach und hielt – statt einer Predigt des Pfarrers – eine An-

sprache im levitierten Hochamt zum Patrozinium vor 1.700 Gläubigen. „Nehmen wir uns nicht so ernst“, schloß er, „wir sind nur kleine Geschöpfe vor der Allmacht Gottes. Freuen Sie sich über das schöne Tal, in dem Sie wohnen.“¹²⁶ Auch das eine Facette, die in das Bild der Persönlichkeit dieses großen und erfolgreichen Mannes der Ortenau gehört.

Der Senator ging bis in sein Todesjahr noch jeden Tag von der Schanzstraße hinüber in den Verlag, auch wenn er die Tagesarbeit längst seinen Söhnen übertragen hatte.¹²⁷ Eine heimtückische Krankheit machte dem Senator seit seinem 80. Geburtstag immer mehr zu schaffen. Er starb am 30. September 1986.

Während des Requiems in der Offenburger Hl.-Kreuz-Kirche sagte Vertriebsdirektor Karlheinz Binder: „Er war ein großer Mann mit einem großen Herzen, in dem mehr Platz hatte als nur das eigene Ich. Und aus dieser



Senator Dr. Franz Burda enthüllt die Dionysosstatue an der Offenburger Stadtmauer

Weitherzigkeit heraus hat er gehandelt.“ „Viele haben das erfahren“, sagte OB Martin Grüber, „und werden es nicht vergessen. Die Kinder der Stegermatt, die Bewohner der Altersheime, die vielen kulturellen und sportlichen Vereine, die vielen Familien, denen er bei Krankheit und Not geholfen hat.“ Und Ministerpräsident Lothar Späth meinte: „In ihm war ein nie versiegender optimistischer Quell. Rückblickend meine ich, daß wohl weniger der Unternehmer Burda zur Kunst als vielmehr der künstlerische Mensch Franz Burda zum Unternehmertum gefunden hat.“¹²⁸

Anmerkungen

- 1 Zitiert nach „Weingötter für das Land der Reben“ o. O., o. J. (Offenburg 1984).
- 2 Zitiert nach „Burda intern – Nachrichten für die Mitarbeiter des Hauses Burda“, Offenburg 13. Oktober 1986, S. 4. Das Zitat stammt aus einem Nannen-Statement, das der Südwestfunk am 30. September 1986 sendete („Blickpunkt am Abend“).
- 3 So Dr. Burda in seiner Dionysos-Rede (a. a. O.).
- 4 Hans-Jochen Vogel, damals SPD-Fraktionschef im Bundestag, laut Burda intern a. a. O.
- 5 Hans-Jürgen Jakobs/Uwe Müller, Augstein, Springer & Co, Zürich/Wiesbaden 1990, S. 123.
- 6 Jakobs und Müller zitieren so einen ungenannten einstigen Untergebenen, der sich „voller Bewunderung, wenngleich mit einem ironischen Unterton in der Stimme“ erinnert habe. Das „Zitat“ ist zumindest gut erfunden.
- 7 Dr. Burda in seiner Dionysos-Rede a. a. O.
- 8 „Im entlegenen Eiland der Nordsee, auf der noch englischen Insel Helgoland, stund der einzige Altar, da ohne solche papierene Voraussetzung der Schwarzkünstler sich mit seiner Philippsburger Josefine legitim vereinigen konnte.“ (Adolph Geck in „D'r alt Offenburger“ – künftig: DaO Nr. 1583 vom 23. November 1929). Die „papierene Voraussetzung“ waren Heimatschein oder Geburtsurkunde des Vaters des Bräutigams. Der, Wenzel Burda, gelernter Hutwalker, war auf der Walz von der Heimat der Familie in Deutsch Brod in der Iglauer Sprachinsel in Böhmen in den Schwarzwald gekommen und hatte um 1864 die Gengenbacherin Amalie Fleig (ca. 1845–1928) geheiratet. Die Mutter hatte bei der Hochzeit ihres Sohnes die Unterlagen über die Geburt ihres Mannes nicht oder nicht mehr. Das Geburtsdatum Wenzel Burdas ist nicht mehr bekannt. Er starb 1878.
- 9 Vgl. „Ortenauer Rundschau“ (künftig OR) Nr. 8 vom 22. Februar 1953.
- 10 Zeiser hatte bereits eine kleine Zeitung, die „Offenburger Nachrichten“, herausgegeben. Vgl. Otto Kähni, Offenburg – Geschichte einer Reichsstadt, Offenburg, o. J. (1951), S. 103.
- 11 Huggle lebte später in Ulm, wo er Stadtrat und Direktor der Ulmer Zentrumsdruckerei wurde. In dieser Funktion streckte er seine Fühler auch in die Ravensburger Zeitungslandschaft aus. Vgl. DaO Nr. 866 vom 19. Dezember 1915.
- 12 Vgl. Dr. Franz Burda, Mensch und Werk, Offenburg o. J. (1968), S. 10 (künftig MuW). Franz Burda I. spielte Ventilposaune, Es-Horn und Oboe und übertrug seine böhmische Musikleidenschaft auf den Sohn.

- 13 Diese Maschine tat treu und brav ihren Dienst bis in die 20er Jahre. Erst dann konnte sich Franz Burda eine neuere, gebrauchte Koebau kaufen. Und erst, nachdem die „Sürag“, die der Sohn 1927 gegründet hatte, gut lief, konnten die Burdas ihre erste „Kreisbewegungsmaschine“ anschaffen, wie man eine Rotation damals nannte. Den Tiegel und die erste Koebau schenkte Dr. Franz Burda übrigens dem Freund Franz Huber „als Erinnerung an seinen Vater“. Vgl. OR Nr. 8 vom 22. Februar 1953.
- 14 Karoline Herr war eine Halbschwester von Franz Burdas Mutter. „Sie nahm mich auf wie ihr eigenes Kind“, sagte Dr. Franz Burda rückblickend in einem Gespräch mit dem Autor. An die Mutter selbst hatte er kaum Erinnerungen. Einmal habe er sie als kleiner Bub von Philippsburg aus in der Freiburger Klinik besuchen dürfen. Sie sei, wie ihm seine Tante Amalie erzählt habe, eine „tüchtige Frau, eine seelengute Frau“ gewesen.
- 15 Die Oberrealschule war noch in einer Baracke neben der evangelischen Stadtkirche untergebracht.
- 16 Genaue Umsätze aus jener Zeit sind nicht bekannt. Aber noch Jahre später liegen die Monatsumsätze unter 500 Mark. Vgl. MuW S. 17.
- 17 Franz Burda hatte zur Hilfe nur einen Lehrling. Vgl. Josef Basler, Fessenbach o. J., S. 30.
- 18 „Fernseh-Memoiren, Franz Burda blickt zurück.“ Gesendet vom SDR am 25. Februar 1985 (künftig: SDR-Interview).
- 19 Hans-Joachim Fliedner/Michael Friedmann, Offenburg und seine Fastnacht, Offenburg 1983, S. 78. Der Burda-Franz, berichten die Autoren, sei mit Mina Koch das „nach Meinung vieler echtste Paar von ‚veef und Andres‘“ gewesen.
- 20 So ließ er etwa zur Geburt seiner ersten Tochter – Herta – (er hatte bereits zwei Söhne und vier Stiefsöhne) ein Plakat an die öffentlichen Anschlagssäulen kleben. Josef Mandel malte ihm dafür einen Storch, den Text hat der stolze Vater selbst gereimt, gesetzt und gedruckt: „Frohi Botschaft! D’ Nadurgschicht liegt (lügt, d. A.), d’Welt geht nit unter,/Solang dr Schtork no riddelt dran:/E Fasendmaidli, gsund un munter/Mit gar kaim liedrige Sopran,/dess isch si Geschenk un mi Pläsier./Drum Bohneburg, freu Dich mit mir! Franz Burda.“ Das Plakat ist abgedruckt in OR Nr. 7 vom 11. Februar 1939. Auch wenn die Auftragslage der Druckerei zum Heulen war, zu lachen gab’s offenbar immer etwas: „Die Druckerei in der Kesselstraße war Eldorado einer lustigen Offizin. Franz Burda setzte und druckte, schnitt Papier, pfiß und sang fröhlich den ganzen Tag und machte seine Spässe mit dem immer gut aufgelegten Drechslermeister Karl Geßler, der nebenan in dem kleinen Gebäude seine Drehbank laufen hatte, und dem Dachdeckermeister Peter Dold, der quer über die Straße sein Lager besaß. Die Drei waren ein zu vielen Streichen aufgelegtes Handwerkertrio.“ – OR Nr. 8 vom 22. Februar 1953.
- 21 OR vom 4. Oktober 1933. Und in einer Beilage zu „Der Führer“ vom 11. Februar 1934, fünf Jahre nach dem Tod von Franz Burda, lesen wir: „Er war ein famoser Kerl. . . Tüchtig und fleißig in seinem Geschäft und guten Mutes, wenn es auch einmal nicht klappte. Leichter Sinn war ihm gegeben. Der leichte Sinn, der mit Leichtsinn nichts zu tun hat, führte ihn durch alle Lebenslagen. Wenn man ihn brauchte, so erfuhr man keine Absage. . . Franz Burda hat sich eben immer für die anderen geopfert. Bald in diesem, bald in jenem Kreise. Überall hat man ihn gern gehabt.“
- 22 Zit. nach MuW S. 22.
- 23 Zit. nach Notizen des Autors in einem Gespräch mit dem Senator.
- 24 „Die Zahlungsmoral war schlecht. Und der Vater, der überall beliebt war, war nicht der Mann, der Geld eintrieb. Er war eigentlich gar kein Geschäftsmann. Und mehrere Male stand er vor dem Ruin“, erinnerte sich Dr. Burda in einem Gespräch mit dem Autor. Der seit der Jugendzeit befreundete Metzger Burg drückte „oft die Augen zu, wenn die Miete nicht pünktlich bezahlt werden kann. Genauso wie der Nachbar, Dipl.-Ing. Otto Lang, Chef des Elektrizitätswerkes, der oft monatelang die Stromrechnung stundet. Lehrmädchen bei Otto Lang ist Fräulein Anna Lemminger. Oft wird sie zum Inkasso der Stromrechnung ins Nachbarhaus, in die Druckerei Burda, geschickt.“ (MuW S. 26). Später einmal wird Anna Lemminger Aenne Burda heißen. . .

- 25 In DaO-Nr. 1098 vom 23. Mai 1920 lesen wir: „Eine neue Zeitung für Offenburg. Recht spät haben wir heute das neueste Kind der örtlichen Journalistik kennen gelernt, das den Namen führt ‚Süddeutsche politische Rundschau‘ (Organ des Ausschusses zur Wahrung deutscher Volksinteressen)... Der Kopf der neuen Zeitung verzeichnet: ... Druck: Franz Burda, Offenburg... Das Blatt scheint mit der zweiten Nummer sein Erscheinen eingestellt zu haben.“
- 26 Franz Burda wurde am 18. Juli 1928 von der Friedrich-Alexander-Universität Erlangen zum Doktor der Staatswissenschaften promoviert.
- 27 SDR-Interview, 1985.
- 28 Vgl. Anm. 26. Franz Burda wurde später zum Senator E. h. der Technischen Hochschule Karlsruhe und zum Professor der Wiener Universität ernannt. Während er draußen (vgl. oben S. 528) als „der Senator“ bekannt war, ließ er sich im Unternehmen mit „Herr Doktor“ anreden. „Den Titel“, sagte er öfter, „habe ich mir mit viel Arbeit und eigenem Gehirnschmalz erworben.“
- 29 Urkunde der Handwerkskammer Freiburg. Burda-Privatbesitz. Dr. Franz Burda war nach eigenem Bekunden der erste Lehrling mit Doktor-Titel, der in Freiburg seine Gesellenprüfung ablegte.
- 30 Meisterbrief der Handwerkskammer Freiburg vom 15. April 1930. Das Meisterstück war der prächtige Vierfarbdruck eines dekorativen Blumenstraußes.
- 31 Franz Huber in der „OR“ Nr. 8 vom 22. Februar 1952. – Umsatz im Januar 1927: 833,50 Mark. Vgl. MuW S. 18.
- 32 Unmittelbar nach dem Examen erreichte Franz Burda die Nachricht, daß die Schmerzen des Vaters so stark seien, „daß er praktisch nicht mehr arbeiten kann. Der Sohn möge ihm doch die Sorge um die Familie abnehmen.“ (MuW S. 34) „Da blieb gar nichts anderes übrig, als praktisch meinen Referendarkittel an den Nagel zu hängen und in den Betrieb zu gehen und dort zu arbeiten, damit die Familie nicht der Fürsorge anheim fiel“ (Dr. Franz Burda im SDR-Interview 1985).
- 33 Die Süddeutsche Rundfunk AG (Sürag) sendete über Radio Stuttgart ab 1924. Vor allem die Möglichkeit, Musik zu hören, faszinierte den seit den Geigenstunden beim Mandel Sepp in der Vorstadt (vgl. OR Nr. 8 vom 22. Februar 1922) begeisterten Musikliebhaber, sehr. In einem Gespräch mit dem Autor nannte er als sein erstes „Radio-Erlebnis“ die Nedda-Arie „Wie die Vöglein schweben hoch im Äther blau“ aus Leoncavallos „Bajazzo“, die er in München per Kopfhörer zwar „rauschend, aber unvergeßlich“ gehört habe.
- 34 Vgl. SDR-Interview, 1985.
- 35 Vgl. OR Nr. 8 vom 22. Februar 1922 (Huber spricht darin allerdings von vier Seiten). Das Blatt erschien erstmals am 6. März im eigens gegründeten Sürag-Verlag Offenburg, zunächst in einer Auflage von 3.000 Exemplaren, für 50 Pfennig. Franz Burda selbst redigierte, druckte und kümmerte sich um die Anzeigen („Inserate der fachmännischen Geschäftswelt“ – vgl. Beilage zum DaO Nr. 1442 vom 12. März 1927) und um den Vertrieb. Wobei er eine glänzende Idee hatte: Dort, wo die neuen Radiogeräte gekauft werden, müßte man auch Interesse am Programm haben. So war es. Mit fast jedem Kauf eines Radios wurde auch ein Abonnement der Sürag verkauft. Aus der Sürag wurde später die BILD+FUNK.
- 36 Abgedruckt in DaO Nr. 1667. Die „Sürag“ wurde 1931 bereits in 53.000 Exemplaren gedruckt. Franz Burda war damit in der Tat der größte Verleger in Offenburg. Aber es mag sein, daß ihm auch der Titel selbst wichtig war. Dr. Franz Burda erzählte wieder und wieder, welche Probleme es mit dem Elternhaus Lemminger gab, als sich die 19jährige Aenne und Franz Burda ineinander verliebten. Die Eltern Lemminger hielten weder etwas von Studenten, noch weniger von Druckern, die ihre Schulden beim Elektrizitätswerk nicht bezahlen konnten, so daß die Tochter sie höchstpersönlich eintreiben mußte. Franz Burda und Aenne verlobten sich am Ostersonntag 1930, fünf Tage nach seiner Meisterprüfung (vgl. u. a. MuW S. 40 ff.).
- 37 OR Nr. 8 vom 22. Februar 1953.

- 38 Es war das Jahr, in dem am 24. Mai der Stammhalter geboren wurde. Er wurde nach Vater und Großvater Franz genannt. Die Familie lebte damals in der Hildastraße 40, ehe sie 1933 in die Schanzstraße 10 umzog.
- 39 Zitiert nach MuW S. 42.
- 40 Tatsächlich hatte die Sürag nach 1933 und dem Aufkommen einer eigenen nationalsozialistischen Funkpresse einige Auflagenprobleme. Sie konnte aber weiterbestehen und mußte erst 1941 eingestellt werden.
- 41 OR Nr. 32 vom 10. August 1935. Das Gebäude steht genaugenommen zwischen Unionbrücke und Hauptstraße (Adresse: Hauptstraße 13). Der „Verlag“, der zwischendurch wegen Raumnot ausquartiert war und im ehemaligen Franckenstein'schen Rentamt in der Hauptstraße arbeitete (Vgl. „Die Ortenau“ 1977, S. 296), konnte im Neubau wieder direkt neben der Technik untergebracht werden.
- 42 OR Nr. 8 vom 22. Februar 1953.
- 43 Die ersten bei Burda gedruckten Versandhauskataloge waren die von Wenz und Schöpfelin, die Dr. Burda 1936 gewinnen konnte. Mehr als ein halbes Jahrhundert später werden sie noch immer bei Burda gedruckt. – Auch fremde Zeitschriften werden nun bei Burda in Offenburg gedruckt: „Die Biene und ihre Zucht“, die Badische Imkerzeitung, und die vorher in Stuttgart gedruckte „Funk-Illustrierte“ (Vgl. OR Nr. 32 vom 10. August 1935). – Der Tiefdruck ist nach wie vor das Druckverfahren, mit dem sich Massenauflagen in hoher Qualität am günstigsten herstellen lassen. Die ersten Tiefdruckmaschinen hatte Dr. Burda beim Scherl-Verlag in Berlin gesehen.
- 44 Die technischen Voraussetzungen hatte Dr. Franz Burda auch in diesem Jahr mit einem mutigen Neubau geschaffen – der Druckerei auf der Kronenwiese (1953).
- 45 Vgl. unten S. 542 f.
- 46 Etwa „Die ersten 50 Jahre des XX. Jahrhunderts“ (drei Bände, Sommer 1949). Später verlegte Dr. Burda u. a. Bücher über Kunst und Kultur („Die private Welt des Pablo Picasso“, „Jazzlife“), Technik („50 Jahre Motorflug“, „Das Autobuch“), Kirche („Athos, Berg der Verklärung“, „Johannes XXIII.“), Politik („Konrad Adenauer“, „John F. Kennedy“), Sport („Fußball-Weltmeisterschaft 1954“). Großen Erfolg hatten die aktuellen Bände zu wichtigen Ereignissen. Einer davon war „Papst Paul VI. im Heiligen Land“. Dr. Burda, der mit seiner Frau nach Rom gereist war, überreichte den Band dem Papst während einer Privataudienz (13. Januar 1964) – Vgl. MuW S. 90 f. und unten, Anm. 92.
- 47 OR Nr. 39 vom 30. September 1939. Das Sürag-Ferienheim in Oberharmersbach fand seine Nachfolgerin nach dem Krieg in Menzenschwand. Noch heute haben langjährige Mitarbeiter die Möglichkeit, auf Kosten des Unternehmens einen Ferientaufenthalt zu genießen (im Hotel „Allgäu-Stern“ in Sonthofen). In dem mehrfach zitierten SDR-Fernsehinterview sprach Dr. Burda zur Überraschung des Interviewers davon, daß die Unternehmer zunehmend „innerlich sozialisiert“ würden. Auf die Rückfrage erklärte er: „Das heißt, daß sie nicht mehr von oben herab die Arbeiter behandeln, sondern daß es ihr Mitarbeiter ist, an dem sie auch hängen und glücklich sind, wenn er zusammen mit ihnen arbeitet.“ Er sei, sagte er während der Feier zu seinem 75. Geburtstag, „nicht der große Chef, der irgendwo für alle unerreichbar hochoben in seinem Hochhaus thront. Sondern ganz einfach der erste Arbeiter in seinem Betrieb, der sich auch selbst an eine Maschine stellen kann, und der das erlernte Handwerk beherrscht.“ (Maschinenschriftliches Redemanuskript mit Handnotizen des Senators). – Die sozialen Leistungen von Burda sind anerkannt. Zum Teil gegen erhebliche Widerstände von außen setzte er die Betriebskrankenkasse (bereits 1952 – sie zahlte Jahre vor der gesetzlichen Regelung Krebsvorsorgeuntersuchungen), die Betriebsunterstützungskasse oder höhere vermögenswirksame Leistungen durch. Ein beredtes Beispiel ist auch der Burda-Sportclub, mit über 4.000 Mitgliedern heute der größte Sport- und Freizeitclub der Ortenau.
- 48 Die Druckerei gehörte den jüdischen Brüdern Berthold, Ludwig und Karl Reiss. Vermittler war Max Kahn, der Inhaber der Papiermanufaktur in Mannheim, der Dr. Burda kannte.

- 49 MuW S. 44. Den Kaufpreis (850.000 RM) brachte Dr. Burda mit Hilfe des Karlsruher Verlegers Karl Fritz auf, von dem er 1963 die Zeitschrift „Freundin“ kaufte.
- 50 Maschinenschriftliches Manuskript. Hans Reiss emigrierte nach England, wo er später in Bristol Professor für Germanistik wurde. Franz und Aenne Burda wurden die Paten seiner 1966 und 1968 geborenen Kinder, „zum Dank für alles, was er meinem Vater und auch meiner Mutter (der Staatsschauspielerin Maria Petri. D. Autor) Gutes getan hatte.“ (Hans Reiss a. a. O.) – Dr. Burda zog nach der Übernahme der Mannheimer Druckerei mit seiner Frau und den beiden Kindern – Frieder war am 29. April 1936 auf die Welt gekommen – nach Heidelberg. Dort kam am 9. Februar 1940 der jüngste Sohn Hubert zur Welt. 1942 kehrte die Familie wieder zurück nach Offenburg.
- 51 Als Dr. Burda 1935 den Tiefdruck einführte, gab es in Deutschland 14000 Buchdruckereien, aber nur 200 Tiefdruckereien. Nur eine davon stand in Baden: Die Gebrüder Bauer in Mannheim hatten bereits 1926 die erste Tiefdruckrotation aufgestellt. Auf dieser Maschine wurde noch 1952 in Lahr-Dinglingen gedruckt. – In Offenburg hatte Dr. Burda inzwischen exzellente Fachleute, die ihn vertraten. Sie kamen von gleichgeschalteten SPD-Druckereien in Berlin, aus der Verlagsstadt Leipzig oder aus Hannover wie Heinrich Dahlke, der lange Jahre der erste Mann in der Druckerei war – seit 1958 unter Dr. Burdas ältestem Sohn Franz Burda.
- 52 Bei der Feier anlässlich der Verleihung der Ehrenbürgerwürde an Aenne Burda an ihrem 80. Geburtstag (28. Juli 1989) entschlüpfte dem Offenburger OB Martin Grüber eine Bemerkung in diese Richtung. Es entspann sich darüber mit dem Lahrer OB-Kollegen eine offene Kontroverse in der Presse. Vgl. OT vom 5. und 8. August, 5. September 1989.
- 53 Die meisten der Druckerei-Spezialisten kamen zusammen ins Baubataillon 62 nach Finnland. Dr. Burda selbst als „ungedienter“ 36jähriger wurde nicht eingezogen. Er bekam erst im Januar 1945 einen Gestellungsbefehl zum Volkssturm, mußte allerdings nicht mehr einrücken.
- 54 Nis Heinrich Lindschau im OT vom 24. Februar 1953. Dr. Burda dachte sogar daran, seinem Betrieb durch den Bau von Motorteilen für Panzer das Überleben zu sichern. Vgl. MuW S. 60.
- 55 Offset (Flachdruck) ist das dritte Druckverfahren neben Hochdruck (Buchdruck) und Tiefdruck.
- 56 1943. Vgl. „Burda-Familie“, Nr. 1/53.
- 57 Er zeigt das Gebiet von Tscherkassy. Aus Luftbildaufnahmen vom September 1942 (1:30000) und einer Truppenkarte Rußland (1:50000) als „Entzerrungsunterlage“ wurde in Offenburg der Luftbildplan im Maßstab 1:100000 hergestellt. Ein Exemplar ist bei Burda noch vorhanden.
- 58 Vgl. MuW S. 60
- 59 Vgl. Burda Familie 1/53. Gefahr drohte aber nicht nur durch Bombenangriffe. Die „Rückendeckung“ durch Heer und Luftwaffe schloß nicht aus, daß lokale oder regionale Parteigrößen, die das Sagen hatten, die Druckerei oder Materialien für sich akquirieren wollten. Das für die Produktion unumgängliche Farblösungsmittel Toluol ließ Dr. Burda deshalb unter der Terrasse des Ferienheims Oberharmersbach in Tanks vergraben. – Was die Luftangriffe angeht, bestätigten sich die Ahnungen Dr. Burdas. Der Mannheimer Betrieb wurde bei einem Bombenangriff im Februar 1944 völlig zerstört. Die Offenburger Druckerei kam bei den Bombenangriffen am 17. und 30. November mit kleinen Schäden davon.
- 60 Zit. nach MuW S. 130.
- 61 Zit. nach MuW S. 136.
- 62 In einem Gespräch mit dem Autor.
- 63 In einem Artikel zum 65. Geburtstag ihres Mannes. In: MuW S. 209.
- 64 MuW S. 61. Fast 20 Jahre später erinnert man sich in Frankreich noch daran. 1968 erhielt Dr. Burda die Ernennung zum „Brigadier d'honneur“ des kartografischen Dienstes der französischen Armee – die höchste Ehrung, die ein Truppenteil einem Außenstehenden verleihen kann.

- 65 Raymond Schmittlein (1904–1974), französischer General. Ursprünglich Universitätsprofessor für französische Literatur. Nach dem Krieg Directeur général des affaires culturelles und Chef der „Education publique“ beim französischen Oberkommando im Hotel Stephanie in Baden-Baden. Er war durch Colonel Récordon auf Dr. Burda aufmerksam geworden.
- 66 Peter Manns, Höchst persönliche Erinnerungen an einen großen Franzosen und die bewegten Jahre der Wiederbegründung einer alten Universität – In memoriam Raymond Schmittlein, Mainz 1978, S. 191.
- 67 Manns a. a. O.
- 68 Elisabeth Steil-Beuerle, Erinnerungen an die Wiedereröffnung der Mainzer Universität, in: Jahrbuch der Vereinigung ‚Freunde der Universität‘ 1976/77, S. 194 ff.
- 69 Manns a. a. O., S. 195.
- 70 Eine ausführliche Liste findet sich in MuW S. 62 ff.
- 71 Vgl. Manns S. 191, MuW S. 61.
- 72 MuW S. 64. Dr. Burda, schon in der Schule „Botaniker aus Passion“, verwirklichte seine Lieblingsidee noch einmal – ganz anders. Zu seinem 69. Geburtstag 1972 veröffentlichte er die erste Ausgabe der Zeitschrift „Mein schöner Garten“, heute die größte Garten- und Blumenzeitschrift des Kontinents.
- 73 MuW S. 64.
- 74 Nahrung wurde in Oberschwaben besorgt – bei Burda gedruckte Schulhefte und vor Ort eingehandeltes Kirschwasser wurden gegen Kartoffeln getauscht, Farbe konnten schließlich – zum Teil gegen Schwarzwälder Speck – die Farbenfabriken Siegwerte liefern, für Papier sorgten die Franzosen, für die nötigen Filme die Amerikaner, deren „Geographical Service“ sich in der spezialisierten Offenburger Druckerei ebenfalls „eingenistet hatte“. Vgl. MuW S. 64 ff. Die beste Zusammenarbeit mit den Franzosen konnte aber nicht verhindern, daß Dr. Burda im Mai 1945 für fünf Tage in der Grabenallee hinter Gefängnisgitter kam, weil er allzu heftig gegen die Beschlagnahme von vier Wohnungen seiner Mitarbeiter protestiert hatte.
- 75 Manns a. a. O. S. 182. Von einem literarisch-kulturhistorischen „Salon“ berichtete Dr. Burda nach seinem Aufenthalt im Gefängnis. Mit seinem Mitgefangenen, dem Pfarrer Harbrecht aus Sulz bei Lahr, entwarf er einen Vorlesungsplan, um sich und den mitgefangenen Offenburger Kaufmann August Mühl zu unterhalten. Jeweils zwei Stunden am Vor- und Nachmittag sollten der Pfarrer und Dr. Burda vortragen, der Pfarrer über historische und kunsthistorische Themen aus der Ortenau. Dr. Burdas Vorlesungsplan sei hier komplett wiedergegeben, weil er seine Hobbys widerspiegelt: Er wollte sprechen „am Montagnachmittag über die Blumenwelt unserer Heimat“ [wenig später druckte er den „Schmeil“, 1972 gründete er „Mein schöner Garten“. D. Autor], „am Dienstag über badische Dichter (Johann Peter Hebel, Viktor von Scheffel und Hermann Burte“ [die er oft und gern zitierte und in weiten Passagen auswendig kannte. D. Autor]). „Am Mittwoch referierte ich über moderne Komponisten (Hindemith, Bela Bartok, Igor Strawinski), am Donnerstag über Musik der Barockzeit (Vivaldi, Bach, Händel“ [das waren neben Schoschtakowitsch, Prokofjew, Wolf, Schubert und Brahms (vgl. MuW S. 109) seine Lieblingskomponisten]). Zitate aus MuW S. 66. Später ließ Dr. Burda in seinen berühmten Sonntags-Matineen seine Freunde und Mitarbeiter in Auftritten weltberühmter Sänger und Instrumentalisten an seiner Leidenschaft partizipieren.
- 76 Zum Bild des Senators, wie er jahraus, jahrein von der Schanzstraße hinüber in sein „Geschäft“ ging, wie er es nannte, gehört der Hund, der ihn begleitete, und der dann – auch bei den wichtigsten Konferenzen neben dem Schreibtisch im 13. Stock des Hochhauses lag. Auch der illustren Runde im Generalhüsle strichen zwei kleine Hunde um die Füße: Dr. Burdas legendärer Dackel „Schnaps“ und dessen sinnigerweise „Schwips“ genannte Tochter, die Dr. Burda „gleich zu Beginn seiner höchst intensiven und fruchtbaren Zusammenarbeit mit dem General der Maman zum Geschenk gemacht“ hatte. Manns a. a. O., S. 185.

- 77 Der Spiegel 15/51. In der Nr. 12/53 wird korrigiert: „Wie wir festgestellt haben, hatten weder die Firma Burda-Druck noch deren Inhaber, Herr Dr. Franz Burda, mit der Herstellung der Saarlandmarken und der Verwendung der Steinhoff-Photos etwas zu tun.“ Richtig ist die Korrektur des Namens. Aber Saarlandmarken wurden tatsächlich gedruckt. Eine Marke wurde sogar 1970 als Sondermarke noch einmal veröffentlicht.
- 78 „Die starke Nachfrage Offenburger Betriebe nach Arbeitskräften bestärkte viele Landwirte, ihre bisherige Arbeit einzuschränken.“ (Josef Basler a. a. O. S. 51.) Der Nebenerwerbslandwirt war geboren. Offenburg war bis dahin nicht eigentlich eine Druckerstadt. Es gab kaum Facharbeiter. Dr. Burda setzte deswegen auf eine gründliche Ausbildung. Die Lehrlinge, vor allem die angehenden Setzer, wurden – zusätzlich zur Schule – bereits 1947 im Betrieb in Sprache und Rechtschreibung geschult. Vgl. „Burda Familie“, April 1956. Ausgebildete Facharbeiter waren bald kleine Könige. Große Probleme entstanden immer wieder in Retusche und Fotografie, wo sich viele – trotz eines Gehalts von mehr als 1000 DM netto Anfang der 50er Jahre – selbständig machten, oft in der eigenen Waschküche. Erst in den 70er-Jahren wurde die damals entstandene automatische 20-Prozent-Zulage auf den Tariflohn dieser Mitarbeitergruppen abgeschafft.
- 79 SDR-Fernsehinterview 1985. Dr. Burda wurde ein glühender Europäer. „Adenauer und Schumann haben weiter gedacht als viele Politiker heute. Ihr Ziel von damals ist unverändert erstrebenswert“, schrieb er in einer seiner vielbeachteten BUNTE-Kolumnen (44/77) denen ins Stammbuch, die gegen die Aufnahme der „armen“ Länder Griechenland, Portugal und Spanien waren. „Die Deutschen sind die Zahlmeister Europas“ gestand er zu (BUNTE 17/77), aber: „Wir brauchen Europa. Und Europa braucht uns.“
- 80 Die „Zeitschrift junger Menschen“ (Untertitel) veröffentlichte als erstes Editorial ganz im Sinne des Schmittleinschen Umerziehungsideals einen Artikel von Elisabeth Langgässer mit dem Titel „Aufbruch zu neuen Ufern“.
- 81 Die Gruppe der heute „General interest“-Zeitschriften genannten Blätter ist von der Entwicklung des quantitativ umfangreichsten Pressemarktes der Welt in der Bundesrepublik und der Entwicklung der elektronischen Medien, vor allem des Privatfernsehens, nicht unberührt geblieben. Die höchsten Auflagen wurden mit über 1,5 Millionen Exemplaren Anfang der 70er Jahre erzielt. Damals schrieb ZEIT-Verleger Gerd Bucerius (Der angeklagte Verleger, München 1974, S. 36): „Den größten gesellschaftlichen Einfluß dürften Spiegel und Stern, Bunte Illustrierte und Quick haben.“
- 82 Zitiert nach: „burda-Informationen und Nachrichten aus dem Druck- und Verlagshaus“ Nr. 16 vom 24. Februar 1973, S. 19.
- 83 In dem Interview für „Blickpunkt am Abend“ im 2. SWF-Hörfunkprogramm am Todestag des Senators, am 30. September 1986.
- 84 Editorial der Erstausgabe 1980. Nannen (a. a. O.) zu PAN: „Seine für mich erstaunlichste und größte Leistung war, daß er noch in hohem Alter eine neue Zeitschrift, nämlich PAN, herausbrachte. Das war sein Lieblingskind, eine Zeitschrift, die die Schönheit dieser Welt zeigen sollte, und damit hat er ja auch Erfolg gehabt.“ PAN hatte sehr rasch die Kunstzeitschrift „Art“ aus dem Stern-Verlag Gruner + Jahr überflügelt. Die Kunst- und Kulturzeitschrift PAN war der reinste Ausdruck der positiven Lebensphilosophie des Dr. Franz Burda. Golo Mann hat sie seiner Laudatio zum 75. Geburtstag des Senators so zusammengefaßt: „Das Leben, trotz aller der Mühen und Leiden, die es keinem erspart, ist ein Geschenk. Man soll Ja dazu sagen, nicht Nein, nicht den Sinn allenfalls in der Sinnlosigkeit selber suchen. Man soll was daraus machen und anderen dabei helfen, so gut man eben kann. Freude fällt nicht vom Himmel. Sie will erworben sein. So hat Dr. Burda gelebt und so feiern wir ihn“ (Zitiert nach dem maschinenschriftlichen Redemanuskript).
- 85 Süddeutsche Zeitung vom 31. März 1970.
- 86 Vgl. etwa FAZ vom 23. Februar 1973: „Burdas Konzept als Verleger... wird oft damit kritisiert, daß er aus dem Blickwinkel der ‚kleinen Welt von Offenburg‘... große Geschäfte mache.“

- 87 „Burda ist bisweilen geringschätzig nachgesagt worden, daß sich seine verlegerischen Aktivitäten im Grunde darin erschöpft hätten, billiges Futter für seine gefräßigen Tiefdruckmaschinen heranzuschaffen. Die Spötter übersehen dabei, daß er dazu erst einmal die geeigneten Verlagsobjekte auf dem hart umkämpften Zeitschriftenmarkt zum Erfolg führen mußte. Dem aus kleinen Verhältnissen Aufgestiegenen kam dabei zugute, daß er einen Riecher für das hat, was beim Leser ankommt.“ (Hans-Otto Eglau, Macht und Pracht der bunten Bilder, in: „Die Zeit“ 48/82).
- 88 Zitiert nach OT vom 8. Juni 1979. Ähnlich in der Argumentation Ferdinand Simoneit, Indiskretion Ehrensache, München 1985, S. 154.
- 89 ARD-Sendereihe „Hand aufs Herz“, 60. Folge vom 31. Oktober 1966. Zitiert nach: OT vom 31. Oktober 1966.
- 90 Vgl. MuW S. 92 f. – Bei einer Auflage von 205 000 Exemplaren im Heft zuvor war diese Auflagenerhöhung ein gewagter Schritt. „Es ist bitter“, hat Bucerius (a. a. O. S. 52) in anderem Zusammenhang gesagt, „sich durchsetzen zu müssen, wenn alle anderen dagegen sind. Man kann es überhaupt nur, wenn man es auf das eigene Risiko tut. Dazu braucht man Verleger.“
- 91 a. a. O.
- 92 Erstmals in BUNTE 6/69. Später verlegte Dr. Burda die Geschichte der Mondfahrt auch als Buch: Wernher von Braun, Mein Leben für die Raumfahrt, Offenburg 1969. Das Buch stand wochenlang auf der SPIEGEL-Bestsellerliste. Allein 1969 werden 320 000 Exemplare verkauft. – Wernher von Braun war mehrfach in Offenburg, u. a. im Juli 1969, 18 Tage vor dem Start seiner Saturn V zum Mond. Er wurde einer der besten Freunde Dr. Burdas.
- 93 BUNTE 52/67.
- 94 Serie „So rotten wir uns selber aus“ (1969). In den beiden Symposien im November 1970 und 1971 tauschten zum erstenmal Wissenschaftler aus verschiedenen Fachrichtungen ihre Erkenntnisse aus und versuchten, einen gemeinsamen Nenner zu finden, um den „Gefahren der Zukunft“ (Titel des '71er Symposiums) wirksam zu begegnen.
- 95 Bis 1976 leitete er das Blatt selbst aktiv als Chefredakteur. Dann übergab er die Chefredaktion seinem Sohn Dr. Hubert Burda, dem heutigen Alleingesellschafter der Burda GmbH.
- 96 Am 1. Oktober im Lahrer Lotzbeck-Hof mit einer Startauflage von 5000 Exemplaren. Redaktion und Zeichenatelier arbeiteten im zweiten Stock der Wirtschaft „Zum Bädle“. Heute ist „Burda-Moden“ in mehr als 100 Ländern ein Begriff und erscheint in neun Sprachen.
- 97 Mittlerweile bereits einer der größten deutschen Zeitschriften-Verleger, übernahm Dr. Burda aus Respekt vor Franz Huber dessen „Ortenauer Heimatblatt“ und verlegte es mäzenatisch von 1958 bis 1965. Mit seiner geringen regionalen Auflage war das „Ortenauer Heimatblatt“ für die großen Tiefdruckrotationen nicht wirtschaftlich.
- 98 Dr. Burda war ein leidenschaftlicher Kreuzworträtsellöser („Immer wenn ich nicht einschlafen kann“). Die Kombination Rätsel und Unterhaltung war völlig neu. Die heutige „Freizeit-Revue“ ist trotz mancher Relaunches dem Konzept dieser Mischung treu geblieben und das Burda-Wochenobjekt mit der höchsten Auflage.
- 99 Seither hat die Burda GmbH eine ganze Reihe weiterer Zeitschriften auf den Markt gebracht: u. a. Ambiente (Juli 1980), Glücks Revue (September 1986), ELLE (September 1988), Holiday (Dezember 1988), Jupiter (Dezember 1988), Vivre au jardin (Januar 1989), Forbes von Burda (März 1990), Super TV (zusammen mit Gong und der Druckerei Fortschritt und der „Thüringer Allgemeinen“, Erfurt – eine Programmzeitschrift für die DDR, März 1990).
- 100 Franz Huber in OR Nr. 8 vom 22. Februar 1953.
- 101 Vgl. MuW S. 70.
- 102 Meredith/Burda Inc., Lynchburg/Virginia. Der Tiefdruck war in den USA völlig unterentwickelt. In den schließlich fünf gemeinsamen Druckereien in den USA wurde nach

- dem technischen Vorbild der Burda-Tiefdruckereien in Offenburg und Darmstadt – die alte Druckerei Klebe war 1960 von Burda übernommen und zu einer der bedeutendsten Akzidenzdruckereien Europas ausgebaut worden – gearbeitet. Druckerei-Spezialisten aus Offenburg übertrugen vor Ort in den USA das Know how aus dem Schwarzwald.
- 103 Der Exportumsatz machte Ende der 70er Jahre fast ein Drittel des Druckumsatzes mit Fremdkunden aus. – 1980 wurde die marode Druckerei Braun S. A. in Mulhouse im Elsaß übernommen. Die 100prozentige Burda-Tochter arbeitet heute in einem Neubau vor Vieux Thann.
- 104 OR Nr. 20 vom 13. Mai 1956 anlässlich einer Tagung der „Fachvereinigung des Graphischen Gewerbes“, die nach Offenburg gelegt worden sei, „weil Gelegenheit genommen werden soll, die modernste und größte Tiefdruckerei Süddeutschlands. . . einmal zu besichtigen.“
- 105 Burda stellte 11,7 Prozent aller Beschäftigten, zahlte 17,3 Prozent aller Löhne. Vgl. MuW S. 92.
- 106 Der vom Zürcher Architekten Walter Nef geplante Bau mit dem ‚komfortabelsten Schornstein Deutschlands‘, dem Burda-Turm, ist neben dem Hochhaus noch heute eine Visitenkarte der Stadt bei der Einfahrt von der Autobahn her. Der Bau war nötig geworden, weil bereits 1950 die Burda-Unternehmen auf 13 Betriebe und Werkstätten in Offenburg, Lahr und Lahr-Dinglingen verteilt waren. Als am 24. Juni 1953 Richtfest für das Verwaltungsgebäude gefeiert wird, lief in der Druckerei die erste Rotation schon länger als ein Jahr. 1953 arbeiteten dann alle Abteilungen im neuen Gebäude. Erst jetzt wurden auch die Räume im Hinterhof der Metzgerei Burg aufgegeben, die 1916 bezogen worden waren.
- 107 Erst drei Jahre nach der eigentlichen Grundsteinlegung wurde die Gründungskassette eingemauert. Dr. Franz Burda dazu: „Meist legt man den Grundstein, bevor man den Bau beginnt. Aber damals hatte ich gar keinen Mut, einen Grundstein zu legen, weil ich selbst nicht wußte, wie groß der Bau werden soll.“ MuW S. 95 f.
- 108 OB Heitz machte den ersten Spatenstich für Albersbösch am 3. Oktober 1952. Er begründete: „Viele suchen aber auch aus beruflichen Gründen in Offenburg ein Zuhause. Das hängt mit dem wirtschaftlichen Aufschwung der Stadt nach der Währungsreform zusammen, der nicht zuletzt auf die kräftige Expansion der Firma Burda zurückzuführen ist.“ Zitiert nach OT-Sonderausgabe zum 175jährigen Bestehen am 4. September 1987. Mit Burda-Hilfe konnten verschiedene Mitarbeiter eigene Häuser in Albersbösch bauen. Die ersten acht zogen bereits im August 1953 ein. In Albersbösch entstanden später nicht nur die Burda-Siedlung (1959–1964), sondern auch das Verwaltungshochhaus, im Volksmund „Langer Franz“ genannt (1971), und der Burda-Sportclub.
- 109 Der Autobahnanschluß, das „Offenburger Ei“, wurde am 1. Oktober 1960 gefeiert. „Der 1.10.1960 war jedoch auch ein Tag des Abschieds, nämlich des Abschieds von der Ortenauer Herbstmesse diesseits der Kinzig. Das vor zehn Jahren geschaffene, 28000 Quadratmeter große Messegelände auf den früheren Eiswiesen mit den alten landwirtschaftlichen Hallen wird für den Ausbau des Knotenpunktes auf der Ostseite der Kinzigbrücke und für die Erweiterung der Firma Burda benötigt.“ (OT-Sonderausgabe a. a. O.) Das Hochhaus, heute ein Offenburger Wahrzeichen, wurde 1963/64, die Druckerei auf der Südseite der Hauptstraße 1968 bezogen. Sie wurde inzwischen mehrfach erweitert.
- 110 OT vom 24. Februar 1968.
- 111 Vgl. SDR-Fernsehinterview 1985.
- 112 „Die Burda-Familie“ – Hauszeitschrift der Firma Burda Druck und Verlag, Offenburg Oktober 1956. Die in Bronze gegossene, 2,80 m hohe Figur, war im Auftrag von Dr. Franz Burda von Prof. Paul Dierkes, Berlin, geschaffen worden. Als Kronzeuge für die „einwandfreie“ Darstellung wird der Direktor des Gutenbergmuseums Mainz, Prof. A. Ruppel, zitiert. – Ähnlich offenbar Überlegungen bei der Stiftung einer Schubert-Büste, die Dr. Burda für den Hof von Schuberts Geburtshaus in Wien stiftete

- (1979). Der Bildhauer Gustinus Ambrosi schrieb nach Fertigstellung an den Stifter (zitiert nach „Wissenschaft und Weltbild“ 1/79): „Es war wirklich keine leichte Arbeit, denn von Franz Schubert existierte trotz mehrerer Denkmäler keine einzige gute Büste, da alle nach falschen Angaben gemacht wurden und nach Bildern, die ihn nicht richtig dargestellt zeigten.“
- 113 Prof. Emil Sutor, der vom Senator den Auftrag für die Ursulasäule erhielt. Zitiert nach Ortenauer Heimatblatt (künftig: OH) 11/60.
- 114 Vgl. etwa Reclams Lexikon der Heiligen und der biblischen Gestalten, Stuttgart 1979, S. 492 f.
- 115 Dr. Burda in seiner Rede zur Enthüllung. Zitiert nach OH 10/61.
- 116 OT vom 22. August 1977. Manzùs „Tanzschritt“, eine Darstellung seiner Frau Inge, die der Senator für das Ensemble des Rosenhügels bei Schloß Mirabell in Salzburg stiftete (1976), interpretierte Dr. Burda ebenfalls als Bild des Friedens. In seinem Auftrag schuf Manzù 1980 auch das „Friedensmonument“ für die alte Veste Philippsburg (Aufschrift: Pax aeterna). Und Manzù war es auch, der vom Senator selbst den Auftrag erhalten hatte, für den Ort das Grabmal zu schaffen, wo er einmal die letzte Ruhe und den ewigen Frieden fände. (Das Grab befindet sich auf dem Weingarten-Friedhof in Offenbourg.).
- 117 Alle Zitate aus „Weingötter für das Land der Reben“ a. a. O. Stichwort Winzer: Dr. Franz Burda kaufte von der Baronin Seebach das Schlößle in Fessenbach und ließ Wein pflanzen. Aus dem Weingut kommt nach wie vor der „Franzensberger“.
- 118 Der Bau wurde von dem Baden-Badener Architekten Kurt E. Walker geplant und ähnelt dem Pirelli-Hochhaus in Mailand. Erster Spatenstich war im Oktober 1961, bezogen wurde das Hochhaus 1963/64.
- 119 Eiermann, der Schöpfer der neuen Berliner Gedächtniskirche, baute das dreigeschossige Gebäude 1953, ganze vier Jahre nach Gründung des Verlags Aenne Burda. Das sechsgeschossige Sechseck entstand 1971.
- 120 Eine Verbindung zwischen den beiden Druckereien war für einen reibungslosen Ablauf nötig. Ein tägliches Materialvolumen, für das 15 bis 20 Eisenbahnwaggons gebraucht würden, war hin und her zu bewegen. Trotz zum Teil lautstarker Proteste wurde die „Brücke“ 1967 genehmigt und gebaut.
- 121 Er machte und mochte nicht Parteipolitik. Er schätzte Adenauer und Erhard, denen er mehrfach begegnete, aber den stärksten Eindruck auf ihn haben die ‚Macher‘ Schmidt und Kreisky gemacht, wie er zur Überraschung des Moderators (SDR-Interview 1985) gestand: „Man sagt, Sie seien ein Konservativer. Und wenn ich Sie frage, welche Politiker haben auf Sie den größten Eindruck gemacht, dann sind es zwei Linke. Sind Sie ein Konservativer?“ Dr. Burda darauf: „Ich will Ihnen sagen, mich interessiert zuerst mein Geschäft, also auch die Technik dazu und alles, was dazugehört, um eine vollendete Zeitschrift... herauszubringen.“
- 122 Zitiert nach OT vom 25. Februar 1953.
- 123 Dr. Franz Burda, Stationen eines Lebens, Offenbourg 1978.
- 124 Zit. nach OT vom 19. Dezember 1970. Vgl. auch Josef Becker u. a., Badische Geschichte, Stuttgart 1979, S. 278 ff.
- 125 Das Münchner Verlagshaus in der Arnulfstraße wurde 1963 eingeweiht. 1983 wurde in der Arabellastraße ein moderner Neubau bezogen, in dem seither auch die aus Offenbourg übersiedelte BUNTE-Redaktion arbeitet.
- 126 Zitiert nach OT vom 23. Juli 1970.
- 127 Dr. Hubert Burda ist heute Alleingesellschafter der Burda GmbH, des eigentlichen Druck- und Verlagshauses. Bei der Realteilung zum 1.1.1987 übernahmen Franz und

Frieder Burda die Beteiligungen an anderen Verlagen, Druckereien, Papierfabriken und anderen Unternehmen, in die der Burda-Konzern erfolgreich diversifiziert hatte.
128 Zitiert nach „Zum Gedenken – Senator Dr. Franz Burda“, Offenburg (1986).

Alle Bilder aus dem Archiv des Burda-Verlags, Auswahl K. Maier, J. Schulze.

Luftkriegsoperationen gegen die Stadt Offenburg im Ersten und Zweiten Weltkrieg

Peter Nath

Einleitung

Die Bahnanlagen der Stadt Offenburg – lohnendes Luftkriegsziel in zwei Weltkriegen

Die Stadt Offenburg ist im Verlauf ihres Bestehens durch die Jahrhunderte hinweg von militärischen Operationen berührt worden. Neben der Zerstörung der Stadt durch französische Truppen während des Pfälzischen Erbfolgekrieges im September 1689 waren die für die Bevölkerung einschneidendsten Kampfhandlungen sicherlich die Luftangriffe des Ersten und Zweiten Weltkrieges, deren schwerster am 27. November 1944 stattfand.

Durch den Einsatz von Flugzeugen seit dem Ersten Weltkrieg ist für die moderne Kriegsführung die Unterscheidung zwischen Kampfgebiet und Hinterland obsolet geworden.

Blieb die Zivilbevölkerung außerhalb direkter Kampfgebiete vor dem Einsatz von Waffenträgern in der dritten Dimension von unmittelbaren Auswirkungen eines Krieges verschont, so änderte sich dies mit den ersten Einsätzen von Flächenflugzeugen und Zeppelinern zur Bombardierung militärischer und ziviler Ziele.

Das Zeitalter des totalen Krieges begann nicht erst nach der Sportpalastrede von Reichspropagandaminister Goebbels in Berlin am 18. Februar 1943, es war angebrochen, als der erste Luftangriff gegen ein ziviles Ziel hinter der Front mit einem Luftfahrzeug ausgeführt wurde.¹

Bereits während des Ersten Weltkrieges stand Offenburg in der Reihe jener Städte, die von Angriffen aus der Luft getroffen wurden und deren Bevölkerung erleben mußte, daß die Kampfhandlungen durch dieses neue Kriegsmittel in Gebiete weit abseits der Berührungspunkte der Landstreitkräfte getragen werden konnten.

Die Entwicklung der Luftkriegstechnik im Ersten Weltkrieg steckte noch in den Kinderschuhen, und die vergleichsweise bescheidenen Aktionen halten keinem Vergleich mit dem Umfang des im Zweiten Weltkrieg geführten strategischen Bombenkrieges stand, für welche Namen wie Coventry, Hamburg, Dresden sowie Hiroshima und Nagasaki zu Synonymen des Terrors gegen die Zivilbevölkerung geworden sind.

Schon im Krieg des Jahres 1870/71 wurde die Eisenbahn als Truppentransportmittel, welches eine rasche und umfangreiche Transportleistung ermöglichte, zum Vorteil der deutschen Truppen im Krieg gegen Frankreich eingesetzt.² An dieser Aufgabe der Bahn hatte sich auch 1914 nichts Grundlegendes geändert.

Im Zweiten Weltkrieg war sie dem Umfang und der Art nach noch weiter gewachsen. Eine Kriegsmaschinerie, wie jene des Zweiten Weltkrieges, brauchte nicht nur militärische, sondern in erster Linie wirtschaftliche Transportkapazität, um einen reibungslosen und die Produktionskapazitäten ausschöpfenden Zusammenfluß von Zulieferteilen für komplexe Rüstungsgüter zu gewährleisten, aber auch Rohstoffe von den Förder- zu den Verbrauchsorten zu bringen. Es war daher absehbar, daß eine wissenschaftlich analysierende Strategie mit dem Ziel, diesen Organismus weitestgehend zu lähmen, das Transportsystem des Gegners als eines der Hauptangriffsziele seiner Zerstörungskapazität auswählen mußte.

Zu den klassischen Transportsystemen hoher Kapazität innerhalb eines Landes kamen für den behandelten Zeitraum nur zwei Medien in Frage: die Schiene und das Wasser.

Es war daher schlüssig, nach dem weitgehenden Ausschalten von Schlüsselindustrien wie der Treibstoffherstellung³ und der Flugzeugindustrie⁴ in den letzten Monaten des Krieges, daß eine Offensive gegen das deutsche Schienen- und Binnenwasserstraßennetz geplant und durchgeführt wurde.

Luftkrieg gegen Offenburg – ein weitgehend unbearbeitetes Kapitel der Stadtgeschichte

Insgesamt warfen die alliierten Luftstreitkräfte im Zweiten Weltkrieg 1996036 t Bomben⁵ auf das Gebiet des ehemaligen Deutschen Reiches. Dabei wurden als Folge von Luftangriffen 410000 Menschen⁶ getötet und ganze Städte in Schutt und Asche gelegt.

Die letzten sichtbaren Spuren, die der Luftkrieg des Zweiten Weltkrieges in der Stadt Offenburg hinterlassen hatte, wurden im Jahre 1989 mit dem Schließen der letzten, noch sichtbaren Kriegsbaulücke⁷ beseitigt, so daß zumindest in allgemein zugänglichen Bereichen keine sichtbaren Zeugnisse dieser Kampfhandlungen mehr vorhanden sind.

Doch es gibt auch Ausnahmen hiervon. Von der Straßenbrücke, die einst den Rangierbahnhof bei Bohlsbach überspannte, steht noch heute der östliche Brückenkopf am Bahngelände. Mehrere alte Fundamente entlang der östlichen Grenze des Verschiebebahnhofes künden von der Bebauung vor den Kampfhandlungen des Zweiten Weltkrieges.

Es ist anzunehmen, daß nur noch wenige der heute in Offenburg lebenden Einwohner wußten, woher die Baulücke rührte, auch wenn die Luftangriffe von Zeit zu Zeit in Erinnerung gerufen werden.⁸

Wie der jüngste Fund einer Phosphorbombe aus dem Zweiten Weltkrieg am 21. März 1989 zeigte, können auch in der Gegenwart noch Altlasten der damaligen Bombenangriffe zu Tage treten.⁹

Trotz der Tatsache, daß der strategische Luftkrieg, insbesondere der während des Zweiten Weltkrieges über Deutschland geführte, Gegenstand ausführlicher Darstellungen geworden ist¹⁰, gab es bisher über die Operationen, welche die Stadt Offenburg direkt betrafen, kein veröffentlichtes Material.

Lediglich Publikationen, die sich ausschließlich mit den Kriegsereignissen auf den Territorien der ehemaligen Länder Baden und Württemberg befaßten¹¹, enthielten einige Informationen, die einen Rückschluß auf das Ausmaß der Luftkriegsoperationen gegen das Stadtgebiet Offenburgs in den beiden Weltkriegen zuließen.¹² Im Gegensatz hierzu stehen die Auswirkungen der beiden folgenschwersten Luftangriffe auf Freiburg. Dies war neben dem deutschen Fehlgriff am 10. Mai 1940 der schwere Angriff durch Bomber der Royal Air Force am 27. November 1944.¹³

Der Grund für die bessere Aufarbeitung dürfte neben der politischen Bedeutung einerseits und der weitaus verheerenderen Wirkung andererseits auch noch anderen Faktoren zugeschrieben werden. Freiburg ist nicht nur Universitätsstadt, sondern auch Sitz des Militärgeschichtlichen Forschungsamtes; von diesen beiden wissenschaftlichen Einrichtungen geht naturgemäß ein anderes Erkenntnisinteresse aus als von den Institutionen der mit dieser Infrastruktur nicht ausgestatteten Kreisstadt Offenburg.

Das Thema des Luftkrieges wurde in der lokalen Presse anlässlich von Jahrestagen des Datums 27. November 1944, dem Tag des schwersten Angriffes auf das Stadtgebiet Offenburgs, immer wieder in das Bewußtsein der Bürger zurückgerufen. Die darin gemachten Angaben über Stärke, Intention und Auswirkungen des Bombenkrieges gegen Offenburg basierten jedoch auf Schätzungen, da keine exakten Zahlen über die angreifenden Kräfte und die zum Einsatz gekommenen Kampfmittel vorlagen, demzufolge die bodenseitigen Beobachtungen im allgemeinen zu hoch lagen.¹⁴

Betrachtet man die Artikel, die sich in der Lokalpresse¹⁵ mit diesem Thema befaßten, genauer, so kann man sich des Eindrucks, daß jedes Mal die gleichen Fehler kopiert und weiter mystifiziert wurden, nicht erwehren.¹⁶ Dies gilt sowohl für die Anzahl der angreifenden Flugzeuge, deren Stärke zwischen 200 und 300 Maschinen eingeordnet wurde, als auch für die Menge der Abwurfmittel. Darüber hinaus wurde nie deutlich genug herausgear-

beitet, daß nicht die Orte um die Eisenbahnanlagen Hauptziel waren, sondern die Einrichtungen der damaligen Reichsbahn. Ähnliche Verzerrungen lassen sich für die mündliche Überlieferung der Ereignisse durch Personen, welche die Angriffe miterlebt hatten, feststellen.¹⁷

Wenn schon die Erinnerungen an den schwersten Angriff vom 27. November 1944 lückenhaft sind, so gilt dies um so mehr für jene an die zahllosen Jagdbomberangriffe, die beim Näherrücken der Westfront zur Unterstützung alliierter Direktiven auf Orte in der Oberrheinebene geflogen wurden.

Es lag daher nahe, anhand alliierter und deutscher Militärunterlagen, die seit einigen Jahren¹⁸ zugänglich sind, die Luftkriegsoperationen des Ersten und Zweiten Weltkrieges zu rekonstruieren, soweit dies nach der Quellenlage möglich war.¹⁹ Neben dem stärksten Angriff des 27. November 1944 sollen auch die anderen Aktionen, die im Verlauf der beiden Weltkriege gegen Offenburg aus der Luft geführt wurden, anhand von Materialien der Seite, welche die Operationen flog, untersucht werden.

Hierbei wurde hauptsächlich auf englische Archive zurückgegriffen, die einen Großteil jenes Materiales, welches die alliierten Luftkriegshandlungen dokumentiert, verwahren. An erster Stelle stand dem Autor hierzu das Public Record Office in Richmond, am Südwestrand Londons, zur Verfügung. Darüber hinaus wurden auch Dokumente des Imperial War Museum, London, und der University of Keele, Staffordshire verwertet.

Um eine Querprüfung der operativen Darstellungen zu ermöglichen, wurden auch deutsche Dokumente im Bundesarchiv, Militärarchiv in Freiburg eingesehen, jedoch liegt der Schwerpunkt dieser Arbeit auf der Veröffentlichung von Aufnahmen der Luftangriffe aus beiden Weltkriegen, den danach entstandenen Aufklärungsaufnahmen und Berichten sowie die Verwertung von Quellen höherer Kommandobehörden der alliierten Luftstreitkräfte, die genuine Aussagen über operative Ziele und deren Durchführung zulassen.

Der Rahmen dieser Arbeit wäre gesprengt worden, hätte man die bodenseitigen Zerstörungen anhand von lokalen Quellen, soweit sie zugänglich sind, mit in diese Arbeit eingeflochten, um einen Vergleich zwischen mutmaßlichen Zerstörungen seitens der Alliierten und tatsächlichen Schäden zu erhalten.

Primäre Aufgabe sollte sein, bisher unveröffentlichte Quellen einer interessierten Öffentlichkeit zugänglich zu machen.

Die Stadt Offenburg war nie ein bedeutsames Einzelziel, wie etwa Produktionsanlagen der Flugzeugindustrie, Werke zur synthetischen Treibstoffgewinnung oder das Ruhrgebiet; die Operationen gegen Offenburg können daher nicht isoliert, sondern nur im Rahmen einer größeren Gesamtkriegs-

führung und den daraus erwachsenden strategischen und taktischen Erfordernissen heraus verstanden werden. Es wird deshalb auch Aufgabe sein, die Operationen in den größeren Rahmen des Kriegsverlaufs auf dem europäischen Schauplatz zu stellen.

Erster Weltkrieg

Bereits im Ersten Weltkrieg war die Stadt Offenburg das Ziel feindlicher Luftangriffe geworden. Der erste Motorflug der Gebrüder Wright mit einem Luftfahrzeug, welches schwerer als Luft war, lag gerade 12 Jahre zurück, als die erste, aus einem Flugzeug abgeworfene Bombe, das Stadtgebiet Offenburgs traf.²⁰ Dies geschah zu einer Zeit, in der das Flugzeug als Waffe etwas absolut Neues und bei den „alten“ Waffengattungen Heer und Marine argwöhnisch Betrachtetes war.

Die Entwicklung der Kriegsführung aus der Luft gegen das Deutsche Reich war mit den Vorgängen auf diesem Gebiet, die sich in den beiden britischen Teilstreitkräften abspielten, auf das engste verbunden. Obwohl die strategische Bombardierung der britischen Insel durch deutsche Marineluftschiffe bereit 1915 eingesetzt hatte, soll die Entwicklung der deutschen Militärluftfahrt hier nicht im Detail nachskizziert werden.²¹ Dennoch ist es wichtig, eine Tour d'Horizon der Etappen beider Seiten nachzuzeichnen, um zu erkennen, welche generellen Tendenzen Offenburg zum Bombenziel des Ersten Weltkrieges werden ließen.

Die Entwicklung der Luftkriegstaktiken

In der Frühzeit der Motorfliegerei war der Einsatz von Flugzeugen zum Bombardement eher eine provisorische Angelegenheit. Armeeoberbefehlshaber schätzten eigentlich mehr die neuen Perspektiven, welche die Aviatik für die Aufklärung brachte und beabsichtigten nicht, einen von Boden- und Seeoperationen unabhängigen Krieg aus der Luft zu führen.

Bei Ausbruch des Ersten Weltkrieges wurde beinahe das gesamte, zwei Jahre zuvor gegründete Royal Flying Corps, ein Teil des britischen Heeres, nach Frankreich entsandt, um das britische Expeditionskorps im Kampf gegen die deutschen Truppen zu unterstützen.

Der im Juli 1914 gegründete Royal Naval Air Service, eine Unterabteilung der Royal Navy, stellte in Dünkirchen eine Squadron zur Vorverteidigung der britischen Hauptstadt auf. Am 8. Oktober 1914 bombardierte eines seiner Flugzeuge, gewissermaßen als Präventivschlag gegen erwartete Angriffe von Zeppelinern auf Großbritannien, eine Luftschiffhalle in Düsseldorf, in

welcher der Zeppelin Z9 zerstört wurde. Weitere Angriffe gegen die potentielle strategische Angriffswaffe der Deutschen folgten in den nächsten Monaten.

Was die moralischen Bedenken des Bombardements gegen zivile Einrichtungen bzw. Einrichtungen außerhalb des unmittelbaren Berührungsgebietes der Kampfkräfte am Boden anbelangte, hatte die politische und militärische Führung der Alliierten zu jener Zeit hohe Wertvorstellungen.²² Noch im Frühling 1914 hatte der leitende General für Militärluftfahrt im War Office, Brigadier-General Sir David Henderson, seiner Meinung Ausdruck verliehen,

„*that* no enemy would risk the odium such action (die Bombardierung offener Städte durch Luftschiffe, d. Aut.) would involve“.²³

Dieser Einschätzung zum Trotz flogen am 19. Januar 1915 drei Luftschiffe der kaiserlichen Marine, durch deren Bombenabwürfe vier Menschen getötet und 16 verletzt wurden, über East Anglia, jenem Landstrich, von dem die Langstreckenbomber im Zweiten Weltkrieg nach Deutschland starteten.

Der deutsche Kanzler Bethmann-Hollweg hatte Bedenken, da er fürchtete, derartige Aktionen könnten bei den neutralen Staaten, insbesondere den USA, anti-deutsche Gefühle wecken. Auch Kaiser Wilhelm II. untersagte anfangs Angriffe auf die Wohngebiete Londons, insbesondere die königlichen Paläste, jedoch lockerte dieser die Restriktionen unter dem Druck seiner Marineberater.²⁴ Obwohl gegen Ende dieser Offensive in Großbritannien 557 Tote und 1358 Verletzte zu beklagen waren, stellte sich der militärische Nutzen der Zeppelinangriffe als begrenzt heraus.

Der erste Luftangriff auf Offenburg²⁵ am 23. August 1915 war das Resultat der Erkenntnis der französischen und englischen Luftabteilungen, daß der einzig nützliche Effekt durch den Einsatz von Bomben gegen Eisenbahnziele erzielt werden konnte.²⁶ Hierzu wollte man Kräfte konzentriert einsetzen, was jedoch zu jenem Zeitpunkt nicht geschehen ist.

Um seine Operationsgebiete ausweiten zu können, unternahm der R.N.A.S. Initiativen im Bereich des Langstreckenbombardements. Diese führten zur Entwicklung neuer Navigationsverfahren und Bombenzieltechniken. Instrumentalisiert wurde diese Bewegung zum Bombardieren hinter der Front durch die Verlegung der No. 3 Wing R.N.A.S. nach Luxeuil-les-Bains im Sommer 1916 zur Unterstützung der französischen 4ème Groupe de Bombardement bei der Kampagne gegen die deutsche Waffenindustrie. Der erste gemeinsame Angriff fand am 12. Oktober 1916 mit 55 Flugzeugen gegen die Mauser-Werke in Oberndorf am Neckar statt.

Da man sich jedoch in den verschiedenen Kommandobehörden und Generalstäben um die Zuweisung von Flugzeugen einen regen Wettbewerb lieferte, war dieses unabhängige Bombardieren über feindlichem Territorium als Kriegsmittel bald in eine Sekundärrolle gedrängt. Im Mai 1917 wurde der Verband wieder aufgelöst und seine Kräfte Verstärkungen an der Westfront zugewiesen.

Im selben Monat startete das deutsche Heer, welches in der Zwischenzeit einen Langstreckenbomber, die Gotha G IV²⁷, zur Verfügung hatte, eine neue Luftoffensive gegen die britische Insel. Zwei der spektakulären Tagesangriffe, die am 13. Juni 1917 und am 7. Juli 1917 gegen London durchgeführt wurden, sollten weitreichende Konsequenzen für die Entwicklung britischer Luftstreitkräfte bringen.

Nach den Angriffen äußerte der deutsche Reichskanzler Bethmann-Hollweg erneut Bedenken gegen diese Art der Kriegsführung, die jedoch vom Oberbefehlshaber des Heeres, Generalfeldmarschall von Hindenburg, brüsk zurückgewiesen wurden. Seiner Ansicht nach überwogen die militärischen Vorteile. Die Angriffe banden einen Großteil Kriegsgerät in Großbritannien und verhinderten so dessen Einsatz an der Westfront. Darüber hinaus hatte man in Deutschland auch die Nebeneffekte des Bombardements von militärischen und industriellen Einrichtungen anvisiert, nämlich die Demoralisierung der Zivilbevölkerung, besonders jener des Londoner East End.

Hindenburgs Einschätzung erwies sich als richtig. Die Schutzlosigkeit Großbritanniens gegen solche Angriffe verursachte dort ein allgemeines Aufbegehren und Besorgnis. Nach der Teilnahme an einer Sondersitzung des Kabinetts äußerte General Sir William Robertson, Chef des Britischen Generalstabs, man habe den Eindruck, als würde die Welt zusammenbrechen.

Am 11. Juli 1917 wurde General Jan Smuts von Premierminister Lloyd George damit beauftragt, den Zustand der Luftorganisation und Heimatverteidigung zu untersuchen. Acht Tage später legte er den ersten Teil seines Berichtes vor, welcher auf der Annahme basierte, daß London durch Luftkriegsführung Teil der Front würde. Seine Empfehlungen resultierten im Aufbau einer umfassenden Luftverteidigungsorganisation für die britische Hauptstadt. Am 17. August 1917 legte er den zweiten Teil seines Berichtes vor, in welchem er folgerte, daß Luftstreitkräfte als unabhängige Mittel der Kriegsführung eingesetzt werden könnten:

„Next summer, while our Western Front may still be moving forward at a snail's pace in Belgium and France, the air battle-front will be far behind on the Rhine, and (...) its continuous and intense pressure against the chief industrial centres of the enemy as well as on his lines of communication may form an important factor in bringing about peace.“²⁸

Damit hatte er den Plan für die im Jahre 1918 geführte Luftoffensive gegen Städte im Westen Deutschlands und seinen Zweck skizziert; während gewaltige Truppenkontingente einen verlustreichen Stellungskrieg mit minimalen Geländegewinnen führten, wollte man durch das Hineintragen des Krieges in den rückwärtigen Raum die Bevölkerung des Gegners zermürben. Da eine derartige Strategie nicht verfolgt werden konnte, solange die beiden Teile R.F.C. und R.N.A.S. untergeordnete Waffengattungen des Heeres und der Marine waren und durch deren Konkurrenzdenken geschwächt wurden, schlug Smuts des weiteren vor, eine eigenständige Luftwaffe zu bilden. Wären nicht weitere deutsche Luftangriffe gegen England erfolgt, hätte man den Plan Smuts wohl vertagt, so jedoch nahm die Entwicklung ihren Lauf.

Am 1. April 1918 wurden nach Bildung eines separaten Air Ministry der R.N.A.S. und das R.F.C. zur Royal Air Force, der ersten von Heer und Flotte unabhängigen Luftwaffe der Welt, zusammengefügt.

Bereits im Oktober 1917 wurde die 41st Wing des R.F.C.²⁹ in Ochey (nahe Nancy, am südlichen Ende der Westfront) aufgestellt, um Ziele von militärischer Bedeutung auf deutschem Territorium zu bombardieren. Von diesem Platz, der 161 km von Offenburg entfernt lag³⁰, wurden ab jenem Zeitpunkt durch die dort stationierte Einheit die Angriffe gegen diese und andere Städte geflogen.

Nach Aufstellung der R.A.F. am 1. April 1918 machte man sich daran, den Bombenkrieg gegen deutsche Industrie- und Verkehrseinrichtungen, die als wichtig für die Kriegswirtschaft erachtet wurden, auszuweiten. Am 6. Juni 1918 formierte man aus der 41st und 83rd Wing der Royal Air Force die Independent Force, um die geplanten Operationen gegen Industrie- und Verkehrsziele östlich des Rheins durchzuführen. Bis zum Waffenstillstand führte diese Truppe unter Sir Hugh Trenchard 239 Angriffe, davon 9 gegen Offenburg, aus.

Versuch einer Rekonstruktion der Luftangriffe des Ersten Weltkrieges auf Offenburg

Eine Rekonstruktion dieser Angriffe aus Dokumenten im Public Record Office wird durch die Tatsache erschwert, daß innerhalb der Organisation der fliegenden Verbände, die in Großbritannien zu Beginn des Krieges ein Annex des Heeres (Royal Flying Corps) und der Marine (Royal Naval Air Service) waren, ein Wechsel stattfand, und nach dem Kriegseintritt der Vereinigten Staaten von Amerika 1917 die Fliegerkräfte des Landes unter der Ägide der Allied Expeditionary Force flogen.

Damit soll nicht bedeutet werden, daß keine Dokumente dieser Seite aus der Zeit vor 1918 existieren. Der Zeitaufwand und die damit verbundenen materiellen Anstrengungen einer längeren Suche in Archiven der USA hätten jedoch sicherlich Rahmen und Aufgabenstellung dieser Arbeit gesprengt. Französische Archive, die eventuell Aufschluß über die Angriffe auf Offenburg in den Jahren 1915 und 1916 hätten geben können, wurden aus dem gleichen Grunde nicht konsultiert.

Die Siegermächte waren nach dem Ersten Weltkrieg daran interessiert, die Auswirkungen der neuen Waffe in der dritten Dimension zu erforschen. Aus diesem Grund bildeten die Amerikaner nach dem Krieg eine Kommission, welche die Effekte des Bombardements untersuchen, und in einem Bericht zusammenfassen sollte. Deren Aufgabe war,

„to secure as complete and reliable information as possible upon which the Air Service may base its future bombing plans“.³¹

Auf amerikanischer Seite wurde dies durch die Air Intelligence Section of General Headquarters, American Expeditionary Forces, durchgeführt. Deren Bericht war quasi der weniger umfangreiche Vorläufer des United States Strategic Bombing Survey des Zweiten Weltkrieges, in dem die Auswirkungen des strategischen Luftkrieges auf die Wirtschaft minutiös analysiert wurden.

Der Bericht der amerikanischen Kommission war, so eine Studie des Office of Air Force History der US Air Force³², ein lange vergessenes Dokument. Obwohl die Briten nachweisbar die meisten Angriffe gegen Offenburg geflogen haben, ist es dennoch interessant, näher auf die Arbeit der amerikanischen Kommission einzugehen, da sie alle Auswirkungen britischer und französischer Luftangriffe aufzeichnete und Einflüsse auf die strategische Luftkriegsführung des Zweiten Weltkrieges hatte.

Die Amerikaner bildeten zwölf Gruppen, die jeweils aus einem Offizier und zwei Mannschaftsdienstgraden, welche als Fahrer bzw. Photograph fungierten, bestanden. Deren Instruktionen wurden folgendermaßen eingeleitet:

„The Allied Air Services have spent millions of dollars in preparing and executing a plan of bombardement against the industrial centres of Germany. The opportunity is now afforded to investigate just what amount of damage was caused and the value of this branch of the service in future wars.

In order to gain this knowledge, a systematic investigation of the following towns is to be carried out...“³³

In detaillierten Anweisungen wurden die Informationen aufgelistet, die man gewinnen wollte;

- Generelle Angaben (Zeitpunkt des Angriffs, Ziel etc.)
- Materieller Schaden
- Bombardement von Eisenbahnen, Dauer der Verkehrsunterbrechung
- Gegenmaßnahmen in Städten und Industriebetrieben
- Moralische Wirkung der Luftangriffe.

Die Arbeit der Kommission begann im März 1919 und war am 20. Mai 1919 beendet. Das Gebiet, welches abgedeckt wurde, erstreckte sich ungefähr westlich des Rheins und südlich einer Linie Düsseldorf–Mezières. Zu den Städten östlich des Rheins, die von 1914–1918 bombardiert worden waren, hatten die amerikanischen Beobachter keinen Zutritt, da er ihnen durch die deutschen Behörden verweigert wurde.³⁴ Hierzu zählte neben Freiburg, Stuttgart, Mannheim und Karlsruhe auch Offenburg.

Der Bericht³⁵, welcher in gedruckter Form und mit Photos ausgewählter Angriffe im P.R.O. einzusehen ist, widmet sich trotz der vereitelten Schadensfeststellung auch ausführlich den gegen Offenburg durchgeführten Aktionen des Jahres 1918. In diesem Zeitraum erfolgten die häufigsten und schwersten Angriffe.

In diesem Dokument werden nicht nur die offiziellen britischen Quellen zu den jeweiligen Angriffen wiedergegeben, sondern auch die offiziellen deutschen Stellungnahmen und die gesicherten materiellen Schäden. Oftmals wurden zur weiteren Beurteilung der Angriffsergebnisse inoffizielle Quellen, wie etwa abgefangene Briefe, Verhöre von Kriegsgefangenen und nachrichtendienstliche Erkenntnisse, hinzugezogen. Darüber hinaus war ein weiteres Bewertungskriterium der moralische Effekt des Luftkrieges auf die Zivilbevölkerung.

Nach den oben zitierten Dokumenten und einigen anderen, die in der unteren Tabelle angegeben werden und ebenfalls aus der Klasse AIR 1 des P.R.O. stammen, läßt sich zumindest für das Jahr 1918 eine lückenlose Rekonstruktion der Luftangriffe auf Offenburg nach alliierten Quellen erstellen, die in Tabelle 2.1 dargestellt ist. Dieser wird, um einen Zahlenvergleich zu anderen Quellen und Veröffentlichungen zu ermöglichen, eine Tabelle mit den im Stadtarchiv Offenburg (Tab. 2.2) vorhandenen Daten und eine Aufstellung nach dem Werk von Müller-Loebnitz (Tab. 2.3), welches im allgemeinen schwer zugänglich ist, nachgestellt.

Die Rubrik Ziel in der Tabelle 2.1 wurde unter Beibehaltung der britischen Originalangabe in englischer Sprache dargestellt, um die genaue Intention der anfliegenden Kräfte nachvollziehen zu können.

*Luftangriffe des 1. Weltkrieges auf Offenburg und Umgebung
nach den verfügbaren britischen Quellen.*

(Tab. 2.1)

Datum	Zeit	Flugzeuge ³⁶	Bomben	Ziel/Ergebnis
12.02.18	?	12 DeH.4	>1,25ts. ³⁷	barracks and r/w -station south [sic!] of Offenburg (excellent results)
25.06.18	morning	11 DeH.9		enginge sheds and barracks (successfully)
11.07.18	morning	1 Sqn. ? DeH.4		railway sidings (good bursts)
15.07.18		? DeH.4		railway sidings and sheds (good bursts)
20.07.18		? DeH.9		railways (one of the large engine sheds hit)
22.07.18	afternoon	? DeH.9		main station and sidings (hit, bursts on sidings)
25./26.07.18	night	? H.P.		station (successful attack)
29./30.07.18	night	? H.P.		railway station
30.07.18	morning	? DeH.4		railway station (good results)
14.08.18	afternoon	10 DeH.4	2246 lbs.). ³⁸	station and sidings (successfully)
29./30.10.18	2 sqns.	3238 lbs.+ H.P.	1568 lbs.). ³⁹	

Insgesamt wurden im Jahr 1918 einschließlich des letzten Angriffes in der Nacht vom 29. auf den 30. Oktober 1918 202105 lbs. (= 92 873,31 kg) Bomben auf Offenburg abgeworfen.⁴⁰

Zum Vergleich seien hier die aus dem Stadtarchiv Offenburg verfügbaren Daten über die Luftangriffe aufgeführt, die seinerzeit von der Stadtverwaltung zusammengestellt wurden.

Bei diesen Daten ist darauf abzuheben, daß sowohl die ungesicherten bzw. ungewissen Angaben bezüglich Stärke der anfliegenden Kräfte und Zahl der eingesetzten Abwurfmittel Abweichungen von den tatsächlichen Werten enthalten können. Dies wird insbesondere dann deutlich, wenn man die Zahlen des Jahres 1918 mit den gesicherten Werten der britischen Quellen vergleicht.

*Luftangriffe des 1. Weltkrieges auf Offenburg und Umgebung
nach den Angaben der Stadt Offenburg.⁴¹
(Tab. 2.2)*

Datum	Zeit	Flugzeuge	Bomben	Ziel
23.08.15	1815	n.n.	24	Eisenbahn und Gaswerk
23.09.15	0810	3-4	15	?
05.09.17	?	?	?	?
01.11.17	1515	9/17	70/114 Flugbl./ gefälschte Zeitungen	Kasernen/Eisenbahn
06.12.17	0300	?	3-4	Eisenbahn/Bohlsbach
06.01.18	0500	?	4	Eisenbahn
24.01.17	?	?	?	?
12.02.18	?	?	14, davon 6 OG	?
25.06.18	0745	11	14	Eisenbahn
02.07.18	Hinweise auf Angriffe innerhalb der letzten vier Tage, die nicht erwähnt werden.			
11.07.18	0900	12	16	Eisenbahn
14.07.18	?	12	15	Eisenbahn/Kraftwerk der Eisenbahn
15.07.18	Keine genaue Angabe			
20.07.18	0800	10	6	Eisenbahn
21.07.18	ohne Beleg			
22.07.18	1630	12 engl.	15	Eisenbahn
25.07.18	2330	ca. 7	15(2I.B.)	?
30.07.18	0800	7	15(5-6I.B.)	Hospital
30.07.18	0730	10	19(5-6I.B.)	Eisenbahn/Hospital
14.08.18	1630	10	17	Stadt
29.10.18	Luftkampf über der Stadt, Alliierte gegen angeblich 30 deutsche Jäger.			

Eine weitere Auflistung der Angriffe des Ersten Weltkrieges findet sich in Müller-Loebnitz⁴²:

*Luftangriffe des 1. Weltkrieges auf Offenburg und Umgebung
nach Müller-Loebnitz.
(Tab. 2.3)*

Datum	Flugz.	Bomben	Tote	Verwundete	Schaden (MARK)
23.08.15 ⁴³	1	19	2	7	Sach-3700
23.09.15 ⁴⁴	3	18	3	4	Sach-13400
05.09.17	1	2	k.a.	k.a.	k.a.
01.11.17	11	121	2	16	k.a.
06.01.18	1	2	0	2	k.a.
12.02.18	6	20	k.a.	k.a.	Gebäude-8000

Fortsetzung (Tab. 2.3)

Datum	Flugz.	Bomben	Tote	Verwundete	Schaden (MARK)
25.06.18	11	13	k.a.	k.a. 1 Flieger abgeschossen	Gebäude-o.A.
11.07.18	12	19	k.a.	k.a.	Gebäude-6000
15.07.18	12	13	1	1	k.a.
20.07.18	10	4	k.a.	1 Flieger abgeschossen	
22.07.18	12	15	1	2	Gebäude-175000
26.07.18	12	41	2	5	Gebäude-10000
30.07.18	10	19	k.a.	k.a.	Gebäude-2000
14.08.18	10	18	k.a.	2	Gebäude-4000
29.10.18	3	11	k.a.	k.a.	k.a.

Die Angriffe der Independent Force 1918

Von großem Interesse waren die von der Aufklärung gesammelten Erkenntnisse über materielle Schäden, welche durch die Angriffe hervorgerufen wurden. Diese sind zum einen in den *Results of air raids on Germany carried out by British aircraft, January 1st-September 30th 1918*⁴⁵ enthalten, zum anderen in den *Details of bomb operations on Germany 1918*.⁴⁶

Der offizielle britische Bericht beschreibt den Angriff des 12. Februar 1918 in kühler Sachlichkeit:

„In a raid carried out by us on the 12th, over 1 1/4 tons of bombs were dropped on the barracks and railway station south [sic!] of Offenburg, with excellent results.“⁴⁷

Offenburg war von 12 Flugzeugen des Typs De Havilland DH 4, dem Standardbombenträger des Ersten Weltkrieges, angegriffen worden.⁴⁸

Den gleichen Angriff betreffend wird ein abgefangener Brief des 17. Februar zitiert, in dem geschrieben stand:

„They were fiery dragons [sic!]“⁴⁹ that had flown over from the French and English devils. They went to your home and aimed well with no luck as is usually said. I cannot describe it to you better than this, you will know why.“⁵⁰

Der Brief spielt auf die Kenntnis der Tatsache an, daß der Postverkehr der Zensur unterlag und daß die feindlichen Fliegerkräfte offensichtlich das Haus des Adressaten getroffen hatten. Der Angriff des 12. Februar 1918 sollte der erste einer Reihe immer heftigerer Aktionen sein, die gleichzeitig den Fortschritt von vier Jahren Kriegsluftfahrt widerspiegeln.

Abb. 2.1: Aufnahme 55. DA. 1730 Offenburg vom 11. 7. 1918 vom Luftangriff auf die Bahnanlagen Offenburgs. Die Aufnahme wurde aus einer der angreifenden De Havilland 4 gemacht. PRO Air 1/2419

Aufnahme: Public Record Office, Kew

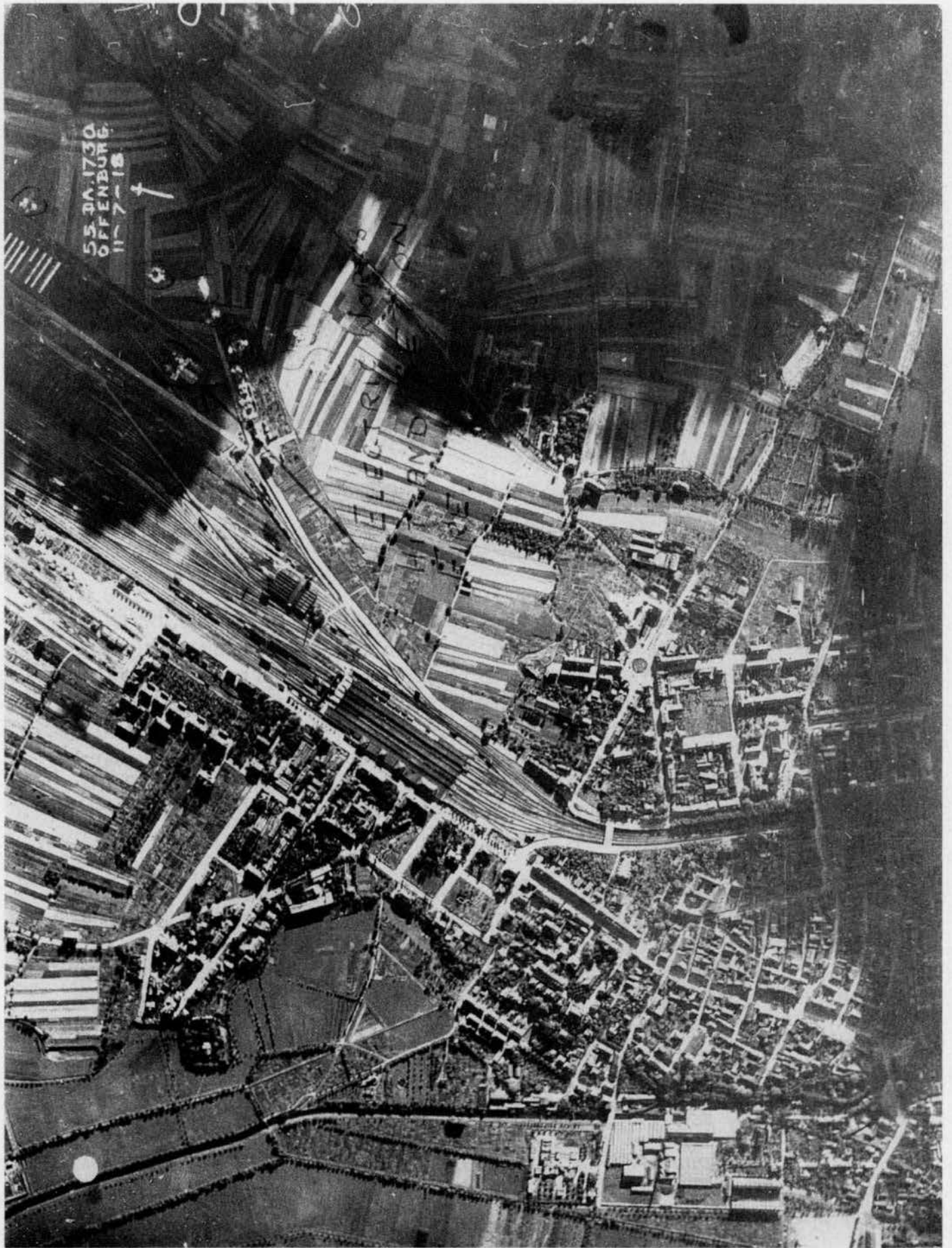


Abb. 2.1

Am 25. Juni 1918 gemachte Aufklärungsaufnahmen⁵¹ aus der Luft zeigen, daß eine Reihe Einschlüsse dieses mit 11 De Havilland DH 9⁵² durchgeführten Angriffs im Bahnhofsgebäude und auf dem Bahngelände zu beobachten waren. Nach dem offiziellen britischen Bericht war der Angriff jenes Morgens ein erfolgreicher Schlag gegen die Lokomotivschuppen und Kasernen in Offenburg.

Das Photo⁵³ (Abb. 2.1), welches am 11. Juli 1918 aus einer der angreifenden De Havilland DH 4 gemacht wurde, zeigt einen Volltreffer im Elektrizitätswerk der Bahn westlich der Rammersweierer Straße und in einem anderen nahestehenden Gebäude, über welchen Rauchpilze einer vorangegangenen Explosion stehen. Die Einschlüsse der Bomben sind von einem Auswerter markiert und die Besonderheit des Treffers auf das bahneigene E-Werk mit den Worten *Electric works hit and set on fire* herausgestrichen.⁵⁴ Die meisten Einschlüsse liegen im offenen Feld östlich der Bahnanlage.

Hierzu verlautbarten britische Quellen:

„On the morning of the 11th one of our squadrons bombed the railway sidings at Offenburg. Good results were observed.“⁵⁵

Eine deutsche Quelle, die Frankfurter Zeitung vom 12. Juni 1918, berichtete, feindliche Flieger hätten Offenburg am 11. des Monats angegriffen und einige Bomben geworfen, die jedoch nur geringen Schaden angerichtet haben. Darüber hinaus werden die Beobachtungen Repatriierter, die sich zur Zeit des Angriffes in Offenburg befanden, zitiert, welche berichteten, daß das Ausbesserungswerk der Bahn getroffen wurde; eine weitere, als „zuverlässige Quelle“ klassifizierte Angabe – hierbei handelte es sich offenbar um einen Agenten – besagt, daß die Kaserne der Kavallerie getroffen wurde und viele Menschen ums Leben gekommen seien.⁵⁶

Nach offizieller Darstellung der Briten waren die Eisenbahnen in Offenburg am 20. Juli 1918 das Ziel eines Angriffes, bei dem einer der großen Lokschuppen getroffen wurde, während der Inhalt eines Telegramms aus Karlsruhe, das der Gegenseite offenbar in die Hände gefallen war, davon sprach, daß der Angriff nur unbedeutenden Schaden verursacht habe. Die Aufnahmen⁵⁷, die während dieses Angriffes gemacht wurden, zeigen Einschlüsse, die „sehr nahe“⁵⁸ bei den Gebäuden des Ausbesserungswerkes und auf der Bahnlinie selbst liegen.

Abb. 2.2: Aufnahme 99. DA. 93 Offenburg vom 22. 7. 1918, 1815h, vom Luftangriff auf die Bahnanlagen Offenburgs. Die Aufnahme wurde aus einer der angreifenden De Havilland 9 gemacht. PRO Air 1/2419.

Aufnahme: Public Record Office, Kew

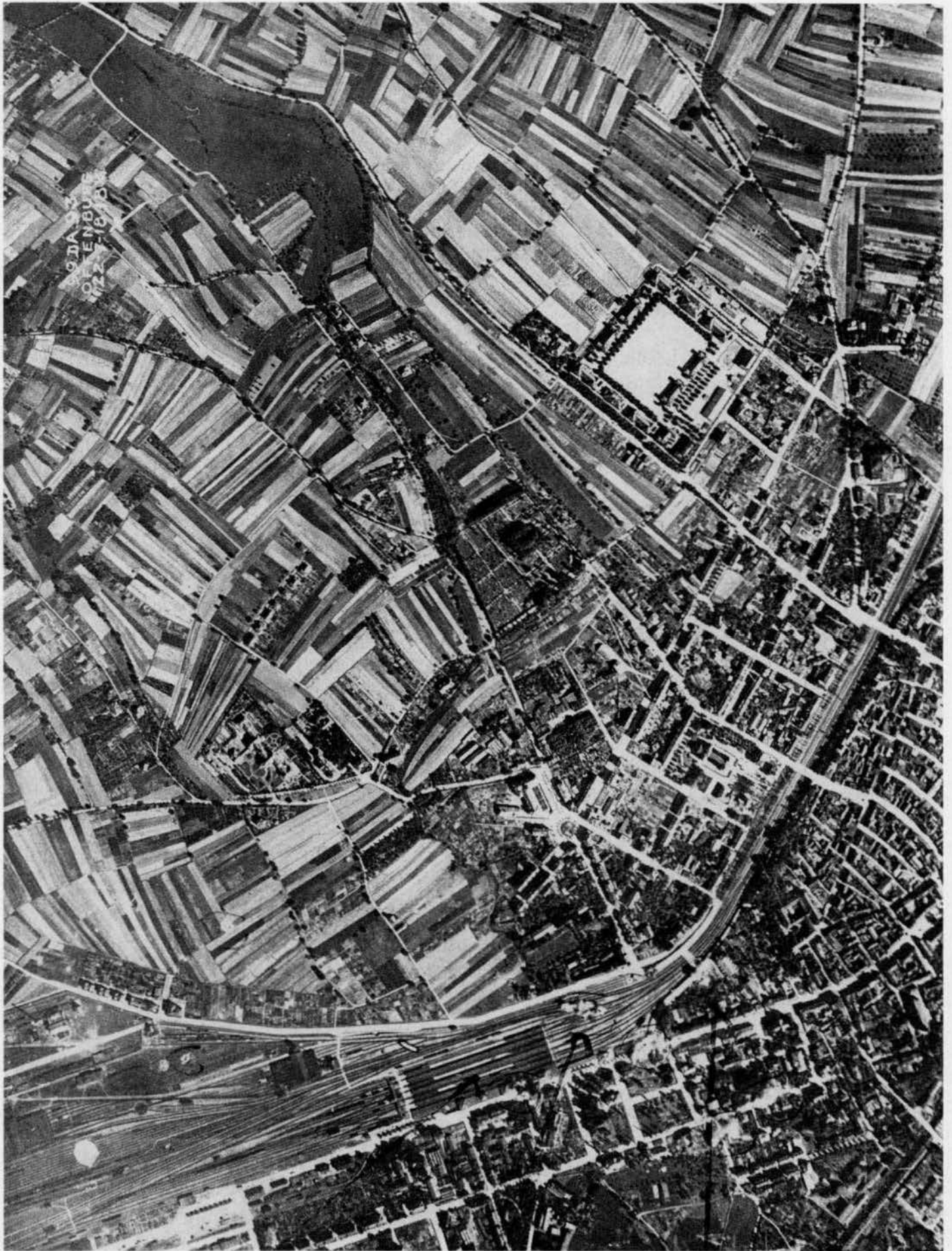


Abb. 2.2

Am 22. Juli 1918 hatten die Briten sogar noch einen größeren Erfolg:

„In a raid carried out on the afternoon on the 22nd July the main station at Offenburg was hit and bursts were seen on the sidings.“⁵⁹

In der Tat hatten die meisten der Bomben diesmal nicht nur Äcker getroffen, sondern waren größtenteils in Bahn- und Wohngebäude gefallen. Wie das Angriffsphoto⁶⁰ (Abb. 2.2) zeigt, stehen über dem Hauptgebäude des Bahnhofs, den südöstlichen Verteilergleisen nördlich der Unionbrücke, der westlichen Unionrampe, am Ochsensteg und in der südlichen Okenstraße Wolken vorangegangener Explosionen, die wieder von einem Auswerter markiert worden waren.

Die offizielle deutsche Verlautbarung, herausgegeben in Karlsruhe am 23. Juli 1918, spezifizierte die Folgen des erneuten Angriffes eines großen, aus Feindflugzeugen bestehenden Geschwaders. Demnach waren durch die Bomben vier Personen leicht verletzt worden, ein Mann wurde vermißt. Einige Gebäude waren beschädigt worden, davon eines (der Bahnhof) schwer.

Neben den verfügbaren Photos standen den Briten auch wieder Agentenberichte zur Verfügung, von denen einer vom Treffer auf einen Personenzug berichtete, in dem es Tote gegeben haben soll. Auf den Photos des Angriffes läßt sich nicht erkennen, ob sich ein Personenzug im Bahnhof befand, so daß diese Aussage aus den vorhandenen Quellen nicht nachvollziehbar ist. Eine als „weniger zuverlässige Quelle“ eingestufte Information meldete, das Bahnhofsgebäude sei auch am 27. Oktober 1918 nicht repariert gewesen.⁶¹

Über den Nachtangriff vom 25. auf den 26. Juli 1918, der mit für die damaligen Verhältnisse großen Bombern des Typs Handley Page 0/400 durchgeführt wurde⁶², berichteten die Besatzungen, daß ein Feuer über 30 Meilen sichtbar gewesen sei.⁶³ Nach Aussage der Frankfurter Zeitung vom 27. Juli 1918 wurden bei dem Nachtangriff bewegliche Güter und Gebäude beschädigt sowie ein Bauernhof in Brand gesetzt. Da offensichtlich nur ein Brandherd vorhanden war, wurde wahrscheinlich nur der Bauernhof von Bomben getroffen. Eine der schon mehrfach zitierten ‚zuverlässigen Quellen‘ spezifizierte dann auch die Beschädigungen, welche durch Sprengbomben hervorgerufen worden waren. Getroffen waren die Bahnhofsgaststätte, die Reichsbank und die Post.⁶⁴

Einen noch größeren Schaden richtete der Angriff in der Nacht vom 29. auf den 30. Juli 1918 an. Erneut wurde der Bahnhof und das sich darin befindliche Elektrizitätswerk für die Versorgung der Stadt getroffen. Die Hauptmaschine wurde beschädigt, weshalb Offenburg für zwei Tage ohne Stromversorgung blieb.⁶⁵ Von den acht Durchgangsgleisen des Bahnhofes waren mehrere beschädigt, ebenso drei Züge.



*Abb. 2.3: De Havilland DH-4. Standard-Bomber der Briten im Ersten Weltkrieg
Aufnahme: IWM*

Der moralische Effekt dieser gehäuften Luftangriffe blieb nicht ohne Auswirkungen auf die Bewohner der Stadt. Ein Informant wurde mit den Worten zitiert, die wiederholten Alarmierungen demoralisieren und irritieren die Bevölkerung; diese klage, sie sei das Opfer von Repressalien, welche durch das deutsche Bombardement von Paris provoziert worden seien, weshalb sie gegen jene, welche dieses befohlen hätten, protestiere.

Auch die Aktionen am Morgen des 30. Juli 1918 brachten erhebliche Zerstörungen der Eisenbahnanlagen mit sich. Zwar gestand der offizielle deutsche Bericht ein, daß geringer materieller Schaden entstanden sei, jedoch waren die Feststellungen der Briten weitaus präziser:

„Photographs taken during a raid show bursts very near the repair shops and on a large amount of rolling stock.“⁶⁶

Einer nachrichtendienstlichen Quelle zufolge fielen drei Bomben auf die Mitte des Bahnhofes. Alle Fahrgäste mußten umsteigen, da der Durchgangsverkehr unterbrochen war. Die Wartesäle, das Büro des Bahnhofsvorstehers sowie das Telegraphenbüro waren vollständig zerstört worden. Zusätzlich gab der Agent seine Einschätzung, daß es zirka einen Monat dauern würde, bis der Schaden beseitigt sei.

Welch scharfer Überwachung der Postverkehr auf beiden Seiten unterlag und welche Informationen durch Nachlässigkeiten in alliierte Hände gelangen konnten, zeigt die Schadensbeschreibung des 14. August 1918, die neben einer photographischen Aufklärung während des Angriffes die Nachricht an zwei deutsche Kriegsgefangene verwertete, in der es hieß, die Landwirtschaftliche Halle, in welcher Truppen einquartiert gewesen waren, sei getroffen worden. Hierbei seien viele Menschen ums Leben gekommen.⁶⁷ An diesem Tag war Offenburg zweimal von angreifenden Flugzeugen heimgesucht worden, wobei 2246 lbs.⁶⁸ Bomben abgeworfen wurden. Erneut wurde der Bahnhof getroffen und ein großer Brand im Hauptgebäude verursacht.⁶⁹

Der letzte Angriff des Ersten Weltkrieges auf die Stadt Offenburg erfolgte in der Nacht vom 29. auf den 30. Oktober 1918. Er war symptomatisch für die Entwicklung, welches das Luftkriegsinstrumentarium im Verlauf dieses Konfliktes genommen hatte. War der erste Luftangriff auf Offenburg nicht mehr als ein Nadelstich, ausgeführt wahrscheinlich von einem einzelnen Flugzeug, so flogen in dieser Nacht zwei Squadrons⁷⁰ der damals schwersten Bomber Handley Page 0/400 und erzielten nach britischer Darstellung mit einer Bombenlast von 4806 lbs.⁷¹ mehrere direkte Treffer auf dem Gebiet der Stadt.⁷²

Flugabwehr

Trotz der Neuheit der Bedrohung aus der Luft hatte man auch um die Stadt Offenburg herum versucht, bodenseitig Schutzmaßnahmen dagegen zu ergreifen. Hierzu gehörten neben der Verdunkelung auch die Aufstellung von Flugabwehrgeschützen.

Durch die Flugabwehrkanonen kam es zu einem Zwischenfall, als während eines Fliegerangriffes am 1. November 1917 ein Toter durch den Einschlag eines Flakgeschosses in Schutterwald zu beklagen war.⁷³ Nach diesem Unglück wurde eine Besichtigung der Lindenhöhe durch Soldaten der Fliegerabwehr anberaumt. Ob diese jedoch nur dem Ziel diene, bessere Positionen für die Aufstellung von Geschützen ausfindig zu machen oder bei einer Festlegung von Schutzsektoren, die das Überstreichen von bebautem Gebiet untersagt hätten, wird im Dossier über diesen Unfall nicht näher ausgeführt.

Der Tenor der Korrespondenz zwischen Stadtparlament und Militär erweckt eher den Eindruck, als sei diese Institution der Stadt bereit gewesen, alles in Kauf zu nehmen, um die Alliierten davon abzuhalten, weiterhin ihre Bomben über Offenburg abzuladen.

So wurde in einem Schreiben des Stadtrates an das stellvertretende Generalkommando des 14. Armeekorps in Karlsruhe vom 13. November 1917⁷⁴ unter anderem beantragt, eine zweite Abwehrbatterie in der Nähe der Stadt aufzustellen, Kampfflugzeuge zu stationieren und ein Lager für gefangene Offiziere der Gegenseite nach Offenburg zu verlegen.

Der Brief offenbart zwei Tatsachen. Zum einen war bis zum November 1917 nur eine Abwehrbatterie – diese lag östlich der Bahnlinie – vorhanden. Desweiteren hatten die Mitglieder des Stadtrates jener Zeit keine Vorstellungskraft, was das Wesen des Luftkrieges anbelangte. Andernfalls hätten sie gewußt, daß die Steigfähigkeit damaliger Jagdflugzeuge ein Abfangen der hochfliegenden Bomber bei der kurzen, zur Verfügung stehenden Vorwarnzeit, unmöglich gemacht hätte. Auch scheint die Ansicht, die Präsenz kriegsgefangener Offiziere hätte deren Landsleute davon abgehalten, Offenburg zu bombardieren, in diesem Stadium des Konfliktes aus heutiger Sicht naiv.

Aus einem Schreiben der Stadt an das Garnisonskommando Offenburg vom 12. Februar 1918⁷⁵ läßt sich entnehmen, daß sich sowohl ein Flakkommando als auch ein Flakoffizier in Offenburg befunden haben, also zumindest organisatorisch ein mit den verfügbaren Mitteln ausreichender Schutz der vitalen Einrichtungen gegeben war.

Die weiteren Faszikel des Stadtarchives Offenburg geben Aufschluß darüber, wie man der verstärkten Bedrohung durch Luftangriffe während des Jahres 1918 zu begegnen versuchte. Einer Notiz vom 8. März 1918⁷⁶ nach fand eine Besprechung beim Garnisonskommando der Stadt statt, bei der über die Alarmierungsmaßnahmen beim Herannahen feindlicher Fliegerverbände beraten wurde. So war vorgesehen, daß von der Flakgruppe Meldung an die einzelnen militärischen und zivilen Dienststellen über die Meldestufen: „Luftgefahr“, „Bombenalarm“, „Bombenalarm aufgehoben“ und „Luftgefahr vorüber“, ergehen sollte. Als Alarmierungssignal war bei Bombenalarm das Abfeuern von Alarmbomben vorgesehen. Alarmsirenen befanden sich zum damaligen Zeitpunkt auf der Spitalkirche, der Gasanstalt und dem Bahnbetriebswerk, eine weitere Alarmsirene sollte auf der Dreifaltigkeitskirche angebracht werden.⁷⁷

Einheiten der Waffengattung Flugabwehr, die am 1. April 1918 im Bereich der Stadt Offenburg lagen, waren⁷⁸:

– die Flughauptwache Offenburg, welche dem Stabsoffizier des Flugmeldedienstes Karlsruhe unterstellt war,

– die Flakbatterien 314, 328, 531 mit den zugeteilten Flakbatterien 89 und 602 in Lahr sowie der Flakscheinwerferzug 503.

Diesen übergeordnet war der Flakgruppenkommandeur Offenburg, welcher dem Stabsoffizier der Flak Freiburg unterstand. Jagdflugzeuge zur aktiven Flugabwehr waren nur in Karlsruhe und Freiburg, nicht jedoch in Offenburg stationiert.

Offenbar scheute man auch einen größeren Aufwand nicht. Der erste schwere Angriff in der Reihe jener der Independent Force gab die Veranlassung, etwa 1,5 km „seit- und feindwärts einen Scheinbahnhof anzulegen, der dem eigentlichen Bahnhof, was seine Signale anbetraf, genau ähnlich war“.⁷⁹

Mit Datum 2. Juli 1918, zur Zeit der stärksten Tätigkeit der Independent Force, befanden sich drei Batterien der Flugabwehr auf der Gemarkung Offenburg, wovon zwei mit Geschützen geringer Tragweite ausgestattet waren. Darüber hinaus verfügte man über vier Scheinwerfer zur Lokalisierung von Angreifern bei Nacht. Die Batterie mit den Geschützen größerer Reichweite befand sich bei Rammersweier, was darauf schließen läßt, daß sie primär dem Schutz der technischen Einrichtungen der Bahn zugedacht war. Aus einem Dokument vom 26. Juli 1918 geht hervor, daß es sich bei der Batterie in Rammersweier um die Abwehrbatterie 531 handelte.⁸⁰

Die Effektivität dieser Schutzmaßnahmen darf als gering eingeschätzt werden, betrachtet man die Resultate der Angreifer und deren Bewertungen in ihren nachrichtendienstlichen Berichten, welche auch eine Rubrik enthalten, in denen die Luftabwehrkapazität und -tätigkeit über und um das Ziel Offenburg herum eingeschätzt wurde.

So stufte man die Luftabwehr am 11. Juli 1918 als gering ein, was für dieses Ziel nach Einschätzung der britischen Seite den Normalzustand darstellte.⁸¹ Ebenso verhielt es sich für den 15. Juli 1918, wobei die Ungenauigkeit der Flugabwehr als „normal“ eingestuft wurde. Auch der Angriff des 20. Juli brachte keine grundlegende Änderung, jedoch schrieb die Gegenseite die geringe Tätigkeit der Bodenflugabwehr diesmal den an jenem Tag anwesenden deutschen Jägern zu. Selbst die spektakulären Erfolge der britischen Flieger am 22. Juli 1918 änderten, darf man der Bewertung der angreifenden Seite glauben, nichts an den Anstrengungen der Flugabwehr.

Die geringe Wirkung ist denn auch weniger der mentalen Vorbereitung auf einen Luftkrieg als technischen und ausbildungsseitigen Defiziten zuzuschreiben, hatten doch die deutschen Zeppelinangriffe auf London gezeigt, wie wenig man in dieser Anfangsphase strategischer Luftkriegsführung gegen einen relativ hoch fliegenden Angreifer ausrichten konnte.

Zusammenfassend läßt sich für den Luftkrieg gegen die Stadt Offenburg während des Ersten Weltkrieges folgendes feststellen. Es waren zwei Haupt-

gründe, die Offenburg schon in der Frühzeit der Luftkriegsführung zum Ziel von Angriffen machten.

Zum einen waren es die strategisch bedeutsamen Bahnanlagen, welche aufgrund ihrer Ausdehnung und geographischen Lage am Zusammenfluß mehrerer Eisenbahnlinien in der Nähe des Rheinüberganges lagen, was insbesondere im Hinblick auf den Nachschub für die Westfront von Bedeutung war.

Zum anderen war es den damals vorhandenen Bombenflugzeugen aufgrund der geringen Entfernung zu den vorgeschobenen Basen und der daraus für die deutsche Seite resultierenden kurzen Vorwarnzeit möglich, eine ausreichende Bombenlast unter relativ geringer Bedrohung durch deutsche Jäger auf ein Ziel in geringem Abstand (unter Zugrundelegung damaliger Flugzeuggeschwindigkeiten) von den eigenen Frontlinien zu werfen.

Das Zusammentreffen dieser Faktoren läßt sich aus den bereits behandelten Dokumenten für eine Reihe anderer rechtsrheinischer Städte wie Freiburg, Karlsruhe und Mannheim belegen.

Die Angriffe des Ersten Weltkrieges begannen nadelstichartig, es waren Einzelaktionen ohne eine dahinterstehende Strategie, die den Einsatz der Flugzeuge als unabhängiges Luftkriegsmittel vorsah. Sie nahmen jedoch gegen Ende an Heftigkeit und Regelmäßigkeit zu und waren 1918 Ausfluß der damals aufgestellten Theorien von Luftkriegsführung, kamen jedoch wegen des Kriegsendes nicht mehr zur Entfaltung.⁸² Interessant für die alliierten Flugzeuge war Offenburg damals in seiner Funktion als wichtiger Eisenbahnknoten⁸³ im rückwärtigen Frontraum mit seinen der Bereitstellung und Instandsetzung dienenden Einrichtungen.

Zweiter Weltkrieg

Offenburg als zufälliges Ziel alliierter Angriffe

Vom Beginn des Zweiten Weltkrieges bis zum September 1943

Die wichtigen Ereignisse dieser Periode in regionaler Hinsicht können in zwei Hauptkategorien eingeordnet werden: Vorkehrungen zur Abwehr französischer Luftoperationen gegen den linksrheinischen Oberrheinraum vor der Besetzung Frankreichs, d. h. Aktionen der Flugabwehr am Boden, und ab 1941 einzelne Luftoperationen, die Offenburg und Umgebung berührten.

Schon im Herbst 1939, kurz nach Kriegsbeginn, wurden aufgrund des Kriegszustandes mit Frankreich und der Nähe des Raumes um Offenburg

zur Grenze Vorkehrungen zum Schutz gegen den Einflug gegnerischer Flugverbände getroffen.

Im gleichen Jahr wurden im Zuge des Westwallbaus die Flakstellungen sowohl im Ried als auch in der restlichen Ortenau ausgebaut.⁸⁴

Das Flugabwehrkommando Schwarzwald meldete am 28. Dezember 1939 an das übergeordnete Luftgaukommando VII. in München, daß die Feuerbereitschaft der Flakuntergruppe Ortenberg mit insgesamt neun 3,7 cm-Geschützen, 24 2,0 cm-Geschützen und 11 Scheinwerfern hergestellt sei.⁸⁵ Darüber hinaus geben mehrere Fernschreiben Aufschluß über die wechselnden Standorte der Batterien im Raum Offenburg.⁸⁶

Während dieser Zeit des Sitzkrieges, vor dem Angriff im Westen, haben umfangreiche Bewegungen der Flakuntergruppe Ortenberg auf lokaler Ebene stattgefunden. Sie wurde in der Zeit unmittelbar vor dem Westfeldzug hauptsächlich dazu eingesetzt, die Bahnanlagen von Offenburg, Appenweier und Achern zu schützen, um so die Truppenausladungen im Bereich des 25. Armeekorps zu decken.⁸⁷

Zu ersten Einflügen französischer Flugzeuge kam es bereits während des letzten Quartals des Jahres 1939, was aus den Gefechtsberichten der Flugabwehreinheiten hervorgeht.⁸⁸ Hieraus wird auch ersichtlich, wie selten die Flüge über gegnerischem Territorium in jener Phase des Krieges stattfanden; dies hatte zur Folge, daß mehrere Flak-Einheiten, die im näheren Umkreis zueinander lagen, sich um die Meriten stritten, Luftfahrzeuge, welche von Frankreich her eingeflogen waren und nicht einmal Trefferwirkung zeigten, abgeschossen zu haben. Der ausufernde Briefverkehr um eine Abschußanerkennung mit dem Oberkommando der Luftwaffe verdeutlicht, wieviel Zeit man 1939 noch hatte, sich um derartige Kleinigkeiten zu kümmern.

Als dann der Westfeldzug am 10. Mai 1940 begann, hatte nicht nur Freiburg⁸⁹ unter versehentlichem deutschem Bombardement zu leiden, sondern auch die Gemeinde Nordrach, auf deren Gemarkung ein deutscher Bomber sich seiner Last noch offizieller Darstellung im Notwurf entledigte.⁹⁰

Die Stadt Offenburg selbst sollte noch bis zum 16. September 1941 von Bombenabwürfen verschont bleiben. In der Nacht vom 16. auf den 17. September 1941 fielen zum ersten Mal während des Zweiten Weltkrieges Bomben auf das Stadtgebiet.

Zu diesem Zeitpunkt war das Bomber Command der R.A.F. nicht in der Lage, entscheidende Aktionen gegen das Reichsgebiet zu fliegen. Es fehlte an geeigneten Flugzeugen, und die Erfahrungen der ersten beiden Kriegs-

jahre hatten gezeigt, daß mit den vorhandenen Luftfahrzeugen, wollte man hohe Verluste vermeiden, lediglich Operationen im Schutze der Dunkelheit möglich waren. Im März 1941 war die Situation für die Briten in der Schlacht im Atlantik gar so kritisch geworden, daß das Bomber Command überhaupt keine Kräfte für Angriffe auf das Deutsche Reich abstellte und der Bombardierung von U-Bootbasen für drei Monate absolute Priorität einräumte.⁹¹

Nach der neuen Direktive des Air Staff vom 9. Juli 1941 war man zu dem Schluß gekommen, daß der Zielfehler beim Nachtbombardement bis zu 1000 yards betragen konnte. Die einzigen Ziele, die man unter derartigen Voraussetzungen glaubte treffen zu können, waren Verschiebebahnhöfe, die ein ausreichend großes Ziel boten. Dies jedoch auch nur in mond hellen Nächten. Bei einer Untersuchung durch das Kriegskabinett im August 1941 stellte sich heraus, daß nur zirka ein Drittel der bombardierenden Flugzeuge ihre Bombenlast in einem Radius von 5 NM um den eigentlichen Zielpunkt herum plaziert hatten.⁹² Es verwundert daher nicht, daß selbst wichtige Verkehrszentren, die nicht über ausgedehnte Gleisanlagen verfügten, Sekundärziele waren.

Wie recht das britische Kriegskabinett in seiner Annahme hatte, zeigt die nähere Untersuchung der ersten Bombenabwürfe auf Offenburg im Zweiten Weltkrieg. Beim Verschiebebahnhof Offenburg muß es sich um ein unverfehlbares Ziel der größeren Kategorie gehandelt haben, obwohl er eigentlich gar nicht attackiert werden sollte.

In der Aufstellung „Feindeinflüge“ des Oberkommandos des Heeres (OKH)⁹³ heißt es in einem Nachtrag zur Morgenmeldung vom 17. September 1941:

„Bombenabwürfe: (...)

Kreis Offenburg: 23.53 Uhr Offenburg, Rangierbahnhof. Statt 6 nur 5 Sprengbomben, davon 1 LZZ. 1 Bahnbeamter leicht verletzt, Personenverkehr bis nach Beseitigung des LZZ gesperrt. 00.15 Uhr Elgersweier (5 km südl. O.) 4 Sprengbomben, geringer Flur- und Fensterschaden. 00.45 Uhr Griesheim (5 km nördl. O.) 1 Sprengbombe.“⁹⁴

und im Nachtrag zur Morgenmeldung des 18. September 1941:

„Offenburg: 2 Sprengbomben außerhalb Stadt, Leitungen an Badenwerk gestört.“⁹⁵

Die beiden Angriffe brachten nur geringen Schaden. Bei demjenigen in der Nacht vom 16. auf den 17. September auf den Bahnhof wurden lediglich ein Wasserkran und ein Gleis beschädigt.

Die Bombenabwürfe beider Nächte – von planmäßigen Angriffen kann in diesem Zusammenhang nicht gesprochen werden – sind von einzelnen fliegenden Bombern des Typs Vickers Wellington erfolgt. In beiden Nächten

hatte die R.A.F. Karlsruhe als anzugreifendes Industrieziel ausgewählt. In der Nacht vom 16. auf den 17. September 1941 wurden 17 Wellingtons der No. 1 und 38 der No. 3 Group des Bomber Command der R.A.F. gegen Karlsruhe entsandt, von denen jedoch nur 10 bzw. 27 tatsächlich das Hauptziel angriffen.⁹⁶

Aufgrund der Aussage des nachrichtendienstlichen Berichtes (Intelligence Summary) war die Verdunkelung in Karlsruhe perfekt. Außerdem trafen die Bomberbesatzungen auf sehr ungünstige Umweltbedingungen – es herrschte mondlose Nacht und eine Dunstschicht lag über dem Boden –, die es schwierig machten, das Ziel zu lokalisieren.⁹⁷

Zwei der eingesetzten Flugzeuge warfen ihre Bomben auf Ziele ab, die von den Besatzungen nicht identifiziert werden konnten; ihre Positionsangaben lassen darauf schließen, daß es sich um jene gehandelt haben muß, welche sich ihrer Bomben auf Offenburger Gemarkung entledigten.

Eine Wellington der No. 1 Group warf 3×500 lbs. und 1×250 lbs. Sprengbomben und 3×50 lbs. und 60×4 lbs. Brandbomben auf ein Ziel „between Strasbourg and Karlsruhe unidentified location“⁹⁸ ab, die andere der No. 3 Group 1×1000 lbs., 4×500 lbs. und 1×250 lbs. Sprengbomben auf ein Ziel „believed 15 miles S. <south> of Karlsruhe“.⁹⁹

Auch für den Angriff der Nacht des 17. auf den 18. September 1941 berichtet das Kriegstagebuch des R.A.F. Bomber Command von erheblichen Schwierigkeiten, das Ziel überhaupt auszumachen, so daß auch in jener Nacht Bomben, die eigentlich Karlsruhe treffen sollten, auf Offenburger Gebiet niedergingen.

In der Dunkelheit warfen zwei Wellington der No. 1 Group 6×500 lbs. und 1×250 lbs. Sprengbomben sowie 3×50 lbs. und 240×4 lbs. Brandbomben auf ein alternatives Ziel „believed Karlsruhe“.¹⁰⁰ Aufgrund der Überprüfung der anderen Angaben in den Kriegstagebüchern des Bomber Command kann es sich hier nur um jene Maschinen handeln, die Bomben auf Offenburger Gebiet warfen.

Trotz intensiver Suche nach Auswertebereichten dieser Angriffe bleibt für diese beiden ersten Bombenabwürfe des Zweiten Weltkrieges auf Offenburg festzustellen, daß es sich hierbei um Abwürfe gehandelt haben muß, bei denen die Bomberbesatzungen das Hauptziel nicht gefunden hatten oder der Meinung waren, das Hauptziel tatsächlich anzugreifen.

Angesichts der Lage an allen Fronten und ihrer operativen Möglichkeiten hatte die britische Luftwaffe im September 1941 andere Direktiven als den Eisenbahnknoten Offenburg.

Darüber hinaus bestimmten zwei Faktoren jener Tage den Verlauf des weiteren Luftkrieges gegen Deutschland. Zum einen war man sich trotz der Gehversuche des Ersten Weltkrieges überhaupt nicht im klaren über etwaige Auswirkungen von Luftkriegen im großen Maßstab und verbrachte noch einige Zeit damit, die Techniken und Materialien dieses Instruments zu verfeinern. Zum anderen stand den Briten vor dem 7. Dezember 1941 das gewaltige Wirtschaftspotential der USA nicht zur vollen Verfügung, die ab 1942 mit ihrer 8. US Luftflotte zur entscheidenden Unterstützung im Rahmen einer kombinierten Bomberoffensive werden sollten.

Operation 91 vom 6. September 1943

Am 6. September 1943 wurde Offenburg zum ersten Male von einer größeren Bomberstreitmacht angegriffen.

Das Kriegstagebuch des Luftgaukommandos VII für den Zeitraum vom 1. August 1943 – 31. Dezember 1943¹⁰¹ vermerkt hierzu in der Einflugs-Abendmeldung vom 6. September 1943:

„Luftlage: Von 1009–1024 Uhr Einflug von mehr als 100 Flugzeugen auf 6 Flugwegen aus Luftgau XII zwischen Nancy und Karlsruhe in ost- bis südostwärtiger Richtung, bis in den Raum Stuttgart-Ulm. Rückflüge ab 1108 Uhr, Ausflüge zwischen 1117 Uhr und 1204 Uhr zwischen Karlsruhe und Vesoul nach Luftgau XII und Luftgau Westfrankreich, mit 4 Flugzeugen in die Schweiz.

Flughöhen: Masse 8000–6000 m, vereinzelt 5000 m, in einem Fall 700 m.

Fluggeschwindigkeit 100–140 m/sec.

Flugzeugmuster: Fortress II.“¹⁰²

Darüber hinaus:

„(...) bei den Bombenabwürfen in den Landkreisen Offenburg. (...) keine nennenswerten Schäden.“¹⁰³

Die Beurteilung im Kriegstagebuch, daß das Hauptangriffsziel Stuttgart wegen der Wetterlage nicht angegriffen werden konnte, ist korrekt, jedoch war die Angabe, Straßburg sei das alleinige Ausweichziel gewesen, falsch. Für Fälle, in denen das Hauptziel nicht angegriffen werden konnte, waren immer mehrere Gelegenheitsziele (targets of opportunity) vorgesehen.

Ein derartiges Vorgehen war während dieses Stadiums der alliierten Luftoffensive gegen das Deutsche Reich keineswegs ungewöhnlich. Da Offenburg auf dem Anflugweg nach Stuttgart lag und das Hauptzielgebiet wegen starker Bewölkung nicht mit ausreichender Genauigkeit getroffen werden konnte, verfolgte man die Politik, großflächige Verkehrsanlagen mit Flächenbombardement zu belegen.¹⁰⁴

Da Straßburg, wie die alliierten Unterlagen bestätigen, ebenfalls unter 8–10/10 Wolken verborgen war, bombardierten Flugzeuge der 8. USAAF die Bahnanlagen nördlich der Stadt Offenburg mit eigentlich für Stuttgart vorgesehenen Bomben.

Freeman¹⁰⁵ nennt diese mißlungene Operation gegen wichtige Rüstungsindustrien in Stuttgart den verhängnisvollsten Fall des Jahres 1943, bei dem man aus meteorologischen Gründen vom Hauptziel ablassen mußte und dies für die angreifenden Verbände zu einem Fiasko wurde.¹⁰⁶ Die hohen Verluste jenes Tages führten seinerzeit sogar zu einem Anzweifeln der amerikanischen Strategie der Tagesangriffe.¹⁰⁷

Bei dieser Aktion griffen die 91. Group der 8th USAAF mit 12 Flugzeugen (120 × 500 lbs. G. P.) ab 10.10 Uhr, die 351./mit 19 Flugzeugen (190 × 500 lbs. G. P.) ab 10.14 Uhr und die 381./mit 19 Flugzeugen (768 × 100 lbs. I. B.) ab 10.14 Uhr, die nördlichen Teile des Rangierbahnhofes an.¹⁰⁸

Alle Maschinen starteten von Flugplätzen im Osten Englands. Die 91st Bombardment Group war unter ihrem kommandierenden Offizier LtCol Clemens E. Wurzbach in ihren Boeing B-17F von Basingbourn aus gestartet, die 351./unter Col William A. Hatcher Jr. im gleichen Flugzeugmuster von Polebrook und die 381./unter Col Joseph J. Nazzaro ebenfalls mit B-17 von Ridgewell.¹⁰⁹

Die Bomber flogen ihr Ziel aus Sektoren von West bis Ost in Höhen zwischen 24000 und 26000 feet an. Diese konträren Anflugrichtungen lassen sich nur aus der Tatsache erklären, daß es sich sowohl um Kräfte, welche direkt von Stuttgart kamen, als auch solche, die schon versuchten, das Ausweichziel Straßburg zu bombardieren, gehandelt haben muß. (Vgl. auch die Bewölkung zum Zeitpunkt des Angriffes westlich der Stadt Offenburg auf Abb. 3.1.)

Angesichts des Zielphotos (Abb. 3.2.) aus dem Interpretation Report S. A. 530 vom 8. September 1943, auf dem man deutlich erkennen kann, daß die amerikanischen Bomberbesatzungen ihre Last ziemlich präzise auf die Nord-Süd-Ausdehnung des Bahnkörpers zwischen Bahnhof Offenburg und Windschlag plazierten, scheint die Wertung, es habe „keine nennenswerten Schäden“ (s. o.) gegeben, stark untertrieben.

Die alliierten Luftbildauswerter zählten mindestens 11 direkte Treffer der Bahnlinie und der Verteilergleise des Verschiebebahnhofes sowie zusätzlich 16 Volltreffer südlich der heute nicht mehr existierenden Straßenbrücke

Abb. 3: Boeing B-17 „Flying Fortress“ im Einsatz über Deutschland im Jahre 1945
Aufnahme: IWM

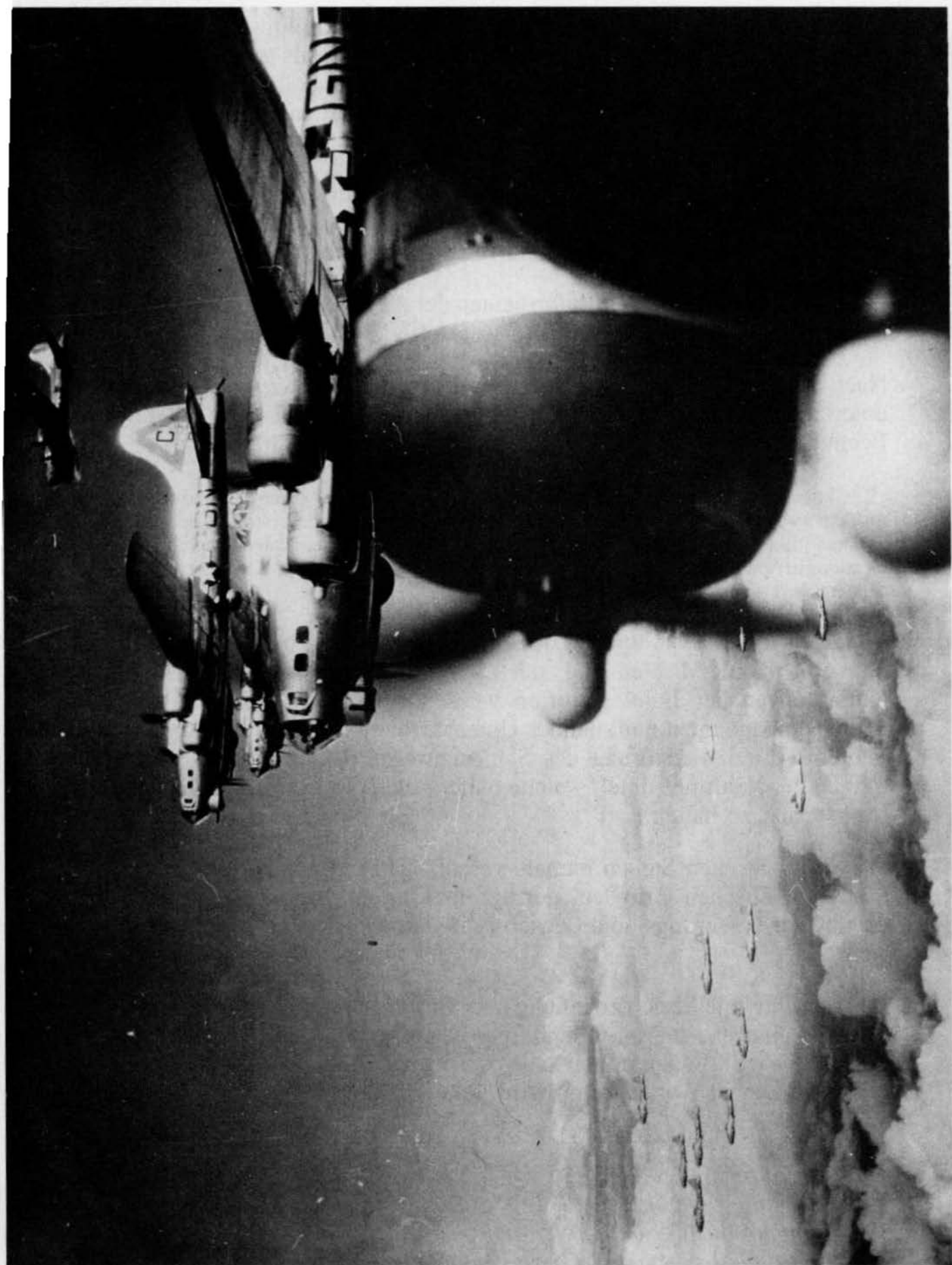


Abb. 3

über das Bahngelände bei Bohlsbach. Dabei wurden auf dem Bahnkörper ein Gebäude und mehrere Einheiten rollenden Materials getroffen. Darüber hinaus waren nach dem letzten Bombenwurf noch 11 Volltreffer im bebauten Bereich nordwestlich des Rangierbahnhofes zu erkennen.

Diese Treffer sind auf dem verfügbaren Photo, welches um 10.13 Uhr 30s, in der Mittelphase des Angriffes aufgenommen wurde, noch nicht sichtbar, jedoch zählten die Luftbildauswerter bereits auf dieser Aufnahme 27 direkte Treffer sowie 84 weitere links und rechts der Strecke.

Die Auswerter und anderen Informanten der alliierten Luftstreitkräfte zogen denn auch ein anderes Resümee als die offiziellen deutschen Stellen:

Nach einem mit Schreibmaschine verfaßten Zusatz zu den Auswertunterlagen¹¹⁰ des Angriffes hatten die Alliierten Kenntnis von erheblichen Beeinträchtigungen des Bahnverkehrs auf der Rheintalstrecke:

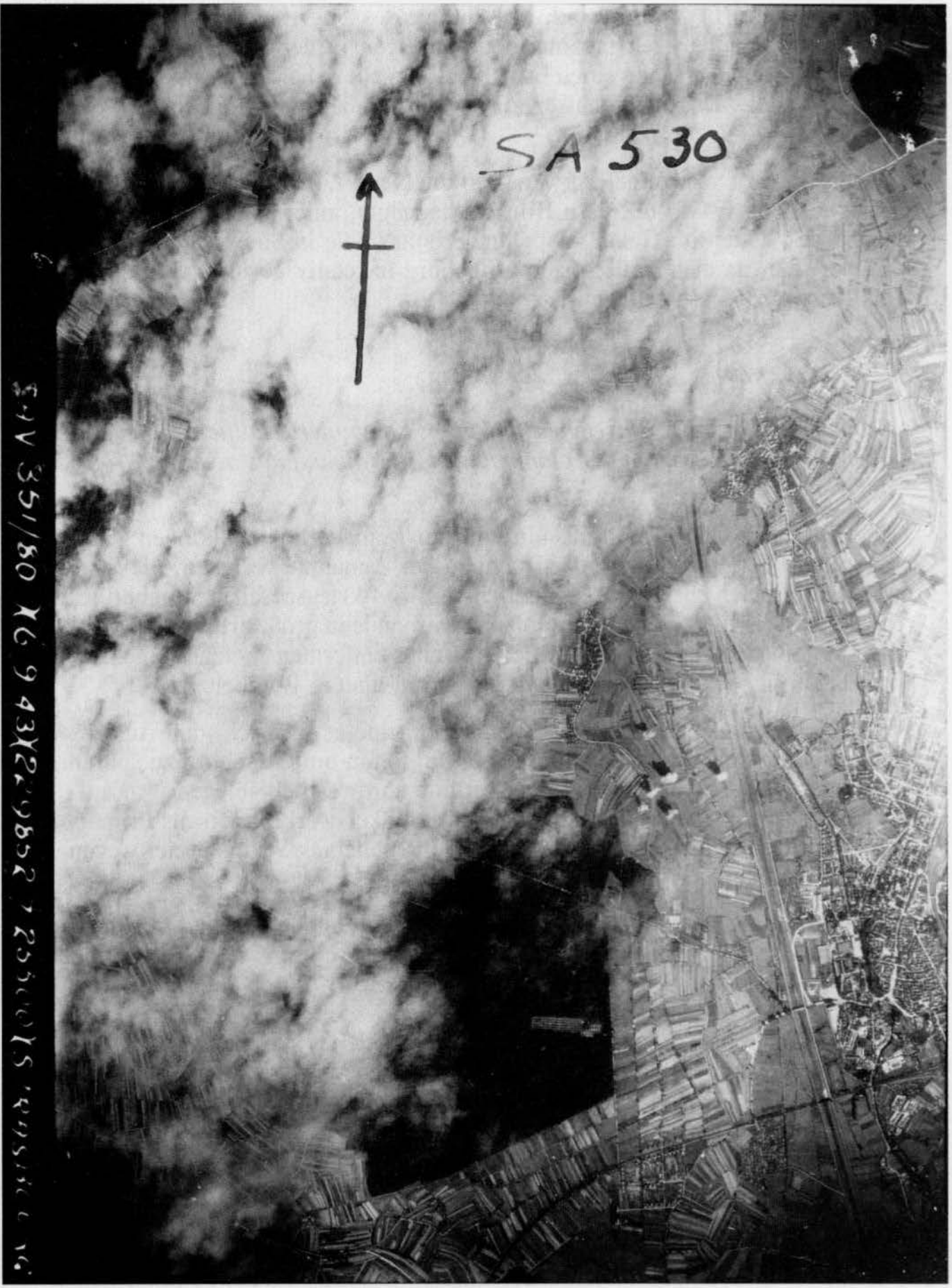
„It is known that the railway sidings in Offenburg were severely damaged, and that all rail traffic between Basle and the Rhineland had to be diverted over the Colmar-Strassbourg line and was still using route on 10th September. In addition all telephone and telegraph communications between the German railway station at Basle and Offenburg, Karlsruhe, Mannheim and Stuttgart were severed until the day after the attack.“^{111/112}

Wie auch schon bei Angriffen des Ersten Weltkrieges, bei denen der Bahnhof und damit die entlang der Strecke geführten Kommunikations-einrichtungen der Bahn getroffen wurden, führte die Ausschaltung von Knotenpunkten nicht nur zu einer Unterbrechung und Beeinträchtigung des Verkehrs durch Zerstörung des Schienenweges, sondern auch durch den Entzug der Führungsmittel, welche halfen, die perfekte Verkehrsmaschinerie in Gang zu halten.

Was die deutschen Stellen damals veranlaßt hat, den Schaden, außer aus propagandistischen Gründen, gering einzustufen, war wohl die Tatsache, daß die Ausbesserungs- und Betriebseinrichtungen der Bahn nicht getroffen wurden.

Wie restriktiv die Berichterstattung über Luftangriffe war, kann man aus der Tatsache ersehen, daß im Offenburger Tageblatt des 8. September 1943 lediglich von „Einflügen in den südwestdeutschen Raum“¹¹³ geschrieben, jedoch mit keinem Wort erwähnt wird, daß Offenburg bzw. die Bahnanlagen

Abb. 3.1: Aufnahme SAV 351/80. Offenburg westlich des Stadtzentrums mit 7/10 Bewölkung vom 6. 9. 1943, 1014h. Aufnahme aus einer Boeing B-17 der 351th Bombardment Group, Polebrook, aus einer Flughöhe von 25 500 feet. PRO Air 40/440. Aufnahme: Public Record Office, Kew



34V 351/80 XG 9 43X2 9852 7 2530015 495866 16

SA 530



Abb. 3.1

Ziel des Angriffs gewesen sind. Daß infolge des Angriffes auch Tote zu beklagen waren, ließ sich nur aus Todesanzeigen in der gleichen Ausgabe, welche als Todesursache einen Luftangriff angaben, herauslesen. Selbst die Ankündigung der „Nationalsozialistischen Trauerfeier“ verschwieg den Anlaß.

Schon weniger verwunderlich war, daß die Neue Züricher Zeitung sich am 7. September 1943¹¹⁴ mit dem Hinweis begnügte, amerikanische Fliegende Festungen hätten im Geleit von Thunderbolts Ziele in Südwestdeutschland angegriffen, da der Einflug nach Offenburg in relativ geringer Stärke und als Ausweichobjekt erfolgt war.

September 1943 bis November 1944 – Kombinierte alliierte Bomberoffensive bis zum Beginn der planmäßigen Angriffe auf das deutsche Transportsystem

Die Tatsache, daß für mehr als ein Jahr nur wenige direkte Aktionen gegen Offenburg geführt wurden, darf nicht zu der Annahme verleiten, die Stadt sei während der übrigen Zeit gänzlich vom Luftkriegsgeschehen unberührt geblieben. Zum einen flogen Bomberverbände in großer Höhe auch über den mittelbadischen Raum zu anderen, weiter entfernten Zielen, zum anderen lagen im Umkreis von Offenburg herum andere Bombenziele.

Die Weiträumigkeit von Luftoperationen brachte es mit sich, daß Auswirkungen der Angriffe auf Straßburg auch im Raum um Offenburg zu spüren waren. Straßburg, nur etwa 15 km Luftlinie nordwestlich gelegen, war aufgrund der dort liegenden Dependancen der Junkerswerke einerseits Primärziel alliierter Bomberverbände, andererseits beliebtes Sekundärziel wegen seiner ausgedehnten Eisenbahnanlagen.

Am Vormittag des 1. April 1944 fielen vier Sprengbomben und 20 Phosphorbrandbomben auf Ohlsbach, wobei ein Mensch ums Leben kam und drei weitere verwundet wurden. Bei diesem Abwurf, durch den fünf Wohnhäuser beschädigt wurden, handelte es sich entweder um den Fehlwurf oder den Notwurf eines beschädigten Flugzeuges, welches an einem Angriff auf die Junkerswerke in Straßburg beteiligt gewesen war.¹¹⁵

Abb. 3.2: Aufnahme SAV 351/80, Offenburg M/Yd. vom 6. 9. 1943, 1013h30s, Negativ Nr.: 302/3. Zielphoto von der gesamten Nord-Süd-Ausdehnung der Bahnanlagen. Aufnahme aus einer Boeing B-17 der 351th Bombardment Group, Polebrook, aus einer Flughöhe von 25000 feet. PRO Air 40/440. Aufnahme: Public Record Office, Kew



Abb. 3.2

Für den 27. Mai 1944, den Pfingsttag, notiert das Kriegstagebuch des Luftschutzraumes Straßburg¹¹⁶:

„1236: Hptm Schmidhäuser meldet: 3–4 Fallschirme in südöstlicher Richtung 1 Maschine brennend abgestürzt zwischen Willstätt und Eckartsweier (...)

1255: Fliegerabschuß bei Lahr (...)

1348: General Hiebe – Abschnitt Offenburg – 7 Maschinen – feindl. oder deutsche noch nicht feststellbar – abgestürzt. 4 amerikanische Gefangene 7 werden noch zugeführt. 3 verwundet u. 1 tot.“

Bei der um 12.36 Uhr als abgestürzt gemeldeten Maschine kann es sich nur um den auf der Gemarkung Windschlag abgestürzten B-17 Bomber gehandelt haben, dessen Trümmer in der neuesten Ortschronik¹¹⁷ des jetzigen Stadtteils von Offenburg abgebildet sind. Ebenso muß es sich bei dem Toten aus dem Abschnitt Offenburg um den Piloten dieser Maschine gehandelt haben. Über den Verbleib der anderen Luftfahrzeugbesatzungen und die eventuellen Absturzorte der Flugzeuge läßt sich keine Aussage machen. Es kann angenommen werden, daß Wrackteile abtransportiert und der Rohstoffgewinnung zugeführt worden sind. Aufgrund der schlechten Aktenlage der ehemaligen Luftwaffe (vgl. auch Kap. 1) ließen sich keine weiteren Erkenntnisse gewinnen.

Veränderungen der Luftlage durch das Vorrücken der Alliierten nach Lothringen und in das Elsaß

Mit dem Vorrücken der alliierten Truppen, die sich durch Frankreich von Süden und Westen her kommend auf die deutsche Westgrenze bewegten, wurde das Oberrheingebiet zum rückwärtigen Versorgungsgebiet für die Front. Am 15. September 1944 standen amerikanische und französische Truppen bereits auf einer Linie Belfort – Nancy – Metz – Luxemburg, so daß die Verkehrsanlagen östlich des Rheins zu wichtigen Nachschubdrehscheiben für die deutschen Truppen geworden waren, an deren Zerstörung alliierte Befehlshaber ein großes Interesse haben mußten. Dies, zumal sie bis zum 8. November 1944 nur geringe Geländegewinne erzielen konnten und die deutsche 19. Armee hartnäckig einen Brückenkopf um Colmar hielt, der erst am 8. Februar 1945 geräumt wurde. Daß die zahlreichen Angriffe auf Eisenbahnziele östlich des Rheins ihre Resultate zeigten, wird durch die Tatsache belegt, daß die Amerikaner und Franzosen bis zum 15. Dezember 1944 das Elsaß mit Ausnahme des Raumes um Colmar besetzt hatten.



Abb. 3.3: Aufnahme US13/3537 vom nördlichen Teil der Bahnanlagen mit Aufnahmezentrum Straßenbrücke über Bahngelände bei Windschlag vom 29. 10. 1944, 1130h. Aufklärungsaufnahme aus einer F-5E (Aufklärerversion der P-38 Lightning) der 7th Photographic Group, 13th Photographic Squadron der 8. USAAF, Mount Farm. PRO Air 34/264.

Aufnahme: Public Record Office, Kew

Die Bestimmung der Anzahl der direkten Luftangriffe auf die Gemarkung Offenburg zwischen dem 6. September 1943 und dem 27. November 1944 anhand der durchgesehenen Quellen läßt keine abschließende Feststellung zu.

Nach den Unterlagen der Stadt Offenburg¹¹⁸ hat es in diesem Zeitraum – die beiden großen Angriffe ausgenommen – vier Angriffe gegeben, nach den alliierten Quellen drei.

Während in den Akten der Allied Central Interpretation Unit¹¹⁹ eine Aufnahme (Abb. 3.3.) der nördlichen Bahnanlagen¹²⁰ vom 29. Oktober 1944, 12.30 Uhr existiert, die Schäden durch einen Angriff der 8. USAAF vom 3. Oktober 1944 abdeckt, ist dieser Angriff in der Auflistung der Stadt Offenburg nicht verzeichnet. Dies könnte mit der Tatsache, daß jener nicht direkt das Stadtgebiet, sondern neben dem Bahngelände eher Windschlag und Bohlsbach heimsuchte, erklärt werden. Die Angriffe auf Ziele in der näheren Umgebung Offenburgs sind, soweit sie in den britischen und amerikanischen Quellen erwähnt wurden, der Vollständigkeit halber mit aufgenommen.

Die 19 B-24 Liberator der 8. USAAF, die für diesen Angriff eine TOT-Zeit (Time over Target) von 11.56 Uhr bis 11.58 Uhr angaben, warfen hierbei aus einer Höhe von 23000 feet 110 × 1000 lbs. Sprengbomben ab. Die Maschinen bildeten die vierte Welle von insgesamt vier Wellen 180 viermotoriger Bomber, welche die Daimler-Benz-Werke in Gaggenau als Primärziel hatten.¹²¹

Die Bomben der 19 Flugzeuge trafen nur den nördlichen Teil des Rangiergeländes. Durch die Aufklärungsaufnahmen, welche den gesamten Bahnkörper in Süd-Nord-Richtung abdeckten, wurden nur etwa 45 Einschläge in relevanten Bereichen entdeckt.

Ein Angriff schwerer Bomber ist für den 8. Oktober 1944 durch alliierte Quellen nicht zu belegen.¹²² Bei diesem Angriff warfen sechs Jagdbomber der neu aufgestellten taktischen Luftstreitkräfte der US-Armee 2,0ts. Bomben ab¹²³, die erheblichen Schaden anrichteten. Der Landrat als Leiter der Sofortmaßnahmen bei Bombenschäden beantragte bei der Rüstungsinspektion Oberrhein in Straßburg am 9. Oktober 1944 insgesamt 80000 Dachziegel zur Behebung von Schäden, die als direkte Folge dieses Bombenabwurfes entstanden waren.¹²⁴

Am 15. Oktober 1944 fand ein Luftangriff auf einen mit Munition beladenen Zug im Bahnhof Niederschopfheim statt, bei dem mehrere Waggons explodierten, was im Ort mehrere Schäden an Gebäuden zur Folge hatte.¹²⁵ Die Art des Angriffes läßt auf einen Jagdbomberangriff schließen.

Bereits am 18. November 1944 hatte auf die Bahnhöfe Offenburg und Appenweier ein Tiefflugangriff mit Bombenabwürfen stattgefunden, der erheblichen Schaden angerichtet hatte. Die Hochbaubahnmeisterei forderte mit Schreiben vom 20. November 85000 Falzziegel zur Behebung der Schäden an.¹²⁶

Am 22. November 1944 flog die 9th Air Force mit elf Thunderbolts offensive patrol, unter anderem auch im Raum Offenburg. So können es nur Maschinen dieser Einsätze – Thunderbolts – gewesen sein, die am gleichen Tag 2,0ts. Splitterbomben (fragment bombs) auf die Eisenbahnanlagen Offenburgs warfen.¹²⁷

Eine Unstimmigkeit ergibt sich für die städtische Angabe eines Fliegerangriffes am 25. November 1944, der sich nicht aus alliierten Unterlagen belegen läßt.

In diesem Fall könnte eine Verwechslung bei der Aufstellung der Daten seitens der Stadt Offenburg aufgetreten sein: am 25. Dezember 1944 flog ein einzelner Aufklärer um 12.30 Uhr über die Stadt, um die Auswirkungen der Luftangriffe des letzten Monats photographisch festzuhalten. Die Quellen des Stadtarchivs geben für den 25. November 1944 an, es habe von 11.39 Uhr bis 12.37 Uhr öffentliche Luftwarnung (ÖLW) bestanden. Für den 25. Dezember 1944 ist hingegen nur eine Zeitangabe, nämlich 10.45 Uhr, für den Beginn der ÖLW aufgeführt. Es wäre demnach nicht auszuschließen, daß es sich um einen falschen Eintrag handelt, zumal der erstgenannte Zeitraum der ÖLW sich mit der Überflugszeit des Aufklärers decken würde.

Ein Zurückgreifen auf militärische Quellen, welche die Zweifel endgültig hätten beseitigen können, war in diesem Fall nicht möglich.

Die bis zum 27. November 1944 erfolgten Bombenangriffe auf Offenburg waren nicht das Ergebnis eines planmäßigen Luftkrieges gegen diese Stadt. Erstens war Offenburg nach der deutschen Besetzung Frankreichs und der Beneluxstaaten nur nach Durchquerung eines immer besser verteidigten Luftraumes zu erreichen, zweitens hätte es dort nichts gegeben, dessen Zerstörung den kurzfristigen Kriegszielen auf alliierter Seite genützt hätte, drittens waren die Briten alleine in der Frühphase des Krieges materiell und operationell nicht in der Lage, ihre Kräfte derart zu zersplittern. Erst die Kombination von einem Eintritt der USA in den Krieg, der verlorenen Schlacht im Atlantik, welche den gesteigerten Fluß amerikanischer Rüstungs- und Versorgungsgüter über den Atlantik ermöglichte und dem Scheitern im Osten führte zu einer Wende. Immer größere Bomberverbände flogen Angriffe, zuerst gegen bedeutende deutsche Städte und das Ruhrgebiet, schließlich systematisch gegen Flugzeugfabriken und die Motorenindustrie sowie die Hydrierwerke, wodurch die Luftwaffe quasi am Boden mattgesetzt wurde.

Die weite Entfernung zu allen Landfronten war also gewissermaßen ein Garant für die Sicherheit der Stadt vor Luftangriffen. Belegen läßt sich diese These durch die Anfangs- und Endphase des Krieges: nur bei geringer Entfernung des militärischen Geschehens, wie etwa in den Jahren 1939/40 und ab Oktober 1944, war die Stadt wirklich vom Kampfgeschehen betroffen.

Der Angriff des 6. September 1943 war ein Ausnahmefall, da das Hauptziel Stuttgart nicht angefliegen werden konnte – die wirklich schweren Angriffe standen Offenburg noch bevor.

Planmäßige Angriffe gegen die Bahnanlagen um Offenburg

Planung der Luftoffensive gegen das deutsche Transportsystem

Eine Bomberstreitmacht von weit über 300 Flugzeugen wurde auch in der Hochphase der kombinierten Bomberoffensive nicht zufälligerweise gegen ein Ziel wie den Offenburger Bahnhof eingesetzt.

Diese Aktion war kleiner Teil eines umfassenden Planes, welcher das deutsche Transportsystem aus verschiedenen Gründen treffen sollte.

Mitte November 1944 standen die alliierten Truppen bereits an den Zugängen zum Elsaß, am 23. November 1944 stießen die ersten Panzerspitzen nach Straßburg vor. Um die endgültige Besetzung des Elsaß begann ein zähes Ringen. Damit dem Schauplatz des Kampfgeschehens Nachschub zugeführt werden konnte, waren die rechtsrheinischen Verkehrsknotenpunkte für die deutsche Führung von eminenter Bedeutung.

Am 13. Oktober 1944 wurde ein Combined Strategic Targets Committee (C.S.T.C.) gebildet. In den ersten zwei Wochen seines Bestehens dachte man noch nicht an das gegnerische Transportsystem als Hauptziel.¹²⁸ Bei einem Treffen von Armeebefehlshabern am 17. Oktober im SHAEF regten diese, und zum gewissen Grade auch Angehörige des Hauptquartiers selbst, Angriffe auf Brücken hinter der Front an, um so den Nachschub und den Rückzug deutscher Truppen zu erschweren. Bis zum 27. Oktober kristallisierte sich die Entscheidung heraus, daß das Verkehrssystem hinter der Treibstoffinfrastruktur ein zweites Sonderziel werden sollte. Aus diesem Grunde stellte man einen mit Spezialisten besetzten Arbeitsausschuß (Working Committee) auf.

Am 8. November 1944 legte der Arbeitsausschuß am Berkley Square im Londoner Regierungsviertel dem C.S.T.C. seinen streng geheimen Plan für den Angriff auf das deutsche Verkehrsnetz (Plan For Attack Of German Transportation System)¹²⁹ vor.

Der Plan war folgendermaßen abgesteckt:

- seine Durchführung sollte die Operationen an der Westfront wirkungsvoll unterstützen,
- den Operationen an der Ost- und der italienischen Front so weit wie möglich dienen und
- den größtmöglichen Druck auf die gegnerische Kriegsproduktion ausüben, indem man die Wirtschaftsströme störte.¹³⁰

Die Zielauswahl sollte wegen der Priorität der oben genannten Intention berücksichtigen, daß kein gleichwertiger Kräfteinsatz möglich war und der Anteil von Präzisionsangriffen¹³¹, die nach Sicht geflogen wurden, auf Eisenbahnzentren begrenzt sein würde. In diesem Zusammenhang zog man ebenso die zu erwartenden schlechten meteorologischen Bedingungen der Jahreszeit, welche die Aufklärung erschweren würden, mit ins Kalkül.¹³²

Da das deutsche Eisenbahnnetz wegen seiner hohen Streckenredundanz als insgesamt wenig anfällig eingestuft wurde, schlug man aufgrund der in Nordfrankreich gemachten Erfahrungen vor, Verschiebebahnhöfe, Streckenknoten sowie Wartungs- und Reparatereinrichtungen anzugreifen.

Darüber hinaus plädierte das Working Committee für eine Kontinuität der Angriffe, da man in Nordfrankreich ebenfalls beobachtet hatte, daß Störungen schnell wieder beseitigt wurden, übte man durch kontinuierliche Angriffe nicht ständigen Druck auf die Organisation aus. Um keine Zersplitterung von Kräften aufkommen zu lassen, sollte die Operation räumlich und nach Auswahl der Ziele zahlenmäßig begrenzt werden.

Operationen, die in unmittelbarer Frontnähe stattfanden, sollten von den taktischen Luftstreitkräften vorgenommen werden und eng mit den strategischen koordiniert sein.

Soweit die theoretischen Generalüberlegungen des C.S.T.C.

Trotz dieser an sich schlüssigen Planungen verbarg sich ein nicht unerheblicher Dissens hinter dem Ergebnis.

Zum einen ging er von der Voraussetzung aus, der Krieg sei bis Ende 1944 beendet. Selbst unter dieser Voraussetzung kam man zu dem Schluß, daß sich die Angriffe frühestens ab dem 1. Januar 1945 auf den militärischen Eisenbahnverkehr auswirken würden. Zum anderen hatte es Kontroversen bei der Zielauswahl gegeben. Dies wegen des Ausmaßes des zu treffenden Systems und der Tatsache, daß zweierlei organisatorische Einheiten, Working Committee und C.S.T.C., bestanden. Beide glaubten im Gegensatz zu

Air Marshall Sir Arthur Tedder und seinen Beratern im Supreme Headquarter Allied Expeditionary Force (SHAEF) wenig an einen Erfolg des Plans.

Trotz Tedders Einfluß hatten Heeres- und Luftwaffenbefehlshaber erhebliches Mitspracherecht bei der Zielauswahl – sie stand eigentlich dem C.S.T.C. zu –, unter ihnen der Kommandeur der 8. USAAF, General Ira Eaker und der Kommandeur des Bomber Command der R.A.F., Sir Arthur Harris. Das Mitspracherecht der Teilstreitkräfte erwuchs aus der Tatsache, daß Angriffe auf Verbindungslinien sowohl strategischen als auch taktischen Zielen dienten. Ein weiterer, übergeordneter Gesichtspunkt bei der Zielauswahl war die Tatsache, daß man sich mittels des Plans erhoffte, den Krieg bis zum Ende des Jahres 1944 beenden zu können, jedoch machte die Ardennenoffensive diese Pläne obsolet.

Wie waren die konkreten Vorstellungen in Projektion auf das restliche deutsche Reichsgebiet?

Die Angriffe der Bomber sollten auf ein Gebiet zwischen dem Rhein und 10° östlicher Länge, das entspricht ungefähr der Linie Hamburg – Hannover – Würzburg – Ulm, konzentriert werden, um die Unterstützung der deutschen Seite für die Westfront am stärksten zu treffen.

Hierzu teilte man das Gebiet in Zonen mit genau bestimmten Zielen auf, von denen jedes innerhalb kürzester Zeit angegriffen werden sollte.

Innerhalb jeder Zone wurden geeignete Eisenbahn-Ziele (railway interdiction targets) ausgewählt, um den Verkehr zu kanalisieren und eine Reduzierung der Aufgaben der taktischen Luftstreitkräfte zu ermöglichen. Andernfalls war das Bombardieren von Eisenbahnknoten mit dem Schwerpunkt der Zerstörung von Wartungseinrichtungen und der größtmöglichen Behinderung des Verkehrsflusses vorgesehen, weshalb man sich auf die Schlüsselzentren der jeweiligen Zone beschränkte.

Zusätzlich zu den Aktionen der schweren Bomber sollten die Begleitjäger der 8. USAAF auf ihrer Rückkehr vom Begleitschutz fahrende Züge angreifen, da man sich neben der Beschädigung des rollenden Materiales nebst „Inhalt“¹³³ eine Unterbrechung des Verkehrs durch liegende Züge versprach. Diese Aktionen sollten möglichst weit westlich stattfinden, um die unmittelbare Frontversorgung zu beeinträchtigen, ohne jedoch die Operationen der taktischen Luftverbände zu stören.

Amerikaner und Briten teilten sich die Ziele auf. Die 8. USAAF sollte bei Tag ausschließlich Bahnziele angreifen, während die R.A.F. bei Nacht Ziele anfliegen sollte, die von bebauten Gebieten umgeben waren und sich deshalb für ein Flächenbombardement besonders eigneten.¹³⁴

Offenburg lag in der Zone 5 (Karlsruhe-Stuttgart-Zone). Sie wurde als die weitmaschigste und deshalb auch anfälligste des gesamten Zielgebietes eingestuft und hatte am 7. November die niedrigste Priorität, da zu diesem Zeitpunkt nach Auffassung des SHAEF noch keine militärische Notwendigkeit eines Angriffes bestand.

Unter den sieben ausgewählten Zielen der Zone 5 lag Offenburg am 7. November 1944 mit der Zielnummer GH 603 hinter Karlsruhe und Stuttgart-Kornwestheim an dritter Stelle. Danach folgten Freiburg, Rastatt, Ulm und Heilbronn. Im Anhang zu diesem Plan waren Offenburg und Rastatt die einzigen Ziele dieser Zone, die nicht den Zusatzvermerk „Adjacent to built-up area and suitable for area attack“ trugen. Das Beispiel Freiburg lehrt, daß diese Klassifizierung die Stadt selbst vor größeren Zerstörungen bewahrt hat.

Im Anhang zum Bulletin No. 1 des C.S.T.C. (Working Committee Transportation)¹³⁵ vom 14. November 1944 war Offenburg bereits auf den zweiten Platz in der Prioritätenliste der Zone 5 aufgestiegen, nachdem Karlsruhe angegriffen worden war. Dort befand es sich auch noch am 17. November 1944.¹³⁶ „Als dann am 22. November 1944 vom Obersten Befehlshaber, General Eisenhower, die Anweisung erging, in Verbindung mit dem neu aufgenommenen Angriff der 6. alliierten Armeegruppe in den Vogesen und zum Rhein hin, alle wichtigen Eisenbahnknotenpunkte und Brücken entlang des Rheins südlich von Karlsruhe als Luftkriegsziele auszuwählen (festzusetzen, da sie schon ausgewählt waren), wurde in London die Entscheidung gefällt“,¹³⁷ die Einrichtungen der Bahn in Offenburg durch einen Tagesangriff am 27. November 1944 unbrauchbar zu machen.

Operation 727 vom 27. November 1944

In der Mittagszeit des 27. November 1944 wurde gegen die Anlagen des Verschiebebahnhofes und des Reichsbahnausbesserungswerkes Offenburg der schwerste Angriff des Zweiten Weltkrieges gegen diese Stadt geflogen.

Hierzu vermerkte der Wehrmachtsbericht unter Eintrag vom 28. November 1944:

„Am gestrigen Tag richteten sich die Angriffe der anglo-amerikanischen Bomber und Jäger auf das Gebiet beiderseits des Rheins. Schwere Schäden entstanden vor allem in Wohnvierteln der Städte Offenburg und Köln. In der Nacht unternahmen britische Flugzeuge einen Terrorangriff auf Freiburg im Breisgau, der hohe Personenverluste und umfangreiche Gebäudeschäden zur Folge hatte.“¹³⁸

Im Abschlußbericht¹³⁹ des Wehrwirtschaftsoffiziers im Wehrkreis V vom 20. Dezember 1944 an das OKW über die Luftangriffe auf Offenburg und

Freiburg an jenem Tag wird der Angriff auf Offenburg als schwerer, jener auf Freiburg als sehr schwerer klassifiziert. Darin heißt es:

„Von 12.15–12.40 Uhr wurden Offenburg und die Markungen von Bohlsbach, Bühl-Dorf, Dundenheim, Durbach, Ebersweier, Nesselried, Oppenau, Rammersweier, Stadelhofen, Windschlag angegriffen.“

Nach deutscher Zählung wurden 3 185 Sprengbomben, darunter 54 Blindgänger, respektive Langzeitzünder, 13 300 Stabbrandbomben, davon 159 Blindgänger und 480 Phosphorbrandbomben, hierunter 18 Blindgänger abgeworfen.¹⁴⁰

Während die Zahl der Blindgänger nicht anzuzweifeln ist, gilt dies nicht in gleichem Maße für die restlichen Bomben. Zieht man die alliierten Unterlagen zu Rate, stellt man fest, daß die Angaben der Bomben, die nach deutscher Zählung zum Einsatz gekommen sein sollen, zu hoch gegriffen waren (vgl. Tab. 7.2.). Ebenso mußten sich diejenigen, die tagtäglich mit Luftangriffen konfrontiert waren, der Tatsache bewußt gewesen sein, daß ausschließlich die um Offenburg liegenden Bahnanlagen Ziel waren und die in Mitleidenschaft gezogenen Ortschaften im Umkreis von bis zu circa 15 Luftlinienkilometern Opfer der Ungenauigkeit beim Bombenwurf waren. Dennoch machte es sich propagandistisch sicherlich vorteilhaft, den Angriff als einen solchen gegen die Wohngebiete, und damit die Zivilbevölkerung, zu deklarieren.

Besonders deutlich wird die Streuung beim Bombenwurf des großen Verbandes im Falle Oppenau. Hierfür kann man jedoch eine einleuchtende Erklärung finden, wenn man die Ziel- und Auswertungsphotos jenes Angriffes betrachtet. Die Formationen flogen ziemlich exakt von West nach Ost mit einem Kurs von ca. 270° und einer Geschwindigkeit von etwa 100–140m/s, so daß eine Verzögerung von 10s bereits eine Ungenauigkeit über Grund von mindestens 1 km bedeutete.

Dennoch waren die Schäden, wie der Bericht wissen läßt, insbesondere an den Verkehrsanlagen, erheblich. Insofern hatten die alliierten Bomberverbände ihre Direktive mit Bestimmtheit erreicht.

Der offizielle Bericht des Wehrwirtschaftsoffiziers ging von 76 Toten, davon 40 Wehrmachtsangehörigen, und 77 Verwundeten aus; 245 Menschen wurden obdachlos und 500 mußten umquartiert werden.

Abb. 4.1: Aufnahme SAV 384/I 115-5, Negativ Nr.: PT 302 766 vom 27. 11. 1944, 1 216h, Offenburg M/Y. Zielphoto der ersten Angriffswelle zeigt Bahngelände in gesamter Ausdehnung und Nordweststadt. Aufnahme aus einer Boeing B-17 der 384th Bombardement Group 8. USAAF, Grafton Underwood, aus einer Flughöhe von 26000 feet. PRO Air 40/775.

Aufnahme: Public Record Office, Kew



S.A. 2941
OFFENBURG M/Y
27 NOV 1944

ANNOTATED PRINT

SAV 384/1115 - 5
Neg. No. 273 2761

Als Totalschäden buchte man die Verladehalle und den Rangierbahnhof Offenburg ab. Schwer beschädigt waren der Personenbahnhof, das Verwaltungsgebäude des Bahnhofes, zwei Bahnmeistereien, ein Lokschuppen, eine Wagenwerkstätte, eine Güterhalle sowie das Reichsbahnausbesserungswerk Offenburg. Auch die noch als „mittleren Schäden“ eingestuften Erfolge waren nicht unbedeutend. Zu ihnen zählten der Personenbahnhof Windschlag, 200 Waggons und etliche Gleise.

Als Resultat war der Bahnverkehr auf der Rheintalstrecke sowie die Reichstraße Nr. 3 zwischen Offenburg und Appenweier für zwei Tage wegen Bombentrümmern unterbrochen.

Unter den militärischen Anlagen wurde das Kriegsgefangenenlager Holderstock schwer getroffen. Hier kamen 11 Kriegsgefangene um.

20 Baracken des Lagers wurden total zerstört. Der Wirtschaftshof Offenburg der Festungsdienststelle Karlsruhe verlor mehrere Baracken und Kfz-Hallen, darüber hinaus entstand auch an der Artilleriekaserne leichter Gebäude- und Sachschaden. Totalverluste bei den öffentlichen Gebäuden waren das Zollamt sowie der Kindergarten in Windschlag, schwer beschädigt waren die Kapuzinerkirche und das Bezirksbauamt.

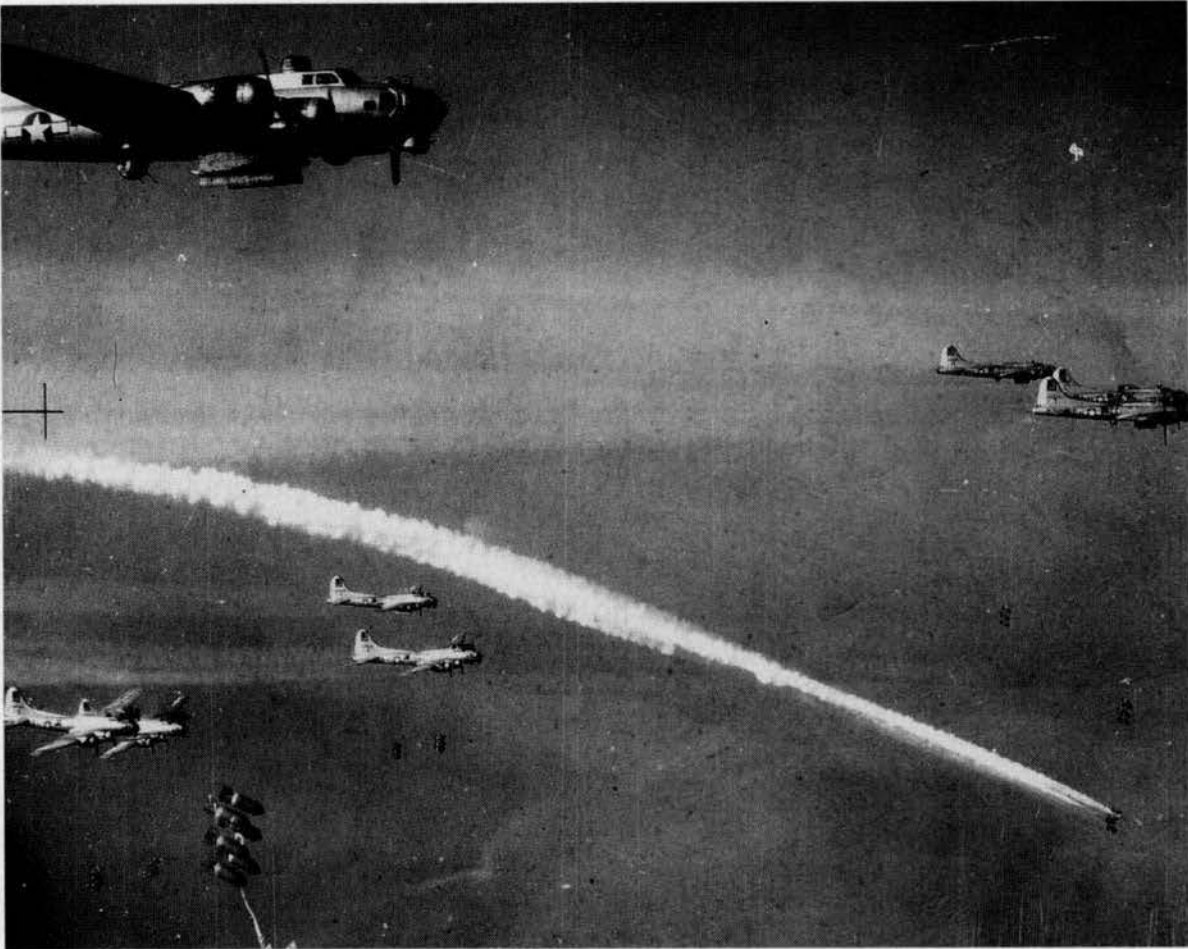
Industriebetriebe, welche schwer getroffen wurden, waren, wie alle anderen Einrichtungen, denen schwerer Schaden zugefügt wurde, entweder im Anflugsektor der Bomber oder in unmittelbarer Nähe des Hauptzielgebietes, der Bahnanlagen. Hierzu gehörten u. a. das Eisenwerk Müller, die Deutsche Bank, Maschinen- und Apparatebau Meiko, Maschinenfabrik Martin, Glasplakatefabrik Dold u. a.

Insgesamt zählte man 35 Groß-, 18 Mittel- und 58 Kleinbrände, zu deren Bekämpfung 730 Mann Wehrmachtshilfskommandos vom Standort Offenburg eingesetzt wurden, jedoch auch Feuerwehrrkräfte aus Freiburg, das am Abend des gleichen Tages noch von 351 Lancaster Bombern der Royal Air Force bombardiert wurde.¹⁴¹

Die Intelligence Operation Summary (INTOPS SUMMARY) No. 211 des Hauptquartiers der 8. Luftflotte der United States Army Air Force für den Zeitraum 0001h–2400h des 27. November 1944¹⁴² resümierte den Angriff auf Offenburg folgendermaßen:

„Vierzehn combat wings, bestehend aus 376 B-17 und 154 B-24 wurden in drei Wellen (forces) gegen die Verschiebebahnhöfe von Offenburg und Bingen eingesetzt.“¹⁴³

Während Offenburg optisch bombardiert werden konnte, lag Bingen unter einer geschlossenen Wolkendecke und mußte mit Hilfe des Radarsystems H2X¹⁴⁴ geortet werden.



*Abb. 4.1 a: Markierungsbomben werden aus einer B-17 abgeworfen.
Aufnahme: IWM*

Bei beiden Aktionen kam es zu keinen Begegnungen der Bomber mit deutschen Kampfflugzeugen¹⁴⁵, was darauf zurückzuführen war, daß die deutschen Abwehrkräfte die massiert über Holland einfliegenden Begleitjäger für die Hauptstreitmacht gehalten hatten und jenen das Gros ihrer einsatzfähigen Jäger entgeschickten, die sich über Mitteldeutschland mit den amerikanischen Langstreckenjägern einließen.

Die zweite und dritte Welle der schweren Bomber war gegen Offenburg eingesetzt worden.

Die zweite Welle der Operation 727 bestand aus 186 in England gestarteten Boeing B-17 Flying Fortress, von denen 182 ihre Bombenlast¹⁴⁶ über dem Primärziel Offenburg und über dem Gelegenheitsziel Freiburg¹⁴⁷ abwarfen.

Diese Welle bombardierte zwischen 12.16 Uhr und 12.29 Uhr Ortszeit aus 25000 bis 29500 feet, wobei zwei B-17 nur Flugblätter über dem Ziel abwarfen.¹⁴⁸ Die Flak über dem Ziel wurde als „mager“ und „ungenau“ ein-

gestuft, so daß von den 182 Flugzeugen sechs geringere und acht schwerere Gefechtsschäden (battle damage) meldeten, jedoch kein Totalverlust eintrat.

Die zweite Welle führte ihren Jagdschutz¹⁴⁹ mit sich, der jedoch nicht über Offenburg zum Einsatz kam, sondern wie bereits oben beschrieben, sich verfuhr. Die erzielten Schäden am Boden wurden als gutes Ergebnis eingestuft.

Die dritte Welle, bestehend aus 154 Consolidated B-24 Liberator, warf mit 144 Flugzeugen am Ziel ihre Bombenlast¹⁵⁰ zwischen 12.25 Uhr und 12.41 Uhr, teilweise optisch, teilweise nach dem Funkmeßverfahren Gee-H, aus 22000 bis 26000 feet auf die bereits brennenden Offenburger Bahnanlagen.

Auch diese Welle warf Flugblätter ab.¹⁵¹ Für die Flak gaben die Besatzungen die gleiche Einschätzung ab und kehrten mit neun leichtbeschädigten Flugzeugen zu ihren Basen nach Großbritannien zurück.

Folgende Einheiten der 8. USAAF waren an dem Angriff beteiligt:

Group Kommandeur	Spitzname Flugzeugtyp	Basis
44 A, B, PFF Col E. H. Snarcky	Flying Eightballs B-24 Liberator	Shipdam
91 A, B, C Col H. W. Terry	Ragged Irregulars B-17 Flying Fortress	Bassingbourn
93 PFF LtCol H. P. Barnard jr.	Travelling Circus B-24 Liberator	Hardwick
303 A, B, C, PFF Col W. S. Raper	Hell's Angels B-17 Flying Fortress	Molesworth
379 A, B, C Col L. E. Lyle	B-17 Flying Fortress	Kimbolton
384 A, B, C LtCol T. L. Milton	B-17 Flying Fortress	Grafton Underwood
389 A, B, PFF Col R. D. Poths jr.	The Sky Scorpions B-24-Liberator	Hethel
398 A, B, C Col F. P. Hunter	B-17 Flying Fortress	Nuthampstead
445 A, B, Col W. W. Jones	B-24 Liberator	Tibenham
491 A, B Col A. W. Reed	The Ringmasters B-24 Liberator	North Pickenham

Die Jägereskorte, die aus 45 nordamerikanischen P-51 Mustang bestand, hielt sich wie jene der zweiten Welle nicht über Offenburg auf, sondern flog über Mittel- und Südhessen sowie über Württemberg Tiefflugangriffe unter Einsatz der Bordwaffen.¹⁵²

Unmittelbare Ergebnisse des Angriffs vom 27. November 1944

Die nachrichtendienstliche Zusammenfassung (Intops Summary) No 211 stellt unter Punkt C: ‚Intelligence‘ weiterhin fest:

„Due to low cloud over western Germany and Holland, the enemy apparently mistook the fighters penetrating over the Zuider Zee for the main bombing effort. As a result of this, a maximum all-out effort was put by the GAF [German Air Force, d. Aut.] against an imaginary bomber penetration, while the actual bombers attacked targets in SW Germany completely unmolested.“¹⁵³

Zu den Beschädigungen an Feindeinrichtungen stellten die Luftbildauswerter fest:

„Offenburg-Good Results

From the first wave of bombers over the target, five concentrations of GP and IB bombs are seen bursting on the central portion of the railroad and M/Y in the vicinity of the northbound and southbound sorting sidings. One intense explosion was noted which quickly covered the target with smoke making pinpointing of all strikes impossible. Many GP bombs and IB bombs, however, could be seen in this area and damage will be severe. One concentration covered the northern choke point of the M/Y. Of the three road over-rail bridges, two will definitely be affected. The southern bridge received at least two direct hits with three hits on the eastern approach, the central bridge, one hit on the western approach. The concentration covering the third bridge is partially cloud obscured which makes definite pinpointing impossible. However, there is a good probability that it will be damaged. One concentration of approximately 100 bombs fell in the northeastern portion of the town areas. Slight damage can be expected since only a few strikes were noted in a barracks area and this area is slightly built-up. Five concentrations could be seen in open areas immediately adjacent to the western side of the M/Y.

Strike attack photographs of the second force over the target are largely unobserved due to large quantity of smoke left by the preceding attack. Two heavy explosions developed in the smoke pall during the attack and heavy fires were burning as the a/c [aircraft, d. Aut.] left the target.“¹⁵⁴

Von den über 300 angreifenden Flugzeugen wurden nach den Meldungen¹⁵⁵ an die Operational Research Section des Hauptquartiers der 8. USAAF nur 15 beschädigt, davon 11 in der geringsten Kategorie A¹⁵⁶ und vier in der zweiten Kategorie AC. Alle Beschädigungen rührten von bodengestützter Flak. Der Bericht spricht auch davon, daß vier Flakwaggons, wahrscheinlich schwere Eisenbahnflak, auf den Gleisen am Nordende des Verschiebebahnhofes sichtbar gewesen seien.¹⁵⁷

Interpretation Report S.A. 2941, Confidential vom 28. Nov. 1944, Attack on Offenburg Marshalling Yard on 27. Nov. 1944

Die unmittelbare Aufbereitung des größten Luftangriffes auf Offenburg während des Zweiten Weltkrieges war der oben genannte Bericht vom 28. November 1944.

Dort wurden noch einmal die endgültigen Daten des Angriffs rekapituliert; demnach flogen 325 Bomber mit „full fighter escort“¹⁵⁸ der 8. USAAF in der Zeit von 12.16 Uhr bis 12.37 Uhr einen Angriff gegen den Verschiebebahnhof der Reichsbahn bei Offenburg und warfen dabei $2\,880 \times 500$ lbs. Sprengbomben und 596×500 lbs. Brandbomben ab. Der Angriff erfolgte bei allgemein mittlerem bis starkem Betrieb auf den Bahnanlagen.

Der Personenbahnhof hatte wenigstens zwei Volltreffer und zwei Einschläge nahe bei sowie wenigstens drei Treffer auf den Gleisen nördlich des Gebäudes. Dies ist auf dem vorhandenen Zielphoto (Abb. 4.1) nicht zu sehen, da es im Überflug weiter nördlich lag und hauptsächlich den Bereich des Bahnbetriebswerkes zeigt.¹⁵⁹

Die in Richtung Norden verlaufenden Verteilergleise hatten mindestens 18 Treffer erhalten. Während der ersten Periode des Angriffes konnten eine Explosion, während der Endphase zwei wahrscheinliche Explosionen in diesem Gebiet beobachtet werden.

Die in Richtung Süden verlaufenden Sortiergleise hatten wenigstens sechs Sprengbombentreffer erhalten, die Sektion südlich der Brücke bei Bohlsbach war mit Brandbomben eingedeckt. Beide Brücken über den Rangierbahnhof erhielten auf ihren Rampen, nicht jedoch an den Brücken selbst, Volltreffer.

Auf den südwärts führenden Einfahrtsgleisen waren wenigstens drei Sprengbombentreffer zu erkennen, das Nordende dieses Bereiches war mit Brandbombentreffern eingedeckt.

Die nordwärts führenden Ausfahrtsgleise erhielten ungefähr 10 Treffer, wobei auch hier das Nordende durch Brandbomben eingedeckt wurde. An der Brücke (es ist nicht ersichtlich, an welcher, da die Numerierung des Auswertebereiches nicht auf den verfügbaren Photos angebracht war) war eine wahrscheinliche Explosion zu beobachten. Am nördlichen Zusammenfluß der Gleise in die Hauptstrecke, dem äußersten nördlichen Ende des Zielgebietes, waren wenigstens vier Treffer auf den Gleisen zu beobachten.

Unter der Rubrik ‚Other Bursts‘ waren die übrigen, nicht in das direkte Zielgebiet gefallenen Bomben aufgeführt.

Ungefähr 250 Krater der fünf Bombenangriffe, die sich auf den Verschiebebahnhof konzentrierten, lagen auf freiem Feld östlich und westlich des Zielgebietes.

Eine Ansammlung von ungefähr 55 Einschlägen befand sich auf freiem Feld und Straßen etwas westlich der Brücke bei Bohlsbach sowie nördlich des Ortes.

Ca. 27 Sprengbombeneinschläge konnten im bebauten Gebiet westlich des Personenbahnhofes gezählt werden, eine große Anzahl Sprengbombentref-fer auf unbebautem Gebiet erstreckte sich von 1 640 m westlich des Güter-schuppens bis 270 m davor; ein vermutlicher Treffer wurde auf einem kasernenartigen Gebäude, wohl der Kaserne am Holderstock, erzielt.

Wenigstens 60 Sprengbombenexplosionen waren östlich des Verschiebe-bahnhofes gegenüber dem Ausbesserungswerk zu erkennen. Treffer und Beinahetreffer waren bei einigen Gebäuden in der Stadt selbst und auf dem Gelände der Kaserne an der Moltkestraße auszumachen.

Zwei kleine Gruppen von Sprengbombentrichtern, insgesamt 35, konnten am Westufer des Kanals¹⁶⁰ westlich des Verschiebebahnhofes festgestellt werden. Zwei weitere kleine Gruppen von Sprengbombeneinwirkungen wa-ren in den Feldern 2,3 km östlich des Ziels zu sehen.

Vereinzelte Sprengbombenexplosionen waren in und um Ebersweier fest-stellbar. 9,3 km westsüdwestlich des Rangierbahnhofes konnten in Wald und Feld 50 Sprengbomben- sowie vier Gruppen von Brandbombeneinschlägen ausgemacht werden.

Zwei einzelne Sprengbomben fielen 7,4 km westlich des Südendes des Ran-gierbahnhofes.

Eine große Anzahl von Brandbomben konnte in einem Bereich, der sich westlich und östlich des teilweise verdeckten Zielgebietes erstreckte, beob-achtet werden. Kleinere Anhäufungen sah man in Feldern und Wäldern 2,7 km südwestlich, 1,9 km westlich, 1,4 km nordwestlich, 1,5 km östlich und 11,1 km östlich des Verschiebebahnhofes.

Insgesamt war von den ursprünglich während des Angriffes gemachten 36 Aufnahmen, die dem Auswertungsbericht beigegeben waren, nur noch eine, welche die Frühphase zeigt, vorhanden. Aus diesem Grunde lassen sich die räumlich weiter entfernten Bombeneinschläge auch nicht mehr op-tisch darstellen.

Am 25. Dezember 1944 flog eine Aufklärungsmaschine vom Typ Mosquito der 540 Squadron R. A. F. um 12.30 Uhr über Offenburg, um die Lage nach dem schweren Angriff einen Monat zuvor sowie nach weiteren Angriffen während des Monats Dezember zu beurteilen. Der ganze Monat Dezember war aus meteorologischer Sicht ein schlechter für Luftoperationen, ins-besondere für die Aufklärung, die ohne vernünftige Bodensicht keine Ergebnisse liefern konnte. Der letzte reine Aufklärungsflug über die Stadt hatte am 29. Oktober 1944 um 11.30 Uhr stattgefunden.

Neben den auch schon in den direkten Auswertungen des Intops Summary gemachten Feststellungen wurden die aufgrund des Aufklärungsfluges vom 25. Dezember 1944 beobachteten Schäden bewertet.

Achtundzwanzig Tage nach dem schweren Luftangriff präsentierte sich das Gelände des Verschiebebahnhofes in einem weitgehend verwüsteten Zustand. Nur die Durchgangsgleise und die Gleise durch den Personenbahnhof waren zu diesem Zeitpunkt bereits instandgesetzt worden. Die übrigen Anlagen wurden als zu 95 % unbrauchbar eingestuft.

Die detaillierte Schadensanalyse stellte folgendes fest:

Bei den allgemeinen Einrichtungen des Verschiebe- und Personenbahnhofes waren die Schäden moderat.

Das Dach der Station war leicht beschädigt und ein Teil der Bahnsteigüberdachungen war durch Brand- oder Sprengwirkung zerstört. Der Bahnhof per se war jedoch funktionstüchtig. Im Güterbereich waren noch einige Bombenkrater zu erkennen, die ihn zu cirka 20 % unbrauchbar machten.

Die Einrichtungen des Rangierbahnhofes hatten beträchtlichen Schaden erlitten, der auch am 25. Dezember 1944 noch nicht beseitigt worden war. Er wurde zu diesem Zeitpunkt als unbenutzbar eingestuft.

Desweiteren wurde eine beträchtliche Anzahl rollenden Materials beschädigt, welches zum Teil die Gleise des Rangierbahnhofes und des Ausbesserungswerkes blockierte.

Eine der Brücken (vermutlich jene bei Bohlsbach) war getroffen worden, jedoch nicht zusammengebrochen.

Reparaturtätigkeit war an jenem Tag kaum zu beobachten, und die einzige größere Instandsetzungsmaßnahme, welche in diesen vier Wochen seit dem Angriff stattgefunden hatte, war die Räumung der Durchgangslinien von Trümmern geblieben.

Trotz der insgesamt stark eingeschränkten Betriebsmöglichkeiten fand an jenem 25. Dezember 1944 eine starke Ladetätigkeit statt.

Noch schwerer waren die Schäden am Ausbesserungswerk der Reichsbahn, sowie am Bahnbetriebswerk:

„Severe damage can be seen to railroad workshops where facilities have been greatly disrupted by the attack.“¹⁶¹

Abb. 4.2: Aufnahme US 7/3 176-8034, Negativ Nr.: PT 302 765, o. Datum. Zeitpunkt nach 27. 11. 1944, Offenburg, approximate bomb plot. Aufnahme der 7th Photographic Squadron der 8. USAAF, Mount Farm, wahrscheinlich aus einer Spitfire IX, gemacht. PRO Air 40/775.

Aufnahme: Public Record Office, Kew

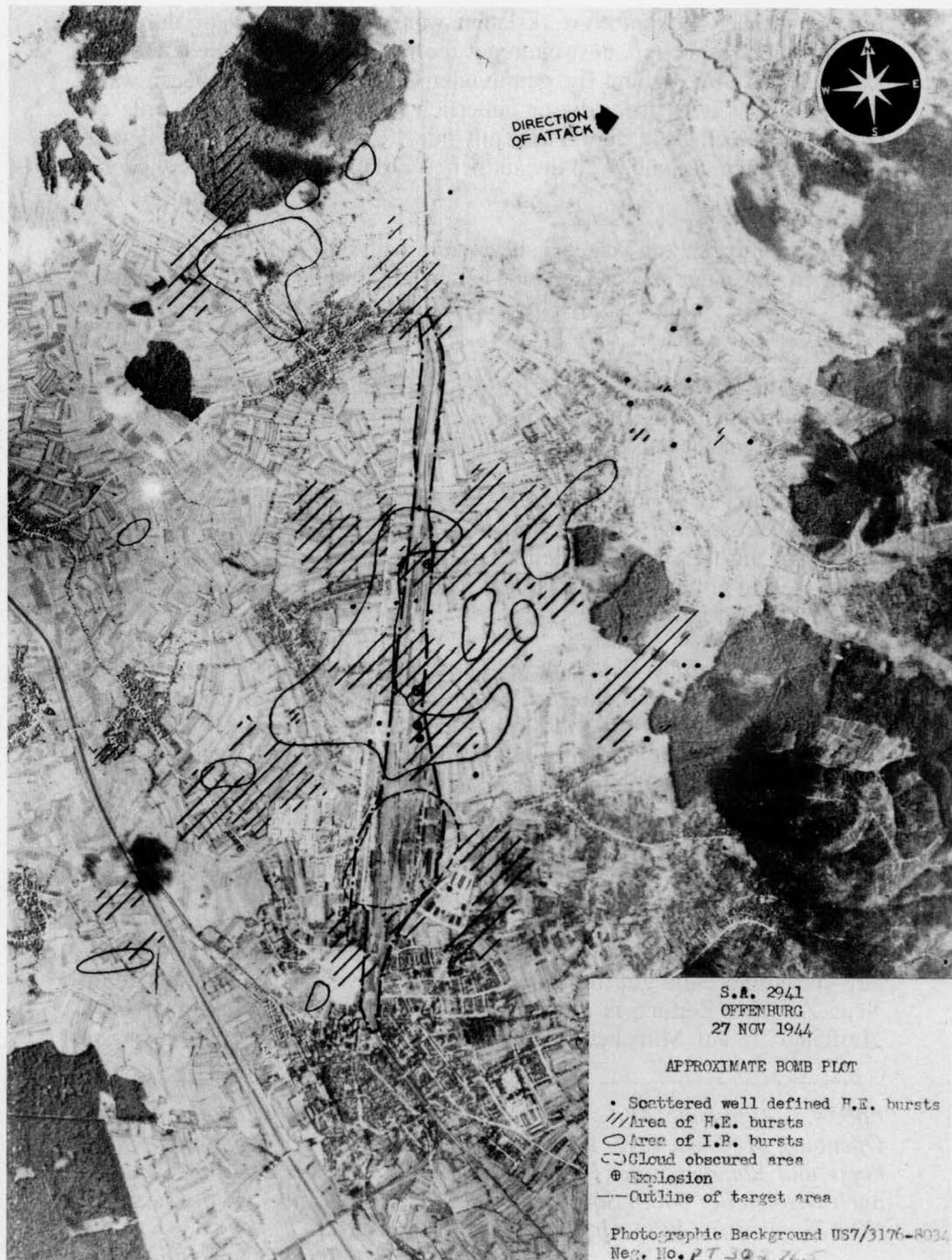


Abb. 4.2

Bei den großen Lokomotivwerkstätten waren alle Oberlichter durch die Druckwellen zerborsten, desweiteren war ein nicht unbeträchtlicher Teil der Dachflächen zum Aw und Bw gehörender Gebäude zerstört, ebenso waren Wände eingestürzt. Trotz dieser äußerlich starken Zerstörung wurde der Grad der Nutzungseinschränkung mit nur 10% veranschlagt, dies wahrscheinlich auch deshalb, weil die südlichen Zufahrtsgleise bereits wieder in Betrieb waren.

Die Einrichtungen zur Wagenausbesserung wurden gleichfalls beträchtlich getroffen. Zwei der großen Gebäude hatten strukturelle Schäden an Wänden und Dächern, zahlreiche Kleingebäude waren schwer beschädigt oder zerstört.

Der Bericht weist auch auf die beträchtliche Beschädigung von Industrie und Wohnflächen hin, auf die jedoch nicht näher eingegangen wird, da diese Beschädigungen nicht die primäre Direktive darstellten.

Die Aktionen der 8. USAAF am 27. November 1944 fanden im Spiegel der örtlichen Presse nur geringen Widerhall. Unter der Überschrift „Terrorangriff auf unsere Stadt“ wurde im Offenburger Tageblatt vom 28. November 1944¹⁶² in üblicher nationalsozialistischer Sprachregelung ohne Details von der Aktion berichtet.

Eine größere Anzahl Todesanzeigen kündeten von den Opfern, welche durch den Angriff zu beklagen waren. Die Ausgabe des 29. November 1944¹⁶³ zitierte den Wortlaut des Wehrmachtsberichtes vom 28. November 1944 (s. o.), womit die Berichterstattung über den größten Angriff des Zweiten Weltkrieges auf Offenburg auch schon erledigt war. Am 6. Dezember 1944¹⁶⁴ fand der etwas über eine Woche zurückliegende Angriff seinen Ausfluß noch einmal in dem Artikel: „Wichtige Lehren aus dem letzten Bombenangriff“, der jedoch außer den damals allgemein verbreiteten Verhaltensmaßregeln keine neuen Erkenntnisse verbreitete.

Genauer war hingegen die ausländische Presse, die, teils neutral, teils alliiert, in diesem Falle gut informiert, Fakten übermittelte. So berichtete die Neue Züricher Zeitung in ihrer Morgenausgabe vom 28. November 1944: „Luftangriffe auf München und Offenburg“¹⁶⁵ und weiter: „Ein Verband

Abb. 4.3: Aufnahme I06G. 3930 vom 25. 12. 1944. Aufklärungsaufnahme Offenburg M/Y und R.R. Workshop zeigt Bw, Aw, Teile des Rangierbahnhofes und Rammersweier. Die Aufnahmen wurden im Überflug von West nach Ost von der 540th Squadron der RAF Benson, aus der Mosquito XVI NS 678 gemacht. PRO Air 40/775 und Air 27/2007

Aufnahme: Public Record Office, Kew

106 G. 3930. 25 DEC 44. F/36 // 540 SQM



Abb. 4.3

von mehr als 500 ‚Fliegenden Festungen‘ und ‚Liberator‘ der 8. Luftflotte, der von über 250 Jägern gesichert wurde, bombardierte am Vormittag, (...), die Verschiebehöfe von Offenburg und Bingen (...), Deutsche Jäger stiegen nicht zur Abwehr auf (...).¹⁶⁶

Die Times notierte kurz unter der Überschrift „Rail Yards Behind Front Bombed“: „Approximately 500 Liberators and Flying Fortresses attacked the railway yards at Offenburg, and at Bingen, west of Mainz.“¹⁶⁷

Phase der Jagdbomberbedrohung und häufiger Aufklärungsflüge vom 27. November 1944 bis Kriegsende

Beeinträchtigung des Eisenbahnverkehrs

Der Plan für den Angriff auf das deutsche Transportsystem des C.S.T.C, Arbeitsausschuß Transportwesen hatte zum Ziel, die Bewegungen auf diesem Netz weitestgehend zu behindern. Aus diesem Grunde war der Plan zweistufig ausgelegt. Im Zeitraum nach großen Angriffen, die durch massierte Kräfte mit schweren Bombern durchgeführt wurden, mußten taktische Aktionen folgen, die ein Lahmlegen der jeweiligen Ziele bewirken sollten. Durch ständige Behinderung auf den Wasser- und Schienenwegen sollte die Transportleistung auf ein Minimum gedrosselt werden, um so den Nachschub für die westlichen Frontabschnitte abzuschneiden. Es war daher abzusehen, daß nach dem Luftangriff des 27. November 1944 ständig weitere gegen Offenburg erfolgen würden.

Einerseits war der schwerste Angriff Teil eines strategischen Plans, der kombinierten alliierten Bomberoffensive, andererseits diente er der Durchsetzung der Direktive der Bodenstreitkräfte, die im Westen gegen die deutschen Truppen kämpften, er hatte also auch taktische Zielsetzungen. Es ist daher angezeigt, einen kurzen Exkurs zu machen, um strategische von taktischen Luftoperationen abzugrenzen;

Malcolm Smith definiert strategische Aktionen als solche,

- deren operationelle Führung sich von denen der Bodenstreitkräfte unterscheidet
- deren Ziel es ist, die Fähigkeit zur Kriegsführung zu unterminieren,
- deren Angriffsziele wirtschaftliche Ressourcen und die nationale Moral sind und deren
- Endziel der militärische Sieg ist.¹⁶⁸

Im Gegensatz zu dieser Definition standen alle Angriffe, die nach dem 27. November 1944 gegen Offenburg und seine Bahnanlagen geflogen wurden. Sie dienten ausschließlich dem Ziel, kurzfristige taktische Zielvorstellungen durchzusetzen, die in unmittelbarem Zusammenhang mit dem Kampfgeschehen an der Westfront und dem Vormarsch der Alliierten zusammenhingen.

Jagdbombertätigkeit im Dezember 1944

Gegen Ende des Jahres 1944 war Baden noch nicht in die Kampfhandlungen am Boden einbezogen.

Die taktischen Angriffe im badischen Raum wurden überwiegend von der Ersten Taktischen Luftflotte (First Tactical Air Force) geflogen. Bereits am 20. Oktober 1944 war aus bestehenden Einheiten eine überwiegend mit P-47 Thunderbolt und F-6 Jagdbombern ausgerüstete provisorische First Tactical Air Force aufgestellt worden, deren Aufgabe es sein sollte, Luft-Boden-Unterstützung mit den zwei Armeen unter der 6th Army Group, die im Osten Frankreichs standen, zu planen und durchzuführen.¹⁶⁹

Die Hauptaufgabe dieser Streitkräfte im Zeitraum von Ende November 1944 bis Anfang Februar 1945 war es, die stark befestigten Positionen um Colmar und den Brückenkopf nördlich Straßburgs, über den stark gepanzerte Verbände in diesen Bereich nachstießen, zu bekämpfen.

Hierzu gehörten auch die konstanten Störangriffe gegen Eisenbahnzentren, fahrende Züge und Brücken im Rheintal, eine Aufgabe, welche die alliierten Streitkräfte nach eigener Einschätzung¹⁷⁰ voll erfüllten.

Im Dezember 1944 kam es wiederholt zu Jagdbomberangriffen. Eine Rekonstruktion dieser Aktionen ist für einen kleinen geographischen Raum aufgrund der Anzahl der eingesetzten Flugzeuge, der Weitläufigkeit des gesamten Operationsgebietes und der Geschwindigkeit, mit der derartige Operationen befohlen und durchgeführt wurden, mit Schwierigkeiten behaftet.

Nur ein Vergleich von städtischen Quellen, Akten des deutschen Militärs und alliierten Angaben läßt ein einigermaßen plastisches Bild dessen, was sich über und im näheren Umkreis um Offenburg herum abgespielt hat, entstehen. In den alliierten Dokumenten selbst finden Angriffe, die mit nur wenigen Flugzeugen durchgeführt wurden, wegen der eingesetzten Gesamtzahl von manchmal mehreren hundert Jagdbombern pro Tag, oftmals keinen Niederschlag.

Die wertvollsten Angaben über die Angriffe westallierter Jagdbomber finden sich in den Meldungen des Wehrwirtschaftsoffiziers im Wehrkreis V an das Oberkommando der Wehrmacht.¹⁷¹ Diese sind in zwei Hauptabschnitte gegliedert: Einflugmeldungen, welche den Flugweg der angreifenden Luftfahrzeuge nachzeichnen sollten, und Darstellung der Angriffe in den Räumen, die weitestgehend mit den Landkreisen identisch waren. Aus diesen Dokumenten lassen sich Angriffe einzelner Jaborotten hinreichend gut nachvollziehen. Aufgrund des schnellen Ortswechsels und einer sich daraus ergebenden Omnipräsenz dieser Flugzeuge sollen in diesem Abschnitt auch hier wieder jene Angriffe dokumentiert werden, die nicht nur direkt auf

dem Gebiet der Stadt Offenburg erfolgten, sondern auch Orte und Ziele in der näheren Umgebung betrafen. Dies ist vor allem deshalb von Interesse, da Unterbrechungen des Bahn- und Straßenverkehrs auf Zufahrtswegen auch immer auf ein Verkehrszentrum wie Offenburg ausstrahlten.

Um die verworrenen Aktionen wenigstens einigermaßen rekonstruieren zu können, ist es unerlässlich, chronologisch vorzugehen.

Die Unterlagen des Stadtarchiv Offenburg belegen Jagdbomberangriffe für den 2., 10., 17., 24., 25., sowie den 30. Dezember 1944.¹⁷² Eine Überprüfung mit den anderen zugänglichen Quellen ergibt, daß diese Aufstellung unvollständig ist.

Angesichts der Natur von Bombenangriffen aus der Luft ist dies keineswegs verwunderlich. Die Menschen am Boden waren in einer solchen Situation eher damit beschäftigt, Schutz vor den Angreifern zu suchen, als die Zahl der beteiligten Flugzeuge festzustellen. Hinzu kommt für die Jagdbomberangriffe ein Überraschungsmoment, welches durch die hohe Geschwindigkeit und die niedrige Flughöhe bedingt war.

Nach den Aufzeichnungen der 1. TAF¹⁷³ wurde am 1. Dezember 1944 ein Verband von 12 Jagdbombern, die 6ts. Sprengbomben abwarfen, für taktische Operationen im Raum Offenburg abgestellt, während die städtischen Dokumente für dieses Datum keinen Luftangriff verzeichnen. Die im Bundes-Militärarchiv vorhandenen deutschen Dokumente geben für den 1. Dezember die folgenden Einflugzeiten in den Raum Offenburg an: „09.00–10.02 Uhr Einige schnelle Kampfflugzeuge Offenburg–Hornisgründe–Bad.-Baden–Karlsruhe“¹⁷⁴ und „13.35–16.03 Uhr Einzelflugzeuge Offenburg“.¹⁷⁵ Am gleichen Tag griffen einige Jagdbomber einen Güterzug in Biberach an. Infolge des Angriffes, bei dem sechs Sprengbomben abgeworfen wurden, kam es zu einer Unterbrechung der Bahnstrecke Offenburg–Hausach sowie zur Beschädigung mehrerer Gebäude im Ort. Ein Jagdbomber stürzte bei Diersburg ab, wobei sich der Flugzeugführer offenbar absetzen konnte, da am Tag der Meldung immer noch nach ihm gefahndet wurde.¹⁷⁶

Da die Quellen im P.R.O. für den 10. Dezember keinen Angriff verzeichneten, jene der Stadt Offenburg keinen für den 1. Dezember, ist anzunehmen, daß es sich um eine Verwechslung in den städtischen Dokumenten handelt.

Am 2. Dezember waren erneut Jagdbomber im Raum um Offenburg tätig. Ihr Auftrag war die bewaffnete Aufklärung. Dies bedeutete, daß sie während ihres Einsatzes mit ihren Bordwaffen mehr oder minder alles, was sich bewegte, angriffen, insbesondere jedoch Transportmittel und militärische Ziele. Insgesamt wurden 28 Flugzeuge eingesetzt, wieviele gegen Offenburg, ist aus den alliierten Quellen nicht festzustellen. Die 28 Maschinen

warfen insgesamt 42 ts. Sprengbomben ab.¹⁷⁷ Nach Angaben der Stadt Offenburg waren es fünf Flugzeuge, die sowohl Bomben abwarfen als auch ihre Bordwaffen einsetzten.¹⁷⁸ Aufgrund der OKW-Meldung von 13 abgeworfenen Bomben auf Offenburg¹⁷⁹ läßt sich schließen, daß es sich in jedem Fall um mehr als 5 Flugzeuge gehandelt haben muß, da die Standardaußenlast einmotoriger Jagdbomber aus zwei 500 lbs. Bomben bestand. An jenem 2. Dezember fand kein massierter Angriff statt. Für die Einflüge dieses Tages werden folgende Angaben gemacht: „8.36–10.15 Uhr (. . .) Einzelflugzeuge Strassburg–Offenburg–Lahr“, „11.55–13.24 Uhr Mehrere Feindflugzeuge Strassburg–Offenburg“ und „15.20–15.43 Uhr Etwa 15 schnelle Kampfflugzeuge Rastatt–Baden-Baden–Horb–Offenburg–Lahr.“¹⁸⁰ Neben leichten Gebäudeschäden, unter anderem wurde ein Block der Artilleriekaserne beschädigt, wurden auch zwei Eisenbahnwaggons mit Munition getroffen, die anschließend ausbrannten.¹⁸¹ Um 11.50 Uhr begegneten amerikanische Flugzeuge in 13 000 Fuß Höhe über Offenburg einer geschätzten Zahl von 15–20 deutschen Me-109 Jägern, mit denen sich jedoch kein Luftkampf entwickelte.¹⁸²

Für den 4. Dezember 1944 verzeichnen weder alliierte Quellen noch die Zusammenstellung der Stadt Offenburg Angriffe auf das Stadtgebiet oder die nähere Umgebung. Offenburg wurde jedoch an diesem Tag mehrfach von alliierten Jagdbombern überflogen: „10.02–10.19 Uhr Ein Feindflugzeug Offenburg–Hornisgrinde“, „14.32–15.40 Uhr Etwa 10 Jagdbomber Bietigheim–(. . .)–Offenburg“ und „15.43–16.35 Einzelne Feindflugzeuge Lahr–Offenburg–Karlsruhe–Offenburg–Hornisgrinde–Baden-Baden“.¹⁸³

Der Grund für die Pause bei den Jagdbomberangriffen zwischen dem 4. Dezember und dem 16. Dezember war das seit Jahren schlechteste Flugwetter über Westeuropa, das mit Bewölkung vom Boden bis in große Höhen insbesondere den einsitzigen Kampfflugzeugen den Einsatz erschwerte bzw. unmöglich machte.¹⁸⁴

Am 16. Dezember begannen die deutschen Streitkräfte die Ardennenoffensive. Aus diesem Grund waren bis etwa Mitte Januar 1945 alle Anstrengungen der Luftstreitkräfte darauf gerichtet, den Bodestreitkräften maximale Unterstützung zu gewähren.¹⁸⁵ Während jedoch das Wetter erst wieder am 17. Dezember Operationen im Bereitstellungsraum für die Ardennen aus der Luft ermöglichte, waren in der Rheinebene vereinzelte Flüge zu beobachten.

Für diesen Tag läßt sich aus militärischen Dokumenten wieder Jagdbomber-tätigkeit im Raum Offenburg belegen.

An jenem Tag wurde um 16.00 Uhr im Bahnhof von Niederschopfheim ein Munitionszug durch sechs Maschinen in Brand geschossen. Bei diesem An-

griff verloren fünf Menschen ihr Leben, im Ort wurden 32 Wohngebäude beschädigt.¹⁸⁶

Am 17. Dezember griffen Kräfte der 1. TAF, 38 Jagdbomber insgesamt, Verschiebebahnhöfe im süddeutschen Raum an.¹⁸⁷ Erneut spezifizieren die Angaben über die 1. TAF nicht, welche Anzahl direkt nach Offenburg entsandt wurde. In der Zeit von 9.01 bis 14.23 Uhr flogen neun Kampfflugzeuge das Kinzigtal abwärts über Offenburg in Richtung Rastatt/Baden-Baden sowie Einzelflugzeuge entlang der Rheintalstrecke aus Richtung Karlsruhe–Baden-Baden über Offenburg nach Freiburg.¹⁸⁸ Hierbei gelangten 12 Flugzeuge über dem Stadtgebiet von Offenburg zum Waffeneinsatz.¹⁸⁹ Auf die Bahnanlagen bei Bohlsbach wurden sechs Sprengbomben abgeworfen, was zu einer Verkehrsunterbrechung auf der Rheintalstrecke führte.¹⁹⁰

Für die Tage danach bis zum 22. Dezember war das Wetter über West- und Mitteleuropa erneut unzureichend für Luftoperationen.

Ähnliches gilt für den 24. Dezember: wieder setzt die 1. TAF 38 Flugzeuge gegen Verkehrsziele¹⁹¹ und Verschiebebahnhöfe¹⁹² ein, nach städtischen Unterlagen drei am Vormittag gegen Offenburg, was jedoch nach den militärischen Unterlagen nicht bestätigt wird. Der einzige Angriff im Raum Offenburg erfolgte um 20.00 Uhr, wiederum gegen einen Zug im Bahnhof Niederschopfheim, bei dem 15 Sprengbomben abgeworfen wurden und erheblicher Sachschaden im Ort angerichtet wurde.¹⁹³

Bei Zell am Harmersbach wurden 20 Sprengbomben auf die dortige Papierfabrik abgeworfen. Offenbar war die Fabrikanlage nebst ihres Heizöltanks von der alliierten Luftaufklärung als wichtiges militärisches Ziel W.2470 klassifiziert worden. Während in der monatlichen Statistik des SHAEF Tactical Air Forces angegeben wird, daß 51 Flugzeuge einen Treibstofftank in „Unt-Entersbach“ (sic!) bombardiert und zerstört hätten¹⁹⁴, belehrt die Meldung des Wehrwirtschaftsoffiziers im Wehrkreis V an das OKW, daß lediglich ein Schuppen total zerstört worden sei. Eines der angreifenden zweimotorigen Flugzeuge, es muß sich um B-26 Marauder Mittelstreckenbomber gehandelt haben, wurde durch ein deutsches Jagdflugzeug abgeschossen und mußte eine Notlandung bei Zell a. H. machen.¹⁹⁵

Am 25. Dezember waren die Hauptziele leichter amerikanischer Bomber Eisenbahnbrücken bei Singen und Breisach.

Insgesamt wurden von der 1. TAF 551 Einsätze geflogen: Während städtische Quellen acht bis zehn angreifende Flugzeuge nennen, wird in den Annalen der 1. TAF Offenburg nicht namentlich erwähnt, jedoch ist angesichts der Anzahl eingesetzter Jagdbomber und den von ihren Besatzungen als zerstört gemeldeten Lokomotiven und Eisenbahnwaggons davon auszugehen, daß die Angaben in der städtischen Aufstellung korrekt sind. In der näheren

Umgebung Offenburgs konzentrierten sich die Angriffe auf die Bahnhöfe im unteren Kinzigtal: Sechs Sprengbomben fielen auf die Bahnanlagen bei Schönberg und unterbrachen den Verkehr für einen Tag, der Bahnhof Gengenbach wurde mit Bordwaffen beschossen, sieben Sprengbomben fielen auf Ortenberg, daneben wurde Schutterwald mit Bordwaffenbeschuß belegt. Bei Unterentersbach mußte eine deutsche Me 109 notlanden.¹⁹⁶

Am 26. Dezember 1944 waren erneut 535 Flugzeuge in taktischen Operationen gegen Bodenziele, dabei vornehmlich Eisenbahnanlagen und bewegliche Ziele, eingesetzt. Auch hier ist es anhand des beschriebenen Operationsraumes – es wurden u. a. Freiburg und Rastatt angegriffen – nicht auszuschließen, daß vereinzelt Flugzeuge auch über dem Gebiet der Stadt Offenburg zum Waffeneinsatz kamen. Die Einflugzeiten in den Offenburger Raum waren 9.19–10.32 Uhr und 10.47–11.47 Uhr.¹⁹⁷

Am 27. Dezember bestanden die Einflüge in den Offenburger Raum aus Einzelflugzeugen von 9.20–9.35 Uhr und sechs Jabos bei Offenburg–Lahr–Karlsruhe von 9.40–10.15 Uhr.¹⁹⁸ Um 9.50 Uhr wurde ein Eilgüterzug zwischen Ohlsbach und Ortenberg mit Bordwaffen beschossen, um 10.15 Uhr fielen vier Sprengbomben auf Biberach, wodurch der Bahnverkehr jedoch nicht beeinträchtigt wurde, und um 13.30 Uhr wurden 16 Sprengbomben auf einen Militärtransport bei Schönberg abgeworfen, wobei der Bahnhof und eine Hochspannungsleitung beschädigt wurden.¹⁹⁹

Die Abwurfdaten und -mengen für das Ziel Offenburg im Dezember 1944 wurden in den monatlichen Zusammenfassungen der alliierten Streitkräfte wie folgt dargestellt: Am 2., 17. und 24. Dezember flogen insgesamt 38 Flugzeuge, die dabei 14,5ts. Bomben abwarfen, Angriffe gegen Eisenbahnziele, am 1. Dezember warfen 12 Flugzeuge 6ts. Bomben auf taktische Ziele im Raum Offenburg.²⁰⁰

Die hemmungslose Bewegungsfreiheit der alliierten Jagdbombenverbände über dem südwestdeutschen Raum gegen Ende des Jahres 1944 dokumentiert zweierlei: zum einen die materielle Überlegenheit der Angloamerikaner, zum anderen die daraus erkämpfte Luftüberlegenheit, welche sie selten auf deutschen Widerstand in der Luft stoßen ließ.

Andere Aktionen im Dezember 1944

Neben Bombenangriffen wurden im Dezember 1944 auch Propagandaaktionen durchgeführt, bei denen einzelne Langstreckenbomber Flugblätter abwarfen.

Am 1. Dezember 1944, vermutlich bei Nacht, warfen je eine B-24 Liberator der 406. Squadron der 8. USAAF aus Cheddington Flugblätter auf Sandweier, Bühl, Appenweier, Oberkirch und Oppenau sowie auf Emmendingen,

Lahr und Offenburg ab.²⁰¹ Diese Operationen wurden auch für den Rest des Jahres 1944 fortgesetzt, sind jedoch in dieser genauen Beschreibung in den durchgesehenen Unterlagen nicht mehr dokumentiert.

Die Wirksamkeit der Angriffe wurde ab Dezember 1944 ständig überprüft und ausgewertet, damit eine Entscheidungsgrundlage vorhanden war, aufgrund derer die taktischen Ziele festgelegt werden konnten.

Jagdbombertätigkeit im Januar 1945

Nach der Ardennen-Offensive war es für das C. S. T. C notwendig geworden, seine Strategie zu überprüfen. Deshalb wurde eine Untersuchung des gesamten deutschen Verkehrssystems unternommen, um die Prioritäten für Luftangriffe neu festlegen zu können. Hierbei stand, wie aus einer Direktive des C. S. T. C. an den Arbeitsausschuß vom 27. Dezember 1944 ersichtlich wird, nur wenig Zeit zur Verfügung.²⁰² Das Ergebnis war der Bericht „The Current German Railway Situation and the Problem of Air Attack“ vom 10. Januar 1945. Hieraus ging hervor, daß Südwestdeutschland als eine Zone geringerer Bedeutung eingestuft wurde. Darüber hinaus war dem weniger dichten, und demzufolge anfälligeren Eisenbahnnetz erheblicher Schaden zugefügt worden.

Diese Erkenntnisse hatte man mit Hilfe von Aufklärungsflügen gewonnen, die eine konstante Beurteilung der Unterbrechungen ermöglichen sollten.

Der Interpretation Report No. F. D. 6²⁰³ vom 1. Januar 1945 listete für Offenburg als letzten großen Angriff jenen des 27. November 1944 auf, gefolgt vom Datum des letzten Aufklärungsberichtes. Anschließend folgten die Bewertungen der Verkehrsstörung in Prozent der Beeinträchtigung.

Hierbei gaben die alliierten Nachrichtendienste für die Durchgangslinien 25 %, für den Verschiebebahnhof 50 %, das Bahnbetriebswerk 20 % und das Ausbesserungswerk 10 % an.

Die Bewertung Offenburgs im Bericht No. 7²⁰⁴, datiert vom 7. Januar 1945, basierte auf einem neuen Aufklärungsbericht vom 2. Januar 1945 und setzte die Beeinträchtigung des Durchgangsverkehrs mit 0 %, des Verschiebebahnhofes mit 50 % und des Bahnbetriebswerkes mit 20 % an.

Ein weiterer, noch verfügbarer Bericht No. 8²⁰⁵ vom 15. Januar 1945 kam zu den gleichen Feststellungen, bemerkte jedoch, daß verschiedene Flakgeschütze sich auf dem Gelände des Verschiebebahnhofes befanden.

Am 7. Januar 1945 flogen von 11.54–12.02 Uhr einzelne schnelle Kampfflugzeuge im Raum Offenburg–Baden-Baden–Hornisgrinde, außerdem bewegte sich ein Verband viermotoriger Kampfflugzeuge von 12.24–12.56 Uhr

über Karlsruhe–Baden-Baden–Wildbad–Offenburg–Stuttgart–Ludwigsburg–Mühlacker, der schließlich nach Nordwesten abflog.²⁰⁶ Von diesen Bewegungen erfolgte kein Waffeneinsatz gegen Offenburg, jedoch wurde Achern an diesem Tag von B-24 Liberator Bombern der 8. USAAF durch die Wolken bombardiert.²⁰⁷ Um 20.00 Uhr fielen drei Sprengbomben in den Wald hinter Zell-Weierbach, wodurch kein Schaden verursacht wurde.²⁰⁸

Einen Tag später, am 8. Januar, waren Eisenbahnanlagen im mittleren Kinzigtal das Ziel von Jagdbomberangriffen. Am 9. Januar machte das schlechte Wetter die Luftnahunterstützung jedoch schon wieder unmöglich.²⁰⁹

Der 10. Januar brachte eine erhöhte Aktivität von Jagdbombern im Raum Offenburg: Von 9.18–9.28 Uhr durchquerten einige Flugzeuge den Luftraum um Offenburg in Richtung Rastatt–Baden-Baden. Um 11.27 Uhr wurden laufend An- und Abflüge von Jabos im Raum Offenburg–Rastatt–Baden-Baden gemeldet. Von 14.17–16.31 Uhr bewegten sich einige Jabos in den Räumen Lahr–Offenburg. Im einzelnen wurde um 9.00 Uhr der Bahnhof Offenburg von vier Jagdbombern mit 12 Sprengbomben belegt, wobei Gleisanlagen beschädigt wurden und mehrere Güterwagen ausbrannten. Eine Zusammenfassung gab für diesen Tag eine Abwurfmenge von 6,6ts. durch 12 Flugzeuge auf die Eisenbahnanlagen Offenburgs und 6,3ts. von 11 Flugzeugen auf taktische Ziele in der Umgebung an.²¹⁰

Um 9.45 Uhr erfolgte ein Tieffliegerangriff auf den Bahnhof Oppenau, wobei zwei Personen ums Leben kamen, auf die Gemarkung Griesbach wurde eine Bombe, ohne Schaden zu verursachen, abgeworfen. Um 10.00 Uhr erfolgte ein Bordwaffenangriff auf Gengenbach, bei dem drei Lokomotiven zerstört wurden. Ein Angriff auf die Eisenbahn zwischen Appenweier und Windschlag mit drei Sprengbomben beschädigte eine Lokomotive.²¹¹

Allgemein herrschte im Zeitraum vom 14. bis 21. Januar 1945 eine geringe Tätigkeit der Jagdbomber gegen die Rheintalstrecke. Für den 14. Januar verzeichnen die militärischen Unterlagen nur einen Einsatz der 1. TAF mit 15 Thunderbolt und Spitfire „on fighter sweeps in Baden area“²¹², wodurch die Aufzeichnungen der Stadt Offenburg über einen Bordwaffenangriff von zwei Flugzeugen bestätigt werden.

Am 19. Januar 1945 griffen Jagdbomber um 13.45 Uhr die Bahnanlagen Gengenbachs an. Sie warfen 10 Sprengbomben ab, wobei zwei Personen ums Leben kamen, ein Gebäude total und einige leicht beschädigt wurden. Weitere vier Sprengbomben fielen auf die Gemarkung Ortenberg. Die Maschinen, welche entweder der 1. TAF oder der First French Air Force (1. FAF) angehörten, hatten als Auftrag Luftnahunterstützung für die 7. US- und die 1. Französische Armee bzw. taktische, optische und Photoaufklärung.²¹³

Erst am 21. Januar wurde der Raum Offenburg wieder von Fliegertätigkeit berührt. Um 13.00 Uhr stürzte ein viermotoriger amerikanischer Bomber bei Offenburg²¹⁴ ab, wobei ein Besatzungsmitglied ums Leben kam und die anderen sechs in Kriegsgefangenschaft gerieten.

Um 10.45 Uhr am 29. Januar wurden durch sechs Jagdbomber neun Sprengbomben und vier Phosphorkanister auf die Bahnanlagen und das Stadtgebiet Offenburgs abgeworfen. Ein landwirtschaftliches Anwesen wurde total zerstört, zwölf Wohngebäude mittelschwer bzw. leicht beschädigt. Des weiteren wurde eine Lok und der Bahnkörper beschädigt. Um 10.10 Uhr griff ein Jabo bei Oberkirch einen Lkw an, wobei sechs Personen getötet wurden.²¹⁵

Februar 1945²¹⁶

Der Februar brachte einen noch dramatischeren Anstieg des Einsatzes von Jagdbombern und mittleren Bombern – vermutlich Marauder – der 1. TAF gegen die Verkehrsknoten östlich des Rheins. Spätestens jetzt war durch den Vormarsch der westalliierten Truppen, die den Übergang über den Rhein suchten, eine Situation herbeigeführt, die Offenburg zum wichtigen Drehpunkt der Versorgung und des Rückzugs deutscher Truppen machten. Am 2. Februar 1945 griffen 31 mittlere Bomber mit 62ts. Sprengbomben Kasernenanlagen in Offenburg an. Das Ergebnis des Angriffes wurde als gut eingestuft.

In Ramsbach bombardierten 27 Bomber mit 36ts. ein Treibstofflager, ebenfalls mit exzellenten Resultaten.

Ebenfalls ein Treibstofflager hatten 18 Flugzeuge in Zell a.H. zum Ziel; nach den Angaben der Besatzungen war das Ergebnis auch hier gut.²¹⁷

Gleich am nächsten Tag versuchten 11 Thunderbolt Jagdbomber, die Eisenbahnbrücke über die Kinzig bei Offenburg zu zerstören, was ihnen jedoch nicht gelang. Auf der Aufklärungsaufnahme des 28. Februar sind an beiden Ufern des Flusses die Bombenrichter der Fehlwürfe zu sehen.

Am 4. Februar flogen 61 Jagdbomber der 1. TAF bewaffnete Aufklärung gegen Rangierbahnhöfe, so auch gegen Offenburg.

Am 6. Februar führten 25 Jagdbomber freie Jagd im Bereich zwischen Colmar und Offenburg durch, wobei sie auch über Offenburg Bomben abwarfen. 24 Marauder des 42nd Bombardement Wing der 1. TAF warfen 36ts. auf die Bahnanlagen bei Appenweier, hatten jedoch offenbar kein großes Glück beim Treffen. Ein weiterer Einsatz führte (von insgesamt 29 eingesetzten Jagdbombern) eine unbekannte Anzahl Flugzeuge mit dem Ziel bewaffneter Aufklärung in den Raum Offenburg.

Der Tag darauf war gekennzeichnet vom mehrfachen Einsatz massierter Jagdbomberkräfte zwischen Offenburg und Mülhausen, die Luftunterstützung für die 7. US-Armee und 1. Französische Armee flogen sowie das Kampfgebiet durch die Zerstörung von Eisenbahnbrücken und die Unterbrechung der Eisenbahnstrecken in der Region abriegeln sollten, um so den deutschen Truppen, die auf dem Rückzug aus dem Kessel bei Colmar waren, Nachschub zu verwehren. Am 8. Februar schließlich war der letzte Widerstand gebrochen und der Kessel geräumt, so daß die Alliierten das Oberelsaß vollständig kontrollierten.

Am 10. Februar 1945 traf der Unterausschuß Communications des C. S. T. C im SHAEF zusammen, um auf Bitten des stellvertretenden Kommandeurs zu klären, inwieweit Angriffe der taktischen Luftstreitkräfte auf Transportziele in den bestehenden Plan der strategischen Luftstreitkräfte eingegliedert werden könnten.

Auch am 10. und 11. Februar wurden Einsätze in den Rollen bewaffnete Aufklärung und Abriegelung geflogen, da im Bereich um Offenburg herum starke Verkehrsbewegungen auf der Schiene stattfanden. Am 12. und 13. Februar herrschten erneut Wetterbedingungen, die das Fliegen im Tiefflug unmöglich machten und erst am 14. Februar flog das French Tactical Air Command 25 Einsätze zwischen Basel und Offenburg.

Die offensichtlich zu geringe Beeinträchtigung gepaart mit dem starken Eisenbahnverkehr führte dazu, daß der immer noch funktionsfähige Verschiebebahnhof Offenburg (W. 1687) am 15. Februar 1945 von 54 B-25 Marauder Bombern der 42nd Bombardement Wing der 1. TAF unter Einsatz von 96ts. Sprengbomben mit exzellenten Resultaten angegriffen wurde und damit praktisch ausgeschaltet war.

Der Report No. 13²¹⁸, welcher auf einem neuausgewerteten Aufklärungsergebnis, Datum 15. Februar 1945 basierte, meldete 75 % Beeinträchtigung für die Durchgangsgleise, 100 % für den Verschiebebahnhof und 50 % für das Bahnbetriebswerk sowie: „TL to South cut at canal bridge“ (Heißt wohl: Übergangsgleis [transition lane] zum Süden an der Kanalbrücke [Durbach?] unterbrochen).

Die sich ausdehnenden Kämpfe hatten als natürlichen Effekt zur Folge, daß sich ständig Jagdbomber über der Rheinebene bewegten, so daß einzelne Flugbewegungen teilweise gar nicht dokumentiert wurden.

Auch am 16. Februar flogen 122 Jagdbomber Unterstützung für die 7. US-Armee und die 1. Französische Armee, so auch im Raum Offenburg. Am 19. Februar waren es 76 Einsätze des französischen taktischen Luftkommandos zur bewaffneten Aufklärung, die wiederum den Raum Offenburg mit einschlossen. Am 20. Februar waren es noch einmal 45 Einsätze mit dem gleichen Auftrag.

Die taktischen Aufklärungsergebnisse müssen zum Entschluß geführt haben, am 21. Februar eine großangelegte Aktion gegen Eisenbahnziele mit dem Zweck durchzuführen, den Verkehr kurz- und langfristig zu unterbrechen. Insgesamt waren an diesem Tag 719 Einsätze geflogen worden. Der Raum um Offenburg muß an jenem Tag besondere Aufmerksamkeit erweckt haben, da in den Annalen der 1. TAF bei einem weiteren Einsatz jenes Tages Offenburg, Zell a.H. und Gengenbach als Regionen, in denen bewaffnete Aufklärung mit Thunderbolt Jagdbombern durchgeführt worden ist, namentlich erwähnt wurden.

Am 1. März bewegten sich 22 Thunderbolt der 1. FTAF auf fighter sweeps, wobei es nicht ausblieb, daß einige hierbei wieder Offenburg streiften.

Am 4. März 1945 griffen 18 B-24 Liberator Bomber den nordwestlichen Teil der Stadt an und warfen dabei 20,5ts. Sprengbomben und 20,5ts. Brandbomben ab.²¹⁹

Dies war das einzige Mal, daß als Ziel des Angriffes nicht die Bahnanlagen, sondern Industriegebiete in Offenburg angegeben wurden. Die geringe Anzahl von Flugzeugen und die Einstufung dieses Angriffes als Gelegenheitsziel zeigen jedoch auch, daß als Resultat des Angriffes vom 27. November 1944 und der daraus resultierenden Zerstörung den Alliierten ein weiterer massiver Schlag nicht mehr notwendig erschien und dies Aufgabe der taktischen Luftstreitkräfte geworden war.

Am gleichen Tag operierten auch Flugzeuge des XIII TAC im Raum um Offenburg.

Nach einer Bewertung durch das C.S.T.C wurden die bis 19. Februar verursachten Schäden in Südwestdeutschland als den Eisenbahnverkehr stark beeinträchtigend angesehen. Da Offenburg in einer Zone lag, die als weniger bedeutend für das Abriegeln des Ruhrgebiets erachtet wurde, lag es nun in einer Gruppe von Zielen, die als *Alternative and Filler Targets* eingestuft wurden. Solche Ziele waren nach dem C.S.T.C.-Treffen am 7. März auch Stuttgart, Freiburg, Donaueschingen und Immendingen.²²⁰

Erst für den 19. März liegen wieder Berichte für einen Einsatz taktischer Luftstreitkräfte um Offenburg vor. Insgesamt setzten die 1.TAF und die 1.FAF im Verlauf jenes Tages 314 Flugzeuge ein, die Franzosen am 21. März noch einmal 122, am 22. März 133 und am 25. März 120. Die eingesetzten Flugzeuge waren alles Maschinen des Types Thunderbolt.

Am 22. März gelang den Briten die Überquerung des Rheins bei Wesel. Dieser Tag war auch ein Stichtag für die Bewertung des Zerstörungsgrades von Verkehrseinrichtungen, die auf der Liste des C.S.T.C standen. Die Einrichtungen der Reichsbahn in Offenburg hatten nach dieser Einschätzung

schwere Schäden (Zerstörungsgrad 50%) erlitten, jene Freiburgs nur leichte (Zerstörungsgrad 15%).²²¹

Nach einem Treffen des C.S.T.C am 14. März diskutierte man über die Frage, ob es sich noch lohnte, Filler Targets anzugreifen:

„It was suggested by the Enemy Objectives Unit of the Economic Warfare Dept. of the U.S. Embassy that there was not sufficient movement in the areas involved to justify their further attack.“²²²

Aufklärungsflüge in der letzten Kriegsphase

Vom 28. Februar 1945 liegen zehn hervorragende Aufklärungsaufnahmen vor (Abb. 5.1., zusammengefaßt²²³, siehe Bild-Bogen vor Buchdeckelseite 3), die zusammengesetzt eine komplette Überflugsequenz über die Bahnanlagen ab Höhe der Windschläger Brücke bis zum Gelände südlich des Stadtgebietes geben und so einen guten Gesamteindruck vom Zerstörungsgrad aus der Luft vermitteln. Die Aufnahmen wurden im Überflug von Nord nach Süd von einer Mosquito XVI der 540th Squadron R.A.F gemacht. Die Maschine war mit ihrem Piloten, Flying Officer J.F. Samson



Abb. 5.2: De Havilland „Mosquito“ Aufklärer, wie er 1944 und 1945 auch über Offenburg zum Einsatz kam Aufnahme: IWM

und seinem Beobachter, Pilot Officer H.J. Richardson um 15.00 Uhr vom Flugplatz Benson, Großbritannien, gestartet und überflog zirka eineinhalb Stunden später die Rheintalstrecke ab Karlsruhe, um die Aufklärung in Freiburg zu beenden. Um 18.30 Uhr landete der Aufklärer wieder in Benson.²²⁴

Neben den von Bombentreffern erheblich durchpflügten Bahnanlagen sind einige Umgebungseigenheiten zu erkennen, die schon bald nach dem Ende des Krieges verschwunden waren. So hatte man im Januar 1940 eine direkte Verbindung zwischen Rheintalbahn und Schwarzwaldbahn geschaffen²²⁵, die mit dem erstgenannten ein Gleisdreieck bildete und das Rangieren von Zügen, die aus dem Schwarzwald kamen und in südlicher Richtung die Rheintalstrecke befahren sollten, unnötig machte. Bereits 1947 baute man diese Linie wieder ab. Ihr eingleisiger Bahnkörper ist auf den Luftbildern deutlich zu erkennen.

Um die Eisenbahnbrücke über die Kinzig sind einige Bombentrichter zu erkennen, die von den Versuchen alliierter Jagdbomber, die Brücke zu zerstören, künden. Was den alliierten Bombern nicht gelang, vollendeten deutsche Truppen, die sowohl die Kinzigbrücke als auch die Straßenbrücken bei Windschlag und Bohlsbach am 10. April 1945 sprengten. Obwohl die beiden Letztgenannten stärkstes Bombardement überstehen mußten, waren sie bis zu diesem Zeitpunkt noch intakt, so daß sie in den Augen deutscher Soldaten für die anrückenden französischen Truppen hätten von Vorteil sein können.²²⁶

Vom 21. April 1945 existieren vier Aufklärungsaufnahmen²²⁷ aus einer Serie die von der 7th Reconnaissance Group, 14th Photographic Squadron der 8. USAAF, Chalgrove, vermutlich aus einer P-51 D oder K Mustang, gemacht wurden. Die Aufnahmen ergeben, wie jene des 28. Februar 1945, zusammengesetzt einen Gesamtüberblick über Offenburg, sind jedoch aufgrund veränderter Licht- und Vegetationsverhältnisse, sowie der Filmqualität, nicht so aufschlußreich, wie jene des 28. Februar 1945. Sie verdeutlichen die früheren Anstrengungen alliierter Jagdbomber, die Eisenbahnbrücke über die Kinzig zu treffen, da die Bombentrichter, wie viele andere im Gelände auch, durch Änderung der Vegetation nun besonders gut sichtbar waren. Obwohl noch während des Krieges photographiert, war er für Offenburg zum Zeitpunkt der Aufnahme bereits vorbei. Schon am 15. April 1945 waren französische Truppen in die Stadt einmarschiert und hatten sie besetzt.

Flakschutz für die Bahnanlagen im Rücken der Westfront

Aufgrund der Tatsache, daß die meisten Unterlagen der Luftwaffe gegen Kriegsende zerstört worden sind, ist es schwierig, die genauen Standorte

*Liste der von R.A.F. Benson nachvollziehbaren Aufklärungseinsätze
über Offenburg vom 12.09.1944 bis Kriegsende.
(Tab. 5.1)*

Sortie Nr.	Datum	Einheit	Flugzeugtyp	kennz.	Besatzung
106G/2812	12.09.44	540 Sqn.	Mosquito IX	LR 426	F/L R. G. Keeler F/Sgt. R. J. S. Robertson
106G/2797	10.09.44	540 Sqn.	Mosquito XVI	MM397	F/L W. R. Asherton F/Sgt. T. Clark
US7GR/3537 ²²⁸ 106G/3930	29.10.44 25.12.44	7.RG 540 Sqn.	F5-E Mosquito XVI	NS678	F/O L. G. R. Oliver F/O G. Yeats
106G/4018	01.01.45	540 Sqn.	Mosquito XVI	NS640	F/O J. J. Browne F/Sgt. K. Lodge
106G/4037	01.02.45	540 Sqn.	Mosquito XXXII	NS588	F/L B. H. Templer F/Sgt. R. G. Sommerville
106G/4044	02.01.45	540 Sqn.	Mosquito IX	LR426	F/L J. Sinclair F/O C. R. Barnes
106G/4042	02.01.45	540 Sqn.	Mosquito IX	LR415	F/Sgt. R. M. Bayley F/O F. E. Thayer
106G/4125	13.01.45	540 Sqn.	Mosquito XVI	NS640	F/O J. J. Browne F/Sgt. K. Lodge
106G/4124	13.01.45	540 Sqn.	Mosquito XVI	NS571	F/L A. R. Cussons F/Sgt. K. G. Ellis
106G/4135	14.01.45	540 Sqn.	Mosquito XVI	NS526	F/L B. H. Templer F/Sgt. R. K. Sommerville
106G/4136	14.01.45	540 Sqn.	Mosquito XVI	NS525	F/L W. K. Watson W/O C. H. Eyre
106G/4216	08.02.45	540 Sqn.	Mosquito XVI	RF970	F/O L. G. R. Oliver F/O G. Yeats
106G/4247	09.02.45	540 Sqn.	Mosquito XVI	MM358	F/L G. W. Jarman, AFC F/O A. Crofton, DFC
106 G/4282	14.02.45	540 Sqn.	Mosquito XVI	NS640	F/L G. W. Jarman, AFC F/O A. Crofton, DFC
106G/4325	15.02.45	540 Sqn.	Mosquito XXXII	NS 589	W/C Ball, DSO, DFC F/O Dale, DFC
106G/4449	20.02.45	540 Sqn.	Mosquito XVI	RF970	F/O J. F. Samson, DFM P/O H. J. Richardson

Fortsetzung (Tab. 5.1)

Sortie Nr.	Datum	Einheit	Flugzeugtyp	kennz.	Besatzung
106G/4518	25.02.45	540 Sqn.	Mosquito XVI	NS571	W/O J. M. Griffiths W/O R. H. Mallison
106G/4554	28.02.45	540 Sqn.	Mosquito XVI	NS640	F/L G. I. Hutchinson F/O M. W. Pike
106G/4634	03.03.45	540 Sqn.	Mosquito XXXII	NS588	W/C Ball F/L Knight
106G/4643	04.03.45	540 Sqn.	Mosquito XVI	NS526	F/L Cussons P/O Ellis
US7GR/113C ²²⁹	21.04.45	14 Sqn.	P-51 D od. K		

von Flakabteilungen zum Schutz der Offenburger Bahnanlagen zu bestimmen.

Obwohl die Frühphase des Zweiten Weltkrieges nachgezeichnet werden kann (s. Kapitel 3, d. Autor), ist es insbesondere nach dem Einsetzen der akuten Bedrohung ab Herbst 1944 nahezu unmöglich, genaue Angaben über Stärke der Flak im Bereich um Offenburg zu machen.

In den Unterlagen der Allied Central Interpretation Unit²³⁰ befanden sich aus dem Zeitraum zwischen September 1944 und Mai 1945 zwei Aufnahmen von Flakstellungen, einer am Nordrand von Urloffen, der anderen bei Altenheim.

Der einzige regelmäßige Hinweis von alliierter Seite sind die wöchentlichen Auflistungen von Flakbatterien, wie sie in den Weekly Bulletins der US Heeresluftwaffe erschienen sind.²³¹

Trotz der Anwesenheit von Flak während des stärksten Angriffes auf den Bahnhof am 27. November 1944 taucht Offenburg in diesen Berichten unter der Rubrik *Ground Defences* zum ersten Mal in der Woche nach dem 11. Dezember 1944 auf. Die Tatsache, daß hier vier schwere Flakwaggons als neue Bewehrung angegeben sind, läßt jedoch darauf schließen, daß es sich um die Information gehandelt haben muß, die durch den Angriff des 27. November gewonnen wurde.

Deren Dislozierung wurde, wie jene anderer Einheiten im Oberrheingebiet auch, als Vorbereitungen eines Gegenstoßes im Raum Belfort-Mülhausen gewertet.

Der nächste Eintrag stammt erst wieder von der Woche ab dem 20. Januar 1945, wobei ein Anstieg der schweren Flakseinheiten von null auf sechs verzeichnet wurde, was darauf schließen läßt, daß zwischen der letzten Beob-

achtung des 11. Dezember 1944 und dieser neuen eine Bewegung der schweren Flak stattgefunden haben muß. Es ist noch einmal zu betonen, daß dies nicht unbedingt gleichbedeutend mit der Tatsache sein muß, daß überhaupt keine Rohrwaffen zur Verteidigung der Bahnanlagen um Offenburg stationiert waren.

Im Januar waren die deutschen Bodenangriffe im Straßburg-Hagenau-Sektor direkt verantwortlich für die Stationierung schwerer Flak zum Schutz von Verkehrs- und Versorgungseinrichtungen.²³² Ab dem 17. Februar 1945 verstärkte sich die Zahl der Flakwaggons rund um Offenburg auf insgesamt 14, was den verstärkten Schutz der Eisenbahnzentren im unmittelbaren Rücken des Kampfgeschehens widerspiegelt.

Ab dem 24. Februar 1945 waren es sogar 32 schwere Flakgeschütze, die sich rund um Offenburg befunden haben müssen. Zu diesem Zeitpunkt war Offenburg ein wichtiger Punkt für den Südsektor der Westfront, so daß auch aus dem Gebiet um Oberkirch schwere Flakseinheiten in den Raum um die Stadt verlegt wurden.

Nach diesem Zeitpunkt läßt sich eine Stärke oder Dislozierung anhand alliierter Quellen nicht mehr feststellen. Es ist jedoch festzustellen, daß Offenburg nur in der Hochphase des Kampfgeschehens an der Westfront starken Flakschutz erhalten hatte, da es taktisches Ziel geworden war und mit ständigen Luftangriffen durch Jagdbomber oder mittlere Bomber rechnen mußte, die den Verkehr soweit wie möglich unterbinden sollten.

Zusammenfassung

Sowohl im Ersten als auch im Zweiten Weltkrieg waren die Offenburger Bahnanlagen ein herausragendes Ziel für Fliegerkräfte der Kriegsgegner Deutschlands.

Trotz der Unterschiedlichkeit der Mittel und Möglichkeiten der Luftkriegsführung in den beiden Weltkriegen läßt sich sowohl in der Ursache für die Angriffe auf Offenburg als auch in der Ausführung eine direkte Linie zwischen den ersten Luftangriffen 1915 und den gehäuften Jagdbomberangriffen in der Endphase des Zweiten Weltkrieges auf diesem Teil des europäischen Kriegsschauplatzes ziehen. In beiden Kriegen waren die Bahnanlagen auf dem Gebiet der Stadt, die sich auch heute noch weitgehend in ihrer unveränderten Auslegung darbieten, das Primärziel angreifender Luftstreitkräfte gewesen. Schäden, welche außerhalb des Bahngebietes auftraten, waren Ergebnisse der Ungenauigkeit beim Bombenabwurf. Nach Aussage in den Dokumenten der Alliierten waren nur einmal während des Zweiten Weltkrieges die Industriegebiete der Stadt Offenburg als Direktive für angreifende Bomber angegeben.

Die Zielvorstellungen, von denen sich die Planer der angreifenden Luftstreitkräfte leiten ließen, waren durchaus ähnlich. Die Bahn sollte als Versorgungs- und Nachschubglied der rückwärtigen Front ausgeschaltet werden. Dies ist auch der Grund dafür, weshalb eine Häufung der Angriffe immer dann zu beobachten war, wenn sich das allgemeine Kriegsgeschehen in geringer Entfernung zu Offenburg abspielte.

Die Zerstörung der Transportwege wurde von den Alliierten als wichtigster Faktor des Zusammenbruchs der deutschen Produktion seit Ende 1944 eingeschätzt. Ebenso bedeutsam war hierbei als Einzelposten die Vernichtung des bahneigenen Kommunikationsnetzes, welche die Koordination des Verkehrs nahezu unmöglich machte.

Konkrete Defizite, die hieraus erwachsen, waren die Behinderung geordneter Truppentransporte, des Versorgungs- und des zivilen Verkehrs.²³³

Trotzdem verhinderten die Unternehmungen 1944 nicht die Durchführung der Ardennen-Offensive, die alliierte Hoffnungen auf ein schnelles Kriegsende die Illusionen nahmen. Dies lag unter anderem an der Konzentration auf Ziele der Treibstoffindustrie, die einen massierten Einsatz gegen das deutsche Schienen- und Wasserstraßennetz verhinderten. Sir Arthur Tedder, der stellvertretende SHAEF-Kommandeur, war aufgrund den vor der Normandielandung in Frankreich gemachten Erfahrungen²³⁴ ein Verfechter des Transportplanes gewesen, hatte jedoch keinen Einfluß auf das Setzen der Prioritäten, so daß Verkehrsziele immer an zweiter Stelle rangierten. Dies führte nach Hastings Ansicht dazu, daß trotz des verheerenden Effektes, mit welchem Verkehrsziele getroffen wurden, bis März 1945 eine Versorgung der deutschen Wirtschaft möglich war.

Es darf jedoch nicht außer acht gelassen werden, daß trotz dieser beträchtlichen Transportleistung der Bahn ein erheblicher Abfall der Transportmengen an Kohle und Eisenerz eintrat. Was das Working Committee und C.S.T.C. nicht erkannten, war der bedeutende Einfluß den die Kohleknappheit, welche durch die Angriffe auf Verkehrszentren und das Ruhrgebiet hervorgerufen wurden, auf alle Aktivitäten im Reich ausübte.²³⁵

80 % der in Deutschland benötigten Kohle kamen aus dem Ruhrgebiet und um die Bedürfnisse der Industrie, insbesondere der Stahlindustrie, zu befriedigen, war es notwendig, daß 22 000 Waggonladungen die Zechen verließen. Ende November 1944 war dieser Fluß auf 5 000 Waggonladungen zurückgegangen.²³⁶

Auch der Kohlevorrat der Reichsbahndirektionen nahm im Laufe der Luftoperationen ab. Kohle war die treibende Kraft der Lokomotiven, ohne deren reibungslosen Einsatz eine zügige und im Umfang ausreichende Verkehrsabwicklung nicht möglich war. Für die Verhältnisse in der Reichsbahndirek-

tion Karlsruhe bedeutete dies, daß der Kohlevorrat von durchschnittlich 22 Tagesvorräten für einen Monat im Jahr 1943 auf 2,2 Tagesvorräte im Dezember 1944 zusammenschrumpfte.

Obwohl die Erfolge der Alliierten bei den Bombenangriffen auf Offenburg in beiden Kriegen groß waren, ist es als glücklicher Zufall zu werten, daß die Bahnanlagen sich seit ihrem Bestehen 1844 in Richtung Norden entwickelt hatten. Auf diese Weise ist die Stadt selbst, dies läßt sich mit Bestimmtheit feststellen, vor einem ähnlichen Schicksal, wie es Freiburg am 27. November 1944 ereilt hat, verschont geblieben.

Die Leidtragenden dieser Auslegung des Bahngeländes waren im größeren Maße Windschlag und Bohlsbach, heute Stadtteile Offenburgs. Sie lagen bei den vorherrschenden Windrichtungen im mittleren Oberrheingraben meistens im Anflugweg der Bomber, die ihren Zielflug in Hauptwindrichtung ausführten.

So sehr einzelne Schicksale von Menschen in Offenburg und seiner Umgebung durch die Luftangriffe auch beeinflußt worden sind: in der Gesamtkriegsführung hatte der Name dieser Stadt nur eine untergeordnete und temporäre Bedeutung. Diese Relativität bei der Betrachtung der Ereignisse gilt es zu wahren, wenn man sich diesem Bereich der Lokalgeschichte objektiv nähern will. Nur dann ist es möglich, angesichts der erschreckenden Zahl der Bomben, die alleine den Zielgebieten dieser Stadt galten, die Relation des gesamten strategischen Bombenkrieges gegen Deutschland und andere Länder abzuschätzen.

Zusammenfassung der Luftangriffe auf Offenburg nach den Quellen des Stadtarchivs Offenburg und des Public Record Office, Kew

Luftangriffe des 2. Weltkrieges nach den Angaben der Stadt Offenburg.¹
(Tab. 7.1)

Datum	Zeit (ÖLW) (geschätzt)	Flugzeuge	Bombenabwurf	Bordwaffenbeschuß
17.09.41	2300–	n.n.	n.n.	n.n.
18.09.41	2300–0040	n.n.	n.n.	n.n.
06.09.43	1015–1050	n.n.	n.n.	n.n.
08.10.44	0800–0830	n.n.	2	n.n.
18.11.44	1605–1715	14	+	+
22.11.44	0033–0129	1	–	+
25.11.44	1139–1237	1	+	–
27.11.44	1205–1250	2–300	+	–

Fortsetzung (Tab. 7.1)

Datum	Zeit (ÖLW) (geschätzt)	Flugzeuge	Bombenabwurf	Bordwaffenbeschuß
02.12.44	1504–1609	5	+	+
10.12.44	1036–1116	12	+	+
17.12.44	0919–?	12	+	+
24.12.44	0930–?	3	+	+
25.12.44	1045–?	8–10	+	+
30.12.44	1015–?	3	+	+
	1515	6–8	+	+
10.01.45	0915	8	+	+
14.01.45	1015	2	–	+
29.01.45	1000	6	+	+
02.02.45	1415	18 (4mot)	+	–
03.02.45	0945	12	+	+
04.02.45	0900	8	+	+
06.02.45	0830	8	+	+
08.02.45	0830	20–25	+	+
	1630	10	+	+
09.02.45	0815	8	+	+
	1500	1	+	–
	1715	4	+	+
15.02.45	0840	4	+	+
	1400	52 (2mot)	+	–
	1535	10	+	–
	1655	10	+	–
	1740	4	+	+
19.02.45	1400	4	+	–
21.02.45	1655	4	+	–
28.02.45	2300	4	+	–
02.03.45	1640	4	+	–
04.03.45	1015	20 (4mot)	+	–
20.03.45	1410	7	+	–
	1740	10	+	–
21.03.45	1245	8	+	–

¹ in: STA OG 5/6.551.

*Luftangriffe des 2. Weltkrieges auf Offenburg und nähere Umgebung.
(Tab. 7.2)*

Quelle	Datum	Einheit	Flugzeuge (ANZ./TYP)	G.P. (ts.)	I.B. (ts.)	Ziel (ERL. S.U.)
AIR24-235	17.09.41	3GrpRAF	2WELLINGTON	2.5	0.39	last resort tgt
AIR24-235	18.09.41	1GrpRAF	2WELLINGTON	3.25	1.1	alternative tgt
AIR40-440	06.09.43	8.USAAF	50	69	34,3	m/y otgt
AIR22-319	03.10.44	8.USAAF	19	55	–	m/y
AIR24-1431	08.10.44	?TAF	6	2	–	?
AIR24-1432	18.11.44	1.TAF	4?/19THUN	+	?	armed recce

Fortsetzung (Tab. 7.2)

Quelle	Datum	Einheit	Flugzeuge (ANZ./TYP)	G.P. (ts.)	I.B. (ts.)	Ziel (ERL. S.U.)
AIR24-1433	22.11.44	9.AF	?/11THUN	?		offensive patrol
AIR24-1433	22.11.44	1.TAF	?/16THUN	2ts. FRAGS		rwy centre
AIR37-1188	27.11.44	8.USAAF	181/186FORT 144/154LIB	720,1	149,1	m/y +Leaflets
AIR24-1435	01.12.44	1.TAF?	?/12	6?		tact OG area
AIR40-776	01.12.44	8.USAAF	1LIB	—	—	Leaflets
AIR24-1434	02.12.44	1.TAF	?/28	13St.	—	armed recce OG area
STA OG	10.12.44	?	12	+	?	?
AIR37-1177	17.12.44	1.TAF	?	?/38	?	m/y
AIR37-1177	24.12.44	1.TAF	?	?/38	?	m/y
AIR22-319	30.12.44	8.USAAF	?	?/B-17	?	?
AIR24-1438	10.01.45	1.TAF	12THUN	6,6	—	armed recce OG Gengenbach
AIR24-1438	14.01.45	1.TAF FFAF	?/15THUN SPIT	+	—	tac/vis/photo recce OG area
AIR24-1438	29.01.45	1.TAF	?/380	+	—	armed recce u.a. OG area AirCoOp ^{7th} US/FA
AIR24-1439	02.02.45	1.TAF	31/31	62	—	OG barracks, results: good
AIR24-1439	03.02.45	1.TAF	11THUN	11	—	OG rr bridge results: poor
AIR24-1439	04.02.45	1.TAF	?/61	+	—	armed recce m/y
AIR24-1439	06.02.45	1.TAF	?/25	+	—	fight-sweeps OG Colmar area
AIR24-1439	08.02.45	1.TAF 42.BoWg	24/26MARA	36	—	Appenweier rr facil. results: poor
AIR24-1439	08.02.45	1.TAF 13.TACT	?/29	+	—	armed recce OG area
AIR24-1439	09.02.45	1.TAF	?/12/13	+	?	fighter sweep OG/Mulhouse
			?/121/122	+	?	AirCoOp ^{7th} US/1 st FA
			?/232/234	+	?	f/b miss. against rr bridges/ID
AIR24-1439	10.02.45	12.TAC	?/86	+	—	armed recce u.a. OG area
AIR24-1439	11.02.45	12.TAC	?/22MUST	+	—	tac/recce u.a. OG area vs. he- avy rr.traffic
AIR24-1439	14.02.45	FTAF	?/25	—	—	sweeps u.a. OG area

Fortsetzung (Tab. 7.2)

Quelle	Datum	Einheit	Flugzeuge (ANZ./TYP)	G.P. (ts.)	I.B. (ts.)	Ziel (ERL. S.U.)
AIR24-1439	15.02.45	1.TAF 42.BoWg	54MARA	96	—	OG m/y (W.1687) results: excellent
AIR24-1439	16.02.45	12.TAC	?/122	+	—	AirCoOp ^{7th} US/1 st FA u.a. OG area
AIR24-1439	19.02.45	FTAC	?/76	+	—	armed recce u.a. OG area
AIR24-1439	20.02.45	1.FTAF	?/45	+	—	-“-
AIR24-1439	21.02.45	1.TAF	?/719	+	—	rr ID
AIR24-1439	21.02.45	FTAF	?/93THUN	+	—	armed recce u.a. OG, Zell, Gen- genbach area
AIR24-1442	01.03.45	1.FTAF	?/28/30THUN	+	—	fighter sweeps u.a. OG area
AIR40-819	04.03.45	8.USAAF	18LIBS	20,5	20,5	10/10 cl.unobs. results: poor
AIR24-1442	04.03.45	13.TAC	?/52	+	—	armed recce u.a. OG area
AIR24-1442	19.03.45	1.TAF 1.FAF	?/314/320	+	—	armed recce u.a. OG area
AIR24-1442	21.03.45	1.FAF	?/122/128	+	?	armed recce u.a. OG area
AIR24-1442	22.03.45	1.FTAF	?/120/THUN	+	—	armed recce u.a. OG area

Die Tabellen wurden nach bester Verfügbarkeit von Quellen der die Operationen ausführenden Seiten erstellt, so daß eine möglichst geringe Fehlerhaftigkeit gewährleistet ist. Beim Vorhandensein mehrerer Quellen wurde die jeweils genaueste herangezogen.

Die Spalte des Zieles enthält nicht nur die Angabe über ein eventuell genanntes Ziel innerhalb des betrachteten Gebietes, sondern auch etwaige vorhandene Kurzkommentare über die Direktiven der ausführenden Seite.

Angloamerikanische Maßeinheiten

Längenmaße:		Gewichte:	
1 foot (ft)	= 0,3048 m	1 lbs.	= 0,45359 kg
1000 feet (ft)	= 304,8 m	1 cwt. (br.) = 112 lbs.	= 50,802 kg
1 nautical mile (NM)	= 1852,0 m	1 cwt. (am.) = 100 lbs.	= 45,359 kg
1 yard	= 0,91 m	1 ts. (br.) (long ton)	= 1016,05 kg
Flächenmaße:		1 ts. (am.) (short ton)	= 907,185 kg
1 square foot (sq.ft)	= 0,0929 m ²		

Abkürzungen

?	Angabe unbekannt oder nicht eindeutig zu bestimmen
+	Abwurf von Bomben hat stattgefunden, ist jedoch nicht eindeutig zu bestimmen.
?/12/13	Von 13 bereitgestellten Flugzeugen sind 12 zum Einsatz gekommen, davon eine unbekannte Zahl gegen Offenburg.
A	nach Zeitangaben: GMT + 1h
Aw	Ausbesserungswerk
AirCoOp	Air Cooperation: Zusammenarbeit von Luft- und Bodenstreitkräften
BG	Bombardment Group
BoWg	Bombardment Wing
Bw	Bahnbetriebswerk
CSTC	Combined Strategic Targets Committee
FA	French Army: Französische Armee
FAF	French Air Force
f/b	fighter bomber: Jagdbomber
FFAF	Free French Air Force
FIGHTER SWEEP	Freie Jagd
Flak	Flugabwehrkanone
FORT	Boeing B-17 Flying Fortress (viermotoriger amerikanischer Bomber)
FRAGS	Fragment bombs: Splitterbomben
GMT	Greenwich Mean Time (Mitteleuropäische Zeit - 1h)
I.B.	incendiary bomb: (Phosphor-)Brandbombe
intdict.	interdiction: Gefechtsfeldabriegelung
LIB/S	Consolidated B-24 Liberator (viermotoriger amerikanischer Bomber)
lbs.	pounds
LZZ	Langzeitzünder
MARA	Martin B-26 Marauder (zweimotoriger amerikanischer Bomber)
MOSQ	De Havilland Mosquito (zweimotoriger britischer Aufklärer und Bomber)
MUST	North American P-51 Mustang (einmotoriger amerikanischer Langstreckenbegleitjäger)
m/y	marshalling yard: Verschiebebahnhof
NM	nautical mile: Nautische Meile
OTGT	target of opportunity: (Gelegenheits-)Ausweichziel
PTGT	primary target: Hauptangriffsziel
R.A.F.	Royal Air Force
RECCE	reconnaissance: Aufklärung
R.F.C.	Royal Flying Corps
R.N.A.S.	Royal Naval Air Service
rr	railroad: Eisenbahn
SHAEF	Supreme Headquarters Allied Expeditionary Force
SPIT	Supermarine Spitfire (einmotoriger britischer Jäger)
Sqn.	Squadron
USAAF	United States Army Air Force
USBC	United States Bombing Corps
TAF/TACT	Tactical Air Force/s
THUN	Republic P-47 Thunderbolt (einmotoriger amerikanischer Jäger/Jagdbomber)
VIS	visual reconnaissance: optische Aufklärung

Auswahlbibliographie

Archivalien

Bundesarchiv, Militärarchiv.

RL 4 II Chef des Luftschutzes/Luftlage Reichsgebiet.

-14/Bd. 9; -21/Bd. 16; -26/Bd. 2;

RL 5 Luftwaffenpersonalamt – Abschußanerkenntnisse.

-239; -240;

RL11 Kommandobehörden der Flakartillerie.

Flugabwehrkommando Schwarzwald.

-81; -82; -83; -84; -85; -86; -87; -88; -89; -94; -95; -99;

RL 13 Luftschutztruppe.

-35; -114; -135;

RL 19 Luftgaukommandos.

-81; -84; -85; -86; -92; -95; -97; -101; -103; -107;

RW 19

-2013; -2014; -2024; -2025; -2026; -2027;

RW 20-5 Rüstungsinspektionen V und Oberrhein

-1; -2; -3; -15; -17; -18; -48;

RH 19 XII Heeresgruppenkommandos.

-10; -11; -12; -13; -14; -15; -16; -17; -18; -19; -20; -21; -22; -23; -24; -25; -26; -27; -33; -39; -41; -47; -48; -50; -53;

RH 19 XIV Oberkommando Heeresgruppe Oberrhein.

Imperial War Museum, London

Milch Files

Public Records Office, Kew, Richmond.

Air Ministry Records

AIR 1 AIR HISTORICAL BRANCH RECORDS: SERIES I

-2104/204/36; -451/15/312/20; -452/15/312/24; -454/15/312/28; -456/15/312/52; -2690; -2428/305/29/1225; -2154/209/3/314; -2419/305/9;

AIR 22 PERIODICAL RETURNS SUMMARIES AND BULLETINS

-25; -45; -75; -81; -319; -320; -416; -417; -418;

AIR 24 R. A. F. BOMBER COMMAND, OPERATIONS RECORDS.

-235; -259; -298; -1428; -1431; -1432; -1433; -1434; -1435; -1436; -1437; -1438; -1439;
-1441; -1442; -1443; -1444; -1467;

AIR 27 R. A. F. SQUADRONS OPERATIONS RECORDS.

-2007;

AIR 34 CENTRAL INTERPRETATION UNIT.

-34; -35; -116; -117; -136; -137; -138; -250; -251; -260; -261; -262; -263; -264; -265; -266;
-270; -379;

AIR 37 – ALLIED EXPEDITIONARY FORCE

-1177; -1180; -1182; -1188;

AIR 40 – AIR MINISTRY; DIRECTORATE OF INTELLIGENCE AND OTHER INTELLIGENCE PAPERS.

-440; -775; -819; -1097 First Tactical Air Force Summary of Ops. of American Units -1263;
-1264; -1265; -1516 Review of Operations of Working Committee Communications

Stadtarchiv Offenburg

Rubrik 31/Militär- und Kriegssachen

5/1.431 VW-Sachen Rubrik 14 Gemeindeverwaltung; Kriegschronik; 5/6.551

Einsicht in die Originale des Offenburger Tageblatts.

Veröffentlichte Literatur

Bibliographien

Bibliographie der badischen Landesgeschichte, bearbeitet von Friedrich Lautenschlager, 9 Bände, Karlsruhe 1929ff, Stuttgart 1961ff.

Bibliographie zur Luftkriegsgeschichte, (bearbeitet im Militärgeschichtlichen Forschungsamt von Karl Köhler), (= Schriften der Bibliothek für Zeitgeschichte, Weltkriegsbücherei Heft 5), Frankfurt 1966.

Monographien

Bardua, Heinz: Kriegsschäden in Baden-Württemberg 1939-1945, Beiwort zur Karte VII, 11, in: Historischer Atlas von Baden-Württemberg, 4. Lieferung Stuttgart 1975.

Brooks, Stephen: Bomber. Strategic Air power in Twentieth Century Conflict, London 1983.

Bundesminister für Vertriebene, Flüchtlinge und Kriegsgeschädigte (Hg.): Der Luftkrieg im Spiegel der neutralen Presse. (= Dokumente deutscher Kriegsschäden, Beiheft 2), Bonn 1962.

Butler, Sir James (ed.): History of the Second World War.

Cooper, Malcolm: The Birth of Independent Air Power. British Air Policy in the First World War, London 1986.

Craven, W.F.; Cate J.L.: The Army Forces in World War 2, Vol 3 (of 5 vols): Europe: Argument to V-E Day January 1944 to May 1945, Chicago 1951. S. 654-664.

Daniels, Gordon (ed.): A Guide to the Reports of the United States Strategic Bombing Survey (= Royal Historical Society Guides & Handbooks 12), London 1981.

Deutsches Marine Institut (Hg.): Marineflieger, Herford 1987.

Fredette, Raymond H.: The First Battle of Britain 1917-1918 & the Birth of the Royal Air Force, London 1966.

Freeman, Roger. A: The Mighty Eighth. Units, Men and Machines (A History of the US 8th Army Air Force), London (41976).

Friedmann, Rudolf: 125 Jahre in Offenburg, in: die Ortenau, 48. Jg. (1969), S. 115-158.

Glatt, Gangolf: Der Wiederaufbau der Bahnanlagen in Offenburg nach dem Zweiten Weltkrieg in den Jahren 1945-1955, o. O. 1980. (Zulassungsarbeit zum Lehramt an Realschulen in Baden-Württemberg).

Greenfield, Kent R.: Die amerikanische Luftkriegführung in Europa und Ostasien 1942-1945, in: Hillgruber, Andreas (Hg.): Probleme . . . , a. a. O., S. 292-311.

Hastings, Max: Bomber Command, New York 1979.

Hillgruber, Andreas (Hg.): Probleme des Zweiten Weltkrieges (= Neue wissenschaftliche Bibliothek 20 Geschichte), Köln 1967.

Kuntzemüller, Albert: Die badischen Eisenbahnen 1840-1940, Freiburg 1940.

Kuropka, Joachim: Die britische Luftkriegskonzeption gegen Deutschland im Ersten Weltkrieg, in: Militärgeschichtliche Mitteilungen 1/1980, S. 7-24.

Liddel Hardt, B.H.: History of the Second World War, New York 1971.

Messenger, Charles: 'Bomber' Harris and the Strategic Bombing Offensive, 1939-1945, London 1984.

Messenger, Charles: World War Two: Chronological Atlas, London 1989.

Moyes, Philip J.R.: Bomber Squadrons of the R.A.F. and their Aircraft, London 1964.

Müller-Loebnitz, Wilhelm: Die Badener im Weltkrieg 1914/1918, Karlsruhe 1935.

Murawski, Erich: Der deutsche Wehrmachtsbericht 1939-1945, (= Schriften des Bundesarchivs Nr. 9), Boppard 1962.

Raleigh, W. und Jones, H.A.: The War in the Air, 6 Vols., London 1922-1935.

Saunders, Hilary St. George: Per Ardua. The Rise of British Air Power 1911-1939, London 1944.

Schmidt, Karl: Windschläg, mein Heimatdorf, Offenburg 1982. S. 78-84.

Schnabel, Thomas; Ueberschär, Gerd. W.: Endlich Frieden! Das Kriegsende in Freiburg 1945, Freiburg 1945.

Schramm, Percy Ernst (Hg.): Kriegstagebuch des Oberkommandos der Wehrmacht 1944-1945, Studienausgabe 8 Bde., Herrsching 1982.

Sherry, Michael S.: The rise of American air power, New Haven&London 1987.

Smith, Malcolm: British Air Strategy between the Wars, Oxford 1984.

Stadt Freiburg (Hg.): Gedenkt der Toten – Verwandelt Euch. Zum 40. Jahrestag der Zerstörung Freiburgs am 27. November 1944, (= Reihe Städtischer Dokumentation 4/85), Freiburg 1985.

Stadt Offenburg (Hg.): Offenburg im Wandel der Zeiten, Band 3, Offenburg 1983.

Ueberschär, Gerd W.; Wette, Wolfgang: Bomben und Legenden. Die schrittweise Aufklärung des Luftangriffes auf Freiburg am 10. Mai 1940, Freiburg 1981.

Ueberschär, Gerd. W.; Müller, Rolf-D.; Wette, Wolfgang: Wer aufgibt, wird erschossen. Kriegsalltag und Kriegsende in Südwestdeutschland 1944/45, Freiburg 1985.

U.S. Air Force: The U.S. Air Service in World War I., o. O. 1981.

Verrier, Anthony: Bomber Offensive, London 1967.

Walz, Werner: Die Eisenbahn in Baden und Württemberg, Stuttgart 21984.

Watt, Donald Cameron: Restraints on War in the Air before 1945, in: Howard, Michael (ed.): Restraints on War, Oxford 1979, S. 57-77.

Webster, Sir Charles; Frankland, Noble: The Strategic Air Offensive against Germany 1939-1945, in: Butler, Sir James (ed.): History of the Second World War, Vol. III: Victory Part 5, London 1961. Para.: The attack on communications, pp 244-261.

Periodika

New York Times (NYT), Neue Züricher Zeitung (NZZ), Die Ortenau, Offenburger Tageblatt (OT), The Times.

Anmerkungen

- 1 Der erste Fliegerangriff auf badisches Territorium erfolgte am 23. August 1914 auf Müllheim. Angabe nach: Müller-Loebnitz, Wilhelm: Die Badener im Weltkrieg 1914/1918, S. 488.
- 2 Vgl. auch: Kuntzemüller, Albert: Die badischen Eisenbahnen 1840–1940, Freiburg 1940.
- 3 Vgl.: IWM 5576 reel 74: Bereits bei Kriegsbeginn waren die Treibstoffmengen, welche für die damalige Stärke der Streitkräfte zur Verfügung standen, knapp bemessen. Dies änderte sich auch in den ersten Kriegsjahren nicht, so daß hier von einem Vabanquespiel der militärischen Führung gesprochen werden kann.
- 4 Trotz großer Anstrengungen der Alliierten, die Produktion von Flugzeugen durch gezieltes Bombardieren der Produktionsstandorte zu stören, hatte die deutsche Industrie das Maximum ihres Produktionsausstoßes erst während der ersten Hälfte des Jahres 1944 erreicht. Die Gründe hierfür sind bekannt: Dislozierung der Herstellung, Verlegung zum Teil in unterirdische Fabriken. Die eigentlichen Probleme lagen bei der Synthetisierung von Treibstoff, deren Herstellungsstätten die alliierten Bomberverbände wiederholt stark getroffen

- hatten und dessen Verknappung deutsche Jagdflugzeuge, die zum Schutz gegen die alliierten Bomberströme von der Quantität her stärker hätten eingreifen können, zur Beschränkung ihrer Tätigkeit zwang.
- 5 Baruda, Heinz: Kriegsschäden in Baden-Württemberg 1939 – 1945, in: Historischer Atlas für Baden-Württemberg, Beiwort zur Karte VII, 11, Stuttgart 1975. S. 3.
 - 6 Vgl. ebda., S. 10.
 - 7 Diese befand sich in der Nordweststadt, Okenstraße 38.
 - 8 Vgl.: OT vom 27. 11. 1964 und 27. 11. 1984.
 - 9 Daß die Gefahr auch heute nicht unbedeutend ist, wird aus der Tatsache, daß der deutsche Kampfmittelräumdienst sich im Jahre 1986 mit Aufklärungsaufnahmen der Alliierten aus der University of Keele eingedeckt hat, ersichtlich. Dort wird der Großteil der während des letzten Krieges über Westeuropa aufgenommenen Luftaufnahmen gelagert.
 - 10 Die wichtigsten offiziellen Darstellungen für den Zweiten Weltkrieg sind auf amerikanischer Seite: Craven, W. F.; Cate, J. L.: *The Army Air Forces in World War 2*, a. a. O.; von den Briten: Webster, Sir Charles; Frankland, Noble: *The Strategic Air Offensive against Germany 1939 – 1945*, in: Butler, Sir James (ed.): *History of the Second World War*, multipl. Vol., a. a. O. Daneben: Hastings, Max: *Bomber Command*, New York 1979. Verrier, Anthony: *Bomber Offensive*, London 1967.
Für den Ersten Weltkrieg: U.S. Air Force: *The U. S. Air Service in World War I.*, o.O. 1981.
 - 11 So z. B. Ueberschär, Gerd W. et al.: *Wer aufgibt, wird erschossen, Kriegsalltag und Kriegsende in Südwestdeutschland 1944/45*, Freiburg 1985. Auch: Historischer Atlas für Baden-Württemberg, Karte VII, 11 ebda.: Baruda, Heinz: Beiwort zur Karte VII, 11, Stuttgart 1975.
 - 12 Zum ersten Angriff vgl.: Ueberschär, Gerd R. und Wette, Wolfram: *Bomben und Legenden. Die schrittweise Aufklärung des Luftangriffs auf Freiburg am 10. Mai 1940*, Freiburg 1981. Zum zweiten Angriff vgl.: Stadt Freiburg (Hg.): *Freiburg in Trümmern*, 2 Bde, 1983, 1984.
 - 13 Nach PRO AIR 24/298 griffen am 27. November 1944 340 Lancaster und 5 Mosquito der R. A. F. an und warfen 1098 ts. Spreng- und 105.2 ts. Brandbomben auf Freiburg. Zur Intention des Angriffes vgl.: PRO AIR 40/1263 und 1264: COMBINED STRATEGIC TARGETS COMMITTEE; Planungspapiere der Luftoffensive gegen das deutsche Transportsystem.
 - 14 Vgl. auch Stadtarchiv OG 5/6.551. In diesem Aktenbündel befindet sich eine Aufstellung der Stadtbehörden über die auf Offenburg geflogenen Angriffe mit den entsprechenden geschätzten Abwurfzahlen.
 - 15 Gemeint ist hier das Offenburger Tageblatt.
 - 16 So zuletzt anlässlich des Fundes einer Brandbombe zirka 200 m nordnordöstlich des ehemaligen Bahnhofs Windschlag östlich der Bahnlinie am 21. 3. 1989. Vgl. hierzu auch OT vom 22. 3. 1989 (2 Artikel). Darüber hinaus: (alle aus dem Offenburger Tageblatt)
27. 11. 1954: „Der Fliegerangriff vor 10 Jahren“.
27. 11. 1959: „Heute vor 15 Jahren“.
27. 11. 1964: „Heute vor 20 Jahren: 6 000 Bomben fielen auf Offenburg“.
24. 12. 1964: „In Offenburg 1944 zur Weihnachtszeit“.
27. 11. 1974: „Solch ein schwarzer Kriegstag soll nie wiederkehren“.
27. 11. 1984: Bamberger, Werner: „Heute vor 40 Jahren: 6 000 Bomben auf Offenburg“.
22. 3. 1989: Jogalla, Bernd: „Bagger stieß auf Bombe: ‚Es hat einen Schlag getan‘.“
22. 3. 1989: „Vor rund 45 Jahren: Bomben auf Windschlag.“
 - 17 S. u. a. Texte in: Stadt Offenburg (Hg.): *Offenburg im Wandel der Zeiten*, Band 3.
 - 18 Die ältesten englischen aus dem Ersten Weltkrieg sind seit 1969 freigegeben.
 - 19 Die Quellenlage bei den Aktenbeständen der Luftwaffe ist lückenhaft, da viele Akten bei Kriegsende verloren gingen und die Bestände im Bundesarchiv-Militärarchiv, Freiburg, sehr lückenhaft sind. Vgl. hierzu auch: Ueberschär Gerd R. und Wette, Wolfram: *Bomben und Legenden*, Freiburg 1981, S. 19.

- 20 Vgl.: Müller-Loebnitz, Wilhelm: Die Badener im Weltkrieg 1914/1918, S. 491 und: Kuntzemüller, Albert: Die badischen Eisenbahnen 1840–1940, S. 129.
- 21 Zur Entwicklung der Marineluftfahrt in Deutschland, die im wesentlichen den Bombenkrieg aus der Luft gegen Großbritannien geführt hat vgl.: Deutsches Marine Institut (Hg.): Marineflieger, Herford 1987.
- 22 Zu den zeitgenössischen Beschränkungen des Luftkrieges s.: Watt, D. C.: Restraints on War in the Air before 1945, in: Howard, Michael: Restraints on War, S. 57–77.
- 23 Zit nach: Brooks, Stephen: Bomber, S. 3.
- 24 Vgl. auch: Fredette, R. H.: The First Battle of Britain, S. 31 ff.
- 25 Bei diesem ersten Luftangriff wurde nach Friedmann, Rudolf: 125 Jahre Eisenbahn in Offenburg, in: Die Ortenau, 48. Jg. (1969), S. 145, ein Gleis bei der Zähringer Brücke getroffen, sowie Häuser in der Umgebung beschädigt.
- 26 Vgl.: Saunders, H.: Per Ardua, S: 78.
- 27 Die Gotha G (= Großflugzeug) IV hatte eine Reichweite von 936 km.
- 28 Zit. nach: Brooks, Stephen: Bomber, S. 7.
- 29 Nach: Cooper, Malcolm: The Birth of Independent Air Power, S. 116, bestand diese Einheit aus zwei Squadrons des R.F.C. und einer Squadron des R.N.A.S.
- 30 Vgl. PRO AIR 1/2154/209/3/314.
- 31 Zit. nach: U.S. Air Force: The U.S. Air Service in World War I., o. O. 1981, S. 363.
- 32 U.S. Air Force: The U.S. Air Service in World War I., o. O. 1981.
- 33 U.S. Air Force: The U.S. Air Service in World War I., o. O. 1981, S. 364.
- 34 U.S. Air Force: The U.S. Air Service in World War I., o. O. 1981, S. 495.
- 35 PRO AIR 1/2428/305/29/1225: Dieses Dokument ist bis auf die zusätzlichen Photos weitgehend identisch mit PRO AIR 1/2104/204/36.
- 36 Die Angaben über die Flugzeugtypen und deren Anzahl stammen aus PRO AIR 1/454/15/312/28.
- 37 Angabe aus: PRO AIR 1/2104/204/36, S. 36.
- 38 Angabe aus: PRO AIR 1/451/15/312/20: Hierbei handelte es sich um Flugzeuge der französischen Streitkräfte.
- 39 Angabe aus: PRO AIR 1/452/15/312/24.
- 40 Angabe nach: PRO AIR 1/452/15/312/24.
- 41 Aus: STA OG 5/1.431.
- 42 Müller-Loebnitz, Wilhelm: Die Badener im Weltkrieg 1914/1918, S. 491 f.
- 43 Hierbei handelt es sich vermutlich um französische Flugzeuge. Vgl. a.: Cooper, Malcolm: The Birth of Independent Air Power, S. 137.
- 44 Vgl. ebda.
- 45 PRO AIR 1/2104/204/36.
- 46 PRO AIR 1/452/15/312/24.
- 47 Zit. nach: PRO AIR 1/2428/305/29/1225, S. 31. Es ist irritierend, daß man den Bahnhof als ‚südlich der Stadt liegend‘ ansprach, da die Bahnanlagen jedoch ein unverkennbares Ziel waren, ist davon auszugehen, daß es sich um den Bahnhof Offenburg und nicht etwa Niederschopfheim oder Ortenberg handelte.
- 48 PRO AIR 1/45415/312/28.
- 49 Schreibfehler im Dokument, sollte wohl ‚dragons‘ heißen.
- 50 Zit. nach: PRO AIR 1/2104/204/36, S. 36.
- 51 Diese Aufnahmen waren in den verfügbaren Dokumenten des PRO nicht auffindbar.
- 52 PRO AIR 1/454/15/312/28.
- 53 PRO AIR 1/2419.
- 54 Photo aus: PRO AIR 1/2419/305/9.
- 55 Zit. nach: PRO AIR 1/2428/305/29/1225, S. 31.
- 56 PRO AIR 1/2428/305/29/1225, S. 31.
- 57 Diese Aufnahme war ebenfalls nicht auffindbar.
- 58 PRO AIR 1/2428/305/29/1225, S. 31 und PRO AIR 1/452/312/24.

- 59 Zit. nach: PRO AIR 1/2428/305/29/1225, S. 31.
- 60 PRO AIR 1/2419.
- 61 PRO AIR 1/2428/305/29/1225, S. 31.
- 62 PRO AIR 1/454/15/312/28.
- 63 PRO AIR 1/452/15/312/24.
- 64 PRO AIR 1/2428/305/29/225.
- 65 PRO AIR 1/2428/305/29/225.
- 66 PRO AIR 1/2428/305/29/225.
- 67 PRO AIR 1/2428/305/29/225.
- 68 Wert nach: PRO AIR 1/451/15/312/20.
- 69 PRO AIR 1/452/15/312/24.
- 70 10 bis 18 Flugzeuge.
- 71 Wert nach: PRO AIR 1/452/15/312/24.
- 72 PRO AIR 1/2428/305/29/225.
- 73 Vgl.: STA OG 5/1.431: Dossier über den Zwischenfall.
- 74 STA OG 5/1.431: Schreiben datiert vom 13. 11. 1917, von: Stadtrat der Stadt Offenburg an: Stv. Generalkommando 14, Armeekorps Karlsruhe.
- 75 STA OG 5/1.431: Schreiben datiert vom 12. 2. 1918, von: Stadtrat der Stadt Offenburg, an: Garnisonskommando Offenburg.
- 76 STA OG 5/1.431.
- 77 Diese Maßnahmen sind auch nachgezeichnet in: PRO AIR 1/2104/204/36: Results of Air Raids on Germany carried out by British Aircraft, January 1st-September 30th 1918.
- 78 Die personelle Stärke bezieht sich auf die zum jeweiligen Datum ermittelbaren Daten.
- 79 Müller-Loebnitz, Wilhelm: a.a.O. S. 490.
- 80 STA OG 5/1.431.
- 81 PRO AIR 1/452/15/312/24.
- 82 Vergleiche hierzu auch: Kuropka, Joachim: Die britische Luftkriegskonzeption gegen Deutschland im Ersten Weltkrieg in: Militärgeschichtliche Mitteilungen 1/1980, S. 7–24.
- 83 Vgl. auch PRO AIR 1/2154/209/3/314: In dieser Liste der Ziele in Deutschland wird Offenburg als Ziel Nr. 123 geführt, als Hauptziel werden „railway workshops“ angeführt.
- 84 BA-MA RL 11–99.
- 85 BA-MA RL 11–81, Blatt 34/1.
- 86 ebda. Blatt 25/2, Blatt 20/2 und Anlage „Objektschutz“, außerdem: BA-MA RL 11–82, Blatt 76/2, Blatt 57/2 (2 Seiten).
- 87 BA-MA/RL 11–83: Enthält den Einsatzbefehl für den Objektschutz der Bahnhöfe mit den Stellungsskizzen der Flak.
- 88 BA-MA/RL 11–83 und –84.
- 89 Vgl. hierzu auch: Ueberschär, W. und Wette, W.: Bomben und Legenden, Freiburg 1981. In diesem Werk wird der versehentliche Angriff durch die Luftwaffe auf Freiburg und dessen propagandistische Verwertung durch die Nationalsozialisten als Aktion der Alliierten ausführlich dargestellt.
- 90 BA-MA/RL 11–89, Blatt 32/2, Anlage 118 vom 11. 5. 1940.
- 91 Vgl.: Brooks, Stephen: Bomber, S. 26.
- 92 Vgl.: Brooks, Stephen: Bomber, S. 26.
- 93 BA-MA RW 19–2026.
- 94 BA-MA RW 19–2026, S. 150.
- 95 BA-MA RW 19–2026, S. 152.
- 96 PRO AIR 24/235.
- 97 PRO AIR 22–25 Air Ministry War Room Daily Summary Nos. 774–803, Sept. 1941.
- 98 PRO AIR 24–235: OPERATIONS RECORDS BOMBER COMMAND.
- 99 ebda.

- 100 ebda.
- 101 BA-MA RL 19–85: Luftgaukommando VII KTB Nr. 8.
- 102 ebda., S. 228.
- 103 ebda.
- 104 Webster et al., a. a. O., S. 246 im Herbst 1944 zum Charakter der Angriffe gegen Transportziele: „Communication targets had been used by both British and United States strategic air forces as an aiming point in what was really area bombing, or as last resort targets, when the weather or other causes had prevented crews from reaching their primary objectives.“
- 105 Freeman, Roger. A.: The Mighty Eighth, a. a. O.
- 106 ebda., S. 70.
- 107 Freeman, Roger. A.: The Mighty Eighth, S. 71.
- 108 Werte nach: PRO AIR 40/440,
- 109 Vgl. Freeman, Roger. A.: The Mighty Eighth, S. 238 ff.
- 110 PRO AIR 40/440.
- 111 PRO AIR 40/440.
- 112 Der Redakteur der Ortenau, Herr Karl Maier aus Appenweier, teilte dem Autor am 28. Mai 1990 folgendes mit: „Ich habe diesen Angriff miterlebt; wir hatten gerade den Personenbahnhof in Richtung Appenweier verlassen, als wir sahen, daß in einiger Entfernung Flugzeuge Bomben abwarfen, Fliegeralarm hatte es offensichtlich nicht gegeben. Der Zug hielt an, und wir liefen zum Bahnhof zurück. Nach ca. zwei Stunden (?) fuhren wir über das normale (?) Gleis nach Karlsruhe zum Einsatz als Luftwaffenhelfer.“
Angesichts der Auslegung der Bahnanlagen ist es vorstellbar, daß nicht sämtliche Durchgangsgleise zerstört waren und sich die Aussage des alliierten Berichtes auf die allgemeine Verkehrslage bezog, d.h., Verkehrsbewegungen im kleineren und regionalen Maße durchgeführt werden konnten.
- 113 OT vom 8. 9. 1943.
- 114 NZZ vom 7. 9. 1943.
- 115 BA-MA RL 19/86.
- 116 BA-MA RL 13/135. Für den 6. 9. 1943 war das KTB nicht vorhanden.
- 117 Schmidt, Karl: Windschläg, mein Heimatdorf, S. 80.
- 118 STA OG 5/6.551.
- 119 PRO AIR 34/264.
- 120 Als Anhang zu einem Auswertungsbericht.
- 121 PRO AIR 40-753. Interpretation Report S.A. 2789. Die anhängigen Photos SAV 44/1103 und SAV 44/1105 hatten beide eine ‚B‘-Klassifizierung erhalten und wurden demzufolge wegen nicht ausreichender Qualität dem Aufklärungsbericht nicht beigelegt.
- 122 PRO AIR 22/417: An diesem Tag flog weder die 8., noch die 15. USAAF Operationen über Mittel- und Westeuropa.
- 123 PRO AIR 24/1431: Supreme HQ allied Expeditionary Force, Appendicies Operations Records.
- 124 BA MA RW 20-5/48: Landrat des Lkrs. Offenburg an Verteilungsstelle für Baustoffe und Ziegel in Straßburg vom 9. Oktober 1944.
- 125 BA MA RW 20-5/48: Landrat des Lkrs. Offenburg an Verteilungsstelle für Baustoffe und Ziegel in Straßburg vom 16. Oktober 1944.
- 126 BA MA RW 20-5/48.
- 127 PRO AIR 24/1433: Daily Statistical Summary of Operations Sunset 211144-Sunset 221144.
- 128 PRO 40/1516: Review of Operations of CSTC.
- 129 PRO 40/1263.
- 130 Vgl. auch: Webster et al.: a. a. O, S. 247. Ausschlaggebend für die erfolgreiche Führung dieser Kampagne war die Bedeutung der Ruhrkohle und ihrer Verteilung für die deutsche Industrie. Trotz mannigfaltiger Transportmöglichkeiten benutzte man für ihre Beförderung nur wenige Verkehrshauptlinien.

- 131 Dieser Ausdruck ist zwar irreführend, da es während des Zweiten Weltkrieges nur wenige ‚wirkliche‘ Präzisionsangriffe aus der Luft gab. Er dient hier lediglich der Abgrenzung gegenüber reinem Flächenbombardement.
- 132 Vgl. auch: Webster et al.: a. a. O., S. 248.
- 133 Vgl. PRO 40/1263, S. 3: In der Quelle wurde tatsächlich der Ausdruck „trains and their contents“ benutzt.
- 134 Vgl. PRO 40/1264, S. 4: Zu diesen Zielen gehörten im badischen Raum Freiburg, Mannheim und Pforzheim. Wie der schwere Angriff auf Freiburg am 27. November 1944 und derjenige auf Pforzheim im Februar 1945 zeigte, waren die Auswirkungen auf die Wohngebiete bei diesen Angriffen weitaus verheerender als bei den Zielen, die, wie Offenburg, ausreichend von den Bahnanlagen separiert lagen.
- 135 PRO AIR 40/1264.
- 136 Vgl. Ueberschär, G. R. et al.: Wer zurückweicht, wird erschossen, S. 18.
- 137 Vgl. Ueberschär, G. R. et al.: Wer zurückweicht, wird erschossen, S. 18. Dieses Zitat wurde in Ermangelung der Originalunterlagen übernommen.
- 138 Zit. nach: Murawski, Erich: Der deutsche Wehrmachtsbericht 1939–1945, (= Schriften des Bundesarchivs Nr. 9), Boppard 1962.
- 139 BA-MA RW 19/2013, Blatt 123.
- 140 ebda.
- 141 Zahl der angreifenden Flugzeuge nach: PRO AIR 24/1432.
- 142 Aus: PRO AIR 40/775: INTOPS SUMMARY No. 211, from: Headquarters Eighth Air Force, AAF STATION 101 APO 634, SECRET (6 Seiten).
- 143 Sinngemäß übersetzt nach: PRO AIR 40/775: Bericht über den Angriff auf den Verschiebebahnhof Offenburg am 27. November 1944.
- 144 Amerikanische Bezeichnung für das brit. Radar H2S.
- 145 Vgl. auch: Craven, W. F. & Cate, J. L.: The Army Air Forces in World War 2, Vol. 3, S. 664: „The largest sighting of German interceptors on any one day to that point came on 27 November 1944 when perhaps as many as 750 were airborne. But luck was with the Americans. The Germans stupidly mistook a huge force of P-51’s for bombers and tangled with the Mustangs (...). Meanwhile, the bombers proceeded to Bingen and Offenburg without sighting a single airplane.“
- 146 PRO AIR 40/775: Es handelte sich um 527,6ts., wovon 437,8ts. Sprengbomben und 87,8ts. Brandbomben waren.
- 147 PRO AIR 40/775: Hierbei handelte es sich nach den Bombenladelisten um eine B-17 mit 10 × 500 lbs. G. P. und 2 × 500 lbs. I. B. Es ist nicht nachgeprüft, ob dieses Flugzeug seine Bomben tatsächlich über Freiburg abgeworfen hat. Nach mündlicher Aussage von Herrn Riester (jetzt Rechenzentrum der Universität Freiburg) vom 1. September 1989, der den abendlichen Angriff auf Freiburg als 15jähriger Flakhelfer miterlebte, erfolgte in den Mittagsstunden kein Angriff auf die Stadt, so daß davon auszugehen ist, daß dieses Flugzeug seine Bomben an einem anderen Ort abgeworfen hat.
- 148 PRO AIR 40/775: Dies geht aus den Ladeplänen für die einzelnen Groups hervor. Über den Verbleib der Flugblätter ist bis dato nichts bekannt. Angesichts der Ladekapazität von 3 t pro Flugzeug erscheint es jedoch unwahrscheinlich, daß trotz der nationalsozialistischen Unterdrückung feindlicher Propaganda nicht einige Exemplare gesichert worden sind.
- 149 Bestehend aus dem Luftfahrzeugmuster North American P-51 Mustang.
- 150 PRO AIR 40/775: 343,6ts. insgesamt, davon 282,3ts. G. P. und 61,3ts. I. B.
- 151 PRO AIR 40/775: Dies geht nicht aus den Ladelisten, sondern aus dem INTOPS SUMMARY, S. 3, hervor.
- 152 Sogenannte ‚Strafing attacks‘.
- 153 PRO AIR 40/775.
- 154 PRO AIR 40/775.
- 155 PRO AIR 40/775.

- 156 Die Kategorien waren A, AC, B, E
- 157 nach: Schmidt, Karl: Windschläg. . . , a. a. O., S. 81 befand sich am 26. 11. 1944 zumindest eine schwere Eisenbahnflakbatterie in der Nähe des Bahnhofes Windschläg, die am gleichen Tag von Jabos aufgeklärt wurde und beim Angriff des 27. 11. 1944 durch Treffer außer Gefecht gesetzt wurde.
- 158 PRO AIR 40/775
- 159 Die anderen Bilder waren nicht verfügbar; sie waren trotz ihrer Rezipitur im Anhang zum Bericht nicht mehr vorhanden. Die zu Beginn des Angriffes um 1216h 30s gemachte Aufnahme verdeutlicht jedoch die Technik eines massierten Bomberangriffes. Die Aufnahme muß aus einem Flugzeug der PFF = Path Finder Force gemacht worden sein, da die beiden im Bild sichtbaren Rauchmarkierungen Markierungsbomben waren, die der Hauptstreitmacht den Auslösepunkt für die Bomben anzeigen sollten. Dies ist vermutlich auch der Grund, weshalb die wiedergegebene Aufnahme als einzige beim Auswertebereich lag: sie diente den Luftbildauswertern zur Beurteilung der Zielmarkierung.
- 160 Es ist nicht feststellbar, welcher Wasserlauf hiermit bezeichnet ist.
- 161 Zit. nach: PRO AIR 40/775: Immediate Interpretation Report No. K. 3494, confidential, 26. Dec. 1944.
- 162 OT vom 28. 11. 1944, S. 3.
- 163 OT vom 29. 11. 1944, S. 2.
- 164 OT vom 6. 12. 1944, S. 3.
- 165 NZZ vom 28. 11. 1944, S. 1, Sp. 4.
- 166 NZZ vom 28. 11. 1944, S. 3, Sp. 4. Die NZZ irrte insofern als an jenem Tag die in der Tat größte deutsche Abwehrformation seit langer Zeit aufgestiegen war, jedoch fatalerweise die Radarechos der massiert auftretenden Jäger mit den Bombern verwechselt wurden. S. a. Freeman, a. a. O., S. 195.
- 167 The Times vom 28. 11. 1944, S. 3.
- 168 Nach: Smith, Malcolm: British Air Strategy between the Wars, S. 44 ff.
- 169 PRO AIR 40/1077
- 170 PRO AIR 40/1077 Historical Notes on the Development of the Tactical Air Forces.
- 171 BA MA RW 19/2014: OKW Stab I/IC Luftschäden in den Wehrkreisen Dezember 1944.
- 172 STA OG 5/6. 551
- 173 PRO AIR 24/1435
- 174 BA MA RW 19/2013 Wehrwirtschaftsoffizier im Wehrkreis V: Einflüge und Angriffe im Wehrkreis V vom 3. Dezember 1944.
- 175 ebda.
- 176 ebda.
- 177 PRO AIR 24/1435: Analysis of Air Operations/-SS 2 Dec 44 No. 72.
- 178 STA OG 5/6. 551
- 179 BA MA RW 19/2014: OKW Stab I/IC Luftschäden in den Wehrkreisen Dezember 1944.
- 180 BA MA RW 19/2014: Wehrwirtschaftsoffizier im Wehrkreis V: Einflüge und Angriffe im Wehrkreis V vom 4. Dezember 1944.
- 181 BA MA RW 19/2014:
- 182 PRO AIR 37/1182: Air Staff S.H.A.E.F Rear. Daily Summary of Operations No. 47 Sunset 1st December To Sunset 2nd December.
- 183 BA MA RW 19/2014: Wehrwirtschaftsoffizier im Wehrkreis V: Einflüge und Angriffe im Wehrkreis V vom 6. Dezember 1944.
- 184 Freeman, Roger A.: The Mighty Eighth, S. 195 f.
- 185 PRO AIR 40/1516 Review of Operations of Working Committee Communications C.S.T.C. October 1944 – May 1945, S. 9, Part II the Ardennes Offensive.
- 186 BA MA RW 19/2014: Wehrwirtschaftsoffizier im Wehrkreis V: Einflüge und Angriffe im Wehrkreis V vom 19. Dezember 1944.
- 187 PRO AIR 37/1177

- 188 BA MA RW 19/2014: Wehrwirtschaftsoffizier im Wehrkreis V: Einflüge und Angriffe im Wehrkreis V vom 19. Dezember 1944.
- 189 STA OG 56. 551
- 190 BA MA RW 19/2014: Wehrwirtschaftsoffizier im Wehrkreis V: Einflüge und Angriffe im Wehrkreis V vom 29. Dezember 1944.
- 191 PRO AIR 24/1 435
- 192 PRO AIR 37/1 177
- 193 BA MA RW 19/2014: Wehrwirtschaftsoffizier im Wehrkreis V: Einflüge und Angriffe im Wehrkreis V vom 28. Dezember 1944.
- 194 AIR 37/1 177 Monthly Statistical Summary of Operations for December by S. H. A. E. F. Actical Air Forces
- 195 BA MA RW 19/2014: Wehrwirtschaftsoffizier im Wehrkreis V: Einflüge und Angriffe im Wehrkreis V vom 29. Dezember 1944.
- 196 ebda.
- 197 ebda.
- 198 ebda.
- 199 ebda.
- 200 PRO AIR 24/1 435: Monthly Statistics of Operations.
- 201 PRO AIR 40/776. Statistical Summary of Operations 733, Date 1/2 Dec 1944.
- 202 PRO AIR 40/1 516, S. 12.
- 203 PRO AIR 40/1 264 Summary of Damage to Selected Railway Centres for Week Ending 30. December 44, Secret, 1. Januar 1945
- 204 PRO AIR 40/1 264
- 205 PRO AIR 40/1 264
- 206 BA MA RW 19/2014: Wehrwirtschaftsoffizier im Wehrkreis V: Einflüge und Angriffe im Wehrkreis V vom 10. Januar 1945.
- 207 PRO AIR 24/1 436: Summary of Operations/-SS 7 Jan 1945/No. 83.
- 208 ebda.
- 209 PRO AIR 24/1 436: Summary of Operations/-SS 9 Jan 1945/No. 84/85.
- 210 PRO AIR 24/1 436: Summary of Effort Put on Communication Targets , Target Operational Record 10 Jan 45.
- 211 BA MA RW 19/2014: Wehrwirtschaftsoffizier im Wehrkreis V: Einflüge und Angriffe im Wehrkreis V vom 12. Januar 1945.
- 212 PRO AIR 24/1 436: Summary of Operations/-SS 14 Jan 1945/No. 90.
- 213 PRO AIR 24/1 436: Summary of Operations/-SS 19 Jan 1945/No. 105.
- 214 BA MA RW 19/2014: Wehrwirtschaftsoffizier im Wehrkreis V: Einflüge und Angriffe im Wehrkreis V vom 22. Januar 1945: Als Ortsangabe wird im Dokument „...im Schuttwald bei Offenburg...“ angegeben.
- 215 BA MA RW 19/2014: Wehrwirtschaftsoffizier im Wehrkreis V: Einflüge und Angriffe im Wehrkreis V vom 22. Januar 1945.
- 216 Diese Kapitel stützt sich im Wesentlichen auf Angaben in PRO AIR 24/1 439.
- 217 PRO AIR 24/1 439: Summary of Operations/-SS 02 Feb 1945/No. 109.
- 218 PRO AIR 40/1 264.
- 219 PRO AIR 22/418, Air 40/819.
- 220 PRO AIR 40/1 516, S. 21–24.
- 221 PRO AIR 40/1 516: State of Damage to Communications at the Time of the Wesel Crossing of the Rhine 22 Mar.
- 222 PRO AIR 40/1 516, S. 20f.
- 223 University of Keele/Ministry of Defence (MoD): Aufnahmen 106G.4553, Nr. 3/4129, 3/4131, 3/4133, 3/4135, 3/4137 vom 28. 10. 1945. Die Aufklärungsaufnahmen ergeben zusammengesetzt einen Gesamtüberblick über Offenburg.
- 224 PRO AIR 27/2007: Operations Records Book, No. 540 Squadron R. A. F, March 1945.

- 225 Nach: Friedmann, Rudolf: 125 Jahre Eisenbahn in Offenburg, in: Die Ortenau, 49.Jg (1969), S. 147 wurde die Umgehungsstrecke u. a. wegen der Sprengung der Kehler Rheinbrücke im Januar 1940 errichtet. Die Abzweigstellen waren mit ‚Stegermatt‘ und ‚Luginsland‘ bezeichnet.
- 226 PRO AIR 40/2070 Wie schwer es war, eine einzelne Brücke aus der Luft zu zerstören mag der Auszug aus: Bombing Accuracy of Marauder Squadrons of D. A. f. on Bridge Targets vom 28. Dezember 1944 geben: „ (...) it is deducted that on a small bridge (200 × 30‘) [etwa die Größe der Offenburger Eisenbahnbrücke, d. Aut.] approximtely 400 bombs must be dropped per direct hit. If a direct hit by a 1 000 lbs. bomb is considered necessary (...), an average 200 tons or 100 sorties are (...) required (...).“
- 227 University of Keele/Ministry of Defence (MoD): Aufnahmen US7GR/113 C, Nr.3/4029, 3/4031 vom 21. 4. 1945.
- 228 Flug fand von einer Basis der USAAF statt.
- 229 dto.
- 230 PRO AIR 34/116.
- 231 PRO AIR 22/418.
- 232 PRO AIR 22/418: So waren z. B. in Freistett, dem Rheinübergang, zu diesem Stichdatum 12 schwere Flakwaggons stationiert.
- 233 Vgl.: Webster et al.: a. a. O., S. 258 f.
- 234 Vgl.: Hastings, Max: Bomber Command, S. 329: Im Vorfeld des Overlord-Unternehmens hatte man rückwärtige Verschiebebahnhöfe in Frankreich angegriffen und so die Bewegungsmöglichkeiten für Verstärkungen eingeschränkt.
- 235 Vgl.: Webster et al.: a. a. O., S. 251 ff. und. Liddel Hart, B.H.: History of the Second World War, a. a. O., S. 611.
- 236 Vgl.: Hastings, Max: Bomber Command, S. 338.

Hinweise

Buchbesprechungen

Hermann Braunstein: „Dialektredensarten von Schutterwald (Ortenaukreis)“. Maschinenschr. 49 S., Schutterwald 1989

Prof. Hermann Braunstein ließ seiner wichtigen Publikation „Der Dialekt des Dorfes Schutterwald – Grammatik und Wortschatz“ ein zweites Werk folgen: „Dialektredensarten von Schutterwald“. Im Bestreben, eine möglichst breit angelegte Dokumentation zu liefern, hat er über 1 600 in ihrem Gebrauch mehr oder weniger festliegende Formulierungen zusammengetragen. Bedingt durch die heutige Form der sprachlichen Kommunikation, die eine Vielfalt von Austauschmöglichkeiten anbietet, ist ein großer Teil der vom Verfasser vorgestellten Beispiele im Bereich der Hochsprache entstanden und von Mundartsprechern in ihr Idiom übertragen worden. Die Vorgabe wurde dabei im wesentlichen nur phonetisch verändert, syntaktisch und semantisch aber übernommen. D'r Korb isch khuftig (gehäuft) voll, s'isch schun duschr (düster), wären hier zu nennen. In diesem Vorgang kann der Dialekt die Sprache auch vereinfachen, indem er mehrere hochsprachliche Wörter, die sich in ihrer Bedeutung unterscheiden, mit nur einer mundartlichen Wortfamilie erfaßt. Mr kann nid nach jeedere Mug schnabe, (hochspl. Mücke). Er hed hald sini Muge, (hochspl. Mucken = Launen, Eigenheiten). Due m'r nid ufmuge, (hochspl. aufmucken = aufbegehren). Där machd kei Mugs meh, (hochspl. Mucks = unterdrückter Laut). Einen weiteren Schritt auf die eigenständige Formulierung eines Gedankens hin zeigen jene Beispiele, die den tragenden Begriff der Redensart mit einem Wort umschreiben, das es nur im Dialekt gibt. Als Belege aus Braunsteins Sammlung können wir höchst bildkräftige Ausdrücke heranziehen: Är dued bald daaleenere, (im Taglohn arbeiten), där kann fuesle (rasch gehen), los mi umkeid (laß mich in Ruhe). In diesen Bereich gehören die Überbleibsel aus dem

Mittelhochdeutschen: Do bisch bidschiärd (= angeschmiert, von pitschieren nach mhd. petschat), oder die Formen mit dem alemannischen „Lätz“ von mhd. letze = verkehrt, z. B. an de Lätz grode = an den Falschen geraten. Auch Verdeutschungen fremdsprachlicher Wörter können wir hier einordnen: Er isch ganz dusma (von frz. doucement).

Braunstein führt aber auch Sätze an, die keine hochsprachliche Entsprechung haben, die also im Schutterwälder Sprachraum entstanden sind; sie nähern sich in ihrer Definition dem Sprichwort, drücken eine Lebensweisheit, eine menschliche Erfahrung aus, die über die reine Wortbedeutung hinausgeht: Jez isch gnue Hau hunde = jetzt reicht es mir; dem kelwerd de Dreschflegel uf dr Bin = dem gelingt alles; de Awänderschbäg (weniger schmackhaftes Ende der Speckseite; von mhd. anwende = Grenze) ißt mir zerscd = Erledige zuerst das Unangenehme.

Nur ein paar Zitate aus der Fülle des Materials, das Prof. Braunsteins Werk darbietet, konnten wiedergegeben werden. Sie zeigen welche bunte sprachliche Welt der Autor vor dem Leser aufbaut, wie er immer wieder zum Suchen und Vergleichen anregt und sich reichlich den Dank aller „Muedersprochler“ verdient.

Karl Maier

Helmut Eberwein und Antje Lechleiter, Gengenbacher Kostbarkeiten, Heft 1/1990. Der Passionsteppich aus dem ehemaligen Benediktinerkloster Gengenbach.

Zu beziehen beim Museumsarbeitskreis Haus Löwenberg, 7614 Gengenbach.

Um den ehemaligen Stadtpfarrer, Ehren-donnherr Helmut Eberwein, hat sich ein Herausgeberkreis geschart, der sich zur Aufgabe stellt, nach der Konzeption des Museumsleiters Reinhard End die Gengenbacher Kostbarkeiten – und deren gibt es einige – den Kunst- und Heimatfreunden zu erschließen.

Großformatig und in Farbe abgebildet, durch Karl-Heinz Templin in der Gesamtaufmachung auch für das Auge reizvoll gestaltet, stellt H. Eberwein im vorliegenden Heft die fünf Teppichbilder mit Szenen der Passion Christi in einer einführenden theologischen Betrachtung vor. Die kurz vor und nach 1600 entstandene Bildfolge überließ die katholische Pfarrei Gengenbach dem Museum Haus Löwenberg als Leihgabe zur Ausstellung. Es handelt sich um Reste bildlicher Darstellungen des Leidens Christi, die während der Karwoche in der ehemaligen Benediktinerabteikirche zur Betrachtung aufgehängt waren. Dieser renaissancehafte Passionsteppich ist in eine Linie mit Fastentüchern oder barocken Heilig-Grab-Gerüsten und deren Wechselbildern für die einzelnen Kartage zu stellen.

H. Eberwein weist in seinem Vorwort mit Recht darauf hin, daß die Gengenbacher Teppichbilder der Passion mehr als nur künstlerische Dekoration der Abteikirche waren. Sie standen im Dienst der Karliturgie und damit der klösterlichen Seelsorge. Die theologische Botschaft wird vom Autor mit Einfühlungsvermögen erfaßt und gedeutet. Hilfreich ist dabei, daß die als Überschriften eingewirkten Bibelzitate der Teppichbilder aus Matthäus (26 und 27) und Johannes (19) in den Zusammenhang der zugehörigen Evangelientexte gestellt werden und so der Aufschlüsselung der Bildinhalte eine solide Grundlage bieten. Eine kleine Anmerkung nebenbei: „Matth: FFVJ“ (etwa bei Abbildung 6) ist ein Druckfehler und als gotische Minuskelzahl „Matth: xxvj“ (26) zu lesen. H. Eberwein hat nicht nur den Mut aufgebracht, die Heftreihe der „Gengenbacher Kostbarkeiten“ zu beginnen, sondern auch selbst die fünf Szenen des Passionsteppichs beispielhaft aus der theologischen Sicht bearbeitet.

A. Lechleiter bekam die kunstgeschichtliche Würdigung der Gengenbacher Teppichbilder anvertraut. Sie stuft diese als „Kostbarkeit der Wirkkunst“ ein. Mit Kapiteln über Technik und Geschichte des Teppichwirkens führt sie in die kunstgeschichtlichen Zusammenhänge um den Gengenbacher Passionsteppich ein. Ihrer

vorsichtigen Schlußfolgerung, den Entstehungsort der mehrfach signierten Teppichbilder im Elsaß oder gar in Straßburg anzunehmen, kann beigepflichtet werden. Die Beziehungen der Benediktinerabteien der alten Diözese Straßburg untereinander und zu ihren kirchlichen und künstlerischen Zentren (Molsheim, Zabern, Straßburg) sind auch sonst in der Zeit des beginnenden 17. Jahrhunderts faßbar. Daß Holzschnitte Albrecht Dürers zum Teil in Annäherungen, zum Teil exakt von den Bildwirkern als Vorlagen gebraucht worden sind, wird nicht mit einem „Nachleben der Spätgotik“, sondern mehr mit einer bewußten „Wiederaufnahme der älteren deutschen Kunst“ erklärt. Dies sei „zur gleichen Zeit auch im Dürerkultus Kaiser Rudolfs II.“ zu erkennen. Mit Gedanken über die Verwendung der Teppiche im sakralen Bereich schließt die Mitautorin ihren kenntnisreichen Beitrag. Der Reihe „Gengenbacher Kostbarkeiten“ kann nur Erfolg gewünscht werden.

Hermann Brommer

Nouveau dictionnaire de biographie alsacienne hrsg. v. d. Fédération des Sociétés d'Histoire et d'Archéologie d'Alsace. Straßburg 1986 ff.

Wer bislang rasche Auskunft über elsässische Persönlichkeiten suchte, war auf die zu Beginn des Jahrhunderts entstandenen Standardwerke von Eduard Sitzmann und Marie-Joseph Bopp (für die evangelischen Geistlichen) angewiesen. Nun erscheint seit 1986 in einzelnen Heften, die inzwischen mit der Nummer 14 bis zur Buchstabengruppe Gre-Hal vorliegen, der NDBA, redigiert von einer Kommission elsässischer Gelehrter unter der Leitung von Jean Pierre Kintz und unter der Ägide von Marcel Thomann, dem Präsidenten der Fédération. War das zweibändige Nachschlagwerk von Sitzmann notwendiges Handwerkzeug, so ist dieses auf rund 10000 Artikel in ca. 25 Heftlieferungen konzipierte Lexikon eine Quelle des Lesevergnügens und zuweilen eine Fundgrube. Man findet immer

wieder Unerwartetes, Kurioses und doch für die Region Charakteristisches, zum Beispiel den Hofnarren des Königs Stanislaus in Lunéville, Nicolas Ferry, genannt Bébé (1741–1764), der seinen Einzug in dieses Lexikon dem Umstand verdankt, daß er auf elsässischem Gebiet geboren wurde, wenn er auch sein kurzes Leben in der Hofgesellschaft in Lunéville und Nancy verbracht hat (ein Beispiel für die großzügige Auslegung dessen, was zum Elsaß nach der Konzeption der Herausgeber gehört) und der noch heute besichtigt werden kann: als Skelett in Paris. Oder man stößt unverhofft auf Volkskundliches, jenen Raubritter Johann von Alb auf Burg Niedermodern, der als Lindenschmidt in das Volkslied eingegangen ist. Die Grenzüberlagerungen in den Phasen 1870–1918 und 1940–1945 sind berücksichtigt: kaum ein badischer oder preußischer Beamter oder Offizier, der im Elsaß einen mehr oder weniger wohltonenden Ruf hinterlassen hat, ist ausgelassen und im ganzen fair und sachlich behandelt. Und wo heikle Zonen angegangen werden: die Zaberner Affäre mit Freiherr von Forstner, der Sprachenkampf in den Schulen mit Karl Gneisse alias Professor Knatschke, da läßt man ohne Rückhalt die Funken im deutsch-französischen Magnetfeld sprühen. Wenn auch der Schwerpunkt auf den beiden letzten Jahrhunderten liegt, sind doch auch die älteren Epochen überraschend reichhaltig vertreten. Der deutschsprachige Benutzer muß allerdings mit dem Grauschleier französischer Namens- und Orthographieformen rechnen, der hier über dem ihm vertrauten deutschsprachigen Elsaß des Mittelalters und der Reformationszeit liegt. Wenn auch Vornamen älterer Zeiten deutsch notiert sind, wird er wohl kaum gleich auf die Idee kommen, daß er den Stammvater des elsässischen Herzogshauses, Etico I., unter ‚Adalric‘ suchen muß, auch wenn unter dem Stichwort ‚Etichonides‘ ein Querverweis aufgenommen ist.

Die einzelnen Artikel, wenn immer möglich durch Porträts, Wappentafeln, Fotos illustriert, sind nach international gültigen lexikographischen Normen erstellt. Zwei-

spaltendruck und verschiedene Schriftgrade lockern den Satzspiegel auf. Wichtige Nachlässe und Manuskripte sind nachgewiesen, die Forschungsliteratur, auch die neueste, fast immer vollständig zusammengetragen. Wer sich von dem unerhörten Reichtum dieses Kulturlandes überzeugen will, der braucht nur zu blättern.

Prof. Dr. W. E. Schäfer

Peter Fischer, Steinach 1189–1989. Ein historischer Überblick mit Beiträgen von Erich Obert, Peter Schwörer, Herbert Thoma und Thomas Kopp. Selbstverlag der Gemeinde Steinach 1989, 435 Seiten, DM 50,–

Keine Frage: Steinachs neue Ortschronik ist das Geld wert, das sie kostet. Das Buch, von Dr. Peter Fischer bescheiden im Untertitel „Ein historischer Überblick“ genannt, ist natürlich mehr als das. Man merkt in vielen Kapiteln, wie sorgfältig der Autor recherchiert hat, wieviel Wert er auf fundierte Quellen legte und auf Exaktheit seiner Beschreibung. Fischer gibt selbst zu, daß bei dieser wissenschaftlichen Arbeit vielleicht die Gegenwart zu kurz gekommen ist. Er sagt allerdings mit Recht, daß sie im Grunde wohl nur richtig verstanden werden könne, wenn man die Vergangenheit kennt. Besonders der „Kulturschock“ der letzten vier Jahrzehnte, als viele bäuerlichen Eigenheiten eines Dorfes wie Steinach gleichsam über Bord geworfen wurden, sind sicherlich schon selbst Thema für ein komplettes Buch.

Die neue Steinacher Chronik ist übersichtlich und gut gegliedert, legt in drei Teilen Steinachs Dorfgeschichte anschaulich dar. Besonders der erste Teil, in dem Steinachs Historie bis zum Jahre 1806 behandelt wird, ist sehr interessant und lehrreich. Wenn Fischer beispielsweise über die Hexenverfolgungen schreibt, wird auch vieles von den Lebensumständen der Menschen um 1600 lebendig. Sehr lesenswert ist auch das Kapitel über das 17. und 18. Jahrhundert, wenn Fischer aus vielen Quellen über die Kriegsfolgen dieser Jahre

berichtet. Bekanntlich wurde Steinach am 31. August 1704 genauso vollkommen niedergebrannt wie die Nachbarstadt Haslach, weil man den französischen Soldaten des Marschalls Villeroy keine Kontributionen zahlen wollte.

Eine Fleißarbeit ist das Kapitel über „Kirche und Dorf“, da hier erstmals umfassend über die Pfarrei Steinach recherchiert wurde. Ihre erste Erwähnung geht auf das Jahr 1254 zurück, sie ist aber wahrscheinlich einiges älter. Vergleichsweise kurz sind die Abschnitte ab der Eingliederung des Dorfes 1806 ins Großherzogtum Baden. Vervollständigt wird die Chronik durch viele Bilder, Dokumente und Beiträge Steinacher Autoren, die sich um einige Spezialthemen verdient gemacht haben. So schreibt Peter Schwörer über den Rosenpfarrer Schöner, Thomas Kopp über den Leutnant von Steinach und Erich Obert über Nikolaus Schwendemann, über Flurnamen, Mundart und Brauchtum.

Manfred Pagel

Förderverein Dorfgeschichte Windschlag (Hsgb.): „Karl Schmidt: Windschlag – mein Heimatdorf“. Offenburg 1986

Ausgestattet mit dem Rüstzeug des Gemeindebeamten, sammelte Karl Schmidt, 1948–1962 Bürgermeister von Windschlag, in jahrelanger Arbeit Grundlagen für eine Geschichte seines Heimatdorfes. Der Förderverein Dorfgeschichte Windschlag sichtet das Material und gab es in Buchform heraus. Was entstand, ist eine Geschichte in Einzelquellen; der Verfasser zitiert mehr, als er beschreibt, und vermittelt dem Leser die Vergangenheit direkt. Der Korker Waldbrief, das Verkaufsdokument des Schauenburghofes und die Gülterneuerung für das Straßburger St. Thomasstift stehen für Mittelalter und frühe Neuzeit. Heimbürger- und Gemeinderechnungen stellen die Verhältnisse des 18. und 19. Jahrhunderts dar. Diese Methode hat Vorteile; die Aufzeichnungen nennen viele Namen und bieten den heutigen Einwohnern wertvolle Hilfe bei ihrer Ahnensuche, sie berichten

über Verwaltungsaufbau und Gemeindevermögen, weisen Kontributionen und Kriegsschäden nach, beschreiben soziale Notlage und städtebauliche Entwicklung. Daß der Verfasser seine Quellen nur sehr allgemein belegt, durch Lesefehler und ungenaue Übertragung alter Ausdrücke gelegentlich zu Irrtümern Anlaß gibt, muß vermerkt, aber nicht hoch bewertet werden. Die Ereignisse der ersten Hälfte des zwanzigsten Jahrhunderts erscheinen im wesentlichen in der persönlichen Erinnerung des Verfassers, deren Subjektivität Schmidt gleich im Vorwort einräumt. Auf nachprüfbaren Zahlen fußt dagegen wiederum die Abhandlung über die Bevölkerungsentwicklung, die Landwirtschaft, den Gemeindevorstand, die Jagd. Eingebunden in die Darstellung wird die Geschichte jener Einrichtungen, die zu einem Dorf gehören: Pfarrgemeinde und Schule, Feuerwehr und Vereine, Gasthäuser und Geldinstitut.

Die mit vielen historischen Aufnahmen aufgelockerte, soweit wir sehen, erste Monographie über Windschlag hat große Verdienste. Karl Schmidt durfte noch vor seinem Tode im Jahre 1987 erleben, daß eintrat, was er in seinem Vorwort prophezeite: Meine Art der Darstellung der Geschichte unseres Dorfes wird bei allen Einwohnern gut ankommen.

Karl Maier

Förderverein Dorfgeschichte Windschlag: „D'r Windschläger Bott“ (1988, 1989)

1986 schlossen sich einige Bürger zum „Förderverein Dorfgeschichte Windschlag“ zusammen, zu dessen ersten Früchten das Jahresheft „D'r Windschläger Bott“ gehört. Mit dieser Publikation, die nun in zwei Jahrgängen vorliegt, schuf sich der Verein ein Medium, viele Bewohner des Ortes wenigstens einmal im Jahr zu erreichen und über wichtige Themen zu informieren. In Zusammenarbeit mit der Ortsverwaltung und den anderen Vereinen des Dorfes gilt ein Teil der jährlichen Bestandsaufnahme des Ortsgeschehens und

damit einer notwendigen Dokumentation für die Zukunft. Ein anderer Teil ist historischen Fragen gewidmet, der Geschichte der Wegkreuze und Bildstöcke, der Dorfbrunnen, der Gasthäuser. Unter den vielen weiteren Artikeln entreißt einer den in Windschlag geborenen, in Düsseldorf berühmten Tiermaler Carl Jutz der Vergessenheit, ein anderer berichtet über die Patronatsherren, die Familie v. Neveu, ein dritter erzählt einfach das schwere Schicksal eines Windschläger Knechtes, den ein ungerechter Schultheiß zum Militärdienst zwang. So erweisen sich die – übrigens reich bebilderten – Jahrbücher in ihrer Vielfalt als vorzügliches Mittel, die Liebe zur Heimatgeschichte zu wecken und zu erhalten.

Karl Maier

Historischer Verein für Mittelbaden, Mitgliedergruppe Yburg: „Das Baden-Badener Rebland unter der Yburg“ Steinbach, Neuweiler, Varnhalt. Baden-Baden-Steinbach 1989

In einer beispielhaften Gemeinschaftsleistung stellte die Mitgliedergruppe Yburg unseres Vereines ein umfangreiches Handbuch zur Geschichte der im Titel genannten drei Rebgemeinden und ihrer Ortsteile zusammen. Unter der redaktionellen Leitung von Ursula Schäfer bearbeiteten 22 Autoren alle historiographisch relevanten Bereiche.

Im ersten Teil werden Themen aufgegriffen, die dem ganzen Raum gelten. Die Vorgeschichte kann, wie Rudi Liebich darlegt, trotz einiger Funde aus der Stein- und Bronzezeit noch keine eigenen Konturen gewinnen, und während der römischen Besatzungszeit erscheint das Gebiet nur als Vorland von Baden-Baden.

Karl Schwab berichtet in einem knappen Abriss über die Landesherrschaft der Markgrafen von Baden, Willi Daferner beschreibt einzelne Grundherrn an den auf uns überkommenen Darstellungen ihrer Wappen. Breiten Raum widmet Michael Frietsch der Rechtsgeschichte, indem er die

Veränderungen der Stadtverfassung Steinbachs bis heute aufzeigt. Ausgehend von der Markgenossenschaftstheorie Reinfrieds, legt Karl Schwab das Beispiel einer Kirchenorganisation dar. Auch die Waldgeschichte des Reblandes von Lothar Brandstetter beginnt mit der Markgenossenschaft; sie beschreibt die Schwierigkeiten, die nach der Auflösung der alten Waldgenossenschaften entstanden. Auf wenige lokale Quellen kann sich Doris Steffens in ihrem kurzen Aufsatz über die Zünfte stützen, die erst durch ihre Auflösung 1863 faßbar werden. Ein vielfältiges Quellenmaterial steht dagegen Rudi Liebich zur Verfügung. Schon für das Jahr 1070 kann er den Weinbau in unserem Gebiet aus einem Schriftstück nachweisen und bis in die Neuzeit hinein ausführlich an Verordnungen, Anlageplänen und Zehntverzeichnissen belegen. Die frühe Geschichte des Schulwesens zeigt Gerhard Nießen an den überlieferten Namen der Absolventen der Steinbacher Lateinschule auf. An die schweren Kriegszeiten des 17. und 18. Jahrhunderts erinnert Heinz Bischofs Bericht über die Stollhofer Linie. Der ergänzte Artikel aus dem „Burgenband“ über die Yburg von Bertram Sandfuchs und Karin Rogges kurze Vita des Münsterbauers Erwin von Steinbach runden den ersten Teil ab.

Der zweite Teil informiert nach einem nahezu gleichen Raster über Einzelheiten der drei Gemeinden; einige seien genannt: ein spezieller historischer Überblick, Beschreibungen der Ortswappen, Erklärungen der Flur- und Familiennamen, als Voraussetzungen der heutigen Erwerbsstruktur die Geschichte der Gasthäuser (Karl Seiter u. a.), die Entwicklung der Winzergenossenschaften (Edmund Frank u. a.) und ein Rückblick auf die Flurbereinigung. Als frühe technisierte Arbeitsweisen stellen Edmund Frank, Konrad Velten und Cornelia Zorn vor Bergbau in Umweg und Neuweiler, Steinhauerei in Varnhalt, Mühlen- und Wasserwerke in Steinbach. Vielfältige Kenntnisse liefert die Baugeschichte der Kirchen (Herbert Hauser, Ulrich Neumann u. a.) – vorzüglich die Rekonstruktionen

der Jakobuskirchen in Steinbach –, aber auch der Profanbauten (Ulrich Huber u. a.). Ein Teil mit Sagen, Anekdoten und Erzählungen (Michael Binz, Josef Häßler u. a.) sowie einer äußerst nützlichen Aufstellung von Münzen, Gewichten und Maßen (Ursula Schäfer) schließen den Band ab.

Der Ehrgeiz, umfassend zu informieren, zwingt zu Variationen in der Form, weshalb knappe, auch tabellenförmige Übersichten mit Texten im berichtenden und erzählenden Stil abwechseln. Das Buch ist reich illustriert, und wer Freude an historischen Darstellungen hat, wird darin mit großem Genuß blättern.

Karl Maier

Heinz G. Huber, Ortenauer Lebensläufe. Zeitgeschichtliche Episoden von der Jahrhundertwende bis in die fünfziger Jahre. Edition Klaus Isele, Eggingen 1989, DM 22,–

Alltagsgeschichte und „Oral History“ haben in den letzten Jahren besonders in der regionalgeschichtlichen Forschung einen hohen Stellenwert erhalten. Der Alltagsansatz zusammen mit der „Oral History“ entspricht einem in vielen gesellschaftlichen Bereichen artikulierten Bedürfnis nach mehr „Subjektivität“. Diese verlangt nach einer Geschichtsschreibung, die nicht nur Kenntnisse vermittelt, sondern „betroffen“ macht.

Wer die von Heinz G. Huber gesammelten „Ortenauer Lebensläufe“ gelesen hat, wird seine Betroffenheit nicht verbergen können, denn sie spiegeln in vielen Einzelschicksalen die Geschichte der Ortenaulandschaft in den vergangenen 90 Jahren wider, eine Geschichte, in der es wenig Licht, aber um so mehr Schatten gab. Der Verfasser hat eine Fülle zeitgeschichtlichen Materials ausgebreitet. Außer der „Oral History“, also mündlichen Quellen, wurden vor allem Briefe, Schulhefte, Tagebücher, Lebensläufe, Bewerbungsschreiben, Protokolle und Aufzeichnungen aus Archiven, Zeitungsberichte sowie Zeitungsanzei-

gen ausgewertet, welche immer wieder die Zeitgeschichte als erlebte Einzelschicksale darstellen; denn im Alltag der Individuen zeigen sich die gesellschaftlichen und politischen Verhältnisse und die große Politik im charakteristischen Detail.

Der übersteigerte Militarismus um 1900 in den Gemeinden der Ortenau im Zeitalter des imperialistischen Wettübens wird genauso erfahrbar wie die entbehrungsreichen Wanderjahre der Handwerksgesellen zu Beginn unseres Jahrhunderts. Die Kriegsbegeisterung im Ersten Weltkrieg, die Schrecken dieses Krieges in den Kämpfen um den Hartmannsweilerkopf, die Niederlage 1918, die anschließende Novemberrevolution in Offenburg, die Ermordung Matthias Erzbergers in Bad Griesbach, die französische Besetzung von Kehl, Offenburg und Appenweier, das schlimme Inflationsjahr 1923 werden lebendig geschildert.

Dabei werden vor allem auch Einblicke in das Arbeitermilieu in den zwanziger Jahren gegeben; unbeschreiblich die Frauenarbeit in einer Papierfabrik in Oberkirch. Einblicke in einen jüdischen Haushalt in Friesenheim bieten die Erlebnisse eines Dienstmädchens. Zum Erscheinungsbild der Ortenauer Dörfer gehörten die Viehjuden, denen massive Vorurteile entgegenschlugen. Auch ihre Tätigkeit wird durch Zeitzeugen beschrieben. Der größte Teil der Dokumentation umfaßt die Zeit des Nationalsozialismus. Begeisterung für Hitler in der Ortenau, aber auch Anpassung und Widerstand werden erläutert. Bedrückend sind die Erlebnisse eines Pfarrers im KZ-Dachau, entsetzlich die Leiden der Häftlinge in der „Hölle von Haslach“, den beiden Konzentrationslagern, die 1944/45 in Haslach i. K. eingerichtet wurden. Hitlerjugend, Arbeitsdienst, der Bau des Westwalls, die Erlebnisse vieler Soldaten im Zweiten Weltkrieg, die Evakuierung der „Westwallzigeuner“ werden in zahlreichen mündlichen und schriftlichen Quellen dem Leser anschaulich vor Augen gestellt. Ein besonders beklemmendes Kapitel gilt der Verfolgung der Juden in der Ortenau. Welche Schrecken der Bombenkrieg, die pausenlosen Angriffe der Tiefflieger gegen

Ende des Krieges für die Ortenauer Bevölkerung bedeutet hatten, ist eindringlich erfahrbar. Angesichts des bevorstehenden Zusammenbruchs der Nazi-Gewaltherrschaft verloren die NS-Machthaber vielerorts die Nerven und begingen grausame Morde. Exemplarisch gezeigt wird dies an der Mordtat der Offenburger Gestapo an den elf Elsässern in Rammersweier. Niederlage und Besatzungszeit bilden die letzten Kapitel des Buches. Daß mit der französischen Besatzung für die Ortenauer Bevölkerung die Hunger- und Leidenszeit nicht aufhörte, wird an vielen Beispielen aus der ganzen Ortenaulandschaft dokumentiert.

Heinz G. Hubers Buch gehört in die Hand eines jeden zeitgeschichtlich Interessierten. Es eignet sich hervorragend für den zeitgeschichtlichen Unterricht an den Schulen; denn gerade hier fehlt es oft an geeignetem Material für eine regionalgeschichtliche Betrachtungsweise.

Manfred Hildenbrand

Herbert Jüttemann, Bauernmühlen im Schwarzwald. Dokumentation und Restaurierung bäuerlicher Alltagstechnik. Stuttgart. Theiss-Verlag 1990, 226 Seiten und 470 Abbildungen = Industriearchäologie in Baden-Württemberg, Band 1. Herausgegeben vom Landesmuseum für Technik und Arbeit Mannheim = ISBN 38062 0537 X; 49,- DM

Mehr und mehr schwindet die Mühle aus der Kulturlandschaft des Schwarzwalds. Damit aber geht eine bedeutende alte Technik aus dem bäuerlichen Bereich ihrem Ende entgegen. Herbert Jüttemann suchte diese noch festzuhalten und konnte in den letzten 20 Jahren nahezu 270 Bauernmühlen im Schwarzwald aufspüren und untersuchen. Eine erste Dokumentation dieser Arbeit war sein Werk „Schwarzwaldmühlen“, das im Jahre 1985 im G. Braun-Verlag, Karlsruhe (120 Seiten) erschien.

In dem nun vorliegenden Werk geht der Verf. einen Schritt weiter. Er will nicht nur dokumentieren, sondern mit Berechnungsverfahren und Bauanleitungen, die jetzt

umfangreicher und reichhaltiger angegeben sind als 1985, zur Restaurierung der Mühlen anregen. Damit entspricht er auch einem Anliegen des Landesmuseums für Technik und Arbeit in Mannheim, das die Kenntnisse über den noch vorhandenen Fundus an industriegeschichtlichen Kulturdenkmälern fördert und Anstöße zu deren Erfassung, Beschreibung und Bewahrung geben soll.

In diesem Bemühen um die Bauernmühle im Schwarzwald als industrie- oder eher technikgeschichtliches Kulturdenkmal stellt der Verf. zunächst einiges Bemerkenswertes zur Mühlengeschichte und Mühlentechnik zusammen. Kurze, aber sozial wichtige Erkenntnisse widmet er dabei etwa dem Mühlenbauer. Im zweiten Teil beschreibt der Verf. die Schwarzwälder Bauernmühle nach den Gebäudetypen, der wasserbaulichen Anlage, dem Wasserrad, dem Getriebe, dem Biet- und Aufhelfwerk, dem Mühleisen, den Mühlsteinen, dem Mahlvorgang und den Trenneinrichtungen für Mehl und Kleie. Die Schilderung der Technik und mathematische Rechenbeispiele überwiegen hierbei. Überraschend und äußerst wichtig erscheint das Schlußkapitel des ersten Teils: die Mühle als universale Antriebsmaschine, aus der u. a. auch der erste Skilift im Jahre 1906 hervorging.

Der dritte Teil beinhaltet als Anhang ein Verzeichnis der erfaßten Mühlen sowie beispielhafte Mühlenaufnahmen. Während bei den letzteren kein Beispiel aus unserem Raum erwähnt wird, ist dieser beim Verzeichnis der erfaßten Mühlen mit folgenden Teilbereichen vertreten: mit Sasbachwalden (S. 183), Ottenhöfen und Lautenbach (S. 184), dem Seebachtal (S. 185), Reichenbach b. Lahr (S. 186), dem Harmersbach- und Nordrachtal (S. 187), Oberwolfach und Wolfach (S. 188), Alpirsbach (S. 189), dem Schutttertäl (S. 190) und Mühlenbach (S. 190). Gutach, Kirnbach und Reichenbach (S. 192) weisen eine Vielzahl der dokumentierten Mühlen auf, noch übertroffen vom Raum zwischen Triberg und St. Georgen (S. 196).

Ein reichhaltiges Literaturverzeichnis und ein Sachregister runden dieses qualifizierte Werk über die Bauernmühlen im Schwarz-

wald ab. Das Thema erscheint insgesamt damit dokumentarisch und technisch als „abgehakt“; was fehlt, ist die geschichtliche, rechtliche und sozialgeschichtliche Dimension. Diese könnte zunächst innerhalb der von H. Jüttemann aufgezeigten Räume und Teilbereiche abgeklärt und dann übergreifend dargestellt werden. Gespannt sein darf man aber darauf, wie der Verf. sein Thema mit einem anderen Medium – der Ausstellung – im Herbst 1991 im Schwarzwälder Freilichtmuseum Gutach präsentieren wird.

Dieter Kaufß

Stadt Lahr (Hg.), Geschichte der Stadt Lahr, Bd. 1, Von den Anfängen bis zum Ausgang des Mittelalters. Unter Mitwirkung v. Thomas M. Bauer, Thomas Baumann, Christoph Bühler u. a., Redaktion Dieter Geuenich, [Verlag Ernst Kaufmann] Lahr 1989

In letzter Zeit häufen sich die Versuche ehrgeiziger Gemeindeväter, Beiträge zur Geschichte der von ihnen administrierten Kommunen vorzulegen. Nicht immer ist das Ergebnis trotz der an sich lobenswerten Bemühungen ein glückliches zu nennen; die Projekte laufen meist Gefahr, sich mit lokalen Quisquilien zu überlasten und sich im Nebel der Belanglosigkeiten zu verlieren. Daß es anders gehen kann, beweist die Existenz des hier angezeigten Buches, des ersten Bandes eines auf drei Bände konzipierten Werkes zur Geschichte der Stadt Lahr.

In sieben, chronologisch aufeinanderfolgenden Beiträgen, nach einer kurzen, aber überaus informativen Einführung Dieter Geuenichs, wird die Geschichte Lahrs, bzw. des Lahrer Raums von den Anfängen bis zum Ausgang des Mittelalters, der hier aus guten Gründen auf das Jahr 1629 gesetzt wird, dargestellt. Steffi Karius-Berg führt den Leser in ihrem Beitrag aus der vorgeschichtlichen Zeit, für die nur der Archäologe die Quellen liefern kann, über die römische Epoche hin zum frühen Mittelalter. Erste Hinweise für menschliche Exi-

stanz in diesem Raum vor rund dreitausend Jahren finden sich in umliegenden Ortschaften, beileibe nicht in Lahr, von dem noch lange nicht die Rede sein wird. Erst mit der Annäherung an die Zeitenwende werden genauere Angaben, die die Siedler im Lahrer Raum betreffen, möglich. Kelten und gallo-römische Bevölkerung haben bewertbare Spuren hinterlassen. Letztere sind von den eindringenden Alemannen nicht vertrieben worden. Eroberer und Unterworfenen verstanden es offensichtlich, miteinander auszukommen.

Mit seinem umfangreichen Beitrag zeigt Ulrich Parlow die Entwicklung auf, die das Christentum allgemein seit der Römerzeit im Oberrheingebiet, Alemanien und der Ortenau genommen hat, führt gleichsam die Studie von Karius-Berg ergänzend fort. Wir erfahren von frühen Kirchen, Einteilung der Bistümer, den ersten Glaubensboten und Klostergründungen. An dieser Stelle sei auf ein Merkmal hingewiesen, das alle Beiträge auszeichnet: Nie wird die Abhängigkeit der Region, des lokalen Geschehens von der Gesamtentwicklung im gesamten – nach Geuenich – europäischen Raum vergessen. Verbindungen über den Rhein hinaus zur Zeit der Karolinger, Einflüsse von Reformbewegungen, wie z. B. eine im 11. Jahrhundert vom burgundischen Cluny ausging: Mit wünschenswerter Deutlichkeit wurden diese Verbindungen am Beispiele einer geschichtlichen Potenz dargestellt, die im betrachteten Zeitraum nicht nur die ewigen und metaphysischen Bedürfnisse der Menschennatur zum Ausdruck brachte, sondern auch das christliche Abendland bis in die Gegenwart entscheidend prägte.

Der Thematik folgend, muß zunächst auf den Beitrag von Thomas Baumann eingegangen werden, der sich mit der Epoche befaßt, die allgemein als das konfessionelle Zeitalter bezeichnet wird. Wo Parlow endete, setzt er an, zeichnet das den Namen Lügen strafende Heilige Reich am Vorabend der Reformation, die Auswirkungen der Schriften Luthers auf den Bauernstand, dem in Lahr mit Georg Heid ein Führer erwächst. Nicht überflüssig war in diesem

Zusammenhang der Hinweis auf den letztlich folgenlosen Renchener Vertrag vom 25. Mai 1525, der deutlich zeigt, zu welchen Zugeständnissen der Adel zumindest in der Position der Schwäche bereit war. Über das sich bis 1629 (bzw. 1648) fortschleppende konfessionelle Tauziehen hinaus widmet der Autor noch einigen Raum sogenannten Minderheiten, den Täufern, von amtlicher Reformation und römischer Kirche verschrieenen Winkelpredigern – und den im feindlichen christlichen Umfeld lebenden Juden. Wie der Autor zeigt, waren beide Gruppen Verfolgungen ausgesetzt. Einen Unterschied muß man konstatieren: Während die Täufer teilweise noch auf Sympathien in der Lahrer Bevölkerung zählen konnten, blieben die Juden hoffnungslos isoliert, der Habgier der fürstlichen „Beschützer“ und dem Haß der vermeintlich durch sie Geschädigten ausgesetzt.

Mit Gegenständen, die jedem Lahrer vertraut sind, beschäftigt sich Christoph Bühler gleich in mehreren Beiträgen. Hier wird nicht nur die Entwicklung der Stadt selbst, der Burg und die Rolle der Geroldsecker beleuchtet, sondern auch die für eine Stadt wichtigen Begriffe, wie z. B. Stadtrecht, dessen Inhalt und Bedeutung für Bürger und deren nichtstädtisches Umfeld in dankenswerter Deutlichkeit dargestellt. Positiv zu werten wäre auch der von Bühler unternommene Versuch, auf arabische Einflüsse in der Architektur hinzuweisen. Es muß jedoch gefragt werden, ob der hier erfolgte Ansatz wenn nicht verfehlt, so doch nur Fragment sein kann, wenn der Autor angesichts einer sehr komplexen Thematik zu eingleisig vorgeht und auf ein Heranziehen nicht nur der Literatur zu den Auswirkungen der Kreuzzüge, sondern auch noch auf die von namhaften Orientalisten verfaßten Werke zum Thema verzichtet.

Ergänzt, ja abgerundet wird der darstellerische Teil des Werkes durch zwei weitere Beiträge. Thomas M. Bauer berichtet über die archäologischen und baugeschichtlichen Zeugnisse Lahrs; im Beitrag von Renate Schrambke wird dem Leser eine ausführliche Darstellung über die Mund-

arten am Oberrhein mit besonderer Berücksichtigung der lokalen Zunge zuteil.

Dem Verfasser bleibt nur noch, über die reiche Bestückung mit anschaulichen Karten und Abbildungen hinaus auf den zwar ungewöhnlichen, aber dafür für den Leser angenehm gestalteten wissenschaftlichen Apparat hinzuweisen. Statt Anmerkungen finden wir eine viel Raum einnehmende, mit Registern und Quellenangaben bestückte Zeittafel im Anhang. Eine umfangreiche, sowohl für den interessierten Laien als auch den Fachhistoriker hilfreiche Bibliographie schließt das Buch ab.

Es bleibt zu wünschen, daß Herausgeber und Redaktion bei den Folgebänden eine ähnlich glückliche Hand, wie sie sie bei der Vorbereitung dieses Bandes bewiesen, haben werden.

H. L. M.

Karl-August Lehmann, Harmersbach. Die Geschichte eines Tales 1139–1812. Band I. Zell a. H. 1989, 352 Seiten

Im Rahmen der 850-Jahr-Feier der Gemeinde Oberharmersbach erschien der erste Band zur Geschichte des Harmersbachtals. Karl-August Lehmann als sachkundiger Verfasser dieser Ortschronik gibt dabei einleitend einen Überblick über den Stand und die Beurteilung der bisherigen Ortsliteratur sowie über die natürlichen Grundlagen des Tales.

Sodann bietet er einen weitgespannten Einblick in die Geschichte des Tales von Siedlungsbeginn bis zum Jahre 1812 – der politischen Teilung des Tales. Wichtig erscheint dabei die orientierende Zeittafel zu Beginn zu sein, die sowohl die wichtigsten Ortsdaten nennt und dem Leser immer wieder eine Orientierung bietet, falls er in den kommenden Ausführungen Gefahr laufen sollte, infolge großer Informationsfülle einmal den Faden zu verlieren.

Dazu aber besteht eigentlich keine Gelegenheit; denn in einer klaren Gliederung – die einzelnen Kapitel mit Anmerkungen und damit den Quellen nach erschlossen –

versteht es der Verf., die Geschichte des Harmersbachtals von seiner Besiedelung und Erschließung im 11./12. Jahrhundert, über die Bedeutung des Klosters Gengenbach und die verschiedenen Pfandschaften von 1330 bis 1688/89, besonders der sog. Afterpfandschaft von 1401 bis 1663, die dem Reichstal die eigentliche Prägung gab, zu schildern. Erst im 17. Jahrhundert also hatte das Harmersbachtal die Reichsunmittelbarkeit erreicht, die 1718 durch die Reichsstadt Zell anerkannt werden mußte. Von 1689 bis 1803 galt es viele Reibungspunkte zwischen Reichsstadt und Reichstal auszustehen, ob es um die Reichssteuer, die Versorgung des Zeller Pfarrers, das Marktwesen oder die Wallfahrtskirche „Maria zu den Ketten“ ging. Die Gefangennahme des Reichstalbürgers Gabriel Breig wird dabei ebenso spannend anhand von Quellen dargestellt wie die späteren Kriegereignisse des 16.–18. Jahrhunderts, der Übergang an Baden im Jahre 1803 und die Teilung des Tales im Jahre 1812.

Ein weiterer großer Abschnitt dieses Buches ist der Verfassung und Verwaltung des Tales gewidmet. Wichtigster Mann im Tal war der Vogt, präsentiert in zwei Wahlvorschlägen der Bürgerschaft und des Rates, gewählt und bestimmt durch den Abt von Gengenbach. Alter und Junger Rat unterstützten den Vogt in allen Fragen der Verwaltung und der Gerichtsbarkeit. Sie bestimmten auch die Gemeindedienste vom Wegemeister bis zur Hebamme.

Die folgenden Großkapitel „Erwerbsgrundlagen“ und „Alltag“ konnten aus dem reichhaltigen Quellenmaterial schöpfen, das dem Verf. seit 1979 zur Verfügung stand. In ihren Aussagen sind sie dem Inhalt und der Schilderung nach verhältnismäßig neuartig in unserem Raum, besonders was etwa die soziologische Gliederung der Bevölkerung betrifft.

Kürzer, aber nicht minder ergiebig, sind die kirchlich-religiösen Verhältnisse behandelt: die Pfarrei, die Pfarrkirche, die Pfarrer sowie deren Aufgaben, Versorgung und Regulierung der kirchlichen Ämter, die Kapellen und Kirchen sowie die Folgen der

Reformation: die Prädikanten und die Wiedertäufer im Tal. Ein Element frühneuzeitlich kirchlichen Lebens, die Wallfahrt, insbesondere die Gelöbniswallfahrt, stellt der letzte streng historische Teil dieses Buches dar.

In einem folgenden Exkurs zeigt der Verf., wie schwierig es ist, ein Geschlecht der Herren von Harmersbach auf das Reichstal zu beziehen. Ein beigefügter Anhang macht den Leser mit 15 Quellenstücken aus der Reichstalgeschichte bekannt.

Das Buch schließt mit einem Quellen- und Literaturverzeichnis sowie mit einem reichhaltigen kombinierten Orts-, Personen- und Sachregister. Ein Schwerpunktstudium dieses Buches wird dadurch erheblich erleichtert. Hervorzuheben ist die gediegene Illustration dieser Ortschronik, die auch graphisch gut gestaltet ist.

Karl-August Lehmann hat mit diesem Buch Ortsgeschichte quellennah und spannend aufbereitet. Vielleicht geschah dies manchmal zu intensiv; aber gerade dies gibt oft anderen Chronisten unerwartete Hilfen. In diesem Sinne aber darf man auf den Band II besonders gespannt sein.

Dieter Kauf

**700 Jahre Pfarrei Appenweier. Herausgeber: Pfarrgemeinde St. Michael Appenweier/Verfasser: Karl Maier
72 Seiten, brosch. mit vielen Abbildungen, Appenweier 1987**

Im Jahr 1284 findet sich in einem Schenkungsvertrag der erste urkundliche Nachweis der Pfarrei Appenweier. Da im Jahr 1984 zugleich das 1100jährige Bestehen der Gemeinde Appenweier gefeiert wurde, beging man das Jubiläum drei Jahre später im Jahr 1987. Die Pfarrgemeinde Appenweier ist indes wesentlich älter als 700 Jahre. Möglicherweise geht die Appenweierer Kirche auf die Mönche des Klosters Honau zurück, die in Appenweier Grundeigentum besaßen. Über die Röder von Rodeck und den Vogt Andreas von Achern gelangte das Patronatsrecht 1359 an das Kloster Aller-

heiligen, dessen Chorherren die Pfarrei bis 1803 pastorierten. Karl Maier untersucht detailliert das Verhältnis von Pfarrei und Kloster und die Seelsorgeverhältnisse in der Pfarrei. Auch die Ausführungen über das kirchliche Brauchtum und Aspekte der Sittengeschichte liefern ein außerordentlich plastisches Bild von der Kirchengemeinde.

Am Beispiel des Kulturkampfes werden die Beziehungen Katholizismus und Politik herausgearbeitet. Auch die Ausführungen über das Leben der Pfarrgemeinde während der beiden Weltkriege beziehen das politische Spannungsfeld mit ein, ein abschließendes Kapitel ist der Entwicklung der Pfarrei von 1945 bis zur Gegenwart gewidmet. Karl Maier hat mit seiner Monografie in intensiver Quellenarbeit viele neue Erkenntnisse gewonnen. Er verzichtet deshalb darauf, die hinlänglich erforschte Baugeschichte der Pfarrkirche noch einmal darzustellen, da hier bereits ein Kirchenführer vom Verlag Schnell & Steiner vorliegt. Stattdessen geht er auf den Vorläuferbau der heutigen Pfarrkirche ein und streift die im Lauf der Geschichte erfolgten Renovationsmaßnahmen: Zum Glück kam es zu keinen Erweiterungsbauten, die stilvolle Rokokokirche blieb in ihrem originalen Zustand erhalten.

Heinz G. Huber

600 Jahre Wallfahrtskirche Zimmern.
Herausgeber: Pfarrgemeinde Urloffen /
Verfasser: Karl Maier
88 Seiten, brosch., mit Abbildungen,
Urloffen 1989

Aus dem Jahr 1389 stammt die erste ausführliche Beschreibung von Kirche und Kirchspiel Zimmern. 15 Männer aus dem Kirchspiel Zimmern ließen sich ein altes lateinisches Dokument, den Zimmerer Waldbrief, übersetzen und beglaubigen. Danach hat ein Adliger namens Eppo die Zimmerer Kirche in Holzbauweise errichten lassen und mit einem großen Waldgebiet belehnt. Karl Maier verlegt diesen Stiftungsakt in das 7. oder 8. Jahrhundert zurück und sieht in der Zimmerer Kirche

die Eigenkirche eines fränkischen Grundherrn. Dafür sprechen die Holzkonstruktion, das St. Martinspatrozinium, aber auch das 1980 in Urloffen ganz in der Nähe angeschnittene Gräberfeld. Der Ortsname „Zimmern“ läßt auf einen fränkischen Verwaltungssitz schließen, von dem auch die Kirchenorganisation ausgegangen sein muß.

Für die These, daß der Turm der Kirche aus einem römischen castrum hervorging, gibt es nach Maier keinen Anhaltspunkt.

Die ältesten Teile der heutigen Kirche könnten nach Maier ins frühe 15. Jahrhundert zurückreichen. Das Zimmerer Kirchlein hatte schwer zu leiden unter den Kriegen des 17. und 18. Jahrhunderts und war in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts in einem trostlosen Zustand. Die ehemalige Filialkirche in Urloffen drängte die Mutterkirche immer mehr in den Hintergrund. Kompliziert stellte sich die Situation in Urloffen dar: 1218 ist dort ein Hospital der hl. Johannes und Jakobus erwähnt, aus der Kirche des Spitals entwickelte sich später wohl die Kirche St. Johannes. Auch Richeln, das nach dem Dreißigjährigen Krieg in Urloffen ausging, hatte wohl seine eigene Pfarrkirche. Die wachsende Bevölkerungszahl von Urloffen, aber auch die Zerstörung der Innenausstattung der Zimmerer Kirche ließen den Plan entstehen, die Rechte der Pfarrkirche auf das Gotteshaus in Urloffen zu übertragen. Nach langen Streitigkeiten fiel 1831 das Ordinariat in Freiburg in diesem Sinne eine Entscheidung; der Kirchenneubau in Urloffen, der allen Pfarrangehörigen Platz bieten sollte, wurde in Angriff genommen. In Zimmern wollte man die Kirche wenigstens als Totenkapelle und Wallfahrtskirche erhalten, nachdem mehrfach der Vorschlag geäußert worden war, die alte Kirche abzureißen.

Obwohl sich die Kirche in einem entweihten Zustand befand und der Pfarrer darin keine Gottesdienste abhielt, bewahrte die Bevölkerung auch in der ersten Hälfte des 19. Jahrhunderts der alten Gnadenstätte die Treue. Die Wallfahrt zur Schmerzhaften Muttergottes geht wohl schon in das letzte Viertel des 15. Jahrhunderts zurück, doch

läßt sich die Geschichte der Wallfahrt an Hand schriftlicher Dokumente kaum erfassen. Im Zeitalter der josefinischen Aufklärung und Wessenbergischer Tendenzen in der Kirche zu Anfang des 19. Jh. waren es immer wieder Leute aus dem Volk, die die Wallfahrt verteidigten. Pfarrverweser Ginshofer, der 1855 mit materieller Unterstützung der Bevölkerung die Zimmerer Kirche renovierte und neu konsekrierte, leitete eine neue Blüte der Wallfahrt ein. Maier verfolgt die Entwicklung der Wallfahrt bis zur Gegenwart, wobei die Ausführungen über die Bedeutung der Wallfahrt für die Menschen in der Not des 2. Weltkriegs besonders aufschlußreich sind.

Die Untersuchung des Lebens der Pfarrgemeinde nimmt ebenfalls einen großen Raum ein. Neben kirchlichem Brauchtum (Prozessionen, Anniversarien, Kirchengesang) werden die christlichen Reaktionen auf Zeitereignisse (z. B. die Koalitionskriege) untersucht, eher amüsant lesen sich die sittengeschichtlichen Ausführungen über die Bekämpfung menschlich – allzumenschlicher Schwächen. Karl Maier ist es einmal mehr gelungen, aus einer Überfülle von Quellen in bestechender Anschaulichkeit und Klarheit ein Kapitel Kirchengeschichte weiterzuschreiben, das an die Forschungen von Wilhelm Weiß, Theodor Kurrus und Erich Arnold Huber anknüpfen kann.

Heinz G. Huber

Hans-Martin Pillin, „Kleinode der Gotik und Renaissance am Oberrhein“.
Morstadt Verlag, Kehl 1990

„Kleinode der Gotik und Renaissance am Oberrhein“ heißt der Titel eines Buches von Hans-Martin Pillin, das im Frühjahr dieses Jahres beim Morstadt-Verlag in Kehl erschien. Und um es gleich vorweg zu sagen, diese kunsthistorische Abhandlung verdient selbst das Prädikat, ein Kleinod zu sein. Sie steht im Zusammenhang einer landesgeschichtlichen Forschung des Autors zur Geschichte der Burg Bosenstein in Ottenhöfen im Nordschwarzwald und ist

das Ergebnis sorgfältiger Recherche und archäologischer Arbeit, die 46 Ofenkacheln der ehemaligen Burg Bosenstein zu Tage brachte.

In intensiver Kleinarbeit und in Zusammenarbeit mit einem excellenten Fachmann auf dem Gebiet des Kachelbaus, Wolfgang Bolg aus Baden-Baden, hat sich Hans-Martin Pillin daran gemacht, aufgespürte Kachelfragmente ehemaliger Kachelöfen der Burg Bosenstein durch immer wieder neue Begehungen des ehemaligen Burghügels zu ergänzen, weiter zu vervollständigen und zu ganzen Kacheln zusammenzufügen, woraus ein beeindruckendes Kaleidoskop entstand, das dem Leser des Buches einen vielfältigen und tiefen Einblick in die bilder- und gestaltenreiche Welt des 13. bis 16. Jahrhunderts ermöglicht. Mit Sachverstand führt der Autor den Leser vor den historischen Hintergrund seiner Ofenkacheln, verweist auf Entstehungsbedingungen und -orte, weist die Motivgleichheiten bei Ofenkacheln an verschiedenen Orten nach und begründet sie, so daß ein gesamthistorischer Eindruck über die Ofenkacheln der Burg Bosenstein und das Kachelhandwerk in damaliger Zeit entsteht.

In einem kunsthistorischen Abriss zeigt Hans-Martin Pillin, von Hause aus selbst Historiker, zunächst kurz den sozialgeschichtlichen Rahmen der Familie von Bosenstein in der damaligen Zeit auf und erläutert dann den Zusammenhang der Motive auf den Ofenkacheln mit dem ethischen Selbstverständnis des Mittelalters, das in seinem Alltag von den christlichen Legenden und Gestalten überlagert war, was durch die große Zahl christlicher Gestalten und Erscheinungen belegt ist. Mit einer skizzenhaften Darstellung der Kachelöfen der ehemaligen Burg Bosenstein und im Vergleich mit zwei erhaltenen Kachelöfen jener Zeit bleiben die Kachelfunde keine isolierten Stücke, sondern geben dem Leser die Möglichkeit an die Hand, sie zu einem Ganzen wachsen zu lassen, zumal der Autor auch auf verschiedene Kachelformen und ihre Funktion eingeht.

Die fotografischen Reproduktionen des Bildbandes sind in Farbe, Kontrast und Tiefe so gelungen, daß sie fast ein wenig darüber hinwegtäuschen könnten, wieviel Kleinarbeit dahintersteckte, die Kacheln wieder in ihren Originalzustand zu versetzen, aber da auch Bruchstücke gezeigt werden, kann sich auch die Vorstellung von der Gebrechlichkeit dieser Kunstwerke aus Ton bilden. Die Interpretation der bildlichen Darstellungen auf den Kacheln verdient die besondere Aufmerksamkeit des Lesers. Dies zum einen, weil sie den Schlüssel zu der Welt darstellt, aus der diese Kleinode stammen, zum anderen, weil Hans-Martin Pillin auf überbordende Metaphorik und sprachlich opulentes Zierat verzichtet, dagegen die Motive in ihrer schlichten Schönheit selbst sprechen läßt. Der Autor steht dabei nicht in teilnahmsloser Distanz zu seinem Gegenstand, sondern versucht die Bildwerke, seien es die Heiligen Drei Könige, Sankt Georg, ein Turnierreiter oder verschiedene Tiere, wie Löwe oder Pelikan, von innen heraus zu erfassen, ohne dabei den kritischen Blick des Historikers zu verlieren. Diese Art von historischer und kunsthistorischer Mitteilung, von Abbildung und Interpretation macht den Bildband Hans-Martin Pillins nicht nur zu einem Werkzeug und lesenswerten Objekt des jeweiligen Fachhistorikers, sondern zu einem lebendigen Buch, das eigentlich jeden Kunstliebhaber und geschichtlich Interessierten reizen müßte.

Berthold Gallinat

Werner Scheurer, Die katholische Pfarrkuratiekirche St. Erhard Hofstetten. Schnell Kunstführer Nr. 1794. Verlag Schnell und Steiner, München u. Zürich 1989, DM 4,-

Mit großer Akribie verfolgt Werner Scheurer die Geschichte der Hofstetter Kirche, die 1493 zum erstenmal urkundlich erwähnt wird. Anfang des 19. Jahrhunderts war der ursprüngliche Kirchenbau so baufällig geworden, daß der Guardian des Kapuzinerklosters Haslach, Pater Marcellan

Link, sich weigerte, in ihr Gottesdienst abzuhalten. Nach den Plänen des Großherzoglichen Bauinspektors Johann Friedrich Voß (1753–1849) wurde 1833/34 eine neue Kirche im Weinbrenner-Stil erbaut.

Zahlreiche bedeutende Künstler, Handwerker und Bauleute waren im Laufe der Zeit in der Hofstetter Kirche tätig. So stammen die Kirchenfenster im Chorraum von dem berühmten Freiburger Glasmaler Professor Fritz Geiges (1853–1935). Der Offenburger Glasmaler Eugen Börner (1855–1942) fertigte die Fenster im Langhaus. Die heutige Orgel stammt aus der Werkstatt des Bernhard Merklin (1808–1867) in Oberhausen.

Scheurer räumt mit zahlreichen Irrtümern auf. So weist er nach, daß die beiden barocken Seitenaltäre nicht aus Tennenbronn stammen, was seit Max Wingenroth (*Die Kunstdenkmäler des Kreises Offenburg*, 1908) in der Literatur, zuletzt noch in der Chronik von Hofstetten von Kurt-Erich Maier (1983), behauptet worden war. Die beiden Altäre, so Scheurer, stammen aus der abgebrochenen Klosterkirche des Klosters Thennenbach und wurden 1834 von der Gemeinde Hofstetten erworben.

Im Anhang wird die Baugeschichte der Hansjakobkapelle dargestellt, die 1901–1903 von Heinrich Hansjakob als seine Grabkapelle auf „der Brand“ in Hofstetten erbaut wurde. In ihr wurde der Haslacher Volksschriftsteller am 25. 6. 1916 beigesetzt. Architekt der Hansjakobkapelle war der Freiburger Münsterbaumeister, Baudirektor Max Meckel (1847–1910). Die drei Bilderfenster der Kapelle schuf wieder Professor Fritz Geiges. Beide waren mit Hansjakob eng befreundet.

Manfred Hildenbrand

Daheim im Ortenaukreis. 2. Auflage 1990. Stadler Verlagsgesellschaft Konstanz. DM 48,-

1989 erschien das Heimatbuch des Ortenaukreises „Daheim im Ortenaukreis“, das inzwischen schon in der zweiten Auflage

vorliegt. Es stellt einen repräsentativen Band dar, der vor allem durch die Fülle seiner Informationen über das Leben und Arbeiten der Menschen im Ortenaukreis, die Landschaft, das Brauchtum und die Tracht, die Wirtschaft, Geschichte und Kulturdenkmäler des flächenmäßig größten Landkreises von Baden-Württemberg besticht.

Landrat Dr. Gerhard Gamber eröffnet den Reigen der Kapitel dieses Standardwerkes über die Ortenaulandschaft mit einer Beschreibung der Entstehung des Landkreises im Jahre 1971, seiner Struktur, seinen Einrichtungen und vielfältigen Aufgaben. Wissenswertes über die Bevölkerungsentwicklung, die Siedlungsstruktur, Wirtschaft und Erwerbstätigkeit erfahren wir im Kapitel „Leben und Arbeiten im Ortenaukreis“, das Dr. Dietmar Schulz verfaßt hat. Dr. Philipp Brucker, Mundartdichter und besinnlicher Schriftsteller, ist gleich mit zwei Beiträgen vertreten. In einem „Brief an einen Freund“ beschreibt er einige Kleinode der Ortenaulandschaft, u. a. die Haslacher Altstadt mit ihrem ehrwürdigen Kapuzinerkloster und dem Hansjakobdenkmal, die Landschaft auf der Hornisgrinde mit dem märchenhaften Mummelsee sowie zahlreiche Museen und Kirchen. Daß im Ortenaukreis zahlreiche, oft sehr verschiedene Mundarten heimisch sind, wird von Dr. Brucker in seinem Aufsatz über „Die Mundart in der Ortenau“ sehr kurzweilig beschrieben.

„Paradiesische Ortenau“ hat Bernd Hofstetter sein Kapitel überschrieben und schildert darin die Gaumenfreuden der Ortenaulandschaft, ihre köstlichen Weine, ihre kulinarischen Spezialitäten, ihre Freizeitlandschaft und Kureinrichtungen. Im Ortenaukreis sind noch eine Fülle alter Volkstrachten lebendig. Dies beschreibt ausführlich Ansgar Barth. Kritisch geht er auch auf den Mißbrauch der Trachten zu Werbezwecken ein. Durch das volkstümliche Jahr führt Kurt Klein in seinem Beitrag „Im Ortenaukreis wird Brauchtum gern gepflegt und gelebt“. Mit der Geologie und den Landschaftsformen beschäftigt sich eingehend Professor Dr. Rudolf Metz, wobei er vor allem die zahlreichen Erz- und

Mineralgänge der Ortenau aufzeigt und auf den zeitweise regen Bergbau, vor allem im Kinzigtal, eingeht. Die Vor- und Frühgeschichte untersucht Josef Naudascher. Dr. Dieter Kauß, der auch die redaktionelle Leitung des Heimatbuches inne hatte, gibt einen Überblick über die wechselvolle Geschichte der Ortenau vom frühen Mittelalter bis in unsere Zeit. Daß der Ortenaukreis auch viele wertvolle Kulturdenkmäler aufzuweisen hat und die Denkmalpflege hier einen hohen Stellenwert besitzt, wird aus dem Beitrag von Hans-Jürgen Treppe „Kulturdenkmal oder Kultur...“ ersichtlich. Das Schwarzwälder Freilichtmuseum „Vogtsbauernhof“ in Gutach stellt Dr. Dieter Kauß vor.

Aus seiner Feder stammen auch die historischen Beschreibungen der Gemeinden des Ortenaukreises, eine wahre Fundgrube für den geschichtlich Interessierten. Gerade dieser Beitrag bringt eine Fülle von geschichtlichen Details, die das Heimatbuch zu einem unentbehrlichen Nachschlagwerk machen. Bleibt noch zu erwähnen, daß das neue Heimatbuch des Ortenaukreises eine große Anzahl von zum größten Teil farbigen Abbildungen aufweist, die eine ausgezeichnete optische Dokumentation des Ortenaukreises darbieten.

Manfred Hildenbrand

Alwin Tölle/Wolfgang Hug: Im Schwarzwald daheim. Leben und Arbeit in alten Fotografien, Konrad Theiss Verlag. Stuttgart 1989

Die Heimat steht hoch im Kurs in unserer Zeit – jedenfalls literarisch. Allein drei Titel in unserem Rezensionsblock appellieren an das Heimatgefühl. Das Werk von Tölle und Hug ist ein schönes Heimatbuch, nicht nur vom photographischen Geschmack oder der drucktechnischen Fertigkeit her. Alwin Tölle sammelt darin Schwarzweißbilder, die er zu Beginn der fünfziger Jahre im Schwarzwald aufgenommen hat. Weitgehend aus dem Südschwarzwald stammen seine Objekte mit dem Belchen, dem Titisee, mit Gutach und

Mühlenbach u. v. a. Erst vierzig Jahre sind die Fotografien alt, erst nach dem Zweiten Weltkrieg sind sie entstanden und vermitteln doch schon eine archaische Welt. Tracht und Tradition beherrschen die Menschen; die bäuerliche Wirtschaft steht im Mittelpunkt des Handelns, das Handwerk mit Korbflechter und Kübler, Schnefler und Schindelmacher, ja selbst mit dem Uhrmacher erscheint nur als Heimarbeit. Keine Maschinen stören, nur die Feuerwehr löscht einen Brand im St. Romanstal mit Hilfe von Motoren. Der Betrachter um 1950 mag die Mühsal der Verhältnisse noch leichter erkannt haben als der heutige, die Arbeiten am Hang, der Getreideschnitt z. T. noch mit der Sichel, das Kochen in der glanzrußgeschwärzten, düsteren Küche. Doch gegen eine Idylle steuert der nüchtern informierende Text Wolfgang Hugs, selbst die Grundmuster Brot und Wein, Jugend und Alter, Kälte und Wärme, Arbeit und Feier werden sachlich kommentiert. Das Buch stellt einen Lebensbereich vor, der dem Mittelalter verwandter zu sein scheint als unseren achtziger Jahren, und lehrt uns daher Kenntnisse, die verloren gingen, über das Reutebrennen oder den Kohlenmeiler, über handwerkliche Praktiken oder einfach das Brotbacken. Welchen Wert diese Welt den jungen Menschen von damals bedeutete, mag das letzte Bild zeigen. Vier Bauernkinder sitzen brav vor einem Christbaum. Nur eines von ihnen hat den bäuerlichen Stand verlassen und wurde Lehrerin.

Der Bildband erfüllt die vielfältigen Erwartungen, die sein Titel erweckt; dem Historiker bietet er dabei eine photographische Momentaufnahme der Jahrhundertmitte.

Karl Maier

Egon Schallmayer: Aquae – das römische Baden-Baden. Führer zu archäologischen Denkmälern in Baden-Württemberg II (1989). Konrad Theiss Verlag Stuttgart, 113 S.

Nach seiner 1986 aus einem Vortrag entstandenen informativen kleinen Schrift „Aquae – Baden-Baden in römischer

Zeit“ legt E. Schallmayer nun eine umfassende Behandlung des römischen Baden-Baden von seinen Anfängen bis in die Spätzeit vor. Das Werk beruht auf dem neuesten Forschungsstand und wird auf Jahre als Standardwerk über das römische Baden-Baden gelten müssen.

Die übersichtlich gegliederte Darstellung schildert zunächst die Topographie und die Forschungsgeschichte, um dann den umstrittenen Anfängen des Ortes nachzugehen. Dabei bezweifelt Schallmayer mit guten Gründen das häufig vermutete römische Kastell, hält jedoch die Anwesenheit von Truppen zum Schutz und für öffentliche Bauvorhaben für sicher.

Aus der Neubeurteilung von Altfunden innerhalb der allerletzten Jahre resultiert die Annahme einer frühen germanischen Besiedlung um die Mitte des 1. Jh. n. Chr. Sie wird inzwischen durch Neufunde auch in Ettlingen, Karlsruhe-Knielingen und Altlußheim wahrscheinlich. Die Funde sind mit dem Inventar der Germanengruppen des 1. Jh. in den Regionen um Groß-Gerau, Mannheim, Ladenburg und Diersheim gut zu vergleichen.

Darüber hinaus lassen sich die Ursprünge dieser eingewanderten Gruppen im Elbgebiet und in Böhmen fassen – in einem Raum, der 2–3 Jahrhunderte später als eines der Herkunftsgebiete der sich bildenden Alemannen wichtig wurde.

Interessant sind auch die Ausführungen zur römischen Heeresführung und Taktik: Augsburg-Oberhausen und Dangstetten (S. 24) sollte man jedoch nicht als „Legionslager“ bezeichnen, da der Befund von Oberhausen zu unsicher und das Lager von Dangstetten am Hochrhein zu klein für eine ganze Legion war. Umstritten ist auch, ob man Oberhausen und Dangstetten (S. 26) wirklich als Ausgangsbasen für Zangenbewegungen ins germanische Gebiet oder nicht eher als defensiv einzustufen hat.

Auch den „Germanenaufstand“ (S. 28) des Jahres 69 muß man sehr differenziert sehen. Teilweise rebellierte auch die Reichsbevölkerung, und im Rahmen der Thron-

folgekämpfe nach dem Tode Kaiser Neros (Vierkaiserjahr) wurden offenbar rechtsrheinische Germanengruppen von Vespasian zu Einfällen ins Reichsgebiet ermuntert, um Truppen seines Gegners zu binden und eine zweite Front aufzubauen.

Unklar ist nach wie vor die verkehrspolitische Situation (S. 28f.) vor den Jahren 73/74 n. Chr.; vielleicht muß man doch mit einer Straße über den Südschwarzwald als Vorläufer der Kinzigtalstraße rechnen. Auf den Seiten 35–40 stellt Verf. die Belege (Inschriften und Ziegelstempel) für die Anwesenheit römischer Truppen in Baden-Baden vor. Einzelne Ziegelstempel wie je ein Exemplar der 26. Freiwilligen-Kohorte aus den Thermen und aus dem Baukomplex auf dem Rettig-Hügel besagen jedoch wenig über eine Beteiligung der Truppe an Baumaßnahmen, da es sich auch um wiederverwendete oder sogar kleinräumig transportierte Altziegel handeln könnte.

Mehr Beweiskraft könnte einer Bauinschrift der 26. Kohorte vom Gelände des heutigen Friedrichsbades zukommen, die jedoch nicht angibt, was gebaut wurde. Grundlegend ist Schallmayers Schilderung der Thermenanlagen (S. 41 ff.), wobei sich u. a. zeigt, daß die alten Bezeichnungen „Soldatenbäder“ und „Kaiserbäder“ eigentlich einer realen Grundlage entbehren.

Deutlich stellt der Verf. heraus, daß es keinerlei Belege für einen Aufenthalt Kaiser Caracallas (211–217 n. Chr.) in Baden-Baden gibt (S. 55–57).

Überraschend ist die versuchsweise Lokalisierung des römischen Verwaltungszentrums auf dem Rettig-Hügel (S. 58 ff.). Hier wie auch im Falle des Weihebezirks zeigt sich der schlechte Forschungsstand in Baden-Baden, der weit hinter dem vergleichbarer Orte zurücksteht. Die tief liegenden, teilweise alt gestörten Fundschichten und Bauten wurden in den vergangenen Jahrzehnten oft nur zufällig entdeckt und unzureichend dokumentiert. Daher ist m. E. vorläufig die Annahme römischer „Müllhalden“ (S. 86) sehr fragwürdig, zumal die früh geborgenen Fundkomplexe in Baden-Baden oft nur sehr selektiv aufbewahrt wurden.

Die Darstellung unserer wenigen Kenntnisse über Straßenzüge (S. 87–92) und Gräberfelder (S. 93–99) rundet die topographische Darstellung Baden-Badens ab.

Daß auch noch viel Arbeit zur Untersuchung des Umlandes von Aquae nötig ist, zeigen die Seiten 100–104, wo nur die wichtigsten Fundstellen aufgezählt sind.

Eine erste Kartierung findet sich im Führer zu archäologischen Denkmälern in Deutschland 16: Karlsruhe und der Oberrheingraben (1988); die dort für die Region Rastatt – Baden-Baden kartierten Fundpunkte haben sich inzwischen fast verdoppelt.

Sehr detailliert untersucht wird das bisher kontrovers behandelte Ende der römischen Besiedlung von Aquae (S. 105 ff.). Entgegen den Ergebnissen von M. Riedel, der einen sehr frühen Bedeutungsverlust mit einem Siedlungsende im frühen 3. Jh. annahm, kann Schallmayer ein Funktionieren der Siedlung und des Verwaltungszentrums bis zur Mitte des 3. Jh. aufzeigen. Dieses Ergebnis deckt sich bestens mit den Entwicklungen in anderen Orten Südwestdeutschlands; neuere Untersuchungen z. B. über die Verbreitung von römischen Münzen hinter dem Limes (u. a. C. S. Sommer in: Archäologie in Württemberg – Ergebnisse und Perspektiven archäologischer Forschung von der Altsteinzeit bis zur Neuzeit, 1988, S. 303–307) und über die literarische Quellenlage zeigen m. E. sogar, daß der bisher um 259/260 angenommene „Fall“ des Limes und die Einrichtung der Rheingrenze fragwürdig sind. Die Entwicklung wird in den verschiedenen Provinzen und an den einzelnen Truppenstandorten unterschiedlich verlaufen sein, und mancherorts hat man mit einem längeren Weiterleben einer gallorömischen (romanischen) Restbevölkerung zwischen und mit den frühen Alemannen zu rechnen. Auf sie könnten vielleicht auch manche Kontinuitäten von Flur- und Ortsnamen zurückgehen; Schallmayer weist selbst auf ein interessantes Beispiel (S. III) hin: so taucht der aquensische Verwaltungsbezirk offenbar wieder in einer frühmittelalterlichen Urkunde als „in pago autiazinse“ auf.

So kann man m. E. einer bronzenen Armbrustfibel (4. Jh.; S. 109) und einer Goldscheibe mit barbarisiertem Kaiserporträt (S. 110) nicht ansehen, ob sie einem späten Gallorömer oder einem frühen Alemannen gehörten.

Beschlossen wird der auch mit Abbildungen reich versehene Band mit einem ausführlichen Literaturverzeichnis (S. 112 f.), das zum weiteren Selbststudium anregt.

Es ist zu hoffen, daß dieser Führer weite Verbreitung findet und dabei das Klima schafft, das zur genaueren Erforschung der bedrohten Substanz des römischen Baden-Baden notwendig ist. Die vielversprechenden Rettungsgrabungen der letzten Jahre dürfen nicht einen Endpunkt bilden, sondern müssen uns Anreiz und Verpflichtung zur weiteren Untersuchung und Erhaltung des römischen Baden-Baden sein.

Heiko Wagner

Karlsruhe und der Oberrheingraben zwischen Baden-Baden und Philippsburg. Führer zu archäologischen Denkmälern in Deutschland 16 (1988).

Konrad Theiss Verlag Stuttgart, 268 Seiten.

Das in einer gut ausgewiesenen Reihe erschienene Buch wurde vom Landesdenkmalamt Baden-Württemberg bearbeitet und vereinigt in sich die Beiträge von 13 Autoren. Ein einführender Teil vermittelt eine Übersicht der verschiedenen Perioden von der Erdgeschichte über die Entwicklung der Kulturlandschaft, die Forschungsgeschichte und die kulturgeschichtlichen Epochen von der Steinzeit bis weit in die Neuzeit.

Im zweiten Teil (ab S. 96) werden einzelne Fundstätten und Denkmäler im Gelände beschrieben und der neueste Forschungsstand zusammengefaßt. Hiermit liegt erstmals ein Überblick zur kulturgeschichtlichen Entwicklung dieser Region vor. Bisher waren i. w. nur einzelne keltische und römische Objekte in zusammenfassenden Darstellungen beschrieben (so z. B. Die

Kelten in Baden-Württemberg 1981; Die Römer in Baden-Württemberg 3., neu bearb. Auflage 1986).

Zu kurz gekommen scheint dem Rezensenten die Unterschiedlichkeit der hier zusammengefaßten Landschafts- und Kulturräume mit den (auch periodisch wechselnden) Orientierungen in verschiedene Richtungen, z. B. zum unteren Elsaß, zur Pfalz oder zum Kraichgau hin.

Zu begrüßen ist jedoch, daß die Darstellung der Herausbildung der Kulturlandschaft (S. 21 ff.) nicht – wie sonst oft üblich – mit dem Ende der Frühgeschichte oder des Mittelalters aufhört, sondern der Rahmen bis ins letzte Jahrhundert (z. B. mit der Rheinkorrektur Tullas) gespannt wird. Was im einzelnen etwa die Rheinkorrektur Tullas angeht, werden heute doch m. E. Zweifel an den „genialen Flußbaumaßnahmen“ (S. 21) laut, die man in der vorliegenden Darstellung vermißt. Auch die Schilderung der Rheinaue vor der Rheinkorrektur als „amphibische, häufig überschwemmte und äußerst siedlungsgünstige“ Region muß man wohl etwas differenzierter sehen. Die sich in den letzten Jahren mehrenden (noch unpublizierten) vorgeschichtlichen und römischen Fundstellen im Tiefgestade nötigen m. E. dazu, dieses Bild zu differenzieren und teilweise zu revidieren. Teile der sog. Rheinaue wurden schon seit der Urnenfelderzeit (1200–800 v. Chr.), evtl. schon seit der Bronzezeit genutzt und besiedelt; ähnliche Vorgänge lassen sich auch im Nordelsaß fassen. Die im Tiefgestade unterhalb des Rheinhochufers bisher nicht sicher nachgewiesene Jungsteinzeit (Neolithikum, ab ca. 5000 v. Chr.) ist insgesamt in der beschriebenen Region schwach vertreten; sie ist am besten auf den fruchtbaren Lößböden im Kraichgau belegt.

Ebenfalls noch wenig erforscht ist die Entwicklung und Verlandung des sog. Kinzig-Murg-Flusses, der als teilweise noch sumpfige Rinne heute noch in der Landschaft sichtbar ist.

Als siedlungsgünstige Zonen werden in der vorliegenden Publikation nur der Rand der

Niederterrasse (Rheinhochufer, Hochgestade) und die Vorhügel (Vorbergzone) des Schwarzwaldes sowie die vorgeschobenen Schwemmfächer herausgearbeitet. Die fundstellenreichen Ufer beiderseits der ehemaligen Kinzig-Murg-Rinne finden keine Berücksichtigung. Das Fehlen einer archäologischen Landesaufnahme macht sich hier stark bemerkbar. So dürften die „Grabhügel in der Umgebung von Philippsburg, am Rand der Gebirgsrandniederung nördlich und östlich der Pfingz, am Rheinhochufer nördlich der Alb und bei Iffezheim und Hügelsheim sowie bei Neuburgweier“ (S. 23) m. E. keine vorgeschichtlichen Siedlungsvorstöße in die Rheinebene, sondern eher eine kontinuierliche Fortsetzung der Besiedlung anzeigen. Darauf weisen doch m. E. die verstreuten neolithischen Funde (Beile, Pfeilspitzen, vereinzelt Keramik) in der Rheinebene hin. Hier wirken sich die teilweise schlechteren Erhaltungsbedingungen und der Forschungsstand aus.

Gut belegt ist zumindestens zwischen Karlsruhe/Ettlingen und Baden-Baden die vorausgehende Mittlere Steinzeit (Mesolithikum, ca. 9000–5000 v. Chr., s. S. 36), die trotz zahlreicher Neufunde zusammenfassend bisher nur von Egon Gersbach als „Das mittelbadische Mesolithikum“ in den Badischen Fundberichten 19, 1951, S. 15 ff. behandelt und teilweise vorgelegt wurde. Funde der Altsteinzeit fehlen (S. 36) besonders aufgrund der geologischen Bedingungen, die entweder zu einer Zerstörung durch Erosion oder einer tiefen Lage unter späteren Sedimenten (und damit zu einer geringen Auffindungschance) führten.

In der Spätbronzezeit (= Urnenfelderzeit, ca. 1200–800 v. Chr.) vermehren sich die Grab- und Siedlungsfunde deutlich. Den erwähnten Stellen wären noch ältere Siedlungsfunde von Rastatt-Rauental und Durmersheim hinzuzufügen. Neuere Funde sprechen auch für Siedlungsstellen auf den Gemarkungen Ötigheim, Rastatt-Niederbühl und Bischweier (Lkr. Rastatt). Vor allem durch Gräber ist die nachfolgende Hallstattzeit belegt. Für die mutmaßlichen „Fürstengräber“ von Hügelsheim und Söl-

lingen werden Zusammenhänge mit einer Wallanlage auf dem „Battert“ bei Baden-Baden vermutet (S. 46). Meines Erachtens ist jedoch deutlich darauf hinzuweisen, daß die genannte Wallanlage undatiert ist und beispielsweise auch in das frühe Mittelalter gehören könnte. Auch die recht große Entfernung (ca. 12 km Luftlinie) von den Gräbern muß doch zur Vorsicht mahnen; naheliegender wäre es zunächst, Bezüge zu dem im Elsaß gelegenen „Hexenberg“, einer eindrucksvollen Wallanlage mit hallstattzeitlichen Funden in etwa 8–9 km Entfernung von den Gräbern, zu vermuten. Die nahegelegenen hallstatt- und frühlatènezeitlichen Gräber von Hatten (Bas-Rhin), Soufflenheim und Sesenheim mit ihren Importfunden sowie das Grab von Iffezheim (Lkr. Rastatt) mit seiner Schnabelkanne bilden eine recht geschlossene Gruppe, für die der Rhein nie eine Grenze bildete. Das Zentrum der Ausübung von „Herrschaft“, der Mittelpunkt von Entwicklungen, Handelsbeziehungen und Innovationen, ist jedenfalls eher im agrar- und verkehrsgeographisch günstiger gelegenen Nordelsaß zu vermuten, für das das rechtsrheinische Gebiet wohl nur ein „Anhängsel“ oder „Vorfeld“ darstellte.

Die nach den heutigen hydrologischen Verhältnissen auffällige Lage von Grabhügeln im Niederungsgebiet (S. 46f.) gilt im übrigen nicht für die Gräber von Hügelsheim, Söllingen und Iffezheim, die allesamt auf der trockenen Niederterrasse (Hochgestade) liegen.

Etwas dichter – zumindest für die Region nördlich von Karlsruhe – ist das Fundbild der folgenden Latènezeit (5.–1. Jh. v. Chr.). Die Funde sind bisher noch nicht zusammenfassend veröffentlicht; oft ist ihre Feindatierung innerhalb der über 4 Jahrhunderte währenden Latènezeit nicht gesichert. So wäre z. B. den Siedlungsfunden vom Michelsberg bei Untergrombach genauer nachzugehen.

Bereits im Tiefgestade liegt ein frühlatènezeitliches Gräberfeld bei Karlsruhe-Knielingen.

Die meisten Siedlungsstellen dürften in die Frühlatènezeit gehören; für die nachfolgen-

de Mittel- und Spätlatènezeit sind wir fast nur durch einzelne Münzfunde (z. B. Karlsruhe-Durlach, Stollhofen oder Gamshurst, Ortenaukreis) unterrichtet. Hierbei dürfte es sich i. w. um eine Forschungslücke handeln, wie eine neu gefundene Siedlungsstelle bei Ötigheim (Lkr. Rastatt) zeigt. Diese Fundstelle datiert in die Mittlere und wohl auch in die Späte Latènezeit (ca. 2./1. Jh. v. Chr.; Fundberichte aus Baden-Württemberg, in Vorb.) und zeigt, daß diese Region damals keineswegs unbesiedelt war. Auffallend ist die Lage der Siedlung unterhalb des Rheinhochufers im Tiefgestade („Rheinaue“), wo man bisher kaum mit vorgeschichtlicher Besiedlung rechnete.

Ausführlich wird die Römische Kaiserzeit (S. 49 ff.) in der vorliegenden Arbeit behandelt. Die eindrucksvolle Verbreitungskarte (S. 50, Abb. 14) ist inzwischen um zahlreiche weitere Fundpunkte zu ergänzen. Während dieser Zeit hatte Aquae (Baden-Baden) die Funktion des Verwaltungsmittelpunktes der Region. Der neueste Forschungsstand wird von Egon Schallmayer in dem Band „Aquae – das römische Baden-Baden“ (Führer zu archäologischen Denkmälern in Baden-Württemberg II, erschienen 1989) sowie in dem Aufsatz „Römermauern unter alten Bauten“ (Denkmalpflege in Baden-Württemberg 18. Jg., 1989, S. 121–126) dargestellt. Als wichtiges Ergebnis dieser Studien ist festzuhalten, daß Baden-Baden als Verwaltungsmittelpunkt und Siedlung bis in die Jahre um die Mitte des 3. Jhs. n. Chr. funktioniert haben muß; dies war in der Vergangenheit verschiedentlich bezweifelt worden, indem man ein früheres Siedlungsende annehmen wollte.

Die Schilderung der Spätantike (S. 67–71) und des Frühen Mittelalters (S. 72–81) kann sich – neben den Ortsnamen und spärlichen ersten Schriftquellen – wiederum nur auf Grabfunde stützen. Die Sied-

lungen dieser Zeit sind bisher kaum lokalisiert und noch weniger ausgegraben. Das kann nur zum kleineren Teil dadurch bedingt sein, daß die Siedlungen unter den heutigen Orten liegen. Vielmehr zeigt sich in diesem Fundbild wieder das Fehlen einer flächendeckenden archäologischen Landesaufnahme und einer gezielten Suche nach solchen Plätzen.

Unser Raum tritt eigentlich erst im 8. Jh. in das Licht der schriftlichen Quellen, mit denen das Mittelalter (S. 82–89) und die frühe Neuzeit (S. 90–95) geschildert werden, die die historische Darstellung abrunden.

Fehlerhaft dürfte die Bemerkung (S. 256) sein, daß die spätere Burg Hohenbaden „in schriftlichen Quellen aber erst 1257 Erwähnung findet“; es existiert eine Urkunde aus dem Jahre 1102, daß Markgraf Hermann II. die Burg Baden erwarb (S. 87).

Auf den Seiten 96–265 werden dann ausgewählte wichtige Plätze in der Form eines Exkursionsführers kurz beschrieben und durch Literaturhinweise dem genaueren Studium zugänglich gemacht.

Emilie Ruf (Baden-Baden) verdanke ich den Hinweis, daß die 1966 gefundenen römischen Weihesteine nicht im Stadtmuseum (wie S. 261 angibt), sondern in der konservierten römischen Badruine unter dem heutigen Friedrichsbad stehen (S. 253 Abb. 106); dieser Standort wird vermutlich jedoch nicht endgültig sein.

Wem an der Geschichte dieser Region und ihren Schauplätzen gelegen ist, dem wird dieser handliche Band ein unentbehrlicher Führer und ein wichtiges Nachschlagewerk sein. Mit ihm wird eine empfindliche Lücke zwischen den einschlägigen Kunstführern und archäologischen Fachpublikationen, zwischen Dehio und Kröners Handbuch historischer Stätten, geschlossen.

Heiko Wagner

Autorenverzeichnis

- Bayer, Dr. Josef; Nikolaus-Schrempp-Straße 30, 7609 Hohberg
Böninger, Erwin-Friedrich; Auf der Höhe 16, 7597 Rheinau-Freistett
Boll, Bernd; Reischstraße 9a, 7800 Freiburg/Br.
Cape, Ruth I.; University of California, Los Angeles
Dittler, Dr. Erwin; Offenburger Straße 4, 7640 Kehl-Goldscheuer
Finkbeiner, Gerhard; Modoscher Straße 24, 7631 Schuttertal
Fliedner, Dr. Hans-Joachim; Espenstraße 24, 7600 Offenburg
Freudenberger, Klaus; Röntgenstraße 3, 7640 Kehl
Gamber, Dr. Gerhard; Landratsamt, 7600 Offenburg
Graf, Dr. Klaus; Schwerdstraße 20, 6720 Speyer
Gutmann, Ernst; Leiberstunger Straße 3, 7587 Rheinmünster-Stollhofen
Haeling von Lanzenauer, Dr. Reiner; Sophienstraße 30, 7570 Baden-Baden
Herden, Ralf B.; Im Nägele 6a, 7630 Lahr
Hildenbrand, Manfred; Georg-Neumaier-Straße 15, 7612 Hofstetten
Huber, Hein G.; St.-Josefstraße 9, 7602 Nußbach
Kauß, Dr. Dieter; Hildastraße 89, 7600 Offenburg
Kopf, Werner; Akazienweg 1, 7607 Neuried-Altenheim
Kopp, Thomas; Gartenstraße 20, 7615 Zell a. H.
Mölders, Hans-Peter; Luisenstraße 16, 7600 Offenburg
Müller, Herbert L.; Zasiusstraße 3, 7800 Freiburg/Br.
Murr, Walter; Schützenstraße 14, 7640 Kehl-Auenheim
Nath, Peter; Alban-Stolz-Straße 11, 7800 Freiburg/Br.
Neuss, Wolfgang; Hauptstraße 43, 7746 Hornberg/Schwarzwaldbahn
Pillin, Dr. Hans-Martin; Albert-Köhler-Straße 22, 7593 Ottenhöfen
Pröbldorf, Detlev; Stadtverwaltung, Rathaus, 7640 Kehl
Roschach, Julius; Otto-Ernst-Sutter-Weg 30, 7614 Gengenbach

Schäfer, Prof. Dr. Walter E.; Bräustraße 48, 7070 Schwäbisch-Gmünd

Schappacher, Volkmar; Luisenstraße 37, 7850 Lörrach

Schmid, Adolf; Steinhalde 74, 7800 Freiburg/Br.

Schneider Hugo †, Kirchstraße 10, 7590 Achern

Schulze, Johannes; Geschäftsleitung Burda GmbH, Postfach 1230,
7600 Offenburg

Schütt, Kurt; Turnhallenstraße 14, 7597 Rheinau-Freistett

Steckner, Carl Helmut; Honsellstraße 8, 7640 Kehl

Steuert, Günter; Brandhalde 5, 7631 Schuttertal-Dörflinbach

Uibel, Ludwig; Dannemannstraße 6, 7800 Freiburg/Br.

Wagner, Heiko; Otto-Molz-Straße 1, 7800 Freiburg-Kappel

Westermann, Wolfgang; Sonnenhalde 7, 7616 Biberach i. K.

Zimmermann, Paul; Breitmattstraße 9, 7609 Hohberg-Hofweier

DER HISTORISCHE VEREIN FÜR MITTELBADEN e. V.
gibt zur Weckung und Förderung der Heimatliebe und Heimatkenntnis die
Zeitschrift

„Die Ortenau“

als Jahresband heraus. Ur- und Frühgeschichte, die Entwicklung zur
Gegenwart, Siedlungs- und Ortsgeschichte, Kulturgeschichte, Familienfor-
schung und Flurnamen, Kunst und Sprache, Sage und Brauchtum, Lebens-
geschichten bekannter mittelbadischer Persönlichkeiten können Aufnahme
finden.

Anmeldungen zum Verein nehmen die Geschäftsstelle 7600 Offenburg,
Postfach 15 69 sowie die Obleute der Mitgliedergruppen jederzeit entgegen.

Nach der Wahl in der Mitgliederversammlung 1987 in Haslach i. K. setzen
sich der Vorstand und Beirat des Vereins zusammen aus:

Dr. Dieter Kauß, Präsident, Hildastraße 89, 7600 Offenburg,
Tel. 07 81 / 8 05-5 34

Kurt Klein, 1. stellvertr. Präsident,
Haselwanderstraße 11, 7613 Hausach i. K., Tel. 0 78 31 / 61 25

Manfred Hildenbrand, 2. stellvertr. Präsident,
Georg-Neumaier-Straße 15, 7612 Hofstetten-Haslach i. K., Tel. 0 78 32 / 28 67

Hugo Schneider †, Redakteur der „Ortenau“ – ab Mai 1990: Karl Maier,
Jakobstraße 6, 7604 Appenweier, Tel. 0 78 05 / 6 95

Theo Schaufler, Kassen- und Geschäftsführung,
Postfach 15 69, 7600 Offenburg, Tel. 07 81 / 2 41 68

Leiter der Fachgruppen:

Archäologische Fachgruppe:

Josef Naudascher, Schmiedeweg 23, 7631 Mahlberg, Tel. 0 78 25 / 74 84

Fachgruppe Denkmalpflege:

Dr. Dieter Kauß, Hildastraße 89, 7600 Offenburg, Tel. 07 81 / 8 05-5 34

Fachgruppe für neuere und Zeitgeschichte:

Karl Maier, Jakobstraße 6, 7604 Appenweier, Tel. 0 78 05 / 6 95

Fachgruppe Mundart:

Prof. Hermann Braunstein, Am Bruch 1, 7601 Schutterwald,
Tel. 07 81 / 5 21 11

Fachgruppe Museen:

Reinhard End, Binzmattstraße 28, 7614 Gengenbach, Tel. 0 78 03 / 42 29

Horst Brombacher, Großsteinfeld 1, 7590 Achern, Tel. 0 78 41 / 13 47

Fachgruppe Grenzüberschreitende Zusammenarbeit:

Carl Helmut Steckner, Honsellstraße 8, 7640 Kehl, Tel. 0 78 51 / 39 94

Fachgruppe Grenzsteine:

Gernot Kreuz, Am Hungerberg 3, 7600 Offenburg-Zell-Weierbach

Beiräte:

Dr. Hans-Joachim Fliedner, Espenstraße 24, 7600 Offenburg

Adolf Hirth, Kastanienweg 23, 7594 Kappelrodeck

Josef Naudascher, Schmiedeweg 23, 7638 Mahlberg

Dipl.-Ing. Erwin Steurer, Metzgerstraße 14, 7630 Lahr

Ursula Schäfer, Sommerstraße 34, 7570 Baden-Baden-Steinbach

Rainer Fettig, Straßburger Straße 6, 7603 Oppenau

Gerhard Hoffmann, Oppelner Straße 8, 7550 Rastatt

Mitgliedergruppen:

- 7590 Achern: Horst Brombacher, Großsteinfeld 1, Tel. 07841 / 1347
7604 Appenweier: Karl Maier, Jakobstr. 6, Tel. 07805 / 695
7570 Baden-Baden: Hannes Leis, Sophienstr. 20, Tel. 07221 / 24293
7605 Bad Peterstal-Griesbach: Siegfried Spinner, Renchtalstr. 17,
Tel. 07806 / 533
7616 Biberach i. K.: Wolfgang Westermann, Sonnenhalde 7,
Tel. 07835 / 8309
7580 Bühl/Baden: Egon Schempp, Meisenstr. 2, 7580 Bühl/Baden,
Tel. 07223 / 21305
7637 Ettenheim: Bernhard Uttenweiler, Sonnenberg 14, Tel. 07822 / 5800
7614 Gengenbach: Eugen Lang, Kastanienweg 1, Tel. 07803 / 1048
7612 Haslach i. K.: Manfred Hildenbrand, Hofstetten,
Georg-Neumaier-Str. 15, Tel. 07832 / 2867
7613 Hausach: Kurt Klein, Haselwanderstr. 11, Tel. 07831 / 6125
7609 Hohberg: Michael Bayer, Reisengasse 7, Tel. 07808 / 3716
7746 Hornberg-Triberg: Wolfgang Neuß, Hauptstraße 43, Hornberg
Tel. 07833 / 6631
7640 Kehl-Hanauerland: Dr. Friedrich Fluhr, Holzhauser Str. 45,
Rheinau-Linx, Tel. 07853 / 278
7630 Lahr: Ekkehard Klem, Jasminstr. 28, 7632 Friesenheim,
Tel. 07821 / 62202
7631 Meißenheim: Karl Schmid, Friederike-Brion-Weg 7, Tel. 07824 / 2362
7607 Neuried: Werner Kopf, Akazienweg 1, Neuried-Altenheim,
Tel. 07807 / 698
7611 Oberharmersbach: Karl-August Lehmann, Küblerweg 4,
Tel. 07837 / 288
7602 Oberkirch: Wilhelm J. Vajen, Stadtgartenstr. 7, Tel. 07802 / 4842
7600 Offenburg: Dr. Hans-Joachim Fliedner, Espenstr. 24, Tel. 0781 / 76638
7601 Ortenberg: Hermann Litterst, Rathaus, Tel. 0781 / 32051
7603 Oppenau: Rainer Fettig, Straßburger Str. 6, Tel. 07804 / 2024
7550 Rastatt: Gerhard Hoffmann, Oppelner Str. 8, Tel. 07222 / 22901
7597 Rheinau: Walter Demuth, Oberfeldstraße 7, Rheinau-Freistett,
Tel. 07844 / 2542
7587 Rheinmünster: Adolf Hirth, Kastanienweg 23, 7594 Kappelrodeck,
Tel. 07842 / 2615
7592 Renchen: Erich Huber, August-Ganther-Str. 6, Tel. 07843 / 7737
7624 Schapbach: Johannes Furtwängler, Festhallenstr. 1,
7624 Bad Rippoldsau 2, Tel. 07839 / 378

- 7622 Schiltach: Theo Becker, Hohensteinstr. 11, Tel. 078 36/2442
7601 Schutterwald: Artur Hohn, Bahnhofstr. 4, Tel. 07 81 / 5 23 81
7633 Seelbach-Schuttertal: Gerhard Finkbeiner, Modoscher Str. 24,
7631 Schuttertal, Tel. 078 23 / 604
7611 Steinach i. K.: Peter Schwörer, Im Kirchgrün 17, Tel. 078 32 / 86 56
7620 Wolfach: Ernst Bächle, Messnergasse 6, Tel. 078 34 / 66 26
7570 Yburg: Ursula Schäfer, Sommerstr. 34, 7570 Baden-Baden-Steinbach,
Tel. 072 23 / 5 89 82
7615 Zell a. H.: Bertram Sandfuchs, Bergstr. 6, Tel. 078 35 / 34 48

überregionale Mitgliedergruppe (früher Hauptverein):

Theo Schaufler, Postfach 15 69, 7600 Offenburg, Tel. 07 81 / 2 41 68

Beiträge für unser Jahrbuch „Die Ortenau“ sind bis spätestens 1. 5. jeweils an die Schriftleitung zu richten. Bitte nur druckfertige Originalbeiträge! Für Inhalt und Form der Arbeiten sind die Verfasser verantwortlich. Die Zeit der Veröffentlichung der angenommenen Arbeiten muß sich die Schriftleitung vorbehalten. Der Abdruck aus der „Ortenau“ ist nur mit Genehmigung der Schriftleitung gestattet, die sich alle Rechte vorbehält. Für unverlangte Manuskripte und Besprechungsstücke kann keine Haftung übernommen werden. Rücksendung kann nur erfolgen, wenn Rückporto beiliegt. Besprechungsstücke sind ebenfalls an die Schriftleitung zu senden.

Die Verfasser erhalten 10 Autorenexemplare ihrer Beiträge unberechnet. Wegen vieler Anfragen weisen wir darauf hin, daß jedermann Sonderdrucke einzelner Beiträge in beliebiger Zahl bei Kehler Druck GmbH & Co. KG, 7640 Kehl, Kinzigstr. 25, bestellen kann, spätestens gleich nach Zustellung des Jahrbuchs. Danach können die Einzelbeiträge nicht mehr geliefert werden, nur noch der ganze Band, solange der Vorrat reicht.

Bestellungen auf noch lieferbare Jahrgänge sowie den Registerband 1910 – 1981 nimmt die Geschäftsleitung (Postfach 15 69, 7600 Offenburg) entgegen, soweit noch Exemplare vorhanden sind.

Damit unsere Jahresbände, aber auch andere für unsere Vereinsbibliothek wertvolle Literatur aus Nachlässen verstorbener Mitglieder nicht verloren gehen, bitten wir die betreuenden Erben, sich mit unserer Geschäftsstelle in Verbindung zu setzen. Wir könnten dann auch den zahlreichen Wünschen auf Lieferung früherer Jahrbücher besser nachkommen.

Laut Beschluß der Jahresversammlung 1988 beträgt der Jahresbeitrag derzeit:

30,— DM für natürliche Personen und Schulen

50,— DM für juristische Personen und Körperschaften

Spenden sind erwünscht und werden dankbar angenommen.

Der Historische Verein für Mittelbaden e. V. ist nach dem Freistellungsbescheid des Finanzamtes Offenburg vom 12. 8. 1988 nach § 5 Abs. 1 Nr. 9 KStG von der Körperschaftssteuer befreit, weil er ausschließlich und unmittelbar steuerbegünstigten gemeinnützigen Zwecken im Sinne der §§ 51 ff. AO. dient.

Die Mitglieder der Mitgliedergruppen entrichten den Jahresbeitrag an deren Rechner, die Mitglieder der überregionalen Mitgliedergruppe (die also keiner Mitgliedergruppe angehören) überweisen auf die Konten des Historischen Vereins für Mittelbaden e. V. (Volksbank Offenburg: Nr. 6295 509, BLZ 664 900 00, Bezirkssparkasse Offenburg: Nr. 00-361 618, BLZ 664 500 50 oder Postscheckkonto Nr. 6057-756, Postgiroamt Karlsruhe).

